
n University Library
064299033


Digitized by Google



Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

XVI. Jahrgang

1919

Inhaltverzeichnis 1919.

I. Weltrundschau

in fortlaufender Reihenfolge.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

II. Politisches, Volkswirtschaftliches und Soziales.

III. Religiöses und Konfessionelles.

IV. Schulfragen, Pädagogisches.

V. Allgemeine Kulturfragen.

VI. Sittlichkeitsfragen.

VII. Wissenschaft und Kunst.

VIII. Literatur.

IX. Feuilletonistisches, Skizzen.

X. Poesie.

XI. Bühnen- und Musikrundschau.

XII. Finanz- und Handelsrundschau.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 1

4. Januar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3,50
Einzelnummer
30 Pfg.


Digitized by Google

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 6 × gespalt. Grundzeile 50 Pf., Anz. auf Textseite die 95 mm breite Zeile 250 Pf. Beilagen einschl. Postgebühren M 12 d. Tausend. Teuerungszuschlag 25%. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 1. München, 4. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Am Meilenstein 1919.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Eine so grausame Enttäuschung, einen so jähen und tiefen Sturz dürfte kaum ein Jahr der Menschheitsgeschichte einer großen Nation gebracht haben, wie es uns das Schicksalsjahr 1918 beschieden hat.

Welch stolze Hoffnungen zum vorigen Silvester, als der Siegesfrieden im Osten vor dem Abschluß stand und die Aussichten für den verbleibenden Einfrontenkrieg rosig erschienen. Noch höher flackerte die Zuversicht auf, als die ersten glänzenden Erfolge unserer Frühjahrsoffensive zur Marne gemeldet wurden. Und nach wenigen Monaten der volle Zusammenbruch der ganzen deutschen Herrlichkeit an der Front wie im Innern!

„Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen." So war und ist das Schicksal unseres Volkes. „Morgen in das kühle Grab", lautet die traurige Fortsetzung. Soll die Niederlage zum Grab für die deutsche Nation werden? Die unerbittlichen Feinde in Frankreich und England möchten in der Tat den verwundeten Gegner in die Gruft befördern, und es gibt tolle Volksgenossen, die beim Grabschaufeln ihnen helfen, wissentlich oder aus Unverstand. Der letzte Halt für das versinkende Deutschland ist die Nationalversammlung. Ob sie den wirksamen Heiltrank für die kranke Nation verschreiben kann und ob das Rezept in der verworrenen Apotheke ausgeführt wird, ist noch ebenso unsicher, wie die Gnadenhilfe Wilsons in unseren Grenz-, Geld- und Handelsfragen.

Wie konnte es soweit kommen? Wer trägt die Schuld?

Clemenceau sagte einmal in einer Rede zur Aufmunterung seiner Landsleute, diejenige Partei werde siegen, die es eine Viertelstunde länger aushalte. In der Tat ist unsere Widerstandskraft etwas zu früh zusammengebrochen. Hätten wir bis in den hemmenden Winter hinein die Fochsche Offensive aufhalten können, so würden wir vielleicht noch einen Verständigungsfrieden erreicht haben. Aber es ging nicht mehr. Das Versagen unserer Kraft kündigte sich bereits an in dem Heeresbericht vom 8. August. Da begann die Entscheidungsschlacht, und wir erfuhren, daß die Uebermacht der Feinde mit ihrer überraschenden Fülle von Tanks und sonstigem Kriegsgerät in unsere Linien sich die erste Gasse gebahnt hatte. Der deutsche Heeresbericht, der nachträglich viel gescholten ist, hat niemals die Unwahrheit gesagt, aber er hat aus psychologischen Gründen die unangenehme Wahrheit nicht immer in gemeinverständlicher Deutlichkeit hervortreten lassen. Was man wünscht, das glaubt man gern, und so gaben wir uns der Zuversicht hin, daß die „Verkürzungen" unserer Front im Westen dieses Mal wie früher ein ungefährliches Aushilfsmittel für den Augenblick sein würden. Aber das Zurückweichen nahm einen Umfang an, der nicht nur für die strategische Lage, sondern auch für den Kampfmut im Heer und im Hinterland verhängnisvoll wurde. Es breitete sich die Stimmung aus: Wir schaffen es nicht; wir können nicht durchhalten; weitere Opfer sind vergebens. So hatten die Gegner ihr Ziel noch vor dem Winter erreicht.

Zur Hertlingkrise am Ende September lag bereits der Notschrei der obersten Heeresleitung vor: Es muß sofort Waffenstillstand und Frieden beantragt werden! Prinz Max von Baden, der opferwillig in die Bresche sprang, hat bekundet, daß wenige Tage später der Generalstab wieder erklärt habe, die Truppen seien doch noch stärker und williger, als man angenommen habe. Da war aber das Waffenstillstandsgesuch schon entschieden, und nach allem, was man später gehört und gesehen hat, würde der nachträgliche Optimismus der Obersten Heeresleitung sich schwerlich bewährt haben.

Nach Lage der Dinge mußte das Waffenstillstandsgesuch zu einer tatsächlichen Waffenstreckung führen. Der Notenaustausch mit Wilson dauerte einen Monat. Die Gegner konnten ihren Siegeszug fortsetzen; für uns war es eine Galgenfrist. Als die Niederlage an der Front offensichtlich war, wurde die Revolution in der Heimat vorbereitet, wesentlich unterstützt durch Geld, Flugschriften und Waffen russischen Ursprungs. Die weitgehende Demokratisierung des Staatslebens kam zu spät. Als die kaiserliche Regierung ihre Unterhändler für den Waffenstillstand abgeschickt hatte, wurde sie alsbald von der sozialistischen Republik abgelöst. Niederlage und Revolution sind Zwillinge. In Deutschland wurde diese Duplizität der Ereignisse nur gemildert durch den unblutigen Verlauf der Umwälzung.

Forscht man nach der letzten Ursache, so ergibt sich ein Sieg der Masse. Unsere Wehrkraft ist der Ueberzahl der Soldaten, der Schiffe, der Tanks, der Kanonen usw. erlegen; unsere Staatsordnung ist zusammengebrochen unter dem Druck breiter Volksschichten, die unter den langen Prüfungen verdrossen und verzagt, für die Hetzer zugänglich geworden waren.

Für uns bleibt es immer ehrenvoll, daß wir einer ganzen Welt von Feinden vier Jahre lang zu widerstehen vermochten. Doch je länger der Krieg sich hinzog, desto mehr mußten unsere lebendigen und toten Hilfsmittel zusammenschrumpfen, während auf der Gegenseite die Kräfte sich mehrten. Die Blockade konnten wir anfänglich auf die leichte Achsel nehmen; bei längerer Dauer wirkte sie lähmend auf die Volks- wie auf die Heeresversorgung. Der Notbehelf mit allerhand „Ersatz" kann schließlich nicht aufkommen gegenüber der Wirtschaft aus dem Vollen, die sich die Gegner leisten konnten. Dazu kam der Raubbau an der Volkskraft durch den schamlosen Wucher und die unerhörten Preistreibereien, denen die alte Regierung ebensowenig wie jetzt die neue ernstlich zu steuern in der Lage war.

So erklärt sich auch der Zusammenbruch unserer Verbündeten im Südosten. Die Entente hatte Material genug, um neben ihrer französisch-flandrischen Front noch das Heer von Saloniki zu halten und von Syrien her die Türkei zu bedrohen. Die ermüdete bulgarische Armee konnte dem Angriffe der aufgefrischten, mit allen technischen Hilfsmitteln in überraschender Fülle versehenen Truppen der Alliierten nicht standhalten, und auch die Türken ließen die Widerstandskraft vor Saloniki mehr und mehr vermissen. Als Oesterreich sich im Rücken bedroht sah, fiel auch dieser Bundesgenosse vollends der Zermürbung anheim.

Unsere Offensive im Frühjahr 1918 war ein kühner Versuch, der drohenden Massengefahr durch einen überraschenden Vorstoß zu begegnen. Nachträglich sieht das Wagnis nach Verwegenheit oder gar Verzweiflung aus. Wir hatten nicht die erforderliche Masse von Kräften, um in der Richtung Paris oder in der Richtung Calais einen durchschlagenden und haltbaren Erfolg zu erringen. Wir kamen 1918 wieder bis zur Marne, wo wir schon im Herbst 1914 gewesen waren und Halt machen mußten. Damals scheiterte dort der Plan, durch die schnelle Ueberrennung der Franzosen sich freie Hand gegen Rußland zu schaffen. Wir mußten uns zum Stellungskrieg im Westen bequemen. Und als nun nach jahrelangem Ringen die Feindesmacht im Osten gebrochen war, da hatte sich die Feindesmacht im Westen so verstärkt, daß auch die bestmögliche Konzentration unserer Kräfte nicht mehr ausreichte. Wäre es nach der russischen Revolution von 1917

alsbald im Osten zum Friedensschluß gekommen, so hätten wir es im Westen wohl noch schaffen können. Die Entente muß den russischen Umstürzlern dankbar sein, sowohl dem Kerenski für seine nachträgliche Offensive, als auch den Trotzki und Genossen für die Verschleppung der Friedensverhandlungen: denn jeder Zeitgewinn war von entscheidendem Werte für unsere Feinde im Westen.

Die Amerikaner haben im Herbst dieses Schicksalsjahres den Ausschlag gegeben. Sie konnten noch rechtzeitig ihre Massen an Soldaten und Kriegsgeräte herüberbringen, weil unser Tauchbootkrieg seinen Erfolg nicht erreicht hatte. So kann man den Wendepunkt unseres Kriegsglücks finden in der engeren Wahl, die wir zu Anfang 1917 zu fassen hatten: entweder Verzicht auf den Tauchbootkrieg oder Kriegsbeteiligung Amerikas. Unsere Sachverständigen haben sich damals geirrt. Sie haben das Tauchboot überschätzt und Amerika unterschätzt. Für diesen Rechnungsfehler müssen wir jetzt bitterlich büßen.

Zu dem Massenangriff gehört auch die ungeheuere Propaganda, die von den Gegnern in allen denkbaren Formen der seelischen Beeinflussung betrieben wurde. Sie haben Milliarden aufgewendet für Zeitungen und Flugblätter, für Spione und Agenten, um den Geist im Volk und im Heere zu vergiften und zu lähmen. Die Deutschen sind ja von alters her den ausländischen Einflüssen mehr zugänglich, als die selbstgefälligen Franzosen und die machtstolzen Briten. Wir haben keinen Einfluß auf die Volksseele außerhalb unseres Gebiets gewinnen können. Auch die Hoffnungen auf eine Friedensbewegung unter den Sozialisten der feindlichen Länder wurden bitter enttäuscht. Was sich international nannte, war und blieb deutschfeindlich. An Zähigkeit haben die feindlichen Völker uns und unsere Bundesgenossen übertroffen. Allerdings ist dabei zu beachten, daß auf der Gegenseite auch bei zeitweiligen Rückschlägen immer noch das Bewußtsein blieb: Fast die ganze Welt hilft uns, wir haben die gewaltige Uebermacht, der Endsieg mit reicher Beute an Ruhm, Land und Geld ist uns sicher! Dagegen fraß sich bei uns, unter Nachhilfe der feindlichen Propaganda, die lähmende Ansicht ein: Wir schaffen es doch nicht, die weiteren Opfer sind vergebens, wir müssen Schluß machen!

Wie viel Knechtssinn und Unverstand gegenüber dem Auslande bei uns möglich ist, zeigte sich auf die traurigste Weise in der Eisnerschen „Politik“, durch das (tatsächlich falsche) Eingeständnis unserer Schuld am Kriege die Gnade der feindlichen Machthaber zu erbetteln. Die natürliche Antwort war: Je schuldiger ihr seid, desto härter müßt ihr gestraft werden!

*

Der schnelle und glatte Sturz des alten Regiments hätte eine gewisse Entlastung herbeiführen können, wenn die neuen Machthaber die freie Hand, die sie so leicht gewonnen hatten, mit Kraft und Geschick gebraucht haben würden. Was ist das Ergebnis der Probe von acht Wochen? Nichts ist besser geworden; alles schlechter!

Gegen Schluß des Jahres hatten wir überhaupt keine Regierung, die diesen Namen verdiente. Wer noch etwas Vertrauen auf das sechsköpfige Reichskanzlertum gehabt hatte, der wurde durch die Weihnachtskämpfe in Berlin kuriert. Eine gierige Schar von Matrosen brachte es fertig, die sog. Regierung stundenlang und den sog. Stadtkommandanten tagelang gefangen zu setzen. Als am zweiten Tage Truppen gegen die Meuterer aufgeboten waren, riskierte man einige Kanonenschüsse, aber dann ließ man sich wieder auf das Glatteis von „Verhandlungen“ locken, das „Volk“ der Spartakusleute drängte sich dazwischen, die Ordnungstruppen ließen sich zum großen Teil beschwatzen und entwaffnen, das Ende war ein „Abkommen“, bei dem die Meuterer ihren Willen durchsetzten und sogar mit der Eingliederung in die republikanische Soldatenwehr belohnt wurden. Eine Kapitulation der sog. Regierung, die schreckliche Aussichten eröffnete. Solche Rat- und Hilflosigkeit unmittelbar nach dem Reichskongreß der „Räte“, der durch mehrere relativ vernünftige Beschlüsse die Macht der Regierung zu stärken versucht hatte!

Nun haben die zwischen dem Rat der „Volksbeauftragten“ und dem „Zentralrat“ bis in die Frühe des letzten Sonntags hinein geführten Verhandlungen zu einer gewissen Klärung geführt: Die drei „Unabhängigen“ sind aus der Regierung ausgeschieden und durch zwei Mehrheitssozialisten ersetzt worden, da der Zentralrat sich auf die Seite der letzteren stellte. Es bleibt nun abzuwarten, ob die jetzt „homogene“ Regierung die Kraft haben wird, ihr Programm der Arbeit, für das sie in einem Aufruf die Mitarbeit des deutschen Volkes anruft, gegen die Radikalen durchzusetzen, und ob die „Unabhängigen“, die durch ihr Ausscheiden aus der Regierung zugleich zu „Unverantwortlichen“ geworden sind, ihre Oppositionsgelüste soweit zügeln werden, daß sie den Abschiedswunsch des Herrn Haase wahrmachen und zugleich die Spartakus-Gesellen abschütteln. Oder wird der „Vorwärts“ recht behalten, der meinte, die nächste Folge des Ausscheidens der Unabhängigen werde die sein, daß es in dem Hexenkessel Berlin noch etwas stärker rumoren werde; vielleicht sei es sogar notwendig, daß die gewalttätige Minderheit ihre Frechheit bis auf die äußerste Spitze treibe, damit der Wille des wirklichen Volkes sich mit elementarer Gewalt entlade. Damit wäre aber auch das Schicksal Berlins als Reichshauptstadt entschieden. Denn, darin hat der „Vorwärts“ auch recht, das Reich hat eine solche Pferdekur nicht nötig, es würde dann den Berliner Hexenkessel in seinem eigenen Fett brodeln lassen und sich außerhalb Berlins seine Zentrale schaffen. Auch die Streikausschreitungen im rheinisch-westfälischen und im oberschlesischen Kohlenrevier zeigen, daß es höchste Zeit ist, dem Bolschewismus in Deutschland ein Ende zu machen.

Die Sozialdemokratie hat nach ihren Augenblickserfolgen ein Jubelgeschrei erhoben, als ob mit dem Jahre 1919 die weltgeschichtliche Aera des Sozialismus beginnen würde. Schon jetzt sieht man klar, daß ihre Erfolge bei den „glorreichen“ Revolutionen Pyrrhussiege waren. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland wie in Rußland sich als unfähig erwiesen zur Verwirklichung ihrer Theorien, und die Ernüchterung macht sich in der enttäuschten Volksseele auch bei uns schon bemerklich. Trotz der Haufen von gefallenen Thronen kann man auch nicht sagen, daß die echte und ehrliche Demokratie als Siegerin dastehe. Denn zum Ausgang dieses Schicksalsjahres bestimmen die Machthaber von England, Nordamerika und Frankreich das Schicksal der Welt, und dort herrscht nicht der Volkswille, sondern das oligarchische Regiment des Kapitalismus. Wir werden ja sehen, ob Wilson, der jetzt mit den führenden Männern der Entente persönlich verhandelt, sein Wort wahr machen kann, das er am 27. Dezember auf dem Staatsbankett im Buckingham-Palast vor dem König von England sprach: „Wir alle sprachen die großen Worte „Recht und Gerechtigkeit“, und wir müssen zeigen, ob wir die Worte verstehen oder nicht, und wie sie im einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die den Krieg abschließen müssen. Wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern auch den Mut haben, nach unserer Ansicht zu handeln.“

Die weltgeschichtlichen Ausblicke können uns freilich nicht trösten in unserer gegenwärtigen Not. Deutschland saß während des Krieges in einer Zwickmühle und ist auch jetzt noch von zwei Seiten bedrängt. Der Militarismus und Imperialismus, der in den falschen westlichen Demokratien so üppig sich entwickelt hat, steigt uns aufs Dach, und zugleich droht der Bolschewismus von Osten her die Fundamente unseres Hauses zu zerstören.

Wird die Nationalversammlung das Verhängnis abwehren können, das uns Bosheit und Unverstand geschaffen haben? Das ist unsicher, doch sicherlich ist es unsere höchste und dringlichste Ehren-, Bürger- und Christenpflicht, daß wir alles tun, um eine tüchtige Nationalversammlung zu schaffen. Nur so kann 1919 ein Jahr der Genesung werden.

Erste Friedens-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

(Eine Anregung.)

Von August Ruß.

Die Aufgaben der neuen Zeit türmen sich ins Riesenhafte. Arbeiten, arbeiten und immer wieder arbeiten! Das ist die Parole der kommenden Jahre. Auch die Katholiken Deutschlands stehen vor einem unabsehbaren Arbeitsfeld. Das Alte liegt in Trümmern. Neues ist geworden. Wir deutschen Kinder der katholischen Kirche lechzen nach Führung und neuer Arbeit zu neuen Zielen auf Grund unserer alten katholischen Weltanschauung. Wir schauen sehnsüchtig nach den Leuchttürmen

aus, die mitten im brandenden Meere uns die unvergänglichen Ideale weisen, nach denen unser Lebensschiff steuern soll. Wir verlangen nach **Konzentration aller in uns liegenden Kräfte**, nach dem machtvollen, einheitlichen Ausdruck dessen, was wir wollen. Des Katholizismus eigene Prägung soll und muß Balsam in die tausend Wunden träufeln, die ein verheerender langer Krieg der Menschheit geschlagen hat. Wir heischen Antwort auf die Fragen: Was will die neue Zeit von uns und was können wir ihr geben? Wie können wir den großen Gefahren, die den Katholizismus bedrohen, wirksam begegnen?

Den einheitlichsten und unüberhörbarsten Willen des deutschen katholischen Volkes zum Leben, zur freien Auswirkung aller seiner Eignungen im Geiste des universellen katholischen Kulturprogramms vermag nur ein **allgemeiner deutscher Katholikentag** zum unverfälschten Ausdruck zu bringen. Deshalb sollte von den zuständigen Stellen **sobald als möglich die erste Friedens-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** an einen zentral gelegenen Ort unseres Vaterlandes einberufen werden. Ich bin mir der außerordentlichen Schwierigkeiten, die diesem Vorschlag entgegenstehen, wohl bewußt. Sie müssen aber angesichts der großen Notwendigkeit einer mündlichen Generalaussprache von Angesicht zu Angesicht über alles, was in den letzten fünf Jahren geschehen ist und was uns in dieser schweren Schicksalszeit erschüttert, zurücktreten. Der ungeheure praktische und moralische Nutzen einer unmittelbaren mündlichen Erörterung in der großen Familie der Katholiken Deutschlands über die Zeitlage und unsere Aufgabe ist nicht zu verkennen. Das katholische Volk **wartet** auf das zündende Wort seiner berufenen Führer, wartet auf die große Zeitparole, die von einer zentralen Instanz und in autoritativer Form ausgegeben wird, wartet auf die Erneuerung des **katholischen Kulturprogramms**, das für deutsche Herzen und katholische Seelen aufgerichtet wird und das die alte katholische Wahrheit und Weisheit in neue Goldgefäße sammelt, um sich von da aus als segensreicher Strom neuen Lebens in die Gemeinschaft aller deutschen Katholiken zu ergießen. Wir warten auf die Erhebung unserer sturmerprobten Fahnen über alles Volk, damit wir erneut den Fahneneid auf die katholische Verfassung leisten können.

Viel' Feinde ringsum! Wir stehen im geistigen Krieg mit den Widersachern des Kreuzes. Schließen wir die Reihen und sammeln wir uns um den gemeinsamen Mittelpunkt unserer Führung! Alle die herrlichen Kräfte unserer Art, wie sie vor dem Kriege in den öffentlichen und geschlossenen Sitzungen und den mannigfachen Nebenveranstaltungen der deutschen Katholikentage zum Heile von Kirche und Vaterland wirksam gewesen sind, müssen wieder lebendig werden. Wir wollen uns aussprechen, uns ins Auge sehen, Händedrucke tauschen, den warmen, belebenden Pulsschlag des großen katholischen Gedankens aufs neue spüren. Wir müssen es. Es gehört für uns zum Leben. Das sentire cum ecclesia muß wieder mit den alten leuchtenden Farben auf unsere Banner geschrieben werden. Darunter aber muß in ebenso leuchtenden Lettern stehen: Sentire cum populo et pro populo! Lasset uns über allem Materialismus und aller Selbstsucht das Siegeszeichen des reinen Idealismus aufrichten, dem unsere Arbeit und die Zukunft gehört.

Dieser Siegesglaube und Siegeswille im Sinne der christlichen Kulturauffassung muß **schon heute** allenthalben lebendig sein und sich bei den Wahlen und jeder öffentlichen Betätigung mit zäher Rührigkeit auswirken.

Neujahr.

Ein neues Jahr bricht schweigend an.
Halt' deine Pforten aufgetan,
Fürcht' seine dunklen Rätsel nicht,
Schau nicht ins Dunkel, schau ins Licht!

Und nimm des Lebens grosses Leid,
Die Schönheit und die Heiligkeit,
Des Alltags Mühsal, seine Last
Und was du sonst zu tragen hast,
Auf deine Schultern, — ungekrümmt —
So wie man edle Lasten nimmt.

E. Taufkirch.

Was wird aus Deutschböhmen?

Von Ottokar Krok.

Die Loge arbeitet planmäßig und zielbewußt. Ihre politischen und sozialen Reformen, meint J. W. Taylor, werden nicht so sehr durch die unmittelbar wahrnehmbaren Ursachen bewiesen, als durch unauffällige, allmähliche systematische Ausbreitung von „**Grundsätzen**", als deren reife Frucht sie in die Erscheinung treten, so daß schließlich ganze Nationen wie **ein** Mann sich zur Vollbringung der großen Endziele aufraffen. Den Beweis für dieses Wahrwort liefert uns der neueste Schlager der Loge: „**Selbstbestimmungsrecht**". Sobald das Wort von Männern der österreichischen Regierung akzeptiert war, war der Untergang Oesterreichs besiegelt. Trunken von dieser Phrase rannten die Völker der Donaumonarchie auseinander. Sie werden sich auf langem, vielleicht blutigem Umweg wieder zusammenfinden, weil sie aufeinander angewiesen sind. Vorerst aber hat die Loge gesiegt. Mazzinis Programm ist verwirklicht: Austria deleta est.

Auch wir **Deutschböhmen** wollen unser Selbstbestimmungsrecht, wir wollen frei sein, wie die Väter waren. Aber die **Aussichten** hierfür sind **sehr gering**. Der Logenmann **Wilson** ist beraten in mitteleuropäischen Angelegenheiten von dem ultratschechischen Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik, dem Freimaurer Masaryk. Er ist also jedenfalls völlig einseitig über die Lage der Deutschböhmen orientiert. Er betrachtet Böhmen — wie es ja selbst in Deutschland vielfach geschieht — als ausschließlich tschechisches Gebiet mit deutschen Minderheiten. Der **Friedenskongreß** wird uns schwerlich recht geben. Ein Grund hiefür ist der, daß Frankreich bestrebt ist, deutsches Gebiet in größtmöglichem Umfange zu schlucken und darum — solamen miserum — gerne Genossen seines Unrechts haben möchte. Was Frankreich recht ist, ist den Tschechen, den Bundesgenossen der Entente, billig. Ueberdies steht der Friedenskongreß vor vollendeten Tatsachen: Deutschböhmen ist fast ohne Schwertstreich von den Tschechen besetzt; was man von Gewalttaten der Tschechen liest, ist vielfach übertrieben, oder es handelt sich um Uebergriffe untergeordneter Organe oder um Provokation der — „Sieger"; die deutschböhmische Regierung ist auf dem Umweg über Zittau, Dresden nach Wien geflüchtet; die Tschechen haben alle wichtigen Aemter inne und handeln als — Herren von Deutschböhmen. **Kramarsch** u. a. haben wiederholt erklärt, die Entente habe ihr Recht (der Tschechen) auf das ehemalige Königreich Böhmen anerkannt, das Selbstbestimmungsrecht finde auf Deutschböhmen keine Anwendung, und er fügte mit beißendem Spott hinzu, leider allzu wahr: „Ich begreife die Politik der deutschen Führer nicht. Wenn es Preise gäbe für schlechte Politik, so bekämen **sie** gewiß den ersten Preis. Ich begreife nicht, daß die deutschen Politiker jetzt, nachdem die Entente die Grenzen des tschecho-slowakischen Staates anerkannt hat, noch **etwas verlangen können, was sie zur Zeit des stärksten deutschen Einflusses nicht erreichen konnten.**" Wenn übrigens eine Volksabstimmung zu entscheiden hätte über das Geschick Deutschböhmens, so ist noch lange nicht gesagt, daß Deutschböhmen selbständig bleibt. Die meisten deutschen Gebiete sind stark mit Tschechen durchsetzt. Durch die Dauer des Krieges, die furchtbare Unterernährung und andere Ursachen, die vorerst nicht erörtert werden können, sind überdies weite Volkskreise so zermürbt und apathisch, daß sie nur eines wünschen: **Brot und Frieden**. Wer zuerst Brot bringt, dem jubeln sie zu als ihrem Erlöser.

Warum mußte es so kommen? Die Ursachen gehen weit zurück. Den **Hauptgrund** hat Ministerpräsident Dr. Kramarsch genannt — der Feind sieht schärfer als wir: **Es fehlt uns eine zielklare Führung**. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unseren Führern „**Deutschböhmen**" nur ein **Schlagwort** war, mit dem man die Massen fesseln wollte. Wer hierzulande nicht das nationale Mäntelchen trug, der konnte nichts erreichen. Wäre es den „Führern" ernst gewesen, so hätten sie einen bis ins letzte Detail ausgearbeiteten Plan haben müssen, wie wir ihn heute an den — Tschechen bewundern. Auch der Feind muß ihnen gestehen: Sie wußten, was sie wollten. Als aber für **uns** die Stunde gekommen war, nach der wir seit Jahr und Tag gerufen: ein selbständiges Deutschböhmen, da hatten unsere „Führer" durch Wochen hindurch den Kopf verloren und ließen die Tschechen handeln. Bei uns versagte alles, dort klappte alles wie bei einer Maschine.

Qualis rex, talis grex. Auch weiten Volkskreisen war das „Deutschtum" nur Phrase. Da wurde geredet, geredet und Reso-

lutionen gefaßt, bis auch der letzte Hüter von Leitomischl für ein selbständiges Deutschböhmen auf dem Papiere eingetreten war. Wäre mit Hoch- und Heilrufen das deutsche Volk zu retten, wir stünden heute glänzend da. Leider müssen wir Felix Dahn recht geben:

„Wir schreien zuviel Viktoria,
Hurrah und Kling klang Gloria,
Wir feiern zu viel Feste.
Einst trieben anders wir das Spiel,
Wir sprachen wenig, taten viel
Und die Art war die beste."

Die deutschen Taten fehlten. Die nationalen Schutzvereine haben schlechtweg versagt. Sie leisteten nicht positive, aufbauende Arbeit. Ihr Hauptziel war nationale Hetze und Kampf gegen alles — Katholische. Für unser gefährdetes Volkstum waren Opfer nötig. Die nationale Begeisterung aber reichte nur bis zum Geldbeutel. Wenn man um einige Kronen teuerer dem Tschechen sein Haus verkaufen konnte, wenn der tschechische Arbeiter einige Kreuzer billiger arbeitete, so wurde er vorgezogen. Nichts als Phrase ist es darum, wenn heute unsere deutsch-jüdischen Fabrikanten, deren wahre Gesinnung ein offenes Geheimnis ist, eine Erklärung abgeben, nachdem sie Deutschböhmen mit tschechischen Arbeitern geradezu überflutet haben: Wir stehen auf dem Boden eines selbständigen Deutschböhmen.

Warum hat die „Führung" versagt? Weil die Führer nur die Geführten waren. Führend war die Loge und ihre Presse, vor der sich unsere „Führer" bis heute anbetend neigen. Die Loge hat das Schlagwort „Nationalismus" unter die Menge geworfen, wie heute das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht". Die Loge hat die „Führer" geblendet mit dem Wort „Der Klerikalismus ist der Feind" und hat uns dadurch, daß sie es verstand, den Führern die Meinung geradezu als Dogma zu suggerieren: „deutsch = lutherisch", die Los-von-Rom-Bewegung ins Land gebracht, die noch heute die Einheit im Denken und Handeln hindert. In der Stunde höchster völkischer Not beginnt unser deutscher Freisinn, dem heute die Sozialdemokratie sekundiert, die sich hypernational gebärdet, den Kulturkampf. Der Freimaurer Bürgermeister Dr. Bayer in Reichenberg z. B., Obmann der „Flamme", der „freien Schule" hatte nichts eiligeres zu tun als in den Tagen des Umsturzes das Krematorium eröffnen zu lassen — ein Akt der Anarchie, da die alten Gesetze fortbestehen; ein Hohn auf die Armen, die seit Wochen keine warme Stube haben, ein Faustschlag ins Gesicht der Katholiken. Derselbe Mann hatte den Tschechen das Ursulinenkloster in Reichenberg als Kaserne zur Verfügung stellen wollen und die Schwestern aufgefordert, sich zur Abreise bereitzuhalten u. s. w. Die Logenpresse untergräbt die Religion des Volkes. Fast in jeder Nummer werden die religiösen Gefühle der Katholiken verletzt in Angriffen auf die Priester, die Ehe, die christliche Schule, auf Kirche und Klöster. Die Logenpresse entwurzelt die Sittlichkeit. Ihren Erfolg berichten uns die Geburtsbücher, deren Sprache jedem Patrioten das Herz zerreißt. Den Erfolg künden uns die Plakate, die während des ganzen Krieges trotz Not und Tod zum Tanz einluden wie heute zu Heimkehrerkränzchen; die Plakate, die heute — als einzige Begrüßung an die heldenhaften Soldaten — vom Reichenberger Bahnhof grüßen: Geschlechtskranke meldet euch! Wahrhaftig, die Loge und ihre Presse arbeiten gut: ohne Religion, ohne Sittlichkeit und Einigkeit ist es um unser Volk geschehen. Die Loge kann und will nicht deutsch denken, weil ihre Führung jüdisch ist. Ihr einziges Ziel ist der Geldsack: darum haben sich die deutschgeschriebenen und in ganz Deutschböhmen verbreiteten Blätter Bohemia und Prager Abendblatt sofort dem Prager Narodny vybor zur Verfügung gestellt. Heute hat die Logenpresse noch die besondere Aufgabe, durch die Saat der Zwietracht unter den deutschen Christen die Aufmerksamkeit von den jüdischen Kriegsmillionären abzulenken. Es bleibt immer dieselbe Geschichte wie bei den „Hugenotten" Meyerbeers: Die Christen schlagen sich die Schädel ein, der Jude macht die Musik dazu und füllt seinen Beutel. Traurig ist nur das eine, daß unsere Führung mit Blindheit geschlagen ist.

Welches wird unser Geschick sein, falls wir tschechisch werden sollten? Wirtschaftlich sind wir auf die Tschechen ohnedies angewiesen. Wir dürften vielleicht viel weniger als Bundesgenossen der Entente und darum als „Sieger" unter den ungeheuren Kriegslasten der Folgezeit zu leiden haben. Das kann freilich kein Grund für einen Anschluß an Tschechovien sein; denn „das Leben gilt nichts, wenn die Freiheit fällt". Religiös haben wir hier wie dort den Kulturkampf zu erwarten, weil hier wie dort die Loge dominiert. Bei den Tschechen steht zu erwarten, daß unter Förderung der Regierung als Nationalreligion der Hussitismus aufs neue auflebt. (Bei einem Anschluß an Deutschland fürchten wir nicht minder, daß wir mit einer neuen Los-von-Rom-Bewegung überschüttet werden, die sicherlich viel, sehr viel dürres Laub vom Baume der Kirche schütteln würde.) In nationaler Hinsicht haben uns die Tschechen wiederholt freie nationale und kulturelle Entwicklung zugesichert. Es ist auch wahrscheinlich, daß sie ihr Versprechen einlösen würden. Sie müßten denn aus der jüngsten Geschichte nichts gelernt haben. Sie müßten vergessen, daß sie selbst mit allen Mitteln aus dem alten Oesterreich herausstrebten, weil sie ihre nationale Freiheit und Entwicklung nicht gesichert glaubten. Sollten sie uns vergewaltigen, so haben sie von Anfang an die Irredenta, die ihrem neuen Staate sehr gefährlich werden könnte. In weiterer Zukunft haben sie — wenn nicht die deutschen Mütter uns selbst das Grab der Nation schaufeln, was sehr zu besorgen ist! — die schärfsten Kämpfe und die Lostrennung der deutschen Gebiete zu erwarten.

Wir haben es leider nicht in der Hand, das Geschick Deutschböhmens zu bestimmen. Der Friedenskongreß diktiert und wir haben uns zu fügen. Ob für immer, hängt von uns ab. Frei werden wir nur dann bleiben, wenn wir einig sind, wenn wir selbst unser Haus bauen, unbeeinflußt durch Tschechen, aber auch durch Juden. Darum in der Stunde höchster Not die Mahnung an die Kulturkämpfer: Laßt den Kampf, wenn ihr deutsches Wesen liebt und erhalten wollt. Und eine Mahnung an alle deutsch-böhmischen Katholiken: Organisiert euch und schafft euch eine starke Presse! Ohne Presse — unserer heutigen katholischen Presse, so gediegen sie ist, fehlt die Lebensader, die Unterstützung durch das katholische Volk; tonangebend ist die jüdisch-liberale Presse — ohne Presse und ohne starke katholisch-soziale Organisation nach dem Vorbild des katholischen Volksbundes — die nationalen Vereine sind geradezu Schädlinge des Deutschtums — werden wir unser Volkstum nie erhalten. Ihr Deutschen Böhmens, was auch die nächste Zukunft bringt — ihr habt eine wichtige Mission für das deutsche Volk zu erfüllen. Vergeßt es nicht und schreibt euch das Wort des „Deutschen Reichsherolds", E. Geibel, tief in die Seele:

„So helfe mir Gott, daß ich walte
Mit Ernst des Pfundes, das mir ward,
Daß ich getreu am Banner halte,
Der Deutschen Ehre, Zucht und Art."

Dokumente zum neuen Schulkampf.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

Obwohl die neuen Regierungen sich selbst als provisorische bezeichnen, obwohl sie mehrfach gebeten, ja beschworen wurden, doch wenigstens die Schule in Ruhe zu lassen, bis daß ein endgültiger Zustand durch die Nationalwahlen herbeigeführt ist, haben es einige der neuen Kultusminister sehr eilig, grundlegende Reformen schon jetzt durchzuführen, teilweise unter Abänderung von Verfassungsbestimmungen. Es sind vor allem die der beiden deutschen Hauptstaaten, während andere wie z. B. jene von Württemberg und Baden, einsichtsvoller in dieser Zeit des Werdens darauf verzichten, auch die Schule, die Kinder zu beunruhigen. Der derzeitige bayerische Minister „für Unterricht und Kultus" hat sich ja bezüglich der Volksschule einstweilen mit der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht begnügt; nur bei den höheren Schulen ist er mit der Anordnung der „Schülerausschüsse" auch schon in das Innere eingedrungen. Das neue preußische Kultusministerium, das sich als „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" bezeichnet, hat nicht bloß die geistliche Ortsschulaufsicht gestrichen; es hat auch, im Namen der Gewissensfreiheit, jeden Zwang zu Religionsunterricht und religiöser Betätigung seitens der Schule (also Volks- und höheren Schule) verboten, für Schüler wie für Lehrer, damit zugleich aber gemeinsame religiöse Betätigung (Schulgebet, religiöse Schulfeiern) gänzlich untersagt, ohne Rücksicht darauf, ob nicht große Majoritäten, vielleicht ganze Schulen (namentlich auf dem Lande) dadurch in ihrer Gewissensfreiheit

beeinträchtigt werden. Wir bringen Verfügung und Begründung, auf welche anderwärts zurückzukommen sein wird, im Wortlaut (nach „Preuß. Staatsanzeiger" 1918 Nr. 291 vom 10. Dezember):

„Die Stellung der Religion in der Schule hat zu einer Reihe fast allgemein anerkannter Mißstände geführt, deren Beseitigung längst fällig und eine Ehrenpflicht eines freien und sozialistischen Staatswesens ist. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß wir, indem wir die größten Uebel nunmehr ausrotten, dies nicht im Namen der Trennung von Kirche und Staat tun, deren Durchführung vielmehr noch zu treffender Entscheidung vorbehalten bleibt. Was wir heute bestimmen, ist noch kein Akt jener Trennung, sondern der einfachen Pflicht zu Redlichkeit und Sauberkeit und des selbstverständlichen Rechts jedes Menschen auf die Freiheit seiner Ueberzeugung und seines religiösen Bekenntnisses. Um jede Glaubens- und Gewissensvergewaltigung aus der Schule zu entfernen, ist es nötig, jeden Zwang zu religiösen Uebungen und Aeußerungen, auch zur stillschweigenden Beteiligung an ihnen, zu beseitigen.

Nur böser Wille könnte einen solchen im Namen der Religions- und Gewissensfreiheit geschehenden Schritt zu einer Beeinträchtigung der Religionsfreiheit umdeuten. Die unbedingte Freiheit der religiösen Ueberzeugung und Aeußerung ist uns ein heiliges Recht jedes Bürgers, auch des minderjährigen. Ebensowenig denken wir daran, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und Kultus der verschiedenen Religionsgemeinschaften anzutasten. Nie aber dürfen von ihnen Zwangsmittel des Staates, also auch nicht die Schulpflicht der Kinder und das Dienstverhältnis der Lehrer in ihren Dienst gestellt werden. Die Schule gehört allen Bürgern in gleicher Weise, einerlei, welchen Bekenntnisses sie sind oder ob sie jedes Bekenntnis ablehnen.

Die Folgen des bisherigen, innerlich unwahren und widerrechtlichen Zustandes reden für jeden Unbefangenen eine deutliche Sprache. Auf der einen Seite schwere Gewissenskonflikte vieler Lehrer, die sich verurteilt sehen, eine ihrem Gefühl und ihrer Erkenntnis widersprechende Lehre — obendrein eine, die dem wirklichen Fassungsvermögen der Kinder oft in keiner Weise entsprach — Tag für Tag an die Jugend heranzubringen; auf der anderen Seite Gleichgültigkeit gegenüber einem durch die zwangsweise und äußerliche Behandlung entwerteten, an sich zum Teil edlen Stoff. Wer es ehrlich mit der Religion meint, wer Vertrauen hat zu ihrer inneren Kraft, wem sie nicht bloß ein politisches Machtmittel ist, der muß sich empören gegen die ihr durch die zwangsweise Eintrichterung angetane Erniedrigung und uns Dank wissen, wenn wir im Bereich der Schule diesem Zustand ein Ende machen. Schon längst fordert das öffentliche Gewissen die Beseitigung dieses Restes eines vergangenen Zeitalters, des Zeitalters der Ketzerverfolgungen und Religionskriege, des Zeitalters, wo die Staatsgewalt, die heilige Freiheit der Seele mißachtend, mit äußeren Mitteln glaubte einen Glauben erzwingen, erhalten und verbreiten zu können und zu sollen. Für uns ist Religion heilige und unantastbare Angelegenheit jedes einzelnen Herzens und derer, die sich in freier Geistesgemeinschaft zusammenfinden. Und wir glauben nicht, daß jemand, dem die Religion ein solches innerstes Erlebnis in der eigenen Seele und in der gleichgesinnten Gemeinschaft ist, das Bedürfnis hat, seinen Glauben durch irgendeinen Zwang anderen nahezubringen oder Gleichgültige und Widerwillige zum äußerlichen Mitmachen der ihm heiligen Gebräuche zu nötigen.

In diesem Sinne verordnen wir für sämtliche uns unterstellten Lehranstalten der Republik Preußen:

1. Das Schulgebet vor und nach dem Unterricht wird, wo es bisher noch üblich war, aufgehoben.

2. Eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Auch hat die Schule keine gemeinsamen religiösen Feiern (z. B. Abendmahlsbesuche) zu veranstalten. Schulfeiern dürfen keinen religiösen Charakter tragen.

3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach.

4. Kein Lehrer ist zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen verpflichtet, auch nicht zur Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst.

5. Kein Schüler ist zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen. Für Schüler unter 14 Jahren entscheiden die Erziehungsberechtigten, ob sie einen Religionsunterricht besuchen sollen, für Schüler über 14 Jahre gelten die allgemeinen Bestimmungen über Religionsmündigkeit.

6. Es ist unzulässig, im Religionsunterricht der Schule häusliche Schularbeiten, insonderheit das Auswendiglernen von Katechismusstücken, Bibelsprüchen, Geschichten und Kirchenliedern, aufzugeben.

Zu Nr. 4 bemerken wir: Wenn durch die Weigerung eines Lehrers, den Religionsunterricht zu erteilen, Religionsstunden frei werden, so sind diese zunächst durch andere Verteilung des Unterrichts von einem anderen Lehrer zu übernehmen. Wenn dies unmöglich ist, steht es den Geistlichen des betreffenden Bekenntnisses frei, den Unterricht zu erteilen. Wo auch dies nicht geschieht, sind die frei werdenden Stunden mit geschichtlichem, erdkundlichem, naturkundlichem Unterricht oder mit Turnspielen auszufüllen. Im übrigen betonen wir nochmals, daß unsere Verfügung nur den Schulunterricht betrifft und daß dem kirchlichen Unterricht mit freiwilliger Beteiligung keine Beschränkungen auferlegt werden. Die Provinzialschulkollegien und Regierungen werden angewiesen, diesen Erlaß ungesäumt sämtlichen ihnen unterstellten Lehranstalten mitzuteilen und erforderlichenfalls das Geeignete zu veranlassen.

Berlin, den 29. November 1918.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Konrad Haenisch.

Daraufhin hat namens des preußischen Episkopats Kardinal von Hartmann an die preußische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Köln, den 16. Dezember 1918.

Gegen die Entchristlichung der Schule, welche durch die an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichtete Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. November ds. Js. — U II Nr. 1941 U II W pp. — angeordnet wird, erheben die Bischöfe Preußens voll Schmerz und Entrüstung laut und feierlich Protest.

Insbesondere verurteilen wir die Willkür, die in der Verfügung zutage tritt. Denn die dadurch getroffenen Bestimmungen beseitigen nicht etwa bloß einzelne Einrichtungen in der bestehenden Schulordnung, sondern sie stoßen eine von allen bisherigen preußischen Lehrplänen unverbrüchlich festgehaltene und geschützte Grundlage der Schulerziehung vollständig um. Selbst die in den ärgsten Wirren des sog. Kulturkampfes angeordneten Maßnahmen haben sich nicht so rücksichtslos über die geheiligten Rechte und Ansprüche des katholischen Volkes und der Kirche hinweggesetzt.

Wir verurteilen ferner das Ziel der gedachten Bestimmungen, das unverkennbar dahin geht, dem christlichen Volke die Schule ohne Gott als einzige Form der öffentlichen Unterrichtsanstalten aufzunötigen.

Wir verurteilen die Bestimmungen wegen ihrer unausbleiblichen Wirkungen; denn sie führen zu der schwersten Gewissensbedrängnis der katholischen Eltern, die ihre Kinder nur einer in christlichem Geiste geleiteten Schule anvertrauen wollen, und nur Lehrern, deren Wandel und Lehre mit diesem Geiste nicht in Widerspruch stehen.

Wir verurteilen endlich die den Bestimmungen zugrunde liegende verfehlte Auffassung von der Aufgabe der Schule und halten daran fest, daß die öffentliche Schule gemäß ihrer Idee zur Bildung des ganzen Menschen, also auch zur Förderung seines religiösen Lebens verpflichtet ist. Dazu gehört aber neben dem Religionsunterrichte auch die Religionsübung in gemeinschaftlichem Gebet, Gottesdienst und Sakramentenempfang. Der Ausschluß der religiösen Uebung von der Schule ist eine Entwertung derselben und ein bedauerlicher Rückfall in den Schulbetrieb der einseitigen Verstandesbildung unter Verkümmerung des Gemüts- und Willenslebens.

Nie und nimmer wird das katholische Volk es sich gefallen lassen, daß an Stelle der christlichen Religion, des katholischen Glaubenslebens und der Religionsübung ein von Gott und Christus losgelöster kraftloser Moralunterricht gesetzt wird.

Namens der Bischöfe Preußens:

Felix Kard. von Hartmann, Erzbischof von Köln.[1]

Daß man auch in Bayern ähnliche Gelüste hat, wenn sie auch seitens der Regierenden mit den oft wiederholten Allgemeinheiten von freier Schule und freier Kirche und Befreiung von Gewissensvergewaltigung etwas klüger wie Berlin noch verschleiert bleiben, das beweisen die Schulprogramme verschiedener politischer und beruflicher Vereinigungen. Das Schulprogramm des „Zentralarbeiterrates" stellt bezüglich der Volksschule folgende „vorläufige Mindestforderungen" auf:

1. Die geistliche Schulaufsicht ist durch eine fachliche zu ersetzen.
2. Aufhebung jedes Zwanges zur Teilnahme an kirchlichen oder religiösen Veranstaltungen einschließlich des Religionsunterrichtes. Ueber Teilnahme oder Nichtteilnahme an diesen Veranstaltungen entscheiden Schüler über 16 Jahre, bei jüngeren Schülern entscheiden die Eltern oder deren gesetzliche Vertreter.

Der Hauptausschuß des bayerischen interkonfessionellen Lehrervereins veröffentlicht in Nr. 51 der „Bayerischen Lehrerzeitung" (13. Dezember 1918) „Grundlinien zu einer Verfassung der bayerischen Schule", denen wir für unsere Frage folgendes entnehmen:

Die Schule ist eine Staatsangelegenheit. Daraus ergibt sich für das Verhältnis von Kirche und Schule folgendes: 1. Maßgebend ist der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. 2. Die Schule ist von der Kirche unabhängig. 3. Die Schule ist als weltliche Anstalt nach den Grundsätzen der beruflichen Selbstverwaltung von weltlichen Berufsgenossen zu leiten. 4. Die Kirche hat für die Seelsorge an den Schulkindern volle Freiheit. 5. Kein Kind darf gegen den Willen seiner Eltern zum Besuch des Religionsunterrichtes und kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichtes gezwungen werden. 6. In den staatlichen Schulen ist jede religiöse Ueberzeugung auf das gewissenhafteste zu schonen. 7. Staat und Schule sehen wie die Kirche in der sittlichen Erziehung der Jugend eine ihrer höchsten Aufgaben. 8. Der Staat unterstützt die Kirche bei ihrer Fürsorge in der religiösen Jugenderziehung durch

[1] Der Protest hat schon gewirkt. Unterm 28. Dez. ordnete Haenisch an, daß mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlaß vom 29. Nov. geltend gemacht worden sind, seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

die Ueberlassung von Schulräumen und Schulstunden. 9. Dem Lehrer bleibt das Recht, sich an der religiösen Unterweisung durch freien Vertrag mit den religiösen Gemeinschaften zu beteiligen. 10. Bei Anstellung von Lehrern an Orten mit geschlossener religiöser Gemeinschaft oder einer ausgeprägten religiösen Mehrheit des Bekenntnisses ist auf die Zugehörigkeit des Lehrers zur betreffenden Kirche Rücksicht zu nehmen.

Wäre Untersatz 1 vor den Obersatz gestellt, dann wäre wohl auch der Verfasser dieses Programms zu jenen Folgesätzen gekommen, welche als die allein richtigen von den Vertretern gläubiger, auf dem Boden der christlichen Konfessionen stehender Pädagogik proklamiert wurden.

In München haben auf Anregung des Münchener Katechetenvereins (Beschluß der Versammlung vom 11. November) die Vorstandschaften der Katholisch-pädagogischen Vereine, nämlich die süddeutsche Gruppe des Vereins für christliche Erziehungswissenschaft, der Katholische Lehrerverein in Bayern, der Katholische Lehrerverein der Pfalz, der Verein kathol. bayerischer Lehrerinnen, der Münchener Katechetenverein, der Bayerische Landesverband der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten, der Bayerische Landesverband der Kinderhorte und Kleinkinderbewahranstalten, das Katholische Jugendwerk München für männliche Jugendpflege, das Katholische Jugendwerk für weibliche Jugendpflege, die Katholische Schulorganisation, eine dem Kultusminister der derzeitigen bayerischen Regierung vorzutragende Entschließung gefaßt, deren Leitgedanken in Nr. 49/1918 der „A. R." („Eilt die Schulreform?") wiedergegeben wurden. Die Entschließung wurde am 26. November durch eine Abordnung tatsächlich überreicht.

Die nämliche katholisch-pädagogische Arbeitsgemeinschaft hat, unter Zuziehung von Vertretern der evangelischen Konfession und im Benehmen mit der Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei die Richtlinien für ein Schulprogramm dieser Partei ausgearbeitet, die für das Gebiet der Volksschule und der höheren Schule folgendes besagen:

1. Familie: Die Familie ist die erste Trägerin der Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Notwendige öffentliche Fürsorgemaßnahmen sind zu fördern, dürfen aber den Erziehungswillen der Eltern nicht schwächen.

2. Schulinteressenten: In allen Schul- und Erziehungsmaßnahmen müssen die Rechte der Hauptinteressenten: Familie und Gemeinde, Staat und Kirche, bei gesetzlicher Festlegung gewahrt werden. Unter dieser Voraussetzung ist die fachliche Leitung der Schulen zu fordern. Die religiös-sittlichen Erziehungsaufgaben können vollkommen nur in einer Schule, die auf dem Grundsatz der Gewissensfreiheit und Gewissenseinheit von Elternhaus und Schule (Konfessionsschule) aufgebaut ist, erfüllt werden. Privatschuleinrichtungen, die das staatlich festgelegte Bildungsmaß vermitteln, dürfen nicht behindert werden.

3. Volksschule: Die Volksschule ist die einheitliche Grundschule des Volkes bei Rücksichtnahme auf raschen Aufstieg besonders begabter Schüler. In der Volksschule herrscht allgemeine Schulgeldfreiheit, für Kinder unbemittelter Eltern auch Lernmittelfreiheit.

4. Lehrstoff und Einrichtung der Volksschule: Die Auswahl der Lehrgegenstände und Lehrstoffe soll neben den Bedürfnissen des praktischen Lebens der Charakterbildung dienen, nicht einseitig auf Verstandsbildung eingestellt sein, Natur und Eigenart der beiden Geschlechter berücksichtigen und die Begrenzung in der Leistungsfähigkeit der verschieden veranlagten Kinder finden, daher Ueberladung vermeiden. Um die Leistungsmöglichkeit der Schule zu erhöhen, ist eine entsprechende Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und die Einrichtung von Hilfsklassen, in großen Schulkörpern auch von Sonderklassen zu fordern. Der Aufstieg besonders Begabter ist in jeder Weise zu sichern. Zu diesem Zweck ist auch eine den anderen höheren Schulen gleichwertige höhere deutsche Schule zu fordern.

5. Fortbildung: Pflichtmäßige Fortbildung mit Beachtung des Berufes in der geistigen und sittlichen Ausbildung und mit Wahrung der religiösen Erziehung ist unter möglichster Freiheit hinsichtlich der zu wählenden Bildungsform bis zum 18. Lebensjahr auszudehnen.

6. Lehrerbildung: Lehrer und Lehrerinnen erhalten ihre allgemeine Bildung auf der höheren deutschen Schule, ihre Berufsbildung in besonderen Lehrerbildungsanstalten, die zur Ergänzung und Vertiefung ihrer Arbeit an Hochschulen angeschlossen sein können (Pädagogische Seminare bzw. Institute).

7. Höhere Schulen: Alle Arten der mittleren und höheren Schulen, Fachschulen sowohl wie sogenannte allgemeine Bildungsschulen müssen gleichmäßig gefördert werden. Gefordert werden muß bei jeder Art der mittleren und höheren Schulen ein dem Bekenntnis entsprechender pflichtmäßiger Religionsunterricht. Die Freiheit, private höhere Schulen zu errichten, darf nicht eingeschränkt werden. In der höheren Mädchenbildung soll die Eigenart des weiblichen Geschlechtes gewahrt bleiben, insbesondere ist en Aufgaben der Frau und Mutter in planmäßigem Aufbau Rechnung zu tragen. Koedukation (gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen) lehnen wir ab.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Schulprogramms hat der bayerische Episkopat folgende gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht gerichtete Erklärung veröffentlicht:

Die in Freising versammelten Bischöfe erfahren soeben aus der Zeitung die Verordnung des Ministerrates des Volksstaates Bayern, wodurch die geistliche Schulaufsicht in jeder Form beseitigt wird. Wir legen feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß ohne Fühlungnahme mit den kirchlichen Behörden durch einseitige Verletzung eines in Art. V, Abs. 4 des Konkordats dem Sinne nach verbrieften Rechtes die langjährige und treue Mitarbeit und Mitaufsicht der Kirche im Erziehungswesen der Volksschule ausgeschaltet werden soll. Derartig überstürzte Gewaltmaßregeln einer vorläufigen Regierung müssen unser Volk mit großer Besorgnis für die Zukunft erfüllen.

Freising, den 18. Dezember 1918.

J. A.: Dr. v. Faulhaber, Erzbischof von München und Freising.

Diese Erklärung scheint zwar obenhin angesehen das Schulprogramm der Bayerischen Volkspartei teilweise zu desavouieren. Bei genauerem Zusehen aber ist dies nicht der Fall.

Auch der Landesverband der katholischen geistlichen Schulvorstände Bayerns hat einen ganz ähnlichen Protest eingelegt gegen die Art und Weise der Aufhebung einer Verfassungsbestimmung durch eine provisorische Regierung. In einem Aufruf, der als Beilage zu Heft 10/11 des laufenden Jahrganges der „Christlichen Schule" hinausgegangen ist, wird als den neuen Verhältnissen Rechnung tragendes „Programm für Gegenwart und Zukunft" festgelegt:

1. Wir treten ein für alle Rechte und Interessen der Kirche auf dem ganzen Gebiete der Schule und Erziehung nach Maßgabe des geltenden Kirchenrechts und der Weisungen der Bischöfe, vor allem für das kirchliche Aufsichtsrecht über das sittlich-religiöse Leben an allen Schulen.

2. Wir sind von der Ueberzeugung getragen, daß die bisherige Form der geistlichen Schulaufsicht eine sichere Bürgschaft zur Wahrung der kirchlichen Rechte und Interessen im Schul- und Erziehungswesen bot. Wir hoffen zu Gott, daß es den Bemühungen des Hochwürdigsten Episkopates, der Vertretung des christlichen Volkes in der konstituierenden Versammlung und unserer Mitarbeit gelingen möge, auch unter den neuen Verhältnissen wieder staatlicherseits eine geeignete und wirksame Form zur Wahrung des kirchlichen Aufsichtsrechtes zu erreichen.

3. Wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der seelsorgerlichen Ueberwachung der christlichen Erziehung der dem Lehr-, Priester- und Hirtenamt unterstellten Schulkinder, selbst wenn staatlicherseits die Anerkennung und der Schutz des kirchlichen Aufsichtsrechtes zurückgenommen werden sollte; wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der Förderung des ganzen Bildungs- und Erziehungswesens nach christlicher Auffassung durch die Geistlichen.

4. Den Strömungen und Aufgaben der Gegenwart gegenüber muß sich unsere Tätigkeit erweitern und noch mehr als bisher auf alle Formen der Bildung und Erziehung in Familie, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Schulpflege und Hortwesen, Jugendpflege und Jugendfürsorge erstrecken.

5. Wir erachten den Zusammenschluß der katholischen Geistlichen im Landesverbande jetzt für notwendiger denn je und ersehnen den Ausbau desselben zu einer allgemeinen Standesorganisation des bayerischen Klerus auf dem Boden des bürgerlichen Rechtes in treuester Unterordnung unter den Hochwürdigsten Episkopat.

Alle diese Dokumente sind von zeitgeschichtlicher Bedeutung und zugleich geeignet, die Basis für Erörterungen grundsätzlicher Natur zu bilden, die in einem weiteren Aufsatze folgen sollen.

Das Aufsteigen der materiellen Werte als Boden der Geburtenverhütung.[1]

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Parallel dem Niedergehen der ethischen Belange ging das Ansteigen der materiellen Werte ins Ungemessene. Welche materiellen Werte schätzt der Mensch von jeher besonders?

Da ist zunächst die ungehemmte Befriedigung des Geschlechtstriebes. Hierüber ist bereits kurz geredet. Nicht ohne Zustimmung einer der Masse willfährigen Wissenschaft wurde sie dem Volke auf's weitestgehende zugestanden, wie wir denn ja leider öfters beobachten müssen, daß die Wissenschaft dem Aufstieg der materiellen Werte zur Entthronung der Sittlichkeit die Steigbügel gehalten hat.

[1] Vgl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650.



Dann folgen die leiblichen Genüsse im engeren Sinne, als da sind: gut Essen, Trinken, Rauchen u. dgl. m. Der „Rekord", der nach dieser Richtung des Wohllebens gerade in Deutschland erreicht war, läßt nach Intensität wie Extensität so ziemlich alles hinter sich, was in der Weltgeschichte sich bisher entwickelt hat. So, wie bei uns die weitesten Volkskreise lebten, hat vor 40—50 Jahren nicht der beste Mittelstand, ja, regelmäßig auch nicht der Wohlhabende es gehabt. Im Fleischverbrauch hatten wir vor dem Kriege alle kultivierten Nationen überholt; 52,3 kg Fleisch kamen bei uns schon auf Kopf und Jahr durchschnittlich für die Bevölkerung, während wir 1892 noch mit 32,5 kg, 1840 gar mit 21,6 und 1816 mit 17,3 kg gut ausgekommen waren; zur Zeit des deutsch-französischen Krieges hatten wir erst 29 kg Fleischverbrauch erreicht, also gut 1 Pfund für jede Woche, was unseren anfänglichen Kriegsmengen etwa entspricht. Von 1888 bis 1913 hatte sich die Fleischerzeugung um 100% erhöht. Während der tatsächliche Eiweißbedarf bei 68 Millionen Menschen rund 1680000 Tonnen betrug, war unser wirklicher Verbrauch 2307000 Tonnen. Fleisch war geradezu ein Genußmittel, eine Leckerei geworden, statt eines Nahrungsmittels, und wurde in der Industriearbeiterschaft — neben reichlich Käse, Butter und Brot — dreimal am Tage regelmäßig genossen, selbst noch öfter. Speck, der heute so hochbegehrte, wurde hier im Westen von der Arbeiterschaft schon vielfach als minderwertiges Nahrungsmittel zurückgewiesen! Volksschulkinder waren durchaus daran gewöhnt, belegte Butterbrote in die Schule mitzunehmen und warfen vielfach davon weg.

Mit dem Fett, das doch meist im Fleisch genossen wurde, ward so verschwenderisch umgegangen, daß Professor Rubner im Berliner Abwasser während der Friedenszeit 20 g davon für Tag und Kopf der Bevölkerung nachweisen konnte. Uebrigens war bei uns auch der Genuß an anderen nahrhaften und wohlschmeckenden Dingen, so an Weizen, Roggen, Gerste, Milch, Kartoffeln nach und nach reichlich gestiegen. Allein von 1900 bis 1913/14 hatte sich die Kartoffelquote um rund 100 kg erhöht, während die Steigerung an Milcherzeugung von 1888 bis 1913 um 55%, an Brotgetreide um 53% erfolgt war (Graf von Schwerin-Löwitz im Jubiläumswerk für die 25jährige Regierungszeit Kaiser Wilhelm II.). Man hätte also mit weit größerem Recht von einer durchschnittlichen „Uebererernährung" als von einer „Unterernährung" ehemals zu sprechen die Berechtigung gehabt, und daß eine solche tatsächlich bestand, deß waren die zahlreichen dicken Menschen aus allen Ständen, zumal auch Frauen, die Notwendigkeit der vielen Entfettungs- und Entziehungsbadekuren in Kissingen usw., die zahlreichen Erkrankungen an Herz-, Nieren-, Gichtleiden und wohl auch an Zuckerruhr und Arterienverkalkung deutlicher Beweis.

Dabei schwelgten die Männer in Alkohol und Tabak. Bei dem Festessen, welches die Stadt Berlin im Jahre 1890 den Teilnehmern am internationalen Aerztekongreß im Rathause gab, wurden bei Anwesenheit von 4000 Teilnehmern 5308 Flaschen Champagner, 4721 Bordeauxwein, 3853 Rheinwein, 1500 Moselwein und 22 Hektoliter Bier an einem Abend vertilgt. Und wie hat sich das alles seit 1890 noch gesteigert! Was wurde bei den sich jagenden Kongressen, Festessen, Kirmessen, Karnevalsvergnügungen usw. nicht alles verputzt!

Die Frauen wollten es den Männern in ihrer Weise gleichtun und zwar wieder in allen Ständen; was nicht für Putz und Kleidung gebraucht wurde, das wanderte in die immer zahlreicher entstehenden Cafés und Konditoreien für Kaffee, Schokolade, Liköre und Kuchen; in der Industriegegend konnten die Konditoren an den Löhnungstagen kaum noch die Torten fertigstellen, die verlangt wurden, und die Fensterauslagen in Geschäften auch in Arbeitervierteln wiesen ungeheuerliche Preise auf.

Der dritte große materielle Wert ist Gesundheit und langes Leben. Beides wird mit vollem Rechte von jeher geschätzt, und die in den letzten Jahrzehnten mächtig aufgeblühte Gesundheitspflege, der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft, der Gewerbehygiene, die Krankenkassengesetzgebung, die zur Bekämpfung der Volksseuchen gebildeten Gesetze, Organisationen und sonstigen Bestrebungen geben den Beweis für die gesteigerte Wertung dieses Gutes und haben gewaltige Erfolge erzielt. Ist doch die Gesamtsterblichkeit in Deutschland von 29,9 ‰ im Jahre 1873 auf 15,8 ‰ in 1913 gesunken, die Säuglingssterblichkeit allein von 19,6 % im Jahre 1904 auf 15,1 % in 1913, während sich die Tuberkulosesterblichkeit in 25 Jahren um die Hälfte gemindert hat; manche übertragbare Krankheiten sind fast ausgestorben, ein Umstand, dem wir es sicher mit zu verdanken haben, daß im Weltkriege so wenig Seuchen entstanden. Die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen ist in 100 Jahren um 9 Jahre gestiegen; und immer neue Gebiete des Gesundheitswesens wurden von Reich, Staat, Gemeinden, Wissenschaftlern und Privaten zur Besserung in Beackerung genommen.

Fast wäre die Gesundheit Vorherrscherin im Reiche des materiellen Belangens gewesen, wenn ihr nicht eine mächtige Wettbewerberin im vierten Werte, nämlich in der Wirtschaftlichkeit zur Seite gestanden hätte. Hat schon zu allen Zeiten die Jagd nach Geld und Gut bei sehr vielen Menschen alle anderen Wünsche, auch nach Gesundheit und Seelenheil, mehr oder minder stark in den Hintergrund treten lassen, so ist das in der neueren Zeit in besonders hohem Grade geschehen, wiederum gefördert durch Wissenschaft, hier durch die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre. Geldmachen! Geldverdienen! Das war doch schließlich das Hauptziel immer weiterer Kreise aus allen Volksschichten, oft schon von Jugend auf, und der Hauptinhalt der Jagd nach dem „Glück" in unserer modernen Kulturepoche. Wie verdiene ich mehr Geld? So fragte der einzelne, so die Genossenschaft, die Gemeinde, der Staat, das Reich. Diesem Ziele dienten vielfach die Verwertungen der naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die Fortschritte der Technik, ihr natürlich die Lohnkämpfe, die Trustbildungen, die Boykotts, das Aufsaugen kleinerer Betriebe durch größere, der ganze Kapitalismus, und viele, die äußerlich dagegen ankämpften, strebten im stillen darnach, selber in die Reihen der Kapitalisten einzurücken. Die Zahl der Millionäre mehrte sich deutlich, im Gegensatz zur Kinderzahl, die Nationen eröffneten einen wahren Wettlauf um die höchsten Ziffern des Nationalvermögens, des Nationaleinkommens, des Handelsumsatzes. Geld war schließlich tatsächlich der Wertmesser für so etwa alle Dinge geworden. Wer Geld hatte, konnte sich schließlich so ziemlich alle materiellen Güter und Annehmlichkeiten leisten. So trat selbst die Gesundheitlichkeit zurück, auch im Oeffentlichen. Höchst bezeichnend ist es z. B., daß sich selbst ganz offenbar notwendige hygienische Maßnahmen nicht mehr durch den Hinweis auf ihre Gesundheitlichkeit an sich und auf die Abhaltung von körperlichem Leid durchsetzen ließen; nein, es mußte erst die „Wirtschaftlichkeit", und zwar nicht etwa nur im Sinne der finanziellen Durchführbarkeit, sondern auch des erweisbaren geldlichen Nutzens, der Rentabilität, nachgewiesen werden. Wer also z. B. für den Bau eines Krankenhauses, einer Wasserleitung, einer Kanalisation, einer Organisation zur Bekämpfung irgendeiner Krankheit wirken wollte, mußte darlun, wie hoch der Wert der dadurch zu gewinnenden Arbeitskräfte und Arbeitsstunden infolge der Erhaltung und schnelleren Wiederherstellung von Menschen sein werde. So wurde z. B. die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten in amtlicher Kundgebung damit begründet, in welcher Weise die angeblich 1 Million Erkrankter unter den 20 Millionen Versicherter die Krankenkassen durch die Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der Krankenhauspflege belastet, nämlich mit jährlich 10 Millionen Mark; der Schaden am Nationalvermögen wird dabei auf 100 Millionen Mark angegeben, während er beim Typhus nur 8 Millionen Mark betrage. So war auch die Gesundheitspflege zur Dienerin der Geldwirtschaft geworden. Das gleiche gilt von der Sittlichkeit, indem man sich scheute, offenkundige gemeinschädliche Unternehmungen zu beeinträchtigen oder gar zu schließen, z. B. üble Lokale, um nur ja niemand das wirtschaftliche Fortkommen zu gefährden und der Stadt den „Fremdenverkehr" mit seinen geldlichen Vorteilen zu erhalten.

Auch das Strafgesetz wurde in den Dienst der Wirtschaftlichkeit gestellt. Man begann auszurechnen, wieviele „Arbeitsstunden" dem Deutschen Reiche durch die Gefängnis- und Zuchthaushaftstrafen entzogen würden, und strebte auch aus diesem Grunde nach Verkürzung der Strafdauer. Bei Bestrafungen setzte sich immer mehr der Grundsatz durch: nur nicht im wirtschaftlichen Fortkommen schaden!

Und schließlich ward der Mensch selbst zum Objekte der Wirtschafts- und Sparsamkeitslehre; man forderte „Menschenökonomie" — das war die Krönung!

Daß auch Vertreter der Wissenschaft in den Bannkreis des Kapitalismus gezogen wurden, daß Gelehrte sich die Erfindung von Heilmitteln patentieren, musterschützen und bezahlen ließen und an der Ausnutzung materiellen Gewinn haben wollten, daß für die wirkungslosesten Konstruktionen und Präparate wie zu allen möglichen anderen Zwecken „wissenschaftliche" oder „sachverständige" „Gutachten" und Bescheinigungen höchst zweifelhafter Qualität — in der Sprache der Aerzte heißen sie schämig „Gefälligkeitsatteste" — immer leichter zu haben waren, daß also auch hier die Wissenschaft recht häufig zur „melkenden Kuh" wurde und nicht die „hehre Göttin" blieb, ist ebenfalls ein Zeichen der gesteigerten Wertschätzung und Macht des Geldes.

Treffend, wenn auch nicht klassisch, gibt ein Hamburger Neujahrswunsch die materialistische Stimmung wieder:

„Der Wünsche große Zahl ist eitel;
Nur dieser gilt für's ganze Jahr:
Gesundheit und ein voller Beutel —
Der Wunsch ersetzt die ganze Schar!"

Die ganze Welt war schließlich — nach heutiger Ausdrucksweise — rein — oder besser gesagt „unrein" — „wirtschaftlich orientiert".

Doch auch hier nahte ein Wettbewerber in einem fünften Werte, nämlich in dem des Sozialen. Je schwankender sein Inhalt und fremdländischer sein Name ist, desto begeisternder wirkt er. Wo heute etwas im Namen des „Sozialen" verlangt wird, da ist Widerspruch nutzlos und verpönt. Was ist „sozial"? Ich meine: das, was der Nächstenliebe entspricht. Das kommt auf einen Schutz der Schwachen hinaus und soll sich im Grunde genommen auf ideellem wie materiellem Gebiete bewegen; der Kern wie Ursprung der „sozialen Fürsorge" liegt aber doch wieder im Materiellen. Der Anfang unserer „sozialen Gesetzgebung", begründet durch die Botschaft Kaiser Wilhelm I, erstrebte ja zunächst nur die gesundheitliche und wirtschaftliche Sicherstellung und Förderung der unselbständigen unbemittelten Bevölkerung, und die neue Reichsversicherung ist dabei geblieben: kostenlose ärztliche Behandlung, kostenlose Arzneiversorgung, kostenlose Krankenhausaufnahme, Krankengeld, Unfallrente, Invalidenrente, Altersrente, Wochengeld, Stillgeld, Witwen- und Waisenrente — lauter materielle Werte. Die Verwandtschaft des „Sozialen" mit dem Wirtschaftlichen ergibt sich auch aus dem Hochkommen des „Kathedersozialismus" aus der Nationalökonomie.

die Ueberlassung von Schulräumen und Schulstunden. 9. Dem Lehrer bleibt das Recht, sich an der religiösen Unterweisung durch freien Vertrag mit den religiösen Gemeinschaften zu beteiligen. 10. Bei Anstellung von Lehrern an Orten mit geschlossener religiöser Gemeinschaft oder einer ausgeprägten religiösen Mehrheit des Bekenntnisses ist auf die Zugehörigkeit des Lehrers zur betreffenden Kirche Rücksicht zu nehmen.

Wäre Untersatz 1 vor den Obersatz gestellt, dann wäre wohl auch der Verfasser dieses Programms zu jenen Folgesätzen gekommen, welche als die allein richtigen von den Vertretern gläubiger, auf dem Boden der christlichen Konfessionen stehender Pädagogik proklamiert wurden.

In München haben auf Anregung des Münchener Katechetenvereins (Beschluß der Versammlung vom 11. November) die Vorstandschaften der Katholisch-pädagogischen Vereine, nämlich die süddeutsche Gruppe des Vereins für christliche Erziehungswissenschaft, der Katholische Lehrerverein in Bayern, der Katholische Lehrerverein der Pfalz, der Verein kathol. bayerischer Lehrerinnen, der Münchener Katechetenverein, der Bayerische Landesverband der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten, der Bayerische Landesverband der Kinderhorte und Kleinkinderbewahranstalten, das Katholische Jugendwerk München für männliche Jugendpflege, das Katholische Jugendwerk für weibliche Jugendpflege, die Katholische Schulorganisation, eine dem Kultusminister der derzeitigen bayerischen Regierung vorzutragende Entschließung gefaßt, deren Leitgedanken in Nr. 49/1918 der „A. R." („Eilt die Schulreform?") wiedergegeben wurden. Die Entschließung wurde am 26. November durch eine Abordnung tatsächlich überreicht.

Die nämliche katholisch-pädagogische Arbeitsgemeinschaft hat, unter Zuziehung von Vertretern der evangelischen Konfession und im Benehmen mit der Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei die Richtlinien für ein Schulprogramm dieser Partei ausgearbeitet, die für das Gebiet der Volksschule und der höheren Schule folgendes besagen:

1. Familie: Die Familie ist die erste Trägerin der Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Notwendige öffentliche Fürsorgemaßnahmen sind zu fördern, dürfen aber den Erziehungswillen der Eltern nicht schwächen.

2. Schulinteressenten: In allen Schul- und Erziehungsmaßnahmen müssen die Rechte der Hauptinteressenten: Familie und Gemeinde, Staat und Kirche, bei gesetzlicher Festlegung gewahrt werden. Unter dieser Voraussetzung ist die fachliche Leitung der Schulen zu fordern. Die religiös-sittlichen Erziehungsaufgaben können vollkommen nur in einer Schule, die auf dem Grundsatz der Gewissensfreiheit und Gewissenseinheit von Elternhaus und Schule (Konfessionsschule) aufgebaut ist, erfüllt werden. Privatschuleinrichtungen, die das staatlich festgelegte Bildungsmaß vermitteln, dürfen nicht behindert werden.

3. Volksschule: Die Volksschule ist die einheitliche Grundschule des Volkes bei Rücksichtnahme auf raschen Aufstieg besonders begabter Schüler. In der Volksschule herrscht allgemeine Schulgeldfreiheit, für Kinder unbemittelter Eltern auch Lernmittelfreiheit.

4. Lehrstoff und Einrichtung der Volksschule: Die Auswahl der Lehrgegenstände und Lehrstoffe soll neben den Bedürfnissen des praktischen Lebens der Charakterbildung dienen, nicht einseitig auf Verstandsbildung eingestellt sein, Natur und Eigenart der beiden Geschlechter berücksichtigen und die Begrenzung in der Leistungsfähigkeit der verschieden veranlagten Kinder finden, daher Ueberladung vermeiden. Um die Leistungsmöglichkeit der Schule zu erhöhen, ist eine entsprechende Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und die Einrichtung von Hilfsklassen, in großen Schulkörpern auch von Sonderklassen zu fordern. Der Aufstieg besonders Begabter ist in jeder Weise zu sichern. Zu diesem Zweck ist auch eine den anderen höheren Schulen gleichwertige höhere deutsche Schule zu fordern.

5. Fortbildung: Pflichtmäßige Fortbildung mit Beachtung des Berufes in der geistigen und sittlichen Ausbildung und mit Wahrung der religiösen Erziehung ist unter möglichster Freiheit hinsichtlich der zu wählenden Bildungsform bis zum 18. Lebensjahr auszudehnen.

6. Lehrerbildung: Lehrer und Lehrerinnen erhalten ihre allgemeine Bildung auf der höheren deutschen Schule, ihre Berufsbildung in besonderen Lehrerbildungsanstalten, die zur Ergänzung und Vertiefung ihrer Arbeit an Hochschulen angeschlossen sein können (Pädagogische Seminare bzw. Institute).

7. Höhere Schulen: Alle Arten der mittleren und höheren Schulen, Fachschulen sowohl wie sogenannte allgemeine Bildungsschulen müssen gleichmäßig gefördert werden. Gefordert werden muß bei jeder Art der mittleren und höheren Schulen ein dem Bekenntnis entsprechender pflichtmäßiger Religionsunterricht. Die Freiheit, private höhere Schulen zu errichten, darf nicht eingeschränkt werden. In der höheren Mädchenbildung soll die Eigenart des weiblichen Geschlechtes gewahrt bleiben, insbesondere ist en Aufgaben der Frau und Mutter in planmäßigem Aufbau Rechnung zu tragen. Koedukation (gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen) lehnen wir ab.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Schulprogramms hat der bayerische Episkopat folgende gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht gerichtete Erklärung veröffentlicht:

Die in Freising versammelten Bischöfe erfahren soeben aus der Zeitung die Verordnung des Ministerrates des Volksstaates Bayern, wodurch die geistliche Schulaufsicht in jeder Form beseitigt wird. Wir legen feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß ohne Fühlungnahme mit den kirchlichen Behörden durch einseitige Verletzung eines in Art. V, Abs. 4 des Konkordats dem Sinne nach verbrieften Rechts die langjährige und treue Mitarbeit und Mitaufsicht der Kirche im Erziehungswesen der Volksschule ausgeschaltet werden soll. Derartig überstürzte Gewaltmaßregeln einer vorläufigen Regierung müssen unser Volk mit großer Besorgnis für die Zukunft erfüllen.

Freising, den 18. Dezember 1918.

J. A.: Dr. v. Faulhaber, Erzbischof von München und Freising.

Diese Erklärung scheint zwar obenhin angesehen das Schulprogramm der Bayerischen Volkspartei teilweise zu desavouieren. Bei genauerem Zusehen aber ist dies nicht der Fall.

Auch der Landesverband der katholischen geistlichen Schulvorstände Bayerns hat einen ganz ähnlichen Protest eingelegt gegen die Art und Weise der Aufhebung einer Verfassungsbestimmung durch eine provisorische Regierung. In einem Aufruf, der als Beilage zu Heft 10/11 des laufenden Jahrganges der „Christlichen Schule" hinausgegangen ist, wird als den neuen Verhältnissen Rechnung tragendes „Programm für Gegenwart und Zukunft" festgelegt:

1. Wir treten ein für alle Rechte und Interessen der Kirche auf dem ganzen Gebiete der Schule und Erziehung nach Maßgabe des geltenden Kirchenrechts und der Weisungen der Bischöfe, vor allem für das kirchliche Aufsichtsrecht über das sittlich-religiöse Leben an allen Schulen.

2. Wir sind von der Ueberzeugung getragen, daß die bisherige Form der geistlichen Schulaufsicht eine sichere Bürgschaft zur Wahrung der kirchlichen Rechte und Interessen im Schul- und Erziehungswesen bot. Wir hoffen zu Gott, daß es den Bemühungen des Hochwürdigsten Episkopates, der Vertretung des christlichen Volkes in der konstituierenden Versammlung und unserer Mitarbeit gelingen möge, auch unter den neuen Verhältnissen wieder staatlicherseits eine geeignete und wirksame Form zur Wahrung des kirchlichen Aufsichtsrechtes zu erreichen.

3. Wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der seelsorgerlichen Ueberwachung der christlichen Erziehung der dem Lehr-, Priester- und Hirtenamt unterstellten Schulkinder, selbst wenn staatlicherseits die Anerkennung und der Schutz des kirchlichen Aufsichtsrechtes zurückgenommen werden sollte; wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der Förderung des ganzen Bildungs- und Erziehungswesens nach christlicher Auffassung durch die Geistlichen.

4. Den Strömungen und Aufgaben der Gegenwart gegenüber muß sich unsere Tätigkeit erweitern und noch mehr als bisher auf alle Formen der Bildung und Erziehung in Familie, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Schulpflege und Hortwesen, Jugendpflege und Jugendfürsorge erstrecken.

5. Wir erachten den Zusammenschluß der katholischen Geistlichen im Landesverbande jetzt für notwendiger denn je und ersehnen den Ausbau desselben zu einer allgemeinen Standesorganisation des bayerischen Klerus auf dem Boden des bürgerlichen Rechtes in treuester Unterordnung unter den Hochwürdigsten Episkopat.

Alle diese Dokumente sind von zeitgeschichtlicher Bedeutung und zugleich geeignet, die Basis für Erörterungen grundsätzlicher Natur zu bilden, die in einem weiteren Aufsatze folgen sollen.



Das Aufsteigen der materiellen Werte als Boden der Geburtenverhütung.[1]

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Parallel dem Niedergehen der ethischen Belange ging das Ansteigen der materiellen Werte ins Ungemessene. Welche materiellen Werte schätzt der Mensch von jeher besonders?

Da ist zunächst die ungehemmte Befriedigung des Geschlechtstriebes. Hierüber ist bereits kurz geredet. Nicht ohne Zustimmung einer der Masse willfährigen Wissenschaft wurde sie dem Volke auf's weitestgehende zugestanden, wie wir denn ja leider öfters beobachten müssen, daß die Wissenschaft dem Aufstieg der materiellen Werte zur Entthronung der Sittlichkeit die Steigbügel gehalten hat.

[1] Vgl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650.

Dann folgen die *leiblichen Genüsse* im engeren Sinne, als da sind: *gut Essen, Trinken, Rauchen* u. dgl. m. Der „Rekord“, der nach dieser Richtung des Wohllebens gerade in Deutschland erreicht war, läßt nach Intensität wie Extensität so ziemlich alles hinter sich, was in der Weltgeschichte sich bisher entwickelt hat. So, wie bei uns die weitesten Volkskreise lebten, hat vor 40—50 Jahren nicht der beste Mittelstand, ja, regelmäßig auch nicht der Wohlhabende es gehabt. Im *Fleischverbrauch* hatten wir vor dem Kriege alle kultivierten Nationen überholt; 52,3 kg Fleisch kamen bei uns schon auf Kopf und Jahr durchschnittlich für die Bevölkerung, während wir 1892 noch mit 32,5 kg, 1840 gar mit 21,6 und 1816 mit 17,3 kg gut ausgekommen waren; zur Zeit des deutsch-französischen Krieges hatten wir erst 29 kg Fleischverbrauch erreicht, also gut 1 Pfund für jede Woche, was unseren anfänglichen Kriegsmengen etwa entspricht. Von 1888 bis 1913 hatte sich die Fleischerzeugung um 100% erhöht. Während der tatsächliche Eiweißbedarf bei 68 Millionen Menschen rund 1680000 Tonnen betrug, war unser wirklicher Verbrauch 2307000 Tonnen. Fleisch war geradezu ein Genußmittel, eine Leckerei geworden, statt eines Nahrungsmittels, und wurde in der Industriearbeiterschaft — neben reichlich Käse, Butter und Brot — dreimal am Tage regelmäßig genossen, selbst noch öfter. Speck, der heute so hochbegehrte, wurde hier im Westen von der Arbeiterschaft schon vielfach als minderwertiges Nahrungsmittel zurückgewiesen! Volksschulkinder waren durchaus daran gewöhnt, belegte Butterbrote in die Schule mitzunehmen und warfen vielfach davon weg.

Mit dem *Fett*, das doch meist im Fleisch genossen wurde, ward so verschwenderisch umgegangen, daß Professor Rubner im Berliner Abwasser während der Friedenszeit 20 g davon für Tag und Kopf der Bevölkerung nachweisen konnte. Uebrigens war bei uns auch der Genuß an anderen nahrhaften und wohlschmeckenden Dingen, so an Weizen, Roggen, Gerste, Milch, Kartoffeln nach und nach reichlich gestiegen. Allein von 1900 bis 1913/14 hatte sich die Kartoffelquote um rund 100 kg erhöht, während die Steigerung an Milcherzeugung von 1888 bis 1913 um 55%, an Brotgetreide um 53% erfolgt war (Graf von Schwerin-Löwitz im Jubiläumswerk für die 25jährige Regierungszeit Kaiser Wilhelm II.). Man hätte also mit weit größerem Recht von einer durchschnittlichen „Ueberernährung“ als von einer „Unterernährung“ ehemals zu sprechen die Berechtigung gehabt, und daß eine solche tatsächlich bestand, deß waren die zahlreichen dicken Menschen aus allen Ständen, zumal auch Frauen, die Notwendigkeit der vielen Entfettungs- und Entziehungsbadekuren in Kissingen usw., die zahlreichen Erkrankungen an Herz-, Nieren-, Gichtleiden und wohl auch an Zuckerruhr und Arterienverkalkung deutlicher Beweis.

Dabei schwelgten die Männer in *Alkohol* und *Tabak*. Bei dem Festessen, welches die Stadt Berlin im Jahre 1890 den Teilnehmern am internationalen Aerztekongreß im Rathause gab, wurden bei Anwesenheit von 4000 Teilnehmern 5308 Flaschen Champagner, 4721 Bordeauxwein, 3853 Rheinwein, 1500 Moselwein und 22 Hektoliter Bier an einem Abend vertilgt. Und wie hat sich das alles seit 1890 noch gesteigert! Was wurde bei den sich jagenden Kongressen, Festessen, Kirmessen, Karnevalsvergnügungen usw. nicht alles verputzt!

Die *Frauen* wollten es den Männern in ihrer Weise gleichtun und zwar wieder in allen Ständen; was nicht für Putz und Kleidung gebraucht wurde, das wanderte in die immer zahlreicher entstehenden Cafés und Konditoreien für Kaffee, Schokolade, Liköre und Kuchen; in der Industriegegend konnten die Konditoren an den Löhnungstagen kaum noch die Torten fertigstellen, die verlangt wurden, und die Fensterauslagen in Geschäften auch in Arbeitervierteln wiesen ungeheuerliche Preise auf.

Der *dritte große materielle Wert* ist *Gesundheit und langes Leben*. Beides wird mit vollem Rechte von jeher geschätzt, und die in den letzten Jahrzehnten mächtig aufgeblühte Gesundheitspflege, der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft, die Gewerbehygiene, die Krankenkassengesetzgebung, die zur Bekämpfung der Volksseuchen gebildeten Gesetze, Organisationen und sonstigen Bestrebungen geben den Beweis für die gesteigerte Wertung dieses Gutes und haben gewaltige Erfolge erzielt. Ist doch die Gesamtsterblichkeit in Deutschland von 29,9 ‰ im Jahre 1873 auf 15,8 ‰ in 1913 gesunken, die Säuglingssterblichkeit allein von 19,6 % im Jahre 1904 auf 15,1 % in 1913, während sich die Tuberkulosesterblichkeit in 25 Jahren um die Hälfte gemindert hat; manche übertragbare Krankheiten sind fast ausgestorben, ein Umstand, dem wir es sicher mit zu verdanken haben, daß im Weltkriege so wenig Seuchen entstanden. Die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen ist in 100 Jahren um 9 Jahre gestiegen; und immer neue Gebiete des Gesundheitswesens wurden von Reich, Staat, Gemeinden, Wissenschaftlern und Privaten zur Besserung in Beackerung genommen.

Fast wäre die Gesundheit Vorherrscherin im Reiche des materiellen Belangens gewesen, wenn ihr nicht eine mächtige Wettbewerberin im *vierten Werte*, nämlich in der *Wirtschaftlichkeit* zur Seite gestanden hätte. Hat schon zu allen Zeiten die Jagd nach Geld und Gut bei sehr vielen Menschen alle anderen Wünsche, auch nach Gesundheit und Seelenheil, mehr oder minder stark in den Hintergrund treten lassen, so ist das in der neueren Zeit in besonders hohem Grade geschehen, wiederum gefördert durch Wissenschaft, hier durch die Entwicklung der *Volkswirtschaftslehre*. Geldmachen! Geldverdienen! Das war doch schließlich das Hauptziel immer weiterer Kreise aus allen Volksschichten, oft schon von Jugend auf, und der Hauptinhalt der Jagd nach dem „Glück“ in unserer modernen Kulturepoche. Wie verdiene ich mehr Geld? So fragte der einzelne, so die Genossenschaft, die Gemeinde, der Staat, das Reich. Diesem Ziele dienten vielfach die Verwertungen der naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die Fortschritte der Technik, ihr natürlich die Lohnkämpfe, die Trustbildungen, die Boykotts, das Auffangen kleinerer Betriebe durch größere, der ganze Kapitalismus, und viele, die äußerlich dagegen ankämpften, strebten im stillen darnach, selber in die Reihen der Kapitalisten einzurücken. Die Zahl der Millionäre mehrte sich deutlich, im Gegensatz zur Kinderzahl, die Nationen eröffneten einen wahren Wettlauf um die höchsten Ziffern des Nationalvermögens, des Nationaleinkommens, des Handelsumsatzes. *Geld* war schließlich tatsächlich der Wertmesser für so etwa *alle Dinge* geworden. Wer Geld hatte, konnte sich schließlich so ziemlich alle materiellen Güter und Annehmlichkeiten leisten. So trat selbst die Gesundheitlichkeit zurück, auch im Oeffentlichen. Höchst bezeichnend ist es z. B., daß sich selbst ganz offenbar notwendige hygienische Maßnahmen nicht mehr durch den Hinweis auf ihre Gesundheitlichkeit an sich und auf die Abhaltung von körperlichem Leid durchsetzen ließen; nein, es mußte erst die „*Wirtschaftlichkeit*“, und zwar nicht etwa nur im Sinne der finanziellen Durchführbarkeit, sondern auch des erweisbaren geldlichen Nutzens, der Rentabilität, nachgewiesen werden. Wer also z. B. für den Bau eines Krankenhauses, einer Wasserleitung, einer Kanalisation, einer Organisation zur Bekämpfung irgendeiner Krankheit wirken wollte, mußte dartun, wie hoch der Wert der dadurch zu gewinnenden *Arbeitskräfte* und *Arbeitsstunden* infolge der Erhaltung und schnelleren Wiederherstellung von Menschen sein werde. So wurde z. B. die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten in amtlicher Kundgebung damit begründet, in welcher Weise die angeblich 1 Million Erkrankter unter den 20 Millionen Versicherter die Krankenkassen durch die *Kosten* der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der Krankenhauspflege belastet, nämlich mit jährlich 10 Millionen Mark; der Schaden am Nationalvermögen wird dabei auf 100 Millionen Mark angegeben, während er beim Typhus nur 8 Millionen Mark betrage. So war auch die Gesundheitspflege zur Dienerin der Geldwirtschaft geworden. Das gleiche gilt von der Sittlichkeit, indem man sich scheute, offenkundige gemeinschädliche Unternehmungen zu beeinträchtigen oder gar zu schließen, z. B. üble Lokale, um nur ja niemand das wirtschaftliche Fortkommen zu gefährden und der Stadt den „Fremdenverkehr“ mit seinen geldlichen Vorteilen zu erhalten.

Auch das *Strafgesetz* wurde in den Dienst der Wirtschaftlichkeit gestellt. Man begann auszurechnen, wieviele „Arbeitsstunden“ dem Deutschen Reiche durch die Gefängnis- und Zuchthausstrafen entzogen würden, und strebte auch aus diesem Grunde nach Verkürzung der Strafdauer. Bei Bestrafungen setzte sich immer mehr der Grundsatz durch: nur nicht im wirtschaftlichen Fortkommen schaden!

Und schließlich ward der Mensch selbst zum Objekte der Wirtschafts- und Sparsamkeitslehre; man forderte „*Menschenökonomie*“ — das war die Krönung!

Daß auch Vertreter der Wissenschaft in den Bannkreis des Kapitalismus gezogen wurden, daß Gelehrte sich die Erfindung von Heilmitteln patentieren, musterschützen und bezahlen ließen und an der Ausnutzung materiellen Gewinn haben wollten, daß für die wirkungslosesten Konstruktionen und Präparate wie zu allen möglichen anderen Zwecken „wissenschaftliche“ oder „sachverständige“ „Gutachten“ und Bescheinigungen höchst zweifelhafter Qualität — in der Sprache der Aerzte heißen sie schämig „Gefälligkeitsatteste“ — immer leichter zu haben waren, daß also auch hier die Wissenschaft recht häufig zur „melkenden Kuh“ wurde und nicht die „hehre Göttin“ blieb, ist ebenfalls ein Zeichen der gesteigerten Wertschätzung und Macht des Geldes.

Treffend, wenn auch nicht klassisch, gibt ein Hamburger Neujahrswunsch die materialistische Stimmung wieder:

„Der Wünsche große Zahl ist eitel;
Nur dieser gilt fürs ganze Jahr:
Gesundheit und ein voller Beutel —
Der Wunsch ersetzt die ganze Schar!“

Die ganze Welt war schließlich — nach heutiger Ausdrucksweise — rein — oder besser gesagt „unrein“ — „*wirtschaftlich orientiert*“.

Doch auch hier nahte ein Wettbewerber in einem *fünften* Werte, nämlich in dem des *Sozialen*. Je schwankender sein Inhalt und fremdländischer sein Name ist, desto begeisternder wirkt er. Wo heute etwas im Namen des „Sozialen“ verlangt wird, da ist Widerspruch nutzlos und verpönt. Was ist „*sozial*“? Ich meine: *das, was der Nächstenliebe entspricht*. Das kommt auf einen Schutz der Schwachen hinaus und soll sich im Grunde genommen auf ideellem wie materiellem Gebiete bewegen; der Kern wie Ursprung der „*sozialen Fürsorge*“ liegt aber doch wieder im *Materiellen*. Der Anfang unserer „sozialen Gesetzgebung“, begründet durch die Botschaft Kaiser Wilhelm I, erstrebte ja zunächst nur die *gesundheitliche* und *wirtschaftliche* Sicherstellung und Förderung der unselbständigen unbemittelten Bevölkerung, und die neue Reichsversicherung ist dabei geblieben: *kostenlose* ärztliche Behandlung, *kostenlose* Arzneiversorgung, *kostenlose* Krankenhausaufnahme, *Krankengeld*, *Unfallrente*, *Invalidenrente*, *Altersrente*, *Wochengeld*, *Stillgeld*, *Witwen- und Waisenrente* — lauter materielle Werte. Die Verwandtschaft des „Sozialen“ mit dem Wirtschaftlichen ergibt sich auch aus dem Hochkommen des „Kathedersozialismus“ aus der Nationalökonomie.

Mephistophelische immer gleich scharf hervortreten zu lassen, Frau Olly entwickelte den mondänen Reiz einer eleganten und kapriziösen Persönlichkeit. Der Maler und die Salondamen Budapests blieben wohl um einige Linien hinter den Absichten das mit einer äußeren Kultur sehr liebäugelnden Autors zurück.

Aus den Konzertsälen. Zum 4. Abonnementskonzert des Konzertvereins war Max Fiedler aus Essen eingetroffen, der uns schon als Gastdirigent des ersten Abends versprochen worden war. Schon das Meistersingervorspiel zeigte ihn als den überlegenen Orchesterleiter, der ohne viel Aufwand äußerer Mittel den Tonkörper in seinen Bann zwingt, der bei feinster Ausarbeitung jeder Einzelheit den architektonischen Aufbau des Ganzen nie aus dem Auge verliert. Hinreißend wußte er auch Tschaikowskys Pathetische Symphonie zu gestalten, deren rhythmische und dynamische Wirkungen er in das blendendste Licht zu stellen wußte. In einer Lustspielouvertüre stellte sich Fiedler auch als Tonsetzer vor. Sie zeigt ihn als vornehmen, geschmackvollen Künstler, in dessen klangschöner Musik manch hübscher Einfall auftaucht und auch mancher Ton wiederklingt, wie dies bei zumeist reproduzierenden Musikern nicht anders möglich ist. Von stärkerer Eigenfarbe als dieses liebenswürdige Werk ist Zilchers „Nacht und Morgen" für zwei Klaviere, Streichorchester und Pauken, dessen stimmungsvolle, farbenreiche Klangpoesie zu wirksamer Geltung kam. W. Lampe und der Komponist spielten den Klavierpart vortrefflich. Der erstere hatte auch an einem eigenen Abend Erfolg. Seine allem Aeußerlichen abholde, verinnerlichte Kunst bot insbesondere bei Mozart Zwingendes. Mozart, Schumann und Pfitzner bot der Kammermusikabend von Br. Walter und Petschnikoff unter Mitwirkung von Ph. Haas und J. Disclez; in der Ausgeglichenheit des Tones, der Leichtigkeit und der technischen Reife unübertrefflich, brachten sie uns Mozart und Pfitzner innerlich näher als Schumann. Auch über Gisela und Palma Paszthory läßt sich nur oft Gesagtes, Gutes wiederholen, die Pianistin und die Geigerin besitzen jenes musikalische Temperament, das mitzureißen weiß. Einige Neuheiten boten uns O. Merkl (Klavier) und K. Zimmerer (Violoncello). Zwei Grotesken von Joseph Haas sind hübsch gemachte Bagatellen, von starkem Klangreiz und Schwung ist Sergei Rachmaninoffs Sonate op. 19. Auch bei Chopin erwiesen sich die Konzertgeber als Künstler von reifem Können. Zum ersten Male hörten wir das neugebildete Mannheimer Trio der Herren Rehberg, Birkigt und Karl Müller; sie erwiesen sich an Feinheit des Zusammenspiels, an Geschmack und rhythmischer Sorgfalt als Kammermusiker, die den bekanntesten Vereinigungen an die Seite treten können; von besonders starker Einfühlung war die Wiedergabe von Pfitzners op. 8. — Unerfreulich schwach besucht, aber um so begeisterter aufgenommen war Pauers Klavierabend, dessen kraftvolle, schlichte, gefühlstiefe Interpretation Mozarts, Schumanns und Beethovens zu den reinsten künstlerischen Genüssen gehört. — Daß Feinhals dank der Fülle und Schönheit seiner Stimme auch im Konzertsaal triumphiert, bedarf keiner neuen Bestätigung. Schubert-, Strauß- und Pfitznerlieder bot er mit eindringendem Verständnis. Er weiß, daß ihm seine größten Erfolge immer auf der Bühne erblühen werden, und mit künstlerischer Sorgfalt sucht er sich dem Stil des Konzertsaales anzupassen. Philipp Freiherr von Tänzl-Trazberg hat einen bei aller Schlichtheit zwingenden Vortrag. Man hört ihn erst im zweiten Jahre, sein wohlgebildeter Bariton hat noch gewonnen; von zartem Reiz ist sein Piano und auch die Höhe hat Klangpoesie. — Drei liebenswürdige, wirksame Duette unseres Nationaltheaterkapellmeisters Röhr sangen die Schwestern Braunsberger, deren Gaben sehr sympathische Eindrücke hinterließen, wenn auch die technische Ausbildung beider noch nicht auf gleicher Stufe steht. — Martha Stern-Lehmanns vortrefflich geschulter Sopran steht im Dienst einer verinnerlichten Vortragskunst, die guter Wirkungen sicher ist. Sie bot u. a. auch drei in der Behandlung der Singstimme gut gesetzte Lieder ihres im Felde gefallenen Gatten, des verdienstlichen Gründers unserer Bach-Vereinigung. Ein Weihnachtskonzert für die Jugend veranstaltete Elsa Rau, die sich als Schubertinterpretin bestens bewährte mit Philippine Landshoff, der bekannten Sopranistin, Frau Schmid-Beecke (Harfe), Frl. Bolmayer (Cello) und Frl. Binder von den Kammerspielen (Rezitationen). Unter Mitwirkung des Komponisten gelangte ein innig empfundenes Angelus von Jos. Schmid zur erfolgreichen Erstaufführung. Dr. Landshoff leitete ein jugendliches Orchester, das Reineckes Kindersymphonie mit erfreulicher und erstaunlicher Sorgfalt herausbrachte. — Auf die heiteren Abende von Willi Braun sei noch kurz hingewiesen. Schlicht und einfach, teilweise mit Hinzuziehung des Klaviers weiß der Künstler seine humorvollen Stücke vorzutragen. Er bringt alles so liebenswürdig und gewinnend und in seinem Vortrag spiegelt sich ein sonniges Gemüt, das die schweren Verwundungen durch den Krieg nicht zu umwölken vermochten. L. G. Oberlaender, München.

Bestellungen auf die „Allgemeine Rundschau" für das erste Vierteljahr (Januar—März) 1919 werden noch jederzeit von allen Postanstalten entgegengenommen.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Arbeitsmarkt — Drohende Industrie-Stillegung infolge Kohlenkrisis — Deutschlands Wirtschaftszukunft — Gegen die Vergesellschaftung der Privatversicherungen.

Zu den politischen Beklemmungen, namentlich den blutigen Vorgängen in Berlin und in den rheinischen Industriebezirken gesellten sich anhaltend ungünstige Wirtschaftsnachrichten. Der zur Jahreswende bekannt gewordene Bericht des bayerischen Staatskommissärs für Demobilmachung bestätigt die erhebliche Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes bei einer ausserordentlichen Steigerung der Zahl der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger innerhalb Monatsfrist trotz sofortiger Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten. Bei der von Tag zu Tag verschlechterten Verkehrslage, namentlich unter Einwirkung des durch die Abgaben an die Entente hervorgerufenen Lokomotivmangels, hat in erster Linie die Kohlenversorgung empfindsam gelitten und zu den grössten Einschränkungen der Lichtversorgung der Grossstädte und Inbetriebhaltung der Industriewerke geführt. Infolge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten ist, wie der Bericht besonders betont, das Unternehmertum weiterhin ausserordentlich zurückhaltend. Dem auch vom Reichsdemobilmachungs-Staatssekretär Koeth vorgeschlagenen Versuch, durch Organisation von Fachausschüssen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein werden, unter Staatshilfe die Umstellung der Industrie zu erleichtern, wird in den beteiligten Kreisen mit besonderem Interesse entgegengesehen. Durch die übertrieben hohen Lohnsteigerungen, namentlich der Bergarbeiter, ist übrigens **die Gefahr, dass unsere gesamte Industrie zur Stillegung gezwungen** ist, näher gerückt, als allgemein angenommen wird. Diese Befürchtung wurde auch von leitenden Kreisen in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Dass solche Phantasielöhne unweigerlich Warenpreissteigerungen nach sich ziehen, gegen die die seitherigen Teuerungen keinen Vergleich aushalten werden, geht aus der besonders starken Verteuerung von Kohle und Eisen hervor, diese in einem Ausmass, wie es selbst während der ganzen Kriegszeit nicht entfernt der Fall war. Schwierigkeiten in den Förderungsverhältnissen bei gleichzeitiger Verkürzung der Schichtdauer vermindern ausserdem, verschärft durch die Bergarbeiter-Ausstände, die Ausbeuteergebnisse der Gruben und vermehren somit — verwiesen sei auf die Mitteilungen des Dresdener Demobilmachungsausschusses — die Gefahr des Stillstands weiterer Industriesparten. In Süddeutschland ist die zehntägige Arbeitsruhe wegen Kohlenmangels eine Probe auf dieses Exempel. Das Ententeverbot jedes Güterverkehrs von den linksrheinischen besetzten Gebieten in die Neutralzone und das übrige Deutschland bedeutet für die rechtsrheinische Eisenindustrie und den Kohlenbergbau ausserdem eine besondere Gefährdung, um so mehr, wenn nicht eine möglichst baldige Zufuhr der Lothringer Erze zu unserer Hochofenindustrie erfolgt, wie sie nach den Verhandlungen in Luxemburg zwischen der deutschen und französischen wirtschaftlichen Delegation in Aussicht gestellt ist.

Trotz dieser undurchsichtigen und unsicheren Wirtschaftsverhältnisse zum Jahresbeginn muss die Haltung unserer Effektenbörsen als widerstandsfähig bezeichnet werden, dank der Interventionstätigkeit der von der Berliner Grossbankwelt ins Leben gerufenen „Aufnahmebank". Selbst die Berliner Strassenkämpfe und die schweren Unruhen im Ruhrrevier, die Lostrennungsbestrebungen in Schlesien und die polnischen Gebietsforderungen vermochten keinerlei Aenderungen in dieser Tendenz hervorzurufen. Die günstigen Bilanzabschlussziffern der Siemens-Schuckertgruppe und verschiedene sonstige zufriedenstellende Dividendenerklärungen bekunden auch innerhalb unserer Industriewelt das Vorhandensein eines Restes von Vertrauen. Die britischerseits erlaubte Wiederaufnahme deutscher Kohlenausfuhr nach Dänemark, die, wenn auch unwesentliche Steigerung der Reichsmarkwährung in der Schweiz sind mit der weiter anhaltenden Kursbesserung unserer Renten, namentlich für Kriegsanleihen, wohl die wenigen günstigen Daten in der abgelaufenen Berichtswoche. In den Pressevertretern gegenüber gemachten Aeusserungen des Reichswirtschaftsamtssekretärs Dr. Aug. Müller **über Deutschlands Wirtschaftslage nach dem Kriege** und die Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes werden die düsteren Aussichten für Deutschlands Weltmarktpolitik bestätigt. **Nur möglichst rationelle Wirtschaft** bei **erhöhter zusammengefasster Arbeitsleistung** und eine grosszügige **innere Kolonisation** können Rettung bringen. Im Problem der Vergesellschaftung von Finanz- und Industriegebieten wird vom genannten Staatssekretär, wie dies auch aus den Reden des Staatssekretärs a. D. Dernburg und des Volksbeauftragten Haase im Bürgerrat von Grossberlin hervorgegangen ist, nunmehr ein gemässigteres Vorgehen empfohlen. „Nur die nötigen Vorbereitungen könne man im Augenblick treffen." Die Verstaatlichungsfrage der Privatversicherung bezeichnete Direktor Kisskalt in der Generalversammlung der Münchner Rückversicherungsgesellschaft als

„sozial verfehlt. Gerade die Versicherung könne die Privatinitiative und die Konkurrenz noch lange nicht entbehren und auch finanziell würde diese Verstaatlichung ein sicherer Fehlschlag sein". — Den sozialen Forderungen der neuen Zeit hat die Münchener Eggenfabrik München-Pasing durch Beteiligung der Arbeiter und Angestellten des Unternehmens aus dem über 4% Dividende hinausgehenden fünften Teil des Reingewinnes Rechnung getragen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunikantenherberge. An der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. u. 13. Jahre noch keinen kath. Gottesdienst gesehen. Alle 200 Kinder der Unterrichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen besuchen, in denen sie nicht viel Erfreuliches über ihre Religion hören. Die Gründung einer Kommunikantenherberge mit einer kath. Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht, u. es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut der Pfarrkinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

Das römisch-katholische Pfarramt Annaberg i. E.

Postscheckk. 8832, Leipzig.

Einbanddecken

für den Jahrgang 1918 der „Allgemeinen Rundschau" bitten wir beim Buchhandel oder bei der Geschäftsstelle in München baldmöglichst bestellen zu wollen.

Pro patria mortuis.

Der Weltkrieg ist beendet und Deutschland steht trauernd an den Gräbern von fast 2 Millionen seiner Heldensöhne. Wie dunkel auch die Zukunft unseres Vaterlandes dräut, eins ist gewiss: Deutschlands Söhne sollen nicht vergeblich gestorben sein. Ihnen ein treues Angedenken zu wahren ist Ehrenpflicht der Ueberlebenden.

Der **Akademische Bonifatiusverein** wird in einer Universitätsstadt der Diaspora — es kommen in Betracht: Berlin, Leipzig oder Göttingen — eine Kirche bauen, die **dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen katholischen Akademiker** geweiht ist.

Wir bitten daher alle Katholiken, insbesondere diejenigen, welche einen Akademiker dem Vaterland geopfert, für diese Kirche ein Scherflein zu spenden. Die Namen der Gefallenen werden in einem besonderen Ehrenbuch der Kirche aufgeführt. Beträgt das Almosen wenigstens 500 Mk. so wird der Name derjenigen, deren Andenken durch dies Almosen geehrt werden soll, in die Urkunde der Gründer der Kirche eingetragen.

Auch können Meßstiftungen für gefallene Akademiker bei dieser Kirche errichtet werden.

Wir bitten um so dringender dies schöne Werk zu unterstützen, als dadurch dem allgemeinen Bonifatiusverein, dessen Aufgaben bei den veränderten Zeitumständen unübersehbar werden, ein grosser Dienst erwiesen wird.

Alle Gaben für die **Akademiker-Gedächtniskirche** sind zu senden an das Generalsekretariat der Akademischen Bonifatiusvereine in Paderborn, Giersstrasse 29 (Postscheckkonto Köln Nr. 37950) Auch Kriegsanleihen werden angenommen.

Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg,
Präsident des Generalvorstandes des Bonifatiusvereins,

cand. theol. A. Bücker,
V.O.P. der Akad. Bonifatiusvereine,

Dr. H. Weinand,
Generalsekretär der Akad. Bonifatiusvereine.

Preiswürdige Paramente, Fahnen, Baldachine
u. sonstige Kirchl. Bedarfsgegenstände
noch immer vorrätig bei:
Joh. Bapt. Düster, Köln a. Rh. :: Geg. 1795.
Telephon B 9004. — Post-Scheck-K. 2317.

Hadern und Knochen
sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4,
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

1000 Heiligenbildchen
größtenteils mit rückseitigem Text nur Mk. 6.—, Mk. 8.—, Mk. 10.—, Mk. 15.— und Mk. 20.—. Außerdem reizende Neuheiten. Wunderbare Bildchen vom Kunstmaler Huber-Sulzemoos. Rosenkränze, Medaillen und alle sonstigen Devotionalien in verschiedener Preislage.
Carl Poellath, Schrobenhausen Obb.

Ia. Stärke
schöne weiße Ware, welche sich auch zum Rohstärken eignet, empfiehlt
per Pfund zu Mk. 11.50
1 Kilo 2 Pfd. „ 22.—
per Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Deutsche Arbeitsbörse Saarbrücken I/183.



Dresden Scheffelstrasse hat allein „Atama" Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. ½ m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M bis 60 M Hutblumen 1 Karton voll 3, 5 u. 10 M.

Rauchfaß-kohlen und Weihrauch
empfiehlt
Kerzenfabrik
Wilh. Vollmar
Bonn, Postfach 86.

Karbid
bis 10 kg wird ab 1 Jan. 1918 durch die Kommunalverbände zugewiesen. In Trommeln zu 50 u. 100 kg kann ich gegen Voranmeldung des Monatsbedarfes weiter liefern.
Karbid-Lampen
in grosser Auswahl
: stets auf Lager :
Saug- u. Tropfsystem
zu Mk. 2—10.
Sorgfältige Lieferung.
Man verlange Preisblätt.
Franz Danzer,
Waldkirchen (Niederbay.)

Niederrheinische Frauen-Akademie
Ausbildungsstätte für soziale Berufsarbeit und Wohlfahrtspflege,
Düsseldorf, Königsplatz 15/16
Berufsausbildung für besoldete und ehrenamtliche Arbeit.
Dauer der theoretischen Ausbildung: 2 Jahre.
Beginn: Oktober.
Abschlussprüfung: Unter statlicher Leitung.
Aufnahmebedingungen: 21. Lebensjar; Abschlusszeugnis einer 10klassigen höheren Mädchenschule; Nachweis beruflicher Vorbildung als: Kranken- oder Säuglingspflegerin — als wissenschaftliche, technische oder hauswirtschaftliche Lehrerin — als Jugend- oder Hortleiterin — als Absolventin einer anerkannten kaufmännischen Lehranstalt.
Die Schule vermittelt jederzeit die Aufnahme in geeignete Anstalten zur Erlangung der erforderlichen Vorbildung.
Auskunft und Lehrplan durch die Leitung der Niederrheinischen Frauenakademie.
Düsseldorf, Königsplatz 15/16. **Dr. Marie Elisabeth Lüders.**



Mess- und Kommunion-Hostien
empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.
Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant
Hostienbäckerei
Bischöfl. genehmigt u. beeidigt. Pfarramtlich überwacht.
Miltenberg am Main
(Bayern) Diözese Würzburg.
Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.
Miltenberg, 27. Nov. 1914.
Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.
E. Roth, Geistl. Rat.
Dekanats- u. Pfarrsiegel.



Kölner Dom-Weihrauch
Rauchfass-Kohlen Ia Fabrikat
Beste Bezugsquelle für Grossisten.
M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.
Richard Wagnerstrasse 33.

Graue Haare
erhalten Naturfarbe u. Jugendfrische, ohne zu färben. Seit 12 Jahren glänz. bewährt. Näheres unentgeltlich.
Sanitas, Fürth i. B. Flössaustrasse 28

Hotel Strohhöfer
Zweigstr. 9 :: MÜNCHEN :: Tel. 53686
Feines Familienhotel; dem H. H. Klerus bestens empf. K. Kirche in direkter Nähe. Aller Komfort. Eleg. Zimmer von M. 1.50 an. Ia Ref.
Besitzer: **F. Schmidbauer.**

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang Nr. 2

11. Januar 1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich Mk. 3,50
Einzelnummer 30 Pfg.

Gottes Herrlichkeit und des Himmels ewige Freuden

Ein Buch des Trostes und der Freude von **Msgre. Dr. Robert Klimsch**, Dechant u. Stadtpfarrer in Wolfsberg (Kärnten). Zweite verbesserte Auflage. (4.–6. Tausend.) Mit kirchl. Druckgenehmigung und fürstbischöflicher Empfehlung. Zehn Kunstbeilagen. gr. 8. (VIII, 424 S.) Broschiert M. 8.–, in elegantem Original-Leinwandband M. 10.–. (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg.)

Eine fürstbischöfliche Empfehlung über das prächtige Geschenkbuch:

Die Einsichtnahme in Ihr nunmehr fertig gestelltes Werk: „Gottes Herrlichkeit und des Himmels ewige Freuden" hat mich sehr befriedigt. Möge Gott der Herr all die gewaltige Arbeit und Mühe, die Sie darauf verwendeten, reichlich segnen und das Buch vielen müden Erdenpilgern Trost und Erquickung bringen und ihnen helfen, des Himmels Herrlichkeit und Freude zu erreichen. Gott segne Sie und Ihr Werk. ✝ Adam, Fürstbischof von Gurk.



Einjährig-Freiwill.-Institut in Würzburg

(staatlich genehmigt).
Gewissenhafteste Vorbereitung für die Einj.-Freiw.-Prüfungen, bes. auch für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.
Eintritt jederzeit.
Näheres durch die Direktion.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin S 14, Sebastianstr. 44/451
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Achtung!

!! Sommersprossen !!

Ueber ein vorzügl. Mittel dageg. an sich selbst erprobt und glänzend bewährt, gibt Auskunft:
Frl. Emma Schorisch, Zittau i. S., Prinzenstr. 6.
Viele Dankschreiben und Anerkennungen.



Sonntag, den 29. Dezember 1918, morgens 8 Uhr ist nach nur kurzem Krankenlager, wohlversehen mit den hl. Sterbsakramenten, unsere liebe, gute Mutter, die

Ehrwürdige Frau Oberin des städtischen Krankenhauses zu Ratibor

Mater M. Peregrina Schmidt

Profeßschwester der Kongregation des hl. Carolus Borromaeus, Profeßjubilarin, Oberin- und Ortsjubilarin,

im gottbegnadeten Alter von 77 Jahren in die Ewigkeit hinübergegangen. Im Jahre 1859 in den Ordensstand eingetreten, hat sie fast 60 Jahre in demselben Gott treu gedient. 1862 legte sie die ewigen Profeßgelübde ab, feierte im Jahre 1912 ihr goldenes Profeßjubiläum und im Jahre 1916 ihr goldenes Oberin- und Ortsjubiläum. Nach 52jähriger Tätigkeit im städtischen Krankenhause zu Ratibor hat sie nun der himmlische Bräutigam zu sich in sein himmlisches Reich gerufen. Der Herr gebe ihr die ewige Ruhe! Wir bitten alle um ein Gedenken im Gebet für die liebe Verstorbene.

Ratibor, den 29. Dezember 1918.

Die Barmherzigen Schwestern des städt. Krankenhauses.

Die gegenwärtige und zukünftige Lage wird wichtige Neuordnungen in Bezug auf den **kirchlichen Musikdienst** bringen und das erhöhte Interesse aller hochwürdigen Pfarrvorstände, sowie der Chorregenten und Organisten in Anspruch nehmen. Die einschlägigen Fragen kann nur ein Fachorgan erfolgreich behandeln. Als solches empfehle ich die in meinem Verlage erscheinende

kirchenmusikalische Monatschrift

Musica sacra

herausgegeben von Professor Dr. **Karl Weinmann**, Direktor der Kirchenmusikschule Regensburg.

52. Jahrgang, ab 1. Januar 1919 zum Preise von Mk. 4.— durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Bei direkter Zusendung unter Streifband Mk. 4.60. Probenummern zu Diensten.

Verlag Friedrich Pustet in Regensburg.

Walburgis-Blätter

Illustrierte Monatsschrift zur Förderung der weiblichen Jugend. Unter Mitwirkung von Lehrerinnen und Jugendfreunden, herausgegeben von den Frauen des Stiftes St. Walburg O. S. B. in Eichstätt, By. Bezugspreis beim Kloster St. Walburg in Eichstätt und bei den Buchhandlungen jährlich 1.50 M ausschließlich Porto.

In keiner Familie mit heranwachsenden Töchtern sollten diese Blätter fehlen. Zwar leiden auch sie unter der Not der Zeit: ihr Aeußeres ist infolge des Papiermangels einfacher geworden. Aber sie wollen sich ganz und gar in den Dienst der heutigen Jungmädchenwelt stellen und da den Anfang machen mit dem, was heute vor allem not tut:

Aufbauen im Reiche des Guten und Dauernden.

Im 6. Jahre stehend, haben sie bereits ihre Fähigkeit dazu bewiesen und sind von Erziehern und Jugendfreunden bestens empfohlen.

Also auf zur Bestellung!

Berlin Mittelstr. 21-22 Hotel Stadt Kiel

2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
4 Min. v. d. St. Hedwigskirche
Moderner Komfort :: Ruhiges u. angenehmes Wohnen :: Zimmer v. M 3 – an. Bes. Franz Stützer

Collegium Carolinum, Oberlahnstein

Kath. Internat unter geistl. Leitung für Schüler des Gymnasiums und Realprogymnasiums.

Fernruf Nr. 82. Nachhilfe durch Fachlehrer in reichstem Maße. Haushaltung durch Ordensschwestern. Prospekte durch die Direktion.

Adamynin, ärztlich erprobt gegen

Gallensteine

ohne Operation und Berufsstörung, hervorragend wirkend gegen **Gelbsucht, Leber** und veraltete **Magenleiden.**
Adamynin Tabletten A. 1/1 Dose Mk. 6.— 1/2 Dose Mk. 3,50.
Adamynin „Gloria" Pastillen gegen
chron. Stuhlverhärtung,
✚ Hämorrhoiden ✚
wirken schnell, wohltuend, magenstärkend. Dose 2,50 Mk., in den Apotheken erhältlich. Prospekte frei durch
Carl Adamy, Breslau X
Kreuzburgerstr. 4

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespalt. Grundzeile 75 Pf., Anz. auf Textseite die 95 mm breite Zeile 250 Pf.
Beilagen einschl. Postgebühren M 12 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 2. München, 11. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Katholizismus und Verfassungsfortschritt.

Von Universitätsprofessor D. Dr. Schmidlin, Münster i. W.

Noch vor Schluß des größten aller Weltkriege wohnten wir schon unter der Monarchie innerpolitischen Umwandlungen bei, wie sie bei aller Gesetzlichkeit und Leidenschaftslosigkeit in den äußeren Formen grundstürzender kaum erlebt worden waren, und dazu kam über Nacht die radikale Umwälzung durch die Revolution. Demgegenüber mag mancher von uns, aber auch von den Gegnern und Andersdenkenden fragen: wie stellen sich die Katholiken und ihre kirchlichen Instanzen zu diesen erst parlamentarischen, nachher revolutionären Reformen in der Staatsverfassung und wie soll sich jeder einzelne von uns dazu stellen? Eine gewisse Gewähr dafür, daß diese Haltung keine von vornherein ablehnende und jene Entwicklung keine radikal kirchenfeindliche zu sein braucht, gab uns schon der maßgebende Anteil katholischer Volksvertreter und Regierungsmänner, die auch jetzt noch nicht überall ganz aus den führenden Rollen verschwunden sind. Jedenfalls dürfte eine Untersuchung darüber nicht müßig erscheinen, wie sich unsere *katholische und kirchliche Auffassung und Praxis historisch und theoretisch* zu den modernen verfassungspolitischen Errungenschaften, speziell zu jenen, die man unter dem Namen Parlamentarismus zusammenfaßt, verhält bzw. verhalten hat. Dabei kann es sich freilich weniger um ein ausgesprochenes und abgerundetes, etwa gar dogmatisches System — ein solches hat die offizielle Kirche nirgends aufgestellt — als um Rückschlüsse aus gelegentlichen Aeußerungen und Verhaltungsweisen handeln.

Namentlich in den *älteren Zeiten* war das Problem nie ausdrücklich aufgerollt und hatte daher die Kirche keinen Anlaß, dazu formell oder faktisch ex professo Stellung zu nehmen. Sie interessierte sich vor allem für das Verhältnis zur Staatsgewalt nach der kirchenpolitischen Seite hin, also in den Beziehungen des Staates zur Kirche. Im christlichen Altertum waren dieselben in der Regel feindlicher, im Mittelalter eng verbrüderter Natur: dort wurden darum mehr die Unterschiede, hier die Verbindungslinien betont, aber dort wie hier einerseits die gottgewollte staatliche Autorität und die Pflicht des Gehorsams ihr gegenüber festgehalten, anderseits jede Ueberschreitung der Grenzen und Schranken energisch abgewehrt, zuweilen unter Erhöhung der kirchlichen Machtbefugnisse bis zur potestas directa, der Ueberordnung der Kirche über den Staat. Im Zusammenhang damit haben im Investiturstreit scharfe Gregorianer wie Manegold von Lautenbach der Theorie des Erbkönigtums eine sehr demokratische Wahlmonarchie entgegengestellt, ja sie bis zur Volkssouveränität und Absetzbarkeit für den Fall des Nichteinhaltens der vertraglichen Verpflichtungen bei Uebertragung des Herrscheramts gesteigert, während auf der anderen Seite die Staatstheologen um Philipp den Schönen und besonders um Ludwig den Bayer (Marsilius von Padua und Wilhelm Occam) dieselbe Allgewalt des Volkes oder seiner Mehrheit zugunsten des Königtums in die Wagschale warfen. Aehnliche gegensätzliche Auswertungen der Volksrechte rief in der Neuzeit auf der einen Seite die gallikanische, febronianische und josephinische wie vorher schon die protestantische Ueberspannung der weltlichen Gewalt, auf der anderen Seite die kirchlich katholische Reaktion dagegen sowie gegen die absolutistisch-cäsaropapistischen Uebergriffe der Reformations bzw. Aufklärungsfürsten hervor.

Gebrochen wurde das Eis durch die *große Revolution*, welcher auf dem Gebiet politischer Ideen die Aufklärungsphilosophen, besonders Rousseau mit seiner Lehre vom Gesellschaftsvertrag und Montesquieu mit seiner Empfehlung des Konstitutionalismus vorgearbeitet hatten. Gewiß ist die Revolution als solche zu verurteilen, namentlich wegen ihrer Exzesse in den Zielen wie in den Mitteln, aber in den sie mitverursachenden vorrevolutionären Mißbräuchen, in der nachträglichen Sanktion einzelner Ergebnisse und in ihren wohltätigen Folgen liegen auch berechtigte Elemente und positive Werte. Zu diesen Folgen der Revolution gehört die Abschaffung vieler politisch wie kirchlich unhaltbarer Zustände oder Einrichtungen und die Begründung moderner Rechtsverhältnisse, die der Hl. Stuhl wenigstens teilweise, wenn nicht im Prinzip und unbedingt, so doch passiv und negativ anerkannte (z. B. im österreichischen Konkordat „ratione temporum habita"). Die Revolution von 1848 besiegelte das Werk ihrer größeren Vorgängerin, rief es aber zugleich in seine gesunden Schranken zurück, indem sie aus dem von ihr geschaffenen Ochlokratismus und dem von ihr beseitigten Despotismus die fortschrittliche Resultante des *Konstitutionalismus* zog, der harmonisch Volks- und Fürstenrechte zu verbinden suchte.

Diesem politisch-staatlichen Umschwung kam auch katholischerseits eine *demokratische Bewegung* entgegen. Die nächste Reaktion auf die revolutionären Extravaganzen freilich, die Restauration und die Romantik, verdammte uneingeschränkt die Früchte der Katastrophe und blickte sehnsüchtig wieder auf das theokratisch gefärbte Mittelalter zurück. Aber unter der Wucht der mit der absolutistischen Monarchie gemachten Erfahrungen, besonders in der Februarrevolution von 1830, welche die Kirche abermals wegen ihrer Allianz mit dem monarchistischen Legitimismus in schwere Mitleidenschaft gezogen hatte, stellte sich in den fortgeschritteneren Ländern wie Belgien und Frankreich eine innerkatholische Strömung ein, die sich der neuerrungenen Freiheiten zugunsten der kirchlichen Interessen bedienen und vor allem auf die Massen des Volkes stützen wollte, so daß die Behandlung der Kirche schon in der Julirevolution von 1848 eine viel freundlichere war und dieselbe Pariser Menge, die 1830 das Kruzifix im Kot geschleift hatte, es 1848 ehrfurchtsvoll in die Tuilerienkirche trug (Kraus). Zwar schoß die katholisch „liberale" Richtung in Vertretern wie Lamennais und Gioberti, die der päpstlichen Verurteilung nicht entgehen konnten, weit übers Ziel hinaus und ging mit dem extremen Liberalismus wenigstens in der Politik eine viel zu innige, auch dem Dogma gefährlich werdende Vermählung ein, doch wurden ihre Auswüchse im Gefolge der Revolution von 1848 durch klare Scheidung zwischen kirchlicher und kirchenfeindlicher Freiheitsrichtung entfernt. Auf dem Boden der aufrichtigen Verbrüderung mit Volk und Freiheit erhoben und entfalteten sich auch die nach 1848 immer zahlreicheren und lebenskräftigeren sozialen und politischen Organisationen im katholischen Deutschland, insbesondere die katholische Fraktion vor 1870 und noch reiner unter den Geburtswehen des Kulturkampfes das Zentrum, seinem innersten *Wesen* nach stets eine Verfassungspartei, die im engsten Bunde mit dem Volke auf dem Eckstein der Konstitution schon in der Kampfeszeit ihre siegreiche Kraft vor allem aus der unzertrennlichen Verwachsenheit mit den Massen schöpfte und nachher die rein negative Frontstellung immer mehr mit der positiven Mitarbeit an allen fortschrittlichen Aufgaben des Staates, namentlich den sozialpolitischen vertauschte.

Parallel zu diesen mit der Zeit marschierenden Erscheinungen hielt sich aber auch noch aus der Vorperiode ein zäh am Alten festhaltender und das Neue verschmähender konservativer Flügel, der namentlich in den südlichen romanischen Reichen, wie Spanien und Portugal zu Einfluß gelangte. Zu dieser konservativen

Schule bekannte sich nach der politischen Front hin, die ja als solche der Sphäre kirchlicher Irrtums- und Fehlerlosigkeit entrückt ist, *Papsttum und Kirchenstaat* wenigstens in seinen hauptsächlichsten damaligen Vertretern. Wir können zwar gerade darin als Resultat des Konklavekampfes zwischen den Kardinalparteien der „Liberali" und „Zelanti" das meist heilsam wirkende Gesetz des Systemwechsels in der Papstgeschichte des 19. Jahrhunderts verfolgen: dem 7. Pius, der schon als Bischof von Imola den einrückenden Franzosen erklärt hatte, die republikanische Staatsform laufe dem Glauben nicht zuwider, dann als Papst namentlich in den Konkordatsverhandlungen weitherzige Toleranz verriet, folgte zunächst der starre Leo XII. und dann nach dem kurzen Pontifikat des milden Pius VIII. der noch unbeugsamere Gregor XVI., um abermals einem Pius zu weichen, von dem vor seiner Erhebung das Scherzwort ging, daß in seinem bischöflichem Palaste alles bis auf die Katzen liberal sei; aber wie schon Gregor XVI. nicht bloß den Lamennaisschen Phantasien den Fehdehandschuh hingeworfen, sondern auch in der kirchenstaatlichen Politik einem schroffen Antikonstitutionalismus gehuldigt hatte, so lenkte Pius IX. nach dem Fiasko seiner liberalen Konstitutionsbewilligungen im Revolutionsjahre in die streng konservative Papstpolitik zurück. Sie offenbarte sich vor allem darin, daß unter beiden Pontifikaten eine direkte Mitwirkung der Volksvertretung bzw. des Laienelementes an den Regierungsgeschäften, selbst in der Gesetzgebung und Steuerbewilligung beharrlich abgewiesen wurde und die Reformwünsche der Untertanen wie der auswärtigen Regierungen in der Hauptsache unberücksichtigt blieben. Aber während auf innerkirchlich dogmatischem Boden der päpstliche Widerstand gegen den zeitgenössischen Radikalismus höchst segensreich und für alle Zeiten normgebend war, hat er gegenüber den politischen Strömungen in der engeren eigentlichen Staatspolitik in etwa zum Untergang des Kirchenstaats beigetragen und braucht von uns nicht als unabänderliche Richtschnur angesehen zu werden.

Zusammengefaßt und dem Bereich der kirchlichen Lehrgewalt nähergerückt erscheint diese Anschauung und Praxis auch nach der politischen Seite hin im *Syllabus Pius IX.* Darin werden neben philosophischen und kirchenpolitischen Verirrungen auch staatsrechtliche Sätze verworfen, nicht nur soweit sie den Kirchenstaat und das Verhältnis zur Kirche angehen, wie Trennung von Kirche und Staat oder die uneingeschränkte Religionsfreiheit, sondern auch allgemeine, wie über die Rechtskraft der vollendeten Tatsachen und über den Volkswillen als oberstes Gesetz (vgl. Th. 59—61); ja die 80. und letzte der proskribierten Thesen lautet: „Der Papst kann und soll sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Kultur versöhnen." Aber zunächst ist der Syllabus als solcher bloß ein vom Staatssekretär Antonelli unterzeichnetes und aus den verschiedensten Kundgebungen des Papstes zusammengetragenes Verzeichnis der „hauptsächlichen Zeitirrtümer", kommt ihm somit kein unfehlbar dogmatischer Charakter nach Art einer obersten kirchlichen Lehrentscheidung, sondern jedem Satze nur jene Glaubensverpflichtung zu, die er im Rahmen des Aktenstücks, dem er entnommen ist, beanspruchen kann, in den meisten Fällen also nicht die einer strengen Glaubensdefinition; auch bei den, nach allgemeiner Auffassung als kraft der Unfehlbarkeit verworfen geltenden, 16 Sätzen der Enzyklika Quanta cura, welcher der Syllabus angehängt und u. a. die Ablehnung der Volkssouveränität eingereiht ist, wird nicht der Grad der Verwerflichkeit (ob häretisch oder bloß z. B. haeresim sapiens, skandalös usw.) angegeben und ist die Interpretierung eine strikte (d. h. es genügt, daß irgendein Teil oder Ausdruck im Satz verkehrt sei, ohne daß deshalb alle Elemente falsch sind, z. B. der letzte Satz des Syllabus wegen seiner Verallgemeinerung oder seiner falschen Unterstellung eines Gegensatzes des Papsttums zum echten Liberalismus und Fortschritt). Als zeitgeschichtliche Erscheinung hat der Syllabus einen bleibenden Wert für die Beurteilung Pius IX. selbst und der Kirche seiner Zeit, jedenfalls aber kann man aus ihm keine Verwerfung des politischen Fortschritts ableiten im Sinne eines unwandelbaren kirchlichen Kanons, der für sämtliche spätere Perioden auch dann noch gelten würde, wenn sich die allgemeinen Verhältnisse verändert haben sollten.

Eine nach dieser außerkirchlichen Seite hin entgegengesetzte Richtung kam ans kirchliche Steuerruder im Nachfolger Pius IX., dem großen Friedens- und Versöhnungspapste, dessen reichentwickeltes staatstheoretisches Programm in den auch formell so herrlichen *Rundschreiben Leo XIII.* niedergelegt ist. Schon in seinem Vorleben, namentlich als Nuntius in Belgien, das damals leidenschaftlich von der katholischen Demokratie ergriffen war, hatte er bei allem Festhalten an den unverrückbaren dogmatischen Grundlagen sich in den Grenzfragen zu politisch fortschrittlichen Ideen bekannt, wie z. B. sein Fastenbrief von 1876 über Kirche und Zivilisation und seine Freundschaft mit Gioberti verriet. Auch im praktischen Verhalten offenbarte sein Pontifikat hierin einen weitherzigen Standpunkt, speziell in seinem Verhältnis zu Frankreich, dessen Katholiken er einmütige Verständigung auf dem Boden der Verfassung, Anerkennung der Republik, Eintreten in die parlamentarische Arbeit einschärfte, und zu Italien, wo er die politische Katholikenorganisation an der Hand des Gegebenen eifrigst unterstützte und die Führerschaft über die italienische „democrazia cristiana" (katholisch-demokratische Bewegung) übernahm, von seinem sozialen Reformprogramm und seinen Bemühungen um die Presse nicht zu sprechen. Ein moderner Papst im vollsten Sinne und in allem ein Mann der Tat, verlangte er von den Katholiken, auch den redseligen Franzosen, vorab praktische Arbeit statt des vielen Diskutierens und begründete liebevolles Verständnis für alles, was den Zeitgeist bewegte und zu seiner Gewinnung geeignet schien (Spahn). Die Theorie dazu entwickelt und begründet er in seinen ausführlichen Enzykliken Diuturnum illud von 1881 über den Ursprung der bürgerlichen Gewalt, Immortale Dei von 1885 über die christliche Staatsordnung, Libertas von 1888 über die menschliche Freiheit, Sapientiae christianae von 1890 über die wichtigsten Pflichten christlicher Bürger und Graves de communi von 1901 über die christliche Demokratie. Zwar führt er darin nachdrücklichst alle weltliche Herrschaft nach ihrer die Gewissen bindenden Innenseite in letzter Linie nicht auf den Volkswillen nach den Vorschlägen eines Rousseau, sondern auf *göttliche Autorität* und Oberherrlichkeit zurück, streut sogar in dieser Argumentation harte Worte über das von Gott losgelöste moderne Recht und die Volkssouveränität sowie die absolute Rechtsgleichheit aller ein, aber mit dem wiederholt ausgesprochenen Vorbehalt, daß er damit keiner Verfassungsform zu nahe treten und auch die republikanische Bezeichnung des Gewaltinhabers durch Volkswahl nicht verurteilen wolle, daß die Kirche nicht im geringsten zu den Staatsinteressen im Gegensatz stehe und die Katholiken die Beteiligung an den Staatsarbeiten nicht abweisen sollten; er wünscht vielmehr größeren Anteil des breiten Volkes an der Staatsleitung. Namentlich in seinem feierlichen und abgeklärten Sendschreiben über das Schlagwort des Jahrhunderts „Freiheit" wendet er sich zwar gegen die schrankenlose Denk-, Rede-, Presse-, Lehr-, Gewissens- und Kultusfreiheit, überhaupt gegen die unrechtmäßigen Freiheitseingriffe in das sittliche Forum, auch dagegen, daß das bürgerliche Gesellschaftsband seinen letzten Ursprung in der Menge habe und deren Majorität bestimme, was Recht und Pflicht sei; aber man könne ohne Unrecht einer durch die Volksvertretung gemäßigten Regierungsform den Vorzug geben und die Kirche brauche sich nicht den individualistischen Uebergangsstufen geschichtlichen Werdens entgegenzustemmen, ja toleriere mit mütterlicher Nachsicht gleich den Staatsbehörden zur Vermeidung größerer Uebel auch minder gute Anpassungen an die Gegenwartsströmung und Zeitverhältnisse, wie auch der unendlich gütige Gott in seiner weisen Vorsehung manches Böse dulde (ähnlich 1894 an alle Fürsten und Völker der Erde). Als Beispiel dafür, wie die Kirche jeweils den Aufschwung der bürgerlichen Freiheiten, sofern sie mit Maßhaltung verbunden waren, gefördert habe, sind ihre Verdienste um die italienischen Städte erwähnt, deren freie Munizipalverfassung einen so hohen Aufstieg auch in materiellen Dingen bewirkte. Die „christliche Demokratie" faßt er im Gegensatz zur „Sozialdemokratie", die nach dem etymologisch-philosophischen Sprachgebrauch des Wortes die Volksherrschaft anstrebe und die Regierungsgewalt bei der Masse wissen wolle, nicht politisch, sondern mehr sozial-caritativ, hält sie daher ebenfalls für unabhängig von der staatlichen Verfassungsform und mit jeder vereinbar.

Dasselbe Verhältnis in der staatsbürgerlichen Tendenz wie zwischen Leo XIII. und Pius IX. können wir für die *beiden letzten Pontifikate* beobachten. Gegenüber den hochgespannten Fortschrittsbestrebungen seines Vorgängers lenkte Pius X. wieder in die das Gegensätzliche zwischen Kirche und Jahrhundert mehr betonenden Gedankengänge des neunten Pius ein. Wie er vorher schon in seinen bischöflichen Hirtenbriefen bei aller Anlehnung an die national-italienische Konstellation vor den zügellosen Freiheiten gewarnt hatte, so verwahrte er sich zwar in seiner ersten Allokution nach Leos Art scharf dagegen, als wolle die Kirche Freiheit und Fortschritt hemmen, aber immer stärker bekämpfte er das, was ihm an den modernen Ideen ausschweifend erschien und sie von seinem rein religiösen Ideal trennte, lehnte auch

die katholisch-demokratische Bewegung ab; indes hat er sich dabei im allgemeinen auf das innerkirchliche Gebiet beschränkt und vom rein politischen ferngehalten, auch in seinem Syllabus und seiner Enzyklika Pascendi. Der gegenwärtig regierende Papst Benedikt XV. hat ebenfalls neben den Bemühungen um Anbahnung eines zwischenstaatlichen Weltfriedens und um Linderung des allgemeinen Kriegselends noch keine Gelegenheit gefunden, ein staatstheologisches Programm aufzustellen, ist aber seiner ganzen Persönlichkeit und Auffassung nach in die Fußstapfen Leo XIII. zurückgekehrt, wie er kürzlich erst in seinem Schreiben an den Kardinalsstaatssekretär offenbar im Hinblick auf die neuesten Umwälzungen betont hat, die Kirche passe sich weitherzig den verschiedenen Regierungsformen an.

Aus all diesen theoretischen und faktischen Bekundungen der Katholiken und besonders ihrer höchsten kirchlichen Behörde ergibt sich zunächst das mehr negative Axiom, daß gegen den politischen Fortschritt als solchen vom katholischen Standort aus nichts einzuwenden, der Katholik also in seiner Stellungnahme dazu kirchlich-dogmatisch frei ist. Wie die katholische Kirche an sich international, d. h. als solche zu den verschiedenen Nationen indifferent bleibt, so verhält sie sich auch gegenüber den einzelnen Staatsformen neutral und sucht sich den bestehenden möglichst anzupassen. In den modernen Verfassungserrungenschaften liegt an sich nichts, was den kirchlichen Interessen notwendig im Wege stände, und in der Kirche nichts, was jener unbedingt widerspräche. Was die Kirche ablehnt, ist nur die theoretisch-prinzipielle Zurückführung aller Autorität in ihrer tiefen Wurzel auf rein menschliche, diametral von der göttlichen Weltordnung losreißende und ihr widerstreitende Faktoren. So sehr sie aber diese letzten Endes atheistische und absolutistische Begründung moderner Verfassungsfortschritte durch den extremen Rechtspositivismus verwirft, so wenig will sie solche Fortschritte selbst, auch in ihrer parlamentarischen oder republikanischen Spitze bekämpfen bzw. die Freiheit ihrer Gläubigen darin einengen. Mögen Leo wie Pius die absolute und schrankenlose Volkssouveränität und Majorisierung samt den anderen Uebertreibungen des „neuen Rechts" von sich weisen, in der Wahl der Staatsform einschließlich derjenigen, die als höchsten und einzigen Träger der politischen Gewalt das Volk ansieht, lassen sie allen freie Hand; ja sie haben gegebenenfalls volle Unterwürfigkeit auch solchen Formen gegenüber zur Pflicht gemacht, wie ja die katholische Moraltheologie lehrt, daß selbst der Revolution eine zu Recht bestehende Regierung entspringen könne, welcher die einzelnen Staatsbürger wenigstens äußerlich zu gehorchen haben. Dahin äußern sich auch neuere Autoritäten wie Stöckl, der im Staatslexikon zwar dem exzessiv demokratischen, grundsätzlich wie praktisch kirchenfeindlichen Volkssouveränitätsprinzip schroff den Krieg erklärt, aber sowohl den konstitutionellen als auch den republikanischen Parlamentarismus als vereinbar mit den Prinzipien des Christentums hinstellt. Mit Recht hat vor kurzem erst Staatssekretär Gröber in der „Germania" im Hinblick auf die freiheitlichen Errungenschaften der letzten Wochen daran erinnert, daß für den Katholiken grundsätzlich kein Hindernis gegen die Anerkennung und Herbeiführung einer parlamentarischen Verfassungsreform oder die Mitarbeit an einer wahren Volksregierung besteht, wie anderseits Kardinal Piffl in seiner Wiener Rede bei allem Eintreten für die Monarchie erklärte, daß die Kirche grundsätzlich auch andere Regierungsformen zulasse. Auch unser altbewährtes Zentrum trägt unter Wahrung all seiner bisherigen Wesensgrundsätze den Revolutionswandlungen insofern Rechnung, daß es sich als „christlich-demokratische Volkspartei" bezeichnet und „rückhaltlos zum demokratischen Volksstaat" bekennt.

Wir möchten aber annehmen, daß die katholische Weltanschauung auch positiv sich zu einer fortschrittlicheren, freiheitlicheren und volkstümlicheren Gestaltung des politischen Lebens nur günstig stellen kann, weil diese ihrem Grundzug am besten entspricht und innerhalb des richtigen Geleises ihr nur Vorteile bringen kann. Das Christentum ist von Natur aus wahrhaft demokratisch, da es alle vor Gott und dem Gewissen als gleich behandelt. Was der Kirche und dem Katholizismus, besonders dem deutschen, die imposante und vielbewunderte Stärke und Machtstellung nach außen verleiht, ist die rückhaltlose Verbindung mit dem Volke, mit seinen Rechten und Freiheiten. Mit den übrigen Volksgenossen sind auch die katholischen Bürger Deutschlands in den gemeinsamen Trübsalen und Großtaten dieses Krieges, zu denen sie ihr redlich Teil beigesteuert haben, ihrer und des Volkes erhöhter Kraft sich bewußt geworden, verlangen daher mit Recht stärkeren Anteil an den Regierungsgeschäften. Sie wollen hinter anderen Parteien und Konfessionen nicht zurückstehen, müssen vielmehr mit in die vordersten Reihen treten, schon um die unter dem Druck der äußeren Geschehnisse sich überstürzende Entwicklung in normale Bahnen zu lenken und gegen kirchengegnerische Hypertrophie zu sichern. Darum, deutsche Katholiken: vorwärts auf dem Wege politischer Freiheit und Mündigkeit!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Im Berliner Hexenkessel.

Es wallet und brodelt und brauset und zischt. Kaum zeigt sich eine Klärung, so wirbelt wieder ein düsterer Bodensatz empor.

Im Anschluß an die Berliner Weihnachtskämpfe kam es zu einer Krisis in der vielköpfigen und zweiseeligen „Regierung". Ihr Verlauf erweckte zunächst Hoffnungen. Denn die „unabhängigen" Minister, die bisher das Bleigewicht gebildet hatten, wurden ausgeschifft. Erst schieden die drei „Volksbeauftragten" Haase, Dittmann und Barth aus dem Reichskanzlerhaus; dann traten auch Adolf Hoffmann und Genossen ihren Rückzug aus den preußischen Ministerien an. So sah es aus, als ob endlich eine einheitliche Regierung in Berlin sich gebildet habe. Doch war noch eine feste Burg in den Händen der Radikalen geblieben: das Berliner Polizeipräsidium, dessen revolutionärer Häuptling Eichhorn statt der pflichtmäßigen Sicherheitspflege die rücksichtsloseste Parteipolitik betrieb im ultrarevolutionären Sinne durch Anwerbung von „Sicherheitsmännern" und durch Verteilung von Waffen in den Kreisen der Spartakusleute und des linken Flügels der Unabhängigen. Eichhorn wollte nicht gehen, obschon man ihm seine Amtsunfähigkeit und seinen persönlichen Makel (Annahme von russischem Honorar usw.) recht deutlich zu Gemüte führte. Das gereinigte preußische Ministerium mußte ihn also absetzen. Doch auch darauf ging er noch nicht, sondern appellierte offen an die Gewalt in der Versammlung der Unabhängigen. Der Spartakusbund machte auch mobil zur Verteidigung seines Gönners. So brachte der erste Sonntag des neuen Jahres wieder Tumulte in Berlin. Die beiderseitigen Demonstrationen führten am Dreikönigstag zu Straßenkämpfen. Der Zentralrat hat der Regierung weitgehendste Vollmachten erteilt. Die Regierung hat den Belagerungszustand über Berlin verhängt und den Volksbeauftragten Noske zum Gouverneur von Berlin und zum Oberstkommandierenden in den Marken ernannt. Sie scheint also entschlossen zu sein, den Entscheidungskampf mit dem Bolschewismus aufzunehmen, dessen bedrohliches Anwachsen und Fortschreiten von Osten her sich zu einer ernsten Gefahr für die ganze westliche Kultur auswächst.

Zu spät.

Dieses kleine Wortpaar spielt in unserer jüngsten Geschichte eine verhängnisvolle Rolle.

Zu spät haben unsere berufenen Heeresführer und Staatslenker die Unmöglichkeit des Waffensieges erkannt.

Zu spät ist die Anbahnung eines Verständigungsfriedens erfolgt.

Zu spät kamen die demokratischen Zugeständnisse des Kaisers und Königs.

Zu spät wurde den revolutionären Machthabern klar, daß man auch in der Republik eine einheitliche und mächtige Regierung haben muß.

Zu spät erkannte man die Notwendigkeit, den Ruhestörern mit bewaffneter Hand das Handwerk zu legen.

Mit dem ewigen Verschieben und dem lässigen Abwarten ging nicht nur die kostbarste Zeit verloren, sondern es häuften sich die Niederlagen nach außen und im Innern derartig, daß die noch vorhandenen Kräfte dahinschmolzen, wie Butter an der Sonne, und das lähmende Gefühl der Ohnmacht den ganzen Volkskörper ergriff.

Unsere Gegner sind in den Fehler der Verspätung nicht gefallen. Wie schnell waren die Tschechen mobil, um die Grenzen ihres werdenden Staates möglichst weit vorzuschieben! Und mit welcher Geschwindigkeit hatten die Polen ihre Truppen und ihren Landsturm auf die Beine gebracht, um alles zu besetzen, was sie aus den deutschen Ostmarken herausschinden möchten. Unterdessen wurde bei uns in blinder Ueberstürzung demobilisiert.

Erst als die Provinz Posen halb verloren war, begann man in Berlin einen „Grenzschutz für den Osten" langsam aufzubauen. Wenn die Truppe fertig ist, wird wohl der Friedenskongreß schon das entscheidende Wort gesprochen haben, und die flinken Polen rechnen darauf, daß die Westmächte den status quo respektieren werden, den sie durch Ueberrumpelung geschaffen haben. Aehnlich ging es und geht es mit der Sicherung der oberschlesischen Bergwerke, deren Unentbehrlichkeit für unser wirtschaftliches Leben jedem Einsichtigen klar war, zu deren Rettung aber die Regierung nichts rechtzeitig zu tun wußte.

Die Aussichten für die Nationalversammlung.

Sie haben sich insofern gebessert, als jetzt wenigstens in der Reichskanzlei und in den preußischen Ministerien keine Gegner der allgemeinen Volksvertretung mehr sitzen. Die verbleibende Regierung wird wohl den guten Willen haben, die Wahlhandlung und die Nationalversammlung selbst vor den Ruhestörern zu schützen. Ob sie die Macht hat und überall geltend machen kann, bleibt abzuwarten.

Als gute Wirkung der Mißwirtschaft in Berlin und in anderen politischen Brennpunkten darf man die Aufrüttelung der Wähler verzeichnen. In München macht der Terror jetzt schon nicht mehr vor dem Heiligsten Halt. Am Dreikönigstag drang eine wütende Rotte in den Frauendom während der Messe ein, um einen angeblichen Flugblattverteiler vom Turm herunter zu holen; Gläubige und der vor der Kirche vermittelnde Dompfarrer wurden beschimpft und bedroht. In den weitesten Kreisen, wo sonst Gleichgültigkeit oder Trägheit herrschte, ruft man jetzt: So kann es doch nicht weiter gehen; wir gehen zugrunde, wenn die Wahlen nicht eine bessere Regierung schaffen!

In Norddeutschland hat vor allem Adolf Hoffmann, der soeben abgesägte radikale Kultusminister, als ungebetener Wahlagitator für das Zentrum sich verdient gemacht. Die Erlasse über Trennung von Kirche und Staat und über die Beseitigung der Religion aus den Schulen haben auch den begriffsstutzigsten Christen klar gemacht, daß es sich um einen Kulturkampf auf Tod und Leben handelt für und gegen den christlichen Geist in den deutschen Landen. Daraus erklärt sich auch, daß von den gläubigen Evangelischen zahlreiche Wähler sich offen der Zentrumspartei anschließen. In Berlin, wo sonst die Zentrumspartei als geborene Minderheit in der Ecke stand, konnte am Neujahrstage eine wahrhaft gewaltige Demonstration unter der Zentrumsfahne stattfinden: zwei Riesenversammlungen und ein Straßenzug, wobei nach unparteiischer Schätzung sich über 50000 Personen beteiligten.

Wenn überall die gläubigen Christen auf dem Posten sind, so wird kaum zu befürchten sein, daß die Nationalversammlung eine Mehrheit aus den Sozialdemokraten allein aufweist. Mögen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar wie für die Landtagswahlen in Bayern und Württemberg am 12. Januar vorbildlich sein die am 5. Januar vollzogenen Wahlen zur badischen Nationalversammlung; sie ergaben eine gewaltige bürgerliche Mehrheit (72 bürgerliche gegen 35 sozialistische Abgeordnete; im einzelnen: 41 Zentrum, 35 Sozialdemokraten, 24 Demokraten, 7 Deutschnationale, kein Unabhängiger.

Also frisch auf zur Vollendung der Wahlarbeit in diesen letzten Tagen! Es lohnt sich in politischer Hinsicht, und es ist heilige Pflicht für jeden Christen, denn diese Wahl steht unter dem Zeichen eines wahren Kreuzzuges!

Graf Hertling †.

Während der Drucklegung kommt die Kunde vom Hinscheiden des Grafen Hertling. Mit ihm ist der letzten einer aus der großen Zeit des Zentrums, aus der Schule Windthorsts dahingegangen. Was er dem deutschen Katholizismus und dem deutschen Volke als feinsinniger Gelehrter und Forscher, als kluger Parlamentarier und Fraktionsführer, als bayerischer Ministerpräsident und endlich in schwerster Zeit als deutscher Reichskanzler gewesen, ist in diesen Blättern gelegentlich seines 70. Geburtstages (Nr. 35/1913) und bei seinem Rücktritt vom Reichskanzleramt (Nr. 41/1918) von berufener Seite gewürdigt worden. Es wird ihm unvergessen bleiben, daß er in hohem Alter der Riesenaufgabe sich unterzog, die verfahrene Reichspolitik wieder ins Geleise zu bringen und durch Anbahnung der Parlamentarisierung eine Grundlage vorzubereiten, auf der in der Folge ein erträglicher Friede hätte erreicht werden können, wenn nicht die militärische Lage und schließlich die Revolution alle Hoffnungen vernichtet hätten. In der dankbaren Erinnerung wird die Gestalt des Grafen Hertling fortleben nach den Worten Kaiser Wilhelms als der vornehm denkende, echte deutsche Edelmann, der ein Beispiel der Selbstlosigkeit in Hingabe an das Vaterland darstellt. Den deutschen Katholiken und dem Zentrum aber war er mehr, er war einer ihrer Besten.

Zur Mission des Prälaten Cerretti bei Wilson.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Einer Haager Meldung zufolge wußten die „Daily News" unterm 21. November zu berichten, der Papst habe den Prälaten Cerretti nach den Vereinigten Staaten entsandt; der Hauptzweck der Reise sei die Ueberreichung eines eigenhändigen Schreibens Benedikt XV. an Wilson. Selbstverständlich begegneten wir alsbald in der Auslandspresse einer nicht geringen Anzahl von zumeist auf „besondere Informationen" gestützten Nachrichten über den angeblichen Zweck dieser Mission und ein Blatt suchte das andere in den Augen der Leser zu übertrumpfen, um den Beweis der eigenen „besseren Beziehungen" zu erbringen, während sich jetzt wieder einmal einwandfrei feststellen läßt, daß sie fast alle nur voneinander abgeschrieben haben. So z. B. ist die wichtigtuerische Meldung der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. Dezember aus Basel, der Papst solle beabsichtigen, die römische Frage der Friedenskonferenz vorzulegen und für den seit 1870 angehäuften Betrag der durch das Garantiegesetz ausgeworfenen jährlichen drei Millionen einen Landstreifen vom Vatikan zum Meere zu erwerben, nichts weiter als die Wiedergabe einer Meldung des in solchen Fragen absolut unzuverlässigen Boulevardblattes „Journal". In einer gegen diese Korrespondenz gerichteten Polemik weist die römische „Epoca", die gleichfalls jeder Befähigung entbehrt, die An- und Absichten des Hl. Stuhles autoritativ zu deuten, nicht nur nach, daß es sich dabei um „olle Kamellen" handelt, die gleich der Seeschlange immer wieder auftauchen, sondern sie schließt auch ihren Artikel mit den Worten: „Der Hl. Stuhl darf seine Teilnahme an den Friedensverhandlungen nicht erbetteln. Er würde an der Konferenz nur auf ausdrückliche Einladung teilnehmen, ohne sich irgendwelchen Bedingungen zu unterwerfen". Daraus entstand nun sofort eine neue „vatikanisch-offiziöse" Meldung, die als solche wiederum in deutsche Blätter überging und jetzt die Runde macht, wobei, um ihr größere Glaubhaftigkeit zu verleihen, man sie kurzer Hand „einer dem Vatikan nahestehenden Persönlichkeit" zuschreibt.

Was in der Sache feststeht, ist lediglich folgendes: Msgr. Cerretti ist zum Bischofsjubiläum des Kardinals Gibbons abgeordnet worden und hat die Reise nach Amerika angetreten. In London hat er die Fahrt unterbrochen und Wilsons Ankunft abgewartet, sich sodann nach Paris begeben und dort eine Besprechung mit Wilson gehabt. „Matin", der eine Unterredung mit dem Prälaten widergibt, läßt diesen das Gerücht, er sei mit einer Sondermission betraut, ableugnen, ihn aber unmittelbar darnach die Behauptung aussprechen, er sei von seiner Unterredung mit Wilson hochbefriedigt. Nun wird wohl niemand annehmen, daß Msgr. Cerretti ohne besonderen Auftrag die Aussprache mit dem Präsidenten Wilson herbeigeführt habe und sich zu diesem Zwecke, bereits in London eingetroffen, wieder nach Paris zurückbegeben habe.

So ziemlich alles, was über den Zweck der Mission verlautete, können wir in das Gebiet journalistischer Kombination verweisen; es hält keiner ernsten Kritik stand und ist nur geeignet, das Urteil zu verwirren. Was allein einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit beanspruchen darf, ist die Annahme, daß die Zulassung zur Friedenskonferenz, wenn schon nicht ausschließlicher Gegenstand, so doch einer der Gegenstände der Mission war. Welche Schwierigkeiten sich ihr entgegenstellen oder ihr gestellt werden und von wem sie ausgehen, bleibe für heute beiseite. Nur darauf sei hingewiesen, daß die gemeinsamen Gesichtspunkte, von denen aus sowohl Wilson wie der Papst die Friedensfrage behandelt wissen wollen, sie aufeinander anweisen und ersteren wünschen lassen müssen, auf der Friedenskonferenz möglichst gewichtige Unterstützung zu finden. Doch leuchtet es ein, daß diese Frage allein kaum dazu geführt haben dürfte, einen Mann von der Unentbehrlichkeit und den Fähigkeiten Cerrettis in diesem Augenblicke aus dem Staatssekretariate sich entfernen zu lassen. Man bedenke, daß dieser Prälat nach dem Kardinal-

Staatssekretär die wichtigste Person in der kirchenpolitischen Geschäftsführung des Hl. Stuhles ist und seine anerkannten Fähigkeiten ihn geradezu zum offiziellen Unterhändler des Vatikans in den allerwichtigsten Fragen bestimmen, da er einer der wenigen ist, die vollen Einblick in die Ziele und Absichten des Papstes besitzen. Alles deutet darauf hin, daß Msgr. Cerretti nicht nur der Ueberbringer eines päpstlichen Handschreibens war (dazu konnte ja auch eine viel leichter entbehrliche Person gewählt werden), sondern er einen Auftrag zu Verhandlungen, Vereinbarungen und Abmachungen erhalten hat.

Erheblich anders als die eingangs erwähnten Blättermeldungen will eine Meldung der Wiener „Reichspost" vom 15. Dezember bewertet sein. Ich weiß, daß diese ihre Informationen zumeist aus der Wiener Nuntiatur zu beziehen pflegt. Was sie über die Sendung des römischen Prälaten berichtet, verrät eine Großzügigkeit, Anpassung an die Verhältnisse und Erfassung des politischen Augenblickes, die wahrhaft auf einen Mann wie Benedikt XV. hindeuten würde, und darum sei sie angeführt. Es würde sich demnach der Papst mit einem umfassenden religiösen und kirchenpolitischen Programm befassen, das dem Friedenskongresse vorgelegt werden und die „Arbeit der Kongreßteilnehmer für einen geistigen Dauerfrieden zwischen den Völkern ergänzen und vertiefen soll. Von dem Gedanken ausgehend, daß die kirchenpolitischen Trennungskämpfe in den einzelnen Staaten ihre Schatten hinüberwerfen in die Gebiete der anderen Staaten, wo Glaubensgenossen der verfolgten Kirche sich befinden, schlägt der Papst Wilson vor, auch hinsichtlich des Schutzes der religiösen Freiheit, des Vermögens und der Einrichtung der Kirchengemeinden, hinsichtlich der Freiheit in der Ausübung des religiösen Kultes und in der Gewährleistung der ruhigen Kulturarbeit der Kirche eine gemeinsame Garantie in einem künftigen Weltbunde zu schaffen. In allen Ländern des Völkerbundes sollen die Gläubigen vor Terrorisierung, vor gewaltsamer Schließung von Kirchen und Konfessionsschulen, vor Einschränkung der religiösen Freiheit seitens der Regierenden gesichert werden durch eine einheitliche internationale Sanktion der allgemeinen Grundsätze der praktischen Durchführung der Religionsfreiheit. In besonderer Weise würde auch die Kulturarbeit der Missionäre ohne Unterschied der Nation unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Im Zusammenhange mit diesem allgemeinen Programme, welches die Wilsonschen 14 Punkte sinngemäß auf das religiöse Gebiet anwendet, stünde auch eine Lösung der römischen Frage. Aus diesem Grunde ergibt sich auch die Notwendigkeit einer Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz, ohne daß sich Italien deshalb politisch bedroht zu glauben braucht. Unterstaatssekretär Cerretti wird mit Wilson die Grundlinien dieses Weltprogrammes eines Kirchenschutzes gegen gewaltsame Unterdrückung in London zuerst besprechen, worauf in Rom Wilson... die weitere Durchführung der gemachten Vorschläge mit Benedikt XV. persönlich beraten wird." Das erschiene uns als ein Zweck, würdig für Verhandlungen und würdig zweier Staatsmänner; seine Durchführung wäre eine wahrhaft befreiende Tat und ein Segen für die gesamte Menschheit.

Trostlied in schwerer Zeit.

Der Feind im Land! Die frohen Siegeslieder,
Die einst wir sangen — ach! wie lang ist's her! —
Verklungen sind. Ein Winter, trüb und schwer
Wie keiner noch, sank über Deutschland nieder.

Die Herzen bluten, matt sind alle Glieder
Von Not und Kummer, alle Truhen leer,
Und klagend stöhnt's in Lüften: „Wer, ach wer
Bringt uns, was wir verloren, jemals wieder?!"

Schwer liegt auf Deutschland Gottes Hand. Doch murren
Ziemt nicht dem Kinde, das der Vater schlug.
Greift an das Werk und lasst die Räder schnurren

Mit allem Fleiss, noch habt ihr Kraft genug —
Hört ihr die Taube nicht von weitem gurren,
Die Friede bringt und Lenz im raschen Flug?

Leo van Heemstede.

Von der „Bürgerwehr" zur antibürgerlichen „Einheitsfront".

Von M. Geßner, München.

In München gab es in den letzten Dezembertagen bemerkenswerte Auseinandersetzungen wegen einer sogenannten Bürgerwehr. Unter dem Eindruck der Nachrichten über die blutige Weihnachtsfeier in Berlin war in der Nacht vom 26. auf den 27. Dezember ein Aufruf zur Gründung einer Münchener Bürgerwehr beschlossen worden. Als der Aufruf am 27. Dezember in der Presse veröffentlicht wurde, entdeckte man mit einiger Ueberraschung unter den Unterzeichnern auch die beiden sozialdemokratischen Minister Auer und Timm und den sozialdemokratischen Staatsrat Dr. Frhrn. von Haller. Nicht als ob man in der Unterzeichnung den Ausdruck eines rollenwidrigen Techtelmechtels mit dem Bürgertum hätte sehen müssen. Interessant war aber auf alle Fälle, daß auch überzeugte Sozialdemokraten die Lage in der provisorischen sozialistischen Republik für bedenklich genug ansahen, um eine derartige Gründung für notwendig oder mindestens für nützlich zu halten. Auer und Timm waren, wie sie selbst erklärt haben, nicht zuletzt durch die Vorkommnisse in Berlin bestimmt worden, ihre Unterschriften herzugeben. Auer sprach dabei sogar von dem „russischen Gelde", das auch bereits in München sei. Aus der Redaktion der „Münchener Post" heraus wurde Timm, wie er ebenfalls selbst angab, auf die Bedenklichkeit der Sache aufmerksam gemacht. Er zog dann alsbald seine Unterschrift zurück — Auer war an dem Tage von München abwesend —, aber die Dinge waren bereits soweit gediehen, daß der Aufruf mit den Unterschriften doch noch erschien.

Dieser kleinen Sensation folgte bald eine größere, die darin bestand, daß eine Anzahl von Personen, die mit der Angelegenheit in mehr oder minder engem Zusammenhang standen oder doch stehen sollten, wegen angeblicher gegenrevolutionärer Zettelungen verhaftet wurden. Die Sache beschäftigte am 29. Dez. in langen und teilweise recht bewegten Verhandlungen den Landessoldatenrat, wo der Eindruck erweckt wurde, als habe man es mit einer veritablen Gegenrevolution zu tun. Man forderte nicht nur die „Entwaffnung der Bourgeoisie und der Offiziere", sondern auch den Rücktritt Auers und Timms und die Lossagung des Volkes von Scheidemann und Ebert. Auch von der Uebernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte war die Rede. Noch ausführlicher wurde die Affäre am 30. Dezember und am 2. Januar im provisorischen Nationalrat erörtert, wo auf Grund einer Interpellation darüber verhandelt wurde. Von der langen Geschichte, die auf Grund der Mitteilung von „Gewährsmännern", die anscheinend eine Besprechung der Verhafteten teilweise belauscht haben, zum Besten gegeben wurde, ist bis jetzt noch nichts bewiesen, wohl aber sind Einzelheiten bereits bestritten und widerlegt. Das Gerücht, die Freisinger Jäger seien bereits nach München in Anmarsch gewesen, ist aus dem Regiment heraus als haltlos gekennzeichnet worden. An der Behauptung, der Erzbischof von München habe sich, wenn auch nur indirekt, mit der Benützung der Kirchenglocken bei einem Putsch einverstanden erklärt, ist nach Information des „Bayer. Kurier" durch die zuständige Stelle nichts Tatsächliches.

Wir stehen dieser Bürgerwehrgründung und allem Drum und Dran durchaus kühl gegenüber. Der Gedanke daran konnte nur aufkommen unter dem Eindruck von Geschehnissen und Unterlassungen, wie sie in letzter Zeit ja nicht nur in Berlin, sondern auch in München und anderwärts zu verzeichnen waren. Man kann der Meinung sein, daß eine Bürgerwehr für den Fall eines Putsches der Spartakusleute nicht viel bedeuten würde, aber: Man tut, was man kann. Wir verstehen es auch, wenn der Plan einer solchen Gründung überhaupt abgelehnt wird, aber die Regierung kann ihm mit gutem Gewissen nur dann entgegen sein, wenn sie selbst willens und in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen. Uns ist die Ordnung ohne Bürgerwehr lieber, als ein Zustand, in dem selbst sozialdemokratische Minister sich mit dem Gedanken, eine solche Wehr zu schaffen, vertraut machen konnten. Wir erinnern uns aber auch, daß vor einiger Zeit sogar die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Münchens irgendwelche Maßregeln der Selbsthilfe gegenüber anarchistischen Elementen beschlossen haben mußten, Maßregeln, auf deren Durchführung, wie in der „Münchener Post" mitgeteilt wurde, verzichtet wurde, nachdem die Regierung durch öffentliche Erklärung ihre Entschlossenheit, Ruhe und

Ordnung zu schützen, bekundet hatte. Die Lage ist inzwischen noch nicht so absolut sicher geworden und war es namentlich um die Weihnachtszeit herum nicht, daß ähnliche Bestrebungen bürgerlichen Kreisen ohne weiteres als Verbrechen angerechnet werden könnten.

Wir haben, wie schon bemerkt, für derlei Gründungen an sich keinerlei Schwäche, auch nicht für die führenden Persönlichkeiten, die in dem Falle München in Frage kommen. Für eine große Torheit aber und mehr würden wir es halten, wenn mit dieser Bürgerwehr gegenrevolutionäre Bestrebungen verquickt worden wären. Das Bürgertum hat in seiner erdrückenden Mehrheit von Anfang an die Nationalversammlung und allenfalls die Volksabstimmung als die Instanzen bezeichnet, die darüber zu bestimmen haben, wie nach dem Provisorium die Geschicke des deutschen Volkes endgültig zu ordnen sind. Man kann sich kaum zu gleicher Zeit für die Nationalversammlung und für eine Gegenrevolution begeistern. Jedenfalls könnte man durch gegenrevolutionäre Bestrebungen oder selbst durch an sich harmlose Unvorsichtigkeiten oder auch nur Wichtigmachereien die Nationalversammlung gefährden und seiner Sache einen schlechten Dienst erweisen. Darüber muß die Geflissentlichkeit, mit der dieser Fall durch die Sozialdemokraten aller Schattierungen ausgebeutet worden ist, gründlich belehren. Noch ist, wie gesagt, gar nichts bewiesen, die zwanzig Verhafteten sind sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt, aber was hat man aus der Sache bereits alles gemacht, welche Konsequenzen hat man schon gezogen! Die „Bayer. Staatszeitung" (Nr. 1) nennt zwar den Versuch der Gründung recht bedenklich, begründet das Urteil aber nicht weiter, sondern begnügt sich mit einem „Nach allem, was man hört", ohne jedoch ihre Wissenschaft zum besten zu geben.

Auer, Timm und Haller haben ihre Unterschriften zurückgezogen. Der Anarchist Gustav Landauer quittierte im Nationalrat über diese Mitteilung mit einem „Das genügt nicht!" Und wenn die große Mehrheit auch mit Eisner der Meinung war, daß durch die Zurückziehung der Unterschriften der „Mißgriff" erledigt sei, daß weitere Konsequenzen gegen die Delinquenten nicht mehr zu ziehen seien, so wurde die Gelegenheit in anderer Hinsicht doch um so mehr ausgebeutet. Ein führendes Mitglied des Landessoldatenrates, Schröder, benützte sie, um den Mehrheitssozialisten deutlich zu Gemüte zu führen, daß die Unabhängigen immer Recht haben. Der Schluß: uns müßt ihr folgen! lag also zum Greifen nahe. Nicht ohne Wirkung blieb auch, wie dieser Redner Auer als den Vertrauensmann des Bürgertums hinstellte. Wir sehen das als eine starke Uebertreibung an, aber auch nur als Uebertreibung, denn in gewissen bürgerlichen Kreisen besteht zweifellos der Eindruck: „Der Auer wär' schon recht". Das halten wir für eine große Täuschung. Auer ist nur klüger als viele seiner Parteifreunde und besonnener als die meisten. Auch für ihn ist die neue Demokratie wahrscheinlich identisch mit der Herrschaft seiner Partei, nur suchte er bisher diese Herrschaft durch kluge Taktik zu sichern, während andere sie gewaltsam herbeiführen und auf die Diktatur begründen möchten. Uebrigens scheinen diese anderen jetzt gesiegt zu haben. Und das kam so:

Die Bürgerwehr und das, was daraus gemacht wurde, die „gegenrevolutionären Zettelungen", die Eisner als „feststehend" ansieht, die „unverbürgten Mitteilungen", die sich ein anderer über ähnliche Dinge, von denen man aber auch nichts weiter gehört hat, aus Nürnberg und Würzburg kommen ließ, gaben Schröder Anlaß, an das antibürgerliche Klassenbewußtsein zu appellieren: Es gibt kein Paktieren mit dem Bürgertum, nur einen Kampf auf Leben und Tod, beide können nicht nebeneinander bestehen. Mit der Freiheit, deren sich das Bürgertum bisher erfreute, muß Schluß sein, man muß dem Bürgertum zeigen, was Diktatur ist! Und weil man das Eisen schmieden muß, wenn es warm ist, luden die Unabhängigen in einem Antrag alle Sozialdemokraten zu einer „einheitlichen Front" gegen „Kapitalismus und Imperialismus", als deren Vertreterin man ja die bürgerliche Gesellschaft ansieht, ein. Das heißt, offiziell wurde der Nationalrat ersucht, diese Einheitsfront zu beschließen, aber es war doch ohne weiteres klar, um was es sich handelt: Die Münchener Bürgerwehr sollte der Anlaß werden zur Einigung der Sozialdemokratie im Sinne der Radikalen. Das war offenbar auch die Absicht Eisners, der sich klugerweise zu dem Antrag selbst formell nicht äußerte, der aber wohl gerade in der Ueberzeugung, daß die Sache gelingen werde, gegenüber Auer eine ungewöhnliche Milde bewies. Unter Hinweis auf den „Zwang der Verhältnisse" trat er für das Zusammenbleiben des Ministeriums ein und forderte auf zur Einigkeit zwecks Verwirklichung des demokratischen sozialistischen Zukunftsstaates. Und mit erhobener Stimme verkündete er, daß es in diesem Staate keine Möglichkeit bürgerlicher Politik mehr geben werde, nur noch Sozialismus. Der Antrag der Unabhängigen wurde schließlich in vorsorglich beantragter namentlicher Abstimmung mit 112 sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Einige bürgerliche Stimmen, meistens linksliberale, wurden dagegen abgegeben. Der größere Teil der nichtsozialdemokratischen Mitglieder des Hauses beteiligte sich an der Abstimmung nicht, offenbar, weil man sich in häusliche Angelegenheiten der Sozialdemokratie nicht einmischen wollte.

Die programmatische Erklärung Eisners und die Einigung der Sozialdemokratie im antibürgerlichen klassenkämpferischen Sinne der Unabhängigen waren weit bedeutsamer als die Ankündigung eines Nationalgerichtshofes — dem die Aufgabe des Untersuchungsrichters in Fällen wie dem der mehrerwähnten „gegenrevolutionären Zettelungen" zufallen soll — nach der einen und die Mitteilung von einer Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit — vielleicht auch nach der anderen Seite. Gegen den neuen Gerichtshof trat übrigens Amtsgerichtsrat Riß mit guten Gründen und unter eindrucksvollem Hinweis auf die Unabhängigkeit des Richters auf, allerdings doch vergeblich. In gewissem Sinne ist dieser Gerichtshof, ein Stück Revolutionstribunal, schon eine Folge der sozialdemokratischen Einigung auf radikalem Boden und soll vielleicht eines der Mittel werden, mit denen die Möglichkeiten bürgerlicher Politik unterbunden werden sollen. Herr Timm, der provisorische Justizminister, hatte zwar Schröder gegenüber darauf hinweisen zu sollen geglaubt, es sei nicht sehr konsequent, erst die Beteiligung bürgerlicher Vertreter am provisorischen Nationalrat zu wünschen und dann die Gemeinschaft mit dem Bürgertum abzulehnen. Schließlich aber stimmte auch Timm für die antibürgerliche Einheitsfront.

Was werden nun zu dieser unzweideutigen Kriegserklärung gewisse bürgerliche provisorische Nationalräte und ihre Freunde und Anhänger im Lande sagen? Sie haben bisher anscheinend von einer sozialistisch-liberalen Kulturpolitik und von einer bürgerlich-liberal-sozialistischen Wirtschaftspolitik geträumt und sich eine Zukunft vorgestellt, in der sie, angenehm zwischen links und rechts hin und her pendelnd, das Zünglein an der Wage bilden könnten, um sich bald vor der „Reaktion", bald vor der „Sozialisierung" zu schützen. So bequem werden sie es nicht haben. Bürgerliche Politik soll es nach Eisner nicht geben, nur Sozialismus, und bei diesem Sozialismus soll es nach Schröder mitunter „auch einmal weniger demokratisch" zugehen.[1] So antibürgerlich, wie Schröder meint, wird die Zukunft natürlich nur dann aussehen, wenn Eisner und seine Freunde das Heft in der Hand behalten, was aber noch nicht so sicher ist. Eisner will freilich in den „gegenrevolutionären Zettelungen" ein Anzeichen dafür sehen, daß man in den bürgerlichen Kreisen den Glauben an die Mehrheit für die Nationalversammlung verloren habe. Wir sehen einstweilen nur, daß eine Angelegenheit, von der die allerweitesten bürgerlichen Kreise nichts wußten, von der man aber heute noch nicht weiß, was dahintersteckt, so ausgelegt wird, nicht zuletzt wohl, um dem Bürgertum solche Zweifel zu suggerieren und es dadurch zu schwächen, und daß darüber hinaus versucht wird, Einschüchterung zu treiben. Noch fürchten wir aber für die Mehrheit des Bürgertums nichts. Nur einig müßte das Bürgertum, d. h. die ganze nichtsozialdemokratische Bevölkerung sein. Einigkeit ist die beste — „Bürgerwehr".

Ein Teil des liberalen Bürgertums begreift das anscheinend allerdings noch immer nicht und führt einen geradezu nihilistischen Wahlkampf gegen die Bayerische Volkspartei. Die krampf-

[1] Dabei soll nicht einmal an das Schlimmste gedacht werden, wie es die internationalen Kommunisten als Zukunftsperspektive in Aussicht stellen. In einer in den Kolosseumsbierhallen abgehaltenen Versammlung wurde ungestüm die Bewaffnung des revolutionären Proletariats gefordert und den Teilnehmern anempfohlen, im Notfalle zur Nationalwahl Handgranaten als Stimmzettel abzugeben. Der Anarchist Sontheimer sagte nach einem Bericht der „M. N. N.": „Ich hoffe, daß wir alle mit der Waffe in der Hand mit der Reaktion abrechnen werden!" Einen Kaufmann, der ihm am Karlsplatz entgegentrat, als Sontheimer das Publikum nach seiner Art aufklären wollte, empfahl er der Versammlung für ein künftiges Blutgericht: „Vergessen Sie das Geschäft nicht und vergessen Sie den Mann nicht; der muß dran kommen, wenn's losgeht!" Auch der Herr Erzbischof von München ist vorgemerkt. Er gehöre an den Glockenstrick, äußerte Sontheimer: „Vergessen Sie auch ihn nicht, wenn die Zeit reif ist!"

haften Versuche freilich, mit denen dieser sonst angeblich so vorurteilslose Teil des Liberalismus dabei an konfessionelle Vorurteile appelliert, scheinen zu beweisen, daß er in großer Verlegenheit ist, daß er fürchtet, die Bayerische Volkspartei könnte auch allein die Mehrheit erlangen. Daß er seine törichte, vom bürgerlichen Standpunkt aus förmlich selbstmörderische Taktik auch angesichts der rücksichtslosen Kampfansage der vereinigten Sozialdemokratie anscheinend noch nicht aufzugeben gewillt ist, wird wohl erst recht manchen veranlassen, sich zur Bayerischen Volkspartei zu bekennen. Der Demokrat Hübsch hat im Nationalrat nicht mit Unrecht gemeint, Schröders Philippika sei die beste Wahlrede für die Bayerische Volkspartei gewesen. Gleiches gilt von der Rede Eisners und den mehrerwähnten Beschlüssen. Sollte nach all dem die Deutsche Volkspartei in Bayern noch glauben, man könne dem Bürgertum klar machen, seine Interessen seien mit der teilweise recht niedrigen Hetze gegen die Bayerische Volkspartei, zweifellos das stärkste Bollwerk gegen den sozialdemokratischen Radikalismus, zu fördern?

Die Verpflichtung der studierenden Jugend zu gemeinsamer religiöser Betätigung.

Von Geistl. Rat Professor Dr. Hoffmann, München.

Der bequemste und sicherste Weg, die Jugend zu gewinnen, geht über die Anerkennung ihres heißen Strebens nach Freiheit und Selbständigkeit. Diese sind Zauberworte, die sofort den Zugang zum Herzen der Heranwachsenden öffnen und ihr Vertrauen erringen. Die Revolution, die allen Freiheit zu bringen verspricht, verheißt auch der Jugend früheste und größte Unabhängigkeit von den bisherigen Erziehungsfaktoren, den Eltern und den Lehrern. In der Bewegung, die so in die Zöglinge der höheren Lehranstalten getragen wurde, spielt in Bayern und auch anderswo die Frage eine große Rolle, ob die religiöse Betätigung von der Schule freigegeben und die Vorkehrungen, welche diese in der Vergangenheit hierzu getroffen hatte, aufgehoben werden sollen, ob also die Verpflichtung zum gemeinsamen Schulgottesdienst und Sakramentenempfang in Zukunft wegfalle.

In München führen seit einem Dezennium bereits die Freidenkervereine den Kampf gegen den „Kirchenzwang in der Schule"; eine Unterstützung fanden sie in der „Elternvereinigung". Diese besteht allerdings nur zum geringsten Teil aus Eltern katholischer Schüler, ja überhaupt aus Eltern, die Söhne an höheren Lehranstalten haben, und war ausgesprochenermaßen gegründet gegen die Verpflichtung der katholischen Schüler zum Schulgottesdienste (Festschrift zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Elternvereinigung München, 1917, S. 2). Die Revolution nimmt diese Fäden auf und schickt sich an, auch hier altheilige Ordnungen zu vernichten. Der im Unterrichts- und Erziehungswesen Deutschlands jetzt mächtige Mann, Dr. Gustav Wyneken, verkündigte in einer Versammlung schon am 16. November als Hauptbestandteil der Freiheit, die man einmal der Jugend auf oktroyieren müsse, auch wenn sie kein ausgesprochenes Bedürfnis nach ihr habe, die Aufhebung der Verpflichtung zur religiösen Betätigung und zum Religionsunterrichte. Es kann nicht wundernehmen, wenn bei vielen Schülern sich die Bereitwilligkeit zeigt, dieses Geschenk anzunehmen, während andere sich ablehnend dagegen verhalten. Die Eltern werden in der Frage überhaupt nicht gehört.

Die religiösen Uebungen, zu denen die Schule ihre Zöglinge anhält, genügen ausschließlich den Forderungen, die an jeden Katholiken gestellt sind. In Bayern bestehen sie im Besuche des sonn- und feiertäglichen Schulgottesdienstes und im dreimaligen Empfange der hl. Sakramente während des Jahres. Dieses ist die ganze Last, die den Schülern auferlegt wird. Alle übrigen religiösen Betätigungen bleiben in deren freies Belieben gestellt. Wenn nun trotzdem auch jene wenigen Verpflichtungen bekämpft werden, so geschieht es entweder aus prinzipieller Gegnerschaft wider die Religion oder aus Unkenntnis von deren Wesen. Man betrachtet die Religion als eine reine Gefühlssache, die sich äußern möge, wann ein innerreligiöser Drang vorhanden sei, wie z. B. die ästhetischen Empfindungen es tun; ein Zwang sei ein roher Eingriff in das Allerheiligste des Menschenherzens und schädige auf das Empfindlichste die Religion selbst, der man dienen wolle. So rief einmal der ehemalige Professor an der Münchener Universität Lipps in einer Versammlung aus: „Woher die Abkehr vom Gottesdienst bei so vielen, woher der Mangel an Religiosität? Das haben diejenigen verschuldet, die sich einbilden, durch das Mittel des Kirchenzwanges die Religion oder die Religiosität zu pflegen". Also aus Religion will man die Anleitung zur Uebung der Religion ablehnen.

Diese Auffassung der Religion vermag der Katholik nicht anzuerkennen; ihm ist sie der Dienst des ganzen Menschen an Gott, seinen Herrn und Schöpfer, der diesem gebührt und von ihm gefordert wird. Darum hat der Mensch diese Hingebung auch zu leisten, wann es ihm weniger Freude macht. In Berücksichtigung der Schwäche der menschlichen Natur, in welcher das Gesetz der Trägheit waltet, hat jede positive Religion Normen aufgestellt, nach denen die religiösen Verpflichtungen geregelt werden. Ausgedehnt waren diese bei den Juden. Der Heiland selbst erkennt sie an, soweit sie nicht Ausfluß pharisäischen Geistes waren; an den vorgeschriebenen Tagen besucht er den Gottesdienst an dem durch das Gesetz bezeichneten Orte, im Tempel zu Jerusalem. Das Christentum hat gleichfalls unmittelbar nach seinem Auftreten bestimmte religiöse Uebungen durch gesetzliche Anordnungen festgelegt. So gilt auch jetzt für jeden Katholiken das Gebot der Sonntagsmesse und der jährlichen Osterkommunion. Auch hierin liegt ein Zwang, der sogar auf Erwachsene ausgeübt wird.

Für die Jugend kommt zu der allgemeinen Lage des katholischen Christen noch ein anderes Moment hinzu; sie muß erst zur Betätigung der Religion erzogen werden. Letzteres ist zunächst heiligste Pflicht der Eltern, die dann bis zu einem bestimmten Grade auf die Schule übergeht, und zwar speziell auf den Religionsunterricht. Dieser kann sich daher nicht auf die Belehrung in den religiösen Fragen beschränken, er muß zum religiösen Leben führen; darum hat die Schule Anweisungen zur Ausübung der Handlungen zu geben, in denen sich die innere religiöse Gesinnung des Menschen offenbaren und betätigen soll. Diese Handlungen sind von den einzelnen Konfessionen festgelegt. Die religiöse Beeinflussung in der Schule hat somit die Hauptbestimmung, neben der lebendigen Ueberzeugung auch praktizierende Christen und Bekenner der Konfessionen zu erzielen. Es ist aber eine allgemeine pädagogische Forderung, daß, was einmal im Leben betätigt werden soll, in der Jugend nicht nur theoretisch gelernt, sondern praktisch geübt werden muß. Aus der Uebung soll Gewöhnung, aus ihr Liebe zur Sache und ein förmliches inneres Bedürfnis hervorgehen. Diese Tatsache erkennt man auf allen Gebieten der Pädagogik an; es sei nur auf die staatsbürgerliche Erziehung hingewiesen. Die sozialen und staatsbürgerlichen Tugenden müssen durch bestimmtes Tun eingeübt werden. Aus diesen Erwägungen werden ja in Amerika und nachbildend auch in deutschen Ländern „Schulstaaten", „Schulrepubliken" gegründet, die z. B. Foerster in seinen Schriften so eindringlich befürwortet, solange sie sich von Einseitigkeiten fernhalten; Kerschensteiner gebraucht um die Notwendigkeit, die Eigenschaften eines guten Bürgers durch Gewöhnung in der Jugend sich anzueignen, einen treffenden Vergleich; er weist darauf hin, daß derjenige, der schwimmen lernen wolle, die Bewegungen nicht am Land theoretisch kennen lerne, sondern sie im Wasser übe. Die hierin liegende Wahrheit gilt auch für das religiöse Gebiet; hier ist gewiß nicht zuletzt eine Uebung in der Jugend notwendig, weil es sich gerade hier zumeist um eine Erziehung für das spätere praktische Leben handelt.

Die naturgemäße Zusammengehörigkeit von Unterricht und praktischer Betätigung in der religiösen Erziehung erkannten auch die oberste Schulbehörde und der oberste Verwaltungsgerichtshof in Bayern an. Der letztere steht auf dem Standpunkt: „Die religiöse Erziehung der Kinder — im Sinne der Verfassungsbestimmungen — beschränkt sich nicht auf den konfessionellen Religionsunterricht dieser Kinder, sondern umfaßt auch die Anleitung derselben zur praktischen Uebung der Religion durch den Besuch des Gottesdienstes und den Gebrauch der Sakramente nach den Normen der einschlägigen Kirchengemeinschaft sowie die hierauf sich beziehenden speziellen Unterweisungen" (Sammlung von Entscheidungen des Kgl. b. Verwaltungsgerichtshofes, Bd. 1, S. 109; vergl. Bd. 2, S. 160). Die Schulordnung für die höheren Lehranstalten von 1914 bestimmt dementsprechend: „Die katholi-

schen Schüler haben an Sonn- und Feiertagen den Schulgottesdienst, wo ein solcher eingerichtet ist, zu besuchen."

Aber der Zwang und die Kontrolle, die mit den von der Schule angeordneten religiösen Betätigungen verbunden sind! Damit werde der sittliche Wert der Handlung vernichtet und eine Abneigung gegen diese hervorgerufen. Gewiß, wenn ein Werk einzig und allein infolge des Zwanges vollbracht wird, hat es keinen sittlichen Charakter, es genügt nur äußerlich der Pflicht. Doch der Zwang, der einmal bei jeglicher Erziehung unvermeidbar ist, soll in Freiheit übergehen, so daß die Anordnung der Schule nur als eine Vorkehrung zur leichteren und standesgemäßen Erfüllung der Pflicht erscheint. Dieses wird auch tatsächlich bei einem Großteil der Schüler erreicht. Der Zwang ist eben nicht Selbstzweck, er fällt weg, sobald er als Erziehungsmittel überflüssig geworden ist. Die Kontrolle ist sodann schon der äußeren Ordnung wegen nötig; außerdem wird sie auch aus pädagogischen Erwägungen gefordert; denn wenn einmal ein Gesetz gegeben ist, muß auch darauf gesehen werden, daß es erfüllt wird, außer ein triftiger Grund läßt eine Dispens als ratsam erscheinen. In Betreff des Schulgottesdienstes werden solche dann auch für längere Dauer oder für einzelne Fälle reichlich gegeben, so daß sicherlich keine Härte Platz greift.

Schwieriger liegt die Sache hinsichtlich des Sakramentenempfangs, hier besteht die Gefahr des Sakrilegs. Es ist dieses ein Punkt, der in der christlichen Pädagogik reichlich erörtert wurde und noch wird. Es stehen hier zwei Möglichkeiten einander gegenüber. Auf der einen Seite ist die Nachlässigkeit zu fürchten, die namentlich dann, wenn das Elternhaus nicht eintritt, den Gebrauch der kirchlichen Heilmittel ganz unterläßt, auf der andern droht das Verbrechen des Gottesraubes. Notwendig ist es darum, einen Ausweg zu suchen. Die Entscheidung muß von der Lage des einzelnen Falles abhängig gemacht werden. Nicht darf aber als Entschuldigung das Geständnis gelten, nicht „dazu aufgelegt", „gestimmt" zu sein. Diese Indisposition kann überwunden werden und wird überwunden. Es braucht nur einige Selbstzucht und Selbstbeherrschung, die zudem für das übrige Leben höchst wertvoll werden können. Viele gehen nicht mit guter Stimmung zur Kirche, sie geben sich aber Mühe, das Erforderliche zu tun, und sie beichten besser als ein anderes Mal, wenn sie scheinbar in bester Meinung und in großem Eifer gekommen sind.

Doch in der Jugend treten im religiösen Leben vieler sonst braver Leute Störungen auf, die durch Glaubenszweifel und Glaubensschwierigkeiten sowie sittlichen Laxismus gekennzeichnet sind. Daraus ergibt sich unleugbar die schwerste Gefahr für den würdigen Empfang der Sakramente, wenn ein solcher stattfinden muß. In einem derartigen Falle ist aber auch jeder Religionslehrer bereit, bei offener Aussprache des Schülers mit ihm, diesem in der einen oder anderen Weise darüber hinwegzuhelfen. Vielleicht gelingt es ihm, das Hindernis zu beseitigen, andernfalls wird er jenem nach Lage der Sache auch die Erlaubnis geben, das eine oder anderemal, vielleicht für einige Zeit wegzubleiben; Bedingung muß natürlich sein, daß der Jugendliche dadurch keinen schlimmen Einfluß auf seine Mitschüler ausübt. Der Religionslehrer behandelt die Angelegenheit als Seelsorger und wird sie nur im äußersten Notfalle zu einer Sache der Schule machen.

Der Kampf gegen den Zwang für die religiöse Betätigung der Schüler ist nur der Uebergang zu deren völligen Beseitigung. Während in Bayern unter gänzlicher Ausschaltung der Eltern die Zöglinge unserer höheren Lehranstalten in den Schülerausschüssen debattieren und abstimmen, ob Freiheit im Besuche des Schulgottesdienstes und im Sakramentenempfange bestehen soll, um der Schulbehörde ihre Meinungs- und Willensäußerung zukommen zu lassen, wurden in Preußen durch Ministerialerlaß vom 29. November 1918 radikale Maßregeln teils angeordnet, teils in Aussicht gestellt, so auch die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichtes; damit entfällt natürlich auch jede Anregung, geschweige denn Zwang für die religiösen Uebungen im Sinne der einzelnen Kirchengemeinschaften. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß dieses auch das Ziel ist, dem man in Bayern zustrebt, wenn es hier auch nur nach verschiedenen Zwischenstufen erreicht werden soll. In Preußen schreiten die Katholiken zur Verteidigung der Freiheit ihrer Ueberzeugung. Insbesondere werden Elternausschüsse gebildet, die ihr natürliches Recht, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, sich wahren wollen. Wenn es der übereinstimmende Wille der Eltern der Zöglinge einer Schule ist, daß es bei der bisherigen religiösen Uebung verbleibt, dann wird man eine solche Kundgebung nicht übersehen können. Dafür legt der charakteristische Erlaß des Ministers Hänisch vom 28. Dezember 1918 Zeugnis ab. (Vgl. „A. R." Nr. 1, S. 5).

Wenn zu irgendeiner Zeit in Deutschland eine religiös vollkommene Erziehung notwendig war, so ist sie es jetzt. Unser Vaterland kann aus den Trümmern nur von einem religiös starken Geschlechte wieder aufgerichtet werden. Darum ist das Eintreten für eine solche eine wahrhaft nationale Tat. Hierzu sind vor allem die Eltern berufen. Die Entscheidung aber, was zu einer solchen religiösen Erziehung gehört, können sie unmöglich ihren Kindern überlassen. Auch die Studierenden an höheren Lehranstalten besitzen hierzu noch nicht die intellektuelle und sittliche Reife.

Zum Schwinden des „Virilen" im neuzeitlichen Frauentypus.

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

In den von wohltuend großzügigem Gerechtigkeitssinn diktierten Ausführungen Dr. Stölles über „Wirkungen des Frauenwahlrechts" (s. Nr. 52 der „A. R.") trafen auch die Bemerkungen über das „Virile", sagen wir: Männische, im Typ der streitbaren Frauenkämpferin den Nagel auf den Kopf. Man gestatte mir noch ein paar Worte zum Thema.

Schon seit Jahren verblaßt das Kennzeichen des „Männischen" innerhalb der Frauenbewegung mehr und mehr, und zwar seit der Zeit, da diese größte aller neuzeitlichen Bewegungen nicht mehr unter dem Kennwort „Frauenfrage", da das Ringen der Frau um wirkliches Frauenrecht nicht mehr als bloße „Frauenrechtlerei" abgestempelt zu werden pflegt. Es ist auffallend, wie gerade in der Führerschaft der gemäßigten Frauenbewegung der Zug der Weiblichkeit klar und klarer hervortritt. Und zwar nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, — „es gibt schon eine Gerechtigkeit auf Erden, daß die Gesichter wie die Menschen werden". Wo wäre in der Tat unter den ernst zu nehmenden gebildeten Frauen noch eine, die nicht wüßte, daß das große Ziel gemäßigter Frauenbewegung keineswegs absolute Gleichberechtigung der Geschlechter ist, sondern vielmehr Freiheit, d. i. „unbedingte Möglichkeit" zur menschlich vollkommenen Verwirklichung des einheitlich insgesamten Frauenideals wie der harmonischen Ausprägung jeweilig individueller weiblicher Veranlagung und Persönlichkeit? Wo wäre da noch eine, die nicht, immer wieder erschauernd ob der Verantwortlichkeit, zu tiefst im Herzen fühlte, daß die — an leibliche Mutterschaft nicht gebundene — Mütterlichkeit aller Fraulichkeit Krone bildet? Und wo wäre innerhalb der gemäßigten Frauenbewegung eine Organisation, von der aus diese Erkenntnisse nicht schon, vertieft und vertiefend, in breite Kreise hätten dringen können?

Jedenfalls hat es die christgläubige und die christkatholische Frauenbewegung nie anders gewollt. Ihr galt die von Dr. Stölle sehr richtig beleuchtete Gefährlichkeit einer durchgängigen Koedukation stets als Tatsache. Ihr wird auch das möglichst nahe Zusammengehen der Geschlechter auf allen Wegen wahrer Kultur immer als innig zu Erstrebendes vorschweben. Möglich, daß auch sie unter dem einen oder anderen Gesichtspunkte gelegentlich wird abgezweigte eigene Entwicklungswege beschreiten müssen, immer aber werden diese sich als Parallelwege erweisen lassen, und niemals wird sie sich abtrennen wollen von den Gemeinsamkeits-Richtwegen auf das große Gesamtziel der Gottvereinigung hin. Darum wird sich auch für sie nie ein vollständiger „Bruch mit der ganzen Vergangenheit" ereignen können. Denn die Grundprinzipien des Christentums, unserer hl. Kirche, sind ewig, und wahrer Fortschritt hat sich noch immer auf einem Dauergut der Vergangenheit mitaufgebaut. Wohl eröffnet sich auch ihr „eine neue Zeit", eine neue Zukunft insofern, als die jetzt der Frau allgemein zuerkannte Freiheit zur zusammengeschlossenen und persönlichen Vollbetätigung im Staatsleben eine Aera der Erfüllung einleitet, die sie bisher kaum in den kühnsten Träumen zu hoffen wagte. Eine Erfüllung, die, wie ich schon neulich hier betonte (Nr. 49), eine ungeheuere Verantwortung umschließt. Eine Verantwortung, die auch die Tapfersten unter uns zagen lassen würde, wenn wir nicht Christi Ermutigungs- und Erlösungswort hätten vom unerschütterlichen Gottesglauben, der Berge versetzt.

Aus der Denkmalpflege.

Die Regelmäßigkeit, mit der die Denkmalpflegetagungen seit 1900 alljährlich stattfanden, hat erst in den Zeiten des Krieges wenige Unterbrechungen erfahren. So mußte leider auch die für 1918 geplante Tagung, die in Köln abgehalten werden sollte, unterbleiben. Wann und wo man sie wird nachholen können, ist einstweilen ungewiß. Es ist zu bedauern, daß wir somit im abgelaufenen Jahre über die Bestrebungen der Denkmalpflege keine Aufschlüsse erhielten. Anderseits ist kein dauernder Verlust dabei, weil sich die Vorträge und Besprechungen bei jenen Versammlungen fast durchweg um Fragen allgemeiner, grundsätzlich wichtiger Art bewegen, die aktuell interessanten, praktischen Einzelfälle dagegen seltener zur Sprache kommen. Theoretische und praktische Denkmalpflege ergänzen einander. Erstere liefert die Leitgedanken für die Arbeiten der letzteren, und umgekehrt gibt die Praxis des Einzelfalles die Möglichkeit, Erfahrungen allgemeiner Art zu sammeln. Bei ihr gilt es namentlich, Reste der künstlerischen Kultur unserer Vorzeit vor dem Verfalle zu bewahren, in der Absicht, die Wurzeln zu schützen, aus denen Leben und Gesittung unserer Gegenwart und Zukunft Kraft ziehen können.

Bei weitem die meisten Arbeiten der Denkmalpflege fielen in das Gebiet der Baukunst. Zweierlei darf hier anerkannt werden: erstens daß die bedeutendsten neuesten Arbeiten der Erhaltung und Herstellung geschichtlich und kunstgeschichtlich wichtigen Denkmäler in Bayern ausgeführt worden sind; zweitens, daß der Denkmälerschutz hier wie in anderen Gebieten des Reiches überwiegend kirchlichen Denkmälern zugutkam — womit freilich nichts Außerordentliches geschah, weil ja doch die weitaus größte Menge aller erhalten gebliebenen Denkmäler der kirchlichen Kunst angehört. Vergleicht man mit dem Eifer, den die deutsche Denkmalpflege den Resten kirchlicher Kunst entgegenbringt, etwa das Verhalten der Franzosen ihnen gegenüber, so wird ein Gegensatz der Weltanschauungen offenbar, der unserer Zukunft günstigere Aussichten eröffnet.

Zu den erheblichsten Arbeiten für Erhaltung kirchlicher Denkmäler gehört der (den Bemühungen Gabriels von Seidl zu verdankende) Umbau der Münchener Augustinerkirche, die seit der Säkularisation 1803 zur Mauthalle geworden war. Theodor von Fischer hat den Umbau für die Zwecke der Polizeiverwaltung aufs glücklichste durchgeführt und zugleich dafür gesorgt, daß die alte Kirche gegebenen Falles ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zugeführt werden kann. Kleinere Arbeiten, die gleichfalls außerordentliche Ansprüche an den Takt und die Erfahrungen der Baukünstler erhoben, galten Herstellungen an und in den unterfränkischen Kirchen zu Heidingsfeld (frühgotisch) und zu Randersacker (barock), sowie an der schönen, um 1430 durch den Nürnberger Hans Beham erbauten Turmpyramide des Klosters Heilsbronn. Eine vorbildliche Ruhmestat deutscher Denkmalpflege ist die Vollendung der Herstellungsarbeiten an der westlichen Hälfte der Nürnberger St. Lorenzkirche. In vierzehnjähriger Arbeit (1903—1917) und mit einem Aufwande von fast 1½ Millionen Mark ist es gelungen, die bedrohte Standfestigkeit des Langhauses und der Türme unter größten Schwierigkeiten neu zu sichern. Die Meister des Werkes sind die Professoren Otto Schulz und Jos. Schmitz, letzterer als Oberleiter. Außerhalb Bayerns erfolgten bemerkenswerte Herstellungen u. a. an der wegen ihrer mittelalterlichen Malereien wichtigen St. Johanneskirche zu Gnesen und der als Holzbau merkwürdigen katholischen Kirche zu Polnisch-Krawarn (in Oberschlesien), ferner an dem reizenden spätgotischen Turmerker der Kirche zu Wertheim. An mehreren Orten konnten alte kirchliche Kunstwerke neu zu Ehren gebracht werden. So wurde ein in der St. Jürgenkapelle zu Lübeck entdecktes Triptychon, ein Meisterwerk der Zeit um 1500, wieder aufgestellt. Der Dom zu Bamberg erhielt wieder seine prachtvolle Kreuzigungsgruppe (eine Arbeit, die der Frankfurter Justus Gleßkher zwischen 1650 und 1675 ausgeführt hat). Das unter Ludwig I. beseitigte Werk konnte vom bayerischen Staate 1912 auf der Kunstauktion bei Helbing in München wieder erworben werden.

Auch einiger Arbeiten zum Schutze und zur Herstellung profaner Denkmäler sei gedacht. So der Einrichtung des Schlosses Neuburg (bei Passau) zu einem Erholungsheim für Künstler — ähnlich dem erwähnten Umbau der Augustinerkirche ein Beispiel dafür, wie man Denkmäler dadurch erhalten kann, daß man sie, ohne Beeinträchtigung ihrer alten Eigenart, einem neuzeitlichen Zwecke dienstbar macht. Wenigstens zum Teil gelang dies auch mit den Bruchstücken einer herrlichen Barockarchitektur, der Hofteile des vor dem völligen Abbruche glücklich geretteten Böttingerischen Hauses aus Bamberg. Aus den nach München übergeführten Resten wurde ein Haus erbaut, das jetzt den Münchener Luitpoldpark schmückt. Endlich sei rühmend der Verdienste gedacht, die sich der Bayerische Landesverein für Heimatschutz um den Wiederaufbau des 1914 abgebrannten Teiles des Dorfes Mittenwald erworben hat. Es ist ihm gelungen, eines der schönsten und charakteristischsten oberbayerischen Ortsbilder zu erhalten und durch seine Bemühungen wesentliche erziehliche Einflüsse auf die örtliche Handwerkerschaft auszuüben. Gerade Arbeiten dieser Art beweisen aufs kräftigste die Notwendigkeit, auch scheinbar Geringfügiges grundsätzlich künstlerischen Kräften zu übergeben, vor allem aber den öffentlichen Beratungsstellen jegliches Vertrauen entgegenzubringen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Johannes Mumbauer: Der Dichterinnen stiller Garten: Marie von Ebner-Eschenbach und Enrica von Handel-Mazzetti. Bilder aus ihrem Leben und ihrer Freundschaft. Mit zwei Bildnissen. Herdersche Verlagshandlung, Freiburg. Kl. 8° IV u. 90 S. Kart. 1.60 M. Ein sehr willkommenes Buch. Es umschließt: eine durchgeistigt stimmungsvolle Einführung; einen interessanten Ausschnitt aus der älteren Dichterin Jugendzeit; von der Hand der jüngeren eine ins Licht der Dankbarkeit und Ehrfurcht getauchte Darstellung der Geschichte und Wesenheit dieser einzigartigen Freundschaft zwischen zwei an Alter und Begabung so verschiedenen, im tiefsten Edelgrunde aber völlig zusammenstimmenden Frauen- und Künstlernaturen; eine Folge Briefe Marie von Ebner-Eschenbachs an Enrica von Handel-Mazzetti, die jene große, demütig bewundernde Liebe für diese ergreifend abspiegeln; endlich ein das Ganze würdig und schön abschließender, dichterisch zarter „Gruß" an die überlebende „Hüterin des Gartens". Der uns diesen erschloß, verdient unsern warmen Dank für die reizvoll eigenständige Uebermittlung tiefer Einblicke in hohen Persönlichkeitswert. E. M. Hamann.

Das kirchliche Zinsverbot und seine Bedeutung. Eine moralkritische Studie von Dr. Joseph Landner, Lyzealprofessor und Hauskaplan in Graz. Graz und Wien 1918. „Styria." XII und 282 S. Ein mutiges Buch: Nicht nur, weil es dem „schamlosen Wucher" entgegentritt, sondern weil es sich auch gegen Autoritäten im katholischen Lager wendet, die eine Fruchtbarkeit des Geldes lehren und dennoch mit Erfolg die kapitalistische Ausbeutung glauben bekämpfen zu können. Dem (inzwischen leider verstorbenen, den Lesern der „A. R." aus seinen Aufsätzen über österreichische Fragen wohlbekannten) Verfasser ging die Erkenntnis auf, „daß der schamlose Wucher, wie er in der Kriegszeit in Erscheinung tritt, eine Hauptwurzel im Abfall von der alten aristotelisch-thomistischen Auffassung vom Gelde, wie sie der kirchlichen Lehre vom Wucher zugrunde liegt, habe." Bekanntlich verbot die Kirche jeden, auch den geringsten Zins, und zwar auf Grund ihrer Auffassung von der Unfruchtbarkeit des Geldes. Immer erfolgreicher erhob sich dagegen mit ausgehendem Mittelalter und angehender Neuzeit die Praxis des wirtschaftlichen Lebens, die denn auch bald theoretische Verteidiger zunächst aus dem Laienstande, nach und nach aber auch unter den Theologen fand. Der erste Hauptabschnitt des Buches bringt eine gedrängte Darstellung des kirchlichen Wucherkampfes in einer Art moraldogmatischen Fassung, teilweise im Rahmen einer kurzen historischen Uebersicht. Diese Uebersicht ist vorzüglich. Der Verfasser zeichnet in scharfen Umrissen das Bild der unentwegt in der ringsum sich türmenden Schlammflut der Erwerbsgier ihr Panner hochhaltenden Kirche und ihrer unerschrockenen Verteidiger. Der zweite Teil behandelt die kirchliche Wucherlehre kritisch. Er sucht die alte kirchliche Lehre von der Unfruchtbarkeit des Geldes aufs neue zu erhärten. Er muß daher zu einer völligen Ablehnung jeden Zinses auf Grund des reinen Leihvertrages kommen in Uebereinstimmung mit § 1543 des neuen Kodex des Kirchenrechtes (nihil lucri ratione contractus percipi potest). Um aber, wie ebenfalls der Kanon, ein gewisses Zinsennehmen zu rechtfertigen, stellt der Verfasser eine neue Theorie auf, die Geldentwertungstheorie. Darnach könnte rechtmäßig so viel „Zins" vom Kapital verlangt werden, als das Geld im Ablaufe der Leihfrist entwertet ist. Die Festsetzung dieses Zinssatzes vindiziert er dem Staate. Wir müssen diese Theorie ablehnen, da sie weder theoretisch noch praktisch haltbar ist. Sie krankt an einem Grundirrtum des Verfassers in der Wertlehre. Immerhin würde der dadurch mögliche Zins so minimal sein, daß auch bei seiner Annahme kapitalistische Wirtschaftsgebarung unmöglich wäre. Im dritten Teile zeigt der Verfasser, freilich nur großlinig, wie gerade die kirchliche Wucherlehre eine Reihe von Fingerzeigen zur Bekämpfung der übergroß gewordenen Geldherrschaft enthält. Möge sein Ruf weithin erschallen, den er am Schlusse erhebt: „Es gibt eine Pflicht für die Menschen zur Arbeit, die allgemein ist und keinem Menschen das Recht auf Nichtstun einräumt."

W. Moock.

Im Anfang schuf Gott! Erzählt für unsere Kleinen. **Selbstverlag von Johann Valerian Schubert, Würzburg.** Mit Bildern von **Maximilian Seibold. 4°. 23 Seiten.** Druck von K. Triltsch, **Dettelbach am Main. M 1.80. Den Kleinen muß das Heiligste und Höchste in kindlicher Form gegeben werden; nur dann kann es sich assimilieren und dringt in Herz und Gemüt der Kinder. Joh. Val. Schubert legt uns eine solche Einführung der Kleinen in die erste Erzählung der Biblischen Geschichte vor. Er läßt eine fromme Großmutter sprechen und ihrem kleinen Hänschen erzählen. Der märchenhafte Plauderton der Kinderstube ist vorzüglich getroffen. Die feierlichen Schöpfungsmomente gewinnen für die Kleinen eine Fülle von Farbe und Leben und erobern sich so einen Ehrenplatz im Reiche ihrer Phantasie und ihres Gemütes. Und ebenso geschieht es mit dem Paradies, mit seinem Glück und dessen Ende. Die Bilder mit den vielen kleinen lustigen Putten, wie sie zwischen Sternen, Blumen und Vögeln tanzen, sind der Poesie des Textes getreu, auch wenn vielleicht nicht feinfühlend genug anempfunden. Aber bei den Gestalten Erwachsener, von Adam und Eva, Kain und Abel usw. hat des Illustrators Kunst leider völlig versagt. Er hätte sich der Grenzen seines Könnens bewußt bleiben müssen. — Das Buch ist durchaus kein Schulbuch. Vielmehr kann es als Anleitung dienen, wie man den Kleinen vor den schulpflichtigen Jahren erzählen soll, und wird den Kindern der ersten Schuljahre noch sehr viel Freude bereiten. Erwähnt sei noch, daß das Buch der kirchlichen Behörde des Verfassers vorgelegen ist und zu keiner Beanstandung Anlaß gegeben hat. Dr. Mayer.**

Quickborn-Schriften im Quickborn-Jugendverlag, Heidhausen, Ruhr. 8° je 25 bis 50 ₰. — Die „unter dem Zeichen der Selbständigkeit und Selbstbetätigung" gegen den Alkoholismus gerichtete idealreale Jugendbewegung hat katholischerseits in der Zeitschrift „Quickborn" und im obengenannten Verlage starke Förderer gefunden. Dieser veröffentlichte unlängst vier gehaltvolle Broschüren, die wir unserer vorgeschritteneren Jugend, der männlichen wie der weiblichen, und deren Freunden warm empfehlen: **Ein neuer Lebensstil der heranreifenden Jugend,** von Gym.-Prof. Dr. **Hoffmann** (München); **Patronentasche des Abstinenten,** von **P. Elpidius; In Frieden wandern!** von Professor Hermann **Hoffmann; Beichte eines Kindes,** von Seraphine **Schaneng.**

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Die oft belobte, aber leider immer noch schwach besuchte Bühne hat es jetzt einmal mit einer Gesangsposse versucht. Sie ist am Silvesterabend mit derselben hervorgetreten; was an diesem einen durchschlagenden Erfolg erzielt haben soll, hat sich auch in der nüchterneren Stimmung späterer Abende bewährt. Bernhard Buchbinders Posse „Er und seine Schwester" mit Musik von Einödshöfer und Fidelis wurde früher am Gärtnerplatz gegeben. Es war in der „Glanzzeit" von Gisela Fischer und Fritz Werner, mag also immerhin so ein Dutzend Jährlein her sein. Jetzt spielt Marietta Olly das fesche Wiener Stubenmädel, das ihrer Herrin die Rolle ablernt und als Stellvertreterin der Diva einen Riesenerfolg einheimst. Wenn das Gesangliche auch mehr zurücktritt, so weiß diese Künstlerin durch ihre Grazie, ihr Temperament und ihren Humor doch so zu fesseln, ja über die Routine des Opperettenhandwerks hinauszuheben, daß man den starken Erfolg durchaus begreiflich findet, zumal sie in Dr. Schindler einen Partner besitzt, der durch liebenswürdige Komik nicht minder für den „Bruder" einzunehmen weiß. Kritische Anmerkungen zur Posse des Herrn Buchbinder können wir unterdrücken, zumal sicherlich dieser Ausflug in künstlerisch belanglose Heiterkeit das „Neue Theater" von seinen höheren Aufgaben nicht dauernd ablenken wird.

Verschiedenes aus aller Welt. In Leipzig versuchte man eine verspätete Uraufführung des „Totengräbers auf dem Feldberg" von Justinus Kerner (1786—1862), ein Schauerstücklein, dem wohl Poesie, aber kein dramatisches Leben innewohnt. — In Nürnberg kam St. Zweigs dramatisches Gedicht „Jeremias" zur reichsdeutschen Uraufführung. Das Stück hat die Tendenz, von dem von ehrgeizigen Machthabern in den Krieg geführten Volke Israel auf unsere Tage hinzuweisen. Man merkt die Absicht und man ist verstimmt. — Auf Veranlassung des Theaterkulturverbandes in Hannover wurde „Die Grenze", ein Schauspiel von J. d'Ouchy, gegeben, das inmitten russischer Revolutionswirren ein hohes Lied der Christenliebe mit echtem Empfinden, aber mit mangelnder dramatischer Kraft anstimmt. — „Phidias", ein Schauspiel von Fr. Lienhard, interessierte in Weimar. Die bekannte Anekdote, die den attischen Bildhauer wegen angeblichen Diebstahls an dem Goldkleid der Athene vor Gericht führt, sucht der Dichter mit den politischen Ereignissen zu verbinden, die Vorspiel des peloponnesischen Krieges waren. — „Die Provinzialin", ein liebenswürdiger, heiterer, gar nicht russisch gefärbter Einakter von Iwan Turgenjew, wurde in Leipzig gespielt. Die Behauptung, daß das Stück in Deutschland noch nicht gesehen worden sei, ist irrig. Die Niemann-Raabe, die Elmenreich haben die Titelrolle bereits vor 33 Jahren dargestellt. — Ein in Berlin uraufgeführtes Lustspiel: „Die tanzende Nymphe" von E. Welisch und R. Schanzer geißelt die Modesucht, Mädchen von leidlichem Wuchs als Tanzgrößen zu entdecken und mit dröhnender Reklame zu etwas Außergewöhnlichem zu stempeln. — „Mantje-Timpe-Te", eine Oper von O. Naumann, fußt auf dem nämlichen Märchenmotiv, wie Kloses „Ilsebill", nur neigen Text (von Otto Ernst) und Musik mehr nach der Seite anmutiger Liebenswürdigkeit. Die Aufnahme war in Dresden und Mainz sehr herzlich. — Wildenbruchs nachgelassenes Drama „Ermanerich der König" hatte in Dresden Erfolg. Schwungvolle Sprache, echte Empfindung werden dem Werke nachgerühmt. — In Wien hatte der „Schuster von Delft", eine komisch-phantastische Oper von Benito Bersa, Erfolg. Der in Ragusa geborene, in Wien ausgebildete Musiker zeigt nach Berichten eine glückliche Verschmelzung alter Liedformen mit einer modernen, die dramatischen Vorgänge illustrierenden Orchestersprache. Die Buchverfasser A. M. Willner und J. Wilhelm haben Andersens Märchenmotiv „Die Galoschen des Glücks" frei behandelt. — Gut aufgenommen wurde in Nürnberg Frz. Höfers Oper „Dornröschen". Die Musik beweist einen gesunden Sinn für Melodik und beherrscht die Errungenschaften neuzeitiger Instrumentierungskunst. Fehlt es dem Werke auch nicht an dramatischer Kraft, so fanden doch die intimeren Partien höhere Schätzung. Das Textbuch Möllers deutet den Sinn des Märchens als den Sieg des Christentums über das Heidentum um.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Wirtschaftskampf — Fehlender Wille zur Arbeit — Schweizer Kohlenversorgung durch Belgien — Die neuen Steuerpläne — Süddeutsche Regierungsforderungen an das Reich.

Aus den vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Müller, diesmal englischen Berichterstattern gegenüber gemachten neuerlichen Aeusserungen sind wiederum mit krasser Deutlichkeit die durch die Massnahmen der Entente verursachten **Wirtschaftsschwierigkeiten Deutschlands** ersichtlich. Dazu gesellen sich die vom genannten Staatssekretär bereits in der Vorwoche ausführlich dargelegten inneren Wirtschaftskämpfe, welche letzten Endes den Ausschluss Deutschlands aus der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt mit sich bringen werden, wenn nicht in letzter Stunde Abhilfe geschaffen werden kann.

Seit der vom Statistischen Reichsamt im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes bestätigten rückgängigen Arbeitstätigkeit hat sich — das Münchener Arbeitsamt hat hierüber eingehend berichtet — die im Dezember-Monat verschärfte Unruhe im Wirtschaftsleben vergrössert. Zu der infolge des Rohstoffmangels und der Verkehrsnot, hervorgerufen durch die unzureichende Kohlenversorgung, bedingten Arbeitslosenmehrung gesellt sich eine anhaltende Unlust in den Unternehmerkreisen. Allgemein ist die Klage über den fehlenden Willen zur Arbeit. Nach dem letzten Bericht des bayerischen Demobilmachungskommissars wurden in München am 28. Dezember etwa 11000 Arbeitslose unterstützt, daneben sind in der Landwirtschaft 3724 offene Stellen, für den Ausbau der Stickstoffwerke in Trostberg werden allein etwa 1000 Arbeiter gesucht, und fast alle Kohlenbergwerke klagen über Arbeitermangel. In einem offenen Brief richten der genannte Kommissar und die Vertreter der Arbeiterräte an die bayerische Arbeiterschaft einen beweglichen Appell zur Erfüllung ihrer Arbeitspflicht. Darin heisst es: „Tausende von Arbeitern werden für den Ausbau unserer Wasserkraftwerke, für die Melioration unseres Bodens, für die Erweiterung und Verbesserung unseres Strassennetzes gebraucht! Tausende werden in der Landwirtschaft benötigt! Und in den Städten schwillt die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von Tag zu Tag, drängen sich Hunderte von Leuten an die Schalter der Arbeitsämter und fordern den Stempel zur Erlangung der Fürsorge, indem sie die beim Militär gelernten Ausreden des Nichtarbeitenkönnens vorschützen! Nicht etwa nur verheiratete Arbeiter, die bei ihren Familien bleiben wollen: bei diesen ist der Wunsch, die Stadt nicht verlassen zu müssen, noch begreiflich. Nein, auch junge, ledige Burschen, die abends auf dem Tanzboden recht wohl ihren Mann stellen, verweigern ihren Arm der Allgemeinheit und denken: „Die Arbeiten sind schon recht nützlich, nur sollen sie die ... anderen ausführen"." Auch diese Erscheinungen sind eine Errungenschaft der Revolution. Durch die weitere Erhöhung der Bergarbeiterlöhne sind folgenschwere Wirtschaftszerrüttungen entstanden, welche durch die neuerlichen Preisaufschläge in den Eisen-, Kohlen- und Briketterzeugnissen ziffernmässig zum Ausdruck kamen. Auch die von der Entente vollzogene hermetische Absperrung der gesamten Rheinlande gegen Deutschland bringt neben den politischen Schwierigkeiten auch Wirtschaftskrisen besonderer Art mit sich, wie dies in der gesamten Lage der deutschen Eisenindustrie am deutlichsten hervortritt. Begreiflicherweise blieben unter diesen Umständen die britischerseits vorgenommenen Milderungen der Blockade, z. B. die Wiederaufnahme der deutschen Kohlenausfuhr nach Dänemark und die Bildung des deutsch-schwedischen Wirtschaftsverbandes zwecks Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, ebenso einflusslos wie die neuerliche Besserung der deutschen Valuta im Auslande, beispielsweise in der Schweiz dies um so weniger, als gerade die seither von Deutschland bewirkte Kohlenversorgung der Schweiz infolge der politischen und sozialen Unsicherheiten bei uns nunmehr von der belgischen Industrie in die Hand Hand genommen wird. Wieder eine durch die deutsche Revolution und deren Krisenbegleiterscheinungen verursachte Wirtschaftsschwächung. — Das Geschäft an unseren Effektenmärkten bleibt naturgemäss zurückhaltend bei immerhin freundlicher Tendenz, welche auf die zum Jahresbeginn übliche verstärkte Nachfrage nach unseren Renten, hier wiederum Pfandbriefen und nicht zuletzt Kriegsanleihen, gerade auf diesen Gebieten namhaft gebesserte Kurserhöhungen erzielt hat.

Mit begreiflichem allseitigen Interesse vernahm man die Einzelheiten der „zum Sylvesterabend" dem deutschen Volk seitens der neuen Reichsleitung „bescherten" **neuen Steuerpläne.** Eine besonders wichtige Rolle — nicht bloss als Entlastung der schwächeren Schultern, sondern auch als Massnahme der Gerechtigkeit — spielt hierbei die Erfassung der Kriegsgewinne in Form einer ausserordentlichen Kriegsabgabe auch für das Rechnungsjahr 1919, welche neben einer allgemeinen Vermögenszuwachsabgabe jedwede während der gesamten Kriegsdauer entstandene Vermögensvermehrung — von kleineren Beträgen naturgemäss abgesehen — erfassen soll. Neben diesen Punkten interessierte von den Schiffer'schen Vorschlägen die Kapitalertrags- und die Betriebsertragssteuer, sowie die weit schärfere Erfassung der Erbschaften. Irgendwelche störende Einwirkung auf Börsen- und Finanzkreise erbrachten diese, gewaltige Milliardenziffern bedeutenden Steuervorschläge nicht. Man sieht hierin keine sonderlichen Ueberraschungen. Das Bedürfnis nach Ruhe und Wiederherstellung der inneren Ordnung nimmt viel zu sehr die Gedanken dieser Kreise in Anspruch. Man begrüsste deshalb die in den Stuttgarter Aussprachen der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen einmütig beschlossenen süddeutschen Forderungen an das Reich. Das hierbei u. a. gestellte Verlangen einer baldigen Wiederherstellung der Ordnung im Kohlengebiet, das gemeinsame Vorgehen in punkto Lebensmittelbezug aus dem Auslande und nicht zuletzt schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich sind grundlegende Momente, welche ungeteilten Anklang bei allen ernst zu nehmenden Wirtschaftskreisen finden!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

In die besetzten Gebiete

kann, wie alle anderen Blätter, auch die „Allgem. Rundschau" zurzeit leider nicht geliefert werden, sowohl auf dem Postabonnementswege nicht, wie unter Streifband. Soweit wir die nach Tausenden zählenden verehrl. Bezieher auf diesem Wege ev. erreichen können, bitten wir um umgehende freundliche Benachrichtigung, ob wir die bis zur Freigabe der Beförderung erscheinenden Hefte aufheben dürfen. — Neubestellungen auf die „Allgem. Rundschau" für das erste Vierteljahr Januar—März werden noch jederzeit bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag in München entgegengenommen.

Eine Akademiker-Gedächtniskirche beabsichtigt der Akademische Bonifatiusverein in einer Universitätsstadt der Diaspora — es kommen in Betracht: Berlin, Leipzig, Göttingen — zu errichten. Sie soll dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen Akademiker geweiht sein. Die Namen der Gefallenen werden in einem besonderen Ehrenbuch der Kirche aufgeführt. Alle Katholiken, insbesondere diejenigen, welche einen Akademiker dem Vaterlande geopfert haben, werden gebeten, für diese Kirche ein Scherflein zu spenden. Beträgt das Almosen wenigstens M 500, so wird der Name derjenigen, deren Andenken durch das Almosen geehrt werden soll, in die Urkunde der Gründer der Kirche eingetragen. Alle Gaben sind zu senden an das Generalsekretariat des Akademischen Bonifatiusvereins in Paderborn, Giersstr. 29 (Postscheckkonto Köln 37 950). Es sei bei dieser Gelegenheit auch noch auf die bezügliche Anzeige „Pro patria mortuis" in den letzten drei Nummern der „Allgemeinen Rundschau" hingewiesen.

Besitz von
Heeresgut aus unlauteren Quellen
wird bestraft mit
Gefängnis
bis zu 5 Jahren und 100 000 Mk. Geldstrafe.
Darum:
Liefert ab!
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, seine Dienerin

Ihre Excellenz

Frau Regina Chariklia Freifrau von Würtzburg

geb. Philon, Kgl. Palastdame

heute früh in die wahre Heimat abzurufen, nachdem sie kurz zuvor die Tröstungen ihrer heiligen Kirche empfangen durfte.

„Ich bin die Auferstehung und das Leben; wer an mich glaubt, wird leben auch wenn er stirbt."
„Selig sind die Trauernden, denn sie werden getröstet werden."

Betet für ihre Seele!

Hohenaschau, 4. Januar 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Ludwig Freiherr von Würtzburg,
Annie Freifrau von Cramer-Klett, geb. Freiin von Würtzburg,
Theodor Freiherr von Cramer-Klett,
Elisabeth von Cramer-Klett,
Ludwig Benedikt von Cramer-Klett,
Regina von Cramer-Klett,
Anne-Maria von Cramer-Klett.

Todes-Anzeige.

In Gottes hl. Willen war es gelegen, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treubesorgten Vater

Herrn Theodor Hildenbrand

Kgl. Studienrat und Rektor der Realschule

nach einem Leben voll treuester Pflichterfüllung, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute früh 8 Uhr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Memmingen, den 31. Dezember 1918.

Um stilles Beileid bittet

die tieftrauernde Gattin:

Frau Anna Hildenbrand

mit ihren Töchtern:

Hedwig Hildenbrand, Lehrerin
Berta Hildenbrand
Adelheid Ebel, geb. Hildenbrand
Mathilde Hildenbrand.

Die Beerdigung fand am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, der Trauergottesdienst Freitag früh $7^1/_4$ Uhr statt.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 3

18. Januar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich Mk. 3,50
Einzelnummer 30 Pfg.

Ein guter Gedanke

ist Goldes wert. Aber nicht jeder hat gute Gedanken, und woher kommt das? Die meisten Menschen glauben, dass die guten Gedanken ohne irgendwelches Zutun des Betreffenden durch den reinen Zufall kommen. Das ist nicht richtig. Wenn das beste Samenkorn auf harten, glatten Felsen fällt, so muss es elendiglich v rkümmern und sterben. Fällt es dagegen auf wohlgedüngten, gelockerten und gepflegten Boden, so wird es leicht Wurzel fassen und gedeihen und tausendfältige Früchte tragen.

So ist es auch auf geistigem Gebiete. Nur wer seinen Geist tüchtig geschult und alle seine Fähigkeiten systematisch ausgebildet hat, der wird das Samenkorn eines guten Gedankens sofort erkennen, es aufnehmen und durch sorgfältige Pflege des weiteren Nachdenkens, Vergleichens und Versuchens zur vollen Entwicklung bringen. Ein guter Gedanke kommt ja zuerst gewöhnlich nicht gleich in klarer, ausgesprochener, vollendeter Form sondern mehr als ein Schimmer, der uns ahnen lässt, dass wir einem Licht entgegengehen. Nur dadurch, dass wir den ersten Schimmer beach en und seine Richtung genau verfolgen, wird es heller und heller, bis auf einmal das Licht selbst klar vor uns steht.

Wer also gute Ged nken haben und in der Welt vorwärts kommen will, der muss seinen Geist systematisch schu'en. Die hervorragendste und umfassendste Anleitung hierzu bietet Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, welche auf einer 25jährigen Erfahrung in der Anleitung von Menschen jeden Standes zum Erfolg aufgebaut ist.

Auszüge aus Zeugnissen: „Ihre Methode ist reinweg kostbar, doppelt kostbar, weil streng naturgemäss. Man lernt seinen Geistesapparat handhaben, wie man seine Schreibfeder handhabt. Dr. E. P." — „Niemals werde ich vergessen, durch Sie den Weg zur geistigen Höhe gefunden zu haben. G. W."

Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von

L. Poehlmann, Amalienstrasse 3, München C 130.

Willst Du Dich nicht auch Gesundbeten?

Eine Aufklärung über die „christliche Wissenschaft" und die „Scientisten". Von Dr. Max Heimbucher, o. Hochschulprof. in Bamberg, e. G. Rat. Gr. 8. (IV, 88 S.) Geh. u. beschnitten M. 2.—. Hochschulprofessor Dr. M. Heimbucher bietet seine vorzüglichen Ausführungen im Anschluß an die im gleichen Verlag erschienenen Schriften über „Methodisten, Adventist.n und Neu-Apostolische Gemeinde" und „Was ist von den Baptisten zu halten?" Der Krieg ist ein fruchtbarer Nährboden für das Sektenwesen, das sich überall mit aufdringlicher Geschäftigkeit breit macht, geworden. Mögen deshalb die Heimbucherschen Schriften in allen Kreisen des Volkes, bei hoch und nieder, bei Gesunden und Kranken, in Stadt und Land beste Aufnahme finden.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg.

Landwirte, Gewerbetreibende, Kaufleute!

Laßt Euch nicht Sand in die Augen streuen! Die **Roten aller Sorten** können und werden **niemals** Eure Interessen vertreten können; denn sie sind die Vertreter **einseitiger, Euch feindlicher Klassenherrschaft.** Haben Euch das nicht schon die letzten Wochen deutlich genug bewiesen?

Wollt Ihr **Herren im eigenen Hause** bleiben, wollt Ihr Eueren mühsam erworbenen Besitz **Euren Kindern** erhalten, wollt Ihr **Feldbestellung** und **Ernte** sichern und Euch und das Land vor der **Willkür** und **Fremdlingsherrschaft** schützen, dann laßt Euch nicht von den sozialistischen und bolschewistischen Agitatoren umgarnen; denn das alte Sprichwort gilt noch:

Nur die allerdümmsten Kälber
Wählen ihren Metzger selber.

Sorgt vielmehr mit uns, daß Ordnung und Sicherheit und **endlich der langersehnte Frieden** ihren Einzug ins Land halten; wählt die Kandidaten der Bayerischen Volkspartei!

Feldgraue, Obacht!

Gewissenlose Volksaufwiegler aus dem radikalen Lager arbeiten, hauptsächlich auf dem Lande, mit der Mär: „Wenn bei den Wahlen nicht die „Roten" siegen, würde der Aufruf zur Nationalverteidigung ergehen, müßten die Feldgrauen wieder hinaus ins Feld, hinaus in d.n Krieg!"

Feldgraue Kameraden! Laßt Euch doch nicht betören! Auch die **bürgerlichen Parteien** denken nicht daran, neues Blutvergießen heraufzubeschwören. Ihr, Feldgraue Kameraden, habt lange genug dem Tode ins Auge geschaut — nun seid Ihr daheim und **bleibt daheim!** Dafür tritt die **Bayerische Volkspartei** ein! Weist darum alle Verleumdungs- und Hetzversuche der gekennzeichneten Art zurück. Denn genau das Gegenteil trifft zu! Wenn Ihr, Wähler, nicht durch Eure Stimmungsabgabe dafür sorgt, daß die Fremdlingsherrschaft verschwindet die, unfähig, Ordnung und Sicherheit im Lande zu schaffen, von den Feinden als **Friedensverhandlungsunfähig** abgelehnt wird, dann ist Euer Schicksal ungewiß. Dann werdet Ihr bald den Feind mit all seinen Schrecken im Land haben! . . . Ihr sollt nach so langer schmerzlicher Trennung bei Euren Lieben bleiben, in Ruhe und Sicherheit Eurer Arbeit, Eurem Geschäft nachgehen können. Dafür, und daß **eiligst** der ersehnte **Frieden komme,** tritt die **Bayerische Volkspartei kraftvoll** ein. Darum, Feldgraue Kameraden, **helft uns, den Frieden herbeiführen,** indem Ihr zum Bayerischen Landtag und zur Deutschen Nationalversammlung die **Kandidaten der Bayerischen Volkspartei** wählt!

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Wähler, trifft es nicht zu? Habt Ihr Eure „Beglücker" nicht schon längst an ihren Früchten erkannt? Am Baum der Gewalttätigkeit kann nicht die Frucht der Ordnung, des Rechts gedeihen! Darum wißt Ihr, Wähler, welchen Weg Ihr gehen müßt, bessere Zustände im Lande zu schaffen. Wählt in den **Bayerischen Landtag** und die **Deutsche Nationalversammlung** Männer, die für die Sicherheit und das Recht eintreten. Wählt die Kandidaten der

Bayerischen Volkspartei!

Wichtige Neuerscheinung für die Wahlarbeit!

Soeben erscheint:

Sozialismus und Bayerische Volkspartei

Gesammelte Vorträge

herausgegeben von

Georg Lindenmayr, Domvikar in **Augsburg**

IV u. 114 Seiten in Oktavformat. Preis 1 Mark.

Druck von Haas & Grabherr. Verlag beim Sekretariat der Bayerischen Volkspartei für den Kreis Schwaben in Augsburg, mittl. Pfaffengässchen C 63, Fernruf 2851.

Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Bei Bestellungen nach Auswärts sind **für 1 Exemplar 20 Pfg., für 2 Exemplare 30 Pfg. Porto beizulegen.**

Pensionat der Schwestern v. a. Kinde Jesus in Düsseldorf

= Lyzeum und Oberlyzeum =

höheres Lehrerinnen-Seminar u. Frauenschule

Prospekte durch die Vorsteherin.

Esslöffel! Ia versilbert, Dutzend Mk. 22.50. Essgabeln vers M. 22.50, Kaffeelöffel vers Mk 15.—. Küchen-Esslöffel blank, schön Mk 12.— Sehr preiswert, daher ::: sofort bestellen. :::

Neuheit! Elektr. Neuheit!

Magnet-Taschenlampe

brennt ohne Batterie jahrelang, ohne einen Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt. 10000 schon verkauft. Unentbehrlich für Jedermann. Solange noch lieferbar Preis Mk. 20 franko Nachnahme.

Hareuba & Frackmann, Leipzig-Schleuss. 27
Brockhausstrasse 4 . :: Fernsprecher 40519 und 5700.

Die „A. R." das Anzeigenorgan des Buchhandels!



Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 8.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✻ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 3. München, 18. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Geistige Maschinengewehre.

Betrachtungen zur bayerischen Landtagswahl.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

In den Straßen Berlins haben die Bolschewisten und Spartakusleute die Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt, zu dem Zweck, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern oder wenigstens die freie Auswirkung des Volkswillens im Parlament unmöglich zu machen. In München sind im Hinblick auf das letztere Ziel die eisernen Maschinengewehre bisher noch nicht in Wirksamkeit getreten, aber Kurt Eisner hat sich dafür ein anderes Instrument konstruiert, ein „geistiges Maschinengewehr" (so taufte es Eisners Glaubens- und Stammesgenosse, der Finanzminister Dr. Jaffé): die Volksabstimmung. In einer Wahlversammlung in Ingolstadt erklärte der Selbstherrscher Bayerns: „Sie werden mich fragen, wenn ein schwarzer Landtag zusammenkäme, ob ich ihn dann mit Maschinengewehren auseinandertreiben lasse. Ja, ich habe mir ein Maschinengewehr konstruiert, das hat die Eigentümlichkeit, daß es kein Blut vergießt und nur die Lügner trifft. Dieses Maschinengewehr heißt Volksabstimmung. Wenn nun die schwarzen Abgeordneten z. B. die Monarchie einführen wollten, dann ruft die Regierung das Volk zur Abstimmung auf. Entscheidet das Volk gegen die Abgeordneten, dann muß der Landtag nach Hause. Das ist die wahre Herrschaft des Volkes."

Wenn aber das Volk für die Abgeordneten entscheidet, was dann? Das soll und darf es nach Eisner einfach nicht geben, denn schon im provisorischen Nationalrat hat er bekanntlich kategorisch erklärt, daß es in diesem Staate keine Möglichkeit bürgerlicher Politik mehr geben werde, nur noch Sozialismus. Und zur Sicherstellung dieser rein sozialistischen Politik haben die gegenwärtigen Gewalthaber am 4. Januar, also 8 Tage vor den Wahlen zum konstituierenden Landtag, ein „Staatsgrundgesetz des Volksstaates Bayern" veröffentlicht und sofort in Kraft gesetzt, das sich zwar als „vorläufig" bezeichnet, aber „die unerläßlichen Grundsätze der künftigen Verfassung festlegt". In dieser (endgültigen) Verfassung „sollen die Grundsätze der sozialistischen Republik zur Darstellung gelangen". Um in dieser Hinsicht einen Zwang auf den Landtag auszuüben, wird bestimmt, daß bis zur endgültigen Erledigung des dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorzulegenden Verfassungsentwurfes die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausübt, also nach Belieben schalten und walten kann. Diese revolutionäre Regierung (das Gesamtministerium) soll nach der „vorläufigen Verfassung" auch später die alleinige oberste vollziehende Gewalt bleiben (kein Präsident!) und allein das Recht haben, Beschlüsse des Landtags der Volksabstimmung zu unterbreiten, es allein soll bestimmen, ob und in welchen Fällen ein Landtagsbeschluß durch das Referendum bestätigt oder korrigiert werden soll, und nur im Falle, daß das Referendum gegen das Ministerium entscheidet, hat es zurückzutreten; entscheidet das Referendum gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Nicht etwa sollen auch der Landtag oder Gruppen von Abgeordneten oder Wählern die Volksabstimmung fordern dürfen, wie es überall Rechtens ist, wo das Referendum besteht. Ebensowenig soll der Landtag durch seine Abstimmung das Ministerium zum Rücktritt zwingen können, womit das Prinzip des Parlamentarismus einfach über den Haufen geworfen wäre.

Mit diesem „Staatsgrundgesetz" wollte das Ministerium Eisner den verzweifelten Versuch machen, seine Alleinherrschaft festzulegen, den künftigen Landtag zu einem willenlosen Werkzeug der revolutionären Gewalthaber zu degradieren und die Gesamtheit des Volkes unter das sozialistische Regiment zu zwingen — ein Hohn auf den in der Einleitung proklamierten Satz: „Daß dieses Volk in seiner Gesamtheit frei über die Bedingungen und Formen seines Lebens entscheidet, ist das unantastbare ewige Grundgesetz der bayerischen Republik." Das ist also die Antwort Eisners auf die wiederholt an ihn gestellte Frage, was er tun würde, wenn die Wahlen keinen gefügigen Landtag ergeben würden — dieser soll davongejagt werden durch das „geistige Maschinengewehr", und der Finanzminister Jaffé, der sich in diesen Wochen vom bürgerlichen Hochschullehrer bis zum unabhängigen Sozialisten durchgemausert hat, richtete in Wahlversammlungen in Ingolstadt und München an die bayerischen Wähler die nicht mißverständliche Warnung, sie möchten am 12. Januar gleich „richtig" und „vernünftig" wählen, dann brauchte Eisners geistiges Maschinengewehr gar nicht angewandt zu werden.

Nun, die Wählerschaft hat diesen Wink sehr wohl verstanden, wie denn überhaupt der wahltaktisch so eminent kluge Streich des Erlasses eines sozialistischen Staatsgrundgesetzes sicher manchem die Augen geöffnet hat. Der einmütige Protest der ganzen bürgerlichen Phalanx gegen den roten Vergewaltigungsversuch, der sich sofort in Worten erhob[1]), hat sich am 12. Januar auch in die Tat umgesetzt. Das bayerische Volk hat gesprochen. Nach dem bei Beginn des Drucks vorliegenden einstweiligen Wahlergebnis entfallen im rechtsrheinischen Bayern (die Pfalz wählt erst am 2. Febr. ihre 24 Abgeordneten) auf: Bayerische Volkspartei 55 Abgeordnete (754477 Stimmen), Sozialdemokraten 50 (696433), Deutsche Volkspartei 22 (312182), Bayerischer Bauernbund 18 (250238), Nationalliberale und Mittelpartei 7 (86153), Unabhängige Sozialdemokraten 4 (67593). Also 102 bürgerliche gegen 54 sozialdemokratische Mandate. Die Bayerische Volkspartei bleibt die stärkste Partei.

Das „geistige Maschinengewehr" hat bereits gesprochen, das erste Referendum ist in der Tat vor sich gegangen. Es ist zu einem Volksgericht geworden. Es lautet vernichtend für Eisner, Jaffé und ihre unabhängigen Genossen, vernichtend für ihr „Staatsgrundgesetz". Das bayerische Volk, ebenso wie gleichzeitig das württembergische (vgl. unten S. 28) und vor acht Tagen das badische (siehe „A. R." Nr. 2 S. 16)[2]), lehnt in seiner überwältigenden Mehrheit die einseitige sozialistische Staatsordnung und die ausschließliche proletarische Klassenherrschaft ab; es will keinen rein sozialistischen, sondern einen demokratischen Volksstaat, in welchen alle Klassen und Stände zu ihrem

[1]) Infolge dieses Widerspruchs ist die revolutionäre Regierung bereits zurückgebuft und hat durch ihre offiziöse Korrespondenz ankündigen lassen, daß sie „ihr Verfassungswerk auf die Volksabstimmung sowohl in der Form des Volksantrages wie der Volksbestätigung zu gründen" sich entschlossen habe. Gleichzeitig wird aber eine neue Knebelung der Freiheit der Abstimmung in Aussicht gestellt durch den Satz: „In den freien Volksräten (gemeint sind jedenfalls die A.- und S.-Räte), die in den Verfassungsentwurf eingegliedert sind, wird sich die Vorbereitung der Volksabstimmung vollziehen."

[2]) Die dort mitgeteilten vorläufigen Ziffern haben inzwischen eine kleine Verschiebung nach links erfahren, indem das endgültige Wahlergebnis den Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei je einen Sitz mehr zuwies auf Kosten des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei. Demnach setzt sich jetzt die badische Nationalversammlung zusammen aus 40 Mitgliedern der Zentrumspartei, 36 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, 25 Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei und 6 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei.

Recht und zur Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse kommen. Wenn die Revolutionsregierung es wirklich ehrlich mit ihren demokratischen Prinzipien meint, darf sie sich dem Spruch dieses Volksgerichtes nicht entziehen. Sie muß ihm auch Folge geben, weil das Gesamtwohl die Zusammenarbeit aller lebendigen Volkskräfte fordert. Vergleicht man die Programme der bürgerlichen Parteien, namentlich in Hinsicht auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, so findet man ein weitgehendes Verständnis für die Bedürfnisse und Forderungen der neuen Zeit, ein Hinstreben nach einem Ziel, das auch die Sozialdemokratie durch ihre Methode zu erreichen glaubt, nämlich eine gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit, eine gleichmäßigere Beteiligung aller Klassen am Genuß der irdischen Güter und dadurch möglichste Ausgleichung der sozialen Gegensätze. Dieses Problem, das in der Praxis auf die Herstellung der richtigen Relation zwischen Kapital und Arbeit hinausläuft, wird allerdings jetzt von allen Parteien herzhaft angepackt werden müssen. Die Lösung liegt in der Wiedereinsetzung der Arbeit — der geistigen wie der körperlichen — des Menschen, des eigentlichen Produktionsfaktors, in die ihr gebührende vorherrschende Stellung und in der Zurückführung des Kapitals auf seinen mehr sekundären Rang als materielles Produktionselement. Diese Regulierung wird aber nicht durch eine mechanische Sozialisierung sich erreichen lassen, sondern nur durch eine vom einträchtigen Willen aller getragene Verwirklichung des Solidaritätsgedankens.

Die nächste Folge der Wahlen wird die Beseitigung des durch die Revolution herbeigeführten recht- und gesetzlosen Zustandes und die Herstellung einer neuen, Autorität und Ordnung gewährleistenden Staatsverfassung sein. Der neue Landtag wird in Ausübung des ihm kraft Volkswillens zustehenden vollen und alleinigen Gesetzgebungsrechtes ein dem Willen und dem Wohl des Gesamtvolkes entsprechendes Staatsgrundgesetz beschließen, eine Verfassung, die es Bayern ermöglicht, sich wieder emporzuarbeiten aus dem Abgrund, in den es durch den verlorenen Krieg, die Revolution und die „Massenepidemie des Wahnsinns dunkler Elemente", die „auch hier zum Brudermord treiben" (Eingeständnis Eisners), gestürzt worden ist. Das „geistige Maschinengewehr" der Arbeit, der unverdrossenen Arbeit aller zum Wohle des Ganzen soll jetzt in Tätigkeit treten.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Woche des Bürgerkriegs.

Die Schilderhebung des Bolschewismus in Deutschland hat die ganze Berichtswoche in Anspruch genommen. Zuerst schienen die Umstürzler mit ihrem fanatischen Wagemut das Uebergewicht zu erlangen über die bedächtige und langsame Regierung. Doch gegen Ende der Woche raffte sich die Regierung zu der Erkenntnis auf, daß einige wohlgezielte Kanonenschüsse besser wirken, als alle Aufrufe und Verhandlungen.

In Berlin nahm der Machtkampf in sehr bedenklicher Weise den Charakter eines Stellungskrieges an. Die Aufrührer hatten durch Ueberrumpelung verschiedene wichtige Positionen besetzt; einige, wie das Proviantamt und die Reichsdruckerei, wurden ihnen noch glücklich wieder abgejagt; in den anderen aber verschanzten sie sich nach allen Regeln der Kunst, namentlich in den vier größten Zeitungshäusern, im Wolffschen Telegraphenbureau und im Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Die Regierung begnügte sich tagelang mit der Sicherung der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße und schien mehr vom Verhandeln, als vom Handeln ihr Heil zu erwarten. In der Nacht zum Samstag wurde den Truppenführern endlich freie Hand gegeben. Und siehe da, alsbald zeigte sich, daß die Konzentration einer ganzen Armee gar nicht notwendig gewesen, daß vielmehr ein paar Minenwerfer und ein paar Kompagnien mit Handgranaten die eine Räuberhöhle nach der andern zu säubern vermochten. Hätte man von diesen Machtmitteln schon am Montage Gebrauch gemacht, so wäre viel Blutvergießen in Berlin und für das ganze Vaterland viel Schaden und Schande erspart worden. Wenn die Wiederherstellung der Ordnung folgerichtig weitergeht, so sind noch nicht alle Aussichten verdorben für die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 17. Januar und für die Volkswahlen am 19. Januar.

Den Zusammenhang der Tumulte mit diesen wichtigen Angelegenheiten muß man im Auge behalten. Es handelte sich um einen bitterernsten Waffengang zwischen dem russischen Bolschewismus und der deutschen Demokratie. Dabei ist zu beachten:

1. Die Ausdehnung der Ruhestörungen, die sich nicht auf Berlin beschränkten, sondern gleichzeitig in anderen deutschen Hauptstädten und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Form von Ueberfällen auf Behörden, Erzwingung von Streiks usw. zutage traten;

2. der Ursprung der Unruhen, der durch die Anwesenheit von Radek, dem Häuptling der russischen Revolutionspropaganda, sowie durch die Ergreifung zahlreicher russischer Agenten klar gestellt ist;

3. der Zweck der Schilderhebung, der sich nicht auf den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann beschränkt, sondern auf die Vereitelung der Wahl und der Nationalversammlung selbst gerichtet ist. Daraus erklärt sich auch

4. die Beteiligung der Unabhängigen, die von Anfang an teils offen, teils hinterlistig die Volkswahlen bekämpft haben, weil sie nach den bisherigen Wahlproben davon das Ende ihrer Parteimacht befürchten. Der engere Spartakusbund hätte Tumulte von diesem Umfang und in solcher Hartnäckigkeit nicht durchführen können, wenn nicht die weitverzweigte Organisation der U. S. P. D. ihm zu Hilfe gekommen wäre. Die in Berlin abgefangenen Empörer besitzen durchweg das Mitgliedbuch der genannten Partei. Damit steht es auch im Einklang, daß die „unabhängigen" Führer sich während der ganzen Aufruhrwoche bemüht haben, durch heuchlerische Verhandlungen und durch Demonstrationen für eine offensichtlich unmögliche „Einigung" die Tatkraft der Regierung zu lähmen und die Empörer zu unterstützen.

Es war ein Glück, daß dieses listige Spiel durchkreuzt wurde durch die brutale Offenherzigkeit der Aufrührer, die in ihrem Fanatismus unentwegt festhielten an der Forderung, daß man ihnen die verbotenen Zeitungspaläste belassen müsse und daß die gegenwärtige Regierung zu verschwinden habe. Die Regierung wurde schließlich durch die eigene Notwehr auf Tod und Leben zum Durchgreifen gezwungen; sie hat damit nicht nur sich, sondern auch das Wahlrecht des Volkes, die Verhandlungsfähigkeit Deutschlands, die Hoffnung auf eine nationale Wiedergeburt gerettet.

Das Wort „gerettet" muß man freilich mit Vorsicht gebrauchen. Zwischen Lipp' und Kelchesrand schwebt der finstern Mächte Hand. Auf die Wendung zum Bessern kann noch wieder ein störender Rückschlag folgen durch boshafte Ueberraschungen oder schwächliche Anwandlungen.

Der sog. Bürgerkrieg ist im Grunde ein sozialdemokratischer Bruderkrieg. Die drei Gruppen der roten Partei wollten eine gemeinsame Klassenherrschaft in Deutschland begründen; aber der eine Teil gönnt dem andern die Macht nicht, und die zurückgesetzte Minderheit greift zur Gewalt gegen den besser gestellten Bruder. Dieses häßliche und verhängnisvolle Spiel würde sich wiederholen, wenn in die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit einzöge. Dann würde die Ebert-Scheidemannsche Partei nicht loskommen können von den „Unabhängigen" und von den Spartakiden; in Folge dessen bliebe Deutschland andauernd von dem russischen Bolschewismus bedroht, da die Spartakiden erklärtermaßen mit den russischen Weltrevolutionären zusammenarbeiten und die Unabhängigen durch die Empfangnahme von Geld und Waffen aus Rußland gebunden sind. Vor dem Versinken in den russischen Sumpf kann uns nichts anderes retten, als die Schaffung einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung. Zumal da es nicht allein die innere Ordnung, sondern auch die Unabhängigkeit vom Auslande zu verteidigen gilt. Neben dem russischen Bolschewismus von Osten droht uns die Okkupation von Westen her. Scham und Schrecken muß ja jedes deutsche Herz durchzittern, wenn man hört, daß z. B. in Düsseldorf die Hilfe der feindlichen Besatzung des anderen Rheinufers angerufen werden mußte zum Schutze gegen die eingeborenen Empörer.

Unsere Unterhändler hatten seinerzeit durchgesetzt, daß der Waffenstillstand über den 17. Januar verlängert werden könnte „unter Zustimmung der alliierten Regierungen". Die letzteren haben diese Zustimmung verweigert und fordern neue Verhandlungen, damit sie völlig freie Hand haben, um uns verschärfte Bedingungen aufzuerlegen und Zwangsmaßregeln zu verhängen, wie es ihnen angesichts der Entwicklung in Deutschland gefällt. Wenn nun auch die Niederlage der Berliner



Revolution einen Lichtblick bildet, so sind doch unsere Unterhändler am 17. Januar in einer peinlichen Lage. Dauern die Ruhestörungen im Ruhrbezirk fort, so droht uns die Besetzung dieses wichtigsten Industriegebiets durch die rach- und habsüchtigen Feinde. Zagen und klagen hilft freilich nicht, sondern nur die tüchtige Ausnützung des Wahlrechts, das ja vorläufig noch gerettet worden ist.

Umsturz, Aufbau und Wahlen in Württemberg.

Von Redakteur Grießer, Stuttgart.

Unter der Wirkung der Ereignisse im Reiche im Oktober v. Js. hatte das Ministerium Weizsäcker, wenn auch reichlich spät erkannt, daß sich in Württemberg eine reine Beamtenregierung nicht mehr länger aufrechterhalten lasse. Der Ministerpräsident entschloß sich daher, hauptsächlich getrieben von den Parteiführern und der Presse zu einer Reform im Sinne des Parlamentarismus. Der Plan, die seitherigen Minister im Amte zu lassen und neben sie Unterstaatssekretäre aus den politischen Parteien zu berufen, scheiterte besonders an der völlig richtigen Erwägung, daß dadurch nur das Gegenteil der unbedingt notwendigen Staatsvereinfachung erzielt würde. Aus den langen Verhandlungen mit den Parteiführern ging dann jenes Ministerium hervor, dessen Mitglieder am 9. November 1918 in der Frühe bekannt gegeben wurden. Es schieden aus: der Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Weizsäcker, der Kultminister Dr. v. Fleischhauer und der Justizminister Mandry. Als parlamentarische Minister traten ein: Liesching (Volkspartei) als Ministerpräsident, Dr. v. Kiene (Zentrum), Dr. v. Hieber (Nationalliberal) und Dr. Lindemann (Sozialdemokratie); auf ihren Posten blieben als anerkannte Fachmänner Finanzminister Dr. v Pistorius und der Minister des Innern Dr. v. Köhler, der Kriegsminister v. Marchtaler blieb ebenfalls. Angesichts des Widerstandes, den die Konservativen auch in Württemberg der Neuregelung entgegengesetzt hatten, sah man von der anfänglich geplanten Bildung eines Koalitionsministeriums ab. Die Mehrheitsparteien mit Einschluß der Sozialdemokratie begrüßten das Ministerium Liesching mit Befriedigung. Aber noch während der Vereidigung der neuen Minister beim König am 9. November 1918, vormittags 11 Uhr, trat unerwartet der revolutionäre Umschwung ein.

An diesem Tag waren morgens Kundgebungen der Mehrheitssozialisten in Stuttgart geplant, die ihre Stellung festigen sollten. Doch sie nahmen einen Verlauf, der die radikalen Elemente ohne weiteres zu Herren der Lage machte. Die einzige Kundgebung des Ministeriums Liesching war eine Proklamation an das Volk, in der die Entscheidung über die weitere freie politische Entwicklung Württembergs einem neuzuwählenden Landtag anheimgestellt wurde. Diese Kundgebung war aber wirkungslos, da inzwischen von den Demonstranten ein neues Ministerium auf republikanischer Grundlage gebildet worden war. Dieses bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten (3 radikalen und 3 der alten Richtung) Sehr bald zeigte sich dieses neue Gebilde — die gemäßigten Mitglieder Keil und Lindemann waren nur gegen ihren Willen auf die Ministerliste gesetzt worden — als arbeitsunfähig. Die öffentliche Ordnung drohte zusammenzubrechen. In einer Proklamation versprach daher das sozialistische Kabinett im Einverständnis mit dem inzwischen gebildeten Soldaten- und Arbeiterrat, daß für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte geeignete Fachleute „ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung“ herangezogen werden sollten. Es kam dann schon am 10. November zu Verhandlungen mit den führenden Politikern der bürgerlichen Mehrheitsparteien über deren Teilnahme an der Regierung, und nachdem vom König die Einwilligung zur Demission der am Tage zuvor neubestellten Minister eingetroffen war, bildete sich am 11. November vormittags die neue sog. provisorische Regierung, in der neben den Sozialdemokraten beider Richtungen: Bloß, Lindemann, Heymann und Crispien auch 3 Bürgerliche: Liesching (Volkspartei), Dr. v. Kiene (Zentrum) und Baumann (Nationalliberal) sitzen. Ein Personenwechsel ist seit dem Tage des Antritts dieser neuen Regierung nur auf dem Platz des Leiters des Kriegswesens erfolgt; an Stelle des früheren radikalen Inhabers dieses Amtes trat ein Mann gemäßigterer Richtung. Die provisorische Regierung stellte sich gleich von Anfang an auf den Standpunkt, daß sie die Staatsgeschäfte „nur vorübergehend bis zum Zusammentritt der konstituierenden Landesversammlung zu führen gedenke“. Tiefer greifende soziale Reformen will die Regierung „nicht ohne engeren Zusammenschluß mit den übrigen Regierungen“ durchführen. Erst die württembergische Landesversammlung soll im Lande die politische, soziale und finanzielle Neuordnung schaffen, die in den Forderungen der Zeit begründet sind. Auch der neue Kultminister (ein Israelit) erblickt, wie er im Staatsanzeiger kundgab, seine Aufgabe lediglich „in der geordneten Weiterführung der laufenden Geschäfte des Kultusministeriums“. Er beabsichtigt daher während der Dauer des Provisoriums „keine Neuerungen auf dem Gebiete des Schulwesens oder der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staate einzuführen“. Diese Erklärung des württembergischen Unterrichtsministers sticht günstig ab von den Kundgebungen und Taten seiner Kollegen in Preußen, Bayern und anderen Staaten. Wenn vorläufig in Württemberg die radikalisierenden Pläne der Sozialisten nicht so sehr in die Erscheinung treten, so dürfte das nicht in letzter Linie der Tätigkeit der bürgerlichen Mitglieder des Ministeriums zu danken sein. Diese provisorische Regierung hat am 23. Dezember 1918 dem Antrag des Bischofs von Rottenburg auf Zulassung von je einer Männerordensniederlassung in Weggental-Rottenburg (Franziskaner), auf dem Schönenberg bei Ellwangen (Redemptoristen) und in Weingarten (Franziskaner) die ausdrückliche Genehmigung einstimmig erteilt (vgl „Allgemeine Rundschau“ 1918 S. 591). Mit großer Befriedigung begrüßt das katholische Volk in Württemberg diese Weihnachtsgabe in dieser schweren Zeit. Trotzdem werden sich die Katholiken in ihrer Wachsamkeit und in ihrem wohlbegründeten Mißtrauen in die kulturpolitischen Ziele und Taten von Revolutionsmännern, zu denen auch der württembergische Kultminister gehört, nicht stören lassen. Dieses Mißtrauen wird gerechtfertigt durch die seit den letzten Wochen vom Kultminister Heymann unternommenen Wahlreisen in allen Teilen des Landes, der mit sanfter Stimme das „verdienstvolle Entgegenkommen“ der evangelischen Kirche [siehe unten in der Frage der Trennung von Kirche und Staat] lobt und die „Verranntheit“ der katholischen Kirche in ihre durch die Entwicklung der Zeit „überlebten Ideen“ tadelt. Sie lassen sich nicht blenden von klingenden Reden über Gewissensfreiheit und Bekenntnisfreiheit u. a. Sie schauen vielmehr auf die Tatsachen, und da haben sie allen Anlaß, sehr mißtrauisch zu sein in die kulturpolitischen Ziele und Taten der Revolutionsmänner.

Mit brennender Scham wird einmal in ruhigeren Zeiten jeder Württemberger lesen, wie in dem Augenblick wo „Württembergs geliebter Herr“, der 71jährige König Wilhelm II. die Mitglieder des Ministeriums Liesching am 9. November eben vereidigte, ein Haufe junger Leute beiderlei Geschlechts in sein Privathaus (das sog. Wilhelmspalais) eindrang und von ihm verlangte, er solle die rote Fahne an Stelle der Königsstandarte hissen. Noch am gleichen Tag begab sich der König, um vor weiteren Anrempelungen geschützt zu sein, auf sein Jagdschlößchen Bebenhausen. Von hier aus hat er am 16 November alle, die ihm in ihrem Diensteid Treue und Gehorsam geschworen haben, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbunden. Am 30. November brachte der „Staatsanzeiger“ die Erklärung des Thronverzichts des Königs, worin es u. a. heißt, daß „seine Person niemals ein Hindernis für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen sein soll“ und er deshalb „die Krone niederlege“. (In Zukunft trägt er den Namen eines Herzogs von Württemberg.) Die wahrhaft königlichen Worte dieser Urkunde greifen jedem treuen Württemberger ans Herz. Die provisorische Regierung stellte deshalb auch dem thronentsagenden König das Zeugnis aus, daß er „in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und seinem Volke getragen“ gewesen sei.

Die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung war erst auf den 26. Januar bestimmt, wurde dann aber nach dringenden Vorstellungen auf Sonntag, den 12. Januar, also gleichzeitig mit der bayerischen, eine Woche nach der badischen, angesetzt. Gewählt werden in einem Wahlgang und Wahlkreis 150 Abgeordnete. (Seither zählte die Zweite Kammer 92 Mitglieder, die Erste 50—54.) Wahlberechtigt sind alle deutschen Reichsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts, die am 12. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben. Es ist also nicht einmal die württembergische Staatsangehörigkeit zur Bedingung gemacht. Hier bildet das württembergische Wahlgesetz eine Ausnahme gegenüber denjenigen in allen anderen Einzelstaaten. (In Bayern erfolgte die Zulassung der Nichtbayern zur Landtagswahl durch Antrag auf Eintragung in die Wählerliste. D. Red.) Für die deutsche Nationalversammlung

ist Württemberg mit Hohenzollern zu einem Wahlkreis vereinigt; zusammen erhalten sie 17 Abgeordnetensitze. Für den Reichstag hatte Württemberg bisher allein 17 Abgeordnete und Hohenzollern 1 zu wählen. Durch die Zusammenlegung hat das neue Wahlgebiet einen Wahlsitz weniger bekommen. Das Zentrum hatte in Württemberg 4 Reichstagsmandate und in Hohenzollern 1 Mandat. Wenn es der verständigen und eifrigen Zusammenarbeit der Zentrumswähler in Württemberg und Hohenzollern gelingen würde, wieder 5 Mandate zu erlangen, so würden sie damit eine glänzende Leistung vollbringen.

Die württembergische Zentrumspartei trägt, wie die übrigen Parteien, in ihrem Programm den neuen veränderten Verhältnissen Rechnung. Doch haben die maßgebenden Führer und der Landesausschuß der Partei kein Bedürfnis oder einen Vorteil darin erblickt, daß das württembergische Zentrum eine neue Partei unter neuem Namen bilden sollte. Mit dem Namen „Württembergische Volkspartei“ hätte man in Württemberg nichts beginnen können, da eine solche Bezeichnung schon existiert und bei deren Uebernahme die größten Konfusionen hätten entstehen können. Aehnlich verhält es sich mit dem Untertitel: „Freie deutsche Volkspartei“. Das am 27. November erschienene Zentrumsprogramm hält fest an einer demokratischen Staatsform, es fordert nur eine Kammer und in Konsequenz die Abschaffung der Ersten Kammer. Auf religiösem Gebiet ist es gegen die Trennung von Kirche und Staat; beide sollen zusammenarbeiten. Es tritt auch für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule ein, d. h. für einen von der Religion durchtränkten Unterricht in der Schule, und fordert die Gewährung der rechtlichen Garantien für die Freiheit des Privatunterrichts.

Die Nationalliberale Partei bzw. der weitaus größere Teil derselben nahm nach dem Vorgange im Reich eine Verschmelzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei in die deutsche Demokratische Partei vor, wobei sie zweifellos von dem Gedanken ausging, daß sie bei den jetzigen Wahlen allein doch nicht gut abgeschnitten hätte. Der kleinere Teil der Nationalliberalen, die mehr rechtsstehenden Mitglieder, haben sich mit den seitherigen Konservativen und vielen bisher parteilosen Elementen zu der „Württembergischen Bürgerpartei“ zusammengetan. Diese neue Partei erhofft einen starken Zustrom aus den Bürgerkreisen. Doch ist eines sicher, daß die Bürger, die bisher im Zentrum ihre Vertretung gesucht und gefunden haben, nicht den geringsten Anlaß haben, auf den Köder der „Württembergischen Bürgerpartei“ hereinzufallen, nachdem die Konservative Partei, wie der Bauernbund infolge des Zusammenbruchs ihrer Kriegspolitik die Zugkraft verloren haben. Der Bauernbund wird als „Bauern- und Weingärtnerbund“ weiterexistieren; die seitherige Verbrüderung der Konservativen und des Bauernbundes in Württemberg hat also aufgehört. Daneben hat sich ein „unpolitischer“ Verband württembergischer Landwirte“ aufgetan. Ob er nicht doch politisch wirken wird, wird abzuwarten sein.

Eine der wichtigsten kulturellen Fragen, die auf dem Programm der nächsten Zeit stehen, ist die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Die evangelische Kirche, die infolge des Thronverzichts des Königs ohne Landesbischof ist, dessen seitheriges landesherrliches Kirchenregimentsrecht aber dem Gesetze gemäß auf die neugebildete Evangelische Kirchenregierung übergegangen ist, bereitet sich bei dem heutigen konträren Wind bereits auf eine solche Trennung vor. Der volksparteiliche Abg. Konrad Haußmann hat in einer Versammlung in Rottweil am 12. Dezember öffentlich kundgegeben, daß die evangelische Kirche „in Bälde eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung mit dem Staat beantragen werde“.

Das Zentrum tritt nach seinem Programm prinzipiell der Forderung der Trennung von Staat und Kirche entgegen und hält ein einträchtiges Zusammenwirken und Einvernehmen der beiden heute für notwendiger als je, da es den Aufgaben beider Teile am besten entspricht und im Interesse aller gelegen ist.

Die ernste Zeit hat für die Katholiken Württembergs noch ein sehr erfreuliches Ergebnis gezeitigt: die seit $1^1/_2$ Jahrzehnten in zwei getrennten Lagern — im mehr konservativen katholischen Schulverein und im mehr liberalen katholischen Lehrerverein — stehenden katholischen Volksschullehrer haben sich am 18. Dezember wieder geeinigt und die Erklärung abgegeben, daß sie gemeinsam auf dem Boden des Zentrumsprogramms die Interessen des katholischen Volkes vertreten wollen, also sich auch an das Schulprogramm der Partei (Erhaltung der konfessionellen Volksschule und Ablehnung der Einheitsschule) halten werden.

Demgegenüber bekennt sich der evangelische Volksschulverein zu einer Neuordnung des gesamten Schulwesens im Sinne der Einheitsschule, der Trennung von Kirche und Schule mit allen daraus sich ergebenden Forderungen. Nicht um kirchliche Machtansprüche handelt es sich, wenn die Katholiken die christliche Schule fordern, sondern um die innerste Herzensangelegenheit der Eltern. Simultan- und Einheitsschulen lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab. Der Dank des katholischen Volkes ist daher auch den katholischen Lehrern der württembergischen konfessionellen Volksschule sicher, die Generationen von Volksgenossen zu guten Christen und wackeren Staatsbürgern herangezogen haben.

Der Ausgang zweier Wahlen in Württemberg, die in der neuen Zeit bereits stattfanden, ließ einen erfreulichen Rückschluß auf die Stimmung in weiten Kreisen unseres Volkes zu. Die Landtagsersatzwahl in Ravensburg, Mitte November, zeigte, daß die roten Revolutionsbäume nicht in den Himmel wachsen. Die Sozialdemokratie hatte wohl den letzten Mann an die Wahlurne gebracht; es galt für sie zu zeigen, welche Macht angesichts der neuen Verhältnisse hinter ihr steht. Doch diese ist innerhalb 6 Jahren nur von 382 auf 825 Stimmen gewachsen, obwohl die Erweiterung der Kriegsindustrie in diesem Bezirk sicherlich der Sozialdemokratie zahlreiche Wähler zugeführt hat. Das Bürgertum ist eben seiner Ueberzeugung treu geblieben; es will auch unter der roten Fahne seine Grundsätze beibehalten. Das Zentrum erhielt von 3941 abgegebenen Stimmen 3090, im Jahr 1912 von 6312 abgegebenen Stimmen 5291, d. h. prozentual 1918: 78,5 % und 1912: 82 % aller abgegebenen Stimmen. Und bei der Gemeinderatswahl in der Mausergewehrstadt Oberndorf a. N. fiel kürzlich der sozialdemokratische Zettel glatt durch. Man hatte vor der Wahl von 6 freien Mandaten der Sozialdemokratie seitens der Bürgerlichen sogar noch 2 Sitze zugebilligt. Doch sie ging nicht darauf ein, weil sie glaubte, seit der Revolution Oberndorf ganz beherrschen zu können. Das Resultat der Wahl war: Zentrum und Volkspartei erhielten je 3 Mandate, die Sozialdemokraten gingen leer aus. Diese Wahlen waren ein gutes Omen für die Hauptwahlen am 12. Januar. Es erhielten nach dem vorläufigen Wahlergebnis: Zentrum 31 Sitze (273 192 Stimmen), Bauernbund 10 (75 756), Weingärtner und kleine Landwirte 4 (35 255), Bürgerpartei 11 (97 726), demokratische Partei 38 (328 555), sozialdemokratische Partei 52 (452 450), Unabh. Sozialdemokratie 4 (40 622); also 94 bürgerliche gegen 56 sozialdemokratische Sitze.

Der Kapitän.

Auf einer Insel einsam und verbannt,
Ein Kapitän blickt traurig übers Land
Hinaus zum Meer. Seit siebenhundert Jahren
Haben's die Ahnen glorreich schon befahren.

Dann schreitet er hinaus zum Inselrand,
Hält über's feuchte Aug' die welke Hand,
Schaut auf ein Schiff, an dessen hohem Steuer
Er selbst gespäht, gewacht in Sturm und Feuer.
Doch zitternd sinkt herab der müde Arm.
Und auf der Seele weher frisst der Harm:

Nicht dass sie über Nacht den Hilfelosen
Von seiner Heimat, von dem Schiff verstossen,
Die Runen, welche Wind und Wetter malten
Um Stirn und Mund, mit Felonie bezahlten,
Dass ihm das liebe blaue Meer verloren,
Für das er litt, für das er ward geboren,
Nicht das brennt auf dem Herzen heiss und wild;
Was ihn verzehrt, ist dort das Schreckensbild,
Sein Schiff!

Das stolze Schiff, vom Ahn erbaut,
Das Glanz und Lorbeer und Triumph geschaut,
In allen Fugen und in allen Planken
Hört's krachen er, sieht's totverwundet wanken.
Sein armes Schiff!
Der Hunger winkt an Bord,
In den Kajüten lauert Brudermord,
Mit Blut zu färben Flagg' und Wellen.
Wie lange noch? Dann wird es ganz zerschellen.

Drum steht der Kapitän vom Gram gebückt.
Aufs Königshaupt die Dornenkrone drückt.

Martin Mayr.



Die Sabotage der Industrie und ihre Folgen für die Arbeiter.

Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Martin Faßbender, M. d. R. u. d. Pr. A.

Nach dem allgemeinen nationalökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage hat man sich gewöhnt steigende Arbeitslöhne und Arbeitslosigkeit großer Menschenmassen als einander ausschließende Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu betrachten. Steigende Löhne hält man für den Ausdruck wirtschaftlichen Aufschwunges und damit zugleich sich mehrender Arbeitsgelegenheit und als weitere Folge auch der Ermöglichung höherer Bezahlung der Arbeit. Man sollte meinen, es seien das folgerichtige Zusammenhänge, da man doch annehmen darf, daß sich mehrende Arbeitsgelegenheit eine Verminderung des Angebotes von Arbeitskräften nach sich ziehen wird und umgekehrt: je weniger Leute zurzeit eines wirtschaftlichen Niederganges Arbeit finden können, desto mehr müssen die Löhne sinken. Das sind einander sich bedingende Tatsachen, die aber nur auf Grundlage der landläufigen Psychologie der Arbeitswilligkeit in die Erscheinung treten können. An die Stelle dieser landläufigen Psychologie ist jetzt jedoch eine **Revolutionspsychose** getreten, **welche die Dinge auf den Kopf stellt.** Wir sehen zu gleicher Zeit eine von Tag zu Tag in schreckenerregender Weise wachsende Arbeitslosigkeit und daneben Arbeitermangel in vielen Betrieben. Es müssen ungeheure Summen als Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden und daneben ins Ungemessene steigende Löhne in den Fabriken.

Diese Verhältnisse schildert in anschaulichster Weise eine Zeitung, der man wahrhaftig nicht Arbeiterfeindlichkeit nachsagen kann — das Berliner Wochenblatt „Die Welt am Montag". Hier wird die gegenwärtige Lohnbewegung als unmittelbar „zum Abgrund führend" bezeichnet und die Lage in folgender Weise gekennzeichnet:

Wir haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Schwerste Friedensbedingungen stehen uns bevor. Unsere Schuldenlast ist unermeßlich. Unsere Währung erschreckend entwertet. Unser Kredit tief gesunken. Unser Land ist so ausgepumpt, unsere finanziellen Verpflichtungen sind so riesenhaft, daß wir nur dann uns aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten können, wenn wir alle, Mann für Mann und Frau für Frau, die nächsten Jahre unsere ganze Kraft daransetzen, unsere Produktion zu steigern. Wir bedürfen einer riesenhaften Einfuhr, um unser unterernährtes Volk und unsere Produktion wieder auf die Beine zu bringen. Unsere Rohstofflager sind erschöpft, unsere Verkehrsmittel verbraucht. Wir haben eine riesenhafte Ausfuhr nötig, um die einzuführenden Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen zu können. Noch können wir nichts einführen und nichts ausführen. Die Kriegsindustrie ist zu Ende und die Friedensindustrie kann zum größten Teil noch nicht arbeiten. Jeder Tag vergrößert das Heer der Arbeitslosen. Viele Fabriken aber, die gerne arbeiten lassen möchten und könnten, finden keine Arbeiter, oder doch nicht genug, und diejenigen Arbeiter, die wirklich arbeiten, fordern Löhne, die unerschwinglich sind. Immer noch sind die Forderungen im Steigen begriffen. Aber bei den heutigen Löhnen können die meisten Fabriken schon nicht mehr bestehen. Man hört von den Fabrikleitern Aeußerungen dahingehend, daß die Betriebe bei den gegenwärtigen Löhnen zugrunde gehen müssen. Aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, hat man sich bereits damit abgefunden, daß die Vermögen entweder vom Staate beschlagnahmt oder von den Arbeitern als Löhne verbraucht werden. Für die Allgemeinheit ist der letztere Fall jedoch geradezu ein Verhängnis, wenn nämlich in dem Augenblick, wo das Reich ungezählte Milliarden notwendig hat, die besten Steuerobjekte in alle Winde zerflattern. Was wird aus den Fabriken, wenn Reserven und Grundkapitalien erschöpft sind? Wer betreibt sie weiter? Wer stellt sie auf den Friedensbedarf um? Wer macht sie exportfähig? Wollen wir eine Ausfuhr ermöglichen, müssen wir uns den Weltmarktpreisen anpassen. Bei stetig verkürzter Arbeitszeit und gleichzeitig erhöhten Löhnen in Deutschland ist aber kein Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu erreichen. Wenn man auch volles Verständnis für die entsetzliche Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiters habe und jeder sozial empfindende Mensch den einzelnen Arbeiterklassen eine Besserung ihrer Lage, besonders nach den schweren Leiden des Krieges wünsche, so dürfe man doch, meint das Blatt, auch nicht verschweigen, daß die vier Jahre Krieg auf die **Arbeitsfreudigkeit** sehr ungünstig eingewirkt hätten. Auf dem jetzigen Weg aber könne es nicht weitergehen, wenn unser Wirtschaftsleben nicht **unrettbar** verloren gehen sollte.

So die „Welt am Montag". Das läßt doch tief blicken. — Es ist in der Tat nicht allein Kurzsichtigkeit, sondern es handelt sich vor allem um einen Mangel an Selbstzucht und rechtem Solidaritätsgefühl auf seiten großer Kreise der Arbeiterschaft, wenn solche Zustände sich herausbilden konnten. Man erstrebt selbstsüchtig **Augenblickserfolge für die eigene Person,** ohne an das Verderben zu denken, das den Arbeitsgenossen und der Gesamtheit des Volkes in der Zukunft droht. Also ein vollständiger Mangel ethischen Empfindens und sozialen Verantwortungsgefühls tritt hier in die Erscheinung. So stolz die Sozialdemokratie auf ihre Volksbildungsbestrebungen ist, ihre **staatsbürgerliche Erziehung** hat vollständig versagt. Man kann volles Verständnis haben für die schwere Lage, in der sich die Arbeiter durch die Verteuerung der Lebenshaltung befinden. Wir müssen aber gleichzeitig auch bedenken, daß zwischen der gegenwärtigen unsinnigen Lohnbewegung, zu der die ganze Revolution gewissermaßen zusammengeschrumpft ist, und den hohen Lebensmittelpreisen eine verhängnisvolle Wechselwirkung besteht. Das zeigt ein Blick auf unsere Valuta im Sinne der zwischenvölkischen Bewertung unseres Geldes. Noch nach dem Eintritt unseres militärischen Zusammenbruches begann die Wertschätzung unserer Geldverhältnisse sich im Auslande zu bessern, da man das Vertrauen in die deutsche Tüchtigkeit setzte, daß Deutschland sich selbst von den Folgen eines ungünstigen Friedensschlusses in absehbarer Zeit wieder erholen würde. Ganz anders nach dem Ausbruch der Revolution, seit welchem wir **eine stetige Verschlechterung der Valuta** beobachten müssen, da das Ausland nunmehr die Ueberzeugung gewonnen hat, daß bei dieser unsinnigen Lohnbewegung der Zusammenbruch der deutschen Industrie nicht mehr aufgehalten werden kann. Daraus folgt aber, daß, wenn uns aus dem Auslande auch Lebensmittel gesandt werden, dieselben schon allein infolge der tiefstehenden Bewertung unseres Geldes sich **mehr als doppelt so teuer stellen werden, als es infolge der allgemeinen Preissteigerung schon an sich der Fall wäre.** Wieder ein Beweis der endlosen Kette verhängnisvoller Wechselwirkungen zwischen Arbeitslöhnen und Lebensmittelpreisen.

Eine wunderbare Ungeschicklichkeit der gegenwärtigen Machthaber zeigt sich aber noch darin, daß man gleichzeitig mit dem Eintritt der geschilderten Lohnsteigerungsbestrebungen unter der Arbeiterschaft die Unternehmer zwischen die Szylla der Sozialisierung der Betriebe und die Charybdis der Beschlagnahmung ihres Betriebskapitals durch restlose Auffaugung der Kriegsgewinne in Steuern stellt. Diese drei Dinge zu gleicher Zeit auf der Bildfläche erscheinen zu lassen, konnte nur vorkommen, wenn in leitenden Stellungen entweder graue Theoretiker und Dilettanten, die dem praktischen Wirtschaftsleben fernstehen, oder einseitige Praktiker, nämlich Arbeiter sich befinden, die als Arbeiter ja ganz tüchtig sein mögen, denen aber Organisation und Leitung kaufmännischer Unternehmungen ein Buch mit sieben Siegeln bedeutet. Ganz richtig hat in den soeben erwähnten Ausführungen der „Welt am Montag" der zum Sozialismus sich bekennende Verfasser v. Gerlach selbst darauf hingewiesen, daß die Unternehmer bei dieser Sachlage dazu kommen müssen, auch die unsinnigsten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, da sie ihr Betriebskapital ja doch als verloren ansehen müssen, daß dabei aber für die Abtragung unserer Kriegsschulden nichts herauskommen kann, weil die besten Steuerobjekte in alle Winde verflattern. Anderseits ist aber auch für die Arbeiter keine Besserung ihrer Lage zu erwarten, da eine bankrotte Industrie ihnen später auch die bescheidensten Lohnforderungen nicht mehr gewähren kann.

So stehen wir denn nach Ansicht hervorragender Fachleute des praktischen Wirtschaftslebens, mit denen ich in der letzten Zeit wiederholt mich zu unterhalten Gelegenheit hatte, vor der Gewißheit, daß viele tausend Menschen, die bislang in der deutschen Industrie beschäftigt waren, werden auswandern oder sich landwirtschaftlichen Arbeiten oder auch Tiefbauarbeiten, für die wir vor dem Kriege ausländische Arbeiter einstellten, zuwenden müssen. Es werden große Massen deutscher Arbeiter wieder Tätigkeiten auszuüben gezwungen sein, denen sie früher zu entfliehen suchten, weil ihnen diese Arbeiten nicht lohnend genug erschienen oder in ihrer Art als solche nicht zusagten. **Von dem schlechten Friedensschluß hätte sich die Industrie wieder erholen können, von den Schädigungen der Revolution wird sie sich in absehbarer Zeit nicht erholen.** Was die Auswanderung angeht, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß andere Staaten erschwerende Bestimmungen für die Einwanderung deutscher Arbeiter erlassen werden, aus der Befürchtung heraus, es möchten die dortigen Arbeiter von dem deutschen revolutionären Geiste angesteckt werden. Was die Abwanderung auf das Land angeht, so ist auch diese nicht ganz einfach. Viele Männer mögen nicht mehr die bei der Landwirtschaft nun einmal unvermeidbare längere Sommer-Arbeitszeit

auf sich nehmen, nachdem sie in der Industrie den sogenannten „Normal-Arbeitstag" haben schätzen gelernt. Viel größere Schwierigkeiten liegen vielleicht noch bei den Frauen. Die Frau des Industriearbeiters hat, soweit sie nicht zum Mitverdienen durch Fabrikarbeit gezwungen ist, ein ungleich bequemeres Leben, wie die Frau auf dem Lande. Es würde zu weit führen, darauf näher einzugehen. Ich möchte aber bezüglich dieses Punktes die Beachtung eines bei Auer in Donauwörth erschienenen kleinen Buches von Heinrich Kautz „Um die Seele des Industriekindes" empfehlen.

Wenn ich das alles aber überdenke, kann ich mich dem Eindrucke nicht verschließen, daß die Worte, die ich in meinem Aufsatz vom Kulturwert des Landes in dem Werk von Meinertz-Sacher „Deutschland und der Katholizismus" zu einer Zeit geschrieben habe, als man an den schlimmen Ausgang des Krieges noch nicht dachte, daß diese Worte einen tieferen Sinn und eine höhere Geltung besitzen, als ich damals selbst nur im entferntesten ahnen konnte. Ich schrieb damals, daß unser gesamtes Kulturleben nur dann werde gesunden können, wenn es wieder einen „kernig-bäuerlichen Einschlag" bekomme. Ich sagte, daß für die Neugestaltung des Gesellschaftslebens in Deutschland nach dem Kriege „die Einverleibung grundwesentlicher Bestandteile ländlicher Kultur in die Gesamtkultur" eine dringende Notwendigkeit sei. Ich dachte dabei in erster Linie an die Notwendigkeit einfacher und sparsamer Lebensweise. Wenn man aber damals schon befürchten mußte, daß der sittliche Wert der Sparsamkeit in weiten Kreisen unseres Volkes nicht die Schätzung finde, die zur Gesundung des Volkslebens notwendig ist, so hat infolge der stetig fortschreitenden Entwertung des Geldes der Sinn für Sparsamkeit inzwischen noch mehr gelitten. Heute aber kann man nichts anderes sagen, als daß unser Wirtschaftsleben, schwankend zwischen Industrie- und Agrarstaat, in der Richtung zum Agrarstaat sich um mehrere Jahrzehnte zurückbewegen muß. Also nicht nur kernig-bäuerlicher Einschlag in unsere Kultur, sondern Rückkehr zur Scholle in wortwörtlichem Sinne für weite Schichten unseres Volkes wird eine zwingende Notwendigkeit werden.

Die neue Schulfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

Mit einem volltönenden Hymnus auf eine neuaufsteigende Aera der heiligenden Freiheit der Seele, der Menschenwürde, der Redlichkeit und Sauberkeit, mit einer entrüsteten Absage an Geisteknechtung und Gewissensvergewaltigung in dem nun zur Vergangenheit gewordenen Zeitalter der Ketzerverfolgungen und Religionskriege haben die neuen Kultusminister in Preußen und in Bayern ihre ersten Verfügungen, Gesetze nennen sie es, veröffentlicht. Worin bestand doch diese Unfreiheit und Knechtschaft? Daß in der Schule auch Religion einen Platz hatte, daß bei ihrer Leitung auch die Kirche, die Religionsgemeinschaften noch einiges zu sagen und zu tun hatten. Nicht aber bestand sie darin, daß diese alles, der Staat, die Eltern, die Lehrer nichts oder so viel wie nichts zu sagen hatten. Die Schule war doch bisher, seit den Tagen der Aufklärung, schon ganz wesentlich Staatsschule, einseitig Staatsschule, ein Politikum, eine Polizeisache, wie die aufgeklärten Lenker der deutschen Staaten im Anfang des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Variationen es proklamierten, in Schulgesetzen, die das ganze Jahrhundert die Grundlagen des Schullebens bildeten. Die Kirche sollte nur so viel Recht auf die Schule haben, als ihr der sich als alleiniger Schulherr dünkende Staat einräumen wollte. Die Gemeinden behielten bei dieser Verteilung der Schulanteile fast in allen deutschen Staaten nur das Recht, zu bezahlen, für den Schulbedarf, für Lehrergehalt, für Unterhaltung und Einrichtung der Schulgebäude aufzukommen, nur da und dort haben sie auch das Recht einer mehr oder weniger weitgehenden Einwirkung auf Besetzung der Schulstellen erhalten. Nur indirekt ist die Gemeinde beteiligt an der örtlichen Schulaufsicht, insoferne Mitglieder der Gemeindebehörde (der Bürgermeister und eine Anzahl von Mitgliedern des Magistrates oder Ausschusses) in diese staatliche Schulbehörde hineinzunehmen sind. Der Kirche d. h. den damals staatlich anerkannten Konfessionen wurde bei jener Grundlegung der Schulverfassung allenthalben nur das Recht zugestanden, den religiös-sittlichen Unterricht zu erteilen und zu überwachen, ferner das Recht, bei Maßnahmen, die in dieses Gebiet einschlagen, seitens der staatlichen Schulbehörden gehört zu werden. Mit aller Schroffheit wurde es in verschiedenen Staaten, so z. B. gerade auch in Bayern abgelehnt, bei der Schulsprengelbildung auf die Konfessionen Rücksicht zu nehmen, also die Pfarrbezirke maßgebend sein zu lassen. Freilich lenkte man bald ein und gestattete um der Gewissensfreiheit willen den Angehörigen der Minderheitskonfessionen, benachbarte Schulen ihrer Konfession aufzusuchen. Wo in der gleichen Gemeinde Schulen für verschiedene Konfessionen bestanden, sollten sie bleiben; Simultanisierung wurde unter erschwerende Bedingungen gestellt, übrigens auch die Umkehrung; bei Neugründungen war Konfessionalität als Regel anzusehen, Simultancharakter als Ausnahme zuzulassen. So bildete sich der für den ersten Anblick unverständliche Zustand heraus, daß die Schule selbst d. h. ihr innerer Geist und Betrieb, in der Regel konfessionell, der Schulbezirk aber in der Regel interkonfessionell war. Daß Religionsunterricht überhaupt unter die Gegenstände des Schulunterrichtes aufgenommen wurde, war eigentlich nicht ein Entgegenkommen gegenüber der Kirche, sondern eine selbstverständliche Konsequenz der religiösen und damals in Deutschland noch allgemein christlichen Grundlage der Staatsverfassung. Selbstverständlich war es auch, daß in Religionsedikten und Konkordaten die Erteilung und Ueberwachung dieses Religionsunterrichtes den Konfessionen zugestanden werden mußte. Es war auch kein eigentliches Entgegenkommen gegenüber der Kirche, sondern harte Notwendigkeit aus Mangel an Geld und anderweitigen geeigneten Personen — die Lehrerbildung stand damals in ersten Anfängen —, wenn der Staat damals zur Durchführung seiner Schulreformen die Geistlichen aufforderte, die örtliche und distriktive Schulaufsicht zu übernehmen und zwar ehrenamtlich, um der edlen Sache willen, unter Versicherung der besonderen Huld des Landesherrn bei Vergebung von Pfründen für jene, die mit besonderem Eifer und Erfolg der Schule sich annehmen würden. Daß hierbei die geschichtliche Entwicklung, derzufolge die Schulen als Annexe der Kirche stets auch der Mitaufsicht der Geistlichen unterstanden, sich auch in dieser ungeschichtlich veranlagten Zeit zur Geltung brachte, ist wohl nicht zu bestreiten. Da und dort hatten sich auch Stimmen erhoben, dieses Recht ausdrücklich als ein Recht für die Kirche zu fordern. So kam es zur gesetzlichen Festlegung der Schulaufsicht, in Bayern besonders durch die Verordnung von 1808, für die Protestanten nochmal ausdrücklich zugesichert im sog. Protestantenedikt, einem Bestandteil des Verfassungsgesetzes. Man hat sich gewöhnt, diese sog. geistliche Schulaufsicht, genauer gesagt, die Verwendung der Geistlichen bei der staatlichen Schulaufsicht als eine Garantie der Erhaltung des religiösen Geistes und kirchlichen Mitbestimmungsrechtes in der Staatsschule anzusehen [1])

Was endlich die Beteiligung der Lehrer, der „Fachleute" an der Schulaufsicht anlangt, so war sie aus oben angedeuteten Gründen zwar am Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht vorhanden; im Laufe des Jahrhunderts aber kam die Lehrerschaft in Bayern (und ähnlich anderwärts) zur Vertretung in all den vier Stufen des Schulbehördenorganismus: Wenigstens ein Lehrer hat Sitz und Stimme in der Ortsschulbehörde; in den großen Schulsystemen der Großstädte ist darüber hinaus einem Oberlehrer ein gut Teil der Obliegenheiten des Lokalschulinspektors übertragen; ein Lehrer leitet und überwacht als Bezirksoberlehrer die Fortbildung der jungen Lehrer des Bezirkes (in Norddeutschland Kreis genannt) und spricht maßgebend bei deren Qualifikation mit; in den Kreisschulbehörden (in Norddeutschland Regierungs- und Provinzialschulkollegien), bei denen das Schwergewicht der ganzen Schulleitung (Schulgesetzgebung, Lehrplan- und Schulordnungserlaß, Lehrerprüfung und Lehreranstellung) liegt, wirken als maßgebende Faktoren für den inneren Schulbetrieb faktisch, wenn auch nicht de jure an Stelle der ehemaligen geistlichen Kreisscholarchen Lehrer als Kreisschulinspektoren, während die Geistlichen nur in den Kreisschulkommissionen, jetzt „Kreisschulbeiräten", neben zahlreichen weltlichen Mitgliedern dieser beratenden Körperschaft sich noch finden; ebenso hat Bayern seit Jahren einen ehemaligen Volksschullehrer als Landesschulinspektor, d. i. technischen Berater der Juristen, während Schulmänner und Beamte aller Art neben Geistlichen im „Landesschulbeirat" sich finden.

Man sieht aus dieser Skizze der bisherigen Schulverfassung, wie sehr wir schon bisher die Staatsschule hatten, wie wenig die Kirche, wie wenig auch Gemeinde und Familie zu

[1]) Für Bayern vgl. Hindringer Rud., Das kirchliche Schulrecht in Altbayern von Albrecht V. bis zum Erlasse der bayer. Verfassungsurkunde. Paderborn 1916.



sagen hatten, nach Auffassung derer, für welche nicht bloß der Staat, sondern auch die Kirche, in erster Linie aber die Familien und die Familienverbände Schulinteressenten sind, viel zu wenig. Wovon soll die Schule nun noch befreit werden?

„Freier Staat, freie Schule, freie Kirche“, so hat der derzeitige Inhaber des Kultusministerpostens in Bayern (am 2. Dezember 1918) sein Programm formuliert. „Gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche“ hieß es im neuen bayerischen Regierungsprogramm vom 16. November 1918. Das ist ein so vorsichtig allgemein gehaltenes Programm, daß man sich gewiß darauf einigen könnte. Es frägt sich nur, wie es interpretiert wird, es kommt nur darauf an, ob man mit der Freiheit wirklich vollen Ernst macht, ob man sie dem Gegner ebenso gleichmäßig zugesteht, wie man sie für seine Sache in Anspruch nimmt. Wie der Verfasser des Programmes sie meint, die Freiheit der Schule, das hat er ja in früheren Landtagsreden genügend zu erkennen gegeben in Uebereinstimmung mit dem Schulprogramm der Sozialdemokratie, wie es seinerzeit ausführlich Heinrich Schulz entwickelt hat [3]) Ungefähr so: Die Schule muß befreit werden vom letzten Rest des Einflusses und der Mitwirkung der Kirche, um vollkommen und ausschließlich Sache des Staates zu werden. Denn so denken wohl Hoffmann und Genossen: Wenn der Staat frei ist, dann kann ja die Schule an seiner Freiheit teilnehmen. Und in diese einzig zuzulassende freie Staatsschule gehen alle Kinder ohne Ausnahme, natürlich auch frei, weil jede andere Schule verboten, unterdrückt wird „Freiheit, die ich meine“. Die Kirche bleibt ja auch frei, sagen sie uns, sie kann ihren Einfluß geltend machen wie sie will. Jawohl, nur nicht in der Schule, wo die Kinder sind von morgens 8 bis abends 4 Uhr. Soll die Kirche nun etwa an einem einzigen Tag oder an einem einzigen freien Nachmittag erledigen, was bisher über die ganze Woche sich ausdehnte? Woher die Lokale und die Katecheten nehmen in den Großstädten, wenn man nicht Scharen von 500 und mehr Kindern zusammennimmt, während man gleichzeitig für den weltlichen Unterricht die Klassenhöchstzahl auf 40 und darunter ansetzt. Oder darf die Kirche ihre Arbeit an den Kindern bei Nacht machen, da sie tagsüber der freie Staat in seine Schule zwingt? Das erlauben wohl die Schulhygieniker des „freien Staates“ ebenso wenig wie jene des unfreien alten.

Die Freiheit, die hier Kirche und Schule zugestanden erhalten, ist ungefähr die gleiche, wie jene, welche einem Hirten und seiner Herde bereitet wird, wenn diese jenem in einem räuberischen Ueberfall davongetrieben wird. Ja, er ist frei — so wie der Arme auch frei ist vom Reichtum; und die Herde ist frei von ihm und einer schlimmeren Unfreiheit als zuvor überantwortet.

Wir lehnen das Spiel mit Worten ab, wir wollen wirkliche Freiheit, d. i. Selbstbestimmung, und wo mehrere zusammenwirken, wie das bei der Erziehung der Jugend der Fall ist müssen frei vereinbarte Selbstbescheidung und gegenseitige Rücksichtnahme herrschen. Wir fordern hiebei nur, daß man vollen Ernst mache mit der Forderung der Gewissensfreiheit, d. i. mit dem Selbstbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten des religiös-sittlichen Privatlebens. Das ist das heute doch allgemein anerkannte Grundprinzip staatlichen Zusammenlebens. Wir fordern dies für jeden Volljährigen, Erzogenen, noch nicht für die erst zu Erziehenden. Letztere sollen durch die Erziehung zum rechten Gebrauch dieser Freiheit, zu dieser richtigen Selbstbestimmungsfähigkeit kommen. Und solange sie noch nicht freiheitsfähig sind, ist es die Familie, in und mit der sie die Gewissensfreiheit genießen. Die Eltern haben für sie, d. i. in ihrem Interesse das Bestimmungsrecht in allen Angelegenheiten des Gewissens, des religiös-sittlichen Lebens, hier also der Gewissensbildung.

Erziehung ist ja in allererster Linie Gewissensbildung. Gewiß ist sie auch Körperbildung, Geistesschulung, Gemütsbildung, Ausstattung mit Kenntnissen und Fertigkeiten. Aber das alles ist, so wichtig es sein mag, nicht das wichtigste. Denn solches ist und bleibt die Gesinnung, der Charakter, und als dessen Kompaß das Gewissen. Die Seele und die Ewigkeit ist uns das „eine Notwendige“, das vor allem sichergestellt sein muß. So sagt es dem religiösen Menschen das Gewissen und so sagt es den religiösen, den christlichen Eltern das Elterngewissen, das Erziehergewissen. Aus diesem Grunde wollen die christlichen Eltern, nachdem sie in vollkommen freiem Entschluß ihre Kinder durch die Taufe in die Kirche haben aufnehmen lassen, ihnen auch Unterricht in dem „einen Notwendigen“, in den Fragen des Gewissens durch die Kirche und auch allen übrigen Unterricht im Geiste der Kirche erteilen lassen, wollen nichts gegen den Geist der Kirche bei der Erziehung einfließen lassen, um jenes „eine Notwendige“ nicht zu gefährden, um die Einheitlichkeit, die Harmonie der Erziehung zu gewährleisten, ohne welche kein Erfolg gesichert ist. Und deshalb fordern sie Freiheit für ihre Kirche, d. i. die Möglichkeit, vor allem also auch die hinreichende und geeignete Zeit, um in erfolgreicher Weise an den Kindern arbeiten zu können. Sie sind nicht etwa zufrieden mit einem Rest, mit einem Ueberbleibsel von Stunden, Abendstunden nach des Tages Mühe, oder mit Sonntagsstunden, die heute immer mehr der Erholung in der freien Natur gewidmet werden wollen. Den Sonntag braucht die Kirche für den Gottesdienst und die Seelsorge derer, die die Woche über an die Arbeit gefesselt sind.

Wir wollen niemanden gezwungen haben, seine Kinder der Kirche zur Taufe zu bringen; jeder Vater mag sich mit der Mutter darüber frei d. h. nach Gewissen, entscheiden; wir fordern nur Freiheit für die sich frei für die Kirche Entscheidenden. Wir lassen den Kirchenfreien auch ihre Freiheit, die Freiheit, sich ihre Gewissensräte, ihre Kirchen und ihre neuen Katechismen zu beschaffen. Wir wollen nur der Meinung, der festesten Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine Erziehung ohne alle Religion ein Unglück ist, für die einzelnen solcherweise Erzogenen wie für die Gesellschaft, ein Unglück ganz so wie wenn man ein Schiff ausfahren läßt ohne Anker und Halttau, einen Eisenbahnzug in Bewegung setzt ohne Bremseinrichtung. (Schluß folgt.)

[3]) Schulz Heinr., Die Schulreform d. Sozialdemokratie. Dresden 1911.

Mehr Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend.

Von Domvikar J. Veen, Münster i. Westfalen.

Es ist im Kriege über die zunehmende Verwahrlosung und Verwilderung der schulentlassenen Jugend viel geredet und vielleicht noch mehr geschrieben worden. Ohne Zweifel sind unter den Jugendlichen am meisten den schädlichen Einflüssen ihrer Umgebung und besonders der anormalen Kriegsverhältnisse ausgesetzt die ortsfremden jungen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge. Schon in den letzten Friedensjahren war die Wanderlust unter den Jugendlichen sehr rege und die Zahl der alljährlich vom Lande Abwandernden und der Stadt oder Industriegegend Zuziehenden keine kleine. Sie wuchs zur Riesenarmee unter den Forderungen und Umwälzungen der Kriegswirtschaft. Mit dem Tode des Vaters auf dem Schlachtfelde und dem Zusammenbruch der Mutter unter der Wucht der häuslichen Last und Sorge fielen oft die letzten schwachen Fesseln für den jungen „Stürmer“. Aber auch dort, wo segnende Hände über dem vom elterlichen Herde und Frieden der Heimat Scheidenden ruhten, beherrschte bange Sorge für die Zukunft Eltern, Priester u. a. Erzieher beim Gedanken an die dem jungen Lebensbaume auf fremder unbekannter Erde drohenden neuen ungewohnten Stürme und Gefahren. Wen sollte es angesichts der Verheerungen, die sie anrichten, nicht drängen, mit Hand anzulegen zur Abhilfe, zumal die Armee der ortsfremden jugendlichen Arbeiter, Lehrlinge, Kaufleute, Angestellten usf. jetzt nach dem Kriege eher zunehmen als sich verkleinern wird. Es ist deshalb höchste Zeit, daß man sich der ortsfremden männlichen Jugend mehr annimmt und Mittel und Wege ausfindig macht, um den ärgsten Mißständen zu steuern. Hier und da wurden zwar schon vor dem Kriege bestimmte Vorschläge einer organisierten Fürsorge für die ortsfremde Jungmannschaft gemacht und die praktische Arbeit begonnen, aber etwas Durchgreifendes geschah bis heute meines Wissens nicht. Zum Teil lag das daran, daß man zu viel und zu lange bei den „grundsätzlichen“ Erörterungen verweilte, und sich eine Zeitlang sogar mit dem Gedanken der Gründung einer neuen Organisation als Träger der Fürsorge befaßte. Es dürfte unter allen Umständen bedenklich, unpraktisch und unwirtschaftlich sein, eine eigene neue Organisation ins Leben zu rufen und mit der Wohlfahrtspflege für die nicht ansässige Jugend zu betrauen. Der Ausbau bestehender altbewährter Einrichtungen und ihre Anpassung an die neuen Bedürfnisse führen am leichtesten und sichersten zum Ziele.

Das Grundprinzip der Arbeitsteilung kann zunächst dadurch eingehalten werden, daß die Männerfürsorgevereine sich der in erster Linie den größten Gefahren ausgesetzten arbeits- und obdachlosen Jugendlichen annehmen und durch Schaffung von eigenen Obdachlosenasylen sowie Stellen- bzw. Arbeitsnachweisen die jungen verwilderten Gesellen wieder dem schützenden Gehege von Ordnung und Arbeit zuführen. Die Angliederung eigener Werkstätten und Arbeitsgelegenheiten an diese Asyle wird nicht bloß nützlich, sondern auch notwendig sein und überdies die Finanzen des Asyls aufbessern helfen.

Bei dieser Fürsorge für die ortsfremden Jugendlichen verspreche ich mir von der *konfessionellen Arbeit* um so mehr, als die in Betracht kommenden Jungen in hohem Grade erziehungsbedürftig und deshalb die Religion und ihre Mittel unentbehrlich sind. Fürsorge für Jugendliche treiben ohne Religion ist Schöpfen in ein Faß ohne Boden.

Brave Eltern und gute Erzieher haben doppelt große Angst und Sorge um den jungen Lehrling oder Arbeiter in der Fremde, weil sie nicht wissen, wo der Junge wohnt, mit wem er umgeht, wie er seine freie Zeit zubringt. Dem unerfahrenen lebensfrohen, abenteuerlustigen und im Charakter noch nicht gefestigten jungen Menschen werden besonders im Industriegebiet und in der Großstadt so viele Schlingen gelegt, daß selbst der Besterzogene nicht vor dem Falle gefeit ist. Wohl hilft die konfessionelle Jugendpflege den Eltern manche Sorgen tragen und erleichtern.

Allein die allgemeine Vereinsarbeit genügt in unserem Falle nicht. Der *konfessionellen Jugendpflege* erwachsen noch weitere bedeutsame Aufgaben angesichts der besonders gefährdeten ortsfremden Jugend, für die es einen Ersatz des fehlenden Elternhauses zu schaffen und Halt und Schutz in den schlimmsten Jahren der Sturm- und Drangperiode unter besonders schwierigen Verhältnissen zu schaffen gilt.

Von einzelnen mehr oder weniger glücklichen Versuchen abgesehen, ist z. B. ein organisierter allgemeiner *Stellen-* bzw. *Arbeits-* und *Wohnungsnachweis* für Jugendliche bisher von keiner Seite ein- und durchgeführt worden. Das lag daran, daß einerseits bis jetzt ein geschlossenes konfessionelles Jugendwohlfahrtsprogramm fehlte und anderseits Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verbänden herrschten. So blieb die praktische Arbeit liegen. Angesichts der vorliegenden Not ist aber schnelle und gründliche Abhilfe notwendig. Wer kann sie leisten?

Der ordentliche d. h. unverdorbene und nicht gänzlich verwahrloste ortsfremde junge Arbeiter wird vom Verband der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands beansprucht, der Handwerks- und Fabriklehrling vom Verband der katholischen Gesellenvereine und endlich der Kaufmanns- und Bürolehrling vom Verband der katholisch-kaufmännischen Vereine. Jeder dieser Verbände will und muß für Nachwuchs sorgen und möchte alle, die irgendwie für ihn in Betracht kommen, an sich ziehen. Dieses an und für sich berechtigte Streben darf aber nicht zur Engherzigkeit werden. Ständen für die Pflege und Fürsorge der ortsfremden Jugendlichen persönliche Kräfte und materielle Mittel zur Genüge oder gar im Ueberfluß zur Verfügung, könnte sich ohne Bedenken jeder der genannten Verbände der für ihn eigentlich Zuständigen in besonderer Weise annehmen. Alle diese Verbände haben aber die größte Mühe, mit stärkster Anspannung ihrer Kräfte nur einen gewissen Prozentsatz derjenigen zu erfassen und genügend zu betreuen, für die sie bestimmt sind. Ohne Zweifel wäre es daher eine Vergeudung der Kräfte, wenn jeder Verband nun auch noch seine besondere Fürsorge für die *ortsfremde* Jugend betreiben wollte, zumal jeweils nur verhältnismäßig wenige Jugendliche für den einzelnen Verband in Betracht kämen. Es erscheint also am zweckmäßigsten, daß nur ein bestimmter Verband die Fürsorge für die gefährdete ortsfremde Jugend übernimmt, organisiert und zielbewußt durchführt.

Den Kernpunkt dieser Fürsorge muß und wird die *Wohnungsbeschaffung* bilden. Soweit die Jugendlichen nicht bei Verwandten, beim Meister, Lehrherrn oder Arbeitgeber ein Heim haben, sind sie auf das Unterkommen bei fremden Leuten angewiesen, was leibliche, wirtschaftliche und besonders seelische Gefahren mit sich bringen kann. Solange keine besseren Wohnungsgelegenheiten angeboten werden können, müssen nun wenigstens die *Einzelwohnungsangebote geprüft* und dürfen dann die Jugendlichen nur in solchen Privatwohnungen untergebracht werden, die in jeder Beziehung einwandfrei sind und nach Möglichkeit die Vorteile des verlassenen elterlichen Familienheimes ersetzen. Wie ein solcher Wohnungsnachweis für Jugendliche zu organisieren, wie die Kontrolle über die Jugendlichen und ihre Wohnungsgeber auszuüben ist und mancherlei damit zusammenhängende Fragen hier zu erörtern, würde zu weit führen. Vorbildlich hat seit Jahren auf diesem Gebiete die Jünglingskongregation an der Marienkirche zu Basel gearbeitet.

Ueberall dort aber, wo nicht genügend gute, einwandfreie Familienwohnungen für Jugendliche angeboten werden, wird man zur Einrichtung von *Jugendhospizen* schreiten müssen. Sie lassen sich zunächst in Mietsräumen unterbringen und bei entsprechenden Vorbedingungen in eigenen, dem Bedürfnis und den Verhältnissen angepaßten Neubauten. Damit der Familienheimcharakter möglichst erhalten bleibt, sollten die Heime nicht über 12—15 Insassen haben und größere Heime in einzelne Wohn- und Familiengruppen für je 12—15 Mann aufgeteilt werden. Im übrigen ist alles Kasernenhafte in einem „Heime“ tunlichst zu vermeiden.

Auf Rentabilität ist bei einem Hospiz für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge nicht zu rechnen. Die Aufwendungen sind nämlich höher als die Gegenleistungen der Hospizbewohner. Infolgedessen muß man das Jugendhospiz entweder durch Angliederung anderer Zwecke ertragfähiger zu machen oder sein Defizit durch den Anschluß an kapitalkräftigere Einrichtungen zu decken suchen. So machte man es in Freiburg, München, Augsburg u. a. a. O. Rein wirtschaftlich betrachtet, ist der möglichst enge Anschluß eines Jugendhospizes an ein *bestehendes Ledigenheim für Erwachsene* zu empfehlen. Gewisse allgemeine Unkosten der Verwaltung und des Betriebes werden so erspart oder auf mehrere Schultern verteilt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage nach dem Kriege verlangt überdies sicher auch hier die allergrößte Sparsamkeit.

Welcher Verband ist nun am besten befähigt und am ersten in der Lage, die durchgreifende organisierte Abhilfe und dauernde erfolgreiche Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend zu übernehmen? Ohne Zweifel der Verband der katholischen *Gesellenvereine*. Seit Jahrzehnten arbeitet er vorbildlich auf dem Gebiete des Hospizwesens und der Ledigenheime. Seine Fürsorge für alle wandernden und anderen ortsfremden Jugendlichen ist im Programm seines Stifters und Gründers kernhaft enthalten, wenn auch dessen erste Sorge den Angehörigen des Handwerksstandes galt. Die glänzenden Leistungen des Gesellenverbandes für die ortsfremden Handwerksgesellen berechtigen zu der Hoffnung, daß er auch die Fürsorge für die ortsfremden Jugendlichen allgemein mit gleichem guten Erfolge wird durchführen können. Der familiäre, patriarchalische Geist, der seine Häuser durchweht, muß auch die Räume der Jugendhospize durchziehen. Seine in jahrzehntelanger Hospizarbeit gesammelten Erfahrungen können dem Jugendhospizwesen nur zum Segen und Vorteil sein und werden auch durch den besten Willen auf anderer Seite nicht ersetzt.

Uebernimmt der Gesellenverband die Aufgabe, jetzt endlich in wahrhaft großzügiger umfassender Weise für die ortsfremde männliche Jugend zu sorgen, kann und wird ihm die Hilfe und Unterstützung geistlicher und weltlicher Behörden und aller wahren Volks- und Jugendfreunde nicht fehlen. Es wird ihm leichter als irgendeinem anderen Verbande, sowohl den Wohnungsnachweis für Jugendliche allgemein zu regeln, als auch Jugendhospize, je nach den örtlichen Verhältnissen in loser oder enger Verbindung mit den Gesellenhäusern, einzurichten und zu betreiben. Endlich kämen wir so einen bedeutsamen Schritt zur Lösung der Ab- und Zuwandererfrage näher. Das Handwerk selbst aber und die Organisationen der Handwerker würden nicht geringen Nutzen von einer durchgreifenden und zielbewußten Fürsorge für die ortsfremde Jugend haben. So manchem verwaisten Jungen und Burschen aus dörflichen und kleinbäuerlichen Verhältnissen wird es durch ein gutes Jugendhospiz erleichtert und oft überhaupt erst ermöglicht, bei einem tüchtigen Meister in der Stadt ein Handwerk zu erlernen. Aus sozialen, wirtschaftlichen und erziehlichen Gründen kann man aber nur wünschen und hoffen, daß der Gesellenverband sich nicht auf die Ein- und Errichtung von Handwerkerlehrlingsheimen beschränkt, sondern diese Heime erweitert zu allgemeinen Jugendhospizen, deren Fortbildungskurse, Lehrwerkstätten und Lehrmittel möglichst weiten Kreisen zugänglich gemacht werden.

Möge also der Gesellenverband in Erweiterung und konsequenter Durchführung seines Programmes recht bald zielbewußt die Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend in die Hand nehmen zum Heile ungezählter Seelen und zur Rettung unschätzbarer Werte und edelsten Nationalgutes unseres Volkes.

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich *Koch-Breuberg*, München.

In der St. Michaelskirche zu München erhob sich jüngst um Mitternacht ein Schemen aus dem Sarge. Der Astralleib hatte die Jünglingsform und war von einem Purpurmantel mit Hermelin umhüllt. Das klare Auge blickte verwundert drein, denn ihm war die Kraft gegeben, zu dieser Stunde alle irdischen Ereignisse seit der Todesstunde im See zu überschauen.

Und die Lippen des Jünglings murmelten: denn jede Schuld rächt sich auf Erden.

Da entstieg dem Epitaph von der linken Seite die Marmorfigur Eugens, des Adoptivsohnes Napoleons, und sich nähernd, sagte sie: Jetzt verlassen die Fürsten ihre Gräber. Ja, jede Schuld rächt sich auf Erden. Ich war ein Kind der *Revolution*. Als Sohn eines tapferen Marquis kam ich zu einem Schreiner in die Lehre. Blitzschnell erhob mich die Gunst meines Stiefvaters zum Prinzen und dann zum Vizekönig Italiens. Auf meinem Grabe dort rühmt man meine Treue, meine Tapferkeit, meine Redlichkeit, aber es fehlt der Zusatz, daß ich ein Fürst war, der die Leiden des Volkes, der Menge kannte.

Großoheim, du sprichst wahr. Du lerntest die Wahrheit kennen, die wir selten im Leben hörten. Ich ahnte das wohl, ich floh, ich verachtete jene Welt, die Königsthrone umschmeichelt; aber seelisch erkrankt, vermochte ich nicht, daraus Nutzen für mich und mein Volk zu gewinnen, erwiderte Ludwig II von Bayern und fuhr fort: Wir beide haben durch Katastrophen geendet. Dich riß die edle Treue, die Dankbarkeit zu deinem Stiefvater in die Tiefe, mich vernichtete, weil ich meine Fehler nicht erkennen konnte, ein strafendes Gericht. Dir blieb eine Welt von Bewunderern, was könnte mich für die Härte, die mir Thron und Leben nahm, entschädigen?

Eugen von Beauharnais lächelte und zeigte in den weiten Raum unter dem Tonnengewölbe der Kirche. Tausende von Schemen zogen durch die drei Kirchentore ein. Fast alle waren in Gebirgs-, in Volkstracht. Knechte, Arbeiter, Bauern, Frauen des Mittelstandes strömten zu dem schmucklosen Grufteingang, den nicht einmal eine Tafel ziert,



den das Volk nur an seltenen Tagen gegen Eintrittsgeld durchschreiten darf, will es für seinen geliebten König beten.

Und Eugen sagte: Siehe dort die Seelen von ungezählten Leuten aus dem Volke! Alle kamen sie einst hieher, um an deinem Sarge zu beten. Einfache Kränze, vereinzelte Blumen wurden hier niedergelegt und sollten dich ehren. Ist das nicht Treue? Haben sie nicht draußen im Lande angesichts der schneebedeckten Berge ihren Kindern vom Märchenkönig erzählt, der die Menschen floh und dennoch wieder so leutselig mit den Aermsten zu plaudern wußte? Entbrannten sie nicht im Zorn, weil ein Stallmensch dein unabwendbares Schicksal in tiefverletzende Form kleidete?

Da schwebte durch die Menge der Schemen einer hohen Frauengestalt von wunderbarer Schönheit. Langes tiefblondes Haar fiel gelöst über die Schultern und auf der Brust ersah man eine kleine Wunde, aus der langsam Blutstropfen träufelten.

Elisabeth! rief Ludwig II. aus.

Wie im Leben irre ich jetzt umher, weil Oesterreich, das doch ewig zu bestehen schien, zerfiel, begann der weibliche Schemen und fuhr fort: Nicht die Klage über das, was sich jetzt ereignete, ziemt uns, laßt uns vielmehr erkennen, wie wir selbst Teilnehmer an der Schuld waren, denn in der Erkenntnis und Einsicht besteht die Buße. Auch ich floh die Menschen, weil ich ihre falsche Unterwürfigkeit frühe erkannte. Aber auch ich verwendete diese Erkenntnis — ein Gottesgeschenk — nicht richtig und würdig. Aus den Liedern eines spottsüchtigen Juden versuchte ich Trost zu gewinnen, und anstatt für die Schönheit der Seele zu sorgen, verwendete ich Unsummen, um die Schönheit des Körpers lange zu erhalten. Wie aber kam es doch, daß niemand es wagte, mir vom richtigen Wege zu sprechen — selbst dann nicht, als ich durch den schauerlichen Tod meines Sohnes geprüft wurde? O, die Wahrheit, die allein veredelnde Wahrheit war ja vom Hofe, war aus meiner Nähe verbannt! Wo hätten wir je einen Widerspruch erfahren?

Nun warf Eugen von Beauharnais ein: der entsetzlichste Krieg, den die Welt je gesehen, entbrannte doch vor mehr als vier Jahren. Kampfmittel schauerlichster Wirkung waren erfunden und angewendet worden und die Schrecken auf den winterlichen Totenfeldern von 1812 erschienen wie Kinderspiele gegen das, was sich nach einhundertjähriger Kulturperiode nun vollzog. Nicht wie damals, sollte eine Armee ausgehungert werden — ein Volk von 60 Millionen wollte man der Hungersnot ausliefern. Wie einst mein Stiefvater während der Befreiungskriege erträgliche Friedensvorschläge aus Stolz zurückwies, so gedachte eine starrköpfige Militärpartei gegen eine Welt von Feinden den Sieg zu erringen. Sie legte das Schwert nicht nieder, bis höhere Gewalten es zersplitterten.

Wehe meinem armen Bayernvolke! ächzte Ludwig II.

Doch der Schemen Napoleons I. entgegnete:

Was bejammert ihr so kläglich? Schreckt euch der Kummer um euere Dynastien auf? Wo ruht nur die meine, die ich als Gewaltmensch mir selbst erschuf? Hat ein Napoleon jetzt Frankreich zum Siege geführt? Erlegen wäre es, hätte ihm nicht Albion den Arm geführt. Und du, Ludwig, habe nicht ich deinen Ahn zum König erhoben? Zeigte ich mich nicht dankbar gegen alle meine Bundesgenossen? Ist Dankbarkeit nicht die herrlichste Tugend? Wo blieb 1906 die Dankesfeier für die Erinnerung an die Erhebung zum Königreich? Aus Angst vor Preußen, aus Angst vor chauvinistischen Schreiern habt ihr es nicht gewagt, meinen Namen auch nur zu nennen! Aus Angst vor preußischen Schreiern, die mich durch aus Pamphleten gezogene Lügen allzeit zum Schuften stempelten, weil ich einmal es wagte, ihre bodenlose Eitelkeit zu besiegen. Geht an den Rhein — noch nach 100 Jahren hört ihr dort: Das Freie, das Gute stammt von Napoleon! Nun stehen die Franzosen, die ich ruhmreich machte, wieder am Rhein, aber es fehlt ihnen die Großmut des Siegers. Mich leitete nicht blinder Haß, nicht die Sucht nach Wiedervergeltung, und waren meine Marschälle hart und habgierig, so verurteilte ich es. Nur nach den Lorbeeren, die meinen Namen umgeben, blicken die eitlen Franzosen, von meinem Martyrium auf St. Helena, von meiner Rückkehr zu Gott wissen nur wenige und der Menge bleibt es verschwiegen.

Donnerähnliches Krachen unterbrach die Stimme Napoleons und das Tonnengewölbe der Kirche schien geborsten. Durch den klaffenden Riß wurde der nächtliche Himmel sichtbar und die Sternbilder des Bären, des Orion, der Plejaden glitzerten wie Kometen auf. Ein gepanzerter Jüngling flog gegen den Hochaltar und schwang ein feueriges Schwert.

Und er rief: Betörte Welt, die sich selbst zerfleischt. Nahe ist das Gericht und ihr Menschen achtet dessen nicht. Seht um euch, ihr Schemen! Tanzen und lachen eure Nachkommen nicht, während unerbittliche Feinde das Sklavenjoch um ihre Nacken schmieden? Und betriegen sie sich selbst nicht, während ihr Vaterland besiegt ist? Schreit nicht die Rotte: Es gibt keinen Gott! Wo war er doch während der Kriegsjahre, statt uns beizustehen? Aber nur wenige drängt es jetzt auszurufen: Mea culpa! Mea maxima culpa! Man sucht nach Kriegsurhebern, nach Kriegswucherern, nach Verrätern. Die Balken will man in den Brand der Hölle schleudern und die Splitter der eigenen Genußsucht sieht man nicht! So wahr ich St. Michael bin und Gerechtigkeit übe —!

Die zürnende Stimme erstarb und die goldenen Flügel schlugen in Demut und Ehrfurcht über der herrlichen Gestalt zusammen, denn auf einer Silbersichel schwebte eine lichtumflossene Frauengestalt nieder. Ein süß klingender Chor stimmte an: Heil dir, Patrona Bavariae! Im Schimmer deiner Milde wird dies betörte Volk nicht untergehen. O, gib ihm Zeit, daß es sich auf sich selbst besinne, dann wird auch alte Tugend neu erstehen!

Und die Lichter erloschen, die Schemen verblaßten, dann herrschte wieder tiefes Dunkel in der Kirche und nur das Flämmchen des ewigen Lichtes zuckte manchmal wie ein Stern auf.

Vom Büchertisch.

Heinrich Luhmann: „Wo die Wälder Wache halten . . .“ Geschichten aus dem westfälischen Berglande. Hannover, Friedrich Gersbach. Pr. geb. 6 M. — Das Erstlingswerk eines Werdenden, Echten, in seiner Zielrichtung schon Ganzen. Wir Katholiken haben Grund, diesen jungen Dichter — ein solcher ist er ersichtlich — warm zu begrüßen, zu fördern. Denn er ist lauterster Gesinnung, durchglüht von Liebe zu Gott und den Menschen. Noch ungleich, aber vielversprechend in seiner bereits erworbenen Künstlerschaft. Das Wildromantische, dem er bisweilen zustrebt, liegt ihm am wenigsten. Sein Gebiet ist das stille Seelenland des Volkes, das er bereits kennt und liebt und widerzuspiegeln versteht wie nicht leicht einer, und die Herrlichkeiten der Naturstimmung in allen Schattierungen. Ein Duft der Unmittelbarkeit liegt über seiner Darstellung, der dem Empfänglichen sofort ins Herz geht und es gewinnen muß. In dem reichlichen Dutzend Erzählungen steht eine Reihe voll Kraft der Belebung, der Beseelung, der Schönheit des Ausdruckes: „Die guten Willens sind“, „Die Osteruhr“, „Die Maifahrt“, „Der Amerikapeter“, „Der alte Turm“, „Die Hasenwiege“, „Hoher Herbst“, die auf Meisterschaft deuten, während andere die Gärung noch nicht völlig überwunden, die Abklärung noch nicht ganz erreicht haben. Jedenfalls zählt Heinrich Luhmann unter jene, die als Berufene das Tor der Verheißung durchschreiten. E. M. Hamann.

M. Scharlau (Magda Alberti): **Kämpfe.** Erinnerungen und Bekenntnisse. Freiburg i. Br., Herder. 8° VIII und 282 S., kart. 6.50 M. — Ein tapferes Bekennerbuch, das leuchtet von Ehrlichkeit, Wahrheitsliebe, Ueberzeugungskraft, von dringendem Mut und suchender, strebender Gottsehnsucht. Ein Buch straffer Konsequenzziehung, die Hochachtung aufzwingt. Die Gründe der Veröffentlichung bringt das knapp gefaßte Vorwort, dem man schon anmerkt, daß in dem ganzen Buch kein einziger Versuch zu irgendwelcher Mätzchenmacherei zu finden sein wird. Wahrheit, Klarheit in schlichtem Gewande: das ist's, was diese holsteinische Pastorenfrau in den „Erinnerungen“ ihres langen Gottsucherweges zum katholischen Glaubensquell vor uns hinstellen möchte und auch wirklich hinstellt. Aber durchaus keine „nüchterne“ Wahrheit. Das Buch liest sich vielmehr erstaunlich fesselnd, ja spannend, und der Dichter, den wir zumal in den Romanen „Gesa Plitt“ (Bachem) und „Marain Augustin“ (Herder) kennen lernten, schaut uns auch hier mit tiefen, nicht selten von der Sonne des Humors getroffenen Augen an. Aber er bleibt immer sachlich, und von Stilisierung ist bei ihm schon gar keine Rede. Die Darstellung hat im Kern etwas Aufrüttelndes, und mancher katholische Leser dürfte, wenn er ehrlich ist, schamrot werden vor dieser heilsdurstigen Seele, die aus dem Irr- und Wirrgarten des Unglaubens heraus so glühend ersehnte, so unermüdlich erstrebte, was ihm selbst seit Beginn Besitz war, um den er sich vielleicht kaum je heiß bemühte. Viele andere werden Stählung und Trost, sehr viele kernhafte Anregung aus der Lektüre gewinnen — „viele, sehr viele“, denn mir schwant: Dies Buch wird rasch seinen Weg machen. M. Lund.

Um die höchsten Güter. Religionspolitische Gegenwartsfragen in Vorträgen, besonders für die katholische Frauenwelt. 8° 96 S. M 1.80. Paderborn, Schöningh, 1918. In dankenswerter Weise finden hier die alle treuen Kinder der Kirche tief bewegenden Gegenwartsfragen eine ruhige, verlässige Darstellung. Als Grundlage und Ausgangspunkt dient das am 20. Dezember des vorigen Jahres ausgegebene Sendschreiben des preußischen Gesamtepiskopates, dem mit Recht die Ueberschrift „ein tiefernstes Hirtenschreiben“ gegeben ist. Die ganze Tragweite der hier behandelten Fragen wird dann im einzelnen erörtert: die Notwendigkeit und gegenwärtige Gefährdung der Religion, die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von Kirche, Staat und Schule, die Bedeutung der Schule für Familie und Elternhaus, das Erfordernis konfessioneller Schulen, Einfluß und Gegenwartslage unserer Klöster, die Gewichtigkeit der in den kurzen Worten „Trennung von Kirche und Staat“ umschlossenen Fragen. Hierbei ergeben sich jeweils die dem überzeugten Katholiken obliegenden Pflichten, die mit eigener Bezugnahme auf die Frauenwelt und ihren neuen Pflichtenkreis behandelt und in einem wirksamen Schlußabschnitt „Das Gebot der Stunde“ zusammengefaßt sind. O. Heinz.

Friedensbote, Heimatkalender für 1919. Herausgegeben von P. Harasser S. J. und Franz Eichert. Verlag Joseph Habbel, Regensburg—Wien. Nicht Abbildungen von heimatlichen Städten, Landschaften u. dgl., auch nicht Darstellungen heimatlicher Volkskunst oder ähnliches bringt dieser „Heimatkalender“. Er macht seinem Namen höhere Ehre, denn in seinen Texten und Bildern spiegelt sich der Geist der deutschen Heimat. Ihr Geist, wie er war — und wie er, so Gott will, einst wieder werden wird. Der Geist der Frömmigkeit, der klaren Poesie, der reinen und hohen, von christlichem Geiste durchglühten Kunst, der Geist aller Ideale, die der deutschen Art uralte Zier gewesen. Dieser Geist edler Bildung hebt das Buch über den Standpunkt der üblichen Volksbücher solcher Art, macht es erfreulich für geistig hochstehende Leser und Beschauer, zumal für die gebildete katholische Familie. Die Herausgeber haben trefflichste Dichter, Schriftsteller und Künstler herangezogen. Erzählungen, Betrachtungen, wissenschaftliche Artikel lieferten u. a. A. Freiin von Krane, Dr. A. Wibbelt, B. Arens S. J., M. Köck-Gmeiner, R. Fabri de Fabris, Dr. R. v. Kralik; Gedichte findet man von Ilse Franke, M. Herbert u. a. Vorzüglich ist der Bilderschmuck. Er bringt farbige Nachbildungen von Gemälden M. v. Feuersteins, M. Schiestls, G. Kaus, F. Kunz'. Sehr tüchtig sind die Schwarzweiß-Zeichnungen von A. Reich. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Das Gesamtpersonal der ehemaligen Hoftheater hat den seit den Revolutionstagen die Geschäfte führenden Schauspieler Schwanneke mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit, der gegenüber die auf den Generalintendanten Freiherrn v. Franckenstein und den Operndirektor Bruno Walter gefallenen Stimmen ganz unbeträchtlich erscheinen, zum Intendanten gewählt. Dadurch, daß man den Mitgliedern und Angestellten der Nationaltheater die Befugnis erteilte, ihren Chef sich selbst zu erküren, zeigt es sich, daß man die ehemaligen königlichen Bühnen nicht lediglich verstaatlichen, sondern geradezu vergesellschaften will, wobei das zuständige Kultusministerium versprochen hat, das Defizit, welches in den letzten Jahren der Kgl. Zivilliste eine Million kostete, zu decken. Es ist natürlich verwunderlich, daß man solch schwerwiegende Entschlüsse wenige Tage vor den Parlamentswahlen vorgenommen und dem Landtag, der das „Recht" haben wird, die Mittel zu bewilligen, gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge eingeräumt hat. Die neue Leitung bittet um Geduld; die sei ihr gerne gewährt. Es handelt sich gar nicht um Personalfragen. Herr Schwanneke ist ein sehr begabter Schauspieler und hat für die Besserung der sozialen Lage der Bühnenleute in deren Standesvertretung seit Jahren eifrig gewirkt. Diese Tätigkeit spricht gewiß für seinen Charakter. Nun gibt es freilich Beispiele, daß der „Kollege" als Bühnenleiter schwerer als ein anderer die nötige Autorität zu behaupten vermag, und nirgends ist Disziplin — ein Wort, das in der Phraseologie unserer Tage allerdings gerne vermieden wird — nötiger, als beim Theater. Berichtet sei für heute noch, daß die Absicht herrscht, das Prinzregententheater als Volksbühne dem Nationaltheater anzugliedern. Wir haben es seinerzeit bedauert, als Possart wegen akustischer und technischer Schwierigkeiten die Klassikervorstellungen in diesem schlecht ausgenützten Wagnerfestspielhause eingestellt hat, und glauben auch, daß diese Hemmungen überwunden werden können. Auch hier werden die Hauptschwierigkeiten in der Bilanzierung liegen. Nach einer Blättermeldung trägt sich der Intendant mit der Hoffnung, die Nationaltheater in einigen Jahren ohne staatlichen Zuschuß führen zu können. Wir freuen uns dieses Optimismus, allein wenn die Allgemeinheit, wie wir hoffen und wünschen, auch in schweren Zeiten für diese Kulturaufgaben Opfer bringt, so möge sie sich besser nicht mit dem Gedanken trösten, daß diese Ausgaben vorübergehender Natur seien.

Schauspielhaus. Wie die im Residenztheater vielgespielte „selige Exzellenz" hat Leo W. Stein das Lustspiel „Ihr Papa" gemeinsam mit Rudolf Presber geschrieben. Das sichert den Figuren des gewandten Bühnenpraktikers ein gewisses Niveau; ein fein pointierter, anmutig beschwingter Dialog zwingt die Darsteller, die Wirkung ihrer alten, aber nett zugerichteten Lustspieltypen nicht in groben Uebertreibungen zu suchen. Das Stück bietet nicht mehr als leichte Unterhaltung, aber es ist geschickt und nicht ohne Geschmack gemacht. „Ihr Papa", ein noch jugendlicher, längst verwitweter Kavalier, liebt eine Künstlerin, die Hemmnisse der kleinen Residenz und der Klassenunterschiede würden nicht so leicht überwunden, wenn das Töchterchen nicht ein wenig nachhülfe. Bei dieser Gelegenheit kommt die niedliche Baronesse zu einem liebenswerten Naturburschen und begabten Maler, während ihr anfänglicher Verlobter, ein etwas stark vertrottelter Herr aus ahnenreichem Hause, leer ausgeht. Diese Vorgänge sind gewiß nicht aufregend, aber was das Publikum in stillen Zeiten als Mangel empfunden hätte, ist heute vielleicht von Vorteil. Gespielt wurde recht nett; vorzüglich von Günther und Auzinger.

Aus den Konzertsälen. Von den uns versprochenen Gastdirigenten des Konzertvereins hat bis jetzt nur einer die Schwierigkeiten des Reisens überwinden können. An den anderen Abenden sprang Hans Pfitzner ein. Nun hat der Konzertverein diesen Künstler, der nach München übergesiedelt ist, dauernd als musikalischen Führer gewonnen und wir dürfen uns von ihm Erfreuliches für unser Kunstleben versprechen. Pfitzner ist nicht nur ein namhafter Komponist, der „auch" dirigiert. Er ist ein Kapellmeister von besonderer Berufung; ein Mann, der jede Aufgabe, die er übernommen hat, restlos zu lösen bestrebt ist, der nichts mehr haßt, als Kompromisse. Das hat er als Operndirigent und Konservatoriumsleiter in Straßburg gezeigt, eine Tätigkeit, der der unglückliche Kriegsausgang ein Ende gesetzt hat. Im 5. Abonnementskonzert bot Pfitzner die Siebente Symphonie Beethovens, die dank seiner hinreißenden Interpretation zu einem starken künstlerischen Erlebnis wurde, wenn auch das Orchester rein technisch genommen alle künstlerischen Absichten des Dirigenten heute noch nicht voll zu verwirklichen vermag. Sehr gut war die Wiedergabe der „Variationen über ein eigenes Thema" von Georg Szell, die hier zur Erstaufführung gelangten. Szell ist ein Schüler von Richard Strauß, der den Einfluß seines Meisters in der bravourösen Orchestersprache und besonders in der Bläserbehandlung verrät. Er verfügt über reiche Klangpoesie und eine preziöse Mischung üppiger Klangfarben. Petschnikoffs Geigenkunst bewährte sich in Beethovens wirksam dargebotenem Violinkonzert. — Schmid-Lindner, Jani Szántó und Disclez haben sich zu einem Trio vereinigt, an dessen erstem Abend der Pianist stärker hervortrat gegenüber den an sich trefflichen Leistungen der beiden Streicher. Ihre beifällig aufgenommenen Wiedergaben von Werken Haydns, Mozarts und Beethovens boten viel des Schönen, werden aber bei weiterer Abtönung des Zusammenspieles noch gewinnen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Spartakus und Arbeitslosigkeit — Höherbewertung unserer Rentenanleihen — Konkurrenzunfähigkeit infolge Arbeitsminderung.

Die von Spartakus hervorgerufenen blutigen Strassenkämpfe in den grösseren Provinzstädten und vor allem in Berlin, Verkehrsstockungen und das Fehlen der Nachrichtenvermittlung durch das amtliche Telegraphenbureau liessen es ratsam erscheinen, die Berliner Börse auch nach der erfolgreichen Niederkämpfung der Bolschewisten geschlossen zu halten. Wiederum erweist sich als grosser Fehler, dass die deutsche Welt Berlin, diese von allen Leidenschaften zerrüttete Millionenstadt, als Zentrale ihres Wirtschafts- und Handelsorganismus bestellt hat. Kennzeichnend ist die Aeusserung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes: „Wenn man jetzt durch Deutschland fährt, so gewinnt man einen geradezu grauenhaften Eindruck, weil alles ruht und alles feiert und die Ruhe des Friedhofes auf diesem Lande der Arbeit liegt. Aber wir müssen aus dem jetzigen Zustande des Feierns heraus und wir müssen arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten, sonst erleben wir das entsetzlichste, was jemals in der Geschichte einem Volke beschieden gewesen ist!"

Die Arbeitslage ist im gesamten Deutschland überall die gleiche; trotz des Vorhandenseins von verhältnismässig übergrossem Stellenangebot in den verschiedensten Sparten, namentlich der Landwirtschaft, mehren sich in den Grossstädten die Zahl der Arbeitslosen und deren von Woche zu Woche über Gebühr und zumeist ohne Begründung verschärften Forderungen! Die Folge davon ist, dass die Industriebetriebe, welche bestrebt sind, sich für die Friedenswirtschaft umzustellen, um den Versand ihrer Erzeugnisse nach dem Auslande mit Hilfe früherer Verbindungen in die Wege zu leiten, in grosse Bedrängnis kommen und gegenüber der Konkurrenz der gleichartigen Auslandsindustrien nicht aufkommen können. Zur Bekämpfung dieser von Tag zu Tag immer noch grösser werdenden Arbeitslosigkeit wurde in München seitens des Ministeriums für soziale Fürsorge mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiterverbände wiederholt beraten. Es sollen paritätische Arbeitsausschüsse gebildet und den Ministerien zur Seite gestellt werden. Nach wie vor bleibt der Arbeitswille in unserm Lande das erste Grundgesetz, wenn nicht jede Wiedergewinnung der verlorenen Absatzgebiete aussichtslos sein soll. Wir dürfen nicht, wie es jetzt der Fall geworden ist, ein nur konsumierendes Volk bleiben, sondern müssen wiederum ein produzierendes Volk werden. Angesichts der etwas gebesserten Verkehrslage und Kohlenzufuhr wird es verhältnismässig leicht sein, wie dies auch die Wochenberichte der Staatskommissäre für Demobilmachung andeuten, eine solche Wirtschaftsänderung herbeizuführen. Vor allem muss den Arbeitnehmern der Ernst der Lage in Fleisch und Blut übergehen und die Arbeitslosigkeit, da ohne genügende Grundlage, verschwinden. Die Wirtschaftsaussichten hängen naturgemäss nach wie vor von dem kommenden Friedensschluss ab. Aus den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes, aus der angekündigten baldigen Aufhebung der Wirtschaftsblockade — die argentinischen Weizenpreise erlitten hierdurch bereits rapide Preisrückgänge, für Mais notiert sogar schon der Friedenskurs — und nicht zuletzt aus den — allerdings schwer zu kontrollierenden — Meldungen über die unsichere Haltung der Ententetruppen, sowie aus der Unabhängigkeitserklärung Irlands kann man schliesslich auf baldige klärende Friedensverhandlungen zu schliessen geneigt sein.

Mit nicht geringerer Aufmerksamkeit verfolgen unsere Wirtschaftskreise das Ergebnis der Wahlen in den Bundesstaaten. An den intakt gebliebenen Provinzbörsen vollzog sich eine Tendenzbefestigung. Angesichts der grossen Geldflüssigkeit und des starken Anlagebedürfnisses vermehrte sich das Interesse für festverzinsliche Werte, von denen Kriegsanleihe, namentlich in Rücksicht auf Steuerzahlungszwecke, erheblich im Kurse anziehen konnten. Auch die von den Grossbanken in jüngster Zeit übernommenen Millionenanleihen der Städte Essen, Köln, Halle, Kassel, Frankfurt a. M. wurden an die Kundschaft rasch ausverkauft. Umso bedauerlicher ist die auch von Geheimrat Dr. Heim im „Bayerischen Kurier" gebrandmarkte Tatsache, dass besonders Hamburger und Mannheimer Firmen deutsche Kriegsanleihen unter dem Kurse auf Auslandsrechnung aufkaufen! Massnahmen hiergegen werden gefordert. Auch die Papiergeldüberschwemmung, bedingt durch die zur Geldentwertung führende Finanzpolitik der jüngsten Zeit, ist ein äusserst bedenkliches Kapitel. Aus den summarischen Angaben der Wochenausweise der Reichsbank ergibt sich das Vorhandensein von rund 36 Milliarden Zwangspapiergeld (Reichskassen- und Darlehenskassenscheine), ungeachtet der ebenfalls enormen Ziffer der Notgelder von Kommunen und Privatunternehmungen. Nachweisbar wird diese durch Notenhamsterei geförderte Geldentwertung nicht zuletzt hervorgerufen durch lebhaften Banknotenhandel in den früher von uns besetzten und den neutralen Ländern. Diese übermässige Inanspruchnahme des Staatskredites ist die Ursache jener enormen Preistreibereien in Produkten und Artikeln des täglichen Bedarfes und mit daran schuld, dass der Abbau der Kriegswirtschaft und eine zufriedenstellende Lösung der Lohnfragen immer wieder verhindert wird.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die Kandidaten der Bayerischen Volkspartei für die Deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

I. Oberbayern und Schwaben.

1. **Irl Martin,** Malermeister, Erding
2. **Mayer Dr. Wilhelm,** Rechtsanwalt, München
3. **Schwarzer Rudolf,** Arbeitersekretär, München
4. **Jand Joseph,** Schmiedmeister, Holzkirchen
5. **Hebel Benedikt,** Domkapitular, Augsburg
6. **Zettler Marie,** Sozialsekretärin, München
7. **Weizler Franz,** Gewerkschaftssekretär, München
8. **Merk Wilhelm,** Gutsbesitzer, Grundnerhof b. Gmund am Tegernsee
9. **Emminger Erich,** Amtsrichter, Augsburg
10. **Mayer Franz,** Bürgermeister, Ammerang b. Wasserburg
11. **Oblinger Anton,** Bauer und Schmiedmeister, Unterglauheim b. Höchstädt a. D.
12. **Held Xaver,** Bauerssohn, Rechlfing
13. **Gnutner August,** Buchbindermeister, Türkheim/Schw.
14. **Ranner Balthasar,** Oekonom und Magistratsrat, Aßlkofen/Ebersberg, Obb.
15. **Rothörl Johann,** Gewerkschaftssekretär, Augsburg.

II. Niederbayern und Oberpfalz.

1. **Heim Dr. Georg,** Genossenschaftsdirektor, Regensburg
2. **Stapfer Michael,** Bauer, Schlupfing, Post Pocking.
3. **Schirmer Karl,** Arbeitersekretär, Pasing
4. **Taucher Dr. Eugen,** Justizrat und Rechtsanwalt, Amberg
5. **Schefbek Joseph,** Bäckermeister, Straubing
6. **Baumer Eduard,** Ingenieur und Installationsgeschäftsinhaber, Regensburg
7. **Schädlbauer Ferdinand,** Gutsbesitzer, Prackenbach.
8. **Lederer Franz,** Pfarrer, Lupburg
9. **Keim Dr. Joseph,** Gymnasiallehrer, Straubing

III. Ober-, Mittel- und Unterfranken.

1. **Tremmel Peter,** Gewerkschaftssekretär, Aschaffenburg
2. **Leicht Johann,** Domkapitular, Bamberg
3. **Gerstenberger Liborius,** Verlagsdirektor, Würzburg
4. **Beyerle Dr. jur. Konrad,** Universitätsprofessor, München
5. **Schneider Alexander,** Amtsgerichtssekretär, Nürnberg
6. **Schmitt Franz,** Großkaufmann, Würzburg
7. **Riedl Fanny,** Lehrerin, Nürnberg
8. **Ettlinger Olga,** Lehrerin, Aschaffenburg
9. **Schneller Luise,** Medizinalratstochter, Bamberg
10. **Bonengel Bruno,** Landwirt, Schnackenwerth bei Schweinfurt
11. **Dörfler Hans,** Landwirtschaftslehrer, Bamberg
12. **Troßmann Karl,** Schriftleiter, Nürnberg
13. **Geupert Alois,** Forstassistent, Steinach
14. **Roppelt Andreas,** Gewerkschaftssekretär, Bamberg.

IV. Pfalz.

1. **Richter Johann Sophian,** Steuerinspektor, Landau
2. **Hofmann Hermann,** Oberlehrer und Stadtrat, Ludwigshafen a. Rh.
3. **Holden Dr. Hugo,** Verbandsdirektor der Raiffeisenschen Genossenschaften, Ludwigshafen a. Rh.
4. **Bernzott Karl,** Arbeitersekretär, Landau
5. Frau Prokurist **Schmitt Therese,** Ludwigshafen am Rhein
6. **Wünstel Eduard,** Landwirt und Bürgermeister, Hatzenbühl.



Wähler und Wählerinnen!

Die **Bayerische Volkspartei** ist eine freiheitlich-demokratische und christliche Partei. Sie fordert Freiheit und Gleichberechtigung für alle.

Die **Bayerische Volkspartei** steht geschlossen auf dem Boden des bundesstaatlichen Reichsgedankens. Sie weist den Plan einer sozialistischen Einheitsrepublik ebenso zurück wie das Auseinanderfallen des Reiches in ein Nebeneinander von unabhängigen Staaten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker eröffnet ihr die Möglichkeit der Ausdehnung des Bundes auf das gesamte deutschstämmige Volk.

Die **Bayerische Volkspartei** verlangt eine freie, unbeeinflußte, geheime Volksabstimmung über die Frage der Regierungsform, ob demokratische Republik oder demokratische Monarchie. Die unterliegenden Anhänger der einen Regierungsform dürfen in der durch den Willen des Volkes bestimmten Staatsform ihre ehrliche Mitarbeit nicht verweigern.

Die **Bayerische Volkspartei** lehnt jede einseitige Klassenherrschaft ab und jede Art von Terror.

Die **Bayerische Volkspartei** erstrebt den gerechten Ausgleich der Interessen aller Stände und Berufe.

Die **Bayerische Volkspartei** steht mit klaren, hohen Zielen im politischen Kampf. Ihr Parteiprogramm, ihr Schulprogramm, ihr Agrarprogramm legen Zeugnis ab von ihrem lauteren demokratischen Streben.

Es ist nicht wahr,

daß die **Bayerische Volkspartei** die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt. Man lese ihr Agrarprogramm! Ihre Führer haben sich übereinstimmend für das Festhalten am Reiche ausgesprochen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt.

Die **Bayerische Volkspartei** rückt entschieden ab von der Sozialdemokratie aller Schattierungen und Färbungen, einschließlich der sogenannten „Deutschen" Volkspartei in Bayern (der Deutschen demokratischen Partei), die sich kaum um Haaresbreite von der Sozialdemokratie unterscheidet.

Die **Bayerische Volkspartei** weist entschieden alle Verleumdungen und Aussprengungen all dieser Gegner zurück, die sich der illoyalsten Mittel bedienen, um Geschäfte zu machen.

Das gesunde politische Verständnis läßt die Massen diese unlautere Hetze durchschauen, und so geben die Wähler und Wählerinnen ihre Stimme in hellen Scharen der

Bayerischen Volkspartei.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 4. Januar, früh $5^1/_4$ Uhr unsere innigstgeliebte Mutter, die wohlehrwürdige

Frau

M. Sebastiana Bauer

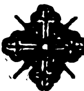
Oberin und Jubilarin,

nach längerem schweren Leiden, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbsakramente, im Alter von nahezu 70 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Die teure Verstorbene wirkte segensreich 32 Jahre als Lehrerin und $18^1/_2$ Jahre als Oberin unseres Hauses. Wir empfehlen sie dem Memento am Altar und dem frommen Gebete der Gönner und Freunde des Institutes.

Trostberg, Januar 1919.

Englisches Institut Trostberg.

Todes-  Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 3. Januar früh 4 Uhr nach längerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbsakramenten, seinen treuen Diener, den Hochw.

Herrn Ludwig Reich

ehemals Koadjutor zu Törwang

in ein besseres Jenseits abzurufen. Es bitten um frommes Gedenken, besonders um ein Memento seiner H. H. Mitbrüder

Kuglberg bei Wasserburg, Januar 1919.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen.

Der erste heilige Seelengottesdienst mit darauffolgender Beerdigung fand am Samstag, den 11. Januar 1919 in der Stadtpfarrkirche zu Wasserburg statt. Der zweite heilige Seelengottesdienst wird daselbst am Mittwoch, den 15. Januar, früh 8 Uhr, abgehalten.

Du hast doch ein Gewissen?

Du glaubst an einen Gott?

Liebst Deinen Glauben? Anerkennst Deine Verantwortung für die christliche Erziehung Deiner Kinder? Bist überzeugt von der Untrennbarkeit von öffentlicher Sittlichkeit und Volksgedeih?
Bei welcher Partei glaubst Du Dein Interesse am Gottesglauben, an Deiner Kindererziehung durch Familie und Kirche geborgen?
Es ist keine andere Partei als die

Bayerische Volkspartei!

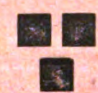
19. Januar 1919.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 4

25. Januar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3,50
Einzelnummer
30 Pfg.



Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5× gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 4 München, 25. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Das Ringen um die Neuordnung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Mit den Wahlen für die konstituierende deutsche Nationalversammlung hat der Wahlmonat Januar seinen Höhepunkt überschritten. Der kommende Sonntag der preußischen Wahlen soll das Gesamtbild des Stimmzettel-Ringens um die Neuordnung, das die beiden ersten Monatssonntage in den süddeutschen Staaten eingeleitet hatten, vervollständigen bis auf wenige, aber den Charakter des Ganzen wohl kaum mehr ändernde Striche, welche die noch ausstehenden Wahlen in einzelnen Staaten hinzufügen werden. Die Eigenart und damit die außerordentliche Bedeutung aller dieser Wahlen beruht auf dem Umstande, daß hier zum ersten Male das deutsche Volk seinen Willen äußerte auf Grund eines Wahlrechts, das jede einzelne Stimme in ihrer Gleichwertigkeit zum Ausdruck kommen läßt und so ein möglichst lückenloses Bild der Volksstimmung darbietet, dann aber auf dem Umstande, daß diese Wahlen die innerpolitische Liquidation des Weltkrieges darstellen, die Abrechnung über diese mit einer Katastrophe ohnegleichen geendete schicksalschwerste Periode deutscher Geschichte — eine Periode, welche die guten wie die schlechten Eigenschaften des deutschen Volkes, oder besser gesagt, die Licht- wie die Nachtseiten seines gegenwärtigen Kulturstandes bis in ihre letzten Wurzeln hinein bloßgelegt hat.

Wertet man von diesem Gesichtspunkte aus die Wahlergebnisse, so wird man das Anwachsen der radikalen Stimmen, besonders der sozialdemokratischen erklärlich finden, anderseits aber die Behauptung der Position der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums und der aus ihm hervorgegangenen neuen Parteibildungen als einen erfreulichen Erfolg buchen können, ein Zeugnis für die politische Einsicht und Reife weiter Volkskreise. Allerdings wird man auch mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß die Radikalisierung der Volksstimmung in noch höherem Maße würde in die Erscheinung getreten sein, wenn nicht gleichzeitig mit dem verlorenen Krieg eine zweimonatige Revolutionsherrschaft zu liquidieren gewesen wäre. Die entsetzlichen Verwüstungen, welche diese wenigen Wochen namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete angerichtet haben, der schonungslose Terror des radikalen und bolschewistischen Flügels der Revolutionsmänner, die vorzeitige Enthüllung des kirchen- und schulpolitischen Programms der Sozialdemokratie, die offensichtliche Unfähigkeit des gemäßigten Flügels, wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen den Niedergang und die Niederreißung zu ergreifen, geschweige denn aufbauende Arbeit zu leisten — dies alles hat doch manchen, die vielleicht aus Verärgerung zur Abgabe eines radikalen Stimmzettels geneigt gewesen wären, die Augen geöffnet, und zwar um so mehr, je unmittelbarer das aufklärende Wort oder der Augenschein wirkte. Daher der relativ günstigere Ausfall der Wahlen in den Städten, der stellenweise ungünstige Ausfall auf dem Land, namentlich in Bayern. Hier hat neben der Sozialdemokratie der im radikalen Fahrwasser segelnde Bauernbund überraschende Fortschritte gemacht. Nicht unberücksichtigt darf allerdings hierbei die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben, die von der Revolutionsregierung bis in die kleinsten Orte hinein errichtet worden sind mit dem ausgesprochenen Mandat, „dahin zu wirken, daß der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft so fest und tief Wurzel faßt, daß die Wahlen die provisorische Ordnung der Dinge bestätigen und befestigen werden.“ Es ist klar, daß in kleinstädtischen und bäuerlichen Verhältnissen die Argumente dieser Räte, die meist tatsächlich die behördliche und die alleinige Waffengewalt in Händen haben, eindringlicher wirken können als in größeren Städten, wo die Herrschaften in ihren Kasernen unter sich sind und unmittelbaren Einfluß nur auf ihre Kameraden haben. Vom Standpunkt Kurt Eisners begreift es sich daher auch, daß er diese bewährte Institution zu einer dauernden machen, zu einer Art Neben- und Ueberregierung gegenüber dem neuen Landtag erheben möchte, um auf diese Art seine durch die Wahlen erschütterte Herrschaft zu retten und die Ueberführung in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erzwingen. Man erstrebt daher die verfassungsmäßige Eingliederung der A.-, S.- und B.-Räte in den organisatorischen Aufbau der sozialistischen Republik und Bestätigung der von der Regierung dem Landtag vorzulegenden Verfassung durch die genannten Räte. Nimmt man dazu die vorerwähnte, den Räten in den von der Regierung erlassenen Bestimmungen übertragene Propaganda für die Einbürgerung des sozialistischen Geistes in Staat und Gesellschaft, sowie die ihnen gewährte Befugnis, Anträge auf Entsetzungen und Einstellungen von Beamten zu stellen, so dürfte über die wahre Natur und Aufgabe der Räte kein Zweifel mehr bestehen. Dabei sei bemerkt, daß die amtliche Bekanntmachung des bayerischen Ministeriums des Innern („Staatsztg.“ Nr. 14), die den drohenden Zusammenbruch unseres Ernährungssystems auf das Schwinden der Autorität der Behörden zurückführt, sagt, daß die A.-, S.- und B.-Räte an dieser Entwicklung vielfach Schuld trügen. Die mehrheitssozialistische „M. Post“ (Nr. 13) erinnert anläßlich des Todes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg daran, daß diese beiden „über den Untergang aller bürgerlichen Freiheiten, über die Vernichtung des Parlamentarismus hinweg die sozialistische Republik der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland errichten“ wollten mit dem „großen Ziel der proletarischen Weltrevolution, die nach ihrer Ueberzeugung nur unter der Herrschaft der allgemeinen Räte-Republiken triumphieren konnte.“ Daher hätten sie in ihrem Programm vom 14. Dezember 1918 den lapidaren Satz geprägt: „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Uebernahme ihrer Funktionen durch die A.- und S.-Räte, sowie deren Ausschüsse und Organe.“ Zeigt sich nicht die Verwandtschaft bolschewistischer Gedankengänge, wenn Kurt Eisner in so auffallender Weise die Sicherung einer überragenden Machtstellung der Räte betreibt, während er gleichzeitig die Berliner Regierung wegen ihres Vorgehens gegen die Spartakiden schmäht und seinerseits jede Gewaltanwendung gegen diese Elemente ablehnt? Das Ringen um die Neuordnung wird daher im bayerischen Landtag wie auch anderswo sich nicht in letzter Linie um die Räte drehen; sein Ausgang wird entscheidend sein für den künftigen Kurs unserer inneren, besonders der Wirtschaftspolitik. Setzen sich die Parlamente gegenüber den erwähnten Widerständen durch, so ist die Einführung der rein sozialistischen Wirtschaft ausgeschlossen, da die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben. Dies gilt sowohl von den Landtagen der Einzelstaaten wie von der konstituierenden deutschen Nationalversammlung; sie wird, nach den zur Stunde vorliegenden Wahlergebnissen (vgl. unten S. 40) zu schließen, eine genügend starke bürgerliche Mehrheit aufweisen, um Experimente auszuschalten, die unser ohnehin am Abgrund stehendes Wirtschaftsleben völlig zugrunde richten würden.

Anders dagegen liegen die Aussichten bezüglich der Kulturpolitik. In keinem Parlament besteht mehr eine positiv

gerichtete Mehrheit, überall geben die Demokraten den Ausschlag, in Bayern neben dem Bauernbund. Die demokratischen Partei- und Wahlprogramme drücken sich in den Kirchen- und Schulfragen zwar ziemlich zahm und vorsichtig aus, sie sprechen von Wahrung des Besitzes und der geschichtlichen Rechtsansprüche der Kirche, von Schonung der religiösen Empfindungen des Volkes und Ermöglichung der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse seitens der Kirchengemeinschaften, Gelegenheit des Religionsunterrichts in der Schule, aber es wird sich zeigen, wieweit die Demokraten in der Praxis den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenkommen werden. Der Reichstag hatte bisher in diesen Angelegenheiten nichts dreinzureden, allein es besteht die Absicht, in die neue Reichsverfassung gewisse grundlegnde Bestimmungen hineinzuarbeiten. Die Paragraphen des Verfassungsentwurfs über die Zuständigkeit des Reiches in Fragen der Kirche und Schule (Grundrechte) können je nach ihrer Anwendung der Gesetzgebung der Einzelstaaten in weitem Maße präjudizieren. Diese wenigen Hinweise lassen den Ernst der Lage erkennen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben; das Ringen um die Neuordnung auf dem kulturellen Gebiete wird aller Voraussicht nach im Zeichen schwerster Kämpfe stehen. Soll die christliche Kultur nicht ganz zur Einflußlosigkeit im öffentlichen Leben heruntergedrückt sein, so müssen wir alle Kräfte bis zum äußersten anspannen und entwickeln. Dazu gehört neben der Pflege der bestehenden Vereinigungen auf den Gebieten des kirchlichen Lebens, der Schule, Caritas, Sozialpolitik, Wissenschaft, Kunst usw. auch eine bis ins kleinste ausgebaute, kräftig funktionierende Parteiorganisation, die alle auf dem Boden positiv-christlicher Weltanschauung Stehenden zu erfassen und dauernd in lebendiger Verbindung zu erhalten strebt. Die Zeiten des nur durch kurze Wahlperioden unterbrochenen parteipolitischen Winterschlafs sind vorbei. Organisation und Arbeit! In diesem Zeichen wird das Ringen um die Neugestaltung mit Erfolg bestanden werden.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Reichswahl und ihre letzten Gefahren.

Bis zur nationalen Wahlurne sind wir gelangt; auch bis zur Verlängerung des Waffenstillstandes per tot discrimina rerum. Das ist schon etwas.

Am Abend des Wahltags kann ich aus meinem Gesichtskreis nur melden, daß in Berlin das Wahlgeschäft sich regelrecht abgewickelt hat unter gehörigen Sicherungsmaßregeln für die Wahlräume und unter sehr starker Beteiligung der Wähler. Vom technischen Standpunkt war nur zu bemängeln, daß hier die Zahl der Stimmbezirke (831) für die Masse von fast anderthalb Millionen Wahlberechtigter zu knapp bemessen war. Wenn auf jedes Wahllokal gegen 2000 Wähler entfallen, so kommt es zu langwierigen Polonäsen, die für schwächliche und alte Leute schrecklich sind. Nachdem die Regierung ihre Ohnmacht überwunden hat, wurden wartende Wählerinnen von physischer Ohnmacht heimgesucht. Der Andrang und die Ausdauer waren übrigens ein gutes Zeichen für die Volksgesinnung.

Inwieweit die Bolschewisten in anderen Orten eine Störung der Wahl versucht oder gar erreicht haben, ließ sich bis zur Drucklegung dieser Nummer noch nicht im einzelnen feststellen. Neuerdings hat sich die Lage insofern verschoben, als nicht mehr der große Hexenkessel Berlin, sondern mehrere kleinere Hexenkessel im Reiche die ärgsten Giftblasen aufwarfen. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Wirkung, die der überraschende tragische Tod der beiden Spartakusführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgelöst hat.

Liebknecht ist bei einem Fluchtversuche getötet worden, als die Wachmannschaft vorschriftsmäßig auf den Fliehenden schoß. Rosa Luxemburg ist bei dem Transport von der erbitterten Volksmenge geschlagen und erschossen worden, und dann hat man den bewußtlosen Körper entführt. Wer? Wohin? Lebendig oder tot? Das ist noch in Dunkel gehüllt. Die „Unabhängigen", als getreue Handlanger der Spartakiden, stellten sofort die hetzerische Behauptung auf, Liebknecht sei nicht von hinten, sondern von vorn erschossen, also von der Wachmannschaft ermordet worden, und die Regierung habe die Vergewaltigung der Rosa Luxemburg absichtlich nicht verhindert. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Anschuldigungen liegt auf der Hand; denn sowohl die Wachmannschaft als die Regierung selbst konnten keinen anderen Wunsch haben, als die Verhafteten regelrecht ins Gefängnis und vor das Gericht zu bringen. Absichtliches oder fahrlässiges Blutvergießen wäre in diesem Fall mehr als ein Verbrechen, nämlich eine Dummheit ersten Ranges gewesen. Trotzdem wurde von den Unabhängigen die Parole eines allgemeinen Entrüstungsstreiks ausgegeben. Bezeichnenderweise fand dieser neue Versuch der Ruhestörung und der Regierungsstürzerei in Berlin selbst keinen Anklang. Dagegen kam es zu Krawallen in Hamburg und verschiedenen Provinzstädten. Auch wurde die Gelegenheit benutzt, um die gefährliche Streikbewegung, namentlich im westlichen Industriegebiete, weiter zu beleben.

Zwischen Lipp- und Kelchesrand könne immer noch ein störender Rückschlag eintreten, wurde vorige Woche an dieser Stelle gesagt. Das jähe Ende des führenden Bolschewistenpaares bildet eine solche Ueberraschung. Die abschreckende Wirkung wird vorläufig durch die erbitternde Wirkung überwogen.

So ist die gegenwärtige Regierung auch nach ihrem Siege in Berlin wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Sie soll in den tumultuösen Städten die Ordnung wieder herstellen, und hat dort nicht die zuverlässigen Truppenkräfte wie in Berlin. Sie soll den Stillstand der Bergwerke verhüten, der im Westen unseren ganzen Wirtschaftsbetrieb bedroht und in Oberschlesien sogar den Bestand der versaufenden Gruben in Frage stellt. Ob die angeordnete Staatskontrolle als Vorläuferin der Sozialisierung das Streikfieber zu beschwören vermag, ist erst abzuwarten; die Revolution hat die Massen geradezu unvernünftig gemacht. Ferner soll die Regierung für die Rettung der vergewaltigten Deutschen in den Ostmarken sorgen; die dafür bestimmten Truppen braucht sie aber größtenteils zunächst in Berlin. Dahinter erhebt sich die Frage: An welchem Ort soll die Nationalversammlung tagen?

Viele Berliner schöpfen neue Hoffnung aus der Beruhigung ihrer Stadt und machen geltend, daß eigentlich keine andere Stadt der Volksvertretung mehr Sicherheit bieten würde als Berlin unter der gegenwärtigen starken Ordnungswehr. Man muß anerkennen, daß in jeder anderen Stadt noch umfangreiche und kostspielige Vorrichtungen notwendig sind für die Unterbringung und die Sicherung der Nationalversammlung und ihres Zubehörs. Anderseits hat der Abscheu vor Berlin so weit und tief um sich gegriffen, daß ein Rückgriff auf die alte „Reichshauptstadt" heftigen Widerspruch finden würde. Schließlich kommt es weniger auf den Ort an, als auf die schnelle Einberufung und auf die zuverlässige Gewähr für die wirksame Arbeit.

Vom Wahlergebnis lagen im Augenblicke der Drucklegung einigermaßen abschließende Ziffern nur aus Bayern vor. Es erhielten: Bayer. Volkspartei 15, Sozialdemokratie 14, Bauernbund 4, Deutsche Volkspartei 4 Sitze, Unabh. Sozialdemokratie 1, Nationalliberale und Mittelpartei 1 Sitz.

Rechtzeitig vor dem Wahltag ist noch die Nachricht eingetroffen von der **Verlängerung des Waffenstillstandes.**

Mit gemischten Gefühlen nehmen wir die Kunde auf. Nur eine weitere Galgenfrist von einem Monat und harte Bedingungen! Aber doch ist der Vormarsch der feindlichen Truppen in das wehrlose Reich noch einmal vermieden und unsere Unterhändler in Trier haben mit Geschick und Geduld doch einige Milderungen teils durchgesetzt, teils angebahnt. Der Bettler muß für jede Gabe und sogar für jedes Versprechen dankbar sein.

Den Kernpunkt der Verhandlungen in Trier bildete die überraschende Forderung der Entente, daß wir an Stelle der fehlenden Lokomotiven und Waggons landwirtschaftliche Maschinen für Frankreich liefern sollen. Das wirkte erschreckend, weil wir eine Schädigung unseres eigenen Ackerbaues und also eine Gefährdung der Ernährung befürchten müßten. Unsere Unterhändler haben nun erreicht, daß die Ablieferungstermine und die sonstigen Bedingungen derartig geregelt sind, um die Herstellung neuer Maschinen zu ermöglichen. Die Belastung trifft also unsere Landwirtschaft nur insofern, als ihr die Ergänzung ihrer Hilfsmittel für die nächsten Monate erschwert wird; das Vorhandene bleibt unangetastet. Die Industrie bekommt eine neue Aufgabe, und deshalb erscheinen alle Streiks oder sonstige Beeinträchtigungen der Produktion erst recht als ein Verbrechen am ringenden Vaterland.

Die Behauptung der Franzosen, daß sie für die Wiederherstellung der Landwirtschaft in den zerstörten Gebieten diese Maschinen noch notwendiger hätten als wir, kann man nicht als vollgültig anerkennen. Sie könnten ihre Hilfsmittel aus den verbündeten Industrieländern England und Amerika beziehen. Sie halten sich aber an das Vae victis. Unsere Unterhändler konnten natürlich nur auf Milderungen, nicht auf Ablehnung

hinarbeiten. Sie mußten das kleinere Uebel sich gefallen lassen. Offenbar ist diese Maschinenkontribution ein kleineres Uebel, als die weitere Besetzung des rechtsrheinischen Deutschland, und vermutlich auch ein kleineres Uebel, als die Ablieferung der rückständigen Lokomotiven und Waggons, die unseren ganzen Verkehr und auch die Volksversorgung in Frage stellen würde.

Erzberger und seine Genossen haben auch noch Erleichterungen für die Zukunft angebahnt. Sie haben den General Foch, der sich früher als ganz unzugänglich zeigte, zu einem gewissen Entgegenkommen bewogen. Er hat sich gegen die scharfen Eingriffe des französischen Finanzkontrolleurs in die privatrechtlichen Angelegenheiten der Deutschen ausgesprochen, und in einem Briefwechsel mit Erzberger erklärt er sich bereit, die Wünsche auf Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen, namentlich der Verwundeten, der Kranken und der älteren Schichten, sowie auf Erleichterung des Warenaustausches zwischen den besetzten und den unbesetzten Teilen Deutschlands weiter zu geben. Noch kein greifbarer Erfolg, aber doch verbesserte Aussichten. Das Eis um die Herzen der Sieger zeigt doch einige Ansätze zum Schmelzen.

Daß Herr Clemenceau zum Vorsitzenden der Friedenskonferenz der Alliierten gewählt worden ist, kann uns nicht erfreuen, aber nach Lage der Verhältnisse auch nicht überraschen, ebensowenig die Revancherede, mit der Poincaré die Konferenz eröffnet hat. Das Heil hängt nicht von dem formellen Präsidenten ab, sondern von Herrn Wilson. Dessen Freunde behaupten, sein Friedens- und Völkerbundsprogramm habe sich fortgesetzt mehr Anklang und Gewicht verschafft. Foch hat gelegentlich geäußert, bis zum 1. Juni werde der Friede fertig sein. Möge er recht behalten! Das deutsche Volk hat durch die Wahl der Nationalversammlung das seinige getan, und die provisorische Regierung wird hoffentlich für die Verhinderung von weiteren Ruhestörungen auch das ihrige tun.

Der Besuch des Präsidenten Wilson bei Papst Benedikt XV.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Wilsons Besuch bei Papst Benedikt XV. ist zur Tatsache geworden und der Hl. Stuhl kann damit für sich einen großen diplomatischen Erfolg, für die seiner Sorge anvertraute Menschheit eine Stärkung ihrer Hoffnungen auf einen gerechten Frieden buchen.

Heute tritt mit aller Deutlichkeit der dieses Ereignis vorbereitende Charakter der Mission des Erzbischofs Cerretti hervor, ja, es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß diesem Prälaten eine dreifache Aufgabe gestellt war, wovon zwei Drittel als erfolgreich durchgeführt angesehen werden dürfen. Msgr. Cerretti war vor allem Träger einer vielleicht mündlichen, wahrscheinlicher schriftlichen Einladung Papst Benedikt XV. zu einem Besuche im Vatikan. Die Mailänder „Italia", deren zuverlässig unterrichtetem vatikanischen Korrespondenten wir folgen, sagt uns, „der Hl. Vater hat die Unterredung mit Wilson gewünscht, um diesem die Grundlinien der vatikanischen Politik während des Krieges sowie den allgemeinen Standpunkt der katholischen Kirche am Vorabende des Friedensschlusses darzulegen", er hebt aber auch hervor, daß in der Aussprache Msgr. Cerrettis mit Wilson „die von der vatikanischen Diplomatie bereits vorbereiteten kirchlichen Fragen und bestimmte politische Grundsätze zur Wahrung des künftigen Friedens mit Hilfe des Völkerbundes bestätigt wurden." Mit gutem Rechte dürfen wir auch in diesen Worten die Ergänzung der vierzehn Punkte Wilsons zur Befestigung des religiösen und konfessionellen Friedens erblicken; die Uebereinstimmung dieser Aufschlüsse mit der jüngst an dieser Stelle[1]) angeführten Stimme aus der Wiener „Reichspost" springt ohne weiteres in die Augen und wir halten uns daher für berechtigt, die Richtigkeit der beiden übereinstimmenden und sich ergänzenden Meldungen anzunehmen.

Trotz der gleichfalls vorliegenden Behauptung, Wilson habe sich der Zustimmung seiner Bundesgenossen versichert, ehe er den Besuch im Vatikan machte, wagen wir zu sagen, daß insbesondere Italien sie nur mit innerem Widerstreben erteilte; es mußte ja, denn es hat sich durch seine den Wilsonschen Grundsätzen widersprechende imperialistische Politik ohnehin die Neigungen Amerikas stark verscherzt und durfte daher nicht noch weiter gehen, wollte es nicht auch noch naheliegende Zweifel an der Ehrlichkeit seiner Haltung gegenüber dem Vatikan wachrufen.

[1]) „Allgemeine Rundschau" Nr. 2, S. 17.

Der Besuch scheint den einschlägigen Berichten zufolge herzlichen Charakter getragen zu haben. Die einviertelstündige Unterredung in der Privatbibliothek des Papstes vermittelte Msgr. O'Hearn, der Rektor des nordamerikanischen Kollegs, als Dolmetscher. Wenn „Secolo", der dem Vatikan niemals eine Genugtuung gönnt, versichert, man sei dort über das Ergebnis hoch befriedigt, so haben wir allen Grund, dieser Versicherung mehr zu glauben, als anderen Blättern, die sich allerdings mehr in der Betonung ihrer eigenen Wünsche gefallen.

Die Frage der Zulassung des Papstes zur Friedenskonferenz findet in allen Erörterungen des Wilsonbesuches auffallenderweise keine Erwähnung. Msgr. Cerretti hat sie in der dem „Matin" gewährten Unterredung als verfrüht bezeichnet und betont, „bezüglich der Teilnahme des Hl. Stuhles sei es an der eigentlichen Friedenskonferenz, sei es an den universellen Konferenzen, welche ihr folgen könnten, besitzt der Papst keine vorgefaßten Ideen. Nur im Falle einer an ihn ergehenden Einladung würde er sich damit befassen." Es liegen Stimmen vor, welche diese Zulassung bestreiten, und es besteht der Anschein, als habe man die Ablehnung mit der in der Zusatzklausel zum Londoner Abkommen enthaltenen Vereinbarung begründet, daß nur kriegführende Mächte an der Friedenskonferenz teilzunehmen berechtigt sein sollten. Immerhin möchten wir nicht unterlassen, auf die Unterscheidung hinzuweisen, welche der Prälat zwischen möglichen verschiedenen Konferenzen macht.

Gegenüber dem hartnäckigen Bestreben des italienischen Ministers des Aeußern, den Papst nach Möglichkeit beiseite zu setzen und an der Ausübung seiner ihm verbürgten Souveränitätspflichten zu hindern — man denke an das Schicksal der Friedensnote —, bedeutet Wilsons Besuch im Vatikan wahrhaftig mehr als das, was „Secolo" und französische Blätter in ihm erblicken wollen, nämlich nur einen Ausdruck der Höflichkeit; er ist unleugbar ein diplomatischer Erfolg und wir wünschen nicht nur, daß diesem äußerlichen Erfolge auch der innere entsprechen möge, nämlich, daß die Bestrebungen des Papstes hinsichtlich des Völkerfriedens auf religiösem Gebiete ihre baldige Verwirklichung erfahren, sondern wir glauben nach gewissenhafter Prüfung aller Zusammenhänge und Aeußerungen, daß wir uns auf gutem Wege zu dem von Benedikt XV. angestrebten Ziele befinden.

Entente und Streik.

Von Hauptmann a. D. Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Aus Deutschland kommen Nachrichten von Arbeitseinstellungen in den Kohlenbergwerken, durch welche die Arbeiter sich höhere Entlohnung ihrer Arbeit erzwingen wollen. Hier im Ausland urteilt man über derartige Bewegungen anders als vielfach im Inland, mit weiterem Ueberblick, nicht als über eine Einzelerscheinung, sondern als über einen wesentlichen Faktor des gesamten Wirtschaftslebens. Die deutsche Kohlenförderung ist ein integrierender Teil des gesamten europäischen, augenblicklich sogar des gesamten Weltwirtschaftslebens. Und so muß eine Störung derselben weite Kreise ziehen, kein Land kann ihr gegenüber gleichgültig bleiben. Die deutschen Kohlenarbeiter sind augenblicklich nicht mehr eine Klasse für sich, die für ihre Sonderinteressen streiken, sie sind ein Glied des großen Wirtschaftskörpers, der trotz des Krieges, trotz der durch ihn verursachten Abschnürungen eben doch ein einheitliches Gebilde bleibt, dessen Funktionen alle von einander abhängen, durch einander beeinflußt werden. Wie schwer hat es unsere frühere Regierung gebüßt, nur „Eigenpolitik" getrieben zu haben. Die berühmte deutsche „Weltpolitik" ist ja stets nur die Politik der engsten eigenen Interessen gewesen und hat gerade dadurch den Widerstand der fremden Interessen hervorgerufen, verstärkt und verdichtet. Der deutsche Arbeiter sollte lernen an den Fehlern der früheren Regierung und nicht durch nur einseitige Maßnahmen allgemeinen Widerstand gegen sich hervorrufen und so seine Bedingungen nur verschlechtern.

Zunächst mag nun zugegeben werden, daß höhere Lohnforderungen der Arbeiter an sich insofern berechtigt sind, als die augenblicklich herrschende krasse Ungleichheit der Lebensbedingungen sozialen Ausgleich erfordert und die allgemeine



Teuerung so groß geworden ist, daß eben der Lohn des Arbeiters zu einem menschenwürdigen Dasein kaum ausreicht. Es entzieht sich meiner Beurteilung, wie weit letzteres gerade bei den Kohlenarbeitern zutrifft. Die weitere Besprechung soll sich nun im allgemeinen auf den Standpunkt stellen, daß die Lage des Kohlenarbeiters eine Verbesserung erfordere, ohne daß damit der Berechtigung der einzelnen Forderungen das Wort geredet werden soll.

Es wird sich nun fragen, in welcher Weise eine solche Verbesserung erzielt werden kann. Hier zeigen sich zwei Wege, entweder eine nominell *höhere Lohnzahlung* oder aber eine Wertsteigerung, eine *Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes* bei an sich gleich bleibender oder nominell sogar verminderter Entlohnung.

Die Arbeiter haben einen *höheren Lohn* gefordert. Diese Forderung war natürlich, da der andere Ausweg, die Erhöhung der Kaufkraft, außerhalb des Machtbereiches der einzelnen Arbeiterklasse liegt, da ihr Vorschlag, ihre Begründung zudem eine volkswirtschaftliche Beschäftigung und Durchdenkung verlangt, zu welcher die Vorbedingungen naturgemäß kaum vorhanden sein können. Betrachten wir aber volkswirtschaftlich die Folgen der von den Arbeitern geforderten höheren Entlohnung, so muß ausgegangen werden von dem Wesen des *Geldes*. Einen Eigenwert hat nur das *Gold*, und der Eigenwert, also der Kaufwert auch dieses Zahlungsmittels ist abhängig von der Menge seines Vorkommens. Die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit bietet Beispiele genug von plötzlicher Goldentwertung — in neuerer Zeit von der Entdeckung Amerikas an bis zur Erschließung der südafrikanischen Randminen. Was nun schon beim Gold zutrifft, ist natürlich in verstärktem Grade bei den andern Zahlungsmitteln, den Geldsurrogaten, der Fall. Ihre Kaufkraft ist abhängig lediglich von dem *Mengeverhältnis des umlaufenden Geldes und der wirtschaftlichen Güter*; das Geld ist eben nur ein *Tauschmittel*, nur ein Kompensationsfaktor, im vorliegenden Fall zwischen der „Ware Arbeit" und anderen Waren, und so ist der Geldwert niemals ein konstanter, sondern immer nur ein relativer Begriff. Viele Zahlungsmittel, wenig wirtschaftliche Güter erfordern Teuerung, viele wirtschaftliche Güter bei verhältnismäßig beschränkten Zahlungsmitteln gewährleisten Billigkeit des täglichen Lebens. Nun ist aber weiter zu beachten, daß das umlaufende Geld um so mehr die Tendenz zur Kapitalbildung, zur Amassierung in einzelnen Händen hat, je größer seine Menge ist. Eine verhältnismäßig kleine Menge Umlaufsgeldes läßt sich dem Verkehr nicht entziehen und strebt auch schon grade dadurch zu größerer Ausgleichung des sozialen Lebens. Große Mengen fließen ganz von selbst zu einander und erzwingen soziale Ungleichheit. Die soziale Ungleichheit, die Vermögensbildung bewirkt an sich wiederum Preissteigerung, und diese läßt dann wieder die Forderung höherer Löhne der arbeitenden Klassen als gerecht und notwendig erscheinen. So entsteht ein vollständiger circulus vitiosus.

An sich wäre ja eine solche Entwicklung nicht so schlimm, wenn sie in einem völlig abgeschlossenen Wirtschaftskörper stattfände; man brauchte zur Bezahlung seiner täglichen Bedürfnisse eben nur eine dickere Brieftasche und würde sich bei unserer Markwährung an ebensolche Summen zu gewöhnen haben wie der Portugiese bei seinem Reis. Aber wir sind kein abgeschlossenes Wirtschaftsgebilde, wir sind an allen Seiten eingeschlossen von anderen Staaten, mit denen wir verkehren müssen, von denen wir Einfuhr brauchen, zu denen auszuführen unser Bestreben sein muß. Unser eigenes Land kann uns nicht genügend ernähren, und so muß es unsere Arbeit tun — das heißt: Einfuhr von Rohstoffen, Ausfuhr des Halb- oder Fertigzeuges. Und in dem gleichen Augenblick ist die Geldfrage keine interne Frage unseres Wirtschaftslebens mehr, sondern *wird bestimmt durch die internationalen Beziehungen*, sie wächst sich aus zur Valutafrage.

Es bedarf gar keiner Begründung, daß das Geld eines Landes, in dem Teuerung herrscht, im Ausland entwertet sein muß. Wenn ich für den Laib Brot, die Flasche Wein in Deutschland das Doppelte zahle, gemessen an der Paritätsvaluta des Goldes, wie in Frankreich, so ist eben das deutsche Geld nur die Hälfte wert von dem französischen. Dieser Wertunterschied drückt sich aus in der Valutabewertung. Das heißt aber mit anderen Worten eine *Verteuerung des Importes jeder Art* — im gegebenen Fall auf das Doppelte. Dieser teuere Import verteuert wieder das Leben an sich bei uns — zumal wir auch direkte Einfuhr von Nahrungsmitteln brauchen — und verteuert weiter das Produkt unserer Arbeit, die *Exportgüter*. Damit verlieren wir dann die *Konkurrenzfähigkeit* auf *dem Weltmarkt*, die wir haben müssen, wollen wir nicht wirtschaftlich zugrunde gehen, zumal wir über keine Monopolgüter mehr verfügen. Diese ganze Lage ist eine traurige Folge der Helfferichschen Politik der Anleihen ohne Deckung, die das Land überschwemmten mit Zahlungsmitteln bei gleichzeitiger Güterverminderung, die damit die Teuerung herbeizwangen. Eine solche kurzsichtige Politik wäre selbst im Fall des deutschen Sieges, wenn man einen Teil der Anleihen hätte abwälzen können, ein wirtschaftlicher Mißgriff geblieben — jetzt zeigt sie sich als Torheit ohnegleichen, als Unglück für das ganze Land.

Wenn also die rein theoretischen Betrachtungen eine weitere Lohnerhöhung der Kohlenarbeiter als wirtschaftliche Gefahr erscheinen lassen, gilt dies in noch höherem Maße, wenn man die praktischen *Folgen* des Augenblicks betrachtet. Es ist anfangs gesagt, daß Deutschland ein integrierender Teil des europäischen Wirtschaftskörpers ist, daß die ganze Erde an ihm das gleiche Interesse hat. Dieses Interesse ist ein Lebensinteresse, die Kohlenförderung wird daher *erzwungen* werden, sobald sie tatsächlich in bedrohlicher Weise aussetzt. Das bedeutet weiter Einmarsch der Ententetruppen mit all seinen traurigen Folgen, unter denen die Kostenfrage die augenscheinlichste, wenn auch lange nicht wichtigste Rolle spielt. Das bedeutet für die Arbeiter selbst *Zwangsarbeit*, und zwar zu bedeutend herabgesetzten Lohnsätzen. Ein gewisses Vorspiel soll bereits in den jetzt okkupierten Gebieten zu beobachten sein. Wie lange sich solche Versklavung des Arbeiters ausdehnen würde, zu welchen weiteren Entwicklungen sie führen müßte, das sind Fragen, an die zu denken ich nicht wage.

Ausgegangen bin ich davon, daß die Lage des Arbeiters tatsächlich eine Verbesserung erfordern mag; als Resultat ergibt sich, daß diese Verbesserung *nicht einseitig* erreicht werden kann, sondern nur im Verein mit der *Gesundung unseres ganzen Wirtschaftslebens*. Das erfordert Maßnahmen, die gleichzeitig die *überflüssigen Geldsurrogate* dem *Verkehr entziehen* und sie verwenden zur Verminderung der Lasten des Staates, zur Abstoßung der wirtschaftlich nicht gedeckten Kriegsanleihen — also Vermögensabgaben und Verbrauchsbeschränkung. Die Vorschläge sind von mir oft genug gemacht, schon vor dem jetzigen Zusammenbruch, als Herr Helfferich noch als Finanzexperte angesehen werden konnte. Dazu nötig ist aber die Einführung einer geordneten Gesetzgebungsmaschinerie durch die Nationalversammlung. Und so lange — diese kurze Spanne Zeit — auszuhalten liegt im eigensten Interesse jedes Arbeiters, ist seine Pflicht gegen sich selbst, seine Arbeitsgenossen, sein Land.

Nach meiner auf persönliche Beobachtung und Besprechungen gegründeten innersten Ueberzeugung sieht jeder Staat der Entente ein, daß er selber von den deutschen Verhältnissen in seiner Entwicklung mitbedingt wird, daß er daher das Ziel deutscher Ruhe und Ordnung verfolgt, und daß die *Friedensbedingungen um so leichter für unser Wirtschaftsleben*, also unsere Arbeiter, sein werden, *je gesicherter die innere deutsche Ordnung* erscheint. Ich weiß aber ebenso, daß es bei keinem unserer siegreichen Gegner eine Partei gibt, die einseitig mit irgendeiner einzelnen wirtschaftlichen Klasse verhandeln und sich einigen könnte und möchte — auch die Internationalität der Arbeit, des demokratischen Prinzips, schafft hierin keinen Wandel.

Auf Wanderung.

Rührte der Wind leis mit der Hand
an das Fenster zur Nacht,
schimmerte mondhell die weisse Wand —
ich bin aufgewacht.

Ist eine Seele auf Wanderung?
Hält am Gesimse sie Rast?
Wimmert ein Stimmchen fein und jung
unter der Sühne Last?

Komm! Ein Kreuzlein hängt über mir,
weiss ist der sterbende Christ!
Die lastende Sühne nimmt er dir . . .
Ein Schatten im Mondlicht schwebt und fliesst.

S. Wieser.



Die neue Schulfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.
(Schluß.)

Auf dem Standpunkt der Gewissensfreiheit fordern wir auch die freie Gewissensschule anstatt der Staats-Zwangsschule. Die freie weltliche, die religiös neutrale Schule nennt man sie wohl auch, die unseren Kindern in dem kirchenfreien Staat beschert werden soll. Die Religion soll ausgeschaltet werden aus dem ganzen Unterricht. Ja, wenn das nur überhaupt möglich wäre. Aber das ist ungefähr so möglich wie eine salzfreie Kost, wie eine saftfreie Pflanze, wie ein blutfreier Körper, wie ein charakterfreier Mensch. Unsere Schulen sollen doch Kulturschulen sein, sollen die Jugend in das Verständnis der sie aufnehmenden Kultur einführen, in deren Geschichte, Literatur, Kunst, Sitte, also unsere deutschen Kinder in deutsche Kultur, in deutsche Geschichte, deutsche Literatur, deutsche Kunst und Sitte. Nun, wollt ihr die Religion aus euerer Kulturschule fort haben, dann entfernt zuerst alles Religiöse aus unserer Geschichte, aus unserer Literatur usw. Solange das nicht möglich ist, ist auch eine religionslose Schule eine Unnatur. Religiöse Menschen finden Gott und Gottes Geist, seine Weisheit und Macht auch in der Natur, in der lebendigen wie auch in den wundervollen Gesetzen der leblosen anorganischen Natur, in der Bewegung, Entwicklung und Gestaltung der Welt im kleinen wie im großen. Religiös neutral unterrichten hieße farblos unterrichten, hieße saft- und blutleer unterrichten, hieße charakterlos und zur Charakterlosigkeit bilden. Doch es ist eben gar nicht möglich, so zu unterrichten, so in deutsche Kultur einzuführen. Denn die Religion, die christliche Religion, steht geradezu im Mittelpunkt der deutschen Kultur. Man kann nicht daran vorbeigehen, man kann nicht neutral bleiben. Hier gilt mehr als irgendwo anders: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich." Mit einer bloß geschichtlichen und bloß geographischen Betrachtung der Religion und deren unzähligen Aeußerungen in Sitte, gesellschaftlichen Einrichtungen und Gebräuchen, Bauten und Gemälden usw. ist die Jugend nicht zufrieden, je jünger desto weniger. Das Kind, so lehrt uns gerade die moderne Psychologie, ist subjektiv eingestellt, nicht objektiv, will wissen und hören, was die Dinge alle sind nicht an sich, sondern für es, will hören, was es von ihnen zu halten hat, wie es sich zu ihnen zu stellen hat. Ein „objektiver", d. h. ein kalter, unpersönlicher, mit der eigenen Ueberzeugung hinter dem Berg haltender Unterricht bei Kindern ist ein psychologisches Unding, ein Unding ebensosehr vom Standpunkt der Kinderpsyche wie vom Standpunkt der Lehrerpsyche, der Lehrerpersönlichkeit aus.

Aber noch mehr. Die moderne Pädagogik, so gespalten sie in vielen Dingen ist, darin ist sie einstimmig, daß die Schule, zumal die Volksschule, nicht bloße Lernschule, nicht bloße Wissensschule sein darf, daß sie Erziehungsschule sein müsse, daß sie Schule der Charakterbildung, nicht etwa bloß der Verstandesbildung und allenfalls noch der Muskelbildung sein dürfe. All die verschiedenen Fächer des Schulunterrichtes können und sollen dieser obersten und wichtigsten Aufgabe dienstbar gemacht werden. (Vergl. Fr. W. Foerster, Schule und Charakter.) Der Kern des Charakters aber ist das Gewissen. Dauerhafte Bildung des Gewissens ohne Religion aber ist unmöglich. „Die Religion allein spricht die Ursprache der Seele — wer die Seele will und die Beseelung des Lebens, der kann darum der Religion nicht entraten" (Foerster a. a. O., S. 496).

Darum fordern wir die religiöse Schule und diese ist notwendig Konfessionsschule, eine Schule, in welcher nicht bloß Religionsgeschichte gegeben wird, sondern religiöses Leben entwickelt und gepflegt wird, in welcher nicht bloß Religionsunterricht angeklebt ist, sondern in der die Religion der alles durchdringende Saft, der alles beherrschende Geist ist. Darum fordern wir für sie Lehrer, die selbst von diesem Geist durchdrungen sind, fordern Gewissenseinigkeit von Schule und Familie, Konfessionsgleichheit von Kindern und Lehrern. Darum fordern wir auch für die Lehrerbildung Religion, Religiosität, religiöses Leben, nicht etwa bloß religionsgeschichtliche Kenntnisse.

Und da wir nun einmal in Sachen des Gewissens und der Religion die Kirche als „Säule und Grundfeste der Wahrheit" (1. Tim. 3, 15) anerkennen, so werden wir in Sachen der Erziehung, der Gewissens- und Charakterbildung immer auch die Kirche beiziehen, also auch die Schulerziehung ihr unterstellen. Wir fordern also auch kirchliche, seelsorgerliche Schulaufsicht; ich sage auch kirchliche Schulaufsicht, nicht ausschließliche, sondern Mitwirkung, Mitaufsichtsrecht.

Wir verkennen keineswegs, daß auch der Staat ein tiefgehendes Interesse an der Schule hat. Er kann, ja muß verlangen, daß seine Bürger, wenn sie am staatlichen Leben teilnehmen wollen und es nicht untergraben sollen, über ein gewisses Maß von Bildung verfügen, daß sie in Uebereinstimmung mit dessen ideellen Grundlagen heranwachsen, mehr noch, daß in den Schulen staatsbürgerliche Gesinnung, Hingabe, womöglich Begeisterung für das vaterländische Staatswesen, Bereitwilligkeit zur Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten gepflegt werde. Wir gestehen deshalb auch dem Staat ein Schulaufsichtsrecht zu. Aber eben auch kein alleiniges, ausschließliches, sondern ein Mitaufsichtsrecht.

Familie, Staat und Kirche haben in der freien Gewissensschule für Kinder religiöser Eltern Aufsichtsrechte. Also gemischte Schulaufsicht, nicht ausschließlich staatliche und nicht ausschließlich kirchliche. Darauf müssen wir bestehen, auch wenn wir die alte „geistliche" Schulaufsicht im oben präzisierten Sinne preisgeben.

Man fordert seit langer Zeit auf der Gegenseite „technische oder fachmännische Schulaufsicht". Das will sagen: die Techniker, die Fachleute, also hier die Schulleute sollen zur Schulaufsicht verwendet werden. Diese Forderung steht nicht im Widerspruch mit der kirchlichen Schulaufsicht. Wir haben nichts dagegen, im Gegenteil, wir können es begrüßen, wenn der Staat für sein Gebiet an Stelle der Juristen Lehrer verwendet. Bayern hat sie auch in einem gewissen Umfang schon verwendet (die Bezirksoberlehrer, die Kreisschulinspektoren). Die Kirche wird natürlich nach wie vor für ihr Gebiet, nämlich für das Gebiet der religiös-sittlichen Erziehung, Geistliche verwenden. Und auf diesem Gebiete wird man sie wohl als Fachleute gelten lassen; dafür werden sie in ihrer Ausbildungszeit vorbereitet, darin arbeitet jeder Seelsorgsgeistliche. Sie wurden übrigens bisher auch für das Gebiet des weltlichen Unterrichtes vorbereitet mit Rücksicht auf die verfassungsmäßig bestehende „geistliche Schulaufsicht".

Freie Schule! Also weder die Schule dem Staate, noch der Kirche — ausschließlich. Die Schule den Kindern! Die Kinder aber sind sowohl des Staates als der Kirche, in erster Linie aber der Familie. Also die Schule allen gemeinsam! Darum können wir durchaus der Forderung des Abgeordneten Johannes Hoffmann vom Jahre 1912 zustimmen: Stärkere Heranziehung des Laienelementes zu der Schulverwaltung und zur Gestaltung des Schulbetriebes. Schul-Lehrpläne, Schul- und Disziplinarordnungen sind wirklich Angelegenheiten des ganzen Volkes, nicht bloß „Sache der Staats- und Kirchenbureaukratie". Ob in Form von „Elternbeiräten" oder in anderer Weise: die Familie muß mitbestimmen dürfen. Sie hat ja auch schon im alten Staate sich geltend machen dürfen, insoferne Schuldeputierte der Gemeinden in der örtlichen Schulaufsicht saßen. Darum ist es unverständlich, warum man jetzt die Gemeinde ausschalten und die Schule zu reiner Staatssache machen will. Die Gemeinde und zwar nicht nur die farblose politische Gemeinde, sondern die nach dem Prinzip der Gewissensfreiheit beziehungsweise der Gewissenseinigkeit gegliederte Gemeinde muß ihren Einfluß auf die nach dem gleichen Prinzip organisierte Schule behalten und erweitert erhalten. Und wir fügen zu den oben erwähnten Gegenständen, die da Sache des ganzen Volkes sind, noch hinzu die Anstellung beziehungsweise auch Entfernung der Lehrer. Auch hier soll die Staatsbureaukratie nicht willkürlich schalten und walten dürfen; die Familie hatte in dieser Angelegenheit bisher leider so viel wie nichts zu sagen. Die Theorie der freien Schulgemeinde, wie sie Dörpfeld in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit großem Beifall der wissenschaftlichen Pädagogik und der Lehrerwelt vertreten hat,[1]) ist es, die den Lenkern eines Staates, der mit der Gewissensfreiheit wirklich Ernst zu machen gedenkt, zum Studium zu empfehlen ist. Dann ist es freilich nur entsprechend, daß die Schule auch finanziell nicht ausschließlich Sache des Staates sein soll, sondern, wie bisher schon in höherem Grade, Sache der Gemeinde.

Damit berühren wir die Frage des Schulbedarfes. Wer mitreden will, muß mitarbeiten und mitzahlen. Und umgekehrt. Da wir der Familie in erster Linie ein Mitbestimmungsrecht wahren wollen, wollen wir auch an der bisherigen Pflicht des nächsten Verbandes der Familien, der Gemeinde festhalten. Dafür sollen aber die Gemeinden auch das Recht haben, unter Einhaltung gewisser vom Staate zu stellender Mindestforderungen

[1]) Vgl. Gesammelte Schriften von Friedrich Wilhelm Dörpfeld. 8. Band. 2. Aufl. Gütersloh 1898.



in bezug auf Einrichtung und Leistung der Schule, in freier Weise ihr Schulwesen zu gestalten, jenseits aller undemokratischer Bevormundung. So finden wir es in den wirklich demokratischen Ländern, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. **Die Kirche ist an allen Orten, wo Stiftungsmittel für die Schule zur Verfügung sind, und das ist gar nicht selten, an der Aufbringung des Schulbedarfes beteiligt. Kirchliche Mittel flossen in höchstem Umfang nicht bloß im Mittelalter, sondern auch bei der neuzeitlichen Grundlegung der Volksschule. Das darf nicht in Vergessenheit kommen.** Im übrigen wird der Religionsunterricht vom Seelsorgsklerus ohne Entschädigung seitens der Schule geleistet. Nur wo der Seelsorgsklerus nicht ausreicht, sind Katechetengehälter vorgesehen und durch die Kirchengemeinden aufzubringen. **Lehrmittelfreiheit, Schulspeisung,** vielleicht bald auch Schulkleidung und Schulwohnung, das sind Dinge, von denen wir ebenso gut wissen wie jene, die sie fordern, daß sie den Massen, die wenig oder keine Steuer zahlen, gefallen. Würden wir es auf Gunst dieser Massen anlegen, dann könnten wir diese Forderungen übernehmen. So aber müssen wir erstere nur auf wirkliche Fälle der Not beschränken, das übrige anderen Faktoren, den Fürsorgeorganisationen und der Armenpflege überlassen. In allererster Linie aber müssen wir, da wir die Familie durch die Schule nicht auflösen, sondern nur ergänzen wollen, die Unterhaltspflicht der Eltern betonen, nicht aber durch derlei und andere Dinge sie dieser Pflicht noch mehr entwöhnen.

Wenden wir uns nach diesen prinzipiellen Feststellungen kritisch den **neuen Schulprogrammen** zu.

Der **Erlaß des prov. preußischen Kultusministeriums** vom 29. November 1918 (vergl. „A. R." Nr. 1, S. 5) beruft sich für die darin getroffenen Anordnungen recht volltönend auf das Prinzip der Religions- und Gewissensfreiheit. Er vermeidet es zwar noch, mit der Trennung von Staat und Kirche vollen Ernst zu machen und den Religionsunterricht aus der Schule zu verweisen. Er will nur jeglichen Zwang zu Religionsunterricht und religiösen Uebungen für Schüler wie Lehrer entfernen. Das könnte man vom Standpunkt der reinen Staatsschule eines sich religionslos einrichtenden Staates verstehen. Aber er geht in mehreren Punkten über die bloße Freistellung hinaus. So stellt er in Ziff. 1 das Schulgebet nicht bloß frei, er **verbietet** es gänzlich. Ebenso verbietet er in Ziff. 2 gemeinsame religiöse Feiern der Schule. Wäre es nicht richtiger gewesen, wenigstens zu sagen: Wo die Mehrzahl der Schüler keinen Religionsunterricht besucht, ist auch von einem Schulgebet und von religiösen Beigaben bei Schulfeiern abzusehen. So aber wird das Gewissen, die religiöse Ueberzeugung verletzt nach der Gegenseite. Und wenn dem Geistlichen doch noch das Recht zugestanden wird, Religionsunterricht in der Schule und innerhalb der Schulzeit zu erteilen, dann wären wohl auch Ziff. 3 u. 6 der Verfügung einschränkend zu fassen gewesen. Der Religionslehrer wird es sich, soll er nicht bloß „Erbauung" und „Gesinnung", sondern auch Fortschritt in religiösem Wissen vermitteln, nicht nehmen lassen, Aufgaben zu stellen und zu prüfen, sei es schriftlich, sei es mündlich. Er wird ferner nach dem anerkanntesten Grundsatz der Erziehung, daß Uebung, Ein- und Ausübung des Gelehrten noch wichtiger ist als alles Auswendiglernen, es sich nicht nehmen lassen, die Erfüllung der religiösen Pflichten (Sonntagsgottesdienst, Empfang der hl. Sakramente, Teilnahme an der Feier des Kirchenjahres usw.) mit allen zu Gebote stehenden pädagogischen Mitteln zu urgieren.[2])

Die „Grundlinien" des **bayerischen Lehrervereins** (vgl. „A. R." Nr. 1, S. 5) enthalten eine Reihe von Sätzen, denen man für sich allein zustimmen kann, die von pädagogischer Einsicht und einem möglichst weitgehenden Entgegenkommen gegen die Kirche diktiert sind, so z. B. die Sätze 7—10, auch Satz 6. Aber die Anordnung derselben, insbesondere die dominierende Voranstellung des uneingeschränkten Prinzips der Schule als reine und ausschließliche Staatsangelegenheit macht fast alles wieder hinfällig. **Dadurch sind alle folgenden Sätze vom ersten bis zum letzten gelähmt, relativiert:** soweit es in einer Schule für alle Bekenntnisse und Nichtbekenntnisse möglich, ist bei jedem Satz hinzuzudenken. Insbesondere der schöne Satz 7, der die Schule als Erziehungsschule charakterisiert, ist durch die vorausgehenden Sätze, noch bevor er auftreten darf, schon zum größten Teil unmöglich geworden. Das tiefgreifendste Erziehungsmittel, die **Religion,** deren Motive, deren Erziehungsmittel muß der Lehrer sorgfältig aus dem Spiel lassen, die letzten Weltanschauungsfragen und Gewissensbildungen darf er nicht berühren, im Geschichtsunterricht, im Literatur-, Kunst- und staatsbürgerlichen Unterricht, kurzum im ganzen sog. Gesinnungsunterricht muß er um die eigentlichen **Probleme,** um die Kern- und Angelpunkte herumgehen oder er muß objektiv „referieren" und mit seiner eigenen Ueberzeugung sorgfältig hinter dem Berg halten, um jede religiöse, d. h. hier auch jede andere religiöse Ueberzeugung „auf das gewissenhafteste zu schonen". Die „Persönlichkeitspädagogik", vor kurzem noch so sehr gepriesen, gehörst nun auch der Geschichte an, wenn diese von einem Verein von Fachleuten aufgestellten oder doch übernommenen Grundlinien Wirklichkeit werden. Endlich und vor allem: **Der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit, dieser Grundsatz moderner Staatsverfassung, warum wird er nicht als Obersatz vorangestellt und zur Grundlage einer wirklich modernen Schulverfassung gemacht; warum wird ihm das Dogma von der Staatsschule,** vom Schulmonopol des Staates übergeordnet und so jenes im Keim erstickt? Damit wanken auch die beiden folgenden Sätze.

Die Schule der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist nie und nimmer die Schule im Sinne der reinen Staatsangelegenheit und umgekehrt. Selbst im reinen, ungemischten Christenstaat wäre es nicht so. Will man die Gewissen der religiösen Kinder bzw. deren Eltern und auch die Gewissen der religiös gesinnten Lehrer schonen, und ihre Zahl ist einstweilen immer noch größer als die jener, welche es nicht sind — die Großstädte, von denen in Schulfragen leider fast immer das Maß genommen wird, sind noch nicht der Staat, noch nicht Deutschland —, dann muß der Staat **aufhören, sich als alleinigen Schulherrn zu gerieren,** dann muß er zum mindesten den großen Konfessionen gewähren, was die Väter des heutigen Schulkampfes für kleinste Minoritäten forderten: Freiheit der Schulgründung auf der Grundlage der Gewissenseinheit zwischen Familie und Schule, wofern er starr daran festhält, daß seine eigenen Schulen konfessionslos, religionslos sind. Dann muß er freilich billigerweise den an Errichtung und Unterhalt der Gewissensfreiheitsschule Beteiligten die Schulsteuer für die Staatsschule erlassen, ähnlich wie das alte Bayern es bei den „Konfessionssonderschulen" (nach § 11 der Kgl. Verordnung vom 26. August 1883) gestattete: wenn er **wahre Schulfreiheit auf Grund wahrer Gewissensfreiheit** auf seine Fahne schreiben will.

Zersetzungserscheinungen im modernen Judentum.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Fr. W. Foerster sagt in seinem Buche über „Politische Ethik und Politische Pädagogik", die Anwesenheit des jüdischen Elementes in unserer Mitte sei eine **gottgewollte Prüfung** für unsere ganze soziale Kultur und vor allem für unser Christentum. Die Judenfrage könne nur durch Christus und in Christus gelöst werden. Weder Ausstoßung und Aussperrung, noch bloße Assimilierung und äußerliches Taufen könne den ungeheueren inneren Schwierigkeiten des Judenproblems irgendwie gerecht werden. Erst wenn beide, der Jude und der Christ, sich von ganzer Seele dem Geiste Christi „assimilieren", sei eine Lösung der Judenfrage möglich. An diesen Anschauungen **Foersters** ist die eine Erfahrungstatsache der Weltgeschichte richtig, nämlich die von der Anwesenheit der Juden als Prüfung der Völker. Die Hoffnung aber auf Assimilation im Geiste Christi erscheint angesichts der Energie, mit der heute das Judentum in der Zeit der Umwälzungen seinen Anteil an den Geschicken der Völker sich zu sichern sucht, kaum Aussicht auf Erfüllung zu haben. **Die Revolution der Weltverhältnisse und namentlich der Umsturz bei uns in Deutschland und in Oesterreich und Ungarn ist zum großen Teil ein Werk von Juden.** Es ist gar nicht möglich, die heutigen politischen Bewegungen von den treibenden Kräften aus dem Judentum loszuschälen. Namentlich das **Hervortreten des jüdischen Elements in der Sozialdemokratie** ist eine auffallende Erscheinung, die nähere Betrachtung erheischt und

[2]) Vgl. hierzu auch den Aufsatz „Die Verpflichtung der studierenden Jugend zu gemeinsamer religiöser Betätigung" in Nr. 2. Bekanntlich hat inzwischen Haenisch angeordnet, daß die **Durchführung** des Erlasses vom 29. Nov dort, wo sie auf Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu **unterbleiben** hat. Ferner ist infolge des Protests des preußischen Episkopats die Verfügung vom 27. Nov. betr. **Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht** von der preußischen Regierung unterm 9. Januar (Schreiben an Kardinal v. Hartmann) als **nicht zu Recht bestehend** erklärt worden, „da sie von dem Kultusminister Hoffmann publiziert ist, bevor sie der Preußischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war. Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird der preußischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden gesetzlichen Körperschaft vorzubehalten sein."



auf eine Untersuchung der Judenfrage in ihren wesentlichsten Erscheinungsformen hinlenkt.

Das jüdische Element tritt in der Revolution der Gegenwart so stark in den Vordergrund, weil das Judentum von heute in hohem Grade von Zerfallssymptomen durchdrungen ist. Zwar bildete das Judentum immer im Laufe der Weltgeschichte ein mehr zersetzendes und zerstörendes als ein aufbauendes und erhaltendes Element. Im Mittelalter war es christlichen Mädchen verboten, in jüdischen Häusern Dienst zu nehmen. Nach den Satzungen des Jesuitenordens kann erst ein in vierter Generation von Juden Abstammender Aufnahme in den Orden finden. Schlechte Erfahrungen mit jüdischen spanischen Konvertiten erzeugten diese Bestimmung. Die Offizierskorps nahmen stets nur in ganz seltenen Fällen Juden in ihre Reihen auf und unsere sogenannten besseren Gesellschaftsschichten schlossen sich von ihnen ab. Sollte es wirklich nur von Judenhaß getragene Abneigung oder Rassedünkel gewesen sein oder sein, was solche Maßnahmen veranlaßte, oder vielmehr ein gewisser natürlicher Instinkt für drohende Gefahren? Zeigt doch auch die Gegenwart, daß die Herstellung von ruhigen und einigermaßen erträglichen Verhältnissen gefährdet und verzögert wird, weil zügellose Elemente, darunter vornehmlich Juden, die sich immer gerne in Extremen bewegten, auch bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse die radikalsten Forderungen vertreten und die Entwicklung und Experimentierung auf die Spitze treiben.

Von jüdischer Seite ist schon vor dem Kriege eine starke Zersetzung ausgegangen. Wäre das heutige Judentum in seiner Gesamtheit ein körperlich und moralisch gesunder Volksbestandteil, so wären sehr viele Zerfallserscheinungen am deutschen Volkskörper kaum halb so schlimm. So aber beinflussen solche Juden unser Volk teils durch den Zwang, den sie mit Hilfe ihres Reichtums über unser Volk ausüben, teils durch ihr Beispiel, das ihre Lebensführung, der ungeheuere Luxus, die Lockerheit ihrer Sitten ausübt. Bevor wir diese Dinge näher ins Auge fassen, sei einem berechtigten Einwand begegnet: Man sagt, man dürfe auch beim Judentum in den Anklagen nicht verallgemeinern. Gewiß gibt es viele ordentliche, ehrliche Juden, die sich schämen, daß ein großer Teil ihrer Stammesgenossen Wucher treibt, daß beim politischen Umsturz der Gegenwart Juden sich so nachhaltig und zahlreich in den Vordergrund drängen und die erste Violine zu spielen trachten. Betätigten sich doch bei allen Revolutionen, bei der Säkularisation Juden als treibende, hetzende und den Rahm abschöpfende Teile! Allein die anständigen konservativen, gläubigen Juden sollen in diesen Betrachtungen nicht getroffen werden. Ihre Aufgabe wäre es jedoch, gegen das überwuchernde Tun und Treiben ihrer Volksgenossen in der Oeffentlichkeit, gegen den Geist des zersetzenden und niederreißenden Judentums zu protestieren. Ein Großteil der Juden aber ist heute radikal gesinnt, die Sozialdemokratie ist ihre Partei, die gehässige Verneinung des Christentums in Literatur, Theater, Kunst und Wissenschaft besitzt an Juden die eifrigsten Förderer und Verteidiger. Dieser Teil des Judentums wittert wie die Sozialdemokratie Morgenluft für die Freiheit und Zügellosigkeit seiner modernen dekadenten Weltauffassung, die von der alten strengen, keuschen Moral des Glaubens ihrer Väter himmelweit sich entfernt hat und auch ihre Wirtsvölker in den Abgrund zu ziehen droht.

Um gleich mit einer Erscheinung zu beginnen, die den ganzen deutschen Volkskörper zu erschüttern droht, mit dem Geburtenrückgang, so ist die Tendenz der Fruchtbarkeitsbeschränkung bei den deutschen und westeuropäischen Juden am stärksten. Während man nun bei den übrigen Volksschichten einen Teil der Ursachen dieser Erscheinung den materiellen Verhältnissen zuschreiben kann, wenngleich auch hier die Weltanschauung von ausschlaggebender Bedeutung ist, so kommt bei dem reichen und überreichen Judentum lediglich der religiös-sittliche Tiefstand in Frage. Die jüdische Geburtenziffer ist überall sehr stark im Sinken begriffen.

In Preußen fielen im Durchschnitt der Jahre 1822/40 auf 1000 Juden 35.46, in den Jahren 1905/08 17.45 Geburten. Auf eine jüdische Eheschließung kamen 5.19 bzw. 2.4 Geburten. Der Rückgang beträgt also mehr als das Doppelte. In Bayern entfielen auf eine jüdische Eheschließung 1876/80 noch 4.69, dagegen 1909 nur noch 2.02 und 1910 noch 2.16 Kinder. In München kamen auf eine jüdische Eheschließung im Jahre 1875 2.2, 1890 1.17, 1904 0.93 und 1905 0.95 Kinder. Das ist der Zerfall der jüdischen Familie im schärfsten Sinne des Wortes. In Stadt und Land huldigt das emanzipierte Judentum dem Zwei- und Einkindersystem. In den letzten 15 Jahren haben sich die deutschen Juden überhaupt nicht mehr vermehrt. Lediglich die Einwanderung aus dem Auslande hat das absolute Defizit verhindert. Mit der Abwanderung vom Lande in die Städte ist die Geburtenfehlziffer der Juden immer größer geworden. Diese Entwicklung könnte vom Standpunkte der Lösung der Judenfrage aus mit Genugtuung begrüßt werden. Allein der Anreiz, der in diesem Beispiel für die übrige Mitbevölkerung liegt und die Beihilfe zur Geburtenverhütungspraxis sind von verderblichen Folgen; es fehlt auch nicht daran, daß jüdische Aerzte, jüdische Handlungsreisende für das Präventivsystem eifrige Propaganda machen. Das sind keine Verdächtigungen. Als auf einer großen Volksversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Großberlins die Frage des Gebärstreikes zur Diskussion stand, da wurde er namentlich von den jüdischen sozialdemokratischen Aerzten lebhaft befürwortet. Es empfehle sich, so führten Dr. Alfred Bernstein und Dr. Moses laut „Frankfurter Zeitung" aus (1913, Nr. 240), Mittel anzuwenden, die die Kindererzeugung einschränken. Die neomalthusianistische Propaganda wird unstreitig in hervorragendem Maße von Juden betrieben. Diejenigen, die hinsichtlich ihrer eigenen Fortpflanzungsverhältnisse einem berechnenden Rationalismus verfallen sind, fühlen den Drang in sich, dieses neue Idol der Volksbeglückung auch der Umwelt einzupflanzen.

Das Judentum hat mit der Annahme des Zweikindersystems, von welchem sich auch konservative Kreise nicht mehr ausschließen, einen bedeutsamen Absturz aus seiner einstigen moralisch-sittlichen Höhe gemacht. Die Annahme des Zweikindersystems hat als Folge nicht nur die Kleinhaltung der Kinderzahl, sondern auch im Zusammenhang mit dem Streben nach Reichtum eine einschneidende Korruption der ganzen Gesinnung. Eine kinderreiche Familie war einst der Stolz der Juden, heute schämt man sich darob. Das Hauptverlangen für den jüdischen Kaufmann, den jüdischen Akademiker ist heute der Kapitalbesitz. Aus diesem Grunde finden späte Heiraten statt und in der Ehe herrscht dann das Zwei- und Einkindersystem. Dadurch bleibt das Kapital beisammen; man kann standesgemäß leben. Die Mutterschaft, einst die Segensquelle des jüdischen Volkes auf seiner tausendjährigen Wanderung, ist heute der Mißachtung preisgegeben. Das moderne freigeistige Judentum hat sich von jenen strengen Anschauungen und Regeln losgemacht, welche Bibel und Talmud in bezug auf die Sexualhygiene innerhalb und außerhalb der Ehe vorgeschrieben haben und deren genauer Befolgung die Erhaltung des Judentums im Laufe der Jahrtausende in der Hauptsache zu danken ist. An diese Gebote, welche Keuschheit, Mäßigkeit und Natürlichkeit verlangen, haben sich die alten gläubigen Juden gehalten. Der moderne freigeistige Jude ist von diesen Lebensgrundsätzen abgewichen und der Rationalisierung des Sexuallebens verfallen. Die Folgen äußern sich in einem derartigen Geburtenrückgange, daß der jüdische Arzt Max Marcuse (Sexualprobleme, 8. Jahrg. S. 745) zu dem Ausspruch gelangt, „daß die Juden des Westens als solche dem Tode geweiht sind ... Ohne den Zuzug aus Rußland und Galizien und „anderen Oestlichkeiten" wäre der Untergang schon vollendet".

Ein weiteres Zerfallssymptom des modernen Judentums ist die Art der Eheschließung. Wie schon angedeutet, wartet der moderne Jude erst auf die Erwerbung oder Einheiratung eines größeren Kapitals, bevor er zur Ehe schreitet. „Liebe", sagt der jüdische Arzt Dr. Theilhaber in seinem Buche über den Untergang der deutschen Juden (S. 75), „ist ein Faktor, der nur ausnahmsweise in Betracht kommt und nur dann, wenn alle anderen Umstände stimmen. Die jungen Leute sehen nicht mehr in der Begründung einer Familie, eines Heimes eine notwendige sittliche Forderung, die die Allgemeinheit oder die Religion an sie stellen kann. Ein großer Prozentsatz fühlt sich unverheiratet wohler. Die Großstadt mit ihren Genüssen ist hierfür auch ein geeigneter Boden. Die große Verwöhntheit der Jüdinnen, die Irreligiosität der Zeit, der materielle Zug und die damit verbundene Lebensauffassung in den jüdischen Massen spielen hier herein." Das sittliche Pflichtbewußtsein der Eheschließung ist im Schwinden begriffen. Das materielle Moment, das Streben, eine angesehene Rolle in der Gesellschaft zu spielen, beherrscht das moderne Judentum. Daher haben auch die Mischehen in so außerordentlichem Maße um sich gegriffen, ebenso die Judentaufen. Der berechnende jüdische Sinn erblickt in der Mischehe den Schlüssel zur wirklichen gesellschaftlichen Emanzipation. Etwa ein Achtel aller jüdischen Eheschließungen sind heute bereits Mischehen. Da die Gründung einer Familie selten der Beweggrund zur jüdisch-christlichen Mischehe ist, so ist sie

vorwiegend unfruchtbar, indem auf eine Mischehe etwas mehr als ein Kind im Durchschnitt entfällt. Durchschnittlich zwölf Prozent aller Mischehen werden wieder aufgelöst.

Ein sehr bedenkliches Zeichen des Verfalls, das in seinen Wirkungen gleichzeitig den christlichen Volksteil stark in Mitleidenschaft zieht, sind die außerehelichen Geburten und der Geschlechtsverkehr der Juden mit Christenmädchen. Nach dem alten jüdischen Gesetz ist die außereheliche Mutterschaft eine große Schande gewesen. Die uneheliche jüdische Geburtenziffer hat aber z. B. in Preußen folgende Entwicklung genommen: Auf 100 jüdische Geburten trafen 1820—30 0,5 1861—65 1,2, 1881—90 2,5, 1896—1900 3,4, 1905 3,63 und 1907 4,22 uneheliche Geburten. „Als Zeichen der schwindenden Religiosität unter den Juden, des Schwindens der berühmten Sittlichkeit der jüdischen Frau", schreibt Dr. Theilhaber, „ist diese Statistik von weittragender Bedeutung". Und der Jude Dr. Segall bemerkt in seinem Buche über die Münchener Juden, daß aus dieser Erscheinung „vor allem eine Lockerung des viel gerühmten jüdischen Familienlebens zu beachten sei". Dr. Theilhaber, der seinen Glaubensgenossen ohne Grund keinen Vorhalt macht, schreibt, es sei in der Hauptsache „das Fallen der religiösen Schranken, das dem natürlichen Drängen die Hindernisse hinweggeräumt. Einschlägig ist hier ein wenig erfreuliches Kapitel: Kenner behaupten, daß gerade z. B. unter den reichen jüdischen Mädchen von Berlin-W mit der alten Keuschheit gänzlich gebrochen wurde." Während man den Umfang und die Zunahme der Unehelichkeit bei den Jüdinnen statistisch messen kann, muß man bei den jüdischen Männern auf Beobachtungen und die öffentliche Meinung sich stützen. Wir behaupten, daß ein großer Teil der männlichen jüdischen unverheirateten Jugend und auch verheirateter Männer in seinem sexuellen Verlangen wenig Selbstzügelung mehr kennt, und daß meistens unsere Christenmädchen die Kosten tragen müssen. Das ist keine Behauptung in die blaue Luft hinein. Selbst der Jude Dr. Theilhaber gesteht die Tatsache unumwunden zu (S. 106), daß „der größte Teil der jüdischen jungen Leute in freier Liebe Beziehungen zu Christinnen unterhält".

Schüler-Selbstverwaltung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Es gibt Probleme, die von Zeit zu Zeit immer aufs neue hervortreten und nach einigen Versuchen zu ihrer Verwirklichung ebenso wieder untertauchen. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß sie neben Falschem manches Richtige haben. Sie nehmen bei jedem Neuerscheinen eine etwas andere Gestalt an und wollen in etwas anderen Zwecken dienen. Hierzu gehört auch die Frage der Schüler-Selbstverwaltung.

Die Jesuitenschulen und noch mehr die Lehranstalten der Protestanten haben namentlich im 16. und 17. Jahrhundert die Schüler weitgehend zur Ordnung und Verwaltung in Sachen der Schule, selbst zur Erziehung ihrer Mitschüler in Anspruch genommen; ähnlich handelten die Philanthropinen im 18. Jahrhundert und im 19. erhoben Pädagogen die Forderung, daß die Zöglinge an der Schulregierung Anteil hätten, im Namen der „Menschenrechte". Der Gedanke der Schüler-Selbstverwaltung gewann nun vor zwei Dezennien in der anglo-amerikanischen Welt weitere Verbreitung und erhielt die feste Gestalt in den Schulstaaten, den Schülerrepubliken, in welchen die Schüler, die Verfassung des Staates nachbildend, die Angelegenheiten der Schule selbst ordnen. Hauptzweck ist die Heranbildung guter Staatsbürger. Berühmt wurde die George Junior-Republik in Freeville bei Ithaka (Neuyork), 1895 ins Leben getreten; es ist dieses eine Art Fürsorgeanstalt mit ausgedehntem Besitz, die jedoch nur leiblich und geistig gesunde Zöglinge aufnimmt. 1897 führte Wilson Gill das self-government in einer Schule in Neuyork ein, das sich von da rasch über ganz Nordamerika verbreitete. Es ist hauptsächlich Fr. W. Foerster, der weite pädagogische Kreise Deutschlands mit diesen Einrichtungen bekannt machte und für die ihnen innewohnende Idee wirbt. So bestanden denn auch schon vor Beginn des Krieges in unserem Vaterlande an zahlreichen Schulen, namentlich privaten Anstalten, wie Landerziehungsheimen, Waldschulen solche Schulstaaten. Ihre Ordnung war verschieden; bei einem Teile waren die sogenannten Klassenbeamten Angestellte des Lehrers, von ihm ernannt oder auch von ihren Mitschülern gewählt, in den anderen gab es Vertrauensschüler, Vertreter der Klasse, durch welche diese als Person der Person des Lehrers sich gegenüberstellten. Diese Vertrauensschüler haben u. a. das Recht, die Klasse zu einer Schülerversammlung zusammenzurufen und über Angelegenheiten, die ihre Klasse angehen, zu beraten und Beschlüsse zu fassen. So entsteht die Schulgemeinde. Die Vereinigung der gesamten Klassen einer Anstalt bildet den Schulstaat. Er hat eine Vorstandschaft, die aus einem Vorsitzenden und einem Schriftführer, sowie den Stellvertretern dieser besteht. Sie beruft die Versammlung derjenigen Schüler, die Mitglieder des Schulstaates sein dürfen, und ordnet die einschlägigen Angelegenheiten der Anstalt.

Die Revolutionsregierung in Bayern hat diesen Schülerstaat hier amtlich eingeführt unter dem Namen Schülerausschuß. Berechtigung der Anteilnahme haben an neunklassigen Anstalten die Schüler der vier oberen Stufen, an den übrigen Schulen ist es sinngemäß zu ordnen. Jährlich soll in geheimer Wahl von den Schülern der Ausschuß bestimmt werden. Er bestellt seinerseits gleichfalls in geheimer Wahl einen Vorsitzenden und einen Schriftführer sowie für beide je einen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind der obersten Klasse der Anstalt zu entnehmen. Der Schülerausschuß hat das Recht, in einem vom Anstaltsvorstande angewiesenen Raume zu Sitzungen zusammenzutreten; der Schriftführer fertigt ein Protokoll, von dem er eine Abschrift dem Anstaltsvorstande vorlegt. Dem Schülerausschusse steht es zu, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben, wohlbegründete Bitten, Wünsche und Beschwerden im Namen einzelner Schüler oder der Gesamtheit beim Anstaltsvorstande vorzubringen, bei der Vorbereitung von Schulfesten, Wanderungen u. a. mitzuwirken und Schülervereinigungen zur Pflege körperlicher und geistiger Ausbildung zu gründen. Zu seinen besonderen Pflichten gehört weiter, daß er das Ansehen der Anstalt nach außen hin wahrt, also sich angelegen sein läßt, die Disziplin in und außerhalb der Schule zu fördern. Neben dem Schülerausschuß hat jede Schule einen Lehrer-Vertrauensrat, zusammengesetzt aus dem Anstaltsvorstande und im allgemeinen zwei Mitgliedern des Lehrkörpers, die der Vorstand des Schülerausschusses um Uebernahme dieses Amtes auf die Dauer eines Jahres ersucht. Dieser Vertrauensrat verbescheidet die Wünsche, Anregungen und Beschwerden des Schülerausschusses; in wichtigen Angelegenheiten hat er hierzu die Ansicht des gesamten Lehrerrates einzuholen. Schließlich wird die Berufung von Schülerversammlungen aus den Klassen, die Mitglieder zu dem Schülerausschuß zu wählen berechtigt sind, vorgesehen. Bei diesen sollen die Klaßlehrer und nach Möglichkeit auch die Fachlehrer anwesend sein. Diese Schülerversammlungen haben den Zweck, eine freie und offene Aussprache zwischen Lehrern und Schülern über Angelegenheiten des Schullebens zu ermöglichen. Jede Schule ordnet ihre Angelegenheit selbst; die Einmischung eines fremden Schülerausschusses ist unstatthaft.

Im Prinzip der Selbstverwaltung der Schüler liegt es, daß diese die gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt ausüben und zwar in den Formen des staatsbürgerlichen Lebens. In dem Vorbilde, dem self-government in Nordamerika, wird dieses auch so durchgeführt und in den deutschen Nachbildern ist es herübergenommen. Der Erlaß des bayerischen Ministers läßt jene Form nicht hervortreten, ebensowenig sind die Befugnisse, welche Schülerausschuß und Schülerversammlung im einzelnen haben, genau umschrieben. Die Durchführung an einzelnen Anstalten aber zielt auf die Inanspruchnahme des dreifachen Rechtes des staatlichen Lebens. Eine Beschränkung oder vielleicht richtiger gesagt, eine Mäßigung der Schülerautonomie kann die Zulassung des Lehrer-Vertrauensrates bringen. Doch ist auch seine Stellung und Vollmacht in der Verwaltung nicht klar gekennzeichnet; es wird nicht gesagt, ob sein etwaiges Veto die Ausführung der Beschlüsse der Schüler hindert, oder ob er nur eine beratende Stimme hat. Ein Teil der Männer, die auf die Gründung der Schülerausschüsse Einfluß geübt, sind der Lehrerautorität nicht günstig gesinnt.

Von der Schüler-Selbstverwaltung erwartet man für die Jugend viel Gutes und Schönes. In der Freiheit, die ihr zugestanden werde, würden alle sonst latenten Fähigkeiten frei und gelangten zur Ausbildung; die Erziehung verbinde sich mit den lebendigen Kräften derer, die erzogen werden sollten. Insbesondere würden Neigungen, die gar oft die Bemühungen der Erziehung stark hinderten und schwer schädigten, der Erziehung direkt dienstbar gemacht, so vor

allem der Korpsgeist, der nicht selten einen organisierten Widerspruch ins Leben rufe, der Altersehrenkodex und die sozialen Bandeninstinkte. Weiter wird der Schüler-Selbstverwaltung die Wirkung zugesprochen, daß sie Ordnung, Disziplin und Zucht schaffe, das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler vertiefe und verfeinere. Dieser sehe in dem Lehrer nicht mehr den Vertreter der strengen Autorität, die befiehlt und straft; somit falle für die Jugend der Grund zum Widerspruch und zum vermeintlich aufgedrungenen Kampfe weg. Der junge Mensch werde den Schulgesetzen, die er selbst mitgeschaffen hat, bereitwilliger sich fügen als fremden; schließlich könnten auch die bisherigen üblen Schulvergehen, z. B. Mogeln, nicht fortbestehen; die Mitschüler würden eben nicht so leicht getäuscht werden wie der Lehrer. Selbst die sittliche Charakterbildung gewinne. Nur der freie Gehorsam, der Spielraum für Selbstbetätigung und Selbstverantwortung lasse, ermuntere die Jugend zur stärksten ethischen Kraftentfaltung und befähige sie zur Entwicklung höchster sittlicher Selbsttätigkeit und Selbständigkeit. Nicht nur Schulfehler würden hintangehalten, es erhielten vielmehr auch Schülertugenden Förderung. Ausschlaggebend aber sei die Selbstverwaltung für die Erziehung zum staatsbürgerlichen Leben; da gäbe es kein wirksameres Mittel, die Jugend für politische Gewissenhaftigkeit und politische Mitarbeit in einem Rechtsstaate zu gewinnen, als daß man sie frühzeitig übe, verantwortungsvolle Vertrauensposten auszufüllen, selbstgewählten Vertrauensmännern strikten Gehorsam zu leisten und an der Durchführung geordneter Zustände selbsttätig mitzuarbeiten.

Gewiß wertvolle Güter, die hier verheißen werden! Leider aber lassen Jugendpsychologie und Erfahrung keine volle Hoffnung aufkommen, zeigen vielmehr, welch große Sorgfalt und Klugheit notwendig sind, um bei der Schüler-Selbstverwaltung Schlimmes zu verhüten. Es ist eine Täuschung, daß bei der Selbstverwaltung der einzelne Schüler frei werde, er wechselt vielmehr nur die Autorität; zuerst war die des Lehrers der Schule da, jetzt tritt an die Stelle die des Schülerausschusses oder der Schülerversammlung, der zudem nur ein Teil der berechtigten Schüler anzuwohnen pflegt; es kann aber kein Zweifel obwalten, daß die erstere dem jungen Menschen heilsamer ist als letztere. Dieser mangeln nicht nur die Weisheit eines ruhigen Ueberlegens und die Erfahrung des eigenen und fremden Lebens, sondern sie erzieht zur Unterordnung unter die Mehrzahl der Stimmen von Unreifen. Es wird der Jugend eine ganz falsche Auffassung von Gesetz und Sittlichkeit beigebracht, als ob solches nur sei, dem der einzelne zustimme, oder was er selbst aufgestellt habe. Dadurch wird ein verhängnisvoller Individualismus großgezogen, der namentlich auf ethischem Gebiete nie und nimmer anerkannt werden darf; es wird, um mit Foerster zu sprechen, die Jugend losgerissen von der aus den Inspirationen der erleuchtetsten Geister stammenden Tradition, sie wird betrogen „um die große Schule der Ehrfurcht und des Gehorsams". Auch die Haupthoffnung, welche auf die Selbstverwaltung der Schüler gesetzt wird, daß sie Ordnung, Disziplin und Zucht begünstige, erscheint sehr problematisch. Wenn in einer Klasse oder einer Schule eine Majorität von Schülern da ist, die Dinge einführen will, die unrecht und vielleicht für die jungen Leute sogar verderblich sind, will da der Lehrer den gehorsamen Diener machen, der nicht nach den Gründen und Wirkungen des Auftrages seines Herrn frägt, oder will er Vernunft und Gewissen folgen, die ihm verbieten, bei der Ausführung schlimmer Beschlüsse der Jugend Mithilfe zu leisten? Im letzteren Falle steht ihm jetzt eine legitim organisierte Schülermenge gegenüber. Zucht und Disziplin werden nun erst recht aus der Klasse verschwinden. Wird der Lehrer zu einer etwaigen Klage ins Ministerium gehen wollen? Wird er hier Recht bekommen? Nach dem Geiste, mit dem die Einführung der Schülerselbstverwaltung sich umgeben hat, wird er es nicht sicher zu hoffen wagen. Auch wenn zu seinen Gunsten entschieden wird, kann er in der Klasse kaum mehr ersprießlich wirken. Es entstehen in den Schulen Parteien, die namentlich in Weltanschauungsfragen — auch diese treten gewiß oft auf — einen tiefen Riß in der einmütigen Stimmung hervorrufen. Die Minorität wird sich nicht widerstandslos ducken; nach parlamentarischen Gebräuchen muß sie alles in Bewegung setzen, um die unangenehme Majorität zu stürzen. Wie soll bei solchen Kämpfen, von allem anderen zu schweigen, in der Schule noch Zucht und Ordnung herrschen? Was endlich die Gerichtstätigkeit der Schüler angeht, sagt ein Kenner der Verhältnisse: „Es ist sehr zu bezweifeln, ob überhaupt unerfahrene Schüler die Reife des Urteils und die Lauterkeit der Gesinnung besitzen, um über Vergehen ihrer Mitschüler richten zu können. Eine derartige Richtergewalt verführt den jungen Menschen leicht zu hochmütigem Pharisäertum und zu moralischer Naseweisheit, ja zur Schadenfreude und Gehässigkeit. Anderseits besteht bei den nicht richtenden Schülern die Gefahr, daß die Achtung vor dem Gericht und das Vertrauen zur Gerechtigkeit verloren gehen, denn die Richter sind ihresgleichen und zeigen selber die Fehler, über die sie aburteilen sollen". Selbst das richtige Staatsbürgerleben kann unter dem Staatsbürgerspielen leiden. Es waltet hier ein Mißverhältnis zwischen Form und Inhalt; dieses kann nie günstig wirken. Solches haben aktive Offiziere auch von dem früheren Soldatenspielen der Jugend ausgesprochen.

Unser Urteil findet Bestätigung in der Erfahrung, die man bisher gemacht hat. Selbst hervorragende amerikanische Pädagogen wie St. Hall fangen an, Bedenken zu bekommen; dieser warnt vor Uebertreibung jugendfremder Formen in der Erziehung, damit die Jugend nicht um ihr eigenes Leben betrogen werde. Man hat den Ausspruch getan, in Amerika gebe es keine Kinder. Damit ist in Milde auf den traurigen Stand hingewiesen, in dem sich die amerikanische Jugend befindet. Was speziell die Haltung der Studierenden angeht, so werden die allerschlimmsten Dinge berichtet. Parteien bilden sich und treten zusammen in geheimen Gesellschaften, um die Besetzung der Aemter im self-government in ihre Hände zu bekommen, Bestechung und Stimmenkauf spielen eine große Rolle, Fehden in den Schülerzeitungen, Schulstreiks, Straßendemonstrationen u. a. sind keine Seltenheiten. In Deutschland will man in der Sache befriedigende Erfahrungen gemacht haben; indes es ist zu beachten, daß die Lehrer die Oberleitung mehr oder minder stramm in Händen hielten, daß somit die Selbstverwaltung der Schüler großenteils nur Schein war. Es werden jedoch auch Urteile laut, wie es Falbrecht-Wien ausspricht, der an der 7. Klasse des k. k. Elisabethengymnasiums eine solche Schüler-Selbstverwaltung einführte: „Doch kann ich wahrheitsgetreu auch eine Reihe nachteiliger Folgen nicht unberührt lassen. Einzelne Schüler drängten sich ungebührlich hervor, Nebensächliches und Persönliches wurde in den Vordergrund gerückt, eine tiefgehende Spaltung der Klasse wurde beobachtet, so daß sogar ein Schüler behauptete, der Ausschuß sei dazu angetan, ‚Haß in die Klasse zu tragen'. Gerade bei den weniger guten Elementen, bei denen ich es ganz besonders auf eine Hebung des Selbstgefühls und auf eine innere Umkehr abgesehen hatte, machte ich keine guten Erfahrungen".

Angesichts dieser Tatsachen herrscht bei ernsten Pädagogen im allgemeinen eine starke Zurückhaltung hinsichtlich der ganzen Einrichtung, wie besonders des Umkreises der der Selbstverwaltung zustehenden Rechte. Nur einige Stimmen seien angeführt. Kerschensteiner mahnt: „Doch macht die Einführung der Selbstregierung und Selbstverwaltung der Schüler sorgfältige Ueberlegung nötig. Wir müssen den Geist der Schüler gründlich kennen, ehe wir es wagen dürfen, von diesem Mittel Gebrauch zu machen". Dr. Wilh. Mann, Direktor an einer Studienanstalt zu Santiago de Chile mit self-government, sagt: „Der alte schöne Wahn (als ob die Anlage des Menschen von Natur aus ganz und gar gut sei) lebt also noch einmal wieder auf und fordert von neuem seine Opfer. Vom Erzieher aber sollte man erwarten dürfen, daß er statt mit den Entwicklungsmöglichkeiten seiner Zöglinge auf so gewagte Weise experimentiere, lieber im Leben da Umschau hielte, wo sich solche Bedingungen freier Entwicklung der Persönlichkeit bereits verwirklicht haben" (nämlich bei den Erwachsenen). Schließlich sei noch Foerster genannt, der Hauptanwalt der Schüler-Selbstverwaltung in Deutschland. Schon in seinen früheren Schriften, insbesondere aber in seinem letzten Buch „Politische Ethik und politische Pädagogik" fordert er mit aller Entschiedenheit gegenüber Einseitigkeiten, wie sie namentlich Wyneken vertritt, eine strikte Abgrenzung der Materien, die der Bestimmung der Schüler zugewiesen werden sollen, er wünscht nicht zuviel abstimmen und diskutieren zu lassen, als vielmehr eine tatkräftige Uebung in der Verantwortlichkeit und tritt energisch für Wahrung der Lehrerautorität in der Schule ein.

Wir hegen den Wunsch, daß diese vernünftigen, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Mahnungen bei der Verwirklichung der Schüler-Selbstverwaltung Beachtung finden, daß nicht in einer so wichtigen Sache ein Experiment in einer Weise unternommen wird, das sich anderweitig bereits als ungeeignet und unglücklich erwiesen hat. Die Anordnungen des Ministeriums scheinen bereits einen Sieg Foersters gegen Wyneken zu verkündigen; möge sich dieser in der praktischen Betätigung vervollständigen!

Zwei Tiroler Dichter: Schönherr und Kranewitter.

Von Dr. Michael Hechenblaikner, Schwaz (Tirol).

Unter den tirolischen Dichtern und Schriftstellern stehen die Namen Karl Schönherr und Franz Kranewitter, was Kühnheit der Konzeption, Gestaltungskraft und Wucht des Ausdrucks anlangt, an erster Stelle und man kann wohl behaupten, daß auch unter all den zahlreichen Dramatikern, welche die deutschen Bühnen versorgen, ihnen in dieser Hinsicht kaum Einer gleichkommen wird.

Naturalisten sind beide. Krasse Naturalisten von unerhörter Wucht. Was sie uns bieten, ist Extrakt, konzentrierter Saft. Jedes Wort, das auf der Bühne gesprochen wird, ist direkt zugespitzt auf den tragischen Effekt, schnurstracks gehen sie auf das Ziel los; und nicht nur das Wort, auch die Symbolik der Handlung ist dem gleichen Zwecke dienstbar gemacht, ja auch der ganze Aufputz der Bühne ist auf diesen Ton gestimmt. Die Handlung ist in gedrängtester Weise geschlossen, Schürzung des Knotens, Entwicklung des tragischen Geschehens, Ende und Zusammenbruch sind in die straffsten Formen gefaßt. Freilich liegt hierin auch eine Uebertreibung. Die Menschen reden tatsächlich doch anders, handeln anders, sie lieben das Beiwerk und die Umwege, schmücken Rede und Handlung, füllen ihr Leben mit Nippes-Sachen und sind daher nie so konzentriert, wie die beiden Dichter sie uns auf der Bühne vorführen. Das eine aber erzielen sie damit: Die Tragik in ungeschminktester Form. Auch darin sind sie einander ähnlich, daß sie quantitativ nicht übermäßig produktiv sind. Das wäre wohl auch kaum möglich. Es muß eine gewaltige Arbeit sein, bis sie eine Idee so ausgekocht und ausgesotten haben, daß sie nur mehr den Extrakt uns vorzuführen brauchen. Da ist natürlich für Vielschreiberei wenig Spielraum gegeben.

So viele gemeinsame oder ähnliche Züge die beiden Dichter auch aufzuweisen haben, jeder geht doch seinen eigenen Weg in der Gestaltung, in der Ideenwelt, der er den Stoff entnimmt, in der dichterischen Entwicklung. Schönherr ist knapp, drastisch und derb, zweckbewußt in Rede und Handlung der Gestaltung, Kranewitter ist es nicht minder, vielleicht noch mehr. Schönherr gibt uns Dramen, Kranewitter preßt das dramatische Geschehen auf einen Akt zusammen, bannt es in eine Stube, zwängt es in die Zeitspanne von einigen wenigen Stunden und erreicht eine Wucht des Ausdrucks, die geradezu schauerlich wirkt. Er entwickelt nicht lange, sondern wie der Vorhang aufgeht, stellt er uns vor eine tragische Sachlage, die bereits am Rande des Abgrundes steht. Mit ein paar knappen Strichen zeichnet er den Entwicklungsgang, der zur gegebenen Sachlage geführt hat und neben der Schauerlichkeit des vor uns gestellten Bildes ein mitleidiges Begreifen und Entschuldigen in uns erstehen läßt. Man sehe sich nur den „Naz", den „Med", den „Giggl" an! (Einakterfolge „Die sieben Todsünden", vgl. A. R. 1918 Nr. 27, S. 398. Ferner „Um Haus und Hof", A. R. 1918 Nr. 24, S. 358.) Er zeigt uns nicht, wie dieselben geworden, sondern stellt uns den Sünder in der krassesten Form als gegeben auf die Bühne, seinen Entwicklungsgang mit einigen Worten kennzeichnend, und dann folgt Schlag auf Schlag. Es ist nur mehr die letzte Konsequenz eines Menschenlebens und -strebens, die letzte Strecke vor dem Ende. Aber auch da begleitet uns in all dem Schauder das Mitleid mit den Unglücklichen, deren Erlebnisse und Schicksale es gewesen sind, daß sie in diese unglückselige Bahn gekommen sind. Man mag darüber streiten, ob die noch größere Knappheit der Form und des Ausdrucks höhere dichterische Kraft bedeutet oder nicht und ob nicht Schönherr dramatisch richtiger vorgeht. Man wird auch Schönherr absolut nicht nachsagen können, daß er in seinen Stücken auch nur ein Wort zuviel sagen würde, aber doch ist die Anlage des Geschehens breiter.

Die eigentliche Scheidung der beiden Dichter beginnt bei der Ideenwelt und der dichterischen Entwicklung in dem Sinne, auf welcher Stufe der Seelenkultur sie das Problem erfaßten und durchführten. Schönherr hat eine Entwicklung hinter sich, die nicht aufwärts, sondern abwärts führte. Schönherr ist Arzt und vielleicht gerade diese Art der geistigen Arbeit hat ihn in diese Auffassung hineingebracht, die er in seinen letzten Dramen zur Schau trägt. Die Medizin hat sich ja im großen und ganzen die rein naturhistorische Betrachtungs- und Forschungsmethode zurechtgelegt, die lediglich Seziermesser und Mikroskop, Tiegel und Retorte kennt, die sich mit dem Leichnam des Menschen beschäftigt und das Lebensprinzip selbst, Lebenskraft, Lebensenergie und das, was wir Seele nennen, zu wenig oder nicht in Anschlag bringt. Diese Auffassung des Menschen als einer chemischen Formel, einer Gleichung der Mechanik und Physik wurde von der modernen Medizin prächtig herausgeklügelt und dann behauptet , daß beim Eintreten gewisser chemischer oder physikalischer Veränderungen in unserem Körper Bedürfnisse entstehen, deren Lösung auf eine Formel der Chemie oder eine mechanische, physikalische Gleichung sich zurückführen ließe. Diese Art Naturwissenschaft tut sich dann viel auf die aus der Biologie, aus der Wechselwirkung chemischer, mechanischer, physikalischer Prozesse in unserem Körper entspringende Pathologie zugute und sucht im weiteren Verlaufe alles Geistige auf dieses Triebhafte und dessen Ursprungsland, das Stoffliche, zurückzuführen, trotzdem sie sich bei nüchterner Ueberlegung sagen müßte, daß man mit rein mechanischen Mitteln, und das sind ja Mikroskop, Chirurgenmesser, Säuren und Kochapparate, nicht einmal das Sinnliche, geschweige das rein Geistige im Menschen zu ergründen vermag.

Auf dieser Stufe des Triebhaften, des rein Sinnlichen, Pathologischen bleibt nun Schönherr stehen, bzw. auf diese Stufe ist er in seinen letzten Stücken gelangt. Auf dieser Grundlage schürzt er den tragischen Knoten, aus der gegenseitigen Durchkreuzung dieses Triebhaften durch die einzelnen Träger desselben entwickelt er das tragische Geschehen, bis er den ganzen Krempel in den Abgrund treibt. Man könnte vielleicht sagen, daß in diesem letzten Zusammenbruch der Sieg der sittlichen Idee negativ enthalten sei. Aber Schönherr zeigt uns eben in keiner Weise, daß seine Tragik ein Kampf des Sinnlichen mit dem Geistigen, des Triebhaften mit der Seele, ein Unterliegen der letzteren in konkreten Fällen sei, er bleibt im rein Sinnlichen stecken und wir haben dann eben nicht Menschen vor uns, die mit Geist und Materie versehen sind, sondern animalische Wesen, die lediglich ihren Trieben gehorchen. Schönherr hat sich die Brunstzeiten der Tiere gut angesehen und projiziert nun dieselben auf die Menschen. Daß dies vom wahren Naturalismus himmelweit entfernt ist, erscheint einleuchtend, nachdem der Mensch schließlich und endlich doch nicht ein Tier, sondern ein vernunft-begabtes, willensfähiges und willensfreies Wesen ist.

Es war einmal anders. Schönherr kann anders, er hat anders gekonnt. Die „Erde", dieses Lied der Grundentsprossenheit und des Grundverwachsenseins, das wir ja beim Bauernstand von altem Schrot und Korn auch heute noch in tausend Abstufungen finden können, das den Bergbauern veranlaßt, nicht selbst ins Tal zu ziehen, sondern mit Tragkorb und Kraxe die vom Frühlingsgewässer und Gewitterregen weggeschwemmte Erde auf den alten Fleck zurückzubringen, die das Kind der Berge veranlaßte, in Leinwandsäckchen auf bloßer Brust ein Stück Heimaterde nach Galizien mitzuschleppen, hatte einen anderen, einen geistigen, einen Herzenston. Auch „Sonnwendtag" mit dem tragischen Zwiespalt zwischen Kindesliebe und Gesinnungsentwicklung hatte einen anderen idealen, geistigen Zug, und noch mehr war dies der Fall bei „Glaube und Heimat". Auf die gegen dieses Stück vom konfessionellen Standpunkte aus mit Recht erhobenen Einwände braucht in diesem Zusammenhange nicht näher eingegangen zu werden. Immerhin ist es noch die Lösung eines gewaltigen seelischen Problemes, und der Sprung von „Glaube und Heimat" zum „Weibsteufel" war ein Sprung vom Geistigen ins Animalische, Triebhafte, ein Sprung in die Tiefe. Eine kleine Umkehr ist vielleicht in „Frau Suitner" zu entdecken, wo nicht mehr die reine Befriedigung des Geschlechtstriebes, sondern bereits die Sehnsucht nach dem Kinde enthalten ist und damit eine höhere Stufe erreicht wird.

Ganz anders, ernster und tiefer, Franz Kranewitter. Auch er nimmt die gewaltigsten leidenschaftlichen Entladungen sinnlicher Triebe, aber, was er uns durch seine Einakter zeigt, ist die Rechtfertigung der sittlichen Idee. Er stellt jene uns durch die Entwicklung selbst und durch den Zusammenbruch als Sünde, als Verbrechen hin, deren notwendige Folge in äußerster Konsequenz Tod und Verderben ist. Kranewitter zeigt uns in den Trägern der Leidenschaften den Kampf dieser Triebe mit dem geistigen Elemente des Menschen, zeigt uns wohl das Unterliegen der geistigen Kräfte gegenüber den sinnlichen, zeigt uns sogar, wie durch die fortgesetzte Gewohnheit der Dauerzustand der Leidenschaft herbeigeführt wird, wie diese einzelne Leidenschaft dann ihre Verheerungen im ganzen Menschen zur Folge hat, wie aber dann notwendigerweise der Zusammenbruch, das Verderben erfolgen muß. Darin liegt nun die Rechtfertigung der sittlichen Idee, weil der Kampf gegen diese Leidenschaft als sittliche Notwendigkeit gepredigt wird und weil im Zusammenbruch eine Sühne stattfindet. Kranewitter folgert damit ohne Worte, daß die Grundsätze der Sittlichkeit der Vernunft entsprechen und die Unsittlichkeit der Leidenschaft Unsinn und Verbrechen ist. Es wäre nur zu wünschen, daß er noch den letzten Schritt machen und uns auch einmal zeigen würde, wie die animalischen Triebe überwunden, geadelt, vergeistigt werden können. Kranewitter zeigt uns aber immerhin den Kampf zwischen Geist und Materie, Sinnlichkeit und Geisteswelt und steht somit gegenüber dem Schönherr der letzten Dramen auf einer viel höheren Stufe der Ideenwelt. Zeigt er uns noch einmal den Erlösungsgedanken, die Ueberwindung des Sinnlichen durch das Geistige und nicht nur den tragischen Zusammenbruch als notwendige Folge der Ueberwindung des Geistigen durch das Sinnliche, dann steht er an der Pforte jener Geisteswelt, der wir die größten Probleme der Dichtkunst verdanken. Das Können dazu hat er. Das Können, das rein technische Können, die dramatische Wucht hat auch Schönherr. Aber der Weg zu dieser Höhe ist für Schönherr weiter, weil er erst noch jene Stufe erringen muß, auf der Kranewitter heute bereits steht. Es gebührt somit unter diesen beiden Tiroler Dichtern zweifellos Kranewitter der Vorrang.

Die Kunst im neuen Staate.

Langsam, seit Jahrzehnten hat der jetzt in die Erscheinung getretene politische und kulturelle Zustand sich vorbereitet. Während Ehrgeiz nach Weltmacht an den maßgebenden Stellen Augen und Verstand verblendete, versank die Kultur in Aeußerlichkeit, in plattes, verhängnisvollstes Streben nach dem Materiellen. Dabei verkümmerte auch mehr und mehr die edelste Blüte der Kultur, die Kunst.

Blicken wir zurück bis vor den Zeitpunkt von 1871. Indem er den Drang nach Aeußerlichkeit zum Ausbruche brachte, vernichtete er den letzten Rest großer Ueberlieferung, von der die Kunst bis dahin sich noch genährt hatte. Mit dem Rücktritte König Ludwig I. hatte eine wirklich große Epoche deutscher Kunst ihren Abschluß erreicht. Ihre Kraft genügte gleichwohl, um nachwirkend noch unter Maximilian II. einzelnes Beträchtliche zu erzeugen. Die Romantik Ludwig II. wirkte bereits nicht mehr entwicklungskräftig, weil sie in Phantasien eines einzelnen sich zu erschöpfen gezwungen war; freilich wird sie um ihres Glanzes und ihrer Tragik willen unvergeßlich bleiben. Zur selben Zeit war die frei schaffende Kunst bereits im Rückgange begriffen. Die religiöse Kunst befindet sich allerdings seit etlichen Jahrzehnten wieder im Aufschwunge. Dank der unbesieglichen Kraft der Religion hat sie die Krisis verhältnismäßig leicht überstanden. Nicht beschieden ist dies aber bisher der Profankunst, die es unterläßt, es kurzsichtig, töricht, trotzig verschmäht, jene mächtige Kraft für sich in Anspruch zu nehmen. Gänzlich in Verfall geriet die profane Monumentalkunst, vorab in der Malerei, während die Baukunst und die mit ihr verbundene Bildnerei bei der Erfassung beträchtlicher Aufgaben des materiellen Lebens wenigstens neuerdings einiges Bessere zu bilden vermochte. Die Malerei aber verlor durch die verflachenden Einflüsse der Zeit mehr und mehr das Gefühl für ihre wahren Aufgaben, versank in äußerliche Naturnachahmung, in öden Realismus, und bewies durch Hang für technische Experimente, daß sie zwischen Mittel und Zweck nicht mehr klar und energisch zu unterscheiden verstand. In neuester Zeit fiel sie in das entgegengesetzte Extrem. Das Streben (soweit es als ehrlich ernst genommen werden muß) nach sichtbarer Darstellung des Begriffes, nach Rückkehr zur Ursprünglichkeit des Denkens führte zur Vernachlässigung der Form, ja zu ihrer vernunftwidrigen Behandlung. Im Suchen nach etwas Höherem, Besserem verfehlte man den rechten Weg, während man doch vielfach unzweideutig zeigte, daß man sich seiner wohl bewußt war: den Weg zur Höhe der christlichen Glaubenserkenntnis. Man experimentierte mit den erhabenen Wahrheiten, machte sie bis an, ja über die Grenzen des sittlich Zulässigen zum Gegenstande expressionistischer, futuristischer und ähnlicher Klügeleien, die sich ein naives Aussehen gaben, während sie das krasse Gegenteil aller Unbefangenheit waren. Daher die völlige Erfolglosigkeit dieser Werke bei den wirklich Unbefangenen, die tief verletzende Wirkung bei den gläubig gebliebenen Denkenden. So verdichtete sich in dem Zustande, den die deutsche Kunst bis zum Eintritte der Umwälzung erreicht hatte, das Schwanken zwischen Materialismus und Idealismus, die ganze Verwirrung, Rat- und Haltlosigkeit, die Unwahrheit, der Widerspruch und die Widerspenstigkeit, der Trotz, der Unglaube, der Größenwahn und die Kleinheit des jetzt zu einem Abschlusse gebrachten Zeitalters.

Neue Staaten, neue Verfassungen sind in der Bildung begriffen. Sie müssen zur Kunst Stellung nehmen. Die Frage ist nur, bis zu welchem Grade, in welcher Form der neue Staat bereit sein wird, sie als **Kulturfaktor** gelten zu lassen. Ob er Kraft und Willen dazu besitzt, er, selbst das Erzeugnis der Auflösung, die Kunst an weiterer Auflösung zu hindern, sie wieder gesund und kräftig zu machen. Sie nicht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, wie er es jetzt bereits mit dem Theater tut, sondern ihre Reinheit und überirdische Hoheit zu ehren, ihr sich zu unterwerfen, von ihr sich veredeln zu lassen, sie unter den Leitern des geistigen Lebens in die vorderste Reihe zu stellen. In seinen Beziehungen zur Kunst erwachsen dem Volksstaate ungeheure Pflichten. Gerade auch an ihrer Erfüllung wird man seinen Wert und somit seine Lebensfähigkeit und Daseinsberechtigung ermessen können.

Er wird sie nicht erfüllen durch die Proletarisierung der Kunst, nicht indem er der Zunahme der Traditionslosigkeit weiter ihren Lauf läßt. Wohl aber dadurch, daß auch in dieser Beziehung er als rechter und echter Volksstaat dem wohl verstandenen Willen nicht des Pöbels, sondern des **Volkes** zur Geltung verhilft. Dabei muß er sich fähig erweisen, auch den Willen zu erraten und zu erfüllen, dessen sich breite Schichten des Volkes nicht bewußt sind. Er hat freilich für diese Befähigung bisher kein Zeugnis abgelegt. Nach zwei Richtungen wird er tätig sein müssen.

Die eine betrifft die **Erziehung des Volkes zur Kunst**. **Nicht zu ihr, als zu einer entbehrlichen Sache, nicht als zu einer Spielerei, nicht als zu einem Mittel politischer Propaganda, nicht als zu Kitzel und Sittenverderb. Dies alles hat er bisher getan. Zum Glück erst kurze Zeit. So kann er leicht noch umkehren. So kann er durch rastlose Unterweisung in den Schulen, durch Wirken in und mit der Oeffentlichkeit, durch unablässige Belehrung und Anschauung, durch eine Fülle von Mitteln auf die Gemüter zu wirken, sie durch die Kunst zu heben, zu veredeln streben, die im Zusammensturz begriffene Brücke zwischen Kunst und Volk wieder für jedermann gangbar machen. Alle besten Kräfte werden ihm freudig Beistand dabei leisten.**

Die andere Richtung seiner Tätigkeit gilt der **Einwirkung auf die Künstler**. Der Volksstaat huldigt mit vielen großen Sprüchen der Freiheit. Sie auch für die Künstler herzustellen, ist ebenso schön als wichtig. Beseitigung des Protektionswesens, Gleichberechtigung aller, Heranziehung unbekannt Gebliebener u. dgl. — das alles ist bereits versprochen. Kein Zweifel auch, daß man dem allen in der Theorie zustimmen kann. Warum soll z. B. die Beteiligung an Ausstellungen vom Spruche einer Jury abhängig sein? Die Alten haben auch keine Jury gehabt. Freilich hatten sie auch keine Ausstellungen. Jeder Maler, Bildner, Graphiker usw., der in Schwabing in Gesellschaft von acht anderen ein Zimmer bewohnt, soll die Möglichkeit erhalten, sich zu zeigen und ein großes Licht zu werden. Gewiß, aber man schaue einmal genauer hin, wie viele von ihnen Proben wirklichen Könnens ablegen. Das wirklich gute, starke und große Talent im Verein mit rechtem Fleiß und Willen setzt sich schon von selbst durch, wenn die Zeit seiner Reife gekommen ist. Alle diese Versprechungen vom Schutze und von der Förderung der unbekannt Gebliebenen, der verkannten Genies gehören nach meiner Ueberzeugung bisher lediglich zu den Phrasen, mit denen man Urteilsschwache betören und für andere Zwecke ganz abseits von der Kunst ködern möchte.

Phrasen, die noch dazu auf mangelhafter Kenntnis der künstlerischen Art beruhen, sind auch die Vorschläge Eieners, es sollten zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die Künstler sozusagen für alle Tage kunstgewerbliche Arbeit tun und ihre hohe Kunst den seltenen Augenblicken der Weihe überlassen. Seiner Idee des **gewerkschaftlichen Zusammenschlusses** widerspreche ich nicht, finde aber, daß es dergleichen schon gibt, und habe den Verdacht, daß es sich in seinem Falle um die Schaffung eines die rechte Wirkung störenden Haufens untauglicher Gesellen handelt. Was den christlichen Künstler betrifft, so wird ihm zu raten sein, sich von dergleichen ferne zu halten. Es wäre die ungeeignetste Stelle, die er sich suchen könnte.

Es erhebt sich eine schwere Frage: Ist eine **Republik überhaupt imstande**, große, erhabene, seelenlenkende, Zukunft fördernde Kunst zu erzeugen? Schauen wir uns nach ein paar der wichtigsten um. Athen: war zu seiner Blütezeit de facto eine Monarchie. Aehnliches gilt von den bedeutendsten italienischen Stadtrepubliken zumal der Renaissance. Rom: leistete in der republikanischen Zeit für die Kunst nichts Wesentliches, blieb abhängig von Griechenland. Holland: hatte eine subtile Kunst des bürgerlichen Alltags, daneben den maßlos überschätzten Rembrandt. Frankreich: hat als Republik nur einen großen Künstler gehabt, Rodin, im übrigen für Verderbnis der Kunst gesorgt. Die Schweiz: hat bis zum heutigen Tage als bedeutenden, wenn auch keineswegs bahnbrechenden Künstler nur Segantini, außerdem Hodler, über den das Urteil noch schwankt, ja sich auf die Seite der Ungunst neigt. Der Ueberblick über die künstlerischen Leistungen in den genannten Republiken liefert nur für Holland ein günstigeres Bild, dem aber der eigentlich große Zug doch fehlt.

Kann man sich darüber wundern? Sind nicht von jeher so gut wie alle wirklich großen Aufträge von **Monarchen** oder von der **Kirche** ausgegangen? Von ersteren zur größeren Ehre ihrer eigenen Person oder des Staates und Volkes, von der letzteren zur Verherrlichung Gottes und der Heiligen. Jenen beiden Auftraggebern gegenüber tritt schon der monarchische **Staat** in den Hintergrund; noch weitaus weniger hat sich ihnen die Republik als solche je bemerkenswert angereiht. Das meiste bleibt in ihr dem privaten Entschlusse überlassen. Der aber entspringt aus keiner wurzelechten Ueberlieferung, konzentriert sich in keiner alle Aufmerksamkeit fesselnden Person, findet auch seine Grenzen an finanzieller Möglichkeit. Also ist ohne Voreingenommenheit, lediglich auf Grund geschichtlicher Erfahrung vorauszuwissen, daß auch die deutsche Republik (oder ihre selbständigen Teile) künstlerische Anregungen und Aufträge von wirklicher, dauerhaft hoher Bedeutung kaum geben wird, weil sie es ihrer unruhigen und der rechten Höhe entbehrenden Natur nach nicht kann.

Dagegen vermag sie zu schaden! Vor allem auch in der Weise, daß sie den nach Beseitigung des Monarchen noch übrigen zweiten großen Auftraggeber, die **Kirche**, hindert oder mittels der Trennung von Kirche und Staat ganz ausschaltet. Geschähe dieses letztere, dann wäre über die Kunst unserer Zeit und unabsehbarer Zukunft das Todesurteil gesprochen. Schwerste Schäden in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung hängen hiermit zusammen.

Die kirchliche Kunst wirkt naturgemäß vor allem für die Zwecke der Religion. Sie ist hierbei die eigentliche Hüterin der modernen Monumentalkunst geworden, pflegt aber gleichzeitig mit derselben Liebe und ebenso gutem Gelingen auch die bescheideneren Gebiete. Von höchster Wichtigkeit ist ihr Ansehen, ihre Lauterkeit als Gegengewicht gegen die Mängel, die Verirrungen der Profankunst, gegen die Grundsatzlosigkeit und Unsittlichkeit weit ausgedehnter Kunstrichtungen. **Der katholische Geist, der die christliche Baukunst, Bildnerei, Malerei, angewandte Kunst zu ihren Leistungen befähigt und anfeuert, ist noch immer der gleiche, der seit Beginn der Christianisierung Deutschlands dem Denken und Empfinden unseres Volkes Färbung und Charakter verliehen hat. Deutsch sein und nicht christlich sein, schließt einander aus; deutsches Wesen, das auf sein Christentum verzichtet, gibt sich selbst auf. Ob dabei die Staatsform monarchisch oder republikanisch ist, gilt für die Kirche gleich, solange nur das Christentum ungetrübt bleibt. Darum kann unter der Republik auch die Kunst nicht leiden, die vom christlichen Geiste erfüllt bleibt. Das bedeutet keineswegs, daß ich hier nur kirchliche Kunst meine. Denn auch der profanen kann**

christlicher Geist nur höchsten Segen bringen. Ja, sie ist ohne ihn besserer, großer Leistungen überhaupt nicht fähig. Eignet sich die Republik diese Auffassung an, so sichert sie Gegenwart und Zukunft unserer Kunst, auch ohne daß sie selbst und unmittelbar für sie zu wirken vermag. Von der jetzigen Regierung läßt sich aber solche Einsicht leider nicht erwarten. Dafür sind die Anfänge zu bedenklich.

Kunst, die bestrebt und geeignet ist, unserem religiösen Leben zu Hilfe zu kommen, ist uns jetzt nötiger denn je. Der bedrohte Geist Christi, seiner Lehre und seiner Nachfolge ruft nach ihr. Eine gewaltige Helferin war die christliche Kunst der Kirche zu allen Zeiten. Alle Gläubigen, alle, die der heiligen Sache des Herrn treu bleiben und diese ihre Treue auch nach außen bekunden wollen, haben die Pflicht, der christlichen Kunst jetzt Beistand zu leisten. Der neue Staat wird gerade dieser Pflicht sich entziehen, um so mehr müssen die Gemeinde, die führenden Beamten, muß jeder einzelne, der es mit seinem katholischen Glauben redlich meint, nach allen Kräften tun, was der zuvorderst Berufene, der Staat, geflissentlich unterläßt.

Christliche Kunst hat reichste Gelegenheit sich zu betätigen. Alte Kirchen zu erhalten und, wo nötig, zu bessern; neue zu bauen; Aeußeres und Inneres der Gotteshäuser mit Bildnereien und Malereien zu schmücken; Gegenstände des heiligen Dienstes anzufertigen; Straßen und Plätze und Häuser mit Kunst zu verschönern; Gedenkzeichen und Erinnerungswerke des Krieges zu schaffen, insbesondere auch für würdigen Grabschmuck unserer Helden zu sorgen; in den Wohnungen das Licht der gottgeweihten Kunst zu entzünden. Gerade letzteres ist heute längst kein Vorrecht der Reichen mehr, weil Werke herrlichster christlicher Kunst nicht nur in keineswegs durchweg teuren Originalen, sondern auch in ganz billigen Nachbildungen von vollendeter Schönheit zu haben sind.

Stehen wir so zusammen, so werden wir überdies eine brennende soziale Aufgabe lösen, um die der soziale Staat sich nicht kümmert. Wir werden Tausende von Arbeitern vor Brotlosigkeit schützen, die bis jetzt ihre Kräfte der christlichen Kunst zur Verfügung stellten, Bauhandwerker vor allem, ferner Kunstgewerbler verschiedenster Techniken, Maler, Bildner. Eine Unzahl solcher Künstler ist jetzt aus dem Felde heimgekehrt. Sie wollen Aufträge haben, besitzen ein Recht darauf, solche zu erhalten. Und darum müssen wir ihnen Aufträge geben. Und wir wollen uns das Hohe, Schöne, Herrliche nicht verloren gehen, nicht rauben lassen, was sie uns geben können!

Seit 26 Jahren entfaltet die „Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst" eine Tätigkeit, deren segensreiche Wirkung erst der Zukunft völlig deutlich sein wird. Katholischer Glaube ist die Grundlage, auf der sie baut, der Boden, aus dem die moderne, von christlichem Geist erfüllte, von seiner Schönheit, seinem Lebensmute durchdrungene Kunst ihre Kräfte zieht. Die „Deutsche Gesellschaft" ist der gebotene Sammelpunkt der christlichen Künstlerschaft. Sie ist auch diejenige Vereinigung, der jeder, der für den Weiterbestand und die Hebung der christlichen Kunst in jetzigen schwersten Zeiten und für die Sicherung des Lebens und Schaffens der bedrängten christlichen Künstlerschaft ein Herz hat, angehören müßte. Die geringen Beiträge (10 M im Jahre) werden durch wertvolle Gegenleistungen mehr als wett gemacht. Auch als kostenlose Beratungsstelle in allen Kunstangelegenheiten ist die „Deutsche Gesellschaft" von allergrößter Bedeutung. Ich halte es für meine Pflicht, an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange auf sie hinzuweisen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Juliana von Stockhausen: Das große Leuchten. Ein Roman aus dem schwäbischen Bauernkriege. Kempten, Kösel. 8° 315 S. geb. 6.50 M. Hier haben wir ein großes Versprechen, die erste schöpferische Ausgestaltung einer noch sehr jungen und doch schon künstlerischen Kraft. Man denke: Ein siebzehnjähriges Mädchen konzipiert einen historischen Roman, den sie dann im Laufe der in alle einschlägigen Forschungsgründe führenden Arbeit zu einem Grade dichterischer Reife bringt, angesichts dessen man staunend Halt macht. Selbstverständlich kann dieses Erstlingswerk noch nicht alle Vollkommenheiten kompositionellen Aufbaues, harmonischer Ausgeglichenheit und künstlerischer Gehaltenheit aufweisen, aber in seiner stofflichen Behandlung, in Charakteristik und Diktion ist es, ob auch nicht durchweg einwandfrei, so doch derartig durchsättigt von Genialität, daß man ruhig den Hinweis der Verlagsanzeige auf die Kraft und Herbheit der Darstellung, auf die Sicherheit der Linienführung und die visionäre Tiefe künstlerischen Erfassens sowohl der materiellen wie der seelischen Elemente, auf die Wucht und Unmittelbarkeit des Ausdrucks unterschreiben kann. Selbstverständlich wird man nach dem Bildungsgang dieses auffallenden Talentes fragen wollen und ebenso selbstverständlich bald auf das Vorbild Enrica von Handel-Mazzettis schließen. Sicher hat die junge Reichsdeutsche von der großen Oesterreicherin gelernt, doch ohne Verlust des Eigenpersönlichen, der dichterischen Unabhängigkeit. Die intuitiv fennerische Liebe zum Volks- und Menschentum haben beide gemeinsam, ebenso den starken, fast leidenschaftlichen Zug zur gütigen Gerechtigkeit, zur gläubig religiösen Vertiefung, nur daß bei Enrica schon Meisterschaft geworden ist, was bei Juliana noch auf Entwicklung deuten mag; bei J. v. Stockhausen tritt übrigens das konfessionelle Moment fast ganz in den Hintergrund. Auf ihrer Gesamtdarstellung liegt das große Leuchten der Sehnsucht nach der Sonne der Freiheit, die dem vom Adel schwer gedrückten Bauernstande blutig aufgeht und untergeht; das große Leuchten menschlicher Treue und Liebe; das große Leuchten von „Gottes Größe und Liebe, einer allumfassenden, alleinigen Liebe", Abglanz der Ewigkeit, der wie ein außer Zeit und Raum ragender Friedensbogen sich wölbt über dem Ganzen, über Leidenschaft, Kampf und Rache, Verachtung, Grausamkeit und Roheit, über glühendem Haß und erlösender Liebe, über Recht und Unrecht, Laster und Tugend, schwerer Sünde, restloser Sühne, furchtbarer Not, Trennung und seliger Vereinigung. Mir fehlt hier der Raum zu auch nur knappstem Abriß der stark bewegten Handlung mit ihrer vorwiegend scharfen, zugleich wuchtigen und sehr oft durchaus intuitiven Personenzeichnung, mit ihrer kernigen Sprache und schönen, zum Teil wunderschönen, ganz im Leben der Geschehnisse aufgehenden Schilderung. So kann ich nur raten, allen raten, selber das Buch zu lesen und dabei nie zu vergessen, woher es kommt: von einem noch gar jungen Talent, das trotzdem schon den Weg zu den „Müttern" fand: zu jenen in der Tiefe webenden schöpferischen Kräften, ohne die keine wahre Kunst erstehen und bestehen kann.

E. M. Hamann.

Maria Batzer: Schwarzwald-Kinder. Herder. 8° 218 S., kart. 5.20 M. — Die Verfasserin, die sich schon seit länger auf dem Wege zur Jugenderzählklassikerin befindet und den Aufstieg von Buch zu Buch zielsicherer vollzieht, hat in der vorliegenden Schwarzwaldgeschichte wiederum Vorzügliches geleistet. Alles an der Bewältigung des mit glückhaftem Griff erwählten Stoffes ist gesund, frisch, naturwahr und eingesetzt um ethischen Gewinn und künstlerische Durchdringung. Vielleicht, daß an einigen wenigen Stellen der kindliche Dialog eine etwas zu gehobene Wendung aufweist — vielleicht auch, daß der schwarzwälder kindliche Typ sich einer besonderen Gewecktheit erfreut. Die Handlung spielt während des Krieges daheim in einem Dorfe, und so kommt es, daß all das aufgezeigte Wärmelicht auch hier und da Regenschatten überziehen. Aber die Sonne echten Humors behält durchaus den Sieg in Vortrag, Charakterzeichnung, Sprache und Anschauung der ganz aus lebendigem Leben herausgehobenen Erzählung; wir haben es mit wirklichen Kindern zu tun und mit ebenso wirklichen Persönlichkeiten unter den Erwachsenen. Unter dem entzückenden Wellengekräusel des Vortrags bemerkt man alsbald die Strömung anziehender Gemütsvertiefung, die das Buch wertvoll fürs Leben und schon jetzt zum Freunde der bereits Reifen macht. Darum sei geraten, die von Karl Sigrist sehr hübsch illustrierten „Schwarzwald-Kinder" schleunigst in Haus- und Schulbüchereien an einem Ehrenplatze einzustellen.

E. M. Hamann.

Skizzen und Studienköpfe. Beiträge zur Geschichte des deutschen Romans seit Goethe. Von Dr. Oswald Floeck. Verlagsanstalt Tyrolia, Wien-Innsbruck-München. 1918. Brosch. M 12.—. Es ist ein Hochgenuß, sich in Dr. Floecks umfangreiches Werk zu vertiefen. Er will, wie er in seinem Vorwort sagt, „zunächst in einigen geschichtlichen Ueberblicken die Entwicklung der deutschen Prosaepik seit ungefähr 1830 bis zur Blütezeit des poetischen Realismus in den fünfziger Jahren aufzeigen und dann die literarischen Federzeichnungen jener Künstler bringen, welche, entweder auf dem kräftigen Nährboden des Realismus stehend, Standwerke auf dem Gebiete des Romans und der Novelle geschaffen, oder, modernen Kunstanschauungen dienend, durch ihre poetische Eigenart, künstlerische Begabung und originelle Lebensdarstellung Anspruch erworben haben, in der Literaturgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts für lange Zeit fortzuleben." Bekriteln möchte ich einige allzu „gedankenbefrachtete" Sätze. Das Werk ist keine Näscherei für Mußestunden. Einzelne Stellen werden den Oppositionsgeist des Lesers erwecken. Verblüffend wirkt oft die absolute Selbstsicherheit des Autors. Es steht zu erwarten, daß das Werk Aufsehen erregen wird. Ich möchte es besonders empfehlen für die jetzt mancherorts eingerichteten literarischen Abende der Oberklassen der höheren Lehranstalten.

Maria Köchling.

Ignaz Watterott O. M. J.: Mutter Klara Fey, Stifterin der Genossenschaft der Schwestern vom armen Kinde Jesus. Mit Buchschmuck und sechs Bildern. 8° X und 215 S. geb. 4 M. — Das Buch liegt schon in der zweiten Auflage vor. Es ist eine knapp, aber gewinnend zusammenschließende Bearbeitung des ursprünglichen Werkes von P. Pfülf über die berühmte Ordensstifterin, eine herrliche Frauengestalt von herzbezwingender Güte und Größe. Möchten sich doch alle unsere Haus-, Schul- und Vereinsbibliotheken dieser Widerspiegelung eines wundervollen, in Christus vorbildlichen Lebens öffnen!

E. M. Hamann.

Apologetische Vorträge von Dr. Franz Meffert. 4. Band: Religion und Krieg. 8° 206 S. M 4.50. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag 1918. Diese vierte Reihe der zeitgemäßen apologetischen Vorträge geht sorglich den jetzt so viele Seelen bestürmenden Zweifeln nach, wie denn die furchtbaren Kriegsfolgen sich mit Glaube und Religion vereinbaren lassen. Zunächst werden die Grundpfeiler überzeugten Glaubens der weitgreifenden Erschütterung gegenüber fester verankert in den einläßlichen Ausführungen über den Gottes- und Jenseitsbeweis des Krieges, über Christentum und Krieg, Krieg und Gebet. Als zeitgemäßer Gegenstand wird dann die Vaterlandsliebe ins Licht des Glaubens gestellt und ihre daraus erfließenden Pflichten erläutert. Der Vortrag über die Friedensbewegung und die Stellungnahme des Christentums zu dieser Erscheinung gedenkt im einzelnen der Aeußerungen verschiedener Päpste zu diesen Bestrebungen, zumal der weitgehenden Friedensarbeit Benedikt XV. Der letzte Vortrag begegnet wirksam den durch den Krieg vermehrten Gefahren religiöser Verflachung.

O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Münchener Schauspielhaus. Wenn Max Halbe den festen Boden der „Mutter Erde“ verläßt und seinen Blick nach einer „Insel der Seligen“ oder „blauen Bergen“ Umschau halten läßt, da verlieren seine Gestalten jene Körperlichkeit, die auch Träger von Ideen haben müssen, sollen sie auf der Bühne unser Mitfühlen erzwingen. Auch in „Schloß Zeitvorbei“, einer dramatischen Legende, ist es dem Autor nicht gelungen, seine Figuren mit dem Blut des Lebens zu erfüllen. Der Zuschauer mochte ahnen, daß in dieser Tragödie des Alterns ihm der Dichter Eigenstes, Persönlichstes sagen wollte. Nicht darin liegt die Schwierigkeit, daß vieles, was der Verfasser in sein Stück hineingeheimnist haben mag, uns dunkel bleibt, sondern daß wir die Konflikte Meister Grünewalds nicht miterleben, sondern uns diese nur in langen Verszeilen vorgetragen werden. Der „Fremde“ hat dem Meister ein Lebenselixier gegeben, das ihm ewige Jugend verheißt. Nach dreißig Jahren kehrt er wieder, um Rechenschaft zu fordern, aber Grünewald hat das Tränklein einem anderen gegeben, er hat das Leben nicht genützt, sondern sich in rein menschlicher Sehnsucht verzehrt nach „Lilith“, einem seelenlosen Geschöpfe aus Undinens Geschlecht. Sie und Hasdrubal, ein ihm mephistophelisch dienender „Elementargeist“, sind seinem Willen unterworfen. Dadurch aber, daß er sich in menschliche Gefühle verstrickt, gewinnen sie Gewalt über ihn. Erst als es zu spät für ihn ist, erkennt Grünewald, daß Lilith ihn zu lieben beginnt. Durch dies in ihr erwachende Menschentum erhält die Nixe eine Seele, damit aber auch die Sterblichkeit der Menschen. Als sie ins Meer, in das Element zurückkehren will, ertrinkt sie. Man hatte zwei stimmungskräftige Reliefbilder aufgebaut, vor denen die Gestalten, von der iphigenienhaft gekleideten Lilith abgesehen, etwa im Kostüme E. T. A. Hoffmannscher Romantik an uns vorbei huschten. Von den Darstellern traf wohl Weydners Elementargeist die Absichten des Dichters am besten, Koch als Grünewald und die schöne, blonde Nixe des Frl. Herterich bemühten sich mit Anzinger, Gerhard und Frau Glümer mit Sorgfalt und Klugheit um das Werk Halbes. Das Publikum machte den Eindruck von etwas ermüdeten Rätselratern, bezeugte jedoch dem anwesenden Dichter alle Artigkeiten.

Verschiedenes aus aller Welt. Der französische Dramatiker Eduard Rostand ist gestorben. Am bekanntesten wurde er durch seine romantische Komödie „Cyrano de Bergerac“, die durch ihre glänzende, an Victor Hugo geschulte Verssprache, die L. Fulda virtuos verdeutschte, blendete. Coquelin und Joseph Kainz waren die berühmtesten Vertreter der Titelrolle. Das Napoleonidendrama „l'Aiglon“, „la Samaritaine“, „la Princesse lointaine“ und das Tierdrama „Chantecler“ hatten kürzere Sensationserfolge. Rostands Gesinnung zu Deutschland ist stets feindlich gewesen. — Von Georg Kaiser, dem vielgenannten, sehr fruchtbaren Dichter wurden zwei neue Stücke mit Beifall, aber ohne Begeisterung aufgenommen. Wie in seinen „Bürgern von Calais“ steht in dem Schauspiel „Gas“, das in Frankfurt a. M. gegeben wurde, die Tragik des Opfers im Mittelpunkt. Ein Einsamer zerschellt an seinem sozialen Menschenwerk, zu dem die Menschheit noch nicht reif ist. Nach Berichten erscheint die Fabel des Stückes als Utopie, die dem Werk die nahe Grundlage nimmt und es mehr zu lehrhaften Dialogen, als zu einem Drama mit greifbaren Wahrheiten stempelt. Der in Nürnberg gegebene „Brand im Opernhaus“ atmet viel Geist vom Geiste Wedekinds durch Jonglieren mit psychologischen Spitzfindigkeiten und äußerlichem Feuerwerk. Ein Menschenverächter sucht Reinheit der Frauenseele und findet eine Dirne. Diese klammert sich an ihn mit der heißen Gier nach Leben, das sie aus dem brennenden Theater gerettet hat. Als er sie zurückstößt, stürzt sie sich in die Flammen. — Mittleren Erfolg hatte in Frankfurt a. M. „Heinrich der Beglücker“, eine Groteske von Meier-Graefe. Die anfangs erheiternde Berulkung eines dünkelhaften Großindustriellen versandet in endlose Gespräche eines spielerischen Feuilletonismus. — Rößler, der Autor der „Fünf Frankfurter“, bietet in „Eselei“ das behagliche Lustspiel älterer Schule, in dem durch Gegenüberstellung Berliner und Wiener Typen allerhand erheiternde Szenen sich ergeben. — P. Franks Komödie „Der Mandarin“ wird in Wien gleichzeitig im Theater und im Kino gegeben. Einem Müßiggänger werden alle Frauen verschafft, die er sich wünscht, bis diesem Wüstling schließlich die Sache selbst zu dumm wird und er um seiner selbst willen geliebt sein möchte. Der Schluß spielt im Irrenhaus. Man verläßt, so berichtet ein namhafter Kritiker, das Theater mit einem Gefühl des Ekels.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wiederbeginn der Börsenspekulation — Kursbesserung unserer Kriegsanleihen — Abminderung der Banknoten-Hochflut — Unverminderte Industrielähmung.

Die an der wieder eröffneten Berliner Effektenbörse zutage getretene Geschäftsbelebung und spekulative Kursbesserung fast aller Industriewerte steht zweifellos im krassen Widerspruch mit den tatsächlichen Vorkommnissen in Finanz- und Industriewelt. Solches Börsenspiel ergibt zum mindesten falsche Begriffe und hat keine Existenzberechtigung! Mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Tätigkeit der heimischen Verkehrseinrichtungen kann man namentlich seit Ende des Spartakusputsches von beruhigteren politischen und wirtschaftlichen Zeitläuften sprechen, zumal auch der Ausfall der Wahlen für die Bundesstaaten und die Nationalversammlung auch bei der Handels- und Industriewelt befriedigte.

Bei den sonstigen Betrachtungen über unsere Gesamtlage überwiegen die ungünstigen Momente derart, dass nirgends von Zuversicht und Selbstvertrauen gesprochen werden kann. Vor allem vermisst man eine unbedingt notwendige Befestigung **unserer Staatsfinanzen**, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Hinweise auf die Einwirkungen der neuen Steuergesetze, in den Kursen der zum Handel nunmehr frei gegebenen deutschen Kriegsanleihen eine nennenswerte Kurserhöhung eingetreten ist. Bei der derzeitigen Geldflüssigkeit vollzieht sich ausserdem eine zunehmende Nachfrage nach den täglich herauskommenden Neuemissionen deutscher Städteanleihen. In der deutschen Notenhochflut, der übergrossen Papiergeldwirtschaft, ist im Januar-Monat erstmals eine erhebliche Entlastung der Reichsbankanlagen bemerkbar geworden. Diese bedeutsamen Wirtschaftsereignisse haben unsere Gegner bei den Bedingungen über die Waffenstillstands-Verlängerung — verwiesen sei auf die drückenden finanziellen Vorschriften — ebenso wenig in Betracht gezogen, als trotz der schweren Gefährdung unserer Lebensmittelversorgung die baldige Aufhebung der Blockade noch nicht feststeht. Angesichts solcher, namentlich den französischen Kreisen zuzuschreibenden Absicht der Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens ist die vielfach vorherrschende Mutlosigkeit verständlich, wenn auch nicht unbedingt berechtigt. Alle Massnahmen der Wiederbelebung unserer Gesamtproduktion und der Umstellung der Industriezweige auf die Friedensbewirtschaftung ersticken unter der Einwirkung der Lohn- und Streikbewegungen bei den Bergarbeitern und den verschiedenen norddeutschen grossen Betrieben und unter den Nachrichten aus dem polnischen Hexenkessel. Auch das Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte in die Vermögensrechte der Schwerindustriesyndikate, die Unstimmigkeiten im deutschen Stahlwerksverband und die Berichte über eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage beim Stahlwerksverband verstimmten vielfach. Geradezu trostlos klingen die Auslassungen in den Generalversammlungen des Elektrokonzerns Siemens-Halske-Schuckert. „Die Aufrechterhaltung der Betriebe für noch längere Zeit wird auf das allerernstlichste in Frage gezogen und die durch die Revolution sich herausgebildete Lage ist so unglücklich, dass mit Sorgen bereits in die nächste Zukunft geblickt werden muss. Die verworrenen politischen Zustände hemmen alle Unternehmungslust im Inlande und angesichts der drückenden Bedingungen, unter denen die Industrie arbeitet, schwinden die Hoffnungen auf die Wiedergewinnung des Auslandsmarktes.“ Aehnlich lauten die Auslassungen aus verschiedenen anderen Industriesparten. Einen Ausblick auf die Industrieabschlüsse erbringen die nach und nach herauskommenden Bilanzziffern von Industriegesellschaften und Banken, welche wohl fast ausnahmslos eine mehr oder minder kräftige Dividendenermässigung vornehmen werden müssen. Bayerische Notenbank 9 % gegen 11 %, Chemische Fabriken Zeitz 12 % gegen 20 %.

Aus den gleichen Gründen hat der deutsche Industrie- und Handelstag in einer Eingabe an den Rat der Volksbeauftragten berechtigte Wirtschaftsansprüche gestellt, die in der Hauptsache dahin zusammenzufassen sind, dass Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden, der Untergrabung des Wirtschaftslebens durch die Ueberforderung der Arbeiter, durch mangelhafte Arbeitsleistung und Arbeitsscheu ein Ende gemacht wird, und dass die Sozialisierung als Grundsatz aus dem Programm der Zukunft ausscheidet. Letzterer Punkt wird sowohl seitens der Reichsregierung als auch bei den bundesstaatlichen Beratungen nunmehr

hauptsächlich von dem grundlegenden Gedanken aufgefasst, dass Voraussetzung jeder Sozialisierung Wiederbelebung und Vermehrung in der Herstellung aller Produkte sein muss. In allen Bundesstaaten wurden zu diesem Behufe als vorbereitende Stellen Sozialisierungskommissionen berufen. Auch die Kündigung der verschiedenen deutsch-neutralen Wirtschaftsprovisorien und die Neuregelung der Ausfuhrbeziehung zu diesen Staaten beschäftigen bereits unsere Wirtschaftskreise.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

Houston Stewart Chamberlain. Ein Abriß seines Lebens. Von Dr. L v. Schroeder. (München, J. F. Lehmanns Verlag.)

Paul Rohrbach, Die alldeutsche Gefahr. „Tag des Deutschen" Heft 10. M 1.50. (Berlin, Hans Robert Engelmann.)

Ratgeber in Rechtsfragen. Von Dr. Hans Lieske. 216 S. 12°. Geb. M 4.50: (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Der deutsche Arbeitsnachweis im Kriege bis zum Erlaß des Hilfsdienstgesetzes. Von Dr. Julia Dünner. M 6.—. (Regensburg, Jos. Habbel.)

Aufwärts aus eigener Kraft. Ratschläge und Lebensziele. Von Paul von Gizycki. Mit einem Begleitwort von Oberstudienrat Kerschensteiner. 4. Aufl. Geb. 7.25. (Berlin SW. 68, Ferd. Dümmler.)

Friedensgericht. Von Andreas Latzko. M 6.80. (Europäische Bücher). (Zürich, Max Rascher.)

Hans Michael Elias Obentraut. Roman. Von Harry Vosberg. Brosch. M 6.—, geb. M 8.—. (Heilbronn, Eugen Salzer.)

Heimwärts aus Kriegsnot. Psychologische Erfahrungen unter Kriegsgefangenen und unter den deutschen Internierten in der Schweiz, Dänemark und Norwegen. Von Garnisonspfarrer H J. Radermacher. 8°. M 3.—. — **Die Bestimmungen über die Einjährigen- und Reifeprüfungen für Kriegsteilnehmer.** Von Studienrat F. Ehringhaus. kl. 8°. 45 Pf. — **Die Schweiz.** Land und Volk, Geschichte, Gemeinde- und Staatswesen, Volkswirtschaft. Staatsbürger-Bibliothek Heft 79.) Von E. Ramsperger. 8° 45 Pfg. — **Die staatlich geprüfte Gärtnerin und die Lehrerin für Kleingartenbau.** Nach den Bestimmungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums vom 24. August 1918. Von Rechnungsrat J. Frick. 8°. 90 Pf. — **Elisabeth,** Landgräfin von Thüringen. Ein altes deutsches Heiligenleben im Lichte der neuen geschichtlichen Forschung. Von Dr. Maria Maresch, Wien. Mit acht Abbildungen. 8°. 158 S. Gebd. M 4.80. (M.Gladbach, Volksvereinsverlag.)

Die Atomtheorie in ihrer neuesten Entwickelung. Sechs Vorträge von Prof. Dr. Leo Graetz. Mit 30 Abbildungen. M 2.50. J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.

Die anthroposophische Bewegung und ihr Prophet. Von Max Seiling. Gr. 8°. 49 S. M 1.35. (Leipzig, Wilh. Heims.)

Die Kultur der Juden. Eine Versöhnung zwischen Religion und Wissenschaft Von Hugo Dingler. M 3.60. (Leipzig, Neuer Geist-Verlag.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Der Meister der Menschheit

Beiträge zur Beseelung der Gegenwart

von

Friedrich Lienhard

Preis des Jahrgangs von 4 Heften 6 Mark (Einzelheft 1.75 Mk.)

Der Herausgeber dieser neuen Vierteljahresschrift, die nur Beiträge von ihm selbst bringt, schreibt darüber zur Einführung:

Europa dröhnt vom Kampf der Titanen. Tausende von Fabriken verarbeiten alles erreichbare Metall in Vernichtungsmaschinen. Von Gasen und Gerüchen der Schlachtfelder ist die Luft verpestet, die um den Erdball fließt Vom Blute der Jugend ist der Boden gesättigt dessen Brot wir essen. Auf der Erde, im Wasser, in der Luft bekämpfen sich die Geschlechter der Menschen. Nicht anders steht es um die Seele der Menschheit. Millionen von Tagesblättern überschütten Gehirn, Gemüt und Nerven mit Kriegsworten. Haß, Lüge, Leidenschaft rollen wie schwerer Rauch durch das geistige Gefilde. Wucher und andere Begleiterscheinungen des Weltkriegs gedeihen üppig, während Leid und Entbehrung tiefe Furchen graben. Wo bleibt der Meister der Menschheit? Hat denn die Menschheit überhaupt noch einen Meister? Gibt es in geistigen Bezirken eine Macht, die von den Völkern vergessen oder mißachtet worden? Gibt es etwas wie einen Mittelpunkt, eine geistige Sonne, eine Zentralkraft — oder ist alles blinder Zufall? Das ist die Frage, die wir dem deutschen Volke vorlegen. Hier ist der Punkt, wo wir um Entschluß und Entscheidung bitten. Es dämmert manchem, daß Mammon der Meister dieser materialistischen Menschheit ist; daß als Triebkraft hinter alledem der ungeheure Neid wirkt; daß über diese entgötterte Welt das Heer der Dämonen herrscht Deutschland, du Herz Europas, nimm deine Stunde wahr! Spanne deine große Kraft an, wie bisher eine feurige Mauer um dein Reich zu stellen; spanne deine größere Kraft an, den Meister der Weisheit und der Liebe in dein Reich herabzuflehen, damit es beseelt sei! Dann bist du unüberwindlich und in solchem Sieg ein Segen der Völker. Vor einem Jahrzehnt schloß ich mein sechsbändiges Werk „Wege nach Weimar". Der letzte Band gipfelt in Goethe; das letzte Tagebuchblatt heißt Christus. Man betrachte diese neuen Blätter als Fortsetzung. In drei Bänden, gleichsam in drei konzentrischen Ringen vom Allgemeinen ins Besondere strebend, wird sich unser Werk in folgender Weise gestalten: I. Die Abstammung aus dem Licht. II. Akropolis, Golgatha, Wartburg (Griechenschönheit, Christusgüte, Eindeutschungskraft. III. Reichsbeseelung. Wir grüßen die Helden an der Front und grüßen alle stille Tapferkeit im innern Lande. Möchte neudeutsches Denken und Dichten der großen Zeitenwende würdig sein!

Türmer-Verlag Greiner & Pfeiffer Stuttgart

Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank

München

Promenadestrasse 10 :: Theatinerstrasse 11

Gegründet im Jahre 1835.

Aktienkapital u. Reserven 140000000 Mk.

Zweigstellen in München:

Zenettistr. 3a am Schlacht- u. Viehhof (Viehmarktbank), im Tal (Sparkassenstr. 2), in der Grossmarkthalle und in Schwabing (Leopoldstr. 21).

Auswärtige Niederlassungen:

Babenhausen, Bad Aibling, Bad Tölz, Burghausen, Dachau, Dillingen, Freilassing, Gundelfingen, Höchstadt a D., Krumbach, Landsberg a. L., Landshut, Laufen, Lauingen, Markt Oberdorf, Miesbach, Mindelheim, Mühldorf a. I., Pasing, Rosenheim, Simbach, Starnberg, Thannhausen Tittmoning, Traunstein, Vilsbiburg und Wasserburg.

Besorgung aller in das Bankwesen einschlagenden Geschäfte.

Die Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank beobachtet über alle Vermögens-Angelegenheiten ihrer Kunden gegenüber jedermann, auch gegenüber Staatsbehörden, insbesondere gegenüber den Rentämtern, unverbrüchlichstes Stillschweigen.

= Reglements stehen kostenfrei zur Verfügung. =

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer,

Landsberg a. Lech, Museumstraße 16, = Telephon 61 =

empfiehlt sich zur

Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten, Massenauflagen auf Rotation und Schnellpressen. Setzmaschinen, eigene Buchbinderei.

Kostenvoranschläge und Papiermuster bereitwilligst.

Chordirigent und Organist

(vom Heeresdienst entlassen), gewandter Dirigent für Polyphonie und Instrumental-Musik, mit besten Zeugnissen, **sucht** für bald oder später **Anstellung an einem größeren Kirchenchor** in einer mittleren Stadt. Würde gern die Heranbildung eines Knabenchores übernehmen. Zuschriften an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau unt. Sch. 1973 erbeten.



Achtung!

!! Sommersprossen !!

Ueber ein vorzügl. Mittel dageg. an sich selbst erprobt und glänzend bewährt, gibt Auskunft: **Frl. Emma Schorisch, Zittau i. S., Prinzenstr. 6.** Viele Dankschreiben und Anerkennungen.

Lehr- u. Erziehungs-Anstalten

:: :: besitzen in der :: :: Allgemeinen Rundschau

ein gutes Insertionsorgan.

...amynin, ärztlich erprobt gegen

Gallensteine

... Operation und Berufsstörung, her...gend wirkend gegen Gelbsucht, ...er und veraltete Magenleiden. ...ynin Tabletten A. 1/1 Dose Mk. 6.— 1/2 Dose Mk. 3,50. ...mynin „Gloria" Pastillen gegen

...on. Stuhlverhärtung, Hämorrhoiden

...n schnell, wohltuend, magenstär... Dose 2,50 Mk., in den Apothe... ...rhältlich. Prospekte frei durch

... Adamy, Breslau X
Kreuzburgerstr. 4



Dresden Scheffelstrasse hat allein „Atama" Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. 1/2 m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M bis 60 M Hutblumen 1 Karton voll 3, 5 u. 10 M.



Einbanddecken

für den Jahrgang 1918 der „Allgemeinen Rundschau" bitten wir beim Buchhandel oder bei der Geschäftsstelle in München baldmöglichst bestellen zu wollen. Preis M. 1.50.

Pfälzische Bank Filiale München

Hauptgeschäft:

Tel. 55726 **Neuhauserstrasse 6** Tel. 55726

Depositenkassen und Wechselstuben:

Reichenbachstr. 1 (am Viktualienmarkt) Telephon 21315.

Prielmayerstr. 1 neben Café Arkadia Telephon 54133.

Max Weberplatz 4 (Ecke Ismaningerstr.) Telephon 40192.

Sendling Lindwurmstrasse 195 Telephon 7230.

Weinstrasse 6 (vormals Sinn & Co.) Telephon 24981.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Errichtung provisionsfreier Scheckkonti.

Kontokorrentverkehr.

Erledigung aller Effekten- u. Börsengeschäfte.

Aufbewahrung und **Verwaltung** von **Wertpapieren** und **Wertsachen.**

An- und Verkauf von alten Münzen und Handel mit Edelmetallen in unserer Wechselstube Weinstr. 6 (vorm. Sinn & Co.)

Stahlkammern.

Einlösung von **Zins- u. Dividendenscheinen.**
Vermögensverwaltung u. Vermögensberatung.
:: Auskünfte aller Art an unseren Schaltern. ::

STAHLWERK THYSSEN

AKTIENGESELLSCHAFT ▫ HAGENDINGEN IN LOTHRINGEN

Breitflanschige Spezialträger

in den Profilen von 180—850 mm Höhe



Wir liefern unsere **breitflanschigen Spezialträger** auch in **dünnstegiger Walzung** sowie in jede gewünschten Qualität, insbesondere in

Siemens-Martin-Qualität

Tabellen mit allen Angaben über

Widerstands- und Trägheitsmomente, Belastungsversuche usw.

stehen auf Wunsch jederzeit zur Verfügung.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6

übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Moselwein-Punsch

Mk. 10.— die 1/1 Flasche

Wermuth-Wein

vorzüglicher Magenwein, Mk. 9.— die 1/1 Flasche (ohne Weinsteuer 20%) versendet unter Nachnahme

Weinhandlung

P. Andreas, Trier.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin S14, Sebastianstr. 44/451

A. Orthey, med. Privatgelehrter

Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunikantenherberge. An der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. u. 13. Jahre noch keinen kath. Gottesdienst gesehen. Alle 200 Kinder der Unterrichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen besuchen, in denen sie nicht viel Erfreuliches über ihre Religion hören. Die Gründung einer Kommunikantenherberge mit einer kath. Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht, u. es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut der Pfarrkinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

Das römisch-kath[...] Pfarramt Annaberg[...]

Postscheckk. 88[...], Leipzig

Vereins-Bücher!

Mitglieder-Verzeichnis:

Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier für 400 Mitglieder, solid geb . . M. 4.—
für 200 Mitgl. brosch. „ 3.—

Kassen-Buch:

Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier, 100 Seiten, gebunden . . . . M. 4.50
200 Seiten, gebunden „ 6.—

Alle übrigen Vereinsdrucksachen sauber und preiswert.

Kostenvoranschläge bereitwilligst.

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer, Landsberg a. L.



Kölner Do[...] Weihrau[...]

Rauchfass-Kohlen [...]

Beste Bezugsquelle für[...]

M. & J. Kirschbaum, C[...]

Richard Wa[...]

Geistl. Gymnasialle[...]

Lehrbefähigung im [...] chisch, Französisch, [...] die Kriegslage [...]

sucht passende St[...]

Offerten werden er[...] A. O. 1948 an die [...] der „Allgemeinen R[...] München.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 5

1. Februar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.50
Einzelnummer
30 Pfg.

Wie werde ich leistungsfähiger?

Von der Leistungsfähigkeit des Einzelnen hängt sein Erfolg im Leben ab. Der Leistungsfähigere wird immer den Vorsprung vor dem weniger Leistungsfähigen haben! Ist er selbständig, so wird er seine Konkurrenten überholen durch neue Arten des Vertriebes, der Organisation, der Reklame usw. Er wird darauf bedacht sein, sein Personal zu weiterer Ausbildung zu ermuntern, um es so möglichst leistungsfähig zu machen. Der Prinzipal, der immer Angst hat, das Interesse der Angestellten würde durch Weiterbildung vom Geschäft abgelenkt i t kein Geschäftsmann, denn sein Personal kann nie zu leistungsfähig sein. Eine Uhr, bei der nur das Triebrad von Stahl, die anderen aber von Blei sind, wird weder präzise, n ch wird sie lange gehen! Ein Angestellter, der dem Prinzipal **eine** gute Idee bringt, wie er sein Geschäft weiter heben kann, ist mehr wert als ein Dutzend anderer, die ihre Arbeit schablonenmässig verrichten. Ein Geschäft, von dessen Personal jeder einzelne auf dem Höhepunkt der Leistungsfähigkeit steht, muss naturgemäss alle anderen überholen. Und so ist es auch im Staat. Von der Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen hängt die Grösse der Nation ab. Säumen Sie deshalb keinen Augenblick an der Steigerung Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Die beste Anleitung hierzu bietet Ihnen Poehmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „Ich verdanke Ihrer Geistesschulung eine gewaltige Stärkung meines Willens und Gedächtnisses. . . . A M." — „Man wird durch Ihre Geistesschulung ein ganz anderer Mensch. Es ist eben eine ganze Lebensweisheit darin niedergelegt. P. W " — „Ich habe ein starkes Selbstvertrauen erlangt, das meine Fähigkeit begründet, mit zäher Energie die schwierigsten Aufgaben anzufassen und erfolgreich durchzuführen. J. Z."

Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von

L. Poehlmann, Amalienstrasse 3, München C 130.

Willst Du Dich nicht auch Gesundbeten?

Eine Aufklärung über die „christliche Wissenschaft" und die „Scientisten". Von Dr. Max Heimbucher, o. Hochschulprof. in Bamberg, e. G. Rat. Gr. 8. (IV, 88 S.) Geh. u. beschnitten M. 2.—. Hochschulprofessor Dr. M. Heimbucher bietet seine vorzüglichen Ausführungen im Anschluß an die im gleichen Verlag erschienenen Schriften über „Methodisten, Adventist n und Neu-Apostolische Gemeinde" und „Was ist von den Baptisten zu halten?" Der Krieg ist ein fruchtbarer Nährboden für das Sektenwesen, das sich überall mit aufdringlicher Geschäftigkeit breit macht, geworden. Mögen deshalb die Heimbucherschen Schriftten in allen Kreisen des Volkes, bei hoch und nieder, bei Gesunden und Kranken, in Stadt und Land beste Aufnahme finden.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg.

Ein neues Buch von Dr. J. Klug

Gewidmet dem deutschen Volke und seinen geistlichen und sozialpolitischen Führern.

Lebensbeherrschung und Lebensdienst

Erster Band: **Der Mensch und die Ideale.**

XVIII und 436 Seiten. In Pappband Mk. 7,60 und 20% Teuerungszuschlag.

Das auf drei Bände berechnete Werk behandelt in einer edlen Sprache alle Probleme des individuellen und sozialen Lebens, die man unter dem Schlagworte „Lebensbemeisterung" zusammenfassen kann. Der 2. und 3. Band wird später erscheinen.

— In allen Buchhandlungen zu haben. —

Verlag von Ferdinand Schöningh in Paderborn.

Die Allgemeine Rundschau das Anzeigenorgan des Buchhandels.

Kurhaus Hennef-Sieg

Besitzer JOS. DOHLE.

Vollständig neu renoviert.

— Das ganze Jahr geöffnet. —

Kalte und warme, Teil- und Vollbäder. Kräuter-, elektrische Bäder u. elektr. Lichtbäder. Röntgen-Aufnahmen.

Gute Verpflegung. Näheres durch Prospekte.

Von Kloster oder Mission

sucht ganz inbal. kath. Offs. **gesamm. Briefmarken** gleich welch. Länd. u. Quant.

zu kaufen.

Angeb. erbitte u. Nr. A. 1980 an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau, München.

Ein hervorragendes Buch für die Männerwelt.

Der Mann nach dem Herzen Gottes.

Gebetbuch für die katholische Männerwelt von Fr. X. **Brors** S. J. 610 Seiten 83×143 mm. Halbleinenbd. Rotschn ℳ 4.-, Kunstlederband, Goldschnitt ℳ 6.75, echt Bocklederband Goldschnitt ℳ 12.—.

Das neue Gebetbuch gliedert sich in 3 Teile: **Belehrungen, Betrachtungen, Andachtsübungen** zur religiösen Bildung des Verstandes, des Willens und des Herzens. Es enthält alle Sonn- und Festtags-Evangelien und eignet sich für alle Männer und Jünglinge, ganz besonders aber für die Mitglieder des Männerapostolates.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlag Butzon & Bercker, G. m. b. H., Kevelaer (Rhld.)

Unkeler Winzerverein

zu Unkel am Rhein, Bahn- und Dampfschiffstation empfiehlt naturreine und leichtverzuckerte

Rot- und Weissweine

fass- und flaschenweise. — Man verlange Preisliste.

Esslöffel!

Ia versilbert, Dutzend Mk. 22.50. Essgabeln vers M. 22.50, Kaffeelöffel vers Mk 15.—. Küchen-Esslöffel blank, schön Mk 12.— Sehr preiswert, daher ::: sofort bestellen. :::

Neuheit! Elektr. Neuheit!

Magnet-Taschenlampe

brennt ohne Batterie jahrelang, ohne einen Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt. 100000 schon verkauft. Unentbehrlich für Jedermann. Solange noch lieferbar Preis Mk. 20 franko Nachnahme

Harcuba & Frackmann, Leipzig-Schleuss. 27 Brockhausstrasse 4 . :: Fernsprecher 40519 und 5700.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München. Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bah lagernd.

Rauchfaß-kohlen und Weihrauch

empfiehlt

Kerzenfabrik Wilh. Vollmar Bonn, Postfach 86.



Dresden Scheffelstrasse hat allein „Arama" Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. 1/2 m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M bis 60 M Hutblumen 1 Karton voll 3, 5 u. 10 M.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 5. München, 1. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Zum Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Von Landtagsabgeordneten Regierungsdirektor Speck, München.

Wie berechtigt es war, daß die Bayerische Volkspartei die nachdrückliche Vertretung der bayerischen Interessen in ihrem Programm besonders betonte, hat sich schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens, namentlich aber angesichts des von Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeiteten Entwurfs der künftigen Reichsverfassung klar erwiesen. Würde dieser Entwurf Gesetz werden, dann wäre auch der letzte Rest bayerischer Selbständigkeit innerhalb des Reichsganzen beseitigt, der Unitarismus hätte auf der ganzen Linie gesiegt.

Die „Reichsregierung" ist ja, vielleicht unter dem Drucke der allseitig abfälligen Beurteilung des Entwurfes, nachträglich von diesem abgerückt, er soll nach ihrer Erklärung nur „Material" sein ohne jede Beeinflussung der Nationalversammlung. Und auch die Vertreter der deutschen Bundesstaaten haben in ihrer Berliner Beratung den Entwurf einer Kommission überwiesen, die gleichzeitig ein der Nationalversammlung vorzulegendes provisorisches Grundgesetz beraten soll. Dieser Versuch, von dem Werke des Staatssekretärs Dr. Preuß sich loszuschrauben, erscheint aber mißglückt. Denn eine Gesetzesvorlage, deren Inhalt von der Regierung schon bei ihrer Einbringung preisgegeben wird, ist ein Unding und verdient seitens der Volksvertretung keine weitere Beachtung als etwa die Privatarbeit irgendeines beliebigen Staatsrechtslehrers. Möge dieser Entwurf dann auch so von der Nationalversammlung eingeschätzt und behandelt werden. Immerhin wird man sich aber mit diesem Entwurf näher beschäftigen müssen, nachdem er nun einmal als die künftige Vorlage der Regierung der Oeffentlichkeit übergeben wurde.

Man mag sich zur Frage, ob Monarchie oder Republik, grundsätzlich stellen wie man will, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß unter den gegebenen Umständen die Verfassung des neuen Reiches demokratisch-republikanischen Charakter wird haben müssen. Auch an der Notwendigkeit eines verfassungsmäßigen Zusammenschlusses zwischen Nord und Süd wird heute niemand zweifeln. Wirtschaftliche und nationale Gründe weisen namentlich auch uns Bayern den Weg zum Reich. Diesen Weg hätten allerdings wir in Bayern uns anders gedacht, als der Verfasser dieses Entwurfes ihn gehen will. Eine Freude am Reich könnte bei der süddeutschen Bevölkerung nicht mehr aufkommen, wenn man ernstlich versuchen wollte, nach den Vorschlägen dieses Entwurfes den Einzelstaaten jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Der Süddeutsche ist von Haus aus demokratisch veranlagt, der Preuße ist, auch wenn er sich in der Rolle des Demokraten gefällt, immer zur Beherrschung und Bevormundung anderer Stämme geneigt. Zur Betätigung dieser spezifisch preußischen Eigenschaften darf aber im neuen Reich kein Raum sein. Daher auch die glatte Ablehnung des Entwurfes in der Tagespresse und — soweit bis jetzt ersichtlich — auch bei den einzelstaatlichen Regierungen.

Besonders scharf klingt diese Ablehnung, soweit Bayern in Frage kommt. Und das mit Recht. Alle besonderen Rechte Bayerns, die diesem auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Post und Eisenbahn) und der Heeresverwaltung seinerzeit ausdrücklich zugestanden und verfassungsmäßig gesichert wurden, sollen jetzt ohne weiteres durch einen Federstrich beseitigt werden. Die Bedingungen, unter denen die bayerische Volksvertretung im Jahre 1871 ihren Anschluß an das Reich erklärte, sollen also nicht eingehalten, Bayern soll aber trotzdem zum Verbleiben im Reiche gezwungen werden. Das wäre aber Rechtsbruch in aller Form, der auch durch den Hinweis auf die Revolution und ihre staatsrechtlichen Umwälzungen nicht gerechtfertigt werden könnte. Während man von den Feinden einen Rechtsfrieden erwartet, versucht man gleichzeitig, seinen eigenen deutschen Stammesgenossen einen Gewaltfrieden aufzunötigen, der allen Grundsätzen von Treu und Glauben Hohn sprechen müßte. Hat man kein Gefühl mehr dafür, wie solche Dinge auf das Ausland wirken müssen?

Dem Gesandtschaftsrecht, das Bayern in besonderen Verträgen bei seinem Eintritt in das Reich feierlich zugesagt wurde und das gerade in der allernächsten Zeit von ganz besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sein wird, soll es nicht besser ergehen. Mit der Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichs auf die Errichtung von Betrieben zu Reichszwecken und auf das Enteignungsrecht zu Reichszwecken soll sodann die wirtschaftliche Knebelung der Einzelstaaten vollendet werden. Kein Wunder, daß ein solcher Vergewaltigungsversuch helle Entrüstung in Bayern ausgelöst hat.

Diese wurde noch gesteigert durch den Versuch, die Pfalz von Bayern loszulösen und auch die Zerreißung bayerischer Gebiete südlich des Mains in die Wege zu leiten. Solche abenteuerlichen Pläne müssen in ganz Bayern auf den schärfsten Widerstand stoßen. Es wäre dem Streben nach baldiger Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Reiche nur förderlich gewesen, wenn man dem Volke die Kämpfe um diese Dinge erspart hätte.

Wenn es den derzeitigen Machthabern in Bayern wirklich ernst ist mit der Verteidigung der bayerischen Selbständigkeit, ist es ihre heilige Pflicht, sofort den neugewählten Landtag einzuberufen, damit er als die gegebene Vertretung des bayerischen Volkes in dieser entscheidenden Stunde die Meinung des Volkes zum Ausdruck bringen kann. Vielleicht ist durch eine entschiedene Stellungnahme des Landtags in diesen wichtigen Fragen doch noch manches zu verhüten oder zu bessern. Die sofortige Einberufung des Landtags würde aber auch allein dem demokratischen Gedanken entsprechen, der angeblich jetzt das ganze öffentliche Leben beherrschen soll. Das Volk muß unter allen Umständen jetzt möglichst bald durch seine gewählten Vertreter Einfluß gewinnen auf die Gestaltung der Dinge im Reich und in Bayern.

Wenn in der Begründung des Entwurfes abfällig bemerkt wird, daß verschiedene konstituierende Landesversammlungen der Einzelstaaten vor der konstituierenden Reichsversammlung einberufen wurden, so mag diese Tatsache ja Herrn Dr. Preuß für seine einheitsstaatlichen Bestrebungen unbequem erscheinen, jeder gute Deutsche aber, in dem noch ein Funke von Anhänglichkeit an sein engeres Vaterland lebendig ist, wird dies vollständig in der Ordnung finden. Und so mögen denn die einzelstaatlichen Parlamente laut ihre Stimme erheben zur Verteidigung ihrer eigenen Existenz, aber auch zur Bekämpfung des preußischen Geistes, der aus diesem Verfassungsentwurfe und seiner Begründung spricht.

Die Begründung erblickt in den Einzelstaaten samt und sonders lediglich „Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik", sie zeugt damit aber nur für die Weltfremdheit ihres Verfassers, der offenbar die Volksstimmung im Süden und Westen des Reichs nicht kennt oder vor ihr absichtlich die Augen verschließt. Ueberhaupt muß der Versuch der Begründung, die gegenwärtige antidynastische Strömung für die Zwecke des

Unitarismus auszubeuten, abgelehnt werden. Gewiß waren die deutschen Fürstengeschlechter — schon im Interesse der Selbsterhaltung — bisher starke Stützen des föderativen Gedankens im Reiche. Allein man würde sich einer schweren Täuschung hingeben, wollte man verkennen, daß dieser Gedanke auch in den weitesten Kreisen des Volkes starke Wurzeln geschlagen hat. Und die Erfahrungen während des Krieges waren nur zu sehr geeignet, die Abneigung gegen jeglichen Zentralismus zu verstärken.

Aber auch gegen die Form, in der sich der Verfassungsentwurf das Zustandekommen der neuen Reichsverfassung denkt, müssen die schwersten Bedenken geltend gemacht werden. Schon bald nach der eingetretenen Umwälzung habe ich in diesen Blättern[1]) die Ansicht vertreten, daß den Einzelstaaten vollständige Freiheit gewährt ist, darüber zu bestimmen, ob sie dem Reich in seiner neuen Form beitreten wollen oder nicht. Später hat Professor Piloty ebenfalls dahin sich ausgesprochen[2]), daß auch zu der jetzt bevorstehenden Erneuerung des Reichs ein vertragsmäßiger Gesamtakt der Bundesstaaten führen müsse. Von einem solchen freiwilligen Zusammenschluß der künftigen Mitglieder des neuen Bundes findet sich aber im Entwurfe keine Spur. Offenbar schwebte dem Verfasser die Absicht vor, die Verfassung einfach durch die Nationalversammlung beschließen zu lassen und dann die Einzelstaaten vor die vollendete Tatsache zu stellen, der sie sich zu fügen hätten. Das wäre wohl preußisch, aber nicht demokratisch gedacht. Von dem vielgerühmten „Selbstbestimmungsrecht der Völker" wäre hier nichts mehr zu finden. Eine solche zwangsweise Entrechtung würden sich auch die Einzelstaaten nicht ohne weiteres gefallen lassen, wie die lauten Proteste aus allen Teilen des Reichs jetzt schon dartun.

Uebrigens muß die Zuständigkeit der Nationalversammlung zu den beabsichtigten schweren Eingriffen in die einzelstaatliche Selbständigkeit und namentlich auch in die bayerischen Sonderrechte durchaus bestritten werden. Die deutsche Nationalversammlung kann ohne die vorausgegangene Zustimmung der Einzelstaaten keine weitergehenden Rechte für sich in Anspruch nehmen als sie der alte Reichstag gegenüber den Staaten hatte. Diesem war jeder Eingriff in die Sonderrechte versagt, also wird auch die Nationalversammlung sich solcher willkürlicher Eingriffe enthalten müssen. Der Entwurf setzt sich aber über solche staatsrechtliche Bedenken leicht hinweg. Wie das Reich jetzt den Feinden wehrlos gegenübersteht, so sollen auch die Bundesstaaten dem Reiche durch diesen Entwurf auf Gnade und Ungnade für alle Zukunft ausgeliefert werden.

Sogar in die Frage, wie die einzelstaatlichen Parlamente künftighin ausgestaltet werden sollen, will man von Reichswegen hineinreden. Während das Reich selbst das Zweikammersystem einführen will, soll den Einzelstaaten (in § 12) ausdrücklich verboten werden, das gleiche zu tun. Ein sachlicher Grund zu einer solchen Maßnahme liegt aber doch nicht vor. Möge man es doch den Gliedstaaten überlassen, die Inneneinrichtung ihres Staatsgebildes so zu gestalten, wie es ihnen selbst am besten dünkt.

Vielleicht gibt man sich aber dabei der stillen Hoffnung hin, daß beim Einkammersystem ein allenfallsiger Widerstand der Einzelstaaten leichter zu brechen wäre und diese um so schneller für das völlige Aufgehen im Reiche reif würden. Die Frage, ob das Ein- oder das Zweikammersystem vorzuziehen wäre, wird übrigens auch in Bayern noch eingehender Erwägung bedürfen. Die provisorische Regierung hat sich für das erstere bereits entschieden, Herr Eisner will aber in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten der Regierung eine Macht schaffen und erhalten, mittels deren sie einen unbequemen Landtag jederzeit in Schach halten könnte. Zu erwägen wäre immerhin, ob nicht diese Räte zu einer allgemeinen Ständevertretung auszubauen wären, in der aber sämtliche Stände — entsprechend ihrer zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Bedeutung — durch freie Wahl ihrer Organisationen Platz finden müßten. Daneben würde dann gleichberechtigt der jetzige Landtag als eine nach reinen Parteigesichtspunkten vom ganzen Volke zu wählende Volksvertretung aufrecht erhalten bleiben.

Die süddeutschen Regierungen scheinen darauf verzichtet zu haben, an die Spitze ihrer Staatengebilde einen Präsidenten zu stellen. Damit hat man aber bereits einen wichtigen Repräsentanten der Staatshoheit preisgegeben und dem Unitarismus die Wege geebnet. Denn der Ministerpräsident wird, auch wenn er sich persönlich eines größeren Ansehens erfreut als Herr Eisner, doch immer nur einer von den zahllosen Ministern der verschiedenen Freistaaten bleiben, der gegenüber dem Präsidenten des Reichs eine ganz untergeordnete Rolle spielen muß. Die Verkörperung der Staatshoheit und der staatlichen Selbständigkeit kann in einer Republik immer nur in der Person eines über dem Ministerium stehenden Präsidenten erblickt werden. Fehlt eine solche Spitze, dann werden im Reiche die einzelstaatlichen Minister zu einfachen Funktionären des Reichspräsidenten herabsinken. Der Verzicht auf eine solche leitende Spitze ist deshalb an und für sich schon ein Verzicht auf ein Stück staatlicher Selbständigkeit.

Piloty hat sich mit besonderer Schärfe dagegen ausgesprochen, daß ein Gliedstaat allein den Vorzug haben sollte, einen Präsidenten wählen zu dürfen, dem das Präsidium über das ganze Reich zukommen würde. Ein spezifisches preußisches Präsidium als Reichsspitze lehnt er deshalb durchaus ab. Ein solches ist nun auch im Entwurfe nicht ausdrücklich vorgesehen, allein wenn nicht Vorsorge in dieser Hinsicht getroffen wird, werden die Verhältnisse doch tatsächlich zu einer solchen Vormachtstellung Preußens im Präsidium des Reichs führen, mag nun Preußen in seinem jetzigen Gebietsumfang bestehen bleiben oder in mehrere Freistaaten zerlegt werden. Denn wie viele von den vierzig Millionen Preußen werden wohl bei der allgemeinen Volksabstimmung eine solch ungewohnte Bescheidenheit an den Tag legen, zu bekennen, daß an die Spitze des Reichs ein Nichtpreuße treten müsse? Welchen Widerstand hat nicht Graf Hertling wegen seiner süddeutschen Abkunft bei Uebernahme des Reichskanzlerpostens gefunden! Mit der Beantwortung dieser Frage ist aber die Entscheidung darüber, ob jemals ein Nichtpreuße den Präsidentensitz im Reiche einnehmen wird, schon gegeben. Das süddeutsche Element war in der Reichsleitung seit Bestehen des Reichs — mit einziger Ausnahme der Uebergangszeit unmittelbar vor der Revolution — gar nicht oder nur vereinzelt vertreten. Im neuen Reich wird es aber in dieser Beziehung um kein Haar besser bestellt sein.

Uebrigens würde das Uebergewicht Preußens im Reich nach seiner Auflösung in mehrere Freistaaten voraussichtlich noch stärker werden als bei seiner territorialen Unversehrtheit. Denn im ersteren Falle könnte seine Vertretung im Staatenhause bis auf 40 (von 69) Stimmen steigen, während es im letzteren Falle dort nur über 23 Stimmen verfügen würde. Bei Zerstückelung Preußens käme also von vornherein zu der preußischen Mehrheit im Volkshause auch eine preußische große Mehrheit im Staatenhause. Um die übrigen Einzelstaaten und ihre kulturellen und wirtschaftlichen Interessen wäre es dann geschehen.

Die aus diesem Vorherrschen des preußischen Einflusses den süddeutschen Staaten drohende Gefahr wird aber um so größer sein, wenn künftig nicht mehr wie bisher in der Einrichtung des Bundesrates die Möglichkeit einer Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen gegeben ist. Bei der in Aussicht genommenen gewaltigen Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichs auf wirtschaftlichem, finanziellem und kulturellem Gebiete wird aber dann die in der Entwurfsbegründung so scharf kritisierte „Verpreußung des Reichs" durch eine „Verpreußung der Einzelstaaten" ersetzt werden. Ob der letztere Zustand vom Standpunkt der Bundesstaaten aus vorzuziehen wäre, erscheint doch recht zweifelhaft.

In Ermangelung jeglichen Schutzes gegen noch weitergehende Uebergriffe des Reichs in das den Einzelstaaten noch verbleibende kleine Gebiet der selbständigen Betätigung steht dann der vollständigen Aufsaugung der letzteren durch das Reich nichts mehr im Wege. Fürwahr Aussichten, die unseren deutsch-österreichischen Stammesbrüdern den Anschluß an das Reich nicht besonders verlockend erscheinen lassen können. Wenn beim Verfasser des Entwurfes die Absicht bestanden hätte, die Deutsch-Oesterreicher vom Beitritt zum Reich abzuschrecken, was ja bei dem sonderbaren Auftreten des bayerischen Gesandten Ackermann immerhin nicht ganz ausgeschlossen erscheinen könnte, dann wäre dieses Ziel durch den Entwurf allerdings vollständig erreicht. Die Begründung spricht zwar von dem „Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation", dabei wird aber von dem Selbstbestimmungsrecht der einzelstaatlichen Völker in Zukunft keine Rede mehr

[1]) „A. R." Nr. 47 vom 23. November 1918.
[2]) „Bayer. Staatszeitung" Nr. 299 vom 24. Dezember 1918.

sein können. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann lautete die Parole für uns in Bayern künftig: Schweigen, zahlen und dulden! Und das wäre der Dank des Reichs für alle die großen Opfer an Blut und Gut, die gerade Bayerns Volk zur Verteidigung des Reichs gebracht hat!

Die voraussichtliche Stellung der einzelnen Parteien zu dem Entwurfe ist noch nicht durchweg klar zu erkennen. Der sozialdemokratische Minister Auer hat ihn ja in der „Münchener Post" abfällig besprochen, doch war die Kritik auffallend zurückhaltend. Und der Berliner „Vorwärts" hat einer Besprechung des Entwurfes seine Spalten geöffnet, in der direkt gesagt ist, auf sozialdemokratischer Seite müsse mit Entschiedenheit und Festigkeit dafür gesorgt werden, den Entwurf durchzusetzen, „der den einzigen Ausweg aus unseren unheilbaren Schwierigkeiten weist". Man scheint also auf dieser Seite doch nicht ganz abgeneigt, den Spuren des Herrn Preuß zu folgen. Das würde auch vollständig der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie entsprechen, die ja immer im Reichstag zu den strammsten Unitariern gehört hat. Um so mehr ist aber Aufklärung und Mahnung zur Vorsicht auf unserer Seite am Platze.

Die Presse des bayerischen Linksliberalismus lehnt den Entwurf entschieden ab und es mag ja auch sein, daß die Mehrheit der „Deutschen Volkspartei in Bayern" auf dem gleichen Standpunkt steht Anders aber die „Deutsche demokratische Partei", deren Bestandteil die erstere in der Nationalversammlung bilden wird. Das offizielle Organ der Demokratischen Partei, die „Demokratische Partei-Korrespondenz", stellt sich rückhaltlos auf den Boden des Entwurfes, ist also mit der Vernichtung der Einzelstaaten vollständig einverstanden. Wird nun der bayerische Flügel der Partei in der Lage sein, eine Aenderung dieser Stellung herbeizuführen? Zweifel an dieser Möglichkeit sind wohl berechtigt. Im Gegenteil werden, wenn die „Demokratische Partei" ebenfalls, wie dies die „Deutsche Volkspartei" in ganz undemokratischer Weise getan hat, den Fraktionszwang einführen sollte, die Bayern gar nicht in der Lage sein, gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Und zahlreiche bayerische Wähler, die der Deutschen Volkspartei ihre Stimme gegeben haben, werden jetzt zu spät einsehen, daß sie dazu beigetragen haben, der bayerischen Selbständigkeit das Grab zu schaufeln.

Mit dem Programm der Bayerischen Volkspartei steht der Entwurf im direkten Widerspruch. Dieses Programm verlangt „Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage." „Der Forderung, daß alle Einzelstaaten aufgehoben und eine einheitliche deutsche Republik geschaffen wird, werden wir den äußersten Widerstand entgegensetzen", heißt es in Ziff. 7 des Programms. Da der Entwurf aber einen erheblichen Schritt zu einer solchen einheitlichen deutschen Republik darstellt, versteht es sich von selbst, daß die auf das Programm der Bayerischen Volkspartei gewählten Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung diesem Entwurfe ihre Zustimmung unter keinen Umständen geben können. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Mitglieder des Bayerischen Landtages, wenn der Entwurf ihm zur Entscheidung unterbreitet werden wird. Möge diesen dann das verdiente Schicksal erreichen!

Das Gute hat aber der Entwurf, daß bei seiner Besprechung in ganz Süddeutschland mit elementarer Gewalt die entschiedene Abneigung des Volkes zum Ausdruck kam, irgendwelchen weitgehenden unitarischen Strömungen nachzugeben. Möge man in Berlin und in Weimar auf diese Volksstimmung Rücksicht nehmen. Ihr nicht Rechnung tragen zu wollen, hieße dem Reichsgedanken im deutschen Süden schweren Schaden zufügen.

Bei Abschluß der vorstehenden Ausführungen kommt die Nachricht, daß die oben erwähnte, aus Vertretern der deutschen Freistaaten gebildete Kommission sich auf ein provisorisches Grundgesetz geeinigt hat, das sofort der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Wenn es richtig ist, daß dieses Grundgesetz im wesentlichen den Spuren des Preuß'schen Entwurfes folgt, so würde das nur beweisen, wie berechtigt der vorstehende Warnungsruf war. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, dann würde aber auch die an diesem Beschluß beteiligten Vertreter der Einzelstaaten schwere Verantwortung treffen. Die letzte Hoffnung müßte dann auf die Nationalversammlung gesetzt werden. Möge diese das deutsche Volk nicht enttäuschen!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Das Wahlergebnis im Reiche: verhältnismäßig gut.

Eine starke Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate war selbstverständlich geworden, nachdem die alten Autoritäten gestürzt, die städtischen und ländlichen Wahlkreise als Massenbeute zusammengeworfen und die Jugend von 20 Jahren mit dem Wahlrecht beschenkt worden war. Wer im Rohre sitzt, schneidet sich Pfeifen. Nicht das Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion um 50 Prozent ist zu bewundern, sondern vielmehr die Nichterlangung der roten Mehrheit. Vielleicht hätte die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit erlangt, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung in der ersten Maienblüte der „Revolution" stattgefunden hätten, als die Scheidemänner und die Unabhängigen noch im Kondominium beieinandersaßen und der tolle Spartakus noch nicht so viel Porzellan zerschlagen hatte. Inzwischen ist viel Reif gefallen in der sozialistischen Frühlingsnacht; die einseitige Klassenherrschaft hat sich schlecht bewährt. „Reaktion" nennt man das im Jargon der Linken.

Es war eine gesunde Reaktion aus dem schwer geprüften Volkskörper heraus. Wir denken dabei nicht an irgend ein „gegenrevolutionäres" Experiment, sondern nur an die heilsame Bremse, die den demokratischen Staatswagen vor dem Absturz bewahren soll, ohne ihn zum Krebsgang zu zwingen. Fortschritt, ja; aber in Frieden, Freiheit, Fleiß und Vernunft zum allgemeinen Wohle! Das ist die Willensmeinung der Wählerschaft.

Das Charakteristische des Wahlergebnisses ist einerseits der glorreiche Erfolg des Zentrums, andererseits die schwere Niederlage der „Unabhängigen".

Das Zentrum kehrt ungefähr in der alten Stärke wieder. Eine Ueberraschung für seine Gegner und Neider, die sich dem Glauben hingegeben hatten, die Macht des Zentrums beruhe auf den Privilegien der dünner bevölkerten Einzelwahlkreise und werde schwer erschüttert werden durch die ungehemmte Massenwahl. Und doch ist das Zentrum die zweitstärkste Partei in der Volksvertretung geblieben. Das Aufgebot der Frauen hat offenbar der christlichen Volkspartei nicht geschadet; der zeitige Reichskanzler Ebert vermutet sogar, das weibliche Wahlrecht habe dem Zentrum Vorteil gebracht, was für die vielgerühmte Organisation seiner eigenen, roten Partei abfällig klingt. Das Wahlrecht der Jugendlichen ist gewiß den extremen, abenteuerlichen Richtungen vorteilhaft; es scheint aber, daß der junge Nachwuchs in unseren Kreisen sich im ganzen besonnen gezeigt und seiner Erziehung in christlicher Familie und Schule Ehre gemacht hat. Der Gesamterfolg des Zentrums wäre aber doch nicht zu erreichen gewesen, wenn nicht eine große Masse der industriellen Arbeiterschaft trotz aller Umwälzungen, aller Versuchungen und aller Pressionen der alten Fahne der christlichen Sozialreform treu geblieben wäre. Das ist von durchschlagender Bedeutung und berechtigt zu der Hoffnung, daß wir schließlich aus der roten Sturmflut doch die wertvollsten Kulturgüter und auch den inneren Frieden sowie den Wiederaufschwung der schaffenden Arbeit retten werden.

Am Gegenpol steht das zusammengeschmolzene Häuflein der Unabhängigen. Diese grellrote Gruppe war nicht zufrieden mit der Hälfte der Herrschaft, die ihr der blaßrote Bruder eingeräumt hatte. Sie wollte die ganze Diktatur an sich reißen, und zwar mit listiger Ausnutzung des spartakistischen Terrors. Die Schleicher um Haase und die Wagehälse um Eichhorn hatten freilich guten Grund, an einem Wahlerfolg auf dem ehrlichen demokratischen Wege zu verzweifeln. Obschon sie die Verleumdung wegen der „Ermordung" von Liebknecht und Rosa Luxemburg in letzter Stunde skrupellos ausnutzten, brachten sie es nur auf zwei Dutzend Mandate, während die rote Regierungspartei 164 Mandate errang. Soweit ist das Wahlergebnis ein vernichtender Richterspruch des Volkes über die Terroristen und Bolschewisten, über die Straßenhelden und Streikhetzer.

Hätte die Sozialdemokratie im ganzen noch einige Dutzend Mandate mehr ergattert, so wären die Ebert und Scheidemann in die Versuchung geraten, zur Herstellung einer roten Mehrheit und einer rein sozialistischen Regierung wieder mit den falschen Unabhänigen anzubändeln. Diese schwere Gefahr für den Frieden und für die Erwerbstätigkeit ist jetzt ausgeschlossen. Die Partei Ebert-Scheidemann muß mit den bürgerlichen Parteien sich ins Einvernehmen setzen.

Am nächsten steht ihr die Deutsche demokratische Partei, d. h. der Linksliberalismus, der sich aus den ehemaligen Freisinnigen und einem Teile der Nationalliberalen zusammensetzt. Der Zahl nach reichen diese beiden Parteien zur Mehrheitsbildung aus. Daraufhin hat man schon einen Linksblock an die Wand gemalt. Als ob das Experiment des Fürsten Bülow, mit einer zusamengerafften knappen Mehrheit die übrigen Parteien kalt zu stellen, ungestraft wiederholt werden könnte! Vestigia terrent! Der einseitige Linksblock könnte nur so lange regieren, als die demokratische Partei sowohl in sich als mit der tonangebenden Sozialdemokratie vollständig einig wäre und bliebe. Dazu sind die Aussichten schlecht. Die Nationalliberalen sind nicht ohne Eierschalen in die demokratische Partei getreten. Sie werden nicht einfach alle Brücken abbrechen zu ihren ehemaligen Genossen und Nachbarn von den Rechtsparteien, die ihrerseits unter den schwierigen Verhältnissen mit 60 Mandaten gut abgeschnitten haben. Vor allem ist das Schwergewicht der 88 Zentrumsstimmen nicht so leicht auszuschalten. Am wenigsten auf dem wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete, wo das Zentrum seit Jahrzehnten der Bahnbrecher der gesunden Reform gewesen ist. (Nebenbei bemerkt darf man hoffen, daß die Absonderung der bayerischen Volkspartei das Zusammengehen in den entscheidenden sachlichen Fragen nicht stören wird. Es ist der alte Geist, der lebendig macht).

Also seien wir zufrieden mit dem Erreichten. Es lohnt sich, weiter zu streben und zu schaffen. Noch ist Deutschland nicht verloren.

Weimar und Preußen.

Nach dem Selbstmord der herkömmlichen „Reichshauptstadt" mußte für die Nationalversammlung ein anderer Platz gesucht werden. Das kleine Weimar mit seinem Theaterraum ist ein Nothehelf. Das Parlament wird sich dort nur wohl fühlen, wenn die Tagung recht kurz ist. Sonst werden die Unterkunftsschwierigkeiten die Sehnsucht nach der Großstadt mit ihren bequemeren Einrichtungen wieder wecken.

Auf die Abkürzung der Konstituante scheint auch die Regierung hinzustreben. Der Staatssekretär des Innern Dr. Preuß hatte mit Stift und Lineal auf der geduldigen Landkarte einen grundstürzenden neuen Bauplan für das Reich entworfen, dessen Kernpunkt die Aufteilung des preußischen Staates war. Für manche hat ja der Gedanke, daß der übermächtige Präsidialstaat verschwinden und in harmlose Gebilde von rund 2 Millionen Einwohner sich auflösen soll, auf den ersten Blick etwas bestechendes. Bei näherer Prüfung ergibt sich jedoch, daß das Schicksal des großen Bruders auch den mittleren Gliedstaaten verhängnisvoll zu werden droht. Wo wird man Halt machen bei der Aufräumung der historischen Staatsgebilde? Je schwächer die Gliedstaaten werden, desto stärker wird die Reichsgewalt unter den politischen und wirtschaftlichen Einheitstendenzen. Der Föderalismus wird unterhöhlt; die Zentralisation schreitet fort, und auf den Trümmern der alten Einzelstaaten bildet sich das Reich als Einheitsstaat. Wer diese Mediatisierung für sich und seinen Stamm nicht wünscht, dürfte auch vorsichtig sein gegenüber dem alten Preußen, das zwar nicht viel Liebe gefunden hat, aber doch einen gewissen Respekt verdient.

Die Regierung hat auf einer Konferenz der Staatenvertreter viel Wasser in den Schaumwein des radikalen Staatssekretärs gegossen. Man will das Programm für die Konstituante beschränken auf ein Notgesetz für die Einrichtung einer verhandlungsfähigen Regierung und für die Weiterführung der Geschäfte. So kann Zeit gewonnen werden für die gründliche Prüfung und ruhige Abwägung der künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse.

Was uns auf den Nägeln brennt, ist ja der Grenzschutz im Osten und der Friedensschluß. Wir müssen schon froh sein, daß Wilson es wenigstens durchgesetzt hat, den Polen und Tschechen eine Warnung vor ihren Raubversuchen zukommen zu lassen. Wilsons Einfluß ist unsere einzige Hoffnung. Er hat offenbar den Willen, einen gerechten Frieden durchzusetzen; darauf deutet auch seine Rede bei den Verhandlungen der alliierten Friedenskonferenz über den Völkerbund am Samstag, wo er sagte, es sei nötig, die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenzustellen, und er würde es nicht wagen, als Vorkämpfer des Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen und auch nur einen einzigen Punkt seines Programms umzustoßen. Um Wilsons Einfluß zu fördern und nutzbar zu machen, können wir nichts Besseres tun, als schnell eine Regierung schaffen, die vom Auslande anerkannt und im Inlande respektiert wird. Das Wahlergebnis erleichtert diese dringendste Aufgabe.

Winterstimmung am Rhein.

Nun trägt der Rhein sein weisses Winterkleid,
Die Ufer säumen glitzernde Kristalle,
Die Berge träumen flockenüberschneit
Und leuchtend blaut des Himmels Kuppelhalle.
Fürwahr, die weisse Schönheit steht ihm gut,
Dem Silbergreis, dem alten Vater Rhein,
Auf dessen eisumblitzter, blanker Flut
In losem Spiel beschwingte Möwen schrei'n,

Gleich einem schroffen, schneebedeckten Firn
Erhebt im klaren Mittagssonnenstrahle
Der Ehrenbreitstein seine Felsenstirn
Und steht ein treuer Wächter überm Tale.
Kahl und verödet ruh'n die Rebenhügel,
Die schöngeschwung'nen, in erstarrter Ruh,
Der Winter deckt mit weichem Silberflügel
Der Burgen zackiges Gemäuer zu.

Rotgoldnes Licht fliesst um die schlanken Zinnen
Der alten Stadt, die Giebel schimmern bleich,
Und Feenhände breiten feines Linnen
Um Busch und Bäume, zart und schleierweich.
Im weissen Winterschmuck, — so lieb' ich ihn,
Den stolzen Strom, verklärt vom Sonnenball
O, schön ist er im Königshermelin,
Wenn er die Krone trägt aus Eiskristall!

Josefine Moos.

Wir kommen nicht vorwärts.

Von Landtagsabgeordneten Hofrat H. Osel, Pasing.

Alle Politik ankert letzten Endes in der Wirtschaft. Wirtschaft setzt die Arbeit aller voraus, die der Hand und die des Geistes. Wenn der Spartakusmann Drach in Berlin gegenüber Lachmann-Mosse anläßlich der Besetzung des „Berl. Tagblattes" des Bolschewiki Radek Theorie vertrat: „erst müsse alles zerstört werden, damit sich dann, mit Einrichtungen der Vergangenheit nicht mehr belastet, die überlebende (!) Menschheit ein neues Leben aufbauen könne", so ist selbst diese Wahnsinnsidee nur durch die Zusammenarbeit von Hand und Geist zu verwirklichen. Arbeiter allein werden nie ein großes Unternehmen gründen und verwalten können und Fortschritte erzielen. Deshalb verlangen die Trotzki und Genossen heute schon Direktoren mit 50,000 Rubel und mehr Gehalt. Zur Wirtschaft gehört Ordnung. Diese bedingt Unterordnung der Vollziehenden unter die Ordnenden. Haben wir in Deutschland Ordnung, so wird all das heute in Privathänden zurückgehaltene Kapital, die Kassenscheine, das Kleingeld, wieder in den Verkehr strömen und das Wirtschaftsleben befruchten. Dann braucht es keinerlei Drohungen und Gewalt. Wir haben heute zuviel sich aufhebende Vorschriften. Wenn reiche Industrielle und Handelsherren in das Ausland reisen wollen, um Geschäfte, die eben nur der Chef machen kann, einzuleiten, verlangt man hohe finanzielle Sicherheiten. Wo der Besitz daliegt, sollte man nicht Hunderttausende von Mark als Depot verlangen. Denn erstens sind sie gar nicht leicht zu beschaffen, zweitens sind für Geschäfte im Ausland heute selbst Summen nötig, die ein Vielfaches des vor dem Krieg nötigen Kapitals betragen. Unsere Valuta ist erbärmlich. Diese Härte der deutschen Vorschriften ist doppelt schwer, nachdem die Entente anläßlich der Verlängerung des Waffenstillstandes am 13. Dezember 1918 zu Trier protokollarisch einfach vernichtende Forderungen für unser Auslandsgeldgeschäft aufgestellt hat. Sollten wir Deutsche doch bloß mit Genehmigung der Alliierten über den Reichsbank-Goldschatz, über Auslandsguthaben und Devisen, selbst über die Versendung ausländischer Wertpapiere verfügen dürfen. Das heißt, daß wir selbst unsere Schulden ohne Genehmigung der Entente nicht zahlen dürfen, und dieser Zwang ist der sichere Tod des letzten

bißchen Kredits, den wir im Ausland haben, sei es Staats- oder Privatkredit!

Angesichts dieser Haltung des rachsüchtigen Feindes hätten die Regierenden alle Ursache, jede Erschwerung ihrerseits, die den Auslandsverkehr berührt, zu beseitigen.

Ich habe in der letzten Sitzung des alten Uebergangswirtschaftsausschusses den Herren Segitz und Timm gegenüber erklärt, daß wir vielleicht bereit sind, steuerlich in bezug auf Erfassung der Vermögen fast bis ans Ende mit der Sozialdemokratie zu gehen, wenn — es der Internationale gelungen ist, diese Erfassung in allen Konkurrenzstaaten durchzuführen. Vielleicht, daß manchem Leser dieser Satz nicht gefällt. Aber man muß sich klar sein darüber, daß das Rad der Entwicklung auch im Wirtschaftsleben weiterrollt und höchstens im Tempo gehindert werden kann. Zurückdrehen auf das, was vor dem Kriege war, ist ein vergebliches Beginnen. Das bedeutet natürlich keinen Freibrief für alle sozialistischen Wirtschaftspläne, die eben, rein materialistisch erdacht, die Bedeutung, welche dem weltwirtschaftlich verankerten Wirtschaftsleben und der Verschiedenheit des sich betätigenden Menschengeistes zukommen, außer acht lassen. Führende sozialistische Männer im Reich und in Bayern erkennen das. Allein darunter sind auch solche, die nicht den Mut, vielleicht auch gar nicht das Verständnis haben, es den noch unter der Revolutionspsychose stehenden Massen zu sagen. Man will die Formen der Revolution retten und gefährdet so den ganzen Inhalt, denn auch die Volksrepublik besteht nur solange, solange sie wirtschaftlich bestehen kann. Sonst bleibt die Reaktion nicht aus, die geschichtlich immer erst das Chaos, dann die despotische starke Hand war.

Ordnung setzt auch Ordnung der Finanzen des Staates voraus. Wie sieht es hier im Reich und in Bayern aus? Vom Reich, von Preußen, wissen wir aus dem Munde der heutigen Finanzleiter, daß sie das Elend kommen sehen. In Bayern aber hält der Finanzminister alles für gut. Ob auch sein sozialistischer Staatsrat, der doch kein bloßer Dilettant ist? Selbst möchte ich diese Frage mit „nein" beantworten. Klarheit muß dem Volke werden. Ich fürchte, der klardenkende Oberbürgermeister von Nürnberg hat recht, der bayerische Finanzminister unrecht. Darüber kann niemand Freude, Schadenfreude, empfinden, denn tragen muß die Schuldenlast das ganze Land, auch der Arbeiter. Daher habe man den Mut zum Bekenntnis. Geht auch viel auf das Konto der Revolution, bei der sich stets die Leute „mit leeren Rucksäcken" und leeren Taschen, aber um so weiterem Gewissen einstellen; alles, was wir jetzt an Mehrlasten haben, ist nicht Schuld der „Revolutionsgewinnler".

Die Verantwortung aber trägt für alles die Revolutionsregierung, die in aller Absicht das sog. Bürgertum von der Regierung fernhält, obwohl sie erkennen müßte, daß die „Räte" allein nicht fähig sind, die Staatsmaschine in Gang zu halten. Es werden sich hoffentlich keine „Liquidatoren" finden, die den Verantwortlichen die Klarlegung unseres Finanzstandes im Staat vorher abnehmen. Dem „Bürgertum" aber, der Industrie, dem Handel, dem Handwerk und der Landwirtschaft obliegt es, gleichfalls zu erkennen, daß einerseits die Beziehungen zwischen Kapital und dem Arbeiter nicht mehr in der früheren Art und Weise zugunsten des ersteren allein sich regeln lassen, daß aber auch im Zusammenfassen, in der Organisation allein noch der Boden gefunden werden kann, auf dem der Besitz wirtschaftlich existenzfähig bleiben bzw. wieder werden kann. Ohne Einbeziehung des Staates in die Erfüllung einzelner wirtschaftlicher Funktionen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, geht es dabei nicht ab. Nur vor der wahllosen eiligen Vergesellschaftung, die einzelne „Intellektuelle" der Gruppen der ganz links gerichteten Arbeiterschaft kenntnis- und verständnislos predigen, müssen wir uns hüten. Ach, es wird letzten Endes überall mit Wasser gekocht und Not lehrt auch wirschaftlich beten. Selbst Eisner ist von übertriebenen „Verstaatlichungsgedanken" — allerdings vorläufig — abgerückt.

Und noch eines dürfen wir nicht verschweigen. Unser deutscher Großhandel, die Industrie, sie wird der Gefahr der härtesten Schwächung durch das Ausland ausgesetzt sein. Da ist es gut, daran zu denken, das Ausland auf dem Wege der Interessengemeinschaft finanziell an unserem Wirtschaftsleben zu interessieren. Lieber einen ausländischen, vielleicht übermächtigen Gesellschafter und Rohstoffe und Arbeit, als allein, selbständig und vor dem sicheren Untergang. Das ist das Schicksal der „Kolonien", das uns droht! Würde die Landwirtschaft noch durch dauernde Zollfreiheit zugrunde gerichtet, so wäre uns auch der deutsche Inlandsmarkt geschwächt. Und die hohen Getreidepreise blieben nicht aus. Uebrigens eine harte Nuß für die Leute vom Bauernbund: die Zollfreiheit! Da wird es Scherben in der „Bündnispolitik" geben. Bei dem Auftritt im Porzellanladen wird die Deutsche bzw. Demokratische Volkspartei auch beteiligt sein. — Letzten Endes: Die 67 Millionen Deutscher müssen doch wieder vorwärts, wenn auch über ein Trümmerfeld. Und das geht nicht ohne uns. Das sollen die Herren „Nurpolitiker" aller „Linken" sich sagen. Sie markieren Hans Naivus. Mit der Bayerischen Volkspartei möchten sie wirtschaftlich, mit den Sozialisten „kulturell freiheitlich" als „Zünglein an der Wage" arbeiten, indes ihr Stammhaus „Demokratische Partei" in Preußen — „Berl. Tageblatt" — „Frankfurter Zeitung" mit den Sozialisten zusammen an der Beherrschung Bayerns und der anderen Bundesstaaten durch das sozialistisch-„demokratische" Neupreußen-Reich arbeiten. Man will Bayern als Republik dem Namen nach erhalten, sonst aber die „Verkehrs-, die Militär-, die Steuerhoheit uns nehmen und durch die „Vergesellschaftung" auch nationale bayerische Wirtschaftsgüter uns entziehen (s. Reichselektrizität!). Anstatt mit uns Herrn Eisner energisch zu treten, sofort, gleich Baden, eine eigene bayerische Armee, die wir in Gestalt einer Miliz verlangen, zu schaffen, beschimpft man uns als Reichsfeinde. So bleiben die Kasernen Kasernen, anstatt sie für Wohn- und Arbeitszwecke in großem Umfang frei zu erhalten. So kümmern sich die Herren nicht darum, was mit Bayerns Rechten als Anlieger am Rhein und an der Donau wird, und werden ihrer alten Liebe „die Ueberführung von Bayerns Eisenbahn und Post in Reichsgewalt" nicht untreu werden. Beachten wir, daß ein Hauptdemokrat, Prof. Preuß, der Verfasser des ungeheuerlichen Reichs-Verfassungs-Entwurfes ist! Und Schul- und Kirchenrecht werden die „Berliner Tageblatt"-Mosse und Genossen mit Ebert und Genossen in der „Reichsverfassung" so knebeln, daß die Bundesstaaten bloß mehr „an der Leine gehen" können. Die liberalen Bramarbasse werden indeß noch gewahr werden, daß ihre Ueberschläue in der Praxis anders wirkt als sie denken. Der Liberalismus hat auch in der Stunde von Deutschlands tiefster Erniedrigung seine Tiraden gegen „Reichsfeinde" nicht vergessen, stellt sich auch heute wieder als Retter des Reiches hin und wird ebenso wie früher an seiner Drehscheibenrhetorik zu schanden werden. Sein Grammophon hat bloß neue Platten mit alten Melodien. Als Text wurde früher „Heil, unserm König Heil!" erwählt, jetzt ist die Marseillaise beliebt. Trotz des „katastrophalen Zusammenbruchs", von dem die „M. N. N." faseln, steht die Bayerische Volkspartei. Die nächste Wahl wird es noch mehr beweisen.

Zur neuen Lage.

Von Kirchenrat Schiller, Nürnberg.[1])

Deißmann, der protestantische Professor — Faßbender, der katholische Professor, beide weitbekannte Namen, Männer, welche bisher schon vieles ausgerichtet haben im Reiche Gottes auf Erden, heute in ihrer Vereinigung geben sie einen besonders schönen, verheißungsvollen Klang. Deißmann-Faßbender, wie ist uns denn? ist's nur ein Traum oder Wirklichkeit? Endlich, endlich bricht langsam hindurch, was wir ersehnt haben seit bald siebzehn Jahren, wofür wir gekämpft und geduldet haben. Der „Friedensapostel", der „Friedensschalmeibläser" waren ja Beinamen, die nicht aufzuregen brauchten. Aber auch andere Tonarten mußten wir kennen lernen. Nun ist die Zeit der Angriffe und der Anschuldigungen vorüber, sie liegt hinter uns und erreicht ist, was uns seit Jahren als erstrebenswertes Ziel vorgeschwebt hat: der Zusammenschluß gläubiger Katholiken und Protestanten im Interesse beider Kirchen, heute uns aufgedrängt durch die Nöte und Wirren der Gegenwart inmitten schwerster Heimsuchungen des deutschen Volkes. Es geschehen Zeichen und Wunder: selbst die „Wartburg" greift in der Not der Zeit zu dem gleichen Rezept und empfiehlt das-

[1]) Die Redaktion gibt den sehr bedeutsamen Ausführungen gerne Raum, ohne jede Einzelheit, wie etwa den Anschein einer gewissen Resignation, teilen zu wollen.



selbe Zusammengehen. Es ist hohe Zeit, daß man den Abgrund erkennt, an dessen Rand wir stehen. Nicht umsonst geben die kirchlichen Obrigkeiten beider Konfessionen eindringliche Erklärungen ab, um die Gemeinden aufmerksam zu machen auf das, was heute auf dem Spiele steht. Nicht als ob wir für den Bestand unserer Kirchen Befürchtungen hegen müßten. Die Kirche Jesu Christi steht auf ewigem Grunde, solange sie das Hoffnungspanier des Gekreuzigten und Auferstandenen hochhält. Seit zweitausend Jahren hat sie noch alle Verfolgungen, von welcher Seite sie auch ausgehen mochten, siegreich überstanden. Sie wird auch in den Stürmen der Gegenwart nicht untergehen. Sie braucht nicht zu erzittern, wenn auch der Hölle Pforten sich auftun. Auch die Wetterwolke, welche heute so viele ängstlich macht, wird sich verflüchtigen. Ernst, blutig ernst ist freilich die derzeitige Lage des ganzen deutschen Volkes. Auch unsere Kirchen sind tief hineinverstrickt in die Jammerlage des vormals so stolzen, selbstbewußten Staates. Sind sie doch auch heute noch so fest verankert in dem Leben des Volkes, mit allen Fasern ihres Daseins in die Not des Volkes hineingezogen. Die Erschütterung und Zertrümmerung des alten Rechts mußte ja auch die verfassungsmäßigen Grundlagen der Kirchen in Mitleidenschaft ziehen und ins Wanken bringen. Ein Vergewaltigungsversuch löst den andern ab. Die Axt, welche an die Wurzeln des deutschen Lebensbaumes gelegt ist, wird auch gegen die Kirchen geschwungen und niemand kann sagen, was die Zukunft bringen wird. Das eine freilich wissen wir, daß, *wenn dem kirchenfeindlichen Geist das Recht eingeräumt wird, die Neuordnung zu schaffen, wir den traurigsten Zeiten entgegengehen.* Vergessen ist bei den Neuerern, daß der Herzschlag des menschlichen Lebens, auch alles staatlichen Lebens die seelische Welt, die himmlische Welt des Glaubens und der Freiheit in Gott und aus Gott ist. Täuschen wir uns doch nicht: Das Band zwischen Staat und Kirche ist heute schon so gut wie durchschnitten. Wir stehen vor einer nahezu vollendeten Tatsache und werden auch von der Nationalversammlung nicht viel anderes erhoffen dürfen. Wir haben uns nun einmal damit abzufinden und können nur fragen: Wie richten wir uns am besten ein? Mögen evangelische Oberkirchenräte und Generalsynoden Widerspruch erheben gegen einseitige Maßnahmen, welche in die inneren Beziehungen zwischen Staat und Kirche eingreifen — wer kümmert sich darum, wer fragt darnach? In welch ergreifender Weise haben deutsche Erzbischöfe und Bischöfe im Norden und Süden sich an die Gläubigen ihrer Diözesen gewendet: „Wir legen die schärfste Verwahrung ein gegen den Plan, Kirche und Staat voneinander zu trennen. Die Gegner Christi und der Kirche wollen trennen, was von Gottes und Rechts wegen zusammengehört. Der Staat als solcher will keine Religion und keine Kirche mehr kennen, will sich um Religion und Kirche nicht mehr kümmern. Die lebensvolle Verbindung, die zwischen unserem Volk und der Kirche seit vielen Jahrhunderten bestanden hat und besteht, soll jäh zerrissen und zerschnitten werden. Der Name Gottes soll aus der Oeffentlichkeit verschwinden. Der Religionsspötter soll den Namen Gottes ungestört lästern dürfen. Das heilige Kreuz soll aus den Schulen verbannt werden. Jede staatliche Unterstützung soll künftighin wegfallen. Der Staat sagt sich selbst von feierlich verbrieften Verpflichtungen los und wird weder zu Kirchenbauten, noch zum Unterhalt der Geistlichen etwas beitragen. Ebensowenig wird er zur Einziehung der Kirchensteuern behilflich sein. Die theologischen Lehrstühle an den Universitäten werden eingezogen. Alles was Religion heißt, wird aus den Schulen verbannt. Für das wichtigste Erziehungs- und Unterrichtsfach gibt es im Schulplan keinen Platz mehr."

Sollte das *deutsche Volk* wirklich so kirchenfremd und -feind, so religionslos geworden sein, daß es gegen solche ungeheuerlichen Zwangsmaßregeln mit keiner Wimper zuckte? Wir glauben doch, daß, wenn die Männer schweigen, die Mütter und Frauen reden würden. Von ihnen läßt sich erwarten, daß sie mit Rücksicht auf das Seelenheil, auf die Zukunft ihrer Kinder das Heiligste sich nicht rauben lassen werden. Wer die Augen nicht verschließt, kann leicht beobachten, daß *weite Kreise unseres Volkes von den neuesten Bestrebungen, die Religion aus der Schule zu weisen, nichts wissen wollen.* Will die Schule nicht bloß Wissen vermitteln, sondern erziehen, so muß sie Gottesfurcht und sittliche Lebensanschauung in die Herzen der Jugend einpflanzen. Der Mensch ist nun einmal in all seinem Tun und Lassen von seiner religiösen Weltanschauung, von seinen sittlichen Begriffen abhängig. Darum würde die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule und seine beabsichtigte Ersetzung durch einen farblosen religionsgeschichtlichen Moralunterricht geradezu verheerend wirken. Vielleicht, daß auch wir selbst früher zu wenig darauf geachtet haben, was wir alles an unserer christlichen Schule hatten. Wir nahmen es als etwas ganz Natürliches und Selbstverständliches hin, den christlichen Religionsunterricht in jedem Lehrplan vorzufinden. Die ganze Erziehungsarbeit ruhte auf dem Boden des Christentums. Bricht dieses alles zusammen und wird der Schule der Zukunft der christliche Charakter geraubt, so kann von einer sittlichen Ertüchtigung unserer Jugend keine Rede mehr sein. Eine deutsche Schule ohne öffentlichen, lehrplanmäßigen Religionsunterricht ist ein Unding, ein Frevel gegen den Geist der deutschen Kultur. Man sagt wohl, Religion sei Privatsache. Das ist falsch. Das ist eine Verwechslung mit Religiosität, welche etwas rein Persönliches ist. *Die Religion selber ist ein Kulturfaktor ersten Grades.* Sie ist der Stecken und Stab für Millionen und die sittliche Triebkraft im Staatswesen und für dasselbe. „Sie ist, was der Sauerstoff in der Luft, was das Blut im menschlichen Körper ist." Ist nun die Kirche die Pflegerin und Wahrerin des religiösen Lebens, so wäre die Ausmerzung der Religion aus dem Volksganzen gleichbedeutend mit einem vernichtenden Schlag gegen das gesamte Volkswohl.

Niemand kann sagen, wann der letzte Leidensbecher uns eingeschenkt werden wird. „Deine große herzliche Barmherzigkeit hält sich hart gegen uns", lesen wir bei dem Propheten Jesaja (63, Dies trifft buchstäblich zu. Und doch wird auch hier das Wort Heraklits „Alles fließt, alles geht vorüber," zu Recht bestehen. Es wird nicht allzulange währen, so wird der freie „Volksstaat" erkennen, was er entbehrt und wohin er gerät, wenn er den Kirchen einen Fußtritt um den anderen versetzt. Was ist es doch für ein Unsinn, den Kindern vom vollendeten 14. Lebensjahr an das Recht zu geben, sich für oder gegen die Kirche zu entscheiden, wenn dem Lehrer verboten werden soll, den Geschichtsunterricht im nationalen Geist zu erteilen? Heißt dies nichts anderes, als es geflissentlich darauf anzulegen, daß der letzte Funke vaterländischer Liebe und Begeisterung in der Jugend erstirbt, daß durch Beseitigung der Religion unsere Kinder der Zucht- und Sittenlosigkeit ausgeliefert werden? Und da sollte sich einem nicht das Herz im Leibe herumdrehen? Müssen nicht Geistliche und Laien beider Konfessionen ihre Stimmen laut und eindringlich erheben, um, wenn möglich, in der letzten Stunde das größte Elend von unserem Volke abzuwenden?

Es gibt doch zu denken, daß jetzt sogar vereinzelte Stimmen in der siegestrunkenen Sozialdemokratie sich rühren, welche davor warnen, man solle den Bogen doch nicht überspannen. In der „Glocke" verlangt ein Dissident mehr Freiheit für kirchlich Gläubige: „Wie schwer die Trennung großer Massen von der Kirche zu erreichen ist, das hat die Geschichte der Austrittsbewegung in vier Jahrzehnten bewiesen. Von Johann Most bis Adolf Hoffmann war ihr Erfolg erfahrungsmäßig sehr gering. Vielleicht sind mehr religiös empfindende Männer und Frauen dadurch von der Partei abgeschreckt, als der Kirche entrissen werden konnten. Niemand fordert, daß den Parteigenossen, die Gegner der Kirche sind, die schrankenlose Vertretung ihrer Anschauungen verwehrt werde. Aber noch mehr als bisher müßte in der Parteipresse, der offiziellen Literatur und sonstigen Kundgebungen ein dicker Trennungsstrich zwischen uns und jeder grundsätzlich antikirchlichen und antireligiösen Arbeit gezogen werden. Wir müssen den Wert, die Ehrlichkeit und Freiheit religiösen Fühlens anerkennen, auch wenn wir sie nicht teilen! Man schweige von Gespenstern! Es ist eine ganz gewaltige, ganz reale Macht und lebt doch in mehr Parteigenossen, als manche ahnen." Dies sind ja Töne, die wir bisher noch nie vernommen haben. Liebe und Neigung zur Kirche hat diesen Warnungsruf an die Sozialisten nicht eingegeben. Wittert man jetzt vielleicht etwas von der geistigen Macht, die der Kirche noch verblieben ist?

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollten wir im einzelnen zusammenstellen, wie sehr sich *die Kirchen* seit langer Zeit *als staatserhaltende und kulturfördernde Macht erwiesen* und dadurch in großer Opferfreudigkeit, Selbstverleugnung und Selbsthingabe das Wohl des Staates auf alle Weise zu heben und zu unterstützen verstanden haben. Was ist nur alles in Erziehung der Jugend, in Fürsorge und Pflege von Kranken, Krüppeln, Blinden, Stummen, Waisen, Irren, Geistesschwachen, kurz in Fürsorge der Aermsten der Armen seitens der Kirchen geschehen. Abgesehen von der physischen, geistigen und seelischen Hingabe belaufen sich die finanziellen Zuwendungen jährlich auf viele, viele Millionen, welche in gar keinem Ver-

hältnis stehen zu den geringen Unterstützungssummen, welche der Staat bisher der Kirche zugewiesen hat und zu denen er schon durch die früheren Säkularisationen verpflichtet war. Wir brauchen also nicht zu befürchten, daß unsere Geistlichen künftig Hungers sterben müssen. Wohl aber darf erwartet werden, daß der neue Staat den Kirchen ein mehrjähriges Moratorium (Uebergangsstadium) zur Neuregelung ihrer Verhältnisse verstattet.

Was nun den kirchlichen Neubau anlangt, so wird derselbe in den beiden Kirchen sich recht verschieden gestalten. Die katholische Kirche hat hierbei viel voraus. Kraft ihrer Tradition, ihrer inneren Geschlossenheit, ihres festgefügten Organismus wird sie fast ganz in den alten Bahnen wandeln können, sie wird Mittel und Wege finden, um die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, sie wird mit Austritten nur wenig zu rechnen haben und von der neuen Bewegung lange nicht in dem Maße berührt werden als die protestantische. In der letzteren gingen schon in der Friedenszeit die Meinungen über die Trennung von Kirche und Staat gar sehr auseinander. Die Scheidung der beiden Gewalten zu wünschen, nahmen wohl die meisten Anstand. Man hatte das richtige Empfinden, daß das Band, welches Jahrhunderte lang Staat und Kirche verband, nicht ohne Not gelockert oder gar durchschnitten werden dürfte. Heute nun sind wir in eine Zwangslage geworfen und es wird sich gar nicht vermeiden lassen, daß das demokratische System bei dem protestantischen kirchlichen Neubau sich empfindlich bemerkbar machen wird. Der summepiscopus (der Landesbischof, der König) ist gefallen. Die Konsistorien sind damit erledigt. Hatten wir bisher gleich der aus dem 18. Jahrhundert stammenden nationalpolitischen Organisation eine zentralistische Spitze, von der alles nach unten ausging, so muß jetzt das Neuzuschaffende aus der Gemeinde herauswachsen. Zu diesem Zweck müssen Kirchenvorstand, Hausväter-, Gemeinde-, Gruppenversammlungen für die neuen Aufgaben herangezogen werden. Mit dem Hereinströmen des Laienelementes mehren sich natürlich dann auch die Gefahren für das Bekenntnis und bei allem Entgegenkommen gegen freiere Richtungen ist dafür Sorge zu tragen, daß das Fundament nicht von vornherein bedenkliche Risse erhält.

Als bei Beginn des Weltkrieges die ungeheueren Ereignisse die deutsche Volksseele bis auf den Grund aufwühlten, da zeigte es sich, daß die beiden Kirchen in den Herzen unseres Volkes noch fester wurzelten, als Freund und Feind vermeint hatten, da war es gerade die organisierte Kirche mit ihren Gottesdiensten, ihrem Evangelium, ihrem Altarsakrament, ihren alten Ordnungen, deren Trost und Segen von Ausrückenden und Zurückbleibenden gewertet und begehrt ward. Und auch draußen auf blutiger Wahlstatt kehrte so mancher zu seinem alten frommen Kinderglauben zurück und besann sich auf die längst vergessenen Sprüche und Lieder mit ihrer tröstenden und ermutigenden Kraft. Treten wir jetzt auch in die Friedenszeit ein, so sind uns die Kämpfe doch nicht erspart, ja es hat den Anschein, als ob diese noch heißer und schicksalsschwerer würden denn die vorausgegangenen im Felde draußen. Wie haltlos wäre unser Volk, wie rettungslos wäre es dem Verderben preisgegeben, wenn es sich nicht an seinen altbewährten Glauben mit seinem Bekenntnis, dem kostbarsten Erbe unserer Väter, hielte! Eine Kirche ohne Bekenntnis ist wie ein Staat ohne Verfassung und Rechtsordnung. Hierin wissen sich Protestanten und Katholiken einig und dieses Einheitsband soll uns auch niemand antasten.

Welche Stürme nun aber auch noch über uns hereinbrechen mögen, wir sprechen mit dem Apostel: „Uns ist bange, aber wir verzagen nicht"; wir sprechen mit dem Psalmisten: „Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig (glückselig) bleiben mit ihren Brünnlein."

Der Kampf um die Adria.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Italienischen Truppen, welche auf Laibach vorrückten, schickte der serbische Kommandant in Laibach einen Parlamentär entgegen, der die Italiener auffordern sollte, das Vorrücken einzustellen, widrigenfalls es zu Feindseligkeiten kommen müsse. Die Italiener haben dann nach einigem Ueberlegen das Ultimatum der Serben und Südslawen, das die Wasserscheide des Isonzo und der Save als Demarkationslinie zwischen den Völkern bestimmte, angenommen und gaben ihr Vorrücken auf Laibach, das mitten in slowenischem, also südslawischem Gebiet liegt, auf. Diese Ereignisse kennzeichnen außerordentlich klar, wie scharf der Gegensatz zwischen Jugoslawen und Italienern bereits gediehen ist. Hält man andere Vorkommnisse wie z. B. den Streit um Teile der ehemaligen k. u. k. Flotte daneben, so gewinnt man den Eindruck, daß, ehe der jugoslawische Staat unter Dach und Fach gebracht sein wird, zwischen den beiden rivalisierenden Völkern Blut geflossen ist, wie es in Fiume bereits geschehen ist.

Die Südslawen kennen ihre Nachbarn, die Italiener, aus alter Erfahrung und trauen ihnen nicht über den Weg. Sie suchen daher mit verdächtiger Eile sich und das neue Staatswesen unter Dach und Fach zu bringen. Die Patenschaft hat Serbien übernommen, das unter Pasitsch alles tut, um den Italienern Schwierigkeiten zu bereiten. Pasitsch stützt sich dabei auf den Grundsatz des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und ist darin den Italienern weit voraus, denen er ihren durch keinerlei nationale Rechte gestützten Imperialismus vorhält. Er verrät überhaupt eine Festigkeit und Zielsicherheit im Auftreten, das den Verdacht nahelegt, er habe starke Männer hinter sich, die der römischen Politik größere Erwerbungen nicht gönnen.

Wie ganz anders hatten sich Sonnino und seine Leute den Ausgang gedacht, wie frohlockten sie noch vor wenigen Wochen, als ihnen der Zusammenbruch des österreichischen Heimatlandes das unbesiegte Heer in die Hände spielte, das die italienischen Generale trotz Verrat und Hilfe von allen Seiten in all den Jahren nicht zu schlagen vermochten. Die römische Politik sah den Adriatraum verwirklicht und Orlando, der als der Mann galt, der durch den „neuen" Slawenkurs, d. h. die geheime Unterwühlung der Donaumonarchie, die ganze Sache erst richtig ins Rollen gebracht habe, wurde noch mehr gefeiert als der vorsichtige Sonnino, der selbst in den Zeiten, als Oesterreich noch stand und die jugoslawische Bewegung noch gleichsam in den Kinderschuhen steckte, sein Mißtrauen gegen sie niemals verleugnen konnte, wofür er sich wochenlange Hetzen des „Corriere" gefallen lassen mußte, der wild nach der Ersetzung des unfähigen Ministers schrie, weil er es nicht verstehe, Italien auf dem Balkan und an der Adria die richtige Stellung zu verschaffen. Diesen Leuten dürfte nun inzwischen ein Licht aufgegangen sein, und das Mißtrauen gegen den südslawischen Staat, der sich unter serbischer Führung bildet, ist jetzt ziemlich allgemein geworden. Man befürchtet mit Recht das Schlimmste; denn es besteht auch in eingeweihten diplomatischen Kreisen Roms der Verdacht, daß die Verbündeten die ursprünglich mit der Consultà abgeschlossenen Verträge bei Eintritt Italiens in den Krieg nicht zu halten willens sind. Diese hatten die Ansprüche Roms auf die Adria ziemlich befriedigt und boten die Möglichkeit, den serbischen „Größenwahn" gehörig in Schranken zu halten. Davon ist es nun sehr still geworden; denn damals hatte man Italien nötig, um den Krieg zu gewinnen, heute kann man anders mit ihm reden, da der Krieg nicht mehr verloren werden kann. Das Verhalten der Entente gegen seinen Alliierten muß bei diesem natürlich bittere Gefühle hervorrufen; aber ist das Vorgehen des Verbandes unverständlich? Erntet nicht Italien von seinen nunmehrigen Alliierten dasselbe, was es selbst den Mittelmächten gegeben hat: Undank und Verrat!

Aber Italien darf sich eigentlich nicht einmal beklagen. Es hat durch seinen Landhunger und seine geringe wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit den Zorn sehr mächtiger Leute erregt, und die Jugoslawen und Serben ihrerseits haben es wieder verstanden, sich bei potenten Herren in Gunst zu setzen. So hält namentlich Wilson ihre Partie; über ihn haben sich die Römer schon bei Erlaß seiner 14 Punkte bitter beklagt, da sie in ihnen das Grab ihrer Adriaträume in einer Verhätschelung Serbiens sahen. Und Wilson scheint Ernst machen zu wollen. Eine amerikanische Flotte ist in der Adria, um dort nach dem Rechten zu sehen, und ihre Offiziösen ließen verlauten, daß die Amerikaner noch längere Zeit zu bleiben gedächten, bis alles in „Ordnung" und die Gegensätze „ausgeglichen" seien! Dann müßten die Amerikaner freilich schon bleiben!

Aber auch Frankreich will keine Herrschaft Italiens über die Adria! Es steht daher wie der Präsident Wilson, freilich aus anderen Gründen, hinter Pasitsch und Trumbitsch. Der Quay d'Orsay ist schon längst eifersüchtig auf die römische Politik mit ihren Aspirationen auf den Balkan und weiter im Orient, den man als ausschließlich französisches Interessengebiet betrachtet. Ob die Consultà von Großbritannien noch Unterstützung für „mare nostro" zu erwarten hat, ist ebenfalls fraglich, obschon gerade England seinerzeit Italien mit weitgehenden Ver-

sprechungen an der Adria in seine Netze gelockt hat. Jedenfalls lassen Aeußerungen Lloyd Georges, die er wenige Wochen nach der Niederlage Italiens im November 1917 tat, nichts Gutes für Rom ahnen, ebenso die Haltung der englischen Presse gegenüber der jüngsten italienischen Ministerkrisis; so bemerkte die „Times“ zur Ausschiffung Bissolatis, der ein Hauptbefürworter der italienisch-jugoslawischen Versöhnung war: „Ein böser Geist scheint Italien in seinem berechtigten Siegesüberschwang zu verblenden und zu Demütigungen führen zu wollen. Italien beruft sich auf seinen Geheimvertrag und vergißt dabei, daß dieser ohne die Gutheißung der dabei betroffenen Nationen, ja nicht einmal Serbiens, geschlossen wurde, daß die Vereinigten Staaten nicht beteiligt waren und vor allem, daß der „Pakt von Rom“ den Geheimvertrag tatsächlich ersetzt und Italien zum Siege verholfen hat.“

England steht mit seinem Freunde Venizelos auch den griechischen Ansprüchen auf Albanien und gewisse Teile der Südadria, die auch in die italische Interessensphäre fallen, sehr freundlich gegenüber, so daß die Aussichten der römischen Politik in der Tat keineswegs rosige sind. Das Adriaproblem, für dessen „Lösung“ Italien vornehmlich die Waffen ergriffen hatte, ist daher heute dunkler denn je und es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß das Ausscheiden der Donaumonarchie, das man für notwendig hielt, um sonst unlösbare Fragen zu entwirren, die Adriafrage zu einem wirklichen gordischen Knoten gemacht hat. Es ist zu befürchten, daß auch er durchgehauen werden wird, daß die Gewalt und die Berechnung, nicht das Recht triumphieren werden und daß auch an der Adria keineswegs Verhältnisse entstehen werden, welche Dauer und Befriedigung der lange gehetzten Bevölkerung verbürgen. Wird Wilson ein zweiter Alexander sein?

Wie aber wird man Italien „entschädigen“, um ihm die bittere Pille, daß es von den verhaßten Serben sich an der Adria den Rang ablaufen lassen mußte, zu versüßen? Die Frage hat großes Interesse und es besteht die Befürchtung, daß es auf Kosten deutschen Sprach- und Volksgebietes gehen wird. Die Linie, welche anläßlich der Waffenstillstandsbedingungen mit der Donaumonarchie gezogen und als Italiens Einflußgebiet erklärt wurde, läßt bereits allerlei Böses ahnen. Sie geht fast bis nach Innsbruck! Soll das so bleiben? Oder ist es nur ein Anfang? Hat Italien, statt gegen die Adria, eine Aufgabe gegenüber Deutsch-Oesterreich zu erfüllen, um den Anschluß an Deutschland zu hintertreiben?

Gallia docet.

Von P. Erhard Schlund, O.F.M.

Wer sich heutzutage in Deutschland für das Schicksal der katholischen Orden interessiert, der schaut nach Frankreich hinüber: die um ihre Existenz bangenden Orden selber, ihre Freunde und besonders ihre Feinde. Frankreich ist in wenig Jahren das klassische Land der Trennung von Kirche und Staat geworden. Es hat gezeigt, mit welcher Methode man die Kirche und ihre Orden am meisten schädigen kann. Gallia docet. In den kleinsten Dingen zielbewußt und jedes geringste zweckdienliche Mittel klug ausnützend, hat die Regierung der französischen Republik und die hinter ihr stehende Loge in ein paar Jahren die Orden aus dem Lande hinauszudrängen verstanden. Gallia docet! Von Frankreich wollen jetzt Freund und Feind der Orden lernen, die einen zur Abwehr, die anderen zum Angriff.

Kaum war Mac Mahon, der antirepublikanisch gesinnte Präsident der dritten Republik, im Jahre 1879 zurückgetreten, nachdem die Wahlen eine starke republikanische Mehrheit ergeben hatten, da begann mit der entschiedenen Herrschaft der Republik auch der entschiedene Kampf gegen die Orden der katholischen Kirche. Was einer der fünf protestantischen Minister der katholischen Republik unter Jules Grévy, Pillon, schrieb (La critique réligieuse 1879), wurde der Wahlspruch der Regierung: „Der Katholizismus ist ein Hindernis der Republikanisierung. Will Frankreich die Republik retten, dann muß es mit Rom brechen.“ Und die Vernichtung des Katholizismus leitete man ein mit der Vernichtung der Orden, in der sicheren Erkenntnis, daß die Orden die stärkste Stütze der Kirche in einem jeden Lande sind.

Bei den Schulen der Ordensleute setzte der Angriff ein. Die freiheitlichen Unterrichtsgesetze der Jahre 1850, 1873, 1875 hatten die katholischen Volksschulen und Universitäten zu hoher Blüte kommen lassen. Als ersten Streich gegen die Orden legte Jules Ferry, der Kultusminister und Katholikenhasser, der Kammer am 16 Juni 1879 zwei Gesetzentwürfe über die Schulen vor: Die katholischen Universitäten dürften den Namen Universität nicht mehr führen, keine akademischen Grade mehr verleihen, hätten aber sonst alle Bedingungen genau zu erfüllen, wie die staatlichen; gegen die Volksschulen kam unter anderem der berüchtigte Artikel 7: Kein Mitglied eines nicht autorisierten Ordens darf eine öffentliche oder private Schule leiten oder an ihr Unterricht erteilen. Heiß tobte der Kampf namentlich um den Artikel 7. Denn die Katholiken erkannten, daß das der Anfang vom Ende der Orden in Frankreich war. Doch die republikanische Kammermehrheit nahm die ganze Regierungsvorlage unverändert an, der Senat lehnte jedoch wenigstens den Artikel 7 ab.

Vor der Abstimmung im Senat hatte der Ministerpräsident Freycinet gedroht: „Geht der Artikel 7 nicht durch, so wird die Exekutivgewalt noch härtere Dekrete erlassen. Stimmen Sie für den Artikel 7! Es ist das Beste, was Sie noch erreichen können!“ Die Regierung beeilte sich, ihre Drohung wahrzumachen. Sie holte alte, längst vergessene Gesetze hervor und erließ auf Grund dieser Gesetze aus den Jahren 1762, 1764, 1767, 1777, 1790, 1792, 1802 am 27. März 1880 ein Regierungsdekret gegen die Orden: 1. Der Orden der Gesellschaft Jesu muß sich innerhalb eines Monats auflösen und die Klöster räumen. Für Anstalten, welche Unterricht erteilen, wird die Frist bis zum 31. August verlängert. 2. Jeder nicht autorisierte Orden muß innerhalb dreier Monate um staatliche Anerkennung nachsuchen; Statuten und Mitgliederzahl sind einzureichen. Männerorden können nur durch ein Gesetz, Frauenorden durch ein Gesetz oder ein Dekret des Staatsrates anerkannt werden.

Obwohl Papst und Bischöfe und viele Tausende aus dem katholischen Volk protestierten, konnte die Regierung ihren Willen doch ohne ein förmliches Gesetz durchführen, weil sie eben in der Kammer die Mehrheit besaß. Als erste wurden die Jesuiten aus dem Lande vertrieben, am 28. Juni 1880; im Herbst kamen dann nach einigen Kämpfen im Parlament die Barnabiten und die Karmeliter an die Reihe. Am 4. Oktober 1880 nachts 1 Uhr erließ dann die Regierung an die Polizei den Befehl, daß auch die anderen Orden, deren Obere im Ausland seien, vertrieben werden müßten. Polizei und Militär mußte dazu ausrücken und an vielen Orten kam es zu heftigen Kämpfen mit dem katholischen Volke, das sich seine Klöster nicht nehmen lassen wollte. Aber Regierung und Loge siegten. Die alten Orden, die Hauptstützen der Kirche, waren aus dem Lande und am 1. Januar 1881 konnte die Regierung bekanntmachen, daß sie in einem halben Jahre 261 Klöster mit 5643 Mönchen aufgehoben hatte. Die Klosterfrauen hatten noch eine Gnadenfrist.

An der Erregung des katholischen Volkes hatten Regierung und Loge aber gesehen, daß sie doch nicht alles auf einmal wagen durften. Statt der Guillotine errichteten sie daher — bildlich gesprochen — einen Galgen, bei dem sie den Strick ganz allmählich zuziehen konnten. Um die Orden allmählich zu erwürgen, bediente sich die Regierung zunächst der Steuergesetzgebung. Die Orden sollten so hohe Steuern zahlen müssen, daß sie gar nicht mehr leben könnten. Am 8. Dezember 1884 erschien ein Gesetz, das die Besteuerung der Orden „regelte“. Bezüglich der Einkommensteuer nimmt das Gesetz an, daß sich alles Klostervermögen zu 5 % verzinst, und verlangt von diesen 5 % 4 % Steuer. Dabei mußten alljährlich 4 % des Wertes nicht bloß vom wirklichen rentierenden Vermögen bezahlt werden, sondern vom ganzen Besitz z. B. Häusern, Krankenbetten, Schulbänken, Eßgeschirren, Bildern usw. Dies alles wurde als Produktivvermögen angesehen. Ja sogar von den Wertpapieren, welche bloß 3 und 3½ % trugen, mußten 4 % Steuer bezahlt werden. Ebenso schreiend ungerecht war die Erbschaftssteuer. Es wurde angenommen, daß nicht das Kloster als solches sein Eigentum besitzt, sondern jeder Klosterinsasse den auf ihn treffenden Teil. Stirbt nun ein Mitglied eines Ordens, so muß der Orden für diesen Teil Erbschaftssteuer bezahlen, und zwar jedes einzelne Ordensmitglied wieder für den auf es treffenden Teil des Erbes 11,25 %, mindestens aber 20 Frs. Wenn z. B. der Gesamtbesitz eines Klosters 100,000 Frs. wert ist, und es stirbt einer der 20 Insassen dieses Klosters, so wird angenommen, der Verstorbene habe den 20. Teil des Klostervermögens, 5000 Frs. hinterlassen und jeder der überlebenden 19 erbe von diesen 5000 Frs. den 19. Teil. So muß das Kloster ohne einen Pfennig bekommen zu haben 444,6 Frs. Erbschaftssteuer bezahlen.

Bei der Regelung der Steuergesetzgebung hatte man entdeckt, daß noch 3403 geprüfte einzelne Schulbrüder und 14985 Schwestern an den Staatsschulen lehrten. „Zur Wahrung der religiösen Neutralität", wie ein Redner erklärte, beschloß der Senat am 30. Oktober 1886 ihre **Entfernung aus der Schule**. Ebenso wußte die Regierung den Orden einen Schlag zu versetzen bei der Regelung der **Militärdienstzeit**, indem sie am 15. Juli 1889 verfügte, daß die weltlichen Lehrer an den Staatsschulen nur ein Jahr beim Militär zu dienen brauchten, während Lehrer aus dem Ordensstande oder weltliche Lehrer an Ordensschulen drei Jahre dienen mußten. Auch die Besteuerung, die die Orden noch nicht ganz hatte umbringen können, wurde im Jahre 1895 wiederum verschärft.

Im allgemeinen aber blieben die neunziger Jahre ruhiger für die Orden. Die Affäre Boulanger und der Dreyfusrummel lenkten das Augenmerk der ordensfeindlichen Kammermehrheit von den Orden etwas ab. Ja, eine Regierung unter Méline, die sich auf Gemäßigte und Konservative stützte, galt sogar als klerikal. Aber die Wahlen des Jahres 1898 beseitigten sie und nun begann der Kampf mit der größtmöglichen Heftigkeit, der Kampf, der mit der vollen Vertreibung der Orden endigte. **Waldeck-Rousseau** und **Combes** hießen die zwei Männer, die den Orden und im Anschluß daran auch der Kirche den Kampf auf den Tod geschworen hatten.

Kaum Ministerpräsident geworden, nahm Waldeck-Rousseau den Kulturkampf mit offenem Visier auf, als er den Assumptionisten den Prozeß machte, weil sie angeblich Gelder sammelten zum Sturze der Republik. Am 6. März 1900 wurde die Aufhebung des Ordens dekretiert. Sieben Bischöfe verloren das Gehalt, weil sie gegen die Aufhebung protestierten. Am 8. Oktober 1900 kam noch ein kleiner Hieb, indem die Regierung bestimmte, daß Schüler von Ordensschulen keine Stipendien an den staatlichen Hochschulen bekommen konnten. Bald darauf aber, am 15 Januar 1901, holte Waldeck-Rousseau zum Hauptschlag aus, indem er der Kammer sein **Vereinsgesetz** vorlegte. Er gestand selbst, daß durch dieses Gesetz die **Orden vom Boden Frankreichs hinweggefegt** und ihr Eigentum vom Staate eingezogen werden sollte. Eine ganze Milliarde versprach er den Arbeitern aus den Klostergütern zur Errichtung der geplanten, aber bis heute noch nicht durchgeführten Pensions-, Unfall- und Invalidenversicherung. Schon am 1. Juli 1901 wurde von der Kammer das Gesetz angenommen mit allen gegen den Bestand der Orden gerichteten Bestimmungen. Die Hauptsätze dieses Gesetzes lauten: Artikel 12: Durch ein Dekret kann die Regierung jeden Orden auflösen, dessen Mitglieder zum größten Teil aus Ausländern bestehen. 13: Eine neue religiöse Kongregation kann nur durch ein Gesetz und eine Niederlassung nur mit Erlaubnis des Staatsrates genehmigt werden; jede Niederlassung aber durch ein Dekret der Regierung geschlossen werden. 15: Alle Ordensgenossenschaften müssen bereit sein, ihr Budget, eine Liste sämtlicher Mitglieder und das Inventar jederzeit vorzulegen. 18: Den Orden werden zur Regelung ihrer Angelegenheiten drei Monate bewilligt. Die Orden können kein Vermögen besitzen, da sie doch das Gelübde der Armut haben und also nie die Absicht gehabt haben konnten, irgend etwas zu besitzen. Rechtmäßige Besitzer sind nur die, welche die Schenkungen gemacht haben; wenn sich innerhalb sechs Monaten niemand meldet, fallen die Güter dem Staate als herrenlos zu. Dadurch war den Orden das Todesurteil gesprochen.

Waldeck-Rousseau führte das Gesetz nicht mehr selbst durch. Das sollte und wollte sein Freund und Logenbruder **Combes**, ein ehemaliger Theologe, sogar Doktor der Theologie und Ordensschüler. Gleich in den ersten Tagen seiner Regierung schloß er auf Grund des Vereinsgesetzes 125 Schulen. Allein im Juli und August 1903 sperrte er 12076 wohltätige Anstalten. Ferner erreichte er, daß das Gesetz auch auf Algier ausgedehnt wurde, daß auch aus den Militärspitälern die Schwestern verschwanden, ja auch aus den Privatschulen. Als Combes anfangs 1905 zurücktrat, konnte er sagen, daß er alles getan hatte, was in seinen Kräften gestanden war, um die Orden aus Frankreich zu vertreiben, und daß er seine Ziele erreicht hatte. Combes ist auch der Vater der **Liquidation**, des Verkaufs der Ordensgüter auf Rechnung des Staates, die dem Staate eine Milliarde bringen sollte und außer 4616889 Frcs. Steuern nach 6½ Jahren erst 200000 Frcs. gebracht hatte. Nur die Liquidatoren wurden reich; unzählige Arme und Kranke, die von den Orden gepflegt worden waren, wurden noch ärmer. Doch was scherte sich die Loge um das Unglück des französischen Volkes! Sie hatte gesiegt; die Orden waren vertrieben; ein Hauptpfeiler am Baue der Kirche war gestürzt. Nun konnte sie es versuchen, die ganze französische Kirche umzuwerfen. Jetzt erst bestand ihnen einige Hoffnung. Ecrasez l'infame!

Gallia docet! **Was Frankreich uns deutsche Katholiken lehrt!** Katholiken, Augen auf! Die Feinde der Kirche fangen den Kampf mit der Kirche bei der Schule an. Dann richten sie ihren Angriff gegen die Orden. Und wenn es ihnen nach allen möglichen Schikanen gelungen ist, die Orden ganz zu vertreiben, dann beginnen sie mit ihrem Hauptwerk, zu dem der Kampf gegen Schule und Orden bloß das Vorspiel bildet, mit dem Vernichtungskampf gegen die Kirche. Gallia docet! Frankreich lehrt: Deutsche Katholiken, erkennet die Zeichen der Zeit!

Klagen gegen die Offiziere.

Von Major a. D. Friedrich **Koch-Breuberg**.

Vielfach werden jetzt schon Vergleiche zwischen den Heeren der ersten französischen Revolution und unseren von der Front heimkehrenden Kriegern gezogen. Ich halte das für grundfalsch. Damals formierten sich infolge des Aufschreies: der Feind will nach Paris! Heeresmassen und zogen, ohne lang nach Bewaffnung und Ausrüstung sich umzusehen, kampfbereit der Grenze entgegen. Anfangs wurden sie von Offizieren des alten Regimes geführt und erst dann traten die militärischen Größen des späteren Kaiserreiches hervor.

Ein anschauliches Bild gewinnt man aus den Memoiren des Grafen Lavalette; die Marbot, Macdonald und wie sie sonst heißen sind zu eitel und nehmen es mit der Wahrheit nicht genau. Napoleon selbst bleibt im Urteil nicht gleich und erst das auf St. Helena Geäußerte erscheint geklärt. Von dem großen Sohne der Revolution ist aber da nichts mehr zu verspüren.

Es haben also die Pichegru, die Hoche und andere aus dem Boden gestampfte Heeresmassen gegen den Feind geführt und Napoleon hat in Italien eine in Lumpen gehüllte Armee rasch diszipliniert und sich selbst nutzbar gemacht. Die Heeresangehörigen bestanden aus glühenden Patrioten und Glücksjägern. Ein Zusammenbruch durch einen äußeren Feind lag nicht vor, sondern der Zusammenbruch des Königtums hatte den früheren Militarismus ausgeschaltet.

In Deutschland liegen augenblicklich die Verhältnisse ganz anders. Damals schrien die Franzosen: An die Front!, unsere Truppen waren überanstrengt und riefen: Genug und in die Heimat!

Der Ruf konnte nur auf dem Boden einer Revolution ertönen. Daß er erschallen würde, haben die Heerführer weder genügend berechnet, noch vorausgesehen. Jenen mit prophetischer Gabe waren auch die Hände durch die Verzögerungen des Kaisers gebunden. Noch ein Vierteljahr vor der Revolution wäre es wohl möglich gewesen, die Heimkehr der Truppen so zu gestalten, daß dabei nicht unermeßliche Werte verloren gegangen wären. Die Schuld an der Katastrophe wurde dem sogenannten **Militarismus** zugemessen, und es war die natürliche Folge, daß er mit der Revolution elend zusammenbrach.

Der deutsche Militarismus existierte entschieden, aber er hat den Krieg nicht entfacht. Seine Unerträglichkeiten machten sich vor allem innerhalb der deutschen Grenzen geltend. Er war das Schwert geworden, mit dem das preußisch-deutsche Reich seine unheilvolle Politik verteidigte — in Polen, in den Reichslanden usw. Die Nichtpreußen im Reiche mußten genau nach Berliner Rezepten kochen — trotz aller Opposition im Reichstage herrschte fast absolut der König von Preußen.

Seit 1872 hatte sich das nicht preußische deutsche Offizierskorps äußerlich und innerlich umgekleidet. Nur wir Alte wissen davon zu erzählen. Die Verwandlung ging ja leicht vor sich, weil die dürftigen Bezüge sich in glänzende Gehälter umgestalteten.

Wie in allem übertrieb Preußen. Es hätte genügt, wenn die deutschen Kontingente im allgemeinen den preußischen Normen sich angepaßt hätten. Napoleon ging seinerzeit darin sehr klug vor, aber im Deutschen Reiche machte sich nach Wilhelm I. der spöttische Geist Friedrichs III. geltend und dessen Sohn forderte einfach, was man vorher nicht zu erbitten wagte. Ich erinnere nur an die sehr unhöfliche Ueberraschung des greisen Prinzregenten in Nürnberg — mit einer „bayerischen Kopfbedeckung" auf dem Haupte des Kaisers, von der der Kriegsherr der bayerischen Armee einfach nichts wußte!

Damals löste das im bayerischen Offizierskorps sonderbarerweise Freude aus — ein Zeichen, daß es schon damals bedenklich verpreußt war. Im Dienstgange war man in Bayern längst preußischer als die Preußen geworden und eine Kompagnie oder Eskadron florierte am besten, in der grölende, schlagende, aus Preußen verschriebene Unteroffiziere sich befanden. Der Druck der Vorgesetzten nach unten war nervenlähmend geworden.

Von den anderen deutschen Kontingenten wurde Baden zuerst aufgesaugt und der damalige Großherzog erlebte sonderbaren Dank für seine Vorliebe durch die preußischen Generale. An Württemberg wagte man sich nicht, denn König Karl war offenherziger Preußenfeind, gestützt durch seine russische Gemahlin Olga. Das kleine Mecklenburg-Strelitz widerstand kräftig und die alte englische Großherzogin verbat sich Beunruhigung durch Alarme und andere unnötige Dinge. Wo blieb anderorten der deutsche Stolz und wie wurde erwiesen, daß alle diese impulsiven Dinge zum Wohle des Reiches unternommen werden müßten?

Aus der mit Steuergroschen geschaffenen deutschen Marine wurde kurzer Hand die Marine des Kaisers, was Bismarck 1871 nicht vorausgesehen hatte. Diese Autokratie auf den Wellen fand ihre Verfechter in den Generalen Keim und anderen.

Alles, auf was ich hindeute, war aber Druck von oben und kann jetzt dem deutschen Offizierskorps nicht zur Last gelegt werden. Was wäre einem Offizier begegnet, der sich mit irgendeiner gegenteiligen Ansicht vorgewagt hätte?

Ich komme nun zu den Vorwürfen, die man dem deutschen Offizierskorps zu machen beliebt und die auf seine Zukunft anscheinend von großem Einfluß sein werden.

Der Mensch ändert sich in den Jahrhunderten kaum und nur die ihn umgebende Kultur schreitet vorwärts. Dann ist in Betracht zu ziehen: Wer erhebt die Vorwürfe?

Alles was mir von Offizieren der Front direkt erzählt wurde, bewies mir wieder: Kriege können nicht miteinander verglichen werden, aber die Krieger sind sich als Menschen gleich geblieben.

Wenn ich nun den bayerischen General von Thäter oder den preußischen von Kretzschman imitieren wollte, käme noch immer keine Anklage zustand, die sich im entferntesten mit dem vergleichen ließe, was Böswilligkeit aufbauscht. Die größte Schuld an Ungehörigkeiten trägt die lange Kriegsdauer. In keinem Kriege waren aber noch die Berufsoffiziere derart mit fremden Elementen vermischt wie in diesem. Nur, wenn es möglich wäre, sichere Statistiken aufzustellen, würde sich ein gerechtes Urteil fällen lassen.

Bedenken wir, daß es auf Erden keinen an sich guten Menschen gibt, sondern jeder ein Gemisch von Gut und Böse ist, so können wir auch nicht Offiziere nach Art der Sebastian, der Kandidus, der Mauritius zu Grunde legen. Menschen, in denen das gute Moment überwiegt, bezeichnen wir als Ehrenmänner, als Helden usw. Ich will nicht nach Art der alten Sophisten vorgehen, sondern frage nur einfach: Waren denn alle die Untergebenen gute Menschen an sich?

Die Revolution hat die Machtverhältnisse umgewandelt und es ertönte der Ruf: Jetzt sind wir die Herren! Um den Ruf zu begründen, wird die Anklage hinzugefügt: Das mußte sein, weil ihr euch infam betragen habt.

Der Ruf wurde aber nicht allen zugeschleudert und bei vielen Abteilungen ertönte er überhaupt nicht — ein Beweis, daß die Vorwürfe nicht generalisiert werden können. Solange die Welt besteht, hat aber die Ausübung von Machtbefugnissen Haß erzeugt. Dieser Haß wird unversöhnlich, wenn es sich um Ungerechtigkeiten, sinnlose Härte und schlechtes Beispiel handelt. Die erhobenen Vorwürfe bestanden in der Bezichtigung des Diebstahls, des Verkennens der Gleichmäßigkeit der zu ertragenden Strapazen, des Heimsendens von Mannschaftsgut und des Prasserlebens.

Um die Richtigkeit meiner Beobachtungen von 1870 festzustellen, besprach ich mich öfter mit von der Front beurlaubten Offizieren. Ja, ich vernahm Empörendes, aber ich vernahm es doch aus dem Munde von Berufsoffizieren!! Ich war seinerzeit — also vor drei Jahren schon — über Vorgänge in einem oberbayerischen Gefangenenlager ungehalten. Dort übte ein in der „Münchener Post" genannter Ministerialbeamter als Vetter eines Generals sein Amt aus. Lange sekundierte ihm ein Schauspieler, später ein anderer Reserveoffizier. Und wenn ähnliche Zustände in Schutz genommen wurden, erfolgte es nur von Offizieren der libertinistischen Richtung — also von jenen, die Minister von Kreß einst säbelrasselnd verteidigt hatte. Offiziere mit den altmodischen Anschauungen von Moral und Sitte haben nicht nur alle diese Dinge verurteilt, sondern gegen sie angekämpft!

Genau wie anno 1870 liegt bei den Vorwürfen des Diebstahls und des Heimsendens von Mannschaftsgut grobe Uebertreibung vor. Im ganzen Feldzuge von 1870 beobachtete ich mit gerechtfertigtem Mißtrauen zwei Offiziere und einen Arzt. Letzterer endete im Zuchthause. Das ist aber bei dem häufigen Wechsel in einem Regiment sehr wenig. Die von General Thäter bezeichneten Fälle waren in der „ganzen bayerischen Armee" vereinzelt! Genau so wird es wieder gewesen sein, denn, wenn auch der Stellungskrieg solche Ungehörigkeiten mehr zuließ, konnten sie doch nie derart einreißen, daß ganze Abteilungen keinen einzigen ehrliebenden Offizier mehr besessen hätten! In Belgien und in den anderen okkupierten Ländern konnten doch auch die Sachen gekauft werden und bei der allzuglänzenden Bezahlung der Offiziere und der Beamten war das sicher der Fall.

Weniger sicher mag meine Verteidigungslanze treffen, wenn und wo es sich um die Etappe handelt. Schon 1870 herrichten dort preußische Junker — Kavallerie-Reserveoffiziere —, die mir hauptsächlich durch ihren „Sekt" unheimlich waren. In reinbayerischen Etappen wurde mir nie auch nur ein Glas Sekt angeboten. Woher stammen also diese Dinge? Die Etappe ist weiters Sammelort aller guten und schlechten Dinge, und besitzt der Kommandant nicht sehr viele Energie und Moral, so entsteht wohl ein Babylon an Ort und Stelle. Aber man wird doch nicht behaupten und beweisen können, daß es allüberall gleichmäßig hergegangen sei!

Immer ist es vom Uebel, wenn Angriffe ohne Bezeichnung der Person geschehen. Das führt zu einem ungerechten Generalisieren und zur Befehdung eines ganzen Standes. Leider ist das aber vielfach Gewohnheit beim Berichten geworden. Die Berichte stammen meist vom Hörensagen, und mit der Größe der Entfernung und der Zahl der Uebermittler wächst die Größe des Vergehens. Das Gelesene und Gehörte wird weiter erzählt, nach einer Feststellung der Tatsache sieht sich niemand um und semper aliquid haeret.

Mit dem Libertinismus mag es allerdings schlimmer ausgesehen haben — namentlich hinter der Front. War doch die neue Moral schon vor dem Krieg zum Schlagwort geworden. Die Ankläger der Offiziere erheben aber kaum aus Sittlichkeitsgründen ihre Stimme, sie schreien vielleicht gar aus Zorn, weil sie selbst es nicht ähnlich treiben konnten. Strengsittliche oder religiöse Krieger gab es aber doch auch, und ihnen stände es zu, sich über alle vorgekommenen Schandtaten zu äußern.

Die Vorwürfe gegen das Offizierskorps werden also vielfach aus Rachedurst und nicht aus moralischer Empörung erhoben. Ich leugne nicht, daß die Leute vielfach grundfalsch behandelt wurden, und habe eingangs schon darauf hingewiesen. Aber auch hier wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, und glaubt man denn, daß Angehörige eines derart verdächtigten Standes noch mit Freuden ihre Kräfte dem umgewandelten Vaterlande zur Verfügung stellen könnten? Sind wir aber soweit, daß der Staat auf den Berufsoffizier verzichten kann?

Sicher wäre es ein Idealzustand, wenn Völkerfriede und Völkerbund das Halten einer Armee überflüssig machten und nur eine Polizeitruppe nötig erscheinen ließen. Für Idealzustände aber ist die Welt noch nicht reif und Deutschland wäre bald der einzige Staat ohne Heer. Warum beginnt man denn nicht mit der Auflösung und Heimsendung der roten Garden?

Im allergünstigsten Falle werden wir ähnlich wie in der Schweiz eine Miliz erhalten und dann ist bei den Kadres der Berufsoffizier wieder nötig. Sollen nun die Berufsoffiziere ein Volksheer ausbilden und führen können, wenn man ihnen jede Disziplinargewalt untersagt, jede Achtungsbezeugung verweigert, wenn man ihnen lümmelhaft begegnet und sie schwer verdächtigt?

Das ist einfach unmöglich und es ist vorerst strenge Pflicht der Minister für Kriegsangelegenheiten, zu fordern, daß jeder

Heeresangehörige jede gegen Offiziere erhobene Anklage innerhalb eines gesetzten Termins beweist, andernfalls er als Verleumder bestraft werde.

Wie wurde früher wegen ungenügenden Beschwerderechtes geschrien und jetzt sollte die Ehre der Offiziere nicht geschützt werden können?

Alexander Schnütgen †.

Ein Gedenkblatt von Dr. phil. Alex. Schnütgen, Berlin.

Als einer meiner anregendsten Jugenderinnerungen gedenke ich des ersten längeren Besuches bei meinem am 23 November fünfundsiebzigjährig dahingeschiedenen Kölner Oheim und Paten in den Kartagen 1897.

Die Schnütgen stammen aus dem sauerländischen Westfalen. Noch heute bewirtschaften sie in einem ihrer Zweige das bäuerliche Anwesen Weuste bei Listernohl, Amt Attendorn. Aber der Vater meines Onkels war ein nachgeborener Sohn. Als solcher hat er frühzeitig von der heimischen Scholle Abschied genommen, den Kaufmannestand erwählt und um 1840 sein Glück in Steele, im Herzen des heutigen rheinisch-westfälischen Industriereviers, gefunden. So wuchs der spätere Domherr in diesem Ruhr- und Kohlenstädtchen auf, übrigens Haus an Haus mit dem nur vier Jahre älteren Karl Humann, dem Ausgraber von Pergamon. Doch vermochte die Kleinwelt Steeles trotz der reichsgeschichtlichen Rolle des Ortes unter Otto dem Großen und trotz des jahrhundertelangen wechselvollen Regiments der Essener Fürstäbtissinnen archäologischen oder historischen Neigungen nicht viel zu bieten. Nur das kirchliche Leben war reich entwickelt und sog aus dem alten Kulturboden seine Früchte.

Als ich im Frühjahr 1897 von Steele aus ein erstes Mal eigens zum Onkel reiste, amtierte er schon ein volles Menschenalter am Kölner Dom. Mir war Köln damals in der Mehrzahl seiner Sehenswürdigkeiten und unter solcher Führung eine neue Welt. Immer wieder zog es den vierzehnjährigen Knaben in den Domgottesdienst und zu den vielen anderen Kirchen und sonstigen Denkmälern der Vergangenheit. Aber fast ebenso fesselte mich auch die stilvoll-feierliche Domkurie an der Burgmauer, in der ich abgestiegen war. Starrte doch gleichsam jeder ihrer Räume und Gänge, Winkel und Gelasse von kirchlichen Altertümern. Zu Tausenden entfalteten sie den prangenden Reichtum ihrer Farben und Töne, Linien und Ornamente und wirkten durch den pittoresken Reiz des Antiken und Fragmentarischen. Gemälde und Plastiken, Metallgefäße und -geräte, Gewebe und Stickereien — alles lag und hing und stand, zum Teil auf hohen Etagèren, scheinbar bunt durcheinander. In endlos langen Reihen folgten sich Kelche und Monstranzen, Kreuze und Reliquiare, Leuchter und Rauchfässer — bemüht, ein möglichst lückenloses Entwicklungsbild zu bieten. Golddurchwirkte und reichbespitzte liturgische Gewänder begleiteten die kirchliche Stick- und Gewebekunst vom 14. Jahrhundert an. Den Vorderflur beherrschten die Palmesel — darunter der später in einer eigenen Schrift gewürdigte — und zahlreiche stattliche Skulpturen, besonders eine westfälische Madonna des 16. Jahrhunderts mit unsäglich rührendem Gesichtsausdruck. Im Empfangsraum ruhten z. B. auf alten Truhen Johannisschüsseln von mannigfacher Herkunft. Das regste Interesse vermutete der Onkel indes bei seinem jungen Neffen für die im Speisezimmer aufgehängten Kucheneisen, die sogar noch praktische Dienste leisten durften. Auch entsinne ich mich lebhaft, wie er mir irgendein Elfenbeinfigürchen mit dem Bemerken aufwies, er tausche dafür mein Steeler Elternhaus nicht ein, und dadurch mein Erstaunen auf die Spitze trieb.

Was aber einem jeden, jungen oder alten, nur für die Größe der Vergangenheit empfänglichen Besucher dieser Sammlung seit Jahren und Jahrzehnten ein starkes Hochgefühl verursacht: Ganz sichtlich atmet sie den alten, großen Geist der Kirche. Ganz sichtlich wirkt sie — erst recht in ihrer heutigen Aufstellung und Ausgestaltung — als tausendstimmiges Confitemini Domino, als **hohes Lied kirchlicher Kulturtätigkeit** seit mehr als acht meist fortschrittsfreudigen Jahrhunderten.

Domkapitular Alexander Schnütgen stand, als ich damals 1897 zuerst für länger bei ihm war, auf der Höhe seines Lebens. Nur wenige Jahre noch und es sollte ihm als Frucht seines großen Organisationstalents und seiner beispiellosen Energie sein stärkster außerhalb der eigenen Sammlung gelegener Erfolg gelingen, die **Düsseldorfer kunsthistorische Ausstellung** von 1902.

Schon als Jüngling hatte er für seine theologischen Fachstudien so verschiedenartige Bildungsstätten wie Tübingen und Löwen, Münster und Mainz besucht und damit auch auf möglichste Erweiterung seines allgemeinen Gesichtsfeldes hingestrebt. Die Liebe zu den kirchlichen Altertümern besonders seit dem hohen Mittelalter, die zeitlebens im Zentrum seines Kunstinteresses geblieben sind, stammte aus seinen ersten Priesterjahren, wo er als junger Domvikar unter dem Nachhall romantischer Stimmungen in die Heberleschen Kunstversteigerungen in Köln geraten war und hier allmählich zu sehen und zu — kaufen begonnen hatte. Andere Quellen gesellten sich hinzu; auch in der Folge wurden die Kunstgegenstände zumeist von Althändlern oder Privaten und zwar vorwiegend aus rheinischem Besitz erworben. Direkt aus Kirchen stammt nicht **ein** Prozent; doch dienten der Sammlung ausgedehnte Reisen bis nach Kleinasien und Palästina. Mit Stolz bezeichnete sich der Onkel bis in sein Alter in allen Kunstfragen auch seines engeren Ressorts, wo sein Wissen so umfassend und ins einzelne reichend war und so große Anerkennung gefunden hat, als **Autodidakten**. Als solcher war er frei von anerzogenen Schulmeinungen und ging statt von der Theorie lieber vom Einzelobjekt aus, wie es sich ihm konkret und plastisch darbot. Bei Echtheits- und Prinzipienfragen der ihm verhältnismäßig ferner liegenden profanen Kunstgeschichte sah er sich zunächst einmal nach einem Standpunkt um den starke äußere Kriterien wahrscheinlich machten, und behauptete ihn dann selbst gegen lauten Widerspruch. Auch wußte er von den zahlreichen Fachgenossen, die bei ihm ein- und ausgingen, sehr klug zu lernen.

Das stärkste ihm angeborene Talent entfaltete der Verstorbene unzweifelhaft bei der **Beschaffung** seiner Schätze. Es lag nach seiner eigenen oft wiederholten Formulierung „in der Beziehung seiner Augen zu den Gegenständen" d. h. im fast untrüglichen Urteil über Echtheit, Alter und Wert des einzelnen Objekts. Ohne diese Gabe hätte er in Anbetracht seiner begrenzten Mittel die Sammlung nicht zu dem machen können, was sie geworden ist; nur, weil er über diese Sicherheit verfügte, gewährte ihm das Sammeln volle Befriedigung. Dementsprechend war sein Interesse an den Gegenständen ein kunstarchäologisches, nicht vorwiegend ein ästhetisches.

Antiquar und Autodidakt wie er war, legte sich Alexander Schnütgen nie auf eine wissenschaftliche Arbeit von großen Maßen fest. Desto sorgsamer pflegte er die weithin bekannt gewordene „Zeitschrift für christliche Kunst", die seit ihrer Gründung im Jahre 1887 mit einer Unterbrechung vor 1914 unter seiner von Kennern geschätzten Leitung blieb und in der er so manches behutsame Urteil niedergelegt, so manchen Erwerb für seine Sammlung, so manches Erzeugnis moderner kirchlicher Kunst der Oeffentlichkeit vorgestellt hat. Sonst besitzen wir an wissenschaftlichen Leistungen aus seiner Feder außer verstreuten kleineren Beiträgen einige Ausstellungskataloge und die kunstgeschichtliche Analyse der Trierer Adahandschrift (1889). An seinem Lebensabend drängte es den Vielerfahrenen zur Niederschrift von Erinnerungen. Er hat sie mit Geist und Eigenart und in dem für sein Wesen charakteristischen schwerblütigen Stil verfaßt und, soweit sie Jugenderinnerungen sind, noch selbst, zum Teil pseudonym, in Zeitschriften und Zeitungen gedruckt. Auch der Hauptteil, ein Band „Kölner Erinnerungen", lag bei seinem Tode abgeschlossen vor und wird nun das eigentliche literarische Vermächtnis des Heimgegangenen an seine Freunde und Verehrer und an die Zunft der Kunstgelehrten sein.

Stattlicher noch als die Zahl seiner im Druck erschienenen Abhandlungen dürfte diejenige seiner brieflichen und gutachtlichen Ratschläge — auch im Privatverkehr war er ein geistvoller und besonders zuverlässiger Korrespondent — bei Kirchenbauten und Kirchenrestaurationen gewesen sein (ich nenne als hervorragende Beispiele Gutachten für die Dome von Lund und Braunschweig), wie denn sein Einfluß auf stilgerechten Ausbau und entsprechende Ausschmückung alter und neuer Gotteshäuser weitreichend und tief war. Die vier ländlichen Barockkirchen, die er in seinem geliebten Listernohl (hier außerdem das Theresienstift) und an benachbarten Orten des weiten Pfarrsprengels Attendorn aus eigenen Mitteln und nach eigenen Direktiven aufführte, gelten längst als Vorbilder solcher in das sie umgebende Landschaftsbild völlig eingeordneter, bis auf ihr Inventar ganz einheitlicher Anlagen.

Einzig sein Rang „als letzter der großen Kölner Sammler" hätte dem Verstorbenen die zugleich höchst angesehene und volkstümliche Stellung nicht verschaffen können, über die er unbestritten gebot. Aber der Glanz seiner Persönlichkeit, seines liebenswürdigen und doch so überlegenen Menschentums gewann die Herzen. Und er zog den Kreis seiner Beziehungen sehr weit, ja, stellte seine ganze Haus- und Lebensordnung auf die zahlreichen Besucher ein. Männer der lehrenden und ausübenden Künste und des Kunsthandels, der mannigfachsten sonstigen Wissenschaften und der Seelsorge, führende Kaufleute, Vertreter der Finanz- und Industriewelt, hohe Verwaltungsbeamte, auch Damen der oberen Schichten, reichten sich bei ihm mit schlichten Leuten aus dem Volk die Hand. Allen gab der Hausherr von seiner gewinnenden Natürlichkeit, der Wärme seines menschlichen Empfindens, seinem aufgeschlossenen Sinn für alle Konflikte und Bedürfnisse des Lebens, je nachdem und namentlich in jüngeren Jahren auch von seiner einfach angeregten Gastlichkeit. Auch sonst beherrschte er, mit einer sprudelnden Laune ausgestattet, die sehr gewandt zu plaudern und gerade das Schlichte reizvoll darzustellen wußte, von Anekdoten überfloß und meistens humoristische, manchmal auch sarkastische Färbung aufwies, spielend jeden gesellschaftlichen Kreis. Das mächtige, meist leicht vibrierende Organ gebot über die ganze Skala menschlicher Empfindungen vom jubilierenden Frohsinn bis zum tiefsten Moll. „Wenn ich meinen Humor nicht hätte," pflegte der Verewigte mit Bedacht zu sagen. Denn hinter der meist hervorgekehrten heiteren Oberfläche barg sein Wesen auch einen Zug ins Beschauliche und Grüblerische, der zeitweilig sogar zu benediktinischen Neigungen führte, jedenfalls viel Verkehr und Ablenkung als Schutzwehr nötig machte.

Seine gesellschaftlichen und repräsentativen Gaben befähigten ihn auch zu einer hochangesehenen Rolle bei öffentlichen Veranstaltungen, in Kommissionen und Vereinen. So hat er einmal sogar ein so praktisch angelegtes Unternehmen, wie es notwendig eine Kölner Handwerkerausstellung ist, vorbereitet und zu glücklichem Erfolg geführt. Aber niemals drängte er sich in dieser Hinsicht zu einer Betätigung, die

ihm nicht ganz lag oder der eigenartigen Stellung, die er sich geschaffen hatte, nicht entsprach. So hielt er sich bei den großen Katholikenversammlungen zurück, wenn er auch wiederholt ihre Kunstsektionen leitete. Aehnlich wich er im „Historischen Verein für den Niederrhein“ als Nichthistoriker dem Präsidentenstuhl beharrlich aus, obwohl er als langjähriger Vertreter Hermann Hüffers in der Leitung der Vereinsversammlungen viel Erfahrung hatte. In Köln übernahm er zwar gelegentlich regelrechte Vorträge aus seinem Spezialgebiet; in Bonn aber, wo er anfangs 1903 ordentlicher Honorar-Professor an der Universität wurde, hielt er nicht eine einzige Vorlesung, da es für einen Sechzigjährigen, der er damals war, zur Aufnahme eines systematischen Lehrbetriebs zu spät sei.

Die weitgedehnten Beziehungen des Verstorbenen befruchteten auch sein priesterliches Wirken, mit dem er es jederzeit sehr ernst genommen hat. Verschafften sie ihm doch Eintritt in Kreise, die seelsorglichem Zuspruch nur schwer erreichbar sind; wußten sie doch Hände und Herzen zu rühren, denen das Kirchliche sonst nicht liegt. Auch sein Namensheiliger, Papst Alexander I., so pflegte er zu betonen, habe der Ueberlieferung zufolge starken Einfluß gerade auf die Welt der Höhergestellten und Gebildeten gehabt. Als Kanzelredner erzielte der Heimgegangene gelegentlich eine tiefgehende und zündende, immer eine fesselnde Wirkung; doch wollten seine Predigten und Gelegenheitsansprachen, geistliche wie profane, gehört, nicht etwa nur gelesen sein. Persönlich muß ich dem Onkel immer dankbar bleiben, daß er mir in einer Zeit, die noch keinerlei liturgische Bewegung kannte, zu engem Anschluß an den Kult der Kirche geraten und verholfen hat.

Zum Priester geweiht Ostern 1866, unmittelbar nach der Inthronisation des Erzbischofs Paulus Melchers, als Geissels große Geste und tiefgreifender Einfluß noch mächtig weiterwirkten, war er sofort Vikar am Kölner Dom geworden und 1887 zum Domkapitular aufgestiegen. So durfte er, der Domkirche über ein halbes Jahrhundert lang verbunden, eine an Wechselfällen reiche kirchliche Entwicklung und Ereignisse wie Vatikanum und Kulturkampf von dem bevorzugten Beobachterposten aus miterleben, den naturgemäß die unmittelbare Nähe des ersten deutschen Bischofsstuhles darstellt. War's aber von einem Hüter großer künstlerischer Traditionen der kirchlichen Vergangenheit und einem aus so festem westfälischem Holz geschnitzten Manne anders zu erwarten, als daß er sich auch in aktuellen Fragen, in kirchlichen Kämpfen und Krisen und bei theologischen Kontroversen ausnahmslos als Freund der Ueberlieferung gab? Zwar nahm er noch in alten Tagen manchmal den Namen des Tübinger Theologen Kuhn auf seine Lippen; im übrigen waren seine Tübinger Eindrücke wohl zu flüchtig gewesen, um dauernde Wirkungen zu hinterlassen. Auch lag seiner ganzen Art die Mainzer „positive“ Theologie, nicht die Tübinger Spekulation. Aber ein Stück vorvatikanischer Katholizismus steckte ihm doch im Blut und zu dem jungen deutschen Katholizismus des neuen Jahrhunderts gewann er kein inneres Verhältnis mehr; hier machte sich der Unterschied der Generationen doch sehr fühlbar. Sein Ruf als „liberaler“ Geistlicher war ausschließlich darin begründet, daß er trotz seiner Kirchlichkeit, die auch politisch keinerlei Sonderwege ging, eben so enge Beziehungen zu Nicht-Zentrums- und Regierungskreisen unterhielt. Seine Kritiker mögen diese Haltung gelegentlich als Opportunismus gescholten haben; jedenfalls stand er seinen Freunden aus anderen Lagern viel zu hoch, als daß sie ihn auch nur im Gespräch unter vier Augen irgendwie in die politische Arena gedrängt hätten.

An wissenschaftlichen, staatlichen und Bürger-Ehrungen hat es dem Heimgegangenen in den drei letzten Lustren seines Lebens nicht gefehlt. Die erste Folge dieser Auszeichnungen datiert vom Jahre 1902, wo gleichzeitig in Breslau und Münster der Gedanke reifte, den Organisator der so erfolgreichen Düsseldorfer Ausstellung retrospektiver christlicher Kunst ehrenhalber zum theologischen Doktor zu kreieren. Die Ehrungen gipfelten 1910 in seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Köln, die damals das kostbare Angebinde seiner Sammlung übernahm und sie in feierlichem Akt unter Assistenz höchster staatlicher Stellen als e i g e n e s M u s e u m eröffnete.

Versucht man das Charakterbild des Geschiedenen noch durch ein paar letzte, feste Striche zu bereichern, so muß betont werden, daß diesem Manne des Lebens und der Tat alles Ideologische und alles falsche Idealisieren himmelferne lag. Der gesunde Bauerninstinkt seiner Ahnen von Vatersseite her war mit dem Kaufmannsblut seiner mütterlichen Vorfahren eine selten fruchtbare Verbindung in ihm eingegangen. Eine scharf bohrende, stets aufs Konkrete und Anschauliche gerichtete Intelligenz, von einer ehernen Willenskraft beflügelt. Eine durchaus auf den Erfolg hingelenkte Natur, der ihre Ehrentage höchste Genugtuung waren. Ein Meister in der Verwendung seiner Mittel, die er scheinbar aus dem Boden stampfte, jeden Aufwand für die eigene Person bis hart an die Grenze des Erträglichen vermeidend und doch von puritanischen Neigungen völlig frei. Apart, außerordentlich, nie absonderlich. Selbstsicher in seinem Auftreten, voll kraftvollen Ungestüms in jeder seiner Lebensäußerungen, zermalmend in seinem Zorn. Dennoch wieder mit weichen und pietätvollen Zügen ausgestattet, gern mit Kindern spielend und etwa das Andenken seiner Eltern sinnig pflegend. Die Kölner ergötzten sich an der auch körperlich überragenden Gestalt ihres Mitbürgers und feierten ihn seit Jahr und Tag auf ihre Art, durch mehr oder weniger gelungene und originale Anekdoten.

Im ganzen ein Mensch voll Kulturverlangen, der aus dem Quellgrund der Kirche aufgewachsen war und dem trotz seines Wirklichkeitssinnes das kirchliche Denken nicht Feiertagsgewand, sondern Lebensluft blieb. Eine jener Domherrenfiguren großen Stils, in denen sich die stolzesten Ueberlieferungen ihrer Kapitel und die vornehmsten Ehrenpflichten der kirchlichen Prälatur stets wieder neu verjüngen. An der Kölner Kurie um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts der vornehmlichste Repräsentant allgemeiner geistiger Interessen und über die kirchliche Sphäre hinausreichender, ja, internationaler Beziehungen.

Als ich den Onkel das letztemal besuchte, beriet er sich gerade über geeignete Modelle für seinen eigenen — Sarg. Nun ist er, als Patriarch unter seinen westfälischen Bauern lebend, an einem Spätherbstabend ganz plötzlich von uns gegangen und ruht in seiner selbstgebauten Totenklause nahe der Heimstätte seiner Väter von seinem inhaltsreichen Leben aus. Es wirkt symbolisch, daß dieser Mann der Tradition und Freund fürstlicher Herren fast gleichzeitig mit dem Sturz der alten Ordnung von hinnen geschieden ist.

Schon legen Fachgenossen und Literaten immer neue Immortellenkränze auf sein Grab. Diese Zeilen wollen nichts anders als der schlichte Strauß des Neffen und Patenkindes sein, der ihm so mancherlei verdankt und dem der Onkel in Köln immer eine der faszinierendsten Gestalten seines Jugendtraums gewesen ist und bleiben wird.

Vom Büchertisch.

Das kommende Reich, Entwurf einer Weltordnung aus dem deutschen Wesen von F. S c h r ö n g h a m e r - H e i m d a l. Augsburg, H a a s & G r a b h e r r. Preis ℳ 7.—. Die Grundgedanken von Schrönghamers neuester, umfangreicher Studie sind uns im wesentlichen durch seine beiden vorausgehenden Schriften „Vom Ende der Zeiten“ und „Vom Antichrist“ schon bekannt. Schrönghamer ist der Ueberzeugung, daß die Entwicklung des deutschen Volkes seit 2000 Jahren eine falsche Richtung genommen habe (S. 247); es habe sich dem Mammonismus, Materialismus, Mechanismus, Merkantilismus, kurz dem „Warenhausgeiste“ überantwortet; damit sei auch das Unglück des verflossenen Weltkrieges, der nach Schrönghamer zuvörderst ein Geldkrieg war, über das deutsche Volk gekommen. Das Heil sieht Schrönghamer in der Rückkehr zum deutschen Wesen, und als deutsches Wesen erscheint ihm der Geist des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Liebe, der werteschaffenden Arbeit, der „Walddorfgeist“. Man kann seine Freude daran haben, mit welchem Mut und mit welcher Ausdauer Schrönghamer gegen die vielbejubelten Götzen der Vergangenheit und Gegenwart ankämpft und für das kommende Reich der Gerechtigkeit und der Liebe wirbt. Mancher Leser wird sich freilich mit Referenten stoßen an überflüssigen Wiederholungen und Abschweifungen, an Wortmystifikationen und Wortspielereien (Arbeit = Arbot = Sonnengebot S. 190 f., Satan = Scheitan = Schatten = Schaden S. 192), an Uebertreibungen und Einseitigkeiten, so wenn etwa das Walddorf als die Heimstatt alles Rechtes und aller Liebe hingestellt wird: vor dem Wuchergeist hat in diesem Kriege ja auch das Walddorf nicht geschützt. Nicht ohne Widerspruch werden auch manche theologische Meinungen des Verfassers bleiben, so etwa die Gleichsetzung von Gott und Recht (S. 210), von deutschem und christlichem Wesen, von Edda-Ueberlieferung und biblischer Offenbarung. Auch kann ich den frohen Glauben des Verfassers nicht teilen, daß durch den Weltkrieg der Kapitalismus gestürzt und die Welt aus deutschem Wesen sich neu gestalten werde (S. 2

Dr. Zoepfl.

Georg Timpe P. S. M., Feldgeistlicher: „. . . **Die Sehnsucht** haben. Kriegsbilder.“ Warendorf i. W., J. S c h n e l l sche Verlagsbuchhandlung (C. Leopold). 8° 207 S., geb. 3.25 ℳ. — Der Verfasser hat seinem ersten mit Recht vielgerühmten Kriegsbuch „Von Verwundeten und Toten“ dieses zweite folgen lassen, von dem er selber sagt, es sei „noch einfacher“ als jenes. Jedenfalls von nicht geringerer Wirkung. Im Gegenteil. Mich packte es derart von Anfang bis Ende, daß ich seinen Vorgänger zum Vergleich gar nicht habe heranholen wollen, so ganz „hatte“ es mich alsbald. Weit mehr als einmal habe ich innegehalten und mir gesagt: Welch ein Dichter! Ja, und welch ein Menschenkenner und Menschenliebhaber! In der Darstellung Stimmungswiedergaben, die wie vollendete Musik und Poesie an das Feinste, Empfänglichste, Verborgenste in uns rühren. Und Tiefblicke in Wesen und Weh derer, die da draußen für uns die Sehnsucht erlitten, deren Feuer nun aus diesem Buche in stillen Flammen zu uns herüberglüht. Wie dieser Mann seine „Kameraden“ liebt und kennt: Träger ihm von Gott anvertrauter Seelen, und jene anderen, die nicht seiner „Führung“ zugehören, in denen er aber seine Brüder sieht, nach des Heilands Gebot. Wie er ihnen allen auf den Grund schaut, wie er sich von ihrem Frohlachen anlachen läßt, wie er ihre Schmerzen mitfühlt, ihr Erleben mitlebt und es in Form und Farbe vor uns aufstehen läßt, jetzt im Licht goldener Herrlichkeit, jetzt im Dämmer der Sorge oder auch unter tief hängendem Wolkenschatten zur Zeit der Todesmahd . . . Und in allem der Quell, der Trost unerschütterlicher Glaubenszuversicht, die kaum der Worte bedarf, um dem gottsuchenden Herzen als Gewißheit nahezukommen. Oft ist es, als sähe man, „mitten im kalten Winter“, das göttliche Reis sprossen, schaute hinein in die Krippe mit dem segnenden Jesulein. — Und es bleibt der Eindruck eines großen Verstehens mit der Kraft der Liebe und des künstlerischen Könnens. E. M. Hamann.

Eder Dr. Karl: Heilige Pfade. Ein Buch aus des Priesters Welt und Seele. Freiburg, Herder. XII u. 340 S. ℳ 4.—, gebd. ℳ 5.50. Zu den Büchern, die in der Flut gepriesener Alltagserscheinungen nicht untergehen dürfen und aufrichtige Empfehlung und weiteste Verbreitung verdienen, gehören Eders „Heilige Pfade". Der Verfasser verfolgt das Ziel, mitzuarbeiten am Aufbau einer gestörten Beziehung, des ehemaligen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Klerus und gebildeter Laienwelt, und das Verständnis für den schönsten Beruf dieser Erde, den Seelsorgsberuf zu wecken und zu vertiefen. Diese Absicht des Verfassers wird wohl bei jedem Leser, der dieses in glänzendem Stil und mit feiner Beobachtung geschriebene Buch bis zum Ende durchgekostet hat, strahlende Wirklichkeit. In unseren Tagen, wo um des Priesters Welt und Seele die wildesten Wogen branden, möchten wir Eders Schrift Priestern und Laien — denn für beide ist sie bestimmt — doppelt warm empfehlen. Wir hoffen, dem Verfasser auf dem Gebiete der aszetischen Literatur noch recht oft zu begegnen.

Domprediger Dr. Gmelch.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Wiener Uraufführung des „Schöpfers" ist erst vor wenigen Wochen gewesen und schon ist das neue Schauspiel Hans Müllers über viele große Bühnen gegangen. Auch in unserem „Kleinen Hause" ist der Erfolg ein sehr starker gewesen. Ich begreife dies sehr gut. Eine spannende Handlung ist mit unleugbarem theatralischem Geschick auf die Bühne gestellt; eine sehr wirksame Realistik des äußeren Geschehens verdeckt täuschend manche psychologische Unwahrscheinlichkeit, und vor allem die Rollen sind dankbar. Ob unser Lützenkirchen den „Schöpfer" gibt oder Bassermann in Berlin oder irgendeine Provinzgröße, ein jeder wird sich „seinem" Publikum von seiner Glanzseite zeigen können. Müller ist am bekanntesten geworden durch das etwas rasch hingeworfene Drama von Ludwig dem Bayern und Friedrich dem Schönen, dessen klug pointierte Kernsprüche in der Stimmung der ersten Kriegsjahre ihre volle Resonanz fanden, aber auch in der „Puppenschule", in kleinen Komödien und als Textdichter des jungen Korngold hat er sich als ein kluger Könner erwiesen. — Professor Schumacher hat nach zahllosen Versuchen ein Mittel gegen die Tuberkulose gefunden. Er ist der Typus des in seiner Wissenschaft ganz aufgehenden Menschen. Den Blick auf das eine Ziel gerichtet, sind seine Interessen und Gefühle für alles andere abgestumpft. So vernachlässigt er seine Frau, die dadurch geneigt wird, den Huldigungen eines Freundes wenigstens ein halbes Ohr zu leihen. Durch eine anonyme Karte wird Schumacher von dem angeblichen Fehltritt seiner Frau verständigt. Just an diesem seine Frau liebenden schwindsüchtigen Manne erprobt er sein Mittel. Nach der zweiten Injektion stirbt der Patient. Schumacher steht nun vor einer Untersuchung. Als Fanatiker seiner Erfindung möchte er lieber als Mörder aus Eifersucht gelten, als den Glauben an sein Mittel erschüttert sehen. Doch durch seine Frau wird offenbar, daß der Baron den Tod gesucht hat, weil er von der Hoffnungslosigkeit seiner Liebe überzeugt war. So siegt das Heilmittel gegen tragische Zufälle, gegen die Kabalen der Neider und kittet auch noch die Ehe fester. Genau genommen ist Schumacher kein sympathischer Charakter, der Autor weiß ihn aber als einen Uebermenschen der Wissenschaft sehr „interessant" zu stilisieren. Das Ordinationszimmer mit allem klinischen Zubehör, das bei Bedarf auch als Teeraum dient, der Hörsaal der Universität, die Größen der Wissenschaft mit ihren geschickt gezeichneten kleinen Menschlichkeiten, all dies Drum und Dran ist mit einer Treue gezeichnet, die dem Zuschauer als noch wenig abgenutztes „Milieu" imponiert. Darstellerisch ist das Stück sehenswert. Den „Professor" spielt Lützenkirchen mit packender Persönlichkeit. Die weibliche Rolle gibt Alice Rohde, die in dieser Partie hinter zwei von den Münchener Bühnen hervorgegangenen größeren Schauspielerinnen, der Marberg in Wien und der Lossen in Berlin, nicht viel zurückstehen wird.

Uraufführung im Volkstheater. Das „Rätewesen", von dem jetzt die politische Bühne so erfüllt ist, erstmalig auf die Schaubühne gebracht zu haben, ist das „Verdienst" der Dichter des „Lumpenparadieses." Warum sollte es nicht auch einen „Gefangenenrat" geben, zumal in einem so lustigen Gefängnis, wie demjenigen dieser „Burleske?" Aber diese Idee reichte nicht für einen Schwank. Für die nötige Situationskomik sorgt der Umstand, daß für die beurlaubten Gefangenen eine Hochzeitsgesellschaft eintreten muß, damit der revidierende Präsident die Abwesenheit jener nicht merke. Mittlerweile kehren die richtigen Gefangenen heim und mimen nun vor dem Präsidenten die Hochzeitsgäste. Dieser Rollentausch ist mit leidlichem Humor dargestellt, das Publikum lacht und damit ist ja wohl der Ehrgeiz der Autoren gesättigt. Gespielt wurde gewandt und flott.

Aus den Konzertsälen. Das 6. Symphoniekonzert des Konzertvereins dirigierte Wilhelm Furtwängler. Ein Sohn unserer Stadt hat er sich auswärts künstlerisches Ansehen errungen und genießt als Kapellmeister der Mannheimer Oper einen vorzüglichen Ruf. Wir hatten nun Gelegenheit, uns von seinen starken musikalischen Fähigkeiten zu überzeugen. Sowohl als Dirigent, der dem Orchester seine Absichten zwingend zu übermitteln weiß, wie als feinsinniger Ausdeuter des geistigen Gehaltes hat er uns in der dramatisch wuchtigen Wiedergabe der zweiten Leonoren-Ouverture, wie in der plastisch klaren und empfindungstiefen Gestaltung der 4. Symphonie Bruckners auf das stärkste zu fesseln gewußt. Die Aufnahme war äußerst herzlich. — Anna Erler-Schnaudt gab unlängst wieder einen Liederabend. Die schöne Einheit in der Bewältigung des Sanglichen und Geistigen läßt ihre Darbietungen immer mit reiner Freude genießen. — Länger hat uns Rita Sachetto nicht besucht. Von den in der Kunststadt München „entdeckten" Tänzerinnen ist sie uns immer die sympathischste gewesen. Sie blieb immer im Rahmen des Tanzbaren, suchte nie hüpfend dem Genius Beethovens nahezukommen, aber bei Liszt, Bizet, Chopin weiß sie uns durch Anmut und Schönheit zu erfreuen. — Auch Hannelore Ziegler tanzt ohne Grübelei. Sie ist voll Grazie und beschwingtem Temperament, wie es zu der liebenswürdigen Kunst eines Johann Strauß paßt, dessen Weisen sie mit besonderem Reiz tanzt.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftslähmung durch Ententeforderungen — Katastrophale Folgen der Arbeitslosigkeit — Verschiebung der Leipziger Frühjahrsmesse — Wirtschaftssozialisierung.

Die an Schärfe zunehmenden Forderungen unserer Feinde, vor allem Frankreichs, drohen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben **zur Auflösung zu bringen.** Beweise hiefür: die Einzelheiten der jeweiligen Waffenstillstandsverhandlungen, der Terror in den besetzten Gebieten, die beispiellosen Wirtschaftsforderungen, zuerst in bezug auf Auslieferung unseres besten Verkehrsmaterials — Lokomotiven und Güterwagen —, sodann von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und nunmehr der gesamten deutschen Handelstonnage, dies als Voraussetzung der nur gegen Bezahlung in Gold oder fremden Devisen zu liefernden Lebensmittel. Nur eine rasche Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrie-Erzeugnissen verschafft uns diese Regulierung durch Auslandsdevisen und nur solche angestrengte Arbeit hilft uns über all das Wirtschaftselend hinweg. Deutschlands schwer erschütterter Staatskredit setzt für jedes Warenimportgeschäft entweder Barzahlung oder sofortige Gegenlieferung gleichwertiger deutscher Erzeugnisse voraus. Im Mittelpunkt der Krise steht nach wie vor die Kohlennot, wodurch die völlige Stillegung aller auf Brennstoffe angewiesenen Industriebetriebe in nahe Möglichkeit gerückt ist. Wie selbst der Berliner „Vorwärts" betont, droht solcher Zustand gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Deutschlands einzutreten und katastrophale Folgen mit sich zu ziehen. Sogar in den Grubenrevieren fehlt es an der notwendigen Kohle. Die unhaltbare Lage wird auch gekennzeichnet durch das Fehlen von etwa 600 000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft, wodurch die Frühjahrsbestellung als ernstlich gefährdet erscheint. Gegen die anderseits erschreckend anwachsende **Arbeitslosigkeit** in den Grossstädten wird zwar seitens der Regierung nunmehr endlich etwas energischer vorgegangen, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen den Industriezentralen, namentlich den Kohlenrevieren und der Landwirtschaft zuzuführen und an Stelle der Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen. Die unausbleibliche Rückwärtsentwicklung Deutschlands in der Richtung auf den Agrarstaat muss weiter zu Massnahmen führen, um die brachliegenden Ländereien kulturfähig zu machen und so die Industrieverarmung Deutschlands durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wenigstens einigermassen auszugleichen. Neue Beschränkungen im Eisenbahnverkehr, Gas- und Elektrizitätsnot in den Grossstädten sind die nächsten Folgen der mehr als mangelhaften Kohlenzufuhr. Die von der bayerischen Eisenbahnverwaltung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage beschlossene Wiederaufnahme des uneingeschränkten Güterverkehrs wird beeinträchtigt durch den Mangel an vollwertigen Verkehrsmitteln infolge der Ablieferungen an die Entente. Dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen die für Anfang März anberaumte Leipziger Frühjahrsmesse bis Ende April verschoben ist, ist auch ein Zeichen der schlechten Lage, welche durch vermehrte Staatsaufträge — wie neuerdings seitens Sachsens auf Eisenbahnmaterial — nur geringfügig gebessert wird.

Zur Frage der **Wirtschaftssozialisierung** hat Kurt Eisner — dessen vollkommen haltloser Vorwurf, dass Deutschlands Industrie Sabotage hinsichtlich Belieferung von Kohlen und Rohstoffen betreibe, um die Schwierigkeiten zu vermehren, von den bayerischen Handelskammern und Industriellenverbänden restlos zurückgewiesen wurde — in seinem ihm eigenen Idealismus Probleme eines neuen Wirtschaftsstaates aufgestellt. Ob die Neugestaltung der Wirtschaft in solchen, auch anderseits früher verkündeten Punkten, wie Wiederherstellung und Steigerung der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit,

ihm nicht ganz lag oder der eigenartigen Stellung, die er sich geschaffen hatte, nicht entsprach. So hielt er sich bei den großen Katholikenversammlungen zurück, wenn er auch wiederholt ihre Kunstsektionen leitete. Aehnlich wich er im „Historischen Verein für den Niederrhein“ als Nichthistoriker dem Präsidentenstuhl beharrlich aus, obwohl er als langjähriger Vertreter Hermann Hüffers in der Leitung der Vereinsversammlungen viel Erfahrung hatte. In Köln übernahm er zwar gelegentlich regelrechte Vorträge aus seinem Spezialgebiet; in Bonn aber, wo er anfangs 1903 ordentlicher Honorar-Professor an der Universität wurde, hielt er nicht eine einzige Vorlesung, da es für einen Sechzigjährigen, der er damals war, zur Aufnahme eines systematischen Lehrbetriebs zu spät sei.

Die weitgedehnten Beziehungen des Verstorbenen befruchteten auch sein priesterliches Wirken, mit dem er es jederzeit sehr ernst genommen hat. Verschafften sie ihm doch Eintritt in Kreise, die seelsorglichem Zuspruch nur schwer erreichbar sind; wußten sie doch Hände und Herzen zu rühren, denen das Kirchliche sonst nicht liegt. Auch sein Namensheiliger, Papst Alexander I., so pflegte er zu betonen, habe der Ueberlieferung zufolge starken Einfluß gerade auf die Welt der Höhergestellten und Gebildeten gehabt. Als Kanzelredner erzielte der Heimgegangene gelegentlich eine tiefgehende und zündende, immer eine fesselnde Wirkung; doch wollten seine Prediaten und Gelegenheitsansprachen, geistliche wie profane, gehört, nicht etwa nur gelesen sein. Persönlich muß ich dem Onkel immer dankbar bleiben, daß er mir in einer Zeit, die noch keinerlei liturgische Bewegung kannte, zu engem Anschluß an den Kult der Kirche geraten und verholfen hat.

Zum Priester geweiht Ostern 1866, unmittelbar nach der Inthronisation des Erzbischofs Paulus Melchers, als Geissels große Geste und tiefgreifender Einfluß noch mächtig weiterwirkten, war er sofort Vikar am Kölner Dom geworden und 1887 zum Domkapitular aufgestiegen. So durfte er, der Domkirche über ein halbes Jahrhundert lang verbunden, eine an Wechselfällen reiche kirchliche Entwicklung und Ereignisse wie Vatikanum und Kulturkampf von dem bevorzugten Beobachterposten aus miterleben, den naturgemäß die unmittelbare Nähe des ersten deutschen Bischofsstuhles darstellt. War's aber von einem Hüter großer künstlerischer Traditionen der kirchlichen Vergangenheit und einem aus so festem westfälischem Holz geschnitzten Manne anders zu erwarten, als daß er sich auch in aktuellen Fragen, in kirchlichen Kämpfen und Krisen und bei theologischen Kontroversen ausnahmslos als Freund der Ueberlieferung gab? Zwar nahm er noch in alten Tagen manchmal den Namen des Tübinger Theologen Kuhn auf seine Lippen; im übrigen waren seine Tübinger Eindrücke wohl zu flüchtig gewesen, um dauernde Wirkungen zu hinterlassen. Auch lag seiner ganzen Art die Mainzer „positive“ Theologie, nicht die Tübinger Spekulation. Aber ein Stück vorvatikanischer Katholizismus steckte ihm doch im Blut und zu dem jungen deutschen Katholizismus des neuen Jahrhunderts gewann er kein inneres Verhältnis mehr; hier machte sich der Unterschied der Generationen doch sehr fühlbar. Sein Ruf als „liberaler“ Geistlicher war ausschließlich darin begründet, daß er trotz seiner Kirchlichkeit, die auch politisch keinerlei Sonderwege ging, eben so enge Beziehungen zu Nicht-Zentrums- und Regierungskreisen unterhielt. Seine Kritiker mögen diese Haltung gelegentlich als Opportunismus gescholten haben; jedenfalls stand er seinen Freunden aus anderen Lagern viel zu hoch, als daß sie ihn auch nur im Gespräch unter vier Augen irgendwie in die politische Arena gedrängt hätten.

An wissenschaftlichen, staatlichen und Bürger-Ehrungen hat es dem Heimgegangenen in den drei letzten Lustren seines Lebens nicht gefehlt. Die erste Folge dieser Auszeichnungen datiert vom Jahre 1902, wo gleichzeitig in Breslau und Münster der Gedanke reifte, den Organisator der so erfolgreichen Düsseldorfer Ausstellung retrospektiver christlicher Kunst ehrenhalber zum theologischen Doktor zu kreieren. Die Ehrungen gipfelten 1910 in seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Köln, die damals das kostbare Angebinde seiner Sammlung übernahm und sie in feierlichem Akt unter Assistenz höchster staatlicher Stellen als *eigenes Museum* eröffnete.

Versucht man das Charakterbild des Geschiedenen noch durch ein paar letzte, feste Striche zu bereichern, so muß betont werden, daß diesem Manne des Lebens und der Tat alles Ideologische und alles falsche Idealisieren himmelferne lag. Der gesunde Bauerninstinkt seiner Ahnen von Vatersseite her war mit dem Kaufmannsblut seiner mütterlichen Vorfahren eine selten fruchtbare Verbindung in ihm eingegangen. Eine scharf bohrende, stets aufs Konkrete und Anschauliche gerichtete Intelligenz, von einer ehernen Willenskraft beflügelt. Eine durchaus auf den Erfolg hingelenkte Natur, der ihre Ehrentage höchste Genugtuung waren. Ein Meister in der Verwendung seiner Mittel, die er scheinbar aus dem Boden stampfte, jeden Aufwand für die eigene Person bis hart an die Grenze des Erträglichen vermeidend und doch von puritanischen Neigungen völlig frei. Apart, außerordentlich, nie absonderlich. Selbstsicher in seinem Auftreten, voll kraftvollen Ungestüms in jeder seiner Lebensäußerungen, zermalmend in seinem Zorn. Dennoch wieder mit weichen und pietätvollen Zügen ausgestattet, gern mit Kindern spielend und etwa das Andenken seiner Eltern sinnig pflegend. Die Kölner ergötzten sich an der auch körperlich überragenden Gestalt ihres Mitbürgers und feierten ihn seit Jahr und Tag auf ihre Art, durch mehr oder weniger gelungene und originale Anekdoten.

Im ganzen ein Mensch voll Kulturverlangen, der aus dem Quellgrund der Kirche aufgewachsen war und dem trotz seines Wirklichkeitssinnes das kirchliche Denken nicht Feiertagsgewand, sondern Lebensluft blieb. Eine jener Domherrenfiguren großen Stils, in denen sich die stolzesten Ueberlieferungen ihrer Kapitel und die vornehmsten Ehrenpflichten der kirchlichen Prälatur stets wieder neu verjüngen. An der Kölner Kurie um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts der vornehmlichste Repräsentant allgemeiner geistiger Interessen und über die kirchliche Sphäre hinausreichender, ja, internationaler Beziehungen.

Als ich den Onkel das letztemal besuchte, beriet er sich gerade über geeignete Modelle für seinen eigenen — Sarg. Nun ist er, als Patriarch unter seinen westfälischen Bauern lebend, an einem Spätherbstabend ganz plötzlich von uns gegangen und ruht in seiner selbstgebauten Totenklause nahe der Heimstätte seiner Väter von seinem inhaltsreichen Leben aus. Es wirkt symbolisch, daß dieser Mann der Tradition und Freund fürstlicher Herren fast gleichzeitig mit dem Sturz der alten Ordnung von hinnen geschieden ist.

Schon legen Fachgenossen und Literaten immer neue Immortellenkränze auf sein Grab. Diese Zeilen wollen nichts anders als der schlichte Strauß des Neffen und Patenkindes sein, der ihm so mancherlei verdankt und dem der Onkel in Köln immer eine der faszinierendsten Gestalten seines Jugendtraums gewesen ist und bleiben wird.

Vom Büchertisch.

Das kommende Reich, Entwurf einer Weltordnung aus dem deutschen Wesen von F. Schrönghamer-Heimdal. Augsburg, Haas & Grabherr. Preis M 7.—. Die Grundgedanken von Schrönghamers neuester, umfangreicher Studie sind uns im wesentlichen durch seine beiden vorausgehenden Schriften „Vom Ende der Zeiten“ und „Vom Antichrist“ schon bekannt. Schrönghamer ist der Ueberzeugung, daß die Entwicklung des deutschen Volkes seit 2000 Jahren eine falsche Richtung genommen habe (S. 247); es habe sich dem Mammonismus, Materialismus, Mechanismus, Merkantilismus, kurz dem „Warenhausgeiste“ überantwortet; damit sei auch das Unglück des verflossenen Weltkrieges, der nach Schrönghamer zuvörderst ein Geldkrieg war, über das deutsche Volk gekommen. Das Heil sieht Schrönghamer in der Rückkehr zum deutschen Wesen, und als deutsches Wesen erscheint ihm der Geist des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Liebe, der werteschaffenden Arbeit, der „Walddorfgeist“. Man kann seine Freude daran haben, mit welchem Mut und mit welcher Ausdauer Schrönghamer gegen die vielbejubelten Götzen der Vergangenheit und Gegenwart ankämpft und für das kommende Reich der Gerechtigkeit und der Liebe wirbt. Mancher Leser wird sich freilich mit Referenten stoßen an überflüssigen Wiederholungen und Abschweifungen, an Wortmystifikationen und Wortspielereien (Arbeit = Arbot = Sonnengebot S. 190 f., Satan = Scheitan = Schatten = Schaden S. 192), an Uebertreibungen und Einseitigkeiten, so wenn etwa das Walddorf als die Heimstatt alles Rechtes und aller Liebe hingestellt wird; vor dem Wuchergeist hat in diesem Kriege ja auch das Walddorf nicht geschützt. Nicht ohne Widerspruch werden auch manche theologische Meinungen des Verfassers bleiben, so etwa die Gleichsetzung von Gott und Recht (S. 210), von deutschem und christlichem Wesen, von Edda-Ueberlieferung und biblischer Offenbarung. Auch kann ich den frohen Glauben des Verfassers nicht teilen, daß durch den Weltkrieg der Kapitalismus gestürzt und die Welt aus deutschem Wesen sich neu gestalten werde (S. 2..

Dr. Zoepfl.

Georg Timpe P. S. M., Feldgeistlicher: „ . . . **Die Sehnsucht haben.** Kriegsbilder.“ Warendorf i. W., J. Schnell'sche Verlagsbuchhandlung (C. Leopold). 8⁰ 207 S., geb. 3.25 M. — Der Verfasser hat seinem ersten, mit Recht vielgerühmten Kriegsbuch „Von Verwundeten und Toten“ dieses zweite folgen lassen, von dem er selber sagt, es sei „noch einfacher“ als jenes. Jedenfalls von nicht geringerer Wirkung. Im Gegenteil. Mich packte es derart von Anfang bis Ende, daß ich seinen Vorgänger zum Vergleich gar nicht habe heranholen wollen, so ganz „hatte“ es mich alsbald. Weit mehr als einmal habe ich innegehalten und mir gesagt: Welch ein Dichter! Ja, und welch ein Menschenkenner und Menschenliebhaber! In der Darstellung Stimmungswiedergaben, die wie vollendete Musik und Poesie an das Feinste, Empfänglichste, Verborgenste in uns rühren. Und Tiefblicke in Wesen und Weh derer, die da draußen für uns die Sehnsucht erlitten, deren Feuer nun aus diesem Buche in stillen Flammen zu uns herüberglüht. Wie dieser Mann seine „Kameraden“ liebt und kennt: Träger ihm von Gott anvertrauter Seelen, und jene anderen, die nicht seiner „Führung“ zugehören, in denen er aber seine Brüder sieht, nach des Heilands Gebot. Wie er ihnen allen auf den Grund schaut, wie er sich von ihrem Frohlachen anlachen läßt, wie er ihre Schmerzen mitfühlt, ihr Erleben mitlebt und es in Form und Farbe vor uns aufstehen läßt, jetzt im Licht goldener Herrlichkeit, jetzt im Dämmer der Sorge oder auch unter tief hängendem Wolkenschatten zur Zeit der Todesmahd . . . Und in allem der Quell, der Trost unerschütterlicher Glaubenszuversicht, die kaum der Worte bedarf, um dem gottsuchenden Herzen als Gewißheit nahezukommen. Oft ist es, als sähe man, „mitten im kalten Winter“, das göttliche Reis sprossen, schaute hinein in die Krippe mit dem segnenden Jesulein. — Und es bleibt der Eindruck eines großen Verstehens mit der Kraft der Liebe und des künstlerischen Könnens.

E. M. Hamann.

Eder Dr. Karl: Heilige Pfade. Ein Buch aus des Priesters Welt und Seele. Freiburg, Herder. XII u. 340 S. ℳ 4.—, gebd. ℳ 5.50. Zu den Büchern, die in der Flut gepriesener Alltagserscheinungen nicht untergehen dürfen und aufrichtige Empfehlung und weiteste Verbreitung verdienen, gehören Eders „Heilige Pfade“. Der Verfasser verfolgt das Ziel, mitzuarbeiten am Aufbau einer gestörten Beziehung, des ehemaligen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Klerus und gebildeter Laienwelt, und das Verständnis für den schönsten Beruf dieser Erde, den Seelsorgsberuf zu wecken und zu vertiefen. Diese Absicht des Verfassers wird wohl bei jedem Leser, der dieses in glänzendem Stil und mit feiner Beobachtung geschriebene Buch bis zum Ende durchgekostet hat, strahlende Wirklichkeit. In unseren Tagen, wo um des Priesters Welt und Seele die wildesten Wogen branden, möchten wir Eders Schrift Priestern und Laien — denn für beide ist sie bestimmt — doppelt warm empfehlen. Wir hoffen, dem Verfasser auf dem Gebiete der aszetischen Literatur noch recht oft zu begegnen.

Domprediger Dr. Gmelch.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Wiener Uraufführung des „Schöpfers“ ist erst vor wenigen Wochen gewesen und schon ist das neue Schauspiel Hans Müllers über viele große Bühnen gegangen. Auch in unserem „Kleinen Hause“ ist der Erfolg ein sehr starker gewesen. Ich begreife dies sehr gut. Eine spannende Handlung ist mit unleugbarem theatralischem Geschick auf die Bühne gestellt; eine sehr wirksame Realistik des äußeren Geschehens verdeckt täuschend manche psychologische Unwahrscheinlichkeit, und vor allem die Rollen sind dankbar. Ob unser Lützenkirchen den „Schöpfer“ gibt oder Bassermann in Berlin oder irgendeine Provinzgröße, ein jeder wird sich „seinem“ Publikum von seiner Glanzseite zeigen können. Müller ist am bekanntesten geworden durch das etwas rasch hingeworfene Drama von Ludwig dem Bayern und Friedrich dem Schönen, dessen klug pointierte Kernsprüche in der Stimmung der ersten Kriegsjahre ihre volle Resonanz fanden, aber auch in der „Puppenschule“, in kleinen Komödien und als Textdichter des jungen Korngold hat er sich als ein kluger Könner erwiesen. — Professor Schumacher hat nach zahllosen Versuchen ein Mittel gegen die Tuberkulose gefunden. Er ist der Typus des in seiner Wissenschaft ganz aufgehenden Menschen. Den Blick auf das eine Ziel gerichtet, sind seine Interessen und Gefühle für alles andere abgestumpft. So vernachlässigt er seine Frau, die dadurch geneigt wird, den Huldigungen eines Freundes wenigstens ein halbes Ohr zu leihen. Durch eine anonyme Karte wird Schumacher von dem angeblichen Fehltritt seiner Frau verständigt. Just an diesem seine Frau liebenden schwindsüchtigen Manne erprobt er sein Mittel. Nach der zweiten Injektion stirbt der Patient. Schumacher steht nun vor einer Untersuchung. Als Fanatiker seiner Erfindung möchte er lieber als Mörder aus Eifersucht gelten, als den Glauben an sein Mittel erschüttert sehen. Doch durch seine Frau wird offenbar, daß der Baron den Tod gesucht hat, weil er von der Hoffnungslosigkeit seiner Liebe überzeugt war. So siegt das Heilmittel gegen tragische Zufälle, gegen die Kabalen der Neider und kittet auch noch die Ehe fester. Genau genommen ist Schumacher kein sympathischer Charakter, der Autor weiß ihn aber als einen Uebermenschen der Wissenschaft sehr „interessant“ zu stilisieren. Das Ordinationszimmer mit allem klinischen Zubehör, das bei Bedarf auch als Teeraum dient, der Hörsaal der Universität, die Größen der Wissenschaft mit ihren geschickt gezeichneten kleinen Menschlichkeiten, all dies Drum und Dran ist mit einer Treue gezeichnet, die dem Zuschauer als noch wenig abgenutztes „Milieu“ imponiert. Darstellerisch ist das Stück sehenswert. Den „Professor“ spielt Lützenkirchen mit packender Persönlichkeit. Die weibliche Rolle gibt Alice Rohde, die in dieser Partie hinter zwei von den Münchener Bühnen hervorgegangenen größeren Schauspielerinnen, der Marberg in Wien und der Lossen in Berlin, nicht viel zurückstehen wird.

Uraufführung im Volkstheater. Das „Rätewesen“, von dem jetzt die politische Bühne so erfullt ist, erstmalig auf die Schaubühne gebracht zu haben, ist das „Verdienst“ der Dichter des „Lumpenparadieses.“ Warum sollte es nicht auch einen „Gefangenenrat“ geben, zumal in einem so lustigen Gefängnis, wie demjenigen dieser „Burleske?“ Aber diese Idee reichte nicht für einen Schwank. Für die nötige Situationskomik sorgt der Umstand, daß für die beurlaubten Gefangenen eine Hochzeitsgesellschaft eintreten muß, damit der revidierende Präsident die Abwesenheit jener nicht merke. Mittlerweile kehren die richtigen Gefangenen heim und mimen nun vor dem Präsidenten die Hochzeitsgäste. Dieser Rollentausch ist mit leidlichem Humor dargestellt, das Publikum lacht und damit ist ja wohl der Ehrgeiz der Autoren gesättigt. Gespielt wurde gewandt und flott.

Aus den Konzertsälen. Das 6. Symphoniekonzert des Konzertvereins dirigierte Wilhelm Furtwängler. Ein Sohn unserer Stadt hat er sich auswärts künstlerisches Ansehen errungen und genießt als Kapellmeister der Mannheimer Oper einen vorzüglichen Ruf. Wir hatten nun Gelegenheit, uns von seinen starken musikalischen Fähigkeiten zu überzeugen. Sowohl als Dirigent, der dem Orchester seine Absichten zwingend zu übermitteln weiß, wie als feinsinniger Ausdeuter des geistigen Gehaltes hat er uns in der dramatisch wuchtigen Wiedergabe der zweiten Leonoren-Ouverture, wie in der plastisch klaren und empfindungstiefen Gestaltung der 4. Symphonie Bruckners auf das stärkste zu fesseln gewußt. Die Aufnahme war äußerst herzlich. — Anna Erler-Schnaudt gab unlängst wieder einen Liederabend. Die schöne Einheit in der Bewältigung des Ganglichen und Geistigen läßt ihre Darbietungen immer mit reiner Freude genießen. — Länger hat uns Rita Sachetto nicht besucht. Von den in der Kunststadt München „entdeckten“ Tänzerinnen ist sie uns immer die sympathischste gewesen. Sie blieb immer im Rahmen des Tanzbaren, suchte nie hüpfend dem Genius Beethovens nahezukommen, aber bei Liszt, Bizet, Chopin weiß sie uns durch Anmut und Schönheit zu erfreuen. — Auch Hannelore Ziegler tanzt ohne Grübelei. Sie ist voll Grazie und beschwingtem Temperament, wie es zu der liebenswürdigen Kunst eines Johann Strauß paßt, dessen Weisen sie mit besonderem Reiz tanzt.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftslähmung durch Ententeforderungen — Katastrophale Folgen der Arbeitslosigkeit — Verschiebung der Leipziger Frühjahrsmesse — Wirtschaftssozialisierung.

Die an Schärfe zunehmenden Forderungen unserer Feinde, vor allem Frankreichs, drohen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben **zur Auflösung zu bringen.** Beweise hiefür: die Einzelheiten der jeweiligen Waffenstillstandsverhandlungen, der Terror in den besetzten Gebieten, die beispiellosen Wirtschaftsforderungen, zuerst in bezug auf Auslieferung unseres besten Verkehrsmaterials — Lokomotiven und Güterwagen —, sodann von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und nunmehr der gesamten deutschen Handelstonnage, dies als Voraussetzung der nur gegen Bezahlung in Gold oder fremden Devisen zu liefernden Lebensmittel. Nur eine rasche Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrie-Erzeugnissen verschafft uns diese Regulierung durch Auslandsdevisen und nur solche angestrengte Arbeit hilft uns über all das Wirtschaftselend hinweg. Deutschlands schwer erschütterter Staatskredit setzt für jedes Warenimportgeschäft entweder Barzahlung oder sofortige Gegenlieferung gleichwertiger deutscher Erzeugnisse voraus. Im Mittelpunkt der Krise steht nach wie vor die Kohlennot, wodurch die völlige Stillegung aller auf Brennstoffe angewiesenen Industriebetriebe in nahe Möglichkeit gerückt ist. Wie selbst der Berliner „Vorwärts“ betont, droht solcher Zustand gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Deutschlands einzutreten und katastrophale Folgen mit sich zu ziehen. Sogar in den Grubenrevieren fehlt es an der notwendigen Kohle. Die unhaltbare Lage wird auch gekennzeichnet durch das Fehlen von etwa 600 000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft, wodurch die Frühjahrsbestellung als ernstlich gefährdet erscheint. Gegen die anderseits erschreckend anwachsende **Arbeitslosigkeit** in den Grossstädten wird zwar seitens der Regierung nunmehr endlich etwas energischer vorgegangen, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen den Industriezentralen, namentlich den Kohlenrevieren und der Landwirtschaft zuzuführen und an Stelle der Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen. Die unausbleibliche Rückwärtsentwicklung Deutschlands in der Richtung auf den Agrarstaat muss weiter zu Massnahmen führen, um die brachliegenden Ländereien kulturfähig zu machen und so die Industrieverarmung Deutschlands durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wenigstens einigermassen auszugleichen. Neue Beschränkungen im Eisenbahnverkehr, Gas- und Elektrizitätsnot in den Grossstädten sind die nächsten Folgen der mehr als mangelhaften Kohlenzufuhr. Die von der bayerischen Eisenbahnverwaltung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage beschlossene Wiederaufnahme des uneingeschränkten Güterverkehrs wird beeinträchtigt durch den Mangel an vollwertigen Verkehrsmitteln infolge der Ablieferungen an die Entente. Dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen die für Anfang März anberaumte Leipziger Frühjahrsmesse bis Ende April verschoben ist, ist auch ein Zeichen der schlechten Lage, welche durch vermehrte Staatsaufträge — wie neuerdings seitens Sachsens auf Eisenbahnmaterial — nur geringfügig gebessert wird.

Zur Frage der **Wirtschaftssozialisierung** hat Kurt Eisner — dessen vollkommen haltloser Vorwurf, dass Deutschlands Industrie Sabotage hinsichtlich Belieferung von Kohlen und Rohstoffen betreibe, um die Schwierigkeiten zu vermehren, von den bayerischen Handelskammern und Industriellenverbänden restlos zurückgewiesen wurde — in seinem ihm eigenen Idealismus Probleme eines neuen Wirtschaftsstaates aufgestellt. Ob die Neugestaltung der Wirtschaft in solchen, auch anderseits früher verkündeten Punkten, wie Wiederherstellung und Steigerung der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit,

Erzielung eines Anteiles des Staates an dem Ertrage der Produktion und Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeiter hieraus in die Tat umgestellt werden kann, ist völlig unsicher, da sie auf Voraussetzungen beruhen, die zurzeit nicht gegeben sind und auch nicht von unserem Willen allein abhängen. Gegen die Verstaatlichung des Versicherungswesens, der Hypothekenbanken, gegen die Sozialisierung des Bodens sprechen sich alle beteiligten Kreise fast ebenso solidaris h aus, wie ernstliche Bedenken gegen den vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Müller bekanntgegebenen Entwurf eines Rahmengesetzes über staatliche Energiewirtschaft erhoben werden. Alle diese Probleme, im Zusammenhang mit der jetzt veröffentlichten Denkschrift des damaligen Chefs des Kriegsamts, Generals Gröner, an den Reichskanzler über die Kriegslieferungen, beherrschen das Interesse aller Wirtschaftsfaktoren. Die beträchtlichen Umfang annehmenden Kursbesserungen der in Haussetendenzen sich ergehenden deutschen Effektenmärkte erscheinen gegenüber all diesen Vorkommnissen mehr als unhaltbar!

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Versicherung mit beweglicher Prämie hat die Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter) als Neuerung eingeführt. Nach ihr wird zum voraus nicht die Versicherungssumme, sondern in beliebiger Höhe bzw. im Hundertsatz zum jeweiligen Gehalt, die zu zahlende Prämie festgesetzt. Entsprechend der Steigerung der Prämie steigt auch die Versicherungssumme, und zwar ohne das Erfordernis einer neuen ärztlichen Untersuchung. Diese Versicherungsart dürfte für weite Kreise der Bevölkerung, insbesondere für Beamte und Angestellte aller Art, sowie für freie Berufe große Bedeutung gewinnen. — Neuerdings versichert die „Alte Stuttgarter" die Frauen ohne Sonderprämie und die Jugendlichen vom zehnten Lebensjahre ab.

Dankesabstattung. Während des schweren Wahlkampfes der vergangenen Wochen haben sich zahlreiche Frauen und Männer in voller Begeisterung und opfermütig in den Dienst der Bayerischen Volkspartei und ihrer Bestrebungen gestellt, sie haben viele Strapazen auf sich genommen und sich sehr häufig auch Anfeindungen und persönlichen Verunglimpfungen durch unsere politischen Gegner aussetzen müssen. Die Bayerische Volkspartei hat aber mit ihrer Hilfe die schweren Wahlschlachten am 12. und 19. Januar ehrenvoll bestanden und schöne Erfolge errungen, welche ein fruchtbares Arbeiten im Bayerischen Landtag und in der Deutschen Nationalversammlung ermöglichen werden.

Wir sprechen allen diesen Frauen und Männern unsern herzlichsten Dank aus und bitten sie, auch bei den kommenden schweren Aufgaben treu zu uns zu halten. Das Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei.









Bayerische Volkspartei.

An sämtliche Organisationen, Vereine, Verbände usw., die sich der Bayerischen Volkspartei angeschlossen haben, ergeht die dringende Aufforderung, dem Generalsekretariat sofort mitzuteilen:

1. Name und Sitz der angeschlossenen Organisation,
2. Zahl der angeschlossenen Mitglieder.

Den Organisationen werden sodann die benötigte Zahl von Mitgliederkarten zur Aushändigung an ihre Mitglieder vom Generalsekretariat zugehen.

Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei

München, Pestalozzistraße 1.

Sämtliche Ortsvereine der Bayerischen Volkspartei werden ersucht, dem zuständigen Kreissekretariat, soweit dies noch nicht geschehen, Mitgliederlisten unter besonderer Benennung der Vorstandsmitglieder einzusenden.

Die Vertrauensleute der Gemeinden, in denen Ortsvereine noch nicht bestehen, werden gebeten, ihre Adressen dem Kreissekretariat mitzuteilen.

Die Adressen sind:

Kreissekretariat	für	Oberbayern:	München, Marsstraße 4/III
"	"	Niederbayern:	Passau, Große Messergasse 1
"	"	Oberfranken:	Bamberg, Langestraße 30
"	"	Mittelfranken:	Nürnberg, Bogenstraße 33
"	"	Unterfranken:	Würzburg, Echterhaus
"	"	Oberpfalz:	Regensburg, Watmarkt 9/II
"	"	Schwaben:	Augsburg, Mittl. Pfaffengäßchen C 63
"	"	Pfalz:	Landau, Kaiserstraße 19.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 6

8. Februar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich Mk. 3,50
Einzelnummer 30 Pfg.



Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 6. München, 8. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Das Friedensprogramm der Missionare für Afrika.

Von Msgr. *Hennemann*, P.S.M., Apost. Vikar von Kamerun.

Die ganze Welt ist voll von gut gemeinten, idealen, mehr oder weniger ausführbaren Friedensprogrammen. Da ist es wohl an der Zeit, daß auch die Missionare ihrerseits ein Friedensprogramm aufstellen. Es handelt sich um die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeit wieder aufzunehmen gedenken, um die Gesichtspunkte, unter welchen das Werk der Weltbekehrung erneut von deutschen Missionaren in Angriff genommen werden soll. Der Missionar fühlt sich nicht als Besiegter. Sein Herr, der Weltenkönig Jesus Christus, siegt und herrscht immerdar. Im Friedensprogramm der Glaubensboten ist deshalb nicht die Rede von Siegern und Besiegten. Hier vor allem können die erhabenen Grundsätze zur Anwendung kommen, die seit Jahren die Nationen im Munde führen. Die Grundideen unseres Friedensprogramms sind die Maximen der *Freiheit*, der *Wiederherstellung*, der *Mobilisation* für die Friedenswirtschaft.

Wir *afrikanische* Missionare haben eine besondere Veranlassung, unser Programm aufzustellen. Gerade wir wurden im weitesten Maße gehindert, unser Werk in den Kriegsjahren fortzuführen. Wir treten in vieler Beziehung neu an unsere Arbeit heran. Da liegt es uns am Herzen, unser Friedensprogramm laut den deutschen Katholiken zu verkünden.

1. Der erste Punkt unseres Friedensprogramms betrifft die *Freiheit* des Missionswerkes. Wir verkünden *das Recht eines jeden Volkes auf die Freiheit des Christentums und das Recht des Christentums auf die Freiheit und Selbständigkeit seiner missionarischen Betätigung.* Damit ist nicht gesagt, daß diese Rechte bislang nicht geachtet worden wären. Aber sie waren doch in mancher Hinsicht beschränkt. Auf der anderen Seite macht die neue Zeit mit ihren wenig freundlichen Gesinnungen gegen das Christentum es uns zur Pflicht, Rechte zu vertreten, die unveräußerlich sind und keiner auch noch so radikalen Zeitströmung zum Opfer gebracht werden dürfen. Wir verlangen das Recht auch der afrikanischen Völker auf die Freiheit des Christentums. Jedes Menschenherz hat ja einen unwiderstehlichen Drang nach gewissen Segnungen, die nach Ausweis der Geschichte bisher nur das Christentum der Welt vermittelt hat. Und jedes Volk hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, welches hinwiederum nur durch christliche Kultur gewährleistet werden kann. Dieses Recht der afrikanischen Völker wird aber zu einer Pflicht für uns Christen. Wenn es sich um den rein wirtschaftlichen Aufschwung dieser Völker handelt, dann fühlen sich ja auch die Kulturvölker berechtigt, in deren Landen kulturverbreitende und fördernde Einrichtungen zu schaffen. So kann denn auch das Recht der Völker Afrikas auf die Segnungen des Christentums wohl kaum anders gedacht werden, als daß die Glaubensboten die Freiheit besitzen, zu ihnen hinauszuziehen, dort das Kreuz aufzupflanzen und diese Armen in seinen Schatten zu führen. Wir können den Grundsatz nicht gelten lassen, der wohl zuweilen vertreten wird: „Afrika dem Islam" oder „die Völker Afrikas sind noch nicht fähig zur Aufnahme des Christentums". Die letzte Behauptung wird am treffendsten widerlegt durch die glänzenden Erfolge des Christentums in Afrika gerade in den letzten Jahrzehnten. Nicht zuletzt diese starke Position, die das Christentum auf Afrikas Boden sich bereits geschaffen, gibt ihm ein Recht auf Freiheit.

Für diese Freiheit fordern wir auch die Anerkennung und den Schutz der Staaten, zunächst seitens der eigenen Landesregierung, dann aber auch von seiten der anderen Nationen. Diese Freiheit muß einen Platz finden in der Landesgesetzgebung und soll, wenn möglich, auch durch *internationale Abmachungen* gesichert sein. Die Kongoakte könnten in letzterer Beziehung wohl als Vorbild dienen. Es ist gewiß nicht zuviel verlangt, wenn die Missionare darauf dringen, daß wenigstens das in diesen Akten bereits festgelegte Freiheitsgut auch für die Zukunft gesichert würde, also freie und öffentliche Ausübung des Kultes, Recht zur Erbauung der gottesdienstlichen Gebäude und Errichtung von Missionsstationen. Auch die Gewissensfreiheit und religiöse Duldung für die Eingeborenen müßte wohl ausdrücklich in diese Garantien aufgenommen werden.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Missionen von den christlichen Völkern und deren Nationen für sich persönlich jenen Schutz in Anspruch nehmen können, der allen allgemeinen Vereinen und Gesellschaften anerkannt ist, als da ist der Schutz für Leben und Eigentum der Missionare und ihrer Gehilfen. Eine besondere Erwähnung verdient hier wohl der Schutz der Eingeborenen seitens der christlichen Nationen. Den Missionaren wird dieser Schutz immer besonders am Herzen liegen und sie werden sicher jederzeit allen Bestrebungen gern hilfreiche Hand bieten, die es auf diesen Schutz abgesehen haben. Gewiß zu begrüßen wären in dieser Hinsicht entsprechende Festlegungen in der Landesgesetzgebung, vielleicht sogar durch internationale Abmachungen. Dieselben müßten wesentlich auf folgende Punkte Bezug nehmen: Mädchenhandel in jedweder Form, Haussklaverei, Gerichtsbarkeit der Schwarzen, Disziplinarstrafen, Pfand- und Hafthaltung weiblicher Personen, Arbeitsgesetzgebung, Bevorzugung der monogamen Verhältnisse in unzweideutiger Form usw.

Was den letzteren Punkt angeht, so fordern die Missionare besonders die Hilfe der zivilisierten Nationen, damit der *Frau auch in Afrika ihre Menschenrechte zuerkannt werden.* Es wird freilich kaum anzuraten sein, gegen Vielweiberei und den damit eng verbundenen Mädchen- und Frauenkauf mit direkten Gewaltmitteln anzugehen. Schon allein das Gerücht, daß ein Bezirksamtmann in Kamerun auf dem Verordnungswege die Vielweiberei abschaffen wollte, rief vor einigen Jahren sofort eine Verschwörung bei sonst zuverlässigen Negern hervor. Aber es gibt ja auch recht wirksame indirekte Mittel, die dem erstrebten Ziele dienen, wie z. B. Besteuerung der Männer, die mehrere Frauen haben, Festsetzung und Herabsetzung des Kaufpreises der Mädchen usw. Gerade letzteres Mittel halte ich für sehr erfolgsfähig. Bei niedrigem Kaufpreise könnte zunächst jeder Heiratsfähige die Kaufsumme erlegen und so zu einer Frau kommen. Anderseits aber würde dadurch den Großen und Häuptlingen ein Hauptreizmittel zum Ankauf vieler Frauen genommen. Wer bislang viele Frauen besaß, bekundete damit seinen Reichtum, da die Preise für Frauen vielfach außerordentlich hoch waren. So stützte sich das Ansehen der Häuptlinge geradezu auf die Zahl der Frauen. Bei einer Herabsetzung des Kaufpreises kämen die Reichen nach und nach von selbst dazu, ihren Besitz auf andere Weise zu zeigen. Bei christlichen Häuptlingen kann man wenigstens in Kamerun diese Entwicklung jetzt schon bemerken. Ein noch radikaleres Mittel suchte die englische Regierung in Ostafrika schon vor Jahren in Anwendung zu bringen, indem sie jeden mit einer empfindlichen Geldbuße bestrafte, der noch Frauen oder Mädchen an einen Polygamen verkaufte. Im übrigen wird das Christentum mit seinem Einfluß von selbst langsam die Ideen des Mädchenkaufs und der Vielweiberei in ihrer Macht bekämpfen. Interessant in dieser Richtung ist beispielsweise, daß die Mitglieder des Josefs-

vereins in Jaunde (Kamerun) vor wenigen Jahren aus sich heraus fast einstimmig beschlossen, sie wollten später ihre Töchter überhaupt nicht mehr um Geld abgeben, sondern freie Wahl des Mannes zulassen, weil der Kauf der Frauen doch für Christen ungeziemend sei.

In der Frage der Arbeitergesetzgebung fordert das Menschenrecht der Neger, daß über Anwerbung, Freiheit, Kontraktsverpflichtung, arbeitsfreie Tage, Entlöhnung in Münze usw. überall gediegene Bestimmungen getroffen werden, etwa im Geiste der teilweise vorbildlichen Bestimmungen, die schon vor Jahren in Französisch-Kongo vom Generalgouverneur Merlin erlassen wurden. Freilich müßte dann auch dafür gesorgt werden, daß derartige Erlasse nicht wie in der französischen Kolonie großenteils auf dem Papier stehen bleiben. Es müßte auch alles geschehen, daß der Neger selbständig werden und als Kleinfarmer existieren könnte. Wo er aber von dem Europäer abhängig ist, da sollte gesorgt werden, daß wenigstens seine Familie nicht auseinandergerissen werde. Auf dem Gebiete des Trägerwesens wäre es im Interesse des physischen und moralischen Wohles der Neger notwendig, die Verwendung von Trägerinnen zu verbieten. Es liegen traurige Beweise dafür vor, wie mit der Zunahme des Trägerverkehrs in verschiedenen Teilen Kameruns auch die Geschlechtskrankheiten grauenhaft zugenommen haben.

2. Das Friedensprogramm der Missionare enthält sodann an zweiter Stelle den **Grundsatz der Wiederherstellung**, aufgebaut auf der Idee der Gerechtigkeit. Diesen Grundsatz fassen wir hier in einem **allgemeineren und besonderen** Sinn. Im allgemeineren Sinn enthält er eine dogmatische und eine historische Wahrheit, wenn wir sagen: **Wir fordern Rückgabe der vom Aberglauben besetzten und vom Islam beanspruchten Gebiete Afrikas.**

Das Christentum weist nach, daß es für alle Menschen bestimmt ist und daß es schon darum im rechtmäßigen Besitze jedes Menschenherzens ist. Seit Christi Opfertod, seit dem Missionsbefehl, seit Verkündigung des Gesetzes, unter dem alle Menschen gerettet werden sollen, gleicht das Christentum einer mit Gewalt und zu Unrecht unterdrückten Nation. Es fordert Rückgabe der vom heidnischen Aberglauben besetzten Gebiete.

Aber die dogmatische Wahrheit wird auch zu einer historischen. Längst bevor auch nur eine unserer weltbeherrschenden Nationen ihren Aufstieg begonnen hatte, hielt das Christentum seinen Einzug auf afrikanischem Boden. Dann aber kamen die Irrlehren und vor allem der Islam über Afrika. Heute fordert das Christentum die Rückgabe der vom Islam besetzten und vor allem der erst gefährdeten Gebiete Afrikas. Und sagen nicht sogar heute selbst unsere Ethnologen nach langen Jahren des Zweifels und Kampfes gegen atheistische Strömungen, daß wahrscheinlich am Anfange der religiösen Entwicklung nicht der Aberglaube, sondern der reine Monotheismus gestanden hat? Mit Spannung und Sehnsucht sehen wir alle den diesbezüglichen Forschungen unserer missionarischen Gelehrten, besonders des P. Schmidt S. V. D. entgegen. Schon jetzt wissen wir, daß das Recht des Christentums, als des legitimen Erben der Uroffenbarung, dadurch nur bewiesen und bestätigt werden wird. Wie wirklich armselig ist das religiöse Gut, welches das Heidentum den Völkern Afrikas gelassen hat! Alle Beschönigungen christentumsfeindlicher Reisender beweisen nichts gegen die jahrelange Erfahrung der Missionare, die alle darin übereinstimmen, daß die heidnische Menschheit ohne Christentum arm und nackt und bloß dasteht. Darum schleunige Abkehr vom Aberglauben und schnelle Rückgabe der vom Heidentum besetzten Gebiete an das Christentum.

Speziell in Rücksicht auf den Islam dürfen wir Missionare wohl fordern, daß über den Grundsatz der Toleranz und Freiheit hinaus von den christlichen Nationen nichts zu seiner Förderung und Ausbreitung geschehe. Schon lediglich vom Standpunkt der Kultur aus betrachtet, erscheint der Islam mit seiner Vielweiberei und stagnierenden Kultur ungeeignet für Afrikas Fortschritt.

Die afrikanischen Rassen sind gewiß religiös veranlagt, und eine religionslose Erziehung würde gerade bei ihnen von bedeutendem Schaden sein. Der Staat hat bisher in den Kolonien **von sich aus** keinen Religionsunterricht **christlicher** Konfessionen eingerichtet. Wenn sich die christlichen Missionare damit abfinden, so müssen sie aber vom Standpunkt der Gleichheit aus verlangen, daß auf keiner Regierungsschule der Islam mehr als **obligatorisches** Unterrichtsfach gelehrt werde. Dagegen fordern die Missionare, daß die Regierungen überall in ihren Schulen **Gelegenheit geben**, daß christliche Missionare der in den betreffenden Gebieten vertretenen Konfessionen in den Räum[en] jener Schulen und zu gelegener Zeit Religionsunterricht erteil[en].

Den Grundsatz der Wiederherstellung fassen wir dann abe[r] auch in einem besonderen Sinn, und da befinden wir Missiona[re] uns inmitten der andern durch den Weltkrieg Geschädigten. W[ir] fordern Wiederherstellung der **Kriegsschäden** und Wiederaufba[u] der Kriegsruinen. Es erübrigt sich, in Zahlen und Schilderunge[n] erneut ein Bild der Verwüstungen zu geben, die der Krieg dir[ekt] und indirekt auf dem Arbeitsfelde der afrikanischen Missio[n] angerichtet hat. Ausgeraubte Kirchen, zerstörte Stationen, ve[r]bannte und gefangene Missionare sprechen eine deutliche Sprac[he]. Der Missionar ist nicht als Ankläger da, aber er darf doch da[zu] auffordern, die zugefügten Schäden wieder gutzumachen. Er ge[ht] sicher nicht zu weit, wenn er verlangt, in Sachen der Entsch[ä]digung den durch den Krieg Privatbeschädigten in jeder We[ise] gleichgestellt zu werden.

3. **Wir fordern endlich die Mobilisation für d[ie] Friedenswirtschaft im Reiche Gottes, d. h. die Ein[]stellung und Sammlung aller geistigen und mate[]riellen Kräfte des katholischen Deutschland für d[ie] neuzubeginnende Friedensarbeit über dem Meer[e].** Es ist allgemein anerkannt, daß die Missionare draußen ei[ne] Fülle geistiger und materieller Mittel gebrauchen, um den A[n]forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, um Gottes Werk imm[er] weiter und weiter auszubreiten. Das wichtigste Werk ist im Auge[n]blick der Wiederaufbau der seelischen Ruinen. In dieser Hins[icht] wird der Umstand entscheidend sein, ob es uns möglich ist, glei[ch] eine große oder doch wenigstens genügende Zahl von Missionare[n] auf das Arbeitsfeld bringen zu können. Jetzt ist noch viel [zu] retten, aber schon in einigen Jahren wäre es wohl bestimmt [zu] spät. Dann werden Tausende, die uns und dem Christentum schon nahe standen, bereits verloren sein. Wir waren in viele[n] Missionsgebieten Afrikas und auch in Kamerun in den letz[ten] Jahren an einer Entwicklungsstufe angekommen, wo der Sta[nd] des Werkes keine lässige Arbeit ertrug, wo jede Kraft angestreng[t] werden mußte. Wir waren mitten in der drängendsten Ernte[zeit]. Der Zudrang der Heidenwelt zum Christentum wurde imme[r] größer. Ich erinnere nur an die Station Jaunde (Kamerun), wo im Jahre 1913 allein über 5000 Heiden getauft wurden, w[o] die heidnischen Häuptlinge Stunden und halbe Tage lang an der Treppe unseres Wohnhauses saßen und auf die Zusage warteten, daß auch in ihr Gebiet bald ein schwarzer Lehrer geschickt werde. Deshalb muß auch in unserem Friedensprogramm der Satz stehen: Alle Mann an Bord! Alle Kräfte herbei! Das gilt um so mehr, als der Krieg in die Reihen der bisherigen und leider erst rec[ht] der zukünftigen Glaubensboten weite Lücken gerissen hat. Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß nach dem Kriege auc[h] der Zudrang der Neger zum Christentum nicht mehr der glei[che] starke sein werde wie vor dem Kriege, da die Autorität der weiße[n] Glaubensboten erschüttert sei und der Anblick der sich bekriege[n]den christlichen Nationen bei der schwarzen Rasse die Hochachtung vor dem Christentum selbst sehr herabgemindert habe. Doch scho[n] allein die großen Erfolge unserer Missionare auf Fernando Po[o], die ausschließlich unter solchen Negern wirken, die allen diese[n] seelischen Nachteilen und Einflüssen des Krieges ausgesetzt waren, müssen uns in dieser Beziehung eines Besseren belehren un[d] unsere Befürchtungen schwinden lassen.

Für jeden deutschen Missionar ist es sodann ein sehr große[r] Trost, daß wir in unserem lieben Vaterlande einen so bedeutende[n] Aufschwung des **heimatlichen Missionswesens** zu ver[]zeichnen haben. Es wird Deutschland stets zur größten Ehr[e] gereichen, daß es in einer Zeit, wo es von Feinden rings um[]geben um seine Existenz kämpfte, dennoch Gottes Sache nicht vergessend, dem Missionsgedanken größte Aufmerksamkeit und höchstes Interesse schenkte. Wurde unserem Vaterlande auch der Sieg auf dem Schlachtfelde nicht zuteil, auf dem Gebiete der geistigen und religiösen Schlachten hat es doch einen herrlichen Sieg davongetragen. Wir brauchen nur weiter fortzufahren auf diesem Wege. Und wir hoffen auch, daß eine vielleicht ungünstige Entwicklung der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat doch dem Missionswesen nicht allzu großen Schaden schaffen werde. Mit den für den Gottesfrieden Afrikas mobilisierten Kräften gilt es dann zu arbeiten, nicht nur um wieder aufzubauen, sondern auch um eine Hochblüte des Friedenswerkes vorzubereiten und zu schaffen.

Freilich ist gar manches noch dunkel in einem Augenblicke, wo über das Schicksal der deutschen Kolonien noch gar nicht entschieden worden ist. Aber vom Standpunkte der Freiheit, von

Standpunkte der Wiederherstellung und vom Standpunkte der Einstellung aller verfügbaren Kräfte für die Friedenswirtschaft des Missionswerkes schließen wir Missionare uns der Forderung des Deutschen Reiches auf Rückgabe der Kolonien und ihrer Missionen an. Deutschland hat durch seine Bemühungen, die ihm anvertrauten Kolonien mit allen Kräften durch die christlichen Missionare kulturell zu heben, durch die glänzenden Erfolge seiner Arbeiten, bei einzelnen Fehlern, den Beweis seiner kolonisatorischen Fähigkeit zur Genüge erbracht, und es ist darum mindestens ebenso würdig, Kolonien zu besitzen wie die übrigen Großmächte.

Die seit einem Menschenalter in den Kolonien nach deutschen Methoden eingerichteten Missionen würden durch Uebernahme von Missionsgesellschaften anderer Nationalität übrigens wohl in schwere Krisen geraten. Auch haben die deutschen Missionsgesellschaften dieser Missionen so viele Mittel aufgewandt, daß sie ein natürliches Recht auf deren Weiterführung beanspruchen können. Ob sodann das Wohl der Neger, das ja als Grund eines Besitzwechsels vielfach angegeben wird, durch den Wechsel von Regierung und Missionen gefördert würde, ist doch wohl sehr zweifelhaft. Für einen Neuling sind Jahre erfordert, sich bei diesen Völkern so einzuleben, um für ihr Wohl ersprießlich wirken zu können. Für die Missionare Kameruns gilt noch insbesondere, daß die Küstengebiete infolge früherer Völkerwanderungen von Bewohnern mit den verschiedensten Sprachen besetzt sind. Da wäre es dem Wohle der dortigen Negerstämme gewiß nur zum größten Vorteil, wenn Missionare, die unter jahrzehntelangen Mühen in diese Sprachen sich einarbeiteten, zum Teil ihre Studien schriftlich niederlegten oder gerade niederlegen wollten, in ihrem Wirkungskreise belassen würden. Es ist weiterhin auf den ersten Blick nicht ersichtlich, daß bei etwaigem Besitzwechsel der Kolonien in jedem Falle notwendig auch die Missionsgenossenschaften wechseln müssen. Ganz überflüssig wäre dieser Wechsel der Missionare offensichtlich, wenn bei oder nach Friedensschluß der Völkerbundgedanke sich verwirklichen würde. Gewiß würden die fremdnationalen Missionare, die von der herrschenden Regierung in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgabe auf keine Weise behindert würden, ihrerseits loyal die erlaubten Mittel anwenden, die in Schule und Leben die Liebe und Anhänglichkeit der Bewohner gegen den besetzenden Staat fördern.

Als Gegenleistung dürften sie dann allerdings wohl beanspruchen, daß jene Arbeiten, die direkt der Nation dienen, auch durch Staatsmittel beglichen würden. Zu diesen Arbeiten wäre sicher ein Teil des Schulbetriebes zu rechnen, wo durch Geschichtsunterricht und durch ähnliche Beeinflussungen dem Staatsgedanken gedient und durch die Betreibung der neutralen Fächer die wirtschaftliche Kraft des Landes gehoben wird. Es kann den Missionaren anderer Nationen nicht zugemutet werden, die Gelder, die sie von ihren Nationen für das Missionswerk erhielten, für diese fremdnationalen weltlichen Zwecke zu verwenden.

Sehr zu begrüßen wären endlich im Interesse des Wirkens der Missionare internationale Abmachungen darüber, wie in künftigen Kriegen die persönliche Freiheit, das Eigentumsrecht und die Würde der Missionare von den eigenen und feindlichen Nationen gewahrt werden sollen, um ein Wiederkehren der entwürdigenden Ereignisse dieses Krieges zu verhüten.

Vorliegende Grundsätze bilden das Friedensprogramm der Missionare. Es ist nichts anderes als das Programm Christi, als das Programm der christlichen und deutschen Glaubensboten. Es ist das Programm, dem wir bisher mit Gottes Hilfe unsere Missionserfolge in Afrika verdanken und das auch künftig die Gewähr des Erfolges trägt.

In diesem Programm fühlen wir uns einig mit den Missionaren anderer Nationen, und so meine ich, daß wir in der Proklamierung der drei genannten Punkte einen religiösen, missionarischen Völkerbund haben könnten. Es wäre der Bund der missionsbegeisterten Nationen christlichen Bekenntnisses. Es würde eine Vereinigung sein, die nach den bewährten christlichen Ideen und Grundsätzen alle aufsteigenden Schwierigkeiten in bezug auf Besetzung der Missionsgebiete, Sicherheit der Glaubensboten, Verhältnis von internationaler Arbeit und nationaler Gesinnung lösen würde. Es wäre der Weg, auf dem Mißverständnisse zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen sich beheben ließen. Dieser Völkerbund zum Heile der nichtchristlichen Welt, zum Heile vor allem der afrikanischen Rassen würde bestimmt seine Zukunft haben, wenn wir alle für seine Ziele uns einsetzen. Das gebe eine gnädige Vorsehung!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer neue „Zwischenfälle".

Die Schönfärber nennen diese Dinge „Zwischenfälle"; in Wirklichkeit sind es Aufruhrversuche, die sich nicht bloß gegen die gegenwärtige Regierung, sondern auch gegen die Nationalversammlung und überhaupt gegen jede allgemeine Volksvertretung richten. Die Blasen steigen bald an diesem, bald an jenem Punkte des Kochkessels empor: z. B. in Düsseldorf, in Stettin, in Greifswald, in Hamburg, in Wilhelmshaven, in Bremen und sogar in Weimar. Das Feuer unter dem Kessel wird aber von einer zielbewußten Hand geschürt. Alles dient demselben Plane: die demokratische Ordnung unmöglich zu machen und gegenüber den gewählten Volksvertretungen die Diktatur des „Proletariats", den Terror der verbündeten Unabhängigen und Bolschewisten durchzusetzen.

Der leitende Gedanke trat klar zu Tage in der jüngsten Aktion der Berliner Unabhängigen. Trotz ihrer Niederlagen im Straßenkampf und im Wahlgang setzten sie in einer Tagung der „Räte" von Groß-Berlin den Beschluß durch, es solle eine Reichskonferenz der deutschen A.- u. S.-Räte einberufen werden. Eine solche Konferenz hat es ja noch im Dezember gegeben, und sie hat einen Zentralrat eingesetzt, der ohne gesetzliche Berechtigung, aber mit der üblichen revolutionären Willkür als oberstes Organ neben oder gar über die Regierung gestellt wurde. Dieser Zentralrat ist aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzt, findet also bei den Radikalen keine Liebe und kein Vertrauen. Sie wollen eine neue Mobilmachung der A.- und S.-Räte, um einen terroristischen Zentralrat zu bilden, der den Kampf gegen die Nationalversammlung offen aufnimmt und mit bolschewistischen Gewaltmitteln durchführt. Die Matadoren in den A.- und S.-Räten ahnen das Todesurteil, das die Nationalversammlung über diese Organe der einseitigen Klassenherrschaft fällen muß. Sie wollen aber ihre Macht (und auch das schöne selbstbewilligte Geld) nicht fahren lassen. Morituri nos salutant; sie begrüßen uns mit Putschen auf Rathäuser, Regierungsgebäude, Kasernen usw. Wenn die örtlichen Gewalttaten nur vorübergehenden Erfolg haben, so genügt das den Drahtziehern; die Bewegung bleibt in Fluß, die Trümmer machen Freude, die Unzufriedenheit läßt sich weiter schüren. Die Scheu vor dem „Blutvergießen" ist bekanntlich auf seiten der Regierung sehr groß. Darauf spekuliert man. Des lieben Friedens halber läßt sich die Regierung immer wieder zu „Verhandlungen" herbei, auch wenn sie die nötigen Kräfte zur Erzwingung der glatten Kapitulation zur Stelle hat. In Bremen war der Vorgang typisch. Die überrevolutionäre „Regierung", die sich der Stadt bemächtigt hatte, bot der Reichsregierung Trotz nach allen Regeln der Waffenkunst, während die Truppen der Berliner Regierung in genügender Zahl und Ausrüstung vor den Toren der Bremer Kommune standen. Die Erstürmung wurde aufgeschoben. Von Hamburg und Oldenburg eilten Vermittler herbei. Es wurde ein Kompromiß gezimmert. Die neuen Machthaber von Bremen erklären freilich ihren Rücktritt; aber die Waffen der aufrührerischen Arbeiterschaft wollen sie nicht der Berliner Regierungstruppe abliefern, sondern dem Korpssoldatenrat des ihnen näher stehenden 9. Armeekorps. Da dieser Gewahrsam unsicher ist, hat der oberste Soldatenrat von Groß-Hamburg noch eine Garantie übernommen, deren pupillarische Sicherheit zweifelhaft bleibt. Die Hauptsache ist, daß die von Berlin entsandten Ordnungstruppen nicht in die Stadt einrücken. Und die Reichsregierung verhandelt weiter.

Bezeichnend ist ferner der „Zwischenfall" in Weimar. Die Regierung schickt zur Sicherung der Residenz der Nationalversammlung Truppen. Hundert Mann gehen als Quartiermacher in die Stadt voraus und werden vom Soldatenrat des dortigen Infanterieregiments ohne weiteres entwaffnet, widerstrebende Offiziere verhaftet. Die Gewalttat ist nun freilich rückgängig gemacht worden, aber erst nach der Zusicherung an den Soldatenrat, daß die Weimarer Garnison durchaus nicht in ihrer Unterkunft beeinträchtigt werden soll. Von einer Bestrafung des gewalttätigen Soldatenrats hört man nichts. Wohl aber läßt die Regierung versichern, daß jede mögliche Vorsorge gegen künftige Zwischenfälle getroffen worden sei. Die Nationalversammlung kann sich aber auf Abenteuer noch gefaßt halten.

Daß auf eine Niederlage im Kriege eine kommunistische Schilderhebung folgt, hat schon das Frühjahr 1871 in Frank-

vereins in Jaunde (Kamerun) vor wenigen Jahren aus sich heraus fast einstimmig beschlossen, sie wollten später ihre Töchter überhaupt nicht mehr um Geld abgeben, sondern freie Wahl des Mannes zulassen, weil der Kauf der Frauen doch für Christen ungeziemend sei.

In der Frage der Arbeitergesetzgebung fordert das Menschenrecht der Neger, daß über Anwerbung, Freiheit, Kontraktsverpflichtung, arbeitsfreie Tage, Entlöhnung in Münze usw. überall gediegene Bestimmungen getroffen werden, etwa im Geiste der teilweise vorbildlichen Bestimmungen, die schon vor Jahren in Französisch-Kongo vom Generalgouverneur Merlin erlassen wurden. Freilich müßte dann auch dafür gesorgt werden, daß derartige Erlasse nicht wie in der französischen Kolonie großenteils auf dem Papier stehen bleiben. Es müßte auch alles geschehen, daß der Neger selbständig werden und als Kleinfarmer existieren könnte. Wo er aber von dem Europäer abhängig ist, da sollte gesorgt werden, daß wenigstens seine Familie nicht auseinandergerissen werde. Auf dem Gebiete des Trägerwesens wäre es im Interesse des physischen und moralischen Wohles der Neger notwendig, die Verwendung von Trägerinnen zu verbieten. Es liegen traurige Beweise dafür vor, wie mit der Zunahme des Trägerverkehrs in verschiedenen Teilen Kameruns auch die Geschlechtskrankheiten grauenhaft zugenommen haben.

2. Das Friedensprogramm der Missionare enthält sodann an zweiter Stelle den Grundsatz der Wiederherstellung, aufgebaut auf der Idee der Gerechtigkeit. Diesen Grundsatz fassen wir hier in einem allgemeineren und besonderen Sinn. Im allgemeineren Sinn enthält er eine dogmatische und eine historische Wahrheit, wenn wir sagen: Wir fordern Rückgabe der vom Aberglauben besetzten und vom Islam beanspruchten Gebiete Afrikas.

Das Christentum weist nach, daß es für alle Menschen bestimmt ist und daß es schon darum im rechtmäßigen Besitze jedes Menschenherzens ist. Seit Christi Opfertod, seit dem Missionsbefehl, seit Verkündigung des Gesetzes, unter dem alle Menschen gerettet werden sollen, gleicht das Christentum einer mit Gewalt und zu Unrecht unterdrückten Nation. Es fordert Rückgabe der vom heidnischen Aberglauben besetzten Gebiete.

Aber die dogmatische Wahrheit wird auch zu einer historischen. Längst bevor auch nur eine unserer weltbeherrschenden Nationen ihren Aufstieg begonnen hatte, hielt das Christentum seinen Einzug auf afrikanischem Boden. Dann aber kamen die Irrlehren und vor allem der Islam über Afrika. Heute fordert das Christentum die Rückgabe der vom Islam besetzten und vor allem der erst gefährdeten Gebiete Afrikas. Und sagen nicht sogar heute selbst unsere Ethnologen nach langen Jahren des Zweifels und Kampfes gegen atheistische Strömungen, daß wahrscheinlich am Anfange der religiösen Entwicklung nicht der Aberglaube, sondern der reine Monotheismus gestanden hat? Mit Spannung und Sehnsucht sehen wir alle den diesbezüglichen Forschungen unserer missionarischen Gelehrten, besonders des P. Schmidt S. V. D. entgegen. Schon jetzt wissen wir, daß das Recht des Christentums, als des legitimen Erben der Uroffenbarung, dadurch nur bewiesen und bestätigt werden wird. Wie wirklich armselig ist das religiöse Gut, welches das Heidentum den Völkern Afrikas gelassen hat! Alle Beschönigungen christentumsfeindlicher Reisender beweisen nichts gegen die jahrelange Erfahrung der Missionare, die alle darin übereinstimmen, daß die heidnische Menschheit ohne Christentum arm und nackt und bloß dasteht. Darum schleunige Abkehr vom Aberglauben und schnelle Rückgabe der vom Heidentum besetzten Gebiete an das Christentum.

Speziell in Rücksicht auf den Islam dürfen wir Missionare wohl fordern, daß über den Grundsatz der Toleranz und Freiheit hinaus von den christlichen Nationen nichts zu seiner Förderung und Ausbreitung geschehe. Schon lediglich vom Standpunkt der Kultur aus betrachtet, erscheint der Islam mit seiner Vielweiberei und stagnierenden Kultur ungeeignet für Afrikas Fortschritt.

Die afrikanischen Rassen sind gewiß religiös veranlagt, und eine religionslose Erziehung würde gerade bei ihnen von bedeutendem Schaden sein. Der Staat hat bisher in den Kolonien von sich aus keinen Religionsunterricht christlicher Konfessionen eingerichtet. Wenn sich die christlichen Missionare damit abfinden, so müssen sie aber vom Standpunkt der Gleichheit aus verlangen, daß auf keiner Regierungsschule der Islam mehr als obligatorisches Unterrichtsfach gelehrt werde. Dagegen fordern die Missionare, daß die Regierungen überall in ihren Schulen Gelegenheit geben, daß christliche Missionare der in den betreffenden Gebieten vertretenen Konfessionen in den Räumen jener Schulen und zu gelegener Zeit Religionsunterricht erteilen.

Den Grundsatz der Wiederherstellung fassen wir dann aber auch in einem besonderen Sinn, und da befinden wir Missionare uns inmitten der andern durch den Weltkrieg Geschädigten. Wir fordern Wiederherstellung der Kriegsschäden und Wiederaufbau der Kriegsruinen. Es erübrigt sich, in Zahlen und Schilderungen erneut ein Bild der Verwüstungen zu geben, die der Krieg direkt und indirekt auf dem Arbeitsfelde der afrikanischen Missionen angerichtet hat. Ausgeraubte Kirchen, zerstörte Stationen, verbannte und gefangene Missionare sprechen eine deutliche Sprache. Der Missionar ist nicht als Ankläger da, aber er darf doch dazu auffordern, die zugefügten Schäden wieder gutzumachen. Er geht sicher nicht zu weit, wenn er verlangt, in Sachen der Entschädigung den durch den Krieg Privatbeschädigten in jeder Weise gleichgestellt zu werden.

3. Wir fordern endlich die Mobilisation für die Friedenswirtschaft im Reiche Gottes, d. h. die Einstellung und Sammlung aller geistigen und materiellen Kräfte des katholischen Deutschland für die neuzubeginnende Friedensarbeit über dem Meere. Es ist allgemein anerkannt, daß die Missionare draußen eine Fülle geistiger und materieller Mittel gebrauchen, um den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen, um Gottes Werk immer weiter und weiter auszubreiten. Das wichtigste Werk ist im Augenblick der Wiederaufbau der seelischen Ruinen. In dieser Hinsicht wird der Umstand entscheidend sein, ob es uns möglich ist, gleich eine große oder doch wenigstens genügende Zahl von Missionaren auf das Arbeitsfeld bringen zu können. Jetzt ist noch viel zu retten, aber schon in einigen Jahren wäre es wohl bestimmt zu spät. Dann werden Tausende, die uns und dem Christentum schon nahe standen, bereits verloren sein. Wir waren in vielen Missionsgebieten Afrikas und auch in Kamerun in den letzten Jahren an einer Entwicklungsstufe angekommen, wo der Stand des Werkes keine lässige Arbeit ertrug, wo jede Kraft angestrengt werden mußte. Wir waren mitten in der drängendsten Erntezeit. Der Zudrang der Heidenwelt zum Christentum wurde immer größer. Ich erinnere nur an die Station Jaunde (Kamerun), wo im Jahre 1913 allein über 5000 Heiden getauft wurden, wo die heidnischen Häuptlinge Stunden und halbe Tage lang an der Treppe unseres Wohnhauses saßen und auf die Zusage warteten, daß auch in ihr Gebiet bald ein schwarzer Lehrer geschickt werde. Deshalb muß auch in unserem Friedensprogramm der Satz stehen: Alle Mann an Bord! Alle Kräfte herbei! Das gilt um so mehr, als der Krieg in die Reihen der bisherigen und leider erst recht der zukünftigen Glaubensboten weite Lücken gerissen hat. Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß nach dem Kriege auch der Zudrang der Neger zum Christentum nicht mehr der gleich starke sein werde wie vor dem Kriege, da die Autorität der weißen Glaubensboten erschüttert sei und der Anblick der sich bekriegenden christlichen Nationen bei der schwarzen Rasse die Hochachtung vor dem Christentum selbst sehr herabgemindert habe. Doch schon allein die großen Erfolge unserer Missionare auf Fernando Poo, die ausschließlich unter solchen Negern wirken, die allen diesen seelischen Nachteilen und Einflüssen des Krieges ausgesetzt waren, müssen uns in dieser Beziehung eines Besseren belehren und unsere Befürchtungen schwinden lassen.

Für jeden deutschen Missionar ist es sodann ein sehr großer Trost, daß wir in unserem lieben Vaterlande einen so bedeutenden Aufschwung des heimatlichen Missionswesens zu verzeichnen haben. Es wird Deutschland stets zur größten Ehre gereichen, daß es in einer Zeit, wo es von Feinden rings umgeben um seine Existenz kämpfte, dennoch Gottes Sache nicht vergessend, dem Missionsgedanken größte Aufmerksamkeit und höchstes Interesse schenkte. Wurde unserem Vaterlande auch der Sieg auf dem Schlachtfelde nicht zuteil, auf dem Gebiete der geistigen und religiösen Schlachten hat es doch einen herrlichen Sieg davongetragen. Wir brauchen nur weiter fortzufahren auf diesem Wege. Und wir hoffen auch, daß eine vielleicht ungünstige Entwicklung der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat doch dem Missionswesen nicht allzu großen Schaden schaffen werde. Mit den für den Gottesfrieden Afrikas mobilisierten Kräften gilt es dann zu arbeiten, nicht nur um wieder aufzubauen, sondern auch um eine Hochblüte des Friedenswerkes vorzubereiten und zu schaffen.

Freilich ist gar manches noch dunkel in einem Augenblicke, wo über das Schicksal der deutschen Kolonien noch gar nicht entschieden worden ist. Aber vom Standpunkte der Freiheit, von

Standpunkte der Wiederherstellung und vom Standpunkte der Einstellung aller verfügbaren Kräfte für die Friedenswirtschaft des Missionswerkes schließen wir Missionare uns der Forderung des Deutschen Reiches auf Rückgabe der Kolonien und ihrer Missionen an. Deutschland hat durch seine Bemühungen, die ihm anvertrauten Kolonien mit allen Kräften durch die christlichen Missionare kulturell zu heben, durch die glänzenden Erfolge seiner Arbeiten, bei einzelnen Fehlern, den Beweis seiner kolonisatorischen Fähigkeit zur Genüge erbracht, und es ist darum mindestens ebenso würdig, Kolonien zu besitzen wie die übrigen Großmächte.

Die seit einem Menschenalter in den Kolonien nach deutschen Methoden eingerichteten Missionen würden durch Uebernahme von Missionsgesellschaften anderer Nationalität übrigens wohl in schwere Krisen geraten. Auch haben die deutschen Missionsgesellschaften dieser Missionen so viele Mittel aufgewandt, daß sie ein natürliches Recht auf deren Weiterführung beanspruchen können. Ob sodann das Wohl der Neger, das ja als Grund eines Besitzwechsels vielfach angegeben wird, durch den Wechsel von Regierung und Missionen gefördert würde, ist doch wohl sehr zweifelhaft. Für einen Neuling sind Jahre erfordert, sich bei diesen Völkern so einzuleben, um für ihr Wohl ersprießlich wirken zu können. Für die Missionare Kameruns gilt noch insbesondere, daß die Küstengebiete infolge früherer Völkerwanderungen von Bewohnern mit den verschiedensten Sprachen besetzt sind. Da wäre es dem Wohle der dortigen Negerstämme gewiß nur zum größten Vorteil, wenn Missionare, die unter jahrzehntelangen Mühen in diese Sprachen sich einarbeiteten, zum Teil ihre Studien schriftlich niederlegten oder gerade niederlegen wollten, in ihrem Wirkungskreise belassen würden. Es ist weiterhin auf den ersten Blick nicht ersichtlich, daß bei etwaigem Besitzwechsel der Kolonien in jedem Falle notwendig auch die Missionsgenossenschaften wechseln müssen. Ganz überflüssig wäre dieser Wechsel der Missionare offensichtlich, wenn bei oder nach Friedensschluß der Völkerbundgedanke sich verwirklichen würde. Gewiß würden die fremdnationalen Missionare, die von der herrschenden Regierung in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgabe auf keine Weise behindert würden, ihrerseits loyal die erlaubten Mittel anwenden, die in Schule und Leben die Liebe und Anhänglichkeit der Bewohner gegen den besetzenden Staat fördern.

Als Gegenleistung dürften sie dann allerdings wohl beanspruchen, daß jene Arbeiten, die direkt der Nation dienen, auch durch Staatsmittel beglichen würden. Zu diesen Arbeiten wäre sicher ein Teil des Schulbetriebes zu rechnen, wo durch Geschichtsunterricht und durch ähnliche Beeinflussungen dem Staatsgedanken gedient und durch die Betreibung der neutralen Fächer die wirtschaftliche Kraft des Landes gehoben wird. Es kann den Missionaren anderer Nationen nicht zugemutet werden, die Gelder, die sie von ihren Nationen für das Missionswerk erhielten, für diese fremdnationalen weltlichen Zwecke zu verwenden.

Sehr zu begrüßen wären endlich im Interesse des Wirkens der Missionare internationale Abmachungen darüber, wie in künftigen Kriegen die persönliche Freiheit, das Eigentumsrecht und die Würde der Missionare von den eigenen und feindlichen Nationen gewahrt werden sollen, um ein Wiederkehren der entwürdigenden Ereignisse dieses Krieges zu verhüten.

Vorliegende Grundsätze bilden das Friedensprogramm der Missionare. Es ist nichts anderes als das Programm Christi, als das Programm der christlichen und deutschen Glaubensboten. Es ist das Programm, dem wir bisher mit Gottes Hilfe unsere Missionserfolge in Afrika verdanken und das auch künftig die Gewähr des Erfolges trägt.

In diesem Programm fühlen wir uns einig mit den Missionaren anderer Nationen, und so meine ich, daß wir in der Proklamierung der drei genannten Punkte einen religiösen, missionarischen Völkerbund haben könnten. Es wäre der Bund der missionsbegeisterten Nationen christlichen Bekenntnisses. Es würde eine Vereinigung sein, die nach den bewährten christlichen Ideen und Grundsätzen alle aufsteigenden Schwierigkeiten in bezug auf Besetzung der Missionsgebiete, Sicherheit der Glaubensboten, Verhältnis von internationaler Arbeit und nationaler Gesinnung lösen würde. Es wäre der Weg, auf dem Mißverständnisse zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen sich beheben ließen. Dieser Völkerbund zum Heile der nichtchristlichen Welt, zum Heile vor allem der afrikanischen Rassen würde bestimmt seine Zukunft haben, wenn wir alle für seine Ziele uns einsetzen. Das gebe eine gnädige Vorsehung!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer neue „Zwischenfälle".

Die Schönfärber nennen diese Dinge „Zwischenfälle"; in Wirklichkeit sind es Aufruhrversuche, die sich nicht bloß gegen die gegenwärtige Regierung, sondern auch gegen die Nationalversammlung und überhaupt gegen jede allgemeine Volksvertretung richten. Die Blasen steigen bald an diesem, bald an jenem Punkte des Kochkessels empor: z. B. in Düsseldorf, in Stettin, in Greifswald, in Hamburg, in Wilhelmshaven, in Bremen und sogar in Weimar. Das Feuer unter dem Kessel wird aber von einer zielbewußten Hand geschürt. Alles dient demselben Plane: die demokratische Ordnung unmöglich zu machen und gegenüber den gewählten Volksvertretungen die Diktatur des „Proletariats", den Terror der verbündeten Unabhängigen und Bolschewisten durchzusetzen.

Der leitende Gedanke trat klar zu Tage in der jüngsten Aktion der Berliner Unabhängigen. Trotz ihrer Niederlagen im Straßenkampf und im Wahlgang setzten sie in einer Tagung der „Räte" von Groß-Berlin den Beschluß durch, es solle eine Reichskonferenz der deutschen A.- u. S.-Räte einberufen werden. Eine solche Konferenz hat es ja noch im Dezember gegeben, und sie hat einen Zentralrat eingesetzt, der ohne gesetzliche Berechtigung, aber mit der üblichen revolutionären Willkür als oberstes Organ neben oder gar über die Regierung gestellt wurde. Dieser Zentralrat ist aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzt, findet also bei den Radikalen keine Liebe und kein Vertrauen. Sie wollen eine neue Mobilmachung der A.- und S.-Räte, um einen terroristischen Zentralrat zu bilden, der den Kampf gegen die Nationalversammlung offen aufnimmt und mit bolschewistischen Gewaltmitteln durchführt. Die Matadoren in den A.- und S.-Räten ahnen das Todesurteil, das die Nationalversammlung über diese Organe der einseitigen Klassenherrschaft fällen muß. Sie wollen aber ihre Macht (und auch das schöne selbstbewilligte Geld) nicht fahren lassen. Morituri nos salutant; sie begrüßen uns mit Putschen auf Rathäuser, Regierungsgebäude, Kasernen usw. Wenn die örtlichen Gewalttaten nur vorübergehenden Erfolg haben, so genügt das den Drahtziehern; die Bewegung bleibt in Fluß, die Trümmer machen Freude, die Unzufriedenheit läßt sich weiter schüren. Die Scheu vor dem „Blutvergießen" ist bekanntlich auf seiten der Regierung sehr groß. Darauf spekuliert man. Des lieben Friedens halber läßt sich die Regierung immer wieder zu „Verhandlungen" herbei, auch wenn sie die nötigen Kräfte zur Erzwingung der glatten Kapitulation zur Stelle hat. In Bremen war der Vorgang typisch. Die überrevolutionäre „Regierung", die sich der Stadt bemächtigt hatte, bot der Reichsregierung Trotz nach allen Regeln der Waffenkunst, während die Truppen der Berliner Regierung in genügender Zahl und Ausrüstung vor den Toren der Bremer Kommune standen. Die Erstürmung wurde aufgeschoben. Von Hamburg und Oldenburg eilten Vermittler herbei. Es wurde ein Kompromiß gezimmert. Die neuen Machthaber von Bremen erklären freilich ihren Rücktritt; aber die Waffen der aufrührerischen Arbeiterschaft wollen sie nicht der Berliner Regierungstruppe abliefern, sondern dem Korpssoldatenrat des ihnen näher stehenden 9. Armeekorps. Da dieser Gewahrsam unsicher ist, hat der oberste Soldatenrat von Groß-Hamburg noch eine Garantie übernommen, deren pupillarische Sicherheit zweifelhaft bleibt. Die Hauptsache ist, daß die von Berlin entsandten Ordnungstruppen nicht in die Stadt einrücken. Und die Reichsregierung verhandelt weiter.

Bezeichnend ist ferner der „Zwischenfall" in Weimar. Die Regierung schickt zur Sicherung der Residenz der Nationalversammlung Truppen. Hundert Mann gehen als Quartiermacher in die Stadt voraus und werden vom Soldatenrat des dortigen Infanterieregiments ohne weiteres entwaffnet, widerstrebende Offiziere verhaftet. Die Gewalttat ist nun freilich rückgängig gemacht worden, aber erst nach der Zusicherung an den Soldatenrat, daß die Weimarer Garnison durchaus nicht in ihrer Unterkunft beeinträchtigt werden soll. Von einer Bestrafung des gewalttätigen Soldatenrats hört man nichts. Wohl aber läßt die Regierung versichern, daß jede mögliche Vorsorge gegen künftige Zwischenfälle getroffen worden sei. Die Nationalversammlung kann sich aber auf Abenteuer noch gefaßt halten.

Daß auf eine Niederlage im Kriege eine kommunistische Schilderhebung folgt, hat schon das Frühjahr 1871 in Frank-

reich gezeigt. Der große Unterschied zugunsten der Franzosen war der, daß sich eine Kommune nur in Paris bildete und daß die kampffähig gebliebene Armee der Regierung die Möglichkeit gab, mit einem scharfen Schlag der Hydra den einen Kopf abzutrennen. Bei uns zu Lande gleicht der Kommunismus der lernäischen Schlange; wenn man einen Kopf abschlägt, so wachsen immer neue Köpfe nach. Bald hier, bald da neue Putsche: ein Schrecken ohne Ende. Demgegenüber eine schwache Regierung, die sich die nötigsten Ordnungskräfte erst mühsam bilden muß und dann nicht richtig zu verwerten wagt.

Die Pariser Kommune von 1871 fand keine Unterstützung von einer auswärtigen Macht. Die „deutschen" Ruhestörer von heute werden aber von der bolschewistischen Regierung Rußlands mit Geld, Waffen und Agenten wirksam unterstützt. Joffe, der unter der Maske eines friedlichen Botschafters die deutsche Revolution vorbereitete, hat neuerdings offen angekündigt, die Spartakusleute und ihre Genossen warteten nur auf den Einmarsch der russischen Truppen in Ostpreußen, um neuerdings loszuschlagen.

Die ewigen Unruhen in Deutschland lähmen die Arbeit, bedrohen unsere Ernährung, bringen uns eine Kohlen- und Verkehrsnot, die das ganze wirtschaftliche Leben gefährdet, und erleichtern den feindseligen Machthabern die Verzögerung des Friedensschlusses und die Verschärfung der Bedingungen trotz Wilson. Die Aufgabe der Nationalversammlung wird immer schwerer. Sie soll nicht allein eine Regierung ernennen, sondern ihr auch die Machtmittel verschaffen, die zur Unterdrückung der Terroristen und zur Kaltstellung der ganzen A.- und S.-Räte notwendig sind. Die Wähler haben das ihrige getan; aller Augen warten auf die Gewählten.

Die Preußenwahlen.

Wenn zwischen den Reichs- und Staatswahlen nur eine Woche liegt und beide nach denselben Listen im gleichen Verfahren erfolgen, so ist die Harmonie selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß die neue demokratische Landesversammlung sich stärker von dem früheren Dreiklassen-Landtag unterscheidet, wie die Nationalversammlung von dem alten Reichstag, der bereits aus gleicher und geheimer Wahl hervorgegangen war. Das neue Wahlrecht war auf den sozialdemokratischen Vorteil zugeschnitten. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß die Zentrumspartei bei den Preußenwahlen sich als zweitstärkste Partei behauptet und dieselbe Stärke wie in der Nationalversammlung errungen hat.

Beachtenswert ist ferner, daß die Scheidemannschen Sozialisten und die demokratische Partei zusammen nur eine ganz knappe Mehrheit errungen haben. Wenn demnach in dem preußischen Landtag zur Herstellung einer standfesten Regierungsmehrheit die Heranziehung von weiteren bürgerlichen Vertretern erforderlich wird, so muß das auch auf die Gruppierung in der deutschen Nationalversammlung zurückwirken und zwar im Gegensatz zu den Linksblock-Bestrebungen und zugunsten des Zentrumseinflusses.

Das ist wesentlich als Gegengewicht gegen die unitarischen Bestrebungen, die der Abg. Speck in der vorigen Nummer der „Allg. Rundschau" gegeißelt hat. Dabei hob er treffend hervor, daß die Aufteilung Preußens keine übermäßigen föderalistischen Hoffnungen erwecken darf, da die preußischen Staatsteile nach ihrem Zerfall in dem geplanten „Staatenhaus", dem Erbe des alten Bundesrats, bedeutend mehr Stimmen erlangen würden, als bei einheitlicher Vertretung des sog. Präsidialstaates.

Die Zerstückelung Preußens können wir uns noch überlegen. Viel brennender sind die Fragen der inneren Ruhe, der Ernährung, der Arbeit und des äußeren Friedens.

Königin Marie Therese †.

Die Nachricht vom Hinscheiden der Königin Marie Therese von Bayern begegnet weit über die bayerischen Grenzen hinaus herzlicher Teilnahme. Diese entquillt nicht nur den tragischen Verhältnissen, welche die letzten Lebenswochen der Verblichenen verdüsterten, sondern vor allem der Hochschätzung, die sie als Vorbild einer in fast 51jähriger Ehe bewährten christlichen deutschen Hausfrau, Gattin und Mutter, wie einer gütigen, in den Werken der Caritas sich erschöpfenden Fürstin genoß. Aufrichtiges Mitfühlen bringt das Bayernvolk dem leidgebeugten König und der königlichen Familie entgegen; das Band der Herzen, geknüpft durch eine 700jährige Geschichte zwischen Bayern und Wittelsbach, läßt sich nicht durch die Gewalt einiger Wochen zerreißen, wenn auch die politischen Verhältnisse sich geändert haben.

Deutscher Verfassungsentwurf und ... belgisches Grundgesetz.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

I.

Während der Besetzung Belgiens hatten viele deutsche Beamten die Gelegenheit und die Pflicht, sich in den Text und in den Geist der dortigen Verfassung zu vertiefen. Ihre vorgesetzte oberste Behörde war merkwürdigerweise für die Zivilverwaltung des besetzten Auslandes das Reichsamt des Innern, weil eben dort die Erfahrung der Verwaltungsaufsicht vorhanden ist. Dort haben also auch bei Erörterung vieler Fragen manche Herren das öffentliche Recht des belgischen Staats kennen lernen müssen. Kein Wunder, daß sich gewisse Züge dieses Staatsrechts in dem deutschen Verfassungsentwurf wiederfinden. Insbesondere konnte jeder redliche Anhänger einer freiheitlichen Entwickelung des deutschen Staatslebens auf die belgischen Bestimmungen aufmerksam werden, welche den Grundrechten der Staatsbürger Ausdruck und Dauer verleihen. Die Revolutionäre von 1830—1831 waren bei ihrem Aufstand gegen den holländischen König und in diesen freiheitlichen Bestrebungen meistens von einem edeln Idealismus getragen, sowie von dem größten Vertrauen auf den gesunden Verstand, auf die Mäßigung ihres Volkes. Sie schufen die damals freieste Verfassung der Welt. Die Praxis zeigte wohl Schattenseiten. Fehler werden nirgends ganz vermieden. Die deutschen Beamten konnten aber doch jeden Tag eines wahrnehmen: die Durchführung jener Grundgedanken der belgischen Verfassung war von der belgischen Verwaltung im großen und ganzen ehrlich erstrebt oder wenigstens im allgemeinen zugelassen. Die Kunst des Lebenlassens war übrigens in Belgien mit einem weitgehenden Gutenjungestil entwickelt (»bongarçonnisme«). Dies gab auch den verfehlten Maßnahmen und falschen Verwaltungssystemen, ja sogar einer verhängnisvollen Politik einen guten Schein, ein freundliches Aeußere. Nur so ist es erklärlich, daß gewisse Rückständigkeiten und Verkehrtheiten erträglich blieben. Die fast allgemeine Lauterkeit der Absichten und der Charaktere der führenden Männer aller Parteien trug wesentlich dazu bei. Beides ist in der Hauptsache die Grundlage des teilweise verdienten guten Rufes Belgiens in der Welt. Wohl wurden politische Führer zu oft und allzuweit abhängig von der französisch-zaristischen Hochfinanz und brachten dadurch das Land auf Abwege, gegen den Geist der Demokratie und der Neutralität. Doch ist der gute Glaube der meisten Anbeter und ... Gewinnler dieses Systems kaum zu bezweifeln. Sie machten eben Gebrauch von der unbeschränkten nationalen Freiheit. Auch ein wissenschaftlicher Beobachter ihres Treibens, Prof. Karl Hampe-Heidelberg, schrieb November 1915 in der Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, S. 196: „Möglich, daß diese (belgische Regierung) eben wegen der ihr stets (durch ihre eigenen Gesandten) versicherten Friedfertigkeit der deutschen Politik sich über die Gefährlichkeit ihres eigenen neutralitätswidrigen Verhaltens täuschte." In demselben vornehmen Sinne muß man die guten Seiten des belgischen Regimes gelten lassen. Schreiber dieses hatte Gelegenheit, auf dem Katholikentage in Aachen 1912 die Aufmerksamkeit der deutschen Oeffentlichkeit auf die „belgischen Freiheiten" zu lenken und auf gewisse Lehren hinzuweisen.

Der Urheber des deutschen Verfassungsentwurfes hat auch einsehen können, daß diese Freiheiten von mancher Seite ehrlich gemeint und teilweise wirklich vorhanden waren, wenn auch, zum Beispiel in der Sprachenfrage, andere Einflüsse einige gute Ansätze vereitelten. Jedenfalls hält er sich ziemlich genau an die Gedankengänge der belgischen Verfassung von 1831, soweit die Rede von den Grundrechten der Bürger ist. Leider zeigen einige Abweichungen, daß gewisse Betätigungen der staatsbürgerlichen Freiheit anders aufgefaßt werden oder gar nicht dem Geschmacke entsprechen. Die Vergleichung der Texte wird vielleicht unbewußte Absichten und Neigungen näher beleuchten. Sonst erscheint mehrfach der belgische Text wörtlich übersetzt und selbst, abgesehen von ein paar Umstellungen, die Reihenfolge der „Grundrechte" nachgeahmt. Daß dem Entwurfe gegenüber etwaigen Vorbildern noch manches fehlt, wurde schon im voraus zugestanden; es hat aber bisweilen eine tiefere Bedeutung.

Der deutsche Verfassungsentwurf fängt an, wie das belgische Grundgesetz, mit der Bestimmung der Teilung des Reichs in seine bisherigen Gliedstaaten. Der belgische Text drückt diesen Gedanken selbst schärfer aus: „Belgien ist geteilt in Provinzen". Freilich sind es nur Provinzen, nicht Gliedstaaten, wie in Deutschland. Doch ist es merkwürdig, daß die Verfassung des Einheitsstaates Belgien mit der Erklärung einer eigentlichen Verwaltungstrennung anfängt. Um so mehr, als die Väter des neuen Staates die zahlreichen Verfassungen der französischen Republik und der von ihr abhängigen zisalpinen, transpadanischen, helvetischen usw. Republiken vor Augen hatten, welche durchgängig mit der entgegengesetzten Erklärung anfingen: „Die Republik ist ein- und unteilbar". Die Ueberlieferungen des Landes, dem Humanisten und Romanisten der Neuzeit zusammen mit Holland den vergessenen Namen Belgien gaben, waren der Zentralisation nicht günstig: Flandern, Brabant, Hennegau, Lüttich, Namur, Luxemburg usw. hatten bis zur gewaltsamen französischen Eroberung von 1794 ihre politische und administrative Trennung beibehalten, sie waren nur lose verbundene Staaten. Die Revolution von 1830 war auch gerichtet gegen den holländischen Zentralismus. So fand der überlieferte Gedanke der Trennung gleich in der ersten Zeile der Verfassung seinen befehlenden Ausdruck. Trotzdem hat die belgische Gesetzgebung und Verwaltung gegen den Wunsch vieler Einwohner das Land als Einheitsstaat behandelt und manche Einrichtungen zentralisiert.

Die deutsche Revolution von 1918 wird auch teilweise gekennzeichnet durch den Gedanken einer Beschränkung der Zentralisation oder jedenfalls der Abschaffung der Vormachtstellung Preußens. Ist der Verfassungsentwurf mit dieser Tendenz einverstanden? Aus allem ist ersichtlich, daß er im Gegenteil die Tatsache nur bedauernd bucht, daß „das Deutsche Reich aus seinen bisherigen Gliedstaaten besteht". Diese Ausdrücke sind keine grundsätzliche Festigung des Zustandes. Die Gliedstaaten werden kaum wie belgische Provinzen behandelt: Reichsrecht bricht Landesrecht, ganz allgemein, ohne Beschränkung, während §§ 31 und 108 der belgischen Verfassung den Provinzen ausdrücklich alles überlassen, was provinzielles Interesse hat. Tatsächlich haben während der dreißigjährigen katholischen Verwaltung 1884—1914 drei von neun Provinzen eine liberale bzw. sozialistische Politik energisch vertreten können, ohne daß die Zentralregierung die meisten ihr mißliebigen Maßnahmen verhindern konnte. Wird das auch der Fall sein im neuen Deutschland? Wird der neue Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ein Vertreter der bundesstaatlichen Auffassung sein, oder ein Werkzeug der Zentralisation?

Das Zentrum hatte schon anläßlich des lippischen Erbfolgestreits die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes beantragt. Zu bemerken ist, daß der jetzige Entwurf die Streitigkeiten zwischen Reich und Gliedstaaten dem Staatsgerichtshofe nicht anvertraut, wie überhaupt der Verfassungsvorschlag die Einrichtung einer unabhängigen Justizgewalt ganz beiseite läßt, wodurch er sich von dem belgischen Grundgesetz nachteilig unterscheidet.

Der § 2 des Entwurfes entspricht dem § 25 der belgischen Verfassung, aber mit einem großen Unterschied: alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. In Belgien werden nach der alten, in England und in Amerika bewährten und durch Montesquieu verherrlichten Theorie drei voneinander ganz unabhängige Gewalten eingesetzt: Die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche. Die staatsrechtliche Wissenschaft erklärt durch die überwiegende Mehrheit ihrer Vertreter aller Länder, daß, wo diese Trennung der Gewalten nicht besteht, es keine Verfassung gibt, sondern eine Allmacht einer Autorität. Erst recht in den Republiken sollten die Garantien der Freiheit der Bürger und die Gegengewichte gegen die Mißbräuche einer alleinherrschenden Staatsgewalt fest verankert und verbürgt werden. Der deutsche Entwurf ist aber nicht „trinitarisch", sondern „unitarisch", spricht nur von „der" Staatsgewalt und bleibt in dem Ideenkreise derer befangen, die den einzelnen Menschen gegenüber dem allgewaltigen Staat ohnmächtig läßt. Vielleicht ist das noch altpreußische Ueberlieferung.

Da, wie oben schon bemerkt, von der richterlichen Gewalt gar nicht die Rede ist, werden die Richter anscheinend angesehen als Beamte wie die andern, und nicht als die von der ausführenden Macht unabhängigen Vertreter des Rechts. Wo Berufung und Beförderung der Richter nur von der Regierung abhängen, da ist der Richter nicht derselbe wie in Staaten, wo gegen Willkür und Parteisucht Schranken gelegt werden, entweder durch Vorschlagsrechte der Gerichte selbst und unabhängiger Körperschaften wie in Belgien, oder durch Volkswahl, wie es unter gewissen Kautelen, leider aber unter Einmischung der örtlichen Politik, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten der Fall ist.

Im deutschen Entwurf folgt dann (§ 18) wie im belgischen Grundgesetz und in ähnlichen Ausdrücken die Bejahung der Gleichheit vor dem Gesetz und die Abschaffung jedes Unterschiedes des Standes usw. Sehr logisch kommt gleich dann in der belgischen Verfassung (§ 7) die Bürgschaft der bürgerlichen Freiheit, das Habeas corpus, das jahrhundertalte Grundrecht des englischen Bürgers gegen Staatswillkür. Der deutsche Entwurf schiebt diese grundlegende Freierklärung des Einzelnen ein wenig weiter, bis § 24. Er übersetzt da freilich fast wörtlich den belgischen Text. Es fehlen aber dann leider die beiden folgenden Garantien der persönlichen Freiheit, welche die belgische Verfassung in ihren §§ 8 und 9 lapidarisch ausdrückt: „Niemand darf gegen seinen Willen dem Richter entzogen werden, den das Gesetz ihm bestimmt." Weiter: „Keine Strafe darf vorgeschrieben oder auferlegt werden, es sei denn kraft des Gesetzes." Diese Garantien gegen willkürlich eingesetzte Sondergerichte, Lynchjustiz usw. werden nach belgischem Staatsrecht noch verbürgt durch § 94, der bestimmt: „Kein Gericht, keine Jurisdiktion darf eingesetzt werden, es sei denn kraft eines Gesetzes. Es dürfen keine außerordentlichen Gerichte oder Kommissionen eingesetzt werden, gleich unter welchem Namen."

Freilich ist die belgische Praxis während des Krieges und, wie es heißt, noch jetzt von diesen Verfassungsvorschriften abgewichen.

Der § 107 der belgischen Verfassung bestimmt ferner, daß die Gerichte die Verordnungen des Staates, der Provinzen und der Gemeinden nur soweit anwenden dürfen, als diese Erlasse mit den Gesetzen übereinstimmen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten geht weiter und unterstellt die Gesetze selbst dem Urteile des Bundesgerichts; dieser höchste Gerichtshof bestimmt trotz Präsident und beider Häuser der Volksvertretung, ob ein Gesetz verfassungsmäßig ist und angewendet werden darf. Besonders bei Demokratien sind ähnliche Kautelen gegen Vergewaltigung des Rechts durch die politischen Leidenschaften nicht immer unangebracht. Auch in der alten französischen Monarchie boten oft die großen Gerichtshöfe (damals Parlamente geheißen) Widerstand gegen ihrer Meinung nach verfassungswidrige Ordonnanzen der Monarchen, welche nur durch Abhaltung eines »lit de justice« mit Zeitverlust und persönlichem Erscheinen ihren Willen durchsetzen und die Registrierung und Verkündigung einer Verordnung erzwingen konnten. Die Auseinandersetzungen, welche dadurch entstanden, führten bisweilen zur Nachgiebigkeit der Staatsgewalt oder zu Milderungen, zu einem Ausgleiche. Sind solche Kautelen in Demokratien immer überflüssig? Ist Bedenkzeit immer schädlich?

Nach der unvollständigen Bürgschaft der persönlichen Freiheit behandelt der folgende § 25 des deutschen Entwurfes, wie der folgende § 10 der belgischen Verfassung, und in fast gleichem Wortlaute, die Unverletzlichkeit der Wohnung, weiter § 26 die Unverletzlichkeit des Eigentums. Hier ist ein wichtiger Unterschied gegenüber dem ähnlichen § 11 des belgischen Grundgesetzes: in Belgien darf die Enteignung nur „bei gerechter und vorheriger Entschädigung" stattfinden. Im deutschen Entwurfe ist von Entschädigung überhaupt keine Rede. Es bleibt dem Eigentümer nur eine Garantie: daß eine gesetzliche Grundlage und nicht allein Beamtenwillkür zur Enteignung erforderlich ist. Inwieweit diese gesetzliche Grundlage genügen wird, soll die Erfahrung lehren. In Belgien steht unverbrüchlich fest, daß im Falle der Uneinigkeit zwischen öffentlicher Gewalt und dem Eigentümer die bürgerlichen Gerichte allein die Entscheidung treffen. Freilich wird mit Recht geklagt, daß gerade diese Prozesse langwierig sind, und daß notwendige, ja dringliche öffentliche Arbeiten um zwanzig Jahre und mehr durch die Langsamkeit der Gerichte und der durch dieselben angestellten Sachverständigen hintangehalten werden. Ein gesetzgeberischer Reformversuch von 1907 konnte diese Mißstände kaum mildern. Die im deutschen Entwurf (§ 28) enthaltenen Pläne der Aenderung und Aufteilung des Grundbesitzes geben diesen gerichtlichen Garantien jedenfalls eine erhöhte Bedeutung.

Die belgische Verfassung fügt (§ 12) ihrer Bestimmung der Unverletzlichkeit des Eigentums das Verbot der Wiederherstellung der Strafe der Güterkonfiskation hinzu. Ein Trost vielleicht für die Opfer der Beschlagnahmen, wenn das sogenannte Kriegsrecht das ewige Recht nicht bricht. (Schluß folgt.)

Die Religion in allen bayerischen Schulen zum Wahlfach herabgesetzt.

Von Geistl. Rat Professor Dr. Hoffmann, München.

Eine Verordnung des provisorischen bayerischen Ministers für Unterricht und Kultus vom 25. Januar macht die Religionslehre an allen Schulen des Volksstaates zum Wahlfach und stellt die Beteiligung der Schüler an den religiösen Uebungen in das Belieben der Erziehungsberechtigten:

„Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klaßlehrer abgegebenen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuche des Religionsunterrichts und der den Religionsunterricht ersetzenden Christenlehre entbunden.

Ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler und Schülerinnen vom Religionsunterricht entbunden sind oder nicht, können vom Standpunkt der Schule aus die Erziehungsberechtigten frei, das heißt ohne besondere Anzeige oder Genehmigung darüber bestimmen, ob und in welchem Umfange die Kinder den Gottesdienst und Schulgottesdienst besuchen und die sonstigen religiösen Verpflichtungen erfüllen sollen."

Wir wollen im folgenden nicht Stellung zur Frage nehmen, ob das provisorische Ministerium zu einer solch tief einschneidenden Verfügung berechtigt ist, ob diese also zurecht besteht (was mit gewichtigen Argumenten bestritten wird), auch nicht erörtern, ob es mit der wahren Demokratie vereinbar ist, daß ein Minister, dem nur die Minderheit des Volkes zur Seite steht, ohne die gewählten Vertreter des Landes zu Rate zu ziehen, für das künftige religiöse und kulturelle Leben des Volkes die Bahnen vorzeichnen will, schließlich wollen wir auch nicht den Geist der Geringschätzung gegen die Kirchen und ihre Vertreter charakterisieren, der aus dem Erlasse spricht; es genügt ja bereits eine mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klaßlehrer abgegebene Aeußerung des Erziehungsberechtigten, um die Befreiung des Schülers vom Religionsunterrichte „ohne weiteres" herbeizuführen; dem Religionslehrer, auch wenn er der Pfarrer des Kindes ist, braucht keinerlei Mitteilung gemacht zu werden; will dieser wissen, warum ein Schüler im Religionsunterrichte fehlt, ob wegen Krankheit, oder weil er den Religionsunterricht nicht mehr besuchen soll, so darf der Katechet sich jedesmal um Aufklärung an den Schulleiter oder Klaßlehrer wenden; hier kann er es ja erfragen.

All dieses soll abseits liegen bleiben, nur der Frage wollen wir näher treten: Welche Einwirkungen wird der Erlaß, wenn er bestehen bleibt, für die Erziehung der Jugend und die kulturelle Entwicklung des Volkes haben?

Der Erlaß macht die Religionslehre zum Wahlfach an allen Schulen, auch den elementaren, und nimmt sie so aus dem organischen Gefüge des Gesamtunterrichtes heraus. Damit wird ihre Kraft abgeschwächt, wenn nicht aufgehoben; denn es liegt nahe, daß auch das Kind die geringe Einschätzung nicht übersieht, diese übernimmt und seine Seele der religiösen Einwirkung nur wenig öffnet. Es werden außerdem die religiösen Ideen immer mehr aus dem ganzen Unterrichte schwinden; damit wird diesem seine beste Kraft für die Erziehung entzogen, ihm die Seele entführt. Zudem wird der ministerielle Erlaß vom 25. Januar seine Weiterung zur nachfolgenden Verdrängung und Herabwürdigung der Religion ziehen. Richtig ist, was im Einverständnisse mit den sämtlichen protestantischen Geistlichen und Religionsprofessoren Münchens Dekan Lembert erklärt: Wer die Absichten der Staatsregierung weiß und auch nur von der Technik des Stundenplanes etwas versteht, der erkennt klar, daß mit diesem Erlaß der Anfang gemacht ist, den Religionsunterricht aus der Schule hinauszudrängen. Die nämliche Ueberzeugung haben auch andere Männer. Wenn der Entwickelung auf dem abschüssigen Wege nicht kräftig Halt geboten wird, dürfte es nicht allzu schwierig sein, auch die einzelnen Etappen dieser Verdrängung im voraus zu bezeichnen. Für die religiöse Erziehung der katholischen Jugend ist weiterhin sehr schlimm, daß eine geordnete, zielbewußte Einführung in die religiöse Betätigung, also die praktische Anleitung zu einem Leben mit der Kirche und in ihrem Geiste unmöglich gemacht wird. Gewiß war es nur herzlich wenig, was bisher in diesem so wichtigen Punkte zu bieten möglich gewesen ist, doch es war immerhin etwas; außerdem konnte der Religionslehrer im allgemeinen sicher seinen Weg hierbei gehen; nunmehr ist Willkür und Störungen Tür und Tor geöffnet.

Die Religion aber ist der hervorragendste Erziehungsfaktor. Dieses haben auch einsichtsvolle moderne Pädagogen anerkannt. Das Gesagte gilt für die Bildung jeglicher Jugend, es gilt am meisten für diejenige, welche noch geistig unmündig ist; hier ist zumeist die Religion das einzige Moment, durch das der Erzieher einen Einfluß auf die jugendliche Seele gewinnt. Dieses geradezu unentbehrliche Erziehungsmittel wird der Jugend nun weggenommen, jedenfalls im weiten Umfange geschmälert.

Unersetzbar ist die religiöse Unterweisung und Uebung für Gemüt, Wille und Charakter der Jugend. Die Religion bietet dem jugendlichen Gemüte würdige, erhabene Anregungen und Gegenstände, die es davor bewahren, in die Niederungen, in Verbitterungen und Roheit zu verfallen, die es vielmehr heben und veredeln, ihm auch in schweren Schicksalsschlägen des Lebens die Kraft verleihen, sich zu halten, die so den Menschen vor dem geistigen Zusammenbruche schützen. Die Freudigkeit wahrhaft religiöser Personen legt hiervon Zeugnis ab; hervorragende Psychiater fordern von diesen Gesichtspunkten aus eine volle religiöse Erziehung. Die Willens- und Charakterbildung bedarf der Religion wie die Pflanze der Sonnenstrahlen. Findet sie diese nicht, dann wird sie kraftlos bleiben. Nur die Religion, und zwar die geoffenbarte, gewährt für Willen und Charakter die erforderliche Stütze durch die Beweggründe und Bindungen; sie gibt aber auch die notwendigen natürlichen und übernatürlichen Mittel, daß sie widerstandsfähig werden gegen innerlich und äußerlich widerliche Einflüsse. Es ist dieses eine Tatsache, die so allgemein anerkannt ist, daß es überflüssig erscheint, sie zu beweisen und zu belegen. Mit welcher Wärme und Kraft tritt z. B. Fr. W. Foerster hierfür ein, und doch nimmt dieser Pädagoge die Religion nur in dem Sinne immanenter Gefühle und Strebungen, die allerdings in der Richtung der positiven Religion gelegen sind, auch tritt er für mancherlei Uebungen und Einrichtungen der katholischen Kirche ein; würde es Foerster gegeben sein, ein volles Verständnis der Religion zu besitzen, er würde sicherlich noch mehr für ihren Erziehungswert Zeugnis ablegen können. Aehnlich ist das Urteil auch vieler völlig ungläubiger Pädagogen und Religionsphilosophen. In seinem weit verbreiteten und hoch geschätzten Buche „Die Erziehung des Willens", deutsch von Voelkel, 4. Aufl. 1910, bietet der französische Determinist Payot ein wohl erprobtes System der Willens- und Charaktererziehung; doch gibt er in der Vorrede eine scharfe Verurteilung seiner selbst und all jener, die mit ihm auf gleichen Pfaden wandeln; er sagt: „Die Kräfte, über welche die katholische Kirche, diese unvergleichliche Erzieherin der Charaktere, verfügte (in der von ihm beschriebenen Zeitperiode), genügten, um dem Leben der Gläubigen in seinen großen Linien Ziel und Richtung zu geben. Heute fehlt aber der Mehrheit der denkenden Geister die Leitung. Sie ist durch nichts ersetzt worden." Warum aber verschmäht man diese Kräfte?

Die Religion ist zweifellos das wichtigste Erziehungsmittel und dieses nimmt die provisorische bayerische Staatsregierung einem Teile der Jugend, für den andern setzt sie den Wert herab. Der protestierende Hirtenbrief des Erzbischofs von München und Freising stellt dieses Vorgehen noch über den Kindermord des Königs Herodes. Gegenwärtig war auch der allerungünstigste Zeitpunkt für eine solche Maßnahme. Der langdauernde Weltkrieg hat viele unserer Jugendlichen zum moralischen Zusammenbruche geführt; seit langem klagte man über deren Verrohung und sah sich auch nach Heilmitteln um; die Not der Zeit führte sogar dazu, daß Baden an den Fortbildungsschulen den Religionsunterricht obligatorisch machte, in der Erkenntnis, daß nur in der Religion ein wirksames Gegenmittel gelegen ist. Die Revolution hat sicherlich nicht aufbauend auf die Heranwachsenden gewirkt. Und nun wird diesen auch noch der letzte Halt entzogen, die religiöse Beeinflussung verkümmert.

Wird nun das Wort Payots wohl zunichte, daß die erzieherischen Kräfte der Religion durch nichts ersetzt worden sind? Was soll an ihre Stelle treten? Hierüber schweigt der Erlaß. Man kann sich denken, das reine Nichts; tatsächlich gibt es ja auch Männer und Frauen, denen selbst die wässerige religionslose Ethik noch zu fett ist, die nach dem Vorbilde von Paul Förster, Berlin (Jahrbuch der K. Preußischen Auskunftsstelle für Schulwesen, 1. Jahrg. 1913/1914 „Schulstreit oder Schulfriede?"), auch diese ablehnen. Andere aber wollen mit einem solchen Nihi-

lismus nichts zu tun haben und treten deshalb ein für den religionslosen Moralunterricht, jedenfalls nicht zuletzt in der Erwägung, daß Positives nicht durch ein reines Nichts verdrängt werden kann. Dem scheint man auch in Kreisen, die mit dem Erlasse des Ministeriums einig gehen, geneigt zu sein. Darauf weist hin die Rehabilitation, die dieses jener Unterweisung zuteil werden ließ; auch bekunden es die einsetzenden Bestrebungen des Kartells der freiheitlichen Vereine, die alle Eltern, deren innere Ueberzeugung es fordere, ihre Kinder nicht im konfessionellen, sondern in freigeistigem Sinne erziehen zu lassen, einladen, sie in diesen Unterricht zu senden. Die Organisation leitet Ludwig Gurlitt („Bayer. Kurier" Nr. 31, „Auf nach München!"). Wir haben während der Kriegsjahre und der sich anschließenden Zeit zur Genüge erfahren, und erfahren es noch immer, wie wenig die Ersatzmittel der Wirklichkeit entsprechen. Dieses trifft nicht weniger bei der religionslosen Moral als Ersatz der religiösen Bildung zu. Noch mehr wird dieses hervortreten, wenn einmal die letzten Strahlen der Religion, die jetzt noch in ihr zerstreut aufleuchten, geschwunden sein werden. Auch damit sagen wir nichts, das nicht auch aus den Reihen der Anhänger der religionslosen Ethik selbst zugestanden würde. Otto Dreyer z. B. bekennt in seinem „Undogmatischen Christentum": „Unverwüstlichen Lebensmut und tiefen Frieden, eine alle Disharmonie weit übertönende, siegreich durchbrechende Lebenseinheit habe ich nur bei den Helden des Glaubens gefunden, und ich weiß, daß viele unter euch (die sich vom positiven Christentum abgewandt haben) mir recht geben, viele selbst nach dem Glauben sehnsüchtig ausschauen, wie nach einem verlorenen Paradiese" (1888, S. 17). Der Krieg, namentlich in seiner ersten Hälfte, hat auch Sozialdemokraten zu dieser Ueberzeugung geführt.

Die religionslose Erziehung mag wohl unentwegte Sozialdemokraten heranbilden, ist aber nicht imstande, ein geordnetes, segenbringendes Staatswesen zu begründen und höhere Kultur zu schaffen. Eine Kultur, die sich auf Parteiideale stützen will, führt vielleicht zur Arbeit und zu materiellen Genüssen, entbehrt aber der höheren Ideale, der lichten Sterne am Himmel, die allein das Menschenherz aufrichten. Ueber die Bedeutung, welche hier die Religion hat, spricht Fr. W. Foerster in seinem neuesten Werke wiederholt in herrlicher Weise; nur eine Stelle sei angeführt: „Die Befestigung des persönlichen Gewissens gegenüber der heidnischen Allmacht des bloßen Staatswillens aber ist von jeher die größte Kulturleistung der christlichen Religion gewesen, ja auch ihre größte Leistung für die tiefere Fundamentierung des Staates selber; die christliche Religion erst hat den Menschen zur unerschütterlichen Treue gegenüber seiner geistigen Bestimmung erzogen, ihn vom Staate unabhängig gemacht und gerade dadurch auch seine Charakterkraft für die Aufgaben und Gefahren des Staatslebens selber aufs höchste verstärkt und befestigt" (Politische Ethik und politische Pädagogik, 1918, S. 523).

Der bayerische Kultusminister rühmt sich, schon seit 25 Jahren den Kampf gegen die Kirche zu führen. Die Revolution hat ihm einstweilen die Macht in die Hand gespielt; diese benützt er, um ungesäumt einen Schlag gegen die Kirche zu führen. Dieser aber ist derart, daß er mehr als die Kirche die glückliche Entwicklung der Jugend und des Gemeinwesens schädigen wird. Darum weisen nebst den kirchlichen Oberbehörden beider Konfessionen und kirchlichen Vereinen auch demokratische und liberale Zeitungen den Erlaß des Ministers mehr oder weniger entschieden zurück (vgl. „M. N. N." Nr. 51, „M.-Augsb. Abendz." Nr. 54). Ein Sturm der Entrüstung und des Protestes geht durch das bayerische Volk. Der Erzbischof von München und Freising aber sagt in seinem bereits erwähnten Hirtenbriefe: „Wir fordern den Religionsunterricht als Pflichtfach im Namen der Not der Zeit. Wunden ohne Zahl und Trümmer ohne Ende sind heute der bittere Anteil unseres Volkes. Aus allen Winkeln der Erde und des Himmels müßten wir die Heil- und Hilfskräfte zusammensuchen, um diese Wunden zu heilen und diese Trümmer wieder aufzubauen. Noch niemals in seiner Geschichte hat unser Volk den Heiland der Welt und die sozialen Kräfte des Glaubens so notwendig gehabt wie heute. Noch niemals ist die Religion mit ihren Heil- und Kraftquellen eine solche Staatsnotwendigkeit gewesen wie heute. Noch niemals war die Religion für das heranwachsende Geschlecht so sehr „Pflichtfach" wie heute, wenn die Zukunft nicht noch tiefere Wunden schlagen und noch größere Trümmer schaffen soll als die Gegenwart."

Die Wahlen im Großherzogtum Hessen.

Von Arthur von Chrismar, Darmstadt.

An den Wahlen zur Nationalversammlung hatten sich in unserem Lande folgende Parteien beteiligt: Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Zentrum, Demokratische Partei (früher Freisinnige Volkspartei), Deutsche Volkspartei (früher Nationalliberale Partei) und Hessische Volkspartei (früher Konservative und Bauernbund). Die Stellung der drei ersteren Parteien zu den religiösen Fragen der Gegenwart ist bekannt. Die Demokratische Partei versprach für eine friedliche Trennung von Kirche und Staat, eine freie Volkskirche und für Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule für Kinder solcher Eltern einzutreten, die das wünschen. Dabei vermied sie aber das Wort „konfessionell". Die Deutsche Volkspartei erklärte sich gegen die Trennung von Kirche und Staat und für Beibehaltung des konfessionellen Religionsunterrichts. Die Hessische Volkspartei erklärte sich ebenfalls gegen die Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche.

Bei einer außerordentlich starken Wahlbeteiligung (in der Residenz von 94%) erhielten die Mehrheitssozialisten 289 211, die Unabhängigen 12 633, das Zentrum 110 853, die Demokratische Partei 124 202, die Deutsche Volkspartei 73 349 und die Hessische Volkspartei 43 359 Stimmen. Gewählt sind 4 Mehrheitssozialisten, 2 Zentrumsleute, 2 Demokraten und 1 Anhänger der Deutschen Volkspartei. Die Prozentsätze von der abgegebenen Gesamtstimmenzahl betragen in obiger Reihenfolge, wobei die Ziffern von 1912 in Klammer beigefügt sind: 44,2 (39,0), 1,9 (0,0), 17,2 (9,9), 18,9 (16,0), 11,2 (26,0) und 6,6 (9,1). Hieraus ergibt sich, daß sich die sozialdemokratischen Stimmen in diesen sieben Jahren um 7,1%, die des Zentrums um 7,3% und die der Demokratischen Partei um 2,9% vermehrt haben, während bei der Deutschen Volkspartei ein Rückgang von 14,8 und bei der Hessischen Volkspartei ein solcher von 2,5% eingetreten ist.

Dagegen hat die Deutsche Volkspartei die Genugtuung, in der Person des früheren Finanzministers Dr. Becker eine Kapazität ersten Ranges durchgebracht zu haben. Bei der starken Zunahme der Zentrumsstimmen ist allerdings der Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Partei bei den letzten Wahlen von 1912 in 3 Kreisen keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, sondern direkt für verwandte Parteien eingetreten war. Nunmehr hat sie in der Person des Geh. Justizrates Dr. Schmitt-Mainz und des Ministerialdirektors v. Brentano-Offenbach zwei ihrer bedeutendsten Vertreter in die Nationalversammlung entsandt, während sie im Jahr 1912 leer ausgegangen war und es auch früher nie über ein Mandat gebracht hatte. Besonders gut hat die Partei in der zur Hälfte katholischen Provinz Rheinhessen abgeschnitten, während in den drei überwiegend katholischen Kreisstädten der Provinz Starkenburg, Dieburg, Bensheim und Heppenheim die Sozialdemokratie, allerdings mehr infolge der dortigen militärischen Einquartierung, starke Forschritte gemacht hat. In Darmstadt brachte das Zentrum die ansehnliche Zahl von 3441 Stimmen auf, obschon es eigentlich das erstemal energisch in die Wahlbewegung eingetreten war. Wie das liberale „Darmstädter Tagblatt" mitteilt, hätten daselbst auch viele (?) Nichtkatholische in der Erwägung für das Zentrum gestimmt, daß durch diese Partei die Interessen der beiden christlichen Religionsgemeinschaften im Kampf um Kirche und Staat am nachdrücklichsten und erfolgreichsten vertreten werden könnten. Im Uebrigen war es interessant zu beobachten, daß, je geringer in einer Gemeinde die Zahl der Katholiken ist, um so größer die sozialdemokratischen Mehrheiten sind. So haben z. B. in dem protestantischen Odenwald manche Landgemeinden überwiegend sozialdemokratisch gewählt, wie z. B. Brensbach, Reinheim und Rimbach.

Da bei den am 26. Januar betätigten Wahlen zur hessischen Volkskammer in der Hauptsache dieselben Wähler zur Urne berufen waren wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung, so konnte das Ergebnis kaum etwas Neues bringen. Bezeichnend war aber die fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Der letzte hessische Landtag war zusammengesetzt aus 17 Nationalliberalen, 15 Bauernbündlern, 8 Freisinnigen, 8 Zentrum, 7 Sozialdemokraten und 1 Parteilosen, erledigt waren 2 Mandate. Dies ergibt im Ganzen 58 Sitze. Dagegen wird die künftige hessische Volkskammer zählen 7 Nationalliberale (nunmehr: Deutsche Volkspartei), 5 Bauernbündler (nunmehr: Hessische Volkspartei), 13 Freisinnige (nunmehr: Demokratische Partei), 13 Zentrum,

31 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, im ganzen 70 Abgeordnete.

Den größten Verlust (10 Sitze) hat demnach der Bauernbund erlitten, ihm folgen die Nationalliberalen mit einem solchen von ebenfalls 10 Sitzen, während das Zentrum 5, die Demokratische Partei 5 und die Sozialdemokratie 24 Sitze mehr errungen hat. Die Linke hat ein Mehr von 30 Sitzen zu verzeichnen, während die Rechte 18 Sitze weniger hat. Von den früheren Zentrumsvertretern ziehen in die neue Volkskammer ein Geh. Justizrat Dr. Schmitt-Mainz, Ministerialdirektor v. Brentano-Offenbach, Stadtrechner Uebel-Dieburg, Lehrer Schorn-Mainz, Generalsekretär Hofmann-Lorsch und Weinhändler Soherr-Bingen, während 6 Herren und 1 Dame neu gewählt sind. Das Zentrum kann mit seinem Erfolg wohl zufrieden sein. Jahrelang war es infolge der stark zerstreut wohnenden Zentrumswähler zu schwach vertreten, während es nunmehr im deutschen und hessischen Parlament eine achtunggebietende Stellung erlangt hat. Mit Spannung sieht man im Hessenland der Lösung der einschneidenden Kulturfragen entgegen. Da die Sozialdemokraten und die Demokratische Volkspartei die Mehrheit haben und in den Weltanschauungsfragen nahe verwandt sind, so ist zu befürchten, daß das Hessenland mit seinen „liberalsten aller Schulgesetze" in Schul- und Kirchenfragen den sozialdemokratischen Ideen stark zum Opfer fallen wird.

Zur Gründung der „Italienischen Volkspartei".

Von Friedrich Ritter von Lama.

In völliger Verkennung der Tatsachen haben deutsche Blätter in diesen Tagen von der Gründung einer „neuen katholischen Partei in Italien" berichtet. Was ist die Wahrheit? Was anderwärts längst das Ergebnis einer ganz natürlichen und logischen Entwicklung, ein Erzeugnis von Zeitverhältnissen, eine Forderung der Anpassung an Zeitumstände, ein zweckmäßig verändertes Mittel eines unveränderlichen Zweckes war, nämlich die Bildung einer nicht-konfessionellen, politischen Partei aus konfessionellen Kreisen heraus zur Gewährleistung der Existenzbedingungen der Konfessionen und ihres ungehinderten Wirkens, das hat sich jetzt endlich auch in Italien vollzogen. Aber während man sich außerhalb Italiens z. B. in Deutschland längst mit der Existenz einer solchen Partei abgefunden hat und ihre Daseinsberechtigung nicht mehr zu bestreiten wagt, hinderte die Eigenart der italienischen Verhältnisse dort bisher die Ausreifung einer solchen Frucht. Die durch die ungelöste römische Frage den italienischen Katholiken bereitete Lage, der ewige Zwiespalt im Verhältnisse zu Kirche und Staat bestimmte nahezu ausschließlich das Zeitmaß der Entwicklung, weniger ihre Richtung. Der einzige Versuch, an den sich der Name Romolo Murris knüpft, den Dingen gewaltsam vorzugreifen, endete mit einem kläglichen Fiasko.

Daß es einmal zur Bildung auch einer solchen Partei in Italien kommen mußte, verstand sich von selbst. Die gesamte Tätigkeit der mit so vieler Mühe ins Leben gerufenen und mit noch mehr Mühe am Leben erhaltenen Vereinigungen und Organisationen insbesondere wirtschaftlicher Art der italienischen Katholiken war schließlich doch nur eine Sisyphusarbeit. Alle Selbsthilfe mußte unzulänglich sein, solange einerseits die staatliche Gesetzgebung ausgesprochen entgegengesetzte Ziele verfolgte und anderseits man auf das Mittel verzichtete, durch Männer, welche die eigenen Anschauungen und Grundsätze vertreten, in der gesetzgebenden Körperschaft die erforderlichen Gesetzesveränderungen und Reformen anzuregen oder durchzusetzen.

Seit Jahren auch erleben wir im methodisch gegliederten Bau der italienischen Katholikenorganisation immer neue Reformen, Abänderungen, Verbesserungen, Neuordnungen usw., zahllos sind die Statutenänderungen, aber alles erwies sich immer wieder als unzulänglich, denn immer wieder glaubte man, der Fehler liege an den Organisationen, wenn sie nicht die erhofften Früchte zeitigten. Selbst der Einzug einiger aus diesen Organisationen hervorgegangener Männer in das Parlament und in die Regierung blieb ein vereinzeltes Ereignis, scheinbar ohne den gehegten Erwartungen, nämlich durch die geschlagene Bresche stärkeren Zuzug zu ermöglichen, zu entsprechen. Einerseits hinderte die Disziplin großer katholischer Wählermassen, die das Non expedit achteten, größeren Zuzug, anderseits stieß auch jeder Versuch einer katholischen, also konfessionellen Parteibildung innerhalb des Parlamentes auf den entschiedensten Widerspruch des Hl. Stuhles. Man wollte eben die unvermeidliche Folge verhindern, nämlich den damit mechanisch hervorgerufenen Richtungswechsel der anderen Parteien, die sich mehr und mehr nach links gedrängt gesehen hätten. Saßen und sitzen doch in den Reihen der Rechten und der Gemäßigt-Liberalen zahlreiche Abgeordnete, die keinen geringeren Anspruch auf das Prädikat katholisch zu erheben berechtigt waren als etwa ein Meda, ein Rodinò u. a. m. So schien es, es fehle jede Möglichkeit, endlich aus dem toten Gleise herauszukommen, als ein Ereignis gewaltsam Wandel schuf, der Weltkrieg. Durch ihn wie durch hier nicht zu erörternde Einflüsse gedrängt, glaubten die italienischen Katholiken nicht mehr abseits stehen, sich unbeteiligt verhalten zu dürfen. Sie fürchteten den Vorwurf der Vaterlandsfeindschaft und machten schließlich entschieden mit. Und der Hl. Stuhl konnte nicht anders, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Jedes Eingreifen mußte ihn in offene Gegnerschaft zum italienischen Staate bringen und seiner grundsätzlichen Neutralität den Todesstoß versetzen. Unter tätiger Mitwirkung selbst einiger italienischer Kirchenfürsten, z. B. des Kardinals Maffi von Pisa, des Bischofs von Brescia, vollzog sich der Ausmarsch der italienischen Katholiken ins nationale Lager. Nun gab es kein Zurück mehr, ja, alles Weitere war nur die logische Folge dieses Schrittes. Nur die Schwierigkeit, die richtigen Formen zu finden, bestand, doch sorgten auch hier wieder die Umstände; die Gewalt der weltgeschichtlichen Tatsachen kam zu Hilfe: sie wies den Weg; der Wille, ihn zu gehen war vorhanden.

Die vorliegende Parteigründung reicht in ihren näheren Anfängen in den Beginn des Jahres 1918 zurück. Auf jenem Vertretertag in Rom im Januar des vorigen Jahres kam es zu einer überaus scharfen Auseinandersetzung unter den bis dahin führenden Männern der verschiedenen Organisationen und Verbände; insbesondere zwei Strömungen rangen erbittert um die Vorherrschaft, die eine geführt durch den stark zur Regierung neigenden Abgeordneten Longinotti, die andere vertreten durch den ausgeprägt pazifistischen Gegner der Regierung, den Abgeordneten Miglioli. Scheinbar obsiegte keine Richtung, aber jene Aussprache wirkte im stillen fort. In der Novembertagung des Parlamentes entwickelte Longinotti den Programmentwurf einer neuen Partei auf betont christlicher Grundlage und wenige Tage später brachte die Seele der ganzen Bewegung, der süditalienische Priester Don Sturzo, durch einen offenen Brief in den Trustblättern den Stein vollends ins Rollen. Die Behauptung, der wir bereits begegnen, es bestehe ein innerer Zusammenhang zwischen der Gründung der „Italienischen Volkspartei", der „Bayerischen Volkspartei" und dem Zusatze „christliche Volkspartei" zur alten Firma Zentrum wegen der auffallenden Namensgleichheit sowohl wie der Tendenzen, ist unzutreffend. Gewiß besteht eine innere Verwandtschaft der drei Programme insofern, als sie alle mit voller Entschiedenheit sich auf den Boden des Christentums stellen und von dort aus ihre Forderungen erheben, sie logisch entwickeln und das demokratische Prinzip zu vertreten entschlossen sind. Bei gleichgelagerten Verhältnissen kann bei der Gleichheit der grundsätzlichen Anschauungen, wie sie bei Katholiken aller Länder eine Selbstverständlichkeit ist, das Ergebnis naturgemäß nur geringe Abweichungen aufweisen. Was aber den Namen betrifft, so siegte in Italien eben der in jenem offenen Briefe von Don Sturzo gemachte Vorschlag, eine Anleihe bei den Katholiken des Trentino zu machen — Lanzerotti und andere gehörten ja längst dem Vollzugsausschusse der italienischen Katholikenorganisation an — und den von jenen seit über einem Jahrzehnt geführten Parteinamen „Partito Popolare", möglicherweise mit dem Kennworte „christlich", zu übernehmen. Von der Benennung „christlich-demokratische Partei" sah man mit Rücksicht auf die bekannte Kompromittierung aus früheren Zeiten ab.

Am 18. Januar 1919 wurde sodann zu Rom das Kind geboren und unter großer Begeisterung aus der Taufe gehoben. Wiederum war es der verdiente Sturzo, der den Hauptanteil an dem Zustandekommen hatte. Ein Hinweis auf die Richtlinie der neuen Partei liegt wohl in der Tatsache, daß in der provisorischen Parteileitung wohl Longinotti, nicht aber Miglioli sitzt.

In dem Aufrufe, mit dem die „Italienische Volkspartei" vor die Oeffentlichkeit tritt, spiegelt sich im wesentlichen das Programm, aber auch die Inkonsequenz, die in dem Widerspruche der sittlichen Berechtigung von Italiens Krieg und der Forderungen des christlichen Gewissens liegt. Er sagt z. B., die Partei wolle „die Vorteile des errungenen Sieges nicht durch

große, zur Wahrung der Rechte der Völker gebrachte Opfer kompromittieren", d. h. die gegen das Nationalitätsprinzip verstoßenden Eroberungen in Deutsch-Tirol und am östlichen Adriaufer nicht rückgängig gemacht wissen, ein Widerspruch auch zum Friedensprogramm des Papstes, auf das kurz darauf Bezug genommen ist, gleich als bestehe vollste Uebereinstimmung. Das gleiche gilt von den Wilsonschen Programmforderungen. Dennoch proklamiert man im gleichen Atemzuge den Kampf gegen jedweden Imperialismus! Weitere Forderungen sind der Völkerbund, die Abrüstung, Beseitigung der Geheimverträge, Freiheit der Meere, religiöse Freiheit gegenüber jeder sektiererischen Bedrückung, Verhältniswahl zum Parlamente, Frauenwahlrecht, Wählbarkeit des Senates usw. „Religiöse Freiheit nicht nur für das Einzelwesen, sondern auch für die Kirche in Ausübung ihrer hohen geistlichen Sendung in der Welt, Unterrichtsfreiheit ohne Staatsmonopol, Freiheit der Berufsorganisationen ohne jede Bevorzugung oder Bevorrechtung" heißt es an anderer Stelle, und ferner „wir stellen uns im politischen Leben vor mit unserer moralischen und sozialen Fahne, wobei wir uns von den unerschütterlichen Grundsätzen des Christentums leiten lassen, das die große zivilisatorische Mission Italiens heiligte. . . ."

Der erste Schritt, die Gründung der Partei, ist getan; der zweite, der ungleich schwierigere, nämlich das Programm in die politische Tat *umzusetzen*, die zahllosen Klippen zur Linken wie zur Rechten zu vermeiden, wird dadurch erheblich erleichtert, daß bereits eine kleine Gruppe parlamentarisch geschulter Kräfte mit nicht zu unterschätzender politischer Erfahrung der Kammer angehört. Diese, bisher durch kein Programm zusammengehalten, besaßen überhaupt keine über das individuelle Gewicht hinausgehende Bedeutung und pendelten zwischen der Linken und Rechten ziellos umher. Jetzt können auch sie zur Geltung kommen als Grundstock einer Partei, die endlich auch weiß, was sie will.

Tirol in Not.

Von Hans Schrott-Fiechtl.

Ganz Deutschland muß die Not Tirols, trotzdem es selber schwer bedrückt ist, aus ganzer Seele mitempfinden, oder es zerbröselt sein eigenes Herz. Das wäre in diesem Augenblick aber überaus verhängnisvoll, weil wir unsere ganzen Herzenskräfte heute notwendiger als je brauchen, um unser Deutschtum zu halten.

Tirol ist nun seit länger als 1000 Jahren die *Grenzfeste des Deutschtums*; die Tiroler haben mit elementarer Selbstverständlichkeit schon zu einer Zeit, als im Norden das Deutschtum erst aus den wendischen Windeln gehoben wurde, dafür Gut und Blut, Leib und Leben unentwegt eingesetzt. Und wäre Tirol nicht gewesen, wäre Süddeutschland längst verwelscht. Erzählen doch die Konzilberichte (vgl. die preußischen Jahrbücher), daß zur Konzilzeit in Trient fast gar nicht welsch gesprochen wurde, und gegenwärtig ist es der Sprache nach eine völlig welsche Stadt.

Tirol war zu allen Zeiten der Torwächter des Deutschtums.

Außerdem haben Andreas Hofer und seine Getreuen in Deutschlands wehester Zeit jenen Volksmut aufflammen lassen, der schließlich Napoleons Macht ein Ziel setzte.

Drittens endlich, was haben die Tiroler in diesem Weltkrieg geleistet! Ueberall, wo es ums Verbluten, ums jubelnde Verbluten für deutsches Land ging, sind sie eingesetzt worden, und wenn irgendwo österreichische Truppen Großes leisteten, durften die „Blumenteufel" in erster Linie bluten. Dafür wurden wir als Volk zerrieben und als Land verarmseligt. Unsere eigenen Konnationalen, soweit sie Deutschland nicht Belgien erobern helfen wollten, haben uns in den Rücken gefaßt und ihre Bestrebungen zur wirtschaftlichen und physischen Vernichtung unseres Deutschtums darauf gegründet. Trotz allem haben wir festgehalten unter unsagbaren Nöten, ohne genügende Kampfmittel, ohne entsprechende Verpflegung und ohne Führer, zu denen man begeistert aufschauen kann.

Schließlich gilt Tirol in der Welt was, es gilt viel als herrliches Land voll herzhafter Menschen, dessen Berge Jahr für Jahr Tausenden neuen Lebensmut ins gequälte Herz lachen; denn was man dort schaut, ist grunddeutsche Schönheit.

Und jetzt sind wir erwürgt, erdrosselt, niedergeworfen . . . aber jeder Bauernbub bei uns weiß, daß es nicht so bleiben kann, weil es der Natur widerspricht, was die Welschen uns antun wollen.

Naturgemäß entstehen überall, wo zwei wesensfremde Kulturen zusammenstoßen, Mischungen. So auch in *Welschtirol* und in *Deutschsüdtirol*. 1910 hatte Deutschtirol 537 374 Einwohner, darunter 508 458 Deutsche, 19 578 Ladiner und 8438 Welsche. Das eigentliche Welschtirol zählte 361 307 Einwohner und darunter 5521 Deutsche.

Nun haben die Welschen Tirol besetzt und gehen mit allen Mitteln daran, sein Deutschtum wenigstens bis zur *Brennerlinie gewaltsam zu verwelschen*. Das trifft nicht nur die deutschen Sprachinseln im eigentlichen Welschtirol, sondern gerade so gut das Deutschtum in Deutschsüdtirol. Italien will Tirol „fino al Brennero". Es will das Land zwischen Salurn und dem Brenner sich einverleiben. Ein Gebiet, das 220 000 Deutsche und nur 7000 Italiener bewohnen. Ein Landstrich, aus dem uns so unendlich viel ursprüngliche deutsche Kultur gekommen ist. Das deutsche Südtirol ist das Herz des Landes mit seinen Städten Bozen, Brixen und Meran. Und wer Tirol auch noch so wenig kennt, weiß, daß es auf der Welt kein Volk gibt, das seinem Wesen nach urdeutscher ist, als der Südtiroler. Und nicht einmal ein Volksplebiszit wollen sie dort gestatten; denn die Stimme des deutschen Volkes in Südtirol soll und darf nicht gehört werden. Hier steht Gewalt gegen sternklares Recht und die Jahrhunderte der Entwicklung werden in dem dortigen Herzen nicht auszulöschen sein. Schon aus dem Grunde, um weitere Kriege zu vermeiden, müssen überall, wo Deutsche wohnen, die Herzen laut werden, um die Vergewaltigung zu bannen.

Nun aber noch ein Wichtiges. Der Tiroler welscher Sprache ist der *Rasse nach und in seinem Wesen Deutscher*. Die italienische Rasse ist nur dort unzweifelhaft und augenfällig, wo es sich um frische welsche Einheirat handelt. Jeder, der Welschtirol kennt, weiß, wieviel blonden und helläugigen Menschen er dort begegnete, die ihn zu seinem Verwundern welsch ansprachen. *Eine jahrhundertelange Kultur verknüpft die Welschtiroler mit den Deutschsüdtirolern und die wirtschaftlichen Grundlagen verweisen doppelt und dreifach stark auf diese Zusammengehörigkeit.* Es ist bekannt, daß nur die welsche Intelligenz nach Italien drängt, das platte Land aber davon nichts wissen will, denn es empfindet zu deutlich, daß sein wirtschaftliches Leben in Tirol gesicherter bleibt als in Italien. Der Italiener selbst redet von den Welschtirolern halb verächtlich als „montani". Der Welschtiroler ist immer Tiroler und selbst dort, wo die italienische Hetze mit aller Macht eingesetzt hat, findet man noch die Mehrzahl der Leute treu zum Lande halten. Wenn nun sogar ein erheblicher Teil des besten deutschen Tirolertums zu Italien geschlagen werden soll, ist das Land Tirol in seinem Deutschtum um 43% der Einwohnerzahl vermindert und das wird nur ein neues Erobern deutschen Landes.

Die welsche Vergewaltigung trifft heute Tirol, letzten Endes trifft sie aber das *ganze Deutschtum*. Das darf man nie vergessen und darum müssen überall, wo Deutsche wohnen, alle Männerherzen für das kleine Land mit dem großen herzensstarken Volk schlagen; jeder, dem das Deutschtum lieb und wert ist, muß es als Herzenssache betrachten, der Vergewaltigung Tirols nach Kräften Widerstand zu leisten.

Vertrauliche Briefe.

I.

München, 12. Januar 1919.

Verehrte Freundin!

Es ist jetzt wirklich kein Vergnügen, eine Reise zu machen; nicht einmal in der Schweiz und schon gar nicht in Bayern. Die Fahrt von Lindau bis München verlief recht unbehaglich. Das Coupé war voll besetzt; neben mir saß ein Pfaffe, mir gegenüber flegelten zwei junge Leute auf den Polstern, die ich nach ihrem Benehmen zuerst für unbefugte Eindringlinge hielt; der Schaffner, den ich aufforderte, sie zu kontrollieren, erklärte mir aber, sie seien Mitglieder des Nationalrates und darum zur Benutzung der ersten Klasse befugt. Ich muß gestehen, daß ich mir die ersten Zeichen der in Bayern angebrochenen neuen Zeit erfreulicher gedacht hatte. Was diese Jünglinge an politischem Unsinn zusammenschwatzten, war einfach schauderhaft; bluttriefende Phrasen ohne jede Ahnung von Wirklichkeitssinn. Ich dachte erst, sie wollten den Geistlichen ärgern, sah aber bald, daß sie sich um ihn so wenig kümmerten wie um mich und sich nur gegenseitig an ihren Worten berauschten.

Dabei sprachen sie mit einer Unvorsichtigkeit, die gar nicht zu überbieten war; höchst bedenkliche Aeußerungen von Eisner und dessen Kollegen erzählten sie mit breitem Behagen wieder und ich nahm mit Ingrimm wahr, wie der Schwarzrock die Ohren spitzte und die für ihn so wertvollen Eröffnungen mit Befriedigung in sich aufnahm.

Die Unvorsichtigkeit scheint mir überhaupt in den leitenden Kreisen Bayerns noch recht verbreitet zu sein; die Herren sind im Regieren doch noch recht unerfahren. Selbst Freund Jaffé, der Sie übrigens vielmals grüßen läßt, wird wohl noch erst durch Schaden klüger werden müssen. Bei Eisner sorgt schon seine Eitelkeit dafür, daß er keinen Gedanken für sich behalten kann; er betrachtet jedes seiner Worte als eine Offenbarung und glaubt tatsächlich, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihm stehe. Ich hoffe, die Wahlen werden ihm die Augen öffnen. So gut ich ihn an und für sich leiden kann, bin ich doch recht froh, wenn er wieder von der politischen Bildfläche verschwindet; er hat in kurzer Zeit unglaublich viel Dummheiten gemacht, und so fest steht die Sache der Revolution in Bayern noch nicht, daß ein solches Vorgehen länger gestattet werden dürfte. Er hat seine Schuldigkeit getan; nun mag er gehen.

Voraussichtlich werde ich in das Ministerium für soziale Fürsorge eintreten, über dessen Leiter ich Ihnen ein Buch schreiben könnte; derzeit ist noch keine Stelle offen So beobachte ich einstweilen hier wie anderwärts, wo mir mein Ausweis die Türen öffnet. Ich kann nicht sagen, daß ich besonders entzückt bin. Sie wissen, mit welchem Eifer ich seit Jahren auf die Revolutionierung Bayerns hingearbeitet habe; wenn ich auch selbst nicht Bayer bin, so habe ich doch lange genug in München gelebt, um zu wissen, daß hier der Boden ausgezeichnet für uns vorbereitet war, und im letzten Jahre ist es uns ja auch möglich gewesen, die uns so hinderliche Anhänglichkeit an das Königshaus auf dem Lande zu untergraben. Ich habe mir heute von einem unserer besten Agenten berichten lassen und konnte mich des Lachens nicht erwehren, als er mir sagte, die beste Waffe gegen den König sei die Behauptung gewesen, er habe das Volk an Preußen verkauft. Für so dumm hätte ich wirklich das bayerische Landvolk nicht gehalten, daß es darauf hereinfiele; Vorliebe für Preußen war beim König nie vorhanden und ich bin im Gegenteil überzeugt, daß es ihm während des Krieges oft nicht leicht fiel, die Verpflichtungen gegen das Reich, von denen er sich nicht lösen konnte, einzuhalten. Aber der Agent sagte ganz richtig: „Das zieht bei den bayerischen Bauern am besten; warum soll man es nicht sagen?" Der Mann versteht sein Geschäft; ich muß ihn im Auge behalten. Er ist ein Landsmann von Ihnen, in der Nähe von Lemberg geboren, und führt den etwas unglücklichen Namen Samuel Leibschaden; ich werde ihm einen neuen Paß ausstellen lassen.

Wie gesagt: die Revolution war an sich erfreulich, ihr weiterer Ausbau entspricht mir aber nicht. Die Sozialdemokratie, die nun am Ruder steht, ist für uns in kultureller Beziehung nicht verlässig, in wirtschaftlicher bedenklich. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht läßt ja hoffen, daß dieser Weg weiter verfolgt und vor allem der Religionsunterricht völlig abgeschafft wird; aber ich traue doch nicht ganz und wenn ich auch die neuerlichen Erklärungen in der sozialdemokratischen Presse, die solche Absichten bestreiten, nur als Beschwichtigungsversuche wegen der Wahlen auffasse, so erblicke ich in ihnen doch Hemmnisse für die von uns gewünschte Entwicklung. Noch mehr Sorge machen mir die wirtschaftlichen Pläne dieser Partei. Mein Vermögen, das im Geschäfte meines Onkels Leopold steckt, hat sich im Laufe des Krieges um einige Millionen vermehrt und ich habe keine Lust, etwas davon abzugeben. Hätte ich es nur schon in der Schweiz! Aber die Grenzsperre ist streng und wird es wohl bleiben, so lange die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Kriegsgewinne gerichtet ist. Ich habe gestern mit Onkel Leopold über die Sache beraten; wir sind beide der Ueberzeugung, daß es nur ein Rettungsmittel gibt: die Propaganda für eine Säkularisation der Kirchengüter. Auf meiner Reise hierher habe ich mit dem Pfarrer, der mit mir fuhr, darüber gesprochen; er war sehr zuversichtlich und meinte, das Kirchenvermögen sei so gering und so stark belastet, daß seine Einziehung sich nicht lohne. Der gleichen Auffassung ist allerdings auch Onkel Leopold; aber es kommt ja gar nicht darauf an, daß aus der Sache etwas heraussieht, wenn nur die Gedanken der Politiker und der breiten Massen von den Kriegsgewinnen etwas abgelenkt werden. Ich habe letzthin auch bei Jaffé den Plan angedeutet und ihm gesagt, daß ich Berechnungen angestellt habe, wonach in Bayern allein zwei Milliarden aus dem Kirchenvermögen für den Staat zu gewinnen seien; er schien mir zu glauben und wenn er Finanzminister bliebe, ließe sich wohl etwas machen; aber ich halte seine Stellung für erschüttert, weil er sich zur allgemeinen Verblüffung als Kandidat der unabhängigen Sozialisten hat aufstellen lassen. Was sagen Sie übrigens zu dieser Wandlungsfähigkeit?

Ich muß nun selbst zur Wahl gehen; Eisner hat es ja so einzurichten gewußt, daß in Bayern auch Nichtbayern wählen dürfen. Offen gestanden, wundert es mich, daß dieses starke Stück so ohne Widerspruch hingenommen worden ist. Aber die Bayern haben sich schon unter der früheren Regierung daran gewöhnt, sich von Norddeutschland viel beeinflussen zu lassen; wir wollen sorgen, daß es künftig so bleibt. Jetzt wird es noch weit besser gehen als früher.

In dieser angenehmen Aussicht grüßt Sie bestens

Ihr ergebenster

Sally Lobuski.

Geworbene Polizeitruppe oder Volksheer?

Von Generalmajor z. D. C. Haeusler, vormals Mitglied des Reichstages.

Die deutsche Nationalversammlung ist gewählt. Ihr obliegt die Beschlußfassung über ein neues Reichsgrundgesetz. Der Verfassungsentwurf steht bereits zur Erörterung. Er bezeichnet die Verteidigung des Reiches zu Land, zu Wasser und in der Luft als ausschließliche Reichsangelegenheit. Ueber die künftige Wehrverfassung des Deutschen Reiches schweigt er sich aus. Aus der Begründung des Entwurfes scheint hervorzugehen, daß man die Richtlinien dafür vom Friedensschluß, also von unseren früheren Gegnern erwartet.

Gegen eine solche Auffassung muß rechtzeitig Stellung genommen werden. Die verbündeten Mächte mögen uns die künftige Stärke unseres Friedensheeres vorschreiben; das ist erniedrigend für uns, aber man gewöhnt sich allmählig daran, Schimpf und Schande zu ertragen.

Der Artikel 57 der bisherigen Reichsverfassung sollte aber auch in das neue Reichsgrundgesetz übernommen werden:

„Jeder Deutsche ist dienstpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen", wobei unter „Jeder Deutsche" alle deutschen Männer und Frauen zu verstehen sind. Diese Richtlinien für die Dienstpflicht der Frauen sind in deren bisheriger Verwendung im Hilfsdienst gegeben. Die ihnen nunmehr eingeräumten politischen Rechte bedingen auch die Uebernahme entsprechender Pflichten.

Diese Dienstpflicht muß in klaren Worten in die neue Reichsverfassung hineingeschrieben werden, wenn immer es uns selbst und unseren früheren Gegnern mit dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen deutschen Staatswesens ernst ist. Es wäre Selbstverstümmelung, wenn der neue demokratische Volksstaat die demokratische Hinterlassenschaft des alten Obrigkeitsstaates, die allgemeine Dienstpflicht, preisgeben würde, davon gar nicht zu reden, daß der Heerbann des ganzen Volkes dem ureigensten deutschen Wesen entspricht und daß wir nach wie vor die allgemeine Dienstpflicht brauchen für die Erziehung unseres Volkes zur persönlichen und staatsbürgerlichen Ordnung, für die Erziehung zur Selbstüberwindung im Interesse der Allgemeinheit, für die freiwillige Unterordnung des Einzelnen unter das Wohl des Ganzen, ebenso wie für die körperliche Ertüchtigung beider Geschlechter durch Turnen und Turnspiele, Pflege der Reit- und Schießkunst, Betätigung im Selbstfahrer- und Fliegerwesen und für die allgemeine körperliche Abhärtung nach dem alten Erziehungsgrundsatz mens sana in corpore sano.

In diesem Punkt darf es bei den Unterhandlungen mit den verbündeten Mächten keine Unschlüssigkeit geben. England scheint in bekannter Selbstsucht bei der allgemeinen Abrüstung dem Söldnerunwesen den Weg bahnen zu wollen, Frankreich will anscheinend in der Furcht vor dem gefällten Riesen ein starkes Volksheer behalten. Einer Einheitsfront stehen wir also in dieser Frage nicht gegenüber. Deutsches Wesen und deutsches Selbstbestimmungsrecht verlangen als Wehrverfassung der Zukunft das Milizsystem auf der Grundlage einer sachgemäßen Jugenderziehung.

Auch die Militärhoheit Bayerns wie die der übrigen freien Volksstaaten wird durch ein auf rein territorialer und lokaler Grundlage aufzubauendes Milizsystem am wirksamsten gewahrt werden können. Organisation und Verwendung des Volksheeres müssen aber nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen, fallen also unbedingt unter die Zuständigkeit der Reichsgewalt.

Die Bildung einer geworbenen Polizeitruppe, wie sie Minister Roßhaupter vorschlägt, ist nicht erforderlich, da im Bedarfsfall das Stammpersonal die für die Ausbildung eines Milizheeres nicht zu entbehrenden Rekrutenschulen deren Aufgaben übernehmen kann. Dieses Stammpersonal wird aus einer bemessenen Anzahl von Berufsoffizieren, Berufsunteroffizieren und Mannschaftskapitulanten zu bestehen haben. Erforderlich ist ferner der Fortbestand eines Generalstabs und eines, allerdings wesentlich vereinfachten Militärverwaltungskörpers. Auch auf dem Gebiete der körperlichen Ertüchtigung der Jugend werden sich für eine Anzahl von Berufsoffizieren dankbare Aufgaben im Dienste des Vaterlandes ergeben.

Alle in personeller Hinsicht getroffenen Verfügungen dürften daher nur als vorläufige zu betrachten sein. Dagegen sind alle stehenden Truppenteile nach Maßgabe der Errichtung von Rekrutenschulen aufzulösen. Die Frage der Soldatenräte als Einrichtung des stehenden Heeres erledigt sich damit von selbst.

Die moderne Jüdin.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Wenn von Zerfallerscheinungen im modernen Judentum die Rede ist, so muß auch der Jüdin von heute Beachtung zuteil werden. Die jüdische Mutter vom alten Schlag konnte einer gewissen Sympathie bei allen Kulturvölkern sicher sein. Die alte Jüdin mit ihrer häufigen Mutterschaft war die Seele und Erhalterin der jüdischen Traditionen und Gebote; ihr echt weiblicher, keuscher und familienhafter Sinn war die Ursache der Herüberrettung des Judentums bis in unsere Tage.

Die Jüdin von heute ist ein ganz anderes Wesen, wie die Jüdin der Vergangenheit. Es entbehrt nicht eines großen Reizes, eine Parallele zwischen der historischen und der modernen Jüdin zu ziehen und gleichzeitig den Gedankenkreis der heutigen Jüdinnen kennen zu lernen. Dieses Stimmungsbild ergibt einen weiten Abstand zwischen der deutschen christlich empfindenden Frau und der im Niedergang begriffenen modernen Jüdin. Damit wir unserem Bilde keine falschen Züge einzeichnen, stützen wir uns auf das Buch der jüdischen Schriftstellerin Elie Croner, die in ihrem Werkchen „Die moderne Jüdin" (Berlin, Axel und Juncker 1913) ihren Stammesgenossinnen einen scharfen Spiegel vorhält.

Die Modernität der Jüdin beruht auf der sozialen und gesellschaftlichen Emanzipation und dem sprichwörtlichen Reichtum der Juden. Um den Gegensatz zwischen einst und jetzt zu veranschaulichen, denke man an die alten würdigen jüdischen Matronen der Frankfurter Gasse oder an die einfache, treubesorgte Glückel von Hamel und stelle sich eine wohlgenährte, im Kleiderluxus prangende Jüdin von heute vor. Die Innerlichkeit des früheren Ghettodaseins und die Aeußerlichkeit des modernen Seebad-, Strand-, Salon- und Gesellschaftslebens sind die Merkmale der Umwälzung innerhalb der jüdischen Frauenwelt. Früher gedrückt und aus eigenem Antrieb zurückgezogen, drängt sich die moderne Jüdin jetzt überall an die erste Stelle. Bei den sozialen und caritativen Veranstaltungen zugunsten unserer Kriegsführung verstanden es die Jüdinnen vielfach die erste Rolle einzunehmen. Alles Neue bietet der übersättigten Jüdin einen Reiz. „Wer stempelt", so fragt Else Croner, „die neu eröffneten Lokale, Bars, Restaurants, Boardinghäuser zur Mode? Wer fördert die Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, so daß sie „Saisonbücher" werden? Die Jüdin ... Alles Neue was es nur in der Welt gibt, zieht sie magnetisch an. Ob es sich um eine Galaaufführung des Rosenkavalier im Dresdener Opernhaus oder um ein Weingartnerkonzert in Fürstenwalde handelt, ob eine Première in Lauchstädt stattfindet, oder ein Eispalast eröffnet wird — die Jüdinnen strömen hin."

Genuß- und Großmannssucht beherrscht diese Jüdinnen in höchstem Grade. Der jüdische Kriegsgewinnler-Typus war in allen Bade- und Kurorten der vorherrschende. Das war auch schon in Friedenszeiten das Selbstverständliche. „In die Seele der modernen Jüdin ist eine Hast und fiebernde Unruhe gekommen", schreibt Croner, „ein Lebenshunger, als ob sie sich für alle Entbehrungen der letzten Jahrhunderte schadlos halten wollte ... Eine gewisse anspruchsvolle Art, eine Unbescheidenheit hat die Reihen der Jüdinnen erfaßt. Früher waren sie mißachtet, geduldet — jetzt wollen sie auffallen, imponieren, durch Luxus der Wohnung, der Lebensweise, der Toilette, Prunk in Festlichkeiten und Gesellschaften, im Auftreten und Benehmen, im Alleswissen, Besserkönnen. Die Jüdinnen von heute sind häufig in dem Irrtum befangen, durch Wichtigtuerei zu imponieren und zu gefallen."

Das Innenleben der Jüdin von ehedem drehte sich um die zwei Angelpunkte: Religion und Liebe. Hier hat sich nun ein großer Wandel vollzogen. Wo die Jüdin, so urteilt Croner, früher den Maßstab nach ideellen und idealen Gesichtspunkten anlegte, urteilt sie heute nach materiellen Werten. „Das Wohlleben hat sie schlaff und gedankenlos gemacht ... Man fragt bei der Heirat: wieviel ist der Mensch wert, statt was ist er wert? Zahlen spielen fast eine diktatorische Rolle in der jüdischen Gesellschaft. Diesem Materialismus wird viel Liebesglück und Persönlichkeitsentwicklung geopfert." Bei den reichen Jüdinnen ist die ganze Gedankenwelt auf das Gefallen und das Genießen gerichtet. „Jüdische Damen", schreibt der Rabbiner Dr. Arthur Kahn in Berlin-Charlottenburg, „verhorreszieren bekanntlich Heiraten auf kleinere Plätze und fordern, nach Verhältnis ihrer Mitgift, eine entsprechend größere Stadt ..." Und bezüglich der Eheaussichten im jüdischen Handels- und Gewerbestand sagt Kahn: „Die jüdischen Mädchen sehen mehr auf die Stadt, in die sie heiraten sollen, als auf den Mann, den sie heiraten sollen." Dieses Protzen mit dem Reichtum, gewissermaßen als alleinigem Wertmesser des jüdischen Mädchens, hat für die nichtreichen, mitgiftlosen Judenmädchen eine sehr harte Kehrseite zur Folge. Diese Mädchen machen sich keine Illusionen, „geheiratet zu werden; ein Arzt, ein Rechtsanwalt — der Inbegriff der höchsten Sehnsucht —, oder ein Kaufmann kommt für sie nicht in Betracht."

Bei dieser Lage der Dinge ist es kein Wunder, wenn das alte Ideal der jüdischen Mutter verloren gegangen ist. „Heute sind die Frauen", sagt Croner, „fast noch mehr als die Männer darauf bedacht, die Theorie der Zweikinderehe aufrecht zu erhalten; ein Mehr ist ihnen unbequem, auch da, wo die wirtschaftlichen Bedingungen glänzend sind". Croner geißelt ferner die Affenliebe der Jüdinnen zu ihren wenigen Kindern: „Papas Einziger", „Mamas Abgott". Der einzige Liebling hat natürlich sein Fräulein, weil die jüdische Mama keine Zeit und keine Nerven für ihr Kind hat. „Früher verteilte sich die mütterliche Liebesfülle auf oft ein Dutzend Kinder, heute konzentriert sie sich auf ein oder höchstens zwei Kinder, und man ist den Kindern schon dankbar dafür, daß sie da sind". „Die Jüdinnen", sagt Croner, „wollen nicht mehr Jüdinnen, sondern Damen sein, und zum Begriffe der Dame gehören Eleganz, Luxus, Vergnügungen, Befreiung von wirtschaftlichen Arbeiten, Verehrer, ein großes Haus. Seidene Kleider und Brillanten gehören zum guten jüdischen Ton, genau ebenso selbstverständlich, wie der Besitz von silbernen Leuchtern oder Kristallservicen." Die jüdischen Ehemänner in ihrer Schwäche legen ihren Frauen einen großen Reichtum zu Füßen. Die Frauen bestimmen die Lebenshaltung, und nicht selten leben jüdische Familien über ihre Verhältnisse hinaus. Diese Charakterisierung trifft auf die meisten reichen Judenfamilien zu. Eine Ausnahme machen in der Regel die Ehen mancher jüdischen Gelehrten, Beamten usw. „Man findet unter ihnen ganz wundervoll-schlichte und seelenvolle Frauengestalten, die sich selbst, ihre Ehe und ihr Haus durchaus persönlich und durchgeistigt gestalten". Während früher die jüdische Religion die Frau zur Priesterin des Hauses, zur Gehilfin des Mannes machte, scheint diese heute vielfach nur noch den Zweck der luxuriösen Repräsentation zu haben.

Diese demoralisierenden Tendenzen im Leben reich gewordener Juden haben aus der Jüdin der alten Zeit mit ihren prächtigen, nachahmenswerten Eigenschaften einen neuen Typus geschaffen, der Mißachtung erzeugt und von den um ihre Existenz besorgten Juden selbst beklagt wird. Wenn das Judentum in Deutschland in der Tat dem Verfall sich nähert, dann hat die moderne Jüdin mit ihrer Verweichlichung, Kinderscheu und Luxussucht ihren Anteil an diesem Prozeß. Bedauernswerter Weise hat das Milieu der modernen Jüdin auch auf christliche Frauenkreise abgefärbt in bezug auf Kinderscheu und Putzsucht. Es wäre unrecht, dem modernen Judentum die Schuld für diese Zeitsitten allein aufbürden zu wollen. Aber die moderne Jüdin spielt in dem moralischen Zersetzungsprozeß des Judentums keine untergeordnete Rolle; sie ist ein Teil der Kraft, die vom Judentum ausgehend negativ und zerstörend auf unser deutsches Volk ihre Wirkung ausübt.

Tanz und Taumel.

Von Ludwig Schäfer, Augsburg.

Deutschland hat noch keinen Frieden. Hart sind die Bedingungen der Waffenruhe, steinhart. Auf Germanias ehedem stolzem Nacken steht der Fuß des siegreichen Gegners, den es gelüstet, in einem herzlosen Machtfrieden seinen Ingrimm zu kühlen — und Deutschland tanzt!

Ueber eine Million deutscher Väter und deutscher Brüder ist den Heldentod fürs Volk gestorben; für viele unter ihnen hüllen sich die Hinterbliebenen noch in Trauerkleider und vergießen herbe Tränen — und Deutschland tanzt!

Die Wunden der überlebenden Krieger in den Lazaretten sind noch lange nicht alle vernarbt; so viele junge Helden und im Kampf ergraute Männer hinken die Straßen einher — und Deutschland tanzt!

Noch sind nicht alle Krieger heimgekehrt. Noch kommen sie aus dem fernen Mesopotamien und Syrien und aus dem Hl. Lande, aus den russischen und polnischen Ostgebieten; sie streben heim, brennende

Sehnsucht im Herzen und schwere Strapazen auf dem Wege leidend — und Deutschland tanzt!

Nach Hunderttausenden schmachten unsere gefangenen Brüder in einer oft unwürdigen, tiefbedauerlichen Lage der ungewissen Heimkehr entgegen, ein stattliches Randgebiet des deutschen Westens leidet unter einer oft drückenden, immer aber demütigenden Besetzung — und Deutschland tanzt!

An maßgebender Stelle werden die Todesopfer der Hungerblockade in unserem deutschen Vaterland niedrig gegriffen auf eine halbe Million berechnet, die übrigen Folgen des Hungerkrieges, die sich bereits zeigen, aber in Zukunft noch deutlicher zutage treten werden, sind schlechthin unberechenbar. Bei unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn haust der Hunger und sein schauerliches Gefolge, so daß täglich Hunderte tot zusammensinken; durch die Zeitungen aller Richtungen geht seit Wochen der einstimmige Mahnruf: Wir stehen vor dem Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung — und die tolle Heimat tanzt!

Da und dort in deutschen Städten erhebt der Bürgerkrieg sein grinsendes Gesicht; Hunderttausende haben kein Verdienst; Fachmänner erklären sorgenbeschwert: Wir stehen vor dem finanziellen Bankrott; Deutschland aber vergißt auf Sparsamkeit und Lebensernst und — tanzt!

Wer möchte dem armen deutschen Volke das Recht auf Freude strittig machen? Gerade jetzt braucht es Freude, um unter dem Leid nicht zusammenzubrechen. Aber muß das ausgerechnet gerade jetzt die Tanzfreude sein? Man weiß zur Genüge, wie es bei den öffentlichen Tanzmusiken oft herzugehen pflegt. Paßt der Ton jetzt für uns? Da liest man im Anzeigeteil der Presse täglich — in Friedenszeiten gewöhnlich nur Ende der Woche — ganze Spalten voll: „Walzerabend", „Tanzkränzchen", „Narren (!)-Ball", „Vierter Walzerabend" .... fehlt nur noch der „Arbeitslosenball"! Da kann man Mädchen in allen möglichen Narrenkleidern zum Ballsaal huschen sehen, auch in Feldgrau gefielen sich einzelne Frauenspersonen, um die Geschmacklosigkeit zu krönen.

Dazu werden jetzt mancherorts wieder Tänze getanzt, die in Friedenszeiten schon jedem Gefühl für gute Sitte und Menschenwürde hohnlachten — wenn geile Hunde einen Tanz erfinden könnten, wär's verständlich, wenn sie so tanzten. Alles in allem. — „Man greift sich an den Kopf; ist so etwas möglich?! Ein Volk, das durch vier Jahre so unerhört Großes geleistet und Schweres gelitten, ein Volk von solcher Art zeigt jetzt so abstoßende Schattenseiten. Es reißt sich die Kleider vom Leib und schämt sich vor dem Auslande nicht seiner schwärenden Blöße. Ist's Verzweiflung, ist's Wahnsinn? Wenn's doch das eine oder andere wäre, es würde ein Trost sein, da es aber nackte Genußsucht ist, entsetzliche Gleichgültigkeit, Gedankenlosigkeit, Würde- und Herzlosigkeit, unverzeihliche Dummheit — Gemeinheit, bedrückt es jeden anständigen Deutschen namenlos schwer." („Augsb. Postztg." 1918, Nr. 28.)

Deutschland tanzt. Was wird das Ausland sagen? Wie werden unsere Gegner ihre Verwunderung zum Ausdruck bringen und — ihre Verachtung! „Es sind eben doch Barbaren!" wird es heißen. Wir sind es nicht, aber schwer wird es, immer schwerer, gegen diese Einschätzung sich mit Erfolg zu wehren, wenn jetzt Deutschland tanzt und taumelt.

Deutschland tanzt? Es ist nicht das ganze deutsche Volk, es ist nur ein gewisser, wenn auch großer Teil, der jetzt so froh das Tanzbein schwingt. Noch viele zeigen durch ihre verurteilenden Aeußerungen und ihr ablehnendes Verhalten, daß sie anderer Gesinnung sind. Aber warum lassen alle diese vom gewissen andern Teil des Volkes die öffentliche Meinung derart bedauerlich beeinflussen?[1]) Warum nehmen die Redner nicht jedwede Gelegenheit wahr, den tanzenden Leichtsinn zu geißeln — leben wir ja im Lande der Rede- und Pressefreiheit! Warum zog nicht schon von Anfang an ein einmütiger Protest durch die Presse? Warum nahmen noch nicht alle auf die Ehre Deutschlands und die sittliche Gesundung des Volkes bedachten Vereine auf deutlichste Weise eine ablehnende Stellung ein zum unsinnigen Tanzen in heutiger Zeit?

„Was nützt es?" meint der Pessimist und lächelt bitter. Zuversichtlich behaupte ich: es ist nicht umsonst! Bildet sich aber nicht bald ein starkes Gegengewicht in Form eines gesunden Urteils über die Unschicklichkeit des Tanzens in so blutigernster Zeit heraus, dann werden die, die es am buntesten treiben, immer dreister und viele, die bisher die Unschicklichkeit noch empfanden und wegblieben, werden auch zum Tanze ziehen. Und doch täte es so unsagbar not, den Rest von deutschem Ehrgefühl und gewissenhafter Sittlichkeit zu erhalten und zu fördern! Darum auf zur Tat! Ein jedes tue was an seiner Stelle möglich ist und beeinflusse die öffentliche Meinung in gutem Sinne!

Auch an euch wende ich mich, ihr besonnenen Krieger! Redet ihr ein mutiges Wort! Es gilt mehr als andere Worte, denn es ist besiegelt mit eurem Blute! An euch wende ich mich, ihr deutschen Frauen und Mädchen! Haltet nicht zurück mit eurem entschiedenen Urteil! Jedes wirke auf seine Umgebung ein! Es wird nützen!

---

[1]) Gerade das Beispiel der zurzeit maßgebenden und im Besitze der Macht befindlichen Kreise ist von üblem Einfluß. Dieser Tage hielt in München im Ministerium des Aeußern die dort einquartierte Leibwache Eisners ihren „Ball" ab und Kurt Eisner selbst führte die Polonäse und schwang kräftig das Tanzbein! („Bayer. Kurier" Nr. 23.)

Vom Büchertisch.

Peter Dörfler: Der Roßbub. Kempten, Kösel. 8° 336 S., geb. 6 M. — Diese Erzählung aus der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit dem Reiz echt menschlichen Erlebens und Seins zeigt diesen hervorragend begabten Dichter wiederum in zwingender Schaffenskraft. Sie berichtet von einem eigenartig romantischen, immer aber glaubwürdig, also überzeugungskräftig dargestellten Knabengeschick auf der Zeitbühne der eben beigelegten Erbfolgekriege, mit dem Lechtal als Schauplatz, mit Bauern und Soldaten, Herren und Vagabundierenden als Personen, mit dem Schimmer des Natürlich-Wundersamen in der Zeichnung einzelner Charaktere, mit Trauer und Trost, ernstem und heiterem Humor, Licht und tiefen, tiefsten Schatten in der Ausmalung und Ausgestaltung des Ganzen. Das Erquickliche als Hauptreiz fehlt, aber für den Empfänglichen und Tieferblickenden ist es da, sowohl nach der künstlerischen wie der rein ethischen Richtung. E. M. Hamann.

Kirchliches Rechtsbuch für die religiösen Laiengenossenschaften der **Brüder und Schwestern** nach dem neuen Gesetzbuch der hl. Kirche zusammengestellt und erläutert von P. Maximilian Brandys, O. F. M. 8° XVI u. 232 S. M 8.—. Paderborn, Schöningh, 1918. Aus dem umfassenden neuen Gesetzbuch der Kirche sind hier jene Bestimmungen herausgehoben, die Ordenspersonen, und zwar hauptsächlich die religiösen Laiengenossenschaften mit einfachen Gelübden angehen. Die Mitglieder dieser Brüder- und Schwesterngenossenschaften sollen hier in möglichst schlichter, allgemein verständlicher Form eine Zusammenstellung ihrer rechtlichen Angelegenheiten und Verpflichtungen finden, wobei den Abänderungen und Ergänzungen des seitherigen Ordensrechtes besonderes Augenmerk zugewendet wird. Uebersichtliche Darstellung des Stoffes, zuverlässige, gemeinverständliche Wiedergabe des Inhaltes der einschlägigen Bestimmungen des kirchlichen Rechtsbuches zeichnet das bündig gefaßte Werkchen aus. Den einzelnen Rechtssätzen sind kurze Erläuterungen und praktische Winke zur Durchführung beigegeben. O. Heinz.

Helene Pagés: Aus Gottes Garten. Kurze Begebenheiten aus dem Leben der lieben Heiligen. Mit 12 (vorzüglichen!) Bildern von Wilhelm Sommer. Herder. 8° VIII und 148 S. Festlich kart. 2.80 M. — Nach diesem Bändchen werden sich viele Kinderhände strecken. Aber nicht nur sie. Mütter- und Erzieherhände werden bald diese eigenartig werbende kleine Heiligenlegende mit warmer Liebe umschließen und der Jugend übermitteln. „Werbend" — für den Himmel? Gewiß. Aber zunächst für ein gutes, vorbildliches, heiligmäßiges Leben auf Erden. „Heiligmäßig?" Freilich. Aber „vorbildlich" heiligmäßig. Denn alle diese Heiligen sprechen aus der hier gewählten knapp-eindringlichen Darstellung in erster Linie rein menschlich an: mit dem Eindruck der Ueberzeugung, daß man ihrem Wesen und Tun nachzuleben vermag, aus dem festen Willensentschluß heraus, das eigene Beste für Gott und die Menschen einzusetzen. Gesundheit, Kraft der Wahrhaftigkeit und schlichten Schönheit gottbestimmter Tiefe: das sind so die Hauptzüge des hier waltenden Vortrags, der aus der Fülle des Stoffes jedesmal ein möglichst unmittelbar einwirkendes Begebnis als Mittelpunkt der Erzählung heraushebt — immer wieder von neuem ein Beweis ziel- und liebestarken erziehlichen Scharfsinns.

E. M. Hamann.

Christliche Jugendkultur oder die freideutsche Wynekens? Von Geistl. Rat Prof. Dr. Jak. Hoffmann. Auer, Donauwörth. M 1.50. Ein tüchtiger Erziehungspraktiker und feinsinniger Kenner der Jungmännerpsyche hat hier zu den aktuellen Fragen, die sich an die Wyneken-Propaganda knüpfen, das Wort genommen. In der ganzen Jugendbewegung liegt viel wertvolle Kraft geborgen, die es zum Segen des heranwachsenden Geschlechts zu entfalten gilt. H. zeigt deutlich, überzeugend und praktisch anregend, wie diese Kraftweckung und -entwicklung auf dem Boden des Christentums am stärksten gedeiht, und legt die Einseitigkeiten der Wynekenschen Ideale dar, die letzten Endes mit ihrem „Ziel der Ziellosigkeit" alle bisherigen Erziehungsfaktoren: Elternhaus, Lehrer, Schule, Staatsautorität ausschalten und jeder Erziehung ihre erste Grundlage: Autorität, rauben. Heute, wo Wyneken, der sich bisher mit seiner „Erziehungsneuheit" nirgends halten konnte, Frühlingsluft wittert, ist es besonders anregend, die Hoffmannschen Gedanken zu verfolgen und man muß dem Autor für die Vorlage der früher schon in der Monatsschrift der pädagogischen Stiftung Cassianeum in Donauwörth, dem „Pharus" (1916), niedergelegten Ausführungen in Broschürenform recht dankbar sein.

F. Weigl.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Strindbergs 70. Geburtstag haben das Nationaltheater (und auch die Kammerspiele) durch Aufführung im Spielplan stehender Stücke gefeiert. Es heißt die Bedeutung des toten Dichters nicht herabsetzen, wenn ich gegenüber dem noch immer vorherrschenden Strindbergkultus betone, daß sich aus den Werken dieses stets schwankenden, sich selbst zermürbenden Genies nicht die Kräfte gewinnen lassen, die wir zu neuem, arbeitsfrohem Wirken bedürfen. Neueinstudiert erschien „Der grüne Kakadu". Diese um die Jahrhundertwende geschriebene, hier öfter einstudierte Groteske Schnitzlers gehört zu den Werken, die wir einstmals im Hause des Königs als fehl am Ort bezeichnen mußten, weil wir ihre Wirkungen als durchaus destruktive erkannten. Der Kakadu ist eine Kneipe, deren Besuch in den Pariser Adelskreisen von 1789 Mode geworden ist; man sitzt unter Verbrechern, die einem das Gruseln lehren, und „amüsiert" sich an den Ausfällen der erregten Bevölkerung, deren Gefahren man leichtfertig unterschätzt. Die Verbrecher sind übrigens nicht echt, es sind Schauspieler, die in der Kneipe mehr Erfolg haben, als einstmals in der Provinz, als sie Komödie spielten, aber echt ist der Haß gegen die herrschenden Kreise. Der Schauspieler Henri führt eine Szene auf, in der er behauptet, den Herzog von Cadignan ermordet zu haben. Er spielt, aber jeder hält die Szene für Wirklichkeit, denn man kennt

den Herzog als den Liebhaber seiner Frau. Man sagt ihm die Wahrheit, die nur er nicht kennt, und der Wütende ersticht den gerade die Kneipe besuchenden Herzog in dem Augenblick, da das Volk von Paris im Freiheitsrausche vom Sturm auf die Bastille heimkehrt. Diese Ekstase der nach Blut lechzenden Menge hat das Publikum heute stärker erregt als früher. Während ein kleiner Teil zischte, brach ein Beifallssturm los, der mehrere Minuten lang tobte. Wer darin lediglich den Dank für Steinrücksche Regiekunst erblicken kann, ist naiv .... Dem „Kakadu“ voraus ging Schnitzlers „Große Szene“. Man erinnert sich dieses Einakters. Ein großer Schauspieler hat die Braut eines braven Mannes verführt; von diesem zur Rede gestellt, weiß er ihm eine Komödie vorzuspielen, die ihn von der Unschuld des Mädchens überzeugt. Die Frau des Schauspielers hatte ihrem Manne verziehen, das abgekartete Komödiantentum dieser „großen Szene“ stößt sie so ab, daß sie sich im Ekel von ihm wendet. Allein auf seine Weise liebt er seine Frau dennoch, in dem Charakter dieses brutalen Ichmenschen steckt auch ein Stück naives Kindergemüt, das sie veranlaßt, an seiner Seite auszuharren. Das psychologisch geschickt gebaute, für den Schauspielerstand wahrlich nicht ehrende Stück ward von Steinrück in seiner Art sehr wirksam gespielt. Daß in einer ganz nebensächlichen Anmerkung ein früherer verdienter Hofschauspieler mit Namensnennung verulkt wird, mag anderen gefallen. Ueber einen königlichen Titel und ein schönes Organ zu witzeln, entspricht vielleicht der ästhetischen Forderung des Tages.

Kammerspiele. Gerade an dem Tage, an dem der Zeitungsleser erfuhr, daß irgendwelche betriebsame Leute die Errichtung öffentlicher Häuser in München empfohlen, sich aber bei den medizinischen Gutachtern eine Abfuhr geholt hätten, konnte er auf der Bühne ein Stück sehen, das jedenfalls mit ebensoviel Ungeniertheit als Sachkenntnis dieses ekle Thema behandelt. Unter der angeblichen Zuchtrute der Zensur hatten „Tod und Teufel“ von Wedekind nur einmal an einem Teenachmittag der Bonbonnière gegeben werden dürfen. Nun haben wir es ja so herrlich weit gebracht, daß wir uns, um mit „Sodoms Ende“ zu reden, in der vollen Oeffentlichkeit unterhalten können wie unsere Hausknechte. Der Marquis Casti Piani ist wie der von Keith und die zahllosen anderen Sprechautomaten Wedekindscher Weltanschauung der zynische Schwindler und Abenteurer und Vorahner des moralischen Bolschewismus. „Lieferant“ eines Freudenhauses ist er der Meinung, daß in dieser Lasterhöhle eitel Freude herrsche. Als er erkennen muß, daß dies doch einigermaßen ein Irrtum gewesen ist, bringt er sich um und der Autor verlangt von dem Zuschauer, daß er ob dieser „Tragik“ Furcht und Mitleid empfinde; doch diese reinigende Wirkung der Tragödie bleibt natürlich aus. Es ist von Anfang bis Ende alles unreinlich. Eine der „Damen“ seines Hauses ist durch die Schriften eines Vereines gegen den Mädchenhandel angeblich auf den Weg des Dirnentums gelockt worden, womit der Verfasser, scheinbar ohne es zu ahnen, über die sittlichen Gefahren seiner Kunst ein geradezu vernichtendes Urteil spricht. Die Vereinsdame, bei der jene Gefallene in Diensten gewesen, gelangt auf der Suche nach der Verlorenen in das Haus des Herrn Marquis und wird von diesem infolge hochgradiger Hysterie zu seinen „Idealen“ bekehrt. Künstlerisch sind diese formlosen „Szenen“ ohne allen Wert. — Es folgte „Der Schlachtenlenker“, den wir vor einem Dutzend Jahren schon im Residenztheater sahen. Shaws ironische Komödie zeigt den Sieger von Lodi in galantem Abenteuer; die Betonung des Menschlich-Allzumenschlichen bei Bonaparte ist ja immer theaterwirksam. Allerhand Scherze über die neue Republik von damals wirken heute ein wenig bosbaft.

Uraufführung im Münchener Schauspielhause. Schon „die Straße nach Steinach“ führte in der Psychologie hart an die Grenze des Sanatoriums. „Purpus“ endet in Wahnsinn. W. Stücklen verquickt seine psychologischen Spitzfindigkeiten mit dramatischer Kinotechnik. Der Versuch glückte nicht ganz; die einen klatschten heftig, die anderen zischten. Gesunde Kunst ist anders. Purpus, der junge Erbe eines kleinen Ladens, hat ein Mädchen gesehen, das ihm sein Ideal dünkt Um die Entschwundene wieder zu finden, wird aus dem Krämer der Besitzer des großen Warenhauses, das auf alle Frauen so großen Reiz ausübt au bonheur des dames! (Zola). Warum nicht auf die Gesuchte? Endlich findet er sie, als — Ladendiebin. Das stört die wahre Liebe nicht. Purpus nimmt des Mädchens Bräutigam, einen anrüchigen Gesellen, in sein Geschäft, wird von diesem bestohlen und von der gemeinen Person, in der er das Ideal der Weiblichkeit sah, allmählich in den Wahnsinn getrieben. Von einer unzureichenden Gestaltung der weiblichen Hauptrolle abgesehen, war die Aufführung fesselnd und wohl vorbereitet. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

„Arbeit schafft Nahrung“ — Kohlennot und Arbeitslosigkeit — Aussichten unserer Exportmöglichkeit — Unbegründete Börsenhausse.

Der vom Staatssekretär Erzberger, dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, geprägte Ausspruch: **„Arbeit schafft Nahrung“** kennzeichnet unsere Wirtschaftslage. „Um von der Entente in genügenden Mengen zur Verfügung gestellte billigere Lebensmittel zu erhalten, ist Arbeit nötig, nachdem die Gegner hierfür keinen Kredit gewähren und die deutschen Guthaben im Auslande nahezu erschöpft sind.“ Die Entente fordert jetzt eine Aufstellung der zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr in Deutschland verfügbaren ausfuhrfähigen Vorräte und Werte. Geordnete Arbeiterverhältnisse sind somit die unerlässliche Vorbedingung für unsere Lebensmittelversorgung und können vor allem allein die Kohlennot beseitigen, welche bereits einen Umfang erreicht, der sogar für den Hausbrand nach Bekanntmachung des bayerischen Staatskommissars für Demobilmachung weitere Kohlenbelieferung ausschliesst und dadurch auch die Brotversorgung im rechtsrheinischen Süddeutschland in Frage stellt. Die ernsten Erwägungen über die gesetzliche Einführung des Arbeitszwanges unter gleichzeitigem Abbau der Arbeitslöhne und Herabsetzung der Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, wie solche der Lage des Weltmarktes entsprechen, führen hoffentlich zum notwendigen Abschluss. Selbst der „Vorwärts“ betont die Arbeitspflicht: „Nur wenn die ganze Arbeiterschaft sich des Kernsatzes der sozialdemokratischen Lehre erinnert, dass alle Werte lediglich durch Arbeit erzeugt werden, kann das deutsche Volk in Ueberwindung der jetzigen schweren Krise unseres Wirtschaftslebens aus dem heutigen Mangel herauskommen . . . Der beste Schutz der Freiheit ist und bleibt heute die Arbeit“. Infolge Aufhörens der Kohlenversorgung erwägt man bereits die Sperre der gesamten elektrischen Stromzufuhr für unsere Industrien und die Beendigung jedes geregelten Eisenbahnverkehrs. In dem für uns fast ausschliesslich in Betracht kommenden Ruhrreviere wurden täglich rund 1000 gegen normal etwa 2500 Wagen während der Kriegszeit gefördert; in Oberschlesien sogar nur 2000 gegen 5000 in den Vorwochen. Saargebiet und linksrheinisches, auch der wichtige Braunkohlenbezirk scheiden ja bekanntlich aus. Sogar der ententefreundliche schwedische Sozialistenführer Branting bezeichnet die deutsche „Arbeitslage für kritisch und betont, dass nur die Einfuhr genügender Rohmaterialien unserer Industrie wieder auf die Beine helfen kann“. Zu diesen Hinweisen gesellt sich der namenlose Elend herbeiführende drohende Zusammenbruch unseres Ernährungssystems. Mangel an Wagengestellung und Brennstoff begründen auch die trostlose Lage der hochwichtigen deutschen Kali-Industrie, welche in der Lieferung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft dadurch derart im Rückstand bleiben muss, dass die schwerste Gefährdung unserer Frühjahrs- und Herbstbestellung zu befürchten ist. In unserer Schwerindustrie, vornehmlich der Eisenfabrikation, ist naturgemäss eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage bemerkbar. Zu diesen ungünstigen Hinweisen gesellt sich die mehr und mehr hervortretende Freimachung einzelner Sparten der feindlichen Industrie von der seitherigen deutschen Einfuhr, wie dies namentlich in der chemischen Abteilung betätigt wird.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller hat gegenüber Vertretern des Handels und der Industrie dies in seinen Auslassungen über Wirtschaftsfragen bestätigt. Seine Hinweise auf die Beeinträchtigung unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber durch die Wirkungen des Achtstundentages, unter Beeinflussung des eingeschalteten Rätesystems und der Sozialisierungsmethoden sind ebenso bemerkenswert, wie der neuerliche Bericht des bayerischen Staatskommissars für Demobilmachung hinsichtlich der Wirtschaftslage in Bayern. Demnach ist die Zahl der Arbeitslosen in Bayern auf ca. 79000 gestiegen und auch die Verkehrslage durch den fortgesetzten Mangel an Lokomotiven und Wagen unverändert schlecht. Dadurch und durch das Fehlen von Kohle und Rohstoff, sowie durch sonstige Transportschwierigkeiten und die ungeheuer gestiegenen Arbeitslöhne leidet unsere Industrie unter der ausserordentlichen Verteuerung der Produktionskosten, welche den Inlandsverbraucher in der Hoffnung auf einen baldigen Abbau der Preise zu grosser Zurückhaltung veranlaest. Exportaufträge sind nur in geringem Masse vorhanden, nachdem die Auslandskonkurrenz begreiflicherweise fast ausnahmslos billiger zu verkaufen imstande ist und auch die Lieferfristen der deutschen Fabrikanten entweder nicht



mit Sicherheit angegeben oder meist ungenügend eingehalten werden können. Die beträchtlichen Umfang annehmende Haussestimmung an unseren Effektenmärkten ist daher vollkommen unbegründet und unberechtigt. Selbst die erhoffte Milderung oder Aufhebung der Blockade Deutschlands verzögert sich gefahrdrohend. Die Entente-Erörterungen über die Kolonial- und Kriegsentschädigungsfragen, die vielfachen Streikbewegungen bei uns und die Dividendenlosigkeit bzw. bedeutende Herabsetzung seitheriger Erträgnisse der Mehrzahl unserer führenden Industriegesellschaften sind weitere Gründe gegen die Börsenhaussestimmung. Das endliche Nachlassen der Knappheit unserer Zahlungsmittel, die günstigere Gestaltung unseres Rentenmarktes, namentlich unserer Kriegsanleihen spielen nur untergeordnete Rollen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Ausweisziffern der deutschen Hypothekenbanken, sowie die rasche Unterbringung der zahlreichen Emissionen von Städteanleihen sind die naturgemässe Folge des derzeit ausserordentlich flüssigen Geldmarktes.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Bayerische Handelsbank.

Bekanntmachung nach §§ 23 und 41 des Hypothekenbankgesetzes für den 31. Dezember 1918.

Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandpriefe (einschliesslich M. 2'768,700.— im eigenen Bestande).	M. 443'475,000.—
Gesamtbetrag der in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	M. 443'203,070.89
Gesamtbetrag der in das Register eingetragenen Wertpapiere	M. 787,000.—
Von der Gesamtsumme der registrierten Hypotheken kommt der Betrag von	M. 307.776.40
und von der Gesamtsumme der registrierten Wertpapiere der Betrag von	M. 191,302 50
als Pfandbriefdeckung nicht in Ansatz.	
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Kommunal-Schuldverschreibungen (einschliesslich M. 111,100.— im eigenen Bestande).	M. 17'092.400.—
Gesamtbetrag der in das Kommunal-Darlehensregister eingetragenen Kommunal-Darlehen nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	M. 20'243,237.17

München, den 1. Februar 1919.

Bayerische Handelsbank.

Bekanntmachung.

(§ 23 des Reichshypothekenbankgesetzes.)

Bayerische Hypotheken- u. Wechsel-Bank

Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe am 31. Dezember 1918	M 1158,488,800.—
Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken (nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen)	M 1164,012,248.97

Hievon kommen als Pfandbrief-Deckung nicht in Ansatz M 486,390.57.

München, den 1. Februar 1919.

Die Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Gef., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 8

22. Februar
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3,50
Einzelnummer
30 Pfg.

Die modernen Ersatzversuche
für das
aufgegebene Christentum

Ein Beitrag zur Religionsphilosophie und Apologetik. Von **Msgr. Dr. Engelbert Lorenz Fischer**, Geheimer Kammerherr Sr. Heiligkeit des Papstes, Stadtpfarrer in Würzburg. Mit oberhirtlicher Druckgenehmig. 8. (XII, 289 S.) M. 3.—. (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg.) **Deutscher Merkur, Bonn-Rhein. 50. Jahrgang, Nr. 2:** Das Buch ist zwar schon längere Zeit erschienen, hat aber dadurch nichts an seinem Wert verloren; auch heute würde der Verfasser schwerlich etwas wesentliches hinzuzufügen oder zu verändern finden. Das ist schon an und für sich ein gutes Zeichen, besonders, da es sich um „moderne" Ersatzversuche für das aufgegebene Christentum handelt; denn das Moderne ändert sich meist sehr schnell. In einem allerdings, das zeigt das Buch, bleibt das Moderne sich immer gleich, in dem Gefühl des Erhabenseins über das Christentum; und eben davon geht Fischer in seinem Buche aus.

Tonschöne Harmoniums

in geschmackv. Gehäusen, mit charakterist. Spezial Disp., mit u. ohne eingebaut. Spielapparat, sowie **gebrauchte** und **eingetauschte**, gebe ich preiswert ab. Versand frachtfrei zur Ansicht. Preisliste u. nähere Beschreibg. bereitwilligst.

Friedrich Bongardt, Barmen.

Daheim

wollen wir auch Freuden haben, und diese finden wir zahlreich in: Friedensfreudenquelle von Otto Hartmann (Otto von Tegernsee). Zweite verbesserte Auflage. (Viertes bis sechstes Tausend.) gr. 8. (XVI, 364 S.) Broschiert M. 6.—, in modernem Pappband mit hübschem Titelbild M. 8.—. (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg.) Maximilian Schmidt, gen. Waldschmidt: Das großangelegte Werk Friedensfreudenquelle enthält eine solche Fülle von Wahrheit, Schönheit und Geist, daß jedes Kapitel verdient, näher gelesen und durchgefühlt zu werden.

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe

Für die heilige Fastenzeit.

Trage dein Kreuz! Ein Trostbüchlein in schweren Stunden von Vikar **K. Fischer.** 3. Auflage. 12°, 56 Seiten in Umschlag geheftet Preis **50 Pfg.**

Allen Leidträgern, — denen, die einen toten Helden betrauern, und den unzähligen andern, die Kummer und Sorge in unserer schweren Zeit niederbeugen, — will das Büchlein Freund, Tröster und Helfer sein. Mit markigen und doch herzlichen Worten träufelt der Verfasser lindernden Balsam in die heimgesuchten Menschenherzen. Jedes Kapitel bedeutet eine echte Trostquelle.

Kreuzweg-Andacht mit Einleitung. 5. Auflage. 12°, 19 Seiten. Preis **10 Pfg.**, 100 Stück **Mk. 7.50.**

Himmelsschlüssel für Lebende u. Abgestorbene. Ein praktisches Ablaßbüchlein aus authentischen Quellen zusammengestellt von P. **Josef Mayer,** C. Ss. R. Mit kirchlicher Druckerlaubnis. 12°, 288 Seiten. Gebunden mit Rotschnitt **Mk. 1.20.**

Wohl dem, der diesen Himmelsschlüssel recht oft benützt, um für sich und die Abgestorbenen die reichen Gnadenschätze der Kirche zu erwerben.

Klagelieder

für die Abendandachten in der Karwoche für die Solisten bestimmt (mit Noten) zusammengestellt von **Otto A. Berner.** In Umschlag geheftet Preis **50 Pfg.**

Choreinlage für die Abendandachten in der Karwoche, anschließend an die Klagelieder („Bekehre Dich", „Barmherziger..." und „Erbarme Dich") für zweistimmigen Frauen- oder Knabenchor oder vierstimmig gemischten Chor von **Otto A. Berner.** Preis **20 Pfg.**

Orgel- und Harmoniumbegleitung zu den Klageliedern und der Choreinlage bei den Abendandachten in der Karwoche von **Otto A. Berner.**
In Umschlag geheftet Preis **Mk. 2.—**

Es wird hier eine Bearbeitung der herrlichen Karmetten geboten, die den Kirchenchören selbst bei bescheidenen Gesangskräften ermöglicht, die tiefergreifenden Klagelieder in würdiger Weise zu Gehör zu bringen.

Bußpsalm Misere („Erbarme meiner Dich, o Gott!") Psalm 50 für Volksgesang mit vierstimmiger Choreinlage. (Für gemischten, Männer- oder Frauenchor) von **C. Frey.** Ausgabe A: **20 Pfg.**, Ausgabe B: 2 Seiten. Text mit Noten (fürs Volk) 100 Stück **Mk. 1.20.**

Neuauflage! Soeben erschienen:

Die heilige Woche.

Gebete und Gesänge der Kirche vom Palmsonntag bis Karsamstag-Abend. Mit kirchlicher Druckerlaubnis. 6.—10 Tauf. 16° 184 Seiten. Geheftet **Mk. 1.—.**

Für jeden Katholiken ist „Die Hl. Woche" ein unentbehrliches Buch. Es führt denselben in die Gebete und Gesänge der Kirche bestens ein.

Durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Die „A. R." das Anzeigenorgan des Buchhandels.

Antiqu. Bücher

Herder: Konversations-Lexikon, 8 Bde.
Widmann-Felten: Illustr. Weltgeschichte.
Wilmers: Lehrb. d. k. Relig. 4 Bde. 6 Aufl.
Fäh: Kunstgeschichte, 2. Aufl.
Toussaint-Langenscheidt: Französisch.
W. Rothes: Die Mutter Gottes in der Kunst.

Alle Werke in Originalbänden wie neu.

Angebote unt. H. 19120 an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau", München.



Druckarbeiten

aller Art f. Gewerbe, Handel u. Behörden in jeder Ausführung und Umfang, insbesondere Massenauflagen für Rotationsdruck i. verschiedenen Formaten fertigt gut und preiswert an

Badenia Karlsruhe

Buchdruckerei
Galvanopl. Anstalt
Buchbinderei usw.



Vereins-Bücher!

Mitglieder-Verzeichnis:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier für 400 Mitglieder, solid geb. . . M. 4.—
für 200 Mitgl. brosch. „ 3.—

Kassen-Buch:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier, 100 Seiten, gebunden . . . . M. 4.50
200 Seiten, gebunden „ 6.—

Alle übrigen Vereinsdrucksachen sauber und preiswert.

Kostenvoranschläge bereitwilligst.

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer, Landsberg a. L.

Predigtwerke für die heilige Fastenzeit.

Eine Neuheit! Eine Neuheit!

Jesus, der barmherzige Samariter
für unser kriegswundes Volk.

Sieben Fasten- und eine Osterpredigt von **Georg Rohrmüller,** Stadtpfarrprediger.

80 Seiten in Kl.-8°. In schönem Umschlag geheftet Mk. 2.—.

Aus dem Inhalt: 1. Die Wunde der Armut. 2. Verstümmelung und Siechtum. 3. Todesnöten. 4. Die Wunde der religiösen Gleichgültigkeit. 5. Die Wunde der religiösen Unwissenheit. 6. Die Wunde der sittlichen Schwäche. 7. Die Wunde des Gemütes. 8. Die siegreiche Liebe Jesu, des barmherzigen Samariters.

Breiter, **Die Bosheit der Sünde u. ihre Sühne** Gebd. ℳ 2.40
— **Das Leiden Christi, eine Tugendschule.** . . „ „ 3.—
Diessel, **Die große Gottestat auf Golgatha.** 3. Auflage . . . . „ „ 3.60
— **Der Karfreitag mit seiner tiefbedeutsamen Liturgie** 2. Auflage . . . . „ „ 3.60
— **Die Erde, die Heimat des Kreuzes.** 5. Aufl. „ „ 3.—
— **Der Rettungsanker der Sünder.** 2. Aufl. „ „ 3.60
— **Der Schlüssel zum Himmel.** . . . . „ „ 3.60
— **Die letzten Dinge des Menschen.** Fastenpredigten.
1. Folge: **Der Tod, der Sünde Sold.** 4. Aufl. Gebd. „ 3.30
2. Folge: **Die Rechenschaft nach dem Tode.** 4. Auflage . . . . „ „ 3.60
3. Folge: **Der große Tag der Ernte.** 3. Aufl. „ „ 3.60
4. Folge: **Das Leiden in ewiger Nacht.** 3. Aufl. „ „ 3.60
5. Folge: **Das glückliche Jenseits.** 2. Auflage „ „ 3.60
Jede Folge enthält 7 Fastenpredigten u. 1 Karfreitagspredigt.
Eisenring, **Die Fastenevangelien und das Leiden Christi.** . . . . Gebd. ℳ 2.25
Gspann, **Sieben Fastenpredigten.** Betrachtungen über die sieben Worte Jesu Christi am Kreuz . . . . „ „ 2.40
Hiederer, **Das bittere Leiden unseres Herrn Jesu Christi.** . . . . „ „ 7.50
Jäger, **Die gemischten Ehen.** 2. Auflage . . „ „ 2.40
— **Schreckensrufe des Unglaubens.** 2. Auflage „ „ 3.90
Lehner, **Der verlorene Sohn.** Im Anhange: eine Primizpredigt. . . . . „ „ 2.70
Leicht, **Die Klagelieder d. Prophet. Jeremias** „ „ 2.40
Lorenz, **Frühvorträge üb. das Leiden Christi** „ „ 5.10
Nagel, **Die den sieben Hauptsünden entgegengesetzten Tugenden.** 2. Auflage . . . „ „ 2.40
— **Treu zur Kirche!** 2. Auflage . . . . . „ „ 2.40
Nelessen, **Die heilige Mission während der Fastenzeit.** 2. Auflage. . . . . . . „ „ 5.10
Obendorfer, Ecce Agnus Dei! **Jesu Herz in Kampf und Sieg.** Zwei Karfreitagspredigten u. 1 Osterpredigt. In Umschlag geheftet „ —.90

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Bauers Antidiabeticum für Zuckerkranke
Bauers Lithosanol gegen Gallen-, Nieren- und Blasensteine
(auch gegen Gicht und Harnsäure-Diathese). — Prospekte durch die **Sanin Ges. m. b. H., Kötzschenbroda-Dresden** 39/79
Fabrik chem.-pharmazeut. Präparate.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 8. München, 22. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Um die Westdeutsche Republik.

Von Studienrat Kuckhoff, Mitglied der Preußischen Nationalversammlung.

Die Einheit des bisherigen Deutschen Reiches beruhte auf dem monarchischen Prinzip. Das deutsche Kaisertum war sein Symbol, die Reichsverfassung beruhte auf den Verträgen unter den deutschen Monarchien. Nachdem nunmehr die Monarchien im Reich und in den Einzelstaaten gefallen sind, muß zunächst ein neues Prinzip der Einheit geschaffen werden. Das durchschlagendste Prinzip wäre die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik, jedoch weiß jeder vernünftige Mensch, daß diese vollkommen ausgeschlossen ist. Auch ist es jedem Menschen klar, daß die bisherige Einteilung des Reiches in die vielfach durch Zufall und dynastische Interessen gewordenen deutschen Teilstaaten nicht überall bleiben kann. Die Frage aber, wie denn nun das Reich neu gegliedert werden soll, hat noch niemand beantwortet. Dabei aber schwebt uns allen die großdeutsche Bundesrepublik als anzustrebendes Ideal vor. Wer aber soll die Neueinteilung vornehmen? Soll und kann diese etwa von einer Berliner Zentralinstanz aus geschehen? Versuche dazu liegen in dem bekannten Verfassungsentwurf des Herrn Preuß vor. Das wäre aber nichts anderes, als eine Einteilung des Reiches in Kreise oder Verwaltungsbezirke, die Bundesstaaten wären gar nichts anderes als Provinzen des Einheitsstaates. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, der deutschen Nationalversammlung die Neueinteilung des Reiches zu überlassen. Auch davon kann keine Rede sein. Denn die Mehrheitsbeschlüsse dieser Versammlung können niemals Geltung haben gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Stämme, die jetzt schon Einzelstaaten bilden oder die sich zu neuen Bundesrepubliken vereinigen wollen oder die sich schließlich von dem bisherigen Staatsverbande ablösen und einen eigenen Staat bilden wollen.

Es könnte sich höchstens darum handeln, daß die deutsche Nationalversammlung sich im Prinzip darüber ausspräche, ob das Deutsche Reich in Zukunft eine Bundesrepublik sein soll und wie sich die Einzelstaaten zu dieser vereinigen sollen. Jedoch darf durch derartige Verfassungsbestimmungen niemals das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Stämme illusorisch gemacht werden. Sie müssen in gewissen Schranken autonom in der Bildung von Bundesstaaten sein. Man muß aber auch trotzdem jedem Stamme das Recht wahren, auch ohne ein Votum der deutschen Nationalversammlung abzuwarten, dem Willen des Volkes dahin Ausdruck zu verleihen, daß es künftig nur in dieser oder jener Form dem Verbande des Deutschen Reiches beizutreten gewillt ist. Den etwa in dieser Richtung kundgegebenen, in einer Volksabstimmung festgelegten Volkswillen hätte die deutsche Nationalversammlung unbedingt zu achten.

Das sind die grundsätzlichen Gesichtspunkte, die vor allem bei der Frage der Gründung einer Westdeutschen Republik zu beachten sind. Denn hier ist diese Frage der Neugestaltung Deutschlands am brennendsten. Ihre Lösung ist heute gar nicht mehr allein abhängig von dem freien Willen des deutschen und rheinischen Volkes. Sie muß getroffen sein, ehe der Friede geschlossen wird. Denn im Friedensvertrag wird die Form der künftigen Zugehörigkeit der Rheinlande, insbesondere des linken Rheinufers zu Deutschland eine hervorragende Rolle spielen. Die augenblicklichen Verhältnisse gebieten es, diese Dinge nur anzudeuten.

Die Rheinländer sehen die ihnen drohende Gefahr und sie wollen nicht ein Handelsobjekt bei den Friedensverhandlungen werden. Sie wollen deutsch bleiben und zwar ungeteilt deutsch bleiben. Freilich gebieten es ihnen ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse auch, nicht weiter ein Anhängsel von Berlin zu sein. Sie wollen auch frei sein von der ostelbischen Diktatur. Die Länder am Rhein mit Einschluß Westfalens sind ein wirtschaftlich durchaus lebensfähiger Teil des künftigen Deutschland, gerade so gut wie Bayern oder andere süddeutsche Staaten. Sie wollen deshalb Gleichberechtigung in der kommenden Bundesrepublik. Die Einheit des Kaisertums ist dahin, darum gibt es nur eine Einheit der wirtschaftlichen und kulturellen Gleichberechtigung gleichwertiger Bundesstaaten.

Die Ueberzeugung, daß nur auf diesem Wege ein einheitliches Deutschland wieder geschaffen werden kann, ist tief eingewurzelt im Bewußtsein des rheinischen Volkes. Bei einer Volksabstimmung würde sich die weit überwiegende Masse für die rheinische Republik im Verbande des Deutschen Reiches entscheiden. Als Losungswort ist der Gedanke zuerst von Zentrumskreisen unter die Massen geworfen worden; das hat seiner unbefangenen Beurteilung zweifellos geschadet. Denn aus engherzigen parteipolitischen und religiösen Bedenken hat man deshalb den Gedanken verdächtigt, man hat denen, die ihn propagierten, gar Vaterlandsverrat vorgeworfen, gerade als wenn es jemals jemandem eingefallen wäre, auch nur im entferntesten einer Abtrennung von Deutschland das Wort zu reden. Freilich ist richtig, daß eine rheinisch-westfälische Republik vorläufig die einzige sein würde, in der eine sozialistisch-demokratische Mehrheit nicht bestände.

Unter dem Druck der Verhältnisse aber haben sich jetzt auch die anderen Parteien zu einer Konzession an den Gedanken der Bildung einer westdeutschen Republik bereitgefunden. Am 1. Februar haben sich in Köln die neugewählten Abgeordneten der besetzten Gebiete zusammengefunden. In einer einstimmig angenommenen Resolution haben sie zunächst als die rechtmäßigen Vertreter des linksrheinischen Volkes ihrem unbeugsamen Willen Ausdruck verliehen, beim Reiche zu bleiben. Wer das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur als leeren Schall betrachtet, sondern als ein unverletzliches, heiliges Recht, der kann an einer derartigen Willenskundgebung unmöglich achtlos vorübergehen. Weiter aber heißt es in der Resolution so: „Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuß die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung". Die Zustimmung zu dieser Entschließung bedeutet für die sozialdemokratischen und demokratischen Abgeordneten ein weites Entgegenkommen. Sie geben damit nicht nur die Tatsache zu, daß eine solche Staatsgründung ernstlich in Frage kommt, sondern sie geben auch dem gewählten Ausschuß Vollmachten, im Sinne dieser Staatsgründung zu wirken. Wann der Augenblick gekommen ist, die Gründung durch Herbeiführung einer Volksabstimmung vorzunehmen, darüber müssen die Verhältnisse entscheiden. In weiten Kreisen des rheinischen Volkes, nicht nur in Zentrumskreisen, ist man allerdings der Auffassung, daß dieser Zeitpunkt bereits jetzt gekommen ist und daß man mit der Volksabstimmung nicht länger warten soll, um zu verhüten, daß nicht schließlich die Republik unter einem Drucke von außen zustande kommt. Auf der anderen Seite aber ist zu beachten, daß alles vermieden werden muß,

was die neue Staatsgründung als eine Zentrumsgründung erscheinen lassen könnte. Man sollte hier nach Möglichkeit Mehrheitsbeschlüsse vermeiden und einen einheitlichen Volkswillen zum Ausdruck kommen lassen.

Jedenfalls aber ist auch noch nach dieser Kölner Entschließung die Freiheit des rheinischen Volkes vollkommen gewahrt. Ein Votum der Nationalversammlung in Weimar braucht, wenn die Dinge drängen, keineswegs abgewartet zu werden. Wenn die Resolution zum Schlusse sagt, daß die zu bildende Republik nur auf dem Boden der zu schaffenden Reichsverfassung gebildet werden soll, so wird damit nur betont, daß die Rheinlande auch in der neuen Form, auch dann, wenn sie ohne die Nationalversammlung gefunden werden muß, sich dem Verbande des Deutschen Reiches wie alle anderen deutschen Bundesstaaten einfügen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Weimar und Trier, eine Werkstatt und Folterkammer.

Während unsere Vertreter in Weimar sich redlich abmühen, um Deutschland aus dem Sumpf der Niederlage und der Revolution zu erretten, wird in Trier von unseren unerbittlichen Gegnern die Erpressung, die Erdrosselung, die Vernichtung Deutschlands fortgesetzt.

Wir haben eine neue, gesetzliche, rechtmäßige Regierung uns verschafft, die ein brauchbares Programm für die gemeinsame Arbeit der drei großen Parteien aufweist. Statt sich sofort mit aller Kraft dem Volkswohl widmen zu können, mußte sie zunächst mit der peinlichen Frage der neuen Forderungen für die Verlängerung des Waffenstillstands sich befassen.

Wilson macht jetzt einen Abstecher in seine Heimat. Vor der Abreise hat er das vereinbarte Projekt des Völkerbundes mit einer feierlichen Rede der Oeffentlichkeit vorgelegt. Wir sind rückhaltlos auf seine Ideen eingegangen und würden jetzt herzlich gern an dem Tempelbau für den dauernden Weltfrieden mitarbeiten. Aber was hilft uns dieses gelobte Land, wenn wir inzwischen in dem roten Meer der verderblichen Waffenstillstandsbedingungen elend ertrinken?

Mit Recht bezeichnete der Abgeordnete Gröber es als einen unerhörten Skandal in der Menschheitsgeschichte, daß man ein Volk, das sich unterworfen hat, bereits 4 1/2 Monate auf den Frieden warten läßt, ohne daß ihm etwas anderes geboten wird, als ein sog. Waffenstillstand, der von einem Monat zum andern von den Gegnern zur Fortsetzung des Vernichtungskrieges benutzt wird.

Erzberger, der Reichsminister auf dem undankbarsten Posten, hat die Verhandlungen in Trier eingeleitet mit einer wahrhaft erschütternden Rede über das grausame Unrecht, das Deutschland zugefügt wird, namentlich in der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, der Verschärfung der Blockade, der Verschleppung der Lebensmittelzufuhr. Zugleich entwickelte Ministerpräsident Scheidemann in Weimar das allgemeine Regierungsprogramm und der Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff, das außenpolitische Programm in einer Art und Weise, daß alle ehrlichen Leute von der Gegenseite zugestehen müssen, die deutsche Politik decke sich voll und ganz mit dem Wilsonprogramm der Versöhnung und des Weltfriedens. Das Echo unserer weitestgehenden Angebote bilden zunächst nur die neuen Forderungen Fochs.

Sie gehen im wesentlichen dahin: Deutschland soll sich eine Demarkationslinie gefallen lassen, über die seine Truppen zur Abwehr der polnischen Uebergriffe auf bislang deutsches Gebiet in der Provinz Posen nicht hinausgehen dürfen. Das Schiffahrtsabkommen, das die deutschen Handelsschiffe der Entente zur Benutzung, aber nicht zum Eigentum überliefert, soll auf die Schiffe ausgedehnt werden, die in den nächsten 6 Monaten fertiggestellt werden. Der Waffenstillstand wird fortan nicht auf einen Monat, sondern auf eine „kurze" unbestimmte Zeit verlängert, aber auf dreitägige Kündigung gestellt. (Wie Foch „vermutet", ist mit der Möglichkeit eines baldigen Vorfriedens zu rechnen.)

Unsere Regierung stand nun vor der schwierigen Entscheidung, entweder sich diesem neuen Diktat in Geduld zu unterwerfen oder den Abbruch der Verhandlungen zu riskieren. Das deutsche Gefühl mußte offenbar dahin gehen: lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Der realpolitische Verstand mußte anderseits abwägen, ob nicht das weitere Eindringen der Feinde in das wehrlose Deutschland doch ein größeres Uebel sein würde, als der Verzicht auf die Wiederbesetzung der streitigen Teile von Posen und auf die Schiffsneubauten. Es kommt in Betracht, daß die Demarkationslinie die die Ostseeprovinzen, den Netzedistrikt und Schlesien uns beläßt, daß ferner der Entscheidung des Friedenskongresses über die Zukunft der von den Polen besetzten Gebiete nicht vorgegriffen werden soll und die Alliierten die Gewähr für die Einhaltung der Demarkationslinien seitens der Polen sowie den Schutz der Deutschen in diesen Bezirken übernehmen wollen. Letzteres ist eine ungenügende Sicherheit; aber bei Fortsetzung der Kämpfe würde es auch noch viel Blut und Trümmer geben. Die neuen Forderungen sind sehr hart, ungerecht und demütigend. Da indessen Foch unter Hinweis auf den Beschluß der Alliierten, dem auch Wilson zugestimmt habe, sich auf keine weiteren Verhandlungen einließ, glaubten die Reichsregierung und zu Rate gezogenen Parteiführer die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen zu können und gaben Erzberger Anweisung zur Unterzeichnung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer Protestnote, welche die deutschen Vorschläge für die weiteren Verhandlungen, insbesondere die Freigabe der Kriegsgefangenen, enthält. Die Nationalversammlung hat am Montag durch debattenlose Entgegennahme des Berichtes des Abg. Erzberger diesem Protest den würdigsten Nachdruck verliehen.

Die Finanzlage.

Der Reichsfinanzminister Schiffer gab am 15. Februar der Nationalversammlung eine gründliche Uebersicht über die Finanzlage, die in ihrem ersten Teil wahrhaft erschreckend wirkte, in ihrem Schlußstück aber die Hoffnung auf Genesung wieder aufweckte. 161 Milliarden hat uns der verlorene Krieg gekostet; seit der Waffenruhe und der Revolution ist der laufende Verbrauch leider nicht wesentlich gesunken. (4,2 Milliarden im Juli 1918, 3,5 Milliarden im Januar 1919). Für die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben brauchen wir fortan 19 Milliarden jährlich gegenüber 5 Milliarden von früher. Dieses riesige Mehr muß durch Steuern aufgebracht werden.

Der Finanzminister hatte gelegentlich das Deutsche Reich mit einem insolventen Kaufmann verglichen. Er bezweckte damit nur, die rückhaltlose Offenlegung von Soll und Haben zu begründen. Es wurde aber die Bemerkung vielfach so verstanden, als ob der Schatzmeister an einen Staatsbankerott dächte. Das Mißverständnis ist durch seine Rede in Weimar ausgeräumt. Er hofft bei sparsamer Wirtschaft den Bedarf durch Steuern decken zu können. Für die Steuergesetzgebung stellte er die leitenden Gesichtspunkte auf: 1. Einvernehmne aller Glieder des Reichs, Zusammenwirken von Reich und Einzelstaaten. 2. Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben, d. h. die Henne, die die goldenen Eier legt, soll nicht geschlachtet werden, sondern sich nur einige Federn ausrupfen lassen. 3. Eine soziale Steuergesetzgebung, welche die Schwächeren schont, namentlich die in der Erwerbsfähigkeit gelähmten Kranken und Alten. Daran schloß sich die Ankündigung, daß alle Machtmittel angewendet werden sollen gegen diejenigen, die sich ihren Pflichten gegenüber Reich und Staat entziehen wollen.

Die Absichten des Schatzmeisters sind zweifellos gut. Ob seine Hoffnungen sich erfüllen, hängt freilich nicht allein von der Kunst der Gesetzgebung und den Machtmitteln der Verwaltung ab, sondern wesentlich von der sittlichen Erneuerung, in deren Forderung er die fachmännische Rede als Staatsmann ausklingen ließ. „Wir müssen", sagte er, „den Begriff des Eigentums und der Arbeitskraft noch mehr als bisher loslösen von dem „Ich" und es in den Dienst der Allgemeinheit stellen". Damit berührt er den wunden Punkt der Revolution. Gerade seit der Umwälzung hat der Egoismus seine üppigsten Giftblüten getrieben, und es hat sich in weiten Massen der Wahnwitz festgesetzt, man könne viel Geld erraffen bei geringer oder gar keiner Arbeit. Die Henne darf nicht geschlachtet werden, d. h. einerseits müssen wir die Unternehmungslust und -kraft bei den Arbeitgebern lebendig halten, anderseits müssen aber auch die Arbeitnehmer wieder zu der Erkenntnis sich durchringen, daß man nicht von Versammlungen, Putschen, Arbeitspausen reich werden kann, sondern nur durch regelmäßige schaffende Tätigkeit unter vernünftigen Bedingungen.

Die Arbeitsgemeinschaft.

Gute Beispiele wirken besser, als schöne Worte. Die sittliche Erneuerung in den Volkskreisen wird hoffentlich gefördert werden durch das Vorbild, das die Parteien und ihre Führer in der gemeinsamen Anstrengung für das allgemeine Wohl geben.

Das Regierungsprogramm, das der Ministerpräsident Scheidemann in den allgemeinen Richtlinien entwickelte und die Minister des Auswärtigen und des Schatzes in ihren Fächern ergänzten, wird mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werden. Nicht weil es etwas absolut Vollkommenes ist, sondern weil es die beste Grundlage bildet, die zurzeit möglich war, nämlich die Grundlage zu ruhiger, gedeihlicher Arbeit.

Daß an Stelle des zum Minister beförderten Dr. David der Zentrumsmann Fehrenbach wieder das Präsidium des Reichstags übernommen hat, begrüßen wir nicht so sehr als eine Ehrung des Zentrums, sondern vor allem als gerechte Verteilung der Gewalten, da es passend ist, die kontrollierende Nationalversammlung unter ein anderes Präsidium zu stellen, während die beiden höchsten Inhaber der Exekutive aus der stärksten sozialdemokratischen Partei hervorgehen.

Die paritätische Behandlung des sogenannten Bürgertums kommt darin zum Ausdruck. Im dieser Hinsicht war es auch erfreulich, daß der Reichswehrminister Noske in Weimar eine gründliche Abrechnung mit den „Unabhängigen" hielt, indem er das Sündenregister der Ruhestörer und der anmaßenden „Räte" (auch im Punkte der Ausbeutung der öffentlichen Kassen) in helle Beleuchtung rückte. Die volle und endgültige Abwendung der „regierenden" Sozialdemokratie von den Unabhängigen ist die unerläßliche Vorbedingung für den Bestand der Koalition. Zugleich wirkt die öffentliche und scharfe Absage heilsam auf die Massenpsyche, die aus der revolutionären Begehrlichkeit auf den Boden der Arbeitspflicht und der Arbeitsfreude zurückkehren muß, wenn nicht das ganze nationale Leben zusammenbrechen soll.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich zeigen im allgemeinen dasselbe Bild wie in Deutschland: starkes Anwachsen der Sozialdemokratie, aber keine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung. Nach dem bisherigen Ergebnis würden entfallen auf die Christlich-Sozialen 65 oder 66, die Sozialdemokratie 74, die Deutschnationalen und Deutschfreiheitlichen 28 Mandate, 1 Tschechoslowake, 1 Jüdischnationaler.

Christuskopf.

Seit Jahren schon in seinem Künstlersaale
Ein Maler schafft am Christusideale.
Steht sinnend vor der hohen Staffelei,
Was wohl das Wesen dieses Hauptes sei.
„Wer zeigt die Linien mir zu jenem Munde,
Der selbst dem Meer gebot in Sturmesstunde;
Wer mischt die Farben mir, der Welt zu nennen
Die Feuerzauber, die ums Antlitz brennen?"
So steht und sitzt und kniet in heil'gen Sorgen
Der Mann seit seinem frühen Künstlermorgen,
Das Haupt bald in die Hand gestützt und rastend,
Bald mit dem Pinsel auf der Leinwand tastend.
Doch nicht die hellsten Farben der Paletten
Vermochten aus der Dämm'rung ihn zu retten.

Bis vor dem leeren Rahmen nachts einst wieder
Der Arme betend sank zur Erde nieder.
Wie letzte Strahlen Bergeshöh'n umsprüh'n,
Beginnt 's auf seinem Antlitz heut zu glüh'n.
Des Suchers Schmerzenszüge leis verblassen.
Er rührt die Hand, als wollt' sie etwas fassen.
Das Bild! Das Bild, das doch so lang gesäumt;
Das Bild, von dem die Sehnsucht heiss geträumt,
Er schaut's! Es naht in himmelshellem Blenden!
„Jetzt, Seele, halt es fest mit tausend Händen,
Lass diese Feuer nimmermehr zerrinnen,
Die göttlich gross in hehrem Antlitz sinnen . . .!"
Und Engel reichen Farben in Opalen,
Wie erdwärts keine Regenbogen strahlen.

Am Morgen drauf, den Pinsel in der Hand,
Im Tode lächelnd man den Meister fand.
Kein Menschenaug' hat in den Erdentagen
Den Blick ins Gottesangesicht ertragen.

Martin Mayr

Der erste Landtag im Freistaat Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Die Aussicht, daß der Regierungskomödie in Bayern ein Ende gemacht wird, rückt näher. Am 21. Februar tritt der neugewählte Landtag in München zusammen. Dann wird die Revolutionsregierung, wie man nach einer Ankündigung des Verkehrsministers v. Frauendorfer glauben muß, ihre „Vollmachten", d. h. die durch den Umsturz des 7. November angemaßte Gewalt in die Hand des souveränen Landtags zurückgeben, damit die Revolutionszeit abgeschlossen wird.

Mit der seiner Rasse eigenen Unverfrorenheit und Zähigkeit sucht sich der Ministerpräsident kraft eigener Ernennung Eisner am Ruder zu erhalten. Das bayerische Volk und auch die sozialdemokratischen Wählermassen haben bei den Wahlen bereits den Berliner Juden Eisner verabschiedet und ihm, der träumte, 95 Prozent der Bayern hinter sich zu haben, einen gehörigen Denkzettel gegeben. Drei Mann hoch rückt die Partei Eisner in den Landtag ein, um dort vollends unterzugehen. Denn nach seiner Entfernung aus der Regierung ist Eisner ganz auf sich angewiesen und soll dann zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen, von denen er nichts versteht. Er wird dann eine erbarmungswürdige Rolle spielen, wenn er Rede und Antwort stehen soll über sich selbst und den ganzen Schwarm von Menschen, die mit der Revolution in den Staatsbetrieb eingezogen sind, wenn all die Vorkommnisse vor und hinter den Kulissen, wenn das Revolutionsschmarotzertum beleuchtet werden, wenn das Eisnersche Sprüchemachen aufhört, die praktische Politik und die Bedürfnisse des Landes das Wort haben. Daß Eisner nicht vorher zurückgetreten ist und sich in eine solche Situation begeben hat, beweist, daß Politik, Volks- und Staatsleben ihm ein Buch mit sieben Siegeln sind. Sonst müßte er wissen, daß Hanswurstiaden im öffentlichen Leben dem unzuträglich werden, der sie begeht. Eisner wird gegenwärtig in der demokratischen Presse am schlechtesten behandelt, er wird mit Charakteristiken belegt, die nichts weniger als schmeichelhaft für ihn sind, die er strafrechtlich verfolgen lassen müßte. Aber das kann er nicht, weil dann seine „Regierungspolitik" unter helle Beleuchtung genommen würde, weil er dabei in die Verlegenheit käme, seine Regierungszeit dem Zeugen- und Sachverständigenverhör zu unterstellen. Man kann daraus entnehmen, was ihm im Landtage blüht. Seine Eitelkeit hat ihm den Possen gespielt, im Amte zu bleiben, und nun mißlingt ihm das noch, weil der Landtag, den er fernhalten wollte, dennoch zusammentritt und er von diesem auf die Rolle eines Abgeordneten verwiesen wird, die er ohne die Hilfe des Dienstwissens der Ministerialbeamten nicht führen kann.

Bayern ist durch Eisner zum Gespötte aller deutschen Stämme, ja der ganzen Welt geworden. Das hat die „friedliche Revolution" mit sich gebracht. Alles predigt Ruhe und Ordnung, mit Recht, um eine noch tiefere Senkung der öffentlichen und privaten Wirtschaft zu verhüten. Eisner stürmt immer mit Worten gegen den „Kapitalismus" an. Allein er hat es nur diesem Kapitalismus zu verdanken, dem Wunsche, die bürgerliche Privatwirtschaft vor dem vollen Umsturz zu bewahren, daß er so lange sich halten konnte. In jedem anderen Staate hätte man einer solchen Regierung alsbald durch einen Streik der Beamten und Bürger ein Ende gemacht.

Eisner hat auch die deutschen Interessen vor dem feindlichen Ausland in der schnödesten Weise geschädigt, von den ersten Stunden, da er das Ministerpräsidium an sich riß, bis zu den jüngsten Tagen des internationalen Sozialistenkongresses in Bern, wo er durch sein Geschwätz über die Schuld am Kriege, über die Kolonial- und die Kriegsgefangenenfrage die allgemeine Entrüstung aller Deutschen, mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung", wachgerufen hat. Vom Reiche aus hat man sofort ein Mittel geschaffen durch eine Bestimmung in der provisorischen Verfassung, mit welcher der Verstand auch gegen Eisnereien durchgesetzt wird. Man hat in Bayern wenig beachtet, was für unsere Verhältnisse der zu § 2 der provisorischen Reichsverfassung am 10. Februar angenommene Zusatzantrag bedeutet: „Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen." Das ist durchaus eindeutig und zwingend für Bayern. Wenn Bayern nich

schleunigst eine ordnungsgemäße, vom Landtag ernannte Regierung erhält, dann bleibt es ohne Vertretung im Staatenausschuß.

Ueber die Plötzlichkeit, mit der am Mittwoch, den 12. Februar, durch Verfügung des Ministers des Innern Auer der Landtag einberufen worden ist, hat man sich allgemein gewundert. Verwaltungstechnisch gehört der Landtag in das Ressort des Ministeriums des Innern. Allein Landtagseinberufungen werden durch alle Minister gegengezeichnet. Der Ministerrat hat die Einberufung in Abwesenheit Eisners beschlossen, und da hat man zu der Aushilfe gegriffen, Auer allein gegenzeichnen zu lassen. Eisner hat sich dann wohl oder übel angeschlossen und sich einverstanden erklärt, obwohl er den Landtag durch alle Scherereien noch längere Zeit fernhalten wollte. Es drohte der Regierung, daß der Landtag aus eigener Zuständigkeit zusammengetreten wäre, was eine für das Eisner-Ministerium unhaltbare Situation ergeben hätte. Doch weit stärkeren Druck übte der von der Deutschen Nationalversammlung ausgeübte Zwang durch Annahme der oben angeführten Verfassungsbestimmung aus. Der Landtag mußte so schnell wie möglich einberufen werden, um eine Regierung herzustellen, die im Staatenausschuß den gegebenen Anteil Bayerns an den Reichsgeschäften ausüben kann. Es ist zuzugeben, daß mehrere Minister, wie Frauendorfer, Auer und Timm von jeher für die schleunige Einberufung des Landtags eingetreten sein mögen. Vom Verkehrsminister von Frauendorfer steht es seit dem 6. Februar fest, da er im Eisenbahnrat Gelegenheit genommen hat, mit aller Entschiedenheit die sofortige Einberufung des Landtags zu verlangen, unter scharfer Kritik der Bankerottwirtschaft im Staate. Es ist sogar zu vermuten, daß Frauendorfer zurückgetreten wäre, wenn seine Forderung nicht Erfüllung gefunden hätte. Allein wer weiß, ob alles so schnell und reibungslos gekommen wäre ohne das Diktat vom Reiche her, gegen welches jede weitere Obstruktion Eisners und seiner Genossen im Ministerium unmöglich geworden ist. Am 10. Februar faßte die Nationalversammlung den Beschluß, am 11. Februar beschloß der bayerische Ministerrat schon die Einberufung des Landtags!

Unter diesem Zwang muß auch das Revolutionsministerium Eisner zurücktreten. Eisner hat der „Frankfurter Zeitung" mitgeteilt, er sehe „vorläufig" keinen Grund ein, zurückzutreten. Nach der Reichsverfassung ist die provisorische Regierung in Bayern jedoch zum Rücktritt gezwungen. Derlei Sprüche Eisners bedeuten gegenüber der realen Macht der Tatsachen nichts. Bayern muß im Staatenausschuß vertreten sein und darum muß es eine der Reichsverfassung entsprechende, vom Bayerischen Landtag ernannte Regierung haben.

Frauendorfer und die Rechtssozialisten wollen sich außerdem von den linkssozialistischen Ministern Eisner, Jaffé, Unterleitner trennen, die alle drei leistungsunfähig sind und bei deren weiterem Amtieren Bayern in die allergrößten Schwierigkeiten geriete, die Sozialdemokratie aber zugrunde gerichtet würde. In der sozialdemokratischen Presse wurde Eisner vom ersten Tag seines Regiments als Luft behandelt und unausgesetzt der Kritik unterstellt. Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" (Nr. 37 vom 13. Februar) erklärt jetzt: „Daß bei der Neubildung (des Gesamtstaatsministeriums) die drei „Unabhängigen" nicht mehr in Betracht kommen, ergibt sich aus dem Stärkeverhältnis der Parteien im Landtag. Die Person Eisner wäre aber als Ministerpräsident, auch abgesehen von diesen Erwägungen, unmöglich geworden". Diese offene Sprache zeigt die Entschlüsse der Mehrheitssozialisten gegenüber Eisner und Genossen an, die als Minister der Verflüchtigung preisgegeben werden.

Es ist also damit zu rechnen, daß am 21. Februar die Revolutionsregierung dem bayerischen Landtag ihre Entlassung einreicht. Daß dieser dann die bisherige Regierung ersucht, ihre Aemter fortzuführen, ist schon wenig wahrscheinlich, obwohl Eisner damit zu rechnen scheint. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Luftreinigung sofort vorgenommen und die drei unmöglichen Minister ihre Entlassung erhalten.

Eisner hat sich nun wieder hinter die Arbeiter- und Soldatenräte gesteckt, mit denen er stehen und fallen will. Eisner will mit dieser Organisation das bayerische Volk revolutionieren und fordert, derselben eine verfassungsmäßige Existenz zu geben. Sein Stammesgenosse, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Süßheim, hat im Arbeiter- und Soldatenrat eine breite Grundlage für die Räte verlangt, sie sollen selbst im Landtag Gesetzentwürfe einbringen und vertreten, sie sollen in alle Behörden hineinreden können. So wenig wie im Reiche wird in Bayern die Räteorganisation ins Verfassungsleben eingeführt werden. Eine solche grobe Störung staatlicher und gemeindlicher Verwaltungstätigkeit, eine solche immerwährende Beunruhigung des Volkes hat seitens des Landtags die allerschroffste Zurückweisung zu erwarten. Für die Räte als politische Institution gibt es keine staatliche Unterstützung durch Verfassung, Gesetz oder Geldmittel. Sie haben mit dem Zusammentritt des Landtags diese ihre Existenz verwirkt, ganz so wie Eisner und Genossen als Minister.

Es wird nun versucht, noch vor Beginn des Landtags durch öffentliche Demonstrationen die Revolutionsregierung zu einem verpflichtenden Bekenntnis zu der Räteorganisation zu zwingen. In München haben die von land- und wesensfremden, aus dem Norden und Osten zugewanderten Elementen geführten Spartakisten in der Räteversammlung eine Siedehitze der Stimmung zu erzeugen versucht, allein die Demonstrationen nahmen am 16. Februar einen, wenn auch gegen die Regierung gerichteten ruhigen Verlauf, während in Nürnberg allerdings den Spartakisten ein Ueberfall auf das Generalkommando und das Telegraphenamt gelang. Die Revolutionsregierung hat allerdings in der Frage der zu schaffenden Volkswehr nachgegeben und die Werbestellen in die Hände der A.-, S.- u. B.-Räte gelegt, auch dürfen nur gewerkschaftlich und bauernbündlerisch organisierte Arbeiter und Bauern angeworben werden. Zu den politischen Forderungen der Räte soll zunächst eine Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten Stellung nehmen. Am Donnerstag soll dann die Antwort an die Räte erfolgen. Die Sache ist also auf des Messers Schneide gestellt. Tags darauf tritt der Landtag zusammen, der das Ministerium Eisners versenkt und dann die positive Arbeit beginnt.

Gedanken über den Wiederaufbau unseres Heerwesens.

Von Generalleutnant z. D. Freiherrn v. Steinaecker, Boppard.

Das Deutsche Reich hat keine Armee, keine Flotte mehr, wir sind wehrlos nicht nur gegen den äußeren Feind, nein, was augenblicklich noch viel schlimmer ist, gegen den Feind im eigenen Hause. Das hat die „glorreiche" Revolution vom November des Unglückjahres 1918 fertiggebracht. Bei ihr haben wir uns zu bedanken, daß unser armes Vaterland nur mehr Verhandlungs- und Schacherobjekt zwischen unseren Feinden geworden ist. Mit uns wird nicht verhandelt, uns wird der Wille des Gegners aufgezwungen, diktiert, wir haben keine Wahl, wir müssen annehmen, was die Sieger über uns beschließen. Da wir wehrlos im vollsten Sinne des Wortes gemacht worden sind, konnte es kommen, daß die dankbaren Polen, die wir mit kostbarem deutschem Blute von der russischen Tyrannei befreit haben, nunmehr frech und übermütig in deutsche Gebiete eindringen und dem toten Löwen den Fußtritt geben dürfen, ungestraft, unter stiller Freude der Verbandsmächte. So konnte es ferner kommen, daß zuchtlose, arbeitsscheue Pöbelhaufen es verhindern können, daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, die Kriegs- in die Friedenswirtschaft umgestellt werden kann, so konnte des Reiches Hauptstadt, so Braunschweig, so Bremen, so Düsseldorf der Schauplatz von Greuelszenen und Gewalttätigkeiten werden, wodurch unser Ansehen in der ganzen Welt einen tödlichen Stoß erlitt. Auf solche Glücksfälle hatten unsere Gegner nicht gerechnet, sie nutzen sie nach Kräften aus, was nur natürlich und folgerichtig ist. Es ist klar, hätten wir, wenn auch nur eine kleine, zuverlässige bewaffnete Macht, dann wäre mit all diesen trostlosen Verhältnissen in kürzester Frist aufgeräumt, der Friede näher gerückt. Allein — wir haben sie ja nicht. Ja, ihr Herren, die ihr die Armee verdorben und hinterrücks erdolcht habt, wie eine englische Zeitung leider nur allzu zutreffend schrieb, eine Armee aufbauen ist schwerer, wie eine solche vernichten; die Geister, die ihr riefst, könnt ihr nun nicht mehr im Handumdrehen bannen. Nun heißt es den Kelch der Erniedrigung bis zur Hefe ausleeren. O, mein armes deutsches Vaterland, o unser armes Volk! Welche Prüfungen hat Gott der Herr dir noch vorbehalten?! Das Folgenschwerste aber wäre, wenn wir nur zu klagen, nicht aber zu handeln, zu arbeiten verständen und uns dazu aufrafften. Wollen wir nicht auf das Recht als freie Nation weiter zu leben verzichten,

muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß wir wieder ein wehrkräftiges Volk werden. Es muß schnell, es muß umsichtig an die Arbeit des Wiederaufbaus unserer Wehrkraft herangetreten werden, das Gefühl der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe für die Zukunft unseres Volkes muß den Geist der Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar durchdringen. Denn sie ist berufen, diese Arbeit schnell in die Wege zu leiten, schon allein deswegen, damit wir uns nicht im Innern von der Spartakusgruppe, im Osten von den Polen brauchen, was man so sagt, auf der Nase tanzen zu lassen.

Es kann auch für den überzeugtesten Vertreter der Schiedsgerichtstätigkeit im Verkehr der Völker untereinander, für den begeistertsten Anhänger des ach so schönen Gedankens des Völkerbundes keine Frage sein, daß wir im Deutschen Reich auch in Zukunft nicht mit einer Polizeitruppe auskommen werden und können, wie sie z. B. das Großherzogtum Luxemburg hatte. Hierzu wird sich kein Staat, auch wenn eine allgemeine Abrüstung oder Beschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser infolge des Friedensvertrages kommen sollte, entschließen. Es muß schon deswegen in jedem Lande eine Armee bestehen bleiben, weil ja sonst der Spruch eines Schiedsgerichts nicht über eine Macht zu seiner Ausführung verfügen würde. Kann ein solches Gericht seinem Spruch nicht Nachdruck durch Gewaltmaßregeln, d. h. durch Waffengewalt, wenn es sein muß, verschaffen, so ist sein Wert gleich Null. Außerdem gibt es den bekannten Dichterspruch, der daran erinnert, daß der Beste nicht im Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Das hat Gültigkeit für alle Zeiten, solange unser Planet von Menschen und Völkern mit Leidenschaften und Eigeninteressen bewohnt wird. Im übrigen hindert uns nichts im Deutschen Reich, auf eine Polizeitruppe zurückzugreifen, uns auf eine solche zu beschränken, wenn alle unsere Nachbarn mit diesem Beispiel vorangegangen sind, was wohl noch einige Zeit dauern würde.

Also wir müssen eine kampfkräftige Armee bilden. Die erste Frage ist die: auf welchen Grundlagen? Es gibt drei Möglichkeiten, die allgemeine Wehrpflicht, also unsere jetzige Ergänzungsart, das Söldnertum und das Milizsystem. Ich für meinen Teil würde am liebsten das augenblickliche System beibehalten, es hat seine Probe glänzend bestanden, ohne es würden wir nicht den ungleichen Kampf mit Ehren ausgefochten haben, nicht es war daran Schuld, daß wir im Feld vom Feinde unbesiegt, unsere Fahnen zusammenrollen und in die Heimat zurückkehren mußten. Allein ich sehe anderseits auch ein, daß dies wohl aus den verschiedensten Gründen nicht gehen wird. Wir sind darauf angewiesen, angesichts der voraussichtlich furchtbaren, schweren Friedensbedingungen in geldlicher Beziehung auf das sparsamste mit allen Staatsmitteln umzugehen. Wir müssen also am Etat der Landesverteidigung zu allererst zu sparen suchen. Es war ja nicht zu vermeiden, daß durch die Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht mit zweijährigem Verweilen bei der Fahne eine ganz gewaltige Zahl Arbeitskräfte dem Wirtschaftsleben längere Zeit entzogen wurden. Auch das müssen wir jetzt vermeiden, jeder Arm muß zur Arbeit in unserer Volkswirtschaft herangezogen werden, um sie zu stärken, uns möglichst bald von Schulden frei vom Auslande unabhängig zu machen. Allerdings geben wir, wenn wir unser bisheriges Ergänzungssystem verlassen, etwas für unser Volk sehr Wertvolles auf, nämlich die körperliche und geistige Erziehung, die der Aufenthalt unter der Fahne mit sich brachte; die Armee war eine vorzügliche Fortbildungsschule für die heranwachsende männliche Jugend, eine Schule des Gehorsams und der Selbstüberwindung, eine Schule aber auch für die körperliche Entwicklung, die dem Manne später in jedem Beruf zugute kam. Auch entsprach das System der allgemeinen gleichen Wehr- und Dienstpflicht dem gewiß nicht von der Hand zu weisenden Gedanken, daß an der Verteidigung des Vaterlandes jeder teilzunehmen verpflichtet sei. Wir können aber meines Erachtens nicht bei der bisherigen Heeresergänzung stehen bleiben, weil sie eben zu teuer ist, das Friedensheer kann nicht mehr die Stärke wie bisher haben — also würde eine gleiche Dienstpflicht doch unmöglich sein. Da wir sparen müssen und wollen, kann von einer Einführung einer Söldnerarmee auch nicht die Rede sein; denn durch die unabweislich zu zahlenden hohen Soldbeträge wird eine solche, wie das die Statistik beweist, die teuerste Heeresart. England war ja das Land der Söldnerheere. Das hatte seinen guten Grund darin, daß das Mutterland in den weit entlegenen überseeischen Besitzungen ein Heer, das sich in England ergänzte, halten mußte. Da nun der Transport in diese immer eine geraume Zeit in Anspruch nahm, besonders ehe noch der Suezkanal eröffnet war, konnte England nur ein Heer von solchen Leuten brauchen, die ihrer körperlichen Verfassung noch dazu geeignet waren in Uebersee zu dienen, ferner aber lange Zeit von England fern zu bleiben in der Lage waren. Damit verbot sich ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit von selbst. Aber noch eins spricht gegen ein Söldnerheer. Wer einmal englische Heeresverhältnisse kennen gelernt hat (ich konnte sie bei mehrfachem längeren Aufenthalt drüben dank des Entgegenkommens englischer Offiziere eingehend studieren), der weiß, was sich unter den englischen Fahnen zusammendrängte und welch geringes Ansehen der Soldatenstand im Volke vielfach mit Recht hatte. Länger brauche ich mich hierüber hier nicht zu äußern.

Es bleibt also noch das Milizsystem. Für dieses haben wir ein sehr gutes Beispiel in der Schweiz. Seine Grundzüge seien in Kürze hier angeführt.

Das Bundesheer wird folgendermaßen gebildet. Nach der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 und dem Organisationsgesetz vom 12. April 1907 ist jeder Schweizer vom 20. Lebensjahre ab wehrpflichtig und zwar bis zum 32. (Hauptleute bis zum 38., höhere Offiziere bis zum 48.) Lebensjahre im Auszug. In diesem wird nach einer Rekrutenschule (je nach der Truppengattung von 60—90 Tagen) siebenmal, bei der Kavallerie achtmal jährlich eine 11 bzw. 14tägige Uebung abgeleistet. Vom 33. bis 40. (Hauptleute bis zum 44., höhere Offiziere bis zum 48.) Lebensjahre ist jeder Schweizer in der Landwehr; diese wird einmal zu einer Uebung von 11 Tagen, mit Ausnahme der Kavallerie, einberufen. Wer aus gewissen gesetzlichen Gründen keinen persönlichen Militärdienst leistet, hat jährlich bis Ende des 40. Lebensjahres eine Ersatzsteuer von 6 Franken nebst Zuschlägen von je 1,50 Franken für 1000 Franken reinen Vermögens und 100 Franken reinen Einkommens, die im Landwehralter auf die Hälfte ermäßigt werden, zu zahlen. Der Höchstbetrag der Steuer beträgt 3000 Franken. Außerdem gehört jeder im Auszug oder in der Landwehr nicht eingeteilte Wehrpflichtige vom 20. bis zum 48. Lebensjahre (Offiziere bis zum vollendeten 52. Lebensjahre) dem Landsturm an. Wehrpflichtige, die keiner Jahresklasse angehören aber zu Hilfsarbeitern tauglich sind, werden dem Hilfsdienst zugeteilt; sie leisten keinen Instruktionsdienst, sind aber militärpflichtig. Soweit in Kürze das Schweizer Milizsystem, wodurch es der Eidgenossenschaft möglich ist, bei einer Bevölkerung von $3^{3}/_{4}$ Millionen ein Heer von über 211000 Mann aufzustellen. Zugrunde liegen die Zahlen des Jahres 1912.

Ich betonte schon, daß schnell gearbeitet werden muß. Hierfür spricht, abgesehen von unserer ganzen inner- und außerpolitischen Lage, ein wirtschaftlicher Grund. Wir werden doch, das kann man für alle Fälle mit Gewißheit annehmen, eine an Mannschaften und Offizieren wesentlich schwächere Armee wie früher bekommen. Es werden also eine Reihe von Offizieren entweder ausscheiden müssen oder so lange in niederen Stellen verweilen, daß wir wieder die Erscheinungen der Mitte des vorigen Jahrhunderts als Folge der Heeresverminderung nach den Befreiungskriegen erleben, daß es zum Beispiel Leutnants gab, die denselben Rang wie der Vater im Heer einnahmen, eine Ueberalterung und damit ein unhaltbarer Zustand, an dem die Armee schwer erkrankt war. Da es das allgemeine Bewußtsein ist, daß die Offizierstellen vermindert werden, kommen an mich sehr zahlreiche Anfragen des Inhalts: raten Sie mir, den Abschied zu nehmen? Ich bin 5 Jahre Offizier, oder wie denn die Zahl heißt, jetzt ist noch Zeit zum Berufswechsel. Auch besorgte Eltern wenden sich in der gleichen Angelegenheit an mich. Ich kann da nur immer die eine Antwort geben: abwarten bis wir ein neues Wehrgesetz und neue Bestimmungen über die Ergänzung der Offiziere des Friedensstandes haben.[1]) Nur der, der sich in dem jetzigen Beruf als Soldat nicht wohl fühlt, dem das heilige Feuer fehlt, ohne das in keinem Beruf etwas zu erreichen ist, der möge an ein Umsatteln denken. Aber zu welchem Beruf

[1]) Das vom Ministerpräsidenten Scheidemann in der Nationalversammlung am 13. Februar verkündete Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung sieht vor: „Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutze des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantinen), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Beschwerden; Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899; Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden; Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere; für die Uebergangszeit Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben."

man sich nun entschließt, das kann man nur entscheiden oder einen Rat dazu geben, wenn man den jungen Mann wirklich persönlich kennt, auch weiß, wie die geldliche Leistungsfähigkeit der Eltern ist. Nur vor voreiligem Ausscheiden, ehe man etwas Sicheres in Aussicht hat, möchte ich dringend warnen. Es ist nicht so leicht, wie viele meinen, für einen früheren Offizier z. B. in Industrie und Handel eine Stellung zu bekommen, da ein ganz gewaltiges Angebot gelernter junger Leute gerade in diesen Ständen und Berufen vorhanden ist und jedes Geschäft darauf angewiesen ist, in Zukunft mit möglichst wenig Personal auszukommen, um möglichst billig arbeiten zu können. Denn nur bei billigen Erzeugerpreisen können wir hoffen, uns wieder mit der Zeit eine Stellung auf dem Weltmarkt zu schaffen.

Das eine möchte ich zum Schluß meiner Ausführungen betonen: Fachmänner müssen die Sache in die Hand nehmen, für Soldatenräte ist weder beim Aufbau noch in einer neuen Armee Platz, wie die Ereignisse seit der Revolution jedem, der sehen will, mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben.

Religionsunterricht und Toleranzantrag.

Von Prälat Dr. v. Pichler, Dompropst in Passau.

Der bayerische Unterrichtsminister Johannes Hoffmann hat an die Spitze seines Erlasses vom 25. Januar über den Religionsunterricht in der Schule den Satz gestellt: „Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden.“ Dieser Rechtsgrundsatz ist nicht aus der bayerischen Verfassung, auch nicht aus der von der jetzigen Revolutionsregierung verkündeten Notverfassung genommen, er entspricht in seinem Wortlaut einem Antrag des fortschrittlichen Abgeordneten Schrader, der im Mai 1905 in der zweiten Toleranzkommission und am 2. Mai 1906 auch im Plenum des Reichstages in der zweiten Lesung angenommen worden ist. Da dieser Rechtsgrundsatz ohne Zweifel mit vollbewußter Absicht jener ministeriellen Entschließung vorangestellt ist, um mit demselben eine Waffe im parlamentarischen Kampf zu haben, so soll hier der historische Verlauf der damaligen Verhandlungen einwandfrei dargestellt werden.

Der im Jahre 1900 von der Zentrumspartei im Reichstag eingebrachte Antrag über die Freiheit der Religionsübung, gewöhnlich Toleranzantrag genannt, hat eine Bestimmung über den Religionsunterricht in der Schule nicht enthalten. Bei der Beratung in der Kommission, die im Frühjahr 1901 unter eingehendster Behandlung aller einzelnen einschlägigen Fragen erfolgte, stellte Abgeordneter Schrader den Antrag: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Minderjährige nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht angehalten werden.“ Einen ganz ähnlich lautenden Antrag brachte der Sozialdemokrat von Vollmar. Nachdem die Behandlung dieser wichtigen Frage angeschnitten war und das Zentrum Stellung nehmen mußte, beantragte Abgeordneter Gröber: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden.“ Zur Begründung bemerkte Gröber, sein Antrag wolle die Teilnahme am Religionsunterricht der eigenen Konfession nicht berühren, das sei eine Schulfrage, welche von den einzelnen Staaten zu regeln sei. Sein Antrag solle jene Gesetze beseitigen, welche ein Kind zur Teilnahme am Gottesdienst und Religionsunterricht einer fremden Konfession zwingen und dadurch die Gewissensfreiheit beeinträchtigen. Von freisinniger und auch von konservativer Seite wurde betont, daß mit dem Antrag Gröber allerdings alle Schwierigkeiten für die Katholiken beseitigt werden, nicht aber die großen Schwierigkeiten, welche im Protestantismus aus den verschiedenen theologischen Richtungen sich ergeben. Schrader betonte, ein orthodoxgläubiger Vater müsse das Recht haben, sein Kind vom Religionsunterricht eines freigeistigen Predigers fernzuhalten. Der bekannte hochkonservative Abgeordnete Dr. Oertel erklärte offen, er würde sein Kind lieber in den katholischen Religionsunterricht schicken als zu einem freisinnigen Prediger. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem gab zu, daß die vorgebrachten Bedenken nicht unbegründet seien. Auch auf katholischer Seite haben solche Schwierigkeiten im Jahre 1871 sich ergeben, wo man katholische Schüler in Braunsberg und an anderen Orten zwingen wollte, den Unterricht des zum Altkatholizismus übergetretenen Religionslehrers zu besuchen. Die Zentrumspartei könne sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, daß auch der von der Unterrichtsverwaltung ausgehende Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht der eigenen Konfession beseitigt werden solle; es wäre das größte Unglück für Deutschland, wenn die Kinder nicht mehr in der christlichen Religion erzogen würden. Der Staat dürfe aber niemand zwingen, am Religionsunterricht einer fremden Konfession teilzunehmen. Wer dem Staat das Recht gibt, einzelne Kinder einer anderen Konfession zuzuführen als die Eltern wollen, der müsse ihm konsequent auch das Recht geben, alle Kinder in einer bestimmten Konfession zu erziehen, oder umgekehrt etwa einen religionslosen Moralunterricht für alle einzuführen.

In der Kommission wurde der Antrag Gröber mit Stimmenmehrheit angenommen. (Mai 1901.)

Die zweite Beratung im Plenum begann am 29. Januar 1902 und wurde wegen verschiedener Hindernisse erst anfangs Mai zu Ende geführt. Am 28. Januar stellten die Sozialdemokraten den Antrag: „Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.“ Der Fortschrittler Schrader wiederholte am 1. Mai den in der Kommission gestellten Antrag mit einer kleinen redaktionellen Aenderung: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder einem Gottesdienst angehalten werden.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert, ein ehemaliger Lehrer, hielt am 3. Mai eine lange Rede, in welcher er ohne jede Zurückhaltung die sozialdemokratische Auffassung über Religion und Religionsunterricht darlegte. Er verlangte die Entfernung des Religionsunterrichtes aus allen Schulen, natürlich auch aus den Privatschulen. Daraus folge, daß auch in den Seminarien und Präparandenschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden dürfe. „Das ist eine unabweisliche Konsequenz, die man aus dem Fortfall des Religionsunterrichtes in allen Schulen zu ziehen hat.“ Nun noch die letzte Konsequenz: Es ist die, daß die Aufsicht über die Schule von fachmännischer Seite geführt wird . . . Die Religionslosigkeit der Schule und der Lehrerbildungsanstalten sowie die fachmännische Aufsicht sind die drei wesentlichen Stücke, welche sich in das eine Wort und zu dem einen Begriff zusammenfassen lassen: „Die Weltlichkeit der Schule“ (stenogr. Bericht Seite 5299). Unter Hinweis darauf, daß im Erfurter Programm die Religion als Privatsache erklärt sei, bemerkte er: „Aber in unserem Programm sprechen wir nicht aus, daß die Schule uns eine Privatangelegenheit sei.“ In der nächsten Sitzung zitierte er mit zynischer Offenheit den Ausspruch: „Jede Art der Religion ist eine geistige Mißhandlung und muß, wie die körperliche Züchtigung, aus der Schule verbannt sein“ (stenogr. Bericht Seite 5319). Der liberale Abgeordnete Dr. Hieber konnte mit Recht bemerken, diese Rede habe ihn erinnert an ein Wort: „Religion ist Privatsache, im übrigen aber ein Unsinn.“ Der Antrag Schrader wurde vom Reichstag abgelehnt, der Zentrumsantrag am 5. Mai in zweiter, am 5. Juni in dritter Lesung angenommen. So im Sommer 1902.

Nach der Neuwahl im Sommer 1903 hat das Zentrum seinen Antrag für die Freiheit der Religionsübung wieder eingebracht; dabei hatte § 4 denselben Wortlaut, wie er 1902 vom Reichstag angenommen worden war. Die Beratung begann erst im Februar 1905; die Aufnahme war diesmal wesentlich ungünstiger. Wie Dr. Hieber in der Sitzung vom 18. Februar konstatierte, hatten inzwischen „sämtliche offizielle Instanzen, über welche der deutsche Protestantismus verfügt, sich gegen diesen Antrag ausgesprochen.“ Insbesonders ein juridisches Gutachten des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses hatte an allen Einzelheiten des Zentrumsantrags die schärfste Kritik geübt. Der Antrag wurde im April und Mai 1905 in einer Kommission behandelt. § 4 wurde auf fortschrittlichen Antrag in folgender Fassung angenommen: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden.“ Der Antrag des Zentrums wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Auch die Zentrumsmitglieder stimmten dann für den fortschrittlichen Antrag. Ausschlaggebend dafür waren die geradezu erschütternden Klagen über die Behandlung der Dissidentenkinder in den preußischen Schulen. Namentlich der freisinnige Abgeordnete Kopsch, Rektor an einer Berliner Schule, gab damals eine geradezu ergreifende Schilderung über die Zustände, welche

in Berlin in bezug auf den Religionsunterricht sich herausgebildet hatten. Es komme häufig vor, daß ein Kind aufsteht und erklärt: Ich habe nichts gelernt, der Vater hat es verboten, er sagt, das sei ja alles Unsinn. Dadurch würden die übrigen Kinder zur Heiterkeit angeregt, der ganze Erfolg des Religionsunterrichts für alle Kinder sei vereitelt. Adolf Hoffmann (der jüngst abgegangene sozialdemokratische preußische Kultusminister) erzählte dabei des längeren und breiten seinen jahrelangen Kampf gegen diesen Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts und fügte bei, er habe endlich sein Kind in den jüdischen Religionsunterricht geschickt, um diese ewige Plage los zu werden.

Wegen Schluß der Session wurde der Antrag im Plenum des Reichstags nicht mehr behandelt.

Zum dritten Male brachte das Zentrum seine Anträge am 30. November 1905. Der hier einschlägige § 4 hatte folgende Fassung: „Zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst, welcher der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden." Die Sozialdemokraten beantragten, den neueingeschalteten Relativsatz zu streichen. Dr. David und Adolf Hoffmann führten dabei aus, die Gewissensfreiheit sei nur dann wirklich gegeben, wenn der Religionsunterricht aus den Staatsschulen überhaupt entfernt werde; das Kind sei noch nicht fähig, dem Religionsunterricht zu folgen, die Lehren der Religion stünden vielfach in Widerspruch mit den Ergebnissen der Naturwissenschaft. Hoffmann meinte: „Wenn die Schule von der Religion befreit ist, so ist das eine Gewissensfreiheit, wie wir sie uns schöner und besser nicht denken können... In der Schule hat die Religion nichts zu tun." Demgegenüber führte der Zentrumsführer Dr. v. Hertling aus: „Da sind wir freilich ganz anderer Ansicht. Wir meinen, daß eine Staatsschule, hinter der der staatliche Zwang steht und die den Religionsunterricht und die religiösen Grundlagen der Erziehung beseitigen würde, nicht die Freiheit für sich in Anspruch nehmen könnte, sondern als ärgste Gewissenstyrannei gegenüber den christlich gesinnten Eltern wirken würde. Solange der Staat — und dazu ist er nach meiner Ansicht vollkommen berechtigt — ein gewisses Maß von Kenntnissen seitens der Untertanen verlangt, solange er deshalb aus seinen Mitteln Schulen errichten muß, in denen sich die Minderbemittelten dieses Maß von Kenntnissen aneignen können, solange muß der Staat darauf Rücksicht nehmen, daß die weitaus größte Zahl seiner Bürger den christlichen Bekenntnissen angehören und nach ihrer Ueberzeugung und ihrem christlichen Pflichtbewußtsein ihre Kinder nur in eine solche Schule schicken können und wollen, in denen die Erziehung auf christlicher Basis geleitet wird." (Stenogr. Bericht Seite 909.)

Eine Kommissionsberatung wurde damals selbst vom Zentrum nicht mehr verlangt. In der zweiten Lesung wurde dem sozialdemokratischen Antrag mit erheblicher Mehrheit nachgegeben und der oben angeführte Relativsatz gestrichen. Damit war auch für diese Session die Behandlung abgeschlossen.

Am 20. Februar 1907 wurde der Toleranzantrag nochmal — zum vierten Male — eingebracht; § 4 mit demselben Wortlaut wie am 30. November 1907; der Antrag kam damals überhaupt nicht zur Verhandlung.

Die Stellung des Zentrums in dieser Frage ist somit deutlich gekennzeichnet. Nun sagt die sozialdemokratische „Münchener Post" in Nr. 27 vom 3. Februar, der bayerische Kultusminister Hoffmann habe sich nur erlaubt, einen vom Zentrum im Reichstag verteidigten Grundsatz durchzuführen. Sie beruft sich dabei auf eine Rede, welche Dr. Bachem am 9. Februar 1905 im Reichstage gehalten habe, und fügt dann bei: „Wenn ein bayerischer Minister einen Zentrumsantrag durchführt, dann wird er nicht etwa vom Zentrum öffentlich gelobt, sondern der „brutalen Vergewaltigung" des religiösen Gewissens bezichtigt ... Eine gröbere Entstellung der Wahrheit und eine skrupellosere Volksverhetzung ist wohl kaum noch möglich".

Wir müssen den schweren Vorwurf der groben „Entstellung der Wahrheit" dem sozialdemokratischen Blatt zurückgeben. Nicht einen Zentrumsantrag hat Minister Hoffmann zur Grundlage seiner Verordnung genommen, sondern einen freisinnigen Antrag, dem das Zentrum 1901, 1903, 1905 und 1907, wie vorstehend dargelegt, genau formulierte Gegenanträge gegenübergestellt hat. Die Begründung des Zentrumsantrages führte 1905 Dr. Bachem. Aus seiner Rede vom 4. (nicht 9.) Februar entnimmt die „Münchener Post" einige Sätze, welche im Zusammenhang den entgegengesetzten Sinn haben, als wie die „Münchener Post" herauslesen will. Dr. Bachem wies auf die Zeit der Reformation hin, wo die Reichsstände das Recht in Anspruch nahmen, ihre Untertanen zu der Konfession zu zwingen, welcher sie selbst anhingen; dieser Staat des bewußten Religionszwanges sei in Deutschland durch die historische Entwicklung überwunden, der heutige Staat bekenne sich als Staat zu keiner Religion mehr, er wolle als solcher konfessionslos sein und könne auch „nicht mehr das Recht beanspruchen, einseitig zugunsten einer bestimmten Religionsauffassung seine staatlichen Machtmittel einzusetzen". Bachem bemerkte weiter, der Staat dürfe in die Geisteskämpfe der Religionsparteien mit seinen Machtmitteln nicht eingreifen.

Der Gegensatz ist hiernach klar: Der bayerische Kultusminister will den Religionsunterricht überhaupt aus der Schule verdrängen; beim Toleranzantrag handelte es sich darum, die Mißstände zu beseitigen, welche durch den übertrieben ausgedehnten Zwang des Staatskirchentums zum Besuch des Religionsunterrichts der Staatskirche herbeigeführt worden waren.



Klage eines vereinsamten Elsässers um das deutsche Wasgauland.

Von Dr. August Joseph Müller.

Wäre ich ein Dichter wie mein Landsmann Balde S. J., der „deutsche Horaz", so würde ich eine jener erschütternden Elegien schreiben, die er bei der Losreißung seiner schönen Heimat vom heiligen Reiche deutscher Nation nach dem Dreißigjährigen Kriege verfaßt hat. Aber auch ein Balde stände damit ziemlich allein da: die Volksseele hätte er nicht mehr hinter sich. Das erhöht freilich noch die namenlose Tragik des Augenblicks!

Wie das nur möglich war? Ein Land und ein Volk, so kerndeutsch von Natur, Sprache und Abstammung wie nur möglich, mit deutschen Burgen und deutschen Dörfern, mit einer herrlichen deutschen Vergangenheit, mit den deutschen Mystikern und Humanisten an der Grenzscheide zweier Zeitalter, mit den deutschen Reichsstädten und Reichsherrschaften bis tief in die französische Annexion hinein, mit dem zähen Kampf um deutsche Eigenart und Zunge bis an die Schwelle der Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterland trotz der Französierungsversuche von mehr als zwei Jahrhunderten! Und jetzt dieses scheinbar ausnahmslose, geradezu hysterische Jubeln und Jauchzen und Schwelgen beim Einmarsch der Franzosen, dieses jeden Halts entbehrende, geradezu würdelose Wegwerfen an den bisherigen Landesfeind, diese Erklärung der elsässischen Studentenschaft über ihre stets französisch gebliebene Eigenart und diese Proklamation der elsässischen Kammer über die unveräußerlichen Rechte Frankreichs, dieses Flattern der Trikolore von allen Häusern und dieses Küssen der französischen Fahnen und dieses Umarmen der französischen Truppen und dieses endlose Rufen Vive la France! Woher ein solch schroffer und radikaler, allen psychologischen Gesetzen gleichsam ins Antlitz schlagender Wechsel?

Gewiß ist viel, unendlich und unverzeihlich viel an diesem deutschen Grenzvolk von deutscher Seite all diese 47 Jahre hindurch gesündigt und gefrevelt worden: selbst dem Blindesten öffnet die gegenwärtige elementare Reaktion darüber nun die Augen! Brutalität und Ungeschicklichkeit haben sich bei Regierung und Eingewanderten im Namen der „Germanisation" die Hand gereicht. Aber der letzte Rest des Deutschtums, deutschen Denkens und Fühlens, der Liebe und Achtung für Deutschland war damit diesen seinen urechten Söhnen an der Westmark doch noch nicht verleidet und aus dem Herzen gerissen; mochte auch das positive Mitempfinden mit dem großen deutschen Vaterlande mehr und mehr erkalten, noch immer blieb die Art eine deutsche und wollte mit ganz vereinzelten phantastischen Ausnahmen von einem Wiederanschluß an Frankreich nichts wissen. Ja noch zu Beginn des Krieges stand weitaus die Mehrheit auch in der Gesinnung auf deutschem Boden und wurde die elsässische Volksseele unwillkürlich vom patriotischen Schwunge mitgerissen, der damals durch die deutschen Lande ging. Wer daran zweifelte, brauchte nur die ausziehenden Krieger und die vielen Freiwilligen unter ihnen sich anzusehen, entgegen der aus dem Finger gesogenen Behauptung des Präsidenten Deschanel in der französischen Kammer, dieser Auszug wäre für die Elsässer der Qualen schlimmste gewesen.

Was aber eine halbhundertjährige Bedrückung im Frieden nicht fertigbrachte, das erreichte der hier bis zur Unerträglichkeit gesteigerte deutsche Militarismus im Kriege: eine fast völlige Ausrottung des deutschen Sinnes und eine wahre Epidemie zugunsten Frankreichs. Insbesondere einzelne rohe Ausschreitungen in den ersten Kriegswochen — wie wohltuend muß sich dagegen die Verteilung von Schokolade und Zuckerbrot durch die französischen Soldaten ausnehmen! — bewirkten einen jähen Umschlag und die fortgesetzten Quälereien eines nahezu rechtlosen vierjährigen Ausnahmezustandes boten der Volkswut immer neue Nahrung. Ich selbst denke noch mit Ingrimm an die Behandlung, die auch mir stellenweise zuteil wurde. Und doch muß ich zur Verteidigung der vielgeschmähten deutschen Armee bekennen, wenn ich der Wahrheit die Ehre geben will, daß bei weitem das Gros der deutschen Soldaten auch im Elsaß, abgesehen von einigen Entgleisungen im Anfang, durchaus anständig und rücksichtsvoll mit der Bevölkerung umging. Und wenn die Metzer z. B. dem Berichterstatter des „Figaro" triumphierend erzählten, es sei ihrer großen Schlauheit zuzuschreiben, daß sie doch immer genug zu essen und weit mehr Lebensmittel hatten, als ihnen zustand, so ist das nur eine optische Täuschung über die unzweifelhafte Tatsache, daß die Anwendung mancher Vorschriften in vielem milder war als in Altdeutschland.

Und doch — sollte damit wirklich der letzte Rest und die letzte Hoffnung endgültig begraben sein? Ob nicht neben den vielen lärmenden Demonstranten doch noch viele in stummer Klage ebenfalls ihr Haupt senken? Und ob selbst die anderen, wenn der erste Freudenrausch vorüber ist und sie sich vor die rauhe Wirklichkeit gestellt sehen, aus ihrem Taumel erwachen und dessen bewußt werden, was sie verloren haben oder zu verlieren drohen? Warum sträubt sich denn Frankreich so hartnäckig gegen eine geordnete Volksabstimmung entsprechend dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, mit der merkwürdigen Begründung, das Plebiszit schließe eine Billigung des Frankfurter Friedens ein und habe tatsächlich schon stattgefunden (durch die Ovationen!), wie u. a. Clémenceau in der Pariser Kammer erklärte? Und warum polemisiert man dann so heftig gegen den Plan einer völligen Unabhängigkeit und Neutralisierung Elsaß-Lothringens, der bloß von deutschen Agenten oder utopistischen Schwärmern ausgeheckt sein soll, wie die sich selbst schändende einheimische Presse behauptet?

Ein kostbares Erbstück aus der deutschen Vergangenheit und ein gewisses Unterpfand deutscher Zukunft besitzt das Elsaß nach wie vor zunächst in seiner deutschen Volkssprache, welche noch in den sechziger Jahren die elsässischen Geistlichen wie Löwen gegen die amtlichen Verdrängungsversuche verteidigt haben. Zweifellos wird auch jetzt ein Kampf auf Leben und Tod zur Unterdrückung des Deutschen auch in der Schule und im Religionsunterricht geführt werden. Wir wollen hoffen, daß auch dann der Klerus seinen Mann stellen und diesen Raub am elsässischen Volkstum nicht zulassen wird! Schon kündigt sich dieser Kampf gegen das deutsche, aber auch der Widerstand des einheimischen Elements an, wie die erregten Debatten im Mülhauser Gemeinderat dartun. Bereits weist der Bericht Messineys im Ausschuß der französischen Kammer auf die lebhafte Mißstimmung der elsaß-lothringischen Einwohnerschaft über die französische Verwaltung und die Gefahr einer furchtbaren moralischen Katastrophe hin.

Noch stärker wird aber der Kampf um die angestammte Religion entbrennen. Zwar haben die französischen Generäle in ihren Proklamationen den Elsaß-Lothringern feierlich versprochen, daß ihre religiösen Traditionen nicht angetastet werden sollten; voraussichtlich wird man sogar die Gehälter den Pfarrern noch einige Zeit hindurch ausbezahlen; ja viele geben sich der optimistischen Erwartung hin, die französische Regierung werde zum Teil mit Rücksicht auf das Elsaß eine andere Kirchenpolitik einschlagen oder wenigstens für die elsässischen Katholiken eine Ausnahmebehandlung eintreten lassen. Das sind natürlich eitle Wahnvorspiegelungen: einerseits wird das jetzige Regierungssystem eher gestärkt als geschwächt aus dem Kriege hervorgehen, anderseits kann es dem Elsaß nicht eine andere Gesetzgebung angedeihen lassen als dem übrigen Reiche, wird also konsequent auch für Elsaß-Lothringen das Konkordat verschwinden lassen müssen. In welch schneidendem Gegensatz zur naiven Volksvorstellung, die beim Einzug der Franzosen Kruzifixe und Kirchenfahnen ausstellte, als ob es sich um eine Fronleichnamsprozession handelte, steht die vom Pariser Kardinal Amette in öffentlicher Predigt gebrandmarkte Tatsache, daß beim Dankgottesdienst in Notre Dame die anderen Regierungen vertreten waren, von der französischen dagegen mit überlegter Absicht kein einziger Vertreter erschien! Bereits jetzt muß den elsässischen Katholiken die Tatsache zu denken geben, daß bezeichnenderweise ein notorischer Freimaurer an die Spitze der Senatskommission zur Regelung der Kultusangelegenheiten in Elsaß-Lothringen gesetzt wurde und auch gleich die Entchristlichung der Volksschule als wesentlichen Programmpunkt aufgestellt hat. Namentlich in dieser Beziehung wird es für das Elsaß noch ein furchtbares Erwachen geben und vielleicht bald der Zeitpunkt kommen, wo es sich nach der deutschen Herrschaft zurücksehnen wird, falls es sich nicht etwa ganz durch die radikale französische Woge fortschwemmen läßt. Gewiß hat die deutsche Kirche nach der Revolution keinen viel leichteren Stand zu erwarten — und dieser Gedanke dürfte mehr als alles andere geeignet gewesen sein, die positiven elsaß-lothringischen Elemente vollends von Deutschland abzustoßen; aber immerhin wird das vergangene deutsche Regiment trotz seiner ungemein schädlichen Protestantisierungstaktik in der Respektierung des Kultus und seiner Diener mit dem französischen den Vergleich reichlich aufnehmen können. Und vielleicht beschert ihm der energische und geschlossene Widerstand der deutschen Katholiken doch noch eine bessere Zukunft!

Der Logenansturm gegen die katholische Ehe in Deutsch-Oesterreich.

Von Ottokar Krok.

Auch dem Blinden muß nachgerade die Planmäßigkeit auffallen, mit der wie auf Kommando in allen neuerstehenden Republiken (Preußen, Bayern, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakischer Staat, Ungarn usw.) der Kulturkampf einsetzt. Ebenso auffallend ist die Eile, mit der die kulturkämpferischen Forderungen verwirklicht werden sollen. Wir erklären uns diese Ueberstürzung damit, daß die Loge, die bei uns hinter diesem Kampfe steht, wohl mit Recht, sich sagt: Jetzt — zurzeit allgemeiner Verwirrung und seelischer Depression — oder nie! und daß sie fürchtet, die Entchristlichung namentlich der jetzt politisch gleichberechtigten Frauen möchte doch noch nicht soweit vorgeschritten sein, als es für ihre Ziele wünschenswert erscheint. Doppelt zu verwundern ist diese Hast in Deutsch-Oesterreich. „Noch sind, wie Staatsrat Dr. Jerzobek sehr richtig betonte, die Grenzen unseres Staates nicht fixiert, unser Finanzwesen ist in der größten Zerrüttung, Hunderttausende gehen herum, deren Wunden noch nicht vernarbt sind, wir ächzen unter der ungeheuren Teuerung, die Hungersnot fordert immer größere Opfer, Wucher und Schleichhandel blühen wie nie zuvor — aber niemand kämpft gegen diese Uebel, so sehr der Kampf nicht nur von einigen Tausenden begrüßt würde, sondern von der Gesamtheit."

In Deutsch-Oesterreich begann der Kampf, seit langem vorbereitet, mit einem Ansturm gegen die katholische Ehe. Die Triebfeder dieses Ehereformskandales ist der Jude Dr. Ofner, als Berichterstatter für die Nationalversammlung fungierte der (getaufte) Jude Dr. Neumann. Die Hauptpunkte der „Reform" sind folgende: Die Ehen der Katholiken sollen künftighin nicht nur, wie bisher, geschieden, sondern getrennt werden können. Den bisherigen Ehescheidungsgründen (§ 115 A.B.G.B: Ehebruch; Verurteilung zu wenigstens fünfjähriger Kerkerstrafe; boshaftes Verlassen des anderen Ehegatten; gefährliche Nachstellungen; wiederholt schwere Mißhandlungen; schwere drei Jahre andauernde Geisteskrankheit) wurde als weiterer Trennungsgrund beigefügt: völlige Zerrüttung der Ehe. Das Ehehindernis des Ehebruches soll der Eingehung einer neuen Ehe nicht mehr im Wege stehen, das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit (zwischen Christen und Nichtchristen) soll aufgehoben werden.

Als Verteidiger der katholischen Ehe finden wir allein die Christlichsozialen, deren Ausführungen in jeder Hinsicht gründlich und würdig waren. Die Stellung der Regierung war unentschieden. Sie hat einerseits das im § 111 A.B.G.B. betonte Prinzip, daß das Band der gültigen Ehe nur durch den Tod eines Ehegatten getrennt werde, aufrechterhalten, anderseits aber den obengenannten § 115, der bisher nur für Akatho-

liken maßgebend war, auch auf Katholiken ausgedehnt. Der Staatssekretär für Justiz Dr. Roller erklärte zwar: „An dem Grundsatz ist festzuhalten, daß die Ehe als dauernde Lebensgemeinschaft für gute und schlimme Tage die Grundlage der Familie, des Volkes, der ganzen Gesellschaft und des Staates immer bilden wird, an der nicht gerüttelt werden darf," er führte jedoch den Gedanken nicht konsequent weiter, sondern glaubte Konzessionen für besonders harte und drückende Fälle machen zu müssen. Bezeichnend war die Abstimmung. Mit den Christlichsozialen stimmten 11 Deutschnationale offen gegen die „Ehereform", 26 stimmten für die Ehezerstörung. Sie merkten nicht, um mit Abg. Miklas zu reden, daß diese Kulturfragen der Nasenring sind, mit dem das Judentum und die Sozialdemokratie sie nach sich ziehen. Etwa 30 Deutschnationale blieben der Abstimmung ferne, wohl nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sie es nicht für opportun hielten, unmittelbar vor den Wahlen, zudem in einer „provisorischen" Nationalversammlung, für eine Sache einzutreten, die weite katholische Kreise unter Führung des Gesamtepiskopates zu scharfen Protesten veranlaßt hatte. Es bleibt freilich unerfindlich, daß die Deutschnationalen allein aus nationalen Gründen nicht einig wie ein Mann gegen die Eheverderber vorgegangen sind, da wohl von einer weiteren Auflösung der Ehe niemand eine Förderung des Volkstums und der Volkskraft wie auch Behebung der im Kriege geradezu unheimlich gewordenen Volksschäden — es sei nur an den Geburtenrückgang erinnert — erwarten kann. Daß die Juden und die verjudete Sozialdemokratie — in Wien allein sind mehr als ein Dutzend Juden als ihre Kandidaten für die kommende Nationalversammlung aufgestellt! — für die Ehetrennung eintraten, wird nicht verwundern, da man in den Kreisen der extremen Kulturkämpfer nicht soviel Rücksicht voraussetzen darf, rein katholische Angelegenheiten den Katholiken zur Entscheidung zu überlassen. Nur mit 62 gegen 52 Stimmen wurde also der Antrag der Christlichsozialen auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Bei den Gegnern ist die Frage der „Ehereform" deshalb nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Sie wird, wie Kardinal Piffl bei einer eindrucksvollen Kundgebung der Wiener Katholiken hervorhob, auch „in die neue Nationalversammlung kommen, und mit ihr das Gesetz über Trennung von Kirche und Staat, über die konfessionslose Schule .... Wir dürfen uns keinen Augenblick täuschen, daß das kein Opportunitätskampf, sondern ein Kampf um Grundsätze ist, ein Entscheidungskampf zweier Weltanschauungen." Diese Auffassung erhält ihre Bestätigung durch die Sprecher der Gegenparteien in der Nationalversammlung, wie durch eine Erklärung des bekannten Freimaurers E. V. Zenker, der nach dem Wiener „Abend" bei einer Versammlung des Eherechtsreformvereines hervorhob, man ziehe aus der Ablehnung des Antrages Sever die unumgängliche Schlußfolgerung, daß die unerläßlichen Kulturforderungen (!) nicht auf schmerzlosem Wege durch Abschlagszahlungen hereinzubringen seien, sondern mit einem Male durch die restlose Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden müßten. Es wurde bei dieser Sitzung beschlossen, den Kampf im großen zu organisieren unter Einziehung aller beteiligten und leitenden Kreise, Einrichtungen und Körperschaften. Von dem Gesicht, das die Republik nach den Wahlen zeigen werde, würden auch die Mittel und Wege abhängen, die zur Erreichung des Zieles einzig geeignet erscheinen.

Die Folgerungen für uns Katholiken aus dieser Sachlage sind klar. Was die Ehereform anlangt, so müssen wir, wie Dr. Ude sehr richtig betonte, die Wurzel des Uebels zu beseitigen trachten, d. h. mit allen Mitteln kämpfen gegen das Vorbordell-(Theater, Kino, Schundliteratur, erotische Kunst, sexuell betonte Frauenmode, Ueberſättigung mit Genußgiften) und Bordelleben, wir müssen die Religion und ihre heilenden, helfenden Kräfte im öffentlichen Leben fruchtbar machen. Da es den Kulturkämpfern aber nicht um einzelne Einrichtungen der Kirche zu tun ist, wie manche irrtümlich glauben, die da fordern, die Kirche müsse sich in manchen Punkten „modernisieren", sondern der Kampf der Kirche als solcher gilt, so lautet die weitere Forderung: Praktisch katholisches Leben, Organisation und Presse. Nur so werden wir siegen!

A.S.R. und Demobilisation.

Von A. Saget.

Unter den Verdiensten der Revolution, welche die Ueberwachungsorgane, die A.S.R., so gern aufzuzählen pflegen, wird der glatte Verlauf der Demobilisation angeführt. „Ungeheures" sollen die A.S.R. auf diesem Gebiete geleistet haben.[1]) Einem Mitglied der Front, das den ganzen Rückzug erlebt hat, sei es gestattet, zu der Frage des verdienstvollen Eingreifens der A.S.R. Stellung zu nehmen und mit weiterem Material zu dienen.

Die Verpflegung der Mannschaften bildet eine der wichtigsten und schwierigsten Probleme der Heeresleitung. Ihre Einrichtung und Organisation ist ein minutiös arbeitendes Räderwerk.[2]) Dazu gehören Eisenbahn und Telegraph, die eine ungemein große Rolle spielen für Herbeischaffung des Proviants. Sie müssen demnach reibungslos arbeiten, soll die Verpflegung des Heeres gut funktionieren. Inwiefern Eisenbahn und Telegraph in Anspruch genommen werden, beleuchtet die Tatsache, daß zur täglichen Verpflegung einer Armee — jede Armee zählt rund 600000 Mann und 100000 Pferde — an Zügen notwendig sind: sechs für Verpflegung, fünf für Hafer, zehn für Rauhfutter, zwei für Mehl, jeder Zug zu 50 Waggons, also insgesamt 23 Züge zu je 50 Waggons. Wenn man nun bedenkt, daß etwa 12 Armeen im Westen waren und daß nicht jede Armee eine Bahnlinie für sich hatte[3]), so läßt sich daraus schließen, wie ungemein schwierig und kompliziert schon bei glattem Verkehr die Zufuhr zur Front war: ein feines Räderwerk, das keine Störung vertrug. Durch den Rückzug wurde die Sache noch schwieriger, da die Bahn nicht bloß die Zufuhr, sondern auch die Abfuhr wertvollen Materials und Verpflegung aus den geräumten Gebieten bewältigen mußte. Dazu kamen noch die dauernden Truppentransporte. Jedem Einsichtigen muß hiernach klar sein, daß dies empfindliche und minutiös arbeitende Räderwerk nur von Männern geleitet und geregelt werden konnte, die die Sache von Grund auf verstanden und langjährige Uebung hatten, nicht aber von Leuten, die ohne den Zusammenhang und die innere Abhängigkeit des Ganzen zu ahnen, an irgendeiner Stelle „ordnend" eingriffen und dadurch störend auf das Gesamtwerk einwirkten.

Gerade inmitten des kritischsten Augenblicks der Eisenbahn- und Verpflegungszeit platzte die Revolution hinein und ihre „Kontroll- und Ueberwachungsorgane"[4]), die A.S.R., griffen ohne Zögern in den gewaltigen Apparat ein, um zu dirigieren, ohne Kenntnis der Bedürfnisse oder der Absichten der O.H.L., ohne jedwede Sachkenntnis überhaupt. Es entstand der größte Wirrwarr, so daß die Verpflegung an der Front und in der Etappe ernstlich gefährdet wurde. Der ganze Apparat konnte nicht mehr richtig funktionieren, da seine Leitung nicht mehr in einer Hand blieb, die alle Bedürfnisse und Absichten kannte.[5])

Solche Eingriffe sind von dem A.S.R. in der Heimat zu Tausenden verübt worden. Alle größeren Bahnhöfe und Telegraphen in der Heimat wurden besetzt und der Betrieb zumindest auf Stunden unterbrochen. In einer Zeit, wo es bei der Abnützung und Ueberanstrengung des rollenden Materials auf Ausnutzung jeder Minute ankam, wurde der Abgang abgerufener Züge in der Heimat um Stunden, vielfach um Tage verzögert, bis auf umständliche und zeitraubende Weise die Genehmigung des sich zuständig haltenden A.S.R. eingeholt war. Die so knappen und wertvollen Lokomotiven wurden dazu benutzt, um mit revolutionären Abordnungen im Lande herumzufahren. Tatsache bleibt, daß vom 9. November an auf 10—14 Tage die Eisenbahnzufuhr von der Front zur Heimat fast völlig versagte.

[1]) „Frankfurter Zeitung" Nr. 344, 1918, Abendblatt. Siehe die Stellungnahme der „Köln. Volkszeitung" Nr. 995 vom 19. Dezember 1918.

[2]) Die Verpflegungsorganisation einer Armee beginnt in der Heimat mit dem Ankauf durch die Ersatzmagazine, welche die Vorräte dem Proviantdepot zuleiten (Behörde: Kriegsministerium und stellvertretende Intendanturen). Vom Proviantdepot gehen die Vorräte in die Etappe an die Etappenmagazine, von dort in das Operationsgebiet an die Korpsmagazine und die Divisionsmagazine an der Front. Die Zusammenstellung der Verpflegungszüge und die Zuleitung zu den Etappen- und Korpsmagazinen erfolgt durch die Etappenintendanturen auf Weisung des Armee-Intendanten, die Weiterleitung durch die Korps- und Divisionsintendanten.

[3]) Mindestens zwei Armeen hatten eine gemeinsame Bahnlinie, auf der auch noch Munition, Pioniergerät, Fracht und Personen befördert wurden.

[4]) Eisner.

[5]) Generalquartiermeister bei der O.H.L., Feldeisenbahnchef, Generalintendant usw.

Daß das Feldheer diese Verpflegungskrisis überstand, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß in den Magazinen dicht hinter der Front Verpflegungsbedarf für 15—20 Tage lagerte. Die Verpflegungskrisis wurde teilweise behoben durch die Tatkraft und rastlose Arbeit der Verpflegungsorgane des Feldheeres, denen es gelang, trotz des gestörten Bahnbetriebes die Vorräte von der Front größtenteils mit der Truppe zurückzuführen. Daß nicht wirtschaftlicher verfahren werden konnte und mehr Vorräte verbraucht wurden oder verloren gingen, als unbedingt nötig war, muß auf das *Konto der Revolution* mit ihrem Gefolge von Disziplinlosigkeit und Unordnung gebucht werden.

Den Hauptanteil an der Verwirrung des Eisenbahnverkehrs tragen die *Entlassungen*, die allerorts von den A.S.R. willkürlich und ohne Rücksicht auf die Folgen vorgenommen wurden. Die schlechten Elemente des Feldheeres, die sich bereits während der letzten Kämpfe aus der Front gedrückt hatten und Unruhen stiftend, Eisenbahnwagen und Magazine plündernd[6]) durch das Etappengebiet gezogen waren, gelangten zuerst an die Grenzorte, wurden hier von A.S.R. entlassen und stürzten sich mit einem Schein des Rechtes auf die Züge. Notgedrungen mußte dann ihr Abtransport ins Innere wichtigeren Nachschubzügen zum Feldheer vorgehen. Von geregeltem Abschub konnte bei dem planlosen Zuströmen der Masse keine Rede sein. Zu deren Verpflegung beschlagnahmten und verbrauchten die A.S.R. Magazinvorräte, mit deren Vorhandensein die Feldstellen rechneten, und gefährdeten so die Verpflegung des an die Grenze gelangenden Feldheeres.

Unmittelbar nachteilig auf die Verpflegung des Feldheeres wirkten die in Koblenz und Trier und sicher auch in anderen Orten von den A.S.R. vorgenommenen Entlassungen der Bäcker in den Militärbäckereien. Gerade die Bäckereien der Heimatgarnisonen hätten fieberhaft arbeiten und verstärkt werden müssen, um den an die Grenze gelangenden Truppen genügend Brot entgegensenden zu können. Die bei Etappe, Korps und Divisionen befindlichen Feldbäckereien konnten den Bedarf an Brot auch bei sprungweisem Zurückgehen nicht annähernd zur Hälfte decken, da der Rückmarsch beschleunigt vor sich gehen mußte und neben dem Marsch keine Zeit zum Einrichten und Backen blieb. So kam es, daß z. B. eine Division vom 12.—20. November ohne Brot war und nur Zwieback und Mehl zum Selbstbacken an die Truppen ausgeben konnte.[7])

Gewiß haben die A.S.R. an vielen Orten Verpflegungsstellen eingerichtet, doch kamen diese vornehmlich den Deserteuren und anderen nicht bei der Truppe befindlichen Mannschaften zugute. Das Auffangen, Sammeln und geordnete Abschieben dieser Elemente haben sie durch ihre Entlassungen dem Feldheere erschwert und größtenteils unmöglich gemacht. Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß *keine geordneten Truppenteile des Feldheeres durch die Tätigkeit der A.S.R. zurückgeführt und verpflegt worden sind*, sondern *lediglich* durch diejenige der *Offiziere und Beamten des Heeres*, deren Arbeit von keiner Stelle durch die A.S.R. erleichtert, sondern infolge mangelhafter Kenntnis und willkürlicher Eingriffe nur erschwert worden ist. So dauerte es nach dem Eintreffen einer Armee in einer Stadt der Grenze zwei Tage, bis der dortige A.S.R. sich überzeugen ließ, daß das Neben- und Gegeneinanderarbeiten aufhören müsse, und die Leitung aller militärischen Maßnahmen dem A.O.K. überließ.[8])

Aus dem Gesagten geht hervor, daß es eine Entstellung der Tatsachen ist, wenn behauptet wird, daß der glatte Verlauf der Demobilisation ein Verdienst der Revolution sei. Nein, sie hat störend gewirkt auf die Rückführung der Frontsoldaten.

---

[6]) Am 12. November plünderten die Mannschaften eines Rekrutendepots einen Verpflegungszug in Esch (Luxemburg). Die Butter wurde unter anderem für 1 *M* das Pfund an die Einwohner verkauft, die die Stadt mit französischen und belgischen Fahnen geschmückt hatten. Wir zogen am anderen Tage durch die Stadt. Dieselben Einwohner boten die Butter für 24 *M* das Pfund an. Aehnliches und noch Schlimmeres fand in der Stadt Luxemburg statt.

[7]) Interessant wären auf diesem Gebiete die Erfahrungen, die andere Divisionen gemacht haben.

[8]) Wie naiv die Vorstellung von der Verpflegung des Heeres in manchen Köpfen war, zeigt ein Vorfall in Luxemburg. Bei einer Revision erschienen mehrere Herren des A.S.R. von einer Stadt der Grenze. Sie wollten an einigen Orten der Marschstraße Verpflegungsstellen einrichten und dachten an 4—5000 Portionen für eine ganze Armee, während Hunderttausende von Portionen notwendig waren, vorausgesetzt, daß die Truppen durch diese Orte zogen. Auch dachten sie nicht daran, daß sie sich vor allem mit dem Armeeintendanten in Verbindung setzen müßten und bei ihm nur erfahren konnten, welche Marschstraßen und Magazinorte in Frage kämen und welche Mengen niedergelegt werden müßten.

Beteiligung am Unternehmergewinn.

Von Dr. F. Habersbrunner, Berlin.

Für eine Beteiligung am Unternehmergewinn kommen alle jene Faktoren in Betracht, die außer dem Unternehmer selbst am Produktionsprozeß beteiligt sind. Als solche erscheinen: der Grundbesitzer, der seinen Grund und Boden, die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft, und der Kapitalist, der sein Geld zur Verfügung stellt. Als vierter gesellt sich zu ihnen der Staat und die Gemeinde, die durch Schaffung der Rechtsordnung und gemeinnütziger Einrichtungen die Entstehung und Durchführung der Unternehmungen ermöglichen und sichern. In der Regel ist insbesondere jede größere Unternehmung zum mindesten auf fremde Arbeitskräfte angewiesen, wenn sie schon über den benötigten Grund und das ausreichende Kapital selbst verfügt.

Die Beteiligung von Staat und Gemeinde am Unternehmergewinn beschränkt sich auf den Steueranspruch, der, wenn auch vielleicht in abgestuftem Maße, auch gegenüber anderen Einkommen geltend gemacht wird. Die Beteiligung des Grundbesitzers am Unternehmergewinn ist in der Mehrheit der Fälle zugleich die des Kapitalisten der Unternehmung. Er beteiligt sich um des Risikos willen, das mit der Hingabe von Kapital an eine wirtschaftliche Unternehmung fast notwendig verbunden ist, am Unternehmergewinn über den landesüblichen Zinsfuß hinaus. Darum erscheint es unzureichend, wenn die nationalökonomische Wissenschaft dem Unternehmer mit eigenem Grund und Kapital für die Feststellung des Unternehmergewinnes im engeren Sinne lediglich gestattet, von dem Unternehmensertrage, d. i. dem Unternehmergewinn im weiteren Sinne, neben der Grundrente und dem eigenen Arbeitslohn nur noch die landesübliche Verzinsung des eigenen Kapitals abzuziehen. Warum soll eigenes Kapital eine minderhohe Verzinsung genießen als fremdes, gewöhnlich noch hypothekarisch sichergestelltes Kapital?

Auch Eigner der Produktionskraft *Arbeit* waren schon bisher am Unternehmergewinn beteiligt. So pflegen die Direktoren von Gesellschaften Tantiemen vom Geschäftserträgnis zu erhalten. Zu beachten ist aber einmal die zwingende Einschränkung des § 237 des Handelsgesetzbuches, wonach diese Tantieme von dem nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen verbleibenden Reingewinn zu berechnen ist, und die Tatsache, daß die Tantiemeberechtigung die Höhe des festen Gehaltes beeinträchtigt, ferner, daß diese Direktoren usw. mehr oder minder Unternehmerfunktionen ausüben, keinesfalls also als *Arbeiter* im sozialen Sinne erscheinen, zu deren Besserstellung heute die Forderung erhoben wird, sie am Unternehmergewinn zu beteiligen. Die Untersuchung der Berechtigung dieser Forderung wird nicht durch die Tatsache präjudiziert, daß das Zeißwerk in Jena ihr zuvorgekommen ist. Der Unternehmer hat ja das freie Verfügungsrecht über seinen Gewinn und kann ihn also auch jedem beliebigen altruistischen Zwecke zuführen. Uebrigens handelt es sich hier um seltene Qualitätsarbeiter, die nicht beliebig ersetzt werden können.

Im Gegensatz hierzu kommt, wenn die Forderung *allgemein* erhoben und geprüft werden soll, die bis zur Revolution und die hierdurch herbeigeführte soziale Republik sozial niedrig stehende Arbeiterschaft in Frage, in erheblichem Maße also sogar die sogenannten ungelernten Arbeiter. Gewiß hat Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung in der Vorkriegszeit auch der Anstelligkeit und dem Fleiß des deutschen Arbeiters zu verdanken, aber für das Gedeihen des einzelnen Unternehmens ist vielleicht die *Homogenität seiner Belegschaft* mitbestimmend, nicht aber der einzelne Arbeiter. Wäre es anders, würde sich ja gegen die Arbeiterschaft der nicht prosperierenden Unternehmungen ein schwerer, aber durchaus unberechtigter Vorwurf ableiten. Das Gedeihen des einzelnen Unternehmens ist von der *technischen Vollendung* seiner Produktion und von der *kaufmännischen Organisation* des Einkaufs der Rohstoffe oder Halbfabrikate und des Absatzes der Erzeugnisse und von der Wahrnehmung der Konjunkturen abhängig, durchwegs Aufgaben des *Unternehmers selbst*. Beweis dessen ist umgekehrt, daß die Unternehmungen mit ihrer Arbeiterschaft solange wechseln, bis die obenerwähnte Homogenität herbeigeführt ist. Diese Auslese in Verbindung mit einer Erziehung der Arbeiter ist aber wieder eine Aufgabe des Unternehmers. Also aus der Tätigkeit und der Bedeutung des *Arbeiters* für das Blühen der Unternehmung läßt sich die Forderung nicht begründen, es hat vielmehr bei dem biblischen Wort sein Bewenden:

Der Arbeiter ist seines Lohnes wert! Die vielfach neben dem Lohn gezahlten „Prämien" für Mehrleistung erscheinen lediglich als Abwehr der auf die Uniformierung der Arbeitsleistung und Entlohnung abzielenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen.

Ist das Wesen der Unternehmung in der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmers begründet, auf eigene Rechnung und Gefahr, um der Aussicht auf Gewinn willen für fremden Bedarf die Güterproduktion zu besorgen, so erhellt hieraus umgekehrt, daß dieser Gewinn, soweit nicht auch der Grundeigentümer und der Kapitalist über die übliche Grundrente und den landesüblichen Zinsfuß hinaus eine gewisse Risikoprämie in Anspruch nehmen kann, mit Fug und Recht vom Unternehmer ungeschmälert für sich beansprucht werden darf. Es kann aber festgestellt werden, daß der Unternehmer von seinem freien Verfügungsrecht über diesen Gewinn nicht einmal beliebigen Gebrauch machen darf, will er nicht sich und sein Unternehmen der Gefahr des wirtschaftlichen Unterganges aussetzen. Der Traum Pharaos von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren wird auch heute noch oft zur Wahrheit, und gerade die Gegenwart legt den Gedanken an die sieben mageren Jahre nahe. Der Unternehmer, der nicht die Gewinne der vergangenen Jahre in Reserve gestellt hat, ist heute noch nicht sieben Wochen den Forderungen der Arbeiter gewachsen. Auch sonst erheischt die Notwendigkeit, den Fortschritten der Technik zu folgen, die Bereithaltung erübrigter Mittel. Ein Blick auf die Entwicklung unserer größten und angesehensten Unternehmungen belehrt ferner, daß sie fast ausschließlich aus kleinen Anfängen herausgewachsen sind. Sie wären in ihrer Entwicklung zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft und damit nicht zuletzt der deutschen Arbeiterschaft behindert worden, hätten sie an eine Vielheit von Arbeitern außer dem Lohne auch noch einen für den einzelnen Arbeiter irgendwie belangreichen Anteil an ihrem Gewinn einzelner Jahre abzuführen gehabt; es sei denn, daß solche Gewinnbeteiligung wie bei jenen Direktoren der Gesellschaften zu einer Niedrighaltung der Löhne geführt hätte. Zweifellos würde die Gewinnbeteiligung die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken.

Das notwendige Korrelat einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter würde überdies die Beteiligung auch am Verlust des Unternehmens sein. Dieser wäre der Arbeiter wirtschaftlich keinesfalls gewachsen. Gewinne der Vergangenheit vermöchte er selbst nicht zu konservieren, würde aber auch sicher bemüht sein, sie dem Zugriff zu entziehen. Wie stünde es aber vollends um die Arbeiter von nicht, nicht mehr oder noch nicht prosperierenden Unternehmungen und um diese selbst? Man gehe nicht an dem zweiten Teil der Frage mit einer kurzen Verneinung der Daseinsberechtigung vorbei. Wieviele sauer erworbene Groschen, wieviele auf ihre Selbständigkeit stolze und hierfür zu Opfern bereite Existenzen des Mittelstandes, wieviele später zu guter Entwicklung bestimmte, gleichsam nur von einem vorzeitigen Rauhreif heimgesuchte Betriebe würde das zum Schaden des ganzen Volkes vernichten! Die Arbeiter dieser Betriebe wären aber gegenüber ihren nicht fleißigeren oder bedürftigeren Berufsgenossen in blühenden Unternehmungen, wenn wir uns solche unter Aufgebot des ganzen, der deutschen Seele innewohnenden Vertrauens für die nächste Zukunft in größerer Zahl vorstellen können, wesentlich benachteiligt.

Die Forderung der Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn ist also nicht nur unberechtigt und für die Entwicklung der Betriebe und damit für die Volkswirtschaft und die Arbeiter schädlich, sondern auch der Freizügigkeit der Arbeiter abträglich und in ihrer Wirkung auf die Arbeiter der verschiedenen Betriebe äußerst ungerecht. In letzterer Hinsicht sei nur noch auf die verschiedene Höhe des Gewinnes der einzelnen prosperierenden Unternehmungen, ja des gleichen Unternehmens in den einzelnen Jahren hingewiesen und auf die sich hieraus ableitende Tatsache, daß die Lebensführung des Arbeiters auf eine denkbar unsolide Basis gestellt würde, zumal sich der Konjunkturumschwung häufig ganz plötzlich einstellt.

Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu Dir . . .

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß.

Masken schleichen durch die Straßen. Schleichen? Flirten frech einher. „Masken willkommen!" steht in manchen öffentlichen Einladungen zu „karnevalistischen" Veranstaltungen mit herausfordernder Selbstverständlichkeit zu lesen. Maskentreiben und Mummenschanz in dieser Zeit!

Was ist der Sinn des Karnevale? Fleisch lebe wohl, die Zeit der Buße beginnt. Wie? Hat die Zeit der Buße für uns nicht schon längst begonnen? Begann die Zeit der Ein- und Umkehr nicht schon, als wir die ersten Toten des Weltkriegs zu beklagen hatten, als sich die ersten Schatten der Trauer senkten auf unser liebes Volk und Vaterland? Und gar erst jetzt! O armes Deutschland! möchte man mit zitterndem Seelenschmerz hinausschreien in alle Welt — und daheim Fastnachtsstimmung und Sinn für nichtsnutzigen und nichtswürdigen Tand! Trauer und schwere Sorge rings in Stadt und Land — und Masken und schellende Narrenkappen beleidigen auf offenen Straßen Blick und Herz der Trauernden und derer, die die finstere Sorge quält! Unruhen und blutiger Umsturz und opferheischende Putsche im Land, in Deutschland(!) — und Karnevaltreiben ringsumher! Unsere besten Köpfe zermartern sich Tag und Nacht ihr Gehirn, wie sie unser Vaterland und Volk aus diesem schrecklichen Zusammenbruch erretten und aus dem finsteren Chaos und der wirren Finanzwirtschaft, aus Schulden und Frondienst herausführen können zu einer einigermaßen erträglichen Zukunft — und blöder, geistloser Mummenschanz in Stadt und Land! Und an des Rheinstromes Grenze und darüber hinaus hält ein unerbittlicher Feind als Sieger im Lande des Besiegten einen Teil unserer Volksgenossen, ein herrliches und reiches Stück deutscher Heimaterde in eiserner Umklammerung fest — und Mummenschanz und Narrentollheit um uns her! Ja, in diesem besetzten Teile Deutschlands selbst, in einem Orte des rheinhessischen Kreises Alzey hat es ein „närrisches, bestußtes Komitee" für „angemessen" gehalten, beim französischen Ortskommandanten um die Erlaubnis nachzusuchen, einen Maskenball abhalten zu dürfen. Die Antwort des Kommandanten beschämt uns Deutsche tief und ist eine schallende Ohrfeige für einen Teil unserer Volksgenossen. Sie ist wahr und würdig. In einer Zeit, in der Frankreich um seine Söhne trauere, sei es nicht angemessen, in dem von Frankreich besetzten Teile Deutschlands solche leichtlebigen Lustbarkeiten zu begehen. Auch habe Deutschland, wie er annehme, erhebliche Gründe zur Trauer und Sparsamkeit. — Sparsamkeit! Ein ehernes Gebot der Stunde, wenn wir nicht bankrott werden wollen. Sparsamkeit und Arbeit! Und daheim wird das Geld mit vollen Händen zu Scherz und Tand, zu Tanz und Fastnachts-„Ulk" auf die Straße geworfen. Sparsamkeit und arbeitsamer Fleiß! Und daheim üppige Gelage bei teuerem Wein und Sekt und — Weibern! Nahrungssorgen und Hungergespenster — und schlemmerhafter Mummenschanz! Und „gewisse Kreise" wundern sich noch über die maßlose Erbitterung, die „unten im Volk" gegen sie herrscht?

Mit eisernem Besen sollte dieser Maskenstall ausgefegt werden! Wer „wagt" es? Man muß schon das Wort „wagen" gebrauchen.[1]) — Wir reden nicht einem verhärmten, vergrämten Pessimismus das Wort; wir lieben den schaffensfreudigen Optimismus, der uns retten kann. Wir hassen aber die faule, nichtsnutzige Oberflächlichkeit, die zehrend an unserem Lebensmark frißt und uns moralisch wie materiell vollends zugrunde richtet. Erholung und Vergnügen nach getaner Arbeit wird niemand wehren, aber solche Fastnachts-„Scherze" in dieser Zeit sind mehr als Gedankenlosigkeiten, sie sind Entehrung und Verbrechen.

Vielen Menschen fehlt das Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein. Diese beiden Imponderabilien sind aber sittlich-geistiger Natur. Aus der Tiefe des religiösen Bewußtseins allein steigen diese Kräfte empor, und Kraft aus der Höhe ist es, die sie am Leben erhält. Menschenwitz und der Appell an die Menschenwürde und Vaterlandsliebe allein vermögen die entfesselten Leidenschaften einer tierhaft gewordenen Menschheit nicht zu zügeln. Das Gefühl für die Verantwortung vor Gott und sich selbst, das Bewußtsein, daß es absolute Pflichtgebote gibt, mit einem Wort: der Wille, ein Gewissen zu haben und auf seine Stimme zu hören, übersinnliche Bindungen anzuerkennen und ihnen zu folgen, das vermag hauptsächlich die „befreite" Menschheit wahrhaft zu befreien und zu veredeln. Erst wenn Aschermittwoch und Golgatha in ihrer vollen und tiefen Bedeutung allenthalben erkannt und anerkannt werden, erst dann wird der wahre Ostermorgen mit dem lebenweckenden Alleluja für die gemarterte und in den Staub getretene Menschheit tagen. Aus der Tiefe dieser Menschheit und dieser notvollen Zeit rufe ich, Herr, zu Dir . . .

[1]) Die badische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach die Abhaltung jeglicher Faschingsunterhaltungen sowie das Tragen von Masken in diesem Jahre bei strengster Strafe verboten ist. Auch in Bayern ist durch eine Verordnung vom 13. Februar jede Veranstaltung von Maskenfesten, Redouten, Bal parés u. dgl., sowie das maskierte Erscheinen auf öffentlichen Straßen verboten. Alle Tanzlustbarkeiten, auch geschlossene, sind bis auf weiteres nur mit besonderer polizeilicher Erlaubnis zulässig, auch die Veranstaltung von Tanzunterricht bedarf besonderer polizeilicher Erlaubnis. Aehnliche Bestimmungen wurden auch in Hessen getroffen.

Vom Büchertisch.

Maria Köck-Gmeiner: Praterveilchen und andere Erzählungen für junge Mädchen. Regensburg, Habbel, Pr. geb. 3 ℳ. — Ungleichwertige, aber liebenswürdige Geschichten, die in unserer Jungmädchenwelt viel Anklang finden dürften. Und zwar mit Recht. Denn ein gesunder Sinn fürs gegenwärtige und bleibende Wichtige, im Leben den wahren Ausschlag Gebende herrscht vor. Dem für Kriegsverhältnisse freundlich ausgestatteten Bande sind ein paar den Inhalt kennzeichnende Bilder beigegeben. E. M. Hamann.

Konstantin Kempf S. J.: **Zur Höhe!** Eines Jesuitennovizen Ringen und Sterben. Mit 9 Bildern. Herder. Pr. kart. 3 ℳ. — Der „In altum“-Aufstieg eines deutschen Jünglings von seltener religiös-sittlicher Kraft, der, neunzehnjährig, am 26. Sept. 1917 in Flandern den Heldentod erlitt. Ein in jeder Beziehung „menschlicher“ Held, aber mit Christus im Herzen. Ganz dem Stoff und Zweck der Darstellung entsprechend, ist diese schlicht, aber wirkungsvoll gehalten — eine auserwählte Lektüre voll seelischer Sieghaftigkeit für junge Theologen und alle christkatholischen Werdenden, nicht zuletzt auch für Mädchen und Frauen sowie die Familie überhaupt. E. M. Hamann.

M. Elisabeth Hoffmann: Das Kinderrecht. Wegweiser für die Kinderstube. Paderborn, Verlag der Junfermannschen Buchhandlung. Preis geb. ℳ 2.80. — Ein vorzügliches Werkchen: knapp und klar, kurz und bündig, von tiefer Einsicht, helläugigem Weitblick, randvoll von goldener Weisheit, überströmend, nicht überschäumend, von herrlicher Liebeskraft für die geliebten Kleinen und ihre erziehenden Mütter, schön und unmittelbar im sprachlichen Ausdruck, ein paarmal zum Aufheben des Einwand- oder Diskussionsfingers anregend, aber das schadet nichts, im Gegenteil. Kurzum, ein Kleinod von Buch für alle, die Kinder haben, lieben und pflegen, zumal für Mütter mit liebendem, seelenvollem Gewissen. E. M. Hamann.

Zeitpredigt. Herausgegeben von der Schriftleitung des „Prediger und Katechet“. 8° 71 S. ℳ 2.—, für Bezieher der Zeitschrift ℳ 1.50. Regensburg, Manz, 1919. Die Kanzel muß die ewige Wahrheit verkünden, dabei indes den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen gebührende Beachtung schenken. In dankenswertester Weise kommt die Schriftleitung des „Prediger und Katechet“ dieser Forderung entgegen durch Ausgabe eines Sonderheftes „Zeitpredigt“, das an praktischen Beispielen zeigt, wie die Predigt auf Zeitverhältnisse und Zeitbedürfnisse in fruchtbarer Weise eingestellt werden muß. Teils in mehr skizzenhafter, teils in ausführlicher Form werden die das religiöse Gebiet betreffenden oder mitberührenden Fragen in einer Darstellungsweise behandelt, der man als Leitgedanken das Wort des Münchener Erzbischofs voransetzen kann: Glaubensstarkes, arbeitendes Gottvertrauen als Grundforderung der Zeit. Die Religion wird gezeigt in ihrer Notwendigkeit als Sauerteig des gesamten öffentlichen Lebens, die alte Kirche mit ihren Werten und Aufgaben in der neuen Zeit, unsere Rechte und Pflichten in den bedeutsamen Gebieten: Jugend, Schule, Familie. Dazu kommen neue und erweiterte Aufgaben im Ausbau des Laienapostolates, wichtige Standesobliegenheiten der Frauenwelt, für das soziale Wirken. — Im gleichen Verlag erschien ein weiteres Sonderheft zum „Prediger und Katechet“ unter dem Titel **„Für die Fastenzeit 1919.“** (8° 65 S. Für Nichtbezieher der Zeitschrift ℳ 2.—.) Auch hier wurden durchaus zeitgemäße Gegenstände gewählt. Zunächst ist eine Reihe Predigten geboten mit dem Grundgedanken „Die Stunde der Gnade ist gekommen“; sie handeln über die Bestimmung des Menschen, über das eine Notwendige, die Bosheit, das Verderben der schweren Sünde, über die Strafgerichte Gottes und die Hölle. Im zweiten Teil werden in ziemlich breiter Anlage Beichtstandeslehren dargeboten für Feiertagsschüler und Christenlehrpflichtige, für Jungfrauen für Jünglinge und für Verheiratete. Sie bilden eine gute Grundlage, auf der, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, fruchtbar weitergebaut werden kann. O. Heinz.

Jesus, der barmherige Samariter für unser kriegswundes Volk. Sieben Fasten- und eine Osterpredigt von Georg Rohrmüller, Stadtpfarrpediger bei St. Rupert in Regensburg. 8° 80 S. ℳ 2.—. Regensburg, Pustet, 1919. Diesen Predigten wurde das gemeinsame Hirtenschreiben der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom Allerheiligenfeste 1917 zugrunde gelegt. Die Kriegswunden offenbaren mehr seelische Not noch als leibliche und ihre Heilung kann nur durch Ueberwindung der im Kriegsverlauf und -ende zutage getretenen Uebel erreicht werden. Der Verfasser behandelt in eindringlicher Sprache in den ziemlich breit angelegten Predigten die irdischen Bedrängnisse, zumal die tiefgewurzelten Seelennöte und bietet im Bild des göttlichen Samariters eine wirksame Zusammenfassung der reichen, dem Christen zur Verfügung gestellten Heilmittel. — **Christus, der Gekreuzigte, dein Leben.** Von P. Mannes Rings, O. P. 8° 120 S. ℳ 2.50. Dülmen, Laumann. 1919. Die Anregung zu diesem Werkchen gab die Begegnung mit Menschenleid, wie sie uns der gleichsam fortgesetzte Kreuzweg des Herrn manchmal besonders deutlich zum Bewußtsein bringt. An wahren Trostquellen fehlt es dem gläubigen Betrachten des Leidens wahrlich nicht. Hier werden sie erschlossen in den Gedanken des hl. Thomas von Aquin über Jesu Leiden und Tod, die in zeitgemäßer, allgemein verständlicher Fassung dargeboten werden in kurzen Abschnitten, die sich um folgende Hauptfragen nach der Summa (III. 46—50) gruppieren: Leidenswerk, Leidensursachen, Leidenswirksamkeit, Leidensfrüchte, Todesopfer. Wahrlich, Weisheit und Kraft vom Gekreuzigten! (1. Korintherbrief. 1, 24.) O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Uraufführung der „Gezeichneten“ von F. Schreker hatte hier stattfinden sollen. Man überließ dann der Frankfurter Oper den Vortritt, die sich mit der allerersten Wiedergabe der drei Bühnenwerke des Wiener Beutóner fraglos ein Verdienst erworben hat. Wir kennen nun hier zwei, den „fernen Klang“ und die „Gezeichneten“. Wie immer die Zukunft die Kunst Schrekers werten möge, entwicklungsgeschichtlich wird ihre Bedeutung nicht abgeleugnet werden können, denn diese Opern haben die Ausdruckspsychologie fraglos erweitert, für differenzierteste Seelenkunst hat Schreker überzeugende Farbenklänge. Was er an Klangfarben und motivischen Verknüpfungen bietet, vermag Ohr und Verstand nicht beim ersten Hören voll zu erfassen. Daraus erkläre ich mir, daß ein Teil des Publikums mehr von den anderen in die Beifallskundgebungen hineingerissen wurde, als daß es von selbst zutiefst ergriffen worden wäre. Eines ist sicher, Schreker macht auch da über die Fülle seines malerischen Könnens staunen, wo er nicht zu erwärmen vermag. Seine klanglichen Extravaganzen dienen niemals dem leeren Theatereffekt, sondern immer der Charakterisierung. Wohl hat er wie sein Held mit dem Buckel Rigolettos eine Sehnsucht nach Schönheit — die Klangpoesie der Carlottapartie bezeugt dies —, aber sein Hauptstreben geht nach Charakteristik, Wahrheit geht ihm vor Schönheit. Daß er pathologische Züge mit besonderer Meisterschaft malt, ist nicht zu verkennen. Wir sprechen von malen; in der Tat, Schreker ist in erster Linie Kolorist; das konstruktive liegt ihm weniger. — Schreker schreibt seine Texte selbst; das will besagen, daß er in die Reihe jener Musikdramatiker gehört, deren musikalische Phantasie sich nicht erst entzündet, wenn sie ein „brauchbares Buch“ gefunden haben, sondern bei denen die Idee das Primäre ist. Wie im „fernen Klang“ tönt durch die neue Oper das Motiv der Sehnsucht, die nie Erfüllung findet. Die Seelenschilderung trägt durchaus moderne Züge, weil lediglich als Kunstmittel der Distanzierung steckt Schreker seine Menschen in die farbigen Gewänder der Renaissance. Alviano, ein genuesischer Edelmann, ist bucklig und von häßlichem Gesicht, aber in seinem Herzen brennt die Sehnsucht nach Schönheit und Liebe, von der er ausgeschlossen ist. Scheu und gebückt, ein armseliger Wanderer, tritt er vor Tagesanbruch ins Freie, um die purpurn erglühende Sonne aufsteigen zu sehen. Den Buckligen, wie er die Sonne trinkt, erspähte Carlotta, die Malerin vom Fenster ihrer Werkstatt und sie versucht die Erscheinung im Bilde festzuhalten, den Glanz seiner schönheitstrunkenen Augen vermag sie nur zu ahnen. Da der Zufall beide zusammenführt, bittet sie ihn, ihr zu sitzen. Er empfindet dies anfänglich als Hohn, aber er kommt, und während sie malt, ist es ihr, als liebe sie den Mann mit den schönheitshungrigen Augen. Diese große Szene in dem Atelier mit der in beiden aufdämmernden Leidenschaft ist das schönste, tiefste der an seelischen Nuancen so überreichen Oper. Der vom Schicksal Gezeichnete ist zage und sich selbst mißtrauend. Flügellahm, vermag er sich nicht aufzuschwingen, nicht rasch nach dem Glücke zu fassen, auch die ahnungsvolle Erzählung der Herzkranken hemmt ihn. Sie glaubt, daß sie sterbe, wenn eine starke Faust „ihr krankes Herz umkrampfe“. So entgleitet ihm das „Glück, das dem Starken gehört“. Carlotta entdeckt, daß ihr Empfinden für Alviano erloschen, als es ihr gelungen ist, den Glanz seiner geheimnisvollen Augen auf die Leinwand zu bannen. In der Wirrnis ihrer Gefühle wird sie leichte willige Beute des gradlinigen, von Skrupeln unbeschwerten Frauenjägers Tamare. Sie stirbt, wie sie ahnte, und Alviano, der Ausgeschlossene des Glückes, verfällt in Wahnsinn. In dieses Seelendrama trug der Dichter als Kontrastmittel den Gegensatz bacchantischen Taumels. Alviano hat auf einer Insel für seine Freunde eine Stätte geschaffen, in der durch Vereinigung von Kunst und Natur der Kultus antiker Schönheitswelt gepflegt werden soll; aber Alvianos Freunde mißbrauchen das Gastrecht, bergen in den Grotten geraubte Jungfrauen. Er, angeekelt von diesem sittenlosen Treiben, schenkt den herrlichen Besitz an das Volk, erregt damit die Feindschaft seiner Freunde, die zu Intrigen führen, die seinen Untergang mitbestimmen. In der impressionistischen Malerei dieses Bacchantentaumels auf der Liebesinsel verläßt Schreker jede dramatische Oekonomie. Der Schluß des Seelendramas, der der Gipfel des Ganzen bilden müßte, kann nicht mehr volle Wirkung tun, da die üppigen Tonwogen dieser dionysischen Szenen keine weitere Steigerungen mehr zulassen. Was hier in der üppigen Sommernacht an Tonfarben gehäuft wird, ist von einer Glut, gegenüber der Wagners Tannhäusermusik Erotik ad usum Delphini erscheint. Schon bei der Uraufführung wurde gesagt, es bleibe unklar, wo Schreker innerlich stehe, ob ihn die Charaktereologie des „Gezeichneten“ gefangen nimmt

oder ob er der erotischen Erhitzung unterläge. Ich neige dazu, in der sublimen Seelenkunst des so zart ausklingenden ersten Aktes, in den lyrischen Feinheiten des mittleren Aktes (Ateliersʒene) den „echten" Schreker zu sehen, aber der orgiastische Taumel ist aufdringlicher und muß den ethischen Grundgedanken zum mindesten verdunkeln. Unser Ballett gab diese Dionysien mit realistischer Leidenschaft innerhalb der Grenzen des Möglichen, die ja heute sicherlich nicht enge sind. Zur Erstaufführung erschien wieder eine Nummer des „Zwischenaktes". Ich meine, in diesen Blättern könnte bei kunstpädagogischem Takte mehr für die Einführung des Publikums in solch schwierige Werke geschehen. Hier ist Papier genug, während bei den heutigen Umständen die Kritik sich mit knappesten Andeutungen begnügen muß. Walters schmiegsame und liebevolle Führung ward den tausend Nuancen des in seiner Art gigantischen Werkes gerecht. A. v. Fuchs, dem wir bei diesem Anlaß zum 70. Geburtstage gratulieren, brachte als Spielleiter Leben und Bewegung in die Massen- und Einzelszenen. Die Dekorationen waren meist schlicht und überließen es den Lichtwirkungen und den Kostümen, die Farbenfreude der Renaissance zu versinnbildlichen. Den Buckligen gab Erb. Diese Rolle mit reichem Innenleben erfordert fast noch einen größeren Darsteller, als Sänger. Der Künstler vermochte beide Aufgaben zu erfüllen. Delia Reinhardt lieh der Carlotta den Klangzauber ihrer schönen Stimme. Sie verkörpert die Herzkranke reizvoll und gewinnend, das Schwärmerische liegt ihr besser als der Zug des Begehrens. Der Tamare ist der Typus des romanischen Frauenbetörers. Schipper besitzt für ihn den Glanz der Stimme, weniger die leichtfüßige Eleganz des Auftretens. Bauberger und Schützendorf haben noch größere Rollen, die Zahl der kleinen Partien, die nicht sonderlich dankbar und nicht reich sind, ist groß.

Verschiedenes aus aller Welt. „Die Reise nach Kreuznau" von P. Rohrer und „Der verlorene Schimmel" von L. Stark suchen allerhand spießbürgerliche Beamtentypen mit Ansätzen von Humor zu verspotten, ohne daß die Uraufführungen in Frankfurt und Wien stärkere künstlerische Erfolge erzielt hätten. — Eine halbe Ablehnung fand in Köln Eulenbergs Drama „Die Nachtseite", das zu zeigen scheint, daß der Dichter den Glauben an den Sinn des Daseins verloren hat. Das Stück ist nicht ohne poetische Stimmung, aber die Gestalten bleiben Schemen. — „Freie Knechte" ist ein Tendenzdrama gegen den Krieg. Die Bauern in diesem in Berlin gegebenen Stücke von H. Franck sprechen in Leitartikeln. Eine Mutter, die schon zwei Söhne im Kriege verloren hat, ersticht den Gendarmen, der kommt, ihren dritten zu holen. Der Gendarm soll ein „Symbol" dessen darstellen, der den Krieg nicht verhindert hat. Künstlerisch wird dies Stück von den meisten Kritikern so ziemlich preisgegeben. — Auch der Idee des Weltfriedens dient K. Böttgers Drama: „Haß oder das versunkene Bild des Christ", das in Düsseldorf beifällig aufgenommen wurde. — Die skrupellose Verwendung der Musik großer Meister für Singspiele in der Art des Dreimäderlhauses macht weiter Schule. Karl Maria v. Weber ist der Held eines in Eisenach gegebenen Stückes, in dem seine Melodien benutzt werden, und „Der Kongreß tanzt", eine Operette mit Beethoven- und Mozartmusik, führte jüngst in Wien zu einem Theaterskandal.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Finanzlage des Reiches — Trotz Geldfülle Wirtschaftselend — Industrie-Stillegungen — Unsere gefährdete Ernährung.

Reichsschatzminister Schiffer schilderte in seinen ausführlichen Darlegungen in der deutschen Nationalversammlung mit rückhaltsloser Offenheit die **Finanzlage des Reiches**. Seine bezeichnenderweise mit lebhaftester Zustimmung aufgenommenen Auslassungen über das Wachstum unserer Schulden, die Verschleuderung der öffentlichen Werte, den Banknotenumlauf und unsere Wirtschaftskrankheiten bieten zwar den eingeweihten Kreisen keineswegs neues, bestätigen vielmehr die von denselben schon öfters dargelegten Richtlinien, unter welchen es, wenn überhaupt möglich, uns gelingen kann, dieser finanziellen und wirtschaftlichen Nöte jemals Herr zu werden. Grundtendenz der Ausführungen des Reichsschatzministers ist auch hier wiederum, dass nur durch Arbeit und wieder Arbeit der Weg aus dem Chaos gefunden wird. Begreiflicherweise erfuhren durch diese Finanzeinzelheiten namentlich unsere Kriegsanleihen empfindsame Kurseinbussen, um so mehr, als die verschiedensten, wenn auch unbestätigten Gerüchte über die künftigen Steuern auf Wertpapiererträge vielfach über Gebühr debattiert wurden. Die ausdrückliche Betonung des Ministers, dass die Reichsregierung eine „Annullierung der Kriegsanleihen oder eine Beschlagnahme der Sparkassen- und Bankguthaben als **grösste Rechtsverletzung**, welche den Untergang des Reiches bedeuten würde", erklärt und an solche Massnahmen nicht denkt, wirkte beruhigend. Mit der Notwendigkeit der Milliardensteuern hat sich die Allgemeinheit abgefunden. Unter dem Einfluss der unveränderten Geldfülle blieb im übrigen die Stimmung an den heimischen Börsen überwiegend fest, wenn auch die Meldungen über die weitere Wirtschaftsentwicklung keinerlei Zeichen der Besserung aufweisen. Belege der durch solche Geldflüssigkeit vorherrschenden Finanzentwicklung sind die überhandnehmenden Neuausgaben von Anleihen seitens der Gemeinden und neuerdings von Industrieunternehmungen: Badische Anilin- und Sodafabrik 50 Millionen Mark Obligationsanleihen. Durch das lebhafte Pfandbriefgeschäft sehen sich die bayerischen Hypothekeninstitute zur Emission neuerlicher grösserer Beträge solcher Werte und vornehmlich von Kommunal-Schuldverschreibungen veranlasst. Bei der Bayerischen Staatsbank weist die Rohbilanz per 31. Dezember 1918 an fremden Mitteln, welche im letzten Friedensjahr zirka 211 Millionen Mark betragen haben, nunmehr über eine Milliarde Mark auf. Das allmähliche Nachlassen der Notenknappheit im öffentlichen Verkehr und die langsame Besserung in unserer Zahlungsweise lässt endlich die Einziehung von Notgeld, vorerst der Kommunen, zu.

Aus dem letzten Bericht des Staatskommissärs für Demobilmachung über die bayerische Wirtschaftslage ergibt sich erstmals eine Abnahme von Arbeitslosen in der Holz-, Leder-, Textil- und Metallindustrie. Im übrigen zeigen die die weitere Steigerung in der Gesamtzahl der Arbeitslosen, die schlechte Verkehrslage und die unverändert krisenhafte Kohlenzufuhr, namentlich das völlige Darniederliegen des Exportgeschäftes den unverminderten Ernst unseres Wirtschaftselendes. Ob die allgemein erhobenen Forderungen einer sofortigen behördlichen Regelung der Löhne und Preise, des Verbotes von Streiks zum mindesten in allen lebenswichtigen Betrieben und der Einführung des Arbeitszwanges Rettung und vor allem grundlegenden Preisabbau auf allen Gebieten bringen werden, bleibt dahingestellt. Die schweren Betriebsstörungen im Rheinland, bedingt durch die dortigen Unruhen und durch die vollkommen ins Stocken geratene Industrieversorgung mit Rohstoffen und Kohle, die Stillegung der norddeutschen Spiegelglasfabriken und der grossen Werke in Preussisch-Sachsen aus den gleichen Ursachen, das Anhalten der hohen Lohnforderungen und die überall vorherrschenden Streiktendenzen sind Hindernisse, welche einer befriedigenden Lösung unserer Wirtschaftsfragen entgegenstehen. Einigermassen beruhigend wirkten die Worte des Reichspräsidenten Ebert an die Presse hinsichtlich eines gemässigten Vorgehens des Reiches in der Sozialisierungsfrage und die Einzelheiten des Arbeitsprogrammes der Mehrheitsparteien, welches u. a. fordert: Wiederherstellung des freien Handels, sobald dies die Lage auf dem Weltmarkt gestattet, ferner Steigerung

der landwirtschaftlichen Produktion auf kleinbäuerlicher und genossenschaftlicher Grundlage. Gerade in der Ernährungsfrage erhofft man baldige Wendung, um so mehr, als auch vom bayerischen Minister Auer über die schlechten Ernährungsaussichten in Bayern aufsehenerregende Einzelheiten bekannt wurden. Grundlegend für all dies bleibt nach wie vor das Verhalten der Entente, welche hoffentlich in der Beibringung von Nahrungsmitteln und durch Aufhebung der Blockade endlich Beweise einer menschenwürdigen Behandlung der Mittelmächte erbringen wird. Der in der Nationalversammlung eingebrachte Protestantrag der sämtlichen weiblichen Abgeordneten gegen die feindliche Gewaltpolitik, namentlich die Hungerblockade, und die Forderung der sofortigen Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen wird hoffentlich nicht ohne Wirkung bleiben.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Deutsche Lebensversicherungs-Bank, A.-G., Berlin. Im Jahre 1918 wurden beantragt: 4650 Anträge über rund 30,5 Millionen Mark gegen 2172 Anträge über rund 14,3 Millionen Mark im Jahre 1917. Der Nettozugang beträgt: 4400 Versicherungsscheine mit 27,6 Millionen Mark gegen 1978 Versicherungsscheine mit 12,7 Millionen Mark im Jahre 1917. Auf die 8. und 9. Kriegsanleihe entfallen: 945 Kriegsanleihe-Versicherungs-Anträge mit 2 642 500.— Mark. Der Versicherungsbestand betrug am 31. Dezember 1918: 67 000 Policen mit rund 182 Millionen Mark gegen 66 921 Policen mit rund 163 Millionen Mark im Jahre 1917.

Hypothekenbank in Hamburg.

Bilanz auf den 31. Dezember 1918.

Vermögen.

	ℳ	₰	ℳ	₰
Cassa und Guthaben bei Banken				
Kassenbestand	145,172	03		
Giroguthaben bei der Reichsbank, bei der Vereinsbank in Hamburg und bei dem Postscheck-Amt	211,529	18		
Guthaben in laufender Rechnung bei der Deutschen Bank und anderen ersten Bankhäusern	5,043,627	04	5,400,328	25
Wechsel-Conto (Schatzanweisungen)			6,200,000	—
Effekten-Conto (ℳ 11,210,000.— 3%ige Reichs- und bundesstaatliche Anleihen, ℳ 4,280,000.— 5%ige Reichsanleihe, ℳ 3,420,000— 5% ige Reichs-Schatzanweisungen ℳ 2,600.000.— 5%ige Preussische Schatzanweisungen und ℳ 11,100,000.—, 4½% ige Reichs-Schatzanweisungen) zuzügl. laufender Zinsen (davon ins Pfandbriefdeckungsregister eingetragen ℳ 2,550,000.—)			28,501,770	92
Darlehen auf Hypotheken			140,000	—
Hypotheken (davon ins Deckungsregister eingetragen ℳ 546,090,987.93)			564,187,924	96
Fällige Hypotheken-Darlehnszinsen (rückständig ℳ 1,167,049.71)			6,914,423	97
Bankgebäude-Conto Hamburg			700,000	—
Bankgebäude-Conto Berlin			500,000	—
Debitoren in laufender Rechnung			685,456	90
		ℳ	613,229,905	—

Schulden.

	ℳ	₰	ℳ	₰
Aktienkapital-Conto			36,000,000	—
Ordentlicher Reservefonds			15,100,000	—
Reserve-Conto II (erhöht sich durch die diesjährige Zuwendung aus dem Reingewinn auf ℳ 4,831,546,63)			4,330,030	77
Effekten-Abschreibungs-Reserve			2,653,114	50
Hypothekenpfandbriefe				
4%ige Pfandbriefe	426,758,700	—		
3½%ige »	105,181,000	—	531,939,700	—
Fällige Hypothekenpfandbriefe			4,838	—
Pfandbrief-Zinsen (davon ℳ 4,406,656.— fällige Zinsscheine)			8,171,559	62
Dividenden-Conto (Restanten)			65,325	—
Pfandbrief-Agio-Conto (§ 26 des Reichshypothekenbankgesetzes)			736,093	87
Vorträge auf Provisions-Conto			4,186.747	31
Vorträge auf Zinsen-Conto			14,199	50
Vortrag auf Unkosten-Conto			100,000	—
Talonsteuer-Conto			795.460	85
Beamten-Unterstützungsfonds			1,527,720	55
Dr. Karl-Stiftung			50.000	—
Creditoren in laufender Rechnung			933,580	96
Gewinn- und Verlust-Conto			6,621,534	07
		ℳ	613,229,905	—

Gewinn- und Verlust-Conto auf den 31. Dezember 1918.

Soll.

	ℳ	₰	ℳ	₰
An Pfandbrief-Zinsen			20,700,740	44
» Unkosten-Conto:				
Saldo des Contos	1,136,267	46		
Vortrag auf neue Rechnung	100,000	—	1,236,267	46
» Talonsteuer-Conto			200,000	—
Ueberschuss			6,621,534	07
		ℳ	28,758,541	97

Haben.

	ℳ	₰	ℳ	₰
Per Bilanz-Conto			1606,375	44
» Hypotheken-Zinsen			24,780,927	35
» Zinsen-Conto			1,484,883	69
» Provisions-Conto			,675,627	56
» Pfandbrief-Agio-Conto			210,727	93
		ℳ	28,758,541	97

Hamburg, den 31. Dezember 1918.

Hypothekenbank in Hamburg.

Die Direktion:

Dr. Gelpcke. Dr. Bendixen. Dr. Henneberg.

Geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Hamburg, den 13. Januar 1919.

Der beeidigte Bücherrevisor **Friedrich Vogler.**

Der Geschäftsbericht kann kostenfrei direkt von der Bank oder durch die Pfandbriefverkaufsstellen bezogen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 9

1. März
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3,50
Einzelnummer
30 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 3.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 9. München, 1. März 1919. XVI. Jahrgang.

Verfassungsfragen im Lichte der Geschichte.

Von Universitätsprof. Geh. Rat Dr. Hermann v. Grauert, München.

Die Schicksale der Völker vollziehen sich nicht in geraden Linien. Vielmehr entwickeln sie ihren Lauf in mannigfachen Windungen, bald in aufsteigenden, dann wieder in absteigenden Kurven. Frankreich war während des hundertjährigen Krieges seit 1338 zerrissen und wurde zum Beuteanteil der Engländer. Auch nach der wunderbaren Erscheinung der Jungfrau von Orléans dauerte das Elend fort. Der Bischof von Beauvais Jean Juvenal des Ursins, hielt sich in den Jahren 1439/40 berechtigt, in einem langen, an den König Karl VII. von Frankreich, den Sohn der Königin Isabeau von Bayern, gerichteten Schreiben auf Paris und auf Frankreich die umgemodelten Worte aus den Klageliedern des Propheten Jeremias anzuwenden: Quomodo sedet sola civitas Parisiensis ymo tota Francia plena populo, facta est quasi vidua domina gentium.

Nahezu hundert Jahre zuvor hatte König Philipp VI. von Frankreich in einem an seinen Oheim, Vetter und Feind, den König Eduard III. von England gerichteten Schreiben vom 14. August 1346 die Anklage erhoben: „Unser Königreich Frankreich habt Ihr mit Eurem Heere besetzt, das Vaterland habt Ihr verbrannt, verwüstet und ausgeraubt.“ [1])

Heute gleicht das deutsche Volk dem Manne der Schmerzen, welcher dem frommen Dulder Job wenig ähnlich gegen das eigene Fleisch wütet und seine Habe nicht in Ordnung zu halten versteht. Wie die übrigen Völker Europas ist es zu einer staatlich geeinigten Nation im langen Laufe seiner Geschichte allmählich erst und langsam zusammengewachsen. Ein wirklicher Einheitsstaat aber ist es während der zweitausend Jahre, die wir im Lichte der Geschichte zu überblicken vermögen, niemals gewesen.

Unter dem Zeichen der Zwietracht, als eine Vielzahl von einander unabhängiger Staaten sind die Germanen der Vorzeit einst den Römern gegenübergetreten. Bei den schon damals wankenden Geschicken des römischen Weltreichs glaubte Tacitus am Ende des ersten nachchristlichen Jahrhunderts vom Glücke kein besseres Heil erwarten zu dürfen, als den gegenseitigen Haß und die Zwietracht, welche die Völker des freien Germaniens so oftmals zerfleischten. [2]) Der Zuchtmeister zu staatlicher Einheit erstand den Germanen des Europäischen Festlandes im Fränkischen Reiche, wie es von dem Merowinger Chlodovech begründet (486—511) und von dem Karolinger Karl dem Großen (768—814) vollendet wurde. In diesem Frankenreiche aber waren die Germanen des mittleren Europas mit eben so vielen Romanen politisch zusammengeschlossen. Ein eigentlich Deutsches Reich war mit ihm noch nicht gegeben.

Erst der Auseinanderfall des fränkischen Gesamtreiches bahnte seit dem Vertrage von Verdun (843) dem politischen Sonderleben der aufstrebenden führenden Nationen der Franzosen, der Deutschen und der Italiener allmählich die Wege. Europas politische Geschicke sind seit der Teilung des Frankenreiches nach dem Tode Kaiser Ludwigs des Frommen in vielfach maßgebender Weise beherrscht von dem säkularen Gegensatze, welcher Frankreich von Deutschland seitdem getrennt hielt. Der weise Politiker, der ihn zu überbrücken vermöchte, er könnte zum Heiland werden, nicht nur für Europa, sondern auch für die übrige Menschheit.

[1]) Man vergleiche die beiden Aktenstücke in dem hochinteressanten Werke des P. Heinrich Denifle, La désolation des églises … en France 1897 u. 1899 und meine biographische Skizze P. Heinrich Denifle O. Pr., Freiburg i. Br. 1906, p. 21—26.

[2]) Germania c. 33.

Die starke Hand Kaiser Karl des Großen hat das ihr unterstehende germanisch-romanische Weltreich als einen Einheitsstaat zu regieren verstanden. Seit dem Ende des 9. Jahrhunderts sind in seinen ausgedehnten Provinzen allerorten mächtige partikulare feudale Gewalten emporgewachsen.

Der erste eigentlich deutsche König, Konrad I. (911—918), hat sich vergebens abgemüht, die stolzen Herzoge unter seine Krone zu beugen. Dieses engere Deutsche Reich beginnt im Zeichen tiefer Erniedrigung. Innere Zwietracht und äußere Feinde haben es heimgesucht. Unter dem Nachfolger König Heinrich I., dem Sachsen, beginnt die Erhebung mit der wohlüberlegten Anerkennung der Stammesherzogtümer und der Sonderrechte Bayerns. Unter Otto dem Großen wurde im Jahre 962 dem erstarkten deutschen Königtume der Glanz des römischen Kaisertumes hinzugefügt. Die partikularen Gewalten im Innern des Deutschen Reiches blieben aber aufrecht stehen und die italienische Politik der Kaiser hat sie weiterhin gefestigt. Die uns auch heute noch geläufige Nebeneinanderstellung der Begriffe „Kaiser und Reich“, die uns bereits im 12. Jahrhundert begegnet, bedeutet keine Tautologie, sondern einen wirklichen Gegensatz. Der Kaiser repräsentiert das monarchische Prinzip, das „Reich“ dagegen ist die Vielzahl der Fürsten und Stände, welche das ständische Prinzip, seit dem 16. Jahrhundert die ständische „Libertät“, zur Darstellung bringen.

Dieser Dualismus der beiden großen politischen Prinzipien durchzieht die ganze Geschichte des alten Deutschen Reiches vom 10. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. An der Unmöglichkeit, diesen politischen Gegensatz auszugleichen, ist schließlich das alte heilige Römische Reich deutscher Nation am Anfange des 19. Jahrhunderts zugrunde gegangen.

Seit dem 13. Jahrhundert war die Landeshoheit der Territorialfürsten, von dem staufischen Kaiser Friedrich II. gefördert, stetig stärker und fester geworden. Sie wuchs heran zur superioritas terrae und bei den mächtigeren zur supremitas terrae. Nachdem die große Säkularisation und die Mediatisierung der Jahre 1803 und 1806 Hunderte von kleineren und mittleren geistlichen wie weltlichen staatlichen Gebilden mit den überlebenden größeren weltlichen Nachbarn verschmolzen hatten, erlangten die letzteren die Anerkennung ihrer vollen staatlichen Souveränität.

Zeigen uns die letzten anderthalbhundert Jahre des alten Reiches seit dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, wie die bunte Vielgestaltigkeit der politischen Sonderbildungen unter der lockeren Oberhoheit des Kaisertums nur notdürftig zusammengehalten wurde, und wie ein kraftvolleres politisches Leben sich in die größeren Territorialstaaten zurückzieht, so bietet sich unseren Augen seit dem Abschluß des Rheinbundes im Juli 1806 ein völlig verändertes Bild: Das alte Reich ist zusammengebrochen, die Glieder des Reichskörpers liegen wie disiecta membra verstreut am Boden. Der Rheinbund stellte das südliche und später auch weite Teile des nördlichen Deutschland unter das Protektorat Kaiser Napoleons I. Die Verfassungsentwicklung hat dann seit den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß von 1814/15 den Gang genommen, die an Zahl erheblich geminderten völlig souverän gewordenen deutschen Einzelstaaten, insgesamt noch neununddreißig, zunächst nur sehr lose zu dem Deutschen Bunde zusammenzuschließen. Von allem Anfange an krankte er an der völligen Vernachlässigung der volkstümlichen Kräfte bei der Ausgestaltung der Bundesinstitutionen. Von einer Vertretung des Volkes neben dem Bundestage in Frankfurt a. M. war keine Rede. Dem Rufe nach Freiheit und Einheit suchte die Reaktion mit ihren Demagogenverfolgungen ein Ziel zu setzen.

Auch Joseph Görres, der große Koblenzer, der beredte Herold des nationalen Gedankens, ist ihr zum Opfer gefallen, als er vor hundert Jahren, im Sommer 1819, mit seiner Schrift „Teutschland und die Revolution“ nach der Meinung der Preußischen Regierung eine Brandfackel in die deutschen Lande geschleudert hatte. Eindringlich genug hatte er darin seine Stimme erhoben: Die Nation dringe auf die Einheit und dies Dringen sei wie Baumeswachsen und Windeswehen, kein Bemühen möge es in seinem Fortgang hemmen. Er fand, es gehe ein Geist der Verwesung in unserem Staatsgebäude um; wie in alten Ruinen höre man an Wänden und Grundfesten jenes leise Knistern, als nage vernehmlich der Zahn der Zeit an ihrem Bau. Aber auch der beredte rheinische Publizist meinte, die Besserung müsse von den Kammern der konstitutionellen Einzelstaaten ausgehen. Sie würden ihr Recht der Einwirkung auf die Beschlüsse des Bundestages durchfechten. Kollektiv würden sie insgesamt die Zweite Kammer als Vertretung des deutschen Volkes konstituieren.

Da in langen Jahren nichts geschah, um neben dem Bundestage eine solche Volksvertretung ins Leben zu rufen, so glaubte das durch die Revolution der Jahre 1848/49 ins Leben gerufene erste deutsche Parlament in Frankfurt a. M. in seiner Majorität ganze Arbeit machen zu sollen. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849 beruhte auf der Grundlage der von der Mehrheit der Nationalversammlung in Anspruch genommenen Volkssouveränität, die im Parlamente ihren konstitutionellen Ausdruck gefunden haben sollte.

Aber gerade darin lag der Todeskeim der neuen Reichsverfassung. Die großen und die mittleren deutschen Einzelstaaten waren nicht gewillt, sich die eigene konstitutive Mitwirkung bei der Neugestaltung des Reiches aus der Hand winden zu lassen.

Das Frankfurter Verfassungswerk ging zu Scheiter. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen konnte sich nicht entschließen, die ihm vom Parlamente angebotene deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Auch des Preußenkönigs Versuch, dem Sehnen breiter Schichten des deutschen Volkes nach festerer Einigung Genüge zu leisten durch Aufrichtung der sogenannten Unionsverfassung vom 26. Mai 1849, ist nach vielen vergeblichen Bemühungen im November 1850 endgültig zu Grabe getragen worden. Gegenüber dem während des Weltkrieges so oft erörterten Begriffe „Mitteleuropa“ hat es einen eigenartigen Reiz, sich zu vergegenwärtigen, in welch kompakter Geschlossenheit man Ende Mai 1849 in Berlin die politische Organisation Mitteleuropas für möglich hielt. In den „Grundlinien zu einer Unions-Akte“, die damals dem preußischen Militärdiplomaten Generalleutnant und Staatsminister Freiherrn von Canitz als Instruktion nach Wien mit auf den Weg gegeben wurden, liest man die Sätze: Die deutsche Union ist ein unlöslicher, völkerrechtlicher Bund und besteht aus: a) der Oesterreichischen Monarchie, b) dem deutschen Bundesstaate . . . Die Union ernennt und beglaubigt sämtliche ständige Gesandten im Auslande. Der durch diese Missionen gehende völkerrechtliche Verkehr wird im Namen und Auftrage der deutschen Union geführt; die Gesandtschaften empfangen von der Union ihre Instruktionen und berichten an dieselbe. Die Besetzung der diplomatischen Posten geschieht nach einem zwischen beiden Unionsgliedern zu regelnden Turnus . . . Sämtliche Konsulate werden von der Union bestellt und in deren Namen verwaltet. In wirtschaftlicher Beziehung sollte die möglichste Gemeinschaft zwischen den beiden Gliedern der Union hergestellt werden. Als Organ für die Leitung der Unionsangelegenheiten sollte ein permanentes Direktorium von vier Mitgliedern unter Oesterreichs Vorsitz in Regensburg zusammentreten.[3])

Oesterreichs Zustimmung zu einer so engen Gemeinschaft war unter der politischen Leitung des Fürsten Felix Schwarzenberg nicht zu erzielen. Auch Bayern widerstrebte und noch viel mehr lehnten Englands und Frankreichs Staatsmänner, vor allem Lord Palmerston und Drouyn de Lhuys, gegen eine so feste Blockbildung in Mitteleuropa sich auf.

Die Wiederaufrichtung des alten deutschen Bundes durch die Einzelregierungen unter Oesterreichs Führung kam für sie der Befreiung von einem beängstigenden Albdrucke gleich.

Auch bei der Begründung des Norddeutschen Bundes wie bei der Erweiterung desselben zum Deutschen Reich im Dezember 1870 ging die Bildung des Gesamtstaates durchaus von den Einzelstaaten aus.

Die nationale Schwungkraft der Revolution von 1848/49 war nicht stark genug gewesen, sich durchzusetzen. Ob die Revolution der Gegenwart eine größere Nachhaltigkeit entwickeln wird? Fast könnte es so scheinen, wenn man sieht, mit welcher Leichtigkeit inmitten der andrängenden Aufgaben des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, die nur durch feste Abwehr des ganz Europa mit dem Tode bedrohenden Bolschewismus gewahrt werden kann, auch noch die völlige Umbildung und territoriale Neugestaltung der deutschen Einzelstaaten ins Auge gefaßt wird.

Sollte darin nicht eine Ueberheblichkeit zum Ausdruck kommen, wie sie im Verlaufe des Weltkrieges leider öfter in die Erscheinung getreten ist?

Die Umbildung Preußens, sein Aufgehen in Deutschland, war schon in den Jahren 1848/49 ein schwer zu lösendes Problem, das aber gerade um deswillen die Erbkaiserlichen aus dem alten eigentlichen „Reich“, einen Heinrich und Max von Gagern u. a. in seinen Bannkreis zog.[4]) Wenn man heute von ähnlichen Erscheinungen hört und liest, dann möge man in Bayern vornehmlich der Gefahren der Gegenwart eingedenk bleiben, die auch das bayerische Haus nicht völlig gesichert erscheinen lassen gegen das Eindringen von Sprengkörpern. Die Ablösung der pfälzischen und der fränkischen Lande würde in keiner Weise ausgeglichen werden können durch eine etwaige engere Verbindung mit den Gebieten Deutsch-Oesterreichs oder gar durch eine Annäherung Altbayerns an einen tschecho-slowakischen und selbst an einen jugo-slawischen Staat mit der Route zum Adriatischen Meer.

In den Tagen der Befreiungskriege konnte Joseph Görres im „Rheinischen Merkur“ die Poesie der alten Kaiserromantik anklingen lassen in seinem großen Gespräch „Der Kaiser und das Reich“: „Der eherne Ring, in den Teutschland geschlagen ist, sei unsere Einigkeit und unsere Liebe zum gemeinen Vaterlande, und sein Bild sei die Kaiserkrone, die fortan Habsburg mit Ehre trage. Wenn dann auch Italien das gegeben wird, was es verlangt, eine umgreifende wohltätige Verfassung; wenn die Hut derselben geknüpft wird an die eiserne Krone und der Reichstag dieses Landes in Mailand sich versammelt, dann wird die Ruhe Europas auf lange hin gesichert sein, und der teutsche Kaiser kann und wird wieder für die Völker des Weltteils werden, was das Mittelalter ihm angesonnen und was Dante ausgesprochen: ein Schirmherr der Christenheit, nicht herrschend durch die Gewalt, sondern durch die Gerechtigkeit; und nicht die Völker unterwerfend durch die Waffenmacht, sondern sie gewinnend durch die Harmonie, die vom höheren Recht ausgeht und der Gesetzlichkeit.“[5])

Wie nüchtern und resigniert klingen demgegenüber die Worte, welche Friedrich von Gentz, der Ablatus des Fürsten Metternich, im November 1813 niederschrieb: „Ein Deutsches Reich kann heute schlechterdings nicht bestehen, wohl aber eine fest verbundene Masse unabhängiger und glücklicher deutscher Staaten. Streben wir nach dem Reich, so geht sicher beides verloren.“[6])

In schönen Worten hat der in München geborene Heidelberger Professor der Rechte Karl Mittermaier im Frankfurter Parlamente das Verhältnis des von der Nationalversammlung im Jahre 1848/49 zu schaffenden Deutschen Bundesstaates zu den deutschen Einzelstaaten dargelegt, als er mit Joh. Gustav Droysen zusammen im Namen des Verfassungsausschusses dem Plenum Bericht erstattete über die Abschnitte I und II von dem Reiche und von der Reichsgewalt.[7]) Aber alle schönen Worte vermochten nicht den Gegensatz zu überbrücken, der nach den Erinnerungen von Rudolf Haym, dem späteren Geschichtschreiber der Romantik, sich öffnete zwischen dem „ideologischen“ Anspruch der Frankfurter Parlamentsmajorität, in Sachen der deutschen Einheit die oberste Instanz zu sein, und der Auffassung des rheinpreußischen gemäßigt liberalen Bürgerministers David Hansemann, der den jugendlichen Haym davor warnte, die tatsächliche Macht des preußischen Staates nicht zu unterschätzen, und auch

[3]) Man sehe die amtliche preußische Publikation: Aktenstücke betreffend das Bündnis vom 26. Mai (1849) und die deutsche Verfassungs-Angelegenheit. I. Bd. Berlin 1849 p. 138 f.

[4]) Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 3. Aufl. p. 454—471.

[5]) Jos. v. Görres, Gesammelte Schriften ed. Marie Görres. Bd. II p. 389.

[6]) Paul Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat, Leipzig bei Teubner 1916 p. 73.

[7]) Jos. Gust. Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung. I. Teil. Leipzig 1849 p. 422—430.



auf die allmählich wiedererstarkenden übrigen deutschen Einzelregierungen hinwies.⁵)

Unter der starken Einwirkung revolutionärer Umwälzungen ist ein verfassunggebendes Parlament, eine sogenannte Konstituante, allzu leicht geneigt, sich als den allein entscheidenden Machtfaktor anzusehen. Das war 1848/49 und das ist auch heute der Fall, wie es auch in der großen französischen Revolution seit 1789 wiederholt in die Erscheinung getreten war. Der besonnene deutsche Politiker darf aber den grundlegenden Unterschied nicht vergessen, der zwischen der französischen und der deutschen Verfassungsgeschichte obwaltet: In Frankreich strebte die politische Entwicklung seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit aller Entschiedenheit dem Einheitsstaate zu: in Deutschland ist die Aufsaugung der partikularen Territorien durch das Königtum hintangehalten worden durch den verfassungsmäßig anerkannten Rechtsgrundsatz, daß der deutsche König jedes frei gewordene Kronlehen binnen Jahr und Tag an einen neuen Inhaber zu verleihen verpflichtet war. So ist trotz einschneidender oben erwähnter Veränderungen, die sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vollzogen, die immer noch vielgestaltige Gliederung des deutschen Gesamtstaates erhalten geblieben bis auf den heutigen Tag.

Ueber den Blättern aber, auf welchen uns die deutsche Verfassungsentwicklung während des 19. Jahrhunderts und im Anfange des 20. Jahrhunderts überliefert wird, lesen wir in lapidarer Schrift den Satz: „Im Anfange waren die deutschen Einzelstaaten". Das Spätere war der deutsche Gesamtstaat. Mit dieser Tatsache muß auch die verfassunggebende Nationalversammlung rechnen. Der Geist von Weimar, die Manen Goethes und der anderen Geistesheroen der großen Weimarer Zeit müßten aufsteigen aus ihren Grüften und laute Einsprache erheben, wenn mit der berechtigten Sonderart der deutschen Einzelstaaten auch die hohen Kulturgüter gefährdet werden sollten, welche unter ihrer liebevollen Pflege uns erwachsen sind.

Bei alledem hoffen wir, aus den Weimarer Beratungen einen kraftvollen deutschen Gesamtstaat hervorgehen zu sehen; des lodernden Feuers volkstümlichen Empfindens dürfen wir dabei gewiß nicht entbehren. In seinen Gluten kann das Gefüge eines neuen freiheitlichen Volksstaates, eines Reiches fest gehämmert werden, der dazu bestimmt sein wird, dem deutschen Volke die Bahnen frei zu machen, auf welchen es sich erheben kann zu den Höhen eines neuen Zeitalters der Arbeit, des Friedens, der Freiheit und des Glückes in edlem, anfeuerndem Wettstreit mit den übrigen Kulturvölkern der Menschheit.

⁵) Robert Haym, Aus meinem Leben, Berlin 1902 p. 187.

Die Vorgänge in München.

Von M. Geßner, München.

Am 20. Februar hatte Kurt Eisner auf dem Kongreß der A.-, S.- und B.-Räte im Deutschen Theater in München eine Rede gehalten, die ziemlich allgemein als sein Schwanengesang angesehen wurde. Niemand aber — sein Mörder wohl ausgenommen — hätte damals auch nur entfernt vermuten können, in wie furchtbarer Weise sich das Wort vom Schwanengesang nur zu bald bewahrheiten sollte. Ein normaler Mensch konnte daran an sich nicht denken, aber auch deshalb nicht, weil dem an Eisner begangenen Meuchelmord jeder politische Sinn fehlt. Eisner war von dem Wahlausfall in Bayern gewiß aufs peinlichste überrascht. An die nichtsozialistische Mehrheit hatte er wohl überhaupt nicht geglaubt. Die Enttäuschung darüber, daß sie doch zustandekommen war, hat man dem leidenschaftlichen Ideologen oft und deutlich genug angemerkt. Eisner, der ein sehr komplizierter Charakter war, hatte aber Tatsachengefühl genug, um die Wucht des Wahlausfalles zu empfinden und sich schließlich dazu durchzuringen, ihm, wenn auch widerstrebend, Rechnung tragen zu wollen. Dieser Entschluß vor allem war aus der erwähnten letzten Rede herauszulesen. Nicht so ganz klar und für jeden ohne weiteres verständlich, aber für den Politiker doch deutlich genug. Die Rede hatte, wie fast alle Reden Eisners, agitatorischen Charakter, war dazu bestimmt, seinen noch schwachen Anhang zu festigen und zu erweitern. Deshalb sagte er nicht einfach: Ich werde mein Amt dem Landtag zur Verfügung stellen und in dem sehr wahrscheinlichen Falle, daß man mich als Minister nicht weiter wünscht, als Abgeordneter wirken, sondern er sagte etwa: Mit Bürgerlichen werde ich in der Regierung nicht zusammensitzen. Ist eine rein sozialistische Regierung nicht möglich, so tue ich nicht mit. Mögen dann die Bürgerlichen regieren, ich werde mich in die Opposition zurückziehen. Praktisch lief auch das in erster Linie auf seinen Rücktritt hinaus, und damit wäre die Bahn für eine Koalitionsregierung, ähnlich wie im Reiche, frei gewesen. Die Opposition Eisners wäre gewiß nicht zu unterschätzen gewesen, sie hätte zu manchen Schwierigkeiten und Verwicklungen führen können, aber das war eine cura posterior, eine Sache, der man zwar volle Aufmerksamkeit widmen mußte, von der man im übrigen aber sagen konnte: Kommt Zeit, kommt Rat. Einstweilen wäre die Volksvertretung auf alle Fälle in die Lage gekommen, praktische Arbeit zu leisten durch Berufung einer von ihr gestützten, aber auch ihr verantwortlichen Regierung, die die Pflicht hatte, mit der Volksvertretung im Sinne einer Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Lage zu wirken.

So lagen trotz gewisser letzter Zweifel, wie sie z. B. in der „Frankf. Ztg." recht stark zum Ausdruck kommen, die Dinge am Morgen des 21. Februar, wo der Landtag um 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammentreten sollte. Längst vor dem festgesetzten Termin herrschte in dem Hause an der Prannerstraße reges Leben. Mit großer Bestimmtheit wurde mitgeteilt, Eisner werde auf Grund eines Tags zuvor einstimmig gefaßten Ministerratsbeschlusses der Volksvertretung die Aemter der Minister zur Verfügung stellen mit der gleichzeitigen Bereiterklärung, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Das war zwar eine Selbstverständlichkeit, aber man war doch endlich so weit! Schon war es zehn Uhr. Die Abgeordneten erschienen im Saale, die Tribünen waren dicht besetzt. Alterspräsident Dr. Jäger (Bayerische Volkspartei) unterhielt sich mit den Herren am Regierungstisch, auch mit dem Minister des Innern, Auer. Von den Ministern fehlte nur noch Eisner. Inzwischen war auf der Journalistentribüne erzählt worden, auf der Straße in der Nähe seien Schüsse gefallen, und es heiße, Eisner sei erschossen worden. Niemand glaubte daran, man hielt die Sache eher für einen schlechten Witz. Bald aber erschien auf der gleichen Tribüne ein Soldat mit der Meldung, daß Eisner wirklich erschossen sei. Sein Mörder, ein Student, liege im Sterben. Gleichzeitig wurde die Meldung anscheinend unten im Saale am Ministertisch erstattet, denn man sah jemanden an den Tisch herantreten und lebhaft auf die Minister einreden. Ehe der noch zu Ende war, wurde die furchtbare Botschaft von der Tribüne in den Saal hinabgerufen und dort mit lauten Pfuirufen aufgenommen. Alterspräsident Dr. Jäger eröffnete die Sitzung und teilte die gewordene Kunde dem Hause offiziell mit unter dem Ausdruck des Abscheus und der Warnung vor solchen Mitteln, um dann die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen.

Das Haus wurde sofort abgesperrt. Die Fraktionen versammelten sich zur Besprechung der Lage. Abscheu und Empörung über die in jedem Betracht verdammenswerte und unsinnige Mordtat waren allgemein. Da und dort wurde von Anhängern Eisners auch bereits Rache angekündigt. Als kurz nach 11 Uhr die Sitzung wieder aufgenommen wurde, machte Minister Auer amtlich Mitteilung von der Absicht Eisners, die bereits erwähnte Erklärung abzugeben, verurteilte scharf die Mordtat und warnte davor, in dieser Weise fortzufahren, wenn nicht volle Anarchie einreißen solle. Von dem Sozialdemokraten Dr. Süßheim wurde die schon von Auer angeregte abermalige Vertagung der Sitzung offiziell beantragt. Der Sprecher der Liberalen hatte kurz zugestimmt. Namens der Bayerischen Volkspartei wollte eben Abg. Giehrl eine Erklärung abgeben, als plötzlich vom linken Saaleingang her Schüsse fielen und ein Mann in Militärmantel vor dem Ministertisch sichtbar wurde und auf Auer schoß, der nach dem Herzen griff und bald zusammenbrach. Ministerialrat Gareis, der den Attentäter abwehren wollte, wurde durch einen Schuß zu Boden gestreckt; er ist inzwischen gestorben. Noch indem er sich zurückzog, gab der Täter Schüsse ab und verwundete noch einen Regierungsvertreter. Auch von einer Tribüne waren Schüsse gefallen. Einer davon dürfte den Abg. Osel von der Bayerischen Volkspartei in die Lunge getroffen und seinen Tod herbeigeführt haben.

Das Ganze war das Werk weniger Augenblicke. Bei den in der Nähe des Ministertisches sitzenden Sozialdemokraten war

man anscheinend nicht einmal auf den Gedanken gekommen, den auf Auer zutretenden Täter von hinten zu fassen. So plötzlich kam und so verblüffend wirkte die neue Ueberraschung, die eine Rache für Eisner war, eine Ueberraschung die man um so weniger gefürchtet hatte, als während der Pause alle im Hause Anwesenden auf Waffen untersucht worden waren. Hatte man bei denen, die wirklich Waffen hatten, diese nicht gefunden oder hatte man sie erst nach der Untersuchung eingelassen? Die Attentäter entkamen trotz der sofort wieder verfügten Absperrung des Hauses. Die Abgeordneten und sonstige Besucher wurden noch ziemlich lange im Hause festgehalten. Ueberhaupt ist die Ermordung Eisners politisch nicht fruktifizierbar, weder vom Klassenstandpunkt noch vom parteipolitischen Standpunkt aus.

Wir denken nicht daran, nach mildernden Umständen für den Mörder zu suchen. Das ist allenfalls Sache seiner Verteidiger und seiner Richter, und wir gehören weder zu den einen noch zu den andern. Es fehlt uns auch an jeglicher Kenntnis über ihn und seine Motive. Die Tat ist in jedem Betracht ein unverantwortliches Verbrechen. In sittlicher Hinsicht ist darüber kein weiteres Wort zu verlieren. Für den Christen ist der Mord absolut verboten, und für den politischen Mord gibt es von diesem Verbot ebenso wenig eine Ausnahme wie für einen Mord, dem andere Motive zugrunde liegen. Politisch ist die Tat genau so unverantwortlich wie moralisch. Der Mörder hat sich wohl als politischen Gegner Eisners betrachtet. Solche Gegnerschaft ist an sich weder ein Verbrechen noch eine Schande. Die Mehrzahl aller Bayern und Deutschen waren Gegner Eisners. Aber gerade für die entschiedensten grundsätzlichen Gegner Eisners mußte gelten, daß, abgesehen von höheren, absolut verpflichtenden Erwägungen, gerade aus Rücksicht auf die sehr gewichtigen Interessen, die sie gegenüber Eisner und seinem Anhang zu vertreten und zu schützen hatten und haben, eine solche Bluttat nie und nimmer begangen werden durfte. Der Kampf für Ideale darf durch Verbrechen nicht besudelt werden. Das politische Urteil über Eisner und seine Ministerschaft kann nicht durch Revolverkugeln gesprochen werden, es hätte dem Landtag, als dem legitimen Vertreter der Oeffentlichkeit und des ganzen Volkes vorbehalten bleiben müssen. Wird trotzdem, ohne Rücksicht auf öffentliche Moral und religiöses Verbot, ein derartiges Verbrechen begangen, so gehört der Täter vor die Richter, der Täter und seine allenfallsigen wirklich nachgewiesenen Helfershelfer. Private Rache ist auch nur wieder ein Verbrechen. Darüber aber, über die Rache am Täter selbst, hinauszugehen, gewaltsam Zusammenhänge zu konstruieren und in deren Richtung unter politischen Gesichtspunkten Rache zu nehmen, würde noch unter das Niveau von Stämmen hinabführen, bei denen die Blutrache „Sitte" ist, und vom „Kulturvolk" bliebe nichts mehr übrig.

Die verdammenswerte Tat eines Einzelnen reicht weder aus zur Begründung einer blutigen Massenjustiz noch zur Rechtfertigung einer grundsätzlichen Abkehr von der Bahn der politischen Entwicklung, auf der wir kurz vor Eisners Tod angelangt zu sein schienen. Wir verstehen durchaus den Schmerz der Anhänger Eisners, verstehen schließlich auch einen gewissen Groll bei ihnen, aber wir würden es nicht verstehen, wenn sich die gesamte Sozialdemokratie zu weitgehenden und allgemeinen Repressalien hinreißen lassen wollte. Man würde schließlich von einem Mortimer reden, der ihr sehr gelegen starb. Die Tat dessen, der Eisner erschossen hat, war an sich unverantwortlich, war es doppelt angesichts der Situation, in der sie erfolgte, war in dem Augenblick, wo sie geschah, auch so unsagbar dumm und konnte so verhängnisvoll werden, daß der Gedanke einer Fruktifizierung für die Politik sich von selbst verbietet. Das ist so klar, daß wir manches, was in den ersten Stunden und Tagen nach Eisners Tod in Flugblättern und von Mund zu Mund verkündet und angedroht wurde, einstweilen nicht tragisch nehmen wollen. Nachdem Unverantwortliche so ihrem Herzen Luft gemacht, werden Verantwortliche sich wieder mehr auf ihre Verantwortung gegenüber der Gesamtheit nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland besinnen. Ob die sozialistische Einheitsfront, die jetzt von München aus verkündet wurde, von Bestand ist oder nicht, und welchen Sinn die Einigung haben soll, kümmert uns zunächst wenig, das ist eine Sache, die die Sozialdemokratie unter sich abzumachen und für sich zu verantworten hat. Wichtiger ist, ob sie sich auch weiterhin aufrichtig und praktisch zur Demokratie bekennt, daß die Freiheit der Presse grundsätzlich und für die Praxis wieder hergestellt wird. Wir warten ab, wie die am 23. Februar in München angeschlagenen einschlägigen Versicherungen sich praktisch auswirken werden, und wollen bis dahin mit manchen Fragen in anderer Hinsicht zurückhalten. Ein Kardinalpunkt ist die auf diesem Anschlag angekündigte Wiedereinberufung des am 12. Januar gewählten Landtags. Selbstverständlich wird die Volksvertretung dann verlangen müssen, daß sie in jeder Beziehung so gestellt wird, wie es der höchsten Instanz des bayerischen Volkes zukommt, daß sie wirklich frei und sicher tagen kann, gegebenenfalls an einem „ruhigeren Ort als München es ist", wie der „Vorwärts" sagt.

Derjenige aber, der den Mord an Eisner beging, hat die friedliche Entwicklung in Bayern auf alle Fälle sehr gefährdet und für einige Zeit aufgehalten. Möge man sich das allseitig so klarmachen, daß bei all denen, die den Untergang von unserem Volke noch abwenden wollen, an derartige Mittel nicht einmal mehr gedacht wird. Im übrigen beweist der Fall vielleicht noch, daß die allzu frühe „Politisierung" der Menschen ihre zwei Seiten haben kann, ein Gedanke, der uns allerdings nicht aus diesem Anlasse zum ersten Mal gekommen ist.

* * *

Soweit unser Mitarbeiter, der Augen- und Ohrenzeuge der Vorgänge im Landtag war. Weitere Betrachtungen erübrigen sich bis zur Klärung der Situation.

Nun noch einige Worte wehmütigen Gedenkens. Das schmerzlichste Opfer des blutigen 21. Februar ist unser lieber Freund und Mitarbeiter Hofrat Heinrich Osel. Sein tragischer Tod reißt eine schwer auszufüllende Lücke in die Parteiorganisation und die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei. Er war einer ihrer beliebtesten Führer und Mitglieder (1903—07 Mitglied des Reichstags, seit 1905 des Landtags), einer ihrer besten Köpfe, beliebt und angesehen auch bei den anderen Parteien, geschätzt vor allem auch in allen führenden Kreisen des bayerischen Wirtschaftslebens wegen seiner hervorragenden Sachkenntnis und Erfahrung auf den verschiedensten Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels; speziell in den Zoll-, Wasserstraßen- und Elektrisierungsfragen war er anerkannter Sachverständiger. Auch die Leser der „Allgemeinen Rundschau" haben ihn als gewandten Schriftsteller kennen und schätzen gelernt. Er war uns ein stets bereiter, treuer Mitarbeiter; noch vor wenigen Tagen sandte er uns einen Artikel über Sozialisierung und Arbeiterschaft, den wir in der vorliegenden Nummer zum Abdruck bringen. Wer hätte gedacht, daß es sein letzter sein sollte! Dem treuen Freunde einen letzten, dankbaren Gruß in das zu frühe Grab; sein Andenken wird uns teuer sein. R. I. P.

Redaktion der „A. R.".

Das Meer.

Ich sah das Meer —
Sein Atem wogte
So dumpf und schwer
Wie Menschenbrust in tief verhalt'nem Weh.

Dann bäumt' es sich
Und rang mit seiner Qual
In trotz'gem Grimm;
Und immer höher stieg der Wogenschwall
Zum Unheil allen, die sich ihm vertraut.
Hoch bäumte sich die sturmgepeitschte See.

Wie ich getan,
Da mit dem Schmerz ich rang
Im heissen Kampfe,
Bis der Abend sank . . . .
Dann ward ich still. —
Der wilde Jammer schweigt. —
Wenn, sturmgetroffen, noch die Woge steigt,
Dann denk ich an die unheilvolle See
Und berge abgrundtief in mich mein Weh.

M. Benedicta von Spiegel O. S. B.

Die vorliegende Nummer der „Allgemeinen Rundschau" stand, wie die übrige Münchener Presse, unter der Vorzensur des Zentralrates der A.-, S.- und B.-Räte. Die Wochenschau kann nicht erscheinen. Die Fertigstellung der Nummer verzögerte sich durch die infolge der Ereignisse eingetretenen Arbeitspausen.

Aus besetztem Lande.

Sie zieh'n aus Welschlands Stamme
Ostwärts zu uns'rem Rhein,
Das Haar so licht wie Flamme
— Es könnten Deutsche sein —;
Das Haar und Aug' wie Raben
— Altedle Römer schier —,
Mit blitzigem Gehaben,
Des Keltenvolks Manier.
Und wieder and're zeigen
Trotz Südlands Lockennacht
Im Aug' — Germanen eigen —
Des Himmels blaue Pracht.

Seh' ich der Feinde Reigen
In uns'res Volkes Bild,
Heerzüge dann entsteigen
Der Zeit mit Schwert und Schild:
Sueben und Alanen
Durchziehen Frankenland,
Zu ringen mit Hispanen
Um Heim und Vaterland;
Westgoten und Burgunder
Vom fernen Weichselfluss,
Sie folgen, gehen unter
In Galliens Völkerguss.

Daher wie Sonnenstrahlen
Des Haares lichte Glut,
Daher die Augen malen
Des Himmels blaue Flut:
Germanenblut verbindet
Die Körper seit alther,
Die Seelen doch — erblindet —
Trennt tief des Hasses Meer.
Wie wir die Brücke bauen?
Durch Wahrheit, Freiheit, Recht.
Wie Gallias Hass wir tauen?
Durch Menschtum rein und echt.

Paula Schäfer.

Aus der badischen Republik.

Von H. Köhler, Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Das ehemalige Großherzogtum Baden darf wohl als das Land angesprochen werden, in dem sich die von nordischen Sendlingen inszenierte Umwälzung am unblutigsten vollzogen hat und auch keine Besitzergreifung der politischen Macht durch die unabhängigen Sozialisten stattfand. Letzteres wohl allerdings auch deshalb, weil es diesen im gegebenen Zeitpunkt an geeigneten führenden Persönlichkeiten überhaupt fehlte, trotz einiger Regierungsbeamten, die sich sofort vordrängten, und einiger akademischen Existenzen, die bis dahin in der Arbeiterbewegung völlig unbekannt und unbeteiligt waren, aber nun plötzlich ihr revolutionäres Herz entdeckten und sich dem extremsten Flügel des Umsturzes zur Verfügung stellten. Die großen politischen Parteien des Landes zeigten sich der Situation gewachsen. Es war interessant zu beobachten, wie an jenem denkwürdigen Abend des 9. November 1918 die Vertreter der Sozialdemokratie, der fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums in Karlsruhe sich sofort zusammentaten, um die wilde Revolution der Soldatenräte aufzufangen und ihnen den maßgebenden Einfluß bei der Regierungsbildung aus der Hand zu nehmen. Es gelang; Karlsruhe behielt die Führung in der Hand und wußte sich auch in der Folge zu behaupten gegenüber den Bestrebungen von Mannheim und Freiburg, die ihrerseits die Republik auszurufen beabsichtigten. Die damals von der Sozialdemokratie zusammen mit den bürgerlichen Parteien gebildete vorläufige Regierung ist heute noch im Amte mit Ausnahme der zwei Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie, die nach dem für sie vernichtenden Ausgang der Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar ds. Js. es vorzogen, ihre Ministersessel zu verlassen.

Die in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung — 7 später 5 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Zentrumsmänner — sah vom ersten Tage an ihre Aufgabe nicht in der Durchführung von Experimenten des Erfurter Programms, sondern in der geordneten Fortführung der Regierungsgeschäfte und in dem neuen Aufbau der Verhältnisse auf dem Boden des demokratischen Volksstaates. Baden hat deshalb weder Verfügungen à la Kurt Eisner noch solche nach dem Schema des preußischen oder bayerischen Kultusministers zu registrieren. Das Ergebnis der Wahl zur badischen Nationalversammlung verstärkte das Bestreben für Ruhe und Ordnung. Neben einer katastrophalen Niederlage der unabhängigen Sozialdemokratie brachte es auch der gemäßigten Sozialdemokratie keine Mehrheit, ja nicht einmal die Stellung der stärksten Partei; letztere ist vielmehr nach wie vor das Zentrum.

Die Nationalversammlung ist in ihrem Verfassungsausschuß seit einigen Wochen in gründlicher Arbeit mit der Schaffung einer neuen Verfassung beschäftigt, die in der ersten Lesung jetzt zu Ende geführt ist. Auch hier trotz aller prinzipiellen Gegensätze das Bestreben, weitgehendst zusammenzuarbeiten, um baldmöglichst wieder zu festen, geordneten Zuständen zu kommen. Das schließt natürlich nicht aus, daß auf den strittigen Gebieten die Gegensätze ausgefochten werden, so insbesondere auf dem des Verhältnisses des Staates zu Kirche und Schule. Die Trennung von Staat und Kirche ist zwar weitgehend abgewehrt, auf dem Gebiete der Schule die Beibehaltung des Religionsunterrichts als Pflichtfach im gesamten Unterricht vorerst erreicht und in der Verfassung verankert, dagegen werden staatliches Schulmonopol und die Ausschließung aller Privatschulen zur Erteilung des Volksschulunterrichts zurzeit kaum hintan zu halten sein, weil hier die Demokratie mit der Sozialdemokratie einig geht.

Geschlossen ist das badische Volk aber in der Abwehr der weitgehenden zentralistischen Bestrebungen, die von der Reichsleitung ausgehen. Man ist bereit, der Einheit des Reiches zu geben, was erforderlich ist. Aber man ist nicht bereit, die bundesstaatliche Selbständigkeit aufzugeben oder sie herabdrücken zu lassen auf das Niveau bloßer Provinzialverwaltungen. Wenn das Reich die Ordnung der Schul- und Kirchenfragen an sich ziehen oder hier den Bundesstaaten Richtlinien durch Gesetz vorschreiben will, wenn es glaubt, den Bundesstaaten auf dem Gebiete des Verbrauchssteuerwesens die bisherigen Reservatrechte ohne weiteres nehmen und zur Erhebung und Verwaltung der Reichsverbrauchssteuern eigene Erhebungs- und Verwaltungsorgane ins Land setzen oder gar noch eine Reichskontrolle mit Disziplinarbefugnis zur Ueberwachung des Vollzugs der Reichsgesetze auf dem Gebiete der Verwaltung anordnen zu können, so stößt es hier auf den entschlossenen Widerstand des ganzen badischen Volkes. Den Fanatikern des Unitarismus verweigern wir jede Gefolgschaft. Möge man sich in Berlin und Weimar in dieser Beziehung ja keiner Täuschung hingeben; sie könnte verhängnisvoll werden.

Wenn eines den Wiederaufbau der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande erschwert, so ist es die Institution der Soldatenräte. Für sie und ihre Tätigkeit besteht in den weitesten Volkskreisen begreiflicherweise absolut kein Verständnis. Es bedurfte dazu weder der geradezu niederschmetternden Darlegungen des Reichsfinanzministers Schiffer noch derjenigen des Reichswehrministers Noske. In Baden kennt man schon längst seine Pappenheimer. Man verkennt nicht, daß sie da und dort auch einmal Gutes geleistet und Schlimmeres verhütet haben, aber Durchgreifendes auf diesen Gebieten vermochten sie nicht zu erreichen. Ihre Größe, Zusammensetzung und Tätigkeit, sowie die von ihnen bezogenen Vergütungen — nach Pressenachrichten beläuft sich der Aufwand an Tagegeldern für sie in unserm kleinen Lande auf monatlich 300000 M! — fordern zur Kritik ja förmlich heraus. Und die Tatsache, daß es meistens Nichtbadener, vor allem Preußen sind, die in diesen Räten das große Wort führen, trägt zu ihrer Beliebtheit auch nicht bei. Dazu kommt, daß es ihnen bis jetzt keineswegs gelungen ist und nach den bisherigen Erfahrungen auch nicht gelingen wird, die noch bestehenden militärischen Formationen wieder mit militärischem Geist zu erfüllen, — im Gegenteil, die Klage ist allgemein, daß es in vielen Fällen gerade die Soldaten sind, die am meisten zur Unbotmäßigkeit neigen. Dies und die ständigen Drohungen der Räte mit Putschen, wenn ihren oft recht anmaßenden Forderungen auf Teilnahme an der militärischen Kommandogewalt usw. nicht entsprochen wird, hat die Erbitterung im Volke von Tag zu

Tag gesteigert. Schon liegen in der Nationalversammlung Anträge auf Aufhebung der Soldatenräte vor und es ist gar kein Zweifel, daß der Tag, an dem letzteres sich vollzöge, von der überwältigenden Mehrheit des Volkes als wahrer Freudentag begrüßt würde. Denn ob sie bei uns überhaupt noch irgendwelche reale Macht hinter sich haben, kann füglich bezweifelt werden.

Die Regierung ihrerseits ist zur Gründung einer neuen Truppe geschritten; es sind dies zunächst 2 Lehrbataillone zum Schutze der badischen Heimat und als Stamm bestimmt für das künftige, wenn auch kleinere Heer, bestehend aus sich freiwillig meldenden badischen Landeskindern, die als Frontsoldaten den Krieg mitgekämpft haben. Die Meldungen hierzu sind so zahlreich eingelaufen, daß zur Aufstellung weiterer Formationen geschritten werden kann. Hier herrscht Disziplin und Ordnung, und zwar ohne Soldatenräte!

Und Disziplin und Ordnung sind es, die vor allem not tun, besonders aber in den jetzigen erregten Zeitläuften. Schon regen sich auch die Bauern und weigern sich, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, und in einigen Gemeinden ist es dieserhalb sogar schon zu Unruhen gekommen. Welch große Gefahr für die gesamte Volksernährung hier aufzieht, ist klar. Beabsichtigt die Regierung dagegen einzuschreiten, so wird sie sich bewußt bleiben müssen, daß es an Vergleichen hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber den Gesetzlosigkeiten mancher Räte, die man meistens hingehen ließ, nicht fehlen wird. Auch die staatliche Arbeiter- und Beamtenschaft ist zu einem Teil von diesem revolutionären Geist erfüllt und sucht ihre Forderungen auf neue Teuerungszulagen durch Ultimata mit Streikandrohung zu erzwingen, wie es vor kurzem durch Eisenbahner in Mannheim geschah. Das Heer der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu und vermehrt die Zahl der innerlich Verbitterten. Daß unter diesen Umständen die aufreizende Agitation der Spartakusleute trotz aller Anstrengungen nicht zu entscheidenden Erfolgen kommt, ist trotz allem noch ein gutes Zeichen für den guten Kern, der noch im Volke steckt. Aber gar zu lange wird es diese Belastungsprobe nicht mehr aushalten. Hoffen wir, daß die in den nächsten Wochen nach Annahme des Verfassungsentwurfes durch die Nationalversammlung gewählte neue Koalitionsregierung die Kraft findet, in — wo es not tut — energischem Zugreifen der Autorität wieder zur Geltung zu verhelfen und die bürgerliche Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten.

Sozialisierung und Arbeiterschaft.

Von Landtagsabgeordneten Hofrat H. Osel, Pasing †.

Auf schultheoretische Zerlegungen soll hier wenig Wert gelegt werden. Sie stehen Menschen und Tatsachen meist weltfremd gegenüber, Motto sei: „Unreife Früchte halten sich nicht."

Heute ist man sich darüber klar, daß die sozialistische Lehre von Karl Marx über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel übereilt, letzten Endes zum Bolschewismus führt, was nichts anderes bedeutet wie gewaltsam herbeigeführten Kommunismus. Vom bayerischen Standpunkt aus ist hier Auer und Eisner ebenso im Endziel gleichgerichtet wie Ebert-Liebknecht im Reich. Nur die Wege und die Zeitabschnitte sind verschieden. Ich tue Eisner nicht unrecht, denn selbst die feindlichen Ausländer, die München und seine Regierung in den letzten Monaten offenbar im Auftrag der Entente besuchten, sprachen von „verkapptem Bolschewismus" der Eisnerschen Regierung. Seine engeren Freunde, von denen ich erst am 8. Februar neuerlich persönliche Proben erhielt, sind es offen; sie stehen auf dem Boden der russischen Entwicklung. Die Radikalen erhoffen daher die Besetzung des deutschen Bodens durch die Feinde, denn sie sind der Ueberzeugung, daß so es am raschesten gelingt, auch die feindlichen Truppen mit bolschewistischem Geist zu erfüllen und die Weltrevolution herbeizuführen. Denn daß diese allein ihr Ideal verwirklichen kann, ist ihnen klar. Der „Kapitalismus" muß als Welterscheinung zu existieren aufhören, dann allein ist der Kommunismus als Weltprinzip durchführbar. Es geniert sie nicht, daß die Internationalität des Kommunismus noch keine Homogenität des Kulturstandes der Völker bedeutet, denn sie denken rein materialistisch geradlinig. Es spielt für sie offenbar keine Rolle, daß die Produktion vieler Rohstoffe und Nahrungsmittel Asiens und Afrikas durch die kommunistische Weltform direkt vernichtet werden wird, denn wenn man auch annehmen wollte, daß Europas und Amerikas Bevölkerung ungefähr die gleiche Auffassung von der Pflicht zur Arbeit hätte — zurzeit hat man sie nicht —, ohne die auch der Kommunismus verhungern müßte, so ist es doch direkt ausgeschlossen, für die Arbeiter in der Produktion von Reis, Weizen, Kautschuck, Tee, Kaffee, Zuckerrohr u. a. m. in Asien und Afrika dasselbe anzunehmen; abgesehen davon, daß als Tauschmittel das verhaßte Geldkapital noch lange unentbehrlich und durch Warentausch nicht zu ersetzen ist. Woher sollte auch in absehbarer Zeit dafür die einheitliche Basis kommen? Es ist weiter sicher, daß die Charaktereigenschaften der europäischen Arbeiter ebenso gründlich voneinander verschieden sind, die Geschicklichkeit für die Gütererzeugung, der Wille zur Arbeit, so daß auch hier der Kommunismus vielleicht Einheit in bezug auf hohe Ansprüche aller an Alles zeitigt, nicht aber Einheit der Leistungen verbürgt. Diese letztere Tatsache übersehen auch die meisten Mehrheitssozialisten, wenn sie sich von der „Internationale" die Gleichheit und Brüderlichkeit versprechen, die den Kapitalismus und Egoismus ersetzen sollen. Der „Proletarier" wertet eben nur die Faust, nicht den Geist: er konstruiert eine mathematisch-materialistische Idee und läßt den Menschen und seine menschliche Unvollkommenheit und Verschiedenheit als irrelevant außer Betracht. Wo sie ihn aber in seiner Auswirkung stören will, da schlägt er letzten Endes den Subjekten, die stören, nach russischer Methode den Schädel ein. Ich habe mich in mancherlei Gesprächen mit „Intellektuellen" und ihren proletarischen Nachläufern von dieser ihrer Anschauung — sie heißen sie „Weltanschauung" — überzeugt.

Die sozialistisch-gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft ist durch ihre Führer auch systematisch auf die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" verwiesen worden. Es war ihr bestes Werbemittel, zu sagen, daß der Arbeiter den vollen Arbeitsertrag erhalten müsse, deshalb habe das Kapital zu verschwinden. Man hat es aber unterlassen, den Arbeitern gleich — und immer wieder — dazu zu sagen, daß dieser volle Ertrag bestenfalls dann für den deutschen Arbeiter zu beanspruchen sein wird, wenn in der ganzen Kulturwelt, in der ganzen Weltwirtschaft, der gleiche antikapitalistische Grundsatz gilt. Wir sind auf den Kauf vieler Rohstoffe und den Verkauf vieler Fertigfabrikate angewiesen und müssen daher gegenüber dem nichtsozialisierten, sondern freikapitalistisch arbeitenden und technisch fortschreitenden Ausland konkurrenzfähig sein. Der sozialisierte Betrieb ist es nicht. „De Maasbode" drückte das Mitte Januar folgendermaßen aus: Die geplante deutsche Sozialisierung des Bergbaues bringe „kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, schlappige Aufsicht in den Betrieben, technischen Rückstand der Bergwerke, die Wahl von Betriebsleitern nach politischen Rücksichten und vor allem hohe Preise". So ist es. Denn „Revolutionsgewinnler" sind Subjekte, die meist irgendwo entgleist, durch Radikalismus die Massen beherrschen und sich — Posten schaffen, zu deren Versehung sie oft nichts, als ihre revolutionäre Gesinnung und Rücksichtslosigkeit mitbringen; im besten Fall einen weltfremden Idealismus.

Kurt Eisner hat als Aufgabe der Sozialisierung dem von ihm eigenmächtig gebildeten „Sozialisierungsausschuß" als Leitmotiv folgende Forderungen vorgesetzt: Zweck ist die Wiederherstellung und Steigerung der Produktion. Dabei soll 1. ein Anteil des Staates an dem Ertrag der Produktion sicher gestellt werden, 2. die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden innerhalb der Produktion gewährleistet sein. Das heißt nichts anderes, als schließlich Beseitigung des Kapitals und Lohnsystems und Organisation der Produktion und Konsumtion ohne Dazwischenkunft des Kapitals. Von einer Verbilligung der produzierten Waren, an der die übrigen Verbraucher und die Arbeiter doch in erster Linie Interesse hätten, ist nicht die Rede und damit wird wohl „die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden" am meisten gefährdet. Die heutigen Führer der Mehrheitssozialisten wollen nur „sozialisierungsreife" Betriebe, d. h. solche mit Monopolcharakter in die Hand des Staates bringen und schließen dabei den Außenhandel aus. Sie wollen weiter nichts davon wissen, daß etwa die Arbeiter eines Werkes sich zu Eigentümern dieses Werkes machen und dann doch „kapitalistisch" wirtschaften, nur, daß an Stelle des oder der Kapitalisten als Unternehmer die Arbeiter treten. Eisner fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß diese Arbeiterbesitzer auch zur Er-

höhung ihrer Rente den Kampf mit ähnlichen Betrieben aufnehmen — wenn sie so weit denken — und so auch „zur Erhöhung ihrer Profitrate Wucher treiben" würden.

Aus „bürgerlichen" und Arbeiterkreisen kommen eine Menge von Vorschlägen über den Weg zur Sozialisierung: Die reine Verstaatlichung von Besitz und Betrieb; oder die staatliche Besitzergreifung unter privater Betriebsleitung; oder die reine gemischtwirtschaftliche Betriebsform, bei der dem Staat die Mehrheit der Anteile zukommt, im übrigen aber, besonders im Betrieb, die private Anteilnahme die Entwicklung des Betriebes besser gewährleistet. Diesen Formen neigen auch die Mehrheitssozialisten zurzeit zu. Und man will auch hier die Betriebe individuell behandeln, kein Schema aufstellen. Man will nur die Profitrate kürzen und dem Staat und der Arbeiterschaft das Mehr zuweisen. Ersteres weil eben alle bisherigen Steuerarten gegenüber dem Riesenbedarf des Staates versagen; das letztere ist eine nicht mehr allgemein abweisbare Forderung. Die Allgemeinheit wird aus den verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Gründen an der Gewinnrate einen wesentlich erhöhten Anteil tatsächlich bekommen müssen. Fragt sich nur: wie? Die bisherigen Beteiligungsformen der Arbeiter am Gewinn, wie sie bei uns und in Amerika zuerst versucht wurden, haben keinerlei dauernde Anerkennung gefunden. Es ist sicher, daß auch bei all den neuen Sozialisierungsunternehmen die Arbeiter enttäuscht sein werden, denn sie werden wenig direkten Nutzen sehen. Der sozialistische Reichskommissar Hue, Bergmann, warnt die Zechenräte vor Eingriffen in die Leitung der Betriebe. Vor allem sei es Pflicht der Zechenräte, die Arbeiter aufzuklären, daß Sozialisierung nicht Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bedeute, sondern die Sozialisierung werde vorübergehend eine Verschlechterung der Arbeitslöhne bringen, da auf Abbau der Löhne hingearbeitet werden müsse. Die Lohnansprüche aber werden unsinnig hoch. Wir haben etwa jährlich (Höchstschätzung) 30—40 Milliarden Gesamteinkommen erzeugt. Nehmen wir an, daß nur 20 Millionen Staats- und Privatarbeiter in Deutschland sind und würden wir nur auf diese 20 Millionen das ganze Einkommenkapital verteilen, so träfen auf den einzelnen 1500—2000 ℳ. Nun muß aber ein Großteil dieser 30—40 Milliarden für die Staaten und Kreise und Kommunen jährlich aufgebracht werden, für Neuschaffung und Erweiterung von Betrieben dienen, an das Ausland für Nahrungsmittel und Rohstoffe gegeben werden. Was kann dann wirklich auf den einzelnen treffen? Neu kommen noch dazu die Riesenkriegslasten und -kriegsentschädigungen. Werden da die Arbeiter noch viel mehr erwarten können? Wird ein Abbau der Preise für die Verbraucher möglich sein ohne Lohnreduktion? Die heutige Methode frißt den Rest unseres Nationalvermögens gar auf; Rest Null.

Man müßte der ganzen Arbeiterschaft klar machen, daß, wenn wir 30 Milliarden jährlich an Steuern und Kriegsabgaben für Reich, Staat und Gemeinden aufbringen müssen, das dem sozialistischen Finanzminister Südekum in den Mund gelegte Wort Wahrheit würde, man werde wohl „dahin kommen, daß alle ihr Einkommen dem Staate geben müßten; dem einzelnen könne nur ein Teil davon zur Verfügung gestellt werden, je nach Bedürfnis und Würdigkeit"!! Da hiermit aber auch besiegelt ist, daß wir das höchstens einige 2—3 Jahre können, weil ja jede Weiterentwicklung unserer Wirtschaft entsprechend der zunehmenden Bevölkerung unmöglich und der rapide Rückgang der Jahreserträge sicher ist, so — sprechen wir es aus —: ist der Staatsbankerott sicher, die völlige Verarmung Deutschlands eine Frage kurzer Zeit und die Massenauswanderung traurigste Notwendigkeit.

Und da denkt man jetzt an Sozialisierung, um dem Staat dauernd bessere Einnahme zu verschaffen, den Arbeitern Gewinnanteile! Eine zusammengebrochene Wirtschaft, auf deren beste Betriebe der Feind schließlich noch die Hand legt, ist nach keiner Richtung sozialisierungsreif. Ein Anteil des Staates am Gewinn neben der Steuer in Form gemischtwirtschaftlicher Betriebe, wobei keineswegs der Staat die Mehrheit am Kapital der Betriebe zu haben braucht, ist in einzelnen Großbetrieben mit monopolartigem Charakter der einzig denkbare Weg. Voraussetzung ist dabei noch, daß die Feinde an der Erhaltung unserer Existenzmöglichkeit selbst das gebotene Interesse haben. Sonst kommt der bolschewistische Mord mit all seinen Schrecken und — dem Ende. Man wird der Entente den wahren Zustand unseres finanziellen und wirtschaftlichen Lebens, so wie er ist, darstellen müssen, damit sie erkenne, daß ihre Forderungen den töten, von dessen Arbeit sie sich Nutzen verspricht. Leute, wie Herr Jaffé aber, die uns „beweisen" wollen, daß es um Bayerns Finanzen gut stehe, um selbst „gut" zu stehen, während der Zusammenbruch vor der Tür steht, steigern nur die Ansprüche der Feinde an unser armes, armes Vaterland.

Nach den Wahlen in Deutschösterreich.

Von Otto Reichert.

Alea est jacta. Zwar nicht zu unseren Gunsten, doch auch nicht so, wie die Gegner es erhofft und allzufrüh in die Welt hinausgerufen hatten. Die ersten Nachrichten in gegnerischen Blättern verkündeten einen „ungeheuren Sieg" der Sozialdemokraten und eine vernichtende Niederlage der Christlichsozialen: 74 Sozialdemokraten, 59 Christlichsoziale, 27 Bürgerliche, 1 Zionist und 1 Tscheche. Doch war hier mehr der Wunsch der Vater der Gedanken. Der Draht meldete bald andere Resultate. Heute stehen folgende Zahlen fest: 70 Christlichsoziale, 71 Sozialdemokraten, 28 (meist Freisinnige) anderer Parteien.

Mit einem Anwachsen des Sozialismus war von vorneherein zu rechnen. „Rot" ist der Zug der Zeit. Als Reaktion für die oft mehr als nötige Unterbindung jeder persönlichen Freiheit kommt naturgemäß der Radikalismus. Das unsagbar traurige Kriegsende, die vielen Mißgriffe der Verwaltung, die Zentralenmißwirtschaft, die zahllosen Ungerechtigkeiten an und hinter der Front bieten ihm genügend Nährstoff, wenn man von den Opfern und Entbehrungen, soweit sie unumgängliche Begleiterscheinungen des Weltkrieges sein müssen, schon absehen will. Dieser Radikalismus war zudem mit allen Mitteln, Lüge, Verleumdung (die Selbstbeschmutzung des deutschen Volkes, die systematische In-den-Kot-Zerrung des Kaiserhauses selbst in gewissen bürgerlichen Blättern, dieses Suchen nach den „Schuldigen", um die Aufmerksamkeit von den wirklich Schuldigen abzulenken, bleibt ein ewiges Schandmal), Terrorismus, nicht zuletzt mit Millionen in- und ausländischer Gelder künstlich gesteigert worden. Die Sozialdemokratie betrieb ihren Wahlkampf auf Kosten des „alten Regimes", das endlich der Demo-, nein Judokratie Platz machen müsse; auf Kosten der Christlichsozialen, die man als Hauptkriegshetzer und Feinde des Anschlusses an die deutsche Republik verdächtigte. Der Freisinn aller Schattierungen, der sich in neun Parteien gespalten hatte — deutsche Einigkeit! — erkannte nicht den wahren Feind deutschen Wesens und bekämpfte weit mehr die Christlichsozialen. Die Folge dieser bürgerlichen Zerfahrenheit war für sie eine entscheidende Niederlage. Es ist jedoch bezeichnend, wie der Freisinn die Niederlage aufnimmt. Statt endlich einmal zu erkennen, wohin der Weg geht, jubeln sie über die Niederlage der Christlichsozialen in Wien, die ihnen viel mehr Freude bereitet als das Anschwellen der Sozialdemokratie.

Wir wollen uns die Tatsache nicht verhehlen, daß die Christlichsozialen in Wien geschlagen wurden. Den 32 Sozialdemokraten stehen 11 Christlichsoziale gegenüber, allerdings Männer mit Namen von bestem Klang, Köpfe: Weiskirchner, Minister a. D. und Universitätsprofessor Dr. Seipel, Dr. Mataja, Dr. Resch, Kunschak, Frau Dr. Burian, Spalowsky. Auch sonst entsenden die Christlichsozialen manchen ausgezeichneten Parlamentarier.

Als Vertreter der Sozialdemokratie sind gewählt: Friedmann, Dr. Bauer, Ludo Hartmann (der deutschösterr. Gesandte), Dr. Ellenbogen, Dr. Julius Deutsch, Friedrich Adler (der Ministermörder!), Austerlitz, Therese Schlesinger, Emmy Freundlich u. a.

Der bürgerliche Freisinn beweint eine Reihe seiner besten Kämpen. Hauptschürer des Kulturkampfs, Dr. Ofner, Baron Hock, Zenker u. a., die Macher der Ehereform, der Leichenverbrennung und freien Schule wurden nicht mehr gewählt. Auch der gegenwärtige Finanzminister Dr. Steinwender kam unter die Räder.

Zu den Wahlergebnissen kämen noch 85 Mandate aus den Sudetenländern, wo die Tschechen jede Wahl und Wahlvorbereitung verbieten und event. als Aufruhr (!) bestrafen, ebenso 7 Mandate aus Deutsch-Südtirol. Sie sollen durch Ernennung besetzt werden auf Grund der Zahlen bei den letzten Reichsratswahlen

wodurch den Sozialdemokraten ca. 40, den Christlichsozialen nur 6, dem Freisinn ca. 60 Mandate zufallen würden. Die Sozialdemokratie sträubt sich neuestens gegen diese Ernennung, wohl weil sie den Freisinn kennt, den sie heute mit Leichtigkeit an die Wand zu drücken hofft.

Die Sozialdemokratie wird ihren Sieg ausnützen. Es werden freilich die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Leichter ist es zu kritisieren und alles herunterzureißen, als positiv arbeiten, aufbauen. Das Volk will nunmehr Brot, nicht Steine und Versprechungen. Die Christlichsozialen bilden ein beträchtliches Gegengewicht. Man wird nicht über sie zur Tagesordnung übergehen können. Dem Freisinn bleibt nunmehr die Wahl: Rot oder Schwarz? Die Zukunft wird lehren, daß überhaupt nur diese beiden Parteien möglich sind, weil sie allein eine Weltanschauung und darum ein zielklares Programm zur Grundlage haben. Ob der Freisinn zur Besinnung kommt? Der Zug seines Herzens geht nicht zu uns. Die nächsten Wochen werden es lehren.

Warum haben die Christlichsozialen nicht besser abgeschnitten? Es gilt auch hier: Gallia docet. Man lese nur einmal in dem beachtenswerten Werk von Goldschmitt „Der Kulturkampf in Frankreich" (Ohlinger, Mergentheim 1918² S. 122 ff.) die Ursachen der beständigen Niederlagen der Katholiken Frankreichs nach: *Uneinigkeit, mangelhafte Organisation und Presse* dort wie bei uns. Die christlichsoziale Partei hat wie jede ihre Fehler. Gewiß. Sie hat aber redlich gearbeitet, um auszumerzen, was faul war. Sie hat heute ein imponierendes Programm, gleichzeitig eine programmatische Zeitschrift „Volkswohl", das leider noch viel zu wenig beachtet wird. Es ist also — um nur ein Beispiel herauszugreifen — durchaus verfehlt, wenn der bekannte Orel mit der Gründung der „Deutsch-österreichischen Volkspartei", die es übrigens nur auf 1600 Stimmen brachte, hervortritt. Die Art und Weise, wie sein „Volkssturm" die Christlichsozialen bekämpft, ist einfach unbegreiflich, gelinde ausgedrückt. *Einigkeit und Einigkeit vor allem!* Muß denn jeder seine eigene Parteisuppe kochen? Der tertius gaudens ist immer die Sozialdemokratie. Das gilt auch den bürgerlichen Parteien. Stellt das Trennende zurück, laßt den Kulturkampf und kehrt das Einigende hervor, wie Katholiken und Protestanten im deutschen Zentrum zusammenwirken.

Mangelhafte Organisation! Da stecken wir noch in den Kinderschuhen. Direktor *Schmitz* spricht in einem bedeutsamen Artikel der „Reichspost" durchaus nicht pro domo, wenn er schreibt: „Wenn man bei uns den „Volksbund" so unterstützt hätte, wie dies in Deutschland dem „Volksverein" gegenüber geschah, dann wären die Wahlen trotz der roten Psyche doch noch besser ausgefallen. Auch in Wien. Und gerade in Wien! Hätten wir in Wien statt der 20 000 Volksbündler 100 000, dann hätte der 16. Februar ein anderes Resultat gebracht." *Der Volksbund ist die Organisation unserer Zukunft.* Mit ihm stehen und fallen wir. Das muß die Ueberzeugung aller kirchlichen und weltlichen Führer der Katholiken sein. Und der Erkenntnis muß das Handeln folgen: rasch, unverzüglich, heute noch! Und neben dem „Volksbund" die *Standesorganisationen* und die *Gewerkschaften*. Es ist hier nicht der Ort das auszuführen. Es handelt sich um Lebensfragen für die christliche Volksbewegung. Sparen wir darum nicht am falschen Platze. Die Lungen einer lebenskräftigen Organisation sind (außer den Vertrauensmännern): *Presse und freigestellte Kräfte.* Ohne sie kommen wir nicht vorwärts. Ein Verein, der die Presse nicht fördert, ist sein eigener Totengräber. Die Aussichten für die Zukunft sind nicht rosig, gewiß nicht. Aber: *Arbeiten und nicht verzweifeln! Das ist alles.* Gott wird uns helfen.

Katholische Schulvereinigung und Volksverein.

Von Geheimrat Marx, Düsseldorf, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Als man im Jahre 1911 eine Vereinigung der deutschen Katholiken zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung gründete, wurde von verschiedenen Seiten die verwunderte Frage erhoben: Was denn geschehen sei? Die konfessionelle Schule sei doch in fast allen Bundesstaaten gesetzlich verankert. Eine Gefahr für ihren Fortbestand sei doch nirgendwo zu erkennen. — Heute leugnet niemand mehr, daß eine eminente Gefahr die christliche Schule, ja die christliche Jugenderziehung schlechthin bedroht. Heute erkennt man den Vorteil, daß man damals wenigstens angefangen hat, eine Zusammenfassung katholischer Kreise zur besonderen Behandlung der Schulfrage zu schaffen. Jetzt tritt in weitem Umfange der immer dringendere Wunsch zutage, möglichst alle katholischen Volksgenossen und möglichst eng zur gemeinsamen Verteidigung der christlichen Erziehungsideale zusammen zu schließen. Der bisherige Aufbau der Schulorganisation aus Tätigkeitsausschüssen in den Gemeinden, Bezirken und Bundesstaaten scheint vielen nicht mehr genügend: es soll ein *Schulverein* das gesamte katholische Volk umspannen.

Diese Gedanken waren auch schon bei der Gründung der Schulorganisation in Betracht gezogen worden. Es würde zweifellos die Werbearbeit ungemein erleichtert haben, wenn man für einen Schulverein Stimmung hätte machen können, statt zur Bildung von Ausschüssen aufzufordern, die stete, verständnisvolle und hingebende Tätigkeit der leitenden Personen voraussetzen. Man hatte aber damals nach reiflicher Ueberlegung in voller Einmütigkeit die Bildung eines Schulvereins abgelehnt, weil man in keiner Weise die vorbildliche und allseitig geschätzte *Tätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland*, der im wahrsten Sinne des Wortes die Massenorganisation des katholischen Volkes darstelle, beeinträchtigen wollte. Es ist hierbei auch in Erwägung zu ziehen, daß *bisher* bei Beschränkung auf die Behandlung der Schulfrage einer besonderen Massenorganisation des katholischen Volkes vielfach doch der Stoff gefehlt haben würde, um die großen Volksmassen dauernd zu interessieren und zusammenzuhalten.

Insofern ist ja heutzutage die Sachlage eine andere geworden. Doch waltet der erstangeführte, formal organisatorische Grund auch zurzeit noch vor mit derselben ausschlaggebenden Bedeutung wie früher. Man klagt im katholischen Lager nicht selten über *allzu große Vielgestaltigkeit der Organisationen*, die in ihren Zielen und Aufgaben sich einander berühren und decken. Es wäre das Verkehrteste, was wir anfangen könnten, wenn wir Massenorganisationen nebeneinander bildeten, die sich gegenseitig in ihrer Tätigkeit und ihrer Werbearbeit beeinträchtigen.

Wenn in den Kreisen der Schulorganisation zurzeit das Streben nach Ausgestaltung derselben zu einem Schulverein immer öfter und immer dringender zutage tritt, so ist das angesichts der Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands und einer Anzahl von Bundesstaaten, namentlich angesichts der vielfachen willkürlichen und brutalen Eingriffe verschiedener Kultusministerien an sich erklärlich. Dieser Sachlage trug der in Nr. 7 der „Allg. Rundschau" vom 15. Februar d. J. veröffentlichte Aufsatz des leider inzwischen nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschiedenen Generalsekretärs der Schulvereinigung, Rektor Rix Rechnung, insofern er eine weitere Ausgestaltung der Schulvereinigung anregte. Er war aber zu einer Zeit geschrieben, zu der die am 31. Januar 1919 zu Hagen i. W. gefaßten Beschlüsse des Zentralvorstandes des Volksvereins noch nicht vorlagen. Durch diese, deren Zweckmäßigkeit unbestreitbar ist, sind die Voraussetzungen wesentlich verändert, von denen der erwähnte Artikel ausging. Man muß sich hierbei in die Erinnerung zurückrufen, daß die Aufgabe der Schulorganisation einmal die *Pflege des christlichen Schul- und Erziehungsideals* im katholischen Volke, die Weckung und Hebung des Interesses an der Schule überhaupt, vor allem der Volksschule und, besonders in der letzten Zeit, auch die Besprechung der Mittel und Wege ist, die zur Vervollkommnung unseres Volksschulwesens führen können. Die erstgenannten Ziele werden zweifellos durch eine Heranziehung und Zusammenfassung möglichst weiter Volkskreise am besten und tiefgreifendsten erreicht. Ihnen will sich von jetzt an der *Volksverein* mehr wie bisher widmen. Er will sie anstreben durch Veranstaltung von Versammlungen, durch Verbreitung von Literatur (Broschüren und Flugblättern), durch *Erweiterung der Zentrale und Einrichtung einer besonderen Abteilung* bei derselben zur Behandlung der Schulfrage. *Der Volksverein will künftighin auch in kulturellen Fragen die Massenorganisation des katholischen Volkes darstellen.*

Der Jahresbeitrag des Volksvereins soll von bisher 1.50 M auf 2.— M erhöht werden. Der Mehrbetrag soll in erster Linie für die eben geschilderte eingehendere Behandlung der Schulfrage dienen, dann aber auch zu finanziellen Beihilfen an die Schul-

organisation, namentlich deren Rechtsauskunftsstellen verwendet werden. Die Schulorganisation soll nach der Meinung des Zentralvorstandes des Volksvereins ihre bisherige Gestaltung beibehalten, namentlich aber auch, wie jetzt, die mehr theoretische Vertiefung der Schulfrage in Sachverständigen-Ausschüssen betreiben, die Bildung und Zusammenfassung von Elternausschüssen übernehmen und ferner Rechtsauskünfte in Schulfragen erteilen, wie es bisher zu großem Vorteil namentlich der Diasporagemeinden geschehen ist.

Es ist nicht zu leugnen, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben keine Massenorganisation vorhanden zu sein braucht. Im Gegenteil lassen sich diese Zwecke weit erfolgreicher in den nach dem ursprünglichen Plane der Schulorganisation gebildeten Sachverständigen- und Interessenten-Ausschüssen erreichen. Die finanzielle Sorge wird hierbei der Schulorganisation zum größten Teile abgenommen und bereitwilligst vom Volksverein mitgetragen.

Endlich muß in Erwägung gezogen werden, daß bei dem Gange der politischen Entwicklung immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß sich die gesetzliche Gestaltung unseres Schulwesens für die religiöse Erziehung und Heranbildung unserer Jugend so verderblich und gefährlich herausstellt, daß sich die Katholiken gezwungen sehen, katholische Privatschulen einzurichten und zu unterhalten. Das würde allerdings eine außerordentlich schwere finanzielle Belastung des katholischen Volksteils darstellen. Man kann daran denken, daß die gewaltigen, dann erforderlichen Mittel von den gesamten Kirchengemeinden eines Staatsganzen freiwillig oder im Wege der Besteuerung aufgebracht werden müßten; man könnte auch an eine Erweiterung und Verstärkung des Bonifatiusvereins oder sonstiger katholischer Organisationen denken. Jedenfalls würde für diese Zwecke ein Verein, wie der Volksverein, sich nicht eignen, der seine Haupttätigkeit doch immer auf sozialem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Boden zu entfalten hat. Die endgültige Erledigung dieser Frage wird man füglich der Zukunft überlassen können und müssen.

Soweit die Beschlüsse des Zentralvorstandes des Volksvereins, bei deren Beratung auch eine Anzahl maßgebender Mitglieder der Schulorganisation teilgenommen haben. Die zuständigen Organe der Schulorganisation haben zu diesen Vorschlägen des Vorstandes des Volksvereins bisher noch nicht Stellung genommen. Nach unserer Meinung wird man diesen Plänen die Zustimmung nicht versagen können. Eine Zersplitterung der Kräfte muß unter allen Umständen vermieden werden. Heutzutage gilt es vor allem, das gesamte katholische Volk in einer machtvollen Organisation zusammenzuschließen, — und das kann nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung nur der Volksverein für das katholische Deutschland sein!

Akademiker, organisiert Euch!

Von Hans Grundei, Berlin.

Ein erfreuliches Bild neu erstandener Einigkeit und Zielbewußtheit bot die von zahlreichen alten Herren, Burschen und Füchsen, von Couleurstudenten und Nichtinkorporierten besuchte Akademikerversammlung, die der Akademikerbund Groß-Berlins, eine Zweigorganisation des Reichsausschusses der akademischen Berufsstände, für Mittwoch, den 29. Januar in den Kaisersaal des „Rheingold" einberufen hatte. Es kam etwas von dem Geiste von 1914 über die Anwesenden, als der Direktor des akademischen Hilfsbundes, Dr. Pinkerneil, der Hauptreferent des Abends, am Schluß seines von hohem Idealismus, aber auch von starkem Wirklichkeitssinn für die Nöte des Akademikers von 1919 durchdrungenen Vortrages die Geister der gefallenen Helden von Langemark heraufbeschwor, jener tapferen Studenten, die schon wiederholt vergeblich unter schweren Verlusten gegen eine feindliche Sappe angestürmt waren, und die schließlich zu einem letzten, siegreichen Angriff geführt wurden mit den Worten: Kommilitonen, es gilt Eure akademische Ehre!

Ja, es gilt die Ehre eines ganzen Standes zu wahren, der die Besten aus seinen Reihen in vierjährigem heldenhaftem Ringen fürs Vaterland hat sterben sehen und dem heute die Gefahr droht, im neuen sozialistischen Freiheitsstaat entrechtet zu werden und unter der Herrschaft einer Klasse zum Proletariat herabzusinken. Wenn irgend etwas uns Akademiker mit dringlichster Notwendigkeit zum Zusammenschluß führen muß, dann ist es die riesengroße Not, in welche viele akademische Berufsstände durch die Revolution geraten sind. Heute verdient ein Charlottenburger Laternenarbeiter 450 M im Monat und der Gerichtsassessor, der dem Staate unentgeltlich dienen muß, nachdem er sein Kapital in sein Studium gelegt hat, kommt schließlich mit 35—40 Jahren zu dem „fürstlichen" Gehalt eines Amtsrichters, wenn ihm nicht vorher die Tür gewiesen wird. Wenn die Verhältnisse sich weiterhin so dem Abgrund zu entwickeln wie heute, dann werden wir alljährlich über hunderttausend Akademiker in Deutschland haben, die nicht zu ihrem Führerberuf im Volke gelangen, sondern die sich als Handarbeiter ihr Brot verdienen oder als Kulturdünger fremden Völkern und Nationen sich verdingen müssen, um dem Versinken in ein Bildungsproletariat zu entgehen. Die Stellenvermittlung des akademischen Hilfsbundes muß es fast täglich erleben, daß sich Hunderte von akademischen Bewerbern um Stellen mit dem monatlichen „Riesengehalt" von 180—200 M förmlich balgen. 56 Prozent sämtlicher Aerzte müssen sich heute mit einem Jahreseinkommen von weniger als 7000 M begnügen. Diese Zustände schreien direkt nach Organisation, nach Zusammenschluß. Er ist geschaffen worden im Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, dem heute bereits 70 verschiedene Akademikerverbände mit 220000 Mitgliedern angeschlossen sind.[1])

Diese Organisation kann aber nur Gedeihliches leisten, sie kann vor allem erst dann ihre Forderungen nach außen hin wirksam und mit dem nötigen Nachdruck vertreten, wenn in ihren Mitgliedern ein stark entwickeltes und ausgeprägtes Standesbewußtsein lebt. Deutschlands Akademiker durchdringen heute — und sie werden es im neuen Volksstaate noch mehr tun — alle Volksschichten. In uns soll, wie Dr. Sonnenschein sagt, das Gesetz des Geistes leben. Dieser Geist ist's, der uns eint, der uns mit Standesbewußtsein erfüllen soll. Und das gemeinsame Ziel, nämlich durch Pflege und Anwendung der Wissenschaft dem Volke und der Welt zu dienen! „Wir sind keine Privilegierten" — ich führe hier wieder Dr. Sonnenscheins Worte an —, „die hochmütig vom Besitz des Geldes oder der Bildung aus auf das ganze übrige Volk niederschauen. Der Beruf unserer geistigen Aristokratie ist vielmehr der Geist an der Gesamtheit. Wir tragen Verantwortung. Wir haben wiederzugeben. Uns steht nicht eingebildete Zurückhaltung, sondern demütige Teilnahme. Auf der anderen Seite sollen wir nicht der Zahl und der Masse gehorchen. So bescheiden wir selbst sein sollen, so stark, unbesiegbar und unerbittlich souverän ist der Geist, der durch unsere Kanäle von den Höhen unserer Hochschule in die ganze Nation fließt." Das ist unsere Eigenart, und diese Eigenart muß uns mit Standesbewußtsein erfüllen. Und aus diesem Standesbewußtsein heraus müssen wir uns wehren dagegen, zu geistigen Lohnarbeitern herabzusinken. Die Berufung Adolfs des Einfältigen auf den preußischen Ministersessel für Wissenschaft und Kultur war die Kriegserklärung der proletarischen Klassenherrschaft an die Intelligenz, an die Akademiker. Wir nehmen diesen Kampf auf in der Erkenntnis dessen, daß, wie Dr. Pinkerneil in seinem Referate ausführte, wenn wir nicht die Stärkeren bleiben in diesem Kampfe, die innerlich Stärkeren, diejenigen, welche der physischen Macht, der Gewalt moralische Machtmittel entgegenhalten, von Deutschland in Zukunft nichts mehr zu erhoffen ist. Der verhetzte, Bildung und Wissen, sowie deren Trägern feindlicher denn je gegenüberstehende deutsche Arbeiter wird schwerlich zu der Erkenntnis gelangen, daß, wenn das deutsche Volk den Höhenflug zur Sonne wieder antreten soll, es sich vor allen Dingen zu seinen geistigen Führern bekennen muß. Möge sich wenigstens der christliche Arbeiter dieser Erkenntnis nicht verschließen, möge er sich frei halten von blindem Haß gegen Volksschichten, die zwar gesündigt haben dadurch, daß viele ihrer Vertreter nicht gelernt hatten, sozial zu denken, zu fühlen und zu handeln, die doch aber im Verein und Schulter an Schulter mit den handarbeitenden Klassen das Beste dahingaben für das gemeinsame Vaterland, das Blut und Leben ihrer Jugend, und die auch daran erinnern möchten, daß sie sich in den Tagen der Revolution und des Umsturzes, als große Volksmassen in dem Glauben lebten, von der ihnen über Nacht bescherten Freiheit allein existieren zu können, unentwegt und unbekümmert nicht mit ihren Wünschen und Forderungen, sondern mit ihrer Arbeit der neuen Regierung zur Verfügung stellten. Und heute, in jenen Stunden, da große Massen arbeitsloser entlassener Soldaten die Straßen der Großstädte füllen und es ruhig mit ansehen, wie die wirtschaftliche Not ihres

[1]) Vorsitzender des Reichsausschusses der akademischen Berufsverbände ist Dr. Hugo Böttger, Berlin, Geschäftsstelle NW 7, Georgenstr. 44.

Volkes immer größer wird und durch die polnischen Annexionsgelüste weite Gebiete im Osten unseres Vaterlandes gefährdet sind, heute sei daran erinnert, daß es wieder die *akademische Jungmannschaft* ist, die sich in großen Massen dem Grenzschutz zur Verfügung stellte, daß vor wenigen Tagen erst wieder ein Detachement, bestehend aus Studenten, nach dem Osten gesandt worden ist.

Jede große Organisation hat ein *Programm*, stellt Forderungen. Auch der Akademikerbund hat ein Programm, ein soziales und ein kulturelles, auch wir Akademiker haben dringliche Forderungen an die Nationalversammlung und an den neuen deutschen Volksstaat, Forderungen, die uns selbst angehen, und Forderungen im Interesse des gesamten deutschen Volkes. Wir erklären den Krieg jeglichem Materialismus und Mammonismus und führen den Kampf für den *alten deutschen Idealismus*. Wir Akademiker haben mehr innere Berechtigung und mehr Veranlassung als die jetzige deutsche Regierung, dem deutschen Volke die Wege nach Weimar zu weisen und der dort tagenden deutschen Nationalversammlung die Mahnung zu erteilen: Denket daran, daß Ihr an altehrwürdiger, deutscher Kulturstätte weilt, daß die Augen der ganzen Welt in diesen Wochen voll Erwartung auf Euch gerichtet sind, ob Ihr die Würde bewahren werdet angesichts ruhmvoller deutscher Vergangenheit, ob Ihr den Willen haben werdet, echter, deutscher Kultur wieder die Wege zu bereiten. Weimar als Sitz der deutschen Nationalversammlung gibt uns Akademikern ein besonderes Recht, von der deutschen Volksvertretung für die Zukunft zu fordern Freiheit der geistigen Arbeit und des geistigen Arbeiters und den Ausbau der *deutschen Hochschule* als der würdigsten Repräsentantin deutschen Geisteslebens. Gerade Weimar ist es, das uns mit besonderer Dankbarkeit daran erinnert, daß es die deutschen Fürsten waren, die ihren besonderen Stolz darein setzten, das Geistesleben und die Hochschulen zu schützen. Die Geschichte wird einmal das deutsche Volk daran erinnern, was seine Monarchen für die Hebung der deutschen Wissenschaft und Kultur getan haben. Ob eine Volksregierung dem deutschen Hochschulwesen den gleichen Schutz gewähren wird? Wir verwahren uns dagegen, daß Deutschlands hohe Schulen zur einseitigen Pflanzstätte des Sozialismus und parteipolitischer Interessen und seine Lehrer zu geistigen Lohnarbeitern herabgewürdigt werden. Darum müssen wir sie selbst schützen und selber ihre Rechte wahren. Die deutsche alma mater wird vielleicht in der Zukunft eine rückwärtige Entwicklung durchmachen müssen: sie wird ihres Charakters als Staatsanstalt verlustig gehen und etwa wie im Mittelalter genossenschaftlich aufgebaut werden. Auch hierzu bedarf es einer starken Organisation, in welcher der Jungakademiker in gleicher Interessengemeinschaft mit dem Altakademiker arbeiten muß.

Wir fordern weiterhin *Qualifikationsnachweise für die Hochschule*. Wir nehmen diese Forderung mit Bewußtheit aus dem alten Regime herüber, weil ohne sie eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Bildungswesens nicht möglich ist. Wir wollen nicht, daß, nachdem wir der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht und Verachtung verfallen sind, nun auch noch durch maßlose und unsinnige Forderungen das Ansehen der deutschen Wissenschaft in der Welt vernichtet wird. Das System der Prüfungen soll nicht abgeschafft, wohl aber auf eine breitere, zeitgemäßere Grundlage gestellt werden. Der Durchführung des Programms „Bahn frei für alle Tüchtigen“ stehen diese Forderungen durchaus nicht im Wege. Es ließe sich über diese Programmpunkte und den Gegensatz der diesbezüglichen sozialistischen Forderungen noch vieles sagen, worauf im Augenblick nicht eingegangen werden kann. Dieses Kulturprogramm kann aber nur durchgeführt werden, wenn wir am Reichsgedanken und an der deutschen Kultureinheit festhalten, ohne daß dabei irgendwelche kulturellen Stammeseigentümlichkeiten zu kurz kommen. In diesem Sinne betrachtet, gewinnt der Kampf um des Reiches Grenzen, um die Reichseinheit, den der junge Akademiker jetzt aufnimmt, an Wert und Bedeutung, denn dieser Kampf ist letzten Endes nichts weiter als ein Ringen um die Erhaltung unserer deutschen Kultureinheit, an der wir auch bereitwilligst unsere österreichischen Brüder teilnehmen lassen wollen.

Zahlreich sind auch die Forderungen *wirtschaftlicher Art*, die wir stellen. Amortisierung des Kapitals und der Zeit, die der Akademiker für sein Studium verwendet hat, durch ein entsprechendes Gehalt, Beseitigung der sittlichen Notlage des Akademikerstandes durch Schaffung früherer Anstellungsmöglichkeiten, Pensionierung mit 60 Jahren, Besoldung der Assessoren und aller derer, die im Staate Dienst leisten. Zu unseren *sozialen* Programmpunkten gehört die wirtschaftliche Förderung der Studenten durch Aufklärung über Berufswahl; es muß eine *soziologische Bearbeitung des gesamten akademischen Arbeitsmarktes* erfolgen. Weiterhin Reform des studentischen Wohnungs- und Stipendienwesens, Einrichtung von Darlehenskassen. Wir Akademiker müssen uns zum Studenten bekennen, ihm helfen, ihn schützen, weil wir uns zur Hochschule bekennen und zu ihrem Schutze uns organisieren. Darum hinein in die Reichsorganisation der deutschen Akademiker, auch die katholischen Akademiker, damit wir uns eine Macht schaffen, um mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen und uns zu wehren gegen ungerechte Unterdrückung und Zurücksetzung. Wir verlangen, daß der Reichsverband der deutschen Akademiker künftighin das gleiche Recht der Mitarbeit und Mitberatung hat wie andere Organisationen, beispielsweise wie die Gewerkschaften.

Wir katholischen Akademiker dürfen uns in dieser schweren Zeit nicht abseits stellen, sondern müssen mitraten und mittaten in den großen Organisationen und ihnen den Stempel unseres Geistes aufzudrücken versuchen. Wir brauchen uns nicht zu genieren, wir kommen als Gebende, wir bringen mit eine festgegründete Weltanschauung, wir bringen mit altbewährte Grundsätze, wir bringen mit eine große soziale Organisation, den Volksverein, der hinter uns steht mit seinem großen sozialen Programm, und aus dem auch Dr. Sonnenschein hervorgegangen ist, der im Hochschulleben unserer Tage eine allgemein anerkannte Führerrolle spielt. Wir besitzen eine Fülle potentieller Energie, nun, wohlan denn, setzen wir sie um in wirkliche Energie, in Tatkraft, seien wir nicht nur Bausteine, sondern Baumeister an dem Gebäude deutscher Kultur, das wir aus dem Trümmerhaufen dieses Krieges neu aufrichten müssen. Es ist einmal an der Zeit, daß die deutsche katholische Intelligenz heraustritt aus ihrer Reserve und sich als wertvolle Minorität zeigt, die wie der Sauerteig wirkt, der alles durchsäuert. Kommilitonen, die Stunde ruft Euch, es gilt die befreiende Tat!

Ein Künder der Völkerversöhnung.

Wenn die Stimme eines Einzigen geeignet ist, die Mißklänge des Hasses zu übertönen, die aus *Frankreich* zu uns herüberklingen, so ist es die versöhnende Stimme *Romain Rollands*. In zahlreichen Büchern über deutsche Musik und Musiker, von denen das über Beethoven jetzt auch in deutscher Uebersetzung vorliegt, hat er das Wesen unserer Musik zu ergründen versucht und seinen Landsleuten nahe gebracht. Ein deutscher Komponist steht auch im Mittelpunkt von Rollands großem zwölfbändigen Roman *Johann Christof*. Das Werk gehört aber keineswegs zur Gattung der landläufigen Künstlerromane. Er ist weit mehr, ist seit Frau von Staëls Buch „Ueber Deutschland“ der *erste Versuch eines Franzosen*, ein ganzes, vorurteilsfrei geschautes *Bild der deutschen Kultur* zu *entwerfen*. Rollands gründliche Kenntnis der deutschen Musikgeschichte ist auch in seinem Roman erkennbar. In die Seele seines Helden münden die Feuerströme der heißen Herzen Glucks, Händels, Wagners und Beethovens. Während aber die Charakterzüge der drei ersten großen Meister kaum mehr als nebengeordnete Zutaten sind, wird die Verwandtschaft mit Beethoven bis in die tiefsten Falten der Seele durchgeführt. Johann Christof gehört, wie unser großer Meister, zu den Männern, denen „Kraft die Moral des Menschen“ ist. Die Zustandsschilderung ist am stärksten im ersten Teil, in dem das Leben in der kleinen rheinischen Residenz stark an das geschichtliche Vorbild gebunden bleibt. Muffiger historischer Geist jedoch steckt nicht darin. Ich glaube den Genius Gottfried Kellers nicht zu beleidigen, wenn ich die Jugendjahre Johann Christofs in unmittelbare Nähe des grünen Heinrich stelle. An die Jugendjahre Johann Christofs schließt sich der Pariser Aufenthalt an, die Schilderung des dekadenten Frankreich. Hier tritt das für Frankreich gänzlich Neue in Rollands Buch zu Tage, daß der Dichter die Kultur seines Landes sich in der Seele des Deutschen Johann Christof wiederspiegeln läßt. Dadurch ist es ihm möglich, die Fäulnis und Unkultur des alten, absterbenden Frankreich mit größter Deutlichkeit zu schildern. Er erspart seinen Landsleuten keine bittere Wahrheit, wenn er den Kunstsnobismus angreift, das geschwätzige, schöpferige Unvermögen einer Künstlerschaar, deren Schlagwort L'art pour l'art ein bloßer Schemen geworden ist. Nicht minder scharf fällt der Dichter gegen die Auswüchse des gesellschaftlichen Lebens aus und besonders gegen die tiefe Frivolität der Pariser großen Welt. Aber Deutschland kommt auch nicht zu kurz in diesem Strafkapitel, vor allem nicht „die kaiserliche Kaserne und der brutale deutsche Militarismus mit seinen Kraftprotzereien“. Gleichzeitig brandmarkt Rolland den „Größenwahn des siegestrunkenen Imperialismus und die völlige Unfähigkeit seiner Staatsmänner, andere Rassen zu begreifen.



an die sie den allgemeinen Maßstab legen, der für sie Gesetz ist: das Recht des Stärkern". Rolland wird jedoch nicht so ungerecht, den Einzelnen für die Schuld des Systems verantwortlich zu machen. Auch das Register unserer künstlerischen Kultursünden wird uns vorgehalten. Die Geschmacklosigkeit unserer Bierkonzerte, unser wahllos alles durcheinander verzehrender Musikhunger, der ungesunde Modekultus der Klassiker, die „Vererbungsbesessenheit", die Sentimentalität, die „mystische Kindlichkeit" unserer Literatur. Wie früher Frau von Staël, möchte auch Rolland die Axt an das Grundübel legen, das er für alle Sünden Hamlet-Deutschlands verantwortlich macht, den Mangel an Willenskraft. Das Dunkel, die Nachtseiten überwiegen im ersten Teil des Werkes bis zu der Freundschaft Johann Christofs mit Olivier Jeannin, dem idealen Vertreter des jungen, aufstrebenden Frankreich. In ihr verbindet sich die „weitgespannte Kultur und das psychologische Talent Frankreichs und die innere Musik Deutschlands und dessen unmittelbare Naturanschauung" zu einer höhern Wertung des Lebens. Johann Christof sieht nun nicht mehr, wie der deutsche Durchschnittsbummler auf den Pariser Boulevards, nur die Oberfläche der französischen Kultur ... Er dringt tief in sie ein und schaut die tausend fleißigen namenlosen Arbeiter in den Winkeln und Mansarden der Weltstadt und in der französischen Provinz, und lernt ihren, dem deutschen verwandten, Idealismus schätzen. Der germanisch kraftvolle, oft ungebändigte Christof erkennt den Wert der Formenstrenge der romanischen Kunst und ihren süßen Duft, den odor di belezza, **der sich nicht schildern, nur genießen läßt. Und Olivier-Frankreich „würdigt den hohen schöpferischen Geist der deutschen Rasse, deren mächtiges Denken als der breiteste Strom von Musik und Dichtung dahinrollt, aus dem Europa trinkt". Die Freundschaft Oliviers und Johann Christofs bedeutet die Morgenröte einer neuen Zeit, die anbricht, nachdem dieser „tapfere kleine gallische Hahn" für immer seinen Freund verlassen hat. Christof thront nun allein, vereinsamt über Europa, ein** arbiter artium, **ein Schiedsrichter im freien Reiche der Kunst. Der alternde Künstler durchwandert die Welt, trinkt sich gesund an der reinen Luft der Schweizer Berge und lenkt zu langer Rast seine Schritte nach Italien. Hier, unter einer Rosenlaube in der Campagna, an der Seite seiner geliebten Grazia, träumt, sinnt und spricht er von den Kämpfen seines schweren Lebens. Und die Hand dieser liebenden Frau, die niemals die Seine wurde, legt sich auf das Herz des müden Streiters besänftigend und milde, wie der Abendwind der Campagna, der seine Schläfe kühlt. Nun enthüllt sich uns der letzte Sinn der Symbolik, die das Werk durchzieht. Der Deutsche Johann Christof, dem Frankreich zur zweiten geistigen Heimat wurde, kommt in Italien, dem echten Lande der Kunst, zur letzten Klarheit seines Menschentums und Schaffens. Des Dichters Lieblingsgedanke der Versöhnung und Verbrüderung aller Völker klingt hier an. Die wahren Grenzen der Kunst sind weniger Rassen- als Klassenunterschiede für Rolland, der von der Unsinnigkeit seelischer Grenzen zwischen guten Menschen aus verschiedenen Rassen spricht. Mit herrlichem Mute hat er den Chauvinisten in Deutschland und Frankreich Worte entgegengeschleudert, die ewig unvergessen bleiben werden: „Wer ahnt in Frankreich die Kraft der Sympathie, die so viele große Herzen des Nachbarvolkes nach Frankreich drängt. So viel treue Hände strecken sich aus, die für die Verbrechen der Politik nicht verantwortlich sind. Und auch ihr, deutsche Brüder, seht uns nicht, die wir euch sagen: „Hier unsere Hände." Trotz allen Lügen und allem Haß wird man uns nicht von einander trennen. Wir haben euch, ihr habt uns zur Größe unseres Geistes und unserer Rasse nötig. Wir sind die beiden Schwingen des Okzidents. Wenn die eine zerbricht, ist auch der Flug der anderen zerstört; möge der Krieg kommen! Er wird unsere verschlungenen Hände nicht lösen, wird den Aufschwung unserer Bruderseelen nicht hemmen."**

Jeder, dessen Herz jetzt einem Bund der freien Völker entgegenschlägt, wird aus vollster Seele wünschen, daß diese Worte sich erfüllen. Dazu aber wird es nötig sein, das Rollands Vaterland sich seiner anderen Worte erinnert, daß der Sieger der Schuldner des Besiegten geworden ist und daß nicht das Blitzen der Bajonette das Frührot einer neuen Zeit sein darf. Dr. **Ernst Bücken.**

Katholische Kunst.

Ein offenes Wort an alle, die es angeht.

Von Architekt A. M. Schwindt, Darmstadt.

Franz Xaver Münch berührt in seinem Aufsatz „Was wir wollen" im Jahrbuch 1918 des „Verbandes der Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung" einen wunden Punkt im katholischen Kulturleben der Gegenwart. Er schreibt dort: „Wir beklagen uns mit Recht, um nur ein Gebiet leise zu berühren, über den Mangel an religiös-kirchlicher Empfindung in den Kunstwerken der Gegenwart auch der katholischen Künstler."

Man gestatte einem katholischen Künstler, der bereits seit Jahren auf dem Gebiet der Graphik tätig ist, der Exlibris, Signete, Plakate, Buchschmuck usw. in großer Anzahl fertigte, der ferner als Redakteur einer der ersten Kunstzeitschriften Deutschlands längere Zeit tätig war und der weiter auch auf dem Gebiet der Architektur, und zwar Außen- wie Innenarchitektur, arbeitet, hierzu ein paar prinzipielle Worte.

Vorausschicken möchte ich, daß ich mich naturgemäß nur auf eigene Erfahrungen und Erlebnisse stützen kann, daß mir aber katholische Kollegen diese meine persönlichen Erfahrungen ebenfalls bestätigen.

Zwei Haupthindernisse treten dem Erzeuger katholischer Kunst stets wieder entgegen. Das erste ist der Konservativismus strenggläubiger Kreise, denen gewisse Symbole, bloß weil sie alt sind, heilig geworden sind; die jeder neuen Fassung von vornherein ablehnend gegenüberstehen. Das zweite aber ist die Geldfrage.

Ein paar Beispiele zu dem ersten Punkt: Ein katholischer Verlag wünscht ein Reklamezeichen zum Einlegen in Bücher, „aber bitte nicht zu modern". Ein Verein tätiger Männer wünscht eine Mitgliedskarte „möglichst an die bisherige sich anlehnend". Die bisherige zeigt ein Heiligenbildchen, viel Gold, Rosenblümchen usw., dazu eine gotische Schrift, natürlich rot, also künstlerisch miserabel.

Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden, mögen diese Beispiele genügen. Ein einziges Gegenbeispiel muß ich der Ehrlichkeit halber anführen. Vor ein paar Wochen schrieb mir ein Geistlicher, für dessen Buch ich einen Umschlag zeichnen sollte: „. . . Wenn Sie aber andere Farben nehmen wollen, soll es mir recht sein. Ich überlasse es vollständig Ihnen . . . Ich bin überzeugt, daß Sie Ihre Idee mit der des Titels in Einklang bringen, und wie ich mir selber keine Vorschriften machen lasse, so möchte ich auch keine einem Künstler machen." — Dann aber der zweite Punkt: die leidige Geldfrage.

Was arbeitet nicht Dr. C. Sonnenschein, um in der katholischen Akademikerbewegung auch das künstlerische Moment zur Geltung zu bringen, wie gibt er sich Mühe, für den Volksverein und die Drucksachen des „Sekretariats sozialer Studentenarbeit" auch künstlerisch einwandfreie Lösungen zu erhalten. Vor ein paar Jahren bot ihm ein talentvoller junger Kunstgewerbler seine ständige Mitarbeit bei den Druckwerken des S.S.S. und V.V. an. Sonnenschein mußte ablehnen aus Geldmangel. Jener Kunstgewerbler erhält heute an leitender Stelle eines nicht katholischen Verlages genau das Vierfache seiner damaligen Forderung.

Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse, wenn Pfarrer als Vermittler von Aufträgen der Kirche kommen. Die vermögensrechtliche Lage der Kirche, die die freie Verwendung des Kirchenvermögens ausschließt und Anschaffungen, Bauten usw. von der Genehmigung des Staates abhängig macht, bedingt, daß ein Auftrag niemals von vornherein definitiv einem Künstler übertragen werden kann. Man verlangt fast stets kostenlose Pläne zur Vorlage bei Behörden usw. Da der anderweitig gut beschäftigte Architekt natürlich nicht daran denkt, kostenlos seine Zeit, und oft recht beträchtliche Zeit, an Pläne zu verwenden, aus denen möglicherweise doch nichts wird, sind für diese Aufgaben vielfach nur junge, noch unreife Geister zu haben, oder aber die wenigen Spezialisten, meist auf einen „Stil" eingeschworen, bauen nach ihrer Schablone ihre romanischen oder gotischen Kirchen.

Wer verlangt vom katholischen Juristen, Arzt oder Beamten kostenlose Arbeit? — und warum soll der katholische Künstler sie leisten? Er hat für Frau und Kinder ebenso zu sorgen wie jene.

Die Entwicklung wird bei jedem so gehen wie bei mir auch. Man arbeitet dort und nach der Richtung, die entsprechende künstlerische Freiheit achtet und auch bezahlt. Das umfaßt bei mir etwa 90 Prozent meiner Tätigkeit; die übrigen 10 Prozent, leider, bleiben für katholische Aufgaben übrig. Die andere Möglichkeit ist die, daß einer von den konservativen Tendenzen sich künstlerisch unterkriegen läßt und eben goldene Heiligenbildchen mit bunten Blümelein malt, im Dutzend meist, die gekauft werden nicht wegen ihres künstlerischen Wertes, sondern wegen des dargestellten Gegenstandes.

Man schaffe den katholischen Künstlern die Möglichkeit, großzügige Aufgaben zu lösen. Man stelle diese Aufgaben, und halte auch eine anständige Bezahlung bereit, die es dem Künstler ermöglicht, seine ganze Zeit und Arbeitskraft in den Dienst der Aufgabe zu stellen, und man wird Künstler genug finden. Dann wird auch eine katholische Kunst erblühen können. Hier hilft allein die Tat!

Vom Büchertisch.

Abraham a Santa Clara: Der geflügelte Merkurius. Ein neuentdecktes Werk, herausgegeben von Prof. Dr. Karl Bertsche. Saarlouis, Hausen Verlagsgesellschaft (Hausens Bücherei Nr. 69, herausgegeben von Johannes Mumbauer). 8° XXVII u. 89 S., geb. 80 Pf. — Man denke, ein neuentdecktes Werk des großen Sittenpredigers! Wer nur die drei Einführungskapitel des glücklichen Entdeckers gelesen hat: „Wie der Verschollene wieder ans Tageslicht kam"; „Was der Titel besagt"; „Was uns der Inhalt verspricht und wie das Werk zustande kam", ist weit über das kleine materielle Opfer hinaus bezahlt. Nun aber der Haupttext selbst, dem der berühmte Verfasser diesen kennzeichnenden Untertitel mitgegeben hat: „Worinnen zwar Etwelche kurtzweilige Sachen zu lesen seynd; jedoch mit untermengter sittlichen Lehr; dem geneigten Leser, sowohl zu einer beliebiger, als auch nützlicher Zeitvertreibung zusammen getragen"! Die dann folgende gewohnte Einleitung an den „Günstigen Leser" gibt noch weiteres Orientierungslicht: nicht bloß „der Weiber Frommkeit und Bosheit, ihre zumalige (besondere) Ungebärden" finden in dem Büchlein Beleuchtung, sondern auch „etlicher Männer großer Unverstand und Grobheit". Da aber der Menschen Wesen und Unwesen sich bekanntermaßen nur weniges zu wandeln pflegt — was könnte es Zeitgemäßeres geben als diese sozusagen niegelnagelneue Uebermittlung aus dem Sprachrohr des gewaltigen „Augustiner Barfüssers, Kayserl. Predigern ꝛc." aus dem Jahre des Heils 1772 — für ganze 80 Pfennige! E. M. Hamann.

Leo Mönius: Mein Madonnenbüchlein. Gedichte. Paderborn, Junfermannsche Buchhandlung. 8° 44 S., geb. 2.50 ℳ. — Ich habe dieses in zwei Hauptteile: „Marienleben" und „Marienminne", gegliederte Bändchen gleich herzlich liebgewonnen, denn es fesselte mich so recht innig, von Anfang bis Ende, durch seine köstliche künstlerische Gehaltenheit einer anschaulich gemachten, lautersten Gefühlstiefe, die an sich sieghaft ist. Die Sprache eines R. M. Rilke, aber der selbsteigene Geist eines Ursprünglichen, der sich ganz aufs Seelische einstellt: so dachte und denke ich. Mehr möchte ich nicht darüber sagen — es hieße den Staub von Schmetterlingsflügeln streifen. E. M. Hamann.

Christliche Demokratie. Sozialpolitische und staatspolitische Predigten und Reden Von A. Meyenberg. 1. Folge. 16°. 95 S. Frk. 1.50. Luzern, Räber, 1919. Der im homiletischen Amt eifrig tätige Verfasser gewahrt gegenwärtig einen wahren Hunger weitester Kreise nach staatspolitischer und sozialer Aufklärung im Lichte der religiösen Grundsätze. Dem will diese Sammlung von Predigten und Reden entgegenkommen. Das erste Heft entwickelt einläßlich in zwei Predigten den Begriff „christliche Demokratie" in enger Anlehnung an das Rundschreiben Leo XIII. über die christliche Demokratie „Graves de communi" vom 18. Januar 1901. Die christliche Demokratie wird hier zunächst gekennzeichnet als volle Entfaltung des christlichen Volksstaates, dann nach den Worten des großen Papstes dargestellt als mächtige, prächtige, gütige Bewegung und Betätigung zugunsten der breiten Massen in Zusammenarbeit mit den übrigen Klassen. In scharf geprägten, klaren Ausführungen werden diese Richtlinien dargelegt, durch die Offenbarungsbücher gestützt, an der Hand der Geschichte erläutert. Die weiteren Hefte, die in rascher Folge erscheinen sollen, dürfen guter Aufnahme sicher sein. O. Heinz.

Warum Zölibat unserer Priester? Von Dr. Joh. Gspann, Dogmatikprofessor in St. Florian. 8°. 84 S. ℳ 2.—. Innsbruck und München, Tyrolia. 1918. Eine zeitgemäße Erörterung einer vielfach mißverstandenen und häufig völlig verkannten Einrichtung. Zunächst wird in kurzen Strichen die Geschichte des Zölibates geboten bis zu seiner endgültigen Festlegung durch das Konzil von Trient. Die priesterliche Ehelosigkeit wird dann begründend hineingestellt in das Gefüge der Glaubens- und Sittenlehren der katholischen Kirche, ihre tiefgreifende Bedeutung gezeigt für das kostbare Gut der Freiheit der Kirche, der Zölibat weiterhin behandelt als Grundlage einer ungeteilten Hingabe an das opfervolle Priesteramt als anspornender Höhenweg im Sinne jenes Wortes des göttlichen Heilandes: „Wer es fassen kann, der fasse es!" (Matth. 19, 12.) Zugleich finden sich in dem Werkchen eine Reihe Einwände gegen den Priesterzölibat, insbesondere die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt entsprechend zurückgewiesen unter Hervorhebung des weitreichenden sozialen und erzieblichen Einflusses dieser von der Kirche streng festgehaltenen Einrichtung. Obsorge der Kirche für die fruchtbare Verwaltung des verantwortungsvollen Priesteramtes, völlig frei gewählte Uebernahme dieses Berufes, das bleiben die festen Stützen des Priesterzölibates, dessen Vorzüge um so deutlicher hervorleuchten, je mehr er umstritten wird.
O. Heinz.

Dr. philos. **Johannes Jäger,** Professor in Nürnberg, **Ist Jesus Christus ein Suggestionstherapeut gewesen?** Eine medizinisch-apologetische Studie. Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger, Mergentheim a. d. T. VI und 78 S. ℳ 1.60. Jesus soll — man mag es kaum schreiben — ein Hypnotiseur gewesen sein. Wenn ja, dann sollten es die heutigen Aerzte nachmachen und die Aussätzigen und Blinden usw. ebenso heilen wie Christus. Wenn sie das aber nicht können, dann war eben der Heiland kein Suggestionstherapeut. So wird jeder vernünftige Mensch urteilen. Demgegenüber behaupten Fachleute das Gegenteil. „Christus war ein wandernder Suggestivtherapeut von reinstem Wasser". Jäger weist eingehend nach, daß zwischen den Krankenheilungen Jesu und denen der Hypnotiseure ein wesentlicher Unterschied vorhanden ist. Abgesehen von der Art und Weise wie Jesus heilt, heilt er Krankheiten, die jeder Suggestion spotten. Jäger stützt sich besonders auf den Lütticher Arzt Delboeuf als seinen Gewährsmann. So bleibt als Resultat der schönen Studie nichts anders übrig als die Ueberzeugung: Christus war kein gewöhnlicher Arzt, er war Gott. Das interessante Schriftlein sei lebhaft empfohlen. Dr. theol. A. Beck.

Was leisten die bayerischen Klöster für das bayerische Volk? 8° 27 S., —.30 ℳ (Partiepreise!). Augsburg, Mühlberger. 4. Aufl., Januar 1919. Klosterstürme waren öfter eine Begleiterscheinung tiefgreifender Umwälzungen, und so erscheinen sie auch jetzt nicht Wenigen etwas Selbstverständliches. Neben ausgesprochenen grundsätzlichen Feinden unserer kirchlichen Orden gibt es viele, die sich mangels genügender Sachkenntnis gegen die Klöster wenden, meist geleitet von dem vielverbreiteten Vorurteil über die fabelhaften Reichtümer, die sich dort angesammelt hätten. Eine ruhige, verlässige Antwort auf die gegen die Klöster vorgebrachten Anwürfe bedeutet diese rasch in vierter Auflage notwendig gewordene Broschüre. Das Hauptgewicht wird hier auf die Darlegung des unersetzlichen Kulturwertes der Klöster gelegt in der Erörterung der von ihnen geübten Caritas in Krankenpflege, Fürsorge und Wohltätigkeit. In kurzen Strichen werden die auch für die Klostergegner unbestreitbaren weitreichenden Verdienste der Orden um Schule und Erziehung, Kunst und Wissenschaft, sowie ihre weitverzweigte Seelsorgstätigkeit gekennzeichnet. In dankenswerter Weise wird auch der Blick geschärft für wichtige, mit dem Ordensleben wesentlich verbundene Aufgaben, die freilich mit irdischen Maßstäben nicht gemessen werden können: die fortwährende Verkörperung der vom Heiland verkündeten evangelischen Räte und die unermüdliche, tiefer Erfassung ihrer Notwendigkeit und ihres Segens erwachsende Uebung des Gebetes in reicher sozialer Auswirkung. Ein kurzer Blick auf früher durchgeführte Klosteraufhebungen zeigt uns die dabei wirksamen Beweggründe und ihren kläglichen Ausgang. Ein Schlußabschnitt tut dar, wie innig verwachsen die Klostergründungen mit dem Volke sind, das in ihnen daher nur kostbare Besitztümer schützt und verteidigt. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Nicht von seinen Komödien her ist Macchiavelli, der Florentiner Staatssekretär, unsterblich geworden, sprichwörtlich wurde sein Name als Theoretiker einer Regierungskunst, die auch die schlechtesten Mittel zur Festigung absoluter Fürstenmacht billigt und anrät. Sollte dieser Verfechter unzeitgemäßer Renaissancegedanken wirklich als Komödiendichter uns noch etwas zu sagen haben? Seine „Mandragola" gehört zu den übel beleumundetsten Büchern der Weltliteratur und eine öffentliche Aufführung wäre bis vor kurzem undenkbar gewesen. Vor zwei Dezennien hat hier einmal „vor Geladenen" der „Akademisch-Dramatische Verein", der bald darauf infolge einer anderen Tat des Uebermutes der Auflösung verfiel, durch eine Aufführung seine moralische Vorurteilslosigkeit zu dokumentieren versucht, später hat P. Eger in einer Bearbeitung durch Beimischung von Wasser und Syrup die Bedenken der Zensur mit Erfolg beschwichtigt. Wir haben seinerzeit die in niedliche Verslein gegossenen Zoten, die einem gewissen Großstadtpublikum sehr gefielen, mit guten Gründen bekämpft. Gegen diese Bearbeitung wandte sich auch Paul Heyse, weil sie das Stück nicht nur „von den schlimmsten Unanständigkeiten gereinigt", sondern den ganzen Renaissancecharakter verdorben. Der alte Dichter, für Italiens Kultur immer mit ewig-jugendlichem Feuer erglühend, hat uns damals eine künstlerisch entsprechende Uebertragung des Lustspieles geschenkt. Daß sie einmal aufgeführt werde, hat sich Heyse wohl kaum träumen lassen. Daß Heyse nicht wünschte, daß die Kunst die Schicklichkeitsbegriffe der Allgemeinheit vor den Kopf stoße, ist durch manche Aeußerung verbürgt. Man las hiervon einiges unlängst in den Erinnungen der Isolde Kurz und ich selbst entsinne mich, ähnliches aus dem Munde des Dichters gehört zu haben. — Die Zeiten sind inzwischen andere geworden und die Kammerspiele scheinen es für richtig zu halten, uns an den dreisten Derbheiten des großen Staatsmannes von Florenz zu ergötzen. Der Widerspruch, der laut wurde, war mehr als zahm. Ich kann es nicht ohne Betrübnis konstatieren, daß das Publikum mit einem vergnügten Behagen aufgenommen hat, was vor nicht langer Zeit wenigstens bei einem Teil noch helle Entrüstung hervorgerufen hätte. Wir haben es „herrlich weit gebracht". Unverhüllter lassen sich die Ursachen der kinderlosen Ehe wirklich nicht darlegen. Das Wundermittel der Alraunwurzel, Mandragola officinarium, welches der als Arzt vermummte Liebhaber der schönen Lukrezia verschreibt, ist natürlich nur Vorwand, um Zutritt zu ihr zu bekommen. „Der alte Gatte", sagt Heyse, „willigt so freudig und mit soviel Herzensroheit in die Schmach seiner Frau, obwohl er das Werkzeug seiner Schmach einem sicheren Tode überliefert glaubt, daß er als betrogener Betrüger erscheint, dem nur zuteil wird, was er verdient." Welch sittlichen Tiefstand verraten die Helfershelfer, der geistvoll-zynische „Ligorio, der auch den Prolog spricht", die frivole, den Ehebruch durch Zureden unterstützende Mutter Lukrezias und der für Geld zu allem bereite Fra Timoteo, nach Heyses seltsamem Urteil „kein ganz gewöhnlicher Pfaffe, wie seine Brüder in Boccacios Novellen". Von der Schlechtigkeit der Menschen war der Politiker Macchiavelli aus tiefstem Herzen überzeugt; wie hätte außer beißendem Witz der Komödiendichter Humor haben können, zu dem Liebe gehört? Die Kammerspiele boten das Stück in grotesker Stilisierung und einer originellen Aufmachung, die alles betonte, was diesen Renaissancemenschen von einem gewöhnlichen Zotenreißer unterscheidet; aber was nützt die schöne Schale, wenn das, was auf ihr geboten wird, vergiftend wirken muß? — Den Schluß des Abends bildete „der tapfere Cassian". Man hatte in München schon Gelegenheit gehabt, das Schnitzlersche Puppenspiel durch Marionetten dargestellt zu sehen, aber auch von Menschen gespielt, verfehlte es nicht seine Wirkung.

Neues Theater. Die Leitung der Bühne ist an Professor Dr. Gustav Freytag übergegangen. Wiewohl Augenarzt und Universitätslehrer, steht der Sohn des gleichnamigen Dichters den Künsten seit langem mit freundlichem Anteil gegenüber, er ist auch gelegentlich in Stücken seines Vaters selbst auf den Brettern gestanden. Freytag verfolgt nur künstlerische Ziele, zu deren Erreichung er einen Verein zu gründen beabsichtigt. Dr. Schindler, der im Neuen Theater ein gutes Ensemble geschaffen, kehrt zu seinem Nürnberger Unternehmen zurück. Bis in die letzte Zeit wußte er trotz meist unzureichendem Theaterbesuch ein gutes literarisches Niveau zu wahren. Bei neuen Bühnen pflegt meist erst der zweite Direktor die Früchte der künstlerischen Arbeit ernten zu können. So wird man hoffen dürfen, daß das Publikum jetzt schon den Weg nach dem „Neuen Theater" finden wird. Da Professor Freytag alle Verträge übernommen hat, wird man in der Aufführung der „Lady Frederick" von Maugham kein „Programm" der neuen Leitung erblicken dürfen. Auch Oskar Wilde schrieb manch mittelmäßiges Lustspiel dieser Art, das er mit den ungewöhnlichen Paradoxien seines Geistes verzierte; bei Maugham ist auch der Geist nicht gerade funkelnd. Wie die schöne Lady einen

jugendlichen Freier verscheucht, indem sie ihn in die Geheimnisse ihrer Schminketöpfe und falschen Zöpfe blicken läßt, ist ganz lustig, im übrigen ist viel von Schulden die Rede und die von der „Gesellschaft" verlästerte „Lady" zeigt sich sehr selbstlos und großmütig, was man in England gerne auf der Bühne sieht Annie Reiter und Staufen spielten mit den eleganten Manieren der großen Welt; die Temperatur der Aufnahme war lauwarm.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutsche Auslandswerte gegen Entente-Lebensmittel — Wirtschaftsfolgen der Waffenstillstands-Erneuerung — Bei uns neue Preistreibereien, am Weltmarkt Preisabbau — Bayerns Wirtschaftsnot.

Neben den schweren Ausschreitungen in Rheinland-Westfalen, namentlich den grossen Umfang annehmenden Spartakusbewegungen im Ruhrgebiet verursachten begreiflicherweise die Vorgänge in Bayern, vor allem die blutigen Ereignisse in München grosse Beunruhigung. Unabsehbar sind die Folgen der politischen Unsicherheit für das Inland, vornehmlich was die Rückwirkung auf die Entente betrifft! Ein Beweis dafür ist die Weigerung der Entente, für die **geplante Lebensmittelzufuhr** irgendwelchen Kredit einzuräumen und die Bedingung, deren Gegenwert in bar, Gold, Devisen und namentlich Auslandswertpapieren zu erlegen. Wie Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung mitteilte, wird zwecks Zuführung solcher Auslandspapiere zunächst eine Regierungsaufforderung an die Besitzer zur freiwilligen Abgabe solcher Wertpapiere ergehen und — was ja heute schon anzunehmen ist — erst in zweiter Linie an eine zwangsweise Enteignung gegangen werden. An den heimischen Effektenmärkten, an welchen bereits seit geraumer Zeit in diesen Papieren eine regelrechte Haussebewegung inszeniert wurde, erfolgte daraufhin eine neue starke Kurserhöhung, um so mehr, als gerade diese Papiere aus den verschiedensten, nicht zuletzt steuertechnischen Gründen einen grossen Interessentenkreis aufweisen. Der Betrag der zunächst notwendigen Rimessen für einzuführende Lebensmittel wird auf annähernd 1 Milliarde Mark geschätzt, wovon ein gut Teil durch Warenausfuhr beglichen werden kann.

Unsere Gesamtwirtschaft steht noch vollkommen unter dem Eindruck der **drückenden Waffenstillstandsbedingungen**, welche eine erhebliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeuten, nachdem, wenigstens vorläufig, der Waffenstillstand auf kurze unbestimmte, innerhalb dreier Tage aufzuhebende Frist abgeschlossen wurde. Diese Unsicherheit wirkt naturgemäss lähmend auf unsere gesamte wirtschaftliche Unternehmungslust, ganz besonders in den an das Besatzungsgebiet angrenzenden Landesteilen. Auch die fortgesetzten Erörterungen über die Kolonial- und Kriegsentschädigungsfragen, Gerüchte über harte Vorfriedensbedingungen tragen ein Uebriges bei zur Vergrösserung der Unsicherheit. Auch die Rede des Reichsfinanzministers über die stark gefährdete Finanzlage des Reiches und über die Art der Schuldenabwicklung ergibt ein Bild unserer wirklichen Wirtschaftslage. Diese spiegelt sich auch in den Auslassungen über die neuerliche Verschlechterung der badischen Staatseisenbahnen und in den anlässlich des badischen Rechnungsabschlusses gemachten Ausführugen über die noch weit schlimmeren Aussichten im laufenden Jahr. Eine Folge der ununterbrochenen Lohnsteigerungen, der Verringerung der Arbeitsstunden, der hohen Beihilfen für die Erwerbslosen und namentlich der Kohlenkrise ist die gewaltige Preiserhöhung beim Stahlwerksverband und die Preistreiberei auf vielen anderen Fabrikationsgebieten. Während so bei uns eine förmliche Ueberstürzung in der allgemeinen Verteuerung zu verzeichnen ist, hat **am Weltmarkt** eine **Ermässigung der wichtigsten Rohstoffe**, namentlich Baumwolle und Kupfer eingesetzt. Dadurch und vor allem, weil diese hochwichtigen Produkte uns vollkommen verschlossen bleiben, gewinnt die Entente einen neuerlichen, von uns wohl kaum mehr einzuholenden Vorsprung im Weltmarktbewerb! — Von der wirtschaftlichen Notlage in Bayern gibt eine von Vertretern der verschiedensten Verbrauchergruppen — Industrie, Handel, Landwirtschaft — als einhellige Meinung zum Ausdruck gebrachte Kundgebung Zeugnis. Vor allem wird betont, wie sehr die Versorgung mit Rohstoffen und Kohle durch die unverhältnismässig hohe Abgabe von Lokomotiven und Wägen fast unmöglich gemacht worden ist. Es gelingt nicht einmal mehr, die an und für sich stark geminderte Kohlenproduktion in die wichtigsten Verbrauchergebiete abzuführen. Die bayerische Industrie steht nun fast vollständig still, die bayerischen Gaswerke sind zumeist nur noch auf wenige Tage eingedeckt. Es ist kaum mehr möglich, die Nahrungsmittelbetriebe einigermassen über Wasser zu halten. Die von der staatlichen Vermittlungsstelle in Bayern in Angriff genommene Industrie-Umstellung auf die Friedenswirtschaft und der zu diesem Zweck gebildete „Ausschuss zur Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfes", die bisher in Bayern noch nicht fabriziert wurden, ist angesichts der vielen Wirtschaftsschwierigkeiten und der grossen politischen Unsicherheit doppelt hoch einzuschätzen.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Lehrbuch der Philosophie. Von Alfons Lehmen S.J. 4. Bd.: Moralphilosophie. 3. Aufl M 9.—, geb. M 11 60 — **Unsere Evangelien.** Akademische Vorträge von Hermann J. Cladder S.J. Erste Reihe: Zur Literaturgeschichte der Evangelien 8°, (VIII u. 262 S.) M 7.60, kart. M 9.—. — **Das Gebet des Herrn und der Englische Gruß.** Betrachtungspunkte von Stephan Beissel S.J. 3. Aufl., herausgegeben von Joseph Braun S.J. (Betrachtungspunkte für alle Tage des Kirchenjahres.) 1. Bändchen. 8° (X u. 166 S.) M 3 20.—, kart. M 4.20. — **Ethik und Volkswirtschaft.** Von Heinrich Pesch S.J. (Das Völkerrecht. Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker. Im Auftrage der Kommission für christliches Völkerrecht, herausgegeben von Professor Dr. Godehard Jos. Ebers, 4. u. 5. Heft) 8° (VIII. u. 164 S.) M 4.—. (Freiburg, Herder.)

Grundriß des Eherechts nach dem Codex Juris Canonici. Von Prof. Dr. Johs. Linneborn. M 12—. **Soldatentod und Märtyrertod.** Von Prälat Prof. Dr. Jos. Pohle. M 4.20. — **Lebensbeherrschung und Lebensdienst.** Von Dr. J. Klug. 1. Band: Der Mensch und die Ideale. M 7.60. — (Paderborn, Ferd. Schöningh.)

Wenn Irland dich ruft. Der Roman eines Fliegers. Von Karl Finding. Brosch. M 6.—, geb. M 7.50. — **Auf Kreuzfahrt mit Möwe und Geier.** Von Erich Reddingius. (Aus allen Zeiten und Landen Bd. 27.) Brosch. M 3 75, geb. M 4.50. — **Grundriß einer Geschichte des katholischen Kirchenrechts.** Von Prof. Dr. A. M. Koeniger. Brosch. M 3.20, geb. M 4.20. (Köln, J. P Bachem.)

Ueber die Brücke. Roman von Jos Weingartner Brosch. M 5.—, geb. M 6.—. **Die Weltliteratur im Lichte der Weltkirche.** Von Richard v. Kralik. Brosch. M 4.40. — **Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten — Deutschtum im Kampfe gegen italienische Ausbreitungsbestreben.** Von Montanus. Brosch. M 3 20. (München, Verlagsanstalt Tyrolia.)

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat nach ihrem gegenwärtigen Stande. Von Dr Karl Neundörfer. (Mergentheim, Karl Ohlinger.)

Das wandernde Lied Gedichte von Franz Lehner. 8°, 160 S. M 3.60. — **Willst Du Dich nicht auch Gesundbeten!** Eine Aufklärung über die „christliche Wissenschaft" und die „Scientisten". Von Geistl. Rat Prof. Dr. Max Heimbucher. Gr. 8° (IV, 88 S) M 2.—. — **Die Volksschule.** Schulzucht. Lehrpersonen, Schulaufsicht und Schulunterricht. Von Eugen Leipold, K. Kreisschulrat a. D. 3. u. 4. Auflage, gr. 8° (VIII, 296 S.), Brosch. M 6.—, geb. M 8.—. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Der schönste Tag des Lebens. Ein Erbauungsbüchlein für Erstkommunikanten. Von P. Joh. Nep. Buchmann. Neu bearbeitet von Lfr. P Ambros Zürcher. Mit farbigem Titelbild, 8 Kopfleisten und 19 Vollbildern im Text. 14. Aufl. 306 S. Hochformatig. 100:169. Geb. M 3.50. (Waldshut, Köln, Verlagsanstalt Benziger & Co., A.-G.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Literarische Notiz.

Es dürfte die Leser interessieren, zu hören, daß das große historische Romanwerk Felix Nabors: „Mysterium crucis", Roman aus der Zeit des Kaisers Nero, nunmehr seine dritte Auflage erreicht hat. Mit Stolz darf sich der Verfasser rühmen, daß seine Schöpfung ein Weltbuch geworden ist, nachdem es in nicht weniger als sechs fremde Sprachen übersetzt wurde. Der steirische Dichter Otto Kernstock sagte mit Recht: „Wenn Felix Nabor dieselben Mittel zu Gebote stünden, mit denen Sienkiewicz zu Felde zieht, würde „Mysterium crucis" einen ähnlichen Siegeszug durch die Welt machen wie „Quo vadis?", denn von den beiden Romanen ist der erstere unbedingt der wertvollere". Demzufolge wäre es die Pflicht vor allem der gebildeten Katholiken, diesem gewaltigen Evangelium des Kreuzes, das gerade unter der Literatur unserer Richtung in plastischer Wucht hervorragt, ebenfalls zu einem Siegeszug durch alle deutschen Gaue zu verhelfen, damit es in erster Linie Gemeingut des deutschen Volkes werde. Die herrliche Mission, die das Buch verkündet, wird ihm alle Herzen erobern und nicht zuletzt ein Weniges zum Völkerfrieden im Geiste des Kreuzes beitragen. Das wäre der schönste Dank an Felix Nabor, der seine ganze tiefe Dichterseele in dieses Werk hinüberströmen ließ und seinen großen, heiligen Christusglauben. — Der Verleger (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg) hat diesem bevorzugten Musenkind auch diesmal wieder ein schmuckes Kleid verliehen, jedoch ist das Werk jetzt der Handlichkeit halber in zwei Bände verteilt. Preis gebunden 10 Mark.

Leo Mönius: Mein Madonnenbüchlein. Gedichte. Paderborn, Junfermannsche Buchhandlung. 8° 44 S., geb. 2.50 *M.* — Ich habe dieses in zwei Hauptteile: „Marienleben“ und „Marienminne“, gegliederte Bändchen gleich herzlich liebgewonnen, denn es fesselte mich so recht innig, von Anfang bis Ende, durch seine köstliche künstlerische Gehaltenheit einer anschaulich gemachten, lautersten Gefühlstiefe, die an sich sieghaft ist. Die Sprache eines R. M. Rilke, aber der selbsteigene Geist eines Ursprünglichen, der sich ganz aufs Seelische einstellt: so dachte und denke ich. Mehr möchte ich nicht darüber sagen — es hieße den Staub von Schmetterlingsflügeln streifen. E. M. Hamann.

Christliche Demokratie. Sozialpolitische und staatspolitische Predigten und Reden Von A. Meyenberg. 1. Folge. 16°. 95 S. Frk. 1.50. Luzern, Räber, 1919. Der im homiletischen Amt eifrig tätige Verfasser gewahrt gegenwärtig einen wahren Hunger weitester Kreise nach staatspolitischer und sozialer Aufklärung im Lichte der religiösen Grundsätze. Dem will diese Sammlung von Predigten und Reden entgegenkommen. Das erste Heft entwickelt einläßlich in zwei Predigten den Begriff „christliche Demokratie“ in enger Anlehnung an das Rundschreiben Leo XIII. über die christliche Demokratie „Graves de communi“ vom 18. Januar 1901. Die christliche Demokratie wird hier zunächst gekennzeichnet als volle Entfaltung des christlichen Volksstaates, dann nach den Worten des großen Papstes dargestellt als mächtige, prächtige, gütige Bewegung und Betätigung zugunsten der breiten Massen in Zusammenarbeit mit den übrigen Klassen. In scharf geprägten, klaren Ausführungen werden diese Richtlinien dargelegt, durch die Offenbarungsbücher gestützt, an der Hand der Geschichte erläutert. Die weiteren Hefte, die in rascher Folge erscheinen sollen, dürfen guter Aufnahme sicher sein. O. Heinz.

Warum Zölibat unserer Priester? Von Dr. Joh. Gspann, Dogmatikprofessor in St. Florian. 8°. 84 S. *M* 2.—. Innsbruck und München, Tyrolia. 1918. Eine zeitgemäße Erörterung einer vielfach mißverstandenen und häufig völlig verkannten Einrichtung. Zunächst wird in kurzen Strichen die Geschichte des Zölibates geboten bis zu seiner endgültigen Festlegung durch das Konzil von Trient. Die priesterliche Ehelosigkeit wird dann begründend hineingestellt in das Gefüge der Glaubens- und Sittenlehren der katholischen Kirche, ihre tiefgreifende Bedeutung gezeigt für das kostbare Gut der Freiheit der Kirche, der Zölibat weiterhin behandelt als Grundlage einer ungeteilten Hingabe an das opfervolle Priesteramt als anspornender Höhenweg im Sinne jenes Wortes des göttlichen Heilandes: „Wer es fassen kann, der fasse es!“ (Matth. 19, 12.) Zugleich finden sich in dem Werkchen eine Reihe Einwände gegen den Priesterzölibat, insbesondere die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt entsprechend zurückgewiesen unter Hervorhebung des weitreichenden sozialen und erzieblichen Einflusses dieser von der Kirche streng festgehaltenen Einrichtung. Obsorge der Kirche für die fruchtbare Verwaltung des verantwortungsvollen Priesteramtes, völlig frei gewählte Uebernahme dieses Berufes, das bleiben die festen Stützen des Priesterzölibates, dessen Vorzüge um so deutlicher hervorleuchten, je mehr er umstritten wird. O. Heinz.

Dr. philos. **Johannes Jäger,** Professor in Nürnberg, **Ist Jesus Christus ein Suggestionstherapeut gewesen?** Eine medizinisch-apologetische Studie. Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger, Mergentheim a. d. T. VI und 78 S. *M* 1.60. Jesus soll — man mag es kaum schreiben — ein Hypnotiseur gewesen sein. Wenn ja, dann sollten es die heutigen Aerzte nachmachen und die Aussätzigen und Blinden usw. ebenso heilen wie Christus. Wenn sie das aber nicht können, dann war eben der Heiland kein Suggestionstherapeut. So wird jeder vernünftige Mensch urteilen. Demgegenüber behaupten Fachleute das Gegenteil. „Christus war ein wandernder Suggestivtherapeut von reinstem Wasser“. Jäger weist eingehend nach, daß zwischen den Krankenheilungen Jesu und denen der Hypnotiseure ein wesentlicher Unterschied vorhanden ist. Abgesehen von der Art und Weise wie Jesus heilt, heilt er Krankheiten, die jeder Suggestion spotten. Jäger stützt sich besonders auf den Lütticher Arzt Delboeuf als seinen Gewährsmann. So bleibt als Resultat der schönen Studie nichts anders übrig als die Ueberzeugung: Christus war kein gewöhnlicher Arzt, er war Gott. Das interessante Schriftlein sei lebhaft empfohlen. Dr. theol. A. Beck.

Was leisten die bayerischen Klöster für das bayerische Volk? 8° 27 S., —.30 *M* (Partiepreise!). Augsburg, Mühlberger. 4. Aufl., Januar 1919. Klosterstürme waren öfter eine Begleiterscheinung tiefgreifender Umwälzungen, und so erscheinen sie auch jetzt nicht Wenigen etwas Selbstverständliches. Neben ausgesprochenen grundsätzlichen Feinden unserer kirchlichen Orden gibt es viele, die sich mangels genügender Sachkenntnis gegen die Klöster wenden, meist geleitet von dem vielverbreiteten Vorurteil über die fabelhaften Reichtümer, die sich dort angesammelt hätten. Eine ruhige, verlässige Antwort auf die gegen die Klöster vorgebrachten Anwürfe bedeutet diese rasch in vierter Auflage notwendig gewordene Broschüre. Das Hauptgewicht wird hier auf die Darlegung des unersetzlichen Kulturwertes der Klöster gelegt in der Erörterung der von ihnen geübten Caritas in Krankenpflege, Fürsorge und Wohltätigkeit. In kurzen Strichen werden die auch für die Klostergegner unbestreitbaren weitreichenden Verdienste der Orden um Schule und Erziehung, Kunst und Wissenschaft, sowie ihre weitverzweigte Seelsorgstätigkeit gekennzeichnet. In dankenswerter Weise wird auch der Blick geschärft für wichtige, mit dem Ordensleben wesentlich verbundene Aufgaben, die freilich mit irdischen Maßstäben nicht gemessen werden können: die fortwährende Verkörperung der vom Heiland verkündeten evangelischen Räte und die unermüdliche, tiefer Erfassung ihrer Notwendigkeit und ihres Segens erwachsende Uebung des Gebetes in reicher sozialer Auswirkung. Ein kurzer Blick auf früher durchgeführte Klosteraufhebungen zeigt uns die dabei wirksamen Beweggründe und ihren kläglichen Ausgang. Ein Schlußabschnitt tut dar, wie innig verwachsen die Klostergründungen mit dem Volke sind, das in ihnen daher nur kostbare Besitztümer schützt und verteidigt. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Nicht von seinen Komödien her ist Macchiavelli, der Florentiner Staatssekretär, unsterblich geworden, sprichwörtlich wurde sein Name als Theoretker einer Regierungskunst, die auch die schlechtesten Mittel zur Festigung absoluter Fürstermacht billigt und anrät. Sollte dieser Verfechter unzeitgemäßer Renaissancegedanken wirklich als Komödiendichter uns noch etwas zu sagen haben? Seine „Mandragola“ gehört zu den übel beleumundetsten Büchern der Weltliteratur und eine öffentliche Aufführung wäre bis vor kurzem undenkbar gewesen. Vor zwei Dezennien hat hier einmal „vor Geladenen“ der „Akademisch-Dramatische Verein“, der bald darauf infolge einer anderen Tat des Uebermutes der Auflösung verfiel, durch eine Aufführung seine moralische Vorurteilslosigkeit zu dokumentieren versucht, später hat P. Eger in einer Bearbeitung durch Beimischung von Wasser und Syrup die Bedenken der Zensur mit Erfolg beschwichtigt. Wir haben seinerzeit die in niedliche Verslein gegossenen Zoten, die einem gewissen Großstadtpublikum sehr gefielen, mit guten Gründen bekämpft. Gegen diese Bearbeitung wandte sich auch Paul Heyse, weil sie das Stück nicht nur „von den schlimmsten Unanständigkeiten gereinigt“, sondern den ganzen Renaissancecharakter verdorben. Der alte Dichter, für Italiens Kultur immer mit ewig-jugendlichem Feuer erglühend, hat uns damals eine künstlerisch entsprechende Uebertragung des Lustspieles geschenkt. Daß sie einmal aufgeführt werde, hat sich Heyse wohl kaum träumen lassen. Daß Heyse nicht wünschte, daß die Kunst die Schicklichkeitsbegriffe der Allgemeinheit vor den Kopf stoße, ist durch manche Aeußerung verbürgt. Man las hiervon einiges unlängst in den Erinnungen der Isolde Kurz und ich selbst entsinne mich, ähnliches aus dem Munde des Dichters gehört zu haben. — Die Zeiten sind inzwischen andere geworden und die Kammerspiele scheinen es für richtig zu halten, uns an den dreisten Derbheiten des großen Staatsmannes von Florenz zu ergötzen. Der Widerspruch, der laut wurde, war mehr als zahm. Ich kann es nicht ohne Betrübnis konstatieren, daß das Publikum mit einem vergnügten Behagen aufgenommen hat, was vor nicht langer Zeit wenigstens bei einem Teil noch helle Entrüstung hervorgerufen hätte. Wir haben es „herrlich weit gebracht“. Unverhüllter lassen sich die Ursachen der kinderlosen Ehe wirklich nicht darlegen. Das Wundermittel der Alraunwurzel, Mandragola officinarium, welches der als Arzt vermummte Liebhaber der schönen Lukrezia verschreibt, ist natürlich nur Vorwand, um Zutritt zu ihr zu bekommen. „Der alte Gatte“, sagt Heyse, „willigt so freudig und mit soviel Herzensroheit in die Schmach seiner Frau, obwohl er das Werkzeug seiner Schmach einem sicheren Tode überliefert glaubt, daß er als betrogener Betrüger erscheint, dem nur zuteil wird, was er verdient.“ Welch sittlichen Tiefstand verraten die Helfershelfer, der geistvoll-zynische „Ligorio, der auch den Prolog spricht“, die frivole, den Ehebruch durch Zureden unterstützende Mutter Lukrezias und der für Geld zu allem bereite Fra Timoteo, nach Heyses seltsamem Urteil „kein ganz gewöhnlicher Pfaffe, wie seine Brüder in Boccacios Novellen“. Von der Schlechtigkeit der Menschen war der Politiker Macchiavelli aus tiefstem Herzen überzeugt; wie hätte außer beißendem Witz der Komödiendichter Humor haben können, zu dem Liebe gehört? Die Kammerspiele boten das Stück in grotesker Stilisierung und einer originellen Aufmachung, die alles betonte, was diesen Renaissancemenschen von einem gewöhnlichen Zotenreißer unterscheidet; aber was nützt die schöne Schale, wenn das, was auf ihr geboten wird, vergiftend wirken muß? — Den Schluß des Abends bildete „der tapfere Cassian“. Man hatte in München schon Gelegenheit gehabt, das Schnitzlersche Puppenspiel durch Marionetten dargestellt zu sehen, aber auch von Menschen gespielt, verfehlte es nicht seine Wirkung.

Neues Theater. Die Leitung der Bühne ist an Professor Dr. Gustav Freytag übergegangen. Wiewohl Augenarzt und Universitätslehrer, steht der Sohn des gleichnamigen Dichters den Künsten seit langem mit freundlichem Anteil gegenüber, er ist auch gelegentlich in Stücken seines Vaters selbst auf den Brettern gestanden. Freytag verfolgt nur künstlerische Ziele, zu deren Erreichung er einen Verein zu gründen beabsichtigt. Dr. Schindler, der im Neuen Theater ein gutes Ensemble geschaffen, kehrt zu seinem Nürnberger Unternehmen zurück. Bis in die letzte Zeit wußte er trotz meist unzureichendem Theaterbesuch ein gutes literarisches Niveau zu wahren. Bei neuen Bühnen pflegt meist erst der zweite Direktor die Früchte der künstlerischen Arbeit ernten zu können. So wird man hoffen dürfen, daß das Publikum jetzt schon den Weg nach dem „Neuen Theater“ finden wird. Da Professor Freytag alle Verträge übernommen hat, wird man in der Aufführung der „Lady Frederick“ von Maugham kein „Programm“ der neuen Leitung erblicken dürfen. Auch Oskar Wilde schrieb manch mittelmäßiges Lustspiel dieser Art, das er mit den ungewöhnlichen Paradoxien seines Geistes verzierte; bei Maugham ist auch der Geist nicht gerade funkelnd. Wie die schöne Lady einen



jugendlichen Freier verscheucht, indem sie ihn in die Geheimnisse ihrer Schminketöpfe und falschen Zöpfe blicken läßt, ist ganz lustig, im übrigen ist viel von Schulden die Rede und die von der „Gesellschaft" verlästerte „Lady" zeigt sich sehr selbstlos und großmütig, was man in England gerne auf der Bühne sieht. Annie Reiter und Staufen spielten mit den eleganten Manieren der großen Welt; die Temperatur der Aufnahme war lauwarm.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutsche Auslandswerte gegen Entente-Lebensmittel — Wirtschaftsfolgen der Waffenstillstands-Erneuerung — Bei uns neue Preistreibereien, am Weltmarkt Preisabbau — Bayerns Wirtschaftsnot.

Neben den schweren Ausschreitungen in Rheinland-Westfalen, namentlich den grossen Umfang annehmenden Spartakusbewegungen im Ruhrgebiet verursachten begreiflicherweise die Vorgänge in Bayern, vor allem die blutigen Ereignisse in München grosse Beunruhigung. Unabsehbar sind die Folgen der politischen Unsicherheit für das Inland, vornehmlich was die Rückwirkung auf die Entente betrifft! Ein Beweis dafür ist die Weigerung der Entente, für die **geplante Lebensmittelzufuhr** irgendwelchen Kredit einzuräumen und die Bedingung, deren Gegenwert in bar, Gold, Devisen und namentlich Auslandswertpapieren zu erlegen. Wie Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung mitteilte, wird zwecks Zuführung solcher Auslandspapiere zunächst eine Regierungsaufforderung an die Besitzer zur freiwilligen Abgabe solcher Wertpapiere ergehen und — was ja heute schon anzunehmen ist — erst in zweiter Linie an eine zwangsweise Enteignung gegangen werden. An den heimischen Effektenmärkten, an welchen bereits seit geraumer Zeit in diesen Papieren eine regelrechte Haussebewegung inszeniert wurde, erfolgte daraufhin eine neue starke Kurserhöhung, um so mehr, als gerade diese Papiere aus den verschiedensten, nicht zuletzt steuertechnischen Gründen einen grossen Interessentenkreis aufweisen. Der Betrag der zunächst notwendigen Rimessen für einzuführende Lebensmittel wird auf annähernd 1 Milliarde Mark geschätzt, wovon ein gut Teil durch Warenausfuhr beglichen werden kann.

Unsere Gesamtwirtschaft steht noch vollkommen unter dem Eindruck der **drückenden Waffenstillstandsbedingungen**, welche eine erhebliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeuten, nachdem, wenigstens vorläufig, der Waffenstillstand auf kurze unbestimmte, innerhalb dreier Tage aufzuhebende Frist abgeschlossen wurde. Diese Unsicherheit wirkt naturgemäss lähmend auf unsere gesamte wirtschaftliche Unternehmungslust, ganz besonders in den an das Besatzungsgebiet angrenzenden Landesteilen. Auch die fortgesetzten Erörterungen über die Kolonial- und Kriegsentschädigungsfragen, Gerüchte über harte Vorfriedensbedingungen tragen ein Uebriges bei zur Vergrösserung der Unsicherheit. Auch die Rede des Reichsfinanzministers über die stark gefährdete Finanzlage des Reiches und über die Art der Schuldenabwicklung ergibt ein Bild unserer wirklichen Wirtschaftslage. Diese spiegelt sich auch in den Auslassungen über die neuerliche Verschlechterung der badischen Staatseisenbahnen und in den anlässlich des badischen Rechnungsabschlusses gemachten Ausführungen über die noch weit schlimmeren Aussichten im laufenden Jahr. Eine Folge der ununterbrochenen Lohnsteigerungen, der Verringerung der Arbeitsstunden, der hohen Beihilfen für die Erwerbslosen und namentlich der Kohlenkrise ist die gewaltige Preiserhöhung beim Stahlwerksverband und die Preistreiberei auf vielen anderen Fabrikationsgebieten. Während so bei uns eine förmliche Ueberstürzung in der allgemeinen Verteuerung zu verzeichnen ist, hat **am Weltmarkt** eine Ermässigung der wichtigsten Rohstoffe, namentlich Baumwolle und Kupfer eingesetzt. Dadurch und vor allem, weil diese hochwichtigen Produkte uns vollkommen verschlossen bleiben, gewinnt die Entente einen neuerlichen, von uns wohl kaum mehr einzuholenden Vorsprung im Weltmarktbewerb! — Von der wirtschaftlichen Notlage in Bayern gibt eine von Vertretern der verschiedensten Verbrauchergruppen — Industrie, Handel, Landwirtschaft — als einhellige Meinung zum Ausdruck gebrachte Kundgebung Zeugnis. Vor allem wird betont, wie sehr die Versorgung mit Rohstoffen und Kohle durch die unverhältnismässig hohe Abgabe von Lokomotiven und Wägen fast unmöglich gemacht worden ist. Es gelingt nicht einmal mehr, die an und für sich stark geminderte Kohlenproduktion in die wichtigsten Verbrauchergebiete abzuführen. Die bayerische Industrie steht nun fast vollständig still, die bayerischen Gaswerke sind zumeist nur noch auf wenige Tage eingedeckt. Es ist kaum mehr möglich, die Nahrungsmittelbetriebe einigermassen über Wasser zu halten. Die von der staatlichen Vermittlungsstelle in Bayern in Angriff genommene Industrie-Umstellung auf die Friedenswirtschaft und der zu diesem Zweck gebildete „Ausschuss zur Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfes", die bisher in Bayern noch nicht fabriziert wurden, ist angesichts der vielen Wirtschaftsschwierigkeiten und der grossen politischen Unsicherheit doppelt hoch einzuschätzen.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Lehrbuch der Philosophie. Von Alfons Lehmen S. J. 4. Bd.: Moralphilosophie. 3. Aufl. *M.* 9.—, geb. *M.* 11.60 — **Unsere Evangelien.** Akademische Vorträge von Hermann J. Cladder S. J. Erste Reihe: Zur Literaturgeschichte der Evangelien 8°, (VIII u. 262 S.) *M.* 7.60, kart. *M.* 9.—. — **Das Gebet des Herrn und der Englische Gruß.** Betrachtungspunkte von Stephan Beissel S. J. 3. Aufl., herausgegeben von Joseph Braun S. J. (Betrachtungspunkte für alle Tage des Kirchenjahres.) 1. Bändchen. 8° (X u. 166 S.) *M.* 3.20.—, kart. *M.* 4.20. — **Ethik und Volkswirtschaft.** Von Heinrich Pesch S. J. (Das Völkerrecht. Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker. Im Auftrage der Kommission für christliches Völkerrecht, herausgegeben von Professor Dr. Godehard Jos. Ebers, 4. u. 5. Heft) 8° (VIII. u. 164 S.) *M.* 4.—. (Freiburg, Herder.)

Grundriß des Eherechts nach dem Codex juris Canonici. Von Prof. Dr. Jobs. Linneborn. *M.* 12.—. **Soldatentod und Märtyrertod.** Von Prälat Prof. Dr. Jos. Pohle. *M.* 4.20. — **Lebensbeherrschung und Lebensdienst.** Von Dr. J. Klug. 1. Band: Der Mensch und die Ideale. *M.* 7.60. — (Paderborn, Ferd. Schöningh.)

Wenn Irland dich ruft. Der Roman eines Fliegers. Von Karl Einding. Brosch. *M.* 6.—, geb. *M.* 7.50. — **Auf Kreuzfahrt mit Möwe und Geier.** Von Erich Reddingius. (Aus allen Zeiten und Landen Bd. 27.) Brosch. *M.* 3.75. geb. *M.* 4.50. — **Grundriß einer Geschichte des katholischen Kirchenrechts.** Von Prof. Dr. A. M. Koeniger. Brosch. *M.* 3.20, geb. *M.* 4.20. (Köln, J. P. Bachem.)

Ueber die Brücke. Roman von Jos Weingartner. Brosch. *M.* 5.—, geb. *M.* 6.—. **Die Weltliteratur im Lichte der Weltkirche.** Von Richard v. Kralik. Brosch. *M.* 4.40. — **Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten — Deutschtum im Kampfe gegen italienische Ausbreitungsbestreben.** Von Montanus. Brosch. *M.* 3.20. (München, Verlagsanstalt Tyrolia.)

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat nach ihrem gegenwärtigen Stande. Von Dr. Karl Neundörfer. (Mergentheim, Karl Ohlinger.)

Das wandernde Lied. Gedichte von Franz Lehner. 8°, 160 S. *M.* 3.60. — **Willst Du Dich nicht auch Gesundbeten!** Eine Aufklärung über die „christliche Wissenschaft" und die „Scientisten". Von Geistl. Rat Prof. Dr. Max Heimbucher. Gr. 8° (IV, 88 S.) *M.* 2.—. — **Die Volksschule.** Schulzucht, Lehrpersonen, Schulaufsicht und Schulunterricht. Von Eugen Leipold, K. Kreisschulrat a. D. 3. u. 4. Auflage, gr. 8° (VIII, 296 S.), Brosch. *M.* 6.—, geb. *M.* 8.—. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Der schönste Tag des Lebens. Ein Erbauungsbüchlein für Erstkommunikanten. Von P. Joh. Nep. Buchmann. Neu bearbeitet von Pfr. P. Ambros Zürcher. Mit farbigem Titelbild, 8 Kopfleisten und 19 Vollbildern im Text. 14. Aufl. 306 S. Hochformat g. 100 : 169. Geb. *M.* 3.50. (Waldshut, Köln, Verlagsanstalt Benziger & Co., A.-G.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Literarische Notiz.

Es dürfte die Leser interessieren, zu hören, daß das große historische Romanwerk Felix Nabors: „Mysterium crucis“, Roman aus der Zeit des Kaisers Nero, nunmehr seine dritte Auflage erreicht hat. Mit Stolz darf sich der Verfasser rühmen, daß seine Schöpfung ein Weltbuch geworden ist, nachdem es in nicht weniger als sechs fremde Sprachen übersetzt wurde. Der steirische Dichter Otto Kernstock sagte mit Recht: „Wenn Felix Nabor dieselben Mittel zu Gebote stünden, mit denen Sienkiewicz zu Felde zieht, würde „Mysterium crucis“ einen ähnlichen Siegeszug durch die Welt machen wie „Quo vadis?“, denn von den beiden Romanen ist der erstere unbedingt der wertvollere“. Demzufolge wäre es die Pflicht vor allem der gebildeten Katholiken, diesem gewaltigen Evangelium des Kreuzes, das gerade unter der Literatur unserer Richtung in plastischer Wucht hervorragt, ebenfalls zu einem Siegeszug durch alle deutschen Gaue zu verhelfen, damit es in erster Linie Gemeingut des deutschen Volkes werde. Die herrliche Mission, die das Buch verkündet, wird ihm alle Herzen erobern und nicht zuletzt ein Weniges zum Völkerfrieden im Geiste des Kreuzes beitragen. Das wäre der schönste Dank an Felix Nabor, der seine ganze tiefe Dichterseele in dieses Werk hinüberströmen ließ und seinen großen, heiligen Christusglauben. — Der Verleger (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg) hat diesem bevorzugten Musenkind auch diesmal wieder ein schmuckes Kleid verliehen, jedoch ist das Werk jetzt der Handlichkeit halber in zwei Bände verteilt. Preis gebunden 10 Mark.

Bayerische Handelsbank.

Pfandbrief- und Kommunal-Schuldverschreibungen-Verlosung.

I. In Gegenwart des Notars Herrn Justizrats **Wäckerle** wurde heute die 46. Pfandbrief-Verlosung, sowie die 2. Verlosung von Kommunal-Schuldverschreibungen vorgenommen. Es wurden gezogen:

A. 4% ige Pfandbriefe. (Zinstermin April—Oktober.)

Von den Pfandbriefen:			alle Stücke, welche die Endnummer 6 tragen; also beispielsweise die Stücke
Litera N	zu M. 5000.—	von Nr. 1006— 1286	Litera N 1006, 1016 usw.
Litera O	„ 2000.—	„ 14306—14496	„ O 14306, 14316 „
Litera P	„ 1000.—	„ 56006—59916	„ P 56006, 56016 „
Litera Q	„ 500.—	„ 38806—44896	„ Q 38806, 38816 „
Litera R	„ 200.—	„ 43206—48996	„ R 43206, 43216 „
		„ 51006—51946	
Litera S	„ 100.—	„ 43006—43996	„ S 43006, 43016 „
		„ 50006—52816	

B. 4% ige Kommunal-Schuldverschreibungen (Zinstermin Januar—Juli).

Von den Kommunal-Schuldverschreibungen:			alle Stücke, welche die Endnummer 7 tragen; also beispielsweise die Stücke
Litera G	zu M. 5000.—	von Nr. 7— 117	Litera G 7, 17 usw.
Litera H	„ 2000.—	„ 7— 697	„ H 7, 17 „
Litera I	„ 1000.—	„ 7—1837	„ I 7, 17 „
Litera K	„ 500.—	„ 7—1377	„ K 7, 17 „
Litera L	„ 200.—	„ 7—1567	„ L 7, 17 „
Litera M	„ 100.—	„ 7—1117	„ M 7, 17 „

II. Die zinsscheinmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe endet mit dem **1. Juli l. Js.**, diejenige der Kommunal-Schuldverschreibungen mit dem **15. April l. Js.**

Dagegen werden auf die heute verlosten Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen wie auf alle früher verlosten und auf die für den 19. Januar 1896 gekündigten Pfandbriefe von dem Tage an, mit welchem die zinsscheinmäßige Verzinsung abgelaufen ist, bis auf weiteres 1% Hinterlegungszinsen vergütet.

III. Die heute verlosten Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen, sowie die früher verlosten und die für den 19. Januar 1896 gekündigten Pfandbriefe werden, unter Vergütung der entsprechenden Stück- und Hinterlegungszinsen, gegen Rückgabe der Pfandbriefmäntel, der nicht verfallenen Zinsscheine und der Erneuerungsscheine kostenfrei eingelöst: in **München** an unserem Effektenschalter, Maffeistraße 5, sowie bei unseren Zweigstellen „Max Weberplatz“ und **„Haus der Landwirte“**, Bayerstraße 43, ferner bei unseren auswärtigen Zweigstellen in **Alt- und Neuötting, Amberg, Ansbach, Arnstein, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Aibling, Bad Reichenhall, Bamberg, Bayreuth, Berchtesgaden, Cham, Deggendorf, Dinkelsbühl, Donauwörth, Ebersberg, Freising, Günzburg, Gunzenhausen, Höchstädt a. D., Hof, Illertissen, Immenstadt, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kronach, Krumbach, Kulmbach, Lichtenfels, Lindau, Lindenberg i/Allg., Markt Oberdorf, Marktredwitz, Memmingen, Mindelheim, Mühldorf, Münchberg, Nabburg, Neuburg a. D., Neu-Ulm, Nördlingen, Obergünzburg, Ottobeuren, Pfarrkirchen, Rain a. L., Regensburg, Rosenheim, Schweinfurt, Selb, Straubing, Thannhausen, Traunstein, Treuchtlingen, Würzburg** und **Zusmarshausen**, in **Augsburg** bei Herrn **S. Rosenbusch**, in **Nürnberg** bei Herrn **Anton Kohn**, ferner bei der **Bayerischen Staatsbank** in **Nürnberg** und bei deren Filialen in **Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Fürth, Hof, Ingolstadt, a. T., Kaiserslautern, Kempten, Landshut, Ludwigshafen a. Rh., München, Passau, Pirmasens, Regensburg, Rosenheim, Schweinfurt, Straubing** und **Würzburg**, alsdann bei der **Deutschen Bank** in **Berlin** und deren deutschen **Filialen** sowie bei der **Bank für Handel und Industrie** in **Berlin**, bei der **Direktion der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M.**, bei der **Filiale der Bank für Handel und Industrie** in **Frankfurt a. M.**, und bei Herrn **J. H. Stein** in **Köln**.

Auf Namen umgeschriebene (vinkulierte) Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen können nur an unserem Effektenschalter und nur auf ordnungsmäßigen Löschungsantrag eingelöst werden.

IV. Die heute gezogenen 4%igen Pfandbriefe und 4%igen Kommunal-Schuldverschreibungen können sofort gegen 4%ige unverlosbare und vor 1928/1929 unkündbare Pfandbriefe oder gegen 4%ige verlosbare Pfandbriefe, ferner gegen 4%ige verlosbare Kommunal-Schuldverschreibungen unserer Bank umgetauscht werden. Der Umtausch wird bei der unterfertigten Bank, bei ihren Filialen und bei sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen vorgenommen. Die verlosten Stücke werden selbstverständlich zum Nennwert, die von uns in den Tausch gegebenen Stücke zum jeweiligen Abgabekurs provisionsfrei berechnet; letztere Stücke werden auf unsere Kosten versandt.

Kommen auf Namen lautende (vinkulierte) Stücke zum Umtausch, so werden, wenn nicht anderes beantragt wird, die dagegen gegebenen Stücke kostenlos auf den gleichen Namen umgeschrieben.

V. Verlosungs- und Rückständelisten stehen in unserem Effektenbureau sowie bei unseren hiesigen und auswärtigen Zweigstellen zur Verfügung und werden auf Verlangen portofrei zugesendet.

München, den 15. Februar 1919.

Bayerische Handelsbank.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 10

8. März
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3,50
Einzelnummer
30 Pfg.



. Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 10. München, 8. März 1919. XVI. Jahrgang.

Die „Allgemeine Rundschau" steht, wie die übrige bürgerliche Presse Münchens, zurzeit unter Vorzensur des Zentral-Rates.

Reichsgesetzliche Organisation der Kriegswohlfahrtspflege.

Aufbringung der Mittel.

Von Rechtsanwalt Dr. Jos. Kausen, München.

Die den Lesern der „Allgemeinen Rundschau" bekannte vom Verfasser formulierte Eingabe vom 15. September 1915 an den Reichstag (abgedruckt in Nr. 40 der „A. R." vom 2. Okt. 1915) betr. Einführung einer einmaligen Abgabe vom Vermögen nach dem Muster des Wehrbeitrags zugunsten der Kriegswohlfahrtspflege („Kriegsfürsorgebeitrag") enthielt in ihrem vorletzten Absatz folgende Worte:

„Aus Gründen vaterländischer Gerechtigkeit erscheint es ferner angezeigt, daß die so gewonnenen Mittel gleichmäßig verteilt werden, daß überhaupt die nichtrentenmäßige Kriegswohlfahrtspflege soweit nur irgend möglich für das ganze Reich nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt wird, damit nicht die einen sehr reich, die anderen allzuspärlich bedacht und damit nicht einzelne Gemeinden ungleich belastet werden. Dieses Ziel läßt sich am besten auf dem Wege der Errichtung eines mit gesetzlich festgelegten Statuten versehenen Zentralinstituts, einer Reichsanstalt für Kriegswohlfahrtspflege erreichen, welche mit den entsprechenden Rechten ausgestattet sein und in deren Händen der überwiegende Teil der für diese Zwecke bestimmten Geldmittel zusammenfließen muß."

Dieser Gedanke, daß das Reich, welches den Krieg führte, damit auch die sittliche Pflicht übernommen hatte, den Kriegsbeschädigten und den Kriegshinterbliebenen nicht nur Renten zu gewähren, sondern auch der Ermöglichung ihrer Wiederbeteiligung am Wirtschaftsleben die ganze Sorgfalt zuzuwenden, wurde Gemeingut einer breiten Volksmasse. Allein aus dem Leserkreis der „A. R." fand die Eingabe 4500 Einzelunterschriften aus allen Parteien und Berufsständen und die Unterzeichnung von 250 Vereinen und Verbänden mit einer Mitgliederzahl von weit mehr als einer Million.

Der Reichstag hatte sodann in seiner 31. Sitzung vom 17. Januar 1916 auf Grund eines Antrags der Reichstagskommission für den Reichshaushaltsetat vom 18. Dezember 1915 beschlossen, die obengenannte Petition betr. Kriegswohlfahrtspflege (Journal II, Nr. 770) dem Reichskanzler als Material zu überweisen (vgl. Nr. 195 der Reichstagsdrucksachen, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15).

Bei den zuständigen Stellen des Reiches und der Einzelstaaten angelangt, traf die Anregung auf geradezu unüberwindbare Widerstände. Daß einer Zersplitterung in der Organisation dieser sozialen Fürsorge entgegengearbeitet werden müsse, sah man wohl ein und errichtete in den meisten Bundesstaaten besondere Fürsorgestellen. Die Bemühungen, eine Vereinigung derselben herbeizuführen oder gar eine gemeinsame Deckung der notwendigen Mittel für das ganze Reich gleichheitlich zu erzielen, scheiterten an der Besorgnis einzelner Bundesstaaten, es möchte damit etwas von ihrer Staatshoheit geschmälert werden.

Einzelheiten können heute unberührt bleiben angesichts der vom Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Bauer gegengezeichneten und von der Reichsregierung Ebert-Scheidemann zu Weimar erlassenen Verordnung vom 8. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt Nr. 37), welche die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von Reichs wegen mit Gesetzeskraft regelt und mit all den unzeitgemäßen Engherzigkeiten von vornherein reinen Tisch gemacht hat.

Die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen ist durch die genannte Verordnung als Aufgabe des Reiches erklärt worden. Die Bundesstaaten und Selbstverwaltungskörperschaften sind zur Mitwirkung verpflichtet. Die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht eingeschränkt werden. Zur Durchführung der notwendigen Arbeiten wird beim Reichsarbeitsamt ein „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" errichtet. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden Abteilungen „Kriegsbeschädigtenfürsorge" und „Kriegshinterbliebenenfürsorge."

Die Abteilung „Kriegsbeschädigtenfürsorge" setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestellen, einem Vertreter der Volksspende für Kriegsbeschädigte (Ludendorffspende) und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben.

Die Abteilung „Kriegshinterbliebenenfürsorge" setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestellen, einem Vertreter der „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen", deren Selbständigkeit und Befugnis, frei über ihre Mittel zu verfügen, unberührt bleibt, und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Hinterbliebenen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts entscheidet darüber, bei welchen Vereinigungen die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen und welche Vereinigungen mehr als einen Vertreter zu entsenden haben. Er ist ferner befugt, auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge erfahrene Personen — jedoch nicht mehr als 5 — in den Reichsausschuß zu berufen.

Die Mitglieder des Reichsausschusses sind ehrenamtlich tätig; sie erhalten vom Reiche Tagegelder und Ersatz der Reisekosten.

Die Hauptfürsorgeorganisationen Deutschlands hatten allerdings schon vorher einen Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge gebildet. Die Beschlüsse dieses Reichsausschusses gingen jedoch nicht über eine gutachtliche Bedeutung hinaus. Ein organischer Zusammenhang mit der Kriegshinterbliebenenfürsorge bestand überhaupt nicht.

Die Beschlüsse des neugeschaffenen „Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" besitzen rechtsverbindliche Kraft für die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen, wenn diese Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefaßt sind und die Zustimmung des Reichsarbeitsamtes erlangt haben.

Der Reichsausschuß hat gemäß § 4 der VO. die Aufgabe:

1. Die Grundsätze für die Durchführung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aufzustellen,
2. dem Reichsarbeitsamte Gutachten zu erstatten,
3. bei den Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen über die Zuständigkeit zu entscheiden,

4. die ihnen für die Fürsorge zur Verfügung gestellten Mittel zu verwalten und zu verwenden.

In Fragen, die nur die Kriegsbeschädigtenfürsorge oder nur die Hinterbliebenenfürsorge betreffen, entscheidet jede Abteilung selbständig und endgültig; in Fragen, die beide Fürsorgegebiete berühren, entscheiden beide Abteilungen in gemeinsamer Sitzung.

Die Regierungen der Bundesstaaten sind verpflichtet, eine entsprechende Anzahl von „Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen" zu errichten.

Jeder Hauptfürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite. Als Mitglieder des Beirates sind von der Hauptfürsorgestelle Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, der Unternehmer und der Arbeitnehmer, sowie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen. Die Zahl der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen und Arbeitnehmer muß gleich der Zahl der übrigen Mitglieder des Beirats, die Zahl der Unternehmervertreter gleich der Zahl der Arbeitnehmervertreter sein.

Der Beirat der Hauptfürsorgestelle beschließt in allen grundsätzlichen Fragen, stellt Richtlinien für die Verwaltung und Verwendung der Mittel auf und entscheidet endgültig in einzelnen Fürsorgefällen über Beschwerden gegen Verfügungen der Hauptfürsorgestellen.

Bestehen in einem Bundesstaat mehrere Hauptfürsorgestellen, so kann zur Wahrung der Einheitlichkeit der Fürsorgetätigkeit eine amtliche „Landesstelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" errichtet werden.

Für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ist in der Regel eine amtliche Fürsorgestelle zu errichten. Auch diesen Fürsorgestellen steht je ein Beirat zur Seite. Gegen die Entscheidungen des Beirats ist die Beschwerde an die Hauptfürsorgestelle zulässig, die, falls sie selbst nicht abhilft, die endgültige Entscheidung ihres Beirats herbeiführt.

* * *

So haben wir nun endlich die reichsgesetzliche Anerkennung der Kriegswohlfahrtspflege als Reichsaufgabe. Damit ist aber erst der erste Schritt getan. Nicht nur der weitere Ausbau und die Verwaltung der Kriegsfürsorge erfordert einen neuen großen Kostenaufwand, sondern die Fürsorge selbst bedarf noch ganz erheblicher Mittel, um wirklich segensreich wirken zu können und allen billigen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir sind aber bei der Aufbringung der Mittel über die freiwillige Mildtätigkeit noch nicht hinaus. Der Satz der Petition vom 15. September 1915, daß unsere heimkehrenden Truppen nicht durch öffentliche Sammlungen an Almosen erinnert werden sollen, sondern fühlen mögen, daß die Nation sich der Dankespflicht bewußt sei, fand wohl ungeteilte Anerkennung. Statt daß aber das Reich seiner Ehrenpflicht nachkam und rechtzeitig durch die vorgeschlagene einmalige Abgabe vom Vermögen die Mittel für die genannten Zwecke bereitstellte, gesellte sich 1918 zu der Nationalstiftung noch die Ludendorffspende. Und dabei ist es bis heute geblieben.

Darüber, daß ein großer Teil des gegenwärtigen außerordentlichen Geldbedarfs des Reiches durch Reichs-Vermögensabgaben wird gedeckt werden müssen, wird wohl in keinem Bundesstaat mehr ein Zweifel bestehen. Es kann diesbezüglich auch auf den im September 1917 erschienenen Aufsatz des jetzigen Finanzministers des Volksstaates Bayern Prof. Dr. Edgar Jaffé: „Grundsätzliches zur Frage der Kriegskostendeckung und Steuerreform" (in der von Herkner herausgegebenen „Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft") verwiesen werden.[1]

Warum sollen wir dann nicht schon jetzt ausschließlich für die Zwecke der Kriegsfürsorge eine einmalige Vermögensabgabe vorweg einführen? Soll es von der Höhe des jetzt noch nicht übersehbaren Gesamtbedarfs des Reiches abhängen, ob wir unserer Ehrenschuld gegenüber den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im vollen Umfange nachkommen werden oder nicht? Sollen wir warten, bis die durch die lange Kriegführung mancherorts hervorgerufene Arbeitsunlust in Verbindung mit wirtschaftlichem Rückschritt und erdrückenden Friedensbedingungen den Staatsbankerott herbeigeführt haben, um dann die Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in die Konkursmasse zu werfen und sie mit der Vergleichsquote abzufinden?

Nein, Ehrenschulden schiebt man nicht auf die lange Bank!

Wir Deutsche sind schon wieder das Land der Dichter und Denker und vertreiben die Zeit mit theoretischen Feldzügen über das Thema, welche Art von Revolution wohl die beste sei, nicht ohne ein Schielen nach dem Ausland, ob man uns nicht etwa bald lobt ob unserer Revolution und Selbstverleugnung, ob man nicht bald dem Beispiele Deutschlands folgen werde. „Deutschland in der Welt voran!" Wenn nicht mit Siegen, dann mit Revolution.

O über den deutschen Michel!

Gehen wir statt dessen mit gemeinsamen Kräften an den sozialen Neubau unserer Heimat! Wir sind doch alle ohne Ausnahme guten Willens! Da können wir uns doch auch zu vertrauensvoller Arbeit zusammenfinden. Und das Erste müßte da doch die Fürsorge für die Aermsten der Armen, für die Kriegsverstümmelten und für die armen Witwen und Waisen unserer gefallenen Helden sein!

Das vielgeschmähte Bürgertum hat durch seine besonnene Zurückhaltung selbst bei den ungerechtesten Verdächtigungen den Bürgerkrieg verhütet und bewiesen, daß es die soziale Forderung der Zeit anerkennt und zu positiver Mitarbeit bereit ist.

Wenn auch der nationale Schwung von 1914/15 dahin ist, warum sollen wir uns nicht wieder die Hand reichen, Bürger und Bauern, Arbeiter und Kaufleute, Frauen aller Stände, zu einem großen nationalen Opfer, zu einer sozial gerecht abgestuften einmaligen Abgabe vom Vermögen zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Kriegsfürsorgebeitrag)?

Gerade jetzt, bevor noch die Werte, die wir in Händen haben, in nichts zerronnen sind, gilt es, die Mittel für die Kriegswohlfahrtspflege bereit- und vor dem Staatsbankrott und dem Zugriff der Feinde sicherzustellen! Wenn wir noch rechtzeitig einen solchen Beitrag erheben und — sei es in Gold, sei es in Grundstücken, ausländischen Werten oder Edelsteinen — einer für die genannten Zwecke dienenden Stiftung einverleiben, so würde es der Feind vor der Geschichte kaum wagen können, seine Hand auf diese der sozialen Fürsorge dienende Einrichtung zu legen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Aufruf der Reichsregierung.

Zur Monatswende haben die Minister von Weimar aus eine programmatische Kundgebung erlassen, die einem Notschrei sehr ähnlich sieht. Sie appellieren an den gesunden Menschenverstand und an den Gemeinsinn der Bevölkerung zur Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Anarchie, die das Reich zu zerstören droht, und suchen insbesondere die Stimmung in der bisher regierungstreuen Arbeiterschaft aufzufrischen, indem sie die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie, das „einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitliche Grundlage" versprechen.

Den Anlaß zu dieser außerordentlichen Kundgebung gaben die Tumulte in den thüringischen Städten um Weimar herum, die traurigen Vorgänge in München und die Ansätze zum politischen Generalstreik in Berlin, der eine gefährliche Begrüßung der (inzwischen vertagten) preußischen Landesversammlung bilden sollte. Wenn die Wasserkante wieder beruhigt ist und in dem rheinisch-westfälischen Revier die Hauptnester der Spartakisten ausgeräumt sind, so bricht der überrevolutionäre Brand gemäß seinem Flugfeuer-Charakter immer wieder an anderen Stellen aus. Deutschland kann und soll nicht zu der Ruhe kommen, die es zur Genesung unbedingt braucht.

Ueber die Wirkung des Aufrufes der Reichsregierung wird man sich leider wohl keine großen Illusionen machen dürfen. Man will die Gewaltanwendung auf ein Minimum beschränken und greift deshalb immer wieder zu dem Hilfsmittel der Verhandlung mit den Aufsässigen und des guten Zuredens, obschon man bisher dabei bittere Enttäuschungen geerntet hat. Die Spartakisten und erklärten Kommunisten pfeifen auf alle Abmachungen; auch die Mehrzahl der „Unabhängigen" will sich nicht eher beruhigen, als bis sie die verlorene Macht wieder in

[1] Die wegen ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit und wegen ihrer gesunden praktischen Vorschläge äußerst lesenswerte Schrift ist als Separatabdruck unter dem Titel „Die Finanz- und Steueraufgaben im neuen Deutschland" im Verlag von Duncker & Humboldt, München und Leipzig 1919, zum Preise von M 1.50 erschienen.



ihre eigene Hand gebracht haben. Die nächste Aufgabe ist, die Mehrheitssozialisten zu schützen vor der Vergewaltigung und vor der Verführung durch die radikale Minderheit. Den Terror wird man schließlich doch nur durch die stramme Anwendung der gesetzlichen Gewalt brechen können. Ob die Verführung sich durch amtliche Belehrungen und Verheißungen hemmen läßt, muß sich nun zeigen. Tatsächlich ist, wie sich sowohl bei den späteren Wahlhandlungen als auch in verschiedenen örtlichen Vorgängen gezeigt hat, die Unzufriedenheit in die Reihen der Mehrheitssozialisten eingedrungen. Die meiste Widerstandskraft gegen die Hetzerei fand sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wozu offenbar der starke Einschlag von christlichen Gewerkschaften wesentlich beigetragen hat. In Thüringen war von der Selbsthilfe der vernünftigen Arbeiter viel weniger zu bemerken, und in Berlin haben die Kommunisten dank der Unterstützung durch die Unabhängigen am Montag in der Sitzung die Arbeiterräte die Erklärung des Generalstreiks durchgesetzt.

Uebrigens sind Enttäuschung und Unzufriedenheit die natürlichen Folgen einer solchen Revolution, wie wir sie erlebt haben. Den Massen war vorher immer wieder eingeredet worden, daß alles Uebel von der alten Regierung und von der ausbeutenden Bourgeoisie herrühre. Als nun die Regierung gestürzt und die sozialistische oder gar die proletarische Republik ausgerufen war und die Führer der Sozialdemokratie die volle Herrschaft übernommen hatten, da dachten sehr viele Sozialisten, jetzt werde sofort das goldene Zeitalter anbrechen mit riesigem Verdienst bei wenig Arbeit. Herrschsucht und Eigennutz schossen ins Kraut. Die Gelüste nach Klassenherrschaft wurden enttäuscht durch den Ausfall der Wahl, die keine sozialistische Mehrheit ergab und durch die Bildung einer Koalitionsregierung. Der Goldregen für die Arbeiter ließ auch auf sich warten, da durch Lohnstreiks kaum mehr zu erringen war, als der Ausgleich für die gesunkene Kaufkraft des Arbeitslohnes. Wo blieben die Hoffnungen auf den reichen Beuteanteil bei der Aufteilung des vielbeschrienen Kapitalgewinnes? Die Hetzer fanden Anklang mit ihrer Behauptung, daß die sozialistischen Minister das Proletariat „verraten" hätten in ihrem Pakt mit der Bourgeoisie. Es müsse sofort gründlich „sozialisiert" werden, dann werde das Glück kommen.

Der ermordete Abgeordnete Osel hat in seinem letzten Beitrag für die „Allgemeine Rundschau" schlagend nachgewiesen, daß die Sozialisierung nicht die erhofften goldenen Eier bringen, wohl aber die legende Henne, die deutsche Industrie töten kann, woraus sich dann die Armut und die Hungersnot ergeben müssen, nicht nur für die Bourgeois, sondern für die Arbeiterschaft selbst.

Zur Beruhigung kündigt nun die Reichsregierung an, daß sie auf dem Wege der Sozialisierung fortschreiten will, aber sie muß natürlich dabei die gebotenen Einschränkungen machen. Es heißt da: „Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können." Weitere überstürzte Experimente auf diesem Gebiete wären in der Tat wirtschaftlicher Selbstmord. Aber die Hetzer werden die unvermeidlichen Vorbehalte ausnützen zur weiteren Aufwiegelung.

Dazu kommen die Machtansprüche der Arbeiterräte auf politischem Gebiete, die von ihren Befürwortern auch gegen die regelrecht gewählten Volksvertretungen geltend gemacht werden. In München ist freilich der radikale Antrag auf Ausrufung der „Räterepublik" mit großer Mehrheit abgelehnt und die Aussicht auf Wiedereinberufung des gesprengten Landtags gelassen worden; vorläufig besteht aber auch da noch eine Räte-Regierung, von deren Einsicht das weitere abhängt. In Berlin ist auf dem Rätekongreß der Plan aufgetaucht, neben alle allgemeinen Volkskammern (große und kleine) überall eine vollberechtigte, kontrollierende Arbeitskammer zu stellen, was erstens eine arge Verschleppung der Geschäfte und zweitens ein Herrschaftsprivilegium für eine einzelne Klasse bedeuten würde. Der Aufruf der Reichsregierung will in diesem Punkt keine Halbheit und keine Unklarheit zulassen. „Hier gibt es für uns kein Paktieren. Die politische Macht gehört allein der frei gewählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden." Dieses rückhaltlose Bekenntnis zu den Grundsätzen der Demokratie ist löblich, aber die Räte werden sich gegen die politische Kaltstellung wehren.

Zum Ersatz wird ihnen die wirtschaftliche Demokratie versprochen: die Betriebsräte, die aus den freiesten Wahlen der Arbeiter hervorgehen, sollen die berufenen Vertreter aller Arbeiter sein und die „konstitutionelle Fabrik" begründen, wo die Sozialisierung sich noch nicht durchführen läßt. Wenn in der konstitutionellen Fabrik auch die Angestellten, die Techniker und die Unternehmer zu ihrem gebührenden Recht kommen, so kann man ja den Versuch machen. Es wird aber nur gehen, wenn bei den Arbeitern die Vernunft herrscht, d. h. die Rücksicht auf die wirtschaftliche Möglichkeit und die entsprechende Selbstbescheidung.

Der Aufruf ist gut gemeint, wir wünschen ihm reichen Erfolg, aber im Hoffen bleiben wir vorsichtig. Das deutsche Volk befindet sich nach wie vor am schroffen Rande des Abgrundes.

Wirksamer als alle Aufrufe und Versprechungen würde zur Dämpfung der wachsenden Unzufriedenheit die Verbesserung der Ernährung beitragen. Die Entente hält jedoch grausamer Weise an der Blockade und an ihrer Hungertaktik fest und will für den endgültigen Waffenstillstand neue unerhörte Bedingungen stellen.

Die Nationalversammlung in Weimar setzt trotz aller Wirren rings umher ihre Arbeiten für die neue Rechtsordnung und auch für die erforderliche Wehrmacht ruhig und rüstig fort.

Zum Ueberfluß ist von Berlin her noch ein neuer Zankapfel in die verworrene Volksseele geworfen worden. Nachdem im Reiche sich die Koalitionsregierung mit opferwilliger Hilfe des Zentrums gebildet und den Verhältnissen nach gut bewährt hat, tauchen Kulturkämpfer von gelber und roter Färbung auf, die für die Gesetzgebung und Regierung in Preußen einen Linksblock bilden möchten unter Kaltstellung des Zentrums, um so die kirchen- und religionsfeindliche Politik des ausgeschifften Kultusministers Adolf Hoffmann wieder aufzunehmen. Wenn dieser Plan der Kulturkämpfer gelingen sollte, so würde die gegenwärtige Ordnung im Reiche in Scherben gehen und der innere Friede eine weitere heillose Erschütterung erfahren. Der freventliche Versuch wird hoffentlich schon im Keime scheitern. Es muß aber das ganze christliche Volk zu erhöhter Wachsamkeit und verschärfter Organisation antreiben.

Die zweite Revolution in München.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Die erste, von Kurt Eisner in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 durchgeführte Revolution stürzte die konstitutionelle Monarchie in Bayern und brachte an deren Stelle in dem revolutionären Ministerium und den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten provisorische Gewalten, welche die auf den Willen des Volkes zu gründende staatliche Neuordnung in die Wege zu leiten hatten. Durch die allgemeinen Wahlen vom 12. Januar und 2. Februar 1919 hat das bayerische Volk mit überwältigender Mehrheit seinen Willen dahin zu erkennen gegeben, daß die neue Staatsform die der demokratischen Republik sein solle, in welcher das Volk die ihm zustehende höchste Staatsgewalt durch den von ihm gewählten Landtag als alleinigen und ausschließlichen Träger der gesetzgebenden Gewalt ausüben sollte. Wie die Verhältnisse am Morgen des 21. Februar lagen, konnte man hoffen, daß die verfassungsmäßige Verankerung dieser Staatsform in der beginnenden Landtagstagung würde vollzogen werden können. Zu den Opfern des blutigen 21. Februar gehörte auch diese Hoffnung. Es begann die zweite Revolution, die in dem Beschlusse des Rätekongresses vom 28. Februar ihren einstweiligen Abschluß fand.

Die wichtigste Folge der Ereignisse des 21. Februar war, daß die Frage der Gestaltung und Zuständigkeit der A.-, S.- u. B.-Räte aus dem Stadium der Möglichkeit gesetzlicher Regelung herausgerissen und zu einer Machtfrage wurde. Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns (Mehrheitssozialisten) hatte sich am 19. und 20. Februar auf den Boden des Einkammersystems gestellt und die Regierung aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit der Landtag seine parlamentarischen Arbeiten ungestört erledigen könne. Entsprechend dem grundsätzlichen Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Einkammersystem sei das Rätewesen organisch zu gestalten und sein Tätigkeitsgebiet durch Gesetz festzulegen. In dieser Hinsicht ersuchte die Konferenz

die sozialdemokratische Landtagsfraktion, nach Möglichkeit nach folgenden Grundsätzen zu wirken:

Die Arbeiter- und Bauernräte wahren die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine gesetzgebende oder vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Körperschaften und Behörden, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Zentralräte der Arbeiter- und Bauernräte haben das Recht, Erhebungen zu veranlassen und in besonders gelagerten Fällen selbst durchzuführen, dem Landtag Gesetzentwürfe zu unterbreiten und sie im Landtag durch einen Vertreter zu begründen. Die Mitglieder der Zentralräte genießen, abgesehen von ehrlosen Handlungen, bei Ausübung ihres Amtes Immunität.

Damit schien für Verhandlungen unter den Parteien des Landtags eine Basis gegeben, auf der sich eine Einigung wohl hätte ermöglichen lassen. Im Verfolg der Vorgänge des 21. Februar aber wurde diese Frage ein integrierender Bestandteil der Bestrebungen auf Herstellung der sozialistischen Einheitsfront zwecks Aufrichtung der sozialistischen Republik. Am 22. Februar stellte ein Einigungsvorschlag der Vorstände der beiden sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der A.-, S.- und B.-Räte folgende Richtpunkte für ein Aktionsprogramm auf:

1. Die A.-, S.- und B.-Räte sind die berufsgemäße Vertretung der Arbeiter, Soldaten und Bauern und werden durch die Verfassung des Volksstaates Bayern anerkannt und verankert. Die Mitglieder der Räte genießen in Ausübung ihres Amtes Immunität. Dem Ministerrat wird je ein Abgeordneter der A.-, S.- und B.-Räte mit beratender Stimme beigegeben.

2. Die Vertreter der unterfertigten Körperschaften erklären sich bereit, unter Beibehaltung der im Amte verbliebenen Minister gemeinsam ein sozialistisches Ministerium zu bilden, dem ein Landwirtschaftsministerium aus den Kreisen des Bauernbundes angegliedert wird. Dieses Ministerium wird bis zur Verabschiedung der Verfassung durch die Volksvertretung die Regierungsgeschäfte auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes ausüben.

3. Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.

4. Das jetzt noch stehende Heer wird unverzüglich entlassen und an dessen Stelle die republikanische Schutzwehr ausgebaut, und zwar aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der freiorganisierten Landarbeiter.

5. Die Freiheit der Presse wird grundsätzlich wiederhergestellt. Die Presse hat jedoch bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Einheit des Volkes zu stören und dadurch den Bruderkrieg zu fördern. Dem Kultusministerium wird eine Aufklärungsabteilung beigegeben, die dafür zu sorgen hat, daß die Bevölkerung über alle Fragen ihrer Lebensinteressen die volle Wahrheit erfährt.

Indessen hat der Räte-Kongreß, der seit der Sprengung des Landtages am 21. Februar sich als gesetzgebendes Organ gerierte, während die Exekutive in den Händen eines Aktionsausschusses und eines unter Hinzuziehung der drei sozialistischen Parteien gewählten Elfmännerausschusses (Zentralrats) lag, sich dem Vorschlag der Führer nicht angeschlossen, sondern am 28. Februar gegen 14 Stimmen folgendem Antrag seine Zustimmung erteilt:

Der Rätekongreß erklärt:

1. Der Landtag bleibt vorerst vertagt.

2. Die Tagung des provisorischen Nationalrates wird für geschlossen erklärt.

3. Ueber den Termin der Wiedereinberufung des Landtages entscheidet das provisorische Ministerium in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß.

4. Die jetzige Tagung der A.-, S.- und B.-Räte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar. Doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus höchstens 250 Mitgliedern bestehen, die von den bestehenden A.-, S.- und B.-Räten der acht Kreise nach den von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß herauszugebenden Richtlinien zu wählen sind.

5. Der zur Wahrnehmung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuß besteht aus 33 Mitgliedern. Diese setzen sich zusammen aus den je 7 Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der A.-, S.- und B.-Räte, je 3 Vertretern der sozialdemokratischen Partei, der U. S. P., des revolutionären Arbeiterrates und des parlamentarischen Bauernrates. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden. Der Aktionsausschuß wählt aus seiner Mitte einen siebengliedrigen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuß verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können.

6. Sobald es die Verhältnisse gestatten, wird dem gesamten Volk das am 4. Januar 1919 vom Gesamtministerium proklamierte Staatsgrundgesetz zur Abstimmung vorgelegt mit Abänderungen auf folgender Grundlage:

a) Dem Landes-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat steht das Recht zu, Gesetzentwürfe vorzulegen und durch Veto gegen Parlamentsbeschlüsse die Entscheidung des gesamten Volkes anzurufen.

b) Die Räte wirken in der Verwaltung mit.

7. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern wird von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß ausgearbeitet und dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt.

8. Der Kongreß der A.-, S.- und B.-Räte wählt ein neues Ministerium unter Hinzuziehung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Dem Ministerium für Kultus und Unterricht wird eine Abteilung für Volksaufklärung angegliedert. Der Aktionsausschuß hat mit dem Ministerrat die Frage der Ernennung von Staatssekretären zu entscheiden.

9. Das Gesamtministerium ist dem Zentralrat beziehungsweise dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.

Ein Antrag des Kommunisten Mühsam, dahin lautend: „Bayern wird zur sozialistischen Räte-Republik ausgerufen, die gesamte Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt wird dem von den A.-, B.- und S.-Räten repräsentierten arbeitenden Volke zugewiesen", wurde zwar mit 234 gegen 70 Stimmen abgelehnt, worauf die Kommunistenführer ihren Austritt aus dem Zentralrat erklärten, allein ein Vergleich zwischen dem Vorschlag vom 22. und dem „Kompromißbeschluß" vom 28. Februar zeigt deutlich, welchen Fortschritt der Gedanke der Räte-Republik tatsächlich gemacht hat. Die Kompetenzen von Landtag und Räten erscheinen fast vollständig ausgewechselt. Der Landtag wird ganz in den Hintergrund gedrängt, sein Wiederzusammentritt hängt von dem Ermessen der Räte ab. Der Kongreß der Räte tritt vorläufig an die Stelle des Landtags mit einem Maß von Machtbefugnissen, die ihm auch gegenüber einem später zugelassenen Landtag ein Uebergewicht sichern, das den Landtag zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, zumal wenn ihm durch ein ohne seine Mitwirkung zustande gekommenes, auf die Herrschaft der Räte zugeschnittenes „Staatsgrundgesetz" und eine entsprechende Verfassung von vornherein der Boden für eine fruchtbringende Tätigkeit entzogen oder wenigstens erheblich beengt ist.

In dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Landtag und Räteorganisation liegt zugleich eine mit den Grundsätzen der Demokratie nicht mehr zu vereinbarende Verschiebung des Gleichgewichts der Rechte weitester Volkskreise, nämlich der hinter jenen beiden Organisationen stehenden Wähler. Selbst aus sozialdemokratischen Kreisen erheben sich ernst warnende Stimmen. In Nr. 49 der mehrheitssozialistischen „Münchener Post" betont Paul Kampffmeyer, daß der berufsständische Gedanke der Arbeiterräte nicht die Idee der unverfälschten Demokratie verwirklichen könne, da das berufsständische System nicht alle Menschen, sondern nur die Berufstätigen umfasse, aber selbst große Gruppen der Berufstätigen von dem Genuß des berufsständischen Wahlrechts ausgeschlossen seien. Jene Verwirklichung strebe der Sozialismus als die höhere Form rein menschlicher Vergesellschaftung an. „Wollen wir nun", so schließt Kampffmeyer, „in Bayern den Aufstieg zu diesem Sozialismus damit beginnen, daß wir den ersten Versuch der Begründung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft durch die diktatorische Herrschaft ganz kleiner und durch ein undemokratisches Wahlsystem sorgfältig durchgesiebter Machtgruppen zerschlagen lassen? Wir können als demokratische Sozialisten unsere Arbeit nicht damit eröffnen, daß wir dem Willen des Volkes, der sich am 12. Januar ausgesprochen hat, einen niederschmetternden Faustschlag versetzen."

In der Debatte des Räte-Kongresses wurde der Abschluß des „Kompromisses" begründet mit der Notwendigkeit geordneter Zustände, einer zielbewußten, klarsehenden Regierung und der Rettung der gefährdeten Errungenschaften der Revolution. Es erscheint immerhin zweifelhaft und würde sich erst erweisen müssen, ob der jetzt eingeschlagene, erst auszubauende Weg schneller, sicherer und reibungsloser zum Ziele führt, als der bereits vorhanden gewesene, durch den Gesamtwillen des Volkes geschaffene Weg über den Landtag. Auch dürfte kein Zweifel bestehen, daß der durch den Beschluß des Räte-Kongresses vom 28. Februar geschaffene staatsrechtliche Zustand keineswegs die Vorbedingungen erfüllt, welche die neue Reichsverfassung in Art. 16 für die Anerkennung Bayerns als Gliedstaat des Reiches stellt: „Jeder Gliedstaat muß eine freistaatliche Landesverfassung haben, nach der die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von

Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird, und nach der die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf." Weder der Räte-Kongreß noch das am 1. März von ihm eingesetzte sozialdemokratisch-bauernbündlerische Ministerium entsprechen den Anforderungen des Art. 16. Die innen- und außenpolitischen Folgen dieses Zustandes können folgenschwer sein, worauf auch die Protestkundgebung der bayerischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung hinweist. Deshalb sollte man den gewaltsam gesprengten legitimen Landtag schleunigst wieder einberufen. Das fordert auch die sozialdemokratische „M. Post" (Nr. 50), indem sie schreibt: „Sind die neue provisorische Regierung und der Aktionsausschuß nämlich richtig beraten, so bieten beide selbst die Hand zu einer möglichst baldigen Einberufung des Landtages und zu einer sofortigen Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten (Unverletzlichkeit der Person, Freiheit der Meinung in Rede und Schrift). Der Landtag allein kann einer revolutionären Regierung die notwendige Autorität verleihen, deren sie zur ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte bedarf."

Was das Volk an seinen religiösen Orden hat.

Einige Rechnungen von P. Erhard Schlund, O. F. M.

Für Zahlen haben die heutigen Menschen einen guten Sinn, namentlich, wenn diese Zahlen Gewinn und Verlust bedeuten. Das Leben so vieler Zeitgenossen ist ja bloß auf die beiden Richtpunkte Gewinn und Genuß eingestellt, die so nahe beieinander liegen, und was nicht in dieser Richtung liegt, das hat für sie keinen Wert, ja das können sie nicht einmal verstehen. Und wenn es gar diametral entgegengesetzt liegt, wie Verzicht und Abtötung, dann ist es in ihren Augen direkt ein Verlust am Leben, ein negativer Wert. Als solche negative Werte schätzen viele die religiösen Orden und ihre Arbeit ein, weil sie selber manchmal wenig spüren von der Arbeit der Orden und weil der bloße Anblick der Ordenspersonen sie schon daran erinnert, daß es außer Genuß und Gewinn doch noch etwas anderes gibt im Leben und besonders nach dem Leben.

Solchen Leuten sei heute in ihrer Sprache, in Zahlen, dargelegt, daß die religiösen Orden und ihre Tätigkeit, daß Verzicht und Abtötung doch auch für sie einen Wert, einen wirtschaftlichen Wert haben.

Für die Orden freilich ist es eigentlich eine Beleidigung, ihre Bedeutung und den Wert ihrer Arbeit in Zahlen darstellen zu wollen. Sie wollen ja nur arbeiten für die Ewigkeit, und für Ewigkeitswerte gibt es nur ein irdisches Zahlenzeichen, und das heißt ∞ (unendlich). Doch es soll ja auch nicht der Wert ihrer Arbeit und ihres Verzichtes in Zahlen ausgedrückt werden, sondern es soll nur an einigen Beispielen gezeigt werden, was die Allgemeinheit durch die Tätigkeit der Orden gewinnt und was sie verlieren würde, wenn die religiösen Orden vertrieben würden.

Daß es nun sehr schwer ist, caritative Arbeit in Zahlen zu fassen, weiß jeder, der sich einmal damit beschäftigt hat, bloß den Jahresbericht eines Wohltätigkeitsvereins zusammen zu stellen. Fast unmöglich ist es aber, den wirtschaftlichen Wert der katholischen Orden in Zahlen auszudrücken. Es läßt sich im höchsten Falle feststellen, was sie an finanziellen Opfern gebracht haben und was sie gegenüber der Laienarbeit auf dem entsprechenden Gebiete an Lohn erspart haben. Allein damit ist noch nichts gesagt über die Länge der Arbeitszeit, über freiwillige Leistungen, über die Qualität der Arbeit, über die Einsparungen durch freiwilligen Verzicht und Aszese, durch Verzicht auf Alters- und Krankenversorgung und dergleichen. Aber auch die finanziellen Opfer und Ersparungen sind sehr schwer feststellbar. Denn die Orden handeln, wie es ja ganz in ihrem Wesen liegt, nach dem Grundsatze des Herrn, der da sagt: Du aber, wenn du Almosen gibst, so soll deine Linke nicht wissen, was deine Rechte tut, damit dein Almosen im Verborgenen bleibe; und dein Vater, der es sieht, wird dir's im Verborgenen vergelten. (Mt. 6, 3). Das ist das christliche Ideal. Der Statistiker aber möchte gern „leider" dazu sagen. Denn dadurch bekommt er für seine Arbeit keine Zahlen. Schwer verstehen sich namentlich die Oberinnen der religiösen Orden dazu, von ihrem Grundsatz abzuweichen und Zahlen zu geben. Das, was man aber in den statistischen Sammelwerken findet und sonst, ist — aus dem gleichen Grunde zum Teil — sehr unzuverlässig.

Ich habe mich im folgenden bemüht, möglichst genau zu arbeiten. Trotzdem werden viele Zahlen nicht ganz stimmen, wenigstens nicht in den letzten Ziffern, weil sich eben nicht alles erfassen ließ. Um die unvermeidlichen Fehler in etwas auszugleichen, habe ich von dem, was für die Orden sprach, immer die geringste Zahl genommen, was aber gegen die Orden, zugunsten der Vergleichsgegner, der weltlichen Schule usw. sprach, die höchste Vergleichsziffer. Der Zweck ist ja nicht, ganz genaue Zahlen zu liefern, sondern zu zeigen, was das Volk an den Orden hat und was es sich durch die Ordenstätigkeit erspart. Es werden derartig überraschend hohe Zahlen herauskommen, daß die Fehler dagegen verschwinden. Außerdem sei bemerkt, daß überall die Zahlen vom letzten Friedensjahr 1913 in Rechnung gezogen sind, soweit es möglich war, weil die Kriegsjahre ja doch Ausnahmsjahre sind. Es gilt also, wo nichts gesagt ist, immer das Jahr 1913.

Zunächst einiges über die soviel angefeindeten Klosterschulen, also über die Tätigkeit der katholischen Ordensfrauen in der Volksbildung.

Im Jahre 1913 gab es in Bayern 1390 weibliche Ordensniederlassungen mit 15 550 Mitgliedern. Das ist im Verhältnis nicht zuviel. Das kleinere Elsaß-Lothringen hat viel mehr. Von diesen widmeten sich 6740 der Erziehung und dem Unterricht. Sie arbeiteten in höheren Mädchenschulen, Mädchenmittelschulen, Mädchenvolksschulen, dann Erziehungsanstalten, Waisenhäusern und ähnlichen Anstalten. Von weiblichen katholischen Orden wurden in Bayern im Schuljahr 1917/18 54 höhere Töchterschulen und 44 Mädchenmittelschulen, zusammen 98 höhere Mädchenschulen geführt mit 7448 + 2786 = 10 234 Schülerinnen. Da das ganze Land bloß 153 höhere Mädchenschulen hat, so werden also 64,05 Prozent der höheren Mädchenschulen Bayerns von Ordensfrauen versorgt. Die gesamten höheren Mädchenschulen Bayerns hatten 21 129 Schülerinnen. Es gingen also 48,45 Prozent aller „höheren Töchter", das ist beinahe die Hälfte bei den Klosterfrauen in die Schule. Für die den Ordensfrauen nicht gehörigen Schulen wurden aus Staats-, Kreis- und Gemeindemitteln im ganzen 857,330 ℳ aufgewendet, von welchen 29,430 ℳ der Staat bezahlte. Von dieser Summe erhielten die klösterlichen Mädchenschulen nichts. Man darf nun wohl annehmen, daß die Orden für ihre Schulen im Verhältnis ebensoviel aufgewendet haben als Staat und öffentliche Körperschaften; wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, wird sagen müssen, daß die Klosterfrauen viel mehr für ihre Schulen tun als ihre Konkurrenz. Umsonst sind die klösterlichen Töchterschulen nicht überfüllt. Man vergesse auch nicht, daß die Schwestern ohne Gehalt, ohne Altersversorgung, ohne Krankenversorgung arbeiten, daß sie die Schulhäuser und Lehrmittel aus ihrem ins Kloster mitgebrachten Vermögen gestellen. Nehmen wir aber bloß den relativ gleichen Aufwand an. Dann leisten die Ordenslehrerinnen aus ihren Mitteln und aus ihrer Kraft und ihrem einfachen klösterlichen Leben dem bayerischen Volk jährlich die Summe von 1'700,000 ℳ, ohne dafür eine Gegenleistung vom Volke zu erhalten. Um die Summe recht würdigen zu können, bedenke man, daß die beiden Kreise Mittelfranken und Unterfranken mit 1 642 634 Einwohnern bloß 1'724,771 ℳ Einkommensteuern bezahlt haben (1911). Die bayerischen Frauenorden schenken also allein durch die höheren Mädchenschulen dem bayerischen Volk soviel, als diese beiden Kreise mit der Industriestadt Nürnberg dem Staat an Einkommensteuer zahlen.

Doch die Tätigkeit für die höhere Mädchenbildung ist nur ein Bruchteil dessen, was die weiblichen Orden für Erziehung leisten. Es läßt sich aber nur noch die Arbeit und die Opfer für die Volksschule finanzstatistisch erfassen. Was in Kinderbewahrschulen, Waisenhäusern usw. geleistet wird, kann man nicht auf Mark und Pfennig ausrechnen. Im Schuljahr 1913/14 waren von den bayerischen Volksschulen 441 den Ordensschwestern anvertraut, das ist 8,2 Prozent der katholischen Volksschulen und 5,85 Prozent aller bayerischen Volksschulen. Ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz, wobei allerdings zu bedenken ist, daß von den 7534 bayerischen Volksschulen 3656 bloß mit einer männlichen Lehrkraft besetzt waren, also keine Ordensschwestern haben konnten. An den klösterlichen Schulen wirken 1506 geistliche Lehrerinnen, sogenannte deutsche Lehrerinnen, ohne Handarbeits-, Turn- usw. Lehrerinnen. Das sind von allen bayerischen Volksschullehrkräften 7,6 Prozent, von den katholischen Lehrkräften

11 Prozent, von den weiblichen Lehrkräften 28 Prozent. Sie unterrichten über 90000 Schulkinder (die Zahl ließ sich nicht ganz genau ermitteln, weil eine Kongregation keine Zahl gab), das sind 11,5 Prozent der katholischen Schulkinder und 8,3 Prozent aller Schulkinder Bayerns. Diese Tätigkeit der Ordensfrauen erspart dem bayerischen Volke und vor allem den Gemeinden, die Ordensfrauen angestellt haben, eine große Menge Geldes. Eine größere bayerische Stadt hat nach Berechnung der Stadtkämmerei von 1904—1918 die Summe von 308,000 Mark durch die Schulschwestern eingespart. Ganz genau kann man das gar nicht mehr feststellen, was sie bis vor einigen Jahren ersparten. Denn es gab bis vor einigen Jahren Ordensfrauen, welche als Volksschullehrerinnen jährlich 16 (sechzehn!) *M.* bekamen. Im Jahre 1917 erschien eine Ministerialverordnung, welche bestimmte, daß klösterliche Lehrerinnen nicht unter 800 *M.* und nicht über 1200 *M.* einschließlich aller Zulagen bekommen sollten. Eine weltliche Lehrerin fängt mit 1200, resp. 1600 *M.* ohne Zulagen an. Tatsächlich beziehen die klösterlichen Lehrerinnen in Bayern, soweit sich feststellen ließ, zurzeit ein jährliches Durchschnittsgehalt von 720 *M.* Von allen persönlichen Ausgaben für die Volksschulen in Staat, Kreis und Gemeinde treffen nun auf eine ordentliche Lehrperson jährlich 2196 Mark. Wenn nun eine klösterliche Lehrerin im Durchschnitt jährlich bloß 720 Mark Auslagen aus öffentlichen Mitteln verursacht, so spart das bayerische Volk durch die Anstellung der 1506 Klosterfrauen im Volksschuldienste jährlich 2'222,956 *M.* Zum Vergleiche sei angeführt, daß die drei fränkischen Kreise Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken mit 2304496 Einwohnern im Jahre 1911 bloß 2'181,160 *M.* Einkommensteuer bezahlten. *Es spart also das bayerische Volk die ganze Einkommensteuer der drei fränkischen Kreise durch die Arbeit, durch die Entsagung und den klösterlichen Verzicht der Ordensfrauen.* Dabei sind außer acht gelassen die eingesparten Pensionen für alte und kranke Lehrerinnen. Denn Klosterfrauen bekommen keine Pension. Außer acht gelassen ist ferner die Arbeitsschule und endlich die Mehrarbeit, die Schwestern in der Schule leisten. Denn das dürfte doch im allgemeinen auch heute noch stimmen — ohne daß ich den weltlichen Lehrerinnen zunahe treten wollte, — was ein hoher bayerischer Regierungsbeamter vor Jahren einmal gesagt hat: „Sie sind die besten Lehrerinnen. Das disputiert man ihnen nicht. Aber sie sollen ihre schwarzen Kittel zum Teufel schicken." (Imp. apol., München 1874, p. 26). Der schwarze Kittel ist auch vielfach heute noch der einzige Grund, warum man die Klosterfrauen aus den Schulen entfernen möchte. Aber das bayerische Volk hätte schon rein wirtschaftlich einen großen Schaden, wenn man bloß ihres schwarzen Kittels wegen die Schulen der Klosterfrauen aufheben würde. Denn das bayerische Volk erspart durch die Tätigkeit der Klosterfrauen in Höheren Mädchenschulen und Volksschulen jährlich 3 Millionen neunmal hunderttausend Mark, und das ist namentlich in der Zeit nach einem verlorenen Kriege doch wohl eine beachtenswerte Summe.

Ich setze noch her, was kürzlich die liberale „München-Augsburger Abendzeitung" (Sammler Nr. 146 vom 7. 12. 18) geschrieben hat: „Auch die vielen klösterlichen Lehrerinnen würden sich nicht so leicht ersetzen lassen. Ganz gewiß gibt es auch unter den weltlichen Lehrerinnen sehr viele gediegene Lehrkräfte und herrliche Charaktere, die sich ganz für ihren Beruf einsetzen, aber es ist vielleicht doch kein bloßer Zufall, daß trotz des freien Zuges der Zeit und trotz der großen Konkurrenz die klösterlichen Bildungsanstalten immer noch überfüllt sind. Hier wirkt eine Jahrhunderte alte Tradition, von der die Mitglieder des Ordens unbewußt zehren. Auch der Verzicht auf alle Lebensgenüsse ist geeignet, die Kräfte auf das eine Ziel, die treue Berufserfüllung, zu konzentrieren und für ideelle Aufgaben möglichst auszuwerten. Daß Männer mit freierer Geistesrichtung mit Vorliebe ihre Kinder klösterlichen Anstalten anvertrauen, dürfte auch kein Zufall sein, und ebenso muß es seinen Grund haben, wenn Männer, die aus klösterlichen Anstalten hervorgegangen und später eine ganz andere Weltanschauung gewonnen, dennoch mit ganzem Herzen an der Stätte hängen, wo sie ihre sorglosen Jugendjahre verlebt und ihren Lehrern zeitlebens ein gutes Andenken bewahren." Der letzte Satz gilt sicher auch von den Frauen und den klösterlichen Schulen der Ordensschwestern.

Die wirtschaftliche Bedeutung der katholischen Krankenpflege.

Die schönste Blüte der Tätigkeit der katholischen religiösen Orden war immer noch die christliche Caritas. Auf ihre Leistungen in der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit konnten und können auch Orden und Kirche stolz sein. Das erkennt auch die unreligiöse Welt heute an, daß die Orden auf diesem Gebiete Großes leisten, wenn sie freilich auch sagen, daß „die Barmherzigkeit denjenigen entwürdige und erniedrige, dem sie erwiesen wird" (Montalembert, Die Mönche des Abendlandes, I, 69) oder daß die christliche Barmherzigkeit eigentlich ein Vorwurf und eine Beleidigung für den modernen Staat sei.

Was das Volk wirtschaftlich und finanziell an der Tätigkeit der religiösen Orden auf dem Gebiete der christlichen Caritas hat, das läßt sich statistisch noch weniger fassen als ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Schule. Doch seien im folgenden einige Zahlen aufgeschrieben, an welchen das Volk sehen kann, was es durch die freiwillige Tätigkeit der Orden jährlich profitiert und was man ihm rauben würde, wenn man die Orden aus dem Lande jagte. Die Zahlen beziehen sich wiederum auf das letzte Friedensjahr 1913, soweit nicht anderes bemerkt ist.

Bekanntlich arbeiten die Ordensfrauen, von denen hier allein die Rede sein soll, auf den verschiedensten Gebieten der christlichen Caritas, man darf wohl sagen auf allen Gebieten. Im Jahre 1913 wurden in Bayern von katholischen Ordensschwestern (nicht eingerechnet sind organisierte weltliche Pflegerinnen, z. B. Drittordensschwestern und dergleichen, die nicht die drei religiösen Gelübde haben) geleitet und versorgt: 20 Krippen, 479 Kleinkinderbewahranstalten, 98 Waisenhäuser, 3 Kinderkrankenhäuser, 48 Rettungshäuser, 21 Mädchenheime, 9 Arbeiterinnenheime, 6 Damenheime, 288 Krankenhäuser, 1 Blindenanstalt, 11 Kretinenanstalten, 7 Taubstummenanstalten, 8 Asyle für Unheilbare, 1 Irrenanstalt, 72 Spitäler für Alte, 82 Pfründnerhäuser, 68 Armenhäuser, 312 ambulante Krankenpflegen, 7 Haushaltungsschulen, 18 Erholungsheime, 115 Arbeitsschulen. Dabei sind nicht gezählt die Seminarien, bischöflichen Residenzen, Gesellenhäuser und ähnliche Anstalten, in welchen Ordensschwestern den Haushalt führen. Ebenso sind nicht beigezählt die Altersheime und Erholungsheime, in welchen nur Schwestern Aufnahme finden. Was diese Häuser zum Besten des bayerischen Volkes leisten und was das bayerische Volk durch diese Tätigkeit der Ordensschwestern erspart, das läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Es sind nur ganz unvollständige Zahlen zu bekommen. Doch daß auch diese Leistungen in die Millionen gehen, das kann man schließen aus den paar Zahlen, die ich erreichen konnte.

Ich führe näher aus die *Krankenpflege*; denn diese ist ja der Hauptzweig der Tätigkeit der Orden. Im Jahre 1909 hat das kaiserliche Gesundheitsamt festgestellt, daß sich im ganzen Gebiet des Deutschen Reiches 68818 Personen (12831 männliche, 55989 weibliche) berufsmäßig mit Krankenpflege befaßten. Davon arbeiteten in der Hauspflege 20026 Personen, darunter 7299 katholische Ordensleute. In der Anstaltspflege, also in Krankenhäusern, 48792 Personen, davon 36808 weibliche. Von diesen gehörten über 34000 Orden und ordensähnlichen Genossenschaften an, und zwar waren 21552 katholische Ordensschwestern. Um die Größe dieser recht würdigen zu können, muß man bedenken, daß ja der größte Teil Preußens protestantisch ist und daß auch in katholischen Gegenden namentlich des Ostens verhältnismäßig wenig Orden sind (Polenpolitik!). Im Jahre 1913 ließen sich feststellen für ganz Deutschland 160 männliche Ordensniederlassungen mit 2190 krankenpflegenden Brüdern und 33699 Kranken; und 5250 weibliche Niederlassungen mit 34000 Schwestern und 1200000 Kranken.

In Bayern beschäftigen sich von 15550 Schwestern 7391 im Hauptberuf mit Krankenpflege. Diese Schwestern beziehen nun zum Teil für ihre Arbeit überhaupt keine Bezahlung; zum Teil 42 *M.* jährlich (!) bis zu einem Höchstsatze von 144 *M.* (Die Häuser, in welchen 200 *M.* bezahlt werden, fallen wegen der geringen Zahl der Schwestern nicht ins Gewicht.) In München bezahlte die Stadt bis vor dem Krieg in den städtischen Krankenhäusern pro Schwester jährlich 72 *M.*, wobei die Schwestern noch für Kleidung und Wäsche selber aufkommen mußten. Rechnen wir nun aber doch den Höchstsatz, den Ordensfrauen in Bayern für die Krankenpflege bekommen — der Durchschnittssatz ist etwa die Hälfte, ließ sich aber nicht genau ermitteln —, so kosten die 7391 Schwestern dem bayerischen Volk jährlich 1'064,204 *M.* Weltliche Pflegerinnen, nicht die Kriegspflegerinnen und Helferinnen, sondern berufsmäßige weltliche Krankenpflegerinnen beziehen zurzeit ein Jahresgehalt ohne Kriegszulage, aber mit Verpflegung, von jährlich 600 *M.* bei freier Station. Wenn statt der Ordensfrauen nun weltliche Pflegerinnen angestellt werden müßten, so würden diese bei gleichem Gehalt, aber ohne Altersversorgung, Krankenversor-

gung und Kriegszulagen — denn das alles bekommen die Ordensschwestern nicht — dem bayerischen Volk jährlich 4'434,600 M kosten. Es sparen also die Schwestern dem bayerischen Volke jährlich die Summe von 3'369,936 M, bloß durch die geringe Bezahlung, die sie bekommen. Dabei ist nun zu bedenken, daß man nach Sachverständigenurteil für die Schwestern 50 Prozent mehr weltliche Pflegerinnen anstellen müßte, weil letztere die Arbeit der Schwestern nicht leisten könnten und auch wegen der sozialen Gesetzgebung nicht leisten dürften, daß man außerdem eine größere Anzahl männlicher Pfleger anstellen müßte, die zurzeit durchschnittlich 100—120 M monatlich bekommen, daß natürlich dann auch die Zulagen von durchschnittlich 60 Prozent des Gehalts bezahlt werden müßten, daß endlich auch die Alters- und Krankenversorgung, die man durch die Schwestern einspart, geleistet werden müßte. Man kann so ruhig behaupten, daß das bayerische Volk durch die Tätigkeit der weiblichen krankenpflegenden Orden allein an Gehalt, Pensionen usw. jährlich gut 5 Millionen Mark einspart. Man vergleiche: der ganze Kreis Niederbayern mit 724 331 Einwohnern hat im Jahre 1911 an direkten Steuern, also Grund-, Haus-, Einkommen-, Kapitalrenten- und Gewerbesteuern dem bayerischen Gesamtvolke nur 3'776,244 M gegeben, die 7391 Ordensschwestern in der Krankenpflege allein aber 3'369,396 M!

Um im einzelnen zu zeigen, was man durch Ordensschwestern spart, sei das Beispiel eines Münchener Krankenhauses angeführt. An diesem wirken 116 Schwestern in der Krankenpflege und beziehen einen Gehalt von jährlich 144 M bei freier Kost und Wohnung. (Vor dem Kriege 72 M!) An dem gleichen Hause sind 2 weltliche Berufspflegerinnen angestellt, die zurzeit monatlich 80 M, also im Jahre 960 M bekommen. Die 116 Schwestern haben bis zum Kriege 8352 M gekostet und kosten nun 16,704 M. Wären statt der Schwestern weltliche Pflegerinnen angestellt, so müßte die Stadt 111,360 M bezahlen. Nun wären aber nach maßgebendem Urteil statt der 116 Schwestern 150 Pflegerinnen notwendig, da die Schwestern Tag- und Nachtpflege ohne Ablösung machen. Das würde der Stadt jährlich 144,000 M kosten, also rund 128,000 M oder 862 Prozent mehr als die Schwestern kosten, ohne Alters- und Invalidenversorgung. Und gar erst, wenn männliche Pfleger angestellt werden müßten.

Ich füge hier noch an, was die schon zitierte liberale „München-Augsburger Abendzeitung" im Sammler Nr. 146 vom 7. 12. 1918 schreibt: „. . . das sei hier kurz angedeutet, daß sie auf allen Gebieten ihre soziale segensreiche Tätigkeit entfalten, namentlich im Unterricht und in der Pflege der Kranken und Hilflosen und daß sie besonders in letzterer Beziehung geradezu unersetzlich sind. Ich weise nur hin auf die Krankenpflege der Barmherzigen Schwestern. Bei aller Achtung vor der Tätigkeit der Laienschwestern kann ich persönlich mich nicht überzeugen, daß sie je die Barmherzigen Schwestern ganz ersetzen und entbehrlich machen. „Mütterlichkeit" ist gewiß ein schönes Wort, aber für die opferreiche Tätigkeit einer Krankenschwester reicht diese herrliche Eigenschaft der Frau nicht aus. Ich erinnere nur an Krankensäle mit Menschen in halbtierischem und verblödetem Zustand, wie wir sie in der Anstalt von Ursberg haben, wo über tausend unglückliche Menschen untergebracht sind. Hier würde gar manche Kraft versagen, die sich noch gut bewährt in der Wundpflege eines jugendlichen Kriegers."

Das bayerische Volk hat also ohne jede Gegenleistung an der Tätigkeit seiner katholischen Ordensfrauen nur in höherer Mädchenschule, Mädchenvolksschule und Krankenpflege bloß durch die Einsparungen an Lohn und Gehalt einen jährlichen Gewinn von 1'700,000 plus 2'222,856 plus 3'369,396 M, zusammen 7'292,252 M, knapp gerechnet und überall die kleinste Summe angenommen. Das verdankt das bayerische Volk nur der klösterlichen Aszese und dem katholischen Ordensideal. Wollten wir, bloß um die Größe der Leistung anschaulicher zu machen, diese Summe zu 5 Prozent kapitalisieren, so stellt die Arbeit und der aszetische Verzicht der bayerischen Klosterfrauen in Schule und Krankenpflege für das bayerische Volk ein Vermögen von 145'800,000 M dar. Gilt nach der Revolution das sogenannte ökonomische Prinzip der Nationalökonomie, daß man mit einem Minimum des Aufwands ein Maximum der Leistung erzielen müsse nicht mehr? Hat das bayerische Volk gerade in der jetzigen Zeit nach einem verlorenen Kriege das Geld zum Hinauswerfen? Aber hinausgeworfen wäre es, dieses Riesenkapital von 150 Millionen, und noch ein viel größeres Gesamtkapital, wenn sich das bayerische Volk seine religiösen Orden nehmen ließe.

Der Pflüger.

Ich sah einen Pflüger im Frühlenzschein
Den dornigen Acker durchschreiten,
Durch wuchernde Disteln und wüstes Gestein
Dem Saatkorn die Wiege bereiten.

So schritt er die Furchen hinab und hinauf
In zähem, erbittertem Ringen
Und wühlte die Tiefen der Erde auf,
Hell hörte das Eisen man klingen.

Der Wind blies ihm rauh in das heisse Gesicht,
Der Schweiss rann in Perlen hernieder,
Er lenkte die Pflugschar und achtete nicht
Der Lerche süss trillernder Lieder. —

Es war, als wollte mit Siegesgewalt
Den Schatz aus der Tiefe er heben. —
Ich sah auf die sehnige Bauerngestalt
Und dachte: So zwingt man das Leben!

Josefine Moos.

Die Lehren der Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Von Dr. Max Joseph Metzger, Hauptleiter der Volksheilzentrale, Graz.

Die ersten Wahlen des jungen Freistaates sind vorüber. Ueberall sind sie wider Erwarten ruhig, voll Ernst und ohne Zwischenfall durchgeführt worden. Es war allenthalben wie ein Gefühl der Befreiung nach dem zwar kurzen, aber mit unerhörter Leidenschaftlichkeit geführten Wahlkampf, was die bösen Geister bannte; von größtem Einfluß war wohl auch, wie alle Blätter hervorheben, das dieses Mal zum Unterschied von den Revolutionstagen streng durchgeführte Alkoholverbot, das die Ueberhitzung der Gemüter verhinderte.

Der Aufmarsch der Parteien war kein einheitlicher durch ganz Deutsch-Oesterreich. Durch das ganze Staatsgebiet geschlossen waren die Sozialdemokraten, im allgemeinen auch die Christlich-sozialen, während die übrigen Bürgerlichen, besonders in Wien, in ungezählte Gruppen und Grüppchen zerfielen mit dem natürlichen Endresultat, daß sich über den Streit der — habe ich recht gezählt — 11 bürgerlichen oder demokratischen Parteien („Bindestrich-Demokraten" hieß sie das Volk) die Sozialdemokraten freuten. Dies um so mehr, als sich die bürgerlichen Parteien zu der so naheliegenden Koppelung der Listen aller bürgerlichen Parteien gegenüber den Sozialdemokraten unbegreiflicherweise nur in Kärnten entschließen konnten, teils wegen allzu starker persönlicher Eifersüchtelei, teils weil die Kulturkampfinteressen gewisser bürgerlicher Parteien die Koppelung mit den Christlich-sozialen nicht gestatteten. Das Ergebnis dieses Mangels an taktischem Verständnis tritt insbesondere in Wien in erschreckender Weise zutage. Nur in ganz geringem Umfang wurde die in der Koppelung gelegene Möglichkeit der Differenzierung einer Partei durch Aufstellung besonderer Interessenlisten und Koppelung derselben durchgeführt, so z. B. in Nieder- und Ober-Oesterreich von der Christlich-sozialen Partei, die als solche eine Städteliste und eine Bauernliste aufstellte, die dann miteinander gekoppelt wurden. Ein anderer Versuch wurde in Graz gemacht, wo zuerst durch den der Christlich-sozialen Partei nahestehenden „Christlich-demokratischen Frauenrat" eine eigene christliche Frauenliste aufgestellt werden sollte, deren Koppelung mit der Christlich-sozialen Liste beabsichtigt war; es kam aber schließlich nur dazu, einen eigenen Frauenstimmzettel herauszugeben, der nur den Namen der christlich-sozialen Kandidatin enthielt, was eine große Zahl von sonst mehr indifferenten Frauen veranlaßte, durch Abgabe dieses Stimmzettels der Christlich-sozialen Partei ihre Stimme zu geben. Die Wahl stand im übrigen durchaus im Zeichen des Frauenstimmrechtes. Ungezählte Wählerinnenversammlungen wurden von allen Parteien abgehalten, bei denen zumeist freilich die Männer das Wort hatten, da es allen Parteien — leider besonders auch der Christlich-sozialen Partei! — an geschulten Frauenrednerinnen fehlte. Der Eifer der Frauen bei der Wahlhilfe

und ihre Beteiligung an der Wahl war außerordentlich groß, so daß die Frauen zweifellos das Wahlresultat entscheidend beeinflußt haben.

Als Voraussetzung für die richtige Bewertung des Wahlausganges sei das Resultat der letzten Wahl vom Jahre 1911 angeführt und zwar für das Gebiet der jetzt betätigten Wahlen. Bemerkt sei, daß bei dieser Wahl Teile von zwei Wahlkreisen an der Wahl verhindert waren, so die von den Italienern in Südtirol und die von den Slowenen in Süd-Steiermark besetzten Gebiete.

Wahl im Jahre 1911 in den deutsch-österreichischen Wahlkreisen:

	Stimmenzahl	Prozentsatz der Stimmen	Mandate
Christlich-soziale	515 274	45,2 %	70
Sozialdemokraten	308 072	27,1 %	38
Deutschnat. u. Freiheitliche	166 008	14,5 %	43
Bauernbund	48 796	4,3 %	—

Die bei der vorigen Wahl aufgetretenen Parteien der deutschen Volkspartei, deutsch-fortschrittlichen Partei, deutschnationalen Partei, deutsch-radikalen Partei, deutschen Arbeiterpartei, Alldeutschen, deutschen Wirtschaftspartei und verschiedener kleinerer Gruppen haben sich diesmal anders gruppiert oder tragen andere Namen; keine Sphinx wird imstande sein, den sachlichen Unterschied ihrer Parteiprogramme herauszudestillieren. Sie werden im folgenden der Uebersichtlichkeit halber unter Deutsch-nationale und freisinnige Demokraten zusammengefaßt. Daneben unterscheiden wir noch die Partei der freiheitlichen Bauern, die in Ober-Oesterreich, Steiermark und Kärnten aufgetreten ist.

Wahl im Jahre 1919

	Stimmenzahl	Prozentsatz der Stimmen	Mandate
Christlich-soziale	1 057 748	36,4 %	70
Sozialdemokraten	1 180 456	40,6 %	71
Deutschnationale	398 511	13,7 %	15
Freiheitl. Bauernbündler	134 618	4,6 %	10
Freisinnige Demokraten	71 496	2,4 %	1
Tschechen	67 520	—	1
Zionisten	7 770	—	1

Die Verteilung der Mandate steht noch nicht ganz fest. Die drei Mandate, die in dem slowenisch besetzten Gebiet von Unter-Steiermark durch Ernennung besetzt werden sollen, werden gemäß einer Vereinbarung auf die Christlich-sozialen, Sozialdemokraten und Demokraten verteilt, für Deutsch-Südtirol soll das Wahlresultat von Lienz zugrunde gelegt werden für die Verteilung der acht Mandate der Gebiete, in denen die Wahl nicht vorgenommen werden konnte; nach diesem Schlüssel hätten die Christlich-sozialen sieben, die Sozialdemokraten ein Mandat zu erhalten, doch wird wahrscheinlich den Freiheitlichen ein Mandat der Christlich-sozialen zugebilligt, so daß man vorläufig als feststehend ansehen darf 71 Sozialdemokraten, 70 Christlich-soziale, 15 Deutschnationale, 10 freiheitliche Bauernbündler, 1 freisinnigen Demokraten, 1 Tschechen und 1 Zionisten, das letzte der 170 Mandate ist also noch zweifelhaft.

Unter Zugrundelegung dieser Mandatsverteilung partizipieren die Sozialdemokraten mit 41,8 Prozent, die Christlich-sozialen mit 41,2 Prozent, die Deutschnationalen mit 8,8 Prozent, die Bauernbündler mit 6 Prozent an den zur Verteilung gelangten Mandaten. Die verhältnismäßig zu geringe Beteiligung der Deutschnationalen mit Mandaten ist hauptsächlich auf deren Zersplitterung zurückzuführen, die verhältnismäßig zu große der Christlich-sozialen auf den Umstand, daß den sechs Mandaten von Südtirol keine abgegebenen Stimmen gegenüberstehen. Im übrigen zeigt sich, daß das Verhältniswahlrecht eine sehr gerechte Verteilung der Mandate mit sich gebracht hat.

Zur Würdigung des Wahlresultates muß festgehalten werden, daß bei der gegenwärtigen Wahl infolge der Frauenbeteiligung die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen mit 2 905 482 schier dreimal so groß war als die im Jahre 1911 (1 038 150). Auch wenn man dies berücksichtigt, fällt sofort im Wahlergebnis auf das geradezu ungeheuerliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, das in der Hauptsache auf Unkosten der Christlich-sozialen Stimmen gegangen ist, die von 45,2 Prozent auf 36,4 Prozent zurückgegangen sind, während die freiheitlichen Parteien (Deutschnationale, freisinnige Demokraten, freiheitliche Bauernbündler) ihre Prozentziffer von 18,8 auf 20,7 Prozent erhöhen konnten. Dies muß, um die volle Wahrheit festzustellen, ausgesprochen werden; das Verhältniswahlrecht und die Zersplitterung der freiheitlichen Parteien, die sich nicht einmal zur Koppelung entschließen konnten, haben den freiheitlichen Parteien die geringe Zahl von Mandaten eingebracht, die geradezu den Zusammenbruch ihrer politischen Macht bedeutet.

Die prozentuale Abnahme der Christlich-sozialen Stimmen ist in der Hauptsache auf das Wahlergebnis in Wien und Nieder-Oesterreich zurückzuführen, während sich auf dem Land die Christlich-soziale Partei bezüglich des Anteiles an der Gesamtstimmenzahl ziemlich behauptet hat.

Geradezu katastrophal ist das Wahlergebnis in Wien. Die Christlich-soziale Partei stand bereits 1911 mit ihren 124 652 Stimmen nicht mehr an der Spitze der Parteien, die Sozialdemokraten hatten damals bereits 146 212 Stimmen erhalten. Immerhin war die Prozentziffer der christlich-sozialen Stimmen 34,7 gegenüber 40,6 der sozialdemokratischen, während heute in Wien die Christlich-soziale Partei nur noch 22,2 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich erobern konnte, indes die freiheitlichen Parteien 13,5 Prozent und die Sozialdemokraten 55,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten.

Im höchsten Maße betrüblich ist das Ergebnis der gegenwärtigen Wahl, wenn man die Einwirkung des Frauenwahlrechtes dabei in Rechnung stellt, um annähernd festzustellen, wie das Wahlergebnis gewesen wäre nach dem früheren Wahlrecht. Die Frauen-Wählerinnen stellten ungefähr 60 Prozent der Gesamtwähler dar, in diesem Fall wären 1 743 149 Stimmen von Frauen, 1 162 333 Stimmen von Männern abgegeben worden. Rechnet man nun, was der Wirklichkeit nahekommen, jedenfalls nicht von ihr übertroffen werden dürfte, daß insgesamt 20 Prozent der Frauen (348 630) einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben, so kommt man zu dem Resultat, daß die Gesamtzahl der männlichen sozialdemokratischen Wähler 831 826 betrug, was einem Verhältnis von 71,6 auf das Hundert gleichkommen würde. Unter Voraussetzung der Richtigkeit dieser Rechnung müßte man also annehmen, daß 71,6 vom Hundert der Männer in Deutsch-Oesterreich bereits sozialdemokratisch wählen. Für Wien beträgt die Zahl der Frauenstimmen, mit 60 Prozent veranschlagt, 566 826. Rechnet man, daß in Wien 35 Prozent der Frauen sozialdemokratisch gestimmt haben, was gewiß eine Höchstzahl ist, so sind in Wien 324 756 sozialdemokratische Männerstimmen abgegeben worden, das heißt, von 100 Männern haben 86 sozialdemokratisch gewählt. Nur die Anteilnahme der in der überwiegenden Mehrzahl noch christlichen Frauen vermag die schwere Niederlage einigermaßen zu verhüllen, welche die christlich-soziale Partei tatsächlich erlitten hat. Das ist keine angenehme und erfreuliche, aber eine um so lehrreichere Feststellung, die natürlich auch für das Deutsche Reich nicht ohne Nutzanwendung ist.

Durch welche Gründe ist die so beklagenswerte Ueberraschung des deutsch-österreichischen Wahlergebnisses herbeigeführt worden?

Kenner der Verhältnisse hat das Ergebnis der Wahl nicht überrascht, es war nichts anderes als der sichtbare Ausdruck der Verhältnisse, wie sie tatsächlich sind und wie sie in rückhaltloser Offenheit eingestanden werden müssen, soll es in der Zukunft anders werden.

Die Intelligenz und die Männerwelt sind in Deutsch-Oesterreich bereits zum größeren Teil, in Wien speziell zum weitaus größten Teil für ein bekenntnistreues katholisches Christentum verloren. Das klingt hart, aber es ist leider wahr. Wohl sind die Kirchen in Wien und anderswo nicht leer — voll sind sie auch nicht, ob sie gleich nur einen kleinen Prozentsatz der Katholiken zu fassen vermögen —, allein der tatsächliche Anteil der Katholiken, besonders der Männer, die regelmäßig ihre Sonntagspflicht erfüllen, ist geradezu erschreckend klein. Genußsucht, sittliche Leichtfertigkeit, religiöse Gleichgültigkeit sind, speziell in Wien, Trumpf. Die Möglichkeiten einer gründlichen sittlich-religiösen Erneuerung der Katholiken sind in ungenügendem Maß ausgenützt. Die katholischen Organisationen arbeiten fleißig, aber die Zielstrebigkeit, das notwendige harmonische Zusammenarbeiten, die Disziplin, mangeln noch vielfach. Die katholische Presse, das Barometer der inneren Anteilnahme der Katholiken am öffentlich-kirchlichen Leben, spielt speziell in Wien eine sehr untergeordnete Rolle. Die „katholische" Zweimillionenstadt hat 27 politische Tageszeitungen mit vielen Hunderttausenden von Abonnenten, darunter eine einzige katholische Tageszeitung, die „Reichspost", mit einigen Zehntausend

Beziehern. Ein katholisches Volksblatt für die Hunderttausende von Katholiken, die keine 78 Kronen jährlich für eine Zeitung zu bezahlen vermögen und auch nicht das Interesse für eine so umfangreiche Zeitung aufbringen, fehlt leider ganz; neben der „Reichspost" existiert nur, und dies erst seit Monaten, ein christliches Montagsblatt, das natürlich auch mehrere jüdische Konkurrenten hat. Wüßte man keine andere Tatsache als diese, so müßte man sich schon wundern, daß das Wahlergebnis in Wien nicht noch schlechter ausgefallen ist.

Eine Hauptschuld an dem Verlust von Stimmen in ganz Deutsch-Oesterreich, besonders aber in Wien, trug die *Kriegspolitik* der christlich-sozialen Partei. Es soll kein Wort der Entschuldigung gesagt werden für die geradezu schamlose Art, mit der mit diesem Moment vonseiten der Sozialdemokraten gearbeitet wurde, aber auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß die Kriegsbegeisterung bis zum letzten Moment ebenso wie das wirklichkeitsfremde starre Festhalten an Gewalten, denen das Volk die Schuld am Krieg und an der unerhörten Ausbeutung der großen Masse zuschrieb, der Partei die Massen entfremdete. Ohne ein naheliegendes Gefühl persönlicher Genugtuung aufkommen zu lassen, muß mit lebhaftem Bedauern darauf hingewiesen werden, daß alle Versuche während der letzten zwei Jahre, den leitenden Kreisen die Bedeutung der katholischen Friedensbewegung klar zu machen, vollständig gescheitert sind. So mußte kommen, was Einsichtige längst kommen sahen . . .

Doch jetzt ist nicht Zeit zu Klagen und Anklagen. Die unerbittliche Feststellung der Gründe der Niederlage war nötig. Aber wichtiger und nötiger ist die Frage, wie für eine *bessere Zukunft* gesorgt werden kann.

Die Christlich-soziale Partei hat ihre Wurzeln und kann sie nur haben in einem *herzhaft christlichen Volk*. Hier muß der Hebel vor allem ansetzen. Verjüngung des christlichen Gedankens, vor allem durch modernen Ausbau der Großstadt-Seelsorge unter weitgehendster Heranziehung der Laien zum Laiendiakonat, durch entsprechende Seelsorge für die Gebildeten, durch Missionen und Standesexerzitien, durch Predigt und Pflege urchristlichen Geistes tut not!

Ein großzügiger *Ausbau des katholischen Organisationswesens*, vor allem umfassende und moderne Organisation der katholischen Jugendpflege, zusammenfassende Zentralisierung der katholischen Organisationstätigkeit muß durchgeführt werden unter Hintansetzung engherziger persönlicher Rücksichten.

Eine ganz andere Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit muß der *katholischen Presse* geschenkt werden. Vor allem in Wien wäre dringend nötig ein entschieden katholisches, populär geschriebenes, billiges Volksblatt, das in jedes katholische Haus gebracht werden könnte. Die Propaganda für die katholische Presse müßte durch Hausagitation durchs ganze Land organisiert werden.

Die *Christlich-soziale Partei* selbst wird den neuen Verhältnissen entsprechend sich mehr *demokratisieren* müssen, sowohl in ihrem Programm als vor allem in ihrem organisatorischen Aufbau. Mehr gesunder Fortschritt, mehr Initiative im Programm, mehr Offensive statt der schwächlichen Defensive bezüglich der Forderungen der neuen Zeit, das möchte man der Partei wünschen in ihrem eigenen Interesse. Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, daß nur energisch zugreifende Programme das Volk hinzureißen vermögen. Ein gesunder, christlicher Radikalismus, der nicht durch ewige Kompromisse verwässert ist, wird auch wieder frische Begeisterung unter der christlichen Jugend wecken und neue Kreise anzuziehen vermögen.

Vor allem aber ist von äußerster Wichtigkeit, daß alles darangesetzt wird, um die Kreise, in denen heute die christlich-soziale Partei noch fest wurzelt, unbedingt festzuhalten: die *christliche Frauenwelt*. *Die Frauenwelt muß in umfassender Weise politisch geschult und selbständig politisch organisiert werden.* Die selbständige Mitarbeit der Frauen, die durch die Politik der Vergangenheit noch nicht belästigt und einseitig festgelegt sind, vermag mehr wie alles andere zur inneren Verjüngung und Erneuerung der Partei beizutragen. Dabei ist es aber nötig, der Frau weitgehendste Selbständigkeit einzuräumen und sie nicht in der Art zu bevormunden, wie dies leider in der Vergangenheit vielfach geschehen ist. Schon sind in Deutsch-Oesterreich gute Ansätze zu politischer Frauenorganisation auf christlicher Seite gegeben, so durch den Verein „Frauenrecht" der christlich-sozialen Nationalrätin Dr. Burjan, durch den christlich-demokratischen Frauenrat in Graz und durch manche gute Ansätze der arbeitslustigen katholischen Frauenorganisation.

Die offene Darstellung der Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich soll vor allem den Gesinnungsgenossen jenseits der heute noch stehenden Grenzpfähle ein klares Bild der tatsächlichen Lage geben. Denn, darüber haben die Wahlen auch klar entschieden, morgen werden die deutschen Katholiken jenseits der deutsch-österreichischen Grenze in höherem Maße als bisher Mitarbeiter sein. Dann wird die *gemeinsame Zusammenarbeit aller guten Kräfte im alten und im neuen Deutschland* das schaffen, was heute als Sehnsucht an die Tore der Zukunft pocht: *die Erneuerung des christlichen Gedankens* und *seine öffentliche Durchsetzung* im deutschen Vaterland.

Die Schule im neuen kirchlichen Gesetzbuche.

Von Hochschulprofessor Dr. A. *Scharnagl*, Freising.

Das neue kirchliche Gesetzbuch, das an Pfingsten 1918 in Kraft getreten ist, behandelt im 22. Titel des 3. Buches die Schulfrage. Es sind im ganzen nur acht Kanones (c. 1372—1375, 1379—1382), die in aller Kürze aber in lichtvoller Klarheit die Grundsätze des katholischen Schulprogramms enthalten. Die Notwendigkeit, sich auf eine Festlegung der Grundsätze zu beschränken, ergab sich daraus, daß das Recht des kirchlichen Gesetzbuches ein *Weltrecht* ist: es gilt für alle Katholiken des lateinischen Ritus auf dem ganzen Erdkreis und muß deshalb unter sehr verschiedenen Verhältnissen durchgeführt werden. Das macht sich vielleicht auf keinem Gebiete so sehr bemerkbar als auf dem der Schule; es kommen Länder in Betracht, in denen das Schulwesen noch in seinen ersten Anfängen steht und solche, in denen es bei allgemeiner Schulpflicht reich entwickelt ist; neben Missionsgebieten, in denen die Schulen ganz oder überwiegend kirchliche Anstalten sind, stehen Länder, in denen der Kirche auch in der Staatsschule noch ein Einfluß gewahrt ist und solche, in denen sie von den öffentlichen Schulen ganz ausgeschlossen ist. Bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse müssen die allgemein gültigen Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches sich auf das notwendigste, grundsätzliche beschränken. Dieser Umstand läßt es von vorneherein begreiflich erscheinen, daß das neue Gesetzbuch vom bisher geltenden Recht nicht wesentlich abweicht.

Da die Schule, insbesondere die Volksschule nach allgemeiner Uebereinstimmung nicht bloß Unterrichts- sondern auch *Erziehungsanstalt* ist und der ganze Unterricht ihrer Erziehungsaufgabe dienstbar sein soll, so ist für ihre Einrichtung in erster Linie maßgebend das *Erziehungsziel*. Hier scheiden sich bereits die Geister. Die Sozialdemokratie vertritt ein *rein diesseitiges* Erziehungsziel: „Nicht für die Zwecke des Himmels und für übernatürliche Dinge, sondern für ihre irdischen Aufgaben und als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sollen die Kinder erzogen werden." So der pädagogische Fachmann der Sozialdemokratie, Heinrich Schulz, in seiner Programmschrift: „Die Schulreform der Sozialdemokratie".[1] Von diesem Standpunkte aus ist natürlich die Forderung der weltlichen Schule, des Ausschlusses alles Religiösen aus Schule und Erziehung, ganz konsequent. Aber nur von diesem Standpunkte aus. Wer umgekehrt noch am positiven Christentum festhält und ein übernatürliches Ziel des Menschen anerkennt, der muß ohne Unterschied des Bekenntnisses ebenso folgerichtig die weltliche Schule ablehnen. Nicht daß die christlich gesinnten Eltern ihre Kinder nicht auch zu tüchtigen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen wollen. Aber sie lassen über dem irdischen nicht das wichtigere überirdische, über dem zeitlichen nicht das ewige Ziel des Kindes aus dem Auge, sie wollen es auch und in erster Linie für den Himmel und für übernatürliche Dinge erziehen. Von diesem Erziehungsziel geht auch das Schulprogramm des kirchlichen Gesetzbuches aus. Seine erste Bestimmung in c. 1372 § 1 lautet: „Die Gläubigen sind von Kindheit auf so zu unterrichten und zu erziehen, daß ihnen nicht nur nichts beigebracht wird, was der katholischen Religion und Sittenlehre widerspricht, sondern daß die religiöse und sittliche Bildung und Erziehung darin die erste Stelle einnimmt." Daß neben der religiös-sittlichen Erziehung aber auch die Erziehung

[1]) Dresden 1911, S. 91.



für das irdische Ziel nicht vernachlässigt werden darf, besagt ausdrücklich c. 1113 über die Pflicht der Eheleute: „Die Eltern haben die ernste Verpflichtung, nicht bloß für die religiöse und sittliche, sondern auch für die leibliche und bürgerliche Erziehung ihrer Kinder nach Kräften zu sorgen und auch ihr zeitliches Fortkommen sicherzustellen“.

Die zweite wichtige Frage ist die nach dem Erziehungsrecht. Das erste und ursprünglichste Recht auf die Erziehung ihrer Kinder, das ebenso in den Forderungen der Natur wie in den Anordnungen Gottes begründet ist, haben die Eltern. Dem Erziehungsrecht der Eltern entspricht ihre Erziehungspflicht; beides, Recht und Pflicht, sind ihnen unveräußerlich und unverlierbar. Deshalb kann und soll der moderne Kulturstaat die Eltern in der Ausübung ihres Erziehungsrechtes und in der Erfüllung ihrer Erziehungspflicht zwar durch Bereitstellung entsprechender öffentlicher Schulen fördern und unterstützen, aber er kann sie niemals ihrer Pflicht ganz entbinden und darf ihnen deshalb auch ihr Recht, soweit nicht ein Verschulden der Eltern vorliegt, nicht entziehen oder dessen Ausübung unmöglich machen. Aus der Erziehungspflicht der Eltern ergibt sich ferner, daß ihr Erziehungsrecht kein unbeschränktes, ihrer Willkür überlassenes ist: sie sind Gott verantwortlich, das Kind so zu erziehen, wie es seiner doppelten Bestimmung entspricht, und sind dabei hinsichtlich der Erziehung für die überirdische Bestimmung als katholische Eltern an die Vorschriften gebunden, welche die Kirche für die religiös-sittliche Erziehung aufstellte. Deshalb betont die zweite Bestimmung des kirchlichen Gesetzbuches das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern und deren Stellvertreter: „Eltern und deren Stellvertreter haben das Recht und die strengste Gewissenspflicht, für eine christliche Erziehung der Kinder zu sorgen.“ (c. 1372 § 2.)

Das kirchliche Gesetzbuch handelt hier wie in den folgenden Bestimmungen nur von der Erziehung katholischer Kinder und wendet sich nur an Eltern und Erziehungsberechtigte, die der katholischen Kirche angehören, weil es sich grundsätzlich auf das innere Kirchenrecht beschränkt, d. h. auf die Beziehungen, welche zwischen der Kirche und ihren Mitgliedern bzw. zwischen den Mitgliedern der Kirche untereinander bestehen. Es befaßt sich infolgedessen auch nicht unmittelbar mit der Zuständigkeit und den Rechten des Staates hinsichtlich des Schulwesens. Das bedeutet aber nicht, daß die Kirche etwa die begründeten Rechte des Staates negiert oder die Staatsschule als solche ablehnt. Sie hat vielmehr, wie sich aus dem folgenden ergibt, gegen die staatliche Schulpflicht und den Besuch der staatlichen Schulen durch katholische Kinder solange nichts einzuwenden, als die notwendigsten Voraussetzungen für eine entsprechende religiös-sittliche Erziehung der Kinder erfüllt sind. Diese Forderungen stellt sie wiederum an die Eltern, die nur unter den angegebenen Voraussetzungen ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schicken dürfen.

Die weiteren Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches verfolgen den Zweck, durch eine entsprechende Einrichtung der Schulen die religiös-sittliche Erziehung der katholischen Kinder sicher zu stellen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus befaßt sich das kirchliche Gesetzbuch mit der Schulfrage, hierfür ist aber auch die Zuständigkeit der Kirche nicht zu bestreiten. Sie ergibt sich aus der ihr von Christus übertragenen Aufgabe, die Menschen zum Heile zu führen, insbesondere aus dem Lehrauftrag Christi an die Apostel: „Gehet hin und lehret alle Völker“ (Matth. 28, 19 f.). Darauf gründet sich einerseits das Recht und die Pflicht der Kirche, alle Menschen, sobald sie zum Gebrauche der Vernunft gelangt sind, über alles zu belehren, was sie zu glauben und zu tun haben, um ihr übernatürliches Ziel zu erreichen (c. 1322), sowie die Verantwortung, die sie für alle hat, die ihr entweder als Kinder von den Eltern durch die Taufe anvertraut wurden oder die sich ihr als Mündige auf Grund eigener Entscheidung anvertraut haben. Anderseits ergibt sich daraus die Pflicht der Gläubigen, selbst auf die Kirche zu hören (c. 1323) und auch ihre Kinder der Kirche zuzuführen (c. 1113, 1372). Die Forderungen, welche die Kirche hinsichtlich der religiös-sittlichen Erziehung der Kinder erhebt, stellt sie deshalb sowohl im eigenen Namen auf Grund des ihr von Christus gegebenen Auftrages, wie im Namen der Eltern, welche ihr die Kinder anvertraut haben, und im Namen der Kinder, die ihr anvertraut sind.

Die erste Forderung ist, daß in allen Elementar- und höheren Schulen ein entsprechender Religionsunterricht erteilt werde (c. 1373); die Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, aber auch die Dienstherren, die Tauf- und Firmpaten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die ihnen Untergebenen oder Anvertrauten den notwendigen Religionsunterricht erhalten (c. 1335). Die damit ausgesprochene Pflichtmäßigkeit des Religionsunterrichtes ist nicht nur für jeden Katholiken, sondern auch für jeden gläubigen Christen, ja für jeden, der ein übernatürliches Ziel des Menschen anerkennt, eine selbstverständliche Forderung. Die weitere Forderung, diesen Religionsunterricht mit der Schule zu verbinden, ergibt sich aus der Erziehungsaufgabe der letzteren. Die Erziehung muß nach allgemeiner Uebereinstimmung der Pädagogen eine einheitliche sein und den ganzen Menschen erfassen. Beides wäre nicht mehr der Fall, wenn nach dem Schulprogramm der Sozialdemokratie der Religionsunterricht und die religiös-sittliche Erziehung aus der Schule ganz ausgeschaltet würde, die Erziehungsarbeit der Schule wäre dann nur noch ein Bruchstück und zur Unfruchtbarkeit verurteilt — ganz abgesehen von der weiteren und, wie die Erfahrung in Frankreich zeigt, gar nicht zu vermeidenden Gefahr, daß Unterricht und Erziehung in der weltlichen Schule nicht religiös-neutral blieben, sondern religionsfeindlich würden, also die pädagogisch notwendige Einheitlichkeit der Erziehung in ihr gerades Gegenteil verkehren würden.

Ueber die Art des Religionsunterrichtes, der katholischen Kindern zu erteilen ist, kann ebenfalls kein Zweifel sein. Die Glaubensregel des Katholiken geht dahin, daß er alles glaubt, was Gott geoffenbart hat und durch seine unfehlbare Kirche zu glauben vorstellt (c. 1323). Es gibt deshalb für katholische Kinder nur eine Art der religiösen Unterweisung, nämlich jene, welche genau nach den Lehren und Vorschriften der Kirche erteilt wird. Die Forderung, jedem einzelnen zu überlassen, welche Glaubenswahrheiten er annehmen will und welche nicht und welche er seinen Kindern vorlegen lassen will, entspringt dem individualistischen Geiste des Protestantismus, ist aber nicht katholisch. Daraus ergibt sich die zweite Forderung des kirchlichen Gesetzbuches, daß die religiöse Unterweisung der katholischen Kinder in Schulen jeder Art der Aufsicht und Leitung der Kirche unterstellt sein muß und die Bischöfe das Recht haben, die Lehrer und Bücher für den Religionsunterricht zu approbieren (c. 1381 § 1 und 3). Das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht ist seiner Natur nach positiver Art: es schließt das Recht der Anordnung in sich, so daß über Inhalt und Methode desselben die Kirche zu bestimmen hat. Außerdem steht den Bischöfen ein Aufsichtsrecht über die ganze religiös-sittliche Erziehung in den Schulen zu: sie haben darüber zu wachen, daß nichts gegen den Glauben oder die guten Sitten gelehrt werde oder geschehe, und das Recht, im Interesse von Religion und Sitten allenfalls zu verlangen, daß Lehrer oder Bücher entfernt werden (c. 1381 § 2 und 3). Dieses zweite Aufsichtsrecht ist mehr negativer Art, es bezweckt Fernhaltung von Schädigungen und Entfernung ihrer Ursachen durch Beschwerde. Näheres über die Art und Weise, wie beide Aufsichtsrechte ausgeübt werden sollen, ist im Gesetzbuch nicht gesagt, die Regelung ist unter Berücksichtigung der verschiedenen Einzelverhältnisse zu treffen. Es kommt der Kirche dabei auch weniger auf die Form an als darauf, daß sie den notwendigen Einfluß wirksam geltend machen kann. Ein derartiger Einfluß konnte bisher der Kirche in staatlichen Schulen unbeschadet der staatlichen Schulhoheit eingeräumt werden und es wäre das auch in Zukunft möglich — den guten Willen auf seiten des Staates vorausgesetzt.

Eine dritte Vorschrift verlangt, daß katholische Kinder in der Regel nur katholische, also konfessionelle Schulen besuchen. Der Besuch akatholischer, neutraler (d. h. religionsloser und gemischter (Simultan-)Schulen kann nur ausnahmsweise in Notfällen und unter Erfüllung besonderer Vorsichtsmaßregeln geduldet werden; ob dies möglich ist, hat der Ortsbischof unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse und nach Maßgabe der Anweisungen zu entscheiden, welche vom Apostolischen Stuhl hierüber (z. B. am 24. November 1875 für die Vereinigten Staaten von Nordamerika) ergangen sind. Die Gründe, warum die katholische Kirche für die konfessionelle Schule eintritt, sind bekannt und auch von nicht katholischen Pädagogen als durchschlagend anerkannt. Es handelt sich in erster Linie wieder um die Einheitlichkeit der Erziehung, von der nach Wilhelm Rein der Grundsatz gilt: Je einheitlicher sie in ihrem Geiste ist, desto nachhaltiger die Wirkung. Je weniger einheitlich, desto minderwertiger.[1])

Die letzte Forderung ist die der Unterrichtsfreiheit. Im 19. Jahrhundert haben die Katholiken in Frankreich und in

[1]) Pädagogik II[2] (1911), S. 241.

Deutschland im Schulkampf auf verschiedene Weise die religiös-sittliche Erziehung der katholischen Kinder zu sichern versucht. Die französischen Katholiken haben seit Lamennais in erster Linie um die Unterrichtsfreiheit gekämpft, um Privatschulen, die ihrem Ideale entsprachen, errichten zu können, und haben 1850 in der Loi Falloux dieses Ziel erreicht; sie haben daraufhin ein umfassendes Privatschulwesen geschaffen, die öffentlichen Schulen aber sich selbst überlassen. Im Gegensatz dazu ging das Bestreben der deutschen Katholiken dahin, in den öffentlichen Schulen die religiös-sittliche Erziehung auf konfessioneller Grundlage zu sichern; es war insbesondere der weitschauende Bischof Ketteler, der ihnen diesen Weg gewiesen hat[3]). Sie haben die wichtige Frage der Unterrichtsfreiheit niemals ganz aus dem Auge gelassen, am allerwenigsten in der Kulturkampfzeit, wo man die Bedürfnisklausel dazu benützte, um keine katholischen Privatschulen aufkommen zu lassen; ihr Hauptaugenmerk aber haben sie mit Recht darauf gerichtet, daß die öffentlichen Schulen, die ja auch aus den Steuern und Umlagen der Katholiken erhalten werden, in der Regel als konfessionelle Schulen eingerichtet werden, so daß die katholischen Eltern ihnen ihre Kinder anvertrauen konnten. Das kirchliche Gesetzbuch fordert grundsätzlich die Unterrichtsfreiheit auch für die Kirche und zwar für alle Arten von Schulen, von den Volksschulen bis zu den Hochschulen (c. 1375). Sie verlangt dabei keine absolute Unterrichtsfreiheit, sie hat nichts dagegen, wenn eine staatliche Genehmigung der Privatschulen gefordert und ihre staatliche Anerkennung von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, z. B. hinsichtlich des Lehrplanes abhängig gemacht wird; sie muß aber dabei verlangen, daß sie hinsichtlich der Möglichkeit, Schulen zu errichten, nicht schlechter gestellt wird als eine Privatperson oder eine andere vielleicht religionslose Vereinigung, und daß die staatlichen Auflagen die grundsätzlich gewährte Unterrichtsfreiheit nicht praktisch illusorisch machen. Das kirchliche Gesetzbuch verlangt ferner nicht, daß die Katholiken durchweg von der grundsätzlich in Anspruch genommenen Unterrichtsfreiheit Gebrauch machen sollen: wo katholische Schulen mit katholischem Religionsunterricht fehlen, sagt c. 1379, d. h. wo die vorhandenen öffentlichen Schulen diese Voraussetzungen nicht erfüllen, da sollen die Bischöfe katholische Privatschulen errichten und das Volk soll sie nach Kräften dabei unterstützen. Die Gerechtigkeit gegenüber den katholischen Steuerzahlern verlangt aber dann, wie auch Kerschensteiner in seiner Kieler Rede 1914 ausgeführt hat[4]), daß entweder die katholischen Schulen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, wie es in Belgien und Holland der Fall ist, oder daß die Katholiken, die aus eigenen Mitteln solche Schulen unterhalten, dafür in entsprechendem Ausmaße von den Staatssteuern bezw. Schulumlagen befreit werden, wie es nach der bayerischen Verordnung vom 28. August 1883 der Fall ist. Es wird von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen, welchen Weg die deutschen Katholiken in Zukunft einzuschlagen haben.

Die Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches verpflichten alle Katholiken im Gewissen und die Kirche kann — gleichviel, welches die staatlichen Bestimmungen sind — ihre Uebertretung mit kirchlichen Strafen, z. B. Ausschluß von den Sakramenten, Entzug des kirchlichen Begräbnisses, belegen. Alle treuen Katholiken aber erblicken in den Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Schule einen Wegweiser, der ihnen auch in stürmischen Zeiten einen sicheren Weg zeigt.

[3]) Vgl. besonders Ketteler, „Freiheit, Autorität und Kirche[3]“ (1862), S. 201/217; ders. „Deutschland nach dem Kriege von 1866“ (1867), S. 122/181; ders. „Die Katholiken im Deutschen Reiche“ (1873), S. 34/44.
[4]) Pädagogische Zeitung 1914, S. 526.

Güte im Streit.

Von K. Rat und Direktor Otto Hartmann, Regensburg.

Gerade die jüngsten Ereignisse haben den Beweis erbracht, daß nur versöhnende Auseinandersetzungen die Welt vor dem Menschen und Werte vernichtenden Chaos zu retten vermögen, vor dem heute Sieger und Besiegte stehen. Keine verblüffende Verbrüderung zu rohen Taten, sondern versöhnendes Wirken auf allen Gebieten muß auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Geist und die Nächstenliebe müssen bei allen Streitigkeiten mehr mitsprechen. Aus Sehnsucht, Wunsch und Forderung nach dem inneren Rechtsfrieden müssen endlich Wirklichkeiten werden. Nur vorwärts muß der Blick gerichtet sein, denn aufwärts müssen wir aus tiefster Schmach! Damit unsere besten Kräfte sich wirklich frei entfalten können, müssen Würde und Selbstgefühl unser Rechtsempfinden regieren.

Das Schönste und Tiefste, was von unparteiischen Historikern, Philosophen, Volkswirtschaftlern und Politikern gedacht, geschrieben und geredet wird, soll sich mehr mit dem inneren Rechtsfrieden befassen. Die großen kapitalistischen und wirtschaftlichen Organisationen haben in rücksichtsloser Interessenvertretung seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung in den wichtigsten Fragen so einseitig beeinflußt und die allgemeinen Ansichten so verbildet, daß wir allen Grund haben, wieder einmal solchen Geistern zu lauschen, die von höchster Warte aus uneigennützig über die Beglückung der Menschen und Völker wirklich nachdenken und nicht mit leeren Phrasen, wie so manche Revolutionsminister, arbeiten. Ist es nicht zum Erbarmen, wie die Seele des tüchtigen und fleißigen Teiles unseres Volkes in diesen Wochen unter dem Eindruck der öffentlichen Geschehnisse, der vielen Zwistigkeiten, Ehescheidungen, der Rachsucht, Plünderei und Händelsucht von Zweifeln und Sorgen bis ins Innerste erschüttert ist. Viele wissen nicht, ob sie sich über den Zusammenbruch anscheinend überlebter Institutionen freuen oder über die Gefährdung höchster Güter ängstigen sollen. Und doch kann uns nichts mehr nützen als der Weg der Verständigung, der auch zur Güte führt. Darum keine Vergeudung der Volkskraft durch unnötigen Hader, der den erstrebenswerten inneren Rechtsfrieden hindert. Auch der einzelne wird den Hausfrieden nur dann haben, wenn er ihn täglich durch Güte zu erkämpfen weiß.

Das allgemeine Ziel aller Kreise sollte in unseren Tagen die möglichste Förderung des von verschiedenen Seiten angestrebten Rechtsfriedens sein. Jeder patriotische, friedliebende Bürger mag sich zu dem festen Grundsatz verpflichten, keine unnützen Streitigkeiten zu führen und unnötige, erbitternde Strafanzeigen, wenn nur immer tunlich, zu unterlassen. Durch gütliche Regelung aller streitigen Verhältnisse wird oft mehr erreicht, als durch kostspielige, langwierige, Ruhe und Frieden raubende Prozesse oder Gewaltangriffe. Würden sich alle Kreise und Stände, alle Alters- und Geschlechtsklassen in dem Bestreben nach einem allgemeinen Rechtsfrieden zusammenfinden und nichts unterlassen, um einer durch Rechts- und Familienstreitigkeiten entstehenden Uneinigkeit und dauernden Feindschaft entgegenzuwirken, um die Hydra des Hasses zu bannen und das Band gegenseitigen, verträglichen Zusammenlebens in diesen Zeiten der trostlosen Auflösung mehr zu festigen, dann könnten wir mit Zuversicht der künftigen Entwicklung der Dinge entgegensehen und uns der Hoffnung hingeben, daß das deutsche Volk aus dem ihm zurzeit beschiedenen Jammertal tiefster Erniedrigung in einem idealen Aufschwung sich wieder zu den Höhen irdischer Macht und Größe emporschwingen und die ihm so notwendige sittliche Kraft und Stärke wieder erlangen könnte; denn Friede im Völkerleben setzt Friede und Einigkeit in allen Kreisen des Staats- und Familienlebens voraus, festigt den Charakter und gewährt unüberwindliche Standhaftigkeit in den wandelbaren menschlichen Zeitläuften. Darum, deutsche Bürger, seid nicht nur Förderer des Welt-, sondern auch des Staats-, Familien- und Rechtsfriedens durch Abwendung aller unnützen Streitigkeiten und durch möglichste gütliche Ausgleichung aller streitigen Beziehungen und Verhältnisse auch im bürgerlichen Leben. Seid einig, einig, einig; denn nur in der Einigkeit wird die Stärke wieder erwachsen, die zu unserer Existenz notwendig ist; achtet die von berufener Seite schon so oft ergangenen, gutgemeinten Mahnrufe und verschließt ihnen euere Ohren nicht. Dem Ruf nach Einigkeit im Innern, den der bekannte Vorkämpfer für den inneren Rechtsfrieden, Rechtsanwalt Felix Joseph Klein in Bonn, schon seit mehreren Jahren immer wieder ertönen läßt, müssen wir endlich mehr Gehör schenken. Die Einführung eines Güteverfahrens tut auch in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dringend not. So bringen wir die bürgerlichen Kreise immer näher zusammen, was auch dem deutschen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei von großem Nutzen sein wird. Was hilft unserem Volk der schönste Tugendmantel der Menschheit, wenn er nicht vom inneren Rechtsfrieden durch weitgehendste Bekämpfung von Neid und Haß geschützt wird. Es hilft nichts, wenn auf den Klubsesseln einer internationalen Geheimgesellschaft humane Entrüstungsphrasen geschwungen werden, während sich sogar die Leidträger des Trommelfeuers im Innern um Lappalien abstreiten und so das Volk immer mehr entzweien.

Vom Büchertisch.

Jón Svensson (Nonni): Aus Island. Erlebnisse und Erinnerungen. Herder-Freiburg. Kl. 8° IV u. 84 S. kart. 1.50 M. — Wenn „Nonni“ von Island erzählt, da horcht eine weite Gemeinde, jung und alt, gespannt auf, denn sie weiß: Hier spricht ein Sohn der altberühmten Sagainsel, den nicht nur die sehnende Liebe zum fernen Eiland, den auch Begabung zum Dichter machte. Das vorliegende Bändchen ist wiederum eines der köstlichen Nonnibücher, aus denen so viel klarer, liebenswürdiger Geist wie reines, tiefes Gemüt spricht und die zugleich ein außerordentlich gewinnendes, anmutiges Erzähltalent bekunden. Das schmucke Büchlein scheidet sich in zwei Teile. Der erste schildert einen eindrucksreichen Ritt zu zweit durch die Insel; der zweite gibt ein Jugenderlebnis des Verfassers mit allem Reiz seiner Vortragsweise wieder. Das Ganze sei besonders zur gemeinsamen Familienlektüre herzlich empfohlen.

E. M. Hamann.

Maria Gerstner J. B. M. V.: **Für kleine und große Leute!** Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla. gr. 8°. 95 S. geb. 3 M. — Das mit lustig feinem Einband und vielen, zumeist aufs humorvoll künstlerische deutenden Silhouetten-Tuschbildern geschmückte Buch spricht von

außen und von innen sofort an, so daß man schon gewonnen ist, ehe man das traulich liebe Vorwort liest, und das hat einen dann gleich ganz. Mit wohligem Aufatmen gibt man sich darauf dem Genuß des Gesamtinhaltes hin, den die Verfasserin unter den Nebentitel „Reime“ gestellt hat. Auch sie weisen, obwohl durchaus anspruchslos, auf jene Gewandtheit, die allemal ein Künstlerisches umschließt, besonders wenn sie sich, wie hier, dem Sonnigen rückhaltlos zu eigen gibt. Adressaten des Buches sind „Klein und Groß“, Kinder und Kinderfreunde. Nicht alles paßt sich glatt dem kindlichen Begriffsvermögen an, soll es auch, nach Absicht der Verfasserin, nicht. So sind die Kleinen wenigstens zum Teil auf Auswahl und Uebermittlung der Großen angewiesen — eher ein Vorzug als das Gegenteil. Die Erwachsenen aber können an allem und jedem Freude haben. Aus dem Kindesleben stammt das Ganze, und aufgefaßt ist es mit dem raschen, hellen Sinn, Blick und Gemüt fürs echt, d. h. liebenswürdig Schelmische im Stoff, Gegensatz, „Pointe“ und Vortrag. Man spürt alsbald die sonnige Lauterkeit eines kindlich lieben, kinderlieben Frauenherzens, das in dem allem pocht. Besondere Vertieftheit wird man nicht suchen dürfen, aber vertrauter Umgang mit Kindern vertieft stets, und just das ist es ja, das einem hier blüht. — Also viel Glück zur frohen Aufnahme!

E. M. Hamann.

Und ihr seid traurig? Den Leidträgern des Weltkrieges zum Troste. Mit einem Vorwort von Dr. J. Klug. Paderborn, Ferdinand Schöningh. Preis geb. 2.20 ℳ. — Ein Mosaikwerkchen von einem Ungenannten, der mit dem Zauberstabe unmittelbar anteilnehmender Liebe hier den ungezählten Trauernden und Traurigen unseres Volkes einen Born heilenden Trostes erschloß. Wir können nicht genug dafür danken. Denn eine denkbarst zarte, „wissende“ Hand berührt hier die geschlagenen Wunden, nur um ihnen das segnende Licht zuzuführen, unter dessen Einwirkung sich jedes Weh zu mildern, jeder klaffende Riß zu schließen vermag. Eine Reihe von Heilsbotschaften, die niemals verletzen, immer nur wohltun können. So sorge man für die entsprechende Verbreitung!

E. M. Hamann.

Der Prediger. Mit Erläuterungen für das christliche Volk. Herausgegeben von Joseph Rebholz, Pfarrer und Kammerer. Lucas-Verlag, G. m. b. H., München. 1917. 127 S., geb. 1.20 ℳ. **Der Brief des hl. Apostels Jakobus.** Mit Erläuterungen für das christliche Volk. Von demselben im gleichen Verlag. 1917. 128 S., geb. 1.20 ℳ. Der Verfasser wurde durch eine These für die Pastoral-Konferenzen der Diözese Augsburg: Wie ist das Lesen der Hl. Schrift beim gewöhnlichen Volke zu fördern? angeregt, einzelne Bücher der Hl. Schrift populär zu erklären und in billigen, gut ausgestatteten Bändchen zu verbreiten. Er hat das Richtige getroffen, so daß die gefälligen Bändchen, die sich zu weitester Verbreitung gut eignen, eine wohlwollende Aufnahme verdienen. Die Erklärung ist praktisch gehalten und gibt den geistlichen Sinn mit vielen Parallelstellen und Winken für das aszetische Leben.

Jos. Funk.

Dr. **Ottokar Prohászka**, Bischof von Stuhlweißenburg: **Auferstehung.** Ein Hirtenbrief. Kempten, Kösel. 16° 77 S., geb. 1.50 ℳ. — Ein katholisches Friedensprogramm für den Krieg der Geister nach dem Krieg der äußeren Waffen: so etwa kennzeichnet die Verlagsanzeige richtig das vorliegende Werkchen. „Eine neue Welt, in der Gerechtigkeit wohnt.“ Mit diesem Apostelwort eröffnet der Verfasser uns den Ausblick. Er tut es in ausgezeichnet klarer, durchsichtiger, reicher Weise. Reich nicht gerade an „neuer“ Anregung, aber an Vertiefung, Heraushebung und Befestigung des Wichtigen, an Tröstung, Ermutigung, Wegführung zum göttlichen Feuer, das nach des Höchsten Absicht uns allen leuchten, uns alle wärmen und läutern soll.

E. M. Hamann.

Zwei Bücher von Bodo Ebhardt. Die Wissenschaft der Burgenforschung und die Praxis des Burgenbaues ist in ein neues Stadium getreten, seitdem sich der Berliner Architekt Professor Bodo Ebhardt beider angenommen hat. Unbefangenes Urteil muß dahin kommen, daß es Ebhardts Verdienst ist, die Burgenkunde wissenschaftlich außerordentlich bereichert zu haben. Man muß ihm ferner dankbar dafür sein, daß er schönsten Landschaftsbildern unserer deutschen Heimat durch die Schönheit und unanfechtbare Stilechtheit der von ihm hergestellten Burgen (Marksburg, Hohkönigsburg und viele andere) noch höheren Charakter verliehen hat. Die Tätigkeit und die Erfolge Ebhardts hatten die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms II. auf ihn gelenkt. Er betraute ihn mit einer Aufgabe von größter Schwierigkeit und wissenschaftlicher Tragweite: mit der Erforschung und Aufnahme der in überwiegender Mehrzahl so gut wie unbekannten Burgen Italiens. Die Ergebnisse der gewaltigen Arbeit werden in einem Monumentalwerke festgelegt, von dem bis jetzt drei Bände erschienen sind. Neben dieser Arbeit her, aufs engste mit ihr verbunden, geht eine zweite. Sie bezweckt, einzelne besonders interessante, auch für die deutsche Geschichte besonders wichtige Burgen Italiens durch Einzelschriften bekanntzumachen. Die erste dieser Schriften ist das uns vorliegende Buch: **Wehrbauten Veronas** (Burgverlag, Grunewald bei Berlin, 110 S. 8°, mit 27 Tafeln; Preis geb. 10 ℳ). Auch in jetziger Zeit muß Verona, die Stadt Theoderichs, nicht geringeres Interesse erregen, als sie es im Frieden getan hat. Ist doch sie die erste Stätte, die den Italienfahrer mit aller Eigenart italienischer Kunst und Kultur empfängt und ihn wie kaum eine andere auf Rom vorbereitet, während sie ihm gleichzeitig großartigste Erinnerungen an deutsche Vergangenheit wachruft. Ebhardts Buch lenkt die Aufmerksamkeit auf die uralten Wehrbauten dieser Stadt, jene mittelalterlichen Denkmäler, welche neben den Resten der Antike und der Renaissance fast gänzlich übersehen zu werden pflegen. Drei Burgen besitzt Verona: das Kastell San Pietro auf der Höhe über der Etsch, wo „Dietrich von Bern“ vermutlich seinen Palast gehabt hat; die „Alte Burg“ an der Etsch, ein Bauwerk des berühmten Cangrande; endlich die Burg San Felice auf den Höhenzügen. Alle drei werden auf Grund eingehendster Erforschung beschrieben, ihre Geschichte samt den ihr zu Grunde liegenden Urkunden mitgeteilt; vorzügliche Abbildungen geben Anschauung vom alten und neuen Zustande der drei Bauten. Das wertvolle Buch ist auch infolge seiner äußeren Ausstattung eine Zierde jeder Büchersammlung. — Das zweite hier zu erwähnende Werk Ebhardts behandelt **„Krieg und Baukunst in Frankreich und Belgien“** (Burgverlag, Grunewald bei Berlin, 154 S. 8°, mit 134 Abb. nach Zeichnungen und Aufnahmen des Verfassers, Preis 3 ℳ). Auch diese Arbeit verdankt ihre Entstehung dem kaiserlichen Entgegenkommen, das dem Verfasser zu Streifzügen und Forschungen in den westlichen Kriegsgebieten Möglichkeit gab. Es ist klar, daß eine Reise unter solchen äußeren Verhältnissen bei der Darstellung das persönliche Element lebhaft zur Geltung bringen muß. Um so anerkennenswerter ist dabei die Objektivität, Klarheit und Eindringlichkeit der wissenschaftlichen Durchdringung. Eine ganze Anzahl wichtigster Burgen, Schlösser und Ortschaften werden geschildert, bildlich und zeichnerisch dargestellt. Die begeisterte Sprache macht das Buch noch besonders anziehend.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Theater. Die anfänglich nur auf einige Monate geplante Verpflichtung der bekannten Heroine Tilla Durieux ist bereits nach wenigen Wochen auf mehrere Jahre verlängert worden. Das neue Mitglied des Nationaltheaters begann mit Hebbels „Judith“, in welcher Rolle sie bereits eingehend an dieser Stelle gewürdigt wurde. Hier und in Strindbergs „Totentanz“ erscheint sie als die der Steinrückschen Künstlerpersönlichkeit adäquate Partnerin. Kurze Erwähnung soll auch finden, daß Hauptmanns „Biberpelz“ im Nationaltheater als „Erstaufführung“ erschien. Die Diebskomödie ist ja immer das frischeste Stück des Dichters geblieben und es bewährte auch an der neuen Stelle seinen Reiz. Daß Frau Conrad-Ramlo die Waschfrau Wolff vollendet geben würde, hatte man erwarten können, sie gab sie jedenfalls durchaus im Sinne Hauptmanns, aus vielen scharf beobachteten Einzelzügen baut sich hier ein Bild naturalistischer Wahrheit auf, lediglich gemildert durch eine leise Untermalung des Humors. In anderen Rollen trat mehr das Bestreben nach dem Unterstreichen politischer Satire hervor. Die Biberpelzvorstellungen gehörten einst zu dem besten, was man im Schauspielhaus der Herren Stollberg und Schmederer sehen konnte. Das war in den Blütenzeiten dieser Theaterleitung, die in diesen Tagen zu Ende geht. Das erst im Vorjahre gefeierte Jubiläum der Gründer des Schauspielhauses hat uns Anlaß geboten, darzulegen, was wir an Gutem ihnen verdanken und was wir uns anders gewünscht haben. Stollbergs Spielleitung bot ihr bestens in der „Milieudichtung“; heute kämpfen sich andere Stilprinzipe zur Geltung; jüngere Bühnenleiter haben sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die letzte Erstaufführung war der Schwank „Sündenbock“. Die scheidende Direktion hatte sich ein belangvolleres Finale gewünscht, allein die durch die politischen Ereignisse veranlaßte theaterlose Woche hat diese Absichten verhindert. Während die Truppe des Schauspielhauses jetzt im „Deutschen Theater“, woselbst vor einem Vierteljahrhundert seine Anfänge lagen, einen Monat lang gastiert, ist das Schauspielhaus zu Erneuerungsarbeiten geschlossen. Im April beginnt dann die Theaterleitung der Schauspielerin Hermine Körner. Dieselbe hat auch das seit Kriegsbeginn geschlossene Künstlertheater im Münchener Ausstellungspark gepachtet, doch soll die künstlerische Arbeit auf dieser Reformbühne erst im nächsten Jahre wieder aufgenommen werden. Das „Neue Theater“ hat „Die Macht der Finsternis“ neu einstudiert, das Volkstheater Gorkis „Nachtasyl“, das vor Jahren Max Reinhardt erstmalig in diesem Hause gespielt hat; im übrigen sehe ich in der Bevorzugung alles Russischen, die sich seit kurzem da und dort breit macht, durchaus kein Anzeichen einer kraftvollen Entwicklung.

Konzerte. Friedrich Schunk besitzt einen feingebildeten Bariton von vollem, warmem Ton und geschmackvollem Vortrag. „An die ferne Geliebte“, Beethovens Liederkreis und Schubertgesänge hörte man von ihm in einer stilsicheren Wiedergabe, die angenehme Eindrücke hinterließ. Ein gutes Material besitzt auch Elisabeth Wachsmut-Harlan; ihr Vortrag zeigt Stärke des Empfindens, doch bedarf die Stimme noch der letzten Ausfeilung. Das Publikum bereitete der aussichtvollen Künstlerin eine herzliche Aufnahme.

Verschiedenes aus aller Welt. In Berlin starb der durch die Revolution abgesetzte Intendant des Wiesbadener Hoftheaters Dr. von Mutzenbecher. Er hat in Oper und Schauspiel ein sehr fein abgestimmtes Ensemble geschaffen. Er pflegte die Klassiker, ohne sich wertvollem Neuen zu verschließen. — Felix von Weingartner hat dem künstlerisch so unfruchtbaren Umsturz durch die Komposition einer Revolutionshymne aufzuhelfen gesucht. 1915 schenkte er uns eine Ouvertüre, in der sich die feindlichen Hymnen in Kakaphonien auflösten, während „Heil dir im Siegerkranz“ und „Gott erhalte Franz den Kaiser“ in harmonischem Zwiegesange das Werk krönten. — Fast achtzigjährig ist in Berlin Paul Lindau gestorben. Seine Dramatik, die an den Franzosen geschult, war von 1869, in der sein Erstling erschien, bis zur Zeit des Aufkommens des Naturalismus tonangebend für die deutsche Bühne. Mit der französischen Technik verband er auch die liberalisierende Ethik der Pariser Dramatiker. Geschick,

Esprit und Eleganz des Ausdruckes überwiegen das reindichterische. Die Stücke wirken heute verstaubt, auch seine Berliner Romane sind nur als Zeitdokumente zu werten. Er gründete die Zeitschriften „Gegenwart" und „Nord und Süd". Als Kritiker, geistreich, ohne tieferes Gefühl, schrieb er „Nüchterne Briefe aus Bayreuth", die die Größe der Wagnerschen Kulturtat übersahen. Als Bühnenleiter in Meiningen und Berlin hatte er Verdienste; seine Erinnerungen sind lesenswert. — Von Kranewitter, dessen Schaffen unlängst von Dr. Hechenblaikner in Nr. 4 dieses Jahrganges gewürdigt wurde, hat die Uraufführung eines neuen Werkes „Bruder Ubaldus" in Innsbruck starken Erfolg gehabt. Es ist die Tragödie eines Mannes, in dessen Seele Aszese und Fanatismus sich bekämpfen. Die psychologische Kraft der Gestaltung wird von der Kritik als bedeutsam gepriesen. — Die Weimarer Bühne, die das schöne Theatergebäude der Nationalversammlung überlassen hat, hat in dem Saale der Armbrustgesellschaft eine Zufluchtsstätte gefunden. Sie bot zur Begrüßung der Abgeordneten Goethes Iphigenie und einen von E. Hardt gedichteten szenischen Prolog die „Quelle", dessen tiefere Bedeutung als Jungbrunnen deutscher Kultur alsbald sichtbar wird. — „Tabula rasa", eine Komödie von C. Sternheim, hatte in Berlin Erfolg. Das Stück zeigt einen heraufgekommenen Arbeiter als Egoisten, der seine Partei nur benutzt, um sein Schäfchen ins Trockene zu bringen; als er eine Pension hat, macht er reinen Tisch und pfeift auf den Sozialismus. Sternheim ist, so meint ein Kritiker, kein Aristophanes, eher im besten Sinne Kotzebue. Auch Sternheims Schauspiel „1913", das in Frankfurt a. M. gegeben wurde, behandelt satirisch zwei Sozialisten, die er einem Industriekönig gegenüberstellt. Manche Gedanken dieses früher verbotenen Stückes wirken heute schon fast überholt. Ein festliches Spiel „Die Insel" von H. Eulenberg will der Macht des Friedensgedankens ein Denkmal setzen. Die bläßliche Romantik der allegorischen Dichtung fand in Dresden keinen starken Erfolg. — Der 100. Geburtstag Wilh. Jordans wurde in Frankfurt durch Rezitationen aus seinen Nibelungen und durch die Aufführung seines liebenswürdigen Verslustspieles „Durchs Ohr" begangen. An Jordans ehemaligem Parlamentssitz in der Paulskirche wurde eine silberne Gedächtnistafel angebracht. — In Wien hatte Wildgans' Tragödie „Dies irae" Erfolg. Ein junger Mensch erschießt sich am Tage seiner Reifeprüfung, weil er aus dem Munde der Eltern erfährt, daß seine Geburt eine ungewollte gewesen war. An seiner Bahre erkennen die Eltern ihre Schuld und zittern vor dem hereinbrechenden Weltgericht. Der Lyriker in Wildgans ist wieder stärker als der Dramatiker. — Wenig günstig beurteilt wird Schönherrs in Berlin gegebenes „Narrenspiel des Lebens". Die Charakteristik eines berühmten Arztes, Hagestolzen und Menschenverächters, der sich aus Ueberdruß an seinem liebelosen Leben vergiftet, überzeugte wenig. Klinische Einzelheiten, wie das Auspumpen eines Magens, stießen ab. — In Mannheim hatte die Oper „Der Goldschmied von Toledo", Erfolg. Offenbachs Oper: „Der schwarze Korsar", die unvollendet blieb, ist die Musik entnommen und entsprechend bearbeitet. Der Tondichter erweist sich in dieser ernsten Musik tiefer und deutscher, als in seinen Parodien. Sie ist freilich mit dem aus E. T. A. Hoffmanns „Fräulein von Scuderi" geschöpften neuen Textbuch nur äußerlich verbunden. — Das Theater in Hanau feierte unlängst sein 150jähriges Jubiläum. Es ist eines der ältesten Bühnengebäude, die heute noch ihrer Bestimmung dienen. — St. Zweig verwahrt sich dagegen, in der „Legende eines Lebens" ein Schlüsselstück geschrieben zu haben, doch sind nach Hamburger Berichten Vergleiche mit den Urbildern des Wagnerschen Familienkreises unabweisbar.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Tiefstand unserer Markwährung — Bayerns Wirtschaftsversorgung — Ueberall Gewitterschwüle — Banken und Geldmarkt.

In Holland, den nordischen Staaten und namentlich in der Schweiz erlitt die Bewertung der Reichsmark gegen Ende Februar einen gewaltigen Kurssturz. Besonders an den Schweizer Plätzen erreichte die deutsche Währung mit 47 Cent — in Friedenszeiten zirka 125 Cent — den bisher tiefsten Stand. Dabei lässt sich nicht voraussehen, ob diese Abwärtsbewegung bereits zum Stillstand gekommen ist oder, wie dies namentlich bei der Entente signalisiert wird, weitere Tiefkurse erwartet werden. Angesichts des bekannten Ausspruches: „Valuten lügen nicht" ist demnach unmittelbar nach der zweiten Münchener Revolution eine bedeutende Wirtschaftsverschlechterung im Deutschen Reich eingetreten. Naturgemäss zieht solche Valuta-Entwertung neue unabsehbare Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände mit sich, besonders solcher, bei denen wir lediglich auf die Einfuhr und den guten Willen der Neutralen und der Ententestaaten angewiesen sind. Eine direkte Folge der innerpolitischen Lage und Wirren, vor allem in München, in Mannheim, im Ruhrrevier und neuerdings im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, um Weimar herum, ist die bedeutenden Umfang annehmende Markvaluta-Abwanderung nach den neutralen Staaten seitens der verschiedensten, vor allem russischen Kapitalisten, denen trotz des Gesetzes gegen Kapitalflucht sowohl die Ausreiseerlaubnis als auch die freie Disposition über Vermögensbestandteile jeder Art zusteht. Auch die Ententeversuche, deutsche Privatguthaben bei den Neutralen zu sperren, blieben bei all diesen Devisenvorkommnissen nicht ohne Eindruck. Grosses und dabei zweifellos unnötiges Aufsehen erregte ausserdem die scharfe Polemik des früheren Schatzsekretärs Dr. Helfferich gegenüber der vom Reichsfinanzminister Dr. Schiffer in der Nationalversammlung an den verfehlten Methoden der deutschen Kriegsfinanzierung geübten Kritik. Deutlich wurden dadurch bewiesen die grosse Kopflosigkeit und die zahlreichen Unregelmässigkeiten bei der Beschaffung von Heeresgerät in der ersten Mobilmachungszeit, ferner die ungeheuren Schäden, die das Hindenburgprogramm, vor allem durch das geradezu ungesunde Indiehöhetreiben der Arbeitslöhne für unsere Gesamtrüstungsindustrie trotz deren ursprünglichen Millionenverdienste mit sich gebracht hat.

Wie sehr Bayern und die anderen Bundesstaaten von einander abhängig sind und namentlich mit den Einfuhrmöglichkeiten durch die Angrenzer unbedingt zu rechnen haben, beweist der fortgesetzte Ruf nach Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen als Grundbedingung für die Erhaltung unserer Existenz. Die weitere Zuspitzung in den Versorgungsfragen legte in schonungsloser Deutlichkeit Geheimrat Dr. Heim in einem mit statistischen Ziffern belegten Aufsatz der „Bayerischen Volkszeitung" klar. Bei Innehaltung unserer gegenwärtigen Tagesration von 240 Gramm sind demnach die in Bayern zurzeit fassbaren Brotgetreidevorräte am 22. Mai erschöpft, so dass wir vor einer vollständigen brot- und mehllosen Zeit während eines Vierteljahres stehen. Solche Hinweise kennzeichnen am deutlichsten die durch die politischen Wirren und Wirtschaftskämpfe erschwerte Zeit, welche, wie der Berliner „Vorwärts" ausführt, „Gewitterschwüle und überall vorhandene Hochspannung auslöst".

An unseren Effektenmärkten herrscht zwar eine begreiflich grössere Zurückhaltung, jedoch immerhin bemerkenswerte Festigkeit bei ziemlichem Geschäft. Auch die Ausdehnung der Eisenbahn- und sonstigen Verkehrsunterbrechungen und namentlich die durch Kohlenmangel und politische Unsicherheit verursachte Stillegung von industriellen Betrieben war von geringerem Einfluss. Man beginnt bereits wieder, den günstigeren Wirtschaftshinweisen Beachtung zuzuwenden. So wurden viel bemerkt die belangreichen Staatsaufträge in Eisenbahnmaterial, die erheblichen Ordres der Reichsregierung auf den Neubau von 60 Schiffsdampfern bei den Reichswerften. In München beispielsweise wird bei den Artilleriewerkstätten, welche gleichfalls für die Friedenswirtschaft umgestellt worden sind, jetzt die auch in Friedenszeiten höchste Zahl von Arbeitern — zirka 1500, vor Kriegsausbruch 800 — beschäftigt. Bei gesteigerter Zufuhr von Kohle, Eisen und sonstigen Rohstoffen ist angesichts der starken Arbeitsmöglichkeit eine weitere Erhöhung der Arbeitsbetätigung gegeben. Zufriedenstellende Betrachtungen lösten ausserdem die stattlichen Gewinn- und Umsatzziffern der jetzt herauskommenden Bilanzen unserer führenden Bankinstitute aus. So übersteigt der Bruttogewinn der Berliner Handelsgesellschaft von 17,6 Millionen Mark den des Vorjahres um rund 1½ Millionen Mark, wobei dieser Mehrgewinn naturgemäss durch die gleichfalls gewaltig gesteigerten Verwaltungskosten aufgezehrt wird. Auch bei der Reichsbank sind zufriedenstellende Daten der Entwicklung bekannt. Infolge des flotten Absatzes in unverzinslichen Reichsschatzanweisungen sind die Anlagen dieses Noteninstitutes trotz starker Neuinanspruchnahme des Kredites durch das Reich um 870 Millionen Mark in der jüngsten Woche zurückgegangen. Der Zahlungsmittelumlauf hat allerdings, wohl hauptsächlich infolge der auf Grund des Waffenstillstandsabkommens nach Belgien notwendigen Reichsbanknotenausfuhr, neuerdings eine beträchtliche Steigerung erfahren. Auch die durch die Ausserkurssetzung von städtischem Notgeld erforderlichen bedeutenden Banknotenmittel spielen hierbei mit.

München. M. Weber.



Vom Büchermarkt.

Der Kreuzweg des Magnus Segnewald und andere Novellen. Von Anna Richli. Mit dem Bildnis der Verfasserin. 12°. 265 S. Geb. ℳ 4.80. — **„Da war auch ich dabei!"** Ein Denkmal für das deutsche Kind im großen Kriege. Eine Bilderreihe von A. Untersberger, Text von Laurenz Kiesgen. Querquart, geb. ℳ 3.80. — **So beten brave Kinder gern.** Gebetbuch für die ersten Schuljahre. Von Rupert Beck. Mit vielen Bildern von A. Untersberger. 32°. 36 S. Geb. ℳ 1.—. **Kurzgefaßtes Handbuch der katholischen Religion.** Von W. Wilmers S. J. 5. Aufl., neu herausgegeben von J. Hontheim S. J. IV. und 634 S. Kl. 8°. Brosch. ℳ 7.—, geb. ℳ 10.—. (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Die Friedenskönigin. Andachtsbüchlein mit allen Gebeten. Von Dr. Jos. Oberhauser. (München, Kunstanstalten Jos. Müller.)

Kleine Buben und der große Krieg. Von Helene Pagés. 2. Aufl., geb. ℳ 1.80. (J. Schnell, Warendorf.)

Das Heim und sein Schmuck. Von Dr. Saebler. Zeichnungen von Karl Köster. ℳ 1.— u. ℳ 2.—. (Volksvereinsverlag G. m. b. H., M. Gladbach.)

Mysterium Crucis. Roman aus der Zeit des Kaisers Nero. Von Felix Nabor. 2 Bände. 3. Aufl., kl. 8°. (XII, 744 S.) Brosch. ℳ 7.50, geb. ℳ 10.—. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A.-G.)

Des Reiches Sonnenwende. Ein Mahnruf schwäbischer Dichter. ℳ 2.—. (Stuttgart, J. Engelhorns Nachf.)

Herzblutstropfen. Gedichte von Helene Troost-Bösken. (München, Schwabinger Eigenverlag.)

Die „Leiber" im Weltkrieg. Erinnerungen aus den Kämpfen des Bayer. Inf.-Leibregiments seit Anfang des Krieges bis Sommer 1918. Von Angehörigen des Leibregiments, ℳ 4.—. (München, Max Kellerer.)

Eigen Land. Von G. A. Küppers. ℳ 1.50. (Dresden, Verlag Oskar Laube.)

Dies irae. Eine Tragödie in fünf Akten. Von Anton Wildgans. — **Gesichte.** Ein Zyklus von A. De Nora. (Leipzig, L. Staackmann.)

Sonnengrund. Roman von Wilhelm Wirbitzky. Geb. ℳ 7. — Umschlagzeichnung von Erich J. Gottschlich. (Konservatoriumverlag, Th. Cieplik, Beuthen O.-S.)

Trennung von Kirche und Staat. Von Pfr. Dr. Hermann Steinlein. 55 Pf. (Ansbach, Karl Junges Buchhandlung.)

Deutsche Demokratie. Von Dr. Fick, Zürich. ℳ 2.—. (J. F. Lehmanns Verlag, München.)

Demokratie oder Sozialdemokratie. Von Dr. Walter Pinner. ℳ 1.—. (Demokratischer Verlag Berlin-Zehlendorf-West.)

Das bayerische Vermögenssteuergesetz vom 17. August 1918. ℳ 1.20. (München, C. H. Beck.)

Lose Blätter aus unserer Missionsmappe. Skizzen und Bilder zusammengestellt von Schwester Maria Paula. ℳ 1.35. — **Cajuta, die Indianerin** und andere Erzählungen. — **Priester und Mission.** I. Folge. Jahrbuch 1918 der Missionsvereinigung für Priester der Erzdiözese Köln. Von Dr. L. Mergentheim und Dr. P. J. Louis. ℳ 2.50. — **Euntes Docete.** Predigten, Vorträge und Reden über das Werk der Glaubensverbreitung. Von Dr. P. J. Louis. ℳ 6.60. — **Abhandlungen aus Missionskunde und Missionsgeschichte.** Herausgegeben vom Franziskus-Xaveriusverein. 1. Heft: Die Mission und die Apologie der Kirche. 75 Pf., 2. Heft: Zur Geschichte des Missionstheaters. ℳ 1.20, 3. Heft: Koptische Klöster der Gegenwart. ℳ 1.—, 4. Heft: Der hl. Tomas, der Apostel Indiens. ℳ 1.20, 5. Heft: Das kath. Zeitungswesen in Ostasien und Ozeanien. ℳ 1.20, 6. Heft: Georgien und die kath. Kirche. ℳ 2.50, 7. Heft: Bilder aus der deutschen Jesuitenmission Puna. ℳ 1.50. — **Pauline Maria Jaricot.** Stifterin des Vereins der Glaubensverbreitung und des lebendigen Rosenkranzes 1799—1862. ℳ 1.—. **Des Meisters Wort und Wille.** Missionspredigten. ℳ 1.—. (Aachen, Xaveriusverlag.)

Schluß des redaktionellen Teiles.



Wer
hilft
einem stud. med., durch Krieg in größter Not, durch Gewährung klinischer Bücher und Apparate? Gefl. Mitt. u. 19183 an die Geschäftsstelle d. Allgemeinen Rundschau, München.

Geschäfts-gründung.

Strebsamer, erfahrener Handlungsgehilfe der Konfektionsbranche, kriegsbeschädigt, will sich selbständig machen.

Wer könnte ihm ein größeres mietbares Geschäftslokal oder -haus oder sonstige Gelegenheit dazu (Einheirat, Uebernahme eines Betriebes der ohne Nachfolger) nachweisen.

Erstklassige Auskünfte stehen zur Verfügung.

Frdl. Angebote an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München, unter W 19190.

Todes-Anzeige.

Am 21. Februar verschied als Opfer der fluchwürdigen Attentate im Bayerischen Landtage unser hochgeschätzter Mitdirektor

Hofrat Heinrich Osel

K. Zollinspektor a. D. und Mitglied des Landtages.

Die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Regensburg und der Bayerische Bauernverein verlieren in dem edlen Verstorbenen einen langjährigen, arbeitsfreudigen und erfolgreichen Mitarbeiter, das Vaterland einen seiner besten Söhne.

27. Februar 1919.

Für die Zentralgenossenschaft:

Heinrich Dhom, Vorsitzender des Aufsichtsrates,
Dr. G. Heim,
Dr. S. Schlittenbauer,
Steger,
Dörr.

Für den Bauernverein:

Burger,
Dr. Schlittenbauer.

NUR AUF DIESEM WEGE.

Anlässlich des entsetzlichen Schicksalsschlages, der mich durch den Tod meines von ruchloser Hand gemordeten heissgeliebten Gatten und Vaters meiner Kinder

Herrn Heinrich Osel

Hofrat und Landtagsabgeordneter

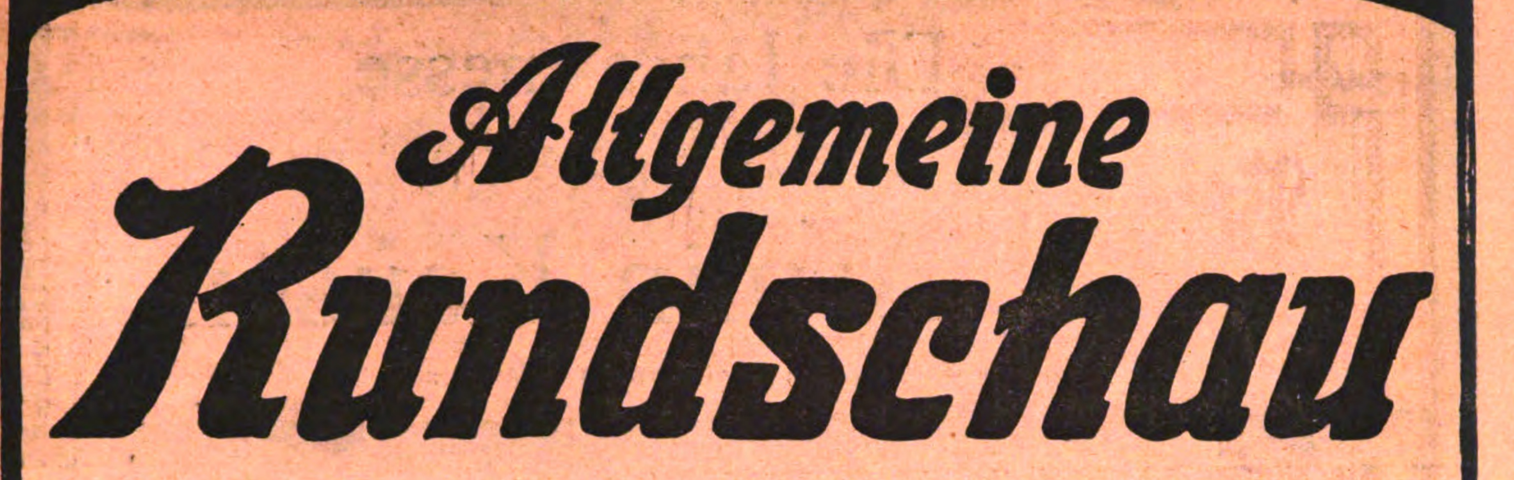
getroffen hat, sind mir aus nah und fern, aus seinem Freundes- und Bekanntenkreise, ja aus dem ganzen Lande unendlich viele herzliche Beileidsschreiben und herrliche Kranzspenden zugegangen. Seelisch und körperlich gebrochen, bin ich ausserstande, jedem der lieben Freunde einzeln zu danken, so wie ich es möchte. Es sei mir gestattet, hiemit auf diesem Wege Allen, Allen meinen tiefstgefühlten Dank auszusprechen. Möge der liebe Gott sie alle vor solchem Herzeleid bewahren.

PASING-MÜNCHEN, den 25. Februar 1919.

Im tiefsten Schmerze:

Frau Josefine Osel, geb. Oettl
Heinrich Osel, med.
Hedwig Osel — Viktor Neubrand
Hans und Charitas Osel
Kunigunde Osel, Mutter.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.



Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 11

15. März
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90

Einzelnummer
40 Pfg.



Die Jahresmesse

für den verstorbenen Begründer der „Allgemeinen Rundschau"

Herrn

Dr. Armin Kausen

wird am 15. März um 8 Uhr in der Stadtpfarrkirche St. Anna zu München gelesen.

Was will ich?

Wissen und Können sind gute Grundlagen um erfolgreich zu sein, aber sie allein genügen noch nicht. Erst wenn sie von einem zielbewussten, unerschütterlichen, starken Willen getragen sind, ist der Erfolg sicher. Nur durch den Willen werden Wissen und Können zur Tat, die dem Einzelnen und der Welt den Stempel aufdrückt. Nicht die herdenhafte Masse macht Geschichte und schafft das Grosse der Kultur, sondern der starke Wille des Einzelnen der das Grosse ersinnt und die Masse mit seinem Geiste und seinem Willen erfüllt, so dass auch sie zu einem grossen Willen wird, der alle Hindernisse wegräumt und das Gewaltige schafft und weiter wirken macht.

Jeder Einzelne kann in seiner Art Vorzügliches leisten und sich eine geachtete und gesicherte Stellung in der Welt schaffen, wenn er in sich selbst denselben grossen Willen aufbringt und wenn die Umstände es erfordern, andere mit diesem Willen erfüllt. Für ihn darf es kein „ich möchte das und das erreichen" sondern nur „ich will das und das erreichen" und ich will mich durch nichts behindern und beirren lassen, bis ich es erreicht habe.

Nun ist es ja richtig, dass die Mehrzahl der Menschen nicht mit einem solch starken Willen geboren ist, wohl aber mit dem Samenkorn des Willens, das bei richtiger Pflege mächtig wachsen und entwickelt werden kann. Wer ein ganzer Mann werden will, der muss vor allem auf die Ausbildung seines Willens, der ja auch Wissen und Können schaffen kann, bedacht sein. Die beste und erprobteste Anleitung hiefür findet sich in Pöehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Die Tatsache, dass man es hier nicht nur mit einem toten Buche, sondern einem lebendigen, erfahrenen Führer zu tun hat, der unsere Fortschritte überwacht, dem Verzagenden neuen Mut einflösst, den Fortschreitenden noch höher leitet, ist die beste Gewähr für einen sicheren Erfolg.

Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Als Truppenarzt bei einem Ersatztruppenteil komme ich mit sehr viel willensschwachen Menschen zusammen, die ohne Leitung kaum je Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden könnten. Diesen unglücklichen Nervenschwächlingen möchte ich helfen. Ihr Werk schien mir zur Empfehlung geeignet . . . habe zu meiner grössten Freude meine Hoffnungen darin mehr als bestätigt gefunden. Dr. med. C." — „Ich spüre jetzt eine Willenskraft in mir, von der ich früher gar keine Ahnung hatte. F. T" — „Wie man die Willensselbstbildung in Angriff nimmt, wie man vom Leichten zum Schweren vorschreitet und fortschreitet, das hat so greifbar noch kein anderer gezeigt. A. K." — „Nach dreimonatlicher Uebung kann ich das letzte Heft mit der Beruhigung zur Seite legen, dass die frühere Schaffensfreude — trotz meiner 55 Jahre — wiederum vorhanden ist. J. K. R."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von **L. POEHLMANN, Amalienstr. 3, München C 130.**

Bemerkenswerte Neuerscheinung!
Vornehme Belletristik fortschrittl. Richtung!

Die goldene Brücke

Hausen-Almanach auf das Jahr 1919

136 Seiten 8° — elegant kartoniert mit künstlerischer Umschlagzeichnung und Kalendarium sowie zwei Porträts. Preis: Mk. 2.00.

Enthält Beiträge der bedeutendsten katholischen Dichter der Gegenwart und bietet in typischen Proben eine Uebersicht über die modernen Strömungen im katholischen Literaturleben.

Hausen Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis (Rhld.)

Halte deine Jugend rein!
Ein Mahnruf an die ins Leben tretenden jungen Männer.
Von Dr. med. Paull. Mit 2 Tabellen, 11 Figuren u. 12 Tafeln.
78 Seiten, kart. 2.20, geb. 3.—.

Teutonenkraft und sexuelle Frage.
Deutsche Worte von E. Hammelrat.
200 Seiten 3.60, geb. 4.50.

Nieder mit dem Feinde!
Ein Warnungsruf an kathol. Jünglinge und Männer von K. W. Friedrich. 24 Seiten 25 Pfg., 10 Stück 20.—.

Männerschande - Frauenknechtschaft
Die Prostitution vom Standpunkt der Frau.
Ein offenes Wort an die Männer von Helene Eiert.
124 Seiten 2.50.

Sexuelle Selbstzucht.
Ein Warnungsruf an das deutsche Volk.
Von Geh. Sanitätsrat Dr. Brennecke. 21.–23000. Preis M. —.15, 100 Stück 10.—.
Mit üblichem Teuerungszuschlag.

Verlagsbuchhdlg. K. Ohlinger, Mergentheim.

Unkeler Winzerverein

zu Unkel am Rhein, Bahn- und Dampfschiffstation
empfiehlt naturreine und leichtverzuckerte

Rot- und Weissweine

fass- und flaschenweise. — Man verlange Preisliste.

Für die Fastenzeit!

Brot des Lebens.

Fastenhomilien über Johannesevangelium, Kap. VI.

von Adolf Rosch, Pfarrer.
— Preis Mk 1.20. —

Hausen Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis.

Geschäftsgründung.

Strebsamer, erfahrener Handlungsgehilfe der Konfektionsbranche, kriegsbeschädigt, will sich selbständig machen.

Wer könnte ihm ein **größeres mietbares Geschäftslokal oder -haus** oder sonstige Gelegenheit dazu (Einheirat, Uebernahme eines Betriebes der ohne Nachfolger) nachweisen.

Erstklassige Auskünfte stehen zur Verfügung.

Frdl. Angebote an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München, unter W. 19190.

Kurhaus Hennef-Sieg

Besitzer JOS. DOHLE.

Vollständig neu renoviert.
— Das ganze Jahr geöffnet. —

Kalte und warme, Teil- und Vollbäder.
Kräuter-, elektrische Bäder u. elektr. Lichtbäder.
Röntgen-Aufnahmen.

Gute Verpflegung. Näheres durch Prospekte.

Die „A. R." das Anzeigenorgan des Buchhandels.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 6 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 16 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 11. München, 15. März 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Verfassungsfrage.

Von Geh. Hofrat Professor Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung.

Der Entwurf der Reichsverfassung hat die erste Lesung durchlaufen und befindet sich jetzt in der Kommissionsberatung. Seit dem Jahre 1848 ist keiner deutschen Gesetzgebungskommission mehr eine Aufgabe gleich groß wie diese zugefallen. Gilt sie doch einer Reformation des staatsrechtlichen Gebäudes, in dem wir wohnen, und zwar einer Reformation an Haupt und Gliedern. Der Ernst der Stunde und das Drängen der Zeit erhöhen die Bedeutung dieser Kommissionsarbeit. Die Durchführung der Demokratie in der Form des Freistaates einerseits, die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Gliedstaaten anderseits, sie bilden die Angelpunkte. Ueber die Art und Weise der Verwirklichung einer demokratischen Republik herrscht weithin Uebereinstimmung. Auf der Rechten unterläßt man es, die Monarchie zu fordern, da eine solche Forderung den Ausschluß von der Mitarbeit an der verantwortungsvollen Aufgabe bedeuten würde. Im Reiche wird sich anderseits auch der Sozialismus niemals bereitfinden, die berufenen Volksvertreter heimzujagen und mittels eines Zentralrates die Herrschaft einer Klasse aufzurichten. Die Verfassung wird darum so werden, wie sie aus dem Ausgleich der in der Nationalversammlung vereinigten politischen Kräfte auf Grund der gesetzlich unbeschränkten Vollmacht dieses verfassunggebenden Parlaments von Weimar hervorgehen wird.

Außer der Nationalversammlung selbst wirken dabei noch mit: die Reichsregierung einerseits, der Staatenausschuß anderseits. Der Letztere freilich nur in beratender Weise. Er verkörpert den Willen der Gliedstaaten, bei den vielfach unfertigen politischen Zuständen der letzteren allerdings in verschiedenartiger und in mehr oder weniger unvollkommener Weise. Wo die gliedstaatlichen Ministerien noch den Aufbau zeigen, den ihnen die Revolution gegeben, gehören die Staatenausschußvertreter dieser Gliedstaaten vielfach ausschließlich der Linken an, wo, wie in Baden oder Hessen, bereits konsolidiertere, demokratische Zustände zurückgekehrt sind, zeigt sich die Einwirkung der guten Tradition dieser Staaten durch Entsendung berufener, in der Reichspolitik erfahrener Ressortvertreter. Bayern befindet sich zurzeit in einer eigenartigen Rolle. Trotz der schwankenden und landtagsfeindlichen Politik Eisners nach Innen hatte das Haupt der bayerischen Revolution doch Verständnis genug für die durch innerpolitische Rücksichten gebotene Notwendigkeit, die Rechte Bayerns in Berlin und Weimar sachkundig vertreten zu lassen. Die Folge davon war, daß Bayern schon im Januar dieses Jahres, alsbald nach Bekanntgabe des Verfassungsentwurfs des Reichsamts des Innern, energisch auftrat und auf bessere Beachtung der gliedstaatlichen Rechte hinarbeitete. Bekanntlich steuerte der von dem damaligen Staatssekretär, heutigen Reichsminister des Innern Dr. Preuß verfaßte Entwurf einem folgerichtig durchgeführten Unitarismus mit vollen Segeln zu. Die Einzelstaaten waren vor Bekanntgabe jenes Entwurfs nicht einmal gehört worden. Bayern setzte mit Hilfe anderer Bundesregierungen durch, daß neben dem Reichskabinett als Vertretung der Gliedstaaten der seither tätige und durch das Gesetz betreffend die vorläufige Reichsgewalt bestätigte Staatenausschuß einberufen wurde. Derselbe hat inzwischen manchen Unitaristen belehrt, daß man über den Bestand der deutschen Gliedstaaten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann, und hat mit greifbarem Erfolge in seinen Beratungen mit der Reichsregierung einer vermittelnden Politik das Wort geredet. Nicht um einem wilden Partikularismus zu frönen, wie das bequeme Schlagwort heißt, sondern im Interesse einer jetzt doppelt notwendigen ruhigen Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Reich und Gliedstaaten, mit Rücksicht auch auf die öffentliche Meinung Süddeutschlands, strebte der Staatenausschuß seinem Ziele zu. Man war im Staatenausschuß bereit, dem Reiche in vielen grundsätzlichen Fragen die durch den neuen Zustand geforderten Zugeständnisse zu machen, nicht etwa nur, um widerwillig zu geben, sondern um nach Kräften das Reich in dieser Zeit seiner schwersten Not zu stärken.

Während das Reichskabinett mehr und mehr zu einem Hort des Unitarismus geworden ist, wurde so der Staatenausschuß zum Vertreter eines gesunden Föderalismus. Das Ergebnis der zwischen beiden Instanzen geführten Verhandlungen ist der jetzt der Kommissionsberatung vorliegende Verfassungsentwurf. Er unterscheidet sich von dem ersten Entwurf durch eine ungleich stärkere Betonung des bundesstaatlichen Charakters auch für das neue freistaatliche Reich. So hat die Vorlage manche Besorgnisse, die der erste Entwurf geweckt hatte, zerstreut und vielfach als verständiger Kompromiß angenehm berührt. Den Bundesstaatsgedanken verfolgt diese Vorlage namentlich nach 3 Richtungen. Sie gibt in ihrem „Reichsrat" statt des verwaschenen „Staatenhauses" im Preußischen Entwurf den Gliedstaaten wieder weitergehende Befugnisse bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, allerdings ohne damit zu dem alten Bundesrat zurückzukehren. Der letztere war seinerseits der eigentliche formale Träger der Staatsgewalt im bisherigen Reiche, was zu mancherlei Reibungen mit den Zentralinstanzen führte. Diese sollen jetzt beseitigt, die Souveränität des Reichs nach jeder Richtung einheitlich ausgebaut werden. Die Vorlage respektiert sodann in höherem Maße die gliedstaatlichen Befugnisse bei der materiellen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Einzelstaat, sowohl in der Gesetzgebung, wie in der Exekutive. Der erste Entwurf hatte hierin die Gliedstaaten zu sehr mit Mißtrauen behandelt, etwa wie gefährliche Tiere, die man an die Kette nehmen muß. Die Vorlage zeigt endlich in der Behandlung der einzelstaatlichen Reservatrechte, besonders Bayerns, mehr Verständnis und Achtung für die verfassungsmäßigen Garantien der bisherigen Reichsverfassung. Daher setzt er hinsichtlich ihrer überall den Gedanken der Verständigung und des Vertrags an die Stelle der Majorisierung der Gliedstaaten durch den souveränen Machtwillen der Nationalversammlung.

Die Reden, die in der letzteren aus Anlaß der ersten Beratung der Verfassung gehalten wurden, zeigten deutlich das Auseinandertreten des Hauses in ein föderalistisches und unitarisches Lager. Die Befürchtung besteht, daß in echtdeutscher begrifflicher Ueberspannung der Theorie die Nationalversammlung die Verfassungsvorlage wieder nach rückwärts, d. h. hin zu dem Entwurf Preuß und damit im unitarischen Geiste umgestalten werde. In fast allen Parteien ist der Zug zur Einheit auffallend stark vertreten. Demgegenüber haben die Anhänger des echten Bundesstaates keinen leichten Stand. Sie werden, fußend auf dem Boden notwendiger Kontinuität der verfassungsmäßigen Entwicklung, nachdrücklich auf die schlimmen Folgen überspannter Gleichmacherei hinweisen und zur Ver-

ständigung mahnen müssen. Die Vertretung ihres Standpunktes ist durch die Haltung des Reichskabinetts und des Ressortministers Dr. Preuß erschwert. Denn beide zeigen sich unverhohlen bereit, über die Wünsche des Staatenausschusses, soweit sie in der Vorlage angenommen waren, wiederum hinwegzugehen. Die Begründung, die Minister Dr. Preuß der Regierungsvorlage im Hause mitgab, war alles andere, als eine standfeste Vertretung der Regierungsvorlage; sie klang nicht selten wie eine Ermutigung der Nationalversammlung, sich über die Forderungen des Partikularismus hinwegzusetzen.

Aehnlich liegen die Dinge jetzt in der Verfassungskommission. Auch hier zeigen uns schon die ersten Kommissionssitzungen das Uebergewicht der unitarischen Bestrebungen. Die Zusammensetzung der Kommission, die in 28 Mitgliedern tagt, verrät dies deutlich genug. Das Zentrum delegierte in die Kommission, außer seinem Vorsitzenden Gröber, die Herren Dr. Spahn, Trimborn, Dr. Mausbach, Stegerwald und den Verfasser; die Deutsche Demokratische Partei: Dr. Ablaß, Haußmann, Koch, D. Naumann, Dr. Zöphel; die Deutschnationale Volkspartei: Dr. von Delbrück, Dr. Düringer und Schultz (Bromberg); die Deutsche Volkspartei: Dr. Heinze und D. Dr. Kahl; die Sozialdemokraten ihre Mitglieder Bader, Fischer (Berlin), Hildenbrand, Frau Juchacz, Kahmann, Katzenstein, Meerfeld, Dr. Quarck, Riedmiller, Vogel, Wels; die unabhängigen Sozialdemokraten sind durch Dr. Cohn vertreten.

In einer Woche werden wir besser wissen, wohin die Reise geht. Einstweilen obliegt es auch hier den Anhängern des Bundesstaates, mit Aufbietung aller brauchbaren Erwägungen für das einzelstaatliche Leben zu retten, was zu retten ist. Dem Schreiber dieser Zeilen ist das verantwortungsvolle erste Referat in der Frage der Gliedstaaten zugefallen; das zweite liegt in der Hand des demokratischen Abgeordneten Oberbürgermeister Koch (Cassel). Unter den Kommissionsmitgliedern aus dem Zentrum herrschen hinsichtlich des Ausmaßes, das den gliedstaatlichen Rechten zuzubilligen ist, nicht ganz einheitliche Auffassungen. Ein besonders beachtliches Moment, über das in unseren Reihen ernstlich nachgedacht werden muß, betrifft die Zuständigkeiten von Reich oder Gliedstaat auf dem Gebiete der Kirche und Schule. Es kann nicht bestritten werden, daß die bisherige Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte hierin neben unbestreitbaren Vorteilen doch leicht auch Nachteile nach sich zu ziehen droht. Man denke an die Stellung der christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, in etwaigen roten Republiken Mittel- und Norddeutschlands! Daraus erwächst die Frage, ob nicht die Leitsätze über Kultus und Unterricht, die der Abschnitt von den Grundrechten des deutschen Volkes enthält, mehr ins einzelne ausgestaltet werden sollte, um ebensoviele reichsgesetzliche Garantien gegen landesgesetzliche Willkür zu setzen. Man sieht hieraus, Unitarismus und Föderalismus haben ihre zwei Seiten und äußern sich in ihrer Wirkung auf den verschiedenen Gebieten des Verfassungswerks durchaus nicht gleichmäßig.

Im ganzen darf man gleichwohl der Zukunft dieses wichtigen Staatsgrundgesetzentwurfs mit gewissem Vertrauen entgegentreten. Alle Parteien haben sich sichtlich bemüht, erfahrene und sachkundige Persönlichkeiten in die Verfassungskommission zu entsenden. So ist zu hoffen, daß bei ruhiger Prüfung der Argumente für und wider ein Werk zustande kommt, das für die schwere Zukunft, die uns in Deutschland bevorsteht, den sicheren Boden des Rechts und der Gerechtigkeit an Stelle von Gewalt und Revolution setzen wird.

Das fünfte Schicksalsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Kampf um die Macht in Berlin.

Der überrevolutionäre Wechselbalg trat unter dem Namen „Generalstreik" ins Leben. Angeblich sollte das „friedliche" Druckmittel der Arbeitseinstellung die Regierung zur Anerkennung der Arbeiterräte und zur Beschleunigung der Sozialisierung veranlassen. Bald aber zeigte sich des Pudels Kern: der Streik war das Signal zur aktiven Rebellion; nicht um diese oder jene Reformen wurde gerungen, sondern um die Macht in Stadt und Reich; die Regierung und die Nationalversammlung sollten gestürzt, die Kommune in Berlin aufgerichtet und Deutschland als Sowjet-Republik ausgerufen werden.

In den Straßenkämpfen fiel die Entscheidung glücklicherweise zugunsten der Regierung, d. h. der Ordnung. Als sich in der Schlacht am Alexanderplatze gezeigt hatte, daß die Spartakisten trotz des Verrates der Volksmarinedivision und eines Teiles der Republikanischen Soldatenwehr das Feld nicht zu behaupten vermochten, da gaben auch die kommunistischen und „unabhängigen" Drahtzieher das Spiel verloren, verkündigten unter gegenseitigen Beschuldigungen das Ende des Streiks, ohne sich weiter um die angebotenen Reformen zu kümmern.

Somit verdanken wir den glimpflichen Ausgang der schlimmen Woche in erster Linie der Treue und der Tapferkeit der Regierungstruppen, namentlich dem neugebildeten Freiwilligenkorps. Sie hatten einen schweren Stand. Es war wieder durch schwere Versäumnisse gesündigt worden. Die Volksmarinedivision hatte man immer noch nicht beseitigt, obschon sich in den früheren Kämpfen ihre Heimtücke deutlich gezeigt hatte. In der Republikanischen Soldatenwehr hatte man die spartakistische Wühlerei sich entwickeln lassen. Dazu fanden die Aufständischen die Unterstützung der unbewaffneten Volksmassen aus dem Norden und Osten von Berlin. Bei jedem Vorgehen treffen die Regierungstruppen auf eine fanatisierte Menschenmenge, die nicht weichen will. Mit den Aufforderungen zum Auseinandergehen und den warnenden Schreckschüssen vergeht kostbare Zeit; wird dann endlich scharf geschossen, so zerstiebt die Menge zwar, aber in den nächsten Straßen beginnt das Spiel von neuem. Unter diesen Umständen ist es wirklich aller Ehren wert, daß die Freiwilligenkorps so wacker ausgehalten und Schritt für Schritt gesiegt haben.

Weniger imposant ist die Rolle, welche die Berliner Führer der Mehrheitssozialisten spielten. Da der Streik auf den Sturz der Regierung hinausging, hätten sie als berufene Leibgarde der sozialistischen Minister sich von vornherein mit aller Kraft dem Unternehmen entgegensetzen müssen. Aber als sie sahen, daß die „unabhängigen" Treibereien auch in ihren Reihen Anklang fanden, wagten sie nicht, in die Speichen des Rades zu greifen, sondern suchten einen Platz auf dem Kutschbock. So kam es zu zwei „Streikleitungen" mit drei Parteien; in dem einen Komitee saßen die Regierungssozialisten und die Unabhängigen zusammen, in dem anderen die Unabhängigen mit den Kommunisten. Die vierte Gruppe, die erklärten Spartakisten, beteiligten sich überhaupt nicht an dem Streikspiel, sondern besorgten die Hauptsache, den Waffenkampf auf den Straßen. Bezeichnend ist, daß der Beschluß auf Generalstreik zuerst gefaßt wurde und erst nachträglich die sogenannten Streikforderungen improvisiert wurden. Darum hatte es auch durchaus keine eingreifende Wirkung, als die nach Weimar abgesandten Deputationen von dort zurückkamen mit einem Bündel von Zusicherungen über die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Arbeiterräte, über die schleunige Sozialisierung usw. Im Gegenteil: nach diesen Zugeständnissen der Regierung sollte das Streikfeuer erst recht angefacht werden. Die Gewerkschaftskommission wurde zum Anschluß an den Streik genötigt; die Kommunisten und Unabhängigen setzten den Beschluß durch, daß auch die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stillzulegen seien. Hier und da gelangte auch dieser mörderische Beschluß zur Ausführung. Der Zweck war offenbar, die Massen nun vollends auf die Straßen zu treiben, in der Dunkelheit die Gewalttaten zu steigern und die Kraft der Ordnungstruppen zu brechen. Da endlich erkannten nun die Führer der Mehrheitssozialisten, daß sie in dieser bolschewistischen Gesellschaft nicht mehr mittun könnten. Sie traten aus der Streikleitung aus und verkündeten in flammenden Worten, die leider etwas spät kamen, ihrerseits den Schluß des „geschändeten und verpfuschten" Streiks. Nun fiel auch die Gewerkschaftskommission wieder auf die vernünftige Seite. Die radikalen Streikführer mußten schließlich auch einpacken, da trotz der Versuche zur Streikverschärfung die Straßenkämpfe sich nicht zu ihren Gunsten entwickeln wollten. Wenn nun auch die Führung der Mehrheitssozialisten sich als schwankendes Rohr erwiesen hat, so muß man doch anerkennen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Mehrzahl arbeitswillig und ordnungsfreundlich geblieben sind und so dazu beigetragen haben, daß der Streik niemals „allgemein" wurde und die Aufständischen nicht die Oberhand gewannen.

In einigen Außenvierteln von Berlin wird noch gekämpft, und die Spartakisten zeigen in den Rückzugsgefechten ihre ganze Bestialität, indem sie nach russischem Vorbild Massenmord verüben an den Gefangenen, die sie hier oder da machen; so wurden in Lichtenberg über 150 Kriminalbeamte und überwältigte Sol-

Die „Allgemeine Rundschau" steht, wie die übrige bürgerliche Presse Münchens, zurzeit unter der Vorzensur des Zentral-Rates.



daten, sogar Frauen und Kinder, hingemordet. Gegen solche Teufel in Menschengestalt hilft nur die rücksichtslose Gewalt. Wenn die Regierung sich selbst, die Nationalversammlung und die größte Stadt des Reichs retten will, so muß sie für eine starke Truppenmacht sorgen.

Den beiden Gesetzentwürfen, die jetzt in Weimar beraten werden, kann man ja die besten Wünsche widmen. Ueber die allgemeinen Grundsätze des sogenannten Sozialisierungsgesetzes läßt sich wohl eine Verständigung erzielen und wenn das Privatmonopol des Kohlensyndikates in eine Reichskohlenwirtschaft übergeleitet wird, so ist das keine erschütternde Neuerung. Doch darf man nicht erwarten, daß mit solchen Reformen die radikalen Elemente zur Ruhe zu bringen sind. Die Umsturzbestrebungen drohen immer noch. Neuerdings ist Oberschlesien bedroht durch Streiks, die mit einem geplanten polnischen Vorstoß in Verbindung zu stehen scheinen. Während Mitteldeutschland sich beruhigen will, kommen aus dem nordwestlichen Industriegebiet wieder beunruhigende Nachrichten. Immer neue Schwierigkeiten und Gefahren. Die Regierung muß für Truppen sorgen und auch den Mut haben, sie rechtzeitig und entschlossen zu gebrauchen. Daneben sollten Ebert, Scheidemann und Genossen für die Reorganisation ihrer eigenen Partei etwas mehr tun, sonst wird von der rastlosen Agitation der Radikalen der Ast durchsägt, auf dem die sozialistischen Minister sitzen.

Die Verhandlungen in Spa.

Welch ein schändliches Verbrechen am Vaterlande der Berliner Krawall war, zeigte sich in dem Zusammentreffen dieser inneren Gefahr mit der Krisis in unseren außenpolitischen Verhandlungen. Die Entente machte den dreisten Versuch, uns den ganzen Rest unserer Handelsflotte abzupressen, ohne uns die entsprechende Gewähr für die Brotversorgung bis zur nächsten Ernte zu geben. Die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen, aber unterbrochen. Unsere Regierung hält mit Recht an dem Standpunkt fest, daß wir nur so viel Schiffsraum zur Verfügung der Feinde stellen, wie dem zugesagten Quantum an Lebensmitteln entspricht. Es scheint, daß auf der Gegenseite sich allmählich doch etwas Menschlichkeit und Vernunft durchsetzt. Sollte die Erwartung täuschen, so ergibt sich hier vielleicht die Notwendigkeit, den Grundsatz des Reichspräsidenten durchzuführen: Lieber Entbehrung, als Entehrung! Wollen die Franzosen und Engländer das deutsche Volk dem Hungertode überliefern? Will der wieder sehr redselige Wilson das zulassen? Wenn ja, so wollen wir lieber den Untergang in stoischer Ruhe erwarten, statt uns erst noch die Finger mit Unterschriften unter einen mörderischen Vertrag zu beflecken.

Indessen scheint bei der Entente doch die bessere Einsicht zu siegen. Nach einer Reutermeldung aus Paris hat der Oberste Kriegsrat Vorschläge angenommen, die man für annehmbar für die Deutschen hält, um die in Spa unterbrochenen Verhandlungen in Brüssel wieder aufzunehmen. Es soll vorgesehen werden, daß zugleich mit der Auslieferung der deutschen Schiffe die Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte mit Lebensmitteln erfolgt. Der Beginn der neuen Verhandlungen ist auf den 13. März angesetzt.

Entspannung der politischen Lage in Bayern.

Von M. Geßner, München.

Das vom Rätekongreß am 1. März gewählte Ministerium war eine Eintagsfliege. Eigentlich ist es gar nicht zustandegekommen, da die zu Ministern gewählten Mehrheitssozialisten sich nicht zur Annahme der Aemter verstehen konnten. Einige aus den Kreisen aller Parteien des gewählten Landtags in den ersten Tagen nach dessen Sprengung unternommene Versuche, diesen unmöglichen Zustand durch Wiedereinberufung des Landtags zu ändern, blieb erfolglos. Auch das einmütige Eintreten aller bayerischen Abgeordneten zur Nationalversammlung in Weimar — mit Ausnahme der Unabhängigen — für die Rechte des Landtags hatte keine nach außen sichtbare Wirkung. Als auch der für den 3. März in Bamberg geplante Zusammentritt des Landtags — von diesem Plan erfährt man beispielsweise durch die Süddeutsche demokratische Korrespondenz — nicht zustandegekommen war, begannen wieder Verhandlungen mit dem Ziel, den Landtag in München wieder flott zu machen. An diesen Verhandlungen waren nach der gleichen Quelle alle Fraktionen des Landtages beteiligt. Es wurde eine Verständigung darüber erzielt, daß ein rein sozialistisches Ministerium gebildet werden sollte, daß aber die Räte sich aufzulösen hätten. Auch das führte zu keinem praktischen Ergebnis. Ebenso negativ war der Erfolg eines Schrittes, der von den Mehrheitssozialisten und einem Teil der Unabhängigen ausging und eine Einigung mit den Räten auf folgender Grundlage erzielen sollte: Einberufung des Landtags, Bildung eines sozialistischen Ministeriums, dessen Anerkennung und Ausstattung mit weitgehenden Vollmachten durch den Landtag, Schaffung einer Notverfassung, Uebergang der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt während des Provisoriums ausschließlich an diese Regierung, Teilnahme der Räte am Ministerrat durch Delegierte, Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer Volkswehr aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, beratende Mitarbeit der Räte in Gemeinde, Bezirk und Kreis, ferner Berechtigung der Räte, bei Landtag und Regierung Beschwerden, Eingaben und Gesetzentwürfe einzureichen und letztere durch Beauftragte vertreten zu lassen, sofortige Neuwahl der Räte. Dieses sozialistische Programm, das nachträglich auch Vertreter des Bauernbundes unterzeichneten, wurde auch den übrigen Parteien bekannt, die einzelne Punkte anerkannten, andere aber als unannehmbar bezeichneten. Nach dem schon genannten Organ der demokratischen Fraktion des Landtags wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß der Landtag einem Ministerium, das das Zugeständnis machte, daß die Räte Vertreter in den Ministerrat entsenden könnten und die Minister so unter die Kontrolle der Räte gestellt würden, keine Vollmacht erteilen würde. Das sei von den Vertretern der beiden sozialistischen Parteien auch widerspruchslos anerkannt worden. Die Erörterung dieses in Nürnberg vereinbarten sozialistischen Programms im Rätekongreß am 5. März hatte lediglich das Ergebnis, daß neue Verhandlungen mit Sozialisten und Bauernbund beschlossen wurden, die am 7. März in München stattfanden und zu folgender vom Rätekongreß dann mit großer Mehrheit gegen die radikalste Linke angenommenen Vereinbarung führten:

1. Sofortige Einberufung des Landtages zu einer kurzen Tagung, Bildung eines sozialistischen Ministeriums einschließlich eines Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Ernährungswesen mit inbegriffen; dieses Ministerium ist durch den Bayerischen Bauernbund zu besetzen) durch die beiden sozialdemokratischen Parteien nach Beratung mit dem Aktionsausschuß der A., B.- und S.-Räte. Anerkennung dieses Ministeriums durch den gewählten Landtag. Schaffung einer Notverfassung.

2. Uebertragung weitgehender Vollmachten durch den Landtag zur Leitung der Regierungsgeschäfte an das Ministerium.

3. Zusammenfassung und Ausbau der Propagandaabteilung für Volksaufklärung.

4. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt liegt während der Zeit des Provisoriums allein in den Händen des Ministeriums. Je ein Vertreter der A.-, B.- und S.-Räte kann mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ministerrates teilnehmen.

5. Sofortige Schaffung einer freiwilligen Volkswehr aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Sofortige Auflösung des stehenden Heeres.

6. In den Vertretungen der Gemeinden, Bezirke, Kreise und staatlichen Behörden steht den Räten das Recht der praktischen Mitarbeit durch Abordnung in diese Körperschaften zu.

7. Im Ministerium des Innern ist ein Referat für die Räteorganisation zu errichten. Den Referenten stellt der Landesvollzugsausschuß. Den A.-, S.- und B. Räten steht ferner das Recht zu, beim Landtag und bei den Regierungen Beschwerden, Eingaben und Gesetzentwürfe einzureichen und letztere jeweils durch einen Beauftragten vertreten zu lassen. Den neugewählten Räten steht eine Berufung gegen die Beschlüsse des Landtags an die Volksgesamtheit (Referendum) zu.

8. Die Neuwahlen der Arbeiter- und Bauernräte sind im ganzen Lande nach den Grundsätzen der Verhältniswahl alsbald anzuordnen. Ueber aktives und passives Wahlrecht sind vom Gesamtministerium unter Einvernahme des Aktionsausschusses besondere Bestimmungen zu treffen.

9. Die Rechte der A.-, B.- und S.-Räte sind unter Berücksichtigung von Punkt 6 und 7 durch ein besonderes Gesetz umgehend festzulegen.

Diese Punkte stellen eine Ineinanderarbeitung des Nürnberger Programms und des Rätebeschlusses vom 28. Februar in der Weise dar, daß den Räten sehr weit entgegengekommen wurde. Die Räte finden sich ab mit der Einberufung des Landtags und damit, daß die Regierung während des Provisoriums allein über die gesetzgebende und vollziehende Gewalt verfügt, erhalten aber selbst bedeutsame Rechte in Regierung und Verwaltung und durch das Referendum auch dem Landtag gegenüber. Dadurch, daß die Räte nach der Ver-

hältniswahl neu zu wählen sind, wird vielleicht sachlich manches geändert, aber nicht grundsätzlich. Im Rätekongreß hat am 8. März ein Redner gemeint, durch diese Vereinbarung sei der Landtag erledigt; wenn er noch etwas Ehrgefühl habe, werde er sich nicht als politischer Idiot hinstellen. Der Redner sprach für die Annahme der Beschlüsse. Man braucht dieser Auffassung nicht völlig zuzustimmen, aber des Eindrucks, daß ein so gestellter Landtag nicht gerade nach einer „souveränen" Volksvertretung aussähe, kann man sich doch nicht erwehren. Auch in der „Bayerischen Staatszeitung" wird die Ansicht ausgesprochen, daß diese Zugeständnisse den Landtag zur Ohnmacht verurteilen und daß man abwarten müsse, ob er sich entschließt, unter diesen Umständen das ihm vom Volk übertragene Mandat auszuüben: „Wollen wir hoffen, daß es einen Weg gibt, um es zu ermöglichen." Dem können wir uns nur anschließen. Wir sind auch der Meinung, daß jeder Weg gegangen werden muß, auf dem wir mit einiger Wahrscheinlichkeit den Anschluß an eine normale friedliche Entwicklung wieder finden können.

Und man sollte meinen, gerade jetzt könnteu nter all denen, die eine solche Entwicklung wirklich wollen, die Verständigung nicht so schwer sein. Einerseits ist unsere Lage in jeder Hinsicht so schwierig, daß wir mehr als je Grund haben, in größter Einigkeit nach einem Ausweg zu suchen. Anderseits dürfte sich gezeigt haben, daß gewisse Zwangsvorstellungen von einer Gegenrevolution von rechts ohne realen Hintergrund sind. Keine Partei denkt an Reaktion, alle bekennen sich zur Demokratie auf republikanischer Grundlage. Auch kleinere Verschwörerzirkel gibt es allem Anschein nach nicht. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Feststellungen des von der Presseabteilung des Zentralrats veröffentlichten, von Staatsanwalt Hahn und Oberlandesgerichtsrat Dr. Kühlewein verfaßten Berichts über die Attentate auf Eisner und im Landtag. Danach haben sich bis jetzt keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Mörder Eisners, der, wie der Bericht gegenüber gegenteiligen Gerüchten hervorhebt, als der Leutnant Anton Graf Arco-Valley unzweifelhaft festgestellt ist, die Tat im Einverständnis mit anderen oder unter Beeinflussung durch sie begangen hat. So sind denn auch die zum Schutz gegen vermeintliche gegenrevolutionäre Bestrebungen festgesetzten Geiseln wieder aus der Haft entlassen worden. Die so zum Ausdruck gekommene tatsächliche Entspannung der Lage sollte doch auch auf die Entwirrung der äußerlichen Verwicklungen nicht ohne Einfluß bleiben. Ist eine Gefahr für die freiheitliche Entwicklung von rechts her, von woher sie in erster Linie vermutet wurde, nicht vorhanden, an die vorübergehend auch ehrliche Anhänger der Demokratie glauben mochten, deren Vorhandensein sie wenigstens in den Tagen größter Verwirrung nicht ohne weiteres glaubten bestreiten zu können, so gilt es jetzt zu zeigen, daß Demokratie und Freiheit auch überall ehrlich gemeint sind. Gerade die Gefährdung dieser Ideale in dem Durcheinander der letzten Wochen dürfte nicht nur ihre Wertschätzung auf allen Seiten vermehrt, sondern auch das Verantwortungsgefühl bei jedem einzelnen gestärkt und ihn überzeugt haben, daß es jetzt mehr als je gilt, nur an die gemeinsame Wohlfahrt zu denken, das Vaterland tatsächlich über die Partei zu stellen, die zu gegebener Zeit schon wieder in ihre Rechte treten wird. Nur im aufrichtigen Dienste der Gesamtheit kann heute der Einzelne auch sein eigenes Wohl wahrnehmen.

Aber die Arbeit in diesem Dienste muß frei sein, der Charakter muß ihr durch Gewissen und Verantwortungsgefühl des Einzelnen aufgeprägt sein. Durch Bevormundung und Zwang wird man uns nicht in das gelobte Land der Freiheit und der Demokratie führen. Der Gesundungsprozeß, den wir zweifellos durchzumachen haben, wird auch nicht gefördert durch die Beschränkung der Preßfreiheit, durch eine Zensur, die wir plötzlich wieder auftauchen sahen, als wir schon dachten, die Zeiten dieser Einrichtung seien für immer vorbei. Von den ganz besonderen Schönheitsfehlern gerade dieser neuesten Zensur wollen wir gar nicht einmal reden, um ihre Unmöglichkeit zu beweisen. Wir geben Eisner und seinen Testamentsvollstreckern auch ohne weiteres zu, daß an der unerfreulichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Presse einen nicht geringen Teil der Schuld hat. Nur werden wir uns über das Maß und die Art der Schuld im einzelnen mit ihnen kaum einigen. Sicher ist aber, daß die notwendige Besserung nur die Frucht eigener Erkenntnis und freier Entschließung sein kann. Wir halten es nicht in allem grundsätzlich mit der bekannten Pilatusfrage, aber wer will denn leugnen, daß es in den irdischen Dingen im allgemeinen und in den politischen im besonderen für gewöhnlich keine fertigen Wahrheiten gibt? Die Wahrheit wird erst im Kampf der Meinungen an den Tag kommen, wenn Leitstern der Auseinandersetzung die Wahrhaftigkeit ist. Die Wahrhaftigkeit aber ist eine Frage der Moral, der man den Schutz des Rechtes auf Wahrheit, den die Zensur besorgen will, überlassen muß, wenn man nicht fertige Wahrheiten zur Hand hat.

Wahrhaftigkeit und Konsequenz lösen leicht manchen Konflikt, der sonst unentwirrbar scheint. Vielleicht auch den Gegensatz, der in unserer Politik noch klafft zwischen Landtag und Rätesystem. Durch die neueste Vereinbarung ist das Einkammersystem praktisch zweifellos durchbrochen. Das ist ja an sich kein Unglück, nur müßte man sich auch grundsätzlich zu diesem Bruch bekennen und klare Verhältnisse zu schaffen suchen. Zwei Regierungen können wir nicht nebeneinander brauchen, wohl aber zwei Parlamente. Bei zwei Regierungen werden Konflikte an der Tagesordnung sein. Das Nebeneinander von zwei Parlamenten dagegen kann sich als sehr nützlich erweisen. Dr. Heim hat jüngst den Vorschlag gemacht, die Räte zu einem Ständeparlament als eine Art Oberhaus auszubauen. Selbstverständlich dürfte man sich dann nicht auf Arbeiter und Bauern beschränken — Soldaten gibt es künftig ja vielleicht überhaupt nicht mehr —, sondern müßte alle Stände und Berufe heranziehen, so ähnlich wie man es im alten bayerischen Reichsrat tun wollte, wenn auch etwas sachgemäßer noch. Damit wäre der Bedeutung des Wirtschaftslebens und dem sozialen Zuge unserer Zeit Rechnung getragen und zugleich dafür gesorgt, daß die Interessenpolitik die Politik an sich und die Demokratie nicht vergiftet und tötet, wenn neben dieser Ständekammer das allgemeine Parlament existiert, das Volksparlament, in dem das, was im andern nach Ständen geschieden erscheint, nach politischen Gesichtspunkten zusammengefaßt aufmarschiert. Zwischen diesen beiden „Häusern" könnte es gewiß auch Reibungen geben, aber als Widerstände gegen Vergalloppierungen der einen oder anderen Seite wären sie sogar nützlich und würden kaum je zu Staatskonflikten führen, wie es nur zu leicht der Fall sein könnte, wenn neben Regierung und Parlament noch ein Drittes existierte, das halb Regierung, halb Parlament wäre, ohne sich im einzelnen Falle auf das eine oder andere festlegen zu lassen.

So etwa müßte man es machen, wenn man demokratisch bleiben und dem Räteprinzip Rechnung tragen will. Das ständische Prinzip kann klar und ausgesprochen zur Geltung kommen nur in einem Ständeparlament, aber weder in der Regierung noch im einzigen Parlament, das zugleich auch allgemeine Politik zu treiben hat, nicht in einer Demokratie, denn es ist wie jeder Klassenstandpunkt eigentlich weder politisch noch demokratisch. Das Volksparlament aber müßte an „Niveau" nur gewinnen, wenn man bei seiner Zusammensetzung nicht mehr so sehr vom Interessenstandpunkt als davon ausgehen könnte, daß sich an dieser Stätte die geistigen Führer der Nation zusammenzufinden haben, um die Staatsführung nach innen wie nach außen nach höheren Gesichtspunkten und weiteren Horizonten zu beeinflussen, als sie den Abgesandten von Interessentengruppen, auch wenn sie sich als Vertreter des ganzen Volkes betrachten, vielfach erreichbar sind.

Mißtrauen und Vertrauen.

Von Lehrer u. Landtagsabg. Franz Weigl, München-Harlaching.

Wenn man von den unpolitischen Köpfen absieht, die nur mit Leidenschaften und niederen Trieben in das Geschehen der Gegenwart eingreifen und die Diktatur der Handgranate und des Revolvers aufrichten wollen, so verbleibt unter den übrigen jetzt in der Oeffentlichkeit wirkenden Kräften noch ein großer Teil, der trotz guten Willens doch nicht zu tatkräftigem Schaffen für die soliden Grundlagen der nächsten Entwicklung: Ordnung, Arbeit, Brot kommt. Der Grund für diese Erfolglosigkeit trotz nervöser Geschäftigkeit liegt in der Hauptsache in dem Mißtrauen, das zwischen der Rechten und Linken bezüglich des ehrlichen Willens zum Neubau auf der real gegebenen Verhältnissen besteht.

Jeder besonnene Schritt, der dieses Mißtrauen beheben helfen und zu einem ehrlichen Vertrauensverhältnis mit hinführen kann, wird deshalb von allen wahren Freunden des Vaterlandes in der Stunde seiner größten Not dankbar begrüßt werden. Wohlüberlegte Schritte solcher Art hat die Bayerische Volkspartei in der letzten Zeit versucht. Ihre Führer und Ab-

geordneten sind nicht nur vor dem 21. Februar, sondern auch sofort nach diesem Unglückstag tätig gewesen, die Saat des Mißtrauens zu beseitigen oder doch sie nicht noch stärker sich entfalten zu lassen.

In diesem Sinne wurde an maßgebender Stelle darauf hingewirkt, daß bei der Untersuchung der Mordtat an Eisner mit strengster Gewissenhaftigkeit allen etwaigen Beziehungen des Täters zu anderen Personen, besonders zu dem für viele unserer Mitbürger jetzt bestehenden Schreckgespenst der „konterrevolutionären Reaktion" nachgegangen wird. Die staatsanwaltlichen ernsten Bemühungen haben die Haltlosigkeit jener Vermutung bewiesen.

Der Behebung des Mißtrauens dienten die ehrlichen, Verständigung suchenden Verhandlungen der Bayerischen Volkspartei mit allen übrigen politischen Parteien des Landtages, wobei hart an die Grenze dessen gegangen wurde, was grundsätzlich noch zugestanden werden kann zur Bewahrung des Vaterlandes vor dem Bürgerkrieg.

Aus diesem Grunde haben die Vertreter der Bayerischen Volkspartei beschlossen, unter gewissen Bedingungen der Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums gemäß der im Rätekongreß am 8. März zustandegekommenen Vereinbarung zuzustimmen.

Dem gleichen Ziel ordnet sich die Erklärung unter, mit der sich am 3. März die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei offen auf den Boden der republikanischen Staatsverfassung stellt.

Vertrauen muß es erringen, daß wir eintreten für Beteiligung der Räte der schaffenden Stände nicht nur an der obersten gesetzgebenden Stelle in einer eigenen Kammer, wie das Dr. Heim vertreten hat, sondern auch in der Verwaltung der Gemeinden, Bezirke und Kreise.

Wenn man auf der Gegenseite diese Haltung der Bayerischen Volkspartei ebenso ehrlich würdigt, wie wir auf unserer Seite verstehen und leidenschaftslos anerkennen wollen, daß auch innerhalb der Linken der Mittelpunkt des Strebens ist, eine glückliche Zukunft des Vaterlandes aus dem Chaos zusammengebrochener Ideale aufzubauen, dann muß es gelingen, die Heimat vor neuen Bluttaten und dem rohen Krieg im Innern zu bewahren.

Dreißig Jahre Arbeitsräte in Belgien.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit in Brüssel.

Eine der Ursachen, warum Menschen, Gruppen oder Klassen und auch Völker einander feindlich gegenüberstehen, liegt anerkanntermaßen darin, daß sie wechselseitig nicht in die Denkungsart des andern eindringen können, daß sie keine rechte Fühlung haben, und daß sie daher für Meinungs- und Haltungsverschiedenheiten, welche sachliche Gründe haben, bedenkliche Triebfedern und Absichten annehmen und sich mißtrauisch dagegen zur Wehr stellen. So sahen auf dem Gebiete der industriellen Arbeit viele „Herren im Hause" nur Hetzereien, Empörungssucht, Trägheit und Neid, wo begründete Forderungen vorlagen. Anderseits leuchtete es vielen Arbeitern nicht ein, wie schwierig es oft war, Rohstoffe und Aufträge zu finden und überhaupt große Unternehmen zu leiten. Für kleine Staaten wie Belgien, zwischen Zollschutzmauern und Handelsmonopolen großer Mächte eingeklemmt, war die Lage besonders heikel.

In dem jetzigen Menschenalter hat überall die Arbeiterfrage und die Weltwirtschaft eine Wendung bekommen, welche die Notwendigkeit der Annäherung und der Verständigung mit jedem Tage erhöht. Sind wir nicht in Gefahr, in Europa und in Amerika, nicht nur die Versorgung der übrigen Weltteile mit Industrieerzeugnissen zu verlieren, sondern auch die eigenen Märkte und die Arbeitsgelegenheit und Brotgewinnung der weißen Menschen gegen die billige gelbe und schwarze Arbeit nicht genügend verteidigen zu können? Die Möglichkeit liegt nicht mehr so fern und wird durch unsere Entzweiungen und Verfehlungen erhöht, daß wir die Führung verlieren und daß die bisher steigende Kurve der Entwicklung unserer industriellen Bevölkerung sich wieder neigt. Schon 1910 wagte es Gerhard Hildebrand, ein Buch zu schreiben: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus". „Was wird aus den Industriearbeitern"? war seine bange Frage. Es wird nicht genügen, die Bedingungen der Erzeugung und unsere Industrieeinrichtungen zu ändern, um die Lage zu retten. Gegenseitige Aufklärung und Hand in Handarbeiten ist notwendig zur Verteidigung wie zur Wiederaufrichtung.

Schon 1887 hatten das sehr verschiedene Kreise in Belgien eingesehen. Die katholische Regierung hatte schon Arbeiterausschüsse oder Betriebsräte im Schoße der großen Unternehmen oder kleiner Gruppen von Industrieanstalten vorgeschlagen. Der Führer der gemäßigt-liberalen Opposition, der ehemalige Ministerpräsident Frère-Orban, ging wesentlich soweit als der sozialistische Theoretiker Prof. Hector Denis: er wollte nicht nur Einigungsämter, Arbeitskammern, sondern eine Art kleiner industrieller Parlamente, wie offizielle belgische Veröffentlichungen schon vor langen Jahren die neuen Einrichtungen bezeichnen, mit dem Hauptziele, beide Parteien aufzuklären, bei Streitigkeiten versöhnend zu wirken und die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter zu studieren und zu vertreten. Die Regierung und die Mehrheitspartei der Rechten gingen auf diese Vorschläge ein; so entstand das Gesetz vom 16. August 1887 betreffend die Einrichtung von Industrie- und Arbeitsräten.

Die seit 1810 bestehenden paritätischen Gewerbegerichte beschränken ihre nur richterliche Tätigkeit auf die Lösung von Zwistigkeiten, welche zwischen einem einzelnen Unternehmer und einem einzelnen Arbeiter über Arbeitsbedingungen entstehen. Die neue Schöpfung, die Arbeitsräte, wie man sie kurz nennt, sind im Gegenteil Verwaltungskörper und üben eine wirtschaftliche und soziale Tätigkeit aus. Sie sind paritätische Arbeitskammern, Einigungsämter und Bezirksparlamente der Arbeit. Sie entstehen kraft des Gesetzes durch königliche Verordnung, auf direkte Veranlassung des zuständigen Ministers oder auf Antrag der Gemeinderäte, wie auch der Beteiligten, Unternehmer oder Arbeiter. Es bestehen etwa 78 Räte in Belgien: freilich führen einige ein so beschauliches Dasein, daß man nicht recht weiß, ob sie wohl leben. Die königliche Verordnung bestimmt den Bezirk eines jeden Rates und teilt ihn in so viele Abteilungen, als es in der Gegend unterschiedliche Industrien gibt, welche die Elemente umfassen, die zu einer ersprießlichen Vertretung nötig sind. Es gibt etwa 320 solcher Abteilungen, welche auch nicht alle sehr lebendig sind. Jede Abteilung besteht aus sechs bis zwölf Mitgliedern, wovon die Hälfte Unternehmer und die andere Hälfte Arbeiter sind. Jede Hälfte wird für drei Jahre gewählt, bei geheimer Wahl je durch

die Industriellen und die eingesessenen Arbeiter des Bezirkes. Jede Abteilung wählt unter ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen Schriftführer. Sie hält jährlich wenigstens eine Sitzung. Auf Antrag der Unternehmer- oder der Arbeitermitglieder können zu jeder Zeit außerordentliche Tagungen stattfinden. Leider sind einige Abteilungen unvollständig, weil keine Unternehmer sich in Verhandlungen mit den Arbeitern einlassen wollten, oder auch weil keine Arbeiter mit den Betriebsführern um einen Tisch zusammensitzen wollten. Diese beiderseitigen Unentwegten sind aber Ausnahmen.

Wenn ein Streik entsteht oder wahrscheinlich wird, dann veranlaßt der Gouverneur der Provinz, der Bürgermeister oder der Vorsitzende eine Tagung der zuständigen Abteilung, auch auf Antrag der Unternehmer oder der Arbeiter. Jede Abteilung arbeitet allein. Der König kann aber Plenarsitzungen aller Abteilungen eines Rates einberufen, sowie auch von Abteilungen verwandter Industriezweige verschiedener Bezirke bzw. verschiedener Räte, um über Fragen oder Entwürfe von allgemeiner Bedeutung für Industrie und Arbeit zu beraten. In diesen Fällen bekommen die Mitglieder eine tägliche Vergütung. Die Regierung kann einen Vertreter auf diese allgemeinen Versammlungen entsenden. Einigen sich die Mitglieder nicht, so werden zwei oder mehr Berichte der Tagung bzw. Denkschriften eingereicht.

Mehrfach hat die Regierung die Räte veranlaßt, ihre Meinung über Fragen von allgemeinem Belang zu äußern. So über den Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder, die Fabrikordnungen, die Sonntagsruhe, die Entlohnung, die Messung der Arbeit, über gewisse gesundheitliche Maßnahmen (z. B. gegen den sog. Wurm der Bergleute), über Unterkunft von Saisonarbeitern, über Unfallverhütung und über die Einrichtung der Arbeitsräte selbst und ihre Entwicklung oder gesetzliche Regelung. Ferner über Handelsverträge, was ungemein bildungsfördernd für die Arbeiter ist, sowie über das Verhältnis von Löhnen und Nahrungsmitteln und über die Kosten des Haushaltes der Arbeiter; dies kann für andere Klassen lehrreich sein. Auch kamen zur Beratung die Unterstützungskassen, Versicherungsfragen und Anstalten, die Feststellung von Mindestlöhnen in den staatlichen und sonstigen öffentlichen Unternehmen, die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, die Vorkehrung gegen gesundheitsschädliche Zustände auf den Werkstätten, der Schutz der Erfindungen, des Gewerbeunterrichts usw. Bei diesen Gelegenheiten haben die Räte selbstverständlich indirekt eine gesetzgeberische Initiative ausgeübt bzw. angeregt.

Mehrere Gesetze geben den Arbeitsräten bestimmte Befugnisse wegen der Durchführung des Arbeiterschutzes. So sind sie berufen, in den Fragen des Frauen- und Kinderschutzes Berichte einzureichen, welche für die Ausarbeitung der Verordnungen in Erwägung genommen werden. Ebenso wegen Ausnahmen von der Gesetzgebung betreffend den Lohnschutz. Die Abteilungen der Räte wurden berufen, Musterverordnungen auszuarbeiten für jede Industrie, welche in ihrem Bezirke vertreten ist. Die zuständigen Abteilungen besitzen ein Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stellen von Arbeitervertretern in der Aufsicht der Bergwerke. Sie sammeln das Gewohnheitsrecht des Arbeitsvertrages. Auch wurde ihre Mitarbeit benutzt zur Feststellung von Tatsachen und Zuständen, zur Ausarbeitung von Denkschriften und Material für Gesetzgebung und Verwaltung, ohne daß ein ausdrückliches Untersuchungs- oder Enqueterecht ihnen eingeräumt wurde.

Wie sonst in anderen Ländern die Einigungsämter und Arbeitskammern, leiden die belgischen Arbeitsräte daran, daß sie in Arbeitsstreitigkeiten ihre Vermittlung bzw. ihren Schiedsspruch nicht aufzwingen können. Die australischen Experimente der Zwangseinigung sind noch neu. Tatsächlich haben die belgischen Räte in Arbeitsstreitigkeiten manchmal zur Versöhnung beigetragen. Die vertretenen Parteien haben gelernt, den gegenseitigen Standpunkt richtiger einzuschätzen, und können in einem gewissen Maße, jede in ihren Kreisen, die Einseitigkeit der eigenen Auffassung gemildert haben. Parteigegensätze haben wohl auch, wie bei anderen wählbaren Körperschaften, eine Rolle gespielt. Der Geist der Anstalt hat sie dennoch nicht begünstigt. Wer daran teilnimmt, stellt sich von vornherein auf den Standpunkt, daß Andersdenkende nicht nur gehört werden müssen, sondern auch Sitz und Stimme haben dürfen. Selbstbeherrschung und Mäßigung kann oft aus dieser Einsicht entstehen.

Ein anerkannter Mangel der Einrichtung ist, daß sie nicht im ganzen Lande besteht. Die örtliche Begrenzung der Tätigkeit der Räte ist sehr verschieden. Einige erstrecken sich nur auf eine Stadt, andere auf einen ausgedehnten Bezirk, je nach den Umständen, welche zur Schaffung des betreffenden Rates führten. Diese Verschiedenheit hat auch zu Beschwerden Anlaß gegeben. Es machte sich das Bedürfnis geltend, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, welche ihre Tätigkeit für das ganze Land zusammenfassen und neben der Verwaltung und dem Parlament eine Vertretung der industriellen Arbeit bilden könnte. Ein „höherer Industrie- und Handelsrat“ bestand schon lange und wurde 1896 wiederbelebt: nebst einigen höheren Beamten sind seine Mitglieder Großindustrielle oder Kaufleute, wovon die große Mehrheit nach Wahl ihrer Berufsgenossen in diese Körperschaft entsandt wird. Es lag nahe, diesen Rat mit Arbeitervertretern zu ergänzen oder daneben einen Landesarbeitsrat zu schaffen, in den nur Arbeiter gewählt werden sollten. Man entschied sich durch die königliche Verordnung vom 7. April 1892 für eine neue, aber gemischte Körperschaft, zu der 16 Sozialpolitiker, 16 Industrielle und 16 Arbeiter ernannt wurden, neben ein paar höheren Beamten. Seit 1896 war ich im Nebenamte einer der Schriftführer dieses „höheren Arbeitsrats“. „Das Ziel ist“, schrieb der damals zuständige Minister im offiziellen Vortrag an den König, „den (örtlichen) Industrie- und Arbeitsräten ein Tätigkeitszentrum zu geben durch die Einrichtung eines ständigen Rats; er wird beauftragt, die Fragen vorzubereiten, welche den verschiedenen Arbeitsräten vorgelegt werden müssen, und der Regierung Vorschläge zu unterbreiten, welche ihre Wünsche zusammenfassen“. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieses höheren Arbeitsrats wurde aus Mitgliedern der örtlichen Räte ernannt.

„Ernannt“: als vorläufige Maßnahme und in Erwartung der Einrichtung eines Wahlverfahrens, das aber seit mehr als 25 Jahren unterblieben ist. Die Ernennungen wurden aber sorgfältig vorbereitet durch Unterhandlungen mit allen Parteien und Gruppen, so daß keine wirtschaftliche oder politische Richtung sich so zurückgesetzt fühlte, daß sie ihre Mitwirkung abgelehnt hat. Hervorragende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und der Politik wurden berufen, und die Aufmerksamkeit der Presse hat bewiesen, daß der Anstalt einige Bedeutung zugemessen wurde. Sie ist das Landesparlament der Arbeit, sie hat aber nicht gesetzgebende, sondern nur beratende Befugnis, wohl auch kraft verschiedener Gesetze einige bestimmte Verwaltungsrechte. Alle Arbeiterschutzvorlagen werden zuerst dem Landesarbeitsrat unterbreitet. Er hat keine bestimmte Initiative, kann aber, und gewöhnlich mit Erfolg, den Wunsch ausdrücken, daß eine Frage angeschnitten und ihm vorgelegt wird.

Die Vorentwürfe der Gesetze werden ihm durch den Arbeitsminister zur Behandlung eingereicht. Zuerst werden sie in Kommissionen beraten, in denen die verschiedenen Elemente und Richtungen des Rates immer vertreten sind. Eine eigentliche Vorlage wird ausgearbeitet mit Begründung und eventuell mit Gegenvorlage und Gegenbegründung vonseiten der Minorität. Im Plenum wird diese Arbeit geprüft, neue Vorschläge entstehen und eine zweite Kommissionsbehandlung wird oft erforderlich. Die fertigen Vorlagen werden mit den Plenarbesprechungen veröffentlicht: sie binden weder Regierung noch Parlament, haben aber doch einen großen Einfluß. Nur in der Frage der Arbeiterunfallversicherung ist man von den Vorschlägen des Rates sehr wesentlich abgewichen, leider genug.

Das Material, durch die örtlichen Räte, durch die Gewerbeaufsichtsbeamte und durch das Ministerium zusammengebracht, dient als Unterlage für die Verhandlungen. Ein direktes Untersuchungs- und Vernehmungsrecht besitzen in Belgien nur die Gerichte; nach der Verfassung können auch die Kammern nur durch ein besonderes Gesetz und zu einem beschränkten Zwecke eigene Enqueten veranstalten. Nur im Einverständnis mit den Unternehmern könnten industrielle Anlagen von den Mitgliedern des höheren Arbeitsrats besucht werden. Die Staatsverwaltung kann übrigens dem Rate schicklicherweise Nachrichten und Tatsachen nicht vorenthalten, welche sie kennt oder durch ihre Organe ausfindig machen kann.

Praktisch waren die Beziehungen, wie mit der Verwaltung, so auch mit den Kammern gut. Der Fall ist eingetreten, daß das Abgeordnetenhaus ausdrücklich die Meinung des Rates eingeholt hat. Durch verschiedene Gesetze hat das Parlament dem Rate bestimmte Befugnisse in der Durchführung der Sozialgesetzgebung eingeräumt. Nicht nur, daß keine Ausführungsverordnungen durch die Regierung erlassen werden, ohne dem Rate vorgelegt gewesen zu sein: ausdrücklich fordern die Gesetze,



daß die Meinung des Rats eingeholt wird, was auf eine eingehende Ausarbeitung der Bestimmungen durch seine Mitglieder hinauskommt. So § 2 des Gesetzes vom 2. Juli 1899 über Unfallverhütung und Gesundheit in den industriellen und Handelsunternehmungen: die örtlichen Räte bzw. ihre zuständigen Abteilungen und der höhere Arbeitsrat müssen gehört werden. Desgleichen § 8 des Gesetzes vom 10. August 1911 gegen die Nachtarbeit der Frauen; auch § 12 des Gesetzes vom 17. Juli 1905 über die Sonntagsruhe und § 17 des Gesetzes vom 31. Dez. 1909 über Arbeitsdauer in den Bergwerken. Die sozialen Gesetze erlauben bekanntlich der Verwaltung, in Deutschland dem Bundesrat, Ausnahmen in gewissen Grenzen zu gestatten. Diese Kleinarbeit kann selbstverständlich das Parlament nicht machen. Die örtlichen Räte und zusammenfassend der höhere Arbeitsrat verstehen es aber gut: sie sind eben zusammengestellt aus erfahrenen Sachverständigen und Vertretern aller in Frage kommenden Belange und bieten den Arbeitern und Industriellen die Gewähr, durch ihre Beauftragten zu Worte zu kommen und nach jeder Hinsicht aufklärend wirken zu können. Der Abbau dieser Ausnahmen, welche meistens als Uebergangsbestimmungen gedacht sind, verschafft den örtlichen Räten und dem höheren Arbeitsrate eine fast ununterbrochene anregende und fruchtbare Tätigkeit: so wird die Bahn für weitere soziale Verbesserungen freigemacht.

Auch wählt der höhere Arbeitsrat kraft gewisser Gesetze seine Vertreter in verschiedene Kommissionen von sozialer Bedeutung. Seine Verhandlungen wurden grundlegend für die Vorbereitung der Arbeitsstatistik und für die Einrichtung des Arbeitsamts, das 1895 zustande kam.

Wie man sieht, ist eine Arbeitsteilung zwischen Parlament, Verwaltung und Arbeitsräten eingetreten. Die Kammern vertreten das ganze Volk durch geheime, unmittelbare Wahlen und behalten die politische und formell gesetzgeberische Tätigkeit; die Verwaltung die Exekutive; die Räte sind die Organisation der öffentlichen Meinung, der Sachverständigen und der Interessierten; ihre gesetzlich verbürgten Rechte und ihr Einfluß können die Wirkung der Parteirücksichten und der Verwaltungsschablonen beschränken, Sachlichkeit, Detailkenntnis, Anregungen beibringen. Sie sind lebendige und tätige Gegengewichte gegen politische und bureaukratische Einseitigkeit. Sie bringen Leben in die Bude, wenn man will, in parlamentarische und bureaukratische Stagnation. Sie sind aber ein wertvolles Organ der Bildung für die Mitglieder selber und liefern diesen manche Gelegenheit, aufklärend auf ihre Umgebung, auf ihre Auftraggeber zu wirken. Kontradiktorische Besprechungen, Erfahrungen und Verantwortlichkeit zerstören eben Voreingenommenheit, dämpfen Leidenschaften und bringen Vernunft und praktischen Sinn bei.

Man hat oft und nicht ohne Recht über die soziale Rückständigkeit Belgiens Beschwerde geführt, wobei man bisweilen übersah, mit welchen Schwierigkeiten dieses Land auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu kämpfen hatte. „Belgische Experimente" und sogar kühne Griffe zeigen aber, daß dies Land auch anders kann. Unvollständigkeit in den Einrichtungen, allzu geringe Leistungen in den Wohltaten mancher gutgemeinter Gesetze, schlappe Durchführung derselben, zu breite Maschen, um aus ihren Netzen zu entschlüpfen, zu weitgehende Nachsicht der Verwaltungen und der Gerichte kann man ihm ja vorwerfen, kommen aber auch in anderen Staaten vor. Praktische Arbeit und dauernde Erfolge erfordern Geduld, Umsicht und Sinn für das Erreichbare. Bei allen Mängeln haben die belgischen Räte dies erzielt, daß auch diejenigen, welche anfangs mit dem größten Mißtrauen einander gegenüberstanden, doch weiter zusammengeblieben und zusammengearbeitet haben und sich bisweilen vertragen und persönlich näher gestanden haben. Auch wo Erfolge noch nicht viel bedeuten, können sie eine Grundlage bilden, worauf weitergebaut werden kann. Und angesichts der gegenwärtigen Strömungen in Deutschland möchte es nützlich sein, auf die belgische Einrichtung hinzuweisen.

Fr. W. Foersters Stellung zum Religionsunterricht in der Schule.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

In der Zeit der Bedrängnis schaut man sich nach denjenigen um, die sich bisher als Freunde ausgegeben haben. So lag es nahe, daß bei dem Versuche des bayerischen Unterrichtsministeriums, nach und nach den Religionsunterricht aus den Schulen zu entfernen, die Augen der Gläubigen sich auf den eben politisch einflußreichen Münchener Pädagogen Fr. W. Foerster wandten. Dieser hat ja in seinen Schriften und öffentlichen Vorträgen so schön und überzeugend von der Macht und Unentbehrlichkeit der Religion in der Erziehung gesprochen, daß er gerade dadurch sich die Verehrung, ja Begeisterung vieler Katholiken gewann. Es erhoben sich in neuester Zeit Zweifel, ob die Liebe Foersters zur Religion nicht eine platonische sei. Darauf gibt er in der „Augsburger Postzeitung" Nr. 92 vom 1. März eine Erklärung. In dieser bekennt er sich zu seinen bisherigen Aussprüchen über die fundamentale Bedeutung der Religion in der Erziehung; indes bemerkt er auch:

„Ich habe stets hervorgehoben, daß bei dem neueren Abfall weiter Kreise vom Christentum die Frage der Erhaltung des Religionsunterrichtes in der Schule nicht lediglich von pädagogischen, sondern auch von politisch-staatsbürgerlichen Gesichtspunkten beurteilt werden müsse. Das heißt also, es muß die Frage gestellt werden: Was folgt aus der bürgerlichen Gleichberechtigung aller Weltanschauungen in einem demokratischen Gemeinwesen für die Stellungnahme der staatlichen Schulverwaltung zum staatlichen Religionsunterricht? Die Antwort kann wohl auf die Dauer kaum zugunsten der konfessionellen Staatsschule ausfallen. Ich bin gewiß für den christlichen Staat — aber nur, wenn der Staat der überwältigenden Mehrheit nach aus Christen besteht. Ich bin gewiß für die christliche Staatsschule — aber nur, wenn die Steuerzahler, die diese Schule unterhalten, zum weitaus größten Teil auf dem Boden des christlichen Bekenntnisses stehen."

Diese Antwort ist kühl, staatsmännisch. Doch, wäre die Bedingung nicht eigentlich gegeben, unter welcher Foerster für die christliche Staatsschule einzutreten bereit ist? Sicherlich stehen die Einwohner Bayerns „zum weitaus größten Teil auf dem Boden des christlichen Bekenntnisses", wenigstens nehmen sie nicht prinzipiell eine gegnerische Stellung ein. Der Beweis ist öffentlich erbracht; als nach ministerieller Verfügung die Zimmer des Religionsunterrichtes nach außen geöffnet wurden, hat selbst in München von je 1000 Zöglingen höherer Lehranstalten kaum einer dasselbe verlassen. Diese Tatsache dürfte Foerster zur endgültigen Bestimmung seines Urteils nicht übersehen. In seinem neuesten Buche „Politische Ethik und politische Erziehung" spricht er mit unüberbietbarer Wärme und Energie von dem Einflusse und der Notwendigkeit der Religion für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und dementsprechend für den Bestand und das Wohl des Staatswesens. Nur wenige Sätze sollen dieses beleuchten:

„Diese Befestigung des persönlichen Gewissens gegenüber der heidnischen Allmacht des bloßen Staatswillens aber ist von jeher die größte Kulturleistung der christlichen Religion gewesen, ja, auch ihre größte Leistung für die tiefere sittliche Fundamentierung des Staates selber; die christliche Religion erst hat den Menschen zur unerschütterlichen Treue gegenüber seiner geistigen Bestimmung erzogen, ihn vom Staate unabhängig gemacht und gerade dadurch auch seine Charakterkraft für die Aufgaben und Gefahren des Staatslebens selber aufs höchste verstärkt und befestigt . . . Erst aus „der religiösen Verklärung des Staates" werden die tiefsten Kräfte der Persönlichkeit für den Staat gewonnen, erst von da werden sie in ihrer eigensten Sprache angeredet, erst von da aus wird Individuum und Gemeinschaft zuverlässig verbunden. Und zugleich wird das Individuum dem Staate gegenüber auf einen festen Boden persönlichster Lebensbestimmung gestellt" (S. 523 f).

Wenn nach Foerster die Verdrängung des Religionsunterrichtes aus den öffentlichen Schulen zu deren sittlich-religiöser Verarmung führt, wenn die christliche Religion das unersetzliche Mittel der Charakter- und Persönlichkeitsbildung ist und wenn ferner die christliche Religion einzig die Erziehung verlässiger und idealer Staatsbürger gewährleistet, dann ist der leichte Sinn, mit dem der nunmehrige Staatsmann Foerster den Religionsunterricht fallen läßt, nicht gut zu begreifen. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß er sich mit einem feuerigen Appell an das öffentliche Gewissen wende und auf die Massen aufklärend wirke. Er bräuchte keineswegs der Anwendung von Zwang das Wort zu reden, obgleich in einer

so wichtigen Sache das commune bonum dem commune singulare vorgezogen werden dürfte. Der Umstand, daß nicht alle Steuerzahler auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, genügt Foerster, die christliche Staatsschule, dieses nach seiner eigenen Einschätzung für den Einzelmenschen und die Gemeinschaft so hohe Gut preiszugeben. Dafür empfiehlt er nun völlige Unterrichtsfreiheit und erklärt sich gegen das „pädagogisch durchaus kurzsichtige Monopol der Staatsschule"; denn „die bloße Entchristlichung der Staatsschule ohne Gewährung der Unterrichtsfreiheit im amerikanischen Sinne würde von der Kirche jedenfalls mit Recht als Vergewaltigung und Verkümmerung religiösen Lebens empfunden werden". Auch die begeistertsten katholischen Anhänger Foersters werden nach den Erfahrungen, die sie machen mußten, kaum mehr mit Vertrauen erwarten, daß er im Ernstfalle mit Energie für diese Forderung eintreten würde; jedenfalls müßten sie zweifeln, ob er nach seiner bisherigen Stellungnahme noch imstande wäre, dem rollenden Rade in die Speichen zu fallen.

Der Zwiespalt, der in der Frage des positiven Religionsunterrichts in der Schule zwischen dem Theoretiker Foerster und dem Praktiker Foerster zu bestehen scheint, löst sich nicht unschwer für denjenigen, welcher die Entwicklung und die religionsphilosophischen Grundsätze dieses Mannes genauer beobachtet. Schon längst haben Tieferschauende auf diesen Widerspruch hingewiesen. Von Bossuet, dem Verfasser der gallikanischen Artikel, wurde ehedem gesagt, er habe dem Papste den Fuß geküßt und während dessen ihm die Hände gefesselt. Dieses Wort dürfte auch auf Foerster in seinem Verhalten zum Religionsunterrichte Anwendung finden. Er hat für diesen die höchsten Lobsprüche und zugleich tritt er für seine Entfernung aus den Staatsschulen ein. In seiner bereits erwähnten Zuschrift an die „Augsburger Postzeitung" gibt Foerster staatsbürgerliche Rücksichten an. Es liegt uns ferne, sein Wort im geringsten anzweifeln zu wollen, indes dürfte es sicher sein, daß diese nicht allein sein Verhalten bestimmen; es hat gewiß nicht weniger die Auswirkung seiner Weltanschauung einen hervorragenden Einfluß.

In einer Reihe von Artikeln im „Pharus", die als Sonderausgabe erschienen sind unter den Titeln „Foersters Religionsphilosophie und der Katholizismus" und „Foersters Stellung zum Christentum", Donauwörth hat Domdekan Kiefl der Stellung Foersters zum Christentum und zur katholischen Kirche eine umfassende und überzeugende Behandlung gewidmet. Sie rückte die auch sonst nicht zweifelhafte Tatsache ins hellste Licht, daß Foerster der positiven Religion gegenüber sich völlig ablehnend verhält. Wohl verwendet er die Ausdrücke, die für deren Dogmen und Einrichtungen im Gebrauche sind, doch er verbindet damit zumeist einen anderen Sinn. Insbesondere antwortet er auf die Frage des Herrn: „Für wen haltet ihr den Menschensohn?" nicht mit den Worten des heiligen Petrus: „Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes!" Kurz können wir sagen: Für Foerster ist die Religion ein Produkt, das selbst in ihren höchsten Gestaltungen aus den sittlichen Erlebnissen und Bedürfnissen des Menschen entstanden ist. Davon nimmt er auch die christliche Religion nicht aus. Intuition und Inspiration spielen bei ihm eine wichtige Rolle. Die religiöse Erkenntnis wird gewonnen durch ein inneres Schauen der inneren Tatsachen des Lebens; die Religion geht somit über das Wesen des Menschen nicht hinaus. Diese Intuition der Seele bedarf zur Motivierung des Handelns, das ist zur Verwirklichung der geschauten Lebenswahrheiten, der Inspiration. Letztere besteht in der Einwirkung aus den tiefsten Erlebnissen ganz hervorragender Geister der Menschen.

Für den Pädagogen Foerster ist naturgemäß die Ethik der Zentralpunkt, dem er seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er hält sich hier von einer materialistischen Auffassung fern, will vielmehr die Moral geistig orientieren und mit unvergänglichen Wahrheiten verbinden. Da er aber keine metaphysischen Tatsachen kennt, so gewinnt er diese Orientierung nicht aus der geoffenbarten Religion, sondern aus religiösen Gefühlen, die im Urgrunde der Seele erzeugt und auf die innerste Erfahrung großer Persönlichkeiten aufgebaut sind. Es ist darum bei Foerster die Ethik nicht religiös im herkömmlichen Sinne begründet; immer wieder betont er, es sei diese nicht aus der Religion hervorgegangen, vielmehr stelle sich die Religion als ein Geschenk des unabhängigen ethischen Bewußtseins der Menschen dar. Dieses habe erst den Himmel mit seinem Herrscher geschaffen und ihm sein charakteristisches Wesen verliehen. „Es liegt im höchsten Interesse der Gesellschaft, daß man die Mächte des Gewissens nicht auf die Religion zurückführt, sondern sie vielmehr als selbständige höhere Instanz den religiösen Vorstellungen überordnet" („Ethische Kultur", 5, S. 150) Anderseits führt dann Foerster auch wieder aus, daß eine wissenschaftliche Laienmoral ohne religiöse Sanktion eine lebensfremde Illusion sei; er ist der Anschauung, daß weder nach den Prinzipien Kants, noch Spinozas, noch Paulsens, noch vom modernen biologischen oder soziologischen Standpunkt aus eine unabhängige Sittlichkeit konstruiert werden könne.

Seine Forderung und sein Bestreben gehen dahin, die positive Religion möglichst von der Schule fernzuhalten. Diesem Zwecke hat er unentwegt seine Tätigkeit gewidmet, angefangen von seinen Arbeiten als Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur" bis zu seinem Auftreten als Berater der revolutionären Regierung. Verdrängung der Kirche aus Schule und Staat ist ein Ziel seiner Tätigkeit. Dem blieb Foerster auch treu in den neuesten seiner Werke, so in der letzten Auflage seiner Jugendlehre. Darum sein fortgesetzter Ruf: Heraus mit der Religion aus der Schule! Anfänglich hatte der offizielle französische Moralunterricht auch ein Kapitel „Pflichten gegen Gott". Damit war Foerster unzufrieden und tadelte es, daß diese neue Ethik Gott und die Unsterblichkeit aus der alten Weltanschauung herübernähme. Die einzige Veränderung, die wir in dieser Sache bei Foerster finden, liegt darin, daß er anfangs in der „Zeitschrift für ethische Kultur" schroff auftrat, später jedoch entgegenkommender und konziliante wurde. Er folgte hierbei den von amerikanischen Religionspsychologen anerkannten Grundsätzen: Toleranz gegen die kirchliche Tradition bis zum äußersten und Vorsicht mit der Aufstellung des neuen Programms, welches die kirchliche Seelsorge ersetzen sollte, bis aus den tausendjährigen Traditionen der Kirche, welcher die tiefsten und reichsten Geister ihrer Zeit angehört hätten, die allgemein menschlichen Bedürfnisse ausgeschält und losgelöst von den konfessionellen Formen und namentlich den Hüllen der Jenseitsvorstellungen in das neue Kulturprogramm herübergenommen seien. In diesem Geiste sagt auch Foerster in der Zuschrift an die „Augsb. Postztg.": „Natürlich sollte bei jedem Versuch der Trennung von Staat und Kirche sehr schonend und langsam und im engsten Zusammenwirken mit der ehrwürdigen Institution vorgegangen werden, welche die Trägerin der bisherigen Formen der Schulseelsorge gewesen ist — —".

Foerster hat in den Kreisen katholischer Pädagogen, bei Praktikern und Theoretikern, höchste Anerkennung gefunden, seine Vorträge haben regelmäßig Begeisterung ausgelöst. Fernerstehende möchten sich wohl hierüber wundern. Das Rätsel enthüllt sich indes nicht allzuschwer. Foerster spricht faszinierend von der Schönheit und der Unentbehrlichkeit der Religion, d. h. der positiven, namentlich katholischen, für die Erziehung. Dabei ist er ein gottbegnadeter praktischer Pädagog; er besitzt tiefe Kenntnis des jugendlichen Herzens, hat eine annehmend umfassende Bekanntschaft mit den psychologischen und pädagogischen Arbeiten und Erfahrungen alter und neuer Zeit. Dabei versteht er es, sich in alle Regungen und Empfindungen der Seele einzufühlen und sie für das Gute zu gewinnen und zu begeistern. Demgegenüber scheint die traditionelle kirchliche Katechese, die sich von außen mit einem gegebenen Lehrgute an den Menschen wendet, als trocken, wenig anregend und den modernen Verhältnissen nicht mehr genügend. So hat die große Mehrzahl der katholischen Anhänger Foersters in ihrer Sympathie und in der Hoffnung auf den verheißenen Nutzen dessen prinzipielle Haltung nicht beachtet oder hat nachsichtig darüber hinweggesehen, weil er ja „noch nicht" der Kirche angehörte. Nur solche Männer, die Foersters Pädagogik als System sich zurechtlegten — dieser selbst hat es bis zur Stunde nicht ausgebaut —, wiesen hin auf die Widersprüche zwischen der Anerkennung der christlichen Religion als höchster erzieherischer Macht und auf das Bestreben, sie aus der Erziehung zu verdrängen, ebenso auf die Gefahr, die in einer ausschließlich natürlichen Fundamentierung der christlichen Moral besteht, auch dann, wenn später gleichwie ein höheres Stockwerk die Beziehung zu dem Uebernatürlichen hinzugefügt werde.

In seiner Erklärung in der „Augsburger Postzeitung" hat Foerster seinen christlichen Freunden, die von ihm ein Eintreten für die positive religiöse Erziehung der Jugend in den öffentlichen Schulen erwarteten, den Abschiedsbrief geschickt.

Wo ich daheim ....

Wo ich daheim sei? hast du mich gefragt.
Da, wo auf stein'ger Höh' der Felsen ragt,
Der starre, graue Fels, vom Sturm umbraust,
Wo fern auf schroffem Pfad der Geier haust;
Wo überm Abgrund stumm die Wildnis sinnt,
Aus wirren Nebeln düst're Schleier spinnt;
Wo wilde Wetter toben um den Grat,
Zu dem kein Weg hinauf, hinab kein Pfad;
Wo nie der Lenz, nie frohes Leben grüsst, —
Da steht mein Heim — mich hat der Schmerz geküsst!

Im Maien war's; am sonnbeglänzten Hang,
Ein leuchtend Blühen zog das Tal entlang,
Ein jauchzend Werden ging durch die Natur;
Im Herzen Wonne, wie in Hain und Flur. —
Das war die Stunde, da der Schmerz mich fand
Und mich für immer an sein Heim gebannt.
Hier wohn' ich einsam nun und weltenweit,
Tief unten rauscht und wogt der Strom der Zeit;
Und singt die Freude, — wenn ein Echo grüsst,
Verhallt es fern — mich hat der Schmerz geküsst!

M. Benedicta von Spiegel O. S. B.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Von Dr. F. Habersbrunner, Berlin.

Das Privateigentum hat sich auch in Deutschland erst unter dem Druck der Bevölkerungszunahme und Konzentration und der Verfeinerung unserer Lebensbedürfnisse aus dem Gemeineigentum entwickelt. Reste der früheren Gemeinwirtschaft ragen z. B. noch in gemeinsamen Nutzungsrechten an Wald und Weide (Allmende) in unsere Zeit herein, und die noch herrschende Gemengelage des Ackerbodens ist Zeugnis der früheren Verhältnisse.

Auch in unseren Tagen haben Staat und Gemeinde die verschiedensten wirtschaftlichen Unternehmungen inne, so daß eine hinreichende Grundlage für die Vergleichung ihrer Wirtschaft mit der privatkapitalistischen gegeben ist. Der Staat und die Gemeinde haben sich insbesondere solchen Unternehmungen zugewandt, an deren Betätigung die Gesamtheit ihrer Bevölkerung ein ziemlich einheitliches Interesse nimmt. Es sei an Post und Telegraph, Eisenbahn, Gasanstalten, Wasserleitungen, Straßenbahnen usw. erinnert. All diese Unternehmungen können wir uns mehr oder weniger in Händen des Privatkapitals gar nicht mehr vorstellen. Der Staat hat sich schließlich zu Zwecken der Erziehung und der Einflußnahme auf Qualität und Preisstellung in Konkurrenz mit dem Privatkapital der Bewirtschaftung von Mustergütern, Brauereien, Theatern usw. und dem Bergbau gewidmet. Die Befruchtung war hier vielfach gegenseitig. Im übrigen hat der Staat das Betätigungsfeld des Privatkapitals nicht weiter beschnitten und sich insbesondere von allen Unternehmungen ferngehalten, welche infolge schwieriger Absatzverhältnisse einer komplizierten kaufmännischen Organisation bedürfen, abgesehen etwa vom Bankwesen.

Das Charakteristische des privatkapitalistischen Unternehmens ist die Hochhaltung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit, d. i. des Bestrebens, mit denkbar geringstem Mittelaufwand den denkbar größten Erfolg herbeizuführen. Bestimmend hierfür ist der rein individuelle Trieb des wirtschaftlichen Selbstinteresses. Das Prinzip ist natürlich Modifikationen zugänglich. Zweckmäßig wird es daher auf die Formel gebracht: Erzielung der denkbar günstigsten Beziehung zwischen aufgewandten Mitteln und angestrebtem Erfolg. Natürlich kann Staat oder Gemeinde über mehr Mittel verfügen als der privatkapitalistische Unternehmer, aber ihnen fehlt umgekehrt der individuelle Trieb des wirtschaftlichen Selbstinteresses. Dem bewährten privatkapitalistischen Unternehmer steht übrigens gerne Kredit zur Verfügung. Staat und Gemeinde sind im Gegensatz zum privatkapitalistischen Unternehmer, der fast durchweg über Fachkenntnisse gebietet, auf das Sachverständnis und das Pflichtgefühl ihrer leitenden Beamten angewiesen. Es liegt im Wesen des Beamten begründet, daß ihm um der schuldigen Rücksicht auf Bureaukratismus und Parlamentarismus die Ursprünglichkeit, Freiheit und Selbständigkeit der Entschließung fehlt oder wenigstens beschränkt ist. Er ist nicht sich, sondern einem oft des Sachverständnisses entratenden Dritten verantwortlich. Der privatkapitalistische Unternehmer, fast durchwegs Spezialist, mag um des in seinem Unternehmen investierten Kapitals willen einmal die Modernisierung seines Betriebes hinausziehen, in der Mehrzahl der Fälle ist gerade er der Erfinder von Neuerungen und Verbesserungen, und sein Sachverständnis bürgt mehr dafür, daß Fehlanschaffungen vermieden werden. Der mächtigste Antrieb für eine gesunde Wirtschaftsführung und der wirksamste Regulator gegen Selbstsucht ist aber die Konkurrenz, die bei der Vergesellschaftung in Fortfall käme.

So ist in Uebereinstimmung mit der Erfahrung zu folgern, daß der Staat als wirtschaftlicher Unternehmer weniger rationell arbeitet, als der privatkapitalistische Unternehmer. Unter einer allgemeinen Vergesellschaftung würden also das Nationaleinkommen und Vermögen Schaden nehmen und hierunter die breiten Arbeiterschichten als die größten Verbraucher in erster Linie leiden, zumal wenn der Feind mangels Zahlung auch auf die deutsche Arbeitskraft seine Hand legt. Diese Vergesellschaftung wäre gleichbedeutend mit Verknöcherung der Wirtschaft und Rückgang der Produktion. Wir brauchen aber zur Abtragung unserer Schuld Fortschritt und Mehrproduktion.

Die wirtschaftliche Unternehmung erschöpft sich aber nicht in der Erzeugung von Gütern, sondern hat auch noch deren Verteilung zur Aufgabe. Es gilt, Absatz zu sichern. Die Sozialisierungskommission hat mit vollem Rechte alle exportierenden Industrien für untauglich zur Vergesellschaftung erklärt. Der Staat wäre dem Absatz seiner Produkte ins Ausland nicht gewachsen, diese würden überdies vielfach boykottiert oder bemängelt, und es würde wohl einen schlechten Ersatz bilden, wenn der Feind, um sich bezahlt zu machen, auf unsere Ausfuhrgüter Beschlag legte und sich ihren Vertrieb angelegen sein ließe. Der Staat wäre auch nicht in der Lage, das Fabrikationsgeheimnis zu wahren. Aber auch der Inlandsabsatz würde sich notwendig verringern, denn er müßte sich unter dem Ausfall des Exportes und wegen der teueren staatlichen Produktion verteuern. Da aber die Vergesellschaftung überdies im Interesse der arbeitenden Klasse verlangt wird, um ihr den Mehrwert ihrer Arbeit zuzuführen, müßte sich der Staat für den Produktionsausfall und für den verminderten Produktionsgewinn am Verkaufspreis schadlos halten, dies um so mehr, als seine ergiebigste und ausbaufähigste Steuerquelle versiegen würde. Hierunter würde die größte Verbraucherklasse, die der Arbeiter, am schwersten leiden.

Es liegt aber auch in der Natur der Sache, daß der rationellere Betrieb die höheren Löhne zahlen kann und zahlt. Entgegen dem angestrebten Zweck würde also die Vergesellschaftung nicht zu einer Erhöhung, sondern mindestens zu einer relativen Ermäßigung der Lohnrate führen. Die heutigen Arbeiterforderungen kann sicher der Staat als Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel so wenig und noch weniger als der privatkapitalistische Unternehmer bestreiten, weil sie nur im Falle einer gewaltigen, Konsum und Produktion hemmenden Ueberteuerung der Verkaufspreise herausgewirtschaftet werden könnten, im übrigen aber aus Reserven bestritten werden müssen, über die der verarmte Staat überhaupt nicht, die privatkapitalistischen Unternehmungen freilich auch nur noch kurze Zeit verfügen.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der „hierfür besonders reifen" Produktionsmittel wird im Namen des Sozialismus, d. i. der politischen und wirtschaftlichen Gleichheit aller Volksgenossen erhoben. Dies gestatte, auf die Marx'sche Lehre von der Vergesellschaftung zurückzugreifen.

Nach Marx führt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse naturnotwendig und automatisch zur Vergesellschaftung, so daß es eines konstitutiven Eingreifens nicht bedarf, sondern lediglich eines deklaratorischen Aktes. Der Zeitpunkt hierfür ist gekommen, wenn mit der Akkumulation des Reichtums in immer weniger Händen die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisierung und moralischer Degradation und mit der Konstituierung des Proletariats als der den Staat beherrschenden Klasse die Unfähigkeit der wenigen Großkapitalisten zur Leitung ihrer Riesenbetriebe und damit ihre Entbehrlichkeit zusammentrifft. Wenn demnächst Elend, Arbeitsqual und Sklaverei ihren Einzug halten, ist das keine Folge der Akkumulation des Reichtums in wenigen Händen, sondern unserer Niederlage und der Zerstörung unseres Wirtschaftslebens durch deren Folgeerscheinungen und durch die überspannten Arbeiterforderungen der Gegenwart. Das Bekenntnis zur Unwissenheit,

Bestialisierung und moralischen Degradation ist ebenfalls noch nicht abgelegt worden. Von der Akkumulation des Reichtums in wenigen Händen wird aber angesichts der bevorstehenden großen Vermögensabgabe nicht viel mehr übrig bleiben. Und der ins Riesenhafte gestiegene Steuerbedarf des Reiches läßt die eingesessene, über Sachkenntnis, Tatkraft und Unternehmungsgeist verfügende Unternehmerklasse so wenig überflüssig erscheinen, wie der der jüngsten Vergangenheit angehörende erfolgreiche Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt gegenüber Ländern mit reicheren eigenen Rohstoffen und niedrigerem Stand der Lebensführung ihrer Arbeiter und demgemäß billigeren Gestehungskosten die Unfähigkeit der deutschen privatkapitalistischen Unternehmerschaft irgendeiner Industrie erweist.

Von allen Voraussetzungen eines Marx bleibt also nur die Tatsache bestehen, daß das Proletariat am 9. November die Herrschaft an sich gerissen hat. Diese Tatsache ist inzwischen durch die Wahlen zur Nationalversammlung zu reichlich 50 Prozent entwertet worden.

Marx hat sein Werk über das Kapital nicht etwa nur für Deutschland geschrieben. Seine Theorie muß, wenn überhaupt richtig, internationale Geltung haben. Warum läßt man nicht Amerika mit seinen Riesenbetrieben den Vortritt, warum greift man Deutschland heraus und wählt als Zeitpunkt die Verarmung Deutschlands? Der utopistische Sozialismus eines Thomas Morus und seiner Nachfolger schafft sich ein ideales Operationsfeld, eine Insel, die alles birgt, was die Bewohner benötigen, so daß noch den Armen des Auslandes etwas zugewandt werden kann und Export stattfindet, aus dessen Erträgnissen im Kriegsfall ein Söldnerheer angeworben und unterhalten werden kann. Im Gegensatz hierzu kann Deutschland nur etwa die Hälfte seiner Bewohner aus eigenen Bodenerzeugnissen ernähren, den Rest des Nahrungsgutes muß es aus dem Auslande beziehen und mit seinen Industrieerzeugnissen bezahlen, zu deren Herstellung es selbst wieder die Rohstoffe vielfach aus dem Auslande heranholen muß.

Aber nach Marx löst auch die Verstaatlichung noch nicht den Konflikt. Sie beseitigt ja nicht den Kapitalismus, sondern treibt ihn erst auf die Spitze. Erst die Beseitigung des Staates als Staat schafft die durch ihn vorbereitete Vergesellschaftung der Betriebsmittel und erfüllt damit das Drängen der Produktivkräfte nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital und nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktionskräfte. Wir verzichten darauf, den Flug in das Reich des potenzierten Sozialismus mitzumachen, kehren vielmehr zu greifbaren realen Erscheinungen zurück. Die deutsche Industrie wird in der Zukunft mit fremdem Kapital arbeiten müssen. Sie wird dank der anerkannten Tüchtigkeit ihrer Leiter den notwendigen Kredit finden können, das verschuldete Deutschland würde ihn um so weniger finden, wenn es seine besten Werte um eines Experimentes willen vernichtet hätte.

Will man auch nur einzelne besonders reife Betriebe herausgreifen, sie sind der Natur der Sache nach die wertvollsten Bestände des deutschen Nationalvermögens. Die Theorie eines Marx kennt keine Teilreife. Anderseits treiben die für eine Vergesellschaftung als am meisten reif erklärten Bergwerksunternehmen einen sehr erheblichen Export, für den der Staat sich selbst nicht für geeignet erachtet. Was soll aber das deutsche Bürgertum dazu sagen, wenn der Staat ihm nur die schwieriger zu führenden Geschäfte überläßt, die einfacheren sich aber selbst zu übernehmen getraut. Eine Hebung der Staatsautorität kann hieraus nicht erblühen.

Hinter der Forderung des Sozialismus nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel stehen über 13 Millionen Deutsche. Nahezu die Hälfte des wahlfähigen deutschen Volkes hat sich ja am 19. Januar gelegentlich der Wahl zur Nationalversammlung für den Sozialismus und damit auch für seine Forderungen erklärt. Oder sind sich vielleicht manche Protestlustige dieser Konsequenz nicht bewußt gewesen? Hält vielleicht selbst die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel für verfrüht, weil sie nur mit einer gewissen Scheu und Zaghaftigkeit an sie herangeht, wie aus ihrer Beschränkung auf die „hierfür besonders reifen" Betriebe zutage tritt?

Wir halten im Gegensatz hierzu die Forderung für veraltet, durch die Geschehnisse überholt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat nicht den von Marx vorausgesagten Gang genommen, insoweit sie aber Ansätze hierzu zeigte, sind diese durch den unglücklichen Ausgang des Krieges mit der Wurzel ausgemerzt worden. Das deutsche Volk hat die wirtschaftliche Gleichstellung der Volksgenossen durch die am 9. November durch Auflösung unserer Heeresmacht vorgenommene Liquidierung des Krieges nahezu restlos verwirklicht, alle Volksgenossen sind heute nahezu gleich — arm. Soweit noch eine Verschiedenheit besteht, wird sie durch die Tatsache ausgeglichen, daß alle Volksgenossen für die Riesenschuld Deutschlands solidarisch haftbar sind. Bei einer Liquidation des deutschen Volksvermögens würden voraussichtlich selbst die bevorrechteten, weil unter dem Schutze der Waffengewalt der Entente stehenden Forderungen unserer Feinde teilweise ausfallen, da hat es keinen Zweck mehr, die Forderung der deutschen Arbeiter auf den Mehrwert ihrer Arbeit anzumelden und zu prüfen. Die deutsche Unternehmerklasse hat durch ihre erfolgreiche Wirtschaftsführung selbst den Neid der geschäftstüchtigsten Nationen erweckt, sie allein kann die Hoffnung in uns aufkommen lassen, es werde ihr vielleicht gelingen, trotz der Ungunst der Verhältnisse bei äußerster Sparsamkeit und höchster Kraftanspannung aller Volksgenossen unsere Wirtschaft rentabel zu erhalten. Den Unternehmergewinn wird der Staat zur Genüge beschneiden, nicht zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten unserer Feinde. So sieht in Wahrheit die Vergesellschaftung der Betriebe aus. Der Staat wird der Nutznießer aller Erträge, um sie zur Entschuldung Deutschlands größtenteils an die Feinde abzuführen, welche die soziale Revolution vom 9. November zu vollen Siegern gestempelt hat.

Zweifellos müssen und werden auch staatliche Eingriffe in die Freiheit der Wirtschaftsführung erfolgen und in das Reichswirtschaftsamt sind bereits Männer eingezogen, deren Name ein Programm bedeutet.

Die Reichsregierung hat nun der Nationalversammlung bereits die Entwürfe eines Sozialisierungsgesetzes und eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vorgelegt. Nach dem ersteren ist es Sache der Reichsgesetzgebung, für die Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturkräften in die Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln. Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft werden wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen. Zunächst soll ungesäumt die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden; für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft erfolgt die Regelung durch das zweitgenannte Gesetz. Das Kohlensyndikat soll vom Reich übernommen werden und durch dieses die Regelung der Kohlenpreise erfolgen. Die einzelnen Bergreviere werden zu Kohlenbezirksverbänden und diese zu einem Gesamtverband vereinigt. Die leitenden Befugnisse werden einem paritätisch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungsvertretern zusammengesetzten Reichskohlenrat übertragen. Die erste Lesung der Entwürfe offenbarte die Bereitwilligkeit der Mehrheit der Nationalversammlung, den in den Vorlagen zum Ausdruck kommenden Gedanken einer Neuordnung unseres Wirtschaftslebens nach sozialen Gesichtspunkten auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit seiner Verwirklichung zu prüfen und zu fördern.

Theater und Revolution.

Von W. Thamerus.

Im verflossenen bayerischen provisorischen Nationalrat wurde einmal über das Theater und die anderen Künste geredet. „Die Tatsache, daß zum ersten Male in einem deutschen Parlament über Kunst und Künstler gesprochen wurde, sei ein Ehrenzeugnis für diese Nationalversammlung", sagte Kurt Eisner. Zum ersten Male? Nun so rückständig waren die Parlamente des Obrigkeitsstaates denn doch nicht, daß sie, wenn auch nicht oft, so doch zuweilen über Kunst sprachen. Es gab sogar erste Kammern, in denen Künstler von Bedeutung saßen, und oft kam sogar mehr heraus als ein angeregtes Plauderstündchen. Wir waren sogar im Reichstage nahe an einem Theatergesetz, als der Krieg ausbrach. Der Antrag Florath und Genossen (Unabh. Soz.) in besagtem Nationalrat betraf die Sicherung der Lage aller künstlerischen Berufe. Daß ein solcher Antrag nicht zum ersten Male kam, soll natürlich seinen Wert nicht herabsetzen. Er forderte die Verstaatlichung und Verstadtlichung der Theater, was ohne viel Kosten geschehen könne. Ueber diese Forderung besteht eine sehr

stattliche Literatur, nur daß dies keine sonderlichen Kosten verursache, das ist uns neu gewesen, und wenn man zusammenstellt, was die Höfe und großen Städte für ihre Bühnen ausgegeben haben, kommt man zu einer ganz anderen Meinung. Auch aus dem, was Kurt Eisner zu diesem Thema äußerte, hat man nicht so recht einen Weg ersehen, der irgendwie zur Besserung führen könnte. Er meinte, die Kunst müsse in ganz anderem Maße von den Organen der öffentlichen Meinung unterstützt und gefördert werden. Die Griechen hätten das Theater als Gottesdienst aufgefaßt. Zu einem solchen Theater gehörte, daß es vom Kapitalismus befreit und eine Kunstgemeinde werde mit Befähigungsnachweis statt des Steuerzettels. Mit der Sozialisierung durch Staat und Stadt würde das Theater seinen Charakter als Stätte der gegenseitigen Schaulust, als Vergnügungsinstitut verlieren. Die Konkurrenz der Privattheater soll noch einstweilen bestehen. Aber sie sollen nicht nach kapitalistischen, sondern künstlerischen Gesichtspunkten geführt werden; das könne durch die Konzessionserteilung angestrebt werden. Die Losung werde dann lauten: Durch Schönheit zur Freiheit. Heute laute sie: Durch Freiheit zur Schönheit.

Nun das klang ja soweit ganz poetisch. Im übrigen erfuhren wir, daß bis zur Regelung des Theaterwesens durch Reichsgesetz dieses in Bayern auf dem Verordnungswege geordnet werden solle. Hierüber hätte man gerne etwas positives gehört; nun wir können ja warten. Vorgeschlagen wurde vom Interpellanten, der Schauspielerberuf müsse vom Befähigungsnachweis abhängig gemacht werden, das Agententum sei abzuschaffen und eine Hochschule für Schauspieler zu gründen. Von diesen Vorschlägen hielt Eisner mit Recht nicht viel. Man hat es ja schon oft versucht, das Agentenwesen zu beschneiden und ist dabei stets gerade bei dem Künstler auf Widerstand gestoßen, der in dem Agenten seinen Helfer sieht, der dem meist Geschäftsunkundigen zur Seite steht. Auch die Bühnen sind meist nicht gut gefahren, wenn sie diese, die verschiedenen Theater und ihre Bedürfnisse überblickenden Vermittler ausschließen wollten. Die Hauptsache ist freilich, daß der Agent nicht die Uebermacht gewinnt. Man hat es oft erlebt durch völlig nutzlose Gastspiele auf Engagement, daß gelegentlich geschäftsgewandte Agenten zu mehr Einfluß auf die Bühnenleiter kamen, als für die Kunst und die Künstler gut war. Auch mit dem Befähigungsnachweis ist es ein eigen Ding. Es gibt genug große Künstler, denen „Autoritäten" am Beginn ihrer Laufbahn jedes Talent absprachen. Auch von Musikern, Schriftstellern und Artisten ist flüchtig die Rede gewesen. Der Künstler kann als solcher nach Kurt Eisner nur Anarchist, als Bürger nur Sozialist sein. Ich habe vergebens in meinem Gedächtnis nach Künstlern gesucht, die jenen Anforderungen genügen.

Die Freiheit der Kunst ist ja jetzt in den Münchener Nationaltheatern proklamiert. Die Künstler, Beamte und Arbeiter haben sich ihren Chef wählen dürfen. Bei aller Vorliebe, die Herr Schwanneke als Künstler genießt, hat diese Maßnahme der Regierung in den weitesten Kreisen schwere Bedenken erregt. Der Landtag, der die in diesen schweren Zeiten überaus hohen Mittel für die Theater bewilligen muß, wird so vor eine vollendete Tatsache gestellt. Es war keine zwingende Not, das Provisorium nicht noch einige Monate bestehen zu lassen. Man hat übrigens anfänglich einen Bühnenleiter auswärts gesucht, fand aber keinen. (So wurde wenigstens der Presse mitgeteilt, die man hierzu sich eingeladen hatte.) Hieraus geht hervor, daß man anfangs nicht daran gedacht hatte, den Intendanten vom Personal wählen zu lassen. Wie man hört, war im Hoftheater bereits eine Palastrevolution im Gange, als die Revolution ausbrach. Nun können die Künstler wieder in Freiheit atmen, so sagt man. Unter den Männern, die von dem „Künstlerrat" ihrer Aemter enthoben wurden, waren auch solche von großem künstlerischem Verdienst. Wo das Anklagematerial kaum, die Verteidigung gar nicht bekannt ist, sollen keine Urteile abgegeben werden. Nur das eine sei gesagt, je größere künstlerische Anforderungen ein Regisseur oder Kapellmeister an seine Arbeit stellt, desto mehr wird er „proben", kurz: bequemen Künstlern als unangenehmer Kerl erscheinen. Wir hoffen, daß die jetzigen Leiter die Macht haben, Disziplin zu wahren, die die Vorbedingung aller künstlerischen Arbeit ist. Aus Dresden wurde unlängst gemeldet, daß ein großer Sänger sich weigerte, unter einem ihm mißliebigen Kapellmeister zu singen, und nach langem her und hin hat man die Oper abgesetzt. „Der Künstler als solcher ist Anarchist" (siehe oben!). In Zeiten, da kein Mensch daran dachte, daß Anarchismus ein Kriterium der Künstlerschaft sein könnte, hat man schon Schwierigkeiten erlebt, wenn der Intendant aus dem Kreise der Kollegen hervorgegangen war und das an sich löbliche Bestreben hatte, allen angenehm zu sein. Eine gewisse Souveränität muß der Leiter einer Bühne wahren. Viele künstlerische Dinge lassen sich nicht einer Abstimmung unterwerfen. Es besteht am Nationaltheater ein Künstlerrat zur Wahrung der Interessen der gesamten Künstler-, Arbeiter- und Beamtenschaft. Die Angehörigen dieser Gruppen haben ein Recht auf Mitwirkung bei der Besetzung der leitenden Stellen. Der Intendant erhält einen fünfjährigen Dienstvertrag, dessen Erneuerung von der Zustimmung des Künstlerrates abhängig ist. Bei Neuengagements und bei der Spielplanfestsetzung ist der Intendant selbständig, bei Vertragserneuerungen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten hat der Künstlerrat Stimme und wirkt vermittelnd. Der Opern-, Schauspiel-, Verwaltungs- und technische Direktor wird vom Intendanten vorgeschlagen und kann durch den Künstlerrat nur bei einer Stimmenmehrheit von drei Viertel gewählt werden. Dem technischen Personal wurde der Achtstundentag bewilligt,

„Eine fortlaufende Kulturgeschichte von unschätzbarem Wert"

(Eine Stichprobe von Leserstimmen aus der letzten Zeit.)

„Mit wahrer Sehnsucht erwarte ich jede Nummer." (Limburg, Lahn, G., 10. 9. 18.)

„Das Blatt ist mir viel wert und schickte ich es auch immer meinem Sohn auf dessen Wunsch ins Feld." (Lindau i. Harz, Fr. v. u. z. M., 12. 10. 18.)

„Ich lese die ‚A. R.' schon seit Jahren mit nie erlahmendem Interesse, um richtige Einsicht in die Politik und Kultur zu gewinnen, und wünsche ich der segensreich wirkenden Zeitschrift Gottes reichsten Segen." (Hüntgen, Rh., F., 12. 10. 18.)

„Trotz der vielen Arbeit, die ich in gegenwärtiger Zeit zu leisten habe, fand ich noch immer Zeit, die ‚A. R.' restlos zu lesen. Es war mir dies geradezu ein inneres Bedürfnis." (Hohenheim-Stuttgart, Dr. W., 9. 11. 18.)

„Die letzten Nummern waren ganz vorzüglich, sehr aktuell und äusserst treffend. Bravo!" (Seligenstadt, J. A., 19. 12. 18.)

„Die ‚A. R.' hat mich treu begleitet durch Serbien, Mazedonien, Bulgarien, die Dobrudscha und zuletzt nach Frankreich hinein. Ich schöpfte aus ihrer Schale den Labetrunk für die dürstende Seele die ganze schwere Zeit her. Dass ich vor dem Unglück der seelischen Kriegsbeschädigung in der Hauptsache bewahrt geblieben bin und meinen Gott im Kampfe nicht verloren habe, dafür Dank der ‚A. R.', die immer mein bester Feldprediger geblieben ist." (Bad Heilbrunn, J. H., 24. 12. 18.)

„Mit Spannung haben ich und meine Kameraden immer die ‚A. R.' erwartet, und bedeutete das Erscheinen der neuesten Nummer immer eine angenehme Abwechslung in dem Einerlei des Feldlebens." (H. H., 26. 12. 18.)

„War im Felde ein eifriger Leser Ihrer Wochenschrift und möchte sie jetzt erst recht nicht entbehren." (Herbolzheim i. Br., E. B., 27. 12. 18.)

„Habe die ‚A. R.' seither von Heft zu Heft mehr schätzen gelernt." (Ratibor [O.-S.], B. S., 28. 12. 18.)

„Die mir unentbehrlich gewordene Zeitschrift." (Würzburg, P. T., 29. 12. 18.)

„Für deren Inhalt sehr geneigt und habe ich sie in den letzten acht Jahren zur Genüge schätzen und kennen gelernt." (Regensburg, A. Sch., 4. 1. 19.)

„War mir vier Jahre im Felde eine treue Begleiterin, weil ich sie vorher gut kannte, und jetzt erst recht erwarte ich ihr Erscheinen mit Spannung. Gar oft war ich im stillen stolz auf ihre überragende Behandlung der Kernfragen unseres gesamten Lebens und wünsche ich nur, dass der Kreis der getreuen Freunde immer grösser werde." (Rottweil a. N., O. B., 7. 1. 19.)

„In diesen wahlbewegten und folgenschweren Tagen möchten wir das vornehmruhige und abgeklärte Urteil Ihrer stets freudig begrüssten und mit Spannung gelesenen Wochenschrift schon gar nicht missen." (Mehrerau b. Bregenz, P. L. Sch., 23. 1. 19.)

„Ist mir seit Jahren neben den Tageszeitungen unentbehrlich geworden." (Konitz [Wpr.], Dr. P. St., 28. 1. 19.)

„Die Kriegsjahrgänge der ‚A. R.' sind eine fortlaufende Kulturgeschichte von unschätzbarem Wert für alle späteren Zeiten." (Freiburg i. Br., A. G., 3. 2. 19.)

„Wir lesen die ‚A. R.' mit vielem Interesse. Eine prächtige Zeitschrift." (Volkersberg, P. L., 25. 2. 19.)

„Habe die ‚A. R.' als eine hervorragende Kulturzeitschrift schätzen gelernt." (Reicholzheim a. d. T., F. J. B., 25. 2. 19.)

„Wird schon seit Jahren in unserem Kloster mit grossem Interesse gelesen." (St. Ottilien, P. M. M., 27. 2. 19.)

Ein einfacher, aber klar denkender und kluger Bauer aus den bayer. Vorbergen, mit dem ich 3½ Jahre an der Front im Schützengraben zusammen war und dem ich im Feld immer meine ‚A. R.' zum Lesen gegeben hatte, schrieb mir Ende Febr. 19: „Die ‚A. R.' habe ich nun selber abonniert; diese schöne Wochenschrift ist mir unentbehrlich geworden." (Regensburg, R.-R Dr. H., 5. 3. 19.)

„Die ‚A. R.' möchten wir am allerwenigsten in der gegenwärtigen schweren Zeit missen." (Bamberg, E. I., 6. 3. 19.)

„Wir beziehen die ‚A. R.' seit ihrem Bestehen und lesen das hochinteressante Blatt mit großem Eifer. Wir warten sogar sehr oft mit der Annahme mancher Berichte und mit unserer Beurteilung gewisser Ereignisse, bis die ‚A. R.' gesprochen hat." (Zangberg, Kl. St. J., 6. 3. 19.)

was nur durch ein Arbeiten in Schichten möglich ist. Die Kosten erfahren hierdurch eine ansehnliche Mehrung. Die Mehreinnahmen durch den Verkauf der früher der Hofverwaltung vorbehaltenen Plätze werden meist überschätzt. Die Opernvorstellungen sollen noch teuerer werden, was ja nicht gerade dem demokratischen Ideal entspricht. Das Schauspiel soll durch ständigen Betrieb des Prinzregententheaters mehr ausgenützt werden. Aber das alles kostet Geld. Es wird sich an der Million, die seither die Kgl. Zivilliste leistete, nichts sparen lassen, und wenn man die Forderungen liest, die anläßlich einer Lohnbewegung in den Berliner Staatstheatern gestellt wurden, wird man nicht optimistischer gestimmt.

Optimistisch ist man auch in Berlin. Dort strebt der mit großen Vollmachten ausgestattete Richard Strauß (mit Zustimmung der preußischen Regierung) den Bau zweier neuer Opernhäuser an, durch welchen sowohl den Wünschen nach größerer Zugänglichkeit breitester Schichten Rechnung getragen, wie auch das künstlerische Ziel verwirklicht werden soll, für jede Gattung — „große Oper", Musikdrama, Spieloper — ein eigenes Haus zu schaffen. In München ist dieses Ideal ja bereits erreicht, wenn man auch nur zeitweise es verwirklicht, nur daß sich der Opernbetrieb mit dem Schauspiel teilen muß. Der Optimismus dieser Bühnenleiter ist jedenfalls erfreulicher, als pessimistische Stimmen, die man aus Wien und Stuttgart vernimmt. Es wäre sehr traurig, wenn unsere Armut es nicht gestattete, unser Bühnenwesen auf der Höhe zu halten. Wir haben in ihm trotz aller Auswüchse eine große künstlerische Tradition zu verteidigen und große Kulturgüter stehen auf dem Spiele. Daß unsere Bühnen nicht ganz Geschäftstheater geworden, amerikanisiert sind, danken wir nur den großen und kleinen Hoftheatern. Es wird Sache der Staatstheater sein, ihr Erbe würdig zu verwalten.

Die eminente Steigerung der Gagen und Löhne hat in Berlin und Wien die Ausgaben so erhöht, daß der Fortbestand der Bühnen ernstlich in Frage steht. Aus Berliner Zeitungen erfährt man, daß das Opern- und Schauspielhaus schon längst hätte schließen müssen, wenn Wilhelm II. sich nicht bereit erklärt hätte, das Defizit der beiden Theater wie früher bis zum 1. April zu decken. Schon hört man da und dort von der bereits eingetretenen Amtsmüdigkeit neuer Leiter. Das von der Stadt geführte (Titular-) Hof- und Nationaltheater in Mannheim, das eine sehr ansehnliche Oper besitzt, sieht sich genötigt, den Opernbetrieb langsam abzubauen und sich späterhin auf die Pflege des Schauspieles zu beschränken.

Welche Einflüsse hatte nun die „neue Zeit" auf den Spielplan? Ueberall betonte man mit besonderem Eifer, daß wir nun in Freiheit leben. Was nur immer die tote Zensur einmal verboten haben mag, erscheint und bringt meist Enttäuschung. In München hatte man nichts eiligeres zu tun, als den „Weibsteufel" hervorzuholen, den man seinerzeit infolge der Einsprache des Erzbischofs abgesetzt hatte. Auch Stücke, wie Hasenclevers „Sohn", deren ersichtliche Tendenz das Untergraben der elterlichen Autorität ist, werden viel gespielt, obwohl der Erfolg beim Publikum gar nicht so groß ist. Auch die erotischen Phantastereien Wedekinds schlagen aus der Zensurfreiheit Kapital. Besonders kultiviert man die Fäulnis Strindbergscher Ehen. Tilla Durieux, die in München engagiert wurde, um mit Steinrück als „star" zu wirken, brachte die Neueinstudierung des qualvollen Totentanzes. Sie dient der Kunst Steinrücks als wirksame Folie. Im allgemeinen dominiert überall die neueste Kunst und man ist geneigt, alt und veraltet gleich zu setzen. Ein gewisser ethischer Radikalismus, der nicht sich bewußt ist, daß mit Abschaffung der Zensur die Verantwortung der Bühnenleiter gestiegen ist, zeigt sich allerorts und ist nicht die geringste der Gefahren, die heute die Zukunft unserer Schaubühne als Stätte wahrer, erhebender Kunst umdüstern.

Soll man da tatenlos zusehen? Gewiß nicht. Deshalb ist der von christlich-gerichteten führenden Mitgliedern des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur gegründete Christliche Volksbund für Bühnenkunst und Lichtspiele (Sitz Frankfurt a. M., Katharinenpforte 6) zu begrüßen. Der Bund ruft das christliche Volk zur Selbsthilfe auf mit dem Hinweis, daß „durch die neuen Verhältnisse mehr als früher ein Zusammenschluß der christlichen Kreise zur Pflege der christlichen Kulturwerte im Kunstleben der Nation zu einer unabweisbaren Forderung geworden ist. Es handelt sich dabei um die Verwirklichung eines umfassenden, aus der Fülle der christlichen Weltanschauung erwachsenden Kulturprogramms. Das christliche Volk muß verlangen und durchsetzen, daß seiner künstlerischen und sittlich-religiösen Ueberzeugung mindestens überall dort im Bühnenkunstleben Rechnung getragen wird, wo es sich am Kunstleben beteiligt." Der Bund hat sich daher zum Ziel gesetzt, nicht allein Pflege der Kunstkritik, Einflußnahme auf Dilettantenaufführungen und Förderung der religiösen Festspiele und Heimatspiele, sondern auch Sammlung und Zusammenfassung der christlichen Theaterbesucher zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und aller mit dem Bühnen- und Lichtspielwesen befaßten Stellen, zur Veranstaltung von besonderen Vorstellungen, Vorstellungsreihen, Wanderkammerspielen, Konzerten und Lichtspielen.

Vom Büchertisch.

Maria Köchling: Dichters Werden. Bekenntnisse unserer Schriftsteller. Freiburg i. Br., Herder. 316 S. geb. 8 ℳ. — Ich meine, die tapfere Herausgeberin verdient Dank. So viele Köpfe unter einen Hut, d. i. in einen Band zu bringen, noch dazu zu einer gewissen Einheitlichkeit: das ist wahrlich kein leichtes Unternehmen. Selbstverständlich bedeutet dieses einen „Anfang", dem zum mindesten der „Schluß": ein zweiter Band, zu folgen hat. In diesem ersten steckt eine Reihe von 14 Persönlichkeiten, 6 männlichen und 8 weiblichen: v. Buol, Eschelbach, Fabri de Fabris, Franke-Oehl, Hamann, Herbert, Kaiser, Kümmel, Mayrhofer, Schrott-Fiechtl, v. Stach, Jassy Torrund, Br. Willram. Zum Inhalt wäre zu sagen: Ein Werdegang innerlicher, geistiger Art ist allemal interessant, wie er sich auch gestalten möge, denn nichts kann, an sich, anregender sein als der Mensch im Menschen. Und eben der bildet sich auf dem Entwicklungsweg, dem Werdegang. — Man wird begreifen, daß ich Einzelnes nicht aus dem Ganzen herausheben mag, so sehr das eine oder andere Kapitel dazu verlocken könnte. Bemerkt sei: Aus jeder der selbstbiographischen Abschnitte spricht tatsächlich lebendiges Leben. Also etwas fraglos Wertvolles. — Der Verlag, der jedem literarischen Lebensbild zwei äußere mitgab: ein Jugend- und ein Jetztbildnis, hat den Wunsch ausgesprochen, daß der (technisch vornehme) Band das Buch des Volkes werden möge. Nun, wenn er nur zu sämtlichen Lesern und Freunden der Einzelbeiträger durchdringt, dann gibt es schon „einen guten Klang": eine große „Gemeinde" nämlich. Stellt man das Sammelwerk in alle öffentlichen Büchereien (wohin es gehört), dann vollzieht sich wiederum ein umgekehrter „Prozeß": Neue Leser werden gewonnen für die Werke jener, die hier für ihr eigenes Schaffen eigenständig einstehen und zeugen.

M. Lund.

Sodalenbücher. 4 Bände. 16⁰ VIII u. 174 S. VIII u. 192 S. XVI u. 288 S. VIII u. 197 S. 1. und 2. je ℳ 2.90, 3. ℳ 3.70, 4. ℳ 3.—. **Sodalenklänge.** Von M. Waldhart. 16⁰ 205 u. 232 S., je ℳ 1.70. (10 Prozent Teuerungszuschlag.) München, Tyrolia. Eine kleine aber inhaltsreiche Bücherei für unsere marianischen Kongregationen. P. Harasser gibt im ersten Bändchen „Geist und Leben der marianischen Kongregationen" eine tiefer greifende Erklärung der neuen allgemeinen Satzungen, wie sie vom Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz am 8. Dezember 1910 in einer den Zeitverhältnissen angepaßten Form festgelegt wurden. Der ganze Bereich des Kongregationslebens kommt hier zur Behandlung, wie das umfassende Namens- und Sachverzeichnis ausweist. Das zweite Bändchen „Sonnenblicke" von Maria Müller und das vierte „Eichenwege" von E. Frohgemut zeichnen in lebensvollen Bildern die Arbeitsweise des Kongregationswirkens und seine Früchte. Im dritten Bändchen gibt P. Wilhelm Kratz einen ziemlich einläßlichen Ueberblick über die Geschichte der marianischen Kongregationen in den Ländern deutscher Zunge, über ihr Werden und Wirken von 1575 bis 1650. Die zwei Bändchen „Sodalenklänge" wollen ein Deklamationsbuch für marianische Kongregationen sein und bieten demgemäß eine reiche Auslese marianischer Dichtungen, zugleich eine Anleitung zur Veranstaltung von Festakademien mit skizzierten Vortragsfolgen. Ein empfehlenswerter Grundstock zu einer für alle Kongregationen geeigneten Sodalenbücherei.

O. Heinz.

Auguste Prestion: Aus Herzensgrund. Neue Lieder. Graz, Styria. 8⁰ 175 S. 2.— ℳ. — Gottinnige, gemütsweiche Lyrik, durch ihre schlichte Eindringlichkeit für einfache, fromme Seelen besonders geeignet. Unter den das Ganze bildenden Hauptreihen: Gotteslob und Gottesliebe; Passionsbilder; Das Leiden Jesu Christi und das Heiligste Altarsakrament; Ave Maria; Am Lebensweg; In schwerer Zeit, sprachen mich die vierte und fünfte am meisten an.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Nach einer schauspielerisch recht ansehnlichen Neueinstudierung der „Macht der Finsternis" trat die neue Leitung nun mit ihrer ersten Neuheit hervor, indem sie Fritz v. Unruhs Tragödie „Ein Geschlecht" aufführte. Diese Dichtung gehört wie Hasenclevers „Antigone" zu den Werken, in deren Phantasiewelt sich bereits die Gewitter entluden, die in den Novemberstürmen später Geschichte wurden. Es liegt in der Natur der Sache, daß das meiste, was dem Stücke an überschwenglichem Lobe gespendet wird, nicht seinen ästhetischen Werten gilt. Die allermeisten, die den Dichter priesen, meinten doch den Mann, der dem Kriege den Krieg erklärte, und daß es sogar ein solcher war, der zur Kriegerkaste gehörte aus Beruf und Jahrhunderte langer Tradition. Die Uraufführung von „Ein Geschlecht" hätte im Winter 1917/18 im Darmstadt erfolgen sollen, wohin man den verwundeten Dichter, wenn ich richtig unterrichtet bin, zum Prinzenerzieher berufen hatte. Eine auswärtige Truppe sollte zur Darstellung bestellt werden, vermutlich hielt man doch ein offizielles Eintreten der dortigen Hofbühne für inopportun. Eine Opposition wurde laut, sie ließ das Stück an sich beiseite und betonte lediglich, daß solch ein Thespiskarrentransport sich bei der Kohlennot nicht rechtfertigen lasse. Die Aufführung unterblieb. Das Frankfurter Stadttheater hat dann vor Geladenen vorigen Sommer die Première herausgebracht. Noch vor der Revolution folgte Nürnberg; später Berlin. Das Publikum war mehr erschreckt als ergriffen; die Begeisterung blieb meist bei Wortführern der Kritik. Ich lege dies alles sine ira et studio dar. Heute braucht man keine Schwächung

der inneren Front von dem Stücke zu befürchten und sentimentale Erörterungen kann ich unterdrücken. Von dem aeschyleischen Geist, den manche in dieser Tragödie finden, spüre ich nicht viel. Vielleicht hat die Respektierung der aristotelischen „Einheiten" zu diesen antiken Vergleichen verführt. Ich habe die Dichtung nun vor einem halben Jahre gelesen, am Samstag auf der Bühne gesehen und dann nochmals gelesen; die Erschütterung ist ausgeblieben. Gerne bekenne ich, daß aus Unruhs Strophen eine echte Leidenschaft spricht, daß seine Sprache diejenige eines Dichters ist, wiewohl manche barbarische Derbheit mich nicht gerade angenehm berührt. — Die Handlung ist an kein Zeitkostüm gebunden, sie „spielt vor und in einem Kirchhof auf Bergesgipfel". Die „Mutter" hat gerade den schlachtgefallenen Liebling beerdigt, da „steigt aus dem Tal, gefesselt und bespuckt ein Zwillingspaar, auch ihr entboren, auf, das besser sie im ersten Bad ersäuft" (!). Der eine hat geschändet, der andere den Gehorsam verweigert und „sich der Feigheit Ekel aufgeladen". Die nun an die Mauer geleitet stehen, wie Verbrecher, waren nicht schlecht; der jüngste Bruder, der gezwungen werden soll, sie zu richten, fühlt es schaudernd, wie „die Leidenschaft den Edlen selbst zum Schwindelabgrund reißt". Zwar prallt sein Seufzer von den Rippen der Soldatenführer ab, „die ehern, wie der Bau des Vaterlandes nur opfermütige Seelen in sich dulden", doch verzichtet man darauf, den Jüngling zum Brudermord zu zwingen, sondern schleppt ihn mit sich fort, „er werde in der Schlacht zum würdigen Glied des großen Volks gehämmert". Die Mutter, die Tochter und die beiden Verbrecher bleiben. Geradezu abstoßend wirkt auf mich die verbrecherische Sinnenbrunst zwischen Bruder und Schwester und dann der lodernde Haß, mit dem sich die Kinder gegen die Mutter wenden, die an aller Qual die Schuld trage, da sie sie in die Welt gesetzt. Die Gedankengänge der Mutter logisch darzulegen, ist nicht leicht. Der Nachdruck liegt wohl auf der Strophe: „Jetzt bricht aus allen Tiefen Euere Schuld — ein Rausch von Leben auf mich ein — daß meine Glieder neuen Blutlauf fühlen — in mir fließt jeder Brunnen Eurer Sinne — auch mich trieb Angst in Arme eines Mannes, auch mir versagten Knie oft vor Angst! Nun schäumt es auf in Euren lieben Leibern — . . . daß ich vor Schauder selbst mich nicht erkannte . . . ." Und weiter: „Erwartend, feierlich kniet meine Seele — dem Herzschlag ungezählter Herzen lauschend — der sich in meinem Busen sammeln will." Dem siegreich zurückkehrenden Führer der Soldaten entreißt sie den Stab: „Eh' Du das Volk mit deinem Stabe zwingst, Unmenschliches zu tun, reiß ich ihn fort — — bei mir, bei mir die Macht der Welt, o heiliger Träger ungezählter Samen!" Die Führer ringen mit ihr um den Stab: „Ich schwing Dich über dieser Erde Leib — schon . . . bricht aus leichensatten Feldern Sturm . . . es naht der Tag, voll Lachen steigt er auf, da wir . . . wie Adler hoch im Flug der Qualgebirge selig streifen . . ." Die Soldaten haben Helm und Waffen fortgeworfen. Dies wirkt durchaus nicht überzeugend, sondern als dürftige Allegorie, bei der Aufführung sogar ein wenig komisch. „O Mutterhauch, von dir geschmolzen rolle die Lawine auf die Kasernen der Gewalt hinab, und was sich je zu frech ins Blau gebauet, fall hin!" Die Tragödie ist der erste Teil einer Trilogie, die noch nicht vollendet ist. Es wird sich zeigen, was Unruh an Stelle von des Staates „Wuchtgefüge" zu setzen weiß. Auf manch garstige Einzelheit mag ich nicht eingehen, so wenn die hysterische Tochter hinter Gräbern der „Gebärung Werkzeug" einstößt oder der Feige schreit, „wie das Schwein vom Metzger abgestochen". Das Drama erreicht schon in den ersten Szenen eine Stärke der Leidenschaft, die keiner Steigerung mehr fähig ist und somit abstumpft. Die unter Freytags tüchtiger Leitung stehende Aufführung konnte dieser Gefahr nicht voll begegnen. Anna Feldhammer (Berlin) a. G. gab die Mutter. Sie besitzt die Tonfülle der Tragödin großen Stiles, die andern bewegten sich auf dem ungewohnten Kothurn nicht ohne Einfühlung. Gesprochen wurde sehr laut, doch nicht immer deutlich. Die Szene zeigt Stilbühne, einfach und stimmungskräftig. Der Sonnenaufgang ist leuchtender gedacht. Er ist ja zugleich Sinnbild. Nicht wenige liefen während des Spieles aus dem Zuschauerraum. Manche sogar mit unangemessenem Türenzuschlagen. Am Schlusse siegte der Beifall über Zischen, während andere sichtlich ermüdet, sich zu keinem Urteil aufrafften. Der Dichter erschien mit den Spielern, doch schien mir Applaus und Widerspruch sich mehr aus politischen als aus künstlerischen Gefühlen auszulösen.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Erdrosselungspolitik der Entente — Unsere Wirtschaftslage — Mehr Ruhe und Besonnenheit — Sozialisierungsprobleme.

Die angeblichen Einzelheiten der vom Obersten Kriegsrat der Allierten ausgearbeiteten Bedingungen für einen dauernden Waffenstillstand würden, ganz abgesehen von den militärischen Forderungen, namentlich in dem auf dreissig bis fünfzig Jahre berechneten Zahlungszwang von jährlich zehn bis fünfzehn Milliarden Mark für Deutschland unerschwingliche Lasten bedeuten. Die hierin von neuem ausgedrückte Tendenz, ferner die jüngsten Ententeforderungen hinsichtlich Auslieferung des Restes unserer Handelsflotte ohne Rücksicht auf die Lebensmittelversorgung Deutschlands, das Schicksal der uns verbliebenen Kriegsflotte, die schroffe französische Ablehnung jeder Lebensmittelbeischaffung für Deutschland, dies alles zeigt, dass es der Entente nicht nur darum zu tun ist, uns wirtschaftlich und politisch zu schwächen, sondern letzten Endes uns auf Menschenalter hinaus zu versklaven. Dass angesichts solcher Erdrosselungspolitik unserer Feinde und des Abbruchs der Verhandlungen in Spa in der Beurteilung unserer Wirtschaftsverhältnisse ein verschärfter pessimistischer Zug zum Ausdruck kam, war selbstverständlich; er zeigte sich vor allem in der namhaften Kursentwertung unserer Währung und unserer Renten, vor allem der Kriegsanleihen. Der von den vier grossen Bergarbeiterverbänden an die Waffenstillstandskommission gerichtete Notschrei zur Aufhebung der Blockade wird wohl wirkungslos bleiben. In dem unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Mayer (Kaufbeuren) tagenden Wirtschaftsausschuss der deutschen Nationalversammlung schilderte Reichswirtschaftsminister Wissel die augenblickliche Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Grosse wirtschaftliche Selbstverwaltungs-

körper, paritätisch zusammengesetzt aus Arbeitgebern und -nehmern, sollen für eine zweckmässige Verteilung von Rohstoffen sorgen. „An die Stelle der im Krieg bestehenden Handelsblockade werde im gewissen Masse künftig die innere Verarmung Deutschlands treten und uns zur Konzentration und Höchstleistung zwingen." Auch die hierbei vom Reichsminister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth gegebenen Ueberblicke über dessen seitherige Tätigkeit unterstreichen unsere trostlose Wirtschaftslage. Durch die furchtbare Kohlennot sind die geplanten grossen Notstandsarbeiten fast ganz verhindert, sowie auch die Kaliwerke und die chemische Industrie stillgelegt worden. Vorräte an Erz, Metallen aller Art, Leder sind aufs Aeusserste beschränkt. Die Erwerbslosenstatistik zeigt erschreckende Zahlen, namentlich in den norddeutschen Grosstädten und Industriezentralen. Transport- und Kohlenfragen, Steuerlasten, Auslandskonkurrenz und immer wieder die Arbeiterbewegungen sind die Hemmnisse, welche, wie übereinstimmend aus den Generalversammlungsauslassungen und Geschäftsberichten hervorgeht, den Ausblick in die Zukunft unserer Wirtschaftsgestaltung so betrübend gestalten.

Unter dem Eindruck der spartakistischen Unruhen in Berlin und der wiederholten Unterbrechung des Verkehrs musste zur zeitweisen Schliessung der Berliner Börse geschritten werden. Die drohende Stillegung weiterer Industriebetriebe, die scharfe Zuspitzung in den Versorgungsfragen, der Generalstreik an den verschiedensten Plätzen zeitigten an den Effektenmärkten verschärfte Zurückhaltung. Trotzdem konnte, namentlich in Süddeutschland, Ruhe und Besonnenheit in Bank- und Finanzkreisen vorherrschen. Eine Rundfrage bei den Sparkassen bestätigt, dass dortselbst trotz der politischen Wirren keinerlei nennenswerter Abgang in den Rekordeinlagen zu verzeichnen ist. Der Kurs der bayerischen Pfandbriefe hat in den jüngsten Wochen sogar eine starke Erhöhung erfahren; die Notiz der 4%igen Pfandbriefe ist vielfach zirka 102%, die der 3½%igen Titel zirka 95%. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München beschloss auch für das abgelaufene Jahr die Vorjahrsdividende von 14% der Generalversammlung vorzuschlagen. — Die Einzelheiten des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzentwurfes über die Regelung der Kohlenwirtschaft standen naturgemäss in Handels- und Industriekreisen im Mittelpunkt der allgemeinen Besprechungen. Hoffentlich wird bei Bildung eines Reichs-Kohlenhandelsmonopols den berechtigten Forderungen der bayerischen Interessen auf hinreichende Berücksichtigung entgegengekommen! Mit der Schaffung eines eigentlichen bayerischen Ministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe, der in der neuen Reichsverfassung geplanten Stellung von Handel, Bank- und Börsenwesen unter die oberste Kompetenz des Reiches werden vielfache Wünsche dieser Kreise erfüllt.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1918, des 64. Geschäftsjahres, zeigen einen im Hinblick auf die Kriegsabgänge wertvollen weiteren Schritt vorwärts zur Verbreiterung der Grundlage der „Alten Stuttgarter". Es wurden 10 692 neue Anträge über 122,9 Millionen Mark eingereicht (gegen 7631 Anträge über 73,6 Millionen Mark im Vorjahre). Aufgenommen wurden 8985 (i. V. 6560) Versicherungen mit 100,8 (i. V. 61,7) Millionen Mark. Der Abgang durch Tod belief sich auf 2034 Versicherungen mit 14,1 Mill. Mark; die Kriegssterbefälle betrugen 1046 Versicherungen mit 6,1 Millionen Mark. Der vorzeitige Abgang durch Kündigung usw. war recht gering; er beträgt nur 0,27 Prozent (i. V. 0,48 Prozent) der im Laufe des Jahres auf den Todesfall versichert gewesenen Summen. Nach Abzug des Gesamtabganges verbleibt in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 3341 (i. V. 778) Versicherungen mit 61,8 (i. V. 24,2) Millionen Mark Kapital. Einschließlich der Altersversicherung betrug Ende 1918 der Gesamtbestand der Bank 173 024 Versicherungen mit 1 Milliarde 265,5 Mill. Mark Versicherungssumme.

In der englischen u. amerikanischen Besatzungszone

ist der Zeitschriftenverkehr wieder zugelassen. Soweit wir die früheren direkten Postabonnenten in den genannten Gebieten auf diesem Wege erreichen können, bitten wir, die Bestellung unverzüglich erneuern zu wollen. Sämtliche fehlenden Nummern können nachgeliefert werden.



Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 12

22. März
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
40 Pfg.



B. Kühlen M. Gladbach

Kunst und Verlagsanstalt / Verleger des hl. Apostolischen Stuhles empfiehlt d. hochw. Klerus für die hl. Fasten- und Osterzeit Kommunionbilder und Bildchen Osterkommunion-Zettel / Beichtbildchen / Fasten u. Kommunion-Literatur / Missions- u. Exercitien-Andenken / kirchl. Tafeln aller Art Sonderprospekte dieser und anderer Artikel bitte sofort zu verlangen.

Berlin-Lichterfelde-W. Vorbereitungs-Anstalt

Major a. D. Meyer, Weddigenweg 70.

Vorbereitung f. Einjährig.,- Prim.- u. Reife-Prüfung. Christl. relig. Erziehung — Prosp. frei. - Fernspr. 890.

Darmstädter Pädagogium.

Privatschule mit dem Lehrplan des Gymnasiums, Realgymnasiums u. der Oberrealschule, Sexta bis Oberprima — Vorbereitung auf alle Schulprüfungen. Vorzügl. geleitetes Internat. M. Elias.

Priv. Pädagogium Karlsruhe B.

mit Internat; führt bis Abitur jeder Schule, auch Damen; Fam.-Anschl., religiöse Erziehung. — Beste Erfolge u. Referenzen, s. Prosp.! Kriegerwaisen schulg.-frei. Wiehl, Bes.

Bauers Antidiabeticum für Zuckerkranke
Bauers Lithosanol gegen Gallen-, Nieren- und Blasensteine

(auch gegen Gicht und Harnsäure-Diathese). — Prospekte durch die Sanin Ges. m. b. H., Kötzschenbroda-Dresden 39/79
Fabrik chem.-pharmazeut. Präparate.

Berlin Mittelstr. 21-22 Hotel Stadt Kiel

2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
4 Min. v. d. St. Hedwigskirche
Moderner Komfort :: Ruhiges u. angenehmes Wohnen :: Zimmer v. M. 3. – an. Bes. Franz Stützer.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd

Haselmayer's Einjährig-Freiwill.-Institut in Würzburg

(staatlich genehmigt).
Gewissenhafteste Vorbereitung für die Einj.-Freiw.-Prüfungen, bes. auch für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.
— Eintritt jederzeit. —
Näheres durch die Direktion.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin S 14, Sebastianstr. 44/45 I
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Tonschöne Harmoniums

in geschmackv. Gehäusen, mit charakterist. Spezial Disp., mit u. ohne eingebaut. Spielapparat, sowie gebrauchte und eingetauschte, gebe ich preiswert ab. Versand frachtfrei zur Ansicht. Preisliste u. nähere Beschreibg. bereitwilligst.
Friedrich Bongardt, Barmen.

Arterien-Verkalkung!

(Schwindelanfälle, Herzbeklemmgn., Angst- und Schwächezustände).
Kostenlos
erhalt. Sie Prospekte hierüber mit ärztl. chem. Vorwort durch
Allgemeine Chemische Gesellschaft
Cöln a. Rh. 312, Mastrichterstr. 49

Für die Fastenzeit!

Brot des Lebens.

Fastenhomilien über Johannes-evangelium, Kap. VI.

von Adolf Rosch, Pfarrer.
— Preis Mk. 1.20. —

Hausen Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis.

H. Römers Institut

für Privatstudierende u. Schüler höherer Lehranstalten.
München, Kaulbachstr. 31—33 Gartenhäuser.

1. Vorbereitung auf alle Mittelschulprüfungen, einschliesslich Reifeprüfung auch für Kriegsteilnehmer. Aller Unterricht wird der Vorbildung und dem derzeitigen Wissensstand in jedem Einzelfach angepasst.

2. Sorgfältige Ueberwachung der vom Institut aus Münchener Mittelschulen besuchenden Zöglinge. Aufschlussschrift und Jahresbericht versendet das Sekretariat.

St. Marienschule, Mainz.

Bischöfliche militärberechtigte Realschule.

Sechsklassige Realanstalt mit wahlfr. Latein und Vorschule. Abschlußzeugnis berechtigt zum einj.-freiw. Dienst. Anschluß an die Obersekunda der Oberrealschule und des Realgymnasiums. **Beginn des Schuljahres: 29. April** Bedingungen des Schülerheims (Willigisplatz 2) und jegliche Auskunft durch den **geistlichen Rektor.**

Collegium Carolinum, Oberlahnstein

Kath. Internat unter geistl. Leitung für Schüler des Gymnasiums und Realproggymnasiums.
Fernruf Nr. 82. Nachhilfe durch Fachlehrer in reichstem Maße. Haushaltung durch Ordensschwestern. Prospekte durch die Direktion

---

Paderborn. Lyzeum u. Oberlyzeum. — Frauenschule und Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen.
Ausw. Schülerinnen finden Aufnahme im **Pensionat.** Auskunft und Prospekte durch die Direktorin **A. Witkop.**

Lehrerinnen und Oberlehrerinnen

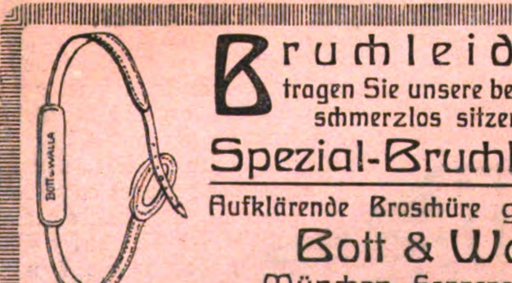
die Neigung und Beruf zum Ordensstande haben,

finden liebevolle Aufnahme in der Ordensfamilie eines rheinischen Klosters. Dasselbe hat einen großen Wirkungskreis und bietet seeleneifrigen Arbeiterinnen im Weinberge des Herrn hervorragende Gelegenheit sowohl zur Selbstheiligung als auch zur christlichen Liebestätigkeit auf dem gerade in unserer Zeit so wichtigen Gebiet der Jugenderziehung. Von einer Aussteuer wird, wo es wünschenswert erscheint, zum Teil oder vollständig abgesehen. Anfragen richte man an die Oberin der

Augustiner-Chorfrauen (Congr. B. M. V.)
Essen-Ruhr.

Kurhaus Hennef-Sieg

Besitzer JOS. DOHLE.
Vollständig neu renoviert.
— Das ganze Jahr geöffnet. —
Kalte und warme, Teil- und Vollbäder.
Kräuter-, elektrische Bäder u. elektr. Lichtbäder.
Röntgen-Aufnahmen.
Gute Verpflegung. Näheres durch Prospekte



Bruchleidende
tragen Sie unsere bestbewährten, schmerzlos sitzenden
Spezial-Bruchbänder.
Aufklärende Broschüre gratis durch
Bott & Walla
München, Sonnenstraße 20

Soeben erschien:

Das Heim und sein Schmuck

Von Dr. Heinrich Sädler
Mit Zeichnungen von Karl Köster

Einfache Ausgabe postfrei . . . . M 1.15
Geschenkausgabe gebunden . . . . M 2.15

Wer sich sein Heim gemütlich und künstlerisch schön gestalten will, findet hier eine Fülle von Anregungen in Wort und Bild

Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M.-Gladbach.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 12. München, 22. März 1919. XVI. Jahrgang.

Tat und Gesinnung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Ein außerordentliches Maß von Starkmut, Zuversicht und Gottvertrauen ist erforderlich, um nicht die Hoffnung zu verlieren, daß Deutschland aus dem unermeßlichen physischen und moralischen Elend, in das es durch den verlorenen Krieg und die revolutionären Erschütterungen gestürzt worden ist, durch eigene Kraft sich wieder herausarbeiten und zu einem neuen, menschenwürdigen Dasein emporringen wird. Und doch dürfen wir diese Hoffnung uns nicht entreißen, dieses Ziel nicht entrücken lassen, wollen wir uns nicht selbst aufgeben, uns selbst vernichten als Volk wie als Einzelwesen. Aber nur äußerste Anspannung aller Kräfte kann uns noch retten, nur Arbeit, schnellste, härteste, allgemeinste Arbeit, nur die entschlossene *Tat* des gesamten arbeitsfähigen Volkes kann den in Unordnung und Stillstand gekommenen wirtschaftlichen Organismus wieder in Funktion setzen und die unerläßlichen Vorbedingungen für den Wiederaufbau schaffen. Das von der Deutschen Nationalversammlung soeben verabschiedete Sozialisierungsgesetz stellt mit gutem Recht die allgemeine *Arbeitspflicht* an die Spitze, indem es sagt: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die *sittliche Pflicht*, seine geistigen und *körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert*." Diese unzweideutige Proklamierung des Prinzips der öffentlichen Arbeitspflicht, der als notwendiges Korrelat der öffentliche *Schutz der Arbeitskraft* — „Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reiches" — unmittelbar folgt, ist darauf berechnet, unser ganzes Wirtschaftsleben auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, die *Sozialisierung* desselben einzuleiten.

Angesichts dessen und im Hinblick auf die Ereignisse und Erfahrungen der letzten vier Monate kann über die Richtung, in welcher sich die Neuordnung bewegen wird, ein ernstlicher Zweifel nicht mehr bestehen und es wäre ein Zeichen verhängnisvoller Selbsttäuschung und Kurzsichtigkeit, wollte man sich der Einsicht in den Ernst und die Folgen der neuen Lage verschließen. Es muß aber anderseits auch anerkannt werden, daß die Erklärung der Arbeitskraft zum höchsten wirtschaftlichen Gut, also die Wiedereinsetzung des Menschen in seine Würde als *Mittelpunkt und ausschlaggebender Faktor des Wirtschaftsprozesses* ein durchaus gesunder Gedanke, ja eine Notwendigkeit ist, die einzig mögliche und, wenn im richtigen Geleise weiter geführt, die einzig erfolgverheißende erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen und sozialen Gesundungsprozeß, auf welche daher auch alle einsichtigen Wirtschafts- und Sozialpolitiker, und vor allem auch die auf christlichem Standpunkt stehenden, stets hingewiesen haben. Die Wurzel unserer sozialen Krankheit liegt ja eben in der *Verkennung der Stellung des Menschen im Wirtschaftsorganismus*, in seiner Degradation zu einem Produktionselement neben Natur und Kapital, in der Erniedrigung der menschlichen Arbeitskraft zur Ware, deren Wert lediglich durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, kurz in der Entseelung und Materialisierung des Wirtschaftsprozesses. Es sind die Prinzipien des ökonomischen Liberalismus, denen die Schuld an dieser Entwicklung beizumessen ist.

Wenn nun jetzt die vom politischen und wirtschaftlichen Sozialismus eingeleitete und bestimmend beeinflußte neue wirtschaftspolitische Aera das Recht und die Achtung der *Persönlichkeit des Arbeiters* (im weiteren Sinne des Wortes) an die Spitze ihres Programms stellt, so darf sie in dieser Hinsicht der allgemeinen Zustimmung sicher sein. Es wird sich nur zu zeigen haben, in welcher Weise der Gedanke in seinen Konsequenzen zur Auswirkung gebracht wird. Mit dem Urteil darüber wird man um so mehr zurückhalten müssen, als die künftige Entwickelung sich noch gar nicht übersehen läßt und auch der bisherige Gang der Ereignisse noch keine genügenden Anhaltspunkte für eine Prognose bietet. Die Tatsache steht allerdings fest, daß dort, wo die Revolution gewalttätige Folgeerscheinungen hatte, der Wiedergesundungsprozeß noch am weitesten zurück ist, daß anderseits dort, wo, wie im Reich, in Württemberg, Baden und Hessen, von vorneherein der mitschaffenden Arbeit bürgerlicher Parteien, insbesondere auch der Vertreter christlicher Weltanschauung Raum gegeben wurde, der Wiederaufbau am weitesten fortgeschritten ist und sich in Formen vollzieht, welche die Gewähr der Dauer und der Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse aller Volksschichten bieten, zugleich aber auch allen Erfordernissen des neuzeitlichen, auf dem Boden der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit aufgebauten Gemeinwesens gerecht werden. Es braucht aus dieser Tatsache keine Kritik an parteipolitischer Taktik abgeleitet zu werden, aber es kann nicht bestritten werden, daß hier bereits in sinnfälligem Maße die Fähigkeit zur Bewältigung der neuen Aufgaben in die Erscheinung tritt, während anderorts der Nachweis dieser Fähigkeit noch zu erbringen ist, und weiter folgt aus jener Tatsache die Gewißheit, daß es bei der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens nicht allein auf die Tat, sondern auch auf die *Gesinnung*, auf den *Geist* ankommt.

Die staatliche Gemeinschaft und vor allem der Mensch selbst, der ja der Ausgang, der Zweck und das Ziel, die Seele jener ist und der durch die neue soziale Ordnung erst in seine vollen Rechte wieder eingesetzt werden soll, ist ein so komplizierter Organismus, daß ihm durch eine von ausschließlich materialistischen Gesichtspunkten ausgehende Regelung seiner Lebensbedingungen nicht gedient ist. Auch wer sich über die Niederung monistisch-pantheistischer Denkweise nicht zu erheben vermag, wird durch das eigene Bewußtsein wie durch die Beobachtung der Umwelt täglich und stündlich daran erinnert, daß es neben diesem körperlichen Dasein noch ein höheres, ein geistiges Leben gibt, dessen Funktionen auf materiellem Wege sich nicht restlos erklären lassen. Aber von dieser rein kulturellen Seite des Menschendaseins soll in diesem Zusammenhange ganz abgesehen werden, wir beschränken uns auf die *wirtschaftspolitischen* Probleme, wie sie jetzt von der Sozialdemokratie der Lösung entgegengeführt werden wollen. Auch hierbei wird man des Einflusses jener Imponderabilien, die aus der Welt des Geistes in die der Materie hereinwirken, nicht entraten können. So manche Erscheinungen unserer Tage sind gewiß nicht dazu angetan, den ernsten Zweifel zu beheben, ob auch die sozialistische Wirtschaftsordnung den menschlichen *Egoismus* wird beseitigen oder wenigstens in ungefährlichen Schranken halten können. Wer leistet die Garantie für die nötige intellektuelle und moralische Reife der dann zu entscheidendem Einfluß gelangenden Faktoren, wenn man keine übernatürliche Bindung der Gewissen anerkennen will? Die Arbeiterschaft müsse, so sagt das Münchener Organ der Mehrheitssozialisten, an der ganzen Entwicklung der Produktion *innerlich* interessiert werden; damit entwickle sich in ihr ein soziales Verantwortungsgefühl, das von einer wirklichen sozialistischen Wirtschaft untrennbar sei. Aus diesen Worten klingt das Eingeständnis, daß diese untrennbaren Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaft heute noch nicht vorhanden sind, daß die sozialistische Arbeiterschaft noch dazu *erzogen* werden

muß. Ob die von der „M. Post" als Erziehungsfaktoren genannten wirtschaftlichen Verbände, die Arbeiterräte und ein soziales Arbeiterrecht ausreichen werden zur Anerziehung jener wesentlich ethischen Eigenschaften, wird sich erst zu zeigen haben. Sicherlich werden sie die erzieherische Kraft nicht erreichen, welche von den in die wirtschaftlichen Verhältnisse einschlägigen Lehren und Vorschriften der christlichen Moral ausgeht, wenn man sie nur ungehemmt wirken läßt.

Die Sozialdemokratie sollte daher, wenn sie selbst schon vermöge ihrer einseitigen materialistischen Orientierung das positive Christentum ablehnt, wenigstens die heilsamen Einflüsse dieses Weltkulturfaktors auch auf die Gestaltung und Veredelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dankbar annehmen und jeden Versuch unterlassen, Vertreter dieser Weltanschauung von der Mitarbeit grundsätzlich auszuschließen. Diese werden sich ihr Recht auf Mitbeteiligung am Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes nicht nehmen lassen, denn es steht ihnen zu als gleichberechtigten Bürgern des demokratischen Freistaates sowie kraft der göttlichen Fundierung ihrer Weltauffassung. In diesem übernatürlichen Boden entspringt jener Segensquell, der in den christlichen Moralgesetzen sich auch über das materielle Leben ergießt und auch für die soziale Neuordnung sich fruchtbar erweisen wird. Man greife aus dem System der christlichen Sittenlehre nur einiges heraus, wie die Lehre vom Eigentum, von den Pflichten gegenüber Person und Gut des Nächsten, um zu erkennen, daß dieses System bei ehrlicher, williger Befolgung im Sinne des Stifters wie kein anderes geeignet ist, jene Voraussetzungen für eine wahrhaft soziale Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft herzustellen: die innerliche Interessierung an der Produktion, das soziale Verantwortungsgefühl, die notwendige Unterstellung des Eigeninteresses unter die Forderungen der Allgemeinheit, kurz, das Solidaritätsbewußtsein aller schaffenden Stände und Kräfte. Und gibt es eine erhabenere, vollkommenere Verwirklichung des Persönlichkeitsgedankens, als durch jene Lehre, nach welcher der Mensch von Gott erschaffen ist nach seinem Ebenbilde, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und mit Kräften, die ihn befähigen, sich die Materie zu unterwerfen und nach treuer Erfüllung seiner irdischen Aufgabe zur ewigen Vereinigung mit seinem Schöpfer zu gelangen?

Diese christliche Welt- und Lebensauffassung, allgemein und folgerichtig durchgeführt, dieser christliche Solidarismus, im Bewußtsein aller Schaffenden verankert, würde die soziale Ordnung herbeiführen, soweit sie auf dieser mit dem Fluch der Erbsünde belasteten Erde möglich ist.

Deutschland steht vor der Riesenaufgabe, aus einem Trümmerhaufen sich ein neues Haus bauen zu müssen. Da kann es keinen Kopf und keine Hand missen, am wenigsten die alles erneuernde Kraft des Christentums. Sie überall zu wecken, zu sammeln und für die Allgemeinheit fruchtbar zu machen, muß unsere ernsteste Sorge sein. In ihrem Geiste wird sich die rechte Sozialisierung verwirklichen lassen, der Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft und Gemeinwirtschaft auf der einen und den Rechten des Individuums und der Einzelwirtschaft auf der anderen Seite — ein Sozialismus der Tat und der Gesinnung.

* * *

Gemäß der am 11. März zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung ist der bayerische Landtag am 17. März in München wieder zusammengetreten, um in einer kurzen Tagung die unumgänglichsten Staatsnotwendigkeiten, vor allem die Einsetzung einer gesetzmäßigen Regierung und die Verabschiedung eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zu erledigen. Das unter dem Vorsitz des Kultusministers Hoffmann gebildete sozialistisch-bauernbündlerische Ministerium ist vom Landtag mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet worden. Durch diese Vereinbarung hat der Landtag ein außergewöhnlich hohes Maß von Selbstbeschränkung und Selbstverleugnung bewiesen, das nur zu erklären und zu rechtfertigen ist mit der ebenso außergewöhnlich schwierigen und ernsten politischen Gesamtlage. Nur wer Einblick in die Einzelheiten dieser Situation hat, kann die Größe und Bedeutung des von den bürgerlichen Fraktionen bewiesenen politischen Weitblicks und Verantwortungsbewußtseins würdigen, indem sie unter dem Drucke der bestehenden Zwangs- und Notlage auf die zeitweilige Ausübung verfassungsmäßiger Rechte verzichten, um das am Rande des Abgrunds stehende Vaterland vor dem völligen Untergang zu bewahren und endlich einmal den Beginn aufbauender Arbeit zu ermöglichen.

Was speziell die Bayerische Volkspartei angeht, so bleibt durch die Betrauung des sozialistischen Ministeriums mit den im Ermächtigungsgesetz genau umschriebenen Machtvollkommenheiten die grundsätzliche Stellung der Partei zum Sozialismus unberührt und auch einzelne Punkte der Vereinbarung zwischen den sozialistischen Gruppen und dem Bauernbund werden von ihr abgelehnt, so die Anspruchnahme öffentlicher Mittel für die Propaganda-Abteilung, die eine einseitige parteipolitische Einrichtung wäre, ferner die Teilnahme eines Vertreters der A.-, B.- und S.-Räte an den Sitzungen des Ministerrates und das Recht dieser Räte auf Veranstaltung eines Referendums über den Kopf des Landtags und des Ministeriums hinweg. Bei allem Entgegenkommen bis an die Grenzen des Möglichen aus Gründen des Gemeinwohles hält die Partei unverrückbar fest an den Grenzen ihres Parteiprogramms und fordert die Wiederherstellung des normalen parlamentarischen Zustandes sofort nach Behebung der jetzigen außerordentlichen Verhältnisse.

Mit den weitgehenden Vollmachten ist natürlich auch das ganze Schwergewicht der Verantwortung auf das sozialistisch-bauernbündlerische Ministerium übergegangen und es wird zu zeigen haben, ob es dieser Aufgabe gewachsen und ob das von der Mehrheit des Landtags gebrachte Opfer nicht vergeblich gewesen ist. Einen Einblick in die Verworrenheit und Gefährlichkeit der Lage, zugleich aber auch in die politische Reife und Zuverlässigkeit gewisser Kreise auf der anderen Vertragsseite mag die Tatsache gewähren, daß unmittelbar, nachdem die Landesorganisationen der beiden sozialistischen Richtungen und der Rätekongreß unter Ausschluß der kommunistischen Gruppe die dann von den bürgerlichen Parteien angenommene Vereinbarung vom 8. März getroffen hatten, die Münchener Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine Entschließung faßte, welche jene Vereinbarung verwirft und sich grundsätzlich auf den Boden der Diktatur des gesamten Proletariats stellt, sich für die Idee der Räte-Republik erklärt und in der kommunistischen Partei eine Bruderorganisation erblickt, mit der sich eine gemeinsame Arbeitsbasis finden lasse. Während diese „unabhängige" Disziplinlosigkeit den Widerstand und die Unternehmungslust der ausgeschalteten Radikalen stärken und die politische Aktion der Regierung gefährden oder wenigstens erschweren muß, schien eine andere Gruppe der Paziszenten vom 8. März durch einen rollenwidrigen Seitensprung das wirtschaftspolitische Gleichgewicht der sozialistischen Regierungsfront stören zu wollen. Den Heißspornen des Zentralrats geht die Sozialisierung anscheinend nicht schnell genug. Mit der Begründung, „die Sozialisierungsmaßnahmen des Reichs sind nicht das, was eine entschlossene revolutionäre Gewalt durchführen muß", taten sie am 13. März „einen entscheidenden Schritt", indem sie ihren Willen auf Errichtung eines sozialistischen Zentralwirtschaftsamts mit weitgehenden Vollmachten für die „Vollsozialisierung Bayerns" kundgaben und zugleich den bereits unter einer sozialistischen Regierung stehenden Volksstaat Sachsen zum gemeinsamen Handeln und gleich für den 16. März zur Beschickung einer gemeinschaftlichen Konferenz einluden. Von den mehrheitssozialistischen Brüdern auf das Bedenkliche des Schrittes aufmerksam gemacht, der weder dem verfassungsrechtlichen noch dem ökonomischen Verständnis seiner Urheber besondere Ehre macht, hat man sich dann hinterher mit der Ausrede salviert, daß der Zentralrat lediglich dem kommenden Ministerium eine Anregung hätte geben wollen. Der Vorgang zeigt jedenfalls, daß es noch überall gärt und brodelt, ebenso wie der erstgenannte ein Beleg dafür ist, wieviel Zündstoff noch angesammelt ist, der durch einen unvorsichtigen Funken leicht zur Explosion gebracht werden kann. Daher muß alles vermieden werden, was den Beginn der Arbeit stören oder Unruhe und Mißstimmung ins Volk tragen kann.

Ein solches Hemmnis der Beruhigung ist am Samstag noch ausgeräumt worden durch die Aufhebung der angemaßten Pressezensur des Zentralrats. Sie übertraf diejenige der entschwundenen Militärdiktatur weit an Rücksichtslosigkeit, weil sie nicht allein, wie jene, als Prohibitivzensur durch Unterdrückung mißliebiger Aeußerungen die Meinungsfreiheit beschränkte, sondern auch dadurch, daß sie die Tagesblätter gegen den Willen und die Ueberzeugung der Redaktionen zur Aufnahme im Sinne des Zentralrats geschriebener Artikel im Namen des „Staatsbürgerrechts auf Wahrheit" zwang, eine nie dagewesene moralische Vergewaltigung sich zuschulden kommen ließ. Ein solches Institut mußte den Todeskeim von Anfang an in sich tragen, es starb am inneren Widerspruch, an der eigenen Unwahrhaftigkeit.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unser monatliches Brot.

Das Abkommen von Brüssel ist unterzeichnet worden. Ohnmächtig, wie wir sind, haben wir wieder schwere Opfer bringen müssen, um wenigstens den notwendigsten Zuschuß an Lebensmitteln zu retten. Wir stellen 150 Schiffe zur Verfügung der Verbündeten (auf Wiedersehen?) und geben ein Sicherheitsdepot von 220 Millionen Mark in Gold. Dagegen bekommen wir von den Verbündeten alsbald 270000 Tonnen Lebensmittel geliefert. Nach diesem Tropfen auf den heißen Stein übernehmen die gegnerischen Regierungen keine Versorgungspflicht mehr; sie geben uns nur in Gnade die Erlaubnis, weiteres zu kaufen, so daß wir auf den guten Willen und auf die Preise in den neutralen Ländern im wesentlichen angewiesen sind. Diese Kauf- und Einfuhrfreiheit ist aber keineswegs unbeschränkt; im Gegenteil: es soll genau kontrolliert werden, daß das hungernde Deutschland nicht mehr als 370000 Tonnen monatlich bekommt.

Es hieß zuerst, daß die finanzielle Blockade aufgehoben, d. h. den neutralen Geschäftsleuten der Verkehr mit Deutschland ohne Verwehrung durch die schwarzen Listen gestattet werden solle. Doch werden nur einige Erleichterungen dieser Sperre gestattet. Alles bleibt unter der scharfen Kontrolle der Sieger; die Blokade selbst, sowohl die amtliche wie die halbamtliche, bleibt wirksam. Zu den Erleichterungen gehört auch, daß wir in der Ostsee wieder fischen dürfen und daß überhaupt die selbstgefangenen oder eingeführten Fische auf die Monatsration nicht angerechnet werden sollen, auch das Gemüse aus Neutralien soll angeblich frei bleiben.

Wenn die erste Zufuhr von 270000 Tonnen recht bald eintrifft, so ist das sehr erfreulich für die Kinder und die Kranken, da sie einen Posten kondensierte Milch enthält. Was die allgemeine Volksversorgung angeht, darf man sich von den sechsstelligen Zahlen nicht blenden lassen. 370000 Tonnen monatlich — das macht auf den Kopf der Bevölkerung von zirka 70 Millionen etwa 11 Pfund für 30 Tage, also kaum ein drittel Pfund auf den Tag. Als Zuschuß zu den bisherigen Hungerrationen ist das schon etwas; doch wenn unsere eigenen Vorräte aufgebraucht sind, so reicht es nicht hin und nicht her.

Die Sachlage zwingt uns also, nach wie vor äußerst sparsam mit den Lebensmitteln umzugehen, die kommende Ernte sorgsam zu behandeln und immer im Auge zu behalten, daß die Erwachsenen Opfer bringen müssen, um die Kinder zu retten und so die Zukunft der wankenden Nation möglichst sicherzustellen.

Die scharfe Kontrolle, die sich die verbündeten Mächte vorbehalten, ist für uns demütigend und in gewisser Hinsicht hinderlich. Anderseits hat sie angesichts der Verwirrungen in gewissen deutschen Kreisen auch gute Seiten. Zunächst schon der Vorbehalt, daß die Tagediebe, die ohne Grund die Arbeit verweigern, nicht bedacht werden sollen. Ferner wollen die Verbündeten erzwingen, daß Deutschland die Lebensmittel nicht mit barem Gelde, sondern mit Ausfuhrwaren bezahlt. Das fordern sie nicht aus Liebe zu uns, sondern in ihrem eigenen Interesse, damit wir zahlungsfähig bleiben für die große Kriegsabrechnung. Es liegt jedoch auch in unserem Interesse, die Ausfuhr wieder zu beleben, um unsere wirtschaftliche Zukunft zu retten. Die Moral ist also: in den deutschen Gruben und Werkstätten muß gearbeitet werden, regelmäßig und stramm, damit wir die erforderlichen Gegenwerte für die Lebensmittel erzeugen. Wer Streiks oder Tumulte anzettelt, bringt sein Volk und auch sich selbst in Hungersnot. Die tägliche Arbeit und das tägliche Brot bedingen sich gegenseitig; das muß jetzt jedem, der noch Verstand und guten Willen hat, handgreiflich klar werden.

Werden die Unabhängigen noch weiter die Arbeit und die Ernährung stören?

Das ist eine wahre Schicksalsfrage, auf welche die Verhandlungen in den Parlamenten von Weimar und Berlin grelle Streiflichter geworfen haben.

Von den eingeschworenen Kommunisten und Spartakisten ist keine Besserung zu erwarten. Diese Desperados wären aber wohl niederzudrücken, wenn nur nicht die U. S. P. D. das Schadenfeuer der Streiks und der Putsche schürte, um in dieser verderblichen Glut ihre Machtkartoffel zu braten.

Bei der Erörterung der Berliner Unruhen und ihres Zubehörs wurden sowohl in der deutschen Nationalversammlung als auch in der preußischen Landesversammlung die heimtückischen Unabhängigen gebührend gebrandmarkt. Schlagend wurde ihnen nachgewiesen, daß gerade sie, die über das Blutvergießen so krampfhafte Entrüstung äußern, aus dem Hinterhalt die Räubereien und Mordtaten in Gang bringen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen schleuderte gegen sie sogar den Vergleich mit dem Zuhälter, der seines Vorteils halber die Dirne auf die Straße schickt zum Verkauf ihres Leibes. Wird diese rhetorische Züchtigung zur Erziehung ausreichen?

Die akute Gefahr für die bestehende Ordnung ist augenblicklich beschworen, da die Regierungstruppen in Berlin die Ordnung wiederhergestellt und die Dinge in Oberschlesien und im Ruhrgebiet sich nicht so zugespitzt haben, wie man noch vorige Woche befürchtete. Aber das chronische Leiden ist nicht überwunden, solange die Unabhängigen durch Streiks und Tumulte auf eine Ueberrevolution hinarbeiten und hintenherum mit den Spartakisten gemeinsame Sache machen. Auch in Berlin wird trotz der Niederlage wieder für einen Generalstreik agitiert, der selbstverständlich wieder in Plünderungen und Straßenkämpfen auslaufen würde.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unabhängigen und ihre Bravi frischen Mut geschöpft haben seit dem Zusammentritt der preußischen Landesversammlung in Berlin.

Soll man das dem vielgehaßten „Berlin" auf sein langes Schuldregister schreiben? Die Ursache liegt nicht in dem kommunalen Milieu, sondern vielmehr in der Politik, welche die preußischen Sozialdemokraten und Demokraten zu treiben suchen.

Der Kulturkampf gefährdet die Ordnung und die Ernährung.

In Weimar haben die Reichsleitung und die großen Linksparteien sich resolut auf den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum gestellt nach dem Muster des alten Reichstags. In Berlin haben die preußische Regierung und ihre Linksparteien diesen vernünftigen Schritt noch nicht getan, weil sie auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik religionsfeindliche Tendenzen verfolgen, denen das Zentrum natürlich entschieden entgegentreten muß. In das Präsidium der preußischen Landesversammlung hat man freilich neben einem Sozialisten und einem Demokraten auch den altbewährten Vizepräsidenten Dr. Porsch vom Zentrum gewählt; aber mit diesem billigen Zugeständnis hörte es bisher auf. Nach Weimarer Vorbild hätte man auch der Rechten, um ihre Mitarbeit zu fördern, einen vierten Posten im Präsidium einräumen sollen; aber das wurde von der Regierungspartei und der Demokratie verweigert, obschon das Zentrum sich dafür einsetzte. Man ließ es zu einer Kraftprobe kommen und erzielte dabei eine Mehrheit von 180 gegen 165 Stimmen. Ein Pyrrhussieg! Denn einerseits kann auf einer so knappen Zufallsmehrheit keine starke Regierung beruhen, am wenigsten in dieser schlimmen Zeit, und anderseits gab man durch diese Abstimmung den Unabhängigen Gelegenheit, sich als Anwälte der Gerechtigkeit aufzuspielen. Ein weiterer taktischer Mißgriff war es, daß man die Fortsetzung der Aussprache über die Berliner Unruhen, die recht hübsch begonnen hatte, um einen Tag verschieben wollte, wodurch Adolf Hoffmann, der Sturmbock der Unabhängigen, die Möglichkeit erlangte, die Mehrheitssozialisten auf seine Seite zu bringen und dem Parlamente seinen Willen aufzuzwingen. Die Stellung der Unabhängigen wird noch weiter gehoben werden, wenn die Regierung und die beiden anderen Linksparteien ihre kulturkämpferischen Bestrebungen fortsetzen; denn da arbeiten sie mit den Ideen, die derselbe Adolf Hoffmann im preußischen Kultusministerium zurückgelassen hat. Er und seine Partei werden von der radikalen Uebertrumpfung der Regierungsvorschläge zu profitieren wissen und den inneren Zwist, der durch den Kulturkampf hervorgerufen wird, für ihre Umsturzzwecke ausnützen.

Entweder — oder! Wenn die preußische Regierung die sittlich-religiösen Interessen des Volkes nicht schonen will, dann kann sie nur sofort abdanken zugunsten der Unabhängigen, denn sie würde doch dem Adolf Hoffmann und Genossen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein. Diese Erschütterung des inneren Friedens würde nicht allein die schlimmen Folgen des Kulturkampfes der siebziger Jahre erneuern, sondern sie würde unter den gegenwärtigen kritischen Umständen die ganze Reichs- und Staatsordnung gefährden. Die neue Reichsregierung ginge wieder in die Brüche; der preußische Staat würde zerfallen; es gäbe neue Arbeits- und Ruhestörungen an allen Ecken und Enden; die bolschewistische Welle würde über uns hereinschlagen; wir hätten keine Ware, um uns Lebensmittel zu erkaufen. Der Kulturkampf wäre in der Tat die Besiegelung des deutschen Unterganges.

Die Grundzüge des Völkerbundes.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Der Gedanke des Völkerbundes ist nicht neu. Es wäre zu wünschen, daß die breitesten Schichten und die entferntesten Völker eingehend vernehmen, was die Kirche Jahrhunderte hindurch für die Verwirklichung dieser Idee getan hat. Die Christenheit, wie der mittelalterliche Völkerbund hieß, bezweckte den inneren Frieden, den Gottesfrieden und zugleich die Befreiung der Länder und Stämme, welche unter der Macht- und Schwertpolitik des Korans schmachteten. Das Reich, wie die Leitung des Zentralorganismus in Anlehnung an die Erinnerungen der römischen Weltbeherrschung genannt wurde, hatte der Hl. Stuhl den Deutschen übertragen (transtulit ad Germanos). Der innere Hader und die Ausdehnungspolitik Frankreichs, das sich jahrhundertelang mit den Osmanen und mit jedem Angreifer Deutschlands verband, hinderten die Verwirklichung der erhabenen Aufgabe. Die moderne Balance of powers, die englische Erfindung des Gleichgewichts, hat noch ärger versagt.

In der Neuzeit wurde eine neue Methode gewählt: die bewußten Pazifisten und Internationalisten suchten das Ziel zu erreichen weniger durch sofortige ganze Arbeit, als durch eine Reihe von Einzelverträgen, welche die Staaten und die Völker aneinander binden und zugleich auf manchen Gebieten eine Weltordnung einführten. Auf sicheren Grundlagen sollte sich also Stein auf Stein reihen und festigen, bis schließlich das Dach das Gebäude krönen könnte.

Soweit diese Bestrebungen, wie der Weltpostverein, materielle Güter im Auge hatten, könnte ihre Tragweite zweifelhaft erscheinen und ihr überzeugender Einfluß auf die Denkungsart der Völker gering bleiben. Anders, wenn das Gedeihen und das Los der Menschen selbst in wesentlichen Zügen durch internationale Abmachungen berührt wird. Das Seerecht, die Arbeitergesetzgebung und die Schiedsgerichtsbarkeit in politischen Zwistigkeiten greifen so sehr in die überlieferte Souveränität der Staaten und haben solche Nachwirkungen auf die Persönlichkeit der Menschen, daß die Versuche, diese Gebiete international zu regeln, vor aller Augen den Gedanken der Gesellschaft der Staaten und Völker in eine nähere Wirklichkeit oder Möglichkeit rücken könnten.

Die von allen Mächten außer den Vereinigten Staaten angenommene Deklaration von Paris vom 15. April 1856 hatte die Kaperei abgeschafft; sie wurde leider einseitig während des Weltkriegs durch England als nicht mehr bindend erklärt. Wenn Wilson jetzt jede Aenderung des Völkerrechts während eines Krieges untersagen will, so kann das als eine Antwort auf das englische Verfahren gelten.

Die Deklaration von London von 1909 hatte ganz besonders den Schutz der neutralen Schiffe, ihrer Ladungen und ihrer Passagiere gewährleistet und zwar gegen Seebeute- und Durchsuchungsrecht. Sie war zustande gekommen unter lebhafter Beteiligung der englischen Regierung und Mitwirkung des Herrn Lloyd George selbst. Vor dem Unterhause hatte sich die Regierung für diese Erweiterung des Rechtsschutzes eingesetzt und die Annahme erreicht. Leider versagte sie vor dem Widerstande der Mehrheit der Lords, im selben Jahre 1910, wo sie nicht zögerte, das Parlament zweimal aufzulösen, um den Widerstand derselben Lords gegen die Steuerreform mit Erfolg zu brechen. Beim Ausbruch des Weltkriegs versuchte Deutschland vergeblich, die Londoner Deklaration von 1909 wieder aufleben zu lassen. England wollte keine Beschränkung seiner Machtpolitik zulassen. Die Folgen wurden 1915 durch den amerikanischen Austauschprofessor George Stuart Fullerton in seinem Buche: The truth about the German nation (R. Oldenbourg, München, S. 114—115) wie folgt bezeichnet:

„Die gegenwärtige Lage ist unerträglich, so unerträglich, daß sie gewiß ihre Heilmittel (remedy) mit sich bringen wird. Der Welthandel sowohl von neutralen als von kriegführenden Völkern ist behandelt worden als das Privateigentum eines Staates allein; die öffentlichen Straßen der Welt sind versperrt worden. Wer sich zur See zu Schiff begibt, scheint keinen Rechtsschutz zu haben. Die Völker müssen sich verständigen, um die Wiederkehr solcher unerträglicher Zustände in der Zukunft zu verhüten."

Der Gedanke des praktischen Völkerbundes auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nahm greifbare Gestalt durch die Berliner Konferenz vom März 1890. Nach den Züricher und Brüsseler Kongressen von 1897 gelang es 1900 auf dem Kongresse von Paris, wo ich offizieller Vertreter Belgiens war, einen Weltverein zu diesem Zwecke zu gründen und die finanzielle Unterstützung mancher Staaten für seine Tätigkeit zu sichern. Bei dieser Gelegenheit sagte der spätere italienische Ministerpräsident Luzzatti, indem er den Zollschutz bekämpfte: „Man versteht, daß die Gesellschaft die Waren nicht schützt; man versteht nicht, daß sie die Arbeit und die Arbeiter nicht schützt. Aus dieser Eingebung hat der Kanzler des Deutschen Reichs, der eiserne Kanzler, den sehr menschenfreundlichen Plan der internationalen Arbeitsgesetzgebung vorbereitet. Unsere italienischen Schutzzöllner haben diesen gesetzgeberischen Plan sehr heftig angegriffen. Sie sagten, er sei das Erzeugnis einer teuflischen Erfindung der Engländer. Man darf zugeben, daß Völker egoistische Gefühle hegen, es sei Frankreich oder Italien, und selbst England (Heiterkeit). Es ist ganz natürlich, daß ein Volk, das eine sehr strenge Arbeiterschutzgesetzgebung hat, wünscht, daß diese Gesetzgebung in die Nachbarländer Eingang findet. Was schadet's? Meinetwegen sage ich: Gesegnet sei das nationale Interesse, wenn es mit dem menschlichen Interesse übereinstimmt!" Soweit Luzzatti (S. 487—488 des Berichts des Kongresses, Paris, Rousseau, 1901). Und tags vorher hatte schon der damalige französische Handelsminister Millerand ausgesprochen: „Wenn ich neben mir Männer sitzen sehe, wie die Herren von Berlepsch und Luzzatti, um keinen anderen zu nennen, dann habe ich das Recht zu sagen, daß von heute ab in diesem Kongresse die internationale Verständigung ist geschlossen zwischen den Anhängern des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter." (Ebenda S. 460.)

Als Staatssekretär des Innern ging 1902 und 1904 Graf Posadowsky einen Schritt weiter: er ließ im Reichstag durchblicken, das Deutsche Reich würde solchen Staaten Zollerleichterungen verleihen, welche ihren eigenen Arbeitern wirksame gesetzliche Schutzmaßnahmen angedeihen lassen würden. Solche Gefühle internationaler menschlicher Solidarität bewegen sich übrigens in den Bahnen der deutschen sozialen Versicherung; diese vergönnt nämlich den Ausländern in Deutschland, auch ohne Reziprozität, weitgehende Wohltaten und selbst im Falle ihrer Rückwanderung in ihre Heimat nicht unbedeutende Abfindungen. In Frankreich, im Gegenteil, blieben die Ausländer von allen sozialen Zuwendungen ausgeschlossen, und darüber hinaus allerlei Plackereien und Taxen unterworfen, trotz der Leutenot! Einige „Arbeitsverträge" hatten bis zum Weltkriege Ansätze einer internationalen Regelung der Arbeitsverhältnisse angebahnt.

Auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit kann jedermann amerikanische Verdienste anerkennen: sie kontrastieren wohltuend mit den häufigen Lieferungen von Waffen und Geld an lateinisch-amerikanische Empörer; die leider nur anfangs zurückhaltende Haltung Wilsons gegenüber Mexiko im Jahre 1913 wurde beleuchtet durch die Witwe seines Gesandten O'Shaughneßy sie wird aber vielleicht nach dem Kriege eine bessere Erklärung finden.

Das Deutsche Reich ging bekanntlich im Haag in den Gedankenkreis der allgemeinen Festlegung durch Schiedsgerichtsverträge nicht ein. Das hat selbstverständlich später seine diplomatische Lage verschlechtert. Doch blieben kleine, neutrale und unbewaffnete Staaten ebenso mißtrauisch: sie fürchteten eine verhängnisvolle Beschränkung ihrer Souveränität und eine regelrechte Bevormundung durch Großstaaten, wo die Menschlichkeit nicht immer die alleinige Triebfeder der politischen Unternehmungen gewesen sein kann.

Erwähnt kann hier werden, daß am 8. Mai 1871, zwei Tage vor dem Frankfurter Frieden, und am selben Tage, wo der Alabamastreit dem Urteil einer Genfer Kommission anvertraut wurde, England und die Vereinigten Staaten den Deutschen Kaiser als Schiedsrichter einsetzten in Sachen ihres Streites wegen des San Juan-Archipels, zwischen Vancouver und dem amerikanischen Festlande. Sie fürchteten augenscheinlich, am Vorabend der offiziellen Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens durch das Deutsche Reich, vom Oberhaupte dieses Reichs kein Unrecht, das später wieder gutgemacht werden müßte. Am 21. Oktober 1872 entschied Wilhelm I. den Streit zugunsten der Vereinigten Staaten; England fügte sich seinem Schiedsspruche.

„Ich weiß nicht, ob wir bei unserem Unternehmen Erfolg haben werden, aber es bedeutet schon einen Erfolg, daß wir es unternommen haben." So Lloyd George am 25. Januar 1919, nach der ersten einleitenden Rede Wilsons über den Völkerbund in Paris. Wenn ein leitender Minister eines der führenden

Staaten sich so skeptisch ausdrückt, so wird er sich wohl bewußt sein, daß dem Unternehmen Mängel anhaften oder Schwierigkeiten auf dem Wege entgegenstehen. Es ist das aber das Los auch des ehrlichsten menschlichen Beginnens. Die Voreingenommenheiten, die Fehler der Urheber des Plans, die Unzulänglichkeiten und Nachteile desselben müssen nicht verkennen lassen, daß er auch seine guten Seiten haben kann. Wenigstens muß untersucht werden, ob die Stimmung, woraus er entstanden, eine Grundlage bietet für eine wirkliche Verbesserung der internationalen Beziehungen in der Zukunft.

Freilich darf man mit einigem Recht sagen: der Völkerbund ist vorläufig ein neuer Rheinbund. Die Konstellation, der er entsprießt, kann sich aber ebenso rasch verwandeln, wie die Lage Europas nach Jena und Wagram. Ohne ins Umgekehrte umzuschlagen, kann sie sich derart entwickeln, daß die jetzt vorgeschlagenen Verpflichtungen zur wahren Gleichheit und zur Wiedergutmachung von Urteilen führen können, welche man heute als endgültig verkündigen will. Ein Gewaltfrieden, die Vergewaltigung nicht nur der Besiegten, sondern auch der Neutralen, ein Rattenkönig von Inkonsequenzen, Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten, welche nun als die ewige Weltordnung dargestellt werden, könnten wahrscheinlich zu so ganz unvorhergesehenen Folgen, Gegensätzen und Neubildungen unter den Siegern führen, wie die napoleonische Herrschaft in Spanien, Italien, Deutschland, Schweden, Polen, Illyrien und in den Niederlanden. Wer hätte z. B. 1810 vorausgesehen, daß aus Bernadotte ein Gegner des Kaisers erwachsen würde? In dem Hause selbst läßt sich möglicherweise leichter bessern und umgestalten, als in schmollender Feindseligkeit in einer Einöde draußen. Was so einseitig gebaut wird, kann nicht so bleiben. Die Frage ist nun, ob es bekämpft, wenigstens ignoriert werden muß, oder ob die Umstände die Einrichtung so gebieterisch aufdrängen, daß die Nachteile des Beiseitestehens größer werden können, als die peinlichsten Nebenerscheinungen des Mittuns. Die Entwicklung des Seerechtes, der Arbeitsgesetzgebung und des Schiedsgerichtsverfahrens vor dem Kriege ist ein wesentlicher Bestandteil der Prüfung der Frage.

Die Kritik der vorgeschlagenen Einrichtung gibt sich merkwürdigerweise selbst in einem Teile der französischen Presse kund. Einerseits zeigen sich die chauvinistischen Blätter kalt: Das „Echo de Paris“ bemängelt die „Eile“, mit der der Wilsonsche Vorschlag fertiggestellt wurde. Wenn man sich erinnert, wie seit drei Jahren der Präsident der Vereinigten Staaten dieses Problem bearbeitet, wird man eben diesen Vorwurf befremdend finden. Andere Blätter dieser Richtung fordern Garantien und Sicherheiten für Frankreich. Wer einen gegebenen Zustand mißbraucht, fühlt sich freilich nie sicher genug.

Die Enttäuschung der linksstehenden französischen Presse kann vielleicht einige Aufmerksamkeit verdienen. Es ist nicht der Bund der Völker, schreibt der „Rappel“, sondern nur ein Bund von gewissen Völkern. Keine kühne Neuerung, sagt die „Humanité“, nur eine neue Auflage der Haager Konferenzen. Fast die gesamte schweizerische Presse verhält sich ablehnend. Daß zwei so verschiedenartige Zeitungen, wie das „Journal de Genève“ und die „Züricher Post“ einmütig von einer neuen „Heiligen Allianz“ gegen Deutschland reden und diese Entartung des Gedankens bedauern, hat wohl Bedeutung. Nach dem „Neuyork Herald“ hätte Wilson die Selbstverständlichkeit geäußert: Sobald alle neutralen Staaten in den Völkerbund eintreten, wird es keine Neutralen mehr geben. Beim Eintritt Amerikas in den Krieg hatte Wilson an sämtliche Neutrale die Zumutung gerichtet, seinem Beispiel zu folgen; nur Brasilien und China, als gefügige Schuldner, gehorchten dem Winke; auch einige mittel- und südamerikanische Republiken oder sie begnügten sich damit, die Beziehungen zu den Mittelmächten abzubrechen.

Hier liegt wohl der springende Punkt und wohl auch die Neuerung: nach § 16 sollen nicht nur die Mitglieder des Bundes mit einem widerspenstigen oder vertragsbrüchigen Staate jede Verbindung abbrechen, sondern jeder Zahlungs-, Handels- und Personenverkehr zwischen seinen Angehörigen und Bürgern anderer Staaten soll verhindert werden, seien letztere Mitglieder des Bundes oder nicht.

Das ist das direkte Eingreifen in das Recht der Neutralen, an einem Konflikt keinen Teil zu nehmen. Das setzt voraus, daß die Entscheidungen der Leitung oder der Mehrheit des Völkerbundes immer so geartet sein werden, daß kein Staat ihnen seine Zustimmung und Mitwirkung verweigern darf. Das setzt auch voraus, daß diese Leitung oder Mehrheit von den menschlichen Schwächen, Irrtümern und Leidenschaften in der Hauptsache befreit sein wird, daß sie sich unfehlbar erklärt, was in politischen Angelegenheiten die Päpste sich niemals angemaßt haben. Kann selbst die öffentliche Meinung des größten Teils der Welt nicht irren, sich beeinflussen lassen, besonders wenn sie nur einseitige Nachrichten bekommen kann? Der jetzige Papst hat sich ja am 6. Dezember 1915 beschwert, daß die Unmöglichkeit des mündlichen Vortrags der Botschafter der Mittelmächte ihn selbst in die Gefahr versetzt, gewisse Ereignisse einseitig zu beurteilen.

Daß vieles unbewußt oder nicht bedacht durch das Labyrinth der menschlichen Brust auch am hellen Tage wandelt, wird übrigens mancher zugeben wollen und sich hüten, selbst allen Urhebern der Nachrichtensperre während des Kriegs in Bausch und Bogen den guten Glauben abzusprechen, oder ihnen allen den Vorwurf der absichtlichen Irreführung der öffentlichen Meinung ihrer Völker zu machen. Die Folgen aber soll kein Psycholog übersehen. In den Ländern der Entente haben die meisten Leute während vier Jahren den Standpunkt der Mittelmächte aus eigenen Aeußerungen derselben oder ihrer Angehörigen nicht oder nur ganz verstümmelt vernehmen können. Die erste Sorge der Franzosen im besetzten Elsaß-Lothringen ist, noch zu verhüten, daß Zeitungen und Drucksachen aus dem übrigen Deutschland die „befreiten“ Einwohner erreichen. Das setzt wohl wenig Vertrauen voraus in die Beweiskraft der eigenen Ausführungen und Beteuerungen; die deutschen Druckschriften müssen wohl schrecklich überzeugend wirken, wenn man sie so ängstlich fernhält. Im Gegenteil ließ man in Deutschland während des Krieges, wie auch jetzt zu, daß englische, französische, italienische Blätter öffentlich feilgeboten wurden, ja, man braucht sie oft nicht zu kaufen: sie sind aufgeschlagen, sogar in den Staatsbahnhöfen, und die Titel in Riesenbuchstaben sagen den zahlreichen Deutschen, die eine fremde Sprache verstehen, wie die Ententepresse ihre Leser beeinflussen, ja hypnotisieren will. Vielleicht war dieser Unterschied in der Behandlung der gegnerischen Presse nicht ohne Folgen für die Stimmungen hinter der Front.

Wenn die öffentliche Meinung so gemacht wird, wie kann man sich wundern, daß der eigene Standpunkt als selbstverständlich und widerspruchslos angesehen wird? Die Staatsmänner, welche unabhängige oder kontradiktorische Nachrichten und Anschauungen gesperrt haben, stützen sich nachher auf die so gemachte Volksmeinung und auf den daraus entstandenen Volkswillen und sagen, übrigens nach altem Rezept, sie müssen sich der öffentlichen Meinung ihres Landes fügen. Und so entsteht in den meisten Ländern eine Stimmung, welche die communis opinio der Welt heißt, der consensus omnium, das Weltgewissen selbst. Begründet oder nicht.

Es kann überhaupt angenommen werden, daß manche Staatsmänner selbst von vornherein von der Gerechtigkeit ihrer Sache oder von der Notwendigkeit ihrer Haltung überzeugt sind und daß das Bedenkliche in den gebrauchten Mitteln, um ihre Ueberzeugung allgemein zu machen, ihnen kaum einleuchtet. Soll das aber die Unterlage bilden für den *Bund des Rechts*?

Die einzelnen Einwände, welche man gegen verschiedene Aeußerungen und Vorschläge Wilsons machen kann, haben weniger Bedeutung als der *Grundfehler*. *Eine unaufgeklärte Partei will das Gebäude allein aufrichten*. Weder die Gegenpartei, noch die Unbeteiligten, die Unparteiischen, die Neutralen, werden dabei gehört. Ja, man wiederholt ihnen, sie hätten eigentlich kein Recht, neutral zu sein, und sollten sich der Mehrheit fügen. Ob Mehrheit doch bisweilen der Unsinn ist, spielt keine Rolle. Ob der Bettler, der von den Brosamen des reichen Tisches des Vetters Jonathan leben muß, eine freie Stimme hat und eine Wahl, bleibt unberücksichtigt.

Die Hauptfrage bleibt, ob es sich *in dem Gebäude besser leben läßt, als draußen*. Der größte Vorteil liegt vielleicht in der erhöhten Möglichkeit, die öffentliche Meinung der anderen Völker aufzuklären.

Doch verdienen manche Einzelheiten des Wilsonschen Vorschlags eine nähere Beleuchtung, wobei nicht einmal vergessen sein darf, daß der Urheber des Entwurfs in seiner angelsächsischen Erziehung und in den entsprechenden Vorurteilen lebt und daß er also noch mehr als der Papst an dem Mangel direkter Information leiden kann. Der Unterschied ist, daß er nicht so gut wie der Papst die Gefahr und die Folgen sieht. Er meint, „Mißtrauen und Intrige" seien durch seine Vorschläge gebannt, und übersieht, daß eben ein jahrelanges Mißtrauen und Nichtsehenwollen oder -können, daß die großartigste Presseintrige der Geschichte die ehrlichsten Absichten durchkreuzen oder verwirren muß.

In einem folgenden Aufsatze werden einzelne Gedanken und Vorschläge Wilsons näher beleuchtet, namentlich was die Behandlung des Problems der Selbstbestimmungspflicht oder des entsprechenden Rechts der Völker, die Kolonialfragen, die Leitung des Bundes, das Durchzugsrecht und die Revision seiner Entscheidungen betrifft.

Revolution und Recht.

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß.

Manche Leute scheinen der Meinung zu sein, daß Revolutionen alles Recht aufheben, daß Revolution gleichbedeutend mit Rechtlosigkeit ist. Diese Meinung ist falsch. Wohl sind derartige Umwälzungen nicht nur politische und wirtschaftliche Krisen, sondern in gewissem Sinne auch *Rechtskrisen*. Denn sie enthalten und stellen das Problem der Wiederaufrichtung des zertrümmerten oder wenigstens vielfach durchlöcherten Gesetzes. Die *tatsächlichen Folgen* der jetzigen Revolution in Deutschland auf rechtlichem, gesetzmäßigem Gebiete sind allerdings erschütternd. Wenn die Staatsumwälzung auf sozial-wirtschaftlichem Boden immer mehr zu einer wüsten und brutal-egoistischen Lohnbewegung ausgeartet ist, so hat sie leider in weiten Kreisen der Bevölkerung und nicht bloß bei den „unteren Zehntausend" eine erschreckende Rechtsanarchie ausgelöst, in der jeglicher Unterschied von Mein und Dein, jegliche Achtung vor Privat- und Staatseigentum und öffentlichem Gemeinbesitz, jede Unterscheidung von Gesetz und Gesetzlosigkeit, von Recht und Unrecht, von Rechtstitel und Willkür, von Gesetzlichkeit und Gewalt, von rechtmäßiger Unterordnung und gewaltsamer Diktatur, von Gut und Böse geschwunden zu sein scheint. „Diebstahl ist erlaubt". „Erlaubt ist, was gefällt und was nützt"! „Privateigentum ist Diebstahl, deshalb weg damit!" „Alle Gesetze sind durch die Revolution abgeschafft!" „Es gilt das Recht des Stärkeren." Das sind die neuen Paragraphen der extremen „revolutionären Rechtsordnung."

Es ist eine von allen einsichtigen Juristen Deutschlands mit großer Besorgnis beobachtete Tatsache, daß die Revolution unserer Rechtsprechung schwere Gewissenskonflikte bereitet hat. So richteten vor kurzem namhafte deutsche Juristen an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin folgenden bezeichnenden Warnungsruf:

Das Vertrauen des deutschen Volkes zur Rechtssicherheit darf durch die eingetretene politische Umwälzung nicht erschüttert werden. Wir deutschen Juristen, die der Rechtspflege und Rechtslehre dienen, müssen fordern, daß über alle Erschütterungen der Gegenwart hinaus *das heilige Volksgut des Rechtes unverletzt* bleibt. Darum erheben wir aus Gewissenspflicht warnend die Stimme, daß nicht Gesetzgebung, Richtergewalt und Rechtseinheit willkürlichen Eingriffen irgendwelcher Art preisgegeben werden. Wir erkennen an, daß, wo immer *öffentlicher Notstand eine unaufschiebbare Aenderung des Rechts* im wohlverstandenen Interesse des Ganzen *erheischt*, auch einer nur tatsächlich bestehenden Staatsgewalt die Befugnis zum gesetzlichen Einschreiten nicht verwehrt werden kann. Wir bestreiten aber eine solche Berechtigung überall da, wo ohne *eine wirtschaftliche oder sonstige Notlage nur zur Sicherung parteipolitischer Ziele* die gegenwärtige Gesetzgebungsgewalt in Tätigkeit tritt und damit in die Rechte der zukünftigen deutschen Nationalversammlung oder der von ihr zu schaffenden ordentlichen Organe der Gesetzgebung übergreift.

Die sogenannte gesetzgebende Gewalt ruht sekundär nur beim Volk und seinen ordnungsmäßig bestellten Organen, primär bei Gott, als dem Urheber, Träger und Spender aller Gewalt. *Das öffentliche Notstandsrecht der Revolution* „im wohlverstandenen Interesse des Ganzen", das in obiger Erklärung „auch einer nur tatsächlich bestehenden Staatsgewalt" für „eine unaufschiebbare Aenderung des Rechtes" zugestanden wird, ist neuerdings in einer rechtskritischen Studie von Alfred Friters[1]) in lehrreicher Weise behandelt worden. Wenn Alfred Friters die Erklärung der Juristen für zu eng findet und nicht nur einen äußeren, sondern auch einen „inneren" Notstand „aus der Logik der Revolution" konstruiert, so können wir ihm nicht folgen, weil uns diese allzu weitherzige Auslegung den festen Boden zu verlassen scheint, auf dem doch schließlich jedes Recht und jede Gesetzmäßigkeit ruhen müssen. Die Grenzen, die Friters zieht, sind zu flüssig und dehnbar, als daß sie eine feste Rechtsnorm dauerhaft umschließen könnten.

Wir leben aber nicht nur in einer akuten, sondern auch in einer *chronischen Rechtskrisis*. Das „Dogma" von der Allmacht des Staates als des letzten Selbstzwecks hat die Majestät des Rechtes entthront. Der Staat war der Herr, das Recht sein Vasall. Wir müssen den Gedanken Professor Gierkes wieder zu Ehren bringen, daß *Recht und Staat zwei selbständige, einander ebenbürtige Lebensmächte* sind, und müssen diesen Gedanken mit der *christlichen Idee* verbinden, daß diese beiden Lebensmächte „von Gottes Gnaden" und deshalb ihrem Schöpfer und Erhalter verantwortlich sind. Dabei müssen wir in der zukünftigen Rechtspraxis von der strengen Bindung des Richters an den Wortlaut des Gesetzes abgehen und uns mehr in den aus der Entwicklung fließenden Wandel des Gesetzesinhaltes vertiefen.[2])

Hieraus ergeben sich für die konstituierende *Nationalversammlung* ernste und bedeutungsvolle Aufgaben. Sie hat die durch die Revolution geschaffene *Rechtsnot* zu beseitigen. Sie hat eine neue *Gesetzmäßigkeit* aufzurichten und dadurch die Wunden, die die Revolution der alten Rechtsordnung schlug, wieder zu heilen. Ein Rechts- und Verfassungsstaat ist mit allen Rechtssicherheiten und gesetzlichen Bürgschaften wiederherzustellen. Je lückenloser und vollkommener diese Rechtsgarantien für den einzelnen Bürger wie für die Gesamtheit sind, desto fester ist dieser Rechtsstaat begründet. Mit Friters gehen wir dahin einig, daß die neue Verfassung und Rechtsordnung nun aber nicht das Werk von Geheimräten und Geheimausschüssen werden darf, sondern daß über sie in voller *Oeffentlichkeit* und *unter voller Anteilnahme des Volkes* verhandelt werden muß, wie es sich für einen demokratisch geleiteten Volksstaat gebührt. Gierke schrieb einst, als das Bürgerliche Gesetzbuch von Gelehrten-

---

[1]) *Revolutionsgewalt und Notstandsrecht*. Rechtsstaatliches und Naturrechtliches. Nebst einigen Vorschlägen zu der neuen Verfassung. Berlin, Verlag von J. Guttentag.

[2]) „Frankfurter Zeitung" Nr. 139, I. Morgenblatt v. 21. Februar l. J. „Die Wiedergeburt des Rechtes."

kommissionen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit entworfen wurde: ein Gesetzbuch, das zum Volke sprechen wolle, müsse auch vom Volke erarbeitet sein; es sei keine Weihnachtsgabe, mit der man ein artiges Kind überrasche. Gerade heute ist die Popularisierung der neuen Verfassung und Gesetzgebung, welche die leider herrschende starke Rechtsunsicherheit endgültig beseitigen sollen, nicht nur ein Gebot der Staatsklugheit, sondern auch eine moralische Pflicht der gesetzgebenden Gewalten dem Volksganzen gegenüber. „Gegenwärtig ist", sagt Fritters, „das Recht, das in der Idee der Gerechtigkeit wurzelt, aus der allgemeinen Vorstellungswelt fast verschwunden; das aber ist keine Rechtsentwicklung, sondern Krankheitsbild." Es muß u. E. eine organisierte Aufklärung unseres Volkes in allen seinen Schichten über die Bedeutung, den Inhalt, die Beweggründe und Ziele des neuen Verfassungs- und Gesetzgebungswerkes durchgeführt werden. Das Volk, nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung, sollte wissen, warum Recht und Ordnung herrschen müssen und wie notwendig und nützlich die freiwillige Ein- und Unterordnung unter die gesetzmäßigen Autoritäten ist; welche Rechte es hat, welche Pflichten aber auch diesen Rechten gegenüberstehen. Das Volk muß wieder zum Glauben an die Rechtssicherheit im deutschen Vaterlande erzogen werden.

Die Macht hat nur dann Daseinsrecht und Lebenswert, wenn sie auf Recht beruht. Dieser Geist ist nicht nur für unsere Beziehungen im Innern, sondern ebensosehr auch für die internationalen Verhältnisse und Auseinandersetzungen von hoher Bedeutung. Wir brauchen den klaren, fest umrissenen, auf sittlich-geistigen Grundlagen ruhenden Rechtsgeist beim Aufbau Europas und der Welt. Justitia est fundamentum regnorum. Dieser altererprobte Satz gilt auch noch nach der Revolution, und da erst recht. Seine Verwirklichung ist das Palladium unserer nationalen Zukunft und die Grundlage für den aus einem Rechtsfrieden geborenen Bund der Völker.

Leuchten in der Stadt.

Der Tag entgraut: es schrillen die Betriebe,
Die Trambahn rast; dumpf wächst des Markts Geschiebe;
Viel Fuhren poltern; dürre Schlote qualmen,
Die Grossstadt brüllt mit tausend kreischen Psalmen
Ihr Missionslied von Arbeit und Genuss,
Von Schwelgerei, Entsagung und Verdruss.
Und über ihr in leicht bewegter Schwebe
Flirrt Staub gleich einem Riesenspinngewebe.

Da geht, von allem Hasten unbeachtet,
Ein stilles Leuchten, wenn die Dämmerung nachtet.
Es glänzt mild durchs Wutgeschrei der Menge,
Im Streit der Meinungen, im Volksgedränge,
Im Dunste irrt's verräucherter Lokale
Und um das Klingen silberner Pokale.
Es zittert durch die Zimmerflüchte Reicher,
Umflammt den Bettler auf dem wind'gen Speicher.

Und bebend zuckt's in vollbesetzten Sälen,
Wo eitle Schwätzer frevlen Tand erzählen.
Es strahlet in des Forschers fernen Stuben,
Dem Rätsel Furchen in die Stirne gruben.
Entlang an Fenstern huscht es und an Wänden,
Wenn gross und feierlich aus Künstlerhänden
Die Seele in das Bildnis fliesst. Es gleisst,
Wenn Dichter sagen, was uns Sehnsucht heisst.

Du heilig Leuchten, das du unerkannt
Die Stadt durchglühest: wie bist du genannt?
Du Licht, das keiner schaut, das allwo scheint?
Das hell hier funkelt, dort wie schmerzverweint?
Vom Wunderhaupt seh' ich dein Feuer gleiten
Im tiefen Strom der Menschen und der Zeiten,
Im steten Drang der Tage und der Stunden:
Du göttlich Licht vom Haupt voll Blut und Wunden . . . .

Heinz Göttl.

Kirchliche Organisationsfragen.

Von Kirchenrat Stadtpfarrer Schiller, Nürnberg.

„Getrennt marschieren, vereint schlagen" — dies war die Losung, welche schon vor langer Zeit angesichts der sich steigernden freidenkerischen oder anderer Angriffe auf das Christentum beiden Kirchen, der protestantischen und der katholischen, ans Herz gelegt worden war. Aber nicht viele kümmerten sich darum. Verständnislosigkeit und Abneigung verhinderten, sich näher zu treten. Dies ist heute anders geworden. Die gemeinsamen Gefahren, welchen beide Kirchen jetzt ausgesetzt sind, ändern von vornherein die Lage und weisen beide aufeinander an. Zwar hat es auch früher nicht an Versuchen gefehlt, Mißverständnisse zu beseitigen, Irrtümer auszuschalten und so ein besseres Verhältnis zwischen beiden Gruppen anzubahnen. Gelehrte wie Harnack, Kirchenobere wie Dryander und Bezzel, Zeitschriften wie „Die christliche Welt", Zeitungen wie die „Preußische Kreuzzeitung" haben auf protestantischer Seite ohne Voreingenommenheit Aufklärungen über katholisches Wesen gegeben, wenn sich Gelegenheit dazu bot. Aber es wollte niemals gelingen, weitere Kreise dafür zu interessieren und die frühere mangelhafte Kenntnis über katholische Lehranschauungen, Bräuche und Einrichtungen schien nicht weichen zu wollen.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Schwere Leidenstage liegen hinter uns. Niemand kann sagen, ob nicht noch heißere folgen. Einen Kreuzesgang sondergleichen muß das deutsche Volk gehen. Was in der langen Friedenszeit vergeblich erstrebt ward, ein gegenseitiges Sichverstehen und Sichergänzen der zwei kirchlichen Gemeinschaften, wechselseitige Schätzung und Achtung, welche bereits die Not des Krieges hervorgerufen hat, beginnt langsam sich durchzusetzen und immer weiter sich zu verbreiten und es ist nur zu wünschen, daß diese Bewegung bei allem Festhalten an der eigenen religiösen Ueberzeugung, an dem unterschiedlichen Bekenntnisstand sich immer mehr vertieft. Beide Gruppen würden davon Vorteil und Gewinn haben. Sind doch beide in der gleichen Not, stehen sie doch beide vor den gleichen Fragen: Wie überwinden wir am besten die unserer Kirche drohenden Gefahren, welchen Kurs haben wir einzuschlagen, wie haben wir das Steuer zu lenken, damit das Schiff Klippen und Sandbänke vermeidet und zuletzt glücklich ans Land kommt?

In vorbildlicher Entschiedenheit und Weisheit haben Bischöfe und protestantische Kirchenregierungen Stellung zu den neuesten Ereignissen genommen. In einer peinlicheren Lage als die katholische Kirche stehen die einzelnen protestantischen Landeskirchen, weil ihnen mit dem Sturz der Fürsten, ihrer summepiscopi (obersten Bischöfe), der Boden unter den Füßen weggezogen ist und ihre Konsistorien und Synoden damit in der Luft schweben. Darum tut gerade für sie Eile not und wir verstehen es, daß die Vorschläge, wie das neue Kirchensystem am besten einzurichten ist, wie Pilze aus der Erde wachsen. Rade wünscht für die „Freie Evangelische Volkskirche" Volkskirchenräte; in der neuen Kirche soll für konfessionelle, geschichtliche und völkische Mannigfaltigkeit weitester Spielraum sein. Horst Stephan in Marburg empfiehlt, daß der Religionsunterricht von einer Gesamtorganisation des deutschen Protestantismus getragen werde und daß die gesamte Vereinstätigkeit von einer Vereinigung der deutsch-protestantischen Kirchen zu übernehmen sei. v. d. Goltz verspricht sich das meiste von einem „Deutschen Kirchenbund" als Beratungsstelle für die Kirchenregierungen und von einer Zusammenfassung des deutschen evangelischen Kirchenvolkes. Zwei Professoren aus Münster werben für eine „Freie evangelische Volkskirche". Allein, so schön ihr Bekenntnis lautet, unter welchem sie die einzelnen Richtungen zusammenfassen wollen: „Jesus Christus der Herr", so sind es doch im letzten Grund die alten Allianz- und Unionsgedanken, welche hier wieder aufleben und mit denen wir nicht viel anfangen können. Am häufigsten hört man den Ausdruck „Deutsche evangelische Reichskirche"; aber abgesehen davon, daß die Landeseigenart auch in kirchlichen Dingen mitzusprechen hat, wäre eine Kirche, die als Kirche „positiv nichts Einheitliches zu sagen hat", von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Wenn endlich Kahl für eine deutsche Reichssynode warm eintritt, so läßt sich dagegen kaum etwas Stichhaltiges einwenden. Wird der Gedanke weiter verfolgt, so bestehen seit Jahren bereits segensreiche Einrichtungen als Vorbilder, wie die Eisenacher Kirchenkonferenz (seit 1854) und der Deutsch-evangelische Kirchenausschuß (1903). Solche Vereinigungen könnten die Grundlage bilden.

Was nun den kirchlichen **Neubau selbst** betrifft, welcher kommen wird, ob wir ihn wünschen oder nicht, und zu welchem sich beide Kirchen auf Grund der neuen Verhältnisse anschicken müssen, so hat es die katholische Kirche wesentlich leichter und müheloser als die protestantische. Zwar fällt auch in der katholischen Kirche in Zukunft voraussichtlich die bisherige staatliche Unterstützung weg; allein die zu erwartende mehrjährige Uebergangszeit (Moratorium) wird es ihr ermöglichen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie hier der notwendige Ausgleich zu schaffen sei und der Opferbegriff, der ihren Mitgliedern von alters her bis zum kleinsten Taglöhner bekannt ist, samt den Leistungen, welche fast ein jeder gerne und willig für seine Kirche darzubringen pflegt — dies alles wird jetzt der katholischen Kirche besonders zugute kommen. Unseres Wissens ist die Kartothek (das genaue Verzeichnis aller Gemeindeglieder) dort schon längst eingeführt, sie wird die idealen, seelsorgerlichen Zwecke mit den praktischen verbinden und die neue Arbeit ganz wesentlich unterstützen. Nur ein Neues wird auch in dieser Kirche nicht zu umgehen sein: eine stärkere **Heranziehung der Laienwelt** im Dienste der Kirche. Aber auch hierin hat die vielverzweigte Vereinstätigkeit seit langer Zeit schon gute Vorarbeit geleistet und es wird sich jetzt meist nur um eine Herübernahme, um eine Neubetätigung der alten Einrichtung in breiterem Rahmen handeln. Austritte aus der Kirchengemeinschaft infolge größerer Steuerlasten werden kaum zu befürchten sein. Ist doch auch die Austrittsbewegung kurz vor dem Kriege an der katholischen Kirche fast spurlos vorübergegangen. Nachdem das starke Gefüge und die festgehaltene Tradition der katholischen Kirche in Verbindung mit dem hierarchischen System alle Gefahren, welche jemals der Kirche drohten, siegreich überwinden ließen, wird auch die neu auftauchende Wolke vorüberziehen, ohne nennenswerten Schaden anzurichten.

Das gleiche hoffen wir ja auch für die Neueinrichtung, welche die protestantischen Landeskirchen auf sich zu nehmen haben, nur mit dem Unterschied, daß sie es dabei viel mühevoller haben. Schon die Aufbringung der finanziellen Mittel wird gewissen Schwierigkeiten begegnen. Die Rentämter stehen künftig nicht mehr zur Verfügung. Aber das Selbstbesteuerungsrecht, das der Kirche zugestanden werden muß, wird einen Ersatz dafür zu finden wissen. Ob nicht aber die stärkere finanzielle Inanspruchnahme ihrer Mitglieder so manche, namentlich in größeren Städten, veranlassen wird, ihrer Kirche den Rücken zu kehren, läßt sich heute gar nicht sagen. Wir werden gut tun, diese Gefahr recht genau im Auge zu behalten. Als Vorbeugung wird ein möglichst starkes **Heranziehen der Laien für kirchliche Betätigung** gelten dürfen. Werden diesen größere Rechte übertragen, so werden sie auch gewillt sein, größere Pflichten zu erfüllen. Während nun aber in der katholischen Kirche das hierarchische System eine Veränderung nicht erfahren wird, wird die protestantische Landeskirche, welche als eine Art Staatskirche in den staatlichen Zusammenbruch mit hineingerissen worden ist, bei ihrem Neubau ein ganz anderes Verfahren als bisher einzuschlagen haben. Die demokratische Welle, welche an dem Mauerwerk der katholischen Kirche sich brechen wird, hat heute schon die Dämme der protestantischen Kirche durchbrochen. Dies bedeutet noch keinen Untergang. Vielmehr gilt es, die heranströmende Flut in die richtigen Kanäle zu leiten und das Strombett zu verbreitern. Waren wir seit Jahrhunderten gewohnt, daß die Kirchenleitung die ganze Direktion mit allen ihren Verzweigungen allein in die Hand nahm, so wird wohl künftig die Entwicklung der kirchlichen Organisation umgekehrt sein, nicht mehr von oben nach unten, sondern **von unten nach oben.** Man spricht bereits von Presbyterial- und ähnlichen Verfassungen. Setzt das neue System ein, so steht den Gemeinden das Recht zu, ihre Geistlichen sich selbst zu wählen. Die Pfarrer ihrerseits haben dann zu bestimmen, wer die Würde des Dekans erhalten soll. Die Dekane haben wiederum in Verbindung mit dem Presbyterium den Landesbischof und dessen geistliche und weltliche Räte zu wählen. So fremd uns, namentlich die Aelteren, dies alles auch anmuten mag, so wird der Neubau sich nicht bloß glatt vollziehen, sondern auch gegenüber früherem bureaukratischem Wesen mancherlei Vorteile mit sich bringen.

Der Ortsverband der evangelischen Vereine in Nürnberg hat bereits im Dezember folgende acht Sätze aufgestellt: 1. Es wird volle Freiheit der Religionsübung gewährleistet. 2. Es ist der evangelischen Kirche für die Neuordnung ihrer Verhältnisse eine Uebergangszeit von einer Reihe von Jahren zu bewilligen, während derer der Staat die bisher der Kirche geleisteten Beiträge als Pauschalbetrag der Kirchenleitung zuwendet. 3. Der evangelischen Kirche wird Freiheit der Schule und den Kirchengliedern Befreiung von doppelten Schulabgaben gewährt. 4. Zur Erteilung eines planmäßigen Religionsunterrichts sind der Kirche ausreichend Zeit und genügend Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. 5. Es ist der evangelischen Kirche das Recht der Selbstbesteuerung und Selbstverwaltung zu gewähren. 6. Der Unterhalt der theologischen Fakultät obliegt auch fernerhin dem Staate. 7. Pfarr- und Kirchenvermögen bleibt unangetastet. 8. Der Staat hat die ihm aus besonderen rechtlichen Verpflichtungen obliegenden Leistungen auch ferner der Kirche zu gewähren bzw. abzulösen.

Laible, der Redakteur der „Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung", hat unlängst in dem Vorwort der Januarnummer treffliche Winke gegeben, welche Pfarrer und Priester gleicherweise beachten dürfen. Jeder Seelsorger erinnere von der Kanzel aus, um was es sich handelt und dann besuche er alle seine Gemeindeglieder ohne Unterschied des Standes. Allüberall stelle er vor und frage an: Wollt ihr denn nicht auch weiterhin noch euere Kirche? Sollen noch euere Glocken zum Sonntag läuten? Sollen euere Kinder noch getauft und konfirmiert (gefirmt) werden? Soll noch Abendmahl bei euch gehalten werden? Und all dies trage man kurz, schlagend, volkstümlich vor, daß auch der einfache Mann es versteht. Bei größeren Gemeinden nehme man Helfer und Helferinnen zur Hilfe. Auf diese Weise gewinnt man nicht bloß ein Kirchenvolk, über welches auch die Machthaber nicht mit einem Federstrich hinweggehen können; denn es werden Massen sein, mit denen schon zu rechnen ist.

Die Hauptsache dabei muß freilich der Geist aus der Höhe wirken, ohne welchen kein religiöses Werk auf Erden etwas ausrichten kann. Wir brauchen des Geistes Kraft heute mehr als je. Sturmvögel mit heiserem Gekreische kreisen über unseren Häuptern. Auch die Mutigsten überkommt zuweilen Bangen und Grausen. Die deutsche Revolution hat die Totenglocken geläutet nicht bloß für Schales, Morsches, Faules, nein, auch für viel Schönes und Erhabenes. Sorgen wir dafür, daß nicht auch unsere Kirchen in den allgemeinen Weltstrudel hineingezogen werden. Noch steht der Herr der Kirche auf der Wacht. Wir hoffen von seiner Gnade, daß die Zeit des Gerichtes zum Besten seiner Kirche ausschlage.

Vorschläge für die Ergänzung der Offiziere des neuen deutschen Heeres.

Von Generalleutnant z. D. Frhrn. von **Steinaecker**, Boppard.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar ist an der Arbeit, dem neuen Deutschen Reich ein neues Heer zu schaffen. Die Reichswehr ist nur ein Notbehelf, das hat die Regierung selbst ausgesprochen. Jene Arbeit ist, wie jeder neue Tag es dem blödesten Auge mehr klar macht, die dringendste Aufgabe, die in Weimar zu lösen ist. Sie ist aber die allerschwierigste, zumal angesichts des Trümmerfeldes, das auf dem Gebiete der Landesverteidigung die Revolution des 9. November des Unglücksjahres 1918 geschaffen hat. In dem aufzurichtenden Neubau unseres Heeres sind nun die **Offiziere** das wichtigste Element, sie sind die Stützen, das Gerippe des ganzen Baues, daher ist für sie das beste Material gerade gut genug. Ihre Ergänzung geschah in den untergegangenen dynastischen Heeren auf Grund einer Vorschrift, die jetzt darauf zu prüfen wäre, ob sie in den neuen Verhältnissen noch brauchbar, was in ihr verbesserungsbedürftig, was für die Zukunft abzulehnen wäre.

Die Offiziere des stehenden Heeres (von den Offizieren des Beurlaubtenstandes sehe ich hier zunächst ab) ergänzten sich auf verschiedene Weise. Erstens durch Uebertritt von Zöglingen der **Kadettenkorps** in Preußen, Bayern und Sachsen. Auf die Einzelheiten gehe ich hier nicht ein. Im besonderen spreche ich hier von der Einrichtung in Preußen. Wenn man das Kadettenkorps seinem Wesen und Wert nach kennzeichnen will, so tut man ihm kein Unrecht, wenn man sagt, als **Erziehungsanstalt** stand es über dem Durchschnitt, als **Bildungsanstalt** aber unter demselben. Woher kam das? Es kam daher, daß die Wissenschaften im ganzen Lehrplan und in der Bewertung durch die Leitung der Anstalt vor der Ertüchtigung der körperlichen Fähigkeiten ganz unverhältnismäßig in den Hintergrund gedrückt

wurden, an zweiter Stelle rangierten. So wurde der erreichte Grad körperlicher Fertigkeiten durchgängig der Beurteilung des Kadetten über Gebühr zugrunde gelegt. Ich habe gerade als Regimentskommandeur recht häufig Gelegenheit gehabt, mich hiervon zu überzeugen. Wie die Lehrer, so allemal die Schüler! Es war bei den jungen aus dem Kadettenkorps überwiesenen Leuten in den seltensten Fällen eine Freude, ein wirkliches Interesse an den nicht militärischen Unterrichtszweigen geweckt worden, die allgemeine Bildung war verkümmert, der Religionsunterricht, die katholischen Zöglinge nicht ausgeschlossen, war äußerst unzureichend, auch ging, ich kann mir nicht helfen, ein protestantischer Hauch durch das ganze Wesen des Unterrichts, wie das die Art, wie Geschichte vorgetragen wurde, bewies.

Die ganze Ausbildung und Erziehung krankte ferner daran, daß die Zöglinge ausschließlich nur für den einen, den Soldatenberuf vorgebildet, auf ihn geradezu gedrillt wurden, auf ihn als das einzige „standesgemäße Ziel" hingewiesen wurden. Und doch, wie mancher arme Junge hätte gern einen anderen Beruf ergriffen, wenn mit den Jahren der Ueberblick kam. Wie kam denn die Mehrzahl der Jungen ins Korps? Ursprünglich nur zur Aufnahme der Söhne des armen Adels sowie gefallener Offiziere bestimmt, wurde es im Laufe der Jahre Zuflucht für die Söhne der Offiziere, die die Mittel nicht hatten, ihre Söhne eine andere Laufbahn ergreifen zu lassen oder hochmütig auf andere Stände herabsahen, sie als nicht für einen adeligen Offizierssohn passend ansahen. Viele Familien taten auch, da häufige Versetzungen einen ebenso häufigen Garnisons- und damit Anstaltswechsel für ihre Söhne mit sich brachten, wodurch den Knaben das Mitkommen in den Wissenschaften natürlich sehr erschwert wurde, deshalb diese ins Korps, noch andere aber — Minderreiche — fanden es leider sehr bequem, die Jungen vielleicht schon mit 10 Jahren ins Korps abzuschieben — der Junge wird doch Soldat! So wurde das Korps mit der Zeit immer mehr den Zwecken, die sein Stifter mit seiner Begründung verbunden hatte, entzogen.

Das Korps wurde auch besonders durch das Vorwiegen der militärischen Personen im Lehrer- und Erzieherkollegium eine Schule des Kastengeistes, dieses Geistes, der soviel dazu beigetragen hat, den jungen Leutnant zu einer lächerlichen Person, zur stehenden Figur und Karikatur in den Witzblättern zu machen und der Armee allgemein zu schaden. Jeder andere Stand als der des Offiziers wurde, man könnte sagen anerzogener Maßen, über die Achsel angesehen, besonders der „Koofmich" war ein Gegenstand des Abscheues für den Jünger des Mars, man suchte schon im Aeußern, in Benehmen und Tracht sich als etwas besonderes aufzuspielen. Militärisch dagegen — das muß auch hervorgehoben werden — waren die aus dem Kadettenkorps in die Regimenter kommenden jungen Leute sofort sehr gut, besser wie die jungen Leute zu gebrauchen, die einen anderen Bildungsgang gehabt hatten, was diese aber unschwer bald einholten. Ich fasse daher mein Urteil dahin zusammen, da das Kadettenkorps eine Pflanzstätte des Kastengeistes war, auch viele junge Leute, die keinen Beruf zum Soldaten hatten, auf diesem Wege, gewissermaßen ohne gefragt zu sein, in die Armee kamen und sich dort nicht am richtigen Ort fühlten, so bin ich für Abschaffung der Kadettenkorps als militärische Bildungsanstalten. Man wandle sie einfach um in Knabenerziehungsanstalten für Söhne gefallener oder gestorbener mittelloser Offiziere. Die Berufswahl hat dann später nach den Fähigkeiten und den verfügbaren Mitteln zu erfolgen.

Wir kommen zur zweiten Kategorie des Nachersatzes. Es sind junge Leute, die als „Freiwillige mit Aussicht auf Beförderung", früher Avantageure, jetzt Fahnenjunker genannt, nach Annahme durch den Regimentskommandeur in den Truppenteil aufgenommen wurden. Sie müssen das Fähnrichs- oder das Abiturientenexamen bestanden haben. Erstere haben die notwendige Reife zu der vor der Obermilitärprüfungskommission in Berlin abzulegenden Fähnrichsprüfung entweder auf einer öffentlichen Bildungsanstalt oder auf einer Militärvorbereitungsanstalt, vulgo „Presse" genannt, erworben. Abiturienten brauchen die Fähnrichsprüfung nicht mehr abzulegen. Letztere sind unbedingt der beste Ersatz, sie haben schon die Reife, die bei der Berufswahl nötig ist, sie bringen eine jeder anderen überlegene allgemeine Bildung mit, sie wissen vor allem, daß mit der Ablegung der Abiturientenprüfung das Lernen, das Sichweiterbilden noch lange keinen Abschluß gefunden, erst begonnen hat, sie haben einen weiteren Gesichtskreis wie Kadetten und „Pressiers", sind reifer und den an sie herantretenden Versuchungen widerstandsfähiger. Die „Pressiers" bilden den am wenigsten guten und daher auch am wenigsten begehrten Nachwuchs. Ihre allgemeine Bildung ist meist sehr lückenhaft, oberflächlich, vielfach rekrutieren sie sich aus Jünglingen, die auf der Schule nicht gut taten, oder auch nicht mitkonnten, oft aus Mangel an Begabung. Sie erpreßten dann oft den hartgeprüften Vätern den von Friedrich dem Großen schon gebrandmarkten Ausdruck, „meinen Sohn lasse ich Offizier werden, zu etwas anderem ist er zu dumm". Da die „Pressen" zumeist in großen Städten sich aufgetan haben, so sind viele ihrer Besucher schon den Verführungen der Großstadt erlegen, wenn sie in die Armee kommen und verderben dann sehr oft junge Kameraden, die bis dahin unter elterlicher Obhut und Vorsorge gestanden hatten. Auch diese jungen Leute zeichnen sich durch einen lächerlichen Hochmut vielfach aus. Dafür aber bewahren sie in den Nachweisungen der um die Ecke gegangenen oder wegen Unfähigkeit ausgeschiedenen jungen Leute hartnäckig die erste Stelle. Also meine ich, muß für die Offizierlaufbahn das Abiturientenexamen gefordert werden, genau wie für alle anderen höheren Berufe; damit wird auch die soziale Stellung der Offiziere auf sicheren Boden gestellt.

Es muß nach wie vor alleiniges Recht des Regimentskommandeurs sein und bleiben, junge Leute als Fahnenjunker anzunehmen. Ein Mann muß die Verantwortung dafür vor dem Gesetz tragen, daß nur geeignete junge Leute in die Armee als angehende Offiziere aufgenommen werden. Das kann aber nur der Regimentskommandeur sein. Wer sollte ihm auch diese Aufgabe abnehmen können? Ja, höre ich da, dann werden wir also wieder die Erfahrung machen, daß es Regimenter gibt, deren Offiziere sich nur aus Adeligen ergänzen, und das werden Brutherde der Reaktion! Das verneine ich, wenn die Personalabteilung des Kriegsministeriums (das frühere Militärkabinett) auf dem Posten in der Beziehung ist. Wie kamen denn eigentlich die rein adeligen Offizierkorps zustande, die, das wissen viele außerhalb der Armee vielleicht nicht, gerade in weitesten Kreisen der Armee selbst durchaus nicht gern gesehen waren?

Den meisten Zulauf hatten immer die Regimenter, die in guten Garnisonen standen. Die beste war zweifellos Berlin, wo die Garderegimenter standen. Zu diesen war ein solcher Zudrang von adeligen Anwärtern, daß deren Kommandeure gar nicht auf andere Avantageure zurück zu greifen brauchten, um ihren Etat voll zu machen. Daß ein Kommandeur, wenn er die Auswahl bei sonst gleichen Vorbedingungen hat, natürlich die Söhne oder Verwandten von Offizieren bevorzugt, die früher schon im Regiment gedient haben, ist klar und ihm kein Vorwurf daraus zu machen. Es ist erinnerlich, daß auch im Reichstag bei manchen Gelegenheiten über diese rein adeligen Offizierkorps gesprochen und der sehr berechtigten Empfindung Ausdruck gegeben wurde, daß sich in der Armee dadurch eine Mißstimmung, der Gedanke, daß es zwei verschiedene, auch verschieden behandelte Sorten von Offizierkorps gebe, ausbilde. Es wurde damit die Aufforderung an das Militärkabinett verbunden, doch bürgerliche Offiziere hineinzuversetzen. Das geschah denn auch endlich dem Drängen des Reichstags gegenüber und zu seiner Beruhigung, das heißt aber nur in sehr bescheidenem Umfange, jedes „exklusive" Regiment bekam einen Bürgerlichen oder deren auch zwei, die unter dem Namen „Konzessionsschulzen" in der Armee bekannt waren und sich nicht immer in dem neuen Verband wohlgefühlt haben sollen. Es wurde von maßgebender Stelle dabei darauf hingewiesen, daß, wenn man zuviel Leute aus den Garderegimentern — sie kamen zumeist in Frage — herausversetze, um für Bürgerliche Platz zu machen, der Andrang zu diesen Truppenteilen überhaupt nachlassen werde und damit eine Menge junger Leute der Armee verloren ginge. Was in der Armee am meisten verstimmte, und mit Recht, war der Umstand, daß vielfach, wenn ein junger Herr mit den drei Buchstaben in einem der bevorzugten Regimenter etwas ausgefressen hatte, was sein Verbleiben in der Armee unmöglich zu machen schien, der Betreffende schleunigst in irgend ein „unadeliges" Regiment versetzt wurde. Wurde er dann dennoch „gegangen", dann war der Fall wenigstens in der Oeffentlichkeit nicht auf das Konto des adligen Truppenteils zu setzen. Ich folgere daher, wenn die Personalabteilung rücksichtslos durch Versetzungen eingreift, ist die Bildung rein adliger Offizierkorps unmöglich. Mögen sich dann manche junge Leute vom Militärdienst dadurch abschrecken lassen, so schadet dies um so weniger, als ja doch unser Heer gewaltig unter allen Umständen verringert werden wird.

Was die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Offiziere betrifft, um dies kurz zu erwähnen, so muß auch auf

diese besonders geachtet werden. Es darf keinen Regimentskommandeur mehr geben, der zu hohe Anforderungen an die Privatmittel der Familie der Aspiranten stellt, bloß um den Zustrom junger Leute zu verringern; es muß dem Luxus mehr wie bisher entgegengetreten werden. Er zeigte sich gerade in den letzten Jahren hauptsächlich darin, daß jeder, auch der unbemittelste Offizier darnach strebte, sich sehr prunkvoll einzurichten und sich womöglich ein Pferd zu halten, das Zufußgehen wurde immer unbeliebter; das erzeugte dann Neid bei den einfacher lebenden Kameraden und verführte manchen zu Ausgaben, die ihn allmählich in Schulden stürzten. Das arme Preußen, das sich durchgehungert hat, war die festeste Stütze gegen jeden Feind, das reiche Preußen-Deutschland ist vermorscht zusammengebrochen.

Vom Werden der amerikanischen Verfassung.

Von Philipp Kester, München.

Im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung ist dieser Tage von einem Vertreter der Mehrheitssozialisten darauf hingewiesen worden, daß es Amerikas Wunsch sei, unsere Verfassung möge sich der amerikanischen möglichst nahe anpassen. Der Hinweis forderte eine ironische Entgegnung heraus. Es wäre — fand man — unter diesem Gesichtspunkt am besten, die Ausarbeitung der deutschen Reichsverfassung einfach dem amerikanischen Kongreß zu überlassen.

Woher der Ratgeber der Sozialdemokratie seine Informationen bezogen hat, bleibe dahingestellt und ist auch gleichgültig. Daß der Wunsch, Deutschland möge sich in seinem Verfassungswerk vom amerikanischen Vorbild leiten lassen, irgendwie in der amerikanischen Presse oder sonst inoffiziell zum Ausdruck gekommen ist, darf aber als wahrscheinlich angenommen werden, denn kein Volk ist mehr von der Vortrefflichkeit seiner staatlichen Einrichtungen überzeugt, als es heute das Volk der Vereinigten Staaten ist. Haben doch auch die südamerikanischen Republiken nach ihrer Losreißung von Spanien die amerikanische Verfassung fast sklavisch nachgeahmt, und man darf annehmen, daß der Amerikaner in gutem Glauben an seine Weltbeglückermission handelt, wenn er auch dem deutschen Volk diesen Weg zu seiner dauernden Gesundung empfiehlt.

Niemand in Deutschland wird ernstlich an die Nachahmung der amerikanischen oder irgendeiner anderen fremdstaatlichen Verfassung denken, aber man wird gern zugeben, daß eine Staatsverfassung wie die amerikanische, die sich seit nunmehr 132 Jahren in fast unveränderter Form erhalten und selbst einen blutigen Bürgerkrieg von 4 Jahren überdauert hat, im wesentlichen die Probleme einer neuen Staatsgründung doch richtig gelöst haben muß. Man übersieht bei uns vielfach den bundesstaatlichen Charakter des großen amerikanischen Staatswesens, und die Schwierigkeiten, die sich der Formulierung der amerikanischen Verfassung entgegenstellten, waren in der Hauptsache dieselben, wie sie jetzt in Weimar zutage treten: galt es doch auch damals, die kulturelle Eigenart und die wirtschaftlichen Interessen schon bestehender Staatsgebilde mit den notwendigen Forderungen einer gemeinsamen Bundesregierung in Einklang zu bringen.

Nicht immer war das amerikanische Volk in seiner Gesamtheit so sehr von der Vortrefflichkeit seiner Verfassung durchdrungen wie heute, und es wäre verfehlt, anzunehmen, daß diese Verfassung — das Werk der denkwürdigen Konvention von Philadelphia im Jahre 1787 — auch sofort nach ihrer Bekanntgabe von sämtlichen Staaten anerkannt und als bindend hingenommen worden wäre. Schon bei den Beratungen in Philadelphia, die vier Monate währten, war es zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, oft auch zu heftigen Zusammenstößen gekommen und es war kein Leichtes gewesen, die Delegierten schließlich auf einen Entwurf zu einigen, der allseits zu befriedigen schien. Aber heftige Kämpfe spannen sich zum Teil noch an die Ratifizierung der Verfassung durch die Einzelstaaten. Im Staate Neuyork zum Beispiel, der seine einträgliche Rolle als Zolleinnehmer der Neuen Welt auf dem Spiele sah, zog sich ein erbitterter Kampf um die Annahme der Verfassung fast ein Jahr lang hin. Nordkarolina beugte sich der Verfassung erst im November 1789, Rhode Island, der kleinste aller amerikanischen Staaten und als solcher am meisten auf die Wahrung seiner Selbständigkeit bedacht, erst im Mai 1790. Die Bundesregierung mit George Washington als erstem Präsidenten war unterdessen (März 1789) schon in Funktion getreten.

Die Anfänge dieses Staatswesens, dem ein so märchenhaftes Wachstum und eine so ungeahnte Zukunft beschieden sein sollte, bieten manche Vergleichspunkte mit Deutschlands Not in der gegenwärtigen Stunde. Freilich, die Rolle des Siegers war damals den amerikanischen Revolutionären zugefallen, aber alles in allem war die Lage der Sieger eine verzweifelte. Ein siebenjähriger Krieg im eigenen Lande hatte große Werte zerstört, den Handel lahmgelegt und die Bewirtschaftung des Bodens gehemmt, hatte die Geldmittel der Staaten erschöpft, die Sitten verwildert und jeden Rest von Ordnung hinweggefegt. Die 13 Kolonialstaaten, die nach jener denkwürdigen Unabhängigkeitserklärung des 4. Juli 1776 in den Kampf gegen das Mutterland eingetreten waren, hatten sich in den sogenannten „Konföderationsartikeln" eine Art provisorischer Verfassung gegeben, die — unter dem Druck der gemeinsamen Not entstanden — das Schicksal des Bundes in die Hand eines gemeinsamen Kongresses legte. Es war ein lose gefügter Bund unabhängiger und sich „souverän" dünkender Staaten, von gegenseitiger Eifersucht erfüllt, ohne gemeinsames Oberhaupt, vertreten durch Delegierte in einem Kongreß, der keinerlei gesetzgeberische Gewalt hatte, der weder Steuern noch Zölle zu erheben, noch sonst in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten einzugreifen befugt war. Dagegen hatte man diesen Kongreß großmütig mit der Entscheidung über Krieg und Frieden, mit dem Unterhalt des Heeres, mit dem Recht der Münzprägung betraut — in Wirklichkeit ganz illusorische Vollmachten, denn der Bund als solcher hatte keinerlei Einkunftsquelle und konnte nicht einmal den Sold der Truppen bezahlen, die für die gemeinsame Sache kämpften und ihr Blut vergossen. Das Ausland — Frankreich namentlich, auch Holland und Spanien — kam mit Geldmitteln zu Hilfe, was noch fehlte, wurde durch Schuldverschreibungen im Inland aufgetrieben. Zur Deckung der Zinsen wurden wieder neue Anleihen aufgenommen und so wuchs allmählich eine große nationale Schuld heran, der ein nationales Einkommen nicht gegenüberstand. Im Heer gab es wegen des rückständigen Soldes (selbst an Kleidung und Verpflegung mangelte es für die Truppen) Unzufriedenheit und Meuterei; mehr als einmal standen die amerikanischen Streitkräfte vor der völligen Auflösung und nur Washingtons persönlichem Einfluß war es zu danken, daß das Heer nicht auseinanderfiel. Große militärische Erfolge hatte es auf keiner der beiden Seiten gegeben. Französische Hilfe unter Lafayette und Rochambeau rettete schließlich die Lage für die Amerikaner. Die Früchte dieses Sieges aber drohten durch selbstsüchtige Ziele der Einzelstaaten, durch den Mangel einer gemeinsamen Regierung, durch Geldnot und zunehmende Anarchie verloren zu gehen. Die nationale Schuld war am Ende des Krieges auf 45 Millionen Dollars angewachsen. Das Bargeld war ins Ausland gewandert, allenthalben fehlte es an Zahlungsmitteln und ein Staat nach dem andern griff in dieser Not zum „bewährten" Mittel: zur unbeschränkten Ausgabe von Papiergeld.

Es ist schwer zu sagen, wohin das amerikanische Staatsschiff getrieben wäre, hätten nicht einsichtsvolle Männer dauernd die Notwendigkeit eines strafferen Zusammenschlusses gepredigt, denn ein Staatswesen von so lockerer Fügung konnte — ganz abgesehen von den unhaltbaren inneren Zuständen — auch dem Ausland keine Achtung abringen. So kam nach einer Vorberatung in Annapolis, 4 Jahre nach dem Pariser Frieden, die Verfassunggebende Versammlung in Philadelphia zustande, auf der sämtliche Staaten mit Ausnahme des eigenbrötlerischen Rhode Island vertreten waren. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die einzelnen Staaten — in der Kolonialzeit nebeneinander und unabhängig voneinander entstanden — immerhin schon eine gewisse geschichtliche Ueberlieferung besaßen und auf diese Ueberlieferung stolz waren, daß sich unter dem milden englischen Kolonialregime eine starke Selbständigkeit und ein starkes Selbstgefühl herausgebildet hatte, daß die Staaten überdies auf wirtschaftlich ganz verschiedenen Grundlagen aufgebaut und daher von ganz verschiedenen Interessen beherrscht waren. Im Süden saß eine Bevölkerung von Pflanzern, vielfach Großgrundbesitzern und Sklavenhaltern, auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse (Tabak und Baumwolle) angewiesen und naturgemäß freihändlerisch gesinnt, der Norden war teilweise schon auf dem Weg zur industriellen Entwicklung, hatte hier wie auch im ländlichen Kleinbetrieb die Sklavenarbeit als unzweckmäßig



verworfen und bekannte sich notwendigerweise zum Schutzzoll. Zwei Kernfragen, die das öffentliche Leben noch von Grund aus aufrühren sollten, schlummerten bereits im Werden des neuen Staatswesens: die [illegible]

[illegible] Verfassung den Einzelstaaten in ihrer inneren Einrichtung den weitesten Spielraum, wobei nur als Bedingung gilt, daß die Staatsform republikanisch ist.

Die Beratungen in Philadelphia waren geheim. Dokumente aus Sitzungen, erst viel später veröffentlicht, geben einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte der Verfassung und in die Entwürfe, aus denen die Verfassung in ihrer endgültigen Form hervorgegangen ist. Der zentralistische Gedanke wurde am radikalsten von Alexander Hamilton verfochten, [illegible]

n Freund und Berater, der später auch
sung in Neuyork ausgefochten hat. Ein
ann, Soldat, Rechtsgelehrter und be-
änzend als Redner wie als politischer
nzsekretär in Washingtons Kabinett, wo
ttellose und verschuldete Staatswesen
rf Hamilton fraglos als die genialste Er-
nittes betrachtet werden. Der von ihm
ntwurf sah u. a. einen Präsidenten der
Lebenszeit vor, desgleichen sollten die
r Amt auf Lebensdauer bekleiden. Die
aaten sollten von der Bundesregierung
Legislaturen ihrer Staaten gegenüber
haben. Dies waren allerdings Forde-
ßtgefühl und dem ohnehin starken Miß-
von vornherein zum Scheitern ver-

von verschiedenen Staaten eingebracht,
ptsache zwischen dem Einkammer- und
en abwechselnd die Wahl des Präsidenten
h den Kongreß und unterschieden sich
e, auf welcher Basis die Volksvertretung
ob gleichmäßig für alle Staaten oder
Bevölkerungszahl. Vom Mai bis Sep-
eratungen hin, und oft schien es, als
heit der Meinungen das Beginnen zer-
schließlich eine Einigung zustande auf
Namen des Staates Connecticut trug:
enhaus und einen Senat vor, im
ohne Unterschied der Größe und Be-
Abgeordnetenhaus proportional der
ten sein. Der Präsident sollte —
lieder beider Häuser — auf die Dauer
ilt werden. In der endgültigen For-
g wurde dann die Amtsdauer des
hre beschränkt, seine Wahl sollte nicht
en durch das Volk und zwar mittelbar
n. Dieses System, das bei der Präsi-
taat eine seiner Volksvertretung ent-
hlmännern (Elektoralstimmen) vorsah,
se den nationalen mit dem föderativen
s wahltechnischen Gründen bis heute
lange Dauer, die zur Ratifizierung der
Einzelstaaten nötig war, beweist zur
en Gefühlen die Verfassung in manchen
rde, aber sie war — das erkannte man
einzige Rettung vor dem drohenden
ms, Amerikas sechster Präsident, sagte
nur die „zermalmende Notwendigkeit
erfassung einem widerstrebenden Volke

g, wie schon angedeutet, in der Haupt-
die Einzelstaaten ungern auf Rechte
ouveräne Staaten bisher für sich be-
atten. Hierher gehörten vor allem die
erschöpflichen Arten der indirekten Be-
rafttreten der Verfassung ohne weiteres
übergingen (die Erhebung direkter
Einzelstaaten ausdrücklich vorbehalten),
ranken gegenüber den Nachbarstaaten,
ließung von Verträgen und Handels-
meine Bewegungsfreiheit, in der sich
gehemmt sahen. Die Beschränkung
keit war zweifellos fühlbar, und die
gkeit noch weiter beschnitten zu werden,
deren Anlaß und rein theoretisch —
„Rechte der Einzelstaaten" entstehen.
immer nur um die einzige Frage: Ist

der Einzelstaat noch souverän oder ist er es nicht mehr? Ist er noch souverän, so ist er auch nicht bedingungslos den Akten der Bundesgewalten unterworfen und nicht verpflichtet, Gesetzen, die seine Existenz gefährden, Folge zu leisten. Kein geringerer als Thomas Jefferson hatte schon den Gedanken geäußert, daß die Staaten selbst als Richter darüber zu entscheiden hätten, ob in dem einen oder andern Fall die Bundesregierung ihre Vollmachten über-



diese besonders geachtet werden. Es darf keinen Regimentskommandeur mehr geben, der zu hohe Anforderungen an die Privatmittel der Familie der Aspiranten stellt, bloß um den Zustrom junger Leute zu verringern; es muß dem Luxus mehr wie bisher entgegengetreten werden. Er zeigte sich gerade in den letzten Jahren hauptsächlich darin, daß jeder, auch der unbemittelste Offizier darnach strebte, sich sehr prunkvoll einzurichten und sich womöglich ein Pferd zu halten, das Zufußgehen wurde immer unbeliebter; das erzeugte dann Neid bei den einfacher lebenden Kameraden und verführte manchen zu Ausgaben, die ihn allmählich in Schulden stürzten. Das a durchgehungert hat, war die festeste das reiche Preußen-Deutschland gebrochen.

Staaten und als solcher am meisten auf die Wahrung seiner Selbständigkeit bedacht, erst im Mai 1790. Die Bundesregierung mit George Washington als erstem Präsidenten war unterdessen (März 1789) schon in Funktion getreten.

Die Anfänge dieses Staatswesens, dem ein so märchenhaftes Wachstum und eine so ungeahnte Zukunft beschieden sein sollte, bieten manche Vergleichspunkte mit Deutschlands La in der gegenwärtigen Stunde. Freilich, die Rolle des Siegers war damals den amerikanischen Revolutionären zugefallen, aber alles in allem war die Lage der Sieger eine verzweifelte. E

Vom Werden der amerikan

Von Philipp Kester,

Im Verfassungsausschuß der Weimar dieser Tage von einem Vertreter darauf hingewiesen worden, daß es A Verfassung möge sich der amerikanisch Der Hinweis forderte eine ironische wäre — fand man — unter diesem G Ausarbeitung der deutschen Reichsverf kanischen Kongreß zu überlassen.

Woher der Ratgeber der Soz mationen bezogen hat, bleibe dahing gültig. Daß der Wunsch, Deutschlan fassungswerk vom amerikanischen Vorb in der amerikanischen Presse oder son gekommen ist, darf aber als wahrschei denn kein Volk ist mehr von der Vorz Einrichtungen überzeugt, als es heute Staaten ist. Haben doch auch die sü nach ihrer Losreißung von Spanien d fast sklavisch nachgeahmt, und man Amerikaner in gutem Glauben an handelt, wenn er auch dem deutschen dauernden Gesundung empfiehlt.

Niemand in Deutschland wird e der amerikanischen oder irgendeiner Verfassung denken, aber man wird Staatsverfassung wie die amerikani 132 Jahren in fast unveränderter For blutigen Bürgerkrieg von 4 Jahren lichen die Probleme einer neuen St gelöst haben muß. Man übersieht bei staatlichen Charakter des gro wesens, und die Schwierigkeiten, die amerikanischen Verfassung entgegenst sache dieselben, wie sie jetzt in Wei doch auch damals, die kulturelle schaftlichen Interessen schon gebilde mit den notwendige gemeinsamen Bundesregier bringen.

Nicht immer war das amerikan heit so sehr von der Vortrefflichkei drungen wie heute, und es wäre verf Verfassung — das Werk der denk Philadelphia im Jahre 1787 — auch gabe von sämtlichen Staaten anerka genommen worden wäre. Schon bei delphia, die vier Monate währten, Meinungsverschiedenheiten, oft auch gekommen und es war kein Leichte schließlich auf einen Entwurf zu e friedigen schien. Aber heftige Käm noch an die Ratifizierung der Verfass Im Staate Neuyork zum Beispiel, als Zolleinnehmer der Neuen Welt ein erbitterter Kampf um die Annah Jahr lang hin. Nordkarolina beugt November 1789, Rhode Island, der

Buchdruckerei Geb. Sonntag, München, Rumfordstraße.

verworfen und bekannte sich notwendigerweise zum Schutzzoll. Zwei Kernfragen, die das öffentliche Leben noch von Grund aus aufrühren sollten, schlummerten bereits im Werden des neuen Staatswesens: die Sklavenfrage und der Streit um den Zolltarif. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd, wie er seltsamerweise in fast allen Staatsgebilden der Welt zutage tritt (man hat den Potomac, den Grenzfluß zwischen Maryland und Virginia, die amerikanische Mainlinie genannt), trennte die Union von Anbeginn an in zwei verschiedenartige Interessensphären, wobei außer den wirtschaftlichen Gegensätzen noch solche religiöser und kultureller Art mitsprachen. Die einzelnen Staaten wiederum benutzten jede Gelegenheit, ihre Souveränität zu betonen, bestanden zäh auf ihren Eigenrechten und brachten dem Versuch, eine starke Bundesregierung zu schaffen, äußerste Unlust und das größte Mißtrauen entgegen. Unitarismus oder Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat, — das war auch damals die große Frage, die die Gemüter bewegte und die auf der Verfassunggebenden Versammlung ihrer Lösung harrte. Von Anfang an standen sich denn auch in den „Föderalisten" (nach amerikanischem Sprachgebrauch die Verfechter der Einheitsidee) und den „Anti-Föderalisten" zwei politisch scharf getrennte Parteien gegenüber, die Vorgänger der beiden großen Parteien, die heute das politische Leben der Vereinigten Staaten beherrschen. Alexander Hamilton auf der einen, Thomas Jefferson auf der anderen Seite waren ihre geistigen Führer. Aus der Partei der „Anti-Föderalisten" ist in unmittelbarer Folge die heutige demokratische Partei hervorgegangen; die „Föderalisten", die bald von der politischen Bühne wieder verschwanden, erlebten ihre Wiedergeburt ein Vierteljahrhundert später in den „Whigs" und diese wiederum können in ihren politischen Grundsätzen als die Vorläufer der heutigen republikanischen Partei betrachtet werden. In der Tat drehen sich die ganzen innerpolitischen Kämpfe der folgenden 80 Jahre — was immer auch die besondere Veranlassung sein mochte (die Sklavenfrage nicht ausgenommen, denn das humanitäre Moment, das schließlich so sehr betont wurde, hatte anfangs nur eine geringe Rolle gespielt) — im Grunde immer nur um die Rechte der Einzelstaaten, wobei der Süden mit seinen Sonderinteressen immer mehr in Opposition zu den Bundesgewalten trat. Die Kompetenzen der Bundesregierung waren zwar in der Verfassung mit peinlicher Genauigkeit festgelegt, aber die feindselige Haltung des Nordens gegen das Institut der Sklaverei veranlaßte den Süden (der in der Sklaverei eine Lebensfrage erblickte), seine Auffassung von den Souveränitätsrechten der Einzelstaaten immer wieder hervorzukehren und jeden Eingriff der Bundesgewalten in innerstaatliche Einrichtungen von der Hand zu weisen. So zog sich der Streit um die Souveränität der Einzelstaaten 8 Jahrzehnte hin. Erst mit dem Ende des Bürgerkrieges kann die Entwicklung der Vereinigten Staaten vom Staatenbund zum Bundesstaat als abgeschlossen gelten.

Im rechten Licht betrachtet kam der Einheitsgedanke zweifelsfrei schon im Wortlaut der Verfassung zum Ausdruck, denn die Verfassung spricht im Namen des „Volkes der Vereinigten Staaten" und an keiner Stelle im Namen der Einzelstaaten. „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, erlassen und errichten diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Zweck, eine vollkommenere Verbindung zu bilden, Recht einzusetzen, die innere Ruhe zu sichern, Maßregeln für die gemeinsame Verteidigung zu treffen, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und den Segen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu sichern." Also hebt das denkwürdige Dokument an, das — ein bezeichnendes Beispiel für die politische Erziehung des Volkes — in jeder amerikanischen Geschichtsfibel zu finden ist. Immerhin hielt sich — und das verdient hervorgehoben zu werden — der Einheitsgedanke in den Grenzen einer weisen Mäßigung. Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist — nach den Worten eines amerikanischen Geschichtsschreibers — mehr als ein reiner Vertrag zwischen selbständigen Mächten und weniger als die Verfassung eines ungeteilten Staatswesens, sie muß vielmehr als ein Ganzes betrachtet werden mit den verschiedenen Verfassungen der Einzelstaaten, die die meisten ihrer Souveränitätsrechte an die gemeinsame Bundesregierung abgegeben haben. Tatsächlich läßt auch die Verfassung den Einzelstaaten in ihrer inneren Einrichtung den weitesten Spielraum, wobei nur als Bedingung gilt, daß die Staatsform republikanisch ist.

Die Beratungen in Philadelphia waren geheim. Dokumente aus Sitzungen, erst viel später veröffentlicht, geben einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte der Verfassung und in die Entwürfe, aus denen die Verfassung in ihrer endgültigen Form hervorgegangen ist. Der zentralistische Gedanke wurde am radikalsten von Alexander Hamilton verfochten, Washingtons vertrautestem Freund und Berater, der später auch den Kampf für die Verfassung in Neuyork ausgefochten hat. Ein weitblickender Geschäftsmann, Soldat, Rechtsgelehrter und begehrter Anwalt, gleich glänzend als Redner wie als politischer Schriftsteller, später Finanzsekretär in Washingtons Kabinett, wo es ihm gelang, das mittellose und verschuldete Staatswesen finanziell aufzurichten, darf Hamilton fraglos als die genialste Erscheinung dieses Zeitabschnittes betrachtet werden. Der von ihm eingebrachte Verfassungsentwurf sah u. a. einen Präsidenten der Vereinigten Staaten auf Lebenszeit vor, desgleichen sollten die Mitglieder des Senats ihr Amt auf Lebensdauer bekleiden. Die Gouverneure der Einzelstaaten sollten von der Bundesregierung ernannt werden und den Legislaturen ihrer Staaten gegenüber ein unbedingtes Vetorecht haben. Dies waren allerdings Forderungen, die bei dem Selbstgefühl und dem ohnehin starken Mißtrauen der Einzelstaaten von vornherein zum Scheitern verurteilt waren.

Weitere Entwürfe, von verschiedenen Staaten eingebracht, bewegten sich in der Hauptsache zwischen dem Einkammer- und Zweikammersystem, forderten abwechselnd die Wahl des Präsidenten durch das Volk oder durch den Kongreß und unterschieden sich wesentlich auch in der Frage, auf welcher Basis die Volksvertretung aufgebaut werden sollte, ob gleichmäßig für alle Staaten oder unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl. Vom Mai bis September zogen sich die Beratungen hin, und oft schien es, als müßte an der Verschiedenheit der Meinungen das Beginnen zerschellen. Trotzdem kam schließlich eine Einigung zustande auf einen Entwurf, der den Namen des Staates Connecticut trug: er sah ein Abgeordnetenhaus und einen Senat vor, im Senat sollte jeder Staat ohne Unterschied der Größe und Bevölkerung gleichmäßig, im Abgeordnetenhaus proportional der Bevölkerungsziffer vertreten sein. Der Präsident sollte — und zwar durch die Mitglieder beider Häuser — auf die Dauer von sieben Jahren gewählt werden. In der endgültigen Formulierung der Verfassung wurde dann die Amtsdauer des Präsidenten auf vier Jahre beschränkt, seine Wahl sollte nicht durch den Kongreß, sondern durch das Volk und zwar mittelbar durch Wahlmänner erfolgen. Dieses System, das bei der Präsidentenwahl für jeden Staat eine seiner Volksvertretung entsprechende Zahl von Wahlmännern (Elektoralstimmen) vorsah, verband in geschickter Weise den nationalen mit dem förderativen Gedanken und ist auch aus wahltechnischen Gründen bis heute beibehalten worden. Die lange Dauer, die zur Ratifizierung der Verfassung durch die 13 Einzelstaaten nötig war, beweist zur Genüge, mit welch gemischten Gefühlen die Verfassung in manchen Staaten aufgenommen wurde, aber sie war — das erkannte man schließlich überall — die einzige Rettung vor dem drohenden Zerfall. John Quincy Adams, Amerikas sechster Präsident, sagte 50 Jahre später einmal, nur die „zermalmende Notwendigkeit sei es gewesen, die die Verfassung einem widerstrebenden Volke abgerungen habe".

Das Widerstreben lag, wie schon angedeutet, in der Hauptsache darin begründet, daß die Einzelstaaten ungern auf Rechte verzichteten, die sie als souveräne Staaten bisher für sich beansprucht und ausgeübt hatten. Hierher gehörten vor allem die verschiedenen und fast unerschöpflichen Arten der indirekten Besteuerung, die mit dem Inkrafttreten der Verfassung ohne weiteres auf die Bundesregierung übergingen (die Erhebung direkter Steuern jedoch blieb den Einzelstaaten ausdrücklich vorbehalten), die Errichtung von Zollschranken gegenüber den Nachbarstaaten, die Freiheit in der Abschließung von Verträgen und Handelsabkommen, kurz die allgemeine Bewegungsfreiheit, in der sich die Einzelstaaten plötzlich gehemmt sahen. Die Beschränkung der früheren Selbständigkeit war zweifellos fühlbar, und die Furcht, in dieser Selbständigkeit noch weiter beschnitten zu werden, ließ — zuerst ohne besonderen Anlaß und rein theoretisch — die Erörterung über die „Rechte der Einzelstaaten" entstehen. Im Grunde handelte es sich immer nur um die einzige Frage: Ist der Einzelstaat noch souverän oder ist er es nicht mehr? Ist er noch souverän, so ist er auch nicht bedingungslos den Akten der Bundesgewalten unterworfen und nicht verpflichtet, Gesetzen, die seine Existenz gefährden, Folge zu leisten. Kein geringerer als Thomas Jefferson hatte schon den Gedanken geäußert, daß die Staaten selbst als Richter darüber zu entscheiden hätten, ob in dem einen oder andern Fall die Bundesregierung ihre Vollmachten über-

schritte. Daraus ergab sich ganz logisch die Folgerung, daß Bundesgesetze von den Einzelstaaten „nullifiziert", also für nichtig erklärt werden könnten, sofern ein Gesetz über die dem Kongreß verfassungsgemäß erteilten Vollmachten hinausgehe. Am wärmsten nahmen sich dieser Auslegung natürlich die Südstaaten an und in John Calhoun aus Süd-Karolina fanden sie einen zähen Verfechter ihrer Souveränitätsrechte. Ueber ein Menschenalter im öffentlichen Leben stehend, hat Calhoun die Nullifikationstheorie bis zur letzten Konsequenz ausgebaut und verkündet. „Die Vereinigten Staaten sind nicht eine Vereinigung des Volkes, sondern eine Liga oder ein Vertrag zwischen souveränen Staaten, von denen jeder einzelne für den Fall eines Vertragsbruches richterliche Befugnis besitzt und somit auch das Recht, ein Gesetz für null und nichtig zu erklären, wenn es den Bedingungen dieses Vertrages zuwiderläuft." Diese Theorien, für die sich übrigens auch in den Nordstaaten Anhänger fanden, mußten letzten Endes die Autorität der Bundesgesetzgebung untergraben und zum Zerfall der Union führen. Die 11 Staaten, die sich im Februar 1861 von der Union lossagten und sich zu den „Konföderierten Staaten von Amerika" zusammenschlossen, handelten nur in Uebereinstimmung mit dem Calhounschen Gedanken und waren zweifellos von ihrem Recht durchdrungen. Der Bundesregierung freilich, die sich mit ebensogutem Recht auf die Verfassung stützen konnte, mußten die abtrünnigen Staaten, nachdem einmal das erste Blut geflossen war, als „Rebellen" gelten. Anfänglich hatte im Norden kein Mensch an einen kriegerischen Austrag des Zwistes gedacht, man wollte die abtrünnigen Schwesterstaaten einfach ziehen lassen, und der Gedanke, Gewalt anzuwenden, war allgemein, vom Volk wie von der Presse, zuerst zurückgewiesen worden. Lincoln traf einen Entschluß von vielleicht weltgeschichtlicher Bedeutung, als er den Norden zu den Waffen rief. Er erkannte, daß es sich hier für die Union um Größeres als um den Verlust einiger Gebietsteile, daß es sich um die nationale Zukunft des Volkes handle. Wäre statt Lincoln ein Schwächerer, ein Zögernder an der Spitze der Nation gestanden, so würde die Karte des nordamerikanischen Festlandes heute wahrscheinlich einen ganz anderen Anblick darbieten, und jenseits des Ozeans wäre kaum die Weltmacht erstanden, die heute ein entscheidendes Wort in den Geschicken der Völker spricht.

Elternausschüsse zum Schutze der religiösen Erziehung.

Von Dr. Timmen, Eutin (Holstein).

Sie alle haben ihr Anrecht in den letzten Wochen an der Jugend geltend gemacht, Staat, Lehrerschaft und auch die Schüler selbst. Der Staat hat die Jugend für sich beansprucht, seit den Tagen der Revolution sucht er durch Erlasse zu regeln, ob und in welcher Form der religiöse Unterricht weitergeführt werden soll; auch die Lehrerschaft will ihr Recht auf die Jugend, sie will entscheiden, ob und in welche höheren Schulen die Einheitsschüler aufsteigen sollen, und endlich auch die Schüler haben Schülerräte gebildet, um ihre Rechte gegen Staat und Lehrerschaft und auch — gegen die Eltern zu schützen.

Und doch sind und bleiben die Eltern die ersten, welche die ältesten Rechtsbriefe auf die Kinder besitzen. Lange sind sie ruhig geblieben, als die Freunde der Einheitsschule mehr und mehr von den Seelen der Kinder verlangten; erst die bekannten Religionserlasse der Revolutionsregierungen haben nunmehr auch die Eltern kraftvoll auf den Plan gerufen, damit sie ihre Kinder für sich selber reklamierten.

Köln war der Ausgangspunkt dieser neuen machtvollen Betonung der Elternrechte für den religiösen Unterricht der Kinder, und allüberall in katholischen Landen taten sich die Eltern zum gemeinsamen Proteste zusammen, daß sie die Konfessionsschule, das Schulgebet, die konfessionell religiöse Erziehung der Kinder behalten wollten.

Köln gab der Bewegung zuerst feste Formen, da man dort die Anstaltsausschüsse zu einem Zentralausschuß erweiterte. Die Aufgaben beider Ausschüsse sind:

A) Zentralausschuß. 1. Er hat die Aufgabe, die Gründung von Elternausschüssen zum Schutze des Religionsunterrichtes an allen höheren Lehranstalten der Stadt in die Wege zu leiten. 2. Er ist das Bindeglied dieser Anstaltsausschüsse und deren Vertretung, soweit allgemeine Ziele für den Schutz des Religionsunterrichtes in Betracht kommen. 3. Er besteht aus 17 Mitgliedern. Ausscheidende Mitglieder werden in öffentlichen Versammlungen oder von seiten des Zentralausschusses ersetzt. 4. Er beruft nach Bedarf die Eltern der katholischen Schüler und Schülerinnen von den höheren Lehranstalten der ganzen Stadt zu größeren Versammlungen, erläßt in deren Namen Aufrufe und macht die gegebenenfalls notwendig werdenden Eingaben an die Behörden. Auch zieht er in den Kreis seiner Erwägung die Bekämpfung öffentlicher Gefahren für die Sittlichkeit der Schüler und Schülerinnen.

B) Der Anstalts-Elternausschuß. 1. Er besteht aus den katholischen Religionslehrern der katholischen Schüler und Schülerinnen der Anstalt und deren Eltern. Der Direktor und die katholischen Mitglieder des Lehrerkollegiums, soweit sie nicht zu den Eltern gehören, sind Ehrengäste seiner Versammlungen. 2. Er wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Vorstand von neun Mitgliedern. 3. In allen den Religionsunterricht und das religiös-sittliche Leben der Schüler betreffenden Fragen tritt er als Schutz und beratende Stütze dem Religionslehrer zur Seite und beruft zu dem Zwecke die Eltern der katholischen Schüler und Schülerinnen der Anstalt zur gemeinsamen Beratung („Köln. Volksztg." Nr. 10 v. 4. Jan. 19).

Diese Leitsätze rufen zunächst nur zur Bildung von Elternausschüssen an den Gymnasien und Lyzeen auf, die bekannten Kulturerlasse der neuen Regierungen greifen aber auch ebenso tief oder noch tiefer in das religiöse Leben der Volksschulen und der Vorschulen ein, in denen die Grundlagen für Religion, Gebet und religiöse Uebung gelegt werden, und deshalb müssen sich auch die Eltern der Kinder dieser Schulen gegen die Vergewaltigung ihrer Elternrechte wehren. Auch die Eltern unserer Volksschüler müssen sich zu Elternausschüssen zusammenschließen und mit den Ausschüssen der mittleren Schulen zusammenwirken.

Um ihren Forderungen aber mehr Stoßkraft zu verleihen, müssen die einzelnen Ausschüsse in Stadt und Land — auch auf dem Lande müssen die Eltern ihre Stimmen erheben — miteinander verbunden werden, sie müssen sich zu einem mächtigen Verbande zusammentun, um geschlossen dazustehen, wenn man wirklich Ernst machen wollte mit der Trennung von Staat und Schule. Der erste Ansturm ist zwar abgeschlagen, aber der Versuch wird sicherlich wiederholt werden, vielleicht mit klügeren Mitteln, aber unfehlbar zu demselben Zwecke.

Wir dürfen den Einfluß der organisierten Elternschaft, die Konfessionsschule und den konfessionellen Religionsunterricht der Schule zu erhalten, nicht unterschätzen. Schon vor drei Jahrzehnten hat einmal der Sturm der „öffentlichen Meinung" ein Schulgesetz weggefegt.

Im Jahre 1892 legte der preußische Kultusminister Graf Zedlitz dem Landtage ein Schulgesetz vor, das die Konfessionalität der Volksschule festlegte und der Kirche auch verschiedene Rechte auf die religiöse Erziehung einräumte. Wie Müller in seinem Büchlein „Die liberale Schulpolitik in Preußen und unsere Aufgaben" (Volksverein M.-Gladbach) ausführt, legte der Entwurf im wesentlichen gesetzlich nur fest, was auf dem Volksschulgebiet in Preußen damals tatsächlich rechtens war, und doch entfesselte er im Lande eine Agitation von ungeahnter Heftigkeit, deren treibende Kraft der damalige Ministerpräsident Graf Caprivi in dem ihm böse angekreideten Worte zeichnete: „Es handelt sich in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern es handelt sich um Christentum oder Atheismus."

„Dieser Kampf wurde damals leider nicht ausgefochten. Trotzdem für den Graf Zedlitzschen Entwurf im Abgeordnetenhaus eine große Mehrheit bereitstand, teilten Graf Zedlitz und sein Entwurf kaum nach Jahresfrist das Schicksal des Ministers von Goßler. Ein neuer Ministerpräsident, Graf Eulenburg, erklärte, daß die Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung verzichte mit Rücksicht auf die scharfen Gegensätze, die im Abgeordnetenhaus wie im Lande hervorgetreten seien und sich unvermittelt gegenüberständen. Offenbar befürchtete man, daß durch gesetzliche Festlegung der im Mittelpunkt des Streites stehenden Bestimmungen die unvermittelten Gegensätze verschärft und dauernd festgelegt würden, und das glaubte man aus verschiedenen Rücksichten der Staatsweisheit vermeiden zu müssen." (Aus der Rede Dr. Porschs auf der Katholikenversammlung in Essen 1906).

Eine große machtvolle Organisation, die alle deutschen Stämme umfaßt — die Einheitsschule verlangt ja auch die Reichsschule —, muß alle Eltern aufnehmen, die auf dem Boden der Konfessionsschule und des konfessionellen Religionsunterrichtes stehen; auf katholischer Seite brauchen wir dazu keine neue Organisation zu schaffen, wir haben sie bereits in der Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung. Ihre Ortsgruppen brauchen nur die Eltern zusammenzurufen, und sofort ist die Reihe geschlossen, und zwar nicht getrennt nach mittleren und niederen Schulen, sondern allgemein vereint zum Schutze der religiösen Erziehung ihrer Kinder. Die Vereinigung hat bislang noch nicht überall die Verbreitung gefunden, die sie verdient. Nach dem Sturme der letzten Wochen müssen wir sagen, daß eine Ortsgruppe sich in jeder Gemeinde gründet. Nur Zahlen beweisen augenblicklich — und Proteste, die dartun, daß man sich nicht willenlos den Anordnungen der neuen Gewalthaber fügt. —

Die Elternausschüsse haben auch die wichtige Aufgabe, die Verbindung zwischen Elternhaus und Schule näher zu knüpfen. Schon immer hat man sich in den letzten Jahren um diese Einigung bemüht, aber diese ging doch mehr von der Lehrerschaft, als von der Elternschaft aus. Jetzt aber müssen die Eltern zu den Lehrern kommen und ihnen sagen, in welchem Sinne und in

welchem Geiste sie ihre Kinder erzogen haben wollen. Die Kinder sind nicht wegen der Lehrer da, sondern die Lehrer wegen der Kinder. Die berühmten Schülerräte sollten die Lehrer in Fragen des Unterrichts und der Erziehung beraten, die Vertreter der Kinder sind die Eltern. Elternräte sind die besten Schülerräte.

Ueberhaupt gibt es so viele Interessen, welche die Eltern an dem Wirken der Schule haben. An Elternabenden können Lehrer und Eltern, Geistliche und Laien, Aerzte und Juristen diese verschiedenen Seiten des Schullebens, des Unterrichts und der Erziehung besprechen. Welche nahe Anregung und Belehrung bieten z. B. folgende Themen: Wert und Bedeutung der religiösen Erziehung, Verbindung zwischen der Grundschule und der Mittelschule, Elternrecht und Lehrerrecht, Neuzeitliche Aufgaben des Schulwesens.

So sind Elternausschüsse nicht nur zeitgemäß zum Schutze der konfessionellen Erziehung, sondern auch zur Förderung des gesamten Schulwesens. Möge deshalb auch allseits das segensreiche Wirken der Düsseldorfer Schulorganisation verstanden, gefördert und bis in die letzte Pfarrgemeinde verpflanzt werden.

Vom Büchertisch.

M. Marnek: Zwischen Tal und Firn. Erzählung aus dem Hochlande. Essen/Ruhr, Fredebeul & Koenen. Eine gediegene, tüchtige Volkserzählung, von nicht zu hohen Ansprüchen, aber von trefflicher Wertbarkeit. Frisch und überzeugend vorgetragen, gut aufgebaut, durchsichtig, aber fesselnd, und zwar von Anfang bis Ende. Nur selten unterläuft mal seitens des Autors eine „Reflexion", die nicht organisch in die kernig bewegte Handlung eingewebt wäre. Diese spielt in bayerischer Gebirgsbevölkerung und zeigt ihre Gestalten als von Fleisch und Blut, voll lebendigen Lebens. Gesunde, unaufdringliche, also gut ausgelöste Tendenzrichtung. In der Verfasserin dürfte ein „Mehr" zu künstlerischer Gestaltung stecken. Das Buch gehört zweifellos in viele Familien- und alle Volksbüchereien. E. M. Hamann.

Knecht Dr. August: Grundriß des Eherechts. Bearbeitet auf Grund des Codex iuris canonici. 8° VII u. 207 S. Herder, Freiburg 1918. Preis kart. ℳ 3.40. Die vorliegende kurzgefaßte Darstellung des Eherechts des neuen kirchlichen Gesetzbuches soll ein vorläufiger Ersatz für die noch ausstehende Neubearbeitung des Schnitzerschen Eherechtes sein, die ebenfalls durch Professor Knecht erfolgen wird. Der Grundriß soll sowohl der kirchlichen Verwaltung und Rechtspflege wie Hochschullehrzwecken dienen. Die Darstellung ist bei aller Kürze übersichtlich und vollständig. In der Gliederung des Stoffes geht der Verfasser zum Teil eigene Wege, die nicht immer ganz glücklich erscheinen. Gerade bei einer Darstellung des Eherechtes ist ein Anschluß an die Gliederung des Kodex am leichtesten möglich und aus praktischen Gründen am meisten zu empfehlen. Für Lehrzwecke wäre eine etwas ausführlichere Berücksichtigung der Rechtsgeschichte erwünscht gewesen. Das Buch wird namentlich dem Seelsorgsklerus sehr willkommen sein und wertvolle Dienste leisten. Dr. A. Scharnagl.

Monismus und Pädagogik von Friedr. Klimke S. J. 2. Aufl. 8° 228 S. Verlag Natur und Kultur, Dr. Frz. Jos. Völler, München. 1918. 4.20 ℳ. Die Aufsätze, die bei ihrem ersten Erscheinen im VII. und VIII. Jahrgang des Donauwörther „Pharus" schon außerordentlich viel Beachtung fanden, sind nun mit wertvollen Ergänzungen und in einheitlicher Durcharbeitung als leicht zugängliches Buch erschienen. In dem großen Weltanschauungsringen, in dem besonders auch die Pädagogik steht, ist dem Werk weiteste Verbreitung zu wünschen. Nicht nur Lehrer und Lehrerinnen, Geistliche, überhaupt Berufserzieher, gehören zu seinen Interessenten. Es wäre zu wünschen, daß auch gebildete Laien darnach greifen, um sich darin über die schwebenden Erziehungsfragen zu orientieren, daß namentlich auch Parlamentarier und andere Führer des öffentlichen Lebens an ihm nicht ohne Beachtung vorübergehen, um ihre politische Stellungnahme in wichtigen Schul- und Erziehungsfragen daran zu orientieren. In den zu erwartenden Schulkämpfen wird das Buch besonders verdienstvoll sein. Franz Weigl.

Robert Saitschick: Franziskus von Assisi. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 8° 79 S. geb. ℳ 2.50. Eine selten tiefe und schöne Würdigung des großen Heiligen durch einen Nichtkatholiken von — wie man bald sieht — unmittelbarer Kraft und Zartheit der Empfänglichkeit. Kein eigentliches Lebensbild, sondern die Widerspiegelung einer Persönlichkeit, die sich in genialer Erkenntnis und freier Willenshingabe an das in ihr lebendig gewordene göttliche Gebot zu unvergleichlicher Einheitlichkeit und Macht vorbildlicher Einwirkung entwickelte. Saitschicks Darstellung hat einen Zauber, der das Buch für viele zum Erlebnis machen kann. Und was uns Katholiken besonders freuen muß: der Verfasser ist der katholischen Wahrheit wiederholt überraschend nahe gekommen. Ueberraschend? Besser sollte es heißen: auf dem Wege logischer Schlußfolgerung. — Die 2. Auflage des vornehm ausgestatteten Bändchens ist bereits erschienen; voraussichtlich dürfte das Interesse des Leserkreises damit noch lange nicht erschöpft sein. E. M. Hamann.

Gebhard Fugels Stuttgarter Kreuzweg.

Für die St. Elisabethkirche in Stuttgart hat der Altmeister christlicher Malerei, Prof. Gebhard Fugel, soeben einen hl. Kreuzweg vollendet, der in dem Schaffen des Künstlers als eine seiner bedeutendsten und bewunderungswürdigsten Leistungen dasteht. Die in der Größe von 1,10 : 0,90 m ausgeführten Bilder besitzen eine Kraft der äußeren Wirkung, die das Auge unwiderstehlich gefangen nimmt und zweifellos den Eindruck des Kirchenraumes aufs erheblichste und günstigste beeinflussen wird. Die äußere Wirkung stammt von der Kraft und Wucht der Farben, die, zu prächtigen und durch interessante Gegensätze belebten Harmonien vereinigt, bei allem feurigen Leben voll edler Ruhe sind. Sie kommt auch von der Schlichtheit der aufs Unentbehrlichste vereinfachten Kompositionen. Die Auffassung unterscheidet sich grundsätzlich von jener beim Fugelschen Kreuzwege in der St. Josephskirche in München. Was dort ausführlich, mit Aufgebot vieler Figuren, mit naturalistischer Schilderung ethnologischer und archäologischer Einzelheiten vorgeführt wurde, das wird bei dem Stuttgarter Werke unter fast völligem Verzicht auf jene Dinge und mit allereinfachster Behandlung insbesondere der landschaftlichen Elemente nur angedeutet. So kommt das Wichtigere, das seelische Moment, um so klarer zu seinem Rechte. Meisterlich wie immer ist die Zeichnung, die insbesondere in kühnen Verkürzungen Außerordentliches leistet. Beispiele letzterer Art bietet u. a. die Szene des ersten Falles unter dem Kreuze, vor allem auch die Kreuzanheftung mit dem schräg über den Boden, die Füße dem Hintergrunde zugewandt, daliegenden Körper Christi. Die Körperzeichnung, auch bei den bekleideten Figuren, ist überhaupt von größter Sicherheit und Schönheit. Die Vorgänge sind überaus lebendig bei aller Vereinfachung und ohne in Naturalismus zu verfallen (nur wenige Einzelheiten, wie z. B. das herabfließende oder in den hohlen Händen Jesu sich sammelnde Blut bilden Ausnahmen). Wir glauben das alles selbst mitzuerleben, den Zug an uns vorüberschreiten zu sehen. Alle Szenen bewegen sich in gleicher Richtung (von links nach rechts), die Hauptpersonen sind von Antlitz und Kleidung stets die gleichen, während die Nebenpersonen (zuschauende Juden u. dgl.) absichtlich wechseln, wie ja auch der Schauplatz in Wirklichkeit sich beständig ändert. Die Charakterisierung Jesu, seiner Mutter, des Johannes, der Magdalena ist tief und ergreifend, voll wahrer Empfindung, frei von jeglicher Sentimentalität. Die naturalistische Schule, aus der Fugel hervorgegangen ist, übt auch bei dem reifen Meister ihre Wirkung noch immer; in sein ganzes Wesen, dessen deutscher Aufrichtigkeit sie entspricht, übergegangen, hat sie ihn befähigt, sich von dem Schematismus moderner hieratischer Auffassungen freizuhalten, während die fortschreitende Abklärung seiner künstlerischen und geistigen Entwicklung gleichzeitig ein Aufsteigen zu immer höherer Feierlichkeit bewirkt. Es ist erfreulich, daß auch der Stuttgarter Kreuzweg Fugels durch eine farbige Herausgabe Eigentum weitester Oeffentlichkeit werden wird.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Indem man die Uraufführung des Lustspieles „Der blinde Gott" von Viktor Georgen mit der Neueinstudierung von Strindbergs „Paria" zu einem Theaterabend verband, wurde der Anschein erweckt, daß es sich um ein Werk von höheren literarischen Zielen handelte. Erwartungen zu enttäuschen, ist gefährlich. Hätten die Leute gewußt, daß sie lediglich wieder einmal ein Schwänklein vom weltfremden Bücherwurm aufgetischt bekamen, sie hätten das mäßig originelle Stück mit Gleichmut aufgenommen, so aber ließen die Enttäuschten die Höflichkeit beiseite und pfiffen. Da widersprachen nun wieder diejenigen, die dem Autor gewogen sind oder für bessere Umgangsformen eintraten und der Lärm war fertig. Kommt nun der Dichtersmann auch noch aus den Kulissen hervor, so reizt er beide Teile zu verstärkten Kraftanstrengungen. Welch eine Verschwendung von Energie für eine belanglose, unverbesserliche Sache! Die junge Frau eines in seine Bücherwelt versunkenen Professors hat auf einem Faschingsball einen Unbekannten kennen gelernt und ist erst nach dem Aufenthalt in einem Hotel nach Hause zurückgekehrt. Der Bücherwurm ist von der Erkenntnis der Wahrheit gar nicht weit entfernt und mit Hilfe eines Detektivs ist er gerade dabei, die Ehebrecherin zu entlarven. Da läßt sich ein eleganter Herr melden, der durch Einhacken in die philosophischen Gedankengänge des Professors diesen zu bestimmen weiß, daß die Enthüllung der Wahrheit nicht immer ratsam sei und man alles besser dem „blinden Gott", dem Zufall überlasse. Der von dieser Weisheit entflammte Professor wirft die Beweisstücke von seiner Frau Schuld ins Feuer. Der elegante Philosoph im Zylinder ist natürlich der Verehrer. Er verliert von seinem romantischen Schimmer, als er sich als Versicherungsagent entpuppt, der nur, um den Professor zu einem Geschäftsabschluß zu bewegen, gewandt die Maske des Philosophen vorgelegt hat. Herr Marlé holte das Möglichste an Komik heraus.

Volkstheater. „Der heilige Florian", von Max Real und Phil. Weichand, wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Diese ländliche Komödie ist recht geschickt gemacht und sehr viele Typen sind sehr dankbar zu spielen. Zur Einweihung der neuen Feuerspritze hat der Herr Pfarrer ein Festspiel gedichtet, in dem der Nepomuk Bacherer den heiligen Florian spielt auf einem Maskenball, der alle Dorfbewohner und Gäste vereinigt. Just in dieser Nacht brennt Bacherers Anwesen nieder. Er hat sich nämlich verleiten lassen, zur Hebung seiner pekuniären Notlage selbst den Brand zu legen. Obwohl der unter dem Kanapee versteckte Liebhaber seiner Frau dies mit eigenen Augen gesehen, wird der Bacherer doch von den Geschworenen mit Hilfe einiger Meineide und dramaturgischen Gewaltsamkeiten freigesprochen. Was einst die Zensur — ich meine diejenige des alten Staates — gegen das Stück einzuwenden gehabt hatte, vermag der Leser aus der kurzen Inhaltsangabe zu ersehen. Die Autoren suchen den Vorwürfen zu entgehen, dadurch, daß sie das Stück „Satire" nennen, aber in einer Satire muß der Zorn des Autors fühlbar werden. Die Verfasser dieses Dorfschwankes plätschern ganz vergnügt in den sumpfigen Gewässern. Sind Brandstiftung und Meineid Verbrechen, die eine scherzhafte Behandlung vertragen? Wird hierdurch nicht noch der sittliche Niedergang gefördert, den wir als Begleiterscheinung unseres nationalen Unglückes tagtäglich mit Entsetzen gewahr werden? Die Vorgänge im Spritzenhaus und andere erotische Zweideutigkeiten sind besonders scharf unterstrichen. Nicht zuletzt wäre zu beanstanden, mit welcher Geflissenheit die äußere Frömmigkeit der sittlich so wenig einwandfreien Persönlichkeiten betont wird, die bei allen Schlechtigkeiten ihren Glauben im Munde führen. Daß gerade auf das Bildnis des hl. Florian und auf das Weihwasserkesselchen die Pfändungssiegel geklebt werden, gehört zu den Fragen des Taktes und hat wohl auch mit sogen. „Satire" wenig oder nichts zu tun. Rein technisch genommen, sind die beiden ersten Aufzüge sehr flott geführt, die Schwurgerichtsszenen dehnen sich, zu schwankhafter Kontrastwirkung amtiert ein preußischer Staatsanwalt an dem bayerischen Tribunal und fordert wegen seiner Unkenntnis der Mundart die Einsetzung eines Dolmetschers. Unter der Leitung und dem wirksamen Mitspiel des Mitautors Weichand gaben besonders Neubert als Brandstifter, Kampers als Schwerer Reiter und Frl. Almer als bäuerliche Dienstmagd farbensatte Figuren.

Konzerte und Vorträge. Im 8. Abonnementskonzert des Konzertvereins begrüßte man Ferd. Löwe. Man freute sich an den ausgezeichneten Leistungen des Dirigenten und man genoß in der Erinnerung die künstlerisch so ergiebigen Jahre, in denen er in holden Friedenstagen unter uns gewirkt hat. Für Brahms ist Löwe immer ein genialer Vermittler gewesen, und so erklang dessen Erste Symphonie auch diesmal wieder in werbender Wiedergabe. Der 50. Todestag von Berlioz legte es nahe, dieses französischen Meisters zu gedenken, dessen historische Bedeutung in Deutschland ja einst früher erkannt wurde, als in seiner Heimat. Die Liebesszene aus „Romeo und Julia" fand nicht minder gute Wiedergabe wie Pfitzners Ouvertüre zu „Käthchen von Heilbronn". R. Strauß' „Till Eulenspiegel" gab dem Abend einen reizvollen Ausklang. Das 7. Konzert, in dem Walter die Eroica dirigierte, habe ich leider versäumt. Es war einer der unruhigen Nachmittage, der Fernsprecher versagte nnd man konnte im Zweifel sein, ob nicht auch den Musen Schweigen geboten war. — Paula Menari gab einen Liederabend. Es ist schön, wenn auch Operettensängerinnen nach sanglicher Kultur streben und hierin weiterarbeiten. Ob die Künstlerin bei der Wahl ernster Lieder gerade einem inneren Muß folgt, bleibe unentschieden. Herr Stieler vom Nationaltheater gab einen Strindbergabend und bewährte seine eindringliche, plastische Gestaltungskraft. Die „Friedensnovelle" habe ich mir geschenkt. Dieses jüngst aufgetauchte Büchlein (aus dem Nachlaß ?) las ich mit Verdruß. Ueber alle Völker weiß Strindberg etwas Artiges zu sagen, nur alles Deutsche wird verzerrt und entstellt, und der alte Heldenkaiser wird verleumdet, er habe Krieg erklärt, um einen Verwandten auf den Thron Spaniens zu setzen.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Dem Frieden entgegen — Das Brüsseler Abkommen — Lebensmittelversorgung und Geldentwertung — Unverminderter Wirtschaftskampf der Entente — Gebesserte Wirtschaftsaussichten.

Unsere Wirtschaftslage und die Diktatur des Bolschewismus, hier wiederum die Vorgänge in Berlin, beeinflussten die Entente zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen und Sicherung der Lebensmittelversorgung. Nach den am 14. März zum Abschluss gelangten Vereinbarungen in Brüssel über Deutschlands Lebensmittelversorgung, die Schiffsraumabgabe und die zugehörigen Finanzfragen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270,000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70,000 Tonnen Fett und 300,000 Tonnen Brotgetreide oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Entente, sondern auch aus neutralen Staaten, da die Entente über 270,000 Tonnen hinaus keine Lieferungsverpflichtungen übernimmt, wohl aber eine Einfuhrerlaubnis von je 370,000 Tonnen monatlich erteilt. Die Gegenleistungen, namentlich die Uebergabe der deutschen Handelsflotte, Bezahlung in bar, Deponierung von deutschem Gold (11 Mill. Pfd. Sterling) in Brüssel, die Gegenregulierung in Ausfuhrwaren und die Kontrolle des deutschen Exports- und Finanzverkehrs mit den Neutralen überraschen nicht. In Rotterdam wurde ein Abkommen über die Lieferung von Kali nach England abgeschlossen. Angesichts der ursprünglich in Paris festgesetzten Bestimmungen des Präliminarfriedens und der in Handelskreisen als ungenügend angesehenen deutschen Vertretung bei den Pariser Friedensverhandlungen erwartet man von dem **Friedensvertrag** für unsere Wirtschaftszukunft keineswegs hoffnungsvolle Ausblicke, wenngleich englische Bankkreise sich ausdrücklich gegen eine „Verkrüppelung Deutschlands" ausgesprochen haben. Seit das **Wort vom Frieden** auch von unseren Feinden ernstlich behandelt wird, schreiten die Beratungen der deutschen „Geschäftsstelle für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen" mit befriedigenden Ergebnissen vorwärts. Namentlich die Festhaltung an den Wilsonschen vierzehn Punkten und hier wiederum der geforderte Schutz eines freien Ueberseehandels als wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft, ausserdem die Klärung der Wirtschaftsfragen bezüglich der Zukunft des linken Rheingebietes sind im Sinne der Mehrheit aller Wirtschaftsfaktoren.

Schwerwiegend bleibt die neuerliche Verschlechterung der deutschen Wechselkurse für die Auslandsdevisen: Holland 407 (Friedenskurs 170), Schweden 285 (120), Schweiz 210 (81), Spanien 160 (68)! Ob die Einführung von um 30 % höheren Zwangsdevisenkursen für unsere Reichsmarkwährung im Zusammenhang mit der finanziellen Regulierung der Lebensmittelversorgung zur Durchführung gelangt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls verhindert die deutsche Geldentwertung vorerst jedweden kräftigen Preisabbau bei uns. Um so wichtiger bleiben die in Industriekreisen gemachten Wahrnehmungen, dass an unseren Grenzen seitens Amerika, England und Italien grosse Stapellager einzuführender Rohstoffe, Ganz- und Halbfabrikate des Absatzes in Deutschland harren und ferner, dass namentlich in der Textilindustrie Offerten mit auffallend niedrigen Preisangeboten bei deutschen Grossisten vorliegen. Von nicht minderer Bedeutung sind die von den britischen und amerikanischen Grosskapitalisten unternommenen Beteiligungsversuche bei deutschen Industriegesellschaften, wie sie in der Generalversammlung der Augsburger Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei mitgeteilt wurden. Solche Bevormundungsabsichten unseres Wirtschaftslebens stehen im Zusammenhang mit der im besetzten Gebiet, vor allem in der Kohlenteerindustrie und der Farbstoff- und Chemikalien-Erzeugung ausgeübten Handelsspionage, welche für unseren



künftigen Auslandsverkehr empfindliche Wirkungen auslösen muss. Verschärfter Konkurrenzkampf und durch die überragende Finanzkraft unserer Feinde bedingte Verdrängung Deutschlands von grossen Wirtschaftsgebieten sind die Folgen, wenn nicht **Einigkeit und restlose Arbeitsbetätigung** bei uns diesen Gefahren einigermassen begegnen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wohl oder übel Zusammenschluss und Einigkeit finden, um nicht der sonst unausbleiblichen Versklavung gegenüber dem Auslande zu verfallen. Die Folgen des nunmehr zum Beschluss erhobenen Sozialisierungsgesetzes verschärfen ohnehin gegenüber den Ententemächten unseren Wirtschaftsstillstand, der noch deutlicher zum Ausdruck kommen würde, wenn die von den Zentralräten Bayerns und Sachsens geäusserten Pläne der „Vollsozialisierung" zur Wirklichkeit werden sollten. — Zu alledem kommt die durchaus ungünstige Finanzlage des Reiches und die Unklarheit über die Möglichkeit der Sanierung der einzelstaatlichen Finanzmisswirtschaft. Zur Minderung des etwa $1^1/_2$ Milliarden Mark betragenden Fehlbetrages der preussischen Staatsbahn soll zum 1. April — auch in Süddeutschland — eine neuerliche scharfe Tariferhöhung im Personen- und Güterverkehr vorgenommen werden. Einigermassen befriedigend lautet der bayerische Staatsfinanzausweis per Februar-Ende, der weder schwebende Schuld, noch Inanspruchnahme der bayerischen Staatsbank ausweist, jedoch eine Anleiheaufnahme oder Schatzscheinausgabe für den laufenden Märzmonat notwendig macht. Für die Besserung der deutschen Kohlenversorgung hat der Wirtschaftsausschuss der deutschen Nationalversammlung sachgemässe und grosses Verständnis zeigende Organisationen in die Wege geleitet. Dies und die, wie man wohl hoffen darf, von Dauer bleibende Arbeitswiederaufnahme der Kohlenarbeiter in den einzelnen Revieren wird in letzter Stunde hoffentlich die notwendige Wiederbelebung unserer Industrie und damit unserer Exportmöglichkeit bringen. Die Zahl der Erwerbslosen weist bereits eine beträchtliche Minderung aus. Die Festigkeit der inzwischen wieder eröffneten Berliner Börse, vor allem die erfreuliche Kurserstarkung unserer Inlandsrenten — Bayerische, Preussische und Kriegsanleihen bei beträchtlichen Umsätzen — dürfte dadurch veranlasst sein.

München. M. Weber.

Die Süddeutsche Bodencreditbank in München wird der am 25. März stattfindenden Generalversammlung die gleiche Dividende von 8% wie im Vorjahre vorschlagen und auch die Reserven des Institutes wiederum reichlich dotieren. Bezüglich der Sozialisierung von Hypothekenbanken erwähnt der uns vorliegende Geschäftsbericht, „dass dieses Experiment, wenn solches wirklich zur Ausführung gelangen sollte, weder für die Allgemeinheit, noch für die Hypothekenschuldner und Darlehenssucher, noch für die Bankangestellten von irgendwelchem Nutzen sein würde, im Gegenteil alle an dem Hypothekenbankwesen beteiligten Kreise, einschliesslich des Staates, hierbei erheblichen Nachteil erleiden". M. W.

Schluß des redaktionellen Teiles.

An die deutschen Zeitungsleser!

Wiederum ist die Herstellung der Zeitungen stark verteuert worden, nicht nur durch die Erhöhung der Teuerungszulagen, sondern auch durch eine weitere große Preissteigerung der Rohmaterialien. Dies zwingt erneut der Frage näherzutreten, wie das durchaus gestörte Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen wieder ausgeglichen werden kann. Nach eingehenden Beratungen ist der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß durchgängig eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zu umgehen ist, um die verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise auszugleichen.

Magdeburg, den 6. März 1919.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger E. V.

Der neue Vierteljahrswechsel

veranlasst vielleicht manchen Freund und Leser unseres Blattes, der schon öfter ausgesprochenen Bitte zu willfahren und uns eine Anzahl **guter Probenummer-Adressen** einzuschicken. Für den einzelnen ist hiermit eine kleine Mühe verbunden, während der gemeinsamen Sache ein grosser Dienst erwiesen wird.

Die Leser der Allgemeinen Rundschau bilden eine große Gemeinde der besten Gesellschaftsschichten im ganzen Deutschen Reiche und im Auslande. Warum sollte jeder Bezieher daher dieses einflußreiche Blatt nicht auch zu jeglicher Art Insertion stets an erster Stelle mitbenutzen? Wir weisen darauf hin, daß Gesuche von Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen usw. stets sehr erfolgreich sind. Ebenfalls haben beste Wirkung alle anderen Arten von kleinen Anzeigen wie noch sonstige Stellengesuche und -Angebote, An- und Verkäufe usw. Auch wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht, kann auf zahlreiche Offerten rechnen. Dann sollten die verehrl. Leser in der Rundschau auch sämtliche Familiennachrichten, die sonst in der Regel nur der Tageszeitung zugewiesen werden, erscheinen lassen, zwecks weitester Verbreitung in den gebildeten katholischen Kreisen.





Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 13

29. März
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

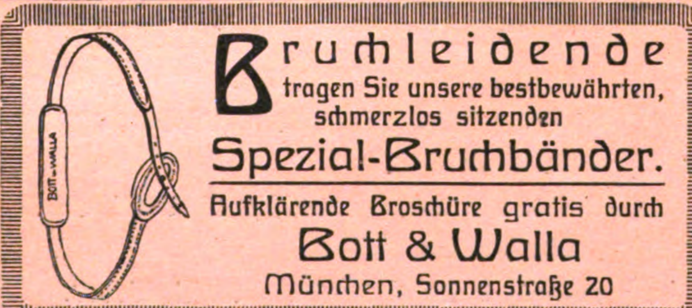
Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.		Passiva.	
Kasse	1,445,864 29	Aktien-Kapital	19,800,000 —
Wechsel	7,767,726 64	Reservefonds	6,740,000 —
Konto Korrent	16,220,232 92	Disagio-Reservefonds	500,000 —
Lombard	332,482 75	Pfandbriefagio	1,394,020 28
Wertpapiere	7,113 726 33	Immobilien-Reserve	300,000 —
Hypotheken	370.307,551 04	Beamten-Pensionsergänzungskasse	1 033,210 65
Hypotheken-Zinsen:		Hypotheken-Delkredere	1,500,000 —
Laufende Zinsen bis 31. Dezember 1918	3,665,268 50	Hypotheken-Pfandbriefe	365,702,400 —
Immobilien	620,000 —	Aufgerufene Pfandbriefe	500 —
		Verloste Pfandbriefe	32,305 —
		Pfandbriefzinsen	4,988,466 67
		Konto Korrent	1,554,008 15
		Talonsteuer	960,000 —
		Dividenden	42,582 —
		Gewinn- u. Verlust-Konto	2,925,359 72
	407,472,852 47		407,472,852 47

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1918.

Soll.		Haben	
Unkosten	1,079,494 18	Vortrag aus 1917	523,314 81
Pfandbriefzinsen	14,426,361 82	Zinsen	1,208,449 04
Wertpapiere	326,219 80	Hypotheken-Zinsen	16,809,215 23
Immobilien	10,000 —	Pfandbrief Umsatz	125,140 08
Pfandbrief-Anfertigung	19,565 —	Darlehens-Provisionen	373,319 76
Talonsteuer	252,438 40		
Gewinn-Saldo	2,925,359 72		
	19,039,438 92		19,039,438 92







Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 13. München, 29. März 1919. XVI. Jahrgang.

Der Völkerbund Wilsons.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Die Enttäuschung, welche der Wilsonsche Entwurf eines Völkerbundes in manchen Kreisen, z. B. in den meisten schweizerischen, französisch-pazifistischen und beim belgischen Sozialistenführer Huysmans hervorgerufen hat, mußte bei einer sachlichen, eingehenden Untersuchung seines Werks zutage treten. Wilsons Vorschlag steht einigermaßen in Widerspruch mit seiner viel besseren Rede vom 25. Januar, wo er sagte: „Wir sind nicht Vertreter der Regierungen, sondern Vertreter der Völker", und weiter: „Ich verbürge, daß Gerechtigkeit geschieht, und daß der Friede gesichert wird." Von seiner Rede vom 27. September ist er noch weiter abgerückt. Jedes Vertrauen in seine gute Absicht und auf die Zukunft soll man aber nicht aufgeben.

Die erste und größte Einwendung gegen Wilsons Plan muß sein, daß sein Bund eben bis jetzt kein Bund der Völker ist, selbst nicht ein Bund von Völkern, sondern nur ein Bund von Regierungen, von bestimmten Staaten, die sich sämtlich im Kriegszustand mit Deutschland befinden. Warum gewisse amerikanische Republiken bisher ausgeschlossen sind, obgleich sie, auf dem Papier wenigstens, Deutschland offiziell Fehde angesagt haben, ist nicht ersichtlich. Werden diese Staaten, wie Guatemala und Nicaragua, oder ihre Kriegserklärungen nicht ernst genommen? Wissen die Alliierten und insbesondere Amerika zu gut, wie diese Kriegserklärungen zustande gekommen sind?

Ohne die Neutralen und ohne die bisherigen Gegner läßt sich kein Völkerbund errichten, der dieses Namens würdig sei, sondern nur eine einseitige Bekräftigung und Konsolidierung der Entente. „Will man Diener der Menschheit sein, oder anderen Interessen dienen?" sagt Wilson nach einer Nachricht des 4. März: „In diesem Falle werden wir uns der größten Schande in der Weltgeschichte aussetzen".

Es fällt auf, daß in seiner Rede vom 14. Februar Wilson zwei Staaten aufnimmt, welche sich aus ihrem österreichisch-ungarischen oder russischen Verband losgemacht haben: die Tschechoslowakei und Polen, aber nicht das zum mindesten ebenso interessante Finnland, das sehr korrekt aufgetreten ist und das, zum Unterschied von jenen, keine Waffen geführt hat gegen seine früheren Herrscher und sich nur gegen die Angriffe der Bolschewiki verteidigt hat. Daß die Ukraine nicht aufgenommen wird, kann seine wenig ruhmreiche Begründung finden in französisch-belgischen Geschäftsinteressen, welche sich der Souveränität und der Entschluß- und Verfügungsfreiheit der Ukrainer über ihre eigenen Bodenschätze und Industrieunternehmungen entgegenstemmen. Es ist eben die Rede von scharfen Bedingungen in dieser Frage. Und wie ist das so gesinnungstüchtige Luxemberg ausgeschlossen? Frankreich und Belgien wünschen es lieber gegen seinen Willen einzuverleiben!

Warum sind auch nicht die der Entente jetzt unter Karolyi auch so ergebenen Ungarn genannt? All das entspricht nicht der Rede Wilsons vom 27. September.

Daß die ententefreundlichen Gruppen des ehemaligen russischen Reiches jenseits der Grenzen der Herrschaft der Bolschewiki nicht aufgenommen sind, ist geradezu besorgniserregend. Sollten die weiten Strecken Sibiriens, Turkestans, Kaukasiens und Ostrußlands sich, nach den Plänen der Entente, nicht eines unabhängigen Lebens erfreuen, sondern nur Kolonien oder Protektorate Japans, Englands und Amerikas werden? Oder ist die Lage dieser Gegenden noch zu ungewiß, unbestimmt? In diesem Falle wäre eben ihre Aufnahme in den Völkerbund eine Rückendeckung, eine Bürgschaft ihrer gedeihlichen Entwickelung.

Aber das befremdendste an dem ganzen Gebäude ist, daß in demselben zwei Klassen von Staaten aufgerichtet sind: in der Beletage wohnen die Großmächte, fünf an der Zahl, welche aus eigenem Rechte und auf ewige Zeiten eine Vorzugsstellung bekommen: sie haben in jedem Falle Sitz und Stimme in dem ausführenden Rat des Bundes und genießen dadurch eine Bevorrechtung, einen entscheidenden Einfluß, auch, nach § 15 und folgenden, in gewissen Schiedsgerichtsentscheidungen. Diese fünf Mächte, die Vereinigten Staaten, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan würden zusammen die Mehrheit in diesem ausführenden Rate bilden. Nur vier andere dem Völkerbunde angehörende Staaten bekommen Eingang in diese einflußreichste Exekutivbehörde: sie werden gewählt durch die Vertreterversammlung, wo die fünf vorerwähnten ersten Violinen des Weltkonzerts natürlich unter den neun anderen gegenwärtigen Mitgliedern des Orchesters nur zwei gefügige Schuldner brauchen, um auch ihren Willen für die Besetzung der übrigen vier Mandate des ausführenden Rats durchzusetzen.

Wilson erklärte am 25. Januar feierlich: „Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit: das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes." Das war wohl mehr ein frommer Wunsch als die Feststellung eines Tatbestands. Gibt es keine auserwählten Klassen, gibt es doch auserwählte Völker, wie Cecil Rhodes das angelsächsische bezeichnete. In derselben Rede hatte Wilson schon mit einer Offenherzigkeit, welche ihm zur Ehre gereicht, gesagt: „Es sind viele verwickelte Fragen mit den augenblicklichen Regelungen verbunden, die vielleicht durch die Beschlüsse, zu denen wir kommen werden, nicht erfolgreich zu einem Endergebnis ausgearbeitet werden können. Ich begreife gut, daß viele dieser Entscheidungen mehrfach in Erwägung gezogen werden sollen, daß viele Beschlüsse, die wir fassen, gewissermaßen mehrfach geändert werden müssen. Denn wenn ich nach der eigenen Beschäftigung mit einigen dieser Fragen urteilen darf, kann man sich zurzeit nicht darauf verlassen, daß das bezüglich dieser Fragen gefaßte Urteil das rechte ist. Daher ist es notwendig, daß wir eine Maschinerie errichten, durch die das Werk der Konferenz zu Ende gebracht werden soll."

Diese eindringliche Klage Wilsons über die unvermeidlichen Fehler der gegenwärtigen Friedenskonferenz wird er vielleicht auch als die eigene Maschinerie treffend wiederholen. Sie wird also auch den Zweck haben können, die ungerechten und unerträglichen Friedensbedingungen, welche man augenblicklich mit in den Kauf wird nehmen müssen, nachträglich zu revidieren, vielleicht wenn eine neue weltpolitische Konstellation eintritt. § 24 sieht übrigens die Nachprüfung der unanwendbar oder gefährlich werdenden Verträge ausdrücklich vor: also auch des gegenwärtigen Friedensvertrags und seiner einseitigen und unmöglichen Bedingungen. Der Grundgedanke, wie er ihn auszusprechen gewagt hat, geht nicht weiter, als notwendig ist, um die Mitarbeit der Ententestaaten zu ermöglichen. Wenn man aber mit diesem unzulänglichen und fehlerhaften Entwurf die Worte in Verbindung setzt, welche Wilson wegen der jetzigen oder künftigen Herrschaft des einfachen Mannes äußerte, so läßt sich denken, daß er augenblicklich nur bezweckt, wie Lloyd George sagte, das Werk unternommen zu haben, und daß er hofft, daß die Macht der Völker und der Regierungen, die aus den nächsten Wahlen überall hervorgehen werden, den einseitigen

Ententebund besser ausgestalten wird.“ Heben wir nur den Völkerbund in den Sattel! meint er vielleicht, reiten wird er schon können.

Die Kraft der Ideen ist nicht zu verkennen, besonders wenn sie ein Organ der Propaganda und der Wirkung gefunden haben, wie unvollkommen auch dieses Werkzeug sei. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der bevorzugten Großmächte, wenn er einmal im Besitz der Bundesgewalt ist und die Verpflichtungen der übrigen fest in der Hand hält, sich ganz anders gebärden wird als jetzt, wo es gilt, die widerstrebenden, blinden, chauvinistischen Staaten, wie Frankreich einer ist, zu gewinnen und miteinzuspannen.

Es kommt dann aber die neue Schwierigkeit, daß für die Zulassung neuer Mitglieder die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Staaten erforderlich ist, die in die Vertreterversammlung ihre Vertrauensmänner entsenden. Und jedenfalls ist unannehmbar, daß auf ewige Zeiten als Bestandteil des Vertrages, als Bedingung der Zustimmung eine bevorzugte Stellung an die fünf Großmächte der Entente eingeräumt wird. Eine Aenderung dieser Bevorrechtung kann dann später auf einen ewigen Widerstand Frankreichs und vielleicht anderer Staaten rechnen: sie könnten mit dem Bruche drohen, wenn man ihnen die Grundlage, die wesentliche Bedingung des Vertrages, den Vorteil, worauf sie gebaut haben, einmal entziehen will. Im bürgerlichen Rechtsleben würde eine solche Aenderung vor Gericht kaum zu vertreten sein. Da gilt es vorzubauen und die *Gleichheit von Anfang an zu sichern*, wenn die Strömung der öffentlichen Meinung schon stark genug wird, um den Beitritt der Einseitigen auch ohne Bevorzugung zu erzwingen.

Vorläufig ist es wenig ermunternd, daß nach § 15 die Mehrheit eines solchen beständigen, vielleicht unveränderlichen ausführenden Rates die Möglichkeit hat, *über alle Streitigkeiten zu beschließen* und die „notwendigen“ Maßnahmen zu treffen, wann die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgerichte nicht unterbreitet werden können. Nach § 17 wohl auch bei Streitigkeiten zwischen Staaten, welche keine Mitglieder des Bundes sind. Diese Mehrheit, also jetzt die Leitung der Entente, kann wahrscheinlich darüber verfügen, ob ein Schiedsgericht urteilen kann oder nicht, und sie kann sich also jede Entscheidung vorbehalten.

Auch dieser ausführende Rat allein wird nach § 8 den „Plan für die Verringerung der Rüstungen“ ausarbeiten: „die angenommenen Grenzen dürfen ohne Bewilligung des ausführenden Rates nicht überschritten werden.“ Immer derselbe ausführende Rat erwägt die Maßnahmen bezüglich der privaten Herstellung von Munition und Kriegsgerät.

Und nach § 18 wird dem Völkerbund, also praktisch wohl auch dem ausführenden Rate, die allgemeine Kontrolle der Waffen und Munition der Länder anvertraut, wo diese Kontrolle im gemeinsamen Interesse des Völkerbundes nötig ist. Dies gilt wahrscheinlich auch gegenüber Staaten, welche keine Mitglieder des Bundes werden!

Kann man, aufrichtig gesagt, der Menschheit als eine unabänderliche Tatsache bieten, daß große Völker wie das deutsche, wie die slawische oder die spanisch sprechende Gruppe von Stämmen auf ewige Zeiten und durch die Verfassung des Bundes Bildungen zweiten Ranges bleiben sollten? Und das gegenüber der Begünstigung Italiens und Japans!

Und dennoch, die durch Wilson selbst in seiner Rede vom 25. Januar als so notwendig betonten Aenderungen der jetzigen Abmachungen werden der Verfassung des Völkerbundes gegenüber fast unmöglich gemacht: § 26 fordert die Bestätigung von Aenderungen des gegenwärtigen Vertrages durch diejenigen Staaten, deren Vertreter den ausführenden Rat bilden. Also nicht durch die Mehrheit dieser Staaten, nicht durch die Mehrheit des Rates, sondern durch *jeden einzelnen!* Das ist ein *neues liberum veto der fünf Bevorzugten* und der vier wechselnden Beisitzer. So kann die Eitelkeit, der Neid oder der schlechte Wille Frankreichs z. B. jede Verbesserung unmöglich machen, und das auf ewig! Eine solche Bedingung richtet sich selbst.

Daß dabei die Bestätigung noch durch drei Viertel aller verbündeten Staaten erforderlich ist, spielt eine geringere Rolle. Es ist doch eben eine neue Bejahung des Klassenunterschieds: es wird Staaten geben, deren alleiniger Widerspruch genügt, um eine Aenderung zu verhindern; es gibt aber andere, welche überstimmt werden können, wenn sie nicht über ein Viertel der Mitglieder vertreten. Und unter diesen Majorisierten können große Völkerfamilien unwiderruflich sich befinden!

Das ist, noch einmal, nicht der Völkerbund, sondern nur die Alleinherrschaft, die *Diktatur der Entente*, vielleicht der Angelsachsen über die Welt.

Es muß mit Dankbarkeit anerkannt werden, daß Wilson die Unzulänglichkeit der jetzigen Konferenz so feierlich proklamiert und die Notwendigkeit oder Möglichkeit der Revision ihrer Beschlüsse in Aussicht stellt. Wäre seine Maschinerie dazu nur besser geeignet!

Daß kein Plebiszit, daß selbst keine freien Wahlen den *Elsaß-Lothringern*, den Deutsch-Böhmen, den deutschen Südtirolern usw. zugestanden werden, ist eben der Ausgangspunkt von Einwendungen gegen Entscheidungen, die ohne die freie Meinungsäußerung dieser Stämme vorgenommen wären. Wilson rühmt sich: „Einer der größten und befriedigendsten Fortschritte, die meiner Ansicht nach erzielt wurden, ist der, daß wir die Annexion hilfloser Völker unmöglich gemacht haben!“ Da hat wohl Wilson an jene hilflosen Deutschen nicht genug gedacht! Die „barbarischen“ Deutschen haben 1871 den Elsaß-Lothringern wenigstens gestattet, Vertreter für die französische Nationalversammlung zu wählen und nach Bordeaux zu entsenden. Jetzt erklärt die Entente es genügend, daß viele Leute auf der Straße dem Einzug der Franzosen zugejubelt haben. Diese Art der Volkswahl ist sehr anfechtbar, und zwar mehr wie die Ernennung der Mitglieder gewisser Körperschaften, Kommissionen oder Räte in geschlossenen Kreisen, wo vielleicht doch eine ehrliche Kontrolle und das freie Abstimmungsrecht aller Beteiligten sich erreichen läßt. Der Herr Pichon will die unparteiischen Zuschauer mit dem Hinweis vertrösten, daß es im Elsaß Wahlen für die französische Deputiertenkammer geben wird und daß keiner der ehemaligen Reichstagsmitglieder gewählt werden wird (also auch nicht Wetterle, Wetterfähnle, wie sein Kollege Delsor ihn bezeichnete). Das ist ein Wink für die Unterpräfekten. Man weiß, wie die Wahlen unter der französischen Verwaltung stattfinden: es ist eines der abscheulichsten Kapitel des verrotteten Regimes, das der Abgeordnete Gielen in der Belgischen Kammer im Februar 1913 brandmarkte und das der ehemalige Minister Millerand ein „régime object“, eine niederträchtige Verwaltungsweise hieß. Das System der „mares stagnantes“, der stinkenden, stehenden Pfühle, der französischen Einmännerwahlkreise ist seit langem vor aller Welt gerichtet. Schon jetzt warnt ein anderer ehemaliger Minister Frankreichs, Herr Messimy, vor einer „furchtbaren moralischen Katastrophe“, der Frankreich im Elsaß entgegenläuft. Das Zeugnis dieses ehemaligen Offiziers, Kriegsministers und während des Krieges wieder Offizier und sogar General gewordenen Parlamentariers hat einige Bedeutung: er war vor dem Kriege als Abgeordneter Berichterstatter für den Kolonialetat und hat die Mißstände und Verbrechen der französischen Verwaltung in Indochina mit einer Offenheit und einer Fülle von Tatsachen enthüllt, die ihm alle Ehre macht.

Uebrigens wird in Elsaß-Lothringen die französische Verwaltung wohl auch das vernichtende Urteil verdienen, das der damalige Professor *Wilson* in seinem Buche vom Staate gegen sie äußerte; im Gegenteil pries er zugleich ebenda die nach unserem Dafürhalten oft ungeschickte, allzu bureaukratische, schwerfällige und kalte *deutsche Verwaltung als die beste und ehrlichste der Welt.* Die Franzosen machen im Elsaß die sozialen Fortschritte wieder rückgängig und bereiten unter Leitung von erprobten Kirchenfeinden und Führern ihrer Freimaurerei, wie Debierre und Mirman, einen frischfröhlichen Kulturkampf vor. Es kommt vielleicht bald die Zeit, wo H. Heine voraussah, daß die Elsässer sich wieder nach Deutschland sehnen würden, nämlich wenn Deutschland demokratischer sein wird als Frankreich. Es war wohl schon der Fall, aber mit gewöhnlichem Ungeschick konnte Deutschland sich den Vorteil des Scheines nicht aneignen, wogegen die Franzosen so phrasenhaft zu imponieren verstehen.

So können jetzige oder baldige Entscheidungen der Friedenskonferenz und des Weltbundes einmal in Frage gestellt werden durch Völker, Volksteile oder Volksgruppen z. B. weil sie zum Gedanken einer anderen, neuen Stammeszugehörigkeit erwachen, wie im Laufe des 19. Jahrhunderts viele bis dahin erzösterreichische Kroaten und Tschechen, wie die Jahrhunderte lang so gefügigen Italiener, die früher ohne Murren spanische, französische und österreichische Herrschaft ertrugen. Vor Jahrhunderten haben sich die Schweizer und die Niederländer vom deutschen Volke losgerissen, nicht ohne deutsche Schuld und aus manchen guten Gründen; die Flamen wie die Nordniederländer sind zu einem vom deutschen Volke bestimmt verschiedenen Stamme entwachsen,

wie früher die Galloromanen und die Hispanier vom römischen Volksverband, wie heute viele Katalonier sich von Spanien losringen wollen.

Kann sich dieselbe Geschichte nicht wiederholen? Ist es wohl der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Iren, daß ihr Vaterland ein Teil des britischen Reichs bleibt? Es erregt Unzufriedenheit in manchen Kreisen Amerikas, daß Wilson erklärt hat, die Bestrebungen der Iren müßten nur innerhalb des britischen Reiches behandelt werden. Welche Haltung wird der Weltbund gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht dieser Kelten einnehmen? Ist Indien, Aegypten, Transvaal für ewige Zeiten britisch? Vielleicht besinnen sich einmal die Einwohner von Nizza und von Korsika, daß sie eigentlich keine Franzosen, sondern Italiener sind. Und die Araber von Nordafrika? die friedlichen Hovas von Madagaskar, die Indochinesen? Im Dodekanesos wird wohl die Besinnung auf die hellenische Zusammengehörigkeit mehr wiegen, als die Macht der gewaltsamen italienischen Besetzung. Die Bulgaren von West-Mazedonien werden wenig erbaut sein, wieder unter die Zwangsherrschaft der Serben und unter das serbische Gesetz vom 23. September/6. Oktober 1913 zu fallen, das durch seine Schärfe sich selbst und die serbischen Ansprüche auf eine Weise richtet, wogegen die preußische und russische Behandlung der Polen eine reine Liebedienerei war. Ja, vielleicht kommen die Filippinos und die Portorikaner einmal auf den sonderbaren Einfall, ihre Geschäfte ohne Einmischung von Vetter Jonathan machen zu wollen. Und was geschieht, wenn Boxer oder Bolschewiki die Mehrheit im Weltbund erreichen? Wird die angelsächsische Führung sich beugen?

Es ist ferner denkbar, daß Chinesen, Japaner, Russen vielleicht als Auswanderer weite Gebiete Australiens oder Amerikas überfluten, die Mehrheit daselbst bekommen und dann kraft des Selbstbestimmungsrechts der dann herrschenden Bevölkerung die Losreißung vom britischen Reiche, von den Vereinigten Staaten, von Mexiko usw. fordern. Schon jetzt will Japan, daß „die vertragschließenden Mächte verpflichtet seien, innerhalb ihrer Grenze allen Fremden, die Untertanen der zum Völkerbunde gehörigen Staaten sind, eine gleiche und gerechte Behandlung angedeihen zu lassen." Das wäre die gelbe Ueberschwemmung aller Uferländer des stillen Ozeans! Ist durch Naturrecht Korea auf ewig mit Japan verbunden?

Im § 24 sind ja vorgesehen Nachprüfungen der unanwendbar gewordenen Verträge und der internationalen Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Frieden gefährden könnte. Verträge, geschworene Eide binden also nicht auf ewig. Nach diesem Kriege ist dies Geständnis nicht ohne Wert. § 25 bricht übrigens schon alle unvereinbaren früheren Verträge. Ist dieser formelle Wortbruch in jedem Falle rechtmäßig?

Nach § 10 verpflichten sich die vertragschließenden Teile, die Unversehrtheit des Gebietes aller Mitglieder des Völkerbundes zu achten und gegen jeden Angriff von außen zu schützen. Also ein Bund von beati possidentes! Wenn z. B. unbestreitbar slawische Gebietsteile der Adriaküste Italien zugesprochen werden, wird Serbokroatien die Unterjochung seiner Stammesgenossen nicht nur achten, sondern auch schützen müssen, z. B. gegen einen Befreiungskrieg von russischen Panslawisten? Ungarn wird an Rumänien den Besitz des kernmagyarischen Landes und Volkes der Szekler mitten in Siebenbürgen verbürgen, ebenso Deutschland gegenüber den dortigen „Sachsen". Dasselbe Deutschland soll in die Bresche springen, um die Elsässer unter französischem, die Deutschböhmen unter tschechischem, andere Deutsche unter polnischem oder südslawischem, die Südtiroler unter italienischem Joche zu halten!

Im bürgerlichen Rechte aller Völker ist in bestimmten Fällen die Revision der Verträge vorgesehen, wenn Abschlüsse durch Irrtum, Zwang, Betrug, leoninische Bedingungen usw. zustande gekommen sind. Die Gerechtigkeit fordert dasselbe Recht der Berufung oder der Revision im internationalen Leben.

Neue, tiefgreifende Bewegungen können die Völker hinreißen, wie vor fast sechzig Jahren die Antisklavereibewegung zum Sezessionskriege in Amerika führte. Nach einer Hungerzeit kann der Hang zum Freihandel die Erregung der Cobdenzeit in manchen Ländern überflügeln und Maßnahmen der Mehrheit des Weltbundes über den Haufen werfen oder die öffentliche Meinung so sehr gegen die Leitung aufreizen, daß im äußersten Falle die Soldaten, welche mit der Durchführung der Beschlüsse des Schiedsgerichts oder des ausführenden Rates beauftragt sind, den Dienst verweigern oder sich der Minderheit anschließen. In sozialen Fragen erst recht können berechtigte Forderungen der Völker gegen vielleicht allzuweise, zurückhaltende Maßnahmen des Weltbundes einen Sturm entfesseln.

Schon sind nach einer Reutermeldung der englische Arbeitsminister Horne und die britische Regierung der Ansicht, schädliche Streiks sollten verhindert und Mindestlöhne und Höchstarbeitszeit international geregelt werden. Eine internationale Arbeitervertretung soll für jedes Land aus zwei Abgeordneten der Regierung, einem der Unternehmer und einem der Arbeiter entstehen. Das nennt man eine Arbeitervertretung. Deren Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit sollen von allen vertretenen Ländern angenommen werden müssen. Ob die Arbeiter sich fügen werden?

Unter den mehr oder weniger bewußten Ursachen und Erscheinungen des Weltkriegs tritt auch ein gewisser Neid, eine Abgeneigtheit gegen den sozialen Fortschritt Deutschlands zutage. Der Sieg der Entente ist ein Sieg eines Kapitalismus, der sich in Frankreich, in Belgien, in Italien, im alten Rußland, in Rumänien gegen den verhältnismäßig rascheren Fortgang und die gewissenhafte, wirksamere Durchführung der deutschen Sozialgesetzgebung richtete: man fürchtete sich fast unverhohlen in gewissen Kreisen der Finanz- und Industriewelt vor der Notwendigkeit, auch in jenen Staaten das deutsche Beispiel nachahmen zu müssen und die Dividenden dadurch zu beschränken. Eben aus den Kreisen, wo solche Befürchtungen herrschten und ausgesprochen wurden, ging seit Jahren die heftigste Hetze gegen Deutschland aus. Freilich erschwerte die Verschiedenheit der Lage bisweilen die Nachahmung empfindlich: die Zollpolitik Deutschlands und die Preispolitik seiner Kartelle verschärften diese Schwierigkeiten und zeitigten nicht ganz unberechtigte Beschwerden. Daß aber ein vollständiger Sieg der Entente eine soziale Gefahr mit sich ziehen könnte, wurde von einem großen Teile der Arbeiterkreise Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands gefühlt und gab eben im Zarenreiche Anlaß zur Revolution und zu ihren Folgen.

Sehr richtig schätzt Wilson in dieser Hinsicht die Zukunft ein und warnt eindringlich seine Assoziierten vor der Fortsetzung des Widerstandes gewisser Kreise ihrer Länder. Die besten und besonnensten Elemente der Arbeiterschaft empfinden es bitter, daß tausend Milliarden zum Massenmorden und zu Zerstörungen verbraucht wurden; sie können sich ein klares Bild davon machen, was für soziale Fortschritte mit winzigen Teilen dieser Geldmassen hätten erreicht werden können; in Deutschland und noch mehr in anderen Staaten wurden früher empfehlenswerte Maßnahmen wegen angeblichen Geldmangels abgelehnt oder zurückgestellt. Dagegen stellt sich natürlich nach den Verlusten, Schmerzen und Entbehrungen des Krieges das Knirschen des inneren Menschen ein. Wilson hat recht daran, eine Aufgabe des Weltbundes in der Durchführung und Verallgemeinerung von Maßnahmen auf dem Gebiete zu empfehlen, wo Deutschland bahnbrechend gewesen ist. Vielleicht können eben auf diesem Gebiete Zustände entstehen, die zu wahren Verbesserungen des Weltbundes zu führen vermögen. Dazu gehört eine zweckmäßige Bearbeitung der öffentlichen Meinung und eine weise Taktik der Arbeiterorganisationen selbst. Im Zusammenhang mit der Zollpolitik, mit der Rohstoffgewinnung, mit dem Wiederaufbau im allgemeinen muß auf sehr vorsichtiger und schonender Weise die sogenannte ganze Arbeit gemacht werden. Nur im Völkerbund lassen sich in diesen Fragen zufriedenstellende Erfolge erreichen, nicht abseits. Es ist aber denkbar, daß eben die Einmischung des Völkerbundes den kapitalistischen Siegern mißfällt, und zwar auch in Amerika! (Schluß folgt.)

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Ungarn ist bolschewistisch geworden. Unsere Verhandlungen in der Ostmark sind in die Brüche gegangen. Das Schicksal der deutschen Westländer steht noch immer auf der Klippe. Beinahe wäre auch die angebahnte Brotzufuhr ins Stocken geraten. Während diese Schicksalsfragen schweben, wird in Weimar und in Berlin heiß und breit debattiert über die Auflösung des preußischen Staates und die Bildung von neuen Gliedstaaten. Das Haus ist bedroht von außen und erschüttert in seinen Fundamenten! unterdessen streiten wir um die Verschiebung der Innenwände;

Die bolschewistische Welle.

England, Frankreich und Amerika verkünden den Kampf gegen die Bolschewisten mit großen **Worten**; aber durch ihre Handlungen fördern sie die Pläne dieser Weltrevolutionäre. Die Ueberspannung ihrer Machtpolitik, die Verschleppung des Friedensschlusses und der Volksversorgung, die rücksichtslosen Diktate, die sie den unterlegenen Ländern aufhalsen, leiten in Deutschland fortwährend neues Wasser auf die Mühle der Kommunisten und ihrer unabhängigen Förderer, und in **Ungarn** haben sie sogar den Zusammenbruch der bisherigen Regierung, eine richtige Diktatur des Proletariats mit erklärtem Anschluß an die russische Sowjettyrannei herbeigeführt. Allzu scharf macht schartig.

Unsere Verhandlungen in der Ostmark kamen zu Bruch, weil die Entente ihren polnischen Schützlingen **alles** geben wollte, was diese heißblütigen Emporkömmlinge verlangten, ohne jede Rücksicht auf die Lebensinteressen und die berechtigtsten Gefühle der deutschen Bevölkerung. In Ungarn wurde dem Fasse der Boden ausgestoßen durch die maßlose Begünstigung der **Rumänen**, um deren Habgier willen man die Demarkationslinie 60 Kilometer weit nach Westen vorschieben wollte, so daß von der alten ungarischen Herrlichkeit nur ein Krüppelstück an der Theiß zurückbleiben sollte. Karolyi, der bisherige Regent von Ungarn, hatte wahrlich durch seine Haltung während des Krieges eine bessere Behandlung seitens der Entente verdient. Man kann begreifen, daß er nicht als Totengräber des Stefansreiches fungieren wollte, sondern in der verzweifelten Lage dem bolschewistischen Teufel die Auseinandersetzung mit dem westmächtlichen Lucifer überließ. Es ist ein Jammer, daß dieses Land und sein Volk in eine solche Zwickmühle des Verderbens geraten, und zugleich ist es eine schwere Gefahr für Europa und die ganze Welt, daß die kommunistische Revolution, die in Rußland allmählig zu ersticken schien, durch diesen Zuwachs neue Kraft erlangt. Die Schuld daran fällt voll und ganz auf die Haß- und Habgierpolitik unserer Gegner, die nicht allein die Schranken der Menschlichkeit, sondern auch der **Klugheit** überschreitet. Die Fülle der **Macht**, die ihnen durch Amerikas Hilfe in den Schoß gefallen ist, hat sie grausam und blind zugleich gemacht. Der zurückgekehrte **Wilson** wird inzwischen schon erkannt haben, welche bedenklichen Leute er zu Despoten in Europa gemacht hat. Wird er die Geister, die er rief, wieder bändigen und bannen können?

Die Gefahr von Hamburg.

Mit knapper Not haben wir verhüten können, daß unsere Lebensmittelversorgung durch einen Streik der Hamburger Seeleute vereitelt wurde. Auch diese Krisis entstand durch die Ueberspannung der Bedingungen, von denen die Entente ihre Brotzufuhr abhängig gemacht hatte. Die Unsicherheit über das Schicksal der deutschen Schiffe und ihrer Bemannung wurde von den radikalen Quertreibern ausgenutzt, um die Seeleute aufzuhetzen. Dem Seemansbund, der unter dem Einfluß der Kommunisten und Unabhängigen steht, gelang es, in einer ersten Massenversammlung den Streikbeschluß durchzudrücken. Wunderlicher Weise konnte dieser Beschluß, der das brennendste nationale Interesse der Brotversorgung in Frage stellte, sogar mit einem nationalen Mäntelchen drapiert werden, da man die Rettung der deutschen Handelsflotte vorschieben konnte. Leider ist auf diesem Wege nichts zu retten, da die mächtigen Feinde schließlich alles nehmen können, was sie haben wollen. Das Ende wäre nur neuer Krieg und Hungersnot gewesen. Es war aber schwer, den erregten Seeleuten, die nicht ohne Grund für die Schiffe und ihre eigene Zukunft besorgt waren, die Sachlage und deren Gebot klar zu machen. In der zweiten Versammlung gelang es wenigstens, die eine Hälfte der Teilnehmer zur Stimmenthaltung zu bringen und von der anderen Hälfte eine Zweidrittelmehrheit für den Verzicht auf den Streik zu erlangen. Wenn in anderen Seestädten noch Hemmungen versucht werden sollten, so werden die wohl keine durchschlagende Bedeutung erlangen können. Die Schiffe fahren aus; die Gegner haben keinen Vorwand, um uns die versprochene Zufuhr zu versagen. Bei gewissenhafter Ueberlegung würden sie sogar die Nutzanwendung ziehen müssen, daß die bisher übliche Ueberspannung ihrer Bedingungen denselben Kommunisten Vorschub leistet, deren Bekämpfung sie sich zum Ziel gesetzt haben.

Dieselbe Nutzanwendung gilt für die

Verhandlungen im Osten.

Unsere Abwehr gegen die bolschewistischen Russenheere, die recht gut eingesetzt hatte, wird behindert durch die Zwistigkeiten mit den eroberungssüchtigen Polen. Nachdem die Entente dort eine Demarkationslinie gezogen hatte (sehr zu unseren Ungunsten), hätte sie wenigstens dafür sorgen müssen, daß auch die Polen sich in diesen Grenzen hielten und die betroffenen Deutschen schonten, bis der Friedensvertrag die endgültige Regelung herbeigeführt. Statt dessen wurde dem Uebermut der Polen immer neuer Spielraum gelassen. Für die Oberkommission, die in den auftauchenden Streitfragen Recht sprechen sollte, verlangte man eine Zusammensetzung, die Deutschland ohne weiteres einer Mehrheit von Gegnern auslieferte. Der vernünftige Vorschlag von unserer Seite, einen unparteiischen Obmann durch den Hl. Stuhl oder durch die schweizerische Eidgenossenschaft ernennen zu lassen, wurde abgelehnt; auch die Polen, die sich sonst mit ihrem Katholizismus brüsten, hatten keinen Sinn für die Autorität des obersten Friedensfürsten. Dazu kam die Bedrohung **Danzigs**. Diese alte und echtdeutsche Stadt sollte als Verkehrsstation zwischen den Polen und ihren Gönnern in Beschlag genommen werden. Entrüstung und Entsetzen in Westpreußen und im ganzen Reiche! Denn das wäre die Einleitung gewesen zur polnischen Okkupation dieses Hafens, zur Herstellung des breiten Korridors nach der Ostsee, den die Polen wünschen, und zur Abschnürung des deutschen Ostpreußens vom Mutterlande. Das können wir uns nicht gefallen lassen, wenn wir auch dem neuen Polenstaat den Handelsweg nach der Ostsee sonst gerne gönnen. Der Abbruch der Verhandlungen war unvermeidlich — durch die Schuld der Entente und ihrer Schützlinge, die auf unsere Lebensinteressen gar keine Rücksicht nehmen.

Die Verhandlungen in Weimar und in Berlin.

In Weimar hat der Verfassungsausschuß vorläufig einen Paragraphen angenommen, der die Auflösung und Neuschaffung von Gliedstaaten durch Reichsgesetzgebung in bedenklicher Weise erleichtern würde. Die preußische Regierung setzt sich zur Wehr und es wird auch sonst wohl noch Wasser in diesen unitarischen Wein gegossen werden.

In dieser Richtung wird hoffentlich auch die ausgiebige Debatte wirken, die in der preußischen Landesversammlung zu Berlin gepflogen worden ist und sich hauptsächlich um den Plan der **westdeutschen Republik** drehte. Die Aussprache ist augenblicklich noch nicht zu Ende. Doch kann man als Ergebnis schon buchen, daß die Angelegenheit mit mehr Sachlichkeit und Ruhe behandelt wird und die persönlichen oder parteipolitischen Verdächtigungen wegen „Landesverrates" oder wegen „kulturkämpferischen Widerstandes" aus der Mode kommen. Die Landesversammlung wird vermutlich mit einer Mehrheit von links und rechts sich **gegen** die Auflösung des preußischen Staates erklären, und damit können auch unsere westdeutschen Brüder sich abfinden in der Erkenntnis, daß unter den obwaltenden Umständen die Aufteilung zu schweren Gefahren führen würde, auch in der Hinsicht, daß dadurch die Entwicklung des Reiches zum **Einheitsstaate** bedenklich gefördert würde. Ferner wird die Landesversammlung einmütig einen energischen Protest beschließen gegen die französischen Ansprüche auf das Saargebiet und gegen die Pläne eines westlichen Pufferstaates. Das wird den Beifall **aller** Deutschen finden und hoffentlich **Wilson** stärken in dem Widerspruch gegen solche Eingriffe, die seinem Friedensprogramm geradezu Hohn sprechen und eine deutsche Irredenta schaffen würden.

Die Weimarer Beschlüsse haben begreiflicherweise vor allem in **Bayern** weitgehende Erregung hervorgerufen. Im Ausschuß des Landtags für auswärtige Angelegenheiten wurde am Montag schärfster Widerspruch gegen die unitaristische und zentralistische Machtpolitik der Nationalversammlung erhoben. Auf Grund des föderativen Prinzips, wonach das Reich ein auf völkerrechtlichen Verträgen der Einzelstaaten beruhender Bundesstaat ist, bestreitet man dem Reich und der Nationalversammlung das Recht, von sich aus souverän und ohne Beiziehung der Gliedstaaten die Reichsverfassung in der geplanten Weise neu zu gestalten. Die Einzelstaaten müßten wie bei der Reichsgründung 1871 um ihre Zustimmung gefragt werden. Diesen Standpunkt vertrat mit Entschiedenheit der Abg. **Speck** von der Bayer. Volkspartei, der betonte, daß die Einzelstaaten nicht zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden dürften; wenn Bayern lediglich Objekt der Reichsgesetzgebung werden sollte, dann wollten wir lieber nicht in das Reich eintreten. Der Widerspruch gegen die unitaristischen Bestrebungen ging bis in die Reihen der äußersten Linken und der sozialistische Ministerpräsident Hoffmann erklärte, daß die Staatsregierung bereit und entschlossen sei, die wirklich lebens-

notwendigen Grundlagen des bayerischen Staatswesens durch Vereinbarung mit der Reichsregierung und der Nationalversammlung zu erhalten. Ein diktatorisches Verfahren seitens des Reiches könne man nicht hinnehmen. Eine von der Bayerischen Volkspartei beantragte gemeinsame Erklärung des Landtags wird vorbereitet. (Zu der Materie wird in der nächsten Nummer von autoritativer Seite noch Stellung genommen werden. D. Red.)

Eine Mission des Kardinals Bourne.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Wenn ich jetzt aufmerksam den Tagesereignissen nachgehe und bestimmte von ihnen in ihren Einzelheiten und Zielen verfolge, so kommt mir vor, als ob die Zeitungskorrespondenten zwar sich ihre Aufgabe sehr leicht, dem lesenden Publikum aber um so komplizierter machen. Da reist z. B. der Erzbischof von Westminster, Kardinal Bourne in irgendeiner Mission im Orient umher; ich schlage Blatt um Blatt nach, mustere insbesondere die mir zugänglichen zahlreichen italienischen Blätter Woche um Woche durch, glaube endlich in einer Information des im allgemeinen nicht übel unterrichteten vatikanischen Korrespondenten des Extrustblattes „Momento" eine zuverlässige Aufklärung zu finden, nämlich, daß der Kardinal im Auftrage der englischen Regierung (!) unterwegs sei, und muß nun bei eingehender Prüfung des während des Suchens angesammelten Materiales die Entdeckung machen, daß auch dieser Lichtblick getrogen hat, daß der gute Mann, auf den ich meine Hoffnung setzte, rein geflunkert hat. So habe ich mich entschlossen, selbst der Sache auf den Grund zu gehen, und obschon ich mir nicht einbilde, den Nagel gerade direkt auf den Kopf getroffen zu haben, so weiß ich heute doch, daß ich ihm um einige Handbreit näher gekommen bin, als jene, die so nahe der Urquelle derartiger Nachrichten sitzen.

In wessen Auftrag reist der englische Kirchenfürst? Msgr. Cerretti wurde Ende November mit jener Mission beauftragt, über deren Einleitung ich bereits[1]) berichtete. Er begab sich damals direkt nach London und Irland und hat sicheren Blättermeldungen zufolge Aussprachen mit den Kardinälen Bourne und Logue gehabt. Von London kehrte er nach Wilsons Ankunft in Europa nach Paris zurück, um unmittelbar nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten (am 18. Dezember) von neuem London und Armagh aufzusuchen und erst dann seine Fahrt über den Ozean anzutreten. In London sprach er noch den Kardinal, doch schon am 23. Dezember wird dieser in Rom vom Heiligen Vater empfangen und reist trotz des hl. Weihnachtsfestes am 25. Dezember nach Tarent weiter, angeblich zur Inspektion der englischen Marineseelsorge bei der Mittelmeerflotte. Dann finde ich um Mitte Februar eine erste Meldung über diese Reise, sowie über ihr näheres Ziel: dieses sei Palästina und Konstantinopel, der Zweck jener seien „Missionsangelegenheiten". Es mußten nun jedenfalls sehr dringliche Missionsangelegenheiten gewesen sein, die den Erzbischof von London bewogen, gerade auf das Weihnachtsfest, da kein Oberhirte sich der Funktion in seiner Kathedrale zu entziehen pflegt, eine solche Reise Hals über Kopf nach dem Orient zu unternehmen. Vor allem aber liegt die Vermutung außerordentlich nahe, daß die Abreise von London von dem Ergebnisse der Aussprache Msgr. Cerrettis mit Wilson abhing. In seinem dem „Matin" gewährten Interview nun hat sich der römische Prälat sehr befriedigt über den Erfolg seiner Verhandlungen ausgesprochen und bereits damals lauteten mehrfache Informationen Pariser und amerikanischer Blätter, Palästina sei mindestens einer der Gegenstände der Aussprache mit Wilson gewesen. Weiter dürfen wir annehmen, daß der Kardinal dem Heiligen Vater ausführlich über das berichtete, was ihm zweifelsohne der apostolische Delegat anvertraut hatte, und daß er dann, mit den eigentlichen und letzten Instruktionen versehen, an die Durchführung der auch ihm übertragenen Mission ging. Denn da ein Kardinal im Range nur noch den Papst über sich hat, kann er eben auch nur von diesem mit einem Auftrage ausgestattet werden. Ueber den Aufenthalt in Jerusalem wissen wir bis heute nichts; über den in Konstantinopel nur, daß Kardinal Bourne am 20. Februar dort ankam, in jenen Tagen das neue „armenische Waisenhaus Benedikt XV." besuchte und am 23. Februar über Saloniki und Belgrad auf dem Landwege nach Rom zurückgekehrt ist. Ueber den eigentlichen Zweck dieser ungewöhnlichen Reise müssen wir daher wohl in Rom Nachschau halten.

Daß Benedikt XV. bezüglich des christlichen Orients ganz besondere Pläne hegt, steht außer Zweifel. Er hat dafür vor bald zwei Jahren eine eigene Kardinals-Kongregation ins Leben gerufen, ihr ein Studieninstitut angegliedert, das seinen Betrieb bereits aufgenommen hat und insbesondere auch Nichtkatholiken offen stehen soll, kurz, er erweist dem Orient eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Seine bisherigen Kundgebungen in dieser Hinsicht beweisen auch, daß er nicht von jener einseitigen Bevorzugung alles Lateinischen angekränkelt ist, die Kennern zufolge eines der großen Hindernisse für die Union der schismatischen Kirchen ist. Als Hauptzweck der Errichtung wurde angegeben, die christliche Kirche des Orients in ihrem alten Glanze wieder erstehen zu lassen. „Wir haben nicht nötig", betonte Benedikt XV. im vergangenen Juli in seiner Ansprache an die armenischen Mechitaristen von San Lazzaro, „nochmals zu sagen, daß eine Flamme der Liebe zu allen orientalischen Kirchen in Unserem Herzen glüht und brennt..." Mit diesem Urgrunde hängt also wohl das Geschehnis zusammen, mit dem ich mich hier beschäftige. Damit beginnt uns auch der Zweck jener Verfügung zu dämmern, welche die Kongregation der Propaganda gemeinsam mit der für orientalische Angelegenheiten Ende Dezember erließ und durch die der Zufluß von Mitgliedern lateinischer Orden und Kongregationen nach den Wirkungsgebieten der apostolischen Delegaturen des näheren Orients jeweils an besondere Genehmigungen gebunden ist.

Die Tatsache, daß sich die Katholiken Jerusalems noch im September über das Vorgehen der britischen Militärbehörden und der Hand in Hand mit ihnen arbeitenden anglikanischen Kirche wegen ungebührlicher Bevorzugung der Muhammedaner und Juden und vollständiger Zurücksetzung der Katholiken in Verteilung der Lebensmittel und jeder anderen Art von Hilfe gerade an Kardinal Logue von Armagh wandten (der dann auch bei der britischen Regierung wegen ihres ungerechten und unliberalen Vorgehens Vorstellungen erhob), dürfte vielleicht mit ein Fingerzeig sein für die besondere Aufgabe Kardinal Bournes, denn er als Engländer und Kardinal kann an Ort und Stelle wohl ganz anders auftreten, als der lateinische Patriarch und Italiener Msgr. Camassei.

Daß der Papst bezüglich Konstantinopels besondere Pläne hegt, erscheint gleichfalls außer Zweifel. Es steht heute fest, daß die Entente nach ihrem Siege über die Türkei entschlossen ist, diese endgültig aus Europa auf asiatischen Boden zu verdrängen und die Arbeiten dafür bereits im Gange sind. Damit entscheidet sich das Schicksal Konstantinopels, des Roms des Ostens. Dies ist auch die Schicksalsstunde der katholischen Kirche im Orient. Nun wissen wir, daß bereits im Winter 1915, als es den russischen Millionenheeren gelingen zu sollen schien, die beiden Mittelmächte zu überschwemmen und zu ersticken, der Heilige Stuhl im Hinblick auf die Vereinbarungen der Ententemächte, Konstantinopel an Rußland auszuliefern, durch den französischen Schriftsteller René Bazin Schritte bei den Verbandsmächten tat, um wenigstens die Sophienbasilika für die katholische Kirche zu retten und sie nicht zum Symbole des endgültigen Sieges der russischen Orthodoxie im Orient werden zu lassen. Das Symbol hat an Bedeutung auch bis zum heutigen Tage nichts verloren. Die Annahme, daß der Besuch des englischen Kardinals mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, vermittelt uns die Tatsache, daß gleichzeitig eine große Kundgebung in London, die die Rückgabe jenes Heiligtumes an die christliche Kirche fordern wollte, von der englischen Regierung verboten wurde. Grund: Rücksichtnahme auf die Muhammedaner, die festeste Stütze der britischen Herrschaft in Indien. Auch berichtet „Daily Chronicle" über die beiden Ereignisse in einem Atem. Nicht ohne Bedeutung mag auch sein, daß der Heilige Stuhl das Titular-Patriarchat von Konstantinopel seit dem Tode des letzten Inhabers, des Msgr. Cepetelli, nicht mehr vergeben hat.

Die Mission Kardinal Bournes hat, wie den Beruhigungsversuchen der Trustpresse zu entnehmen ist, in den Kreisen der italienischen Franziskaner lebhafte Beunruhigung erzeugt; sie scheinen für die aus der ihnen übertragenen Kustodie vom Heiligen Lande abgeleitete Vertretung der dortigen katholischen Interessen Befürchtungen zu hegen. Ich enthalte mich eines Urteiles, wenngleich mir das eine erwiesen zu sein scheint, daß wir von einer „päpstlichen Mission Bourne" sprechen dürfen; alles weitere bleibt der Zukunft überlassen.

[1]) „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 2.

Der Kaiserglocke Trauerklage.

Sechshundert Jahre häng' ich schon da oben
Und hab' der Zeiten Wechsel viel erfahren,
Doch sollt' ich ein Jahrtausend auch erleben,
Vergessen werd' ich nicht die Schmerzensstunde,
Wo ich Gewalt erlitt wie kaum zuvor. —
Was tat ich Euch, feldgraue Brüder [1]), denn,
Dass gerade Ihr lieht Euren Arm dem Frevel? —
Wie oft hab' ich in langen Kriegesjahren
Die Kriegsbetstunden für Euch eingeläutet
Und die Gemeinde zum Gebet gerufen? —
Wie oft hab' Eure Siegestaten ich
Weithin verkündet bis zur Jurahöhe,
Mit frohem Stolz die Eurigen erfüllt? —
Wie oft gefallner Helden Trauerklage
Mit ehrner Stimme wehmutsvoll bekundet? —
Und trotzdem habt Gewalt Ihr mir erwiesen! —
Das war kein Heldenstück, feldgraue Brüder!
Ihr wähntet frei zu sein und seid im Banne
Unsel'ger Leidenschaft unfrei gewesen. —
Was tat ich Euch? — Was sollt nun Ihr mir tun?
So oft fortan mein Läuten Ihr vernehmet,
Macht's wie Sankt Petrus, der beim Hahnenschrei
Stets neue Trauer fühlt' ob der Verleugnung.

Bamberg. Dr. A. Senger.

1) Die Kaiserglocke (St. Heinrichsglocke) im Dom zu Bamberg wurde am 26. Februar, nachdem die Kirche gewaltsam erbrochen worden, ausgerechnet nur von Feldgrauen geläutet, die nach der ungewohnten Arbeit schweissbedeckt und lautlos aus dem Gotteshaus sich fortmachten. Nach der Aufschrift ist die Glocke im Jahre 1311 gegossen worden, sie hat ein Gewicht von 90 Zentnern, einen Durchmesser von 179 und eine Höhe von 140 cm.

Deutschböhmens Bluttag.

Von Ottokar Krok.

Tschechowien hat sich mit Blut befleckt und mit blutigen Lettern bleibt der 4. März verzeichnet in der Geschichte Deutschböhmens. Mehr als 40 Tote decken den Plan, meist junges Blut, auch Frauen und Mädchen: 20 in Kaaden, 15 in Sternberg, 3 in Karlsbad, 2 in Eger, 2 in Arnau, 1 Mädchen in Mies. Das ganze deutschböhmische Volk hatte sich am Tag der Eröffnung der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu einem Demonstrationszug für ein selbständiges Deutschböhmen geeint, unübersehbare Massen folgten dem Rufe zu Protestversammlungen gegen die nationale Vergewaltigung unseres Volkes, in Reichenberg z. B. weit über 20000. Die Versammlungen verliefen in Ruhe und Ordnung, mag sein, daß da und dort ein junger Heißsporn seiner nationalen Begeisterung in nicht gerade schmeichelhaften Worten für die Tschechen Luft machte. Sicher ist das eine: Von einer Provokation der tschechischen Soldateska war nie und nirgends die Rede, es sei denn, daß man das Eintreten für unser vielverheißenes Selbstbestimmungsrecht als Provokation betrachtet. Die Tschechen freilich, deren Staat durch Hochverrat zustande kam — Kramar, Klofac und Genossen rühmen sich heute dessen —, wittern auch auf deutscher Seite überall Hochverrat. Sie empfingen in hochgradiger Erregung und Gereiztheit die deutschen Demonstranten mit Dumdumgeschossen und Maschinengewehren. Ehe man sich's versah, glaubten die Tschechen ihre nationale Ehre verletzt: mehr als 40 Tote, ungezählte Verwundete wälzen sich in ihrem Blute, Opfer ihrer Liebe zu Freiheit und Heimat, zur deutschen Erde.

Wir haben früher („A. R." Nr. 1/1919) die Hoffnung ausgesprochen, die Tschechen würden uns Deutschböhmen freie nationale und kulturelle Entwicklung gewährleisten. Diese Erwartung scheint sich leider nicht zu erfüllen. Die Tschechen erweisen sich als Gewaltpolitiker von reinstem Wasser. Obwohl das Schicksal Deutschböhmens noch lange nicht endgültig festgelegt ist, haben sie auch uns ihre tiefeinschneidenden Finanzmaßnahmen (Abstempelung der Noten mit 50% Zurückbehaltung; weitgehendste Vermögensaufnahme; Verbot des Verkehrs mit der Wiener Postsparkasse; Ankündigung der Nichtübernahme von Kriegsanleihen) aufgezwungen; bestrafen sie Wahlen und Wahlvorbereitung als Aufruhr und Hochverrat; zwingen sie deutsche Gagisten sich zur tschechoslowakischen Armee zu melden u. a. Es grenzt ans Pathologische, wie sie alles, was ans Deutsche, wie überhaupt an das alte Oesterreich erinnert, ausmerzen. An allen deutschen Bahnhöfen erscheinen an erster Stelle tschechische Inschriften; die deutschen Zeitungen unterliegen strengster Zensur; das Wort „Soldateska" ist eine Beleidigung der Tschechen; in einem Gasthaus hatte man 8 Tage nach dem Geburtstag Masaryks die Ehrentafel entfernt, die die Soldaten, die heute jedes Dorf besetzen, aus diesem Anlaß errichtet hatten — es erfolgte gegen die Wirtin Anzeige wegen Hochverrats; ein Oberlehrer hatte seinen Sängerinnen verboten, sich an die Tschechen hinzugeben, Resultat: Anzeige wegen Hochverrats; in allen Reklametafeln, auf allen Gedenksteinen, an allen Briefkästen wird der kaiserliche Adler ausgetilgt. Die leitenden tschechischen Kreise haben heute vergessen, was einer ihrer Führer, Dr. Smeral, wiederholt erklärte — damals war freilich noch das alte Oesterreich —: „Durch die Herzen werden wir auch zur Gemeinsamkeit in der Politik, zur Eintracht im nationalen Leben und zur österreichischen Staatsidee gelangen"; und an anderer Stelle: „Seit Jahren habe ich auf das gewissenhafteste den Zusammenhang des nationalen Problems der Tschechen mit der Idee eines national gemischten, großen, föderativen Donaustaatenbundes durchgedacht und zugleich auch den Zusammenhang des nationalen Problems der Tschechen mit der Regelung unseres gegenseitigen Verhältnisses zur deutschen Nation, mit der wir auf ewige Zeiten verbunden sind, über die wir und die über uns nie zur Tagesordnung übergehen können, mit der wir zu einem Einvernehmen gelangen müssen, wenn auch nicht anders als auf einem durch bittere Fehler und Enttäuschungen erkauften Wege, aber endlich doch auf dem Wege eines unabweislichen Ausgleichs und Einvernehmens." Nun, Herr Dr. Smeral, mit Maschinengewehren, mit gemeinem Mord, bahnt man sich nicht den Weg zum Herzen. Die Aussichten auf „Ausgleich und Verständigung" werden immer geringer, damit auch die Aussichten auf den Bestand des tschechischen Staates. Man möchte heute, wenn überhaupt nach den letzten Ereignissen noch ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen möglich ist, den Tschechen das Wort Foersters zu bedenken geben: „Die beste Sicherung der eigenen Rechte ist die Liebe für die fremden Rechte und für die fremden Interessen. Sich fremder Rechte aufrichtig anzunehmen, ist das größte Imperium."

Und die Deutschen? Deutschböhmen trauert nach den letzten Ereignissen. Doch die Trauer geht nicht tief, ist Phrase. In derselben Nummer der „Reichenberger Zeitung", die den Märzgefallenen einen Leitartikel widmet, zahllose Ankündigungen von Bällen, Tanzunterhaltungen — Maskenbälle deutschnationaler(!) Vereine. Difficile est satiram non scribere. Wir haben getanzt über den Massengräbern des Krieges, Unterernährung und Hungerödem mit Tanz überwunden, Revolution und nationale Niederlage mit Tanz gefeiert, die Tschechen veranstalten eigene gutbesuchte Tanzkränzchen im deutschen Gebiet, warum sollten wir nicht tanzend trotz Not und Blut und Fastenzeit den Totentag der Opfer unseres Volkes — feiern?! Gott sei's geklagt, der Freisinn hat unser Volk um Glaube, um Zucht und Sitte, um das Gefühl für nationale Ehre gebracht, hat den Tschechen wacker vorgearbeitet. Und das Volk, das gute, arbeitsfrohe, hochbegabte Volk begreift die Lage nicht.

Heute will die Sozialdemokratie, nachdem der deutsche Freisinn offenbar versagt hat, die nationale Führung an sich reißen. Die Begeisterung der internationalen Partei für das Deutschtum ist einerseits kluge Berechnung, da hierzulande nur der gilt, der sich das nationale Mäntelchen umhängt; anderseits ein Mittel, um das Volk desto sicherer für den Anschluß an Deutschland zu gewinnen, von dem die Sozialdemokratie heute die Erreichung ihrer radikalsten Ziele erwartet. „Wir sind heute so wenig nationale Chauvinisten, als wir es je waren", meint der „Vorwärts" (Nr. 57, 1919). „Aber wir können als Klasse niemals an unser großes sozialistisches Ziel gelangen, wenn unser ganzes Volk national unterdrückt ist. Daher ist die Sache unseres Volkes vor allem auch unsere Sache, darum führen wir den Kampf um Deutschböhmens Freiheit und Selbstbestimmungsrecht und darum müssen und werden wir bereit sein, in diesem Kampfe jedes Opfer zu bringen". Wer die Güter seines Volkes nur unter dem Gesichtswinkel augenblicklicher Parteivorteile betrachtet, hat nicht die Qualitäten zum nationalen Führer, dessen erste Eigenschaften Selbstlosigkeit, Liebe und Treue zum angestammten Volkstum, Charakterstärke bleiben.

Der sozialdemokratische Redakteur Baumheier und andere erklärten wiederholt unter dem Beifall ihrer Genossen in öffentlicher Versammlung: „Gott sei Dank, daß wir den Krieg verloren haben!“ Das also ist die sozialistische Liebe zum deutschen Volke! Sie jubeln über den verlorenen Krieg und damit — über die Besetzung Deutschböhmens durch die Tschechen.

Was die Märzereignisse uns lehren sollten? Nicht Haß gegen die Tschechen. Im Haß gegen das Fremde erstirbt die Liebe zum eigenen Volk. Die Liebe, wahre, echte, kernhafte, opferfähige, tatbereite Liebe soll uns einen. „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ mahnt's aus den Gräbern der Märzgefallenen. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird? Die Aussichten sind trübe. Die Kulturkampfshetze blüht weiter. Mit Genugtuung konstatieren unsere Freisinnigen alle katholikenfeindlichen Maßnahmen der Tschechen (Kanzelparagraph, Kündigung an katholische Ordensschwestern im Skrophulosenheim in Zwickau usw.). Unsere Lehrerschaft überstürzt sich mit radikalen Forderungen. Die bürgerlichen Parteien treiben weiterhin Selbstzerfleischung. Sie gründen neue Parteien, die von Anfang an Katholiken die Mitarbeit verekeln, ja sie geradezu ausschließen. Die nationale Verdächtigung der Katholiken treibt weiter ihre giftigen Blüten. Des deutschen Volkes ganzer Jammer faßt uns an. Wann kommt der starke Mann, der dem Wirrwarr ein Ende macht, der die einigende Formel findet? Wann reichen sich die Besten unseres Volkes die Hand zu einigem Handeln? Wann werden sie, Parteihader und Parteigezänk vergessend, die wahren Güter des Volkes, Religion, Sittlichkeit, Einigkeit, Recht und Freiheit pflegen? Dann kommt das Morgenrot der neuen Zeit für uns, dann sind wir wert unserer toten Helden, dann sind wir wert der besten Söhne draußen im Reich, denen wir brüderlich die Hände reichen.

Religionslose Ethik in der Schule.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Erlasse der provisorischen Kultusministerien in einigen deutschen Staaten haben den Religionsunterricht zu einem Wahlfache herabgewürdigt, also den Besuch durch die Schüler freigestellt. In Preußen führte der Widerstand des gläubigen Volkes zu einer vorläufigen Zurücknahme der Verordnung. Da hält nun der Unglaube die Zeit für gekommen, an die Stelle des Religionsunterrichtes die religionslose Moral zu setzen. Der Jugend soll ein Sittenunterricht erteilt werden, der von jeglicher dogmatischen und konfessionellen Orientierung und Begründung absieht, sich einzig auf die menschliche Natur stützt und aus ihr abgeleitet wird. Diese Ethik regelt nur die Pflichten des Menschen gegen sich selbst, gegen Familie, Berufsgenossenschaft, Gemeinde und Staat. Die Rücksicht auf Gott ist völlig ausgeschaltet. Eine solche Belehrung preist man als wahrhaft pädagogisch-psychologisch.

Seinen natürlichen und geschichtlichen Ausgangspunkt hat die religionslose oder freireligiöse Sittenlehre in der Abwendung von der positiven Religion, wie sie sich in dem Deismus, Rationalismus und der Aufklärung vom Ende des 16. Jahrhunderts an anbahnte. Mit der Verwerfung des Dogmas mußte von selbst auch die in ihm wurzelnde christliche Moral fallen. Zwar geschah dieses nicht sofort; Nietzsche richtete noch an D. Fr. Strauß den Vorwurf der Inkonsequenz, da er nur die christliche Wissenschaft und Lehre verwerfe, die christliche Moral aber festhalten wolle. Die Entwicklung mußte aber notwendigerweise auch zur Preisgabe dieser führen. Die wachsende Abneigung gegen die Offenbarungswahrheiten und das Streben nach einem rein irdischen Kulturideale steigerten auch den Kampf gegen religiös gegründete Moral und zeitigten Bestrebungen in den Schulen, eine freireligiöse Sittenlehre einzuführen.

Die Freidenkerkreise Frankreichs, welche in der dritten Republik bald die Herrschaft in die Hand bekamen, gingen in der Sache mit größter Energie und Konsequenz voraus. Durch Gesetz vom 28. März 1882 wurde bestimmt, daß in der Volksschule Belehrung in der Moral und Bürgerkunde gegeben werde, sowie daß der bisher übliche Religionsunterricht nur außerhalb des Schulgebäudes stattfinden dürfe (Vgl. L. Heilmaier, Der Moralunterricht in der französischen Laienschule. Kösel 1918). Auch andere europäische Länder machten Versuche, so Portugal, Italien, die Schweiz und England. Einen wichtigen Faktor im Erziehungswesen bildet der religionslose Moralunterricht in den freien Schulen Nordamerikas; in die Staatsschulen erhielt er bisher keinen Einlaß; allerdings wird in ihnen auch kein religiös orientierter gegeben. Das ist bei der großen konfessionellen Zerklüftung, wie sie gerade in den Vereinigten Staaten herrscht, begreiflich.

In Deutschland setzte die Bewegung für einen freireligiösen Sittenunterricht mit dem Beginn der 80er Jahre des verflossenen Jahrhunderts ein. 1881 wurde der „Deutsche Freidenkerbund“ gegründet; die „Gesellschaft für ethische Kultur“ fand Verpflanzung von Amerika nach Deutschland; es traten ins Leben „Deutscher Bund für weltliche Schule und Moralunterricht“, später „Deutscher Bund für Reform des Religionsunterrichtes“, 1911. Diese und alle Vereinigungen, die „freiheitliche“ Ziele verfolgen, sind Gegner des religiösen Moralunterrichtes. Solches gilt nicht zuletzt vom Monistenbund. Eine starke Macht in diesem Kampfe bilden die fortschrittlichen Lehrerverbände, so der große „Deutsche Lehrerverein“. Von da gingen die Anregungen an die Staatsbehörden zur Aufhebung des positiven Religionsunterrichtes und damit auch der christlichen Morallehre aus.

Wo man überhaupt den Versuch unternommen hat, den religionslosen Moralunterricht gegenüber der christlichen Sittenlehre aus der Sache heraus zu begründen, wies man auf folgende Momente hin: die mit der Religion verknüpfte Sittenlehre gebe keine ausreichende Auskunft über die ethischen Verpflichtungen selbst, auch erziele sie nicht die erwünschte Wirkung in bezug auf die verpflichtende Kraft und die Verbindlichkeit. Man will weiter die moralischen Vorschriften des Alten und teilweise auch des Neuen Testamentes als nicht naturgemäß, als verwirrend, irreführend und unzulänglich finden. Die Widersprüche zwischen den einzelnen Konfessionen raubten zudem den sittlichen Lehren alle Kraft. Darum sei die Forderung zu erheben, ein anderes ethisches Gesetz für die Menschheit zu gewinnen, das sich auf eine natürliche und jedem sofort einleuchtende Vorstellung des Rechten und Geziemenden gründe. Damit werde es gelingen, die Menschen auf ein höheres, das gesamte Tun und Leben umfassendes Verhalten zu bringen. Die erhobenen Einwände sind nicht zutreffend. Der Unterricht in der christlichen Sittenlehre stellt die Verpflichtungen sehr bestimmt und eindeutig heraus, stützt sie mit dem Motive, das den menschlichen Willen am stärksten faßt, mit dem Hinweise auf die Anordnung unseres höchsten Herrn, der ohne Ansehen der Person in Heiligkeit und Gerechtigkeit über die Erfüllung seiner Gebote wacht. Die ethischen Vorschriften der Bibel enthalten gewiß vielfach nur allgemeine Grundsätze. Diese erhalten aber durch die Unterweisung Anwendung auf die einzelnen Fälle des praktischen Lebens und finden im Herzen des Menschen, auch bei der Jugend im höchsten Grade Anklang. In der Verwirklichung durch die Heiligen rufen sie Begeisterung hervor.

Dagegen ist die religionslose Moral unfruchtbar und ungenügend. Nur wenige Hinweise sollen gegeben werden. Mit Avenarius können ihre Vertreter sagen: „Wir brauchen ein Ziel und wissen nicht, welches.“ Es fehlt jegliche klare Zielsetzung, die doch bei der Erziehung eine Fundamentalforderung ist. Die weitgehendste Verschiedenheit herrscht hier. Die einen nehmen mit Comte, dem Begründer des Positivismus, die Menschheitsverehrung, den Dienst des Grand-Être (des Menschen) an; auf dieses soll unser ganzes persönliches und gesellschaftliches Leben bezogen werden; die Anhänger der ethischen Kultur wollen eine Moral bieten, die den Menschen zu einem guten, ehrenvollen Handeln führt; Wundt mit seinen Schülern strebt als Zweck der Sittlichkeit die kulturgeschichtliche Aufwärtsbewegung an in der Hervorbringung allgemeiner geistiger Schöpfungen, also Staatenbildung, Kunst und Wissenschaft; die Apostel der Entwicklungslehre stellen die Arbeit zur Züchtung des Uebermenschen als höchste Aufgabe hin; die Prediger der Klassenmoral preisen als oberstes sittliches Ideal die Förderung der Berufsgenossenschaft und der Interessentengruppe, der man angehört. Zu diesen mehr großen Richtungen der Zielsetzung bringen einzelne Männer und Frauen noch besondere ethische Lizenzen oder auch Forderungen, die für die Gesellschaft auflösend wirken müssen, so die extremen Vertreter des Naturalismus hinsichtlich des geschlechtlichen Lebens. Was Düring in seinem „Handbuch der menschlich-natürlichen Sittenlehre für Eltern und Erzieher“ 1899 sagt: „Die wissenschaftliche Grundlage für die religionslose Ethik muß erst festgestellt werden; die ethische Wissenschaft hat dieses noch nicht fertig gebracht“ (Einleitung), gilt auch jetzt noch. In Rücksicht

auf diese Zerfahrenheit sprechen Anhänger der religionslosen Ethik selbst von den „zahlreichen Konfessionen der konfessionslosen Moral", andere reden von einer „Anarchie". Einigkeit besteht nur in der Ablehnung eines persönlichen Gottes und deshalb in der Verwerfung einer transzendenten Begründung der Sittenlehre und namentlich seit Entstehung des Monistenbundes (1906) im Kampfe gegen jede Form der Offenbarungsreligion.

Darum hat die religionslose Ethik keine genügenden Motive, die gegen die innere Leidenschaft im eigenen Herzen und gegen äußere Einflüsse das sittliche Handeln gewährleisteten. Man mag die rein natürlichen Beweggründe noch so sehr preisen, in der Stunde schwerer Entscheidungen zwischen Neigung und Pflicht werden sie versagen, man rede dem Menschen in höchster Begeisterung von einem fernen Ziele der Kulturentwicklung, von dem kommenden Uebermenschen u. ä., dadurch werden sich nur wenige bestimmen lassen, auf persönliches gegenwärtiges Glück und eigenes Wohlergehen Verzicht zu leisten. Zu einem opferbereiten, gar heroischen Verhalten reicht der religionslose Impressionismus mit der Verschwommenheit der Moralbegriffe nicht aus, dazu sind unerschütterliche, über dem Menschen stehende Wahrheiten und Grundsätze erforderlich, die ihre oberste Sanktion erhalten in dem unveränderlichen heiligen Willen Gottes. Sein absolutes: „Du sollst!" „Du sollst nicht!" hat Allgewalt über den Niederungen sich zuwendenden menschlichen Willen. Welche Macht besitzt schließlich die Gottes- und christliche Nächstenliebe auf den menschlichen Willen! Wie vermag sie Schwaches stark und widerstandsfähig zu machen!

Den Mangel der Motive für das sittliche Handeln, an dem die religionslose Ethik leidet, bekundet auch der Sittenunterricht der französischen Staatsschulen. Man zeigt sich hier geradezu erfinderisch in dem Suchen nach Aneiferung und Antrieb durch äußerliche Mittel von Illustrationen und sonstige sinnfälligen Darstellungen der Lehren. Dadurch wird der Wille wohl momentan exaltiert, aber nicht bleibend beeinflußt.

Der Unglaube hat sich jederzeit auch mit den schönsten Mahnungen und Unterweisungen unfruchtbar gezeigt, die im Glauben verankerte Sittenlehre dagegen hat allein das Große und Erhabene in der Menschheitsgeschichte geschaffen. Dieser Erkenntnis geben selbst Männer Ausdruck, deren Autorität auch der Freidenker nicht bestreiten kann. Kant z. B. sagt: „Ohne Gott und eine für uns jetzt nicht sichtbare, aber gehoffte Welt sind die herrlichen Ideen der Sittlichkeit zwar Gegenstände des Beifalls und der Bewunderung, aber nicht Triebfedern des Vorsatzes und der Ausführung" (Werke, Hartenstein, III, 536). Bekannt ist die diesbezügliche Ueberzeugung Goethes; an Schlosser schreibt er: „Ich muß gestehen, selbstlose Charaktere, Charaktere, die man wahrhaft hochachten kann, nur da gefunden zu haben, wo ich ein festgegründetes religiöses Leben fand, ein Glaubensbekenntnis, das einen unwandelbaren Grund hatte, gleichsam auf sich selbst ruhte, nicht abhing von der Zeit, ihrem Geiste, ihrer Wissenschaft". In gleicher Weise erkennen Gelehrte, denen die Schattenseiten des menschlichen Lebens nicht fremd bleiben, den geringen Einfluß der religionslosen Sittenlehre auf den einzelnen. Der Berliner Nervenarzt Placzek z. B. schreibt: „Wenn wir einen Kampf gegen den Selbstmord aufnehmen, so müssen wir auch eine Wiedergeburt im Menschen anstreben". „Niemals wird es gelingen, den (religionslosen) Moralunterricht gleich eindrucksvoll zu gestalten, da gerade das mystische Gewand der Religionslehre, der Glaube an eine allwaltende, gütige Vorsehung eine ganz andere Wirkung übt und üben muß. Ein Moralunterricht kann das Kindergemüt nicht in gleicher Weise erheben und gleich vertieft seine Lehren in dasselbe eingraben und sie für das Handeln wirksam machen" (Selbstmordverdacht und Selbstmordverhütung 1915, S. 216 f.).

Gewiß besitzen auch die Anhänger der „ethischen Kultur" eine bestimmte Sittlichkeit. Doch können diese selbst sich nicht der Einsicht verschließen, daß die christliche Sittenlehre auch bei jenen noch nachwirkt, die sich von ihr abwenden wollen. Arthur Drews, ein Schüler Ed. v. Hartmanns, spricht dieses in aller Deutlichkeit aus: „Was in unserer Zeit sich zu einer derartigen religionslosen Moral bekennt, das schöpft seinen sittlichen Enthusiasmus zumeist auch gar nicht aus den vorgeblichen allgemeinen Vernunftprinzipien, sondern ganz einfach aus der anererbten und anerzogenen sittlichen Gesinnung, die ihren wahren Ursprung im religiösen Verhältnisse der Vorfahren hat, nur daß dies den Verfechtern jener Art von Sittlichkeit in der Regel nicht bewußt ist" (Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes, 1906, S. 46.) Ja, Nietzsche hat recht, wenn er einmal sagt, der Himmel glühe und leuchte noch von Christus; in diesem Abendrot leben noch die religionslosen Ethiker. Wie dann, wenn davon einmal die letzten Strahlen verschwunden sind?

Schon lange macht man kein Hehl mehr daraus, daß in dem klassischen Lande des religionslosen Sittenunterrichtes, in Frankreich, dieser zu einem tiefbedauerlichen Niedergange von Sitte und Ordnung führe. (Belege in dem bereits angegebenen schönen Buche von L. Heilmaier). Nur ein Wort: Der Determinist Payot erklärt: „Die Laienschule ist dem Gesetz der moralischen Krisis ausgesetzt, die seit einem Vierteljahrhundert das französische Geistesleben verwirrt. Diese Menschen, die den Weg aufhellen sollten, versagen, sie sind selbst hilflos, — sie haben dem Katholizismus den Rücken gekehrt, aber man sieht, daß sie keinen Ersatz dafür gefunden haben, — es ist kein Kutscher mehr da, so lenken denn die Pferde den Wagen."

Schauen wir noch auf unser Vaterland. Während Preußen und Sachsen sich weigerten, den freireligiösen Sittenunterricht als Ersatz des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes für die Dissidentenkinder in den Schulen zuzulassen, waren die süddeutschen Staaten entgegenkommender. In Bayern zum Beispiel wurde schon vor ungefähr 30 Jahren der freireligiösen Gemeinde München die Genehmigung zu einem „religionslosen Sittenunterricht" erteilt. Vor einigen Jahren wurden Klagen über die Art der Ausdehnung dieser „Unterrichtsanstalten" und die Weise, wie die Belehrung gegeben wurde, vor das Ministerium gebracht. Dieses beauftragte Professoren der philosophischen Fakultäten der drei Landesuniversitäten, nach den Lehrbüchern und sonstigen in Betracht kommenden Schriften Gutachten abzugeben. Aus diesen führt das Ministerium in einem Erlaß eine Zahl von höchst bedenklichen Aeußerungen an und charakterisiert nach dem ihm vorgelegten Material den fraglichen Unterricht also:

„Aus diesen wenigen Beispielen, die unschwer bedeutend vermehrt werden könnten, ergibt sich, daß beim freireligiösen Unterricht die moralischen Forderungen nicht auf den Glauben an einen gerechten Gott und auf eine künftige Vergeltung begründet werden und daß deshalb auch die von der Gottesauffassung des Christentums und des Judentums ausgehenden starken sittlichen Antriebe durch diesen Unterricht nicht ersetzt werden können. Die angeführten Stellen lassen aber, was von einzelnen Gutachtern noch eingehender nachgewiesen wurde, weiter ersehen, daß in der freireligiösen Literatur neben einer Art von unklarem Pantheismus streng atheistische und materialistische Anschauungen weit verbreitet sind, daß es in dieser Literatur nicht an Aeußerungen fehlt, in denen sich leidenschaftlicher Haß gegen das Christentum oder wenigstens gegen die Kirche und ihre Anhänger bekundet, daß diese Literatur den Glauben an einen persönlichen Gott bekämpft, zum Atheismus erzieht und unsichere wissenschaftliche Hypothesen als sichere Ergebnisse ausgibt, daß auch der sogenannte konfessionslose Moralunterricht atheistisch, offenbarungsfeindlich, antichristlich ist und reichlich Hypothesen als angeblich feststehende Tatsachen verwendet" (Kgl. Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 165 vom 18. Juli 1914).

Auf Grund dieser Feststellungen glaubte das bayerische Staatsministerium die Frage, ob jener Unterricht weiter mit staatlicher Genehmigung für Schüler an öffentlichen Schulen eingerichtet und betrieben werden dürfe, verneinen zu müssen. Die Revolutionsregierung dachte anders. Noch bevor der Religionsunterricht als Wahlfach erklärt wurde, verfügte der Minister unterm 10. Januar 1919, daß künftig bei Genehmigung von Unterrichtsanstalten, welche die Erteilung von Religions-, Sitten- und Ethikunterricht bezwecken, eine Prüfung des Lehrinhaltes und der politischen und religiösen Anschauung zu unterbleiben hat („Bayer. Staatszeitung" Nr. 17, 2. Bl.). Damit ist dem religionslosen Sittenunterrichte die Bahn freigemacht. Sofort wandte sich denn auch das Kartell der Freidenkervereine Münchens an die Eltern, die ihre Kinder in freigeistigem Sinne erziehen zu lassen bereit seien, diese in den freireligiösen Sittenunterricht zu schicken. Seine Organisation leitet der vor einigen Jahren von Berlin-Teplitz nach München ausgewanderte Prof. Dr. L. Gurlitt. Auch die Jugendgruppe Sonne des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe München, ist bestrebt, die Heranwachsenden zu gewinnen und geht die Rektorate der höheren Lehranstalten an, daß auch diese die Einladungen an die Schüler vermitteln sollen.

Klug ist, wer die Erfahrungen anderer ausnützt; diese aber sind hinsichtlich der religionslosen Ethik höchst ungünstig. Wenn nun dennoch in Deutschland der Versuch gemacht wird, ihn einzuführen, so bekundet diese Tatsache, daß die Konsequenzen der Weltanschauung stärker sind als die Rücksicht auf das Wohl der Gemeinschaft.

Die Entartung des Judentums.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

In den beiden bisherigen Artikeln haben wir die bedeutsamsten Zerfallserscheinungen innerhalb des modernen Judentums kennen gelernt, die auf dem Gebiete des sexuellen Lebens zu suchen sind. Wenn der jüdische Arzt Dr. Theilhaber ein Buch mit dem Titel: „Der Untergang der deutschen Juden" schreiben konnte, so müssen sich noch weitere Symptome feststellen lassen, die diese Behauptung rechtfertigen. Wir zeigen daher noch an sonstigen pathologischen Merkmalen und Krankheitserscheinungen, in welchem Maße das Judentum einer degenerativen Entwicklung verfallen ist.

Um mit dem Alkoholgenuß zu beginnen, so kann man in Anbetracht der sprichwörtlichen Nüchternheit der Juden aus diesem Uebel Degenerationserscheinungen nicht herleiten. Der Alkoholismus spielt im Leben der Juden keine einschneidende Rolle, obwohl sie auch nicht der Abstinenz huldigen. Die Mäßigkeit war bis zur Stunde eine charakteristische Eigenschaft der Juden. Allein auch mit diesem günstigen Merkmal geht es nach dem Urteile der beiden jüdischen Autoren Fishberg und Dr. Hoppe bei den heutigen Juden, wenn auch nur sehr langsam, abwärts. Der starke Zugang von Juden in die preußischen Irrenanstalten wegen Delirium tremens, sowie das Steigen der Personendelikte wird von diesen beiden Schriftstellern auf den verstärkten Alkoholmißbrauch der Juden zurückgeführt.

Nach dem Urteile französischer Aerzte sind die Juden der rheumatischen und gichtischen Veranlagung, sowie den Stoffwechselstörungen viel stärker unterworfen, als die Nichtjuden. Die Zuckerkrankheit, Diabetes, hat man eine Judenkrankheit genannt. Dr. Maurice Fishberg, der in seinem Buche über die Rassenmerkmale der Juden diese von allem rein zu waschen versucht, was wie eine spezifische Rasseneigentümlichkeit aussehen könnte, schreibt daselbst, daß „die Juden Deutschlands in der Tat diesem Leiden ziemlich arg unterworfen sind; auch in Ungarn sterben auffallend viele Juden an der Zuckerkrankheit." In Frankfurt a. M. starben in den Jahren 1872—1890 die Juden sechsmal so häufig wie die Christen an der Zuckerkrankheit; in Preußen war sie nach Singer 6¹/₂ mal größer bei den Juden als in der übrigen Bevölkerung. Auch in Newyork leiden die Juden mehr als doppelt so viel an Diabetes als die übrigen Bewohner. Die Zuckerkrankheit steht in engem Zusammenhang mit einem üppigen Leben, sie ist eine Krankheit der wohlhabenden Klassen. Gemütserregungen, Geschäftsverluste ziehen leicht Diabetes nach sich. Ein geflügeltes Wort eines Arztes, Dr. Kleen, lautet nach Fishberg: „Wenn die Aktien in Wallstreet fallen, steigt Diabetes". Diese Krankheitsform ist mit dem Erwerbsleben der Juden in engen Zusammenhang zu bringen. Ferner sind bei Juden häufig anzutreffen die Krankheiten der Arterienverkalkung, Krampfadern, Hämorrhoiden und Hämophilie. Fishberg erklärt das damit, daß der Jude oft geistig und noch öfter physisch frühreif ist. „Früher körperlicher Verfall ist eine der Strafen des Juden für seinen raschen Schritt im Leben — insbesondere für seine ungeheure Betriebsamkeit, seine Kümmernis und sein ängstliches Haschen im Verfolge seiner Geschäftsziele". Krampfadern sind namentlich unter den Jüdinnen sehr häufig; von Hämorrhoiden sind die Juden nach Fishberg „wahrscheinlich mehr als andere" heimgesucht. Dagegen zeigen die Juden eine sehr günstige Kindersterblichkeit, weil die jüdischen Mütter infolge des jüdischen Reichtums und der Seltenheit der Schwangerschaft den Säuglingen eine ganz andere Pflege wie andere vielbeschäftigte und arme Mütter angedeihen lassen können. Ein häufiges Leiden ist unter den Juden ferner nervöse Dyspepsie, Verdauungsschwäche und saurer Magen, „weil sie zum Essen während der Geschäftszeit sich nicht genügend Zeit gönnen".

Weitere Merkmale der Juden, durch welche sie von ihrer Umgebung abweichen, sind Blindheit und Farbenblindheit. Die Zahl der blindgeborenen Judenkinder ist abnorm groß, obwohl die Geschlechtskrankheit als Ursache dieser Erscheinung bei den Jüdinnen sehr selten ist. „Als Ursache der übermäßig hohen jüdischen Blindenrate in Deutschland wird die Häufigkeit der Verwandtschaftsheirat, die große Zahl jüdischer Nervenleidender und namentlich die erhebliche Anzahl jüdischer Augenleidender bezeichnet", schreibt Fishberg. Trotz der oft ungünstigen Lebensbedingungen und des häufig vorkommenden Schwindsuchtshabitus hat sich erfahrungsgemäß herausgestellt, daß die Juden seltener als die Christen von der Tuberkulose heimgesucht werden. Dagegen stimmen alle Aerzte darin überein, daß Störungen des Nervensystems unter den Juden zu den häufigsten Krankheitserscheinungen gehören. Das eine ist sicher, schreibt Fishberg: „Die Juden werden von den sogenannten funktionellen nervösen Affekten, besonders Neurasthenie und Hysterie, mehr berührt; die meisten der unter Juden stark praktizierenden Aerzte bezeugen, daß Hysterie ein charakteristisches Privilegium der männlichen Kinder Israels ist". Die aufreibende Beschäftigung der Juden namentlich im Handel, im Bankwesen und in den liberalen Berufsarten macht es erklärlich, daß sie in unserem nervösen Zeitalter am nervösesten sind.

Noch manche andere menschliche Gebrechen zeigen eine starke Anteilnahme der Juden. Die Geistesschwachheit findet sich in Deutschland bei den Juden zwei- bis dreimal so oft wie bei den Christen. Bei Beurteilung dieser Ziffern muß man allerdings in Betracht ziehen, daß die Juden als Stadtbewohner und reiche Leute leichter dazu kommen, ihre geistesschwachen Angehörigen in Anstalten zu schicken als Christen. Sehr stark ist ferner die Beteiligung der Juden an der Taubstummheit, ebenso die Verbreitung des Irrsinns, der etwa dreimal so häufig ist wie bei den Christen. Die Paralyse macht mit 12 bis 25 Prozent den Hauptanteil der Geisteskrankheiten aus und kommt beim jüdischen Manne zehnmal so häufig vor wie bei der jüdischen Frau.

Unter den Entartungserscheinungen des Judentums ist noch den Geschlechtskrankheiten und der sexuellen Impotenz ein Augenmerk zu schenken. Die Juden früherer Zeiten waren durch ihre strengen Religionsgesetze, durch ihre Ghettoabgeschlossenheit, ihr frühes Heiraten und durch ihre Achtung vor dem Weibe vor geschlechtlichen Erkrankungen stark geschützt. Die heutige Lage schildert Dr. Theilhaber also: „Die große Zahl der Paralytiker, die in Preußen ein Zehntel aller Geisteskranken ausmacht, weist schon auf eine starke Durchseuchung der Juden durch die Syphilis hin, da die Gehirnerweichung bekanntlich eine Folgeerscheinung der Syphilis ist ... Außerdem geben alle Spezialärzte, die eine jüdische Klientel haben, an, daß sie eine erstaunliche Menge jüdischer junger Leute zu behandeln Gelegenheit haben. Ein gut Teil der sterilen Ehen der Juden ist auf eine bekannte Form geschlechtlicher Infektion zurückzuführen."

Wenn man all die zahlreichen Gesichtspunkte zusammenhält, aus denen sich ohne Zweifel eine fortschreitende Degeneration ergibt, so kann es nicht weiter überraschen, daß in Anbetracht des starken Schwindens des religiösen Sinnes bei den Juden auch der Selbstmord eine starke Zunahme erfahren haben muß. Fishberg spricht denn auch von einer „schauerlichen Steigerung" im Hinblick auf die Entwicklung der Selbstmordziffern in Bayern. In den Jahren 1844—56 gingen daselbst von 1 Million Katholiken 49.1, von 1 Million Protestanten 135.4, und von 1 Million Juden 105.9 freiwillig in den Tod. In den Jahren 1890—99 lauten diese Ziffern 92.7, 210.2, und 212.4. Die katholische Ziffer ist also um 189 Prozent, die protestantische um 156 Prozent, die jüdische um 200 Prozent innerhalb 55 Jahren gewachsen. Noch stärker ist das Wachstum der jüdischen Selbstmordziffer in Preußen, wo auf 1 Million Juden 1849—55 46, 1900—1907 dagegen 294 Selbstmorde entfielen. „Die fortschreitende Konzentration", sagt Dr. Theilhaber, „die berufliche Tätigkeit, die sinkende Macht des religiösen jüdischen Gedankens gibt den Massen die Freiheit zum Selbstmord."

Diese bevölkerungsstatistischen und biologischen Nachweisungen über das Judentum waren notwendig zum Verständnis des Einflusses, den das Judentum im geistigen, politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes ausübt. Es ist gut, sich stets der biologischen und moralischen Beschaffenheit der Juden zu erinnern. Dieser Entartung würde in Anbetracht der kaum 600000 Angehörige zählenden Judenheit in Deutschland keine allzu große Bedeutung beizulegen sein, wenn nicht der Zerfall des Judentums mannigfachen Verfallserscheinungen des deutschen Volkes mit Meilenstiefeln vorausginge und zum großen Teil selbst den Niedergang unserer deutschen Kultur mitverursachen würde. Es stünde um unsere religiöse und sittliche deutsche Volkskultur erheblich besser, wenn nicht das moderne freigeistige Judentum mit seiner Zersetzung, seinem Zweifel, seiner Kritik- und Schmähsucht, seinem Materialismus und Rationalismus einen so tiefbohrenden Einfluß auf nahezu alle Verhältnisse unseres öffentlichen und privaten Lebens hätte.

Feind im Land.

Das Gespenst der Geschlechtskrankheit.

Von Universitätsprofessor Dr. v. Notthafft, München.

Beunruhigende, unheimliche Gerüchte durchschwirren die Luft, füllen die Spalten der Tagespresse und hallen wider in den Versammlungen hygienischer und sozialpolitischer Körperschaften: die Geschlechtskrankheiten sind im Wachsen. Das ist zu erwarten gewesen. Noch in jedem Kriege war dies der Fall. Die zügellose Soldateska des Krieges ist immer in höherem Maße eine Beute der Ausschweifungen geworden als das sittlich und hygienisch besser überwachte Friedensheer. Sie bringt die Krankheiten mit ins feindliche Land und schleppt sie aus dem Felde zurück an den häuslichen Herd. Nach einem vierjährigen Kriege muß diese beklagenswerte Erscheinung wieder zu beobachten sein. Schon hört man, daß sich in den ärztlichen Sprechzimmern die Geschlechtskrankheiten häufen, daß die Krankenhäuser zu eng werden für die vielen weiblichen und männlichen Insassen, und daß die Militärbehörde neue große Lazarette habe errichten müssen. Das ist nun glücklicherweise nicht richtig. Beim Militär ist die Zahl der Geschlechtskranken sogar zurückgegangen und zwar ganz beträchtlich. Wohl hat man neue Lazarette errichtet; dafür sind aber große, alte Abteilungen eingezogen, beziehungsweise verlegt worden, und die bestehenden Geschlechtskrankenabteilungen sind mäßig belegt. Die Steigerung des Besuches ist in den Privatsprechstunden ganz gering und fällt vor allem auf alte Fälle, die im Felde behandelt worden sind und jetzt Nachkontrollen und Nachbehandlungen durchmachen. In den Krankenhäusern müssen sich natürlich die Geschlechtskrankheiten etwas häufen. Das ist aber die Folge von Wohnungs- und Arbeitsnot oder -unlust. Viele, die früher gar nicht daran gedacht haben, ein Krankenhaus aufzusuchen, verschaffen sich jetzt in der kalten Zeit ein warmes Unterkommen. Auch darf man nicht vergessen, daß seit einigen Jahren eine äußerst rührige Aufklärungstätigkeit eingesetzt hat. Den Erfolg sehen wir jetzt. Viele, die sich früher gar nicht oder mit Hilfe des Pfuschers — welchem die Generalkommandos zum Teil das Handwerk gelegt haben — oder auch des Apothekers, guten Freundes oder selbst behandelt haben, suchen jetzt ärztliche Hilfe auf. Auch an jenen Punkten, von welchen seit Jahren eine intensive Aufklärungsarbeit und Propaganda zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ausgeht, muß selbstverständlich der Zufluß besonders stark sein. Dahin strömen die vielen Unbemittelten und zahlreiche Kassenpatienten. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß bei den Spezialärzten zwar eine mäßige Steigerung der zahlenden Frischangesteckten, dagegen ein Rückgang der Kassenpatienten beobachtet wird, während die öffentlichen Sprechstunden der Ambulatorien überfüllt sind. Es ist also ein Wechsel der Behandlungsstätten zu konstatieren.

Trotzdem droht aber von seiten der Geschlechtskrankheiten eine keineswegs zu unterschätzende Gefahr. Das ist die Folge der geschlechtlichen Verwilderung, welche schon seit einigen Jahren bei der Truppe (Etappe!, Heimatheer!), wie bei der Weiblichkeit in erschreckendem Maße Platz gegriffen hat, der überstürzten Demobilisierung und vor allem der heillosen, verbrecherischen Revolution. Die geschlechtskranken Soldaten haben vielfach, sowohl draußen im besetzten Gebiet wie in der Heimat, die Lazarette verlassen und übertragen nun ihr Leiden auf andere Menschen. Die Zuchtlosigkeit, von welcher das gesamte Militär erfüllt war, machte sich auch auf den Geschlechtskrankenabteilungen geltend. Die Kranken „stiegen aus" und blieben stunden- und nächtelang außerhalb des Lazarettes. In kluger Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse hat man bei Militär den Geschlechtskranken keinen Ausgang gegeben; denn tausendfache Erfahrung hatte gelehrt, daß diese unbelehrbaren Leute vielfach den Ausgang benützen, um ihre Geschlechtskrankheit zu verbreiten. Diesen Elementen ist natürlich die „Freiheit" recht gekommen. Glücklicherweise haben jedoch die Sanitätsbehörden einschließlich Soldatenvertretungen kraftvoll zugegriffen, und an den meisten Orten sind die Kranken heute ebenso von der Außenwelt wieder getrennt wie vor dem unsinnigen Donnerstag. Die Folgen der Demoralisierung und Zügellosigkeit lassen sich aber nur beim Militär teilweise wieder wettmachen. Die Zivilbevölkerung wird von diesen Gegenmaßregeln gar nicht betroffen. Hier ist es besonders ein Teil der Weiblichkeit, welcher ein wüstes Leben führt. Unter den schweren Schädigungen, welche der lange Krieg dem deutschen Volke zugefügt hat, werden wir nicht den Sturz der alten monarchischen Ordnung, nicht die Vernichtung unseres starken und ruhmreichen Heeres, nicht den Verlust von Millionen kräftiger Männer, nicht die Zerstörung des Handels, der Wohlfahrt und unzähliger Existenzen an erster Stelle zu nennen haben, sondern den Moralbankerott eines ungeheueren Teiles unseres Volkes. Dieser Moralbankerott macht sich auf allen Gebieten breit. Er zeigt sich als schamlose Ausbeutung und Bewucherung des Staates und der einzelnen, als Schleichhandel, Diebstahl und Raub, er zeigt sich speziell auch auf dem geschlechtlichen Gebiete. Im Kriege ist eine Jugend reif geworden, welche glaubt, sich ausleben zu dürfen. In hunderttausenden von Familien sind die Väter gefallen oder waren wenigstens jahrelang von zu Hause entfernt. Die Mütter waren oft nicht imstande, ihren Kindern zu wehren. Vielfach sind sie selbst „lustige Kriegersfrauen" geworden. Der heimkehrende Mann trifft die Kinder sittlich verroht und an seinem Herd die Geschlechtskrankheiten. Der Hilfsdienst und die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte statt der fehlenden männlichen hat nicht selten Kindern hohe Einkommen verschafft, für deren richtige Verwendung sie noch nicht die Reife hatten. Mit Entsetzen mußte der Volksfreund schon in den letzten Jahren die zunehmende geschlechtliche Verwilderung dieser männlichen und weiblichen Jugend gewahren. Die Revolution hat dieses Treiben noch ins Riesengroße und Fratzenhafte gesteigert. So war es bei jeder Revolution. Die Ausschweifung der französischen Tiger und Blutweiber sind ja bekannt.

Es frägt sich, was man gegenüber diesem Uebel zu tun hat. Hebung des religiösen und sittlichen Sinnes des Volkes verlangen die Moralisten, Aufklärung über die Gefahren und die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten die Hygieniker. Das sind treffliche Vorschläge. Aber sie verkennen, daß sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Weder die Hebung des sittlichen und religiösen Empfindens, noch die Aufklärung kann sofort Früchte zeitigen. Der Durchführung der erstgenannten Forderung begegnen dazu in der Zeit des Umsturzes Hindernisse. Erst muß eine Reaktion der Anschauungen kommen, dann kann man auch da wieder einen Aufschwung erhoffen. Von der Aufklärung wird man sich nicht viel versprechen dürfen. Seit etwa 15 Jahren wird diese reichlichst, ja zu reichlichst getrieben. Trotz dieser Aufklärung ist es aber zu den gegenwärtigen Zuständen gekommen. Höherzüchtung des Wissens ohne Höherzüchtung von Willen und Schamhaftigkeit ist ganz wertlos. Fertigen Menschen kann man auch Willen und Schamhaftigkeit nicht mehr aufpfropfen. Der Hebel hätte da schon in der Kindheit und in der Erziehung einzusetzen. Man mag den Leuten die Gefahren noch so greulich an die Wand malen, ihnen noch so schreckliche Bilder vorführen, man wird damit doch nur höchst flüchtige Eindrücke hervorrufen. Diejenigen, die sich immer von der Aufklärung Berge versprechen, sollten sich doch nach den normalen geschlechtlichen Dingen umschauen. Hier würden sie ohne weiteres sehen, daß trotz Kenntnis der geschlechtlichen Vorgänge die große Mehrzahl der weiblichen Angehörigen der dienenden Klassen im Kampfe zwischen Verliebtheit und Klugheit nicht die letztere siegen läßt. Von den Männern gar nicht zu reden. Es ist ein starkes Stück Vertrauensseligkeit, wenn man annimmt, daß den Belehrungen über Geschlechtskrankheiten ein besseres Los zuteil werden wird. Der Wert der Belehrungen besteht lediglich darin, daß die Erkrankten heute früher den Arzt aufsuchen und sich ausheilen lassen. So mag es allmählich zur Verminderung der Geschlechtskrankheiten kommen. Aber nicht durch die an sich ganz richtige Aufforderung zur Enthaltsamkeit, die doch nicht allgemein geübt wird, oder gar bloß durch die Empfehlung von Vorsichtsmaßregeln.

Da man die „freie Liebe" nicht sofort eindämmen kann, hat man daran gedacht, die käufliche besser überwachen zu sollen. Es ist bekannt, daß in vielen Städten dieses bisher in der Form geschehen ist,

daß man die sich prostituierende Weiblichkeit in eine polizeiliche Liste eintrug und sie gesundheitlichen Untersuchungen und Zwangsbehandlungen unterwarf. Ich will auf das Für und Wider dieses Systems an dieser Stelle nicht eingehen. Neben entschiedenen Anhängern hat es geradezu fanatische Gegner, diese besonders in den Kreisen der Frauenrechtlerinnen. Nun könnte man die von diesen gebrachten, meist recht oberflächlichen Argumente noch unberücksichtigt lassen, wenn nur Inskription und Zwangskontrolle Erfolg mit sich brächten. Das mag in kleineren Orten der Fall sein, und ist es sicher, wenn es da gelingt, die Hauptmasse der Prostituierten zu kasernieren. Das scheitert in Großstädten aber allein schon an der Platzfrage. Eine Stadt wie München besitzt nach polizeilichen Berechnungen mindestens ihre 3000 käuflichen Weiber. Wie soll man diese überwachen, wie sie kontrollieren und untersuchen? Woher soll man die Betten nehmen, um die Erkrankten immer wieder Wochen und Monate lang in die Krankenhäuser sperren zu können? Natürlich hat jede Kontrolle einen gewissen Wert. Denn es ist nicht gleichgültig, ob in einer Stadt einige Hundert oder auch nur einige Dutzend Weiber sich trotz schwerster Erkrankung ungehindert ihrem Schandgewerbe hingeben können, oder ob sie wenigstens in der Zeit ihrer stärksten Ansteckungsfähigkeit an der Verbreitung ihres Leidens gehindert werden. So wertlos, wie die Gegner dieses Systems behaupten, ist also auch eine ungenügende Kontrolle, welche nur einen Teil der Frauenspersonen überwacht, sicher nicht. Nun fordert aber die Not der Zeit durchgreifende und weitumfassende Maßnahmen. Es sollten womöglich alle kranken Dirnen überwacht werden. Dieses ist technisch-räumlich nicht möglich, und aus moralischen Gründen, um die angeblich noch Besserungsfähigen durch eine Kontrolle nicht ganz zu verderben, auch gar nicht wünschenswert. Selbst eine beträchtliche Mehrung der heute unter sittenpolizeiliche Aufsicht gestellten Frauen würde noch immer im lächerlichen Verhältnisse zu dem ungeheueren Troß unkontrolliert bleibender Geheimdirnen und der noch viel größeren Anzahl nicht käuflicher, aber leichtsinniger Frauen, die in gesundheitlicher Beziehung nicht weniger gefährlich sind, stehen. Die ganze Zeitrichtung steht einer Ausdehnung des Kontrollwesens feindlich gegenüber. Und wenn diese Feindseligkeit noch hätte gesteigert werden können, dann wäre es durch die Revolution entstanden. Man mag lachen, aber auch dieser Volksteil will seine Freiheit. Vor allem aber wollen diese Freiheit ihre theoretisierenden Freunde, die Herren von heute, die Sozialdemokratie und die femininen Schrittmacher der Frauenrechtlerinnen. Die alte Kontrolle fällt ganz sicher. Niemand kann sich dem Rad der Zeit entgegenstemmen. Es ist auch nicht viel schade darum. Denn die Abneigung der maßgebenden Persönlichkeiten gegen die immerwährenden Angriffe aus diesen Kreisen hat schließlich von dem alten System nur noch so wenig stehen lassen, daß es auf den Rest auch nicht mehr ankommt. Noch unmöglicher als die Kontrolle der freiwohnenden Dirnen ist natürlich eine Bordellierung derselben. Sie wäre in einer größeren Stadt wirklich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Auch findet sie so entschiedene Gegner aus sittlichen, humanitären und hygienischen Gründen, und ist außerdem gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes, daß an ihre Einführung gar nicht zu denken ist.

Nachdem nun die käufliche Weiblichkeit auf die bisherige Weise nicht zu assanieren ist, könnte man den Versuch machen, die Gesamtheit der Geschlechtskranken unter Kontrolle zu stecken und dadurch eine Assanierung des Volkes herbeizuführen. Tatsächlich sind solche Vorschläge gemacht worden. Danach wäre jeder Geschlechtskranke vom Arzt der Behörde zu melden und diese hätte dafür zu sorgen, daß der Kranke bis zu seiner Heilung unter Behandlung bliebe. Den Befürwortern dieses Gedankens schwebt dabei die Erinnerung an das Reichsseuchengesetz vor, welches die Isolierung einer Reihe von an ansteckenden Krankheiten Leidenden vorschreibt. So bestechend diese Idee auf den ersten Blick sich zeigt, so unmöglich ist ihre Realisierung. Die Krankheiten, welche heute nach dem Reichsseuchengesetz isoliert werden müssen, sind derart ansteckend, daß die größte Sorgfalt des Kranken und seiner Umgebung die Weiterverbreitung nicht verhindern kann. Hier müssen besondere Vorsichtsmaßregeln von Amts wegen getroffen werden. Die Geschlechtskrankheiten sind aber nicht so ansteckend wie etwa Blattern, Cholera und Pest. Sie bedingen bei einiger Vorsicht und gutem Willen des Kranken keine Gefährdung für dessen Umgebung. Eine Isolierung läßt sich hier schon wegen der großen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und wegen der langen Dauer derselben nicht durchführen. Gerade die Isolierungsmöglichkeit wäre aber das Wichtigste und ist am Reichsseuchengesetz das Wertvollste. Auch hängen die Nürnberger keinen, bevor sie ihn haben. Und da die Geschlechtskrankheiten im Geheimen erworben und weiterverbreitet werden, würde alle polizeiliche Meldung nichts helfen. Sie würden künftig ebenso erworben und weitergegeben werden wie bisher. Auf die Verhinderung der Ansteckung käme es aber gerade an. Der geheime Charakter dieser Leiden, ob deren Besitzes der größte Teil des Volkes, soweit er nicht durch Aufklärung und Reformierfanatismus abgebrüht ist, noch Schamgefühl empfindet, steht einer allgemeinen Meldepflicht ebenfalls entgegen. Auch könnte das Bekanntwerden des Krankseins für manche geradezu katastrophal wirken. Man denke nur, welches Unglück eine täppige Behörde in Ehen bringen könnte! Das Amtsgeheimnis würde zur Not in größeren Städten funktionieren, obwohl auch hier Mißbrauch des Meldematerials nicht auszuschließen wäre; in kleineren Orten stünde es auf dem Papier. Diesen enormen Gefahren steht nicht nur kein gesundheitlicher Gewinn ausgleichend gegenüber, sondern sogar gesundheitliche Schäden: die Geschlechtskrankheiten würden steigen. Man kann ja dem Arzt befehlen, den Geschlechtskranken zu melden, aber nicht dem Patienten, zum Arzt zu gehen. Ein geschlechtskranker Mensch, vielleicht noch dazu einer, der im Alkoholdusel gegen seine sonst hochgehaltenen Grundsätze gehandelt hat, und moralisch hoch über vielen anderen steht, die ausschweifend leben, aber wissen was sie zu tun haben, um nicht krank zu werden, hat wohl die Pflicht, sich heilen zu lassen, damit muß die Sache aber auch abgemacht sein. Eine Anzeigepflicht würde diese Leute unmittelbar in die Hände der Kurpfuscher und anrüchigen Arzt-Elemente treiben oder zur Selbstbehandlung und Nichtbehandlung verleiten. Nun sieht allerdings ein dem Reichstag vom Deutschen Bundesrat am 16. Februar 1918 zugegangener Gesetzesvorschlag ein Kurpfuschereiverbot vor, im Kriege haben einige Generalkommandos aus eigener Machtvollkommenheit die Kurpfuscherei unterdrückt und bei der jetzt regierenden Partei ist in anerkennenswerter Weise ein solches Bestreben wenigstens teilweise hervorgetreten, aber der Vorschlag ist noch nicht Gesetz. Es ist sehr fraglich, ob man die Pfuscher wirksam packen kann. Auf keinen Fall ist dieses bei den standesunwürdigen Aerzten möglich, welche sich bekanntlich gerade auf dieses Gebiet zu werfen pflegen. Wer kann ihnen nachweisen, daß sie wider besseres Wissen handeln, wenn sie mit Augurenlächeln den verständnisvollen Patienten erklären, daß sie nur eine harmlose Harnröhrenentzündung oder eine Hautkrankheit besitzen, wer kann sie hindern, die von anderer Seite gemeldeten Patienten gesund zu schreiben und so aus der Liste zu bringen? Daß die von diesen Leuten geübte Behandlung minderwertig wäre, bedarf keines Beweises. Wir wären glücklich wieder von der Behandlungsweise, welche die Vernichtung der Krankheitskeime anstrebt, zu einer Zudeckung der Symptome gekommen. Das Verhältnis des Arztes zum Patienten ist nun einmal nicht bloß ein geschäftliches und das eines staatlich angestellten Hygienikers, sondern auch das des Vertrauens. Möge das nie anders werden!

Nun gibt es aber Leute, die dieses ärztlichen Vertrauens unwürdig sind. Weniger Gewissenlosigkeit, als Unbelehrbarkeit veranlaßt sie, ungeheilt aus den ärztlichen Behandlungen zu treten und während einer Krankheit die Enthaltsamkeitsgebote der Aerzte zu mißachten. Diesen Leuten gegenüber muß der Zwang eintreten. Diese können und sollen gemeldet werden. Das ist dann aber nur eine bedingte Meldepflicht, kein allgemeiner Meldezwang mehr. Wer ungeheilt die Behandlung eines Arztes verläßt, ohne diesem Arzt einen Ausweis zu bringen, daß er sich in andere Behandlung begeben hat, wer entgegen dem ärztlichen Gebot bei noch bestehender Krankheit heiratet oder ein Liebesverhältnis eingeht, versündigt sich so schwer an seinen Mitbürgern, daß er keinen Anspruch auf Wahrung des ärztlichen Geheimnisses hat. Dieser kann daher von einer Behörde nach Meldung durch den Arzt einer Zwangsuntersuchung und Zwangsbehandlung zugeführt werden. Wenn nötig, könnte auf Einlieferung in eine Heilanstalt erkannt werden. Erwachsen dem Kranken daraus soziale Schädigungen, so hat er sich dieselben selbst zuzuschreiben. So wertlos und verwerflich eine allgemeine Meldung der Geschlechtskranken wäre, so segensreich könnte eine bedingte wirken. Sie muß kommen und wird kommen. Auch in Schweden hat man vor kurzem die bedingte Meldepflicht eingeführt.

Dieses Gesetz würde gleichzeitig ermöglichen, wirksam gegen die Prostitution vorzugehen. Denn durch Bundesratsverordnung vom 11. 3. 18 haben inzwischen einige Bestimmungen des schon vom früheren Reichstag ausgearbeiteten Gesetzentwurfes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Gesetzeskraft erhalten. Danach können Personen, die geschlechtskrank und die verdächtig sind, die Geschlechtskrankheit weiterzuverbreiten, zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen, insbesondere auch in ein Krankenhaus überführt werden, wenn dies zur wirksamen Verhütung der Geschlechtskrankheit erforderlich ist. Es ist klar, daß dieser Paragraph die Kontrolle, Zwangsuntersuchung und Zwangsbehandlung der Dirnen wieder einführt. Nur ist jetzt alles gesetzlich stipuliert und nicht mehr ungesetzliche Polizeimaßregel, es ist eine rein ärztliche Maßnahme und den Frauenrechtlerinnen ist das bequeme Argument der Zweigeschlechterjustiz genommen. Praktische Folgen wird das Gesetz gerade für die Halbwelt haben. Aber noch mehr: Ein weiterer Paragraph stellt den Geschlechtsverkehr dann unter Strafe (Gefängnis), wenn der Betreffende weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet. Diese Bestimmung war gegen die Männerwelt gemünzt. Hier wird sie wirkungslos bleiben. Denn im Einzelfalle wird der Nachweis des Wissens in der Regel nicht zu führen sein. Sie ist hier sogar gefährlich. Denn Erpressungsversuche, Racheakte usw. von Abenteuerinnen und „Verlassenen" werden nicht ausbleiben. Ganz anders ist dieses bei den Dirnen. Diese sind immer krank. Sie können gar nicht bis zur vollendeten Heilung in den Krankenhäusern bleiben. Sie müssen also ambulant behandelt werden. Ihrem Charakter entsprechend werden sie trotz ärztlichem Verbot dann ihr Gewerbe weiter treiben. So werden sie künftig statt in die Lazarette in die Gefängnisse wandern.

Die Zahl der Geschlechtskranken ist in der Armee während des Krieges wider Erwarten nicht erschreckend hoch gestiegen, nämlich von 2 auf 3—4 Prozent, im letzten Jahre vielleicht noch etwas mehr. Dabei ist zu bedenken, daß dieses Ansteigen dadurch mit veranlaßt war, daß ein ganzes Volk unter den Waffen war. Die Geschlechtskrankheiten haben aber vor dem Kriege bei der Zivilbevölkerung immer eine bedeutendere Höhe erreicht als bei der Truppe. Erwägt man, daß diese Kranken sonst auch erkrankt wären und daß sie beim Militär besser und gründlicher ausgeheilt worden sind, als sie sonst ausgeheilt worden

wären, wenn sie sich nicht hätten behandeln lassen müssen, so ist wirklich kein Grund zu Schwarzseherei gegeben. Gleichwohl hat die Heeresverwaltung sich bereit erklärt, die Behandlung der geschlechtskranken Kriegsteilnehmer vier volle Monate unentgeltlich durchzuführen und sämtliche Leute, die im Kriege geschlechtskrank waren und möglicherweise noch von Folgen ihrer Krankheiten bedroht sein können, den Beratungsstellen zu melden.

Weniger Wert dürften die geplanten Fortbildungskurse für praktische Aerzte haben. Daß von diesen Schnellsohlereien gutes Schuhwerk geliefert werden sollte, das erscheint doch recht unglaubwürdig.

Wir sehen: Ueberall der Wechsel auf die Zukunft. Nun sollte aber sofort geholfen werden. Da gibt es nur ein Mittel: das heißt Ordnung und Arbeit. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Ja, die neuen Verordnungen, welche den im Wirtsgewerbe Angestellten größere Rechte auf freie Zeit geben, werden nach den Erfahrungen jedes mit den tatsächlichen Verhältnissen Vertrauten das Uebel steigern. Denn die gewonnene freie Zeit werden die wenigsten jugendlichen, besonders die weiblichen Angestellten in der geplanten hygienisch einwandfreien Weise verwenden. Man kann auch vom roten Tisch aus dasselbe verordnen wie vom grünen. Rot und grün sind Komplementärfarben. Dazu droht gegenwärtig eine gewisse Gefahr von seiten derjenigen, die die Revolution zu ihren Gunsten ausnützen. Ich denke da nicht an die Revolutionsgewinnler und Revolutionsstreber, sondern an die vielen, welche Lieblingsideen und Reformwünsche, deren Erfüllung auf dem „Dienstweg" eines geordneten Staatslebens nicht wahrscheinlich ist, nun im Durcheinander eines Umsturzes durchzusetzen wissen. Neue Besen kehren — gut? nein, das kann man nicht sagen —, aber sie machen Staub. Staub aber verringert das Gesicht. Werfen wir rasch noch etwas dazu! Der Besen merkt es nicht. Uebers Jahr holen wir uns einen anderen Besen. Wir haben mit dem wissenschaftlichen Besen gekehrt, wir haben den Militärbesen geschwungen. Heute kehren wir mit dem roten.

Der Isenheimer Altar.

Der zurzeit noch in der Münchener Alten Pinakothek ausgestellte, geschnitzte und gemalte, doppelflügelige Wandelaltar, dessen Ruhm jetzt in aller Munde ist, befindet sich nicht mehr im ursprünglichen Zustande: seine Teile sind seit langer Zeit auseinander genommen, etliche, zum Glück weniger erhebliche, abhanden gekommen. Der Altar wurde 1510—12 für die Kirche des bei Gebweiler im Elsaß gelegenen Klosters Isenheim geschaffen, das gegen Ende des 13. Jahrhunderts für Hospitaliten vom hl. Antonius dem Einsiedler gegründet war, später aber einer der Pflege von ansteckenden Kranken sich widmenden Kongregation von Augustiner-Chorherren gehörte. Das im Bauernkriege unverletzt gelassene Werk wurde 1793—94 zerstückelt in die Bibliothek des Collège in Colmar übertragen. Noch heute ist es Eigentum des dortigen Unterlinden-Museums.

Nicht von den Klosterinsassen ist der Auftrag zur Anfertigung des Altarwerkes ausgegangen, sondern von einem französischen und einem italienischen Edelmanne, Jean d'Orliac und Guido Gersi. Keiner von beiden dachte daran, einen Vertreter der herrlich blühenden Kunst seines eigenen Landes heranzuziehen, sondern sie waren einig in der Wahl eines deutschen Meisters. Man sieht den Beweis, daß das Schaffen und die Eigenart dieses Mannes damals bereits Aufsehen erregt hat; als der Bedeutendsten einer muß er jenen beiden Ausländern gegolten haben.

Daß er mit dem Maler Matthias Grünewald identisch gewesen, ist eine durch schriftliche Urkunden bisher nicht belegte Annahme, gegen die sich aber nichts Stichhaltiges einwenden läßt. Auch was sonst von Malereien unter seinem Namen geht, trägt diesen, wenigstens ausgenommen, nur auf Grund kunstwissenschaftlicher Zuschreibung. Denn der Maler, den jene Fremden bewunderten und ehrten, fand bei seinen eigenen deutschen Landsleuten so wenig Würdigung und Verständnis, daß sie uns keine schriftliche Nachricht von ihm hinterlassen haben; hatte doch schon der Kunstschriftsteller Sandrart im 17. Jahrhundert keine mehr und mußte sich deshalb mit wenigen Worten über ihn, dessen Bedeutung er zu ermessen verstand, begnügen. Wir vermuten also nur, daß Grünewald von etwa 1470—1530 gelebt habe; wir schließen nur aus Stilmerkmalen seiner Werke, daß er der alemannischen Schule angehört und auch bei Martin Schongauer gelernt habe. Einzelne Züge scheinen mir darauf zu deuten, daß ihm auch die Klarheit italienischer Kunst nicht unbekannt geblieben sei, daß er Werke von Mantegna, vielleicht von Domenico Ghirlandajo, ja auch von Lionardo gesehen habe. Empfing er solche Eindrücke, so konnten sie auch seine selbständige Natur nicht unberührt lassen. Sie äußern sich aber nicht etwa in jener kleinlichen, äußerlichen Uebernahme nebensächlicher Zierelemente, welche die deutsche Renaissance von der italienischen übernahm, um genügsam jener nachzueifern. Was Grünewald mit den Italienern gemeinsam hat, rein aus sich selbst und seinem deutschen Wesen heraus, und ohne daß er je einen Versuch gemacht hätte, sein Wesen als Gotiker zu verleugnen, das war die Klarheit, die Größe, der Reichtum der Komposition, die Einfachheit der Linie. Ihnen gegenüber waren seine Unterscheidungsmerkmale äußerlich der treu und bewußt festgehaltene Stil der späten Gotik, innerlich die Schwere und Tiefe jenes grübelnden Nachdenkens, das im Wesen jener Zeit lag. Es bezeugt nicht nur die Begeisterung, sondern auch die Schärfe dieses Nachdenkens, daß es den Meister nicht dem neuen Glauben auslieferte; auch ehrt es seine Mannhaftigkeit, daß er es verschmähte, aus geschäftlichen Rücksichten mit der alten und neuen Richtung gleichzeitig zu paktieren, wie etwa Cranach es machte. Matthias Grünewald stand ganz auf sich allein mit seinem katholischen Glauben, mit der Meerestiefe seines Empfindens, wie mit der unter den deutschen Künstlern seiner Zeit unvergleichlichen Größe und zugleich staunenswerten Vielseitigkeit seines technischen Könnens. Robust, ruhig, sachlich ist die Farbe der gleichzeitigen deutschen Malerei; vielfach auch die seinige. Aber er hat Augenblicke gehabt, in denen der schlummernde Genius erwachte, Augenblicke, in denen ihm nicht nur von den Geheimnissen des Himmels, sondern auch von den Pfaden, auf denen eine neue, große deutsche Kunst zu wandeln hätte, eine Offenbarung kam. So wurde er ein Farbenkünstler, den kein anderer wieder erreicht, geschweige übertroffen hat. So ward Grünewald der erste Freilichtmaler Deutschlands. Alles andere in seiner Technik tritt hiergegen zurück, sogar die edle Größe seiner Gewandzeichnung, der Reichtum seiner kunstgewerblichen Elemente, dabei u. a. die überirdische, der Phantasie eines an der Goldschmiedekunst geschulten Mannes entsprossene Pracht jener Halle, in der die Engel jubilieren.

Dr. Wurm hat an dieser Stelle (A. R. Nr. 51/1918) die Bedeutung des Vorganges erklärt, der sich in jener Halle zuträgt. Er hat auch auseinandergesetzt, daß den Darstellungen des Isenheimer Altares ein ausgebildetes theologisches Programm zugrunde liegt. An sich ist diese Tatsache weder vereinzelt noch überraschend; sie muß ja sein und wiederholt sich deshalb in den alten Zeiten bei allen größten Kunstwerkgruppen geistlichen Inhaltes. Man denke an Raffaels „Bibel", an Michelangelos sixtinische Decke, an den Genter Altar der van Eycks, an Michael Pachers Altar zu St. Wolfgang. Ueber den Leitgedanken in Grünewalds Hauptwerk ist viel vermutet worden, und doch ist er, obwohl der höchste, doch auch zugleich der einfachste, am nächsten liegende, den es für den Christen gibt: die Verherrlichung der heiligen Geheimnisse der Erlösung.

Die Ausführung dieses Gedankens vollzieht sich in drei Abschnitten. Der erste ruft zur Buße. Wir sehen, wenn der Altar ganz geschlossen ist, das überwältigende Bild des am Kreuze in bitterer Qual für uns gestorbenen Heilandes. Dem Schmerze der klagenden Menschheit stellt sich die Mahnung an die Unabänderlichkeit des ewigen Ratschlusses gegenüber: in Jesu Tod erfüllen sich die Weissagungen des Alten Bundes. Mit einer gebieterischen, die Seelen zwingenden Handbewegung weist der letzte der Propheten, der Täufer, auf Jesus hin und bekennt: Illum oportet crescere, me autem minui — Jener muß wachsen, ich aber gemindert werden. Schwarz, unabsehbar im Hintergrunde liegt die Erde, umhüllt von der Nacht des Leides. Aber Hoffnung auf Erlösung gibt Gebärde und Wort des gewaltigen Zeugen Johannes des Täufers. Die Predella zeigt das düstere Bild der Grablegung. Auf den festen Altarflügeln zu beiden Seiten weilen die beiden Schutzheiligen der Isenheimer Kirche, St. Antonius der Einsiedler und der Pestpatron St. Sebastian. (Die Annahme, Grünewald habe in dem Bilde des letzteren sich selbst porträtiert, ist durch nichts zu beweisen.) Auf Sockeln stehen sie statuenhaft, wie auch sonst gemalte Figuren bisweilen in Werken jener Zeit — so am Genter Altar, aber dennoch nicht wie dort Nachahmungen gemeißelter Gestalten, sondern lebendig, menschlich in Fleisch und Blut. Ihre Leiden bringen sie dem Heilande zum Opfer dar und sind getrost in Zuversicht der ewigen Belohnung. Nun öffnen sich die Flügel, der zweite Teil beginnt. Es jauchzt die Feier himmlischer Freude, die allem Leid ein Ende macht: wir sehen (von links nach rechts) die Verkündigung, die Erwartung der Geburt des göttlichen Kindes und die Himmelfahrt des Erlösers, der als Ueberwinder des Todes heimkehrt in das Reich des ewigen Lichtes. Alles ist in jubelnde Farbe gekleidet, von überirdischem Glanze der freudenreichen Geheimnisse verklärt, durch Schönheit, Tiefsinn, dichterische und gläubige Kraft unvergeßlich jedem, der diese Bilder einmal schauend, denkend, fühlend in sich aufgenommen hat. Wiederum öffnet sich das innere Flügelpaar. Im letzten Teile der Darstellungen gibt der hl. Antonius Zeugnis von der erhabenen Wahrheit der Lehre, die uns zuvor gepredigt worden. In einem wildphantastischen und einem mildfreundlichen Bilde spricht er von seiner Versuchung und seinem Frieden. Mächtig ergänzt in dem Mittelteile — ein bisher leider noch unbekannter Meister von höchster Begabung hat ihn geschnitzt — des hl. Antonius gewaltige thronende Gestalt. Mild blickt er auf uns hernieder. Ihm zu den Seiten stehen lehrend die heiligen Kirchenväter Augustinus und Hieronymus. Im Tabernakel der Predella aber weilt Jesus, der Herr der Welt, seitwärts harren seine Apostel, die er segnet, des Wortes, das sie hinaussenden wird, allen Völkern das Heil zu verkünden.

Wundervoll mischt sich in den Bildern des Malers Realismus mit dem Tiefsinne des Mystizismus. Er, der Sprosse der Reformationszeit, ist ein treuer Sohn der alten Kirche geblieben, die sich seiner als des größten aller Maler in deutschen Landen erfreut. Das Höchste, was sie zu lehren berufen ist, verkündet sein Werk. Nicht akademische, nicht alltägliche äußere Schönheit zeigen seine Gestalten, aber jene innere, vom Natürlichen abgelöste der mit Ewigkeitsgeist durchflammten Seele. Solche Schönheit wird auch durch herbsten, abschreckendsten Naturalismus nicht verneint, vielmehr gehoben. Ausdrucksformen aus uralter Zeit tauchen wieder auf: verschiedener Größenmaßstab der Haupt- und



Nebenpersonen beim Gekreuzigten wie in der Schnitzerei. Daneben Motive von ganz neuer Durchbildung, so die wunderbar ergreifende Sprache der Hände, der Augen, der Haltungen, der symbolischen Farbengebung, der gewaltigen Gegensätze der Charakterschilderung. Das ist die Art, wie Grünewalds Genie den Realismus überwand und höchste Monumentalität schuf. Nie hat ein Meister in solcher Sprache zu uns geredet. Was er schildert, sind Träume eines Sehers, dessen Geist nicht mehr auf den Bahnen normaler Empfindungsweise wandelt, aber doch noch diesseits des Möglichen bleibt, auf jenem, dem gewöhnlichen Geiste verschlossenen Gebiete, das nur der Genius betreten darf. Und all diese Leidenschaft, diese Glut des Herzens, diese Kraft heiliger Ueberzeugung, die Zartheit dieser Lyrik, die überwältigende Wahrheit dieser Dramatik, dieser Schwung überweltlicher Phantasie, dieses nach Erkenntnis ringende Naturempfinden (man sehe seine Alpenlandschaft!), diese Erhebung des Geistes, der in allem Vergänglichen nur ein Gleichnis erkennt — das ist urdeutsches Erbe, Gefühl von zahllosen Geschlechtern, im Fühlen eines begnadeten deutschen Künstlers zur Bewußtheit des Willens gelangt, in seinem Schaffen zur Tat geworden. In der Kunstepoche der späten Gotik wirkend, wächst er über die Grenzen dieser hinaus. Matthias Grünewald hätte ein Führer der deutschen Kunst auf dem Wege geradliniger Entwicklung werden können, werden müssen. Daß er es nicht ward, daß es uns versagt blieb, in diesem Manne der „Reformationszeit" einen bahnbrechenden Reformator der deutschen Malerei zur Abklärung und gleichzeitig Befestigung unserer Kunst im katholischen Sinne zu erlangen, das verhinderte die Verständnislosigkeit, mit der die in Tradition erstarrten Zeitgenossen seiner Erscheinung gegenüberstanden; das hinderte das Eindringen der Renaissance, die das deutsche Empfinden störte und verweltlichte — erst das Barock hat es wieder auf festen Boden zurückzuführen gesucht, aber als es zu spät, als durch die Glaubensspaltung die Kulturgemeinschaft des ganzen Deutschland zerrissen war —; das hinderte endlich die Reformation, die für kirchliche Kunst kein Verständnis mehr zu nähren vermochte. Und doch kommt vielleicht noch die Zeit, wo die deutsche Kunst wieder an Grünewald anknüpfen, an ihm sich aufrichten kann. In der Bewunderung, die sein Deutschtum, sein Mystizismus findet, in der Herzenserregung, die er bei Zahllosen entfacht, liegt wohl tiefe Bedeutung, die unserer schlimmen Zeit zur Ehre gereicht, Hoffnungen erweckt. Und wir träumen vom Aufschwunge deutscher Kunst, von ihrer Rückkehr zu sich selbst, wenn nach diesen Prüfungen katholisches Wesen so wieder erstarkt sein wird, daß es einen Ebenbürtigen aus sich zu erzeugen vermag.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Katharina Hofmann: Pfalzgraf Hugo von Tübingen. Freiburg, Herder. 374 S., geb. 5.25 M. — Die vorliegende preisgekrönte historische Erzählung aus dem 12. Jahrhundert hat sich rasch durchgesetzt und soeben ihre zweite Auflage erfahren. Sie verdient diese: kraft ihrer Anschaulichkeit einer lebhaft bewegten, gut aufgebauten Handlung, die ein reiches Kulturleben mit trefflich gezeichneten Gestalten als Trägern überzeugend widerspiegelt. Das Buch sei nochmals für Haus- und Volksbibliotheken bestens empfohlen. E. M. Hamann.

Im religiösen Buchverlag J. Pfeiffer-München ist in 16. bis 18. Auflage erschienen **Seelenfriede.** Anleitung zur Lösung von Gewissenszweifeln von P. Franz Joseph Grüner, Kapuziner. 16° 222 S. M 1.85. Eine durch ihre weite Verbreitung als notwendig und willkommen bewährte Darstellung des Wesens der Gewissensängstlichkeit und ihrer Abarten, dann ihrer Gründe und namentlich der Mittel zu ihrer Abhilfe. Zugleich ist ein passendes Gebetbüchlein beigegeben. — **Tugendschule Mariens.** Aszetischer Kurs für Jungfrauen von P. Heinrich, Kapuziner. 16° 156 S. M 1.35 ebenda. Eine Reihe von Aufsätzen aus dem neunzehnten Jahrgang der Monatsschrift „Die christliche Jungfrau", die sich durch ihre volkstümliche Darstellungsweise auszeichnen und eine kernige Frömmigkeit fördern, sind hier zu einem recht inhaltsreichen Tugendspiegel für Jungfrauen vereinigt. Die klaren, alle wichtigen Fragen umfassenden Unterweisungen verdienen warme Empfehlung. O. Heinz.

Bei Jesus in der hl. Messe. Meß- und Kommunionbüchlein für Kinder. Von Albert Binsteiner, Kooperator. 16° 196 S. M 2.—, geb. M 2.80. Auer, Donauwörth. Der kindlichen Fassungsgabe angepaßt wird hier das hl. Meßopfer in praktischer Weise erklärt. Einfache Lehrstücke wechseln mit trefflichen Gebetstexten. Der Meßerklärung reiht sich eine das Wesentliche hervorkehrende gut erläuternde Einführung in das Verständnis des Bußsakramentes an, wie sie Kindern geboten werden kann, sowie eine Anleitung zum Empfang der hl. Kommunion. Das Büchlein ist ganz seinem Inhalt entsprechend mit schlichten Bildern geschmückt, ein wirkliches Kinderbuch. O. Heinz.

P. **Caspar Heinrich Schmitz** O. P.: **Das allerheiligste Altarsakrament im Rosenkranz.** Köln, J. P. Bachem, 16° 168 S., geb. 2.— M. — Der heilige Rosenkranz als Kommunion-Andacht: Das ist das erhabene Thema dieses echten Betrachtungsbuches in schöner, warmherziger Sprache, getragen von Andachtsglut und Liebe zu den Menschen, die Gott suchen in seinen heiligen Sakramenten. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Wie kein anderes Jugendwerk Goethes fußt „Stella", ein Schauspiel für Liebende, in dem Geist der Entstehungszeit des Sturmes und Dranges. Das Erzeugnis einer Literatur, in der sich ahnungsvoll die Gewitterwolken einer Umwälzung ankündigen. Man hat sehr eifrig nach den Quellen zu Stella geforscht, da und dort Urbilder entdecken wollen, die dann freilich zum Ganzen nicht recht paßten und nur das eine beweisen, daß der zwischen zwei Frauen schwankende Mann in der Hochspannung der Gefühle dieser Epoche keine seltene Erscheinung gewesen ist. Immer noch beschäftigte der Treuebruch gegen Friederike den Dichter; wie „Weislingen" hat auch dieser „Fernando" Züge Goethes. Er sucht sich poetisch zu rechtfertigen: „Empfinde hier, wie mit allmächt'gem Triebe — ein Herz das andere zieht und daß vergebens Liebe — vor Liebe flieht". Der Schluß, in dem die beiden Frauen übereinkommen, gemeinsam mit Fernando zu leben, der Anstoß erregte und ernstlich niemals verteidigt werden kann, wirkt auch, rein künstlerisch genommen, gewaltsam. Die drei Menschen formte ein Genie, den Schluß ersann der sehr sterbliche Zeitgeist von 1775. Die Münchener Nationalbühne war eines der ersten Theater, die „Stella" spielten. Wie wir von Westenrieder wissen, erfand man zwar in der zweiten Aufführung den Ausweg, anknüpfend an ein Wort Fernandos, Stella den Entschluß fassen zu lassen, ins Kloster zu gehen; doch scheint hier die Gegnerschaft nicht so heftig gewesen zu sein, als im Norden. Goethes Beschäftigung als Theaterleiter war der Anlaß, daß er 30 Jahre später wieder „Stella" zur Hand nahm. Dem Sturm und Drange längst entwachsen, empfand er die Unmöglichkeit des sittlich bedenklichen Schlusses und aus dem Schauspiel ward ein Trauerspiel, in dem Stella und Fernando durch Selbstmord enden. Diese Form blieb die für die Aufführungen übliche. In letzter Zeit hat man gelegentlich auf die Urform zurückgegriffen. Wenn das „Neue Theater" sich auch für das „Schauspiel für Liebende" entschied, so folgte es einem vor einigen Jahren vom Residenztheater gegebenen Beispiel. Die Aufführung, die in ihrer Wirkung ja doch mehr auf literarische Feinschmecker beschränkt bleiben muß, übertraf meine Erwartungen. Die Darbietung hatte Stil, in den Gefühlsausbrüchen Stellas ward der Ueberschwang der Periode der Empfindsamkeit fühlbar. Anna Ernst (von den Kammerspielen a. G.) gab der wohl blendender gedachten Gestalt viel echten Herzensklang; sehr gut trafen Annie Reiter die Resignation der leidensgewohnten Frau, Ruth Ruesch den ungebeugten Frohsinn der Tochter. Sanden gab den Fernando ansehnlich. Diese Figur ist heute schwer zu spielen; er erscheint uns als Schwächling, aber nach dem Sinne der Dichtung folgt seine Schuld aus einer Ueberfülle des Gefühles. — In einer Morgenaufführung bot der experimentierfreudige Leiter des „Neuen Theaters" eine Gabe, die auch vom Theateralltag weit entfernt liegt: „Der Gelehrte", Trauerspiel von Gustav Freytag. In einer Einleitung, die dieser Uraufführung vorausging, wurde uns dargelegt, daß das ursprünglich auf drei Akte angelegte Stück den Uebergang vom Gelehrtenberufe zum Journalismus behandelt, den Freytag in der Stimmung der sich schon ankündigenden Revolution der vierziger Jahre vollzog. Sein Held tut den Schritt nicht wie der Dichter direkt, sondern er beschließt zuerst unter das Volk zu gehen, um mit ihm arbeitend dessen Gefühle kennen zu lernen. Eine enttäuschte Liebe gibt den äußeren Anstoß zu dem Entschlusse. Er hat seither seine Gaben in den Dienst der einen gestellt, statt in den Dienst seines ganzen Volkes. Es fällt manch kluges Wort und manches mutet ganz zeitgemäß an. Dennoch klingen die in flüssigen Jamben geschriebenen Wechselreden akademisch und ihre Sprecher wollen nicht völlig die Farben des Lebens gewinnen. Davon abgesehen nahm man die 75 Jahre alte „Neuheit" mit Interesse entgegen, zumal da des Dichters Sohn durch eine sorgfältige Regie und eine verinnerlichte Gestaltung der Hauptfigur der Freytagschen Dichtung ein guter Werber war. — Sehr starken Beifall fand auch der Tanzabend, den Frances Metz mit vier Schülerinnen im Neuen Theater bot. Die reizvollen Leistungen der Tänzerin haben wir schon öfters gewürdigt. Von ihren sehr begabten Schülerinnen ist Frl. Schlieben die fortgeschrittenste. Der Abend verlief, von Mueller-Melborns kleinem Orchester geschmackvoll begleitet, durchaus anmutend und reizvoll.

Theater am Gärtnerplatz. Man hat „Orpheus in der Unterwelt" neueinstudiert und damit noch größeren Erfolg erzielt als mit den neuen Operetten, die Offenbach an musikalischer Kultur so weit nachstehen, freilich auch kritiklos beklatscht werden. Das Stück ist unter den Erzeugnissen von Offenbachs lecker Muse eines der minder anzüglichen. Es bietet musikalische und künstlerische Aufgaben, die weit höher sind, als sie die Operetten von heute erfordern; so konnte man sich eigentlich wundern, daß es der Truppe gelang, den Anforderungen zu genügen, insbesondere Frl. Menari sang sehr hübsch. Ob es möglich ist, das Niveau zu wahren, wenn man Abend für Abend die gleiche Rolle singt, das ist freilich eine andere Frage. Wer kann gegen diese Gebräuche der Operettenbühnen ankämpfen?

München. L. G. Oberlaender.



Finanz- und Handels-Rundschau.

Durchführung des Brüsseler Abkommens — Britische Arbeiterbewegungen — Deutschlands Goldminderung und Ausfuhrhandel — Bei der Entente Preisabbau, bei uns Preissteuerung ohne Unterlass — Kommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe.

„Ordnung, Ruhe und Wiederkehr geregelter Zeiten!" Der Erfüllung dieses Wunsches dient auch die Durchführung des Brüsseler Abkommens. Doppelt störend wirkte daher die Episode des drohenden Seemannsstreikes und soweit tunlich fanden deshalb auch die Forderungen des „Deutschen Seemannsbundes" Erfüllung, um die furchtbare Gefahr des sonst in die Brüche gehenden Lebensmittelabkommens mit der Entente abzuwenden. Dass auch im Alliiertenlager seit kurzem ein Umschwung zur Anbahnung von Friedenszuständen zu verzeichnen ist, bleibt unverkennbar. Die bolschewistischen blutigen Umtriebe bei uns, das Uebergreifen derselben auf Ungarn, Rumänien und Italien, vor allem die bedenklichen Arbeiterbewegungen in England — Verschärfung der Streiklage von Bergarbeitern, Eisenbahnern und Transportorganisierten — drängen zur rascheren Lösung der Streitfragen in der unheimlich-heimlichen Pariser Konferenz. Die Bekanntgabe der hierzu aufgestellten deutschen Friedens-Unterhändler, namentlich die starke Vertretung von Finanz, Handel, Gewerbe und Industrie befriedigten bei uns in gleichem Masse, wie die begonnene Exporttätigkeit im Sinne der Regulierung unserer Lebensmittelversorgung. Die ernste und starke Nachfrage der Franzosen auf Glas, Holz, Kohle, der Italiener und Engländer auf Kohle und Farbstoffe, der Amerikaner auf unsere überschiessende Kali-Erzeugung lässt die Hoffnung unserer Finanzkreise einigermassen gerechtfertigt erscheinen, dass die beschlossene deutsche Deponierung von ca. 250 Millionen Mark in Gold zwecks Kreditsicherung für Lebensmittelbezüge doch die einzige dieser Art bleiben soll. Rastlose Arbeit und intensive Betätigung zur Hebung unseres Ausfuhrhandels wird grundlegend hierbei bleiben. Zur Herbeiführung des künftigen Rohstoff-Kreditbedarfes wird ohnehin eine erhebliche Goldentziehung vonnöten sein, ganz abgesehen von dem Metallentgang unserer Reichsbank auf Konto der Kriegsentschädigungen aller Art. Dabei verliert unsere Wirtschaftsbilanz durch die zur Lebensmittelbezahlung jetzt in die Wege geleitete Beschlagnahme des deutschen Besitzes an Auslandseffekten ein nicht zu unterschätzendes Aktivum, das uns noch des Oefteren fehlen wird!

Zeigen die Einzelheiten und die Vorgeschichte des Brüsseler Abkommens, wie auch die Art und Weise der Friedensvorverhandlungen und der Waffenstillstandskonferenzen den Geist und die Gefühle der Entente gegenüber Deutschland, so bekunden die jüngsten Wirtschaftsmassnahmen der Alliierten, wessen wir uns — trotz Wilson und Völkerbund — auch weiterhin zu versehen haben. Der Druck Frankreichs auf das linke Rheingebiet, die dortige völlige Absperrung gegen das deutsche Mutterland, die verstärkte Bedrohung der schlesischen Industriegebiete, Monopolpläne für einen europäischen Luftverkehr unter Ausschluss Deutschlands, aber unter Benützung deutscher Einrichtungen und Landungsplätze, vor allem jedoch die Bildung eines kontinentalen Stahlkartells mit der Spitze gegen Deutschland sind solche ungünstige Momente. Namentlich Frankreich will durch letzteres Projekt unter Angliederung der Deutsch-Lothringer Werke, der Luxemburger- und Saarbecken als tonangebender Faktor Deutschlands Erbschaft antreten. Solch trübe Aussichten verschärfen sich angesichts unserer unverändert traurigen Wirtschaftslage. Der bayerische Staatskommissar für Demobilmachung kann immer noch keinerlei Anzeichen einer Belebung von Handel und Industrie oder gar einer Hebung des regulären Exportes erblicken. Die trostlosen Wirkungen der schlechten Verkehrslage und der Kohlenknappheit hemmen Bezug und Absatz von Ware. Und während in Amerika Eisen, Stahlplatten, Bleche und andere Fertigfabrikate Neigung zu weiteren Preisrückgängen erkennen lassen, erfolgt bei uns für die wichtigsten Rohstoffe und Waren, namentlich Erzeugnisse der Schwerindustrie in beträchtlichem Masse und in rascher Folge Steigerung um Steigerung der Preise. Ueberall weitere Geldentwertung, Verteuerungen — ein Keil treibt den anderen in rascher Folge der masslosen Preispolitik! Die Forderung der Leipziger Handelskammer nach sofortigem Abbau von Kriegsgesellschaften, Beseitigung von Zwangswirtschaft und Selbstverwaltung von Handel und Industrie wird trotzdem vergebens verhallen. Neben den gleichfalls unaufhörlichen und sich überstürzenden Lohnbewegungen und Forderungen fast aller Arbeitnehmer — schon bedingt durch die fast erdrückende Lebensverteuerung — bleibt die Materie des Sozialisierungsbegriffes das Hauptthema unserer Wirtschaft. Dem Sozialisierungsprogramm der Sozialdemokratie fehlt zwar jegliches finanzielle Fundament, doch scheint die anfängliche „Sozialisierungswut" etwas abzukühlen. Inzwischen wird der Reichsgesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben bekannt. Namentlich Verkehrs-, Nahrungsmittel- und Wohnungswesen sind hierbei zu nennen. Nicht zu unterschätzen bleiben ausserdem die noch vorhandenen Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland in der Frage der Eisenbahn- und Verkehrs-Politik, ob nur Betriebs- oder auch Verwaltungsgemeinschaft. Der zumeist günstig disponierten Effektenbörse gaben all diese gewichtigten Momente auch nicht den mindesten Abbruch in ihrer Aufwärtsbewegung. Namentlich die Rentenwerte zogen im Kurse kräftig an, unbehindert auch durch das bekanntgegebene „reichhaltige" Steuerprogramm der Reichsregierung und durch die unfehlbar im Zusammenhang damit folgende durchgreifende Verschiebung der Vermögenswerte fast der meisten Kapitalisten. Wenigstens eine Art von Vertrauen und Hoffnung auf Besserung — oder von Gleichmut und Schickung ins Unabänderliche?

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

„Sonnenland." Ein Mädchenblatt. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Leitung: Maria Domanig, Klosterneuburg bei Wien. Verlagsanstalt Tyrolia, G. m. b. H., Innsbruck-München. Preis jährlich Kr. 10.— (ℳ 8.—). Mannigfaltigkeit und Reichtum unter einheitlichem Gesichtspunkte, goldener Frohsinn und echter Ernst, edle Dichtung und treffende Lebenswahrheit, Tiefe des geistigen Inhaltes, Vollgesundheit der Anschauungen, reinste Frömmigkeit treukatholischen Sinnes, dabei kein Wort, das Andersgläubige verletzen könnte, Liebe zu allem Hohen und Schönen, ein herzliches Verhältnis zwischen der Zeitschrift und ihren Leserinnen — das sind die Eigenschaften, die dieses in beständiger Aufwärtsentwicklung begriffene Blatt auszeichnen. Schriftsteller und Dichter ersten Ranges, zu denen zuvorderst auch die Herausgeberin selbst gehört, sorgen durch Beiträge hohen Wertes für Unterhaltung, Belehrung, Veredlung, Abklärung der jugendlichen Gemüter. Mit gedankenreichen ethischen Betrachtungen wechseln prächtige Erzählungen, Gedichte, Naturschilderungen, Charakterbilder aus Literatur und Kunst, Buchbesprechungen und anderes mehr. Trefflich ist der Bilderschmuck, der nur Gesündestes und Hochkünstlerisches aus alter und neuer Zeit darbietet. Dr. O. Doering.

Das Ende der Zeiten. In neuerer Zeit mehren sich die Erscheinungen auf dem Büchermarkt, die in den Vorgängen des Weltkrieges und der allgemeinen Unruhen eines jener Vorzeichen erblicken wollen, welche nach Bibel und Prophezeiung dem Weltuntergang vorangehen sollen. Das Interesse für diese Literatur ist überall sehr groß, es dürfte daher auch für die Leser der „Allgemeinen Rundschau" von Wert sein, Bücher dieser Art kennen zu lernen. Die Herdersche Buchhandlung in München bringt auf Seite 196 dieser Nummer eine Zusammenstellung der Wichtigsten, auf die Interessenten besonders hingewiesen seien.

Sendet der „Allgem. Rdsch." Probenummer-Adressen!



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen, am 10. März nachmittags um 3 Uhr unsere heissgeliebte Mutter, Schwester und Tante

Frau

Wwe. Dr. Winand Virnich

geb. Maria Christina Haan

nach sechstägiger Krankheit im Alter von 72 Jahren zu sich zu rufen. Sie starb, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, zeitig versehen mit den Heilsmitteln der röm.-kath. Kirche und wiederholt gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Kommunion.

Wir empfehlen die Seele der teuren Verstorbenen inständig dem Gebete der Gläubigen, besonders dem hl. Messopfer der Priester.

Mère Marie Xavier, geb. **Gertrud Virnich**
Dr. Therese Virnich
Wilhelm Virnich, Privatgeistlicher
Franz Virnich, Referendar
Dr. Maria Virnich
P. Franz Xaver Haan S. J.

Bonn, Lennéstrasse 5, März 1919.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 14

5. April
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.







Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 8.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 96 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 14. München, 5. April 1919. XVI. Jahrgang.

Finis Bavariae.

Von Regierungsdirektor Speck, Mitglied des Landtags, München.

Das bayerische Volk ist sich offenbar in seinen weiten Schichten der Schwere der Gefahr noch nicht voll bewußt geworden, die ihm von Weimar her droht. Die langen harten Kriegsjahre mit ihren Opfern und Entbehrungen haben seine Kraft zermürbt und die dunkle Ahnung von weiteren schrecklichen Geschehnissen nimmt seine Sinne vollständig gefangen. So nur ist es erklärlich, daß die Masse des Volkes, das früher eifersüchtig wachte über die Aufrechterhaltung der ihm in feierlichen Verträgen und Verfassungsbestimmungen zugestandenen Rechte, jetzt scheinbar mit stoischem Gleichmut die schlimmen Botschaften hinnimmt, die tagtäglich aus dem Verfassungsausschuß in Weimar kommen. Ist aber einmal dieser Druck der schwierigen innerpolitischen Lage gewichen, dann wird ein einziger Schrei der Entrüstung vom Fuße der Alpen bis zu den Tälern des Mains Kunde geben von den Gefühlen, die das entrechtete und vergewaltigte Bayernvolk beseelen. Bereits haben in einer von ungefähr 3000 Münchener Bürgern besuchten Versammlung die sämtlichen Teilnehmer ohne Unterschied der Parteirichtung feierlichen Protest erhoben und bei dieser ersten Kundgebung wird es wohl nicht verbleiben.

Eine schwere Verantwortung tragen deshalb die Männer, die jetzt in der Nationalversammlung durch ihre unseeligen Beschlüsse die Freude am Reich, soweit sie überhaupt noch vorhanden war. gewaltsam aus den Herzen der Bayern reißen, anstatt ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken, die vielgeprüften deutschen Stämme zu gemeinsamer freudiger Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches zu sammeln. Wohl gibt es ja auch in Bayern Leute, die nach dem Grundsatze ubi bene ibi patria ihre ganze politische Denkrichtung ausschließlich nach dem finanziellen Gewinn einstellen, der ihnen hier oder dort winkt, diese Leute haben aber mit dem Denken und Fühlen des Volkes nichts gemein. In keinem süddeutschen Staate ist die Erinnerung an das Jahr 1866 noch so lebhaft wie in Bayern, in keinem ist man aber deshalb auch so empfindlich gegen jeden vom Norden kommenden gewaltsamen Eingriff in bestehende Rechte wie gerade in Bayern.

Die Bayerische Volkspartei hat schon vor Wochen gegen die drohende Gefahr Stellung genommen und ihre Vertreter haben sowohl in der Nationalversammlung wie auch im Bayerischen Landtag eine entschieden ablehnende Haltung gegenüber allen diesen Eingriffen des Reichs eingenommen. Daß wir auch bei diesem Anlaß, wie schon bei früheren Gelegenheiten, eines einseitigen kurzsichtigen Partikularismus beschuldigt wurden, haben wir erwartet, nimmt uns deshalb auch nicht wunder. Wir trösten uns aber damit, daß der weitaus größte Teil des bayerischen Volkes in dieser Frage hinter uns steht. Und das ist ja doch schließlich für eine „Volkspartei“ mehr wert als der Umstand, ob die „Frankfurter Zeitung“ und ihre Hintermänner mit unserer Haltung einverstanden sind oder nicht. Wenn dieses Blatt (in Nr. 233 „Bayern und das Reich“) meine Stellungnahme im Landtagsausschuß abfällig beurteilt und meint, „mit dem Grundsatz hie Preußen — hie Bayern! wird das Problem, um das es sich beim Wiederaufbau des Reiches handelt, keineswegs richtig und zutreffend formuliert“, so sei demgegenüber hier nur festgestellt, daß ich das Problem auch tatsächlich nicht so formuliert habe. Meine Formel lautete vielmehr: hie Recht — hie Unrecht! Und das Recht scheint mir hier ausschließlich auf bayerischer Seite zu liegen, das Reich aber im Begriffe zu sein, schweres Unrecht an den Einzelstaaten zu begehen.

Nur wer die Rechte Anderer achtet, kann aber erwarten und beanspruchen, daß seine eigenen Rechte ebenfalls nicht mit Füßen getreten werden. Man beschwert sich im Reiche mit gutem Grunde dagegen, daß die Alliierten unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Reichslande gewaltsam Frankreich einverleiben wollen. Dem bayerischen Volke will man aber gleichzeitig, ohne vorher das Volk selbst oder seine berufene Vertretung zu fragen, eine Verfassung aufzwingen, die tatsächlich eine vollständige Entrechtung Bayerns und seine Einverleibung in das Reich bedeutet. Dieses inneren Widerspruches ist man sich offenbar in Weimar und Berlin noch gar nicht bewußt geworden, man hätte sonst doch wohl den Feinden ein so schlechtes Beispiel rücksichtsloser Gewaltpolitik nicht geben dürfen. Wie sagte doch kürzlich der französische Oberst Marchal mit Bezug auf den gewaltsamen Einmarsch seiner Truppen nach Danzig: Eine Erlaubnis seitens Deutschlands ist vollkommen unnötig; die Deutschen werden es nicht wagen, uns irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Von ähnlichen Gedankengängen mag wohl auch mancher der Herren in Weimar ausgehen: die „guten Bayern“ — man drückt das hie und da auch etwas kräftiger aus — werden ja wohl zu Anfang etwas schimpfen, sie werden aber nicht den Mut finden, ernsthaft gegen ihre Unitarisierung sich zur Wehr zu setzen, mit der Zeit werden sie sich schon in die neuen Verhältnisse finden. Die guten Bayern! Wie oft schon ist auf ihre Gutmütigkeit mit Erfolg gesündigt worden! Aber es gibt auch für die „guten Bayern“ eine Grenze des Erträglichen. Man täusche sich im deutschen Norden nicht über die Stimmung in den weitesten Kreisen des bayerischen Volkes und man glaube ja nicht, daß sich die deutschen Bundesstaaten von den wenigen Drahtziehern in Weimar wie Schachfiguren willenlos hin- und herschieben lassen. In Bayern ist man jedenfalls nicht gewillt, ein solches Schicksal ruhig über sich ergehen zu lassen.

Die Revolution hat ja den Einfluß der bayerischen Regierung in Berlin erheblich geschwächt. Die Unsicherheit der inneren politischen Lage lähmt auch im jetzigen entscheidenden Augenblick die Stoßkraft des bayerischen Widerstandes gegen die weitgehenden Weimaraner-Pläne. Deshalb wird auch dieser Widerstand vorerst erfolglos bleiben müssen, wenn es nicht alsbald gelingt, geordnete Verhältnisse in Bayern zu schaffen und Arbeitsgelegenheit zu bieten. Gelingt dies nicht, dann wird das Schicksal seinen Lauf nehmen und das, was von unserem schönen Bayernlande schließlich noch übrig bleibt, wird im preußischen Schnappsack verschwinden. Denn daß es sich im neuen Reiche nur um ein neues Großpreußen handeln wird, darüber ist sich alles einig.

Aber auch wenn es der Reichsgewalt dank der trostlosen Verhältnisse in Bayern gelingen sollte, jetzt ihre Pläne durchzusetzen, glaubt man denn wirklich bei ruhiger Ueberlegung, das Reich würde in der Lage sein, all' die gewaltigen Aufgaben zu lösen, die es jetzt den Einzelstaaten wegnehmen will, und glaubt man ferner, daß die letzteren auf die Dauer sich willig dem Joche beugen werden, das man ihnen jetzt unter Ausnutzung der augenblicklichen Lage vielleicht auferlegen kann? Beide Fragen müssen mit einem entschiedenen „Nein“ beantwortet werden. Man denke nur an den ungeheuren Apparat, den allein die Uebernahme der Verkehrsverwaltung auf

das Reich erfordern würde. Woher will man im jetzigen Augenblick Zeit und Menschen nehmen, eine solche Riesenaufgabe zu bewältigen? Und glaubt man mit dem Zentralisierungsgedanken, unter dessen hypnotischer Wirkung die Gesetzgeber in Weimar zu stehen scheinen, wirklich dem Reiche eine Wohltat zu erweisen? Das Reich wird gar nicht in der Lage sein, die weitgesteckten Aufgaben richtig erfüllen zu können.

Und wie wenig das Reich in der Lage ist, sich bei seiner innerpolitischen Betätigung moralische Sympathien bei den nichtpreußischen Stämmen zu erwerben, dafür ist ja das Verhalten der elsässischen Bevölkerung während des Krieges und nach dem Zusammenbruch Deutschlands ein klassisches Beispiel. Man wende nicht ein, diese tieftraurigen und für jeden Deutschen beschämenden Erscheinungen seien allein mit dem früheren persönlichen Regiment im Reiche im ursachlichen Zusammenhang gestanden. Zum Teil mag dies ja der Fall sein, in der Hauptsache ist es aber der herrschende Berliner Geist, der das Reich überall, auch in Deutschland selbst, so unbeliebt gemacht hat. Dieser Geist wird auch in Zukunft im Reiche maßgebend sein, diesen Geist erträgt man aber nicht bei uns in Bayern. Deshalb werden die schwersten Konflikte nicht ausbleiben. Liebe läßt sich nun einmal nicht erzwingen, versucht man es doch, so schlägt der Versuch gar leicht in das Gegenteil um. Drum: Hände weg von Bayern und seiner Selbständigkeit! Mag Württemberg immerhin seine kostspieligen Bahnen dem Reiche überlassen und sein Biersteuerreservat um ein Linsengericht preisgeben. Wir Bayern verzichten gerne auf ein „gutes Geschäft“ mit dem Reiche, mit äußerster Zähigkeit halten wir an unseren überlieferten Einrichtungen fest.

Das was jetzt in Weimar geschieht und noch weiter geschehen soll, bedeutet aber nichts mehr und nichts weniger als eine vollständige Aufhebung der Selbständigkeit Bayerns, vor allem bezüglich der sogen. Sonderrechte, die bisher auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Eisenbahn und Post), der Militärverwaltung, der auswärtigen Vertretung und der Bier- und Branntweinbesteuerung bestanden. Uebrigens ist im Landtagsausschuß von keiner Seite ein starres Festhalten an „nicht lebensnotwendigen“ Sonderrechten verlangt worden, vielmehr wurde von allen Seiten zugegeben, daß in gewissen minderwichtigen Dingen ein Nachgeben auf dem Wege der Vereinbarung schon möglich wäre. Als „lebensnotwendig“ wurde aber nicht nur von uns, sondern auch von liberaler und sozialdemokratischer Seite eine selbständige Verkehrsverwaltung bezeichnet. Wenn der „Freistaat“ Bayern überhaupt noch den Anspruch auf den Namen „Staat“ soll erheben dürfen — in Weimar ist ihm dieses Recht ja bereits ausdrücklich aberkannt worden —, dann wird er unter keinen Umständen dulden dürfen, daß ein Fremder, und sei es auch das Reich, über diese Verwaltung selbständig verfügen darf. Und wenn, wie in Aussicht genommen ist, 7/8 sämtlicher Beamten in Bayern künftig vom Reich ernannt werden sollen, ohne daß dabei irgendwelche Sicherheit der Berücksichtigung der eigenen Landeskinder besteht, so ist dies doch ein Ansinnen, das den schärfsten Widerspruch herausfordert. Man möge also davon die Finger lassen, zumal da wirklich nicht abzusehen ist, daß auf der andern Seite das Reich ohne vollständige Vereinheitlichung des Verkehrswesens nicht existenzfähig sein sollte, oder von dem Rechte der Anstellung der Beamten in den Bundesstaaten die Zukunft des Reiches irgendwie beeinflußt werden könnte.

Das Reich soll künftig nicht nur auf fast allen Gebieten unseres Wirtschafts- und Kulturlebens gesetzgeberisch eingreifen dürfen, es soll auch das Recht haben, verpflichtende Anweisungen (auch in einzelnen Fällen) an die Landesbehörden zu erlassen, ferner Beauftragte in die „Länder“ zu entsenden (nicht nur zu den Landeszentralstellen, sondern auch zu den äußeren Behörden!), denen die Akten vorzulegen sind und die Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfen. Daß bei solchen schweren Eingriffen in die einzelstaatlichen Hoheitsrechte künftig nur noch von einer Scheinexistenz dieser Staaten gesprochen werden kann, liegt auf der Hand. Aber auch das Wenige, das den Einzelstaaten noch verbleibt, ist stark gefährdet durch den Beschluß des Verfassungsausschusses, daß das Reich in der Lage sein soll, durch einfaches Reichsgesetz seine Zuständigkeit noch beliebig zu erweitern, ohne daß die Bundesstaaten irgendwie Einspruch dagegen erheben können. Diese Bestimmung ist aber für die Einzelstaaten geradezu vernichtend.

Eine solche Ausdehnung der eigenen Kompetenz stand ja allerdings auch bisher schon der Reichsgesetzgebung zu, an dieser Gesetzgebung wirkte aber der Bundesrat als entscheidender Faktor mit, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz zustande kommen konnte. Die im Bundesrat vertretenen Einzelstaaten sorgten aber schon im Interesse der Selbsterhaltung dafür, daß auf dem Gebiete der Reichszuständigkeit bestimmte Grenzen nicht überschritten wurden. Dies wird aber künftig anders sein. Der als Nachfolger des Bundesrats in Aussicht genommene „Reichsrat“ hat so weitgehende Befugnisse nicht, die entscheidende Reichsgesetzgebung liegt vielmehr einzig und allein in den Händen der Nationalversammlung. Und wessen man sich von dorther zu versehen hat, beweisen ja deutlich die bis jetzt vorliegenden Ausschußbeschlüsse.

So stehen wir vor der betrübenden Tatsache, daß der Unitarismus auf der ganzen Linie marschiert und daß Bayerns letzte Stunde bald geschlagen haben wird. War der Preuß'sche Verfassungsentwurf, den ich bereits in diesen Blättern besprochen habe (Nr. 5, 1919), in dieser Richtung schon sehr weit gegangen, so ist er noch weit übertroffen worden durch die jetzigen Beschlüsse des Verfassungsausschusses. Die letzte Hoffnung, die ich damals noch auf die Nationalversammlung setzen zu dürfen glaubte, ist durch diese Beschlüsse enttäuscht worden.

Der bayerischen Regierung kann aber der schwere Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie nichts getan hat, diese Dinge zu verhüten, wozu sie wohl in der Lage war. Hätte sie von Anfang an den von mir vertretenen Standpunkt eingenommen, daß die Zuständigkeit der Nationalversammlung nur eine beschränkte ist gegenüber den Einzelstaaten, hätte sie insbesondere die Notwendigkeit der Zustimmung der einzelstaatlichen Landtage zur neuen Reichsverfassung gleich in dem ersten Stadium der Verhandlungen betont, sie wäre mit diesem Verlangen auch durchgedrungen. So aber hat sie durch ihre Zustimmung zu dem provisorischen Grundgesetz selbst den Grundstein gelegt zu dem Verderben, das jetzt über Bayern hereinbricht. Nicht umsonst hat die Bayerische Volkspartei sofort nach Ausbruch der Revolution die Neuwahl der Volksvertretung verlangt mit der ausdrücklichen Begründung, daß diese Gelegenheit haben müsse, rechtzeitig, also noch vor Beginn der Beratungen der Nationalversammlung ihre Stimme zu erheben. Aber die damaligen Machthaber in Bayern hatten ja Wichtigeres zu tun. Sie mußten ja gegen das Phantom der „Reaktion“ und der „Gegenrevolution“ zu Felde ziehen, das in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war. Vielleicht auch war es die Furcht vor dem Ausgang der Wahlen, die sie bestimmte, dem immer wiederkehrenden Rufe nach Neuwahlen kein Gehör zu schenken. Und noch wäre es Zeit gewesen, das Schlimmste zu verhüten, wenn wenigstens der neugewählte Landtag, wie die Bayerische Volkspartei mit Nachdruck verlangte, alsbald nach der Wahl zusammenberufen worden wäre. Aber auch hier ließ die Regierung kostbare Tage und Wochen untätig verstreichen, bis sie endlich die Einberufung der Volksvertretung verfügte. Dann war es aber zu spät. Und dieses „zu spät“, das in den letzten Jahren und Monaten deutscher Geschichte wiederholt eine so unheilvolle Rolle gespielt hat, es hat hier den Untergang Bayerns mitverschuldet. So wurde es dem bayerischen Volke unmöglich gemacht, durch seine Vertreter in der Schicksalsstunde Bayerns seine Stimme zu erheben und von vornherein seinen Einfluß gegen die unitaristischen Bestrebungen im Reiche geltend zu machen.

Nun müssen wir schweren Herzens zuschauen, wie unser schönes Bayerland zertreten wird, das künftig nur mehr als eine Provinz des Reiches angesehen und behandelt werden wird. Der „souveräne“ Landtag und die bayerische Regierung werden binnen kurzem gewesen sein. Das bayerische Volk wird tatsächlich von Berlin aus regiert werden. Aber wenn wir auch nicht in der Lage sind, an den Dingen noch etwas zu ändern, so wollen wir wenigstens flammenden Protest erheben gegen die uns widerfahrene Vergewaltigung, die auf das schwerste gegen Treue und Glauben verstößt und die einen schlechten Dank darstellt für alles, was das Bayernvolk im Kriege des Reiches wegen geopfert und gelitten hat. Für das Reich wird aus dieser Behandlung der Bundesstaaten kein Segen kommen.

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ las ich oft während der Arbeit in einem der Sitzungszimmer des Reichstagsgebäudes. Der schreckliche Zusammenbruch des Reiches erinnerte mich oft an diesen Satz. Er sollte auch den Gesetzgebern im Verfassungsausschuß zu Weimar als Mene Tekel zur täglichen Beherzigung an die Wand geschrieben

werden. **Unrecht Gut gedeiht nicht, und es ist unrecht Gut, das man sich jetzt mit frevler Hand aneignen will. Darum: Laßt ab von Eurem törichten Beginnen, das die Einzelstaaten zugrunde richtet, dem Reiche selbst aber ebenfalls zum Verderben gereichen muß!**

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Danziger Krisis.

Die Forderung des französischen Generals Nudant, daß wir die polnische Armee Haller in Danzig und Westpreußen einmarschieren lassen sollen, hat zu einer Spannung geführt, die den Waffenstillstand und das ganze Friedenswerk in Gefahr bringt. Die in drohendem Tone verlangte Mitwirkung zur Ueberflutung von Danzig und Westpreußen durch Streitkräfte der eroberungssüchtigen Polen können wir unmöglich leisten. Der Gang durch dieses kaudinische Joch würde nicht nur eine Selbsterniedrigung Deutschlands bedeuten und nicht nur ein Präjudiz schaffen für weitere Forderungen über den Rahmen des Waffenstillstands hinaus, sondern es wäre ein Verrat an der kerndeutschen Stadt Danzig und an Millionen von deutschen Volksgenossen, die zunächst in verheerenden Bürgerkrieg und dann in die Knechtschaft einer feindseligen Nation gestürzt würden.

Die ablehnende Haltung unserer Regierung ist rechtlich und politisch so klar und geradezu zwingend begründet, daß alle Parteien in der Nationalversammlung, sogar die sonst stets verneinenden Unabhängigen, ihre Zustimmung bekundeten.

Etwas Hoffnung wurde wieder erweckt durch die Aufforderung des Generalissimus Foch, Deutschland solle einen Bevollmächtigten nach Spa schicken zur beschleunigten Erledigung dieser Angelegenheit. Wenn Foch guten Willen mitbringt oder durch die Einwirkung von Wilson und anderen besonnenen Staatsmännern zum Einlenken veranlaßt wird, so kann sich wohl ein Ausgleich erzielen lassen. Denn die deutsche Note will durchaus nicht den Truppen der Entente den vereinbarten Weg über Danzig verwehren, sondern protestiert nur gegen den Einmarsch der Polen und macht überdies den akzeptablen Vorschlag zur Güte, daß diese Armee Haller den Weg über Königsberg, Memel, Tilsit oder Libau nehmen möge, der in verkehrstechnischer Hinsicht sogar besser ist, als der Weg über Danzig. Sollte diese Lösung abgelehnt werden, so hätten wir den durchschlagenden Beweis von der Böswilligkeit unserer Gegner. Hält die Entente an der Absicht fest, über den klaren Inhalt des Waffenstillstandsvertrags sich hinwegzusetzen und Danzig nebst Westgau mit rücksichtsloser Gewalt den Polen auszuliefern, dann haben die bestehenden Verträge keinen reellen Wert mehr für uns und dann können wir auf annehmbare Friedensbedingungen überhaupt nicht mehr rechnen.

Wenn die Gegner mit Gewalt in Danzig eindringen wollen, so sind wir freilich wehrlos, aber wenigstens nicht ehrlos. Sie können ja auch, wenn sie den Waffenstillstand für erloschen erklären wollen, über den Rhein vordringen. Dem rabiaten Clemenceau könnte das gefallen. Ob Wilson und die englische Regierung ebenso denken, bleibt freilich abzuwarten. Die Verantwortlichkeit für die Wiederaufnahme des Krieges wiegt doch schwer, nicht nur auf der weltgeschichtlichen Wage, sondern auch auf der innerpolitischen gegenüber der kriegsmüden Bevölkerung. Sollen die Truppen und ihre Angehörigen sich weiter opfern zu Ehren der habgierigen Polen? Dazu kommt die Erwägung, daß Deutschland nicht mehr den Schutzwall gegen den Bolschewismus bilden und daß zugleich Deutschland als Schuldner zahlungsunfähig werden würde. Kommt es zum Bruch, so werden wir nicht die einzigen Leidtragenden sein.

Bei dieser Gelegenheit wird es sich auch entscheiden, ob die Entente auf einen Gewalt- und Diktatfrieden oder auf einen Rechts- und Verständigungsfrieden hinausgeht. In dieser Hinsicht hatte Reichsminister Erzberger, der auch jetzt als Bevollmächtigter nach Spa gegangen ist, eine Anfrage an Foch gerichtet wegen angeblicher Aeußerungen von Lloyd George und Pichon über den geplanten Diktatfrieden. Foch hat geantwortet, daß die berichteten Aeußerungen nicht gefallen seien. Diese Negation war insofern ausweichend, als Foch keine Auskunft gab über die wirklichen Absichten dieser oder der anderen Minister. Der Ringkampf zwischen den gemäßigten und den tollwütigen Staatsmännern auf der Gegenseite ist bekanntlich noch nicht abgeschlossen. Die Danziger Krisis kann insoferne ihr Gutes haben, als sie den Herren zum Bewußtsein bringt, daß die deutsche Nachgiebigkeit schließlich auch eine Grenze hat. Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß bei übertriebener Mißhandlung sich in Deutschland die ungarische Schicksalstragödie wiederholt.

Sonderbarerweise hat nun in demselben Augenblick, wo für Deutschland die Gefahr einer bolschewistischen Zersetzung drohender winkt, der erste Reichsminister Philipp Scheidemann eine leidenschaftliche Rede gegen das Gespenst einer monarchistischen Gegenrevolution gehalten. Aus dem kleinlichen Anlaß, weil bei einer Berliner Protestdemonstration wegen Danzig sich auch einige konservative Heißsporne beteiligt und auf der Straße das „Heil Dir im Siegerkranz" angestimmt, sowie den zufällig vorübergehenden General Ludendorff begrüßt hatten. Die sporadischen Töne sind spurlos verhallt. Bei ruhiger Betrachtung ersieht jeder, daß es sich da nur um zufällige Temperamentsausbrüche einzelner Teilnehmer gehandelt hat. Gegen diese paar Sperlinge, die sofort wieder verschwunden sind, wurde aber nachträglich eine große rhetorische Kanone abgefeuert. Ja, es soll damit sogar der Gesetzvorschlag begründet werden auf Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, vor dem Ludendorff, Bethmann Hollweg und andere Sündenböcke zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Die zweifelhafte Justiz wegen der Vergangenheit hilft uns keinen Schritt vorwärts. Wie froh könnten wir sein, wenn uns keine andere Sorge bedrückte, als die vor einer Gegenrevolution von rechts! Die Ueberrevolution von links ist die wirkliche, bitterernste Gefahr, wie die neuerlichen reinpolitischen Streikbewegungen im Ruhrrevier und in Stuttgart klar beweisen, und wenn die Regierung dagegen nicht all ihre Kraft konzentriert, so hat sie ihren Beruf verfehlt und würde selbst vor einen Staatsgerichtshof gehören.

Das neue preußische Ministerium.

Nun haben wir auch im Staate Preußen ein Koalitionskabinett nach dem Muster des Reichsministeriums: fünf Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Zentrumsmänner, 1 parteiloser Kriegsminister. Ideal ist das nicht, aber der beste Behelf, der möglich war unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Zerfall des preußischen Staates würde eine heillose Erschütterung der halbfertigen Reichsordnung herbeigeführt haben. Aus dieser Erwägung und zur Eindämmung der kulturkämpferischen Gelüste hat die preußische Zentrumsfraktion das Opfer des Anschlusses gebracht. Damit ist erreicht, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche auf den Weg der schonenden Vereinbarung und die letzten Ziele der Schulpolitik auf den Weg der regelrechten Gesetzgebung geschoben werden. Um den schulplanmäßigen Religionsunterricht zu retten, haben unsere Freunde freilich zugestehen müssen, daß dieser Unterricht wahlfrei wird für die Eltern oder für die Schüler über 14 Jahre. Der wahlfreie Religionsunterricht ist offenbar das kleinere Uebel im Vergleich zu der religionslosen Staatsschule nach französischem Muster. Jetzt müssen die Geistlichen und die wohlmeinenden Bürger alle Kraft und Kunst daransetzen, daß die Eltern und die Kinder den gesicherten Religionsunterricht sich zu Nutzen machen. Der Eifer muß in die Bresche des Zwanges treten.

Die neue Rentensteuer.

Zur Deckung des Milliarden-Defizits hat die Reichsregierung jetzt den ersten Steuerentwurf eingebracht. Von allen Kapitalserträgen soll eine Abgabe von 10 Prozent erhoben oder einbehalten werden. Ein einfaches Verfahren, aber leider auch einschneidend und rücksichtslos. Der Ertrag, der auf $1^1/_3$ Milliarden geschätzt wird, ist sehr verlockend. Er ist aber nur zu erreichen, wenn auch die Renten der Waisen, der Witwen, der Greise und der Kranken um ein Zehntel beschnitten werden. Und das in den Zeiten der Teuerung, die sowieso den Arbeitsunfähigen das Auskommen kaum gestatten. Zugunsten der Sparkassen, Bankgeschäfte, Hypothekenbanken usw., die zur Vermittlung von Geldgeschäften dienen, sind Ausnahmen für den inneren Betrieb vorgesehen; aber die Kunden dieser Anstalten werden ihre Zinsbezüge sich kürzen lassen müssen. Ganz vergessen scheint man die Versicherungsanstalten zu haben, die bei einer zehnprozentigen Abgabe ihre ganzen Berechnungsgrundlagen ändern müßten. Ferner ist die Gefahr ins Auge zu fassen, daß diese Rentensteuer zur Erhöhung des Zinsfußes für Anleihen, zweite Hypotheken usw. führt, woraus sich dann noch Kursverluste ergeben würden, besonders für die zahlreichen kleinen Zeichner von Kriegsanleihen. Der Steuerplan ist nicht so einfach und glatt durchzuführen, wie der Finanzminister ihn in zwei Dutzend Paragraphen aufgestellt hat.

Bayerische Neuheiten.

Von M. Geßner, München.

Bayern führt zurzeit einen schweren Kampf um alte Rechte. Rechte, die selbst Bismarck, der Mann von Blut und Eisen, ihm gelassen, wollen die „demokratischen" Baumeister eines „freien" Deutschland von heute nicht mehr anerkennen. Der Widerstand Bayerns gegen die Vergewaltigung nicht nur seiner Sonderrechte, sondern auch von Rechten, die es mit den anderen Bundesstaaten gemeinsam hatte, entspringt nicht abstraktem Partikularismus, sondern dem Gedanken an die notwendigen Voraussetzungen wirtschaftlichen und kulturellen Eigenlebens, das man den zu „Gliedstaaten" degradierten bisherigen Bundesstaaten ja noch lassen will. Wie sich die bayerische Regierung und die bayerischen Abgeordneten, namentlich von der Bayerischen Volkspartei, in Weimar wehren, so hat auch der Landtagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wenigstens gegen die ärgsten Uebertreibungen des Zentralismus Widerspruch erhoben, wenn er sich auch zu der von der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagenen kräftigen Form nicht bekennen wollte. Dadurch, daß man in Bayern mit der Einberufung des Landtags unnötig lange zögerte, ein Umstand, dem die Ereignisse vom 21. Februar nicht zuletzt zu verdanken sind, daß man um mehrere Wochen hinter dem Weimarer Parlament herhinkte, ist hier manches versäumt worden, was nicht mehr gut zu machen sein dürfte. Die Selbständigkeit Bayerns hat schweren Schaden genommen.

Um so seltsamer berühren gewisse Versuche, in der bayerischen Politik eigene Wege zu gehen, Versuche, deren praktische Ergebnisse nicht von Dauer sein können, wenn das Reich sich nicht anschließt. Soweit man in Bayern vernünftige Gedanken hat, soweit man Wege weiß, auf denen man zu guten Zielen kommen kann, könnten wir es natürlich nur begrüßen, wenn man das Reich mit Erfolg dafür zu gewinnen sich bemüht. Vor Lufthieben aber sollte man sich hüten, sie nützen nicht nur nichts, sondern schmälern nur das Ansehen Bayerns, das ohnehin schon durch mancherlei Taten und Unterlassungen gelitten hat. Und ein solcher Lufthieb war beispielsweise die Aufhebung des Adels durch Annahme eines von der sozialistischen Regierung vorgelegten dahingehenden Gesetzes. Gegen die Beseitigung der Vorrechte der Geburt ist im demokratischen Staate nichts zu sagen, wenn die Sache konsequent durchgeführt wird, wenn nicht Vorzüge in einer dem alten Brauch entgegengesetzten Richtung konstruiert werden. Daß man aber mit den Vorrechten des Adels auch den adligen Namen „aufhob", muß gerade vom demokratischen Standpunkt aus als Geschmacklosigkeit empfunden werden. Dies ist beispielsweise auch die Ansicht des gewiß demokratischen Dr. Quidde. Von der Regierung schon ist die Sache ziemlich unverständlich. Hätte sie sich dazu etwa von außen her raten lassen, so wäre sie schlecht beraten worden. Wäre sie aber selbst auf die Idee gekommen, etwa um eine Konzession an die Herren „von der Straße" — die Vertreter des Neuadels — zu machen, so möge sie bedenken, daß man durch Schwächlichkeiten schwache Positionen nicht stärkt. Was die anwesenden Abgeordneten bewogen hat, bis auf wenige Ausnahmen dem Gesetz wortlos zuzustimmen, wird man vielleicht später einmal genauer erfahren. Die Kommunisten verkünden ja, der Landtag habe überhaupt vor einem „Vogel friß oder stirb!" gestanden. Nun sind sich die Gelehrten noch nicht einig darüber, ob dieses Gesetz die Sache endgültig erledigt oder ob vom Reiche her der Ruhm Bayerns als eines modernen Abdera angefochten werden kann. In Preußen wird man eher einen umgekehrten Weg gehen. Justizminister Heine trägt sich mit dem Plan, die Strafbestimmungen für unbefugte Führung des Adelstitels zu beseitigen, so daß sich, wie er sagte, Herr Rosenfeld „von Rosenfeld" nennen kann. Und das wird dann sicher mancher Lederhändler und sonstige Kriegsgewinnler tun. Auch im Namen der Demokratie!

Sehr viel ernster und wichtiger ist ein anderes Gebiet, auf dem man in Bayern eigene Wege zu gehen und dem Reiche ein Beispiel zu geben sucht — wenn man in Bayern nicht etwa doch der Geschobene ist. Das Reich hat die Sozialisierung in Angriff genommen, Bayern soll seine „Vollsozialisierung" haben. Den Anstoß dazu hatte noch der Zentralrat vor Einsetzung der jetzigen Regierung gegeben, indem er am 14. März zur Ermöglichung der Vollsozialisierung die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes im Sinne eines Triumvirats Kranold-Neurath-Schumann beschloß. Der Zentralrat selbst handelte dabei wohl auf Anregung des in Wien geborenen Privatdozenten Dr. Neurath aus Heidelberg, früheren Direktors des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Dresden, der am 25. Januar im Münchener Arbeiterrat einen Vortrag über die Sache gehalten hatte. Neurath hat auch über Wesen und Weg der Sozialisierung eine Broschüre geschrieben. Er will Produktion und Güterverteilung planmäßig und nach sozialen Gesichtspunkten gestalten und an die Stelle der freien Verkehrswirtschaft die Verwaltungswirtschaft setzen. Die Träger der Vollsozialisierung sollen die mancherlei Verbände sein, die unter Leitung der Gesellschaft stehen: Kartelle, Trusts, Handwerkervereinigungen, landwirtschaftliche Genossenschaften usw. Im einzelnen Betrieb soll der einzelne die Verantwortung tragen, nur soll er in seinen Entschließungen dem Verbande und der besonderen Kontrolle der Betriebsräte, Bauernräte usw. unterworfen sein. Ein besonderer Vorschlag betrifft eine Kommunistensiedlung in Bayern, für die ein bestimmtes Gebiet enteignet werden soll, auf dem die Herren die Probe aufs Exempel in vollster Freiheit machen könnten.

Diese und andere Ideen hat Dr. Neurath auch im Sozialisierungsausschuß des Landtags (während das Plenum vertagt ist, sind die Ausschüsse mit der weiteren Vorbereitung der gesetzgeberischen Arbeiten beschäftigt) vorgetragen, worauf die „Korrespondenz Hoffmann" den Beschluß auf Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes zur „Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Solidarismus" meldete. Das sah so aus, als hätte der Ausschuß alle Pläne Neuraths gebilligt, und zunächst schien auch mancher nicht zu wissen, was eigentlich vor sich gegangen war. Die offiziöse Korrespondenz mußte sich dann aber berichtigen und feststellen, daß der Ausschuß nicht alle diese Pläne gebilligt, sondern lediglich einen Antrag Schlittenbauer-Simon angenommen hatte. Dieser Antrag erforderte die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes, das vor allem die Betriebe sofort in gemeinnütziger Arbeit zu vereinigen habe, die der Schaffung von Wohnung und Kleidung dienen, und das außerdem die Erzeugung der Ernährung planmäßig gestalten solle. Schließlich sollten noch der Reichsregierung Anregungen für die Regelung der Ein- und Ausfuhr gegeben werden. Nach sozialistischem Kommunismus sieht das nun nicht ohne weiteres aus, wenn auch nicht genau zu übersehen ist, was das Zentralwirtschaftsamt, zu dessen Leiter inzwischen Neurath berufen wurde, daraus machen wird.

Neurath ist, wie viele Reformatoren, am stärksten in der Kritik. Gewiß hat er auch positive Ziele, die man sich aber genau ansehen muß. Dazu gehört auch die bereits in Angriff genommene Sozialisierung der Presse, die vielleicht zu einer Art konstitutioneller Fabrik führen soll. Neurath ist auch hier wie in anderem nicht Erfinder, sondern Vertreter mehr oder minder populärer Ideen. Wir waren nie Anhänger des absoluten freien Spiels der Kräfte, aber wir sind auch der Ueberzeugung, daß an dem Wirtschaftssystem, das wir bis zum Kriege und bis in den Krieg hinein hatten, so bald noch nicht viel geändert worden wäre, wenn der Mammonismus in diesem Kriege sein goldenes Kalb nicht selbst zum Teil zerstört hätte. Das Schlagwort Sozialisierung hat den starken Widerhall doch erst gefunden, seit fast alles fühlt, daß wir Sozialisierung nötig haben, um über die Zerstörung unseres Wirtschaftslebens hinwegzukommen. Aber es wird keine Sozialisierung geben, die der großen Masse der Deutschen in absehbarer Zeit in rein materieller Hinsicht das bieten kann, was sie bis zum Kriege hatte. Was ist nun Sozialisierung? Neurath hält mit Recht nicht viel von einzelnen Verstaatlichungsaktionen im Reiche. Es sei dem Arbeiter und Bauern gleichgültig, ob Staatskohle oder Privatkohle verheizt werde. Vielleicht ist das nicht einmal gleichgültig, denn es könnte dadurch die Kohle teurer werden, es könnte ein Ausfall an Steuern, an Einnahmen für den Staat entstehen und so die Sozialisierung gerade beeinträchtigt werden. Sozialisieren heißt u. a. rationalisieren, es heißt noch viel mehr, aber gewiß nicht — darin hat Neurath recht — bureaukratisieren. An einem etwaigen gemischtwirtschaftlichen System sollten wir nach den Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften genug haben. Die Sozialisierung nach russischem Muster durch Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiter muß für jeden, der nicht das Elend für die anderen vergesellschaften, selbst aber im Trüben fischen will, undiskutierbar sein.

Nun ist allerdings selbstverständlich, daß in unserer heutigen Lage Produktion und Verteilung nicht nach freier Willkür der einzelnen erfolgen können. Hier muß das gemeinsame Interesse, müssen soziale Rücksichten maßgebend sein, Interessen, deren sich der Staat annehmen, Rücksichten, die er schlimmstenfalls er-

zwingen müßte. Aber der Staat kann nur die oberste Instanz, die Aufsicht sein, das Gelingen der Aufgabe, vor der wir stehen, kann nur durch freiwillige gesellschaftliche Organisationen verbürgt werden, mögen diese Organisationen Kammern, Räte oder wie immer heißen. Eine Zwangsorganisation müßte versagen, und derartige Experimente können wir gerade jetzt nicht brauchen, wo es heißt, allmählich wieder in normale Verhältnisse überzuleiten. Der Zweckverband der landwirtschaften Körperschaften Bayerns warnt denn auch vor Verstiegenheiten, indem er sich gleichzeitig bereit erklärt, alle Maßnahmen zur Förderung landwirtschaftlicher Produktion zu unterstützen. Dr. Neurath will einzelnen zwar die Verantwortung aufladen, ihnen aber keinen freien Willen und keine Selbständigkeit lassen, mit anderen Worten, er sucht Sündenböcke. Die wären ja vielleicht zu finden, aber was hat von ihnen die Gemeinschaft, wenn sie zugleich Stümper sind?

Wenn gewisse Experimente lediglich an den paar Theoretikern hinausgingen, so könnte man dazu schweigen. Da es sich aber um Sein oder Nichtsein der Gesamtheit handelt, muß vor Halsbrechereien gewarnt werden. Im Rahmen dieser Einschränkung aber mag mancher es vielleicht begrüßen, daß nun Gelegenheit gegeben werden soll, eine gewisse Stubenweisheit praktisch auf ihren inneren Wert zu erproben. Wir hätten nichts dagegen, wenn der Versuch so günstig wie möglich ausfiele, wenn sich herausstellen sollte, daß der Mensch mit dreizehn Arbeitsjahren wirklich seine Schuld an die Gemeinschaft gezahlt hat, daß eine Arbeitszeit von vier bis sechs Stunden auch ausreicht. Die Kommunistensiedlung wäre als besonders drastische Probe aufs Exempel an sich vielleicht sogar wünschenswert. Man möchte doch sehen, ob die Herrschaften das Paradies auf Erden herstellen können, wenn sie ganz unter sich sind und von minder vollkommenen Menschen nicht gehindert werden. Wir fürchten, daß es ganz anders kommen wird, daß auch noch andere Pläne Dr. Neuraths sich als Seifenblasen erweisen werden. Manche Herren verwechseln sozial mit sozialistisch. Was ihnen vorschwebt, ist — bei aller Geistreichigkeit — geistlose materialistische Technik. Sie träumen von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das ist sozialistisch. Sozial aber ist die Vergesellschaftung der Menschen, ihre Erfüllung mit sozialer Gesinnung und Erziehung zur Arbeit. Das mag auch Neurath wollen, die Frage ist aber: Wie will er's machen? Nicht kommunistischer Solidarismus, sondern christlich-soziales Gemeinschaftsleben kann den Aufstieg der Menschheit aus ihrem jetzigen Zusammenbruch, wenn ihr ein Aufstieg noch einmal gegönnt sein sollte, allein sichern. Christlich-soziale Gesinnung wird die beste Garantie sein für Ruhe und Ordnung und die stärkste Triebfeder zu der unablässigen fleißigen Arbeit, die allein die Güter erst schaffen kann, die andere schon „sozialisieren" möchten, ehe sie noch da sind. Wer der Menschheit die Notwendigkeit unermüdlicher Arbeit predigt, ist ihr Freund, nicht wer ihr vom Tagewerk des Faulenzertums ein Paradies verspricht. Ist durch das Bekenntnis zu christlicher Weltauffassung die Anerkennung der Pflicht zur Arbeit und die Liebe zur Arbeit fest begründet, so läßt sich über die Organisation reden. Was an Neuraths Theorie überhaupt Wirklichkeitsgehalt hat, ist nur realisierbar, wenn er über die materialistische Technik hinaus bis zur christlichen Menschenseele vordringt.

Der Flieger.

Am Himmel zieht er einsam seine Bahn
In golddurchwogter, lichter Abendhelle,
Perlmutterfarben glänzt der Aeroplan,
Mattsilbern, wie die Flügel der Libelle.

Und immer höher schwingt er sich empor,
Bis zu der Wolken fernstem Goldgefieder,
Ein Punkt, der sich im Aetermeer verlor,
Und senkt sich pfeilschnell dann im Gleitflug nieder.

Das Auge folgt dem wechselvollen Spiel
Des kühnen Seglers im Bereich der Lüfte,
Bald ist der Himmel seiner Sehnsucht Ziel,
Bald locken ihn der Erde dunkle Grüfte.

So schwebt er hin in der Unendlichkeit
Und muss doch wieder in der Tiefe landen,
Wie meine Seele, höhenflugbereit,
Sich noch gefesselt fühlt von Erdenbanden.

Josefine Moos.

Der Völkerbund Wilsons.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

(Schluß.)

Mit Rücksicht vielleicht auf kapitalistische Kreise wird nichts gesagt über die Gleichberechtigung der Völker, bzw. der Mitglieder auf dem Gebiete des internationalen Handels, der Durchfuhr, außer im § 19 und einzig und allein für zentralafrikanische Kolonien, welche unter Zwangsverwaltung gebracht werden sollen. Wird es sonst in der Zollpolitik wieder Staaten erster und zweiter Klasse geben? Wird die Meistbegünstigungsklausel beschränkt oder mißbraucht werden? Es wäre die wirtschaftliche Ausschließung, welche Wilson am 30. August 1917 in seiner Antwort an den Papst verwarf, wie jede Begünstigung und jede Rache.

Auch von der Freiheit der Meere ist keine Rede. Wo bleibt die Beseitigung der einseitigen Behauptung der Verkehrswege durch eine Macht, wo die unbedingte Freiheit des Privateigentums auf hoher See für jede Nation, starke wie schwache? Und gegenüber der Vernachlässigung der Regelung dieser großen Reform, welche England 1909 leider nur vorübergehend vertreten hat, gegenüber dem unbestraften systematischen englischen Seeraub, auch zum Schaden der Neutralen, ist man sehr scharf in der Forderung der Wiederherstellung der Schäden zu Lande, welche nicht aus Beutegier entstanden sind, sondern durch regelmäßige militärische Maßnahmen und oft durch die Waffen des beschädigten Staates selbst! Immer zwei Maße und zwei Gewichte, im Widerspruche mit der Erklärung Wilsons vom 27. September 1918.

Hat übrigens Wilson jemals die Gesetzlichkeit, die Effektivität und Menschlichkeit der Hungerblockade erkannt, gegen welche er Ende 1914 besonders im Namen der amerikanischen Interessen einen wirkungslosen Protest an England gerichtet hatte? Ausdrücklich wohl nicht. Sein § 16 mit der vorgesehenen Hinderung des Zahlungs-, Handels- und Personenverkehrs mit den Unbotmäßigen bringt doch neue frauen- und kindermörderische Greuel dieser Art in der Zukunft mit sich? Es bleibt dabei, daß er jene Maßnahme als ungesetzlich, uneffektiv und unmenschlich bezeichnet hat, und daß Genugtuung und Wiederherstellung ebensogut für ihre Folgen geboten ist als für andere unheimliche Erscheinungen dieses Krieges. Aber davon ist in den lange geheim gehaltenen Abmachungen von Paris keine Rede. Wohltuend ist doch, daß Wilson im § 23 die Oeffentlichkeit aller zukünftigen Verträge fordert. Das ist nicht eben angenehm für die Entente.

Ein schwacher Punkt des Programms Wilsons ist die Kolonialfrage. Vielleicht gibt er nur aus Taktik den Alliierten soviel nach und begründet seine Vorschläge mit einer so wenig überzeugenden Beweisführung, daß die Antwort nicht verfehlen kann, auf die öffentliche Meinung der Welt Eindruck zu machen.

Er wirft Deutschland vor, in der Behandlung der Eingeborenen seiner Kolonien „kein Gewissen gehabt zu haben, ihnen unerträgliche Lasten auferlegt zu haben, deren Ausrottung mehr in seinem Interesse als deren Entwicklung gewünscht zu haben." „Es werden andere Staaten ausgesucht werden, die bereits gezeigt haben, daß sie imstande sind, in dieser Sache gewissenhaft vorzugehen." Wahrscheinlich die Nachfolger derjenigen, welche die Rothäute und die Australier fast ganz, die Tasmanier ganz ausgerottet haben. Ihrer Wohnsitze beraubt, werden noch heute diese Ureinwohner mehr und mehr bedrängt, von den Reservationen, wohin man sie zwangsweise übergeführt hat, nach ferner und schlechter gelegenen Reservationen verbannt. In Indien starben nach dem „Lancet", dem Hauptorgan der britischen Aerztewelt, in zehn Jahren neunzehn Millionen Menschen, zu unserer Zeit, um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts, an der Pest und an Hunger, durch die Schuld oder die Nachlässigkeit der britischen Behörden. Freilich könnte man, will man ganz gerecht sein, beifügen, daß unter einheimischen ganz unabhängigen Herrschern vielleicht ebensoviel und gar mehr gestorben wären. Aber die Tatsache der mörderischen Ausbeutung der Einwohner durch die Briten wird dadurch wenig entschuldigt. Der Opiumkrieg in China ist auch kein glänzendes Beispiel der Gewissenhaftigkeit. Wie England zehntausenden von stammverwandten südafrikanischen Buren ihre Frauen und Kinder wissenschaftlich hat verkommen lassen, wurde durch die französische Presse vor 15—20 Jahren dargestellt. Wie England die heiligsten Be-

teuerungen seiner Staatsmänner gegenüber der Unabhängigkeit Aegyptens gehalten hat, ist noch zu frisch in der Erinnerung.

Da dabei das fromme und gewissenhafte Albion die sogenannten belgischen Greuel im Kongo doch ein wenig übertrieben hat, wird es vielleicht zur Sühne einige der ehemals beschuldigten Belgier zur Hebung der Eingeborenen in Ostafrika gebrauchen, wo die Politik eines Frhrn. von Rechenberg und die Leitung Lettow-Vorbecks aber unter diesen Schwarzen eine bewunderungswürdige Hingabe an Deutschland gezeitigt hat. Daß sonst deutsche Behörden und Pflanzer sich gröblich vergriffen haben, kann in der Heimat Warren Hastings nicht wundernehmen. Das gab's überall in kolonialen Unternehmungen.

Was die unerträglichen Lasten betrifft, so hat es eben in Amerika einen gewissen George Washington gegeben, der mit einigen Freunden manche nicht ganz unbegründete Beschwerden gegen England erhoben hatte. Und für Indien schätzt William Digby („Prosperous" British India, a revelation from official records, London, bei Fisher Unwin, 1901) das tägliche Einkommen eines jeden Einwohners in 1850 auf zwei Pence (16 Pfennig), in 1882 nach offizieller englischer Berechnung auf nur anderthalb Penny (12 Pf) und in 1900 noch einer „analytical Examination of all Sources of Income" auf weniger als dreiviertel Penny, also kaum auf sechs Pfennig pro Tag! Dabei zitiert er den recht ehrenwerten Lord George Hamilton, Staatssekretär für Indien, in dessen Rede im House of Commons, 16. August 1901: „I admit at once that if it could be shown that India has retrograded in material prosperity under our rule, we stand self-condemned, and we ought no longer to be trusted with the control of that country." Das heißt: „Ich nehme gleich an, daß, wenn es bewiesen werden könnte, daß Indien unter unserer Herrschaft in materieller Wohlfahrt Rückschritte gemacht hat, wir selbstverurteilt dastehen würden, und wir dürften nicht länger betraut werden mit der Aufsicht über jenes Land."

Die Ausbeutung (the drain) von Indien durch England steht durch manche andere britische Zeugnisse ziemlich wohlbegründet. Und die britischen Kaufleute haben auch in anderen Kolonien Anlaß zu einigen Kritiken gegeben. Wilberforce, Gladstone und andere Engländer haben sich wohl Verdienste erworben gegenüber den unglücklichen, unterdrückten Völkern; sie haben dennoch nicht vermocht, das ganze Sündenregister ihrer Mitbürger auszulöschen, und dem englischen Pharisäer geziemt etwas weniger Ueberhebung gegenüber den deutschen Zöllner.

Dabei wirkt noch einmal befremdend, daß wieder laut § 19 nur der ausführende Rat über Südwestafrika und die Südseeinseln verfügen wird!

Die gewalttätigen Eroberungen und die rauhe Behandlung der Eingeborenen und sogar der christlichen Missionen durch die Franzosen in Afrika, auf Madagaskar und in Indochina enthalten auch manche unrühmliche Blätter.

Das alles und manches andere kann Wilson in der Hauptsache nicht entgangen sein. Daß in seiner Haltung neben einigen angelsächsischen Geneigtheiten, Vorurteilen und Illusionen doch Taktik, Klugheit und vielleicht ebensogut berechnete als gerechte Ironie gegenüber seinen Assoziierten liegen kann, zeigt der Passus in § 19, wo er vorschlägt: „Die Eingeborenen dürfen keinerlei militärische Unterweisungen erhalten, es sei denn für Polizeizwecke und zur Verteidigung ihres Gebietes." Nach dem Mißbrauche, den Engländer und Franzosen massenhaft von ihren farbigen Truppen in diesem Kriege an den gefährlichsten Stellen gemacht haben, kann dieser Vorschlag als kalter Wasserstrahl gelten. Dem Manne, der seinen Assoziierten so was bietet, verdient geholfen zu werden. Es wird möglich sein, ihm und mit ihm der öffentlichen Meinung der Welt noch manches andere in ein günstigeres Licht zu bringen, als es bisher der Fall war. Wie sehr die Entente das Licht fürchtet, erhellt nicht nur aus dem fortwährenden Verbot deutscher Schriften, sondern auch daraus, daß die unterseeischen Kabel Deutschlands nicht zurückgegeben werden sollen und daß die drahtlosen Stationen von Nauen, Hannover, Wien und Budapest keine politischen, nur Handelsnachrichten in Zukunft bringen dürfen! Schlechtes Gewissen! Furcht vor der Aufklärung der eigenen Ententevölker!

Uebrigens scheint Wilson, nach gewissen Wendungen seiner Reden und Vorschläge zu schließen, in der Kolonialpolitik weiter zu schauen als diejenigen, welche in Götterselbstgefühl nur des Tages genießen wollen. Er scheint einzusehen, daß ihre Vergangenheit sie vor dem **Ende des kolonialpolitischen Zeitalters** nicht bewahren wird: die von der Natur begünstigten Länder werden bald neue Geschlechter von Eingeborenen erzeugen, welchen man den Gebrauch der Technik und die Einrichtung einer heimischen Industrie nicht länger mehr wird vorenthalten können. Wenn die Rohstoffe und Wasserkräfte oder Steinkohlen durch „skilled labor", durch gelernte Arbeiter indischer, chinesischer und afrikanischer Stämme in ihren Heimatgegenden verwertet werden, dann dreht sich sozusagen die Erde um eine andere Achse und die angelsächsische Herrschaft wird gefährdet sein, zum Teil durch Arbeitslosigkeit der eigentlich-britischen Kräfte.

Liegt das im Interesse anderer weißer Völker? Ist es nicht ratsam, den Uebergang wenigstens zu mildern durch **Zusammenschluß** der jetzigen Hüter dessen, was wir Kultur nennen, und durch allgemeinen Beitritt zum Völkerbund zu retten, was für Europa zu retten ist? „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!" Vom Urheber dieses Wortes hat soeben der sozialdemokratische Minister Landsberg gesagt, er hätte lautere und gute Absichten gehabt. Mitunter hatte er wirklich Einsicht, oder war gut beraten, wie durch den Freiherrn von Berlepsch zugunsten der Arbeiterschutzkonferenz von 1890.

Mögen auch die weißen **Arbeiter** erwägen, was für sie selber an einer zweckmäßigen Behandlung der Farbigen gelegen ist. Wenn es nicht zu erreichen wäre, den Arbeiterschutz und eine vorsichtige, allgemein menschliche Organisation allmählich auf Asiens und Afrikas Massen auszudehnen, dann könnten einmal die jetzigen Kriegszeiten mit ihrer bittern Not noch als eine goldene Zeit dem nächsten Geschlecht erscheinen, im Vergleich mit dem Lohnsturz und mit der Arbeitslosigkeit, die fast unvermeidlich sonst unser wartet. Unterdessen kann man vom Standpunkt der Entente sich nur wundern über die Kurzsichtigkeit, mit welcher sie die **Entwaffnung Deutschlands** fordert: dadurch zerstört sie das **Bollwerk Westeuropas** gegen Rußland und vielleicht später gegen die gelbe Gefahr, die ebenso wie zur Zeit der Hunnen entstehen kann, wenn die chinesischen Massen einmal durch einen Organisator in Bewegung gebracht werden.

Was die **Durchführung** der Beschlüsse des Völkerbundes, bzw. seiner Schiedsgerichte oder seines ausführenden Rates betrifft, da muß noch Kritik einsetzen. Ein allgemeines Durchzugsrecht wird eingeführt, unter einseitiger Aufhebung aller Verträge, welche sich ihm widersetzen. Hier sollte man vielleicht vorsichtiger sein, um denen keine Waffen zu liefern, welche den Durchmarsch über Belgien noch rechtfertigen möchten. Man hat schon hingewiesen auf die **gewaltsame Aufhebung jeder Neutralität**, welche entsteht durch den auch den Nichtmitgliedern des Bundes untersagten Handels-, Zahlungs- und Personenverkehr mit den Unbotmäßigen oder mit den Gegnern der „Maschinerie". Der Beschluß kann irrig, ungerecht sein; Prätorianer werden ihn zu Wasser und zu Lande durchsetzen, auch gegen die öffentliche Meinung der Neutralen und der Minorität der Staaten, welche vielleicht die Mehrheit der Völker sein kann.

Man sollte sich auch nicht zu rasch einbilden, ein Beschluß, ein Widerspruch könnte gegen die „großen Herren" durchgeführt werden. England behält und verstärkt seine Flotte und seine Burgen an den Meerengen, wie die Raubritter des Mittelalters, trotz Gottesfrieden, an den Handelsstraßen von damals. In den Vereinigten Staaten selbst wird durch das Parlament ein verstärkter Etat angenommen und Marinebauten mit Fieberhast unternommen.

Hier fürchtet man eben im Völkerbund eine Gefährdung der Monroelehre und eine europäische Einmischung in rein amerikanische Angelegenheiten.

Japan . . . ach! hier höret jede Gemütlichkeit auf, man weiß aber nicht, gegen wen! Frankreich beansprucht die bewaffnete Vollzugsmacht zu Lande, das heißt, die Verwirklichung seines ewigen, bösen Traumes der Vorherrschaft auf dem Festlande, wo es nach Carlyle gegenüber Deutschland vierhundert Jahre lang der schlechteste Nachbar gewesen ist, den ein Volk je gehabt hat. Die Italiener und die Südslawen sind noch nicht vor einen Schiedsrichter zu bringen; über die Bedingungen und Voraussetzungen ist noch keine Einigung zu erzielen. Die Tschechen und Polen scheinen sich um Abgrenzungslinien und Waffenstillstand nicht übermäßig zu kümmern. Die russischen Machthaber und ihre Gegner verbleiben in bitterer Fehde untereinander und sind nur einmütig in dem Punkte, daß sie nicht zu Unterhandlungen zusammenzubringen sind.

Wenn man alle diese Schwierigkeiten und einige andere zusammenfassend ansieht, dann begreift man, wie **schwierig** die Aufgabe ist, welche Wilson sich auferlegt hat, und seine grimmigsten Gegner werden dazu kommen, ihn milder zu beur-

teilen. Wir sehen ihn, der früher Europa nie besucht hatte, viermal im Winter den grimmen Ozean durchkreuzen. Wenn es erlaubt ist, den Präsidenten mit dem Organisator und Schirmherrn des christlichen und friedlichen Europas, Karl dem Großen, zu vergleichen, obgleich die Lage und die Mittel so verschieden sind, dann möchte er wohl mit Karl, nach dem Worte der Chanson de Roland, ausrufen: »Deus! dist li reis, si penuse est ma vie!« „Gott! sagt der König, wie peinvoll ist mein Leben!" Und die deutschen Lande bereiten ihm vielleicht noch einige Sorgen hinzu!

Wird seine Voraussicht und seine Einsicht den Sieg über die eigene Erziehung und die Stammesvorurteile davontragen? In jedem Angelsachsen, auch in dem organisierten Arbeiter, gestand einmal Vandervelde, steckt eine Denkungsart, welche von den anderen absticht. Ich möchte sagen, Cecil Rhodes und sein einziger Glaube, der Glaube an die gottgewollte, naturnotwendige Ueberlegenheit und Vorherrschaft der Angelsachsen, findet in gewissem Maße sein Ebenbild in seinen meisten Stammesgenossen. Die anderen Völker sollten froh sein, ihnen dienen zu dürfen.

Wird der so angelsächsisch gefärbte Staatenbund es Deutschland ermöglichen, die Lebensmittel, die Rohstoffe, die Absatzgebiete, die koloniale Arbeit, die Weltschiffahrt, die Weltwirtschaft, wenn auch nur allmählich wiederzufinden, ohne welche dieses Land von siebzig Millionen dem Untergange geweiht wäre? Oder müssen die Franzosen Recht behalten, die in 1913 schrieben und druckten: „Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zu viel, sie müssen beseitigt werden!" Will man den Deutschen in ihrer Heimat das Leben, die Brotgewinnung unmöglich machen und sie von den anderen Gegenden als unerwünscht fernhalten? Das wäre ja der massenhafte, der millionenhafte Hungertod, oder wahrscheinlich der furchtbarste Verzweiflungs- und Wutausbruch, den die Geschichte je gesehen hätte, den sehr viele Franzosen und manche Engländer zugleich wünschen und befürchten, und der vielleicht wirklich die Weltrevolution erzeugen und die Großgewinnler des Weltkrieges von ihrer Höhe stürzen würde! Kann der Gebrauch der wirtschaftlichen Waffe, die Hungerblockade, in Zukunft nicht auch andere Völker bedrohen und so aus dem Völkerbund selbst eine Quelle von neuen Gefahren machen.

Die „Daily News" Gardiners nennt die Fortsetzung der Blockade eine infame Politik der englischen Regierung, und der anglikanische Bischof von Oxford schreibt an die „Times": „Ich bin der Ansicht, daß wir und unsere Bundesgenossen ein Verbrechen auf uns laden, welches die Geschichte noch nach Jahrhunderten rächen wird."

Lord Robert Cecil sagt übrigens, man müsse zugeben, daß der Entwurf unvollständig sei; er spricht von Zweideutigkeiten, welche nicht durch weitere jetzige Beratungen zu beseitigen seien; „in der Kolonialfrage dürfte gerade nicht die Ungerechtigkeit und die Vergewaltigung zum Richter bestellt werden". Aber doch: „je eher der Bund im Tätigkeit trete, desto besser sei es."

Möge die Hoffnung sich doch auch in dieser Pandorabüchse finden. Mögen Haß und Leidenschaften der redlichen Vernunft und der Menschlichkeit weichen! Der Wagnisse hat die Welt genug! Mag es auch eine Selbsttäuschung sein, zu meinen, die Einzelnen, die Gruppen, die Völker und das Menschengeschlecht überhaupt könnten einmal von ihren Fehlern und Erbsünden vollständig genesen, am wenigsten zu einer Zeit, wo die bewährten religiösen Selbstbeherrschungskräfte blinde und systematische Bekämpfung finden, so muß doch der Versuch gemacht werden. Nur im Weltbund können besonders die leidenden Völker die Elemente ihrer wirtschaftlichen Neubelebung finden wie auch den sittlichen Halt und die Bedingung des Lebens: die Hoffnung auf Ruhe und auf bessere Zeiten.

Der größte amerikanische Dichter, Longfellow, hat diese Vierzeile gedichtet:

All are architekts of Fate,
Working in these walls of Time,
Some with massive deeds and great,
Some with ornaments of rhyme.

„Baumeister des Schicksals sind alle, arbeitend zwischen diesem Wallen der Zeit, einige mit erschütternden Großtaten, einige mit Verzierungen des Reimes."

Wird Wilson dem Worte die Tat folgen lassen und die Assoziierten zum Einlenken zwingen können, oder ist er nur ein Dichter und Träumer, oder wird die Macht dem edelsten Streben nicht gleichkommen?

Der letzte Vers, den Longfellow kurz vor seinem Tode 1882 dichtete, heißt:

It is daybreak everywhere!

„Ueberall ist Morgenrot"! Wenn es Wilson glückt, die sachlichen Schwierigkeiten, seine Verbündeten und sich selbst zu überwinden, dann kann ja sein Entwurf zu einem wahren Bund aller Völker erblühen, und vom Morgenrot einer besseren Zeit könnte jetzt das erste schwache Leuchten sich zeigen.

Anders würde der christliche Friede aussehen, wie der Vorschlag der „condonatio" des Papstes zeigte. Es wäre das „herzlichste Erbarmen, Güte, Demut, Sanftmut, Langmut, indem ihr einander ertraget und einander verzeihet, wenn jemand wider den anderen eine Klage hat: so wie der Herr euch vergeben hat, also auch ihr!... Und der Friede Christi herrsche in eurem Herzen!" (St. Paulus an die Kolosser, III, 12—15).

Dieser Friede ist vielleicht aber nicht von dieser Welt. Ein zu Unrecht vergessener Dichter, Matthison, sagte ja:

Fruchtlos hinieden
Ringst du nach Frieden!
Täuschende Schimmer
Winken dir immer;
Doch wie die Furchen des gleitenden Kahns,
Schwinden die Zaubergebilde des Wahns.
Auf zu der Sterne
Leuchtender Ferne
Blicke vom Staube
Mutig der Glaube:
Dort nur verknüpft ein unsterbliches Band
Wahrheit und Frieden, Verein und Bestand.

Und dennoch! Sei unser unsträflicher Wille männlicher und von näherer Zuversicht beseelt! Deutschlands Lebensbaum ist beraubt, erschüttert, vielleicht verseucht: wir müssen aber mit Goethe sagen:

Laß, o laß mich nicht ermatten.
Nein, es sind nicht leere Träume:
Jetzt nur Stangen, diese Bäume
Geben einst noch Frucht und Schatten.

Die Schulfrage in den Trennungsländern.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

In denjenigen Ländern, in welchen die rechtliche Trennung von Staat und Kirche konsequent durchgeführt ist, ist damit auch die Schulfrage in einer Richtung entschieden: Trennung von Staat und Kirche bedeutet Ausschaltung der Kirche aus dem Leben und den Einrichtungen des Staates, also auch aus den öffentlichen Schulen, sie bedeutet die Einrichtung der öffentlichen Schulen als weltliche religionslose Schulen. Dennoch haben auch diese Länder eine Schulfrage, die Frage der Unterrichtsfreiheit, ob und wie weit es den Religionsgesellschaften möglich ist, durch Errichtung von konfessionellen Privatschulen eine Erziehung im Sinne des betreffenden Bekenntnisses zu sichern. Keines von allen Trennungsländern geht so weit wie das Schulprogramm der deutschen Sozialdemokratie, das die öffentliche religionslose Schule als Zwangsschule für alle Schulpflichtigen ohne Ausnahme fordert, also die Unterrichtsfreiheit negiert, damit, wie Wilhelm Liebknecht (Vater) 1891 diesen Punkt des Erfurter Programms begründete, „die Geistlichkeit keine Handhabe besitze, vermittels deren sie in die Schulen hereinkommen kann". Jedoch ist das Maß der Unterrichtsfreiheit, das in den einzelnen Trennungsländern gewährt wird, verschieden je nach dem Charakter, den die Trennung in dem betreffenden Lande besitzt, ob einen unparteiisch-freiheitlichen, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, oder einen ausgesprochen kirchenfeindlichen wie in Frankreich.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das öffentliche Schulwesen nicht Sache der Union, sondern der Einzelstaaten. Der Staat führt die Oberaufsicht über die öffentlichen Elementarschulen und bezahlt einen Zuschuß zu ihrem Unterhalt, im übrigen stehen sie unter der Selbstverwaltung der Grafschaften und Städte. Schulzwang besteht nicht in allen Staaten und immer nur mit der Beschränkung, daß Besuch einer Privatschule vom Besuch der öffentlichen Elementarschule befreit. Der Unterricht in den öffentlichen Schulen läßt die Religion grundsätzlich unberücksichtigt. In mehreren östlichen Staaten wurde früher ein „allgemein-christlicher" Bibelunterricht erteilt, der aber tatsächlich in ganz protestantischem Geiste gegeben wurde



und deshalb den Widerspruch der Katholiken hervorrief[1]); er ist jetzt fast überall beseitigt oder auf bloßes Lesen ausgewählter Bibelstellen beschränkt[2]). Die Gründung von Privatschulen ist vollständig freigegeben, insbesondere haben die mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten kirchlichen Organisationen das Recht, nicht nur für gottesdienstliche sondern auch für Schulzwecke (Schulhäuser, Lehrerwohnungen, Lehrerbesoldungen) zu sorgen. Die Katholiken haben hievon im weitesten Umfange Gebrauch gemacht; in fast allen Pfarreien bestehen auf Grund der Beschlüsse der Provinzial- und Plenarkonzilien katholische Pfarrschulen, die unter ausschließlich kirchlicher Aufsicht und Leitung stehen[3]); die Lehrkräfte sind zumeist den religiösen Genossenschaften (Schulbrüdern und Schulschwestern) entnommen, darunter Schwestern im großem Umfange auch für Knabenschulen. Nach der Volkszählung von 1910 gab es in den Vereinigten Staaten 15 015 569 Katholiken (die Zahl ist wohl zu niedrig gegriffen); für diese bestanden 5119 Pfarrschulen, die von 1 333 786 Kindern besucht wurden. Nach dem allgemeinen Durchschnitt würden auf die 15 Millionen Katholiken etwa $1^1/_2$ Millionen schulpflichtiger Kinder treffen, was aber bei dem größeren Kinderreichtum der katholischen Familien wieder zu niedrig geschätzt ist; dazu kommt, daß nicht alle Kinder, welche die katholischen Pfarrschulen besuchen, katholisch sind, so daß sich mehrere hunderttausend katholischer Kinder ergeben, welche die öffentlichen Schulen besuchen[4]). Die Kinder, welche die öffentlichen Schulen besuchen, erhalten einen Religionsunterricht — meist Sonntags — in der Kirche oder Pfarrschule. Eine eigenartige Regelung erfolgte hinsichtlich zweier Schulen im Staate Minnesota: durch Vereinbarung des Erzbischofs Ireland von St. Paul mit diesem Staate wurden zwei katholische Pfarrschulen unter Wahrung ihres konfessionellen Charakters in öffentliche Schulen umgewandelt; Ausbildung und Anstellung der Lehrkräfte erfolgt durch den Erzbischof, Aufsicht und Aufbringung des Schulbedarfs obliegt dem Staat.

Hinsichtlich der höheren Schulen (High Schools) ist die Lage der Katholiken weniger günstig: die Zahl der katholischen Schulen dieser Art entspricht keineswegs dem Bedarf, da den Katholiken die finanziellen Mittel fehlen, von der Unterrichtsfreiheit ausgiebigeren Gebrauch zu machen. Die bestehenden Schulen werden zum geringeren Teil von einzelnen Diözesen mit Hilfe der Geistlichen und Gläubigen unterhalten, zumeist sind sie Unternehmungen religiöser Orden oder einzelner von Ordenslehrern unterstützter Pfarrer. Sie stehen unter kirchlicher Aufsicht, ihre Lehrpläne müssen von der staatlichen Prüfungskommission begutachtet sein, damit die Schüler ohne Prüfung an ein staatliches Gymnasium oder eine Universität übertreten können. Auf den vierjährigen Kurs der High School baut sich für Knaben das ebenfalls vierkursige Gymnasium auf; solche besitzen die Katholiken 229, daneben für Mädchen 701 Akademien zum Teil mit Gymnasialkursen. Alle diese Anstalten sind mit Hilfe der Gläubigen von geistlichen Orden und Kongregationen errichtet, die Knaben-Gymnasien sind alle staatlich anerkannt, die Mädchen-Gymnasien zum Teil. Die katholischen Universitäten (zum Teil Gymnasien mit angeschlossenen Fakultäten) sind ebenfalls von den betreffenden Staaten oder von der Bundesregierung privilegiert.

Es fehlt jedoch wie in den kirchenpolitischen Zuständen der Vereinigten Staaten im allgemeinen so auch auf dem Gebiete der Schule nicht an Schattenseiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten, wenn man die durchschnittliche Bevölkerungsmehrung und den Zuwachs durch die Einwanderung berechnet, um Millionen mehr Mitglieder zählen müßte, als es wirklich der Fall ist. Dieser Verlust ist durch die Schulverhältnisse mit herbeigeführt: es konnten nicht überall rasch genug katholische Pfarrschulen errichtet werden und sodann bieten die öffentlichen Schulen manche materielle Vorteile, die auf religiös nicht besonders gefestigte Eltern ihren Eindruck nicht verfehlen. In letzterer Beziehung wird ja auch in den katholischen Pfarrschulen in der Regel kein oder doch nur ein sehr geringes Schulgeld erhoben und auch die Lehrbücher werden in vielen Pfarrschulen wie in den öffentlichen den Kindern unentgeltlich geliefert. Wenn aber die Staatsschulen jetzt auch Frühstück und zum Teil die ganze Verpflegung, dazu ärztliche und zahnärztliche Behandlung unentgeltlich stellen, so sind die katholischen Schulen nicht in der Lage, dies nachzuahmen und besteht die Gefahr, daß sie dadurch Kinder verlieren. Eine zweite Schattenseite ist die Doppelbelastung der Katholiken. Die Staatsschulen werden aus den allgemeinen Steuern unterhalten, zu denen die Katholiken ihren vollen Anteil beizutragen haben. Außerdem müssen aber die Katholiken ihre Schulen ganz aus eigenen Mitteln erhalten, ohne daß sie irgendwelche öffentliche Unterstützung bekommen. Um welche Summen es sich dabei handelt, ergibt sich aus einer Berechnung des Kardinals Gibbons vom Jahre 1909: jedes Kind, das die öffentliche Volksschule besucht, kostet dem Staate Neuyork durchschnittlich 39 Dollars jährlich und da die Katholiken in der ganzen Union 1 300 000 Schulkinder auf eigene Kosten erziehen, ersparen sie dem Staate jedes Jahr über 50 Millionen Dollars; ferner beträgt der Wert der Schulhäuser und ihrer Einrichtungen durchschnittlich 117 Dollars für jedes Schulkind, so daß die Katholiken den Staaten an einmaligen Ausgaben für Schulzwecke ungefähr weitere 150 Millionen Dollars erspart haben.[5]) Das sind für die lange Reihe von Jahren an sich schon gewaltige Summen und zieht man in Betracht, daß die katholische Kirche auch in den Vereinigten Staaten keineswegs die Kirche der Reichen ist, so erscheint die Doppelbesteuerung um so drückender und ungerechter, allerdings auch der Opfermut der Katholiken um so glänzender.

Unter diesen Umständen ist die Zufriedenheit der amerikanischen Katholiken mit den dortigen Schulverhältnissen nicht so groß, wie der jetzige Kultusminister Bayerns seinerzeit am 9. Juli 1910 im Landtage unter Berufung auf den unkontrollierbaren Ausspruch eines ungenannten amerikanischen Kirchenfürsten behauptet hat.[6]) Außerdem will aber Hoffmann den bayerischen Katholiken gar nicht so viel Freiheit einräumen, als ihre amerikanischen Glaubensgenossen besitzen. Der Abgeordnete Landesschulrat Wörle hat damals an Hoffmann die ausdrückliche Frage gerichtet, ob er, wenn er das amerikanische System befürworte, neben der religionslosen Staatsschule auch noch Privatschulen zulassen wolle, wie sie eben in den Vereinigten Staaten im weitesten Umfange bestehen.[7]) Hoffmann hat sich auf diese Anfrage ausgeschwiegen; er steht eben auf dem Boden seines Parteiprogramms, das obligatorischen Besuch der religionslosen Schule verlangt, wie es auch der Abg. Segitz in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 13. März 1912 gefordert hat.[8])

In den Vereinigten Staaten war die Trennung von Kirche und Schule gleichzeitig mit der Trennung von Kirche und Staat als Erfordernis der dortigen Verhältnisse gegeben. In Frankreich wurde erstere vor der letzteren durchgeführt als der erste Akt des Kampfes gegen die Kirche und in dem gleichen kirchenfeindlichen Charakter wie der zweite Akt, die Trennung von Staat und Kirche. Das Schulgesetz vom 15. März 1850 (Gesetz „Falloux") hatte die Unterrichtsfreiheit im weitesten Umfange verwirklicht, die religiösen Genossenschaften waren in der Errichtung von freien Schulen keinen Beschränkungen unterworfen, die Geistlichen der anerkannten Religionsgesellschaften ohne weiteres zur Unterrichtserteilung befähigt erklärt (Art. 17, 25). Die öffentlichen Volksschulen waren regelmäßig konfessionelle Schulen (Art. 36 Abs. V, Art. 15 Abs. III), der Religionsunterricht Pflichtfach (Art. 23), der ganze Unterricht an ihnen konnte von der Gemeinde an Mitglieder eines Ordens oder einer Kongregation übertragen werden (Art. 31), dem Ortsschulausschuß gehörte der Pfarrer von Amtswegen an, der zugleich den Religionsunterricht zu überwachen hatte (Art. 18). Endlich war keine Gemeinde verpflichtet, eine öffentliche Volksschule zu errichten, wenn sie mit einer am Orte befindlichen freien Schule ein Abkommen traf (Art. 36 Abs. IV). 1881 setzten bei den Wahlen und den darauffolgenden Kammerverhandlungen die Bestrebungen nach Trennung von Staat und Kirche ein, die zunächst noch keinen Erfolg hatten. Dafür wurde die Trennung auf einem Teilgebiete begonnen, dem der Schule. Das Schulgesetz vom 28. März 1882 überließ es zwar dem Erziehungsberechtigten, ob er den Schulpflichtigen in einer öffentlichen oder einer freien Schule oder durch Privatunterricht unterrichten lassen wollte (Art. 4 u. 7); es entkleidete aber die öffentlichen Primär-

[1]) Stimmen aus Maria Laach Bd. 15 (1878), S. 514 f.

[2]) Rothenbücher K., Trennung von Staat und Kirche (1908), S. 141.

[3]) Nur in zwei Staaten mußten die katholischen Pfarrschulen um die Zulassung ihrer Schüler zu den staatlichen Prüfungen zu erreichen, die staatliche Genehmigung erhalten und sind sie einer beschränkten staatlichen Aufsicht unterstellt, v. Macksey, Katholische Schulverhältnisse in den Vereinigten Staaten bei Zeif, Das katholische Erziehungs- und Bildungswesen der Gegenwart, Kempten 1913, S. 375, 584.

[4]) Macksey a. a. O. 373 ff., 581 ff.

[5]) Mack Fr., Trennung von Kirche und Staat, Trier 1910, S. 188 f.

[6]) Kammer d. Abg., 347. Sitzung, Stenogr. Ber. S. 243.

[7]) Kammer d. Abg., 351. Sitzung v. 14. Juli 1910, Stenogr. Ber. S. 378.

[8]) Stenogr. Ber. S. 197.

schulen ihres konfessionellen Charakters, strich den Religionsunterricht aus ihrem Lehrplan und ersetzte ihn durch einen Unterricht in Moral und Bürgerkunde (Art. 1); zugleich wurden die Geistlichen aus dem Ortsschulausschuß entfernt (Art. 3). Den Schülern der öffentlichen Schulen durfte ein Religionsunterricht nur außerhalb der Schulzeit und des Schullokales erteilt werden (Art. 2). Einen weiteren Schritt bedeutete das Schulgesetz vom 30. Oktober 1886, das es jeder Gemeinde zur unbedingten Pflicht machte, eine öffentliche Schule zu errichten und zu unterhalten und die Angehörigen religiöser Genossenschaften von der Unterrichtserteilung in den öffentlichen Schulen ausschloß (Art. 11 u. 17). Damit waren die öffentlichen Schulen durchweg religionslose Laienschulen geworden: Unterricht und Erziehung an ihnen hielten sich keineswegs, wie versprochen worden war, religiös neutral, sondern waren direkt religionsfeindlich und atheistisch. Jedoch die Katholiken besaßen noch ihre von Ordensleuten geleiteten freien Schulen: im Jahre 1898 waren annähernd 50000 Schulbrüder und Schulschwestern in diesen Schulen tätig. Hier setzte nun die Ordensgesetzgebung ein. Durch das Vereinsgesetz vom 1. Juli 1901 wurde bestimmt, daß in Frankreich nur solche Orden bestehen dürfen, die durch ein eigenes Gesetz anerkannt (ermächtigt) sind (Art. 13 u. 16) und daß Angehörige eines nicht ermächtigten Ordens keinen Unterricht erteilen dürfen (Art. 14). Von den Schulorden wurde kein einziger ermächtigt, was ohne weiteres zur Folge hatte, daß Tausende von katholischen Privatschulen geschlossen werden mußten: 1902 wurden allein 5800 Schulen dieser Art geschlossen, 1903 wurden wieder 25 Lehrorden mit 11763 Mitgliedern aufgelöst, bis 1904 waren fast 16000 freie katholische Schulen unterdrückt. Den Schlußstein dieser Ausnahmegesetzgebung bildete das Gesetz vom 7. Juli 1904, das auch den ermächtigten Orden jede Art von Unterricht verbot. Die Katholiken suchten sich dadurch zu helfen, daß die Mitglieder der nicht ermächtigten Orden sich laisieren ließen und dann ihre Schulen als private Laienschulen wieder eröffneten, aber auch hier wurden ihnen seitens der Behörden möglichst viele Schwierigkeiten gemacht; nur ein geringer Teil der bisherigen katholischen Freischulen konnte auf diese Weise gerettet werden. So war durch die Schul- und Ordensgesetzgebung die Schulfrage bereits in kirchenfeindlichem Sinne gelöst, als durch das Gesetz vom 9. Dezember 1905 die Trennung von Staat und Kirche verfügt wurde. Darin sind in Art. 38 die Ausnahmegesetze gegen die religiösen Orden ausdrücklich aufrecht erhalten, obwohl solche Ausnahmegesetze dem Grundgedanken der Trennung widersprechen, nach dem der Staat die religiösen Vereine nicht anders als die übrigen Vereine zu behandeln hätte. Zu beachten ist ferner, daß das französische Trennungsgesetz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten die vorgesehenen (aber nicht ins Leben getretenen) Kultusvereine auf die Aufbringung der Kosten für den Kultus beschränkt, ihnen also nicht die Errichtung von Pfarrschulen ermöglicht (Art. 4 und 18) und daß diejenigen Kirchengüter, die nicht rein kirchlichen sondern wohltätigen oder Schulzwecken dienen, öffentlichen Anstalten überwiesen werden mußten (Art. 7). Durch diese Bestimmungen wird verhindert, daß die Zukunft katholischer Privatschulen durch Festlegung eines bestimmten Vermögens gesichert werde. Im ganzen ist die französische Gesetzgebung ein Musterbeispiel dafür, wie durch lästige Ausnahmebestimmungen die an sich bestehende Unterrichtsfreiheit für die Katholiken illusorisch gemacht werden kann, sodaß für sie das Gegenteil von Freiheit und Gleichheit festgelegt ist.

In einer Gruppe von Trennungsländern ist die rechtliche Trennung von Staat und Kirche nur teilweise durchgeführt, so daß noch bestimmte öffentlich-rechtliche Beziehungen zwischen beiden bestehen. Zu diesen Ländern gehören u. a. Belgien und Holland, die auch in der Regelung der Schulfrage Besonderheiten aufweisen. In Belgien ist durch Artikel 17 der Verfassung vom 25. Februar 1831 volle Unterrichtsfreiheit garantiert. Die Durchführung dieses Grundsatzes war aber eine wechselnde, das Schulgesetz vom 10. Juli 1879 trug einen stark kirchenfeindlichen Charakter, jenes vom 20. September 1884 brachte eine wesentliche Besserung, gegenwärtig gilt das Schulgesetz vom 15. September 1895. Darnach hat jede Gemeinde entweder eine öffentliche Volksschule zu errichten oder sie kann mit königlicher Genehmigung eine am Ort befindliche Privatschule „adoptieren"; letzteres ist aber ausgeschlossen, wenn zwanzig Väter schulpflichtiger Kinder eine öffentliche Volksschule verlangen (Art. 1). Voraussetzung, daß eine Privatschule adoptiert werden kann ist, daß sie ein geeignetes Schullokal besitzt, die nötige Zahl staatlich geprüfter Lehrkräfte aufweist und in ihren Lehrplan alle Pflichtfächer aufgenommen hat (Art. 19). Trotz der Adoption bleibt aber diese Schule unter der Verwaltung des Komitees, das sie gegründet hat und auch nach der Adoption die Lehrkräfte ernennt. Den Bedarf für die öffentlichen und die adoptierten Schulen hat die Gemeinde mit Unterstützung der Provinz aufzubringen (Art. 7); außerdem erhalten öffentliche, adoptierte und adoptierbare Schulen die gleichen Staatszuschüsse (Art. 8). In den öffentlichen Schulen ist der Religionsunterricht ein notwendiges Unterrichtsfach, die Erteilung erfolgt unter kirchlicher Aufsicht entweder durch die Geistlichen oder durch von ihnen beauftragte und von der Gemeinde genehmigte Personen. Vom Besuche des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen werden aber alle Kinder befreit, deren Eltern dies durch eine schriftliche, gesetzlich formulierte Erklärung beantragen (Art. 4 u. 5). Dort, wo alle Kinder den Religionsunterricht besuchen, ist die öffentliche Volksschule in ihrem ganzen Unterrichte eine konfessionelle; dort, wo eine Anzahl Kinder dem Religionsunterrichte fernbleibt, darf der Lehrer auch im übrigen Unterricht nicht auf religiöse Wahrheiten Bezug nehmen, die Schule ist im wesentlichen religionslos. Tatsächlich sind die meisten öffentlichen Schulen konfessionell. Die Katholiken besitzen in Belgien auf Grund dieser Bestimmungen eine sehr große Anzahl adoptierter oder wenigstens adoptierbarer katholischer Schulen; sie werden von einem Ausschuß geleitet, in dem der Pfarrer stets Mitglied und zumeist Vorstand ist; sie stehen nicht nur hinsichtlich des Religionsunterrichts, sondern in allen Fächern unter kirchlicher Aufsicht, die durch Diözesaninspektoren ausgeübt wird, daneben auch unter staatlicher Aufsicht, die prüft, ob die gesetzlichen Bedingungen der Adoption erfüllt werden[9].

Die Regelung in Belgien bedeutet einen Anfang dazu, mit der Unterrichtsfreiheit auch nach der finanziellen Seite Ernst zu machen. Es ist aber nur ein Anfang: während die neutralen öffentlichen Schulen ganz aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, haben die Katholiken für die adoptierten Schulen das Lokal zu stellen, für die adoptierbaren erhalten sie lediglich einen Staatszuschuß, den größeren Teil der Kosten haben sie selbst zu den allgemeinen Steuern und Umlagen hinzuzutragen. Dazu kommen noch die Lasten für die höheren katholischen Schulen und für die katholische Universität Löwen, so daß auch in diesem Lande eine empfindliche Doppelbesteuerung der Katholiken besteht.

Aehnlich wie in Belgien liegen die Verhältnisse in Holland. Nach der Verfassung von 1848 ist der Unterricht frei, die Staatsschulen sind durchwegs religionslos, die konfessionellen Privatschulen sind seit 1889 den staatlichen gleichberechtigt, wenn sie gewisse Voraussetzungen hinsichtlich des Lehrplanes usw. erfüllen, und erhalten seit 1905 unter der gleichen Voraussetzung auch Unterstützung aus staatlichen Mitteln; so werden z. B. die Mindestgehälter der Lehrpersonen an den privaten Volksschulen und deren Pensionen vom Staate getragen und zu den Bauausgaben für private Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gegeben[10]. Die Forderung der Katholiken auf volle Gleichberechtigung ihrer Schulen, d. h. auf gänzliche finanzielle Bestreitung derselben aus Staatsmitteln, ist aber auch hier noch nicht erfüllt und doch kann man nur unter dieser Voraussetzung von einer vollen Unterrichtsfreiheit reden.

---

[9]) Roegiers A., Die Lage des Unterrichts in Belgien bei Zeif a. a. O S. 617/636.

[10]) Knaapen J., Das Bildungs- und Erziehungswesen in den Niederlanden a. a. O. S. 431—457.

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, München.

Und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind! Wann wurde es gesungen?

Vor bald 2000 Jahren, als es nur Herren und Sklaven gab, als man die Verbrecher wilden Bestien überlieferte, als man den Göttern Menschenleben opferte, als auch die Germanen Gefangene in stillen Waldseen ertränkten, als die Kultur-Römer mit Menschenfleisch gemästete Muränen verspeisten, als Roma den durch Prätorianer gestützten Weltzepter noch lachend in die Erde stieß, da wurde einer angemeldet, der für alle Zeiten Menschenrechte geben würde. Ein Fürst, in dessen Reich Wahrheit, Brüderlichkeit, Gleichheit vor Gott Raum hätten.

Freilich, das Reich des Königs war nicht von dieser Welt. Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! Das hieß wohl: Bringet die Welt nicht unvorbereitet durcheinander

werdet zuerst Menschen, echte Gotteskinder, und zwar der Reiche genau wie der Arme oder Enterbte — — dann — ja dann erst könnt ihr das Reich Gottes auf Erden erleben.

Als der Gottmensch das irdische Leben auf Golgatha für den angeborenen, aus der ersten Sünde stammenden Egoismus der Menschen opferte, öffneten sich wohl die Gräber bei Jerusalem, aber weder in Rom, noch in Indien, noch im Gebiete der Königin von Saba, noch in Peru barsten die Sklavenketten. Die irdische Freiheit konnte nur aus der Freiheit der Seelen erblühen.

War denn die vom Egoismus durchtränkte Menschheit reif, plötzliche irdische Glückseligkeit zu ertragen? Hätte der reiche Jüngling seine Schätze verteilt, so müßte das genau berechnend geschehen sein, damit nicht anderen Tages ein Armer zehn und der weniger Arme zwanzig Silberlinge besessen hätte. Wäre auf Capreä Tiberius Christ geworden, für den Augenblick hätte er nicht einmal Gesetze erlassen können. Als vorzüglicher Jurist und Staatsmann würde der „Christ Tiberius" nur Kommissionen berufen haben und man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß man ehestens in Rom Caligula zum Cäsar ausgerufen und Tiberius eben früher ermordet hätte. Denn — jede Frucht muß reifen!

Es gibt weder in der Religion noch in der Geschichte einen Konjunktiv! Beide erfordern klare, unumstößliche Wahrheiten. Der Weg in das Reich Jesu führt auf dem schmalen Wege der Läuterung.

Als 1914 der entsetzlichste Krieg der Neuzeit ausbrach, wähnte ich, es habe sich plötzlich der Weg der Läuterung verbreitert. Man hoffte auf eine Massenrückkehr zu Gott, man war sich nicht bewußt, wie schauerlich der Egoismus schon die Ueberhand über die Menschen wieder gewonnen hatte. Die äußere Kultur der Menschheit zwar war großartig erweitert, bis zur Erfindung der scheußlichsten Todeswaffen sogar, aber das Individuum war zurückgeschritten. Wie zur Endzeit der Imperatoren gab es wieder Herren und Sklaven, gab es ein Prätorianertum, gleichviel ob militaristisch, ob imperialistisch.

Das klägliche Schuldbekennen der besiegten Deutschen ist nur Zeichen der Demoralisation. Die Schuld an dem entsetzlichen Kriege lastet gemeinsam auf den Kulturvölkern. Es handelte sich um den Platz an der Sonne — ein Wort, das nur ein gewinnsüchtiges Händlergehirn ursprünglich geprägt haben konnte. Impulsiv wurde das Wort in das Lexikon des Chauvinismus aufgenommen. Undiplomatisch brüllten es die Preußendeutschen der Welt zu, während die anderen es sich vertraulich ins Ohr flüsterten.

So entstand dieser Mammons-Krieg.

Und da streitet man um die Schuld am Kriege! Kolossale Werte waren am Spieltische der Völker eingesetzt worden und der Schicksalscroupier zahlte aus und raffte wechselweise ein. Milliarden in Gold, in Papier, ja die Zukunft und Arbeitskraft ganzer Völker wurden oft auf eine Karte gesetzt. Als das kleine Bulgarien zuerst endgültig verlor, hätte das Spiel sofort beendigt werden müssen. Ein Vabanque konnte jetzt der Ruin sein.

Und er war es — denn die Spieleinsätze Deutschlands hatten ihren Wert eingebüßt. Die Hauptmünze „Volkskraft und Volkswille" waren entwertet. In ähnlichen Fällen verläßt man schleunigst den Spieltisch, schießt sich tot oder sucht die Spielschuld mit fremder Hilfe zu begleichen. Leider erwählte Deutschland den Selbstmord. Es sah sich nicht einmal nach Rettung um. Nicht grinsende Hungersnot, nicht verkohlte Dächer ließen das Volk rasen, nur der wie eine Flamme emporschießende Haß leitete es. Haß gegen sein bisheriges Herrentum!

Schon vor Jahren sagte ich mir: Wenn einmal das Volk seine eigene Kraft erkennt, dann müssen sich wohl die Staatsformen von selbst ändern. Sozialistische Schriften las ich nicht, aber ich befragte, wo es nur ging, Arbeiter nach ihren Löhnen, Häuslichkeiten usw. Dazu gesellten sich meine Abneigung gegen Industriegebiete aus ästhetischen Gründen und meine Grübeleien über Religiöses. Was ist Wahrheit, was ist Gerechtigkeit? so frug's in mir fortwährend. Durch Erziehung, durch persönlichen Geschmack, durch jahrelange Gunst eines fürstlichen Freundes war ich überzeugter Monarchist, aber gerade während des Krieges zog ich nach Möglichkeit die Lage des Volkes in Betracht. Ich verglich meine eigenen Lebensumstände mit denen eines Mannes aus dem Volke und bemerkte die sonderbare Aehnlichkeit, die ich mit Not des Mittelstandes bezeichnen möchte. Von Kriegsjahr zu Kriegsjahr wuchs diese Aehnlichkeit.

„Aushalten", „durchhalten" wurde immer lauter und dringender gepredigt und gefordert. Leider von Leuten, denen ich kein Darben vom Gesicht las. Gut — durchhalten! sagte auch ich mir, fügte aber bei: Einer wie der Andere!

Aehnlicher Ansicht war mein fürstlicher Freund, denn er sagte mir beim letzten Zusammensein: Sie sehen, wie ich alles vereinfacht habe, denn ich betrachte das egoistische Hamstern der reichen Menschen als Gemeinheit.

Während der Rückreise gab es allerdings im Hotel bei der Tafel um sündteures Geld sogenannte Delikatessen, aber kein Brot, und mein kleiner ärmlicher Haushalt mußte einspringen. Dergleichen erfuhr das Volk nicht. Es las, wie ich selbst, nur immer vom Prassen der Reichen, es las von Frühstückstafeln der Diplomaten, der Magistrate, der Minister. Eine Tafel, die nur aus Delikatessen besteht, ist höchstens einem Leutnantsmagen angepaßt, und mit Recht fragte sich das Volk: Woher nehmen sie Brot, Eier, Mehl, Fett? Woher das Obst, wenn der Arbeiter sich keinen Apfel mehr kaufen kann?

Gerade hieraus wird ersichtlich, daß sich der Explosivstoff im Volke bis zur Entladung ansammeln mußte. Die Massen sind nicht ethisch geschult, wie allenfalls irgendein Führer. Vernunftworte waren höchstens mehr Oel ins Feuer! Es war eben zu spät geworden und die Vogelstraußpolitik im Innern, das chauvinistische Appellieren an leere Mägen, das diktatorische Erinnern an Vaterlandsliebe, die in Berlin mit Wucherfüßen zertreten wurde, bildeten die Zündschnüre in die Mine des Unerträglichen.

Als die Mine sich entzündet hatte, mußte jeder denkende Deutsche sich sagen: Mein Haus ist in die Luft geflogen, aber was beginne ich, um auf der Schuttstätte ein neues Haus zu errichten?

Vor allem war nötig, daß unter den Bewohnern des Hauses Einigkeit herrschte. Zuerst hätte der Schutt weggeschafft werden sollen und für die Bewohner aller Stockwerke war Mitarbeiten heilige Pflicht geworden. Statt dessen setzte der Kampf der Hauseinwohner unter sich ein und man streitet fort, ohne sich zu einigen. Daran haben die bösen Nachbarn allein ihre Freude und lauern auf den vollkommenen Bankerott der Unglückseligen.

Seht einmal, da hängt an einer Wand noch ein Kruzifix, sagt der Nachbar Franzose: Da streiten sie nun herum, ob es den Platz behält oder ob es verbrannt werden müsse, aber gearbeitet wird nichts!

Da ist ein Koffer mit Silbergeschirr, um den balgen sie sich und möchten ihn gleichmäßig verteilen, aber das Dach ihres Hauses vollenden sie vorerst nicht, meint der englische Nachbar.

Und alle die bösen Nachbarn rufen gemeinsam: Sind diese Deutschen nicht unsere Schuldner? Wie wollen sie denn bezahlen, wenn sie ihr zerstörtes Haus nicht wieder herstellen?

Und während die Nachbarn ähnlich reden, brüllen sich die Hausbesitzer an: Du bist ein Reaktionär! Du bist ein Dieb! Du bist ein Pfaffenknecht! Du bist nur halbrot! Du bist ein Tollroter!

Es war aber da ein Hausbewohner, der in seinen Taschen fast das ganze Vermögen aller Uebrigen zusammengescharrt hatte, und er hieß „Kriegsgewinnler". Dem war der Hauseinsturz gerade gelegen gekommen. Während des blöden Streites raffte er zusammen, was noch herumlag, versetzte seiner Heimat einen Fußtritt und floh zu den bösen Nachbarn.

Was soll nun ein denkender Mensch den irrsinnig gewordenen Hausbewohnern für einen Rat erteilen?

Friede auf Erden den Menschen, die sich ein neues Haus bauen wollen! müßte er beginnen und fortfahren: Arbeitet! Errichtet ein Haus, in dem ihr alle gut wohnen könnt, das euch vor Nässe und Wind schützt! Wenn ihr es unter Dach habt, dann beratet den Anstrich der Mauern. Ob er rot oder blau ausfalle, das beratet ihr doch leichter und einiger, wenn ihr wieder ruhiger in euren Räumen hauset werdet. Und dann könnt ihr auch darangehen, den Hausrat in vernünftiger Weise mehr nach Gerechtigkeit zu verteilen. So werdet ihr später den Neubau segnen. Das alte Kruzifix aber laßt für jene hängen, die es als Haussegen betrachten. Bringt es denen Segen, so schadet es sicher jenen nicht, für die es nur ein Holzgebilde bedeutet. Seid einig, seid redlich, seid fleißig — dann wird auch wieder der Rauch aus den Kaminen eurer Herde gen Himmel steigen und eure Nachbarn werden das Hohngelächter einstellen.

Volk der Denker — nimm deine Gedanken zusammen!

Ein Demokrat unter den Pädagogen.

Zur Zweijahrhundertfeier des Todes des hl. de la Salle.

Von Friedrich Brug, C. Fr. Sc.

Es sei uns heute gestattet, die Persönlichkeit und das Werk eines Mannes vor Augen zu führen, der wie kein anderer vor und nach ihm sein geniales pädagogisches Talent, eine glänzende Lebensstellung, ein bedeutendes väterliches Erbe, jede Annehmlichkeit des Daseins geopfert, in bitterer Armut gelebt, Verfolgungen und Widersprüche ohne Maß und Zahl erduldet — alles, um der verkannten breiten Masse des Volkes, besonders den Kindern des sogenannten vierten Standes, den ihnen vorenthaltenen Unterricht und so eine geachtete Lebensstellung zu verschaffen. Dieser Mann war der hl. Johannes de la Salle.

De la Salle war am 30. April 1651 zu Reims einem alten Patriziergeschlecht entsprossen, wurde früh Kanonikus an der Metropolitankirche seiner Vaterstadt, studierte an der berühmten Sorbonne in Paris und empfing 1678 die Priesterweihe. Vom Mitleid gerührt ob der Unwissenheit und Verwahrlosung der Kinder des niederen Volkes, stiftete er die Lehrergenossenschaft der „Brüder der christlichen Schulen", rief zahlreiche Freischulen für arme Kinder ins Leben und machte mit seinen ersten Jüngern das Gelübde, eher nur von erbetteltem Brote zu leben, als den Unterricht der Armen aufzugeben. Er starb am Karfreitag, den 7. April 1719 zu Rouen. Heuer ist also die Zweijahrhundertfeier seines Todes. Seine Heiligsprechung erfolgte am Christi Himmelfahrtstage 1900, die Kirche begeht sein Fest am 15. Mai.

De la Salle brach als erster der Ansicht Bahn, daß auch die Kinder des Volkes einer guten Erziehung und eines gediegenen Unterrichts bedürfen und würdig sind. Er hinterließ den Lehrern das



denkwürdige Wort: „Betrachte die dir anvertrauten Kinder als wahre Kinder Gottes! Habe viel mehr Sorge für ihre Erziehung und ihren Unterricht als du haben würdest, wenn sie die Kinder eines Königs wären!" — Mit Geringschätzung sah man zu de la Salles Zeiten auf den Lehrer des gewöhnlichen Volkes. Hier schuf er gründlich Wandel. Die Würde des Volkslehrers brachte er zu Ehren. Bis zu de la Salles Zeiten war es gebräuchlich, jeden Schüler einzeln zu unterrichten, so daß die übrigen mehr oder weniger sich selbst überlassen blieben. Der praktisch veranlagte Schulmann führte den Massenunterricht ein, d. h. er gruppierte die Schüler, ihrer Fähigkeit entsprechend, in Abteilungen und unterrichtete sie klassenweise. Die ersten Leseübungen wurden nach einer seit langem befolgten Methode an lateinischen Texten vorgenommen; de la Salle begann allen Widersprüchen zum Trotz das Lesen gleich in der Muttersprache. Als neue Unterrichtsgegenstände führte er in seinen Schulen ein: Geometrie, Zeichnen, Gesang, Höflichkeitslehre und vor allem das Schreiben. Schreibunterricht wurde in keiner Schule gegeben, denn nur die Zunft der sogenannten „Schreiblehrer" hatte das Recht, in dieser „noblen Kunst" zu unterrichten. De la Salle nahm die langwierigen Prozesse, endlosen Auseinandersetzungen und die Gewalttätigkeiten der Schreiblehrer in Kauf, er blieb Sieger, und die armen Kinder lernten schreiben. Zur Uebung der Willensbildung führte der große Schulmann die sogenannte „Reflexion" ein, d. h. den Willen anregende religiöse Ermahnung, die täglich während der Dauer von 3—4 Minuten erfolgte, ein Erziehungsmittel, durch welches die Schulbrüder große Erfolge erzielten.

Auch besondere Arten von Schulen rief de la Salle ins Leben, Schulen, die der modernen Pädagogik selbstverständlich und schier unentbehrlich erscheinen. Er gründete zu Reims und Paris Lehrerseminarien, die ersten dieser Art, wovon die Geschichte der Pädagogik zu berichten weiß. Um Handwerkerlehrlinge und andere junge Arbeiter fortzubilden, richtete er Gewerbeschulen und technische Sonntagsschulen ein, Anstalten, die bisher unbekannt waren. Um den mittleren Gesellschaftsklassen, Kleinbürgern, Gutsbesitzern, Handel- und Gewerbetreibenden der Städte, eine Bildung zu verschaffen, die ihrem Stande nützlich oder gar notwendig war — das Studium der alten Sprachen an den Gymnasien schien ihnen zweckloser Luxus —, gründete de la Salle Realschulen, die in jener Zeit noch nicht bestanden, auch in Deutschland nicht, ebensowenig wie die Lehrerseminarien. Er rief die erste Besserungsanstalt für entartete Knaben und Jünglinge ins Leben; die Zöglinge derselben stammten meist aus angesehenen Familien. Auch mit dieser Anstalt ist de la Salle allen anderen Besserungshäusern um hundert Jahre voraus.

Als man dem heiligmäßigen Pädagogen junge Leute anvertraute, die zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, erreichte er auch bei ihnen dank seiner alles besiegenden Liebe geradezu Erstaunliches: das war die erste Besserungsanstalt für junge Sträflinge. Das erste deutsche Jugendgefängnis wurde am 1. August 1912 — also 200 Jahre später — in Wittlich an der Mosel eröffnet. Die ganze Organisation, die der hl. Ordensstifter der Lehrergenossenschaft der christlichen Schulbrüder gegeben hat, verrät sein bewunderungswürdiges Organisationstalent auf dem Gebiete der Pädagogik. Die pädagogischen Schriften, die er hinterließ, zeugen von hoher Weisheit, er ist der Verfasser der ersten Volksschulkunde.

Die geistlichen Söhne des hl. de la Salle, die Brüder der christlichen Schulen, haben das Erbe ihres großen Vaters treu bewahrt. Ihre Zahl betrug vor dem Weltkrieg gegen 18 000; es gibt unter ihnen keine Priester, auch der Generalsuperior ist es nicht. Durch die straffe Organisation hat der klarschauende Stifter seine Kongregation vor dem Verfalle bewahrt, die sich sonst in zahlreiche Diözesangenossenschaften aufgelöst hätte. Papst Pius X. hat 1903 durch ein eigenes Dekret den Brüdern der christlichen Schulen — übrigens nicht zu verwechseln mit den Maristenbrüdern — den Titel „Apostel des Katechismus" zuerkannt. Das ganze weite Feld der Erziehung und des Unterrichts — ausgenommen Lateinschulen — wird von den Schulbrüdern bebaut. Nach Tausenden zählen die Volksschulen der Brüder in Belgien, Oesterreich, Spanien, Italien, Frankreich und in allen amerikanischen Staaten. Eine außerordentlich große Menge von Mittelschulen und Realschulen werden von ihnen geleitet. Berühmt sind ihre Handelsschulen zu Malonne in Belgien, Kadi-Köi bei Konstantinopel, Quebec in Kanada u. a., ferner die Oberrealschulen in Brüssel, Gent, Lüttich, Malonne, Madrid, Barcelona, Turin, Rom, Neuyork, Chicago, San-Francisco, Quebec, Montreal, Buenos-Aires, Kairo, Calcutta, Colombo, Sidney, Melbourne, Hongkong usw. Lehrerbildungsanstalten leiten die Söhne de la Salles zu Wien, Prag und Feldkirch in Oesterreich, zu Waterford in Irland, zu Löwen, Carlsbourg und Malonne in Belgien, sowie in verschiedenen Städten Nord-, Zentral- und Südamerikas. Besondere Erwähnung verdienen die Kunstakademien der Schulbrüder, vor allem die für das Kunsthandwerk so berühmt gewordenen Lukasschulen in Belgien, darunter die vorzüglichsten zu Gent, Brüssel, Lüttich und Tournay. Unter den von Schulbrüdern geleiteten Waisenhäusern und Fürsorgeanstalten seien nur die in Oberginingen, Wien, Manchester und Neuyork genannt. Auch Ackerbauschulen zogen sie in den Bereich ihrer Tätigkeit: Beauvais in Frankreich, Carlsbourg in Belgien, Figueras in Spanien und das Catholic Protectory bei Neuyork sind in landwirtschaftlichen Kreisen hochgeschätzt. Missionsschulen der Brüder sind auf dem ganzen weiten Missionsfelde überhaupt zu finden, besonders zahlreich aber im Orient, in Nordafrika, im Kongostaat, in Amerika und Australien. Kurz vor dem Weltkrieg gründeten die deutschen Schulbrüder die Missionsschule zu Bunapope auf Neupommern. Zur deutschen Ordensprovinz gehörten außer dieser Missionsschule bis zum Abschluß des Waffenstillstandes eine blühende deutsche Realschule zu Grand-Halleux bei Spa (Fortsetzung der im Kulturkampf vernichteten Schule zu Koblenz), eine große Fürsorge-Erziehungsanstalt zu Oberginingen in Lothringen, eine deutsche Auslandschule zu Verviers in Belgien, gegründet auf Wunsch der deutschen Besatzungsbehörde während des Weltkrieges: jetzt alle für die deutsche Ordensprovinz verloren, gegründet im Interesse des Vaterlandes, dessen Regierung den Schulbrüdern im Kulturkampf jede Tätigkeit untersagte. Das Mutterhaus für die deutsche Provinz befindet sich zurzeit zu Waldernbach in Nassau. — —

Zwei Jahrhunderte sind seit dem Tode des hl. de la Salle verflossen, seine Söhne unterrichten heute eine halbe Million Schüler; sein Werk umspannt die Welt. Er war ein Stern erster Größe am pädagogischen Himmel. Seine Person, seine großen Talente, sein Lebenswerk, seine Opfer, alles gehörte dem Volke, der breiten Masse des armen Volkes, für das er litt und starb, er, der Demokrat unter den Pädagogen. Wer unter den vielen gefeierten Schulmännern hat je solches getan und erreicht — für das Volk? Und de la Salle war der treueste Sohn der katholischen Kirche, der engste Anschluß gerade an sie hat ihn zu einem Helden der christlichen Liebe gemacht. Ist es Unwissenheit oder Bosheit, dieser Kirche vorzuwerfen, sie sei kulturfeindlich oder rückständig?

Erinnerungen an Hedwig Kiesekamp †.

Von M. Herbert.

Ich sah sie zuerst, eine blonde, noch junge Frau, zart, in hellen Gesellschaftsgewändern. Das war auf einem Wohltätigkeitskonzert in Münster i. W. Damals rezitierte auch der junge Wüllner, dessen Stern eben im Aufgehen war. Hedwig Kiesekamp aber sang mit einem schönen, geschulten Mezzosopran:

Ich hatte einst ein schönes Vaterland,
Der Eichenbaum wuchs dort so hoch,
Die Veilchen blühten sanft.
Es war ein Traum.

Sie ahnte nicht, daß nach einigen Jahrzehnten das „schöne Vaterland" wirklich ein Traum werden sollte. Gott sei's geklagt. Später schrieb mir Hedwig Kiesekamp zuweilen ein gutes, freundliches Wort über irgend eine Veröffentlichung, ein Gedicht, ein Stück Prosa. Sie war großer Anteilnahme fähig. Sie konnte das in sehr lieben Wendungen tun, mit der Grazie des Geistes, die eine Zierde des gepflegten Briefstils einer vergangenen Generation ist. Wir hatten auch Meinungsverschiedenheiten. Wer hätte sie nicht?

Bei einer Anwesenheit in Münster besuchte ich sie. Sie lebte in einem wundervollen Heime, wie wenige es besitzen, ihr Leben verfloß reich mit Glücksgütern gesegnet. Von Wassern umrauscht, von schönen breitkronigen Bäumen beschattet, war das Haus mit künstlerischem Geiste ausgestattet. Schon die hohe Diele mit ihrem Dekor bunt- und grellfarbiger Matten belebte und erfrischte das Auge.

In den Zimmern dufteten Blumen, schöne Gemälde an den Wänden — meistens moderne. Hedwig Kiesekamp liebte Kunst und ermutigte Künstler. Detlev von Liliencron genoß ihre Hilfe in seinen Anfängen. Sie konnte davon sehr drollig erzählen. Tony Jüngst wurde von ihr hoch verehrt. Das Stille, Abgeklärte tat Frau Kiesekamp, die unruhig und leidenschaftlich suchend veranlagt war, herzlich wohl. Im reichen Rahmen ihres Hauses war Hedwig Kiesekamp eine schlichte und stille Erscheinung. Sie gab sich traulich und mütterlich. Sie hat die Jugend der Erscheinung sehr lange bewahrt. Daran trug ihre außerordentlich schmale Gestalt bei. „Sie ist ja ein Jüngferchen!" sagte Prälat Hülskamp, als er ihr zuerst begegnete. Da war sie weit über die Vierzig.

Später lud mich Hedwig Kiesekamp einmal in ihr reizendes Landhaus in Großhesselohe bei München ein. Ich fuhr von München aus dorthin. Sie hatte Kinder und Enkel um sich, patriarchalisch war die Familie unter ernsten, alten Bäumen im Verein um den Teetisch versammelt, ein Bild edelen Lebensgenusses. Hedwig Kiesekamp war älter und ernster geworden. Aber noch immer die Geschmeidigkeit der Glieder, die schöne Kopfform, der gleitende Gang. Sie machte einen vornehmen Eindruck. Sie hatte damals einen neuen Band Gedichte herausgegeben. Davon sprach sie mit mir, er lag ihr sehr am Herzen. Und sie hatte darin Recht. Der Vers ist und bleibt die gottgegebene Sprache der dichterischen Seele. Der Vers vermittelt weit mehr Unmittelbarkeit als die erzählende Prosa. Wem daran liegt, eine dichterische Persönlichkeit wirklich kennen zu lernen, soll ihre Werke in gebundener Rede studieren, dann kommt er ihr wohl so nahe, wie überhaupt ein Mensch dem andern zu kommen vermag in diesem Leben, das voller Blindheit und voller Schranken ist. Hedwig Kiesekamp hat sich gerade in ihren Versen in glutvoller Innigkeit und begeisterter Naturliebe dokumentiert — als Gottsucherin, als Pilgerin zu hohen Zielen — auch als Eine, vor der die Schmerzen des Lebens nicht halt machten und die ihren guten Kampf gekämpft hat. Requiescat in pace!

Vom Büchertisch.

Marie Elisabeth v. Brandt-Horneck: Einer jungen Mutter Geisteskinder. Skizzen, herausgegeben von Frhr. v. Sturmfeder-Horneck. Bamberg, Schmidtsche Buchhandlung (Rich. Burger). gr. 8° 62 S. geb. 2 ℳ. — Man wird selten ein Buch von so keuschem Seelenreiz, so zarter persönlicher Aussprache, so leisem, innerlichem Schleierheben finden, lesen, erleben wie dieses. Das „Vorwort" ist Einführung. Zunächst in ein Vorleben: das einer Ahnin der Verfasserin, dann die Geschichte des kurzen, licht- und leidreichen Lebens dieser selbst. Deren Bruder schrieb diesen ergreifenden Ueberblick, desgleichen das „Nachwort: Totenklage", das uns zeigt, wie innig er die reine, kostbare Schwesterseele verstand, was sie ihm, den Ihren allen an unermeßlichem Werte bedeutete. Einen Begriff davon übermitteln uns auch die „Skizzen: Die Kinder. Menschen und Blumen. Wald, Wiese und Sonne. Märchen. Letzte Blätter." Scheinbar Augenblicksbilder von vorwiegend knappster Fassung. In Wirklichkeit reiche Verinnerlichungen verschiedenster Eindrücke, Wertumschaffungen von so eindringendem Gehalt, von so herzerschütternder Bewegung, von so glühendem Schmerz: dem der jungen Mutter, die bald ihre heißgeliebten Kleinen verlassen muß, daß man sich bis in die Seele hinein gepackt fühlt, zugleich aber auch gehoben angesichts der Größe heroischer, in Gott beschlossener Selbstüberwindung, die das ganze Buch, die ganze Art der Darstellung adelt und trägt. Die Sprache denkbarst einfach, Satz neben Satz knapp und fest gestellt, die Diktion bisweilen noch ringend mit Sprödigkeit, die dennoch nicht weh tut, weil auch sie auf das leuchtende Versprechen deutet, das hier als gegeben vor uns steht, das aber nicht erfüllt werden konnte, weil der dunkle Freund, der Geleiter in die Ewigkeit lichter Erfüllung, dazwischen trat.

E. M. Hamann.

Sozialdemokratie und Christentum. Von Viktor Cathrein S. J. 8° 34 S. 90 Pf. 6.—16. Tausend. Freiburg, Herder, 1919. Auf die hier gestellte Frage: „Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein?" haben die Bischöfe Westdeutschlands in einem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 8. Januar ds. Js. eine zwar kurzgefaßte, aber wohlbegründete ablehnende Antwort erteilt. P. Cathrein führt die dort berührten Punkte weiter aus, indem er die Forderungen einer restlosen Sozialisierung in ihren letzten Folgerungen zeigt, die darin liegende Ungerechtigkeit erweist und zugleich ihre Undurchführbarkeit und den dadurch drohenden Schaden dartut. So werden die Grenzlinien zwischen Christentum und Sozialdemokratie offensichtlich. Die volkstümlich gehaltenen Ausführungen dieses Werkchens können fruchtbare Aufklärungsarbeit leisten.

O. Heinz.

De usu Matrimonii. Ein Ehe-Ideal und sein Segen für Mutter und Kinder. Ein Beitrag zum Brautunterricht von A. Hessenbach, Pfarrer. Als Manuskript gedruckt. Selbstverlag Augsburg, Fach 145/II. ℳ 1.20. 1918. Im Einklang mit den Ausführungen Professor Radermachers im Rahmen des Gesamtwerkes „Des deutschen Volkes Wille zum Leben" sucht hier Pfarrer Hessenbach unentwegt einen Weg zur Gesundung der Ehe zu bahnen. Ernste Forderungen sind es, die erhoben werden in der Festlegung der dem ehelichen Gemeinschaftsleben zu ziehenden Schranken. Die hier gebotenen Richtlinien bauen auf dem Natur- und Sittengesetz auf, dazu kommen die Ergebnisse ärztlicher Erfahrung und namentlich ein umfassendes Zeugnismaterial, die Antworten auf Pfarrer Hessenbachs Flugblatt „Eine diskrete Frage an denkende Mütter". Was hier an Forderungen aufgestellt ist, wird zugleich auf seine Durchführbarkeit geprüft und der reiche Segen solcher Ehegemeinschaft gezeigt. Dem Seelsorger zumal ist das Werkchen ein gewissenhafter Berater in verantwortungsvollen Entscheiden.

O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Goethes „Bürgergeneral" gehört zu den Stücken, die nicht nur ihre Zeit, sondern auch die Literaturgeschichte nicht ohne Vorurteil aufgenommen hat. Man nahm dem Werkchen übel, daß es ein Lustspiel, ja eine kleine Posse ist und kein Drama, denn ein großer Dichter hat sich — so meinte man — gewaltigen Zeitereignissen gegenüber sogleich höchst würdig „einzustellen". Nun stand aber Goethe der französischen Revolution innerlich ablehnend gegenüber. Später hat er versucht, in der nie vollendeten „Natürlichen Tochter" in seiner Weise zu den treibenden Ursachen der Umwälzung dichterisch Stellung zu nehmen; im „Bürgergeneral" zeigt er mit leisem Spott, wie die Sturmflut einer erregten Zeit ihre Wellen bis in die abgelegensten Gestade wirft, wie harmlose kleine Geister von Ideen verwirrt, aus dem sicheren Geleise ihrer bescheidenen Tätigkeit geworfen werden. Man hat erst vor wenigen Jahren den „Bürgergeneral" am 28. August als Geburtstagsgabe des Residenztheaters gesehen. Die Verspottung eines revolutionären Maulheldentums will uns heute in frischeren Farben erscheinen. Die Erwartungen, die Prof. Freytag in die Einstudierung des alten Spieles gesetzt haben mochte, zeigten sich erfüllt. Die Wiedergabe war recht gut, die Komik tat ihre Wirkung, zumal da man die Uebertreibungen eines modernen Groteskstiles vermied. Der Dialog war von jener Schlagfertigkeit, wie sie Goethe für das Stück forderte. Die Figuren des „Märten" und des „Schnaps" waren mit Schreiner und Fuchs-Liska vorzüglich besetzt. Die Rollen sind sehr dankbar und „im einzelnen der dramatischen Entwicklung ist darin kein Zug, der nicht für die Bühne gedacht wäre". Diese Ansicht des braven Eckermann fand man in der herzlich aufgenommenen Aufführung bestätigt.

Konzerte und Vorträge. Die Kammermusikabende von Berber Hegar, Zilcher sind in bester Erinnerung. Nun hat das pianistische Mitglied der Vereinigung gewechselt. An Zilchers Stelle ist Lampe getreten. Der erste Abend, an welchem die Künstler Brahms, Reger und Schubert interpretierten, zeigte, daß durch diesen Tausch die Fühlung, Vertiefung und Spielfreudigkeit die gleiche geblieben ist. Bedeutende Eindrücke hinterließ der Klavierabend G. Galstons, eines Künstlers, der für die verschiedensten Werke in kongenialer Anpassung den zwingenden Ausdruck findet und dank einer hervorragenden Technik und eines poesiereichen Anschlages uns schlackenlos zu übermitteln weiß. Pauline Frieß bewies an ihrem Klavierabend, wie mein Vertreter berichtet, von neuem das hohe Stilgefühl, welches ihr beseeltes und technisch hochstehendes Spiel auszeichnet. — Der Baritonist O Consée besitzt Fülle und Schönheit des Materials, die nie ohne Eindruck bleiben. Möge der starke Beifall ihn nicht abhalten, an der rhythmischen und sprachlichen Vervollkommnung weiter zu arbeiten. — Die vierzehnjährige Tänzerin Niddy Impekoven hat auch diejenigen überrascht, die sich von dem Geschrei, das sich in München alljährlich ob einer noch nie dagewesenen Tanzkunst erhebt, nicht verblüffen lassen. Die kleine Künstlerin kann technisch viel, aber niemals bemerken wir die Pose







des Wunderkindes. Sie kümmert sich nicht ums Publikum. Ihre Darbietungen wirken wie unbelauschtes Spiel. Besonders schön sind ihre Puppentänze. Erstaunlich ist ihr Humor und die Plastik, mit der sie die Ergebnisse einer minutiösen Beobachtungsgabe wiederzugeben weiß.

Verschiedenes aus aller Welt. In **Berlin** und **Mannheim** hatte „Hölderlin, neun Szenen aus einem Schicksal" von W. Eidlitz, einem jungen Wiener Dichter, einen künstlerischen Achtungserfolg. Der Autor hat die Ereignisse von Hölderlins Leben bis zum Ausbruche des Wahnsinnes dramatisch zu beleben versucht. Die Kritik rühmt den traumhaft zarten Duft lyrischer Stimmung, der über den Szenen liegt, denen jedoch dramatische Kraft versagt sei. — Geteilt war auch die Aufnahme bei R. Lauckners Drama: „Der Sturz des Apostels Paulus" in den **Berliner** Kammerspielen. Es ist die Geschichte eines schwärmerischen Friseurgehilfen, der auch im Gefängnis und Irrenhaus den Glauben an die Kraft, durch sein Gebet Kranke heilen zu können, nicht verliert. Das Stück ist nach Berichten nicht ohne künstlerische Ziele, doch ist die Mittelpunktsgestalt an Geist und Seele zu unbedeutend. — „Johannes A. Pro", mit dem sich der bekannte Schweizer Novellist Ernst Zahn auf der Bühne versuchte, hatte in **Zürich** äußeren Erfolg; ein Drama romantischer Ritterlichkeit, das an Wirkung die epischen Dichtungen Zahns nicht voll erreicht. — Mit seiner Spieloper „Gaudeamus", in welcher **Humperdinck** alte und eigene Weisen verwebt, hatte der greise Tondichter in **Darmstadt** einen sehr herzlichen Erfolg. Das den Liebeskonflikt eines Studenten um 1820 behandelnde Textbuch von Robert Misch wird als recht dürftig bezeichnet.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Bayerns Sozialisierungsplan — „Unsere Wirtschaftslage verträgt kein Herumdoktern" — Deutschland braucht Frieden, Brot und Arbeit — Industrieaufbau und Arbeitsnotwendigkeit.

Während man in Berliner Finanz- und Regierungskreisen seit kurzer Zeit hinsichtlich **der kommenden Versailler Friedensabmachungen** erheblich zuversichtlicher gestimmt ist und vielfach sogar auf eine Durchführung der 14 Punkte Wilsons zu hoffen wagt — Frankreichs grenzenloser Deutschenhass und Annexionswut sind zwar noch nicht gebrochen! — scheinen die innerpolitischen Unsicherheiten im schwererschütterten deutschen Wirtschaftskörper verschärft aufzuleben. Spartakistische Wühlarbeit im Ruhrrevier lässt grössere Ausschreitungen und Arbeitshinderung befürchten. Neuerliche Forderungen — 25%ige Lohnerhöhungen nebst Gewährung einer besonderen Teuerungszulage bei sechsstündiger (!) Arbeitszeit — zielen letzten Endes nicht auf die soziale Arbeiterbesserung, sondern auf den völligen Wirtschaftszusammenbruch hin. Eine starke Förderungsminderung — jetzt kaum 230 000 Tonnen täglich gegen 350 000 Tonnen vor den Revolutionstagen — ist ebenso unausbleiblich, wie in Bayern seit der Schaffung des Zentralwirtschaftsamtes und der dabei eingeschlagenen **Neurathschen Theorie der Vollsozialisierung** erhöhte Unsicherheit bei allen Faktoren Platz greift. Der in München geprägte Satz: „Unruhe ist des Bürgers erste Pflicht" lässt gerade Bayern, das anscheinend in dem Sozialisierungschaos das Probierobjekt zu sein scheint, in unverändert misslicher Wirtschaftslage. Beglückungsversuche, wie **die ungarische Sowjetregierung** mit Einführung des Kommunismus können bei uns keine Verwirklichung und Lösung finden! Die baldige Zukunft wird ferner bekunden, wie restlos das dortselbst geübte sozialisierte Finanzwesen zusammenbricht, ebenso, wie eine **Monopolisierung des deutschen Inseraten-** und dadurch bewirkte Verödung des Zeitungswesens auch bei uns das Wirtschaftselend lediglich verschärfen würde. Der neuerdings in München von der U. S. P. geforderte **Wirtschaftskommunismus** steht jedenfalls im Widerspruch mit den Aeusserungen aus massgebenden Reichs- und fachmännischen Stellen.

Die Teilnehmer des Bayerischen Handelkammertags fassten nach dem vorzüglichen Referat des Augsburger Handelskammersyndikus Dr. Clairmont einhelligen Beschluss, dass die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie „**kein herumdoktern unkundiger Hände**" verträgt. „Jede Wirtschaftsordnung, die der menschlichen Natur und ihren Entwicklungsgesetzen nicht gerecht wird, ist unmöglich und muss zum Untergang führen . . . . . . Eng verwoben mit der Industrieleistungsfähigkeit ist die Arbeitszeit und die Lohnfrage." Auch die Entschliessung der Weimarer sozialdemokratischen Tagung betont, dass „**die Sozialisierung** in unserem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande **nur schrittweise** erfolgen kann, dieselbe aber in den dafür reifen Betriebszweigen, wie z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Stickstoffproduktion, Verkehrsgewerbe unverzüglich in Angriff genommen werden muss." Auch hier wurde erklärt: „**Friede, Brot und Arbeit in Deutschland** sind der Damm, über den der Bolschewismus nicht hinwegkommt!" In diesem Sinne bekräftigte der preussische Finanzminister Dr. Südekum **die grundsätzliche Anerkennung des privaten Eigentums** einschliesslich der Garantien für die

☞ Man beachte auch das Herder-Inserat auf der nächsten Seite.



deutschen Kriegsanleihen um so mehr, als sich unser Wirtschaftswesen mehr denn je auf Kredit, auf Vertrauenswürdigkeit und auf den internationalen Verkehr aufbauen muss.

Gebesserte Aussichten auf baldige Aufhebung, zum mindesten erhebliche Milderung der Ententeblokade, die Einleitung der Lebensmittelzufuhr und beschleunigte Friedensvorbereitungen liessen Ruhe und Vertrauen trotz der bestehenden Unsicherheiten einigermassen entstehen. Die Aufstandsnachrichten in den galizischen Rohölgebieten, der Streit um Danzig und um unsere Westgrenze, die Nachwirkungen der ungarischen Katastrophe beliessen naturgemäss unsere Wirtschaftskreise in unvermindertem Bangen über die nahe Zukunft. Effektenmärkte und Industrielle sehen in der Aeusserung des preussischen Ministerpräsidenten: „Der Wiederaufbau unserer Industrie ist nicht denkbar, ohne dass die Kohlenschätze Oberschlesiens und des Saargebietes bei Preussen verbleiben und die Saar und ihre Bevölkerung gehören zu uns", die Entschlossenheit der deutschen Friedenshändler in diesen Fragen. Die Berichte in der Hauptversammlung des deutschen Roheisenverbandes über die stark anhaltende Nachfrage nach Roheisen, namentlich Giessereifabrikaten, die grossen Schiffsbestellungen an deutschen Reichs- und Privatwerften und die sich auf 3300 Lokomotiven und 71 000 Wagen, insgesamt 1,6 Milliarden Mark beziffernde Vergebung von Eisenbahnmaterial in Preussen, der greifbare Gestalt annehmende Ausbau der bayerischen Wasserkräfte und der Elektrisierung der Bahnen bilden nicht zu unterschätzende Ausblicke auf Arbeitsmöglichkeit. Die — hoffentlich masshaltende, weil sonst jeden Fortschritt tötende — Notwendigkeit in der Herstellung von Einheitstypen in der Industrie zwecks Durchführung äusserster Sparsamkeit in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft besagt ebenso deutlich, wie die Unmöglichkeit, alle uns zur Einfuhr angebotenen Lebensmittel mangels Erfüllung der Zahlungsbedingungen der deutschen Bevölkerung zugängig zu machen —, wie gross unsere Verarmung ist! Wie soll denn unser Land aufnahmefähig sein für Experimente aller Art, wenn Arbeit und Friede in Nord und Süd unverändert gestört bleiben? Wegen mangelnder Kohlenförderung erreichen uns nicht die so sehr notwendigen neutralen Rohstoffmengen; wie sollen wir dann — trotz des neuen Arbeitsrechtes — Möglichkeit zur Arbeitsmehrung finden?

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens des ehemaligen deutschen Kaisers wurde vor wenigen Wochen in Görlitz ein Bund deutscher Männer und Frauen gebildet, dessen Ehrenvorsitz Generalfeldmarschall von Hindenburg übernommen hat. Der Bund, der im Anzeigenteil der „A. R." auf S. 214 einen Aufruf zum Beitritt veröffentlicht, betont ausdrücklich und verwahrt sich gegen die Unterschiebung anderer Absichten, daß es ihm ferne liegt, durch irgendwelche Bestrebungen die früheren Regierungsverhältnisse wieder einführen zu wollen, daß vielmehr die Erhaltung der persönlichen Freiheit und des Lebens des Kaisers sein einzigstes Ziel darstellt. Trotz der kurzen Zeit des Bestehens gehören dem Bund bereits über 580 000 Mitglieder an.



Im Auftrage der Zentralstelle Görlitz!

Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.

Vollständig unpolitisch — nur rein menschlich!

Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Tretet für den ehemaligen deutschen Kaiser ein, dem Ihr 26 Friedenjahre zu verdanken gehabt habt, und der noch in letzter Stunde den Krieg verhindern wollte.

Durch eine an Stumpfsinn grenzende Gleichgültigkeit ist in letzter Zeit viel gesündigt worden! Begreift, daß die Ehre des deutschen Volkes besudelt wird, wenn Euer ehemaliger Landesvater, nur um die Rachgier belogener Völker zu befriedigen, zum Gespött der Welt vor einen Richterstuhl gezerrt wird.

Obiger Bund will dem deutschen Volke die durch die Auslieferung bedingte neue Schmach ersparen! Wer mit dazu beitragen will, melde sich mündlich oder schriftlich bei der **Zweigstelle München (H. Möller, Kirchseeon b. München)** an.

Einmaliger Beitrag eine Mark. (Wer nichts zahlen will, wird ebenso gern aufgenommen wie der, der mehr gibt!) Postscheckkonto München 9343.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.



Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 15

12. April
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Charakterbildung.

EINE der grössten Lehren, welche das deutsche Volk aus diesem furchtbaren Kriege ziehen muss, ist die von der Notwendigkeit der Heranbildung gerechter, gewissenhafter, zuverlässiger, fester Charaktere. — Man denke sich zwei Geschäfte. In dem einen ist der Inhaber wankelmütig, kümmert sich wenig ums Geschäft, weil ihn seine Passionen zu sehr in Anspruch nehmen. Sein Personal ist unpünktlich, wie er selbst, macht die Arbeit höchst mangelhaft, versucht sich möglichst davon zu drücken und während der Arbeitszeit seinen Privatinteressen nachzugehen. Was wird das Ende sein? Der Ruin des Geschäfts, des Inhabers und des Personals, denn kein tüchtiger Geschäftsmann wird solches Personal anstellen bezw. behalten wollen. — Nun denken Sie sich ein Geschäft, in dem der Inhaber selbst stets pünktlich, arbeitsam, umsichtig, guten Ratschlägen zugänglich ist, das Personal vom Prokuristen bis zum Lehrling in gewissenhafter und zuverlässiger Arbeit wetteifert, ein volles Interesse am Emporkommen des Geschäfts hat und das Bureau nicht verlässt, bis alles aufs beste erledigt ist. Zu welch ungeahnter Höhe wird dieses Geschäft emporsteigen! — Und so ist es auch im Staat, denn der Staat ist auch eine grosse geschäftliche Organisation zum Wohle jedes einzelnen. Darum hat heute jeder Deutsche die Pflicht, an der Vervollkommnung seines Charakters ebenso zu arbeiten, wie an der seines Wissens und Willens. Die beste Anleitung zur Erlangung eines festen Charakters, eines umfangreichen Wissens und Könnens, sowie eines zähen Willens bietet Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, gegründet auf nahezu 25jährige Erfahrung.

Auszüge aus Zeugnissen: „Es gibt wohl kein Gebiet im Wissen und Können, wo mir nicht die Geistesschulung von grossem Nutzen geworden ist. Ganz besonders noch möchte ich ihren heilsamen Einfluss auf das Seelenleben hervorheben C. S." — „Ich kann auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen nur sagen, dass mir Ihre Anleitungen in meinem Berufe sowohl wie auch in meinem bürgerlichen Leben ungemein förderlich gewesen sind. W. B." — „Ich war mit allen Fehlern behaftet, die mich an Erfolgen zu hindern vermochten. Und nun, obwohl ich erst am Anfang des neuen Lebens stehe, beneiden mich schon manche ob meiner Willenskraft. W. N."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. POEHLMANN, Amalienstrasse 3, MÜNCHEN C 130.



„MIGNON"
SCHREIBMASCHINE
NUR 290.— MARK

*

VERLANGEN SIE
PROSPEKT 51

*

AEG SCHREIBMASCHINEN
G · M · B · H
BERLIN W 66, MAUERSTR. 8½

Das **Immobilienbüro Andersch & Co.**
Karlstrasse 50 MUENCHEN Ecke Augustenstr.
besorgt **An- u. Verkäufe von Häusern u. Grundstücken**
beschafft **Hypotheken** und übernimmt **Hausverwaltungen.**
Geschäftszeit: 9—1, 3—6, Samstag 9—2. Telefon 8423.



Dresden Scheffelstrasse hat allein „Atama" Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost. 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. ½ m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M Reiher 1, 2, 4, 6 M. bis 60 M. Hutblumen Karton voll 3, 5 u. 10 M.



in vorzüglicher dauerhafter und künstlerischer Ausführung in allen Größen durch

Th. Reischle, Inhaber H. Sommer
Litura-, Kunst- und Buchhandlung
Nördlingen :: Telephon 211.

Druckarbeiten
in jeder Art und Ausführung
vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die
Buchdruckerei „Unitas"
Bühl (Baden)
Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb.

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 ℳ.
HARMONIUM auch von Jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.
Alois Maier, Hoflief., Fulda

Suchen Sie einen

literar. Berater,

so bestellen Sie bei Ihrer Postanstalt oder Buchhandlung das altbekannte Literaturblatt „Liter. Handweiser" (viertelj. ℳ 2.50). Dieser kleine Aufwand entschädigt bei Bücheranschaffungen vielfach und bringt Anregung u. Belehrung in reichstem Maße.

Atemgymnastik
Stimmbildung
für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin S 14, Sebastianstr. 44/45 I
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.





Dr. med. Sexauer's
Aerztlich-pädagogisches Institut
Rheinallee 18 **Godesberg a. Rh.** Fernruf 89

I. Haus für psychopathische Jugendliche jeder Art.
II. Beobachtung, Begutachtung, Behandlung schwieriger Schüler.
III. Behandlung von nervösen und seelischen Störungen (Hysterie, Angst- u Zwangszustände Kriegsneurosen. Charakterfehler, allgemeine innere Schwierigkeiten) bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Uebungstherapie, Suggestion, Hypnose, Psychanalyse, Kurse Exerzitien, Prospekt.

Pfälzische Bank

Die Herren Aktionäre werden zu der am

Samstag, den 26. April 1919, vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale des Bankgebäudes in **Ludwigshafen am Rhein** stattfindenden

Ordentlichen Generalversammlung

hiemit ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage der Bilanz pro 1918 nebst Gewinn- und Verlustrechnung und der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Verwendung des Reingewinnes.
4. Aufsichtsratswahl.

Nach § 26 des Gesellschaftsvertrages haben diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, ihre Aktien bezw. den ordnungsmässigen Hinterlegungsschein eines deutschen Notars hierüber nebst einem doppelten Nummernverzeichnis der Stücke spätestens am sechsten Tage vor der Generalversammlung **bei der Gesellschaft, einer ihrer Zweigniederlassungen, der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Niederlassungen, der Deutschen Bank in Berlin und deren Niederlassungen** zu hinterlegen und bis zum Schlusse der Generalversammlung daselbst zu belassen.

In dem notariellen Hinterlegungsschein sind die hinterlegten Aktien nach Serie, Nummern etc. genau zu bezeichnen und es ist hierbei zu bestätigen, dass die Aktien bis zum Schlusse der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahr bleiben.

Abwesende Aktionäre können sich in der Generalversammlung durch andere Aktionäre auf Grund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.

Ludwigshafen a. Rh., den 25. März 1919.

Der Aufsichtsrat:

Franz von Wagner, Vorsitzender.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 15. München, 12. April 1919. XVI. Jahrgang.

Der beginnende Entscheidungskampf.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Bekanntlich ist von dem bisherigen Rechtszustand, wonach das Gebiet von Kirche und Schule der Zuständigkeit der Einzelstaaten unterstand, der neue Entwurf einer Reichsverfassung abgewichen, indem er in dem von den Grundrechten des deutschen Volkes handelnden Abschnitt II eine Reihe von Richtlinien aufstellte, die für die Kulturpolitik und -gesetzgebung der Gliedstaaten hinfort maßgebend sein sollen. Auf die Doppelnatur dieser Maßnahme hat das Mitglied der Nationalversammlung und der Verfassungskommission Geh. Hofrat Dr. Beyerle in diesen Blättern (Nr. 11/1919 „Zur Verfassungsfrage") bereits hingewiesen, indem er sagte, es könne nicht bestritten werden, daß die bisherige Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte auf dem Gebiete der Kirche und Schule neben unbestreitbaren Vorteilen doch leicht auch Nachteile nach sich zu ziehen drohe. Man denke an die Stellung der christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, in etwaigen roten Republiken Mittel- und Norddeutschlands. Daraus erwachse die Frage, ob nicht die Leitsätze über Kultus und Unterricht mehr ins einzelne ausgestaltet werden sollten, um ebensoviele reichsgesetzliche Garantien gegen landesgesetzliche Willkür zu setzen. Diese Ausgestaltung ist jetzt vom Verfassungsausschuß vorgenommen worden, aber nicht in dem von Beyerle gemeinten und erhofften Sinne eines Schutzes des christlichen Kulturgutes gegen die atheistisch-materialistische Sturmflut, sondern dank des einträchtigen Zusammenwirkens der Demokraten und der Sozialdemokraten beider Schattierungen in einer Weise, wie es auch die gedachten roten Republiken nicht viel anders würden gemacht haben. Es ist übrigens eine eigenartige Ironie, daß sich in die Vaterschaft der neuen radikalen Fassung der Bestimmungen über Staat und Kirche ein ehemaliger protestantischer Geistlicher, der Abg. Naumann, mit einem Sozialdemokraten teilt.

Der Artikel 30 proklamiert für alle Bewohner des Reichs volle Glaubens-, Gesinnungs- und (außerdem noch, damits ja gründlich wird) Gedankenfreiheit und staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung. Dieser Schutz wird aber lediglich negativ garantiert, dadurch, daß niemand verpflichtet ist, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren (von einigen Ausnahmen abgesehen), daß niemand zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Uebungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden kann. Einen besonders drastischen Ausdruck findet jener staatliche Schutz in Artikel 30a durch die Bestimmung: „Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Krankenhäusern, Straf- oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist". Wer sich erinnert, wie in Krankenhäusern die religiöse Versorgung der Kranken unter dem Vorwand der Fernhaltung des Zwangs bisher schon manchmal erschwert war, wird sich ausmalen können, wie unter der neuen Bestimmung diese Versorgung und die ungestörte Religionsübung bei entsprechender Gesinnung und Haltung von Anstaltsleitern oder Aerzten sich gestalten kann, zumal wenn man erwägt, welche Schwierigkeiten die Religionsgesellschaften an sich schon bei völlig ungehinderter Ausübung ihrer Aufgabe zu überwinden haben, wie beispielsweise in einem großen Krankenhause, in dem, wie in München der Fall, im Jahre über 1000 Versehfälle vorkommen. Es war offenbar auch die Sorge für ungestörte Religionsübung, welche die Ablehnung der vom Zentrum beantragten Seelsorge auch für die Wehrmacht veranlaßte.

Die radikalste Aenderung des bisherigen Zustandes bringt Artikel 30a, er verfügt die Trennung von Staat und Kirche mit den Worten: „Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes; insbesondere verleiht sie ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde . . . Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, sofern sie solche bisher besessen haben. Anderen Religionsgesellschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr für Dauer bieten . . . Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und der religiösen Vereine in den für Kultus- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Leistungen und Fonds bleibt bestehen."

Der Ausschuß hat sich aber nicht darauf beschränkt, die Rechte einer öffentlichen Körperschaft auf alle damit noch nicht versehenen Religionsgesellschaften auszudehnen, sondern er hat auch den Religionsgesellschaften gleichgestellt alle diejenigen Vereinigungen, „die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Auffassung machen", womit also der ganze Kreis der Freidenkervereine, des Monistenbundes und ähnlicher Gebilde auf die gleiche Stufe mit den christlichen Kirchen gestellt wird. In dieser Gleichstellung dokumentiert sich eine für den Christen überaus schmerzliche Unterschätzung und Zurücksetzung seiner Religion und eine Ueberschätzung und Förderung aller Weltanschauungstendenzen, welche an ethischem Gehalt und psychologischer Wirksamkeit sich nicht entfernt mit der transzendentalen Wesenheit des Christentums zu messen vermögen, zumal wenn in Betracht gezogen wird, was alles bei der Vagheit und Dehnbarkeit der Bestimmung des Art. 30a sich als Weltanschauungs-Vereinigung wird gerieren können. Praktisch bedeutet diese Bestimmung die Entfesselung und Legalisierung aller bisher noch irgendwie gebundenen antichristlichen Instinkte und Strebungen.

Durch die Artikel 30 und 30a ist der Trennungsstrich zwischen Staat und Kirche gezogen, die Laisierung, die Entchristlichung des Staatslebens, der Bruch mit einer zweitausendjährigen Kultur untersiegelt. Welchen Verlust an Kulturgütern, welche Gefahren moralischer und intellektueller Natur dieser Zustand bringen wird, kann erst die Zukunft erweisen.

Es war zu erwarten, daß auch die Leitsätze über die Schule im wesentlichen von denselben Grundzügen beherrscht sein würden. Das Prinzip der staatlichen Zwangsschule wird im Art. 31 streng durchgeführt, jede kirchliche Beteiligung an der Schulaufsicht ausgeschaltet, die Errichtung von Privatschulen an die Genehmigung des Staates geknüpft, die Zulassung privater Volksschulen nur dann gestattet, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Die vom Zentrum angestrebte Möglichkeit der Gründung von Privatschulen als eines im Interesse der religiösen Freiheit notwendigen Korrektivs der Zwangsstaats-

schule wird in der Praxis gleich Null sein, und doch verkündet der Einleitungssatz des Artikels 31 stolz: „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre... sind frei!"

Die einzige Konzession an die christliche Auffassung liegt in der Belassung des Religionsunterrichtes als ordentlicher Lehrgegenstand der Schule. Er soll erteilt werden „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaft" und im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt werden. Aber er bleibt Wahlfach, kein Lehrer darf zur Erteilung und kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichts und zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Immerhin zeigt sich bei den Bestimmungen über die Schule auch einmal der Vorteil der reichsgesetzlichen Regelung, insofern als sie der Durchführung des Beschlusses der sächsischen Kammer, den Religionsunterricht aus der Volksschule zu entfernen und durch einen konfessionslosen Moralunterricht zu ersetzen, einen Riegel vorzuschieben geeignet ist.

Soviel an vorläufiger Orientierung und Kritik über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses, die im Plenum der Nationalversammlung wesentliche Aenderungen wohl nicht mehr erfahren dürften; eingehendere Würdigung bleibt fachmännischen Federn vorbehalten. Die Neuordnung geht unter der Flagge der Freiheit. Aber nach Lage der Sache ist der Gewinn auf der antichristlichen, der Verlust auf der christlichen Seite; insbesondere sind die christlichen Kirchen auf dem allerwichtigsten Gebiete, dem der Jugenderziehung, empfindlichen Hemmungen unterworfen. Ihre Stellung im kommenden Kampf der Geister ist daher wesentlich erschwert. Denn darüber wird sich kein tiefer und weiter Blickender im Unklaren sein: Der Entscheidungskampf über unsere geistige Kultur bereitet sich vor und die in der Reichsverfassung festgelegte Regelung des Verhältnisses von Staat, Kirche und Schule bildet die Plattform, auf der er ausgefochten wird.

* * *

Die dritte Revolution in München.

Ein Entscheidungskampf ist auch das, was sich jetzt in verschiedenen Städten und Industriezentren Deutschlands abspielt: ein Ringen um die materielle Kultur, um die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Struktur unseres Vaterlandes. Daß die alten Zustände einer durchgreifenden Neuordnung bedürfen, darüber kann heute nirgends mehr ein Zweifel herrschen. Auch über das Ziel dürfte weitgehende Uebereinstimmung bestehen insofern es dahin geht, Ordnung und soziale Gerechtigkeit ins Wirtschaftsleben zu bringen, d. h. die Gütererzeugung im Hinblick auf den Bedarf zu regeln und der schaffenden menschlichen Arbeit den ihr zukommenden Einfluß auf die Produktion und den gebührenden Anteil am Ertrag derselben zu sichern. Meinungsverschiedenheiten dagegen herrschen über die Mittel und Wege zur Erreichung jenes Ziels und über Maß und Tempo des Vorgehens. Sie kommen zum Ausdruck in dem Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats, zwischen parlamentarischer Republik und Rätesystem.

In München hat die letztere Richtung jetzt die Oberhand gewonnen und eine dritte Revolution zur Aufrichtung der Räterepublik auf sozialistisch-kommunistischer Grundlage veranlaßt. „Der revolutionäre Zentralrat Baierns" erklärte in einer Proklamation vom 6. April den Landtag für aufgelöst; an die Stelle des von jenem eingesetzten Ministeriums sollen Volksbeauftragte treten. Die Presse soll sozialisiert, eine rote Armee und ein Revolutionsgericht zum Schutz der Räterepublik gebildet, gleichzeitig die Verbindung mit der russischen und der ungarischen Republik aufgenommen werden. Die bayerische Räterepublik „lehnt jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen."

Diese Entwicklung konnte keineswegs überraschen. Wenn auch der unmittelbare Anstoß von Augsburg kam, so war doch in München die Situation reif geworden, nachdem sich gezeigt hatte, daß das Abkommen vom 11. März dem weiteren Abgleiten des politischen Schwergewichts noch links und dem ungestümen Drängen des radikalen sozialistischen Flügels nach Vollsozialisierung keinen Einhalt tun konnte. Das Opfer der nichtsozialistischen Parteien des Landtags war vergebens. Nachdem auch der südbayerische Gautag der Mehrheitssozialisten zum Programm der Räterepublik abgeschwenkt war (der Nürnberger Verein und die bayerische Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten lehnten dagegen die Räterepublik ab) und nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Brachialgewalt (die Münchener Garnison) auf derselben Seite stand und den Schutz der für den 8. April geplanten Landtagstagung ablehnte, war die Sache entschieden.

Trotzdem läßt sich ein sicheres Urteil über die Zusammensetzung des neuen Regiments und die hinter ihm stehenden Kräfte noch nicht gewinnen. Es scheinen unter den beteiligten drei Gruppen noch starke Meinungsverschiedenheiten zu herrschen. Die U. S. P. hat sich, wie aus einer Erklärung hervorgeht, den Rücktritt von der Regierung vorbehalten, wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt werden. Nach der mehrheitssozialistischen „M. Post" (Nr. 82) hatten sich neben Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auch Kommunisten an der provisorischen Ernennung von Volksbeauftragten beteiligt, während eine andere Liste von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen aufgestellt worden war. Die Kommunisten unter Leviens Führung ständen nach wie vor abseits und erwarteten die „natürliche Revolution" des Proletariats von unten herauf und als deren Krönung die „wirkliche kommunistische Räterepublik". Die gegenwärtige Liste der Volksbeauftragten besteht nur aus Unabhängigen und Bauernräten.

Ueber die Haltung des Landes liegen abschließende Nachrichten zur Stunde nicht vor. Vermutungen über die Zukunft erübrigen sich einstweilen. Nur auf den ungeheuren Ernst der Situation sei hingewiesen, der sich für das ganze Land wie auch für die Räteherrschaft selbst ergibt in politischer Beziehung durch die Kampfansage an die Reichsregierung und durch die Verbindung mit Rußland und Ungarn, in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Gefährdung der Lebensmittellieferungen seitens der Entente. Was von dem innerwirtschaftlichen Segen, den ihre Befürworter sich von der Vollsozialisierung versprechen, Wirklichkeit werden kann, wird sich zeigen. Abgesehen von unseren ökonomischen Bedenken bleibt nach wie vor unsere Ueberzeugung bestehen, daß eine wirkliche Gesundung nur erfolgen kann, wenn sie Hand in Hand geht mit einer Erneuerung der Gesinnung. Und diese kann sich nur läutern im Geiste des Dekalogs und der Bergpredigt.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

An der Scylla von Danzig sind wir glücklich vorbeigekommen; aber die Charybdis der Streiks und Putsche bedroht noch immer das Reichsschiff. Man kann die Bilanz der Woche so ziehen, daß das Konto unserer Außenpolitik einen Gewinn, das Konto der inneren Politik einen weiteren Verlust aufweist.

Wenn es auch in unserer eigenen Häuslichkeit noch sehr wirr und wild aussieht, so dürfen wir doch die Lösung der Danziger Frage als einen Lichtblick aus der dunklen Wolkenbank begrüßen. Sie hat über den Rahmen des Einzelfalls eine allgemeine Bedeutung, denn sie ist

die erste Nachgiebigkeit der Entente.

Das rücksichtslose Verfahren des „Diktates" hat sich hier als schartig erwiesen und mußte aufgegeben werden. General Nudant hatte es zunächst mit der alten Methode versucht, indem er den deutschen Rechtseinwand unbeachtet ließ und unter Drohung mit dem Abbruch des Waffenstillstandes Gewalt ansagte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte er dabei nicht ohne Vorwissen des Generalissimus Foch gehandelt. Als Deutschland durch die Drohung sich nicht beugen ließ, sondern unbedingt jede Mitwirkung an dem Attentat auf Danzig und Westpreußen verweigerte, wurde Foch zum Einlenken angewiesen. Es war schon viel, daß man sich nachträglich auf Verhandlungen einließ, und gewiß ist es den Franzosen sehr schwer geworden, auf Danzig zu verzichten, das sie ihren polnischen Freunden versprochen hatten und als Probestück für ihre eigene Raubpolitik betrachteten. Bei den Verhandlungen in Spa hat Foch den Anspruch auf den Danziger Weg gemäß der überspannten Auslegung des Waffenstillstandsvertrages „im Prinzip" aufrechterhalten; er hat aber tatsächlich nachgegeben, indem er die anderen, von Deutschland vorgeschlagenen Transportwege annahm. Dazu gehört neben dem Wege über

Stettin, Pillau-Königsberg und Memel auch der Eisenbahnstrang von Koblenz oder Frankfurt über Eilenburg nach Kalisch. Die Durchquerung Deutschlands zu Lande ist ja für uns etwas lästig (sie kann zwei Monate dauern), doch bleibt sie ungefährlich, vorausgesetzt, daß die Polen und die französischen Begleitoffiziere sich keine Ausschreitungen erlauben. Auf den vereinbarten Wegen lassen sich keinesfalls Eroberungen machen. Danzig und Westpreußen sind gerettet.

Die Pessimisten sagen, nur vorläufig, da der Friedensvertrag die polnischen Ansprüche doch noch wieder zur Geltung bringen könnte. Demgegenüber kann man aber geltend machen, daß die Nachgiebigkeit in diesem Punkte eine Ernüchterung im hohen Rate der Gegner, — das Uebergewicht der gemäßigten Staatsmänner erkennen läßt.

Aus allen bisherigen Nachrichten vom Viererrat und aus den sonstigen Konferenzen der Gegner konnte man deutlich erkennen, daß Clemenceau als Führer der rachsüchtigen und beutegierigen Franzosen schuld sei an der Verzögerung des Friedens und der grausamen Behandlung Deutschlands, während Wilson für Mäßigung eintrat und Lloyd George sich mehr und mehr dem amerikanischen Standpunkt anschloß. Der diplomatische Rückzug in der Danziger Frage ist nun offenbar eine Niederlage der französischen Politik. Hoffentlich nicht die letzte. Denn was die Entente jetzt zum Einlenken gebracht hat, wirkt noch fort. Es ist einerseits die Erwägung, daß man Deutschland nicht lebensunfähig machen darf, wenn man die ersehnten Milliarden von ihm eintreiben will; anderseits die Furcht, daß Deutschland schließlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, wenn er zu harte Bedingungen enthält.

Die Möglichkeit eines passiven Widerstandes von unserer Seite hatte man allem Anschein nach bisher nicht recht ernst ins Auge gefaßt, obschon sie mehrfach angekündigt war, sogar in der Antrittsrede des Reichspräsidenten Ebert. In dem Danziger Falle zeigte nun die gleichmäßige Haltung von Regierung, Nationalversammlung und Volksbewegung, daß wir wirklich zum äußersten entschlossen sind, wenn man uns an den Lebensnerv rührt. Wir sind wehrlos in dem Sinne, daß wir den vordringenden Feinden keinen militärischen Widerstand entgegensetzen können. Aber die Größe des Reiches und die Masse der Bevölkerung bilden doch eine natürliche Widerstandskraft, indem die Feinde bei Wiederaufnahme des Krieges und bei Besetzung Deutschlands zu einem ungeheueren Aufwand von Truppen und Kampfmitteln genötigt würden. Das scheuen die besonneneren Staatsmänner aus guten Gründen. Ihre Völker sind nahezu ebenso erschöpft und ebenso kriegsmüde wie wir. Immer dringender wird das Verlangen nach Demobilisation und Frieden. Diejenige Partei, die zurzeit noch in Frankreich herrscht, hat freilich eine große Gier, auch noch über den Rhein zu gehen und im Ruhrgebiet, namentlich bei Krupp, ihre Rache zu betätigen. Aber wenn in der Tat die Verlängerung des Krieges beschlossen würde, so könnte doch die latente Kriegsmüdigkeit auch in Frankreich zum Durchbruch kommen. In England und Amerika ist offenbar die Volksstimmung so, daß weder Lloyd George noch Wilson eine Okkupation Deutschlands riskieren dürften, selbst wenn sie sonst zu Liebesdiensten gegenüber Clemenceau geneigt wären.

Wir dürfen uns ja nicht verhehlen, daß es eine Taktik der Verzweiflung ist, wenn wir uns zum passiven Widerstand oder genauer gesagt zur passiven Duldung entschließen. Die furchtbaren Gefahren für Deutschland, namentlich die drohende Ueberflutung mit der bolschewistischen Welle liegen auf der Hand. Aber in der Not haben wir keine andere Wahl. Will man uns durchaus zugrunde richten, dann müssen wir wenigstens die Ehre retten und uns auf den Standpunkt stellen: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Wie sehr man auf der Gegenseite die Passivität Deutschlands scheut, ließ sich u. a. auch erkennen aus dem Versuchsballon in der Presse, die uns in Aussicht stellte, wir würden in den Völkerbund aufgenommen werden, wenn wir den Friedensvertrag unterzeichneten, aber sonst nicht. Die Zugkraft des Völkerbundes hat im Winter die Schwindsucht bekommen. Wir sehen immer deutlicher, daß der sog. Völkerbund nichts anderes werden soll, als die Verewigung der Entente, und daß die angekündigte Friedensliga nur auf die Vergewaltigung der Neutralen und die Versklavung Deutschlands hinauslaufen würde. Der Eintritt in einen solchen Bund würde uns keine wirksamen Rechte, sondern vielmehr Lasten und Gefahren bringen. Da warten wir lieber, bis der Völkerbund eine vernünftige Gestalt und einen friedlichen Geist angenommen hat; dann wird der Bund uns ebenso nötig haben, wie wir ihn.

Inzwischen betrachten wir den Ausgang der Danziger Krise als gutes Vorzeichen für den Abschluß der Friedensberatungen. Der Plan des rücksichtslosen Diktatfriedens hat ein Loch bekommen. Man hat gelernt, daß die deutsche Willensmeinung doch beachtet werden muß.

Die innere Krisis

fällt freilich wie ein Reif auf diese Frühlingsblumen. Im Ruhrgebiet macht die Hälfte der Bergleute (teils in Verblendung, teils im Zwang) den umstürzlerischen „Generalstreik" mit; in Frankfurt gibt es Plünderungskrawalle, in Stuttgart Aufruhr; in Berlin und Magdeburg muß sich die Regierung mit der Entwaffnung unzuverlässiger Regimenter bemühen; in Berlin wird obendrein der zweite „Rätekongreß" mit bolschewistischer Agitation vorbereitet. Und dazu kommt die Nachricht aus dem Süden, daß in Bayern die dritte Revolution die Erklärung zur Räterepublik gebracht habe unter Beseitigung des Landtags und unter Anschluß an Ungarn und Rußland! Wenn so der Bestand des Reiches und der innere Frieden von Grund aus bedroht ist, so kann all' die fleißige Arbeit, die von der Nationalversammlung in Weimar und auch von den preußischen Staatsorganen geleistet wird, bei dem geängstigten Volke nicht die gebührende Beachtung finden. Die Grundrechte für die Reichsverfassung, namentlich die Garantien für die religiös-sittlichen Güter, sowie die Abgrenzung der Kompetenzen von Reich und Gliedstaaten würden unter normalen Verhältnissen unser ganzes Sinnen und Trachten ausfüllen. Jetzt aber frägt man weniger, wie das künftige Deutschland aussehen soll, sondern vielmehr: ob es überhaupt noch eine deutsche Zukunft geben werde. Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage. Und wenn Deutschland zugrunde gehen sollte, so darf man nicht alle Schuld auf die auswärtigen Feinde schieben. Von deren Schlägen könnten wir uns immer noch erholen, wenn nur die breiten Massen unseres Volkes sich halbwegs reif zeigen wollten für die Selbstregierung. Die Vernichtung droht uns von dem Unverstand der Leute, die sich durch die bolschewistischen Verführer zu den verhängnisvollen Streiks und Unruhen verleiten lassen. Möchte es endlich gelingen, die Massen davon zu überzeugen, daß nur Ruhe, Ordnung und Arbeit uns noch retten können.

Simon Petrus.

„Und sollten alle Andern von dir gehen,
Ich weiche nimmer, Herr, ich bleib' dir treu!" —
O Simon, Simon, sag, was wird geschehen
In dieser Nacht, noch vor dem Hahnenschrei?

Noch eh' im Ost der neue Morgen tagte,
Hast du verleugnet deinen Herrn und Gott. —
Der gleiche Simon, der beteuernd sagte:
„Ich folge dir, und wär' es in den Tod!"

So sind wir Menschen, — schnell und heiss zum Lieben,
Dem Herrn zu folgen gern im Wort bereit.
Wo ist die oft gelobte Treu' geblieben,
Wenn Er den Kelch uns reichte, Kreuz und Leid?

Wir möchten den Apostel kühn verklagen,
Der treulos einmal seinen Herrn verriet,
Statt reuig an das eig'ne Herz zu schlagen,
Das sich so oft, so oft vom Meister schied.

O möchten uns'rer Reue Tränen fliessen,
Wie unversieglich Petri Träne rann,
Die gleiche Schuld mit gleichem Schmerz wir büssen,
Wie Simon bis zum Kreuzestod getan!

Du hast „ich betete für dich" gesprochen
Zum Jünger einst, „dass fest dein Glaube steht." —
Und hätt' ich tausendmal die Treu gebrochen,
Du schliesst mich dennoch ein in dein Gebet!

M. Benedicta v. Spiegel, O. S. B.

Das Zentrum in der preußischen Regierung.

Von Studienrat Ruchhoff, Mitglied der preußischen Nationalversammlung.

Es gibt eigentlich für unsere ganze Politik in Deutschland nur noch eine Frage. Die lautet: kann das äußerste Elend, das Chaos des Bolschewismus, noch von uns und damit von Europa ferngehalten werden? Wir fühlen, wie sich lawinengleich das Grauen den Behausungen europäischer Kultur nähert. Wird es uns erdrücken?

Unter solchem Zwang steht all unser politisches Denken, und nur die unverbesserlichsten Optimisten können behaupten, daß es Wahnvorstellungen sind. Jedoch gibt es weite Kreise, die noch an die Kraft des guten Kerns des deutschen Volkes glauben und hoffen, daß die Krankheit des Bolschewismus in uns noch geheilt werden könne. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß ein neuer nationaler Ton in den Herzen weitester Kreise erklingt. Die Drohungen unserer Feinde, Deutschland zu zerstückeln, von Preußen große Teile abzureißen, haben diese vaterländische Regung in Norddeutschland unverkennbar geweckt. Vielleicht beginnt hier der Weg, der wieder emporführt. Viel Hoffnung ist allerdings nicht vorhanden, daß Deutschland und wahrscheinlich ganz Europa vor der Hölle des Chaos bewahrt werden wird. Aber es ist doch noch Hoffnung. Wer will es verantworten, sie zunichte zu machen, so daß man sich später, wenn das Chaos kommt, sagen muß: Du bist mitschuldig, du hättest vielleicht noch helfen können, wenn du den Weg der gemeinsamen Mitte gegangen wärest.

Das war die Lage des Zentrums in der preußischen Nationalversammlung, als es vor die Frage gestellt wurde, ob es mit Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam die Regierung bilden wollte. Ohne das Zentrum konnte überhaupt keine Regierung in Preußen zustande kommen, weil die Demokraten sich entschieden weigerten, mit den Sozialdemokraten gemeinsam eine Regierung zu bilden, die dann ja auch nur eine Mehrheit von 10 Stimmen im Parlament gehabt hätte. Das mußte dann notwendig zur Auflösung der preußischen Nationalversammlung, zu einer vorübergehenden sozialistischen und dann natürlich kommunistischen Regierung führen. Daß solche Zustände auf das Reich zurückwirken mußten, daß auch die deutsche Regierung stürzen mußte in dem Augenblick, wo der Friedensschluß vor der Türe steht, liegt auf der Hand.

In dieser Zwangslage hat sich das Zentrum in Preußen zur Teilnahme an der Regierung entschlossen. Die Gründe, die gegen eine Teilnahme sprechen, sind in Preußen ungleich gewichtiger, als wie in Deutschland. Denn in Preußen stehen die Fragen von Schule und Kirche unmittelbar im Vordergrunde. Man weiß aber, mit welcher Kraft Demokratie und Sozialismus gegen die Bollwerke des Christentums im Staate und in der Gesellschaft anrennen. Es ist auch bekannt, daß in Preußen der Wahlkampf von der Sozialdemokratie sowohl wie auch vom Zentrum unter der Devise: Für und wider die christliche Schule! geführt worden ist. Darum können und wollen sowohl Demokraten wie auch Sozialisten in Preußen niemals und in keinem Augenblicke darauf verzichten, die Trennung von Kirche und Staat und die Simultanisierung der Volksschule herbeizuführen. Darüber aber wird nicht in Weimar, sondern in Berlin entschieden.

Das Programm der preußischen Regierung, zu der also jetzt auch zwei Minister aus den Reihen der Zentrumspartei gehören, hat der Ministerpräsident Hirsch am 25. März in der Landesversammlung verkündet. Dieses Programm verläßt den Standpunkt der Konfessionsschule. Es verkündet: „Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist den Gemeinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht einzuführen." Ueber die Teilnahme am Religionsunterricht sollen die Eltern entscheiden, und den Lehrern soll es freistehen, den Religionsunterricht zu erteilen oder nicht. Die Ortsschulaufsicht, die in Preußen im allgemeinen den Ortspfarrern zustand, soll sofort beseitigt werden.

Wenn auch hier vom Grundsatze der allgemeinen simultanen Staatsschule abgegangen wird — eine bedeutsame Konzession der Sozialdemokratie —, so schlägt doch diese Programmforderung allem, was bisher das Zentrum und die Katholiken in Preußen vertreten haben, direkt ins Gesicht. Die Durchführung solcher gesetzlicher Maßnahmen kann das Zentrum niemals dulden, es kann sie niemals durchführen helfen, sondern muß sie mit allen Mitteln bekämpfen. So haben wir denn bei der Regierungsbildung in Preußen die merkwürdige Tatsache, daß von den drei Parteien, die die Mehrheit und die Regierung bilden, die zweitstärkste einen wesentlichen Teil des Regierungsprogramms nicht nur ablehnt, sondern sogar zu bekämpfen sich freie Hand behält. Freilich werden die Zentrumsmitglieder in der Regierung, die Minister sowohl, wie die Unterstaatssekretäre, wenn eine Verordnung des Kultusministeriums im Rahmen des Regierungsprogramms erfolgt, oder ein entsprechendes Gesetz eingebracht wird, aus ihrer und ihrer Fraktion ablehnender Haltung nicht die Kabinettsfrage machen dürfen, so daß bei einer entsprechenden Abstimmung, die ja sehr leicht durch die Oppositionsparteien herbeigeführt werden kann, die Regierung gestürzt wird. Unter keinen Umständen aber hat sich das Zentrum in Preußen irgendwie verpflichtet, etwas mitzumachen oder stillschweigend zu dulden, was gegen das Gewissen der Mitglieder wäre und wofür das katholische Volk kein Verständnis hätte.

Das Ministerium in Preußen soll ein Ordnungs- und Arbeitsministerium sein. Eine andere Gemeinschaft gibt es, so lange der Sozialismus seine Religionsfeindschaft nicht aufgibt, für das Zentrum nicht. Sie wird sofort aufzulösen sein, sobald die Ordnung im Reiche und in Preußen gesichert ist. Man könnte ja allerdings sagen — und derartige Erwägungen sind nicht ohne Berechtigung —, daß das Zentrum durch Teilnahme an der Regierung manches Unerträgliche verhüten könne, daß es ihm möglich sein wird, zu verhindern, daß die Kirche ganz aus der Schule verdrängt wird, daß ihm ferner ein bedeutsamer Einfluß gesichert sein wird, wenn die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat zu einer Trennung beider Gewalten führt. Aber es dürfte schwer sein, für derartige Erwägungen im katholischen Volke Verständnis zu finden. Jedenfalls konnten sie nicht durchschlagend sein für die Entschließungen des Zentrums, durchschlagend waren vielmehr nur die eingangs erörterten Gründe dafür, daß schließlich dem Drängen der Sozialdemokraten nachgegeben wurde. Es muß festgehalten werden, daß in keinem Stadium der Verhandlungen von seiten des Zentrums irgendwelche Annäherungen an die Linke versucht wurden. Von hervorragender Bedeutung ist ferner der Umstand, daß das Zentrumsmitglied, das als Unterstaatssekretär in das Kultusministerium eingetreten ist, Prof. Wildermann, ein katholischer Geistlicher ist. Es besteht auch kein Zweifel, daß die preußischen Bischöfe den Schritt der katholischen Abgeordneten als minus malum auch öffentlich billigen werden.

Bezüglich des übrigen Teiles des Regierungsprogramms bestehen bedeutsamere Schwierigkeiten für ein Zusammenarbeiten des Zentrums mit den beiden anderen Parteien nicht. Das Zentrum steht auf dem Boden der Tatsachen, es will mithelfen, etwas Neues aus den Ruinen erstehen zu lassen. Viel Zeit und Gelegenheit zu großen Reformen ist freilich nicht vorhanden, schon deshalb, weil das Geld dazu fehlt. Wir sind arm geworden. Und das erste, was geschafft werden muß, ist Arbeit und Brot.

Frankreich auf dem Wege nach Rom.

Von Friedrich Ritter von Lama.

I.

Seit ein paar Jahren erleben wir das Schauspiel, daß, wo immer in der französischen Presse die Frage der Wiederanknüpfung der Beziehungen zum Heiligen Stuhle in Erörterung gezogen wird oder eine Persönlichkeit der politischen Welt an der Seine sich nach Rom aufmachte, sofort jene Versöhnung als in unmittelbare Nähe gerückt hingestellt oder wenigstens als näherer oder weiterer Zweck erklärt wird. Es sieht ganz so aus, als sei das allein Maßgebende, wer zuerst das Ereignis vorausgesehen und diesen dem Zufalle mehr als dem Erkennen verdankten Beweis größerer Urteilskraft erbracht hat. Freilich, die Sprache der Tatsachen wirken zu lassen und die Phantasie möglichst auszuschalten, läßt man meist außer Acht, obwohl dies allein Vertrauen und Ansehen zu vermitteln vermöchte.

Augenblicklich sind die Aktien der Anknüpfungspolitiker wieder stark in die Höhe geschnellt. Man bedenke doch nur:

Clemenceau beauftragt in einer Depesche (!) Kardinal Amette, dem Papste den Dank für die Beglückwünschung zum vereitelten Attentate Cottin auszusprechen. Der Rektor des französischen Seminars in Rom, P. Le Floch erörtert im „Correspondant“ die versöhnliche Politik Benedikt XV. gegenüber Frankreich, das „Journal des Débats“ streift in einer Artikelserie das Problem der Wiederanknüpfung · und dann — last not least — Kardinal Amette hat am Morgen des 13. März eine längere Unterredung mit Clemenceau und reist darauf stante pede mit dem nächsten Zuge nach Rom ab. Da kann doch gar kein Zweifel mehr bestehen, daß dies nichts anderes ist, als der längst erwartete und längst prophezeite „Gang nach Canossa“. Gemach! Lassen wir uns von keinem Scheine bestechen, mag auch der Anreiz noch so stark sein. Unterziehen wir einmal jeden dieser Umstände einer näheren Prüfung. Die Depesche Clemenceaus ist die gemessene, höfliche Erwiderung auf einen Glückwunsch, dessen Initiative beim Papste lag. Kardinal Amette hat Clemenceau persönlich die Depesche Kardinal Gasparris im Originale zur Kenntnis gebracht; Clemenceau hat in gleicher Form diesen persönlichen Akt erwidert. Wenn sie dennoch weitere Bedeutung besitzt, so wird sich diese im Verlaufe unserer Darlegungen von selbst erklären. Der Artikel P. Le Flochs ist hervorgerufen durch einen äußerst scharfen Angriff auf die Politik des Papstes in der „Revue de Paris“ und ist im Grunde nur dessen Zurückweisung. Wie jeder Katholik muß auch P. Le Floch die Aussöhnung seines Landes mit dem Oberhaupte der Kirche wünschen. Symptomatische Bedeutung kommt ihm daher nicht zu, da es der vatikanische Standpunkt, die Partei des Heiligen Stuhles ist, die im befürwortenden Sinne sich äußert. Wie die Artikel des „Journal des Débats“ einzustellen sind, muß bis zu deren Eintreffen der Beurteilung vorbehalten werden. Bis zu diesem Augenblicke kennen wir weder Verfasser, noch Tendenz. Am bestechendsten aber ist die beglaubigte Tatsache der Besprechung Amette-Clemenceau und der Romreise des Kardinals.

Welche zahlreichen Umstände übereinstimmend darauf hinweisen, daß nicht die Aussöhnungsfrage Gegenstand und Ursache dieser auffallenden Geschehnisse ist, mögen die folgenden Darlegungen selbst ergeben. Ich glaube jedenfalls, nach reiflicher Prüfung sagen zu dürfen, daß wir es nur mit dem Orientprobleme zu tun haben.

Wer weiß, mit welcher Eifersucht Frankreich auf seine Vormachtstellung in Palästina und Syrien wie auf sein Schutzrecht über die Katholiken des Orients bedacht ist, der mußte sich sofort, als die Mission Kardinal Bournes im Orient auftauchte, fragen: was wird Frankreich dazu sagen? Es ist für einen Franzosen etwas direkt Unerhörtes, Unfaßbares, daß der Papst in ein Land, in dem nur Frankreich allein das Recht hat, etwas zu sagen, in dem „seine Missionäre sich so große Verdienste um den Heiligen Stuhl“ erworben haben und Frankreich allein ein ihm durch einen internationalen Vertrag zuerkanntes Recht alleiniger Wahrnehmung der katholischen Interessen besitzt, als Bevollmächtigten und Vertrauensmann nicht einen Franzosen, sondern einen Engländer geschickt hat. Kardinal Bourne ist, wie wir neulich sahen,[1] als Vertreter des Papstes erschienen, ja, er ist von der englischen Besatzungsbehörde überall als solcher aufgenommen worden und hat allenthalben englische, katholische Missionszentren ins Leben gerufen. Nicht genug mit dieser Versündigung an dem „unverjährbaren Rechte“ Frankreichs, hat Rom wenige Tage nach der Abreise Kardinal Bournes nach dem Orient durch die Kongregationen für orientalische Angelegenheiten und der Propaganda jene Bestimmungen erlassen, die jede Einreise lateinischer geistlicher Personen, d. h. Nichtorientalen, an besondere Ermächtigung knüpfen, wodurch eine Durchkreuzung des Werkes des englischen Kirchenfürsten hintangehalten war. Wo blieb da das französische Vorrecht? Wohl hat es Frankreich seit Jahren nicht mehr ausgeübt, und es hat in einer Zeit wie dieser, wo seine Ausübung nicht nur durch die Menschlichkeit geboten war, sondern sogar Frankreichs politische Pflicht gewesen wäre, vollkommen versagt. Man lese doch die Allokution Benedikt XV. im jüngsten Konsistorium, aber im vollen Wortlaute; die Schilderung der furchtbaren Zustände in Palästina und die entsetzliche Verlassenheit und Hilflosigkeit unserer dortigen Glaubensbrüder ist gleichzeitig eine erbarmungslose Anklage französischer Pflichtvergessenheit und erneuten Vertragsbruches. Frankreich pocht nur immer auf seine Rechte, die anderer Leute, die zu schützen es durch den Vertrag, an den es sich klammert, verpflichtet ist, lassen es kalt.

[1]) Siehe „Allgemeine Rundschau“ 1919, Nr. 13.

Schon das Schreiben Kardinal Gasparris an Ribot vom Juni 1917[2]) stellte eine Warnung dar. „Die Grundlage, auf der das Schutzrecht beruht, verschwindet durch die Gewalt der Kriegsereignisse. Würde die türkische Herrschaft ... verschwinden, so würde das Schutzrecht über die Untertanen der anderen Nationen durch die Natur der Dinge selbst zu bestehen aufhören.... In der Praxis wäre es ein toter Buchstabe.... Ich verstehe, Frankreich kann nicht, ohne auf den Ruhm seiner geschichtlichen Vergangenheit zu verzichten, seinem Interesse an der Erhaltung seines Ansehens im Oriente entsagen, aber gegenüber dem kraftvollen Wettbewerbe der anderen Nationen könnte es schwerlich seinen Ehrenplatz im Oriente aufrechterhalten, ohne die Stütze des Heiligen Stuhles.... An Stelle des verschwundenen Schutzrechtes müßte daher etwas anderes treten und ich beeile mich, hinzuzufügen, daß der Heilige Stuhl gegebenenfalls nicht verfehlen würde, dem seine ganze wohlwollende Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Diesem Hinweise hat Frankreich, wie man weiß, in keiner Weise entsprochen, ja, es hat seitdem unter Berufung auf das aus dem Tientsiner Vertrage von ihm beanspruchte gleichartige Schutzrecht in China nicht nur die bereits angeknüpften chinesisch-vatikanischen Beziehungen hintertrieben, sondern von China die Ausweisung der Steyler Missionäre gefordert. Was Wunder, wenn da dem Vatikan die Geduld reißt?

Bisher nun hatte es geschienen, als bedürfe Frankreich des Heiligen Stuhles nicht; daher nahm es sich auch jede Mißachtung der Verträge heraus.

Sicher würde man der Mission des Kardinals Bourne keine weitere Bedeutung beigelegt haben, obwohl sie den Tatsachenbeweis liefert, daß der Papst nunmehr behufs Schutzes der katholischen Interessen im Heiligen Lande eines neuen Mittels sich zu bedienen entschlossen ist und das französische Protektorat auf sich beruhen läßt. Doch hat sich allmählich die politische Lage Frankreichs in Palästina derart zu dessen Nachteil verschoben, daß ihm die ihm obliegende Ausübung seines Schutzrechtes durchaus nicht mehr gleichgültig sein kann und daß es allen Grund hat, dem Einschwenken des Vatikans in das englische Fahrwasser nicht untätig zuzusehen. Freilich hat sich die Lage heute auch insoferne verschoben, als die Schutzmaßnahmen Frankreichs sich nicht mehr gegen die ohnmächtigen türkischen Behörden, sondern gegen das dort herrschende England und die rücksichtslose amerikanisch-protestantische Propaganda richten müßten. Da ist nun nicht nur fraglich, ob ein Einschreiten Frankreichs wirksam wäre, sondern auch, ob der Heilige Stuhl noch geneigt ist, sich auf Frankreich zu stützen und eine fremde Macht, die in jenen Gebieten als Konkurrent der englischen Politik auftritt, gegen England auszuspielen. Das müßte das Verhältnis zu diesem sehr gefährden und trüben und es mag wohl aus diesen Erwägungen heraus die Wahl des Heiligen Stuhles auf den Erzbischof von London bzw. Westminster gefallen sein, der (im Gegensatze zu Kardinal Amette) Gewähr bietet, daß ihm die Interessen der katholischen Kirche über den politischen Interessen seines Landes stehen.

II.

Im Verfolge der Verhandlungen, die im Frühjahr 1916 in London und Petersburg stattfanden, sind die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands zu einem Abkommen bezüglich der zukünftigen Verteilung ihrer Einflußsphären und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei gelangt, ferner auch bezüglich der Bildung eines unabhängigen arabischen Reiches oder einer Konföderation arabischer Staaten in den Grenzen des jetzigen Arabiens. Dieses Abkommen besteht in allgemeinen Grundzügen aus folgendem: Frankreich erhält den Küstenstrich Syriens, das Wilajet Adana und ein Gebiet, das im Süden durch die Linie Aintab-Mardin bis zur zukünftigen russischen Grenze und im Norden durch die Linie Ala-Dag, Cäsarea, Ak-Dag, Jldys-Dag, Sara, Ogin, Charput begrenzt wird. England erhält den südlichen Teil Mesopotamiens mit Bagdad und behält sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka vor. Nach einem Abkommen zwischen Frankreich und England wird die Zone zwischen dem französischen und dem englischen Bezirk eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiges arabisches Reich bilden, dessen Einflußsphäre bei der Gründung näher bestimmt werden wird. Alexandrette wird zum Freihafen erklärt werden. Um die religiösen Interessen der verbündeten Länder sicherzustellen, wird

[2]) Siehe „Allgemeine Rundschau“ 1918, Nr. 17.

Palästina mit den Heiligen Stätten aus dem Bestand des türkischen Reiches ausgeschieden und einem besonderen Regime, entsprechend einem Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England unterworfen.

In diesem von der „Jswestija" vom 24. November 1917 veröffentlichten Abkommen fällt die große Bescheidenheit der englischen Ansprüche auf, durch die Frankreich sich gleichfalls bestimmen ließ, die seinigen auf dieses geringe Maß zu beschränken. Kaum hatte England Frankreichs Unterschrift in der Tasche, da machte es sich an die Aufrichtung des „unabhängigen arabischen Reiches", des Königreiches Hedschas. Seine Unabhängigkeit ist eine rein nominelle, denn es ist ein ausschließlich englischer Vasallenstaat. Der zum König eingesetzte Scheik Hussein erhielt für sich und seinen Sohn Emir Faisal eine monatliche Subvention von fünfeinhalb Millionen Franken zu gleichen Teilen und auch die übrigen Araberstämme wurden mit englischem Geld für diesen Staat und den Krieg gegen die türkische Herrschaft, der bekanntlich unter englischem Oberbefehl geführt wurde, angeworben. In einer kritischen Stunde z. B. da diese Hilfstruppen die Annahme des englischen Soldes in englischen Banknoten verweigerten und ihr Abfall auf Messers Schneide stand, erhielt der ägyptische Staatsschatz von der englischen Regierung den Befehl, seinen gesamten Goldbestand auszuliefern, und ein zweitesmal rettete lediglich das Eintreten einer großen italienischen Bank die Lage. Mit gleicher Zähigkeit verfolgte auch England den Plan, das Kalifat, also die religiöse Oberhoheit über den Islam, seinem Kandidaten Hussein zu verschaffen. Durch geschickte Ausnützung der Rivalität zwischen den beiden Hauptprätendenten, dem von Muhammed abstammenden Sultan von Marokko und dem nicht minder erbberechtigten vom Fezzan, gelangte es an sein Ziel. Hussein wollte erst nicht recht, doch England hob plötzlich nicht nur das Verbot der Pilgerfahrten nach Mekka während des Krieges auf, sondern begünstigte solche sogar, so daß aus der ganzen muhammedanischen Welt, aus Indien und China ein Pilgerstrom nach Mekka sich ergoß, wie ihn dieses nie gesehen. Da vermochte Hussein nicht mehr zu widerstehen; aus Dankbarkeit gegen die Engländer, die sein Ansehen so ungeahnt gehoben hatten, nahm er an.

Das Hauptwerkzeug dieser Politik Englands ist der Agent Oberst Lawrence. Dieser Engländer vertritt heute auf der Pariser Konferenz neben Emir Faisal die Ansprüche des „unabhängigen" Königreiches Hedschas, indem er auf der Einverleibung sämtlicher Gebiete mit arabischer Bevölkerung, also ganz Mesopotamiens, Arabiens, Syriens und Palästinas mit Ausnahme der Heiligen Stätten und — der bereits englischen Besitzungen besteht. Lawrence verließ im Alter von 25 Jahren Oxford, begab sich zu angeblichen Ausgrabungen nach Mesopotamien, trat zum Islam über, wurde sogar Doktor in islaimitischer Theologie und erlangte Zutritt nach Mekka. Ungehindert betrieb er seine politische Werbetätigkeit und erreichte sein Ziel der vollständigen Verdrängung des französischen Einflusses zum Vorteile des englischen. Bekanntlich steht heute bereits Palästina und Syrien unter englischer Militärverwaltung. Frankreich sitzt also mit seiner ganzen Orientpolitik auf dem Trocknen. Daß es sich unter diesen Umständen mehr als je an sein Schutzrecht über die Katholiken klammert, an dieses letzte Mittel zur Erhaltung bzw. Ausübung seines Einflusses und seiner Stellung, bedarf keines Beweises.

Die sich in der Wahl Kardinal Bournes kundgebende neue Richtung des Vatikans mußte daher wie ein Donnerschlag in Paris wirken. Daß die Romfahrt Kardinal Amettes Frankreichs aufs allerhöchste gefährdeten Interessen im Orient gilt, hat „ein französischer Prälat aus der Umgebung des Kardinals Amette" in der römischen „Epoca" so gut wie zugegeben. „Sie erwähnen die Orientfrage..." äußerte er, „ich kann Ihnen nichts Bestimmtes sagen, aber wenn sie der Grund wäre (was der Prälat zu leugnen sich enthält, D. V.), so würde Se. Eminenz nicht verfehlt haben, an die Verdienste zu erinnern, welche Frankreich (!) durch seine Missionäre seit so langer Zeit dem Heiligen Stuhle erwiesen hat, an den Schutz, den es stets (!) gegenüber allen christlichen Nationen (vgl. die Allokution. D. V.), die sich verfolgt sahen, ausgeübt hat. Und er wird den Wunsch ausgedrückt haben, der Heilige Stuhl möge Frankreich gestatten, in seiner edlen Mission fortzufahren."

Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die „Ausübung dieser edlen Mission" d. h. des Protektorates nicht durch die veränderten Verhältnisse an sich schon hinfällig wurde, denn der Vertrag sieht meines Wissens das Schutzrecht nur gegenüber der Türkei vor. Mit dem Ende der türkischen Herrschaft aber fällt die Hauptvoraussetzung der Erfüllung des Vertrages.

So ist nun, wie voriges Jahr Denys Cochin, diesmal Kardinal Amette als Beauftragter der französischen Regierung erschienen, dem sicherlich die Interessen Frankreichs nicht minder am Herzen liegen wie Clemenceau selbst. Und wenn wir schon nicht behaupten wollen, daß sie ihm über denen der Gesamtkirche stehen, so wissen wir dennoch, daß seiner Ueberzeugung nach die einen mit den anderen identisch sind. Dutzendmal schon haben Leute wie der Radikale De Monzie darauf hingewiesen, daß Frankreichs Interessen es erfordern, jederzeit ein Instrument bereit zu haben, dessen es sich gegenüber dem Vatikan im Bedarfsfalle bedienen könnte, also eine diplomatische Vertretung dort zu besitzen. Heute wäre ein solcher Fall eingetreten, da kein Vernünftiger zweifeln könnte, daß Frankreichs Not das Mittel dringend erfordert, das man sich in der Verbissenheit des Kirchenhasses eigensinnig versagt hat. Mit Amettes Romreise ist Frankreich auf dem Wege nach Rom. Durch eine Hintertüre sich einzuschleichen wagt es, offen durch die Bronzepforte einzuziehen findet es nicht den Mut. Vielleicht werden einsichtigere Männer bald von der Regierung fordern, was zu tun sie heute selbst nicht den Mut findet. Derjenige aber, der dann den entscheidenden Schritt tun würde, wird nicht mehr Clemenceau heißen. Mit seinem Geiste wird auch er verschwinden.



Sozialisierung der Kaliindustrie.

Von Dr. H. Giebel, Berlin.

Die Kaliindustrie hat von jeher als besonders geeignetes Objekt der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung gegolten. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß in den Verhandlungen über das Kaligesetz und die Kaligesetznovellen an den Wirtschaftsformen dieses Industriezweigs lebhaft Kritik geübt und staatliche Bewirtschaftung verlangt wurde, wobei man große Gewinne errechnete und in Aussicht stellte. Die frühere Regierung hat sich indessen stets geweigert, eine Ueberführung der Kaliindustrie in Staatsbesitz oder -Betrieb vorzunehmen. Es war hauptsächlich die Furcht vor einer möglichen ausländischen Konkurrenz, die eine ablehnende Stellungnahme gebot.

Diese Gefahr besteht noch heute oder besser gesagt, der gefürchtete ausländische Wettbewerb ist schon vorhanden. Unser Kalimonopol ist verloren, mit ihm alle daran geknüpften Gewinnaussichten. Es kann als sicher angenommen werden, daß die elsässischen Kaliwerke in Zukunft nicht mehr zum Zoll-Inlande rechnen werden. Zu den dort vorhandenen 17 Werken will das französisch-amerikanische Kapital noch die doppelte Anzahl hinzubauen und außerdem die Anlagen auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit bringen. Die Werke im Elsaß werden daher einen lebhaften Wettbewerb entfalten und imstande sein, einen großen Teil des Weltbedarfs zu decken, zumal sie über sehr gute, hochprozentige Salze verfügen. Es ist außerdem in Betracht zu ziehen, daß in Spanien gute abbauwürdige Kalisalzlager erbohrt worden sind. Französisch-belgische Kapitalgruppen haben dort größere Konzessionen erworben und bereiten den Schachtbau vor. Ebenso sind in Erythrea Kalilager entdeckt worden. Die Entente hat während des Krieges von dort bereits größere Mengen Kali bezogen. Leider muß damit gerechnet werden, daß auch noch in anderen Ländern Kali vorhanden ist. Die fremde Konkurrenz ist also vorhanden und wird sich von Jahr zu Jahr vergrößern. Das Reich — oder wer der zukünftige Besitzer der Werke sein sollte — würde demnach ein sehr bedeutendes Risiko übernehmen müssen, insofern die Anlagen infolge mangelnden Absatzes eine starke Entwertung erfahren könnten, wobei gleichzeitig die Erträgnisse dahinschwinden würden. Was dies bedeutet, kann man daran ermessen, daß fast alle Kaliwerke im letzten Halbjahr mit großen Verlusten gearbeitet haben. Jeder Schacht erfordert Hunderttausende an Zuschuß. An eine Aenderung der Verhältnisse ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu denken.

Das Risiko, das im Kalibesitz liegt, wird noch dadurch erheblich vergrößert, daß die Kaliindustrie durch die vorhandene Wassergefahr erheblich gefährdet ist. Es sind bereits 18 Werke im Anlagenwert von etwa 45 Millionen Mark ersoffen. Dabei sind die Bergschäden, die in einem Falle rund 10 Millionen be-



trugen, nicht eingerechnet. Die Wassergefahr wird sich in Zukunft noch sehr vergrößern entsprechend der vermehrten Werksanzahl. Der Wassereinbruch bei einem Werk gefährdet sofort sämtliche in der Nachbarschaft liegenden. Dies hat sich in evidender Weise bei allen Wassereinbrüchen gezeigt. Leider hat man in der Bekämpfung der Wassergefahr keine erheblichen Fortschritte gemacht. Ernste Sachverständige rechnen daher mit der Möglichkeit, daß die meisten Werke innerhalb 4—5 Jahrzehnten ersoffen sein werden. Das Risiko des Kalibergbaus ist daher seiner Natur nach viel größer als im Kohlenbergbau. Mit Rücksicht auf diese Sachlage wird man bezweifeln müssen, ob der Staat oder eine andere gemeinwirtschaftliche Organisation überhaupt einen solchen risikoreichen Industriezweig in Besitz und Betrieb nehmen soll. Dies würde einer Spekulation mit öffentlichen Geldern — die nicht einmal Aussicht auf Erfolg böte — verzweifelt ähnlich sehen.

Die Sozialisierungsfreunde — wenigstens soweit sie ernste Wirtschaftspolitiker sind — verschließen sich diesen Bedenken nicht, erklären aber, daß bei staatlichem Besitz und Betrieb eine höhere Produktivität erreicht werden könne, die einen Ausgleich für das Risiko biete. Der Alleinbesitz ermögliche eine bedeutende Ermäßigung der Selbstkosten, und zwar dadurch, daß man nur von den Werken fördern lasse, die am billigsten arbeiten und so die Produktion an wenigen Stellen zusammenlege. Die Produktivität ist indessen nicht allein von der Erzeugung, sondern auch von dem Absatz abhängig. Die Kaliindustrie ist in hohem Maße Exportindustrie. Im Jahre 1913 wurden dem Werte nach für 118 Millionen Mark Kalisalze ausgeführt. Der Inlandsabsatz betrug 84 Millionen. Der ausländische Absatz brachte wegen seiner hohen Preise den hauptsächlichsten Gewinn und ermöglichte die billige Lieferung an die inländische Landwirtschaft. Er ist daher von entscheidendem Einfluß für die Rentabilität der Industrie und dürfte in Zukunft noch größere Bedeutung gewinnen, weil das Inland die stark gestiegene Erzeugung nicht aufnehmen kann. Es wird also hauptsächlich darauf ankommen, den ausländischen Absatz zu erhalten und möglichst zu steigern. Hierzu ist der Staat mit seiner bureaukratischen Organisation nicht imstande. Hierüber dürfte kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen, zumal sogar überzeugte Sozialisten die Ungeeignetheit des Staates, den Auslandshandel zu übernehmen, zugeben. Wie sollte auch der Staat mit dem ausländischen Wettbewerb fertig werden? Die Privatindustrie kann durch Beteiligungen und dergleichen (wie in Spanien bereits geschehen) einen Ausgleich oder ein Bündnis mit den ausausländischen Werken herstellen — der Staat niemals. Politische Einflüsse aller Art können und werden ihn an dem Absatz der staatlich erzeugten Produkte hindern, besonders wenn die ausländische Kundschaft nicht darauf angewiesen ist. Beim Abschluß von Handelsverträgen können ihm Konzessionen im Preise der Salze abgerungen werden usw. Es gehört schon viel Optimismus dazu, wenn man dem Staate zutraut, daß er den Auslandsabsatz auf der Höhe des Jahres 1913 erhalten könnte — bei welchem Stande übrigens die Kaliindustrie ruiniert wäre —, aber es muß als ausgeschlossen gelten, daß er ihn im notwendigen Maße zu erhöhen in der Lage wäre.

Angesichts dessen wird eine bessere Organisation der Produktion einen Ausgleich kaum schaffen, geschweige denn die Ueberschüsse steigern können. Durch die schon weit durchgeführte Konzentration in der Kaliindustrie sind die Vorteile der Quotenübertragung bereits in hohem Maße nutzbar gemacht. Der Zusammenlegung der Erzeugung stehen auch erhebliche technische Schwierigkeiten im Wege. Die Endlaugenmengen können nicht an wenigen Stellen in die Flüsse geleitet werden, auf den für die erhöhte Förderung und Verarbeitung bestimmten Werken werden Neuanlagen und Vergrößerungen notwendig, was wieder eine Kapitalsaufwendung bedingen würde, die im Interesse unseres Kapitalmarktes unbedingt vermieden werden muß. Auch Arbeiterverpflanzungen müßten in starkem Maße vorgenommen werden. Anderseits würden erhebliche Entwertungen der stillgelegten Anlagen, kommunalen Bauten (Schulen, Wohnhäuser, Gaststätten usw.) eintreten. Schließlich bedingt der Charakter der Saisonindustrie (starker Bedarf im Frühjahr und Herbst) die zeitweise volle Ausnutzung aller Betriebe. Stillegungen in erheblichem Umfange müßten schon aus diesem Grunde unterbleiben. Ferner ist der gegenwärtige Zeitpunkt für eine derartige Maßnahme nicht geeignet. Der Weltbedarf ist 4½ Jahre lang hinausgeschoben worden. Gleichzeitig ist die Industrie mit ihren Lieferungen an die inländische Landwirtschaft mit mehreren hunderttausend Waggons im Rückstand. Auch in Zukunft wird man im Inlande mit größeren Lieferungsansprüchen der Landwirtschaft rechnen müssen. Daher müssen für eine beschränkte Zeit (bis der ausländische Wettbewerb voll zur Wirkung kommt, was noch einige Jahre dauern wird) ziemlich sämtliche Werke herangezogen werden, um den Bedarf zu decken. Man wird demnach die Entwicklung der Absatzverhältnisse nach dem Kriege abwarten müssen, bevor die Frage, wie viel Werke gegebenenfalls stillgelegt werden können, zu entscheiden ist. Auf jeden Fall kann durch Stillegungen und Quotenübertragungen, womit natürlich auch Raubbau verbunden ist, keine Ertragssteigerung erzielt werden, die einen Minderabsatz ausgleichen könnte, der infolge der Einführung des Staats- oder sozialisierten Betriebs hervorgerufen würde. Außerdem wären noch die Nachteile des staatlichen Betriebs, die stets in der Richtung einer Produktionsverteuerung wirken, in Rechnung zu stellen.

Aus der Darstellung dürfte sich ergeben, daß die Sozialisierungsmaßnahmen lediglich in einer besseren Regelung der Erzeugung bestehen können. Es wird vor allem ein Verbot, weitere Schächte abzuteufen, für die Zeit nach dem Kriege erlassen werden müssen. Ferner könnte ein Organ geschaffen werden, das auf Grund des tatsächlich vorliegenden oder mit Sicherheit zu erwartenden Bedarfs darüber entscheidet, wo und wie die Erzeugung vorgenommen werden soll, welche Werke gegebenenfalls stillzulegen sind usw. Uebertriebene Erwartungen wird man aber auch hieran nicht knüpfen dürfen. Eingriffe in die Absatz- und Preisregelung, die über die Befugnisse, die der Regierung schon jetzt zustehen (bekanntlich werden auf Grund des Kaligesetzes die Preise gesetzlich bestimmt), hinausgehen, verbieten sich nach dem Gesagten von selbst. Ebensowenig kann von einer grundsätzlichen Aenderung der Eigentums-, Besitz- und Betriebsverhältnisse die Rede sein. Die dadurch hervorgerufenen Nachteile würden mit Sicherheit großen Schaden bringen. Dagegen dürfte nichts einzuwenden sein, wenn durch Einführung einer Kalisteuer, etwa auf den Doppelzentner K_2O eine neue Finanzquelle erschlossen würde.

Eine erschütternde Zahlenfastenpredigt.

Von Rechtsanwalt August Nuß.

Entsetzliche Zahlen, blutigrot, erschütternd, von tragischem Ernst, brennen in dieser notvollen Zeit dem deutschen Volke in die Seele.

161 Milliarden Mark kostete uns der verlorene Krieg. Noch im Januar ds. Js. hatten wir einen laufenden Verbrauch von 3,5 Milliarden gegen 4,2 Milliarden Mark im Juli 1918.

Gegenüber den Jahren vor dem Kriege hat Deutschland einen ungeheuren Verlust an Menschen- und Arbeitskräften aller Berufe und Volkskreise: 1,7 Millionen Gefallene, ungefähr 600000 Schwerkriegsbeschädigte, zurzeit noch etwa 800000 Kriegsgefangene und über 1 Million ausländische Arbeiter, also vier Millionen Menschen weniger als im Frieden! Gleichzeitig haben wir annähernd 1 Million Arbeitslose im Lande!

In den vier Kriegsjahren starben bei uns in den Städten etwa 70000 Menschen mehr als im Frieden. Zurzeit sterben in Deutschland täglich zirka 800 Menschen an Hunger und Unterernährung.

Eine neuerdings vom Reichsgesundheitsamt in Berlin herausgegebene Denkschrift, betitelt: „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade" bringt folgende Ziffern, eine überwältigende moralische Anklage gegen die Kriegführung der Entente!: Das deutsche Volk mußte statt der notwendigen täglichen 3300 seit Herbst 1916 mit 1300 bis 1000 Wärmeeinheiten (Kalorien) auskommen. Folge: Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung um 37 Prozent gegen das Friedensjahr 1913. Genau festgestellte Ziffer der Blockadetodesopfer während des Krieges 762796! Bei den Kindern beträgt die Zunahme der Sterblichkeit für solche von 1 bis 5 Jahren 49,3 Prozent, für solche von 5 bis 15 Jahren 55 v. Hundert. Die sehr lesenswerte Denkschrift erörtert auch die Folgen des Mangels an Heilmitteln und Verbandstoffen, der Verringerung der menschlichen Arbeitskraft usw. Rechnen wir die Schädigungen der Blockade um in Schädigung des deutschen Volksvermögens, so haben wir einen Gesamtschaden von über 54 Milliarden 600 Millionen Mark!

Wahrlich eine erschütternde Fastenpredigt durch Zahlen!

Und Deutschland tanzt!!

Eine geistig-sittliche Hungerkrankheit wütet im ganzen Reiche.

Das deutsche Volk schreit nach Erlösung. Nur der Weg durch die Bußzeit über Golgatha führt zur Erlösung des Ostermorgens.

Der Sozialismus kann uns die Erlösung nicht bringen. Das Christentum allein ist hierzu imstande. Unsere Zeit und unser Volk sind krank. Der Sozialismus ist Materialismus, lebt von Stoff und Kraft, läßt mit dem Tode alles zu Ende sein und leugnet das Geistige und Ewige, also auch Gott, das unendlich geistige und sittliche Wesen. Der Sozialismus doktort an den Krankheitserscheinungen herum, ohne dem Krankheitsherd, den Krankheitskeimen, den tiefsten Ursachen alles Uebels, auf den Grund zu gehen. Seine Heilmittel und Heilmethoden bleiben am Aeußeren, an den Symptomen haften, statt in die Tiefe zu gehen und im innersten Zustande des Menschen durch innere Erneuerung die Menschheit zu veredeln und die Innenwelt von der Allmacht des Aeußeren zu erlösen. Dr. Karl Sonnenschein führte in dieser Hinsicht auf einer Studentenversammlung in Leipzig zutreffend aus: „Das Fiasko des Sozialismus, das jeden Tag stärker in die Erscheinung treten wird, liegt darin begründet, daß derselbe in der äußeren Reform alles Heil der Welt sieht, ohne daran mitzuarbeiten, daß der innere Mensch erneuert wird. Wer der Welt nicht hilft, den alten Adam durch den neuen Christus zu ersetzen, der kann sie nicht endgültig erlösen. Er wechselt nur den Träger der Schwächen und der Laster. Gestern war es die korrumpierte kapitalistische Bourgeoisie, heute wird es, wenn die Welt des Christentums ausgeschaltet wird, die egoistische Diktatur des Proletariats sein."

Die Selbstsucht kann nur durch Selbstzucht überwunden werden. Hier setzt das Christentum mit seinen im Gewissen verankerten Trieb- und Lebenskräften ein. Eine wirkliche Welterneuerung ist nur durch das System der christlichen Gedanken- und Motivwelt möglich.

Die Religion steht als heiliger Torwächter bereits an den Uranfängen der Menschheit. Der Baseler Professor Dr. Hauser, der einen interessanten Ausgrabungsfund aus der Altsteinzeit (eine urweltliche Opferstätte) gemacht hat, schreibt in seinem während des Weltkrieges erschienenen Werke „Der Mensch vor 100000 Jahren" in bezug auf diesen Fund: „Urzeit und Gottesglauben reichen sich in diesem großen, noch nicht völlig abgeklärten Dokument früher Menschheitstage die Hände. Die Akten für diese erste, bis jetzt bekannte Opferstätte der Altsteinzeit sind noch nicht abgeschlossen. Wenn Europas Menschen von heute zurückkehren zum Friedensgewerbe, dann wird auch der Stimme des Urweltpriesters wieder zu lauschen sein."

Mit Schlagworten kann man die Menschheit weder sättigen noch erlösen. Der Wiederaufbau unseres Volkes ist nicht möglich auf dem Flugsand menschlicher Parteimeinungen und Irrungen, sondern nur auf dem granitnen Fundament der höheren sittlichen Weltordnung, wie sie in der Religion ihren Ausdruck findet. Wir können unser Volk nur durch den Geist der Bergpredigt und des christlichen Sozialismus, niemals aber durch Maschinengewehre und Handgranaten aus der Not dieser Zeit befreien. Nur durch die sittlichen Mächte von Treu und Glauben, wie sie in den zehn Geboten für alle Zeiten und Zonen niedergelegt sind, kann unser Volk geläutert und wieder zur reinen Menschlichkeit zurückgeführt werden. Alle menschlichen Macht- und Zwangsmittel sind nur Kriegsersatz, der mithelfen, aber nicht erziehen und bilden kann.

In den letzten Jahren erlebten wir eine gigantische Organisationskunst auf dem Gebiete der Technik, aber keine auf dem Gebiete der Seelen und Herzen. Die religiös-sittliche Verinnerlichung und Vertiefung muß organisiert werden, sonst werden wir bei allem Triumphe äußerer „Heil"-Mittel nur eine Zivilisation ohne Kultur, eine Technik ohne Liebe haben.

Und wie nötig brauchen wir die Liebe! Die menschenerneuernde, weltüberwindende Liebe, die den furchtbaren Haß überwindet, der das deutsche Volk und Europa in einen Trümmerhaufen verwandelt hat.

Der einzig durchgreifende Weltorganisator ist Christus. Er ist die Liebe. Auf Golgatha hat er sie besiegelt. Durch Haß haben wir Menschen uns zugrunde gerichtet, durch Liebe wollen wir uns wieder emporrichten zum Licht der ewigen Sterne. So nur werden wir die Weltbedeutung des christlichen Evangeliums und seines unsterblichen Meisters verstanden haben.

Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung des Wendenvolkes.

Von M. Raab, Breslau.

Neben den anderen durch den Novembersturm aufgeregten Nationalitätenfragen hat sich auch die Wendenfrage in der sächsischen und preußischen Lausitz überraschend schnell zu einem die Oeffentlichkeit beschäftigenden Problem erhoben. Anfangs wurde sie von den maßgebenden Kreisen als ein Kuriosum angesehen, doch erfolgte bald eine Ernüchterung, als man wahrnahm, daß die Bewegung im wendischen Volke weite Kreise erfaßt habe und es den Wenden gelungen sei, mit der Friedenskonferenz in Fühlung zu treten und Abgesandte nach Paris zu senden. Wie konnte es geschehen, daß die ehemals so königstreuen, stockkonservativen Wenden plötzlich Loslösungsbestrebungen von Sachsen und Preußen huldigten? Um die Frage klar beantworten zu können, ist es notwendig, die ganze geschichtliche und kulturelle Entwicklung des wendischen Volkes zu überblicken, um daraus ein Verständnis für die Anlagen und Forderungen der Wenden zu gewinnen.

Man schätzt heute die Wenden in den beiden Lausitzen auf 140—160,000, die in dem Viereck wohnen, dessen Eckpfeiler die Städte Bischofswerda und Löbau in Sachsen und Guben und Lübbenau in Preußen bilden. Diese Städte, sowie die Peripherie dieses Landstriches sind heute zum größten Teil germanisiert; der Kern aber ist durchgehends wendisch mit Ausnahme der darin liegenden Städte und Städtchen, die meistens eine deutsche Mehrheit aufweisen. Diese Wenden sind der Rest des einst so großen slavischen Volkes, das sich zur Zeit Karls des Großen über Thüringen hinaus bis an die Werra, nach Braunschweig, Lüneburg erstreckte, das die Ufer der Ostsee in Mecklenburg und die Insel Rügen beherrschte, dessen Fischer die Oder und deren linksseitigen Nebenflüsse befuhren und dessen Jäger in den Wäldern der Lausitzer Berge und des Erzgebirges der Jagd oblagen. In mehrere Jahrhunderte währenden Kämpfen wurden die Sorbenwenden von den deutschen Kaisern, den brandenburgischen und sächsischen (meißenschen) Markgrafen trotz tapferer Gegenwehr unterworfen.[1]) In das Land brachten die deutschen Herrscher deutsche Kolonisten und deutsche Mönche, und mit ihrer Hilfe wurden Land und Volk germanisiert.[2]) Besonders war es der Adel, der zuerst deutsche Sitten und deutsche Sprache annahm — soweit er nicht in den hartnäckigen Kämpfen vernichtet worden war. Ihm folgten die besseren Schichten des Volkes nach, um den fortwährenden Verdemütigungen durch die neuen Herren zu entgehen.[3]) Am längsten hielt das Volk auf dem platten Lande an den ererbten Sitten fest. Nicht kampflos ließ es sich sein Volkstum nehmen und wehrte sich, wie es nur konnte. Welch eine Kluft zwischen den neuen Herren des Landes und den alteingesessenen unterjochten Landesbewohnern herrschte, kann man aus der Bestimmung des Sachsenspiegels (XIII. Jahrhundert) folgern, der anordnete, „daß der Wende vor Gericht nicht gegen den Deutschen zeugen dürfe und umgekehrt, da es ja bekannt sei, daß jede Partei zum Schaden der anderen schwören würde." Daher die vielen Aufstände, oft hervorgerufen durch die Grausamkeit der neuen Herren.[4])

Bis ins 12. Jahrhundert war im Thüringischen bei den Gerichten ein wendischer Dolmetscher zugelassen. Ende desselben wies Bernhard II. von Anhalt die wendische Sprache aus dem Gerichtssaal. Gegen 1327 verbot Graf Friedrich von Altenburg das Wendische in seinem Gebiet. Dasselbe geschah um dieselbe Zeit in der Leipziger Pflege. Immer weiter schritt die Germanisation nach Osten: 1427 verlor das Sorbische sein Recht vor den Meißner Gerichten. Nach Nottrott haben sich besonders die Askanier in der Mark Brandenburg im Kampfe gegen das Wendentum energisch betätigt, die den ferneren Gebrauch der wendischen Sprache unter schweren Strafen verboten.[5]) Nach dem dreißigjährigen Kriege sind auch die letzten Spuren des wendischen Volkes zwischen Saale und Elbe verwischt.

Auch östlich der Elbe machte die Entnationalisierung immer größere Fortschritte, besonders in den Städten. Hier wurden

[1]) Chronik des Bischofs Diethmar von Merseburg († 30. 4. 1002).
[2]) Bartels „Der Bauer in der deutschen Vergangenheit" (1900).
[3]) Diethmar von Merseburg. Bartels — S. 80.
[4]) Nottrott „Aus der Wendenmission" (1897) — S. 540.
[5]) Nottrott „Aus der Wendenmission" (1897) — S. 496.



die Wenden ebenso wie anderswo entrechtet: so war ihnen der *Eintritt* in die Innungen und die Erwerbung der Bürgerrechte *verboten*[6]. In den Lehrbriefen mußte bezeugt werden, daß der *Lehrling* „guten deutschen Geblüts und nicht wendischer Nation" sei. In Kottbus wurde 1525 vom Kurfürsten angeordnet, daß wenigstens die Söhne aus der Ehe eines Deutschen mit einer Wendin in die Innungen aufgenommen werden. In Bitterfeld mußte noch im 18. Jahrhundert der Lehrling nachweisen, daß er nicht wendischen Herkommens sei. Ein Mittel allerdings gab es, wodurch der Wende seine Herkunft wettmachen konnte: viel Geld. So mußte ein Blasius Wuj aus Schmölln 1568 für das Stadtrecht in Bischofswerda 100 Taler zahlen, weil er Wende war — für jene Zeiten eine ansehnliche Summe.

Auch die Kirche betätigte sich in der Germanisierung der Sorbenwenden: waren doch die Stifte und Abteien zugleich deutsche Herrschaften. Die Wenden für das Christentum zu gewinnen war ihr Ziel, aber zugleich auch für das Deutschtum. Es gab allerdings einzelne Prälaten, welche besonders auf den Gebrauch der wendischen Sprache in der Seelsorge drängten. So verordnete der Bischof Bruno II. von Meißen um 1213, daß „der Priester sich die sorbische Sprache aneigne und dem Volke in der ihm verständlichen Sprache predige". 1496 bestimmte Johann von Salhausen, daß „jeder Pfarrer, in dessen Sprengel sich Wenden befinden, falls er nicht selbst wendisch verstehe, für einen des Wendischen kundigen Kaplan zu sorgen habe, der dem Volke in seiner Muttersprache predige."

Bei Ausbruch der *Reformation* hielten die Wenden anfangs am katholischen Glauben fest; erst als die neue Lehre in ihrer Muttersprache verkündigt wurde, gingen sie zu ihr über, sehr oft allerdings nur unter dem Drucke der deutschen Herrschaft. Die Reformation brachte, wie es scheint, nun die erste, wenn auch kümmerliche literarische Tätigkeit: 1548 erschien die erste Uebersetzung des Neuen Testamentes nach Luther. Auf diese von Zeit zu Zeit neu erscheinenden Uebersetzungen der Hl. Schrift blieb sie aber auch lange Zeit beschränkt. Im 17. und 18. Jahrhundert erschienen auch einige andere religiöse Schriften. Einzelne Geistliche beschäftigten sich sogar wissenschaftlich mit der wendischen Sprache und legten ihre Forschungen in lateinischen, später in deutschen, ja sogar wendischen Schriften nieder. Aber trotz und hauptsächlich infolge der Reformation ging die Germanisierung rüstig weiter: wird doch auch heute vielfach protestantisch gleich deutsch gesetzt.

In diese Zeit nun fällt der erste Beginn eines leisen *nationalen Erwachens*, besonders bei den Geistlichen, die aus Erbarmen mit dem geistigen Elend ihres Volkes ihm verschiedene religiöse Schriften in der Muttersprache schenkten. Die regere Beschäftigung mit der Muttersprache erweckte auch größere Liebe zum Volkstum. 1706 wurde für die katholischen Wenden in Prag — die Lausitz stand in kirchlicher Beziehung unter Böhmen — ein eigenes wendisches (Priester-)Seminar gegründet, das noch heute höchst segensreich wirkt. 1716 vereinigten sich in Leipzig die dort studierenden Predigtamtskandidaten zu einer wendischen Predigervereinigung, die noch heute besteht, wohl die älteste Studentenvereinigung an den deutschen Universitäten. 1740 wurden vom Grafen von Gersdorf 2 wendische Lehrerseminare gegründet, die aber nach seinem Tode bald der Germanisation anheimfielen. So war der Versuch, dem wendischen Volke gebildete wendische Lehrer zu geben, wieder im Keime erstickt. Seine Lehrer mußten in deutschen Anstalten ausgebildet werden, wo oft ein dem Wendentum feindlicher Geist herrschte.

So war das wendische Volk in einer geistigen Apathie und allem Anschein nach in Bälde dem nationalen Untergang geweiht, so daß 1782 ein wendischer Geistlicher in seiner Schrift „Gedanken eines Oberlausitzer Wenden über das Schicksal seiner Nation" klagt, „daß es noch gar nicht so lange her sei, daß viele Gemeinden vollständig dem Deutschtum anheimgefallen seien. Nicht lange werde es dauern und der kleine Rest werde ganz im deutschen Volksmeer verschwunden sein." Vielmals ist dieser Gedanke noch später von deutschen Statistikern ausgeführt worden, so von Dr. Rich. Andree in seinem Buche: „Das Sprachgebiet der Lausitzer Wenden" (1873) und in seinen „Wendischen Wanderstudien" (1874), die allerdings voll von Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten sind. Fahlisch hat 1883 statistisch ausgerechnet, daß es nach 30, höchstens 50 Jahren keine Wenden mehr geben werde. Und heute? Sie sind nicht nur noch da, ja sie denken sogar daran, sich ein eigenes Staatswesen zu gründen.

[6] Simon „Moderner Geschichtsunterricht" (1912) — S. 139.

Fürsorge für Großstadt- und Industriekinder.

Von Maria *Köchling*, Hamm (Westf.).

Es sind zwei Hauptursachen, die den überraschenden Unterschied zwischen der Ferienkinderentsendung von 1916 und 1918 erklären. Das Ferienkinderproblem, das zuerst durch unsere Bischöfe gelöst und durch die verschiedenen caritativen Vereinigungen (Caritasverbände usw.) in unermüdlicher Arbeit so glänzend durchgeführt wurde, hatte im Jahre 1916 einen ungeahnt großen Erfolg. Im Jahre 1916 waren unsere Landbewohner trotz mancher schon drückender Gesetzesvorschriften noch begeisterungsfähig für die edle Sache, hungrige Stadtkinder bei sich aufzunehmen, wenn auch da schon manche Landpfarrer harte Nüsse zu knacken hatten bei ihren Dorfbewohnern[1]. Im Jahre 1917 mußten wir erleben, daß die Landleute weit zurückhaltender waren. Man hat wohl impulsiv als Grund dafür angenommen die Nachwirkung der im Jahre 1916 dem System anhaftenden Fehler, die nicht ausbleiben konnten bei der überhasteten Vorbereitungs- und Organisationsarbeit für die Aussendung der Ferienkinder. In einigen Wochen mußte, der nah bevorstehenden Ferien wegen, eine Arbeit geleistet werden, die bei normaler Weise fast ein Jahr in Anspruch nehmen konnte.

Ich erinnere an zwei Hauptsünden, die ganze Spalten in den Zeitungen damals gefüllt haben: Falsche Auswahl der Kinder, und dann das Ueberlaufen der Dörfer seitens der Eltern und Verwandten der Ferienkinder.

Mögen diese und andere Anhängsel des Systems der guten Sache an sich nicht zuträglich gewesen sein — Tatsache ist, daß sie dem Faß nicht den Boden ausgeschlagen haben! *Tatsache ist, daß die allzu scharfe und alles Maß überschreitende Kontrolle des Staates bei den Landwirten bewirkt hat, daß unser herrliche Erfolge zeitigendes Ferienkindersystem im Jahre 1918 fast elendig zugrunde gehen mußte.* Was in den Jahren 1916 und 1917 in Blüte stand, dank der unermüdlichen Arbeiten der verschiedenen sozialen Vereinigungen und der *Landpfarrer*, ist 1918 durch *einen krassen Bureaukratismus zerstört worden.* In keinem Menschen ist der freie Wille so *urkräftig* ausgeprägt wie beim Bauern. Der Krieg hat aber diesen Willen mit tausend Verordnungen bombardiert, und wenn der Bauer in den ersten Jahren mit der allergrößten Begeisterung manche Verordnung tapfer heruntergeschluckt hat, so ist *einmal* doch die Stunde gekommen, wo ihm die Galle übergelaufen ist. Dann aber wird ein echter Bauer starrköpfig, und was das bedeutet, das haben unsere unermüdlichen Landpfarrer erfahren, als sie im Jahre 1918 die Bauern wieder für die Ferienkinder begeistern wollten.

Der Wurm der Unzufriedenheit im Volke ist genährt durch die verschiedensten Ursachen. *Eine* Ursache ist auch die: Das Volk muß seine Kinder buchstäblich hungern sehen, muß sie des Hungertodes sterben sehen! Besonders unser Volk in den Großstädten muß zu tausenden seine Kinder der Erde zurückgeben. Die Großstadt- und Industriestadtfriedhöfe erzählen traurigste Tatsachen. Und tausenden von Kindern hat die Unterernährung den Keim des Todes in das junge Blut gesenkt.

Wie es z. B. in der rheinischen Großstadt Düsseldorf mit der Not der Kinder aussieht, erzählt folgender Bericht eines Augenzeugen: „Ein herzzerreißendes Bild, das die in Düsseldorf bestehende Milchnot ungemein charakteristisch beleuchtet, ist seit einigen Tagen an der Rheinbrücke zu beobachten. Angeblich ist es einigen Kindern gelungen, über die Brücke nach Oberkassel zu gelangen, um dort Milch trinken zu können. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer und hunderte von armen, ausgehungerten Großstadtkindern machten sich deshalb auf den Weg, um auch einmal wieder zu dem so lange entbehrten Genuß von Milch zu kommen. Die Mühe war aber vergeblich, denn die belgischen Posten durften die Kinderschar nicht passieren lassen. Darauf standen dann die Kinder an den Brückenbogen und warteten, oft stundenlang. Nur schwer war es möglich, die blassen, ausgehungerten Kleinen von der Aussichtslosigkeit ihres Vorhabens zu überzeugen, und wenn es gelungen, dann gingen viele von ihnen tränenden Auges heimwärts."

So weit ist es gekommen. Müssen wir uns nicht sagen, daß Hunger sogar Kinderseelen für immer verbittern kann? Wenn Deutschland keine Kinder, oder nur Ruinen an Kindern hat, geht es ohne Zweifel seinem Untergang entgegen. *Wir aber brauchen gerade für die nächste Generation ein kraftvolles Volk.* Die nächste Generation wird diejenige sein, die wohl von allen Generationen des deutschen Volkes die schwersten Lasten zu tragen hat. Darum — Deutschland kann nicht aufatmen, solange seine Kinder als welke Blumen zu tausenden täglich dahinsinken!

Sorge für deine Kinder, deutsches Volk! Sieh die Hungergestalten jener Großstadt- und Industriekinder durch die Straßen wanken. Sie haben keine Jugend gehabt, sie kennen keine sonnige Sorglosigkeit. Fast fünf Jahre haben sie mit dem Hungergespenst gekämpft, tagaus, tagein. Geh in die Schulen, sieh dort die Lücken in den Bänken. Wo sind Deutschlands Kinder? Ein Hungerkrieg hat sie hinweggerafft. Sieh dir die Kinder auf den Gassen an —

[1] Vergleiche meine im Sekretariat Sozialer Studentenarbeit erschienene Werbebroschüre „Stadtkinder aufs Land".

so manche schon hat der Tod geküßt. Geh in die vielfenstrigen Mietkasernen. Fast täglich kannst du die kleinen weißen Särge hinaustragen sehen.

Wir dürfen nicht ratlos zusehen! Jeder Einfluß muß geltend gemacht werden. Die neue Regierung muß *an erster Stelle die kleinlichen bureaukratischen Verordnungen auf dem Lande bis auf ein erträgliches Maß zurückziehen.* Und dann — erbarmet euch der Großstadt- und Industriekinder, ihr alle, *die ihr 1916 voll Tatkraft euch der hohen Aufgabe gewidmet habt.* An die *praktische* Kleinarbeit: Caritasverbände, Frauenvereinigungen, Fürsorgevereine usw.! Die Not ist groß. Sie wächst mit jedem Tag. *Geht aufs Land, in die Dörfer und Landgemeinden, wendet euch an die Landpfarrer um Vermittlung zwischen den Landleuten,* bittet um der großen Sache willen *persönlich* um Aufnahme der hungernden Stadtkinder. Die Not von 1916 war groß. *Heute ist sie größer!* Nur unser Landvolk kann uns retten. Und es *wird* wieder seine Tore öffnen, wenn der Staat es von den unerträglichen Kontrollen und Verordnungen entlastet. Und zwar *so bald wie möglich.* Wir dürfen unsere Kinder nicht mehr bis zum Sommer in den Städten hungern lassen. Schulfragen dürfen jetzt in dieser äußersten Not nicht mehr hemmend sein. Es gilt, eine ausgehungerte Kinderschar wieder lebensfähig zu machen!

Eine neue Antwort auf eine alte Frage.

Von P. Luchesius *Semler* O. F. M., Watersleyde-Sittard (Holland).

Eine alte Frage, die immer wieder von neuem gestellt wird, ist die *Kalenderfrage.* Gegenwärtig lautet sie: Wie läßt sich der Kalender *vereinfachen?* Jetzt, da alle Dinge sich neugestalten und vieles sich vereinfacht, sei auch der Vereinfachung unserer Zeitrechnung das Wort geredet.

In drei Punkten läßt sich der Kalender vereinfachen.

Zunächst können die 365 (bzw. 366) *Tage des Jahres sich gleichmäßiger auf die zwölf Monate verteilen.* Daß der Februar nur 28 (bzw. 29) Tage hat, indes sieben andere Monate stets 31 zählen, dafür besteht kein sachlicher Grund; trotzdem „schleppen wir diese vom modernen Standpunkt aus unsinnige Berechnung weiter," wie Dr. P. Fischer sagt[1]). Januar, März, Mai, Juli, September, November (und Dezember) können 30 Tage, die übrigen Monate 31 haben, im Schaltjahre müßte auch der zwölfte Monat 31 Tage zählen.

Da der *Schalttag* zu keinem Monate innere Beziehung hat, vielmehr als Ergänzung zu vier Jahren dient, so gehört er ans *Ende des vierten Jahres.* Bei den Römern begann früher das neue Jahr mit dem ersten März; daher waren Schalttag und Schaltmonat am Ausgang des Jahres an ihrem Platz. Erst Cäsar ließ 45 v. Chr. mit seiner Kalenderreform das neue Jahr am ersten Januar beginnen, weil an diesem Tage die neuen Konsuln (seit 153) ihr Amt antraten[2]). Leider blieb der Februar auch ferner Schaltmonat. Vielen wird es einerlei sein, wo der Schalttag unterkommt; wer jedoch lange praktisch mit Kalender oder Direktorium sich befaßt hat, weiß, welche Erleichterung in solcher Arbeit die Verlegung dieses Tages bedeutet. Am Ende des Jahres stört er unsere Kreise nicht; da würde er sich vielmehr als Buß- und Sühnetag recht gut ausnehmen. Hatten doch schon die alten Römer nach Verlauf von mehreren Jahren („lustrum") einen solchen Tag („dies lustralis") angesetzt. So wechselten die Monate mit 30 Tagen gleichmäßig ab mit den andern. Das erste Halbjahr enthält dann 183 Tage, das zweite 182, im Schaltjahre ebenfalls 183, während jetzt das Verhältnis 181 : 184 (bzw. 182 : 184) ist. Die kirchlichen Feste könnten in derselben Ordnung wie bisher aufeinander folgen, ohne daß eine Neuausgabe von Brevier und Meßbuch dadurch erfordert würde.

Der wichtigste Punkt für die Vereinfachung des Festkalenders ist die Festlegung des *Osterfestes.* Fast in allen Jahrhunderten ist dieselbe von vielen Kreisen gewünscht worden; namentlich wurde der Wunsch laut, als Papst Gregor XIII. seine Kalenderreform in Angriff nahm. In unsrer Zeit haben sich politische und industrielle Kreise, Schulmänner und Schriftsteller um die Fixierung des Osterfestes bemüht; so vor allem Prof. W. Förster, Direktor der Berliner Sternwarte[3]), ferner von Hesse-Wartegg (in der K. V.), der Deutsche Handelstag[4]). Die gemachten Vorschläge sind verschieden. Die einen wünschen die Festlegung auf ein bestimmtes Monatsdatum, z. B. der Deutsche Handelstag; andere wünschen nur, daß der Spielraum des Osterfestes auf sieben Tagen beschränkt werde und schlagen den ersten Sonntag im Frühling oder im April vor, andere verlangen den 5.—11. April oder den 3. Sonntag nach Frühlingsanfang. Verlangt man von der Kirche, daß sie von einer so alten, seit 325 allgemein verpflichtenden Praxis abgeht, dann muß man ihr in der Wahl des Tages oder Termins Freiheit gewähren und dem religiösen Empfinden an erster Stelle Rechnung tragen; denn es handelt sich um das Hauptfest des Christentums. Für die Wahl des Tages oder Spielraumes, an dem Ostern zu feiern ist, kann nur die heilige Geschichte maßgebend sein.

Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Fachgelehrten kommt bei ihren wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem Schlusse, daß Christi Tod auf den 15. Nisan des Jahres 30 anzusetzen ist[5]); nach astronomischer Berechnung[6]) fiel im Jahre 30 der 15. Nisan auf den 97. Tag des Jahres; die Auferstehung erfolgte somit am 99. Die obige Verteilung der 365 Tage vorausgesetzt, würde dies also der 8. April sein. Dieses Datum liegt in der Mitte des Spielraumes, in dem sich das Osterfest jetzt bewegt, nämlich zwischen dem 22. März und 25. April. Für die Festlegung des Festes sollte *dieses Datum allein* in Frage kommen.

Ostern soll immer an einem *Sonntag* gefeiert werden. An dieser Regel wollen alle Vorschläge festhalten. Wie ist das möglich, wenn man einen bestimmten Monatstag vorschlägt? Um keine Sprünge im Kalender zu machen, muß man zunächst ein Jahr abwarten, in dem jenes Datum auf einen Sonntag trifft. Der 99. Tag ist ein „Tag des Herrn", wenn Neujahr ein Sonntag ist wie 1922. Soll dieses Datum jedes Jahr wieder ein Sonntag sein, so darf man einen Tag des Jahres als Wochentag nicht mitzählen, so daß *jedes Jahr mit einem Sonntag anfangen* und der 99. Tag ebenfalls ein Sonntag sein kann. Für diesen „neutralen" Tag eignete sich der 183. Tag („Mitteljahr") am besten. Es würde dann jedes Quartal (Januar, April, Juli, Oktober) mit einem Sonntag beginnen. Aus demselben Grunde darf auch der Schalttag am Ende des Jahres als Wochentag nicht mitzählen.

Wenn unter den Gelehrten eine Einigung erzielt werden kann bezüglich der Frage, wie weit wir in der christlichen Zeitrechnung zurück sind, so läßt sich bei einer etwaigen Kalenderreform der Fehler beseitigen. Die Meinungen schwanken noch zwischen fünf bis sieben Jahren. Sollte auch hier für immer das Wort gelten: **disceptatum est, disceptatur, disceptabitur?** (Man kommt aus dem Streiten nicht heraus.) —

Wenn so viele Kreise an der Vereinfachung des Kalenders interessiert sind, warum hat man sie bisher noch nicht eingeführt? Die Sache muß doch wohl ihre *Schwierigkeiten* und *Nachteile* haben?

Wer bedenkt, daß zu einer kleinen Aenderung im Kalender zwei große Gewalten auf dem weiten Weltenrunde, Kirche und Staat, zusammenwirken müssen, begreift auch, daß wir im Zeitalter der Luftschiffe und Funksprüche und 120-Kilometer-Geschütze uns noch immer nach den Allüren des Mondes richten. Und wer die Geschichte von der Einführung des Gregorianischen Kalenders kennt[7]), die sich noch in

¹) Illustr. Weltgesch in 4 Bd. Herausg. v. S. Widmann, P. Fischer u. Felten. München-Berlin. 3. Aufl. I 436.

²) Vgl. Beloch in Einleitung in die Altertumswissenschaft. Herausg. v. Gercke und Norden. Leipzig 1914, III 201.

³) In der Zeitschrift „Lotse" 1901, Heft 23, rät er, das Kirchenjahr nicht mehr vom Monde, sondern einzig nur von der Sonne abhängig zu machen und eine andere Osterregel aufzustellen. Dann würden wohl auch die Orientalen sich dem Gregorianischen Kalender anschließen. Sie würden, meint er, weniger von dem Gregorianischen Kalender, als vielmehr von der „westlichen" Osterregel abgeschreckt. Schon 1897 hat sich Förster (im Auftrag der Preußischen Regierung?) betreffs der Festlegung des Osterfestes nach Rom gewandt. Darauf hat Kardinal Rampolla am 6. Mai 1897 geantwortet: „Wenn die Forderung allgemein" (d. h. nicht bloß von einzelnen Kreisen) „gestellt würde, so dürfte der Hl. Stuhl die Frage in Erwägung ziehen." So berichtet die Zeitschrift „La Quinzaine" vom Januar 1901. Vgl. Joh. Praxmarer in „Theol.-prakt. Quartalschrift". Linz 1906, S. 760 und 763; und H. A. Kiel in Herders K.-Lex. 1901, XII 1935.

⁴) Schon am 20. März 1908 hat der Deutsche Handelstag in einer Vollversammlung beschlossen, dahinzuwirken, daß Ostern auf Sonntag, den 4. April, festgelegt werde; und neuerdings trat er für eine internationale Vereinigung in dieser Angelegenheit ein, die nach Friedensschluß alsbald für die glückliche Lösung der Frage tätig sein soll. K. V. Nr. 139, 1919.

⁵) Vgl. Jos. Bach, „Monatstag u. Jahr des Todes Jesu", Freiburg 1912; van Bebber, „Zur Chronologie des Lebens Jesu", Münster 1898; Belser in „Bibl. Zeitsch.", I 55—63; 160—174; Ders. „Das Evang. des hl. Joh.", Freiburg 1905, und „Abriß des Lebens Jesu v. d. Taufe bis zum Tode", ebd. 1916; Cornelius a Lapide, „Evang. S. Joan.", XIII 1; Cornely, „Historica et critica introductio", III 269; Edersheim, „The life and Times of Jesus the Messiah", I⁵, London 1890; Grimm-Zahn, „Das Leben Jesu", Regensburg 1909, II 88; Hontheim, „Das Todesjahr Christi und die Danielsche Wochenprophetie" in „Katholik", Mainz 1905 (34) 12, 96, 161, 254; Ladeuze, „La date de la mort du Christ", „Revue d'hist. eccl.". V 893 sq.; Schneid, „Der Monatstag des Abendmahles und Todes U. H. Jes. Chr.", Regensburg 1905; Schuster-Holzhammer-Schäfer, „Handbuch der bibl. Gesch.", Freiburg 1910, II 151 u. 448 ff. — Tausch neigt zur Ansicht, daß der 14. Nisan 33 (= 3. April 33) der Todestag Jesu sei (vgl. „Theol. Revue" 1918 7/8. Heft, S. 156/7); dann wäre der göttliche Heiland, der bei Herodes' I. Tod (Ende März oder Anfang April d. J. 4 vor Chr.) ein bis zwei Jahre zählte, beim Beginn seiner öffentlichen Lehrtätigkeit bereits 35 oder 36 Jahre alt gewesen und hätte ein Alter von 38 bis 39 Jahren erreicht. Ob sich diese Ansicht mit Lukas 3, 23 wohl noch vereinen läßt?

⁶) Ueber die astronomische Berechnung vgl. Handmann in „Natur und Offenbarung", Münster 1904, 286—296; u. Bach, a. a. O.

⁷) Vgl. z. B. Janssen; „Gesch. d. deutschen Volkes", V. Bd., 2. Bch. III. — China und Rußland haben sich erst im Weltkrieg zur Annahme des Gregorianischen Kalenders verstanden.

den Weltkrieg hinein erstreckt, weiß, daß sie in maßgebenden Kreisen dem Reformbazillus den Boden schlecht bereitet, vielmehr stark antiseptisch gewirkt hat. Daher verstehen wir, daß wir heute noch auf demselben Standpunkt uns befinden wie 1582 bzw. 45 v. Chr.

Für die konservativ gerichtete Kirche ist es immerhin schwer, eine Praxis aufzugeben, die bis zu den ersten christlichen Jahrhunderten hinaufreicht. Trotzdem wird sie den Schritt tun, wenn allgemein der Wunsch nach der Vereinfachung geäußert und eine Form gefunden wird, die allgemein Beifall findet[8]). Nachteile stehen für die Kirche nicht auf dem Spiele. Unüberwindliche Schwierigkeiten sind gegenwärtig nicht zu befürchten.

Es erübrigt noch, kurz auf die Vorteile des so vereinfachten Kalenders hinzuweisen.

Zunächst dürften die Einfachheit und Konsequenz der vorgeschlagenen Form für sich sprechen. Das zweite Halbjahr entspricht in seinem Aufbau ganz harmonisch dem ersten. Jedes Vierteljahr beginnt mit einem Sonntag, die Monate mit 30 Tagen wechseln (bis Dezember) ab mit den anderen, die 31 Tage zählen. Der Kalender bleibt sich Jahr für Jahr gleich, braucht nicht jedes Jahr neu gedruckt zu werden. Wer sich für die Mondphasen und Planetenbewegung interessiert, findet genügend Aufschluß in wissenschaftlichen Zeitschriften und in vielen Tagesblättern. Ferner bietet die Stetigkeit und Gleichmäßigkeit des Festkalenders im bürgerlichen und politischen Leben, in Handel und Gewerbe große Vorteile und ermöglicht besonders in Kanzleien und Bureaus größere Einheit und Vereinfachung in den Arbeitsplänen und im ganzen Betrieb. Nicht umsonst bemüht sich der Deutsche Handelstag so eifrig um die Festlegung des Osterfestes. (Vgl. Anm. 4.)

Namentlich wäre die Umgestaltung von großer Bedeutung für die Schule. Die einzelnen Schuljahre sind, sofern sie Ostern beginnen, jetzt immer ungleich lang. Manchmal beträgt der Unterschied über fünf Wochen. So umfaßt das Schuljahr 1918/19 55 Wochen (vom 31. März 1918 bis 19. April 1919), das nächste Jahr 1919/20 (ein Schaltjahr) nur 49 Wochen und fünf Tage (vom 20. April 1919 bis 3. April 1920). Freilich könnte man einwenden: Wem diese Ungleichheit nicht behagt, beginne das Schuljahr im Herbst, wie das schon vielfach geschieht. Aber diese Aenderung liegt nicht in jedermanns Hand. Ueberdies hat es viel für sich, das Osterfest zum Anfangs- und Endpunkt zu machen, die neuen Schüler aufzunehmen und die alten nach Erreichung ihres Zieles zu entlassen. Für unsere Jüngsten, die neu in die Schule kommen und über Feld weite und schlechte Wege zu machen haben, ist die Aufnahme im Frühjahr vorzuziehen. Auch ist es angenehm, wenn die beiden Halbjahre sich an Größe entsprechen und wenn die Osterferien sich jedes Jahr über den Weißen Sonntag erstrecken. Schon wegen der Erstkommunion der Kinder ist das sehr wünschenswert. Für die Schulleiter und Lehrkräfte bietet die neue Kalenderform die Möglichkeit eines Jahr für Jahr sich gleichbleibenden Arbeitsplanes, einer festen Ferienordnung und eines bestimmten Prüfungstermins.

Noch größere Vorteile können für die Kirche daraus erwachsen, ohne daß sie etwas preisgibt. An Poesie und schöner Abwechslung, an Andacht und Innerlichkeit würde das Kirchenjahr nichts einbüßen, im Gegenteil viel gewinnen, besonders für die Kar- und Osterwoche. Der 25. Dezember ist als Geburtstag des Herrn durchaus nicht geschichtlich beglaubigt; dennoch würde Weihnachten viel verlieren an Zauber und religiöser Begeisterung, wenn es die Schwankungen des Osterfestes mitmachen sollte. Ferner welch große Vereinfachung erfolgte für Direktorium (Ordo), Brevier und Meßbuch, ohne daß die schöne Mannigfaltigkeit litte. Auch fielen die jährlichen Arbeiten und Auslagen für die Direktorien weg. Brevier und Meßbuch könnten einfacher, bequemer, handlicher eingerichtet werden, so daß man nicht so viel herumzuschlagen braucht und nicht das ganze Jahr soviel mit herumschleppt. (Im vierbändigen Brevier sind z. B. die Heiligenfeste von einem Vierteljahr, d. h. von 13 bis 14 Wochen, doppelt enthalten, dazu von fünf Sonntagen nach Pfingsten Homilie und Oration.)

Wenn man dieses alles und manches andere erwägt, wird man jenem Gelehrten beistimmen, der mir vor einiger Zeit sagte: „Der ganzen Welt wäre ein großer Dienst erwiesen durch Festlegung des Osterfestes."

Sollte indes die Fixierung des Festes auf ein bestimmtes Datum nicht den gewünschten Beifall finden, so würde schon viel gewonnen werden, wenn das Osterfest wenigstens auf einen Spielraum von sieben Tagen beschränkt wird und der Schalttag an das Ende des Jahres rückt. Dem Gedanken, „die große Beweglichkeit des Ostertermines einzuschränken, steht die römische Kurie nicht abgeneigt gegenüber," sagt Dr. H. A. Kiel (Herders K.-Lex. 1901, XII. Spalte 1939).

[8]) Siehe oben, Anm. 3.

Zum goldenen Jubiläum der „Schlesischen Volkszeitung".

Am 1. April rundete sich das fünfte Jahrzehnt, seitdem die „Schlesische Volkszeitung" als täglich erscheinendes Organ ins Leben getreten war. Es ist ein wechselvoller, an Leid und Freud, Mühe, Arbeit und Erfolgen reicher Weg, dessen Schilderung wir in dem Festartikel des verdienten Direktors der Verlagsgesellschaft, Jos. Boenigk, genießen. Ein fesselnder Abschnitt deutscher politischer und Kulturgeschichte zieht an unserem geistigen Auge vorbei, über ein Jahrhundert schweift der Blick in die Vergangenheit zurück, denn die Vorläufer des Jubelblattes reichen bis zum Jahre 1803 hinauf. Die markantesten Meilensteine setzten natürlich die Jahre des Kulturkampfes, an dem auch die „Schlesische Volkszeitung" ihr redlich Teil trug, lag doch die Hauptlast der publizistischen Vertretung der katholischen Interessen des gesamten Ostens auf ihren Schultern. Ihre Geschicke sind daher mit den Vorgängen jener Zeit aufs engste verknüpft und Ereignisse und Persönlichkeiten von welthistorischer Bedeutung treten im Rahmen dieser Monographie in unseren Gesichtskreis.

Auf dem im Glühofen des Kulturkampfes geschweißten Fundament bauten in den folgenden Friedensjahren journalistische und geschäftliche Tüchtigkeit und Tatkraft im Verein mit der Treue der Katholiken des Verbreitungsgebietes das Gebäude zu der stolzen Höhe aus, auf der es heute als das führende Zentrumsorgan des Ostens steht und von der aus es mit Zuversicht und Gottvertrauen den kommenden schweren Zeiten entgegensehen kann.

Der verehrten Kollegin und allen, welche in ihren Diensten stehen, mit unseren aufrichtigen Glückwünschen zum Jubiläum ein herzliches Glückauf für die Zukunft! Dr. Abel.

Vom Büchertisch.

Die Lehrerinnen-Ehe, von P. Dr. Hieronymus Spettmann O. F. M. 8° 56 S. 1.— M und 10 Proz. Teuerungszuschlag. Münster 1918 Borgmeyer & Co. Ein erfahrener Pädagoge und feiner Kenner der Psyche unserer katholischen Lehrerin behandelt hier in sachlicher Weise mit beredter Sprache das Für und Wider der infolge des Krieges wieder so viel erörterten Frage der Lehrerinnen-Ehe. Auf katholischer Seite fehlte uns bisher eine zusammenfassende und grundsätzliche Würdigung dieses Problems, darum ist diese Behandlung der Frage vom national-ökonomischen, pädagogischen und individual-ethischen Standpunkte aus freudig zu begrüßen, zumal sie jeder Lehrerin eine Grundlage für eine selbständige Stellungnahme bietet. Der Verfasser entwickelt eingehend die gegen die Lehrerinnen-Ehe sprechenden Gründe. Mit Recht bezeichnet er es als „eine Verirrung unserer sexuell verseuchten Zeit", als „ein Zeichen jämmerlich primitiver Auffassung, wenn die Entwicklung mütterlicher Instinkte nur bei dem Vorhandensein der physischen Mutterschaft für möglich gehalten wird." Bemerkenswert ist da die Hervorhebung des biologischen Gesichtspunktes, daß die physiologisch bedingte Mutterschaft etwas Ausschließendes an sich hat. Freilich bleibt die Ehe die natürlichste Erfüllung der Mutterschaft, wenn aber die Lehrerin in voller jungfräulicher Auswertung ihrer mütterlichen Anlage sich ganz ihrem hohen Berufe widmet, dann wird das Ziel der Erziehung am vollkommensten erreicht. Und darum können wir dem Verfasser nicht genug danken, daß er unserer Zeit mit ihrem beschämenden Kult des Erotischen frank und frei das hohe Ideal der christlichen Jungfräulichkeit vorhält und zeigt, daß „nicht in der Liebe und ihrer Auswertung, sondern in der Hingabe des Menschen an die höchsten Güter unser Wert und die Vollentfaltung der Persönlichkeit", vor allem der Lehrerinnenpersönlichkeit liegt. P. C. Papenheim.

Sebastian von Oer: Unsere Schwächen. 13. und 14. Aufl. Mit Bildnis des Verfassers; **Des Herzens Garten.** Briefe an junge Mädchen. 5. und 6. Auflage. Freiburg, Herder. — Hier sei nochmals hingewiesen auf die von großer Lebenskenntnis zeugenden Werke des bekannten Benediktinerpaters, der mit soviel Einsicht, Feinsinn und liebenswürdiger Herzenswärme seinen zahlreichen Lesern immer das Eine, das not tut, in den verschiedensten Spiegelungen der Lebenslagen, Lebenserfahrungen, Lebensauswertungen zeigt. Seb. v. Oers sämtliche Bücher erfreuen sich darum so vieler Neuauflagen, weil sie weitesten gebildeten Kreisen eine verhältnismäßig unschwere und dabei immer angenehme Entgegennahme unvergänglichen inneren Gewinnes ermöglichen. E. M. Hamann.

Brevier und Messe. Geschichtlich-liturgischer Grundriß von Klemens Blume, S. J. 16° 112 S. M 2.—. Regensburg, Pustet. 1919. Dem vom gleichen Verfasser veröffentlichten Text des neugewählten Offiziums für Messe und Brevier der Schutzfrau Bayerns wurde schon ein kurzer, erklärender Anhang über diese im Mittelpunkt des liturgischen Lebens der Kirche stehenden Kulthandlungen beigegeben. Da diese Erklärung sehr gute Aufnahme fand, wird hier eine erweiterte Sonderausgabe vorgelegt, die neben der Schilderung des altchristlichen Gebetsgottesdienstes einen Einblick gewährt in das Werden der liturgischen Tagzeiten, ihre Aufgabe, ihren Inhalt, namentlich aber ein tieferes Verständnis des Meßopferritus anbahnt. Die einzelnen Teile werden in ihrer Eigenart und allmählichen Entwicklung gezeigt; eine Einführung in die wichtige Stellung der Meßgesänge im Gefüge der Gesamtliturgie schärft den Blick für die Bedeutung des liturgischen Gesanges. Das Büchlein wird gewiß von sehr vielen willkommen geheißen in einer Zeit steigender Liebe zur unmittelbaren Teilnahme an den liturgischen Handlungen, die „das deutsche Meßbuch" in immer mehr Hände bringt. O. Heinz.

Des Kindes Sonntagsbuch. Die Evangelien der Sonntage und höchsten Festtage, für die Schuljugend erklärt von Alphons Rathgeber. 16° 344 S. M 4.—, geb. M 6.—. Auer, Donauwörth. Die „Hauspostille", der Goffine ist leider recht außer Gebrauch gekommen; hier wird der Jugend der Weg gewiesen zur Erneuerung dieses altehrwürdigen fruchtbaren Brauches, die sonn- und festtäglichen Evangelienabschnitte für sich auch durchzulesen und ihre reichen Schätze durch Anwendung auf das praktische Leben flüssig zu machen. Ausgehend von einer gründlich und dabei volkstümlich gefaßten Erklärung der Evangelienabschnitte wird jeweils gezeigt, wie die dort verkündeten Wahrheiten unser Leben in seinen vielgestaltigen Verhältnissen befruchten sollen. In genau umschriebener Anwendung wird dann dargetan, welch besonderen Nutzen die Jugend aus den einzelnen Evangelienperikopen ziehen soll. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Exotische Stoffe haben den Frankfurter Tonsetzer Bernh. Sekles immer angezogen; nicht nur, daß er sich die prunkende Farbenfülle der morgenländischen Welt dienstbar gemacht hat; es ist auch die Eigenart einer exotischen Melodik, die er in einer ihre Einförmigkeit stilisierenden Umbildung in unsere Tonsprache einfügt. Versuche, die ja in unserer Musik nicht ohne Vorbilder sind, nur daß ein Komponist in seinem ganzen Schaffen diese Wege wandelt, ist das Neue bei Sekles. In den „Gärten der Semiramis“, in den Liedern des chinesischen Schi-King und dem Hafis hat Sekles diese westöstliche Richtung eingeschlagen. In der Oper „Schahrazade“, die unser Nationaltheater uns in Anwesenheit des Komponisten mit sehr gutem Erfolg bot, hat Sekles zum ersten Male sich auf die Bretter begeben. Der Stoff der von G. v. Bassewitz verfaßten Textdichtung ist der Märchenerzählerin von „Tausend und eine Nacht“ entnommen. Hören wir vorerst, was geschieht: Der Kalif hatte ein Weib, schön, wie der Mond und jung, wie der Morgen, aber als er sie treulos fand, ließ er sie enthaupten und nun schickte er seine Diener aus nach schönen Jungfrauen, daß sie seine Gemahlin werden, doch am Morgen übergibt er sie dem Henker, daß er ungeschändet ruhe, seiner Ehre sicher. Dieser „Ehrenkodex“ ist für unser westliches Empfinden allzu blutig und scheußlich und so wird bei der Schilderung solch orientalischer Despoten für uns die Einfühlung immer schwierig bleiben, ob man sie mit Hebbelscher Psychologie oder durch das Medium der Töne uns näher zu bringen sucht. Schon 1000 Frauen sind dem schauderhaften Schwur zum Opfer gefallen. Die 1001. sucht ihm Omar, des Wesirs Sohn, streitig zu machen. Dieser zieht den Dolch gegen seinen Fürsten. Der Kalif schenkt ihm zwar das Leben, versagt ihm jedoch das Mädchen, an sein eigenes Schicksal denkend, denn er will des Knaben Glück (!). Als am nächsten Morgen die schöne Saad dem Henker ausgeliefert werden soll, springt Omar dazwischen und ersticht sie und sich selbst. Betrübt durch den Tod des Sohnes kehrt der Großwesir in sein Haus zurück. Er will die aufgeblühte Tochter rasch verheiraten, bevor sie Beute seines Fürsten wird. Allein Schahrazade will den braven Freier nicht, nur einem ganzen Manne will sie angehören, einem Manne den Frieden wiedergeben, dem Kalifen. Er dünkt ihr der einzige Mann im Lande, denn die anderen hatten nicht den Mut, den Tod ihrer tausend Töchter und Schwestern zu rächen. Als später der Kalif sie fragt, ob sie ihr Schicksal kenne, erklärt sie, Mitleid erst, dann Liebe trieb sie vor das Angesicht des Königs, der Frauen liebe, wie noch kein Mann vor ihm, da seine Liebe so gewaltig sei, so haßerfüllt, daß sie nicht stirbt am Jammer eines ganzen Volkes. „Das Opfer aber dieser Liebe werden — ist Wonne“. — Eine Verwandlung führt uns ins Schlafgemach des Kalifen. Er schläft. Schahrazade steht am Fensterbogen. Die Totgeweihte sieht das Leben schon in Verklärung. Der Vater und die Schwester erscheinen, um Abschied von ihr zu nehmen. Der erwachte Kalif will der Schwester eine Freude machen, sie erbittet sich ein Märchen von Schahrazade. Der Kalif wendet sich zu Schahrazade: „Komm, setze dich zu meinen Füßen und gib ein Märchen ihr und mir“. Der König winkt dem Henker zu gehen, er legt seine Hand zart auf ihr Haupt: „Gib mir von deiner Schönheit, Schahrazade, ich träume einen neuen Traum mit dir. Erzähl dein Märchen und ich will dir lauschen“ . . . Ist es dem Kunstwerk gelungen, diese unserem Ethos fremde Gefühlswelt uns auf der Bühne näher zu bringen? Die starke Betonung der östlichen Umwelt ist hierfür eine Hilfe, vielleicht wäre dies noch verstärkt worden, wenn sich hier der Orient mehr märchenhaft als realistisch und schauerlich darstellen würde. Der Charakter des Kalifen mit seinem melancholischen Grundton eines verwundeten Herzens, das hart geworden ist, ist psychologisch und musikalisch fesselnd gestaltet. Schipper gab ihm neben dem Melos seines herrlichen Organs viel natürliche Majestät in der äußeren Haltung. Seine Wandlung zu Milde und Zärtlichkeit, musikalisch von feinem Reize, will zu plötzlich erscheinen, um uns von einer dauernden Wandlung des Despoten im Sinne der Dichtung voll zu überzeugen. Das orientalische Kolorit des Vorspieles führt zwingend in die Umwelt ein. Die kalte Pracht des Kalifenschlosses, hinter der Leidenschaft und Grausamkeit lauert. Ich erwähne, um nur eine Einzelheit hervorzuheben, die unheimlichen Akkorde des plötzlich auftauchenden Henkers. Dadurch, daß Schahrazade im zweiten Akte erst in die Handlung eintritt, ist eine zweite Exposition nötig. Wieder findet die Umwelt eine ansprechende musikalische Untermalung, diesmal anfangs lichtere Seiten zeigend. Packend ist die Szene, in der der Wesir seiner Tochter von des Kalifen grausem Schwur erzählt, eine Musik, über der eine schwüle Treibhausluft brütet. Schahrazadens Entschluß hat einen Stich von Hysterie, ja Perversität, wiewohl mir fraglich erscheint, ob dies in der Absicht des Komponisten liegt. Die Rolle hat ihren musikalischen Höhepunkt in dem Thema: „Herr, ich liebe dich“ und in den transzendentalen Klängen der nahen Todeserwartung vor dem Erwachen des Kalifen. Emmy Krüger sang die Partie sehr schön und wußte auch in der psychologischen Ausdeutung der Gestalt zu fesseln. Brodersens Wesir, Gruber in der Figur des jugendlich kraftvollen Omar, die Damen Jerabeck und Fernau sind noch besonders zu nennen. Heß' musikalische und Wirks szenische Leitung gaben der Schahrazade starkes Bühnenleben. Die Szenenbilder wirkten unter Vermeidung alles Zuvielen suggestiv. Die Aufnahme war herzlich. — „Die Spielereien einer Kaiserin“ haben wir vor Jahren mit der Durieux im Schauspielhaus gesehen. Erinnern wir uns recht, so war es die erste Rolle, in der wir die Tragödin kennen lernten. Das Nationaltheater veranstaltete vormittags eine Gedächtnisfeier für Dauthendey, den Dichter, dem britische Grausamkeit die Heimkehr in die Heimat versagte und der auf Java gestorben ist. Abends folgte dann das Werk, das bis jetzt als einziges von ihm Bühnenglück hatte. Die virtuose Kunst der Durieux feierte wieder Triumphe. Dieses Dragonerweib, das die Männer betört, zur Freundin des Fürsten Menschikoff, zur Geliebten Peter I., zur Zarin selbst aufsteigt, zügellos, wild, leidenschaftlich, Dirne und doch wieder höherer Regungen fähig, sinnlich und eiskalt, egoistisch und hingebend, derb in den Manieren und doch wieder Kaiserin, früh elend sterbend auf fürstlichem Prunkbett, daneben Menschikoff und die Schnapsflasche als treue Gefährten. Welch eine Rolle. Der Tod ist bei Tilla Durieux ein Meisterstück der Schauspielkunst und der Dichter schrieb diese Rolle mit viel Sinn für das Theater. Er, der als Lyriker die bunten, leuchtenden Farben so liebte, setzte hier Farbenflecken an Farbenflecken als Aesthet mehr wie als mitfühlender Dichter, den das Ungewöhnliche, Absonderliche reizt; so stellt er diese Katharina hin jenseits von Gut und Böse; aber unserem Herzen bleibt das alles doch ziemlich fremd, oft durch Zynismus abstoßend, wie der Dichter den Geschehnissen ethisch indifferent gegenübersteht und selbst das Brutale nicht vermeidet. Neben der Durieux boten Steinrück und Ulmer Gestaltung von großer Plastik.

Uraufführung in den Kammerspielen. Offiziere sahen den „Sculpteur de Masques“ auf einer fliegenden belgischen Bühne, wobei der Dichter mit seiner Frau die Hauptrollen spielte. Sie gewannen einen so starken Eindruck, daß sie sich näher nach P. Crommelynck erkundigten, dessen Name bei uns ganz unbekannt war. Auch in Belgien sollen ihn erst wenige kennen und das Manuskript ist den Kammerspielen lediglich durch einen Zufall in die Hände gespielt worden, das nun, von E. Bachrach verdeutscht, in Szene ging. Das alte Thema: Der Mann im Liebeskonflikt mit zwei Frauen. Die Nachbarn merken das Verhängnis eher, als die drei Beteiligten, greifen mit plumpen Fingern in die Regungen der Herzen. Erst durch das Aussprechen wird das Geheimnis greifbare Wirklichkeit, Schicksal, dem die Drei erliegen. Die Frau welkt dahin, Reue und Angst drücken die anderen nieder. Sie sprechen nicht von dem Leide, aber wie ein Gespenst steht es zwischen ihnen unverscheuchbar. Zum inneren Unfrieden gesellt sich die äußere Anfeindung der Gasse, die nur Schmutz sieht. Der Bildschnitzer hat in schlaflosen Nächten selbstquälerisch Masken mit den Zügen seiner Frau geschaffen, duldend, anklagend, angsterfüllt, sterbend. Ein satanischer Faschingsscherz böser Nachbarn läßt vor dem überreizten Manne seine Frau in vierfacher Spukgestalt auftauchen. Er wird darüber wahnsinnig und faßt die Nachricht vom Tode Louisons nicht mehr. Daß dies Ende nicht als brutale Theaterei wirkte, beweist des Flamen Poetentum. Er baut seine Umwelt mit realistischer Kunst, aber das Zufällige erlangt besondere Bedeutung. Der Mikrokosmos wird zum pessimistischen Sinnbild des Menschenschicksals. Ein Zug zu Maeterlinckschem Mystizismus ist unverkennbar. Die Aufführung war auf einen feinen Kammerspielton der Innerlichkeit gestimmt, wie ihn Spielleiter Falckenberg anzuschlagen und durchzuhalten vermag.

Neues Theater. Die Uraufführung der „Fassade“ von R. Faesi hatte einen schönen Erfolg. Man lernte hier ein sehr liebenswürdiges Werk kennen, das den Namen Lustspiel, den so manches Erzeugnis üblen Possengeschmackes sich anmaßt, wirklich zu Recht führt. Im Mittelpunkte steht eine von Annie Reiter sehr fein und liebenswert verkörperte Frauengestalt, die durch die Klugheit ihres Herzens die Konflikte zu lösen weiß und aus den Menschen ihr Bestes, das unter dem Schutt von Eitelkeit, Selbstsucht, Verbitterung und verblendeter Leidenschaft verborgen liegt, herauszulocken vermag. Freilich fängt sie sich schließlich selbst in den Schlingen des eigenen Herzens. Daß die „Fassade“ ein Baumeisterstück, läßt sich denken; aber die Fassade hat noch einen tieferen Sinn. Die gewinnende „Fassade“ des äußeren Menschen weckt Sympathie, führt zu leichten Erfolgen, die zum Sichselbstbegnügen führen; die rauhe äußere Schale stößt ab; keiner glaubt an das Können eines ungelenken, gesellschaftsfremden Menschen und die Erfolglosigkeit führt zur Verbitterung. Es ist ein feines, geistiges Stück von Lebensklugheit und Humor. Kesselträger und Schreiner haben besonders wirksame Rollen, die sie mit viel Innerlichkeit gestalteten. Ein einzelner im ganzen Hause votierte gegen den Dichter durch ein Pfeifkonzert, dessen grelle Töne uns aus der angenehmen Kulturwelt des Spieles rasch in die Gegenwart zurückversetzten.

Aus den Konzertsälen. Die Abonnementskonzerte des Konzertvereins sind dauernd sehr gut besucht, was in früheren Jahren bekanntlich oft nicht der Fall gewesen ist. Fiedler dirigierte das 8., Löwe das 9. Konzert. Ersterer bot Brahms 2. und Beethovens 5. Symphonie in schöner plastischer Klarheit und rhythmischer Befeuerung. Scheinpflugs etwas der graziösen Leichtigkeit entbehrende „Lustspielouvertüre“ ward freundlich aufgenommen. Löwe bot Bruckners „Achte“. Man weiß, daß dieser Meister keinen werbenderen Interpreten besitzt als Löwe; das wundervolle Adagio und der wuchtige Aufbau des Schlußsatzes hinterließen einen gewaltigen Eindruck. Löwe ward stürmisch gefeiert. Er ließ der Symphonie eine ungemein farbensprühende Wiedergabe des Meistersingervorspiels — sie steht zu Walters gedehnten Tempi in gewissem Gegensatz — mit stärkster Wirkung folgen. Ein Orchester-

konzert und Tänze erinnerten an den auf unseren Opernbühnen verschollenen in Frankreich noch gespielten Grétry (1751—1813). In ästhetischen Forderungen den Vorläufern Wagners zuzurechnen, ist er entwicklungsgeschichtlich als Bindeglied zwischen Gluck und der Spieloper Boieldieus und Aubers bedeutsam gewesen. Ein ad hoc zusammengestelltes Orchester brachte eine Anzahl der Ouvertüren und Intermezzi unter der Leitung Dr. Rohrs vom Nationaltheater in gewinnender, anmutiger Wiedergabe. Die Musik zu den Tänzen war zehn der bedeutendsten Opern und Balletts Grétrys entnommen. 14 hiesige Tänzerinnen, 2 Tänzer und die Tanzchöre der Schulen Mariagraete und Metz teilten sich in die Wiedergabe. Zur Wiederholung verlangt wurde die mit liebenswürdigem Humor gebotene Harlekinade der Damen Kratina und v. Schrenck; die große Anmut der Damen Mariagraete, J. v. Collande, die erst unlängst gewürdigte Frances Metz, die Damen Bauroff, Bössenroth, Mentelberg, Müllerbrunn und Herr Schmidt-Dittfurth kamen gut zur Geltung. Daß gewisse Eigentümlichkeiten der modernen Tanzmanier leicht etwas gleichförmig wirken, ist nicht abzuleugnen. Die Gesamtleitung hatte A. P. Scheller. Mit einfachen Mitteln wurde manch hübscher dekorativer und kostümlicher Eindruck erzielt. — Die Berliner Altistin Emmi Leisner gab von Straube, dem Leipziger Thomaskantor, der übrigens das Klavier mit nicht minderer Meisterschaft spielt, als die Orgel, begleitet, einen Liederabend. Ist die Schönheit und vollendete Ausbildung der Stimme zu bewundern, so ist noch die wertvolle seelische Einstellung als Urheber des ungewöhnlichen Eindruckes festzustellen. Auch der Baritonist Helge Lindberg ist ein Sänger von Rang; das Stilgefühl, dessen es für eine eindringliche Wiedergabe der Arien von Bach und Händel bedarf, ist fast seltener als die schönen Stimmmittel. Daß Dr. Schipper, der treffliche Sänger unseres Nationaltheaters, auch im Konzertsaale starken Erfolg hat und seine lyrischen Gaben zu großer Plastik zu gestalten weiß, bedarf keiner besonderen Betonung. Eva Bernstein ist eine Geigerin von schönem, edlem Ton, deren beseeltes Spiel sich in den letzten Jahren noch aufwärts entwickelt hat. — Hermine Körner las aus Bibel, Homer, Goethe, Hölderlin. Wir haben die Tragödin öfters gewürdigt; wenn sie in kurzer Zeit über ein eigenes Theater verfügen wird, wird öfters Anlaß sein, sich mit dieser starken Begabung auseinanderzusetzen. Bei ihrer besonderen Eignung für das Dramatische darf ihre prächtige Wiedergabe der Lyrik besonders betont werden.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Kohlen- und Kali-Ausbeuteminderung, unser Wirtschaftsruin — Aussichten unserer Grossindustrien — Finanzielle Krisen innerhalb der Entente? — Unsere Wirtschaftsgestaltung von Amerikas Gnaden abhängig!

Deutlicher als seither kennzeichnet der jüngste Bericht des Staatskommissars für Demobilmachung **die Wirtschaftslage in Bayern**: „Aus Industriekreisen wiederholen sich die Notschreie nach Kohlen und Rohstoffen, Besserung der Transportverhältnisse, Aufhebung der Blockade und Klarheit über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik des eigenen Landes, wie der für unseren Handel in Betracht kommenden fremden Staaten.“ Wachsende Streikmeldungen im Innern, namentlich die Haltung der Bergarbeiter im Ruhrrevier, Unruhen in Mittel- und Süddeutschland und naturgemäss die hochpolitischen Ereignisse in Bayern machten das — hauptsächlich durch die auf Hunderte von Millionen Mark sich beziffernden Notstandsarbeiten bedingte — Sinken der Erwerbslosenstatistik illusorisch. Durch die vielfach gewaltsame Behinderung der Arbeitsaufnahme wurden ganze Hüttenanlagen zum Erliegen gebracht und zahlreiche Zechen für Wochen und Monate, sogar teilweise gänzlich ausser Betrieb gesetzt. Die infolge solcher Einschränkung der Kohlenförderung bedingte verminderte Exporttätigkeit bedeutet zunächst die geringere Gegenbelieferung von Auslands-Lebensmitteln und sodann die Vergrösserung der ohnehin schon katastrophalen Notlage unserer Kali-Industrie. Laut Mitteilungen in der jüngsten Gesellschafterversammlung des Kalisyndikates beträgt der Reinkaliabsatz im 1. Quartal 1919 knapp 1,2 Mill. Dztr. gegen 3 Mill. Dztr. in der gleichen Vorjahrszeit. Kohlenmangel verursachte inzwischen den Stillstand weiterer Werke und dadurch den Ausfall jeder Ausfuhrware. Unzureichende Wagengestellung macht die Versorgung der heimischen Landwirtschaft für die Frühjahrsbestellung nur in knappen Rationen möglich. Also wiederum eine vermehrte Gefahr für die zukünftige Lebensmittel-Versorgung! Der Geschäftsbericht der Essener Steinkohlen-Aktiengesellschaft äussert sich über die Zukunft: „Die Aussichten sind trostlos, ja vernichtend.“ Beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch ist infolge Arbeitseinstellungen einer der grössten Hochöfen dieser Gesellschaft vollständig zu Bruch gegangen und dasselbe Schicksal wird weiteren Hochöfen und sonstigen Anlagen zugesprochen; deren Wiederherstellung erfordert ein knappes Jahr. Infolge Mangels an Kohle und Rohstoffen mussten eine Reihe von führenden oberschlesischen Hüttenwerken, Eisenbahnbedarf- und Chamotte-Fabriken ihre Betriebe völlig einstellen. Namhafte Auslandsordres sind dadurch verloren. Der Generalversammlungsvorsitzende der Essener Kreditanstalt betonte, dass unsere Grossindustrie reissend bergab sich bewegt, die Werke mit den grössten Verlusten arbeiten, ihre Rücklagen aufzehren und manche zur Aufnahme erheblicher Schuldenlasten gezwungen sind. Dies im Zusammenhang mit den anhaltenden Lohnbewegungen, der verkürzten Arbeitszeit, den fortgesetzten Preisverteuerungen aller Produkte — neuerdings wieder Zement, Chemikalien, Eisenstein; die Kohlenpreiserhöhung wurde inzwischen regierungsseits untersagt — bedeutet die **Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt.**

Hoffentlich bringen die nächsten Wochen, sowohl auf vorstehenden Gebieten, wie auch in der Innenpolitik und nicht zuletzt in der Klärung der verworrenen Nachrichten über die Entente-Vorfriedenskonferenzen jenes Mindestmass von Hoffnung, welches wir zum Lebenserhalt der heimischen Wirtschaft benötigen. Auffallend ist die unveränderte Festigkeit unserer Effektenbörse und die Zuversicht der Berliner Finanzkreise, namentlich in der Auswirkung der massvollen amerikanischen Friedenshaltung und der Einigung in dem Danziger Streit. Der „Kampf zwischen Wilson und Clemenceau“ würde von deutschen Bank- und Börsenfaktoren umso eifriger verfolgt, als der auffallende Kurssturz der französischen und namentlich italienischen Devisennotizen im Zusammenhang mit einer Kündigung des amerikanischen Stützungs- und Währungskartells besprochen wird. Ein Wilson-Friede würde die Lösung des seitherigen Valutabündnisses der Entente von Amerikas Gnaden bedeuten. Besonders Frankreich sieht dieser Möglichkeit mit Besorgnis entgegen und schon deshalb ist dessen fortgesetzt deutschfeindliche Haltung erklärlich. Nicht minder wichtig erscheinen unseren Wirtschaftsinteressenten die anscheinend baldigen Erfolg versprechen



den Verhandlungen und Besprechungen zur **Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen**, vornehmlich zum Wiederbeginn eines tunlichst raschen freien Verkehrs mit deutschen Käuferschichten. Die grundlegende Lösung der Kreditfrage wird zwar noch geraume Zeit beanspruchen. Bedeutsam ist in dieser Hinsicht die Gewährung von einer Milliarde Dollars Regierungsmitteln zur Förderung des amerikanischen Aussenhandels und das Gerücht von Newyorker Bankfilialen-Gründungen in Deutschland. Ob anderseits die Pariser Pläne **einer fast völligen Ausrottung der deutschen Handelsbeziehungen nach dem Kriege** — Aufhebung sämtlicher deutschen Handelsverträge, Annullierung ausländischer Lieferungsabmachungen nach Deutschland und des deutschen Schutzmarkenrechtes, Einbehaltung des an die Entente ausgelieferten grössten Teiles unserer Handelsflotte — jemals zur Durchführung gelangen, bleibt dahingestellt. Die von Marschall Foch verfügte **bedingte Aufhebung der „schwarzen Liste“** zwecks Warenkredit-Einräumung beim Lebensmittelbezug zugunsten Deutschlands wurde im Zusammenhang mit den amerikanischen Ueberseehandelsabsichten ebenfalls debattiert.

M. Weber, München.

Der uns vorliegende Jahresbericht der **Bayerischen Landwirtschaftsbank in München** — aus ℳ 258134 (i. V. ℳ 388665) Reingewinn wird 8% (i. V. 4%) Dividende verteilt — bestätigt neuerdings die Schwierigkeit der **Sozialisierung namentlich von Hypothekenbanken**. Dieses Institut, das auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut und geführt ist, sieht nunmehr die gangbarste Lösung für seine Umbildung in einer Interessengemeinschaft mit einer Aktienbank, der Süddeutschen Bodenkreditbank, München. Also Uebergang von der Genossenschaft zur Kapitalgesellschaft und dies trotz des Zuges nach Sozialisierung! Eine dem Geschäftsbericht beigegebene Denkschrift behandelt die bisherige Entwicklung der Bank und gibt wertvolle Aufschlüsse über viele Wirtschaftsfragen. M. W.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Kirchenheizungen.

Die Anspruchslosigkeit unserer Vorfahren ließ diese nicht daran denken, die Kirchen mit Heizungsanlagen zu versehen. Der moderne Mensch ist empfindlicher geworden. Um im Gotteshause sich seiner Andacht rückhaltlos hingeben zu können, verlangt er, daß ihm diese nicht durch Kälte gestört werde. So dient also eine Kirchenheizung dazu, den Besuch des Gotteshauses zu sichern und damit natürlich zur Erhaltung und Hebung des religiösen und kirchlichen Sinnes. Zumal jetzt, wo die verderbliche Grippe durch die Länder geht, sind dergleichen Wünsche gerechtfertigter denn je. Aber auch im Interesse der genügenden Austrocknung der Kirchengebäude ist Beheizung durchaus nötig. Sie trägt aufs wesentlichste zur Erhaltung der neuen und zumal auch der alten Kirchen bei und ist ein maßgebender Faktor der Denkmalpflege, der, rechtzeitig angewandt, die Gemeinden vor Schaden und großen Kosten schützt. Eine Firma, die auf dem Gebiete der Kirchenheizungen Ausgezeichnetes leistet — zugleich die **älteste** auf diesem schwierigen Gebiete! — ist **Theodor Mahr Söhne, Fabrik für Zentralheizungsanlagen in Aachen.** Eine sehr große Zahl von Kirchen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands zeugt von der Leistungsfähigkeit dieser in ihrer Art unübertroffenen Firma, der man mit dem gleichen Vertrauen kleine wie auch allergrößte Aufgaben übergeben kann. Gerade gegenwärtig ist die Gelegenheit zur Ausführung solcher Dinge darum günstiger als sonst und als vermutlich in etwas späterer Zeit, weil eine große Zahl von Arbeitern, die aus dem Felde heimgekehrt sind, jetzt zur Verfügung stehen. Ihnen Beschäftigung zu geben, ist eine der vordringlichsten sozialen Pflichten. Noch ein anderer Gesichtspunkt sollte nicht vergessen werden: Die Herstellung einer Kirchenheizung gibt die Möglichkeit dazu, Teile des Kirchenvermögens in einer, wie wir soeben dargetan haben, vielseitig nutzbringenden und dabei sicheren Art anzulegen. Die Vorteile, die ein solches Unternehmen gerade in jetzigen Zeiten und Verhältnissen haben muß, leuchten ohne weiteres ein. Alle einschlägigen Fragen beantwortet die Firma Theodor Mahr Söhne in Aachen aufs zuvorkommendste.

✝

Am 28. März morgens gegen 3 Uhr entschlief sanft im Herrn, nach längerem, mit Geduld ertragenen Leiden, gestärkt durch täglichen Empfang der hl. Kommunion und wohlvorbereitet, unser geliebter Mitbruder

R. Fr. Hilarius Trzęczak

im 67. Jahre seines Lebens.

Mitbegründer des Erholungsheimes Lilienthal hat er sich mit regstem Eifer um den Ausbau dieser Niederlassung betätigt und darauf als Prior sich grosse Verdienste um dieses Heim erworben.

Möge der liebe Heiland ihm für seine Mühen und Sorgen, wie überhaupt für jede Betätigung zum Wohle des Ordens mit den ewigen Gütern lohnen.

Alle Freunde und Gönner bitten wir seiner Seele im Gebete gedenken zu wollen.

R. i. p.

Neustadt OS., März 1919.

Der Konvent der Barmherzigen Brüder.

Fr. Wolfgang Wiench,
Prior.

Requiem fand in der Klosterkirche am Dienstag, den 1. April cr., darnach Beisetzung in der Klostergruft statt.

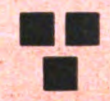
Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann, Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 16/17

19./26. April
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 × gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 16/17. München, 19./26. April 1919. XVI. Jahrgang.

Wegen des vom 14. bis einschliesslich 22. April währenden Generalstreiks in München war es leider nicht möglich, die Nummer 16 (Osterheft) rechtzeitig fertigzustellen. Sie musste mit der in dieser Woche fälligen Nr. 17 verbunden werden. Wir bitten unsere Leser, diesem aussergewöhnlichen Zustand Rechnung tragen zu wollen, in der Hoffnung, dass er auf dieses eine Mal beschränkt bleiben wird.

Ostergedanken.

Von Domkapitular Dr. Eberle, Augsburg.

Alleluja, lobet Jehova, lobet den Herrn!

Die Erstlinge unter den Blumen stehen am Siegerwege des Erstandenen, doch keine schönere blüht, soweit die Sonne glüht, als jene Saronsblume, die nun zu ewigem Ruhme in Josephs stillem Haine entsproßt im Morgenscheine. Des Todes Kreuz hat sich verklärt zum blütenvollen Lebensbaum. Das Blut, das die Sünde in den Gethsemanistunden des Herrn aus dessen Poren gepreßt, bis daß es ebbte und flutete mit den Pulsen des brechenden Herzens, hat sich mit Christi Seele geeint.

Wie am Erstlingstage der Schöpfung das ewige Wort das belebende Licht aus dem Chaos rief, so hat das inkarnierte Wort selbst aufsteigend als übernatürliche Sonne an Ostern einen neuen Schöpfungs- und Sonntagsmorgen voll Leben aus dem Grabe geführt. Ja, Jesus lebt, der als ein wahres Osterlamm für uns den Tod zu leiden kam, und mit den Psalmen preisen wir: „Der Herr ist König, mit dem Schmuck ist er angetan; angetan ist der Herr mit Macht und gegürtet hat er sich". Und wie die Blume ihren Kelch der Morgensonne erschließt, um den befruchtenden goldenen Strahl einzusaugen, so zwingt es heute Auge und Herz aller Christen auf dem Erdenrund zur Morgensonne „Jesus", zum neuen Leben, zum neuen Feuer, zum neuen Licht, das die Kirche der ganzen Erde kündet: „lumen Christi, Licht des Gesalbten!" Vorüber die düstere Passion mit ihrem Strom von Blut, vorüber der Judasverrat und die Petrusverleugnung und die Pilatus-Ungerechtigkeit; sie fallen, den Wächtern am Grabe gleich, nieder, besiegt von den Purpurfluten des auferstandenen Lichtkönigs. Die Sonne sagt es und der Sturm braust es, die Wellen rauschen's und die Orgel klingt es in vollen, heiligen Akkorden: Alleluja, Jesus lebt!

Und doch stehen so viele fernab von dem wärmenden Strahl der gottmenschlichen Größe. Es läuten ihnen die Glocken ins Ohr, aber nimmer ins Herz, sie freuen sich vielleicht des Natur-Ostern, aber im Reiche der Seele ist es ihnen Winter geblieben und der beglückende Heilsborn der Kirche hat keinen Reiz für sie. Sie denken höchstens zurück an längst vergangene Tage und wie seliger Kindertraum zieht es ihnen durch die Brust, wie sie einstens mit der Kirche ihr Ostern gefeiert, wie sie in ehrlich treuer Hingabe an den erstandenen Meister den Frieden gesucht und gefunden. Aber das Leben mit seiner rauhen Wirklichkeit, die Versuchung mit ihrer bezwingenden Kraft, die Gefahr mit ihrer lockenden Stimme, sie haben ihnen das Osterglück geraubt.

Aller Orten *gärt es* wie in Eruptivgestein, in alle Schichten der Menschheit ist der Geist der Unzufriedenheit und der Geist des Widerspruches gezogen und es brandet wie schäumende Meereswogen. Schau nur in den Krater der Menschheit, Strom um Strom glühender Lava ergießt sich über sonst friedliche, heilige Zeiten. Im Grunde aller auftauchenden Fragen und Probleme sitzt die eine große, größte Frage, das Problem der Probleme. Ehe *die* nicht gelöst, ist kein Osterfriede. Diese Frage ist die *religiöse Frage*. Zwar begegnen wir viel religiöser Strömung, aber darunter ist reichlich Schleiermachersches Gefühlschristentum, ästhetische Religiosität, Eklektizismus.

Es gibt Fragen im menschlichen Leben, bei denen wir uns mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit begnügen können. Wo aber unser ganzes Glaubenskapital auf dem Spiele steht, wo es sich auf dem Gebiete der religiösen Wahrheit um Sein oder Nichtsein handelt, tut's nur die Gewißheit. In unseren Tagen mehr denn je. Wo man von so vielen Seiten mit kecker Zuversicht das Erlöschen des christlichen Bekenntnisses erhofft, wo so viele Hände schon das Seil halten, um der Kirche zu Grabe zu läuten und tausend Kehlen singen: „Laßt uns zerreißen die Bande und von uns werfen die Seile", da müssen wir mit froher Zuversicht sagen können wie Paulus: „Gott sei Dank, der uns den Sieg gab durch unseren Herrn Jesus Christus." Unser Glaube ist nach Johannes „der Sieg, der die Welt überwindet". Der Fels, darauf er gründet, ist die Ostertat Jesu. Schrift und Tradition bezeugen sie zur Genüge. Christus ist der Auferstandene, der Erstling der Entschlafenen, seine Ostertat das flammende Licht am Osterhimmel, der Volltag im Leben Jesu.

Ostertat fordert *Osterglaube*. *Ohne ihn* ist das Leben nur ein Spiel endlicher Kräfte, ein Erzeugnis irdischer Verhältnisse, ein „sich freuen" und „sich quälen" ohne Sinn, bis endlich das Herz still steht, und es hat nicht einmal gewußt, warum es schlug und wozu es brach. *In dem Osterglauben* ist das Leben lebenswert und sonnenhell.

Darin liegt es wohl, daß unsere gegenwärtige aufgeregte Zeit so innerlich zerklüftet, so arm, so kalt, so liebeleer ist. Es fehlt ihr das Zentralfeuer des Glaubens an den auferstandenen Gottessohn, an jenen, der sagt: „Ich lebe und auch ihr sollt leben!"

Unsere revolutionär gewordene Zeit redet immer von „Neuorientierung" auf allen Lebensgebieten. Aber sie meint damit leider nur eine Revision der Methoden und vergißt darüber, daß durch all die Gewaltkur, die sie vornimmt, das Karzinom, das Krebsgeschwür, das im Innern weiterarbeitet, nicht beseitigt wird. Ehe die Menschheit nicht anfängt, wieder zum leidenden und getöteten Lamme, zum siegreich erstandenen, hölle- und weltbesiegenden Christus zurückzukehren, wird sie in vielen ihrer Organe und Organismen amputiert werden können, aber nicht erneuert, nicht neuorientiert sein. Soferne kapitalistischer Geist eine maßlose Gewinnsucht unter Hintansetzung aller moralischen Prinzipien ist und der rein erdhafte und rechenhafte „spirit", muß er ausgetilgt werden. Aber es hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben, wollte man glauben, das könne auf dem Wege der Vergesellschaftung geschehen. Nicht Sozialismus wird das Heilmittel sein, das Bestand hat, sondern Solidarismus. Der auf dem Prinzipe der Gerechtigkeit fußende Solidarismus aber wird nur geboren aus der inneren Umkehr und Erneuerung, aus dem Begrabenwerden mit Christus und mit ihm auferstehen, aus dem *Osterglauben*, den die *Ostertat* fordert. Während sich in der Revolution nur zu leicht an die Stelle der Idealisten, die für ihre Sache der Freiheit in den Tod zu gehen bereit sind, die Leute aus der Spukzeit der Nacht setzen, die, um mit einem Geschichtsschreiber der französischen Revolution zu reden, selbst „die Tugend für aristokratisch ausgeben, um sie mit Füßen treten zu können und das Verbrechen für demokratisch halten, um sich daran zu sättigen", macht der solidaristische Geist des Christen-

tums, des Osterglaubens, alle zu Erlösten, zu marterbereiten Brüdern Christi und verkündet den Weltsatz: „omnia instaurare in Christo."

Wollen wir wirklich jubeln können: „Jesus lebt", dann müssen wir auch herzhaft sagen können: „und ich mit ihm". Wollen wir religiös, politisch, national Auferstehung halten können, Auferstehung trotz all der Leichentücher von Hemmungen, die uns außenpolitisch und innerstaatlich gefangen halten, trotz all der Lieblosigkeit und Ungerechtigkeit, die uns unter dem Namen von Völkerbund und Rechtsfriede begegnen, trotz all des Neides und Hasses und des wild aufschäumenden Meeres aufgeregter Volksleidenschaften, dann gibt es für uns keine andere Losung als: Jesus, ans Kreuz geheftet, von den Toten erstanden; alleluja, lobet den Herrn!

Die Lage in München

ist im Augenblicke der Fertigstellung dieser Nummer noch ungeklärt. Der Landtag hat durch seinen Aeltesten-Ausschuß gleich am 7. April gegen seine „Auflösung" und das Ministerium Hoffmann gegen seine „Absetzung" durch den „revolutionären Zentralrat Baierns" Protest eingelegt und sich als die einzigen legitimen Gewalten in Bayern erklärt. Sie haben ihren Sitz nach Bamberg verlegt, bis, wie es in einer Bekanntmachung Hoffmanns hieß, in München die Vernunft wieder eingekehrt ist. Die Hauptstadt stand in der Woche vor Palmsonntag unter der Diktatur des „revolutionären Zentralrats", der sich hauptsächlich auf die Unabhängigen stützte, während Levien und sein Anhang beiseite stand, da er die Stunde der kommunistischen Räterepublik noch nicht für gekommen erachtete. Die Mehrheitssozialisten sind geteilt; eine von der sozialdemokratischen Partei Münchens am 11. April veranstaltete geheime Urabstimmung gab 3479 Stimmen für und 3507 Stimmen gegen die Räterepublik bei etwa 20000 Mitgliedern, woraus die „M. Post" (Nr. 86), das Organ der Mehrheitssozialisten, den Schluß zog, „daß nur eine Minderheit in der Partei überhaupt ein Interesse für die jetzt scheinbar weltbewegende Frage der Räterepublik zeigt".

Im Lande hat letztere nicht festen Fuß fassen können, auch in Augsburg und Würzburg nicht, wo sich Anfänge zeigten. Die Regierung Hoffmann ist dort im Besitze der Macht. In der Hauptstadt dagegen begann der „revolutionäre Zentralrat" von seiner Diktatur Gebrauch zu machen im Sinne der sozialistisch-kommunistischen „Vollsozialisierung". Die bürgerliche Tagespresse wurde von ihm unter Aufsicht gestellt, was beispielsweise bei unserm Parteiorgan, dem „Bayerischen Kurier" so weit ging, daß er den gesamten Raum dem „revolutionären Zentralrat" zur Verfügung stellen mußte; ferner wurde ein radikaler Sozialisierungsplan für die Presse veröffentlicht, der u. a. Uebergang sämtlicher Zeitungen in die Verfügungsgewalt der Stadt, Enteignung der bisherigen Besitzer ohne Entschädigung und Ablieferung aller Abonnements- und Insertions-Gebühren an einen gemeinsamen Verwaltungsrat vorsieht. Auch die Sozialisierung der Universität wurde in Angriff genommen durch deren Unterstellung unter einen „revolutionären Hochschulrat", ferner ein Revolutionstribunal eingesetzt, das alle gegen den Bestand der Räterepublik gerichteten Bestrebungen, insbesondere auch alle derartigen öffentlichen Aeußerungen in Wort und Schrift ahnden soll.

Am Palmsonntag, 13. April, vollzog sich dann eine abermalige Verschiebung der Gewaltverhältnisse. Schon am 9. April abends hatte der „Rat revolutionärer Betriebsobleute und revolutionärer Soldatenvertreter" beschlossen, vom Zentralrat die sofortige Abdankung zu verlangen und sich selbst als Träger der gesamten Gewalt zu erklären. Gleichzeitig warf das Organ der Kommunisten, die „Münchener Rote Fahne", der „Regierung der sogenannten Räterepublik" vor, daß sie versagt und die Bewaffnung der Arbeiterschaft gegen die von der weißen Garde drohende Gefahr nicht durchgeführt habe. Am Palmsonntag früh erschienen Plakate des Inhalts, daß die Münchener Garnison hinter der Regierung Hoffmann als der einzig gesetzmäßigen stehe und der Zentralrat abgesetzt sei. Tatsächlich ist in der Nacht zum Sonntag von der republikanischen Schutzwache, die sich auf die Seite Hoffmanns geschlagen hatte, die Räteregierung gestürzt und ein Teil der Mitglieder des Zentralrats, darunter Mühsam und einige andere Kommunistenführer, dingfest gemacht und über die Donau gebracht worden. Hinter diesem Putsch stand aber, wie sich zeigte, nur eine Minderheit der Münchener Garnison. Ein Teil derselben vereinigte sich mit der roten Armee, während anscheinend die Mehrheit neutral blieb. Der Konflikt kam am Abend in einem blutigen Waffengang um den Hauptbahnhof, der von regierungsseitigen Truppen besetzt war, zum Austrag; der Bahnhof wurde gestürmt. Am Montag erfolgte die Bewaffnung der Arbeiter und der Generalstreik. Das Regiment führte jetzt ein „Vollzugsrat der revolutionären Betriebs- und Soldatenräte", an dem nun auch die Kommunisten sich beteiligten und, wie aus den Kundgebungen ersichtlich, den maßgebenden Einfluß besaßen. Es wurde darin betont, daß durch den Sieg des Münchener klassenbewußten Proletariats der „widerlichen Komödie einer Scheinräterepublik" ein Ende gemacht und der „feste Grund zur wirklichen Diktatur des Proletariats" gelegt sei. Aufgabe dieser Diktatur sei „die vollkommene Niederwerfung der Kapitalistenklasse und der Ausbau des Sozialismus". Die Uebernahme der Kontrolle der gesamten Leitung der Betriebe durch die Betriebsräte sei die Voraussetzung für die Sozialisierung der ganzen Industrie und ihre planmäßige Organisation. „Sofort wird zur Vergesellschaftung der Krongüter, der Bischofssitze (!) und der großen Güter geschritten werden, die in die Hände der Landarbeiter gelegt werden sollen". Als weitere Aufgabe wird die Bekämpfung der Wohnungsnot genannt. „Unser Grundsatz ist, jedem Arbeiter ein würdiges Heim zu geben und den Wohnungsluxus der Reichen zu beseitigen. Heraus aus euren finsteren, engen Winkeln. Die Wohnungen sind da. Greift zu". Der am 14. April proklamierte Generalstreik dauerte bis zum Osterdienstag. Am 23. April wurde die Arbeit wieder aufgenommen; jetzt konnte daher auch erst an die Fertigstellung dieser Nummer der „A. R." gegangen werden.

Gleichzeitig mit der Umwälzung begann von außen her der Abschluß Münchens durch die Regierung Hoffmann. So lebten wir die ganze Karwoche hindurch und über die Ostertage bis zur Stunde (Donnerstag) auf unserer Insel Utopia, abgeschlossen von aller Welt und ohne Kunde von dem, was draußen vorgeht, da die Blockade auch in verkehrstechnischer und postalischer Hinsicht „effektiv" wurde. So konnte auch die „Wochenschau" Nienkempers nicht hereinkommen und wir sind außerstande, den Weltereignissen in dieser Nummer Rechnung zu tragen. Wir glauben aber, daß unsere Leser sich den Genuß dieses Ostereis durch die von uns nicht verschuldete verspätete Darreichung nicht beeinträchtigen lassen und auch das notgedrungene Fehlen des Weltspiegels mit derselben verstehenden Gelassenheit hinnehmen werden, mit der wir hier, wenn auch nicht gerade in Thomas Morus-Stimmung, unsere unfreiwillige Muße und Verbannung über uns ergehen lassen.

Ostermorgen.

Wer bist du, o Held, der von Edom kommt
Im schimmernden Bosragewebe?
Und warum ist dein Gewand so rot,
Wie des Winzers vom Blute der Rebe? —
Die Kelter des Sühnweins trat ich allein,
Kein Helfer stand mir zur Seite,
Da schaffte der eigene Arm mir Recht:
Dem Tode entriss ich die Beute.

Im Osten steigt strahlend der Tag empor,
Die Palme lispelt im Winde —
Maria kniet weinend am leeren Grab:
„Wer kündet mir, wo ich ihn finde?
„Sie haben den Leichnam des Meisters geraubt!" . . .
Nicht lauscht sie den himmlischen Boten.
Sie reden vom Leben — ihr lebt nur der Schmerz, —
Sie liebt und beweint einen Toten. . . .
Erkennt sie die sonnenverklärte Gestalt? —
— Goldfunkelnder Glanz auf den Halmen —
„Maria!" — „Rabboni!" — Die Liebe erjauchzt,
Und siegesfroh rauschen die Palmen.

M. Benedicta v. Spiegel, O. S. B.

Der Ausbau der badischen Republik.

Von Staatsrat H. Köhler, Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Die Festigung der badischen Republik macht weitere Fortschritte. Der Frühlingsanfang, der 21. März, brachte dem Lande die neue Verfassung. Einmütig war die Zustimmung der ganzen Nationalversammlung zu dem neuen Staatsgrundgesetz; Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum und deutsch-nationale Partei traten geschlossen für das Gesetzeswerk ein. Wer will es den Badenern verübeln, wenn sie in dieser Zeit, da mancherorts noch lediglich Zusammenbruch und Zerstörung zu regieren scheinen, stolz darauf sind, daß ihr Land als erstes im großen deutschen Vaterlande ein Beispiel aufbauender Arbeit gegeben und die Fundamente für den Neubau des gesamten Staatslebens geschaffen hat. Um so mehr, als neben der neuen Staatsverfassung auch bereits das Gesetz über die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung erledigt ist, das mit der Abschaffung der Dreiklassenwahl und der Einführung des Wahlrechtes für alle mindestens 20 Jahre alten Stadt- und Gemeindebürger ohne Unterschied des Geschlechtes sowohl in den Städten wie in den Gemeinden eine weitgehende Demokratisierung der Kommunalverwaltung bringt, und auch für die Selbstverwaltungskörper der Kreise dieses weitgehende Wahlrecht eingeführt ist. Die grundlegenden politischen Reformen in Baden sind geschaffen.

Der Weg, der zurückzulegen war vom 10. Nov. 1918, da die Wogen der Revolution auch über Baden zusammenschlugen, bis zu diesen Tagen, war hart und schwer und voller Schwierigkeiten. Wer wie der Verfasser dieses Aufsatzes von der ersten Minute der Umwälzung an bis zum heutigen Tage mitten drinnen gestanden ist in dem ganzen Gewoge der Arbeiten und Schwierigkeiten, der inneren und äußeren Hemmungen, die sich dem Wiederaufbau entgegenstellten, der vermag voll zu ermessen, welch gewaltiges Wollen unser badisches Volk durchdringt, das große Werk der Neuordnung durch alle Stürme und um alle Klippen zu bringen. Doch die mittlere Linie der Verständigung und des Ausgleichs wurde in den meisten Fällen gefunden, und wo größere Gegensätze bestehen blieben, da hinderten diese doch nicht, daß bei den Schlußabstimmungen über all die ebengenannten Gesetzeswerke die Zustimmung doch jedesmal eine einstimmige war. In unserm niedergetretenen Volke erwacht langsam wieder das Gemeinschaftsgefühl, das allein uns noch über die Fährnisse der nächsten Zeit hinwegführen und in eine bessere Zukunft bringen kann.

Den politischen Leitsatz des badischen Staatslebens gibt der § 1 der neuen Verfassung kund, der markant und knapp sagt: „Baden ist eine demokratische Republik und bildet als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des Deutschen Reiches." Klar und fest ist der Reichsgedanke, der entschlossene Wille beim Reiche zu bleiben, zum Ausdruck gebracht. Aber ebenso bestimmt ist gesagt, daß wir in diesem deutschen Reiche nicht leben wollen als Provinz, sondern als selbständiger Bundesstaat, der wohl bereit ist, dem Reiche zu geben, was es notwenig hat, um stark zu sein, der aber auch sein staatliches Eigenleben nicht aufgeben will. Der Fundamentalsatz der ganzen Verfassung aber liegt im § 2, der in packendem Lapidarstile also lautet: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk". Dem Volke und nur ihm allein ist die Macht im neuen Staate gegeben; Landtag und Staatsministerium sind lediglich seine Beauftragten, die es jederzeit, wenn es mit ihrer Geschäftsführung nicht mehr zufrieden ist, abberufen kann. Volksbegehren (Volksinitiative) und Volksabstimmung (Volksreferendum) sind neben den Wahlen zum Landtag die Mittel, die ihm zur Ausübung seiner Macht und Gewalt in die Hand gegeben sind.

Ein neues, das sogenannte automatische Wahlverfahren, kommt dem noch mehr entgegen. Darnach werden die Abgeordneten zum Landtag nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in mindestens vier Wahlkreisen gewählt. Jede Partei oder Wählergruppe erhält auf je 10000 der für ihren Vorschlag abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten. Die hiernach in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land zusammengezählt und nach dem vorhergehenden Satz ebenfalls bewertet. Jeder am Schluß noch zur Verteilung verbleibende Stimmrest von mehr als 7500 Stimmen erhält einen weiteren Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten ist also beweglich und richtet sich vollständig nach der Wahlbeteiligung der einzelnen Parteien.

Neue soziale Gedanken bringt die Verfassung zunächst durch den Grundsatz, daß Vorrechte des Standes und der Geburt nicht mehr anerkannt werden. Sodann aber auch auf dem Gebiete der Besetzung der öffentlichen Aemter, die jetzt für alle dazu Befähigten ohne Unterschied des Geschlechtes gleich zugänglich sind. Der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" hat in der Bestimmung seine Auswirkung gefunden, daß mit Ausnahme der Richterstellen zu jeder Beamtenstelle ohne Rücksicht auf Lebens- und Dienstalter und Vorbildung derjenige berufen werden soll, der hierzu der Befähigteste und Würdigste ist. Durch die weitere Festsetzung, daß die Befähigung in der Regel durch die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen nachgewiesen wird, sind die Bedenken wohl auch derjenigen zerstreut, die da glaubten, eine unerträgliche Protektions- und Vetterleswirtschaft werde nunmehr in der Staatsverwaltung einreißen. Die Oeffentlichkeit der ganzen Staatsverwaltung und die Möglichkeit der Kontrolle durch die Oeffentlichkeit werden sicherlich auch etwaigen dahingehenden Gelüsten wirkungsvoll entgegentreten.

Das Koalitionsrecht, dieser stete Streitgegenstand im alten Obrigkeitsstaat, ist nunmehr für jedermann, insbesondere auch für die Beamten, Staatsarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten anerkannt und unter den Schutz der Verfassung gestellt.

Mit dem Denken und Empfinden des Volkes in Uebereinstimmung gebracht sind die Bestimmungen über das Eigentum. Das Privateigentum ist gewährleistet; es steht unter dem Schutze der Verfassung. Es ist aber beschränkt durch die Rücksicht auf die gemeinwirtschaftlichen Interessen. Der christliche Eigentumsbegriff geht mit dieser Feststellung vollständig einig; er stellt den Solidarismus in den Mittelpunkt und steht deshalb auch der Vergesellschaftung dafür geeigneter Unternehmungen im Interesse der Gesamtheit nicht im Wege. Im Zusammenhang damit ist auch die Lösung der Stammgutfrage zu erwähnen. Neue Stammgüter dürfen darnach nicht mehr errichtet werden, das Sonderrecht der bestehenden Familien- und Stammgüter ist aufgehoben.

Außerordentlich durchgreifend sind die Veränderungen, die die Verfassung auf dem kulturellen Gebiete bringt. Hier ist es vor allem das Verhältnis des Staates zu Kirche und Schule, das teilweise auf vollständig neue Grundlage gestellt worden ist. Die Lösung des schwierigen Problems Staat und Kirche brachte die vollständige Abschaffung des Staatskirchentums. Baden hat nun tatsächlich die freie Kirche im freien Staat. Die Kirchen ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen; die ehemals landesherrlichen Patronate sind aufgehoben, ebenso die standes- und grundherrlichen Patronate, soweit diese nicht nachweislich Privatpatronate sind. Die bisherige Mitwirkung des Staates bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles, der Stellen im Domkapitel usw. und der Pfarreien ist damit gefallen. Die Trennung von Kirche und Staat ist durchgeführt, aber in durchaus wohlwollendem Sinn, denn die Kirchen sind wie bisher Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben auch fernerhin das Recht der Selbstbesteuerung nach den Landesgesetzen. Das Kirchengut und die Güter und Einkünfte der kirchlichen Stiftungen, Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten dürfen ihren Zwecken und ihren bisherigen Verfügungsberechtigten nicht entzogen werden. Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind auch fernerhin zulässig, auch soweit es sich nicht um rechtsgültige Verpflichtungen handelt.

Weniger erfreulich ist die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Schule, trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. So können künftig die Ordensleute nicht mehr von dem Amte eines Lehrers oder einer Lehrerin lediglich deshalb ausgeschlossen werden, weil sie ihrem Gott in einer religiösen Vereinigung dienen. Auch sie haben jetzt bei gleichen Leistungen die gleichen Ansprüche. Sodann ist die Gründung von privaten Lehranstalten durch kirchliche Personen und Körperschaften nicht mehr an ein besonderes Gesetz geknüpft; sie sind jetzt den übrigen physischen und juristischen Personen in dieser Beziehung gleichgestellt. Dagegen hat es sich entgegen den Aussichten der 1. Lesung der Verfassungskommission nicht erreichen lassen, die Erteilung des Religionsunterrichtes als Pflichtfach unserer Schulen in der Verfassung zu verankern. Die Demokratie hat hier ver-

sagt. Es bleibt beim bisherigen Zustand, wonach hierüber die gewöhnlichen Gesetze entscheiden.

Ebenso gelang es nicht, die Einführung der Staatszwangsvolksschule hintan zu halten. Zum Besuche der öffentlichen Volksschule sind alle Kinder verpflichtet, soweit sie nicht eine höhere öffentliche Bildungsanstalt oder eine die Lehrziele solcher Anstalten verfolgende nichtstaatliche Lehranstalt besuchen. Privatanstalten für Volksschulunterricht werden nicht mehr zugelassen und die bestehenden sind bis spätestens Ostern 1925 aufzulösen, sofern sie nicht in Gemeindeanstalten umgewandelt werden. Das Zentrum, die deutschnationale Partei und ein einziger Vertreter der Demokratie konnten dieser Lösung ihre Zustimmung nicht geben, weil sie in ihr eine Verletzung des ersten und heiligsten Rechtes, des Elternrechts sahen, eine Freiheitsbeschränkung, die in diesem Umfange nirgends in der Welt durchgeführt ist.

Es ist tief bedauerlich, daß die sonst vielfach von wirklich demokratischem Geiste getragene Verfassung hier sich nicht zu dem Standpunkte wahrer Freiheit aufschwingen konnte. Wenn das Zentrum ihr gleichwohl zugestimmt hat, so geschah es aus dem Gefühl der Verantwortung, um das ganze Werk nicht scheitern zu lassen. Volksinitiative und Volksreferendum stehen ja schließlich jederzeit zur Verfügung, um in ruhigeren Tagen hier eine Aenderung zu veranlassen. Für die jetzigen Tage handelt es sich in allererster Linie darum, den Geist der Zusammengehörigkeit zu wecken und zu pflegen. Darnach hat das Zentrum gehandelt und von ihm wird es sich auch künftig führen lassen.

Religionsgeschichte als Ersatz des Religionsunterrichtes.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Neben der religionslosen Ethik soll als Ersatzmittel für den Religionsunterricht in den Schulen die Religionsgeschichte, auch religionskundlicher Unterricht genannt, dienen. Es ist eine alte Lebenserfahrung: wenn man etwas verloren hat, redet man recht häufig davon und gibt sich Rechenschaft über die Geschichte seines Besitzes und über seinen Wert. So hat denn auch die Religionsgeschichte ihre Anfänge ebenso wie die religionslose Moral in den religionsphilosophischen Anschauungen, die seit dem 17. Jahrhundert von England ausgingen und welche das Christentum heftig erschütterten, sowohl nach der Seite seiner Geschichte als wie nach der des metaphysischen Glaubensinhaltes. In Deutschland haben insbesondere Herder und Hegel die Grundgedanken der Religionsgeschichte stark begünstigt. Ihre jetzige Gestalt aber gewann diese in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; ihr eigentlicher Begründer ist F. Max Müller, dessen Hauptwerk „Introduction to the Science of Religion" 1870 in London erschienen ist. Seitdem wuchs die wissenschaftliche und Lehrbuchliteratur über diese Sache ins Ungemessene.

Welche Aufgabe setzt sich die Religionsgeschichte? Sie will die religiösen Phänomene der Menschheit sammeln und vergleichen, soweit sie sich dem Historiker erschließen. Unter diesen aber versteht sie Aeußerungen des Geistes in Worten, Handlungen und Gebräuchen, die von dem Glauben an etwas Ueberweltliches zeugen und welche dazu dienen möchten, den Menschen mit diesem in Beziehung zu setzen. Die Religionsgeschichte bleibt aber naturgemäß nicht beim bloßen Zusammentragen jener Dokumente stehen, sie übt vielmehr an den einzelnen konkreten Tatsachen Kritik. Die eine Religionsform wird mit der des Nachbarvolkes, auch mit nicht verwandten religiösen Erscheinungen verglichen; dabei werden parallel laufende Reihen miteinander in Beziehung gesetzt; das aus der Wirklichkeit gewonnene Material wird durch Schlußfolgerungen ergänzt, bestimmte Vorgänge fügt man an entsprechenden Stellen in das Ganze ein. Aus einer derartigen Darstellung möglichst vieler Religionen sollen wir Aufschluß erhalten über Ursprung und allgemeines Wesen der Religion überhaupt sowie über die Bedeutung einer jeden ihrer Erscheinungsformen. Auch soll für dieselbe ein neues, antisupranaturalistisches Fundament gelegt werden.

Die Religionsgeschichte ist seit ihrem Auftreten schon infolge der Ursachen und Umstände, aus denen sie hervorging, dem Uebernatürlichen abgeneigt und einzig auf das Psychologische gerichtet. Darum will sie auch das Christentum als eine natürliche menschliche Erscheinung dartun. Von Anfang an verband sie sich zudem mit dem Entwicklungsgedanken und geriet so in den Bann des evolutionistischen Dogmatismus. Die Mehrzahl ihrer Vertreter steht bereits beim Sammeln und Vergleichen der Dokumente unter diesem Einflusse. Im allgemeinen nimmt man für die Ausbildung des religiösen Gedankens folgende Stadien an: Naturvergötterung, Animismus, Manismus, Totemismus, Fetischismus, monotheistische Religionen; der Monismus stelle das Endziel der Entwicklung dar. Dieser Evolutionismus findet eine Ergänzung in Analogien. Die alt- und neutestamentliche Religion sucht man als Entlehnungen aus dem Heidnischen zu erweisen; namentlich werden die Person Christi und seine Hauptlehren aus diesem abgeleitet. Die Mythologien der alten Aegypter, Perser, Babylonier, Assyrier, Indier, Griechen und Römer usw. werden dazu herangezogen. Besonders bekannt sind die Erörterungen von Delitzsch, „Babel und Bibel". Auch weit in protestantische Kreise hinein erregten Aergernis die Phantasien A. Drews' über die Existenz Christi, die vor einigen Jahren verbreitet wurden.

Es setzte ein Kampf ein, um die Religionsgeschichte aus den Fesseln der evolutionistischen Vorurteile zu befreien. Keinen Erfolg vermag die rationalistische protestantische Theologie hierin zu erzielen, die selbst die übernatürlichen Tatsachen des Christentums preisgegeben und durch Hyperkritik an der Bibel die historischen Fundamente desselben erschüttert und so jener Art der Religionsgeschichte vorgearbeitet hat. Auf katholischer Seite ist für eine rein sachgemäße, keinem bestimmten Zwecke dienende Behandlung der religiösen Tatsachen eifrigst tätig der Gelehrte und Missionär P. Dr. Wilh. Schmidt, S.V.D. Sein Werk „Der Ursprung der Gottesidee", sodann die Zeitschrift „Anthropos" und die „Internationalen Wochen für christliche Ethnologie" dienen dieser Aufgabe.

Für die Kultur- und Religionswissenschaft haben die beschriebenen Forschungen sicherlich hohen Wert. Man möchte diese aber in die Volksschulen und die höheren Lehranstalten tragen. Auch in ihnen können Resultate der Religionsgeschichte mit Nutzen verwendet werden, wenn sie dem Verständnisse der Schüler konform gehalten werden. Selbst der Religionsunterricht erhält durch sie Förderung und Belebung. Wird ja u. a. dargetan, daß die Religion im tiefsten Innern des Menschen begründet ist und zu den unverlierbaren Erbgütern unseres Geschlechtes gehört.

Nun aber will man die Religionsgeschichte an die Stelle des Religionsunterrichtes selbst setzen und als Ersatz dieses gelten lassen. Dafür tritt namentlich der unter der Leitung von Professor W. Rein am 6. August 1911 gegründete „Deutsche Bund für Reform des Religionsunterrichtes" ein. Von seinen Grundforderungen lauten die drei ersten: Der Lehrer darf unter keinem dogmatischen Zwange leiden. Die Schule muß vom Katechismusunterricht befreit werden. Der Religionsunterricht soll historisch gegeben werden. Auf seiner Versammlung in Dresden an Ostern 1912 verlangte der Bund u. a., daß der Religionsunterricht im Lehrerseminar eine Reform erhalte im Sinne einer vertieften religionswissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer. Da 1917 eine „Reformationstagung" nur schwer hätte zustande kommen können, erließ die Bundesleitung eine Verlautbarung, in welcher u. a. gefordert wird: „Recht der Schule auf die geschichtliche Betrachtung der Religion, auf die Ergebnisse der Religionswissenschaft und Religionspsychologie und die Betrachtung auch außerchristlicher Religionen." Daneben wird proklamiert: „Ablehnung des kirchlichen Dogmas in seiner Allgemeingültigkeit." „Ablehnung der geistlichen Schulaufsicht überhaupt wie auch über den Religionsunterricht im besonderen."

Auf diesem Boden stehen auch der große „Deutsche Lehrerverein" und die ihm verwandten Landeslehrerverbände. Ihre Angehörigen werben eifrigst und machen auch für die Praxis Vorschläge. Der Leipziger Lehrerverein wünscht in den beiden Heftchen „Der neue Lehrplan", Leipzig 1913, für den Religionsunterricht: „Als Bildungsstoffe dienen Bilder aus dem religiösen und sittlichen Leben der vorchristlichen Zeit, das Leben Jesu, das Leben und Wirken der Apostel und Bilder aus dem religiösen und sittlichen Leben unseres Volkes mit besonderer Berücksichtigung der Neuzeit." Dieser planmäßige Unterricht soll vom 5. bis 8. Schuljahre stattfinden. Auch Vorlagen

hierzu für die Lehrer werden geschaffen. Der Hamburger Lehrer A. C. Krohe und Oberlehrer U. Peters wollen in „Bausteine für den Religionsunterricht" den Weg zeigen. Der Religionsunterricht soll im 6. Schuljahre beginnen; in diesem werden religiöse Typen aus der vorchristlichen Zeit den Schülern vorgestellt; im 7. Jesus und Bilder aus dem Urchristentum behandelt, im 8. solche aus der Geschichte des Christentums und der Weltreligionen. Die Freireligiösen aller Schattierungen ziehen die Religionsgeschichte gleichfalls heran. Nach Wolfsdorf („Monistische Pädagogik", 1912) werden bereits im 4. Schuljahre die Kinder unterrichtet über den Ahnenkult bei verschiedenen Völkern, über Familien-, Stammes- und Volksgötter, über Traum- und Sternenkultus, das Berechtigte der Sonnenanbetung, über gute und böse Götter, Gott und den aus Persien stammenden Teufel.

Die Erlasse der neuen Regierungen über den Religionsunterricht haben auch in der breiten Oeffentlichkeit die Frage zur Erörterung geführt, ob nicht doch die Religionsgeschichte in den Schulen an Stelle des konfessionellen Religionsunterrichtes eingeführt werden könnte. Auch freiheitlich gesinnte Kreise wären einem solchen „Religionsunterrichte" nicht abgeneigt; man meint ja auch damit eine gewisse religionsfreundliche Gesinnung bekunden und Konzessionen machen zu können. Selbst das „Berliner Tageblatt" und die „Frankf. Zeitung" erwärmen sich für eine derartige „religiöse" Belehrung der Schüler. In Uebereinstimmung damit fordern die Ortsgruppe München und der Kreisverband Oberbayern des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Bayerns Beseitigung des Bibelunterrichtes, Verbot jeden Religionsunterrichtes als wesentlichen Bestandteils des Schullebens, wünschen aber Einführung in die Geschichte aller Religionssysteme in der Oberklasse (der Volksschule), anschließend an den Geschichtsunterricht („M. N. N." 167, 12. 4. 19).

Welche Stellung müssen wir zu diesem Unterrichte einnehmen? Der gläubige Katholik und Protestant wird denselben, wenn er als Ersatz für den konfessionellen Religionsunterricht gelten soll, a limine abweisen. Dieser hat ja die Aufgabe, die Dogmen, Gebote und Heilsmittel der übernatürlichen Offenbarung, wie sie die einzelne Kirche anerkennt, den Kindern vorzulegen, die Ueberzeugung von ihrer Wahrheit zu begründen und durch Aufmunterung und Gewöhnung zu einem Leben und Empfinden nach dem Geiste der Konfession zu erziehen. Die Religionsgeschichte aber will den Schüler bekannt machen mit einzelnen Phänomenen, in denen sich religiöses Fühlen des Menschenherzens in verschiedenen Zeiten und unter bestimmten Voraussetzungen kundgegeben hat. Heute wird sie einen Buddha oder einen seiner Anhänger mit seinem Hoffen auf das Versinken in das Nirwana vorstellen, morgen einen Jünger des Konfuzius mit seinem strengen Festhalten an den hergebrachten Gebräuchen, dann einen Moslem in fanatischem Eifer, die Religion des Propheten auszubreiten, weiter einen Eingeborenen von einer Insel der Südsee in abergläubischer Verehrung eines Fetisch. Auch der Vertreter des Christentums wird nicht fehlen.

Das Ziel, die Kinder die Religion sachlich betrachten zu lehren und ihnen ein auf geschichtliches Wissen begründetes Verständnis derselben zu vermitteln, ist überhaupt zu hoch gesteckt. Es kann wohl auch nicht ohne psychologische Deutung der religiösen Urkunden und namentlich der Kulte abgehen; damit wird eine Wertung der einzelnen Religionen dem Schüler aufgedrängt. Diese psychologische Deutung und Wertung aber ist eine schwierige Sache, die ohne einen wahrhaft religiösen Sinn nicht richtig vollzogen werden kann. Da ist es nun eine betrübende Tatsache, daß viele Religionsgeschichtler, sei es aus falsch verstandener Toleranz oder aus Vorliebe für das Fremde, auch die apartesten Erscheinungen der heidnischen Religionen mit größter Liebe behandeln, für das Christentum aber Gleichgültigkeit, nicht selten Abneigung und Spott haben. In der Religionskunde kann deshalb der Christ die durch seinen Glauben geforderte religiöse Erziehung nicht erkennen.

Die Religionsgeschichte ist selbst nicht für eine sittliche Bildung hinreichend, sie ist unpädagogisch. Man will den Schüler durch alle Zeiten und an alle Orte führen; damit wird gleichsam kinomatographisch reichliches Material von religiösen Erscheinungen und Typen vermittelt; dieses erzeugt indes einen großen Wirrwar in den Köpfen der Jugend, einander widersprechende Phänomene stellen sich nebeneinander. Das Kind kann keine Einheit in diesem Chaos schaffen; auch wohl der Lehrer nicht. Denn zu einer hinreichenden psychologischen Deutung und inneren Verknüpfung fehlt ihm schon die Zeit, auch wird dieser Unterricht in verschiedenen Klassen von verschiedenen Lehrern gegeben, die vielleicht über die gleichen Erscheinungen entgegengesetzt urteilen. Wie sollte nun der junge Mensch hier zu festen Grundsätzen und zu einem sicheren Gewissen kommen, die zu einem sittlichen Handeln nicht entbehrt werden können? Wie Fremdkörper, für die keinerlei Verständnis da ist, unassimilierbar, ohne Apperzeptionshilfen werden diese Mitteilungen im Geiste liegen. Sie stiften Verwirrung und tragen bei zum Niedergang im religiösen und sittlichen Leben. Welchen Ballast man den Schülern aufbürden möchte, bekunden z. B. die bereits erwähnten Arbeiten von Krohe und Peters. Es wurde dem bisherigen Religionsunterrichte vielfach der Vorwurf des Intellektualismus und Verbalismus gemacht. Die Religionsgeschichte treibt diese Ausartung auf die Spitze und führt die ganze Bewegung ad absurdum. Nur einheitliche, klar erfaßte und geistig zueigen gewordene Ideen vermögen sittlich zu erziehen. Es ist dieses eine Binsenweisheit der Pädagogik. Darum muß die Religionsgeschichte ohne jeden bildenden Einfluß auf den jungen Menschen bleiben.

Auch aus Rücksichten der Erziehung werden somit christliche Eltern den religionskundlichen Unterricht als einen Ersatz für den wirklichen Religionsunterricht strikte ablehnen; sie werden nicht das wirksamste Bildungsmittel, die lebendige Religion, aus der Hand geben. Indes auch das Wohl der Allgemeinheit muß ein gewichtiges Wort gegen den beabsichtigten Tausch sprechen. Wir hören ja auch von Männern, die außerhalb des positiven Christentums stehen, wie z. B. von Fr. W. Foerster, daß einzig die christliche Religion die staatsbürgerliche Erziehung auf ein verläßliges Fundament stelle. Darum möge man nicht aus Abneigung gegen den Offenbarungsglauben das heranwachsende Geschlecht und damit den Staat so schwer schädigen.

Die Grundzüge der amerikanischen Verfassung.

Von Philipp Kester, München.

Die amerikanische Verfassung ist schon früh, namentlich von französischen und englischen Staatsmännern, zum Gegenstand eingehender Studien gemacht, und ihre Vorzüge sind immer rückhaltlos, manchmal begeistert anerkannt worden. Gladstone, der nicht nur ein großer Staatsmann, sondern auch ein ernst zu nehmender Altertumsforscher war, hat die Verfassung der Vereinigten Staaten einmal das wunderbarste Werk genannt, das menschlichen Gehirnen und menschlichem Zielbewußtsein je entsprungen sei. Man braucht sich dieser überschwänglichen Bewunderung nicht anzuschließen, aber wunderbar muß man es immerhin finden, daß diese Verfassung dem Wechsel der Zeiten und Verhältnisse fast unverändert standgehalten hat. Die Union ist unter ihr zu einer Weltmacht geworden. Worin liegt das Geheimnis dieses Erfolges? Es mag sich daher bei den gegenwärtigen Zeiten lohnen, die Grundzüge, nach denen dieses Staatswesen sich formt, herauszugreifen und vergleichend zu betrachten.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten trennt in ihren einzelnen Artikeln scharf zwischen gesetzgeberischer, vollziehender und richterlicher Gewalt, die als koordinierte Gewalten nebeneinanderstehen. „Alle *gesetzgeberische* Gewalt ruht in einem *Kongreß* der Vereinigten Staaten, der aus einem *Senat* und einem *Abgeordnetenhaus* bestehen soll." So beginnt Artikel I der Verfassung, der sich in der Hauptsache mit dem Kongreß und dessen Rechten befaßt. Das Abgeordnetenhaus setzt sich zusammen aus Mitgliedern, die auf Grund der Bevölkerungsziffer alle 2 Jahre neu gewählt werden. Das Verhältnis betrug zu Washingtons Zeiten 1 Abgeordneten auf je 30000 Einwohner, es wurde bei dem riesenhaften Bevölkerungszuwachs immer ungleicher, und 1910 z. B. traf nur 1 Abgeordneter auf etwa 235000 Einwohner. Zur Ermittlung der jeweiligen Bevölkerungszahl schreibt die Verfassung alle 10 Jahre eine Volkszählung (census) vor, nach deren Ergebnis die Zahl der Abgeordneten jedesmal neu geregelt wird. Merkwürdig mag es erscheinen, daß die Union *kein unbedingt gleiches Wahlrecht* kennt, für die Berechtigung zu den Bundeswahlen gelten vielmehr die von einander abweichenden Bestimmungen der Einzelstaaten. Wer wahlberechtigt bei den Unterhauswahlen seiner Staatslegislatur ist, ist es auch für die Bundeswahlen. Diese Einschränkung entspringt einer klugen Rücksichtnahme auf die innere Struktur der Einzelstaaten und zeugt von dem grundsätzlichen Bestreben, den Einzelstaaten

in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten freie Hand zu lassen. Welche Verschiedenheiten sich bei den Bundeswahlen daraus ergeben, geht z. B. schon daraus hervor, daß in einigen Staaten die Frauen das allgemeine Stimmrecht haben, in anderen nicht, — daß in einigen Staaten (abgesehen natürlich von dem allgemein geforderten Bürgerrecht) das Wahlrecht von der Beherrschung der englischen Sprache abhängig gemacht ist, während andere Staaten eine solche Beschränkung nicht kennen, daß in manchen Staaten eine vorherige Ansässigkeit von 2 Jahren, in anderen nur eine solche von einem oder einem halben Jahre Bedingung ist. Ueberall aber werden die Abgeordneten unmittelbar vom Volk gewählt, das Abgeordnetenhaus trägt also in seiner Zusammensetzung ein rein nationales Gepräge.

Anders mit dem Senat. In ihm ist jeder der Einzelstaaten ohne Rücksicht auf Größe und Bevölkerungszahl mit 2 Mitgliedern vertreten, in ihm kommt also deutlich das föderative Moment zum Ausdruck. Die Senatoren werden von ihren Staatslegislaturen auf die Dauer von 6 Jahren gewählt, jedes zweite Jahr scheidet ein Drittel des Senats aus und wird durch Neuwahlen ersetzt, so daß der Senat eine dauernde und sich stets verjüngende Einrichtung darstellt, — nicht unwesentlich bei einem Umschwung der Stimmung im Lande und unter Umständen ein schweres Hemmnis für den Präsidenten, denn dieser kann hierdurch plötzlich auf die Mitarbeit eines Senats angewiesen sein, der in der Mehrheit von der politischen Gegenpartei beherrscht ist. Diese Bestimmung bildet eine gleichsam automatische Regulierung in Zeiten, wo der Präsident in seiner persönlichen Politik Wege einschlägt, die sich von der Auffassung der Allgemeinheit entfernen. Präsident Hayes, Chester Arthur und auch Grover Cleveland bei seinem zweiten Termin sahen sich gegen das Ende ihrer Amtstätigkeit einem oppositionell gesinnten Senat gegenüber. Das bezeichnendste Beispiel aus der Jetztzeit aber bietet Präsident Wilson, der Demokrat, der — ein Ergebnis der letzten Kongreßwahlen im Herbst des vergangenen Jahres — bei seiner Rückkehr aus Europa auf einen von den Republikanern beherrschten Senat gestoßen ist. Wie man den jüngsten Zeitungsmeldungen entnehmen kann, hat dieser Senat auch bereits begonnen, dem Präsidenten durch eine bewußte Obstruktionspolitik vorderhand einmal Steine in den Weg zu legen. Wenn auch der Präsident in seiner verfassungsmäßigen Stellung vom Kongreß ziemlich unabhängig ist und für seine Person ganz bedeutende Machtbefugnisse besitzt, so ist er doch in manchen Dingen stark auf die Unterstützung des Senats angewiesen. Die Verfassung bestimmt, daß zur Abschließung von Verträgen, zur Ernennung von Gesandten, Konsuln und anderen Bundesbeamten die Zustimmung des Senats notwendig ist. Hier greift der Senat doch stark in die vollziehende Gewalt ein, und der Machtstellung des Präsidenten sind dadurch gewisse heilsame Schranken gezogen.

Anderseits ist der Präsident durch das ihm von der Verfassung eingeräumte **Vetorecht** gegen Akte des Kongresses nicht ohne Einfluß auf die Gesetzgebung. Kongreßbeschlüsse erhalten Gesetzeskraft erst nach erfolgter Unterzeichnung durch den Präsidenten. Ist ein Gesetz dem Präsidenten nicht genehm, so ist er befugt, Einspruch zu erheben und den Akt zur nochmaligen Beratung an den Kongreß zurückzugeben. Es bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Häusern, um einem mit dem Veto des Präsidenten belegten Kongreßbeschluß Geltung zu verschaffen.

Die dem **Kongreß** zustehenden **Rechte** sind in der Verfassung genau niedergelegt und namentlich aufgeführt. „Der Kongreß soll ermächtigt sein, Steuern, Zölle, Verbrauchs- und Gewerbsabgaben aufzuerlegen und einzuziehen, Staatsschulden zu bezahlen, Maßregeln für die gemeinsame Verteidigung und die allgemeine Wohlfahrt der Vereinigten Staaten zu treffen, Anleihen auf den Namen der Vereinigten Staaten aufzunehmen, die Handelsbeziehungen mit fremden Nationen, wie der Staaten unter sich zu regeln, ...“ Hieran schließt sich noch eine Reihe anderer, namentlich aufgezählter Rechte, worunter das Münzregal, das Recht über Krieg und Frieden, die Aufstellung und Erhaltung eines Heeres und einer Marine, die Einberufung der staatlichen Miliztruppen zur Landesverteidigung und Niederwerfung von Aufständen als die wesentlichsten herausgegriffen werden mögen. Auch das gesamte Postwesen ist durch die Verfassung in die Hände des Kongresses gelegt, während die Verkehrseinrichtungen (Eisenbahnen) dem privaten Unternehmungsgeist überlassen wurden. (Die Wasserwege stehen mit Ausnahme einiger Privatunternehmungen unter der Kontrolle der Einzelstaaten). Ein weiterer Paragraph der Verfassung behandelt die **Kompetenzfrage** — im Hinblick auf die Einzelstaaten — von der negativen Seite. „Kein Staat soll einen Vertrag, ein Bündnis oder einen Bund irgendwelcher Art eingehen, kein Staat soll Kaperbriefe ausstellen, Geld prägen, Kassenscheine ausgeben, für Tilgung von Schulden andere Zahlungsmittel festsetzen, als Gold- und Silbermünze, ...“ An Deutlichkeit ließ die Verfassung in ihrem Wortlaut nichts zu wünschen übrig, und trotzdem haben die Verhältnisse, die zum Bürgerkrieg führten, gezeigt, daß für eine willkürliche Auslegung immer noch Raum genug war. Alle Rechte aber, die in der Verfassung dem Kongreß nicht ausdrücklich übertragen oder den Einzelstaaten nicht ausdrücklich entzogen waren, sollten der Gesetzgebung der Einzelstaaten vorbehalten sein. Diese Bestimmung ist der Verfassung — unter dem Druck der Einzelstaaten — nachträglich noch angefügt worden.

Die **vollziehende** Gewalt liegt — wie Artikel II der Verfassung sagt — in einem **Präsidenten** der Vereinigten Staaten von Amerika. Er wird zusammen mit dem Vizepräsidenten, der zugleich Präsident des Senats ist, vom Volke jeweils auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wiederwahl ist statthaft, doch gilt es, seitdem George Washington eine dritte Kandidatur ablehnte, als ungeschriebenes Gesetz, daß kein Präsident das Amt mehr als zweimal inne haben solle. Der Präsident kann aus seinem Amt nur entfernt werden, wenn das Abgeordnetenhaus auf Grund von Amtsverfehlungen oder sonst strafbaren Handlungen förmliche Anklage gegen ihn erhebt. Dieses Vorgehen (impeachment) ist das ausschließliche Recht des Abgeordnetenhauses, Gerichtshof ist in einem solchen Falle der Senat unter Vorsitz des obersten Bundesrichters. Das Urteil kann sich nur auf Entfernung aus dem Amt erstrecken, die weitere Verfolgung bleibt gegebenenfalls den gewöhnlichen Gerichten überlassen. Der Senat ist also sehr wohl in der Lage, einen Präsidenten gegen den Willen des Abgeordnetenhauses zu halten, sollte der außergewöhnliche Fall sich je ereignen. In der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten ist der Fall nur **einmal** dagewesen. Andrew Johnson, der Nachfolger Lincolns, wurde 1868 vom Abgeordnetenhaus, bei dem er sich mißliebig gemacht hatte, angeklagt, daß er die Verfassung verletzt und Aeußerungen getan habe, die „das hohe Amt des Präsidenten der Verachtung, der Lächerlichkeit und der Schande preisgeben“. Er wurde vom Senat mit knapper Mehrheit freigesprochen und blieb bis zum Ende seines Termines im Amte.

Die Stellung des Präsidenten ist also vom Kongreß ziemlich losgelöst und wird es noch mehr dadurch, daß der Präsident die wichtigsten Staatsämter nach Gutdünken selbst besetzt. Die Vereinigten Staaten kennen **kein parlamentarisches Regime**, der Präsident umgibt sich in seinem „Kabinett“ nach eigener Wahl mit Beratern, die ihm für die einzelnen Verwaltungszweige als die richtigen Männer erscheinen. Im Zusammenarbeiten mit diesen — oft auch ohne sie — trifft er seine Entschließungen, unabhängig vom Kongreß und nur gehemmt in manchen Dingen durch die vorgeschriebene Zustimmung des Senats. Die Gefahr, daß eine so weitgehende Selbständigkeit zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, liegt nahe. Es läßt sich verstehen, daß sich ein Präsident lieber mit Parteigängern umgibt, als mit Männern der gegnerischen Richtung. Aber die amerikanische Auffassung, daß der jeweils herrschenden Partei ganz natürlich auch alle höheren Aemter zufallen müssen, ist so sehr Gemeingut des Volkes, daß irgendwelche Störungen aus dieser Einrichtung nie entstanden sind. Im übrigen sind die Fälle nicht selten, daß ein Präsident auch Männer der Gegenpartei auf Grund ihrer besonderen Eignung in sein Kabinett berief. Nebenbei mag erwähnt werden, daß sich in den letzten zwei Jahrzehnten — namentlich seit Roosevelts Kreuzzug gegen die Aemterkorruption — eine mehr lautere Gesinnung im ganzen amerikanischen Leben Bahn gebrochen hat und die fast sprichwörtliche Korruption im öffentlichen Leben — wie sie namentlich nach dem Ende des Bürgerkriegs von Grant bis Cleveland blühte — zu schwinden beginnt.

Reicht die Macht des Präsidenten schon zu normalen Zeiten sehr weit (nach dem Wortlaut der Verfassung soll der Präsident auch „dafür sorgen, daß die Gesetze getreulich ausgeführt werden“, — eine Amtspflicht, die seiner persönlichen Initiative fast unbegrenzten Spielraum läßt), so erhält er fast diktatorische Gewalt zu Kriegszeiten, denn kraft der Verfassung ist der Präsident auch Oberbefehlshaber über die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu Land und zu Wasser. Die Verfassung bietet dem Kongreß keine Handhabe, auf die Politik des Präsidenten, sobald es sich um die Beziehungen zum Ausland handelt, mitredend einzuwirken (nur zur Abschließung von Ver-

trägen mit anderen Ländern ist, wie bereits erwähnt, die Zustimmung des Senats erforderlich), und so liegt die ganze auswärtige Politik der Vereinigten Staaten schließlich in der Hand des Präsidenten. Nur unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß ein Woodrow Wilson der Mann wurde, dessen Name heute die Welt erfüllt.

Die richterliche Gewalt der Vereinigten Staaten ruht in einem Obersten Bundesgerichtshof, mit einem ihm unterstellten System von niederen Gerichtshöfen (Bundesgerichten), die nach Bedarf vom Kongreß eingesetzt werden. Die Richter werden vom Präsidenten ernannt und bekleiden ihr Amt „auf die Dauer guten Verhaltens", mit anderen Worten auf Lebenszeit. Die Fälle, die der Rechtsprechung der Bundesgerichte unterliegen, sind wiederum in der Verfassung genau aufgezählt, der Oberste Bundesgerichtshof ist für sie letzte und höchste Instanz. Er entscheidet vor allem über Streitfragen, die aus der Verfassung selbst, aus Gesetzen und Verträgen der Vereinigten Staaten entspringen, über Streitfälle, in denen die Vereinigten Staaten Partei sind, über Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Staaten, zwischen einem Staat und Bürgern eines anderen Staates, zwischen Bürgern verschiedener Staaten usw. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß namentlich die Grenzregulierung zwischen den einzelnen Staaten ein Gegenstand der Schlichtung war, der vor dem Obersten Bundesgericht immer wiederkehrte. Einzigartig aber ist die Stellung, die der Oberste Bundesgerichtshof als Interpretator der Verfassung einnimmt. Er ist gewissermaßen der Wächter der Verfassung, er legt sie in Streitfällen aus: damit liegt es ohne weiteres in seiner Macht, einen Akt des Kongresses für verfassungswidrig und für nichtig zu erklären, umgekehrt natürlich auch Gesetze und Verordnungen der Einzelstaaten. Seit der Zeit seines Bestehens sind so vom Obersten Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten 21 Kongreßakte und mehr als 200 Gesetze und Verordnungen von Einzelstaaten als gegen die Verfassung verstoßend und daher ungültig erklärt worden. Ebenso zahlreich aber sind die Fälle, in denen einzelstaatliche Gesetze gegen den Einwand der Verfassungswidrigkeit gestützt und zu Recht bestehend erklärt worden sind. Der französische Staatsmann Alexis de Tocqueville, der im Auftrag seiner Regierung die Vereinigten Staaten im Jahre 1831 bereiste und seine Eindrücke später in einem von der Akademie preisgekrönten Buch „La Démocratie en Amérique" niederlegte, zollt der Einrichtung des Obersten Gerichtshofes die höchste Bewunderung. „In den europäischen Staaten", sagt Tocqueville, „sind die Gerichte nur dazu berufen, über Streitigkeiten privater Individuen zu verhandeln; der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten aber fordert souveräne Mächte vor seine Schranken". Und John Stuart Mill nennt den Obersten Bundesgerichtshof „das erste Beispiel einer Einrichtung, die jetzt das vordringlichste Bedürfnis der gesitteten Welt ist, nämlich das Beispiel eines internationalen Schiedsgerichts."

Eine Reihe Amendments sind der Verfassung im Laufe der Zeit angefügt worden, davon die Mehrzahl (12) in den allerersten Jahren der Union, die übrigen nach dem Ende des Bürgerkriegs im Zusammenhang mit der Abschaffung der Sklaverei. Die Verfassung selbst hat in besonderen Bestimmungen dafür gesorgt, daß solche Abänderungen oder Erweiterungen nur schwierig durchzusetzen sind: sie müssen von einer Zweidrittel-Mehrheit des Kongresses beantragt und von Dreivierteln sämtlicher Einzelstaaten ratifiziert sein, um Geltung zu erlangen. Für das innerpolitische Leben am wichtigsten ist das 15. Amendement, das — 1870 in Kraft getreten — den Negern im großen ganzen das Wahlrecht gab.

Die Union setzt sich heute — von den auswärtigen Besitzungen ganz abgesehen — aus 48 Staaten zusammen, von denen der Staat Texas allein größer ist, als das gesamte Deutsche Reich vor dem Kriege, — Staaten, die sich wirtschaftlich und kulturell höchst augenfällig von einander unterscheiden und die heute trotzdem durch ein starkes Nationalgefühl geeint sind, das — in seinen Aeußerungen manchmal recht übertrieben — nicht angezweifelt werden kann. Niemand wird das große amerikanische Staatswesen einen Einheitsstaat nennen wollen, es wäre auch nicht zutreffend. Den Einzelstaaten ist in ihren inneren Angelegenheiten eine ganz beträchtliche Selbständigkeit gelassen, und auch ein gewisser partikularistischer Stolz unter den Einzelstaaten ist nicht zu verkennen. Der Bürger von Newyork oder Kentucky oder irgend einem der anderen 48 Staaten rühmt sich, bei allem gemeinsamen Nationalgefühl, ebensogern seiner besonderen Staatsangehörigkeit, wie es der Bayer oder Preuße tut. Amerika ist ein Bundesstaat in vielleicht vorbildlicher Formung, „a Federal Republic" (wie die Vereinigten Staaten sich offiziell selbst bezeichnen), „ein Staatswesen aus Staatswesen" (wie der englische Politiker und Geschichtsschreiber James Bryce einmal sagte), und die Entwicklung des amerikanischen Volkes zu einer Weltmacht hat gezeigt, daß innerer Aufschwung und äußere Erfolge nicht unbedingt an die Form des Einheitsstaates gebunden sind.

Abt Gregor Danner von St. Bonifaz †.

Nicht unerwartet, aber deshalb nicht weniger schmerzlich hat uns die Todesnachricht aus der stillen Klosterzelle von St. Bonifaz berührt. Abt Gregor Danner ist in der Nacht des Schmerzensfreitags seinem schweren fast 2jährigen Leiden erlegen und durch einen sanften Tod in die ewige Heimat abberufen worden. Zu frühe für ein segensreiches Wirken, das wir unserm menschlichen Ermessen nach dem verdienten Manne noch weiter hätten beschieden sehen mögen, wohl aber nicht zu frühe, um all dem Jammer und Elend unserer Zeit enthoben zu sein, an dem wir noch weiter zu tragen haben. R. I. P.

Abt Gregor Danner war ein Sohn des Volkes, aber einer von jenen, die die jetzt viel mißachtete „gute Kinderstube" gehabt haben. Wie oft und gerne erzählte er in seiner schlichten Weise selbst davon, daß er aus einfachen Verhältnissen herausgeboren, einer kinderreichen Bauernfamilie entstammte — einer jener Familiengemeinschaften, die die jetzige Welt bald nicht mehr kennt, da es noch Väter und Mütter gab, die trotz Mühe und Schweiß bei einfachster Lebenshaltung den Segen Gottes in ihrer zahlreichen Kinderschar erblickten, und wo eine fromme brave Mutter insbesondere ihnen ein Beispiel war fürs ganze fernere Leben. Man konnte sich daran erbauen, mit welcher Verehrung der verewigte Abt von seiner Mutter sprach — eine Beobachtung, die wir gerade bei tüchtigen Männern am häufigsten machen, und die meist ihrer Wertschätzung für das Frauengeschlecht den bestimmenden Grundton gibt.

Fünfzehn Jahre lang hat Gregor Danner als Abt in St. Bonifaz und Andechs regiert, nachdem er 6 Jahre vorher in den Benediktinerorden eingetreten war und im Kloster Scheyern seine Profeß abgelegt hatte. Seine frühere Tätigkeit als Weltpriester umfaßte zehn Jahre, von 1887—1897, wobei er als Präfekt und Subregens im Klerikalseminar zu Freising wirkte. So finden wir ihn stets in verantwortungsvollen Stellen, ihn, dessen Tüchtigkeit und Amtswürde gleichwohl von einem Wesen schlichter Einfachheit getragen war. Was Abt Danner in seinem geistlichen, in seinem klösterlichen Berufe gewirkt und organisiert hat, entzieht sich unserer auf diesem Gebiete nicht ins einzelne gehenden Betrachtung und muß den hierzu Berufenen überlassen bleiben. Wir wollen hierbei nur der Gründung von Rothenfeld gedenken, jener männlichen Fürsorgeerziehungsanstalt, die des Verewigten ureigenstes Werk war und zu deren Einweihung — eine unvergeßliche Erinnerung! — auch je eine Vertreterin des Katholischen Frauenbundes, sowie des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder geladen waren. Lebhaft steht er uns noch vor Augen, dieser goldene Herbsttag von 1910, an welchem uns benediktinische Gastfreundschaft im neugegründeten Hause erwartete und umgab. Noch leben sie in der Erinnerung jene heiteren Stunden, die wir dem Gastgeber bei der Einweihung von Rothenfeld zu verdanken hatten, vereint mit vielen anderen Teilnehmern, behördlichen Vertretern und Notabilitäten aus der Stadt, die gleichfalls seiner Einladung gefolgt waren. Am Vormittag beim Hochamt in der neugeweihten Kapelle hatte der Abt eine Ansprache gehalten, wobei er unter anderem der Worte gedachte, die bei der Grundsteinlegung seinerzeit niedergelegt worden waren: „Gott zur Ehre, den Jugendfreunden zur Lehr und den Jugendfeinden zur Wehr." Dieses grundlegende Programm verdankt demnach die Anstalt ihrem Begründer.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, der Seelsorge und der klösterlichen Organisation lag der Wirkungskreis des Verewigten — wir vom Katholischen Frauenbund wir wissen es, was wir dem hochwürdigsten Abt von St. Bonifaz als geistlichen Beirat und väterlichen Freund und stets ebenso wohlwollenden als zielbewußten Berater zu verdanken



haben. Dieser Dank und diese Erinnerung seien ihm hier an dieser Stelle besonders geweiht, nachdem die Gruft sich über seiner sterblichen Hülle geschlossen. Man kann es ruhig behaupten, ohne die Stütze, ohne die weise, beratende Hilfe unseres unvergeßlichen Beirates wäre der Kathol. Münchener Frauenbund, wäre der Bayerische Landesverband des Katholischen Frauenbundes nicht das geworden, was er ist. In gar manchen kritischen Lagen, in mancher prekären Situation, wie sie die Entwicklung großzügiger Organisationen mit sich bringt, wußte der kluge Berater, der einsichtige Freund des Frauenbundes, wie der katholischen Frauenbewegung das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten und mit feinem Griff einen gefährlichen Wellenschlag zu parieren. In fester Stetigkeit und stetigem Festhalten an den Zielen des Katholischen Frauenbundes hat Abt Danner den Ausschlag gegeben, wenn es sich darum handelte, etwas durchzusetzen, das vielleicht manchem als ferner liegend oder als nicht durchsetzbar erschien — immer mit dem gleichen Takt, ohne zu verletzen, und immer von jener inneren Harmonie getragen, die ihm eigen war. Wahrhaftig, ein Segen Gottes für das Vereinsleben im allgemeinen wie für einen komplizierten Organisationsapparat im besonderen. Wer wie wir in traulicher Gemeinschaft mit dem hochwürdigen Herrn beraten durfte, der lernte seine Persönlichkeit erst so voll und ganz schätzen; lag doch auch der Humor seiner Art nicht ferne, den er gerade in Momenten zu äußern wußte, wo eine Entspannung der Gemüter willkommen war.

Groß und unvergessen bleiben deshalb die Verdienste des Verstorbenen um unseren Katholischen Frauenbund. Wie sich auch der angeborne Mutterwitz bewährte bei allen Gelegenheiten, davon könnten die Annalen unserer Vertrauensfrauenversammlungen erzählen. Wie verstand es der Verstorbene die Volksseele zu erfassen, und wie sprach er stets am rechten Ort das rechte Wort! Vierzehn Jahre lang, von der Gründung des Katholischen Frauenbundes im Jahre 1904 angefangen, widmete er sich mit Rat und Tat unserer Organisation und hat zuerst als Beirat des Zweigvereins München und vom Jahre 1910 an als solcher des von ihm mitbegründeten bayerischen Landesverbandes eingehend mitgewirkt am Aufbau und der Weiterentwicklung unseres Bundes. Unermüdlich war Abt Danner bei fast allen unsern Versammlungen und Veranstaltungen zugegen, da und dort ein förderndes Wort sprechend; unzertrennlich bleibt deshalb seine ehrwürdige Gestalt in unserer Erinnerung damit verbunden, unvergessen sein Wirken im Katholischen Frauenbund und sein Eintreten für die katholische Frauenbewegung.

Natalie Baronin Dorth.

Im Dom.

Ich liebe dieses festliche Gepränge,
Das feierliche Amt im hohen Dom,
Den Weihrauchduft, die alten Chorgesänge,
Der frommen Beter dichtgedrängten Strom.
Von Blumenzier und frischem Grün umgeben
Lieb' ich den Hochaltar im Kerzenglanz,
Des Opfers tiefgeheimnisvolles Leben,
Das lichte Goldgefunkel der Monstranz.
Der Ministranten silberhelles Läuten,
Die Geistlichkeit im hehren Festornat.
O, wer vermag das Wunder auszudeuten,
Wenn unterm Baldachin der Heiland naht? —
Und gerne knie ich an geweihter Stelle,
Wenn Orgelklang von der Empore fliesst,
Des Tantum ergo segenschwere Welle
In jubelnden Akkorden sich ergiesst. —

Doch mehr noch lieb' ich jene heil'ge Stille,
Die durch den Dom auf weichen Schwingen geht,
Da vor dem Höchsten ird'scher Wunsch und Wille
In unbewusstem Seufzerhauch verweht.
Und nur ein grenzenloses Gottverlangen
Gleich Opferdüften aus der Seele steigt,
Dass sie voll Liebesglut und heil'gem Bangen
Anbetend sich vor ihrem Schöpfer neigt.

Josefine Moos.

Stillosigkeit.

Von Hans Grundel, Berlin.

Unstet und ruhelos ist der moderne Mensch geworden, insbesondere der Großstadtmensch unserer Tage. Sein Sinn hängt an dem Lauten, an dem Brüllen der Brandung, wie sie das moderne Leben schafft. Sein Auge ist eingestellt auf schreiendes, die Sehnerven aufpeitschendes Bogenlampenlicht und auf das unwürdige, begehrliche Flimmern von Diamanten, auf Rampenlicht und grelle Theaterfarben. Seine Kunst ist eine Kunst der unaufgelösten Gegensätze. Sein Drama zeigt den sieglosen Kampf zwischen den widerstreitenden Mächten des Herzens, seine Musik die rhythmenlosen Schwingungen seiner gequälten Seele, das mit den ausgesuchtesten und fast schon an das Unmögliche grenzenden Mitteln raffiniertester Technik erzielte Herumirren von einem Thema, von einer angeschlagenen Melodie zur andern, seine Biographien das Exzentrische, das qualvoll Ringende, das Unerlöste, Titanische in der Menschennatur. Richard Strauß, Ibsen, Strindberg, Oskar Wilde, Frank Wedekind, Nietzsche, Schopenhauer sind moderne Menschen in diesem Sinne. Was dem in der Hast der Arbeit und in der Jagd nach Vergnügungen sich verzehrenden Großstadtmenschen fehlt, das sind die Stunden der Einsamkeit, in denen er seine Seele wiederfinden kann, wo er abgekehrt von all dem bunten Treiben hinauf zu den Sternen schaut und hinein in die Tiefen jener Seelen, in denen sich die unendliche Tonfülle, wie sie das Leben bietet, aufgelöst hat in Harmonien. Was wir brauchen, das ist Kunst für stille Stunden.

In dem Wunsche, einmal solche stille Stunden edlen Kunstgenusses zu durchleben, ging ich eines Abends ins Berliner Palasttheater, um mir das neue, viel besprochene, erst durch Aufhebung der Zensur möglich gewordene Passionsspiel „Christus", nach den Evangelien von Georg Fuchs, anzusehen. „Christus" stand mit fetten, schwarzen Lettern in der Mitte des Theaterzettels zu lesen. Und daneben, auf dem gleichen Blatt, in derselben großen Mittelspalte, mit fast ebenso fett gedruckten Lettern ein Inserat: „Nach Schluß der Vorstellung nach Colibri Bar. Intimster Tanzsalon und Bar des Westens. Beste Musik. Vorzügliche warme Küche". Stillosigkeit! gings mir beim Lesen dieser Zeilen blitzartig durch den Kopf.

Der Vorhang teilte sich, das Spiel begann. Szenerie: Offenbar das Innere des jüdischen Tempels in Jerusalem, im gotischen Stil, mit mittelalterlichen, klösterlichen Wandelgängen und mit bunten, mit Heiligenbildern bemalten Kirchenfenstern! Stillosigkeit! fuhr mir's wieder durch den Sinn. Das Spiel selbst: stillos. Ein völlig frei und bar jeglichen historischen Sinns, bar jeglichen Empfindens für die Ehrfurcht auch vor der Form der uns überlieferten Heilswahrheiten zusammengetragenes Nebeneinander von zeitlich weit auseinanderliegenden Szenen aus Jesu Leben und Wirken. Im gleichen Aufzug, auf der gleichen Felskulisse wird Jesus verklärt, erlebt er die Versuchung des Teufels; und der gleiche Felsen dient im gleichen Aufzug dem Lazarus als Gruft, aus der heraus ihn der Heiland zum Leben erweckt. Alles in allem: Eine Reihe zum Teil gut nach alten Meistern gestellter Bilder, in die der Christusdarsteller Wüllner durch sein zweifellos stark innerliches Spiel Leben zu hauchen sucht, freilich meist vergeblich! Wüllner ist der Einzige, der uns erwärmen könnte durch sein seelenvolles Spiel, durch den schönen, an Modulationen so überaus reichen, metallenen Klang seiner Worte, wenn nicht diese ganze, autoritäts- und seelenlos zusammengestoppelte Passion mit ihrer ganzen inneren Stillosigkeit, mit ihrem unnatürlichen, grellen, oft zu spät einsetzenden Rampenlicht seine an und für sich schon ungeheuer schwierige Aufgabe gleich von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Selten bin ich innerlich so unberührt und kalt geblieben wie durch dieses Spiel.

Daß aus dieser Kritik nicht etwa konfessionelle Einseitigkeit, mangelndes Verständnis für die moderne Kunst, wie man es gern dem Katholizismus vorwirft, spricht, zeigt eine Besprechung des Passionsspiels in der „Täglichen Rundschau", in welcher der Kritiker krampfhafte, leider mißlungene Versuche anstellt, Parallelen mit dem Ammergauer Passionsspiel zugunsten des Fuchsschen Stückes zu ziehen, die natürlich getragen sind, wie so vieles, was die „Tägliche Rundschau" an geistiger Kost ihren Lesern vorsetzt, von Gehässigkeit gegen alles Katholische. So schreibt der Rezensent über den Ammergauer Passionsspieler Anton Lang: „. . . Dieser Wunsch war besonders durch die Wahrnehmung geweckt worden, daß der vortreffliche Jesusdarsteller im Ammertal, Anton Lang, so eindrucksvoll auch seine Heilandsgestalt in Haltung und Geste wirkte, doch, sobald er den Mund auftat, mit seinem süßlichen „Kaplandeutsch" unliebsam an die Herren, die hinter den Kulissen von Oberammergau standen, erinnerte, eine dogmatische Puppe, ausgestopft mit den konfessionellen Lehrmeinungen des Erzpaters von Ettal." Aber selbst dieser Herr muß bei der Besprechung des Berliner Christusspiels zugeben: „Nur hätte Georg Fuchs es sich versagen sollen, die bekanntesten Jesusworte in Jamben zu kleiden: die dadurch notwendig gewordenen Kürzungen und Veränderungen wirkten mitunter schmerzhaft. . . . . Auch sonst ließe sich mancherlei gegen die vorliegende Fassung des Spiels einwenden. Der Verfasser hat für mein Gefühl zu viel „drum herum" gedichtet, den Judas Ischariot zu stark in den Vordergrund gerückt." . . .

So saß ich denn teilnahmslos im Zuschauerraum und wartete vergeblich auf ein seelisches Ergriffenwerden, auf die Funken innerer Glut, die überspringen würden von den Darstellern auf die Zuhörer,

auf die erhoffte Harmonie, den inneren Einklang zwischen Bühne und Zuschauerraum. Und ich dachte an die griechischen Tragödien und die tiefe innere Teilnahme weiter griechischer Volksmassen am Spiel, dachte an die geistlichen Spiele des Mittelalters, die, aus der kirchlichen Liturgie hervorgesprossen, trotz ihrer Anspruchslosigkeit auf äußere Technik doch Geist und Herz der Zuhörer mächtig ergriffen und zweifellos in Zeiten religiöser Reformen, wie es sie das 11. und 12. Jahrhundert darstellten, viel zur Verinnerlichung des religiösen Lebens beigetragen haben, allerdings nur so lange, wie sie sich von den zersetzenden weltlichen Einflüssen satirischer und possenhafter Art freihielten. Schon damals wurden starke und eindringliche Stimmen laut, die energisch Verwahrung einlegten gegen die durch die Spiele immer mehr zunehmende Profanierung der kirchlichen Handlungen und des gesamten liturgischen Lebens. Erinnert sei an den literarischen Kampf, den Propst Gerhoh von Reichersperg (gest. 1169) und die Aebtissin zu Hohenburg, Herrard von Landsperg führten gegen die Aufführungen von Schauspielen in der Kirche. Der Kampf ernsthafter, von hohem Kunstsinn erfüllter christlich gesinnter Kreise gegen das Herabziehen der uns Christen heiligen religiösen Handlungen und Geschehnisse auf die Bühne ist Jahrhunderte alt und gleicherweise das Bestreben, das tiefere Verständnis weiter Volkskreise für die Schönheiten, für die im höchsten Maße künstlerischen Schönheiten des liturgischen Lebens in der Kirche.

Auf der Heimfahrt von jener Vorstellung kam in meiner Seele ein Kampf zur Entscheidung, der seit Wochen schon mich beschäftigte. Mich bewegten tief die Loslösungsbestrebungen einzelner deutscher Volksteile, ich konnte vom Standpunkt der Reichseinheit kein inneres Verhältnis zu ihnen finden. Aber nach jenem „Kunstgenuß“ wurde mir die tiefe, innere Berechtigung des tausendfachen Schreis: „*Los von Berlin*“ so recht bewußt. Ich erkannte, daß diese völkischen Loslösungsbestrebungen letzten Endes eine tief wurzelnde *Kulturbewegung* sind und daß sie es überall dort werden müssen, wo sie es noch nicht sind, ja, daß es vaterländische Kulturarbeit ersten Ranges ist, was diese Bestrebungen zu leisten haben. Das deutsche Volk muß endlich einmal aufhören, sich weiter von den Berliner dekadenten Kulturtendenzen vergiften zu lassen. Der Strom echter, gesunder *deutscher Kultur* muß wieder vom Westen und vom Süden des Reiches fließen, von dort her muß ein wirksamer und erfolgreicher Kampf einsetzen gegen die ungeheure Stillosigkeit unseres gesamten Volkslebens, wie sie seit Jahrzehnten von Berlin propagiert worden ist. Oder steckt in all den zahllosen Ehebruchsdramen, in den schamlosen Kinofilmen, die von Berlin aus ihren Siegeszug durch ganz Deutschland nehmen, steckt darin auch nur eine Spur von Stil, von produktiver Kunst, von Lebenswerten für unser Volk, ein Strahl von Höhensonne, der unser frierendes, hungerndes Volk erwärmen könnte? Es ist eine Schmach unseres deutschen Bürgertums, daß es sich jahrzehntelang von dieser Kulturtyrannei hat knechten lassen, und die Vergnügungstollwut, diese neue Lustseuche, die heute weite, vor allem auch die niederen Kreise ergriffen hat, ist die Rache der Verführten.

Aber — wird man einwerfen — die Reinhardtbühne in Berlin? Sie ist doch Mittelpunkt einer ernsten, hochstrebenden Kunst! Ich zweifle nicht an dem Ernst dieses Bühnenunternehmens, aber ich zweifle berechtigterweise an der *schöpferischen Kraft* der Kulturideen, welche jene Kreise durch die von ihnen vertretene Kunst propagieren. Ich habe großen Respekt vor dem technischen Können der Reinhardtbühne, vor der außerordentlich starken Fähigkeit der Reproduktion, vor dem Instinkt, mit dem man, zum großen Teil dank des starken jüdischen Einschlages jener Kreise, das Wetterleuchten neuer Ideen verspürt, vor der Fähigkeit des Sicheinfühlens in fremde Volksseelen, vor der großen Kunst des Darstellens all der seelischen Zerrissenheit, all der tiefen Sehnsucht nach neuen Zielen, aber auch all der inneren Halt- und Kraftlosigkeit, der Unausgeglichenheit des modernen Menschen. Aber die Reinhardtbühne ist für mich eine Bestätigung alles dessen, was ich zu Beginn dieser Ausführungen sagte. Reproduktiv, das Neue fördernd, das Große, was in neuen Ideen steckt, mit psychologischem Scharfsinn ahnend, das ist die Reinhardtbühne, und das verdankt sie den Eigenarten der jüdischen Rasse, aber sie ist nicht schöpferisch, *sie zeigt uns keinen Weg heraus aus all dem Chaos der Ideen*, sie gibt keine Entscheidung in dem Kampf zwischen den widerstreitenden Mächten des Herzens. Sie zeigt uns russische Kultur und in ihr das Wetterleuchten einer neuen Kulturepoche, aber sie zeigt uns nicht die Ewigkeitswerte dieser Kultur, sie gibt nicht Wege an, die hinüberführen von der germanischen Kultur zur slawischen. Sie stellt mit ergreifender Realistik die religiöse und soziale Not des modernen Menschen dar, aber nur immer zaudernde Hamletnaturen, zweifelnde Faustgestalten, Menschen voll innerer Halt- und Kraftlosigkeit wie Fedja im „Lebenden Leichnam“ von Tolstoi, oder Menschen wie Nikolaj Iwanowitsch im Tolstoischen Drama „Und das Licht scheinet in der Finsternis“, die zwar voll innerer Glut von den reinen und (nach ihrer Ansicht) unverfälschten Ideen des Christentums reden, die aber zerbrechen, wenn's an die Erfüllung und Verwirklichung geht. So ist auch letzten Endes die Kultur der Reinhardtfreunde eine dekadente, eine zersetzende, eine vom Zweifel angefressene, aber keine Kultur, die in großer, echter, christlicher Lebensbejahung neue Werte schafft für unser Volk.

Vor allem aber dort, wo sie religiös einzuwirken versucht, wirkt sie verwirrend, verwässernd, einseitig auf das Gefühl, nicht aber auf den Willen. Und was sie vielleicht mit ästhetischem Sinn an innerer Flachheit, Unausgeglichenheit und Unwahrhaftigkeit verdeckt, das vergröbern andere Bühnen bis zur Geschmacklosigkeit. Unser Volk aber benötigt mehr als alles das. Frank Wedekind und Strindberg, Ibsen und Tolstoi mögen wohl Dichter und Kulturpropheten nach dem Herzen Berliner Kunst- und Kulturdiktatoren sein, sie mögen auch sicher interessantes Material liefern zur Psychologie des modernen Menschen, aber die Hände weg von unserer Volksseele, *die Hände weg von religiösem Erbgut*, die Hände weg von allem, was weiten Kreisen unseres Volkes noch heilig und teuer ist, die Hände weg von Passionsspielen und Christusdarstellungen mit Moschusduft und daran sich anschließendem Tanz! Und darum „Los von Berlin“, Selbstbesinnung auf alles Wertvolle, Bleibende, was in dem völkischen Eigenleben unserer Nation ruht und seit Jahrzehnten dank der Diktatur einer dekadenten Kulturzunft einen schweren, wenn auch zähen Kampf um seine Daseinsberechtigung gekämpft hat.

Wenn so die Sonderbestrebungen west- und süddeutscher Kreise zu einer mächtigen, von Innen herausquellenden Kulturbewegung werden, wenn sie zum Kulturstrom werden, der deutsches Land neu befruchtet, dann wird sie trotz aller Parlamentsdebatten, Verfügungen, Proteste und Anfeindungen in ihrem Laufe nicht mehr aufgehalten werden. Das aber *muß* sie werden, und dazu muß Deutschlands junger, mit Idealen erfüllter Katholizismus in erster Linie uns verhelfen. Es gilt einer dekadenten Kultur die Ewigkeitswerte christlicher Kultur, wie sie im Katholizismus verborgen sind, entgegenzusetzen und dadurch unser Vaterland wieder zur Gesundung gelangen zu lassen.

Freilich, schwer ist der Weg, und namentlich in der Kunst gilt es viele Hemmungen zu beseitigen: Geschmacklosigkeit, Mißachtung vom Werte des Technischen in der Kunst und mangelnden Opfersinn, wenn es gilt, alle die großen Pläne, die in uns leben, Gestalt werden zu lassen. Bestrebungen, wie sie von den Benediktinern ausgehen, um ein größeres Verständnis für die hohe Kunst und Schönheit des liturgischen Lebens, für einen stilvollen Gottesdienst und ein stilvolles Gotteshaus in weiten Kreisen zu wecken, finden immer noch nicht die notwendige Beachtung. Wenn wir heute die Stillosigkeit weiter Volkskreise in ihrem religiösen Leben und Empfinden beklagen, dann dürfen wir dabei auch nicht vergessen, daß ein gut Teil dieser Stillosigkeit auch auf die noch gläubigen Christenseelen übergegangen ist. Die Schwungkraft des Gebetes mancher Gebildeten wird gelähmt durch Zweifel, und die himmelstürmende Inbrunst der Bitten der Volksmassen wird abgeschwächt durch gedankenlos arbeitende Gewohnheit, durch Mangel an Willenskraft, sich hinein zu versenken in die gewaltigen Mysterien des Gemeinschaftslebens mit Gott, wie es in der kirchlichen Liturgie in der ergreifendsten Weise zum Ausdruck kommt. Vielen Katholiken ist heute der Sinn für die Schönheiten der liturgischen Gebete abhanden gekommen, und ein Versenken in die Mysterien des eucharistischen Opfers geschieht nur selten an Hand der kirchlichen Gebräuche und Gebete. Man erlebt heute kaum mehr mit der Kirche die ungeheure Tragik der Karwoche, und doch gibt es nichts Ergreifenderes, keine Tragödie der Weltliteratur, keine Passionsspiele und keine Passionsmusik, die so erschütternd auf die Herzen der Menschen wirkt wie die Liturgie des Gründonnerstags und des Karfreitags.

Und ähnliches gilt von der christlichen Kunst.

Aber ich meine, das alles wird anders und besser werden, wenn wir erst einmal zu einem Gesinnungswechsel und zu einem klaren und starken Bewußtsein von der Größe unserer Kulturaufgabe kommen, wenn in den Zentren katholischen Lebens und katholischer Kultur die Jugend aus der Lethargie erwacht und sich erinnert, wie Dr. Sonnenschein in einem Aufruf sagt, „an die Linie der *eigenen* kulturellen Art, an die Konsequenz der eigenen sozialen Grundsätze, die Richtung des eigenen universalen Christentums. *Wir wollen tiefer, bewußter, umfassender katholische Christen sein*: zum Aufbau einer neuen, innerlichen, geistigen, brüderlichen, allen gemeinsamen Kultur. Wir waren allzu sehr eingestellt auf die Parität und den Wunsch, uns anzugleichen, darauf, im preußisch-deutschen Reich Tempo und Maß der Gesamtkultur, wie sie vorlag, auf uns zu übertragen“. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, daß wir selbst im Besitze großer Kulturwerte sind, die es gilt, unserem Volke zu übermitteln, daß wir zwar eine Minderheit in der deutschen Kultureinheit darstellen, aber eine wertvolle, eine gebende. Kommilitonen aus allen Fakultäten, aus allen Verbindungen und Vereinen, laßt uns bewußte Tatkatholiken werden, laßt uns mit großer, echter, deutscher Kultur durchdringen unser Volk, laßt uns unseren Katholizismus nicht bloß Bekenntnis sein, nein, laßt ihn uns in unseren Seelen wieder zur Kulturmacht werden! Wie sagt Dr. Sonnenschein in dem bereits genannten Aufsatze: „Dieses Stück Erde will und wird befruchtet sein von *unserem* Blut und von *unserer* Idee. Deutschland soll wieder groß werden, *auch* durch uns. Andere werden ihm ihre Kultur geben, *wir* die unsere. Am Bilde der Zukunft hämmern sie alle: süddeutsche Art, hanseatischer Geist, sozialistische Demokratie. Es hämmert an ihm *auch* junger deutscher Katholizismus!“

Die symphonische Dichtung.

Von Martin Mayr, München.

Liszt: „Meine symphonischen Dichtungen ... bleiben für mich die notwendige Entwicklungsstufe meiner Erlebnisse, welche mich zur Ueberzeugung geführt haben, daß Erfinden und Empfinden nicht sogar vom Uebel sind. Am Ende kommt es doch hauptsächlich auf das Was der Ideen und das Wie der Ausführung an.“

Am vergangenen 8. März vor 50 Jahren starb zu Paris Hektor Berlioz, der bedeutende französische Komponist.

Dieser Berlioz warf in die Reihen der komponierenden, reproduzierenden, hörenden und philosophierenden Musiker einen großen Streitapfel: der heißt Programmusik. In einigen Vertretern ging die Musikästhetik so weit, der Programmusik und ihrer bedeutendsten Form, der symphonischen Dichtung, die künstlerische Berechtigung abzusprechen.

Nach dem bekannten Wagnerwort ist die Musik die Sprache der Gefühle. Die Domäne der Musik in der Menschenseele bleibt also das Gemüt, die Empfindung. Dieses Empfinden aber ist nichts Leeres, nichts Wurzelloses. Es zeigt sich vielmehr als Antwort auf einen Reiz, als Reaktion auf irgendein inneres oder äußeres Erlebnis. Je tiefer und stärker der Eindruck auf die Nerven wirkt und sich in die Seele gräbt, desto spontaner, impulsiver und mächtiger durchrieselt der Affekt das Innere. Diese Aufnahme- und Empfindungsfähigkeit ist nicht bei allen Menschen gleich. Der geborene Künstler besitzt eine „nervöse Sensibilität“, die den meisten Menschen unverständlich ist, aber als Träger und Vermittler äußerer Eindrücke für das Empfinden und den Ausdruck des Empfindens eine wichtige Rolle spielt.

Das Verhältnis der Musik zu diesem psychologischen Gesetz gestaltet sich zu einem doppelten. Will sie bloß irgendeine Stimmung, eine Gefühlskette schildern ohne Rücksicht auf die Quelle, der sie entstammt, oder ist's ihr überhaupt nur um das Spiel schöner Töne, leuchtender, düsterer Harmonien zu tun, dann heißt sie absolute Musik. (Fuge, Sonate, Mozart- und Haydn-Symphonie u. a.) Faßt sie aber auch den bestimmten äußeren Anlaß ins Auge, der ihr die Zunge und Töne löst, und tritt sie diesem Anlaß, dem Programm, an dem sie sich entzündet, auch schildernd, erläuternd, untermalend näher, dann wird sie zur Programmusik bzw. symphonischen Dichtung.

Absolute und Programmusik nun sind nicht etwa Zwillinge, gleich alt und in aller Augen gleich legitim.

Im Anfang war die absolute Musik. Die Kindheitsgeschichte jeder Kunst ist die Geschichte ihres Ringens nach der Form, bei der Instrumentalmusik nach melodischer, harmonischer und instrumentaltechnischer Ausdrucksfähigkeit. In dieser Zeit, wo die Harmonielehre wurde und man die Holz- und Blechblasinstrumente erst erfinden mußte, war die Aufmerksamkeit der Musik vom äußeren Streben, Wachsen und Werden fast absorbiert. Für restlose Verinnerlichung blieb wenig Zeit und Fähigkeit; oder die Beherrschung der Form wurde zwar erreicht (Fuge, Sonate, Symphonie vor Beethoven), aber in der ersten Freude an der Meisterschaft ging der Inhalt noch vielfach unter.

Dessen wurde sich die Musik selbst bewußt. Sie besann sich auf ihre Mission, ihren Beruf: nicht Dienst der Form, sondern der Idee, Darstellung psychischen Erlebens. Der bisherige Zweck mußte Mittel werden. Sie durfte nicht mehr bloß Mathematik, kunstvoll gebautes, abgezähltes, abgezirkeltes, kühles Gebilde, nicht nur tönende Geometrie, nicht bloß ästhetisch schönes, theoretisch einwandfreies, geistreiches Spiel von Themen- und Tonartenkombinationen bleiben gleich dem Linienrausch einer Barockfassade; die Idee, die Seele, das Erleben mußte ihr Antlitz färben. Die Empfindung siegte über Reflexion und Verstand. Dabei erwiesen sich allgemeine Stimmungen der Freude, des Schmerzes für die Dauer zu leer, zu vag, zu monoton, sogar als seelisch unecht und unmöglich. Jede Freude, jede Trauer muß wissen, warum sie lacht und weint. Beethovens Seele empfand diese Leere. Sein Genie füllte sie mit Wundern. Er war des konventionellen, wenigsagenden ewigen Lächelns in den Allegrosätzen, des Tänzelns und obligaten Drehens in den Menuetts, der pflichtgemäß düstern, aus finstern Zügen oft noch kokettierenden Miene des Adagios müde. Er, dem der grausame Ernst des Lebens alle Tändelei und Etikette verleidete und einen Ekel vor aller Schablone wie heilendes Gift in die Adern goß, er schaute von der Perücke weg in die Seele, frug sie, was ihr wohl und wehe tat. Sein Verzweifeln und Jauchzen in Tönen bekam einen Namen: Bitterkeit des Lebens und Glaube an ein großes, endloses Glück. Er schrieb seine unsterbliche „Fünfte“. Er, der Echte, der Titane im Empfinden, im Fühlen, im musikalischen Ausdruck dieser Empfindungsskala zerbrach dabei oft die alte Form. Man kann seiner C-Moll-Symphonie und ihren folgenden Schwestern ruhig die Marke „Absolute Musik“ aufkleben, absolute Musik im bisherigen Sinne aber war sie nicht mehr. Seine Musik war von da an Manifestation bestimmten inneren Erlebens. Durch solche kam in die klassisch vollendete Form eine ebenbürtige Seele; die Musik verlor dadurch nichts; gewann alles; wurde Kunst! Geradesowenig, als z. B. das unvergleichliche Adagio in Bruckners Achte Symphonie etwas dadurch verliert, daß ich nicht bloß die „blinde Gewalt der Töne“ auf mich wirken lasse, sondern an das aus der Inbrunst der Themen und der Glut, dem Glanz der Harmoniefolgen motivierte Bild denke, wie ein Beter zu seinem Gotte blickt, um Erlösung ins Reich der Herrlichkeit fleht und nach vielem Bangen am Schlusse mit der grandiosen harmonischen Wendung zum Ces-Dur-Akkord auf einen Augenblick geblendet vom Himmelszauber in Gottes Antlitz schaut. Dadurch, und nur durch eine solche Idee wächst dieser Wundersatz in die Sphäre „unendlicher Erhabenheit“.

Auf diesem Standpunkt der Idee in Tönen, welche die Form zu ihrem Sklaven macht, steht auch die Programmusik. Nur geht sie noch einen Schritt weiter; „weiter“ nicht gerade im Sinne künstlerischen Fortschrittes, nicht also qualitativ, sondern modal, in logischer, konsequenter Fortbildung.

Sie anerkennt für ein echtes, gesundes Empfinden die Notwendigkeit einer Idee, eines Erlebens, eines Objektes. Aber der Komponist läßt irgendeine Idee nicht mehr ganz frei, ungezwungen auf sich wirken, er bindet sich an eine bereits fixierte künstlerische Formulierung der darzustellenden Idee und Empfindungsreihe, die natürlich seiner inneren Welt nahesteht, er hält sich an ein „Programm“. Dieses Programm kann sein ein Gemälde, z. B. Liszt „Hunnenschlacht“ nach W. v. Kaulbachs Bild in Berlin; eine mythologische oder geschichtliche Gestalt, z. B. Berlioz „Harold in Italien“, Richard Strauß „Makbeth“, Liszt „Mazeppa“, „Tasso“, „Hamlet“; eine Dichtung, z. B. Liszt „Faust“ und „Dante“-Symphonien.

Daß hierdurch für die Musik mit einem Zauberschlag eine neue Welt, ein Paradies neuer Darstellungsobjekte aus dem Boden wuchs, ist klar. Aber das Prinzip ist nicht neu; nur die Art der Anwendung, die in der „phantastischen Symphonie“ der „Episode aus dem Leben eines Künstlers“ die letzten Konsequenzen zieht, ist die Tat des Franzosen Berlioz. Keime finden wir bei keinem Geringeren als bei Beethoven, der in seiner Sechsten (Pastoral-)Symphonie das „Erwachen heiterer Empfindungen bei Ankunft auf dem Lande“, eine „Szene am Bache“, ein „Vogelkonzert“, „Lustiges Zusammensein der Landleute“, einen „Gewittersturm“ und endlich einen „Hirtengesang“, „Frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturme“ schildert.

Ein solches Programm als Grundlage musikalischer Kunstwerke leitet seine Berechtigung aus einem doppelten Gesetze ab, aus dem psychologischen, daß jede Empfindung eines kausalen Reizes, einer Anregung bedarf, und dem ästhetischen, daß die Musik diese äußere Ursache, z. B. ein konkretes Bild, einen Gedankeninhalt nicht darstellen kann, wie die Malerei dies vermag, die einen Ecce-Homo-Kopf malt und in diese Linien und Farben, welche das Bild selbst ausmachen, auch die Welt ihrer Empfindungen bannt. Infolge dieses Unvermögens suchte die Musik von jeher den Objekten, den Erregern ihrer Seele, näherzutreten, dem Worte im Lied, der Handlung in der Oper, dem Programm in der Programmusik. Freilich ist die künstlerische Einheit in Lied und Musikdrama, wo sich Text und Erleben und Musik schon äußerlich zu einer Größe amalgamieren, eine theoretisch viel höhere als bei der Programmusik, wo man nur die Musik hört und das Programm zuvor oder gleichzeitig mitlesen muß. Aber seien wir aufrichtig! Praktisch haftet diese Schwäche auch dem Lied und der Oper an, wo der Text durch die Tonwogen eines modernen Orchesters von den Lippen des vorbildlichst artikulierenden Sängers weggeschwemmt und unverstanden verschlungen wird! Ein wirkliches Verständnis und ein nur halbwegs leidlicher Genuß setzt die Kenntnis des Textes und der Handlung voraus; man muß zuerst gelesen haben. Und das gleiche Medikament kuriert die gekennzeichnete Schwäche der Programmusik. Wer den Inhalt des Programms zur „Phantastischen Symphonie“ aus der Feder von Berlioz selbst auf sich wirken läßt, diese Tragödie des Künstlers Lelio, der aus verschmähter Liebe Opium nimmt und in diesem narkotischen Rausche wirre Bilder sieht, eine „Szene am Land“, einen „Ballsaal“, ein „Hochgericht“, einen „Hexentanz“, in welchem immer wieder das Bild seiner Geliebten erscheint (ausgedrückt durch das Hauptthema, die „idée fixe“, eine Art Leitmotiv), der glaubt diese Klangmystik von zartester Schwärmerei bis zum tollsten Höllenspuk unter dem zwingenden Eindruck, selbst das Glück, das Hoffen, das Sehnen, die Enttäuschung, die Verzweiflung, den Wahnsinn des Schwärmers mitzuerleben.

Hüten wir uns in diesem Punkte vor einem zu strengen Urteil über die Programmusik: Sonst brechen wir den Stab über unsere Lieblingskinder der Tonkunst, sonst verurteilen wir auch Perlen der modernen Literatur, wie die Holländer- und Tannhäuser-Ouvertüren, die Vorspiele zu Lohengrin, Meistersinger und Tristan, deren Verständnis und Bedeutung sich uns erst voll auftut durch die von Wagner selbst geschriebenen Kommentare oder Programme. (Holländer-Ouvertüre „Gesammelte Schriften und Dichtungen“, Rich. Wagner, Band V, Seite 228.)

Um nun den notwendigen organischen Konnex zwischen dem vorgedruckten Programm und ihrer Sprache herzustellen, ließ sich die Musik dazu herbei, dem Programm schildernd und untermalend näherzutreten, d. h. charakteristische, der Musik assimilierbare Momente herauszugreifen, sie rhythmisch, harmonisch oder melodisch auszudrücken, Tanz, Choral, Schlachtfanfaren, Sturm, Totenuhr und bestimmte deutbare Motive immer wiederkehren zu lassen.

Dieses Stadium nun bezeichnet den kritischen Punkt, wo die Programmusik die größte Angriffsfläche bietet. Dieses Schildern und Malen und Symbolisieren darf nie das Primäre sein. Es muß sich der dichterischen Idee völlig unterordnen und hat seine unverrückbaren Grenzen in der äußersten Notwendigkeit und musikalisch künstlerischen Möglichkeit. Sonst degradiert sich die Kunst selbst zur Kopie, zur Photographie, zum Grammophon, zum Handwerker. In Liszts „Mazeppa“ kann der genial geschilderte, immer rasendere Galopp des zur tollsten Wildheit aufgepeitschten Rosses nur das Mittel bilden

die Grauen des zu Tode geschleiften Helden der Ukraine, Mazeppa (nach Viktor Hugos gleichnamigem Gedichte) darzustellen. In der „Hunnenschlacht" von Liszt kommt kein Schlachtengemälde im Sinne der nicht sterben könnenden Schlachtenbilder der Bierhallenkonzerte in Betracht, sondern im Mittelpunkt steht eine Idee, der Kampf und Sieg des Christentums über das Heidentum. Welch einsame Höhe die Programmusik zu erklimmen vermag, beweist „Tod und Verklärung" von Rich. Strauß, wo der Künstler die tiefsten Lebensfragen, die große und alte Antithese von Erdenleid und Himmelsverklärung erschütternd und berauschend behandelt, beweist vor allem auch Liszts „Heldenklage", wo der Meister auf Grund einer selbstverfaßten, philosophisch wie dichterisch sprachlich überragenden Abhandlung über den Schmerz unter dem Eindruck der Schreckensszenen der französischen Julirevolution 1830 die „Herrschaft des Schmerzes", des „unerbittlichen Ebners aller Geschicke" zum Vorwurf eines grandiosen Nachtliedes macht.

Freilich in dieser Verbindung von Stoff und Geist, von Programm und Ton blieb der Geist nicht immer der Stärkere, der Sieger. Hier ist die Stelle, wo die Programmusik sterblich ist. Das, was die Programmusik ihrem neuen Beruf zuführte und dazu qualifizierte, wurde ihre Szylla und Charybdis, Gefahr und teilweise auch Verhängnis, nämlich das moderne Orchester mit seiner kaleidoskopartigen Unerschöpflichkeit, seiner seelischen Differenzierungsmöglichkeit, der charakteristischen Farbe der einzelnen Instrumente, den Klangwirkungen und dem Klangzauber der Instrumente zusammen. All diese äußeren Reichtümer wirkten dezentralisierend, führten teilweise zur Materialisierung der Kunst, zur Entthronung der Idee, zur Betonung der Form nicht zwar mehr im Sinne früheren bloßen, inhaltsleeren Spiels von Tönen, sondern im Sinne bewußter, übertriebener, einseitiger onomatopoetischer, alles kopierender, nachahmender, manchmal nachäffender, wenn auch technisch raffinierter Tonmalerei. Vielleicht ist es gerade Richard Strauß, der, wie in seinen Tondramen, so auch in seinen symphonischen Dichtungen, dieser Demarkationslinie zwischen musikalischer Kunst und musikalischem Können am bedenklichsten nahekommt. Aber es gibt liebenswürdige Fehler, Unvollkommenheiten, denen man nicht böse sein kann. So gehts uns hier. Strauß ist ein solcher Tausendkünstler in leuchtenden, tönenden Bildern, im Erzählen, ein solcher Hexenmeister im Kreise des modernen Orchesters, ein so spannender Schilderer und Zeichner, ein so einzigartiger Kenner und Farbenmischer auf der Palette der Orchesterklangfarben, daß man augenblicklich die ästhetisch künstlerisch zweite Qualität seines Schaffens ganz vergißt, wenn in der vielleicht kompliziertesten Partitur der Musikliteratur, in „Till Eulenspiegels lustige Streiche" der Held durch die kreischenden Marktweiber reitet, die zerbrochenen Töpfe klirren; wenn Till einen koboldartigen Sprung macht mit spöttischer Grimasse, die Hand an der Nase; wenn die Moritat in Tönen sich am Schluß vollzieht, wo mit einem Orchesterschlag der Büttel den Menschenspötter beim Genick packt und der letzte scheinbar atemlose Flötentriller das Ausgehen der Luft des am Galgen baumelnden und sterbenden Till dem Ohre und der Seele des Hörers näher bringen soll.

In diesem Sinne ist Strauß wohl der letzte Punkt der die Entwicklung der Programmusik vorstellenden Linie: Berlioz, Liszt, Strauß. Ein Darüberhinaus gibt es nicht mehr. Straußens Stärke liegt eben nicht in der Erfindung von Themen, nicht in der Empfindung, er schafft mehr mit dem Verstand; er ist Rationalist; das Malerische ist seine Welt. Er ist weniger symphonischer Dichter als symphonischer Maler.

Diese tatsächlichen Erscheinungen von starker Veräußerlichung in einigen Partituren der Programmusik ändern nicht wesentlich das Gesamtwerturteil über die symphonische Dichtung, als eine im Reich der Töne berechtigte Musikart. Schließlich läßt sich dieses Recht auf den Platz im Tempel der Musen schon deraus belegen, daß selbst größte Musiker sie nicht entbehren konnten (Wagners Vorspiele). Wenn auch noch ungetauft und namenlos, lebte die Programmusik dem Sinne und Wesen nach doch schon lange in bedeutenden Werken. Uebrigens wird die Aesthetik und selbst der Komponist mit klingendem Namen einem Künstler vorschreiben, was er schaffen kann und darf und muß? Die Beckmesserzeiten sind tot. Wie sagt Liszt? „Am Ende kommt es doch auf das Was der Idee und das Wie der Ausführung und Bearbeitung derselben an". Das „Was" sind die größten Gedanken, welche die Menschenbrust bewegen: Freude, Schmerz, Faustische Verzweiflung, Hölle, Himmel (Dante-Symphonie), das „Wie" war jene Tonkunst, die ihr selbst einen Richard Wagner zum Freunde gemacht.

Vom Büchertisch.

Richard Knies: Sonderlinge von der Gasse, Erzählungen. Innsbruck-München, Tyrolia, 160 S., kart. 3.50 M. — Wer den hell lachenden Humor liebt, auch den bisweilen breit lachenden, der aber dennoch keineswegs auf der Oberfläche treibt, sondern vielmehr scharf in Gründe und Untergründe schaut, auch die feinen Gefühlsfäden in die letzten Seelenwinkel zu senken versteht, dorthin, wo der Menschen Absonderlichkeiten zu wurzeln pflegen: ja, wer diesen Humor liebt, wird bei dem vorliegenden Büchlein auf seine Rechnung kommen. In dreien der fünf Erzählungen stehen regelrechte Gassenoriginale vor uns auf: solche, denen die Leute auf der Straße tagtäglich so ungefähr mit den gleichen „Gefühlen" nachschauen, denen auch die liebe Jugend immer in gleicher Weise nachläuft und nachruft. Die Gipfelhöhe in der Nachschaffung derartiger Lebensoriginale erreichen die drei ersten Erzählungen: die vorzüglich kontrastierende „Narrenwoche", die zunächst etwas breit und stark realistisch anmutende, dann um so ergreifendere „Wie Molli Hopp-hopp-hopp an der Ordnung starb" und die für manche gewiß wirkungsvollste: „Susannas letzte Beichte". In den beiden übrigen Geschichten: „Düschak" und „Die Einbrecher", herrscht mehr die behagliche Schelmerei vor, obwohl auch sie in Tiefen leuchten. Die drei zuerst genannten zeigen ausgesprochener, packender dieses Dichters Art, verborgenes Menschentum liebevoll aufzuspüren und anschaulich-eindringlich darzustellen. Ein zielfest sich durchsetzendes Talent, das auf selbsteigene Weise auch in nächtige Dunkelheiten Sonne zu bringen weiß: das ist Richard Knies, der eine Zukunft bedeuten dürfte. E. M. Hamann.

Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Eine neue Gefahr im deutschen Katholizismus. Von Karl Jünger. 8° 61 S. Verlag von Albert Falkenroth, Bonn 1918. Referendar Karl Jünger in Köln wendet sich gegen eine Art Wiedererweckung des urchristlichen Kommunismus durch die von dem Kaufmann Theodor Oehmen in Koblenz und dem Pfarrer Franz Kirchesch in der Eifel begründete „Vereinigung der göttlichen Liebe" mit der deutschen Monatsschrift „Katholische Friedensblätter" und der österreichischen Halbmonatsschrift „Die Saat". Diese rührige Organisation will in Anlehnung an die Enzyklika des Papstes Benedikt XV. bei seiner Thronbesteigung gegen die Grundübel der heutigen menschlichen Gesellschaft das göttliche Hauptgebot der Liebe im wirtschaftlichen Leben konsequent durchführen gegenüber dem rücksichtslosen Egoismus des Kapitals und der staatlichen Zwangswohlfahrtsgesetzgebung, welche das praktische Christentum erdrossele und das ganze Land zu einer Kaserne mache, in der Absicht, den Einfluß der Kirche auszuschalten. Dabei versteigt sie sich zu idealistischen Forderungen. Sie bekämpft vor allem die Gewerbefreiheit, die Gütertrennung, den gesamten Versicherungszwang und die Zwangsschiedsgerichte, den Schulzwang, den Impfzwang, in gewisser Beziehung auch den Steuer- und Zollzwang, sowie den Wehrzwang (19). Dieses überspannte Programm führt der Verfasser (29 ff.) dadurch ad absurdum, daß er sich auf dessen eigenen bibelgläubigen Standpunkt stellt und aus der wörtlichen Auffassung der Hl. Schrift noch viel weitergehende, offenbar sinnlose Forderungen als Folgerungen ableitet. Schon hier (21) zeigt er sich indes beherrscht von modernistischen Ideen, wie der einseitig eschatologischen Auffassung der Lehrverkündigung Jesu (Vgl. hierzu näher Anton Seitz, Modernistische Grundprobleme, Köln [Bachem] 1912, S. 1—16.), und im folgenden beschränkt er sich nicht auf seine eigentliche Aufgabe: Zurückweisung utopistischer Uebertreibungen und daher unschwer zu widerlegender Programmpunkte jenes christlichen Sozialismus (26 ff.), sondern erweckt den Anschein, als ob er die Ueberschrift seiner Broschüre nur als Aushängeschild benützte, um damit auf den Markt zu werfen die wiederaufgewärmten Ideen des Reformkatholizismus im Sinne des wiederholt zitierten Professors Joseph Schnitzer. Entgegen seiner Versicherung im Vorwort: „Die Schrift soll lediglich der sachlichen Erörterung dienen und verfolgt keinerlei parteipolitische Zwecke," läßt er sich vom Temperament eines jugendlichen Stürmers fortreißen (34 ff.) zu nichts weniger als sachlichen und unparteiischen Ausfällen gegen das Staatskirchentum des Zentrums, den Kirchenstaat, die Hierarchie und Inquisition, das Papsttum und von ihm empfohlene Andachtsmittel, die von Reformern auch innerhalb der Kirche mit rhetorischer Uebertreibung geprägten Kirchenschäden (vgl. 57/8), vereinzelte Ungeschicklichkeiten strengkatholischer Theologen — meist ohne Belegstellen —, Lourdeswallfahrten, Indergesetzgebung, kirchliches Lehramt, katholische Moral und manches andere. Durch Infiltrationen mit solchem Reformkatholizismus des 20. Jahrhunderts würde nicht minder wie nach des Verfassers Ueberzeugung (66) durch die entgegengesetzten hyperkatholischen Extravaganzen der „katholisch-sozialistischen Mittelstandsbewegung — der völlige Bankerott des deutschen Katholizismus" unabwendbar. Univ.-Prof. Dr. Anton Seitz.

Dr. **Hans Rost, Die katholische Kirche nach Zeugnissen von Nichtkatholiken.** Regensburg und Wien, Pustet, 213 S. Brosch. M 4.—, geb. M 5.50. Den Katholiken wird unaufhörlich die Minderwertigkeit ihrer Kirche, namentlich in der Schaffung von Kultur, vorgesagt, und nicht wenige nehmen dieses als eine Selbstverständlichkeit hin. Vorliegendes Buch, dessen Abfassung wir schon seit Jahren wünschten, gibt nun Stimmen von einwandfreien Gegnern an, welche die Vorzüge und die Schönheit der katholischen Kirche in ihrer Verfassung, ihren Einrichtungen und ihrer Tätigkeit bekunden. In 13 Kapiteln ist das Vordringlichste herausgegriffen: Kirche und Papsttum, die Kulturkraft, der Gottesdienst, Verwertung von Ideen und Gebräuchen durch die Klassiker, Sakramente, Zölibat, Priestertum und Orden, günstiger Einfluß auf Geburtenrückgang, Selbstmord, weiter Soziale Frage, Caritas, die Kirche im Weltkrieg, die Missionen, Toleranz. Auswahl und Benützung der Zeugnisse, die meistens der neuen Zeit angehören, ist recht geschickt. Die Schrift kann als ein nachträglicher Beitrag zum Reformationsjubiläum von 1917 gelten; wir wünschten sie in allen gebildeten katholischen Familien, insbesondere auf dem Studiertische jedes Religionslehrers und Predigers, sowie der Männer des öffentlichen Lebens. Nichtkatholiken würden durch ihre Lektüre von manchen Vorurteilen gegen den Katholizismus befreit werden. Dr. Jak. Hoffmann.

Johannes Mayrhofer: Unter uns Barbaren. Briefe aus dem Weltkrieg. Mit einer Einführung von Matthias Erzberger, M. d. R. Leutkirch, Joseph Bernklau. Gr. 8° VI u. 107 S. 1.20 M. In seinem kurzen Geleitwort schildert Erzberger die Entstehung des unter seiner Anregung gewordenen Buches, dessen Inhalt: von Mayrhofer selbst verfaßte katholische „Wochenbriefe" über „Das religiöse, geistige, sittliche, caritative usw. Leben in Deutschland", für die katholische Presse zur „Aufklärung" des neutralen Auslandes bestimmt wurden und auch tatsächlich eine „weite Verbreitung" in deutscher, holländischer, französischer, polnischer und italienischer Sprache fanden. Da diese Briefe „als ein kleiner Ausschnitt aus der großen Zeit des großen Krieges und als eine Art von Chronik und Kulturdokument gelten können", erscheinen sie, auf verschiedentlich geäußerten Wunsch, in Broschürenform. Der bekannte Verfasser hat seine Briefe, die von echtem Aktualitätsbegriff und vertieftem Patriotismus zeugen, unter 31 gewinnend überschriebene Kapitel gebracht, die manches gute Samenkorn enthalten dürften. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Aus den Konzertsälen. Furtwängler, der begabte Dirigent der Mannheimer Oper, den wir vor einigen Wochen im Konzertverein begrüßten, hat auch das elfte Abonnementskonzert geleitet. Wies der diesmal schwächere Besuch auf die Umstände ernster Lage hin, so war doch die glanzvolle, befeuernde Interpretation des jungen Dirigenten wohl geeignet, uns eine Spanne Zeit über die Wirklichkeit hinauszuheben. Strauß' „Don Juan" und die fast zu wuchtig genommene C-Dur-Symphonie Schuberts fanden eine plastisch klare und klangschöne Wiedergabe. Ganz prächtig klang auch die Freischütz-Ouvertüre. Als weitere Dirigenten des Konzertvereinsorchesters sah man unlängst Dr. W. Bülau und Fr. Gleitsmann. Ersterer bot uns Berlioz' zweite Symphonie „Harald in Italien" in einer sehr eindringlichen Wiedergabe. Etwas weniger liegt ihm die Begleitmusik des Es-Dur-Konzertes von Beethoven, das Anna Langenhan-Hirzel in bekannter Meisterschaft spielte. Gleitsmann, der aus unserer Akademie der Tonkunst hervorgewachsen, erwies sich bei seinem ersten öffentlichen Auftreten als ein Orchesterleiter von Sicherheit, Geschmack und Sinn für dramatische Steigerung. Die Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini" und die Orchester-Suite „L'Arlesienne" kamen sehr schön zur Geltung. Die Solistin des Abends spielte Dvorak. Armella Bauer ist eine Geigerin von großer Technik und ihr Ehrgeiz ist auf rein virtuose Wirkungen gerichtet. — Gerne hörte man Löwe, den gefeierten Orchester-Dirigenten, wieder einmal am Flügel. Er hatte sich mit Ad. Schiering und Elisabeth Bokmayer zu einem Kammermusikabend verbunden, an dem u. a. Pfitzners Trio in F-Dur op. 8 eine klangschöne Wiedergabe von starker Innerlichkeit fand. Vollendet im Zusammenspiel war der Schubertabend der Herren K. Klingler, R. Heber, F. Ruckvard, M. Baldner und E. Simon. Die Gefühlsinnigkeit und dynamische Schattierung ihres Musizierens fanden wieder eine hingebende und begeisterte Gemeinde. Ansorge, als Beethoveninterpret berühmt, spielte diesmal Chopin. Stärker wirkte seine vornehme Kunst bei dem tiefsten Gefühlsausdruck, als bei dem graziösen. An Klavierabenden war kein Mangel. Neu war uns Hedwig Schöll, die viel gelernt hat, Geschmack und Verständnis besitzt, aber einstweilen nicht viel Empfinden zu zeigen weiß. Anders Frieda Stahl, sie hat Gefühl und Temperament. Verbunden mit einer ausgezeichneten Technik ist ihre Kunst zur Interpretation Schumanns und Brahms voll berufen. Maria Kahl-Deckers Temperament weiß hinzureißen. Prächtig ist ihr weicher, klangreicher Anschlag. Auch Riemanns pianistische Kunst verdient stets herzliche Würdigung. Er konzertierte mit Emmy Krüger, der ausgezeichneten „Schahrazade" unseres Nationaltheaters und Rolf Bertram, einem bis jetzt unbekannt gewesenen Bassisten von sehr schönen, noch nicht voll erschlossenen Mitteln; daß die ungewöhnliche, starke Begabung der Sängerin auf der Bühne ungleich eindringlicher zur Geltung kommt, ist nicht zu bestreiten. Konnten die Herrschaften wirklich nicht darauf verzichten, durch eine Ehrung Saint-Saëns', des gehässigsten unserer Feinde ihre sogen. Vorurteilslosigkeit zu erweisen? Es fällt schwer, sehr schmerzliche Empfindungen zu unterdrücken . . . . Neu war uns Berta Gerten, eine Sängerin von gutem Vortragstalent. Ihr Sopran klingt angenehm, technisch bleibt noch manches zu regeln. Ruoff, ihr Begleiter, spielte mit Disclez eine Sonate von Rachmaninoff ausgezeichnet. Lisa Brechters Sopran bedarf auch noch weiterer Schulung. Lieder von zartem Klangreiz gelangen ihr gut. — Auch Hartwig v. Wersebe erscheint technisch nicht völlig fertig. Sein Bariton ist aber von schönem, weichem Klang; der Vortrag ist noch unpersönlich. Eine Sopranistin mit schöner Höhe ist Marya Lüscher. Nicht alles, was sie sang, lag ihrer Stimme; sonst war ihre Leistung angenehm und die Vortragsweise stilsicher. Sehr schöne Mittel, die gut geschult sind und von einem ausdrucksvollen Vortragstalent unterstützt werden, besitzt Tiny Debuser-Anders. Es war einer der eindrucksvollsten Liederabende, übertroffen freilich von Johanna Dietz verinnerlichter Kunst. Daß ihr Organ an Klangreiz vormals mehr zu geben hatte, wird man kaum gewahr, weil die ausgezeichnete Schulung, die Eindringlichkeit des Vortrages, ihr Ausschöpfen des geistigen Gehaltes des Liedes restlos ist. Zilcher war ihr ein idealer Begleiter. Sie sang Lieder von ihm, von Reger und Hugo Wolf.

Verschiedenes aus aller Welt. Gut aufgenommen wurde in Würzburg Joh. Pfeifers komische Oper „Der Fehltritt", deren reizvolle Melodik gerühmt wird. — Wilhelm Speyer, der unlängst in dem von russischen Vorbildern beeinflußten, in München gegebenen „Revolutionäre" starkes Talent gezeigt hatte, scheint in einem historischen Drama versagt zu haben. Sein „Karl V" wurde in Darmstadt abgelehnt. Das die Zeit von 1519—1556 behandelnde Werk ist nach Berichten kein Drama, sondern nur eine Flucht von Bildern, ein historisches Kaleidoskop. Die Menschen sind nach Ideen konstruiert. — Das schon früher angekündigte Passionsdrama von Gg. Fuchs ist nun im Berliner Palasttheater in Szene gegangen. Da Ludwig Wüllner den Christus gestaltete, mag die zu befürchtende Gefahr einer Profanierung vermieden worden sein. Immerhin liest man, daß die seelische Wirkung nicht stark gewesen sei; dies spricht allerdings gegen die Unternehmung. Ueber die Musik zu dem Passionsspiel hat sich ein Streit erhoben. Die von dem Kirchenmusiker Grabert auf Veranlassung des Dichters geschaffene Komposition wurde von dem Syndikat zur „geschäftlichen Ausnützung" des Passionsspieles abgelehnt, da sie zu protestantisch sei, und durch eine Komposition des jungen Cellisten Felix Robert Mendelssohn ersetzt. Dieses Vorgehen soll nach Behauptung verschiedener Blätter unsachlichen Motiven entsprungen sein. Mag man den Herren Unrecht tun, daß Mendelssohn und ein Syndikus Löwy über den konfessionellen Charakter einer Musik entscheiden, ruft Scherze hervor, die einen in der Verquickung mit einem Passionsspiel peinlich berühren. — Das in Köln gebotene Trauerspiel „Kaiser Pauls Tod" des Russen Mereschkowski wird als ein auf rein äußerliche Wirkungen abzielendes Stück bezeichnet. Nur die Figur des Zaren hat nach Berichten einige psychologische Vertiefung erfahren. — Die erste norwegische Aufführung des „Tannhäuser" wird mit einem besonderen Aufwand von Mitteln, die ein Kunstfreund stiftete, in Christiania vorbereitet. — In Paris soll im nächsten Herbste eine Normalschule für Musik eröffnet werden, die sich vor allem die Ausbildung von Nichtfranzosen zur Aufgabe stellt, um den bisher beherrschenden Einfluß des deutschen Musikunterrichtes zu brechen und nach Frankreich abzulenken. Die Verleihung der Doktorwürde soll als besonderes Anreizmittel dienen. — In Hannover wurde eine Aufführung des „Robespierre" von Robert Griepenkerl (1810—1868) geplant. Die Schauspieler erklärten, daß es ihren vaterländischen Gefühlen widerspreche, in dieser Zeit auf einer deutschen Bühne die französische Trikolore zu entrollen und die Marseillaise erklingen zu lassen, worauf die Proben abgebrochen wurden. — Im Wiener Burgtheater wurde ein neuer Pariser Schwank gespielt. Das Publikum ärgerte sich über diesen Anbiederungsversuch und zischte. Ebendaselbst hatte Beer-Hofmanns biblisches Drama „Jakobs Himmelsleiter" einen Achtungserfolg. Das dramatisch dürftige Werk wird als ein Tendenzstück bezeichnet, das die „Weltmission" des Judentums zu verherrlichen sucht. — Ein Berliner Komitee hält die Errichtung eines Denkmals für Heinrich Heine für ein Bedürfnis der „neuen Zeit". — „Don Juans Mission", ein Drama von Ch. Leyst, fand in Nürnberg kühle Aufnahme. Die Herzen der Frauen fliegen dem Andalusier zu, der jedoch von seiner Macht einen von ihnen unerwarteten Gebrauch macht. Als Seelenarzt der Enttäuschten und Verzweifelten lehrt er ihnen einen neuen Glauben an die Ehe. Er selbst findet freilich nicht das Glück, das er anderen bereitet und stirbt ziemlich romanhaft durch den Dolch eines Briganten. — Auch als eine Art Don Juandrama stellt sich Th. Rittners „Unterwegs" dar, das in Berlin einen mittleren Erfolg hatte, weil der Dichter nach Berichten zu viel sprechen, zu indiskret, ja zu unappetitlich (!) werden läßt. Das Neue ist, daß Don Juans Leporello hier zugleich Rigoletto ist. — Ed. Stuckens „Tristan und Ysolt" interessierte in Düsseldorf, obwohl die dreizehn Bilder die Zuschauer ermüdeten. Wie in den anderen balladenhaften Stücken des Dichters, denen dauerhafte Bühnenerfolge seither versagt waren, strebt Stucken nach traumentrückter Kunst, in der der Vers zur Musik wird. — Othegravens Oratorium „Marienleben", in das uralte Weisen kirchlicher Kunst neu verwoben sind, hinterließ in Köln sehr starken Eindruck.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Reichsbank-Bilanzabschluss — Steuerkurszettel — „Das Verbrechen am Volke“ — Entente-Rufe nach dem deutschen Kaufmann?

Mehr als früher erregten in diesem Jahre die Einzelheiten des Geschäftsberichtes der deutschen Reichsbank das allgemeine Interesse der Finanz- und Handelskreise. Aus dem von 97 auf 110 Millionen Mark gesteigerten Reingewinn entfallen auf die Reichskassa als Gewinnanteil 32,6 Millionen Mark, als Kriegsgewinnsteuer 57,8 Millionen Mark; für den Wegfall der Notensteuer ausserdem 300 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz erreichte die Rekordziffer von beinahe 3½ Billionen, also 3½ Millionen-Millionen Mark! Solche Riesenziffern werden der Vergangenheit angehören. Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und des Geldmarktes in den wenigen Monaten des neuen Jahres zeigt dies. Ein weiteres Wirtschaftsspiegelbild für das Jahr 1918 erbringt der zum Zwecke der spätestens zum 31. Mai erfolgenden Vermögensabgabe nunmehr veröffentlichte Steuerkurszettel, dem die Kurse vom 31. Dezember 1918 zugrunde liegen. Der Zusammenbruch unserer Hoffnungen auf einen glücklichen Kriegsausgang zeigt sich in dem Kriegsanleihekurs mit 90½ %, gegenüber 98 % des ersten Kriegssteuerzettels für Ende 1916. Abgesehen von den begreiflicherweise starken Kursrückgängen für österreichische Anleihen, russische Fonds und den vielfach mehrhundertprozentigen Abschlägen in den Rüstungswerten bringt der neue Steuerkurszettel auf den Gebieten der sogenannten Friedenswerte vielfach erhöhte Notizen, so dass im grossen Ganzen das Kursgebäude an den deutschen Börsen trotz der Katastrophen in der Innenpolitik und des Kriegsausganges als ein noch festgefügtes bezeichnet werden kann. Das laufende Jahr hat sogar im allgemeinen angesichts der festeren Börsenstimmung vielfach weitere Kurserhöhungen erbracht und behauptet. In Handels- und Börsenkreisen hofft man sogar, dass bei Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und durchgreifender Regelung der Lebensmittelversorgung **unsere Wirtschaftsmaschine** rascher, als vielfach angenommen, mit voller Kraft wird wieder arbeiten können.

Wie weit wir jedoch im derzeitigen Augenblick hiervon entfernt sind, bekunden die unaufhörlichen Wühlereien in den Arbeitsbezirken des gesamten Deutschlands. Streiks der kaufmännischen Angestellten in der Metallindustrie, im Versicherungswesen und namentlich bei den Berliner Grossbanken — der reguläre Bankbetrieb und Börsenverkehr wurde dadurch unterbunden — beherrschen die Tagesordnung ebenso sehr, wie die Arbeitsbehinderung in den Kohlenzechen und die politischen Vorgänge in Nord- und Südbayern. Der Berliner „Vorwärts“ wendet sich unter der Ueberschrift **„Das Verbrechen am Volke“** gegen die Streiks im Ruhrrevier, durch welche unser für das Ausland verbleibendes einziges Zahlungsmittel, **Kohle**, nicht mehr produziert wird, so dass die Entente-Lebensmittel unbezahlt bleiben und wir dem Hunger entgegengehen. Die Folgen dieser Streiks sind die weitere Wertverminderung der deutschen Markwährung im neutralen Ausland auf rund 25% der ursprünglichen Währung. „Was wir vor 10 Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln für hundert Mark bekommen haben, müssen wir heute mit ℳ 145.75 bezahlen. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz haben wir durch die furchtbaren Wirtschaftsbeunruhigungen, durch das Generalstreikfieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gehetzt wird, in wenigen Tagen über 15,9 Milliarden Mark verloren. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen? Das muss zum Zusammenbruch führen!“ Die über ganz Deutschland verbreitete „Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H.“, Zentrale Berlin, Filialen in allen grösseren Städten, auch München, aufgebaut auf gemeinnütziger Basis und zum Zwecke der Wiedereinschaltung des Handels im Einkauf der wichtigsten Zerealien, kann begreiflicherweise durch diese Vorgänge nicht im gedachten Sinne wirksam arbeiten. Kohlenmangel bedingte, dass die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente mit Leerballast wieder ausfahren mussten, nachdem in Deutschland die erforderliche Exportwaren-Menge nicht aufgebracht werden konnte und diese Schiffe nicht einmal genügende Kohle zum Wiederauffüllen der Bunker erhielten!

Aus den von Dr. Schacht, dem Direktor der Berliner Nationalbank für Deutschland und deutschen Leiter der Rotterdamer und Kölner Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente, Berliner Pressevertretern gegebenen Auslassungen über den Gesamteindruck dieser Wirtschaftsberatungen ergibt sich deutlich das offene und starke Verlangen der Entente, namentlich amerikanischer und italienischer Geschäftskreise, nach einem sofortigen Warenaustausch von Kaufmann zu Kaufmann. Bemerkenswert ist hierbei die Wahrnehmung der trostlosen Wirtschaftlage in Frankreich und dass Amerika, wie sich aus den Verhandlungen ergab, das einzige Land aller Kriegführenden ist, welches sich noch in einer wirtschaftlich guten Situation befindet. Es beweist dies ausserdem die Neuyorker Bestimmung, wonach aus Regierungsmitteln über 5 Milliarden Mark für die amerikanische Aussenhandelsförderung bereitgestellt werden. Solche Wirtschaftsabsichten unserer Welthandelskonkurrenten müssen bei uns ohne jede Wirkung bleiben, wenn Massnahmen, wie sie die (inzwischen durch die kommunistische ersetzte) Münchner Räte-Regierung in einer Unmenge von Verordnungen und Erlassen traf, wirklich zur Geltung gelangen sollten: Rascheste Vollsozialisierung, Ummodelung unserer Finanzpolitik in die „Freigeldwirtschaft“, Eingriff in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehenskassen — wogegen Dr. Heim im Namen von 4 Millionen Bauern energischen Einspruch erhebt. Der in der Weimarer Nationalversammlung gegebene Bericht über Deutschlands Finanzlage — der Fehlbetrag beziffert sich allein schon auf 7½ Milliarden Mark — zeigt unseren wahren Wirtschaftsniedergang. (Auch diese Rundschau konnte die letzte Woche noch nicht berücksichtigen. D. Red.)

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Digitized by Google

Bilanz der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank per 31. Dezember 1918.

Aktiva	ℳ	Passiva	ℳ
Hypotheken-Darlehen, darunter Register-Hypotheken ℳ 1,164'012,248.97	1,170'465,703.46	Aktien-Kapital	68'000,000.—
Hypotheken-Zinsen	15'329,851.28	Reserve-Fonds	73'008,199.58
Kasse, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	12'282,081.51	Pfandbrief-Agio-Rückstellung nach § 26 des H.-B.-G.	50,596.26
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	264'524,787.80	Hypotheken-Pfandbriefe in Umlauf	1'158'488,800.—
Lombard-Darlehen	1'416,288.65	Pfandbrief-Zinsen	12 077,895.83
Lombard-Zinsen	13,424.45	Unerhobene Dividenden	90,380.—
Dauernde Beteiligungen	25'292,716.—	Geldeinlagen	74'890,748.59
Wertpapiere und Konsortial-Beteiligungen, darunter ℳ 1'874,900.— eigene Pfandbriefe und Obligationen	36'990,174.81	Konto-Korrent-Kreditoren	293'335,085.75
Konto-Korrent-Debitoren, darunter ℳ 22'557,466.03 Bank-Guthaben	159'413,559.43	Akzepte	3'138,232.40
Immobilien	8'646.301.55	Reingewinn	11'294,900.58
	1,694'374,838.44		1,694'374,838.44

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	ℳ	Haben	ℳ
Unkosten und Steuern	7'865,739.93	Uebertrag vom Jahre 1917	1'334,657.—
Zinsen der umlaufenden Pfandbriefe	43'739,153.43	Hypotheken-Erträgnisse	50'218,533.30
Statutengemäßer Beitrag z. Pfandbrief-Spezial-Reservefonds	289,290.19	Disagio-Gewinn aus Pfandbriefkäufen	149,200.—
Statutenmäßige Beiträge zur Pensions-Kasse	361,098.90	Freigewordene Quoten aus Pfandbrief-Agio-Rückstellungen	30,736.83
Zinsen auf Geldeinlagen	2'016,754.53	Verdiente Abschlußprovisionen und Prolongationsprovisionen im Hypotheken-Geschäfte	259,136.40
	54'272,036.98	Erträgnisse aus Dauernden Beteiligungen	2'245,805.—
Reingewinn	11'294,900.58	Erträgnisse aus Wertpapieren und Konsortial-Beteiligungen	862,409 96
		Wechsel-Diskonto-Erträgnisse	6'684,964.99
		Lombard-Geschäfts-Erträgnisse	90,111.17
		Konto-Korrent- und Depositen-Erträgnisse. Zinsen und Provisionen	3'691,382 91
	65'566,937.56		65'566,937.56

München, 31. Dezember 1918.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Die Direktion.









Deutsche Bank

Hauptsitz in Berlin

Grundvermögen und Rücklagen: 505 000 000 Mk.

Im letzten Jahrzehnt [1908—1917] verteilte Dividenden: 12, 12½, 12½, 12½, 12½, 12½, 10, 12½, 12½, 14%.

Niederlassungen in Bayern:

München-Nürnberg-Augsburg.

Verwaltung von Wertpapieren als

offene Depots.

Sorgfältigste Vermögensverwaltung.
Beratung in allen Vermögensangelegenheiten.

Vermietung von Schrankfächern [Safes]
in den für diesen Zweck besonders eingerichteten

Stahlkammern.

Aufbewahrung von geschlossenen Depots.
Annahme von Bareinlagen zur Verzinsung.
Konto-Korrent-Verkehr.
An- und Verkauf von Wertpapieren.

Die Bank beobachtet über alle Vermögensangelegenheiten ihrer Kunden unbedingtes Stillschweigen gegen jedermann und gegen jede Behörde.

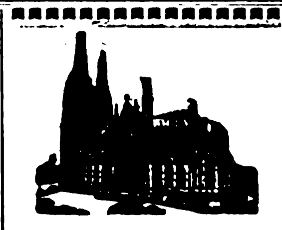
Alle näheren Bedingungen werden an unseren Schaltern verabfolgt, auf Wunsch auch zugesandt.

Deutsche Bank Filiale München

Lenbachplatz 2 und Depositenkasse: Karlsstrasse 21.
Postscheck-Konto: München Nr. 150.

Vereinsabzeichen
Medaillen, Orden.
AD. SCHWERDT
STUTTGART.

Familien-Anzeigen aus den gebildeten kathol. Kreisen Deutschlands gehören in die Allgem. Rundschau.



Kölner Dom-Weihrauch
Rauchfass-Kohlen la Fabrikat
Beste Bezugsquelle für Grossisten.
M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.
Richard Wagnerstrasse 23.

M. Herbert

Skizze von
E. M. Hamann,
Scheinfeld.

Geh. 20 Pfg.

**Josef Habbel,
Regensburg,**
Gutenbergstr. 17.

Für Marien- und Herz-Jesu-Andachten.

Zum Preise der Himmelskönigin! Gesammelte Gebete und Lieder, besonders für den Mai-Monat. Mit kirchlicher Druckerlaubnis. 8. Auflage. 7.—9 Tausend, 16⁰, 48 Seiten. Geheftet einzeln **25** Pfg., 100 Stück Mk. 20.—.

Familienweihe an das heiligste Herz Jesu nebst Morgen- und Abendgruß. 8 Seiten, 16⁰, mit Herz-Jesu-Bild. Einzeln 8 Pfg., 100 Stück Mk. 6.—.

Morgen- u. Abendgruß zum heil. Herzen Jesu. Singstimme fürs Volk. (Ausgabe B.) 6. Aufl., 26. bis 30. Tausend. Einzeln 5 Pfg., 100 Stück Mk. **4.50.** — Orgel- und Harmoniumstimme (Ausgabe A) 4 Seiten, 8⁰, **30** Pfg.

Herz-Jesu-Lieder für 1-, 2- u. 3stimmigen Frauenchor mit Orgel von Wilh. Weitzel, op. 6, Partitur Mk. **2.50** und Stimmen.

Badenia : Verlag und Druckerei : Karlsruhe.

Halte deine Jugend rein!
Ein Mahnruf an die ins Leben tretenden jungen Männer.
Von Dr. med. Paull. Mit 2 Tabellen, 11 Figuren u. 12 Tafeln.
78 Seiten, kart. 2.20, geb. 3.—.

Teutonenkraft und sexuelle Frage.
Deutsche Worte von E. Hammelrat.
200 Seiten 3.60, geb. 4.50.

Nieder mit dem Feinde!
Ein Warnungsruf an kathol. Jünglinge und Männer von K. W. Friedrich. 24 Seiten 25 Pfg., 10 Stück 20.—.

Männerschande - Frauenknechtschaft
Die Prostitution vom Standpunkt der Frau.
Ein offenes Wort an die Männer von Helene Eiert.
124 Seiten 2.50.

Sexuelle Selbstzucht.
Ein Warnungsruf an das deutsche Volk.
Von Geh. Sanitätsrat Dr. Brennecke. 21.—28000. Preis M. —.15, 100 Stück 10.—.

Mit üblichem Teuerungszuschlag.

Verlagsbuchhdlg. K. Ohlinger, Mergentheim.

Der Kulturkampf in Frankreich

Von Franz Goldschmitt. 2. Auflage. 238 Seiten.
4.80 Mk.

„. . . . Das Buch bringt den inneren Menschen zum Knirschen und zur hell-lohenden Entrüstung.

Was die Freimaurer und die Sozialdemokratie unter religiöser Freiheit verstehen, das sollte an der Hand dieses Buches unserem Volke in Vorträgen mundgerecht gemacht werden. Es gibt hiefür kaum ein besseres Illustrationsmaterial als die Geschichte des Kulturkampfes in Frankreich." Augsb. Postztg.

Verlagsbuchhandlung K. Ohlinger, Mergentheim.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die **Dividende** für das

Geschäftsjahr 1918

wurde zufolge heutigen Beschlusses der Generalversammlung auf

M 140.— für eine Aktie à M 1000.—
M 120.— für eine Aktie à fl. 500.—

festgesetzt und kann gegen Einlieferung des Kupons Nr. 26 bezw. Nr. 14 erhoben werden

bei unserer Hauptkasse in **München**, Theatinerstr. 11, und unseren hiesigen Zweigstellen, bei unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen und bei unserem Hypothekenbüro in **Berlin**, Kochstrasse 58, ferner bei sämtlichen Niederlassungen der **Bayer. Diskonto- & Wechsel-Bank A.-G.**, bei unseren Kommanditen **Karl Schmidt** in **Hof** mit Niederlassungen und **Nicolaus Stark** in **Abensberg**, bei sämtlichen Niederlassungen der **Bayer. Staatsbank**, bei den Filialen der **Bayer. Notenbank** und ihrer Agentur in **Lindau**, bei den Bankhäusern **Doertenbach & Cie.** G. m. b. H. in **Stuttgart** und **Anton Kohn** in **Nürnberg**, der **Dresdner Bank** in **Dresden**, der **Direction der Disconto-Gesellschaft** in **Berlin** und **Frankfurt a. M.** und der **Deutschen Bank Filiale Leipzig**.

München, den 12. April 1919.

Die Direktion.



BILLIGE BÜCHER

Ostergeschenke, Kommunion- und Konfirmationsgaben

Restauflagen :: Unbenützte antiquarische Werke.

Osterbilderbücher
in reicher Auswahl.

Knaben- und Mädchenschriften. Mit Bildern. Gebd. Jed. Bd. 3.25
Augusti, Br., Jugendfreunde. Mdch. 12—14 J. — Clement, B., Im Glückshafen. Mdch. 12—14 J. — Eschenbach, Fern von der Heimat. Mdch. 12—14 J. — Felseneck Försters Töchterlein. Mdch. 10—15 J. — Dieselbe, Frau Majors Töchterchen. Mdch. 10—15 J. — Dieselbe, Pensionsmädel. Mdch. 10—14 J. — Dieselbe Im Stieglitznest. Mdch. 10—14 J. — Glass. L., Der Stift u das Lenerl. 10—14 J. — Hofmann. E., Aus goldener Mädchenzeit. 9—12 J. — Dieselbe, Wenn Du noch eine Mutter hast. 10—12 J. — Robinson Crusoe nach Gampe. — Schanz. Fr., Aus dem Jugendland. Mdch. 12—15 J. — Dieselbe, Hand in Hand. Mdch. 12—15 J. — Schmid, Chr. v., Rosa von Tannenburg und die Ostereier. — Swift, Gullivers Reisen.

Cl. Nast beliebte Mädchenschriften Jed. Band illustriert u. gebd. 4.25
Lottchens Kinderzeit. — Lottchens Jugendzeit. — Lottchens Lehr- und Wanderjahre. — Hummelchen. — Wie es unserem Aennchen erging. — Unseres Aennchens Schuljahre. — Was unserm Aennchen erblühte. — Tanzstundengeschichten. — Pension Lustig. — Von der Pension ins Leben.

Felseneck, M. v., Landwehrmanns Einzige. Illustriert. Gbd. . 1.95
—. Landwehrmanns Einzige an der Schwelle des Lebens. Illustr. Gebunden 1.95
—, Landwehrmanns Einzige im Dienste des Vaterlandes. Illustr. Gebunden 1.95
Nast, Cl., Mit Waffen d. Nächstenliebe. Illustriert. Gebd. . 1.95

Phönix-Ausgabe. Vornehme Leinenbände. Feines holzfreies Papier. Klarer Druck von sorgsam ausgewählten Texten. Gefälliges Format. Jeder Band . . 5.50
Bodenstedt, Liebe und Leben. — Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. — Bulwer, Die letzten Tage von Pompeji. — Goethes Faust. I. u. II. Teil in einem Bande. — Hoffmann, E. T. A., Dunkle Mächte. — Jacobsen, Frau Marie Grubbe. — Kügelgen, Jugenderinnerungen eines alten Mannes. — Rückert, Liebesfrühling. — Scott, Ivanhoe. — Wilde, Das Bildnis des Dorian Gray. — Wilde, Erzählungen und Märchen.

Feuchtersleben, E., Frhr. v., Ausgewählte Werke. 584 S. Eleg. in Leinen geb. . 1.95
Goethes Werke in Auswahl. 12 Teile in 3 Leinenbdn. 6.75
Goethes Meisterwerke. Neue illustr. Ausg. in 2 Bdn. In einem Bde. gebd. 839 S. 4.50
Grillparzer, Meisterdramen. 483 S. Gebunden . . 2.25
Hauffs Werke. Neue illustr. Ausgabe in 2 Bdn. Hrsg. von Zoozmann. Gebunden . 5.70
Lenaus Werke. Neue illustr. Ausgabe. Gebunden . . 2.05
Reuters Werke. 12 Teile in 3 Leinenbdn. 6.75
Reuters Werke. Neue illustr. Ausg. in 2 Bdn. Hrsg. v. Prof. Dr. K. Macke u. A. Junkermann. Gebunden . . 5.70
Scheffel, Ekkehard. Hübsch gebunden 2.85
Scheffel, Der Trompeter von Säkkingen. Auf holzfreiem Papier gedruckt u. in Ballonleinen gebunden . . . 1.95
Schillers Gedichte. Illustriert von ersten deutschen Künstlern. Gebunden . . . 8.95
Scherer, Wilh., Geschichte der deutschen Literatur. Volksausgabe. Elegant gebunden 7.50

Amundsen, R., Die Eroberung des Südpols. Die norwegische Südpolfahrt 1910—1912. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen ins Deutsche. Mit 300 Abbild., 8 Vierfarbentafeln nach Oelgemälden v. Prof. W. L. Lehmann u. 15 Karten und Plänen. 2 Bände. Orig. gebd . . . . früher 22.—, jetzt 12.50
—. Die Nordwest-Passage. Meine Polarfahrt auf der Gjöa. 1903—1907. Mit 140 Bildern u. 3 Karten. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen 544 S. Orig. gebunden . . . . früher 10.— jetzt 6.50

Englische und japanische Kunst. Mit 6 Vierfarbentafeln. 145 Mattkunstdrucken, 68 Tondruckbildern u. 5 Gravüren. Folioformat. Luxusausgabe Elegant gebunden mit breitem Lederrücken, statt 40.— jetzt 21.—
Moderne französische Maler. Mit 78 Mattkunstdruckbild., 145 Tondruckbildern, 5 Vierfarbentafeln und 3 Gravüren. Folioformat. Luxusausgabe Elegant gebund. mit breitem Lederrücken, statt 40.— jetzt 21.—
Theod. Storm, Erzählungen und Dichtungen. Herausgegeben von F. v. Zobeltitz. Orig. gebd. Neu . . . . 11.—

Interessante Romane
In modern. gefäll. Einbänd. Jed. Bd. 3.—

Daudet, A., Die Stütze der Familie. 420 S.
Hoffmann, H., Iwan der Schreckliche u. s. Hund. **Byr, R.,** Lydia 451 S.
Junghans, S., Geschieden. 440 S.
Kissling, R., Das Licht erlosch. **Lie, J.,** Niobe, 446 S.
Maupassant, G. de, Stark wie der Tod. Unser Herz. 453 S.
Niemann, A., Voll Dampf voraus. 465 S.
Ohnet, G., Der Weg zum Ruhme. 454 S.
Ortmann, R., Vaterland. 416 S.
Rosenthal-Bonin, H., Der Diamantschleifer. **Reichenbach, M. v.,** Der älteste Sohn. 462 S.
Schulze-Smidt, B., So wachsen deiner Seele Flügel. 410 S.
Streckfuss, A., Der Oberförster von Magrabowo. Krim.-Rom. 487 S.
Zobeltitz, H. v., Der Bildhauer. 439 S.

Hauffs Märchen. Mit zahlreichen Illustrat. v. W. Friedrich, R. Leinweber u. a. Orig. gebd. 3.85
Beecher-Stowe, H., Onkel Toms Hütte. M. 112 Ill. 624 S. Orig. gebd. . . . . 5.—
Ohorn, A., Der Eisenkönig. Histor. Erzähl. aus der Zeit der Kreuzzüge. Mit 71 Bildern. 320 S. Gebd. 3.50
—, Die Helden der Küste. Eine Geschichte v. deutschen Nordseegestade. Illustr. 249 S. Gebd. 3.50
Otto, Fr., Wohltäter der Menschheit. Hochsinnige Bekenner der Duldung, Barmherzigkeit und Menschenliebe. Mit 108 Textbildern u. 1 Titelbilde. 324 S. Eleg. Leinenband. . . . 3.50
Wallace, L., Ben Hur. Eine Erzählg. a. d. Zeit Christi. Illustr. 317 S. Orig. gebd. . . . 5.50

Prompter Versand nach auswärts.

HERMANN TIETZ, MÜNCHEN

Besuchen Sie die **Gemälde-Ausstellung** im 1. Stock unseres Hauses. Geöffnet von 1/2 9—6 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann). Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 18/19

3./10. Mai
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 18/19. München, 3./10. Mai. 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Niederkämpfung des Bolschewismus in München.

Von M. Geßner, München.

Am 24. April hatte sich vor dem Münchener Revolutionstribunal der russische Sozialdemokrat und Mitarbeiter der „Münchener Post“ Michael Smilg-Benario unter der Beschuldigung „reaktionärer Umtriebe und antibolschewistischer Propaganda“ zu verantworten. In seiner Verteidigungsrede unterschied der Angeklagte zwischen der deutschen Auffassung des Bolschewismus und der russischen Praxis. Den russischen Bolschewismus kennzeichnete er als eine „Despotenherrschaft einzelner Kommissare und Mitglieder von Sowjets, die in ihrem größten Teile aus Menschen bestehen, denen das Wohl des Ganzen nicht am Herzen liegt, sondern die sich nur deswegen Kommunisten nennen, weil sie ein materielles Interesse an der jetzigen Regierung haben.“ Weiter stellte der Angeklagte fest, daß er von Anfang an mit den Bolschewiki zusammenarbeitete, und erklärte dann: „Erst als ich später Mitglied und dann Vorsitzender der Zentralkommission für die Arbeitspflicht in Petersburg wurde und das Unglück, das Elend und die Tränen mit eigenen Augen gesehen habe, die der Bolschewismus mit sich brachte, da habe ich verstanden, daß der Bolschewismus eine sittliche Entartung des Volkes und wirtschaftlichen Ruin des Landes bedeutet.“

Dieser als Augenzeuge wie als ehemaliger Anhänger wohl einigermaßen kompetente Beurteiler des Bolschewismus hat hier eine Definition gegeben, die ebenso umfassend wie kurz und ver-tändlich ist. Seine Unterscheidung zwischen deutscher Auffassung und russischer Praxis war für ihn zweifellos mehr taktisch von Wert als sachlich bedeutungsvoll. Das, was sich in München etwa vier Wochen lang abgespielt hat, war dem russischen Vorbild nur zu ähnlich, wenn auch das „reine“ russische System nicht ganz unbestritten blieb. Die ununterbrochenen Kämpfe zwischen mehrheitssozialistisch-unabhängiger, unabhängig-kommunistischer, rein kommunistischer, interparteilich-radikaler Rätediktatur und zuletzt roter Militärdiktatur hatten mehr persön-iche als sachliche Gründe. Die scheinbar sachlichen Gründe waren in Wirklichkeit wohl nur taktische. Sie wurden jedenfalls erst gegen Schluß sichtbar, als die Unhaltbarkeit der Lage er Räterepublik immer offenbarer wurde und als es sich arum handeln konnte, durch den Schein der Mäßigung mit der Regierung Hoffmann zu einem Kompromiß zu kommen, um nach esserer Vorbereitung das alte Spiel wieder zu beginnen. All iese Zwischenspiele haben aber die konsequente Entwicklung zur ittlichen Entartung und zum wirtschaftlichen Ruin nicht beein-rächtigen können. Die sittliche Entartung konnte sich kaum ab-chreckender offenbaren als in dem furchtbaren Verbrechen, n dem am Nachmittag des 30. April die Räterepublik eigentlich hon unterging, wenn der entscheidende Kampf um die Befreiung Münchens auch später erst begann: in der Mißhandlung und Erschießung von acht Geiseln und 2 Soldaten im Luitpold-ymnasium, die selbst der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldaten-äte als „bestialische Handlung“ bezeichnen mußte. Mit dieser Schreckenstat hat sich der Münchener Bolschewismus dem russischen ls völlig ebenbürtig erwiesen, sich zugleich aber auch moralisch en Rest gegeben. Dieses Verbrechen hat in den weitesten reisen der sonst nur zu geduldigen Münchener ein Urteil provo-ert, das in seiner Einmütigkeit geradezu vernichtend ist und urch keinerlei Ausreden mehr geändert werden kann. Daß den leitenden Männern dieser Fall just in dem Augenblick, wo es sich für sie um Sein oder Nichtsein handelte, recht unbequem kam, wird niemand bezweifeln. Manche mögen etwas Derartiges auch an sich nicht gewollt haben, aber die Tat ist eine konsequente Frucht des Geistes, den die Führer und Agitatoren der Bewegung großgezogen und in leidenschaftlichen Hetzreden immer wieder aufgepeitscht haben, was auch in ihrer Nummer vom 2. Mai die „Münchener Post“ an Reden Egelhofers, Leviens und anderer nachweist. Abgesehen davon gilt aber, was wir aus einer erregten Gruppe einem Manne, der die Schuld von den Führern abwälzen wollte, antworten hörten: Verantwortlich für das Schicksal von Geiseln sind diejenigen, die sie festnehmen lassen!

Die ruinösen Folgen des Münchener Treibens in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht waren so offensichtlich, daß man schon nach den ersten acht Tagen auch von minder kritisch gestimmten Leuten immer wieder hören konnte: So kann es nicht weitergehen! Die Entbehrungen während des Krieges waren fast nichts im Vergleich zu dem, was München in diesen Wochen in täglich steigendem Maße zu ertragen hatte. Bald hieß es: Keine Kartoffeln mehr, keine Milch, keine Butter oder Fett, keine Eier, kein Kunsthonig, keine Marmelade. Da zuletzt auch das bißchen Fleisch alle war, blieb nur das trockene Stücklein Brot. Wer noch etwas mehr hatte, lief stündlich Gefahr, von legitimierten oder nicht legitimierten Rotgardisten ausgeraubt zu werden. Die Erbitterung über dieses Ergebnis kommunistischer Volksbeglückung wurde niedergehalten durch die rücksichtslose Unterdrückung der Presse und durch den Terror, der jeden mit Verhaftung bedrohte, der ein Wort der Kritik über die elende Lage fallen ließ. In den Mitteilungen des Vollzugsrates las man zwar Verherrlichungen des Bolschewismus und Spartakismus, aber natürlich nichts über die wirklichen Folgen dieser „Systeme“. Die mehrheitssozialistische „Münchener Post“, die gegen Ende April einige Male erscheinen konnte, schrieb in Nr. 99 vom 29. April über diese Vertuschungspolitik u. a.: „Die Bevölkerung der bayerischen Hauptstadt tappte im Dunkel, allerdings nicht völlig, denn der knurrende Magen der Massen, vor allem aber das Siechtum der Säuglinge, Kinder und Greise, die der nährenden Milch entbehren mußten, trug etwas Licht, und zwar augenschmerzendes, grausames Licht in die Finsternis hinein, die durch die Stillegung der Presse und der öffentlichen Meinung entstanden war. Einer der ersten Akte der zweiten kommunistischen Regierung war die Maßnahme, daß jeder, der in Wort und Schrift gegen die Verordnungen des Vollzugsausschusses aufzutreten wagte, sofort vor das Revolutionstribunal gestellt werden sollte. Jede freimütige Konstatierung der wirklichen Zustände Münchens bedeutete aber eine scharfe Kritik der Anordnungen des Vollzugsrates.“

Nun hätten für diese Zustände die Münchener Gewalthaber gar zu gern die Regierung Hoffmann und die „Abschnürung“ Münchens verantwortlich gemacht. Man kann diesen Vorwurf auf sich beruhen lassen. Hätte der Bolschewismus ganz Bayern zur Verfügung gehabt, so hätte er natürlich etwas länger Zeit gebraucht, um es ebenso wie München an den äußersten Rand des Abgrundes zu bringen, aber gelungen wäre es ihm auch. Seine Methode war unfehlbar: Immer wieder Demonstration und Generalstreik unter Fortzahlung hoher Löhne und Zulagen, dabei ein Schlemmen und Prassen der bevorzugten Kaste auf Regimentskosten, immer wieder Raub und Plünderung, Veruntreuung und willkürliche Beschlagnahmung, ein ewiger Personenwechsel in allen Aemtern, wobei wohl nicht nur gerade die Tage

und Stunden bezahlt wurden, die der einzelne wirklich im Amte war, überdies in den Aemtern genau dieselbe „Arbeitsruhe“ wie in den gewerblichen Betrieben! Welches Land sollte das lange aushalten? Der 22jährige „Finanzminister“ Maenner hat sich durch die Tatsachen schließlich davon überzeugen lassen, daß auf solches Treiben der Dalles folgen müsse, aber es ist schlimm genug, wenn Minister solcher Lektionen erst bedürfen. Wie sollen sie da begreifen, daß eine „Sozialisierung“, wie sie in München geübt wurde, *notwendig zum Ruin führen muß*? Müssen auf Wochen hoher und höchster Löhne und ebensolcher Zulagen, auch dann, wenn wirklich noch etwas gearbeitet wird, nicht Monate und Jahre der Arbeits- und Brotlosigkeit folgen, weil sich unter derartigen Umständen Betriebe nicht rentieren und also auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen? So können nur Industrieritter handeln, die schnell ein Geschäft machen wollen, sich aber nicht darum kümmern, ob die breiten Massen auch später noch für sich Existenzmöglichkeiten finden, Menschen, die, wenn die Unternehmen ruiniert sind, zwecks Geldbeschaffung einfach zum Diebstahl schreiten, wie es in München der Russe Axelrod vorschlug mit der Wegnahme der Safes in den Banken, Menschen, die auch dieses Kapital seelenruhig verwirtschaftet und beim Hereinbrechen des absoluten allgemeinen Elends sich in Sicherheit gebracht hätten, vermutlich nicht ohne so viel Kapital und Wertsachen, daß für sie die soziale Frage unter allen Umständen gelöst war. Sozialisierung ist etwas ganz anderes, sie ist die dauernde Fruchtbarmachung der Betriebe und des Kapitals für eine möglichst gute Bezahlung und Versorgung des Arbeiters und seiner Angehörigen, wobei auch der Unternehmer noch auf seine Rechnung kommen muß, ohne daß von Ausbeutung noch die Rede sein kann. Dieser Sozialisierung aber wird durch das Münchener System nicht gedient, es wird ihr vielmehr der Boden entzogen durch Verschleuderung des Kapitals und Ruinierung der Betriebe, eine Methode, durch die man ja zwar in vielen Fällen auch Unternehmer zu Bettlern machen kann, in den meisten aber sicher Arbeiter und Angestellte zu Bettlern machen wird.

Betrachtet man die ganze Entwicklung, so muß man fragen: *Was ist aus der Revolution eigentlich geworden?* Sie wurde gepredigt im Namen der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs und schließlich der über die nationale Gemeinschaft hinaus auf die ganze Menschheit auszudehnenden brüderlichen Versöhnung. Und was sahen wir? Freiheit und Gerechtigkeit wurden nicht nur praktisch mit Füßen getreten, sondern auch in der Theorie hohnvoll abgelehnt im Vertrauen auf die rohe Gewalt. Zur Brüderlichkeit, die das viehische Verbrechen im Luitpoldgymnasium schon so grausig beleuchtet hatte, hat der Donner der *mehrtägigen Schlacht vor und in München* die rechte Melodie gespielt. Der besondere Einschlag der Brüderlichkeit in Form von *Klosterstürmerei und Pfaffenhetzerei*, wobei auch nach dem Erzbischof von München und Freising mehrfach gefahndet wurde, kann bei der Herkunft des neuen Idealismus kaum überraschen. Der wirtschaftliche „Aufstieg“ ist bereits charakterisiert. Und der kulturelle Aufstieg? Kommt er vielleicht darin zum Ausdruck, daß man die Münchener Universität für einseitigste und ödeste Parteitendenz beschlagnahmen wollte? Allerdings konnten daran wie an manchem anderen die Verfechter einer gewissen Kultur und Wissenschaft erkennen, wem sie, vielleicht nicht immer zielbewußt, aber doch sehr konsequent gedient hatten. Das vermeintlich Erhabenste, was von ihren Lehrstühlen und Tribünen ausging, mußte dazu dienen, uns wie jenseits von gut und bös, so auch jenseits von aller Kultur und Zivilisation zu führen.

Weil die Bewegung mehr ein *Gemisch aus Verbrechen und Narrheit* als eine geistige Bewegung geworden war, mußte sie mit *Waffengewalt niedergeworfen werden*. Die Bevölkerung Münchens hatte darauf lange gewartet. So bedauerlich eine kriegerische Aktion war, sie mußte kommen, wenn nicht die ganze friedliche Bevölkerung Hunger und Verbrechen zum Opfer fallen sollte. Als am Morgen des ersten Mai die Kunde von dem furchtbaren Verbrechen der Spartakisten von Mund zu Mund ging, brach sich neben allgemeiner Empörung auch die Ueberzeugung Bahn: Nun muß es mit dieser Gesellschaft zu Ende sein! Mutig und erfolgreich rührte sich die einheimische „weiße Garde“, um der Hilfe von auswärts vorzuarbeiten. Und als um 11 Uhr die weißblaue Fahne über der Residenz hoch ging, begrüßte sie ein tausendfaches freudiges Hoch. Man fühlte, daß die Feier des ersten Mai von nun ab für München einen allgemeineren Inhalt hatte als eine Parteidemonstration. Es wurde der Wunsch laut, daß die bayerische Fahne von keiner anderen mehr verdrängt werde. Das wird der Fall sein, wenn der militärischen Ueberwindung des Bolschewismus die geistige folgt. Berechtigte Ideale der in den Bann von landfremden Verführern geratenen Massen müssen nach Möglichkeit verwirklicht werden. Die politische Freiheit darf in keiner Reaktion untergehen, aber für das nackte Verbrechen und für gemeingefährlichen Irrsinn darf es keine Freiheit geben. Soziale Gerechtigkeit wird mehr als in der Vergangenheit zu pflegen sein. Das wird aber nur möglich sein, wenn unser Wirtschaftsleben statt zerstört wieder aufgebaut wird im Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Reiche und in der Welt. Politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden in hohem Maße zum kulturellen wie zum wirtschaftlichen Aufstieg beitragen, wenn sie, begründet auf eine sittliche Erneuerung und Erhebung, davor bewahrt bleiben, entweder als leere Worte zu verhallen oder zu Unsinn und Verbrechen aller Art mißbraucht zu werden. Der erwähnte Russe Smilg glaubt anscheinend an einen Zusammenhang zwischen sittlicher Entartung und wirtschaftlichem Ruin. Der gleiche Zusammenhang besteht naturgemäß zwischen sittlicher Erneuerung und wirtschaftlicher Aufwärtsbewegung. Das ist wohl zu bedenken. Man kann nicht die geistigen Triebkräfte des Bolschewismus pflegen, seine wirtschaftlichen Konsequenzen aber ablehnen wollen. Und doch hat ein gut Teil unserer Kultur- und Parteipolitik bis in unsere Tage hinein den Eindruck gemacht, als sähe man diesen Widerspruch nicht oder als bilde man sich noch immer ein, ihn in Harmonie auflösen zu können. Bricht hier nicht endlich eine auch zu entsprechenden Entschlüssen und Taten führende bessere Erkenntnis durch, so werden uns auch die letzten Möglichkeiten einer Aufwärtsentwicklung zuschanden werden, ja, wir werden nicht einmal dazu kommen, über diese Möglichkeiten und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten richtig nachzudenken. Für die vor uns liegende gewaltige Aufgabe brauchen wir eine ideale, keine Mühe und Arbeit scheuende Menschheit, und deren geistiger Nährboden kann nur ein wirklicher, über die Erde hinausreichender Idealismus sein. Der Früchte des Materialismus haben wir nun wohl hinreichend gesehen und genossen.

* * *

Den Ausführungen unseres Herrn Mitarbeiters ist im Anschluß an das in den letzten Heften bereits Berichtete nur Weniges noch nachzutragen über die Vorgänge dieser Schicksalstage. *Der völlige Bankerott* der am 14. April etablierten *Kommunistenherrschaft* wurde schon bald so offensichtlich, daß es kaum noch des Mißtrauensvotums der Versammlungen der Betriebsräte vom 26. und 27. April bedurft hätte, um den *„Aktionsausschuß“ zum Rücktritt* zu veranlassen. Der am 28. April aus der Mitte der Betriebsräte gewählte neue 20gliedrige *Ausschuß* konnte den totalen Zusammenbruch nicht mehr aufhalten, zumal er nur ein Werkzeug des Terrors der roten Armee gewesen wäre, nachdem die Haupträdelsführer und Verführer, die Levien und Leviné sich aus dem Staube gemacht hatten. Der Niederbruch der roten Außenfront veranlaßte am 30. April die Betriebsräte zur Aufgabe des Kampfes unter bedingungsloser Uebergabe (zu dieser ist, wie soeben gemeldet wird, auch die *ungarische* Räterepublik gezwungen worden), allein infolge des Widerstands der roten Armee in der Stadt konnte die *Befreiung Münchens* erst nach stellenweise erbitterten Kämpfen am 1., 2. und 3. Mai erfolgen.

Für die äußere Ruhe und Ordnung sorgen jetzt die unter den Generalen Möhl und v. Oven stehenden bayerischen und Reichstruppen, die später durch eine zuverlässige, disziplinierte bayerische Reichswehr unter General Möhl abgelöst werden, nachdem die Münchener Garnison so kläglich versagt hat. Viel wichtiger aber und *entscheidend für die ganze Zukunft* ist die Haltung und Tätigkeit von *Regierung* und *Landtag*. Bereits haben die *bürgerlichen Parteien* in Verbindung mit dem Bürgerrat München der Regierung Hoffmann die dringlichsten Forderungen zur Wiederherstellung gesetzlicher Zustände unterbreitet. Darüber hinaus obliegt der *Regierung Hoffmann* die gewaltige Aufgabe der Ingangbringung und Sanierung des Wirtschaftslebens. Daß sie durch den Kommunismus nicht zu lösen ist, das haben die letzten vier Wochen aller Welt bewiesen. Auf welchem Wege aber die Gesundung zu erreichen ist, das muß die Regierung Hoffmann jetzt zeigen. Dafür hat sie am 11. März die Verantwortung übernommen.

Da infolge der Ereignisse der vergangenen Woche die Fertigstellung der Nr. 18 nicht möglich war, muss noch einmal eine Verbindung zweier Nummern Platz greifen. Auch die Wochenschau konnte noch nicht hereinkommen und der Nachrichtendienst funktionierte bei Abschluss des Heftes noch nicht. Für die nächste Nummer werden diese Hindernisse voraussichtlich behoben sein, nachdem München jetzt vom bolschewistischen Terror befreit ist.

Der russisch-orthodoxen Kirche Hilferuf an den Papst.

Von Friedrich Ritter von Lama.

„Hochbefriedigt“ von seinem Erfolge hat Kardinal Amette Rom wieder verlassen, so hat er wenigstens am Abende des 30. März auf dem Terminibahnhofe den sich von ihm verabschiedenden Geistlichen versichert. Worauf sich die Befriedigung bezieht, werden wir ja recht bald sehen; ein Zweifaches jedoch scheint dabei sicher zu stehen, nämlich, daß, falls der Kardinal geglaubt haben sollte, als Unterhändler der französischen Regierung, also als Ersatz für einen amtlich bestellten und beglaubigten Vertreter gelten zu dürfen, er sich ebenso getäuscht hat, wie in der möglichen Annahme, die Frage der Besetzung der bischöflichen Stühle von Straßburg und Metz im Sinne der Pariser Wünsche zur Lösung bringen zu können. Denn kaum hat der Pariser Erzbischof den römischen Staub von den Füßen geschüttelt, da äußert sich über die beiden Angelegenheiten in höchst beachtenswerter Weise der Kardinal Staatssekretär Gasparri in einer einem Vertreter des „Petit parisien“ gewährten Unterredung. Nach dem mir vorliegenden Auszuge gab der Kardinal dem dringenden Wunsch der Wiederannäherung Frankreichs Ausdruck. „Wenn Frankreich diese Wiederannäherung wünscht, so möge es direkt und ohne sich irgendwelcher Vermittler zu bedienen, handeln.“ Das ist ebenso deutlich für Clemenceau wie für Kardinal Amette, der, nachdem bereits Denys Cochin die Zumutung, neuerdings als inoffizieller Vermittler der Regierung beim Vatikan zu erscheinen, abgelehnt und geraten hatte, den Weg über die Hintertreppe aufzugeben, der Versuchung nicht widerstehen konnte, Clemenceau aus der Verlegenheit zu helfen. Und bezüglich einer möglichen Ersetzung der beiden Bischöfe von Elsaß und Lothringen sagte der Kardinal, daß diese Länder unter dem Konkordatsregime stehen und es daher an der französischen Regierung sei, Kandidaten zu bezeichnen. Nun hat diese das Wort. Entweder die deutschen Bischöfe Fritzen und Benzler bleiben oder Frankreich geht nach Rom. Und Frankreich braucht Rom, wie ich bei Darlegung des Orientproblems zeigte (vgl. „A. R.“ Nr. 15). Rom ist eine Macht, eine Großmacht sogar, aber französischer Eigensinn und Kirchenhaß weigern sich, dies zuzugeben. Als ob an der Tatsache dessen, was der Papst nun einmal ist, die Haltung Frankreichs irgend etwas zu ändern vermöchte!

Da kommt nun wieder einmal ein Ereignis, so groß und erschütternd, Jahrhunderte währende Ueberlieferungen hinwegfegend und Vorurteile, die unausrottbar festgewurzelt schienen, beseitigend. Die russisch-orthodoxe Kirche, die erbitterte Feindin Roms, gestern noch herrschend und mit allen Machtmitteln der staatlichen Gewalt ausgestattet, wendet sich Schutz und Hilfe suchend an den Papst! Heute büßt sie die große Schuld, die sie vor Jahrhunderten sich aufgeladen, als sie, ihrer Pflicht und ihres hohen Berufes vergessend, sich zur Dienerin und Sklavin des autokratischen Staates herabwürdigte. Wohl fand sie Schutz und reichliche Unterstützung, große Vorteile genoß sie, ruhigen und gesicherten Genuß ihres Besitzes, die Knute und der Galgen öffneten ihr die Wege, wo sich ihr Widerstand entgegenstellte. Ein Menschenalter ist es eben, daß sie im Cholmer Lande mit ausgesucht grausamen Mitteln die Anhänger der römischen Kirche verfolgte, mit Mitteln, die heute eine neue Macht, der Bolschewismus, aufgriff und nun gegen sie kehrte. Der Staat, dessen Ketten sie freiwillig trug, brach zusammen und riß nun auch sie mit. Hätte Rußland gesiegt, dann hätte uns fast bangen mögen. Jedenfalls wäre der Orient der katholischen Kirche verloren gegangen. Die Hagia Sophia sollte das Wahrzeichen der orthodoxen Herrschaft für den ganzen Osten werden; so war es geplant. Aber Gott wollte es anders. Der Traum ist ein für allemal ausgeträumt. Aus Byzanz ist der Türke abgezogen, zurückkehrend nach Asien, woher er gekommen war, und wenn nicht Englands politische Rücksichten auf den Islam sich allzu stark erweisen, besteht Hoffnung, daß der entschlossene Wille des Papstes, die Sophienkathedrale wieder der wahren Kirche Christi (wenn auch des orientalischen Ritus) zurückzugewinnen, sich erfüllt.

Mordend, plündernd und sengend wütet heute der Bolschewismus in der russischen Kirche und seine Greueltaten zeichnet am besten das Dokument selbst, die Adresse, die namens der obersten Leitung der russischen Orthodoxie Erzbischof Sylvester von Omsk an Papst Benedikt XV. richtete und die wir nach dem „Osservatore Romano“ hier wiedergeben.

„Die oberste Verwaltung der orthodoxen Kirchen in den von der Macht der Bolschewiken befreiten Teilen Rußlands wendet sich an Sie, verehrter Vater, mit der demütigen Bitte, zu geruhen, Ihre Aufmerksamkeit Nachfolgendem zu leihen. Nachdem sich im Jahre 1917 die Maximalisten in Rußland der obersten Gewalt bemächtigt hatten, machten sie sich daran, nicht nur die gebildeten Gesellschaftsklassen und die Kunstgegenstände, sondern auch alle Religionen, ihre Vertreter und ihre von allen verehrten religiösen Kultusdenkmäler zu vernichten. Die Kirchen des Kreml in Moskau, der Städte Jaroslau und Simpheropol sind ausgeraubt, mehrere Tempel geschändet, die historischen Sakristeien und Bibliotheken der Patriarchen von Moskau und Petersburg ausgeplündert. Der Metropolit Wladimir von Kiew, an zwanzig Bischöfe, Hunderte von Priestern ermordet. Ehe die Bolschewiken ihren Opfern den Todesstoß versetzen, schneiden sie ihnen Arme und Beine ab; manche wurden lebend begraben. Die von zahlreichen Volksmassen gefolgten religiösen Prozessionen in Petersburg, Tula, Charkoff und Soligalitsch wurden durch Gewehrfeuer auseinander getrieben. Wo die Bolschewiken herrschen, wird die christliche Kirche mit größerer Grausamkeit verfolgt, als in den ersten drei Jahrhunderten des Christentums. Die Klosterfrauen werden geschändet. Man verkündet die Sozialisierung der Frau, die Ungebundenheit der ungeordnetsten Leidenschaften. Ringsum Tod, Kälte und Hungersnot. Die Bevölkerung ist bedrückt und den härtesten Prüfungen ausgesetzt. Die einen gehen geläutert hervor, die anderen unterliegen. Nur Sibirien, der Süden und die Gebiete des Ural, wo die Bolschewiken vertrieben sind, fahren fort, ihre bürgerliche und religiöse Existenz unter dem Schutze des Gesetzes zu ordnen. Mit dem Gefühle tiefen Schmerzes benachrichtigen wir Sie, verehrter Vater, von dem Unglücke, unter dem Millionen von Russen des wahren Rußland schmachten. Kraft menschlicher Solidarität, aus christlichem Brudergeiste hoffen wir, verehrter Vater, auf Sie zählen zu können, auf Ihr Mitleid in Ihrer Eigenschaft als Vertreter der christlichen Kirche, auf daß Ihre Schafe davon unterrichtet werden, was vorgeht, und mit Ihnen an den, der in seinen Händen Leben und Tod hält, ihre inständigen Gebete für diejenigen richten, die im Nordosten Europas um der Liebe Christi willen im zwanzigsten Jahrhunderte Blutzeugen ihres Glaubens werden.“

In seiner Antwort versicherte der Heilige Vater den Erzbischof aller Teilnahme, sowie seines Gebetes, „auf daß Friede und Ruhe so bald als möglich wieder in Rußland einkehren und allen die erflehten Tröstungen und des Himmels Hilfe zuteil werden“. Doch begnügte sich Benedikt XV. nicht damit; in einer drahtlosen Depesche wandte er sich an Lenin und beschwor ihn, Befehl zu geben, daß dieser Verfolgung der Diener jedweder Religion Einhalt getan werde. Freilich, der Erfolg blieb ihm wieder einmal versagt, denn der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten antwortete in derart ungezogener und niedrig höhnischer Weise, wie es die bekannte Gesittung des Bolschewismus erwarten ließ. Der Ernst dieses Dokumentes geht schon aus der Einleitung hervor, in der es heißt, „die Trennung von Kirche und Staat ist in Rußland durchgeführt, ... es ist daher vollkommen falsch, von Verfolgung der Diener der Religion zu sprechen“. Durch diese „Logik“ sucht er der Anklage zu begegnen. Im übrigen bestreitet er die Verfolgungen nicht, ja, er gibt sogar die Schändung der Gräber der russischen Heiligen zu, in denen sich nur in Staub zerfallende Knochenreste, Lumpen, Kissen usw. befunden hätten. Er macht schließlich den Papst für die an den gefangenen Bolschewiken begangene Rache verantwortlich, weil er dagegen seine Stimme nicht erhoben habe (!). Die Polen, zu deren Regierung auch Erzbischof Kakowski gehöre (was seit November nicht mehr zutrifft), hätten sogar die bolschewistische „Rote-Kreuz-Mission“ ermordet (die bekanntlich unter Mißbrauch des Genfer Kreuzes bolschewistische Propaganda trieb). Uebrigens habe die katholische Kirche die orthodoxe Geistlichkeit stets mit derselben Grausamkeit verfolgt, wo sie die Macht dazu habe (!!). Der „Osservatore Romano“ begnügt sich, kommentarlos dieses Dokument bolschewistischer Erziehung der Oeffentlichkeit preiszugeben. Der Papst aber hat wieder einmal bewiesen, daß er vom Geiste Jesu Christi erfüllt ist; er hat mit Liebe vergolten, was die russische Kirche an seinen Kindern in so reichem Maße verübt. Und die Früchte werden, so hoffen wir, nicht ausbleiben

Die Parteiverhältnisse und die parlamentarische Arbeit in Württemberg.

Von Redakteur **Grießer**, Stuttgart.

Wie in den beiden Nachbarländern Baden und Bayern wurde auch in Württemberg bei den **Wahlen zur Landesversammlung** dem sozialistischem Ansturme von dem Bürgertum kräftig entgegengetreten. Zwar haben sich — das war bei der allgemeinen Linksentwicklung, die durch die Revolution geschaffen wurde, unausbleiblich — die sozialistischen Stimmen stark vermehrt (von 29,29 Prozent bei der Wahl 1912 auf 37,8 Prozent). Aber eine **Mehrheit** hat die **Sozialdemokratie in Württemberg nicht erhalten**; den rund 493000 sozialistischen Stimmen stehen rund 820000 bürgerliche gegenüber. Als besonderes Merkmal kommt noch hinzu, daß innerhalb der sozialistischen Partei die **Unabhängigen eine vollkommene Niederlage** erlitten haben. Die gewaltsame und plötzliche Ueberführung des geschichtlich gewordenen Staates in den sozialistischen ist nach dem obigen Ergebnis unterbunden.

Der Wahlausfall mit seinem „**Ruck nach links**" konnte nicht überraschen, da ja von vornherein anzunehmen war, daß er zum mindesten eine absolute Mehrheit der seither linksstehenden Parteien bringen werde. In dem im Jahre 1912 gewählten Landtag besaß das **Zentrum** als stärkste Partei zuletzt noch 25 Sitze, der Bauernbund mit den Konservativen 20, die Nationalliberale Partei 10, die Volkspartei 20, die Sozialdemokratie 17. Es standen also den beiden früher die Rechte bildenden Parteien 45 Sitze zur Verfügung, während die Linke mit Einschluß der Nationalliberalen 47 Sitze hatte. Rechts und links hielt sich beinahe das Gleichgewicht. Die neue Landesversammlung mit ihren 150 Abgeordneten zeigt ein anderes Gesicht. Das Zentrum ist mit 31 Sitzen an die dritte Stelle gerückt. Die aus den protestantischen Konservativen, einem Teil der Rechtsnationalliberalen und dem Bauernbund hervorgegangenen drei Parteien: Bürgerpartei (11 Sitze), Bauernbund (10), Weingärtnerbund (4) haben es auf 25 Sitze gebracht, so daß die früheren Rechtsparteien jetzt 56 Sitze haben. In der Mitte steht als „Zünglein an der Wage", wie sie sich selbst nennt, die Deutsche demokratische Partei mit 38 Sitzen. Den Sozialdemokraten (Mehrheitssozialisten mit 52 und Unabhängigen mit 4 Sitzen) fehlen mit ihren 56 Sitzen zur absoluten Mehrheit immer noch 20 Sitze. Sozialdemokratie und Demokratische Partei verfügen zusammen über 94 Sitze, die gleiche Zahl haben auch die bürgerlichen Parteien: 31 + 25 + 38 = 94. Es läge jederzeit in der Macht der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie niederzustimmen und ihren Einfluß völlig auszuschalten. Zum Mindesten wird sich die demokratische Partei darauf besinnen müssen, daß in ihrer Fraktion bzw. unter ihren Wählern Leute sind, die von einem Mitgehen mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn, das gewissen Demokraten vorschwebt, nichts wissen wollen. Die demokratische Partei wird vor allem sich mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenfinden müssen, „um überstürzte sozialdemokratische Experimente zu verhindern"; diese Ansicht drückte das volksparteiliche Landesorgan, der „Beobachter", offen aus und auch der nationalliberale „Schwäbische Merkur" betonte, „die Sozialdemokratie würde in ihren spezifisch sozialen Forderungen eine beträchtliche Mehrheit gegen sich haben, die sie hindern werde, radikalen Gelüsten die Zügel schießen zu lassen". Bei alledem darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Demokratenführer Konrad Haußmann gleich erklärt hat, daß „die Möglichkeit eines Zusammengehens von Sozialdemokratie und Volkspartei in Zukunft häufiger eintreten werde, als bisher, so daß Württemberg künftig in der Hauptsache in streng demokratischem Sinne regiert werde."

Den großen Zuwachs ihrer Stimmen verdankt die **sozialdemokratische Partei** nicht zuletzt dem neuen Wahlgesetz. Viel weniger rührt er von der Beiziehung der Frauen zur Wahl her, als von der Bestimmung, daß alle jugendlichen Personen vom 20. Lebensjahre ab wählen dürfen. Diese Leute sind am meisten empfänglich für die sozialistischen Versprechungen und Ideen; sie haben nicht nur in den großen Städten, sondern besonders auf dem Lande das Hauptkontingent für die Versammlungen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gestellt. Dann kamen zu den Jugendlichen noch die vielen Tausende von Nichtwürttembergern, die bei den Landesversammlungswahlen ebenfalls mitwählen durften; es waren beinahe durchweg Arbeiter oder Angestellte in den großen Rüstungsbetrieben und Fabriken, bei denen lediglich Privatinteressen maßgebend waren und die den Lockrufen der Sozialdemokratie willig nachgaben.

Es widerspricht völlig den Tatsachen, wenn die demokratische Presse von einer „Niederlage" des **Zentrums** spricht, weil sein Stimmenprozentsatz von 22,3 auf 20,8 gesunken ist. Der alte Stand der Zentrumswähler ist der Partei treu geblieben. Und was die katholischen Frauen betrifft, so haben sie allen übrigen Wählern durch stramme Ausübung ihres neuen Rechtes ein glänzendes Beispiel gegeben. Nur diese jugendliche Stimmen und solche der Unzufriedenen gingen dem Zentrum verloren. Trotzdem hat sich das Zentrum als der beste Hort gegenüber der sozialistischen Hochflut bewiesen. Das Zentrum erhielt 6 Sitze mehr als 1912. Frauen entsendet es 3 in die Landesversammlung, die übrigen Parteien zusammen 10. Der Prozentsatz der Abstimmenden in den Hochburgen des Zentrums wurde durch die übrigen Parteien nicht erreicht. Es traten bis zu 97 % der Wähler an die Wahlurne.

Die **demokratische Partei** hat keinen Anlaß, zu jubeln. Bei den Wahlen im Jahre 1912 hatten Volkspartei und Nationalliberale zusammen nahezu 32 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten, am 12. Januar ds. Js. dagegen nur noch 25 Prozent. Die demokratische Partei möchte ihre Anhänger über ihre eigene **Stimmenabwanderung** ins sozialdemokratische Lager mit der Feststellung täuschen, daß sie es sein werde, die nach Belieben die Richtung der Politik in Württemberg bestimmen könne. Wie schlimm diese Abwanderung ausfiel, zeigt der Wahlausfall im bisherigen „bombensicheren" Wahlbezirk des volksparteilichen Führers Konrad Haußmann, in Balingen; dort haben die Sozialdemokraten die absolute Stimmenmehrheit erhalten, so daß Haußmann, falls noch das alte Wahlverfahren gelten würde, glatt durchgefallen wäre. Die Entwicklung in Württemberg zeigt, wie in den übrigen süddeutschen Staaten, das vollkommene Verschwinden der **nationalliberalen Partei**; die den Demokraten durch die Nationalliberalen gewährte Unterstützung hat aber die ersteren keineswegs in den Sattel gehoben.

Während so die bürgerliche Demokratie an Macht und Zahl verloren hat, haben sich außer dem Zentrum die von dem protestantisch **konservativen** Teil der Bevölkerung gebildeten Parteien: die Bürgerpartei, der Bauern- und der Weingärtnerbund auf der früheren Höhe gehalten. Sie können sich mit ihren insgesamt 25 Sitzen wohl sehen lassen; auch erhielten sie 16,1 % aller abgegebenen Stimmen, gegen 15,6 % bei der Wahl im Jahre 1912. Der frühere Rechtsblock hat sich um 11 Sitze auf 56 vermehrt; ihn wird die Linke nicht mißachten können.

Bei der Wahl zur Deutschen **Nationalversammlung** am 19. Januar waren Württemberg und Hohenzollern zu einem gemeinsamen Wahlkreis vereinigt. In **Hohenzollern** entfielen von 36 660 abgegebenen Stimmen (= 90,3 % der Wahlberechtigten) auf das Zentrum 25 623 Stimmen, die Sozialdemokraten 6318, die Demokratische Partei 4417, die Bürgerpartei 564, die Unabhängigen 152. Der auf dem Zentrumswahlzettel an 5. Stelle stehende hohenzollerische Kandidat kam bedauerlicherweise nicht mehr zum Zuge, da das Zentrum für Württemberg und Hohenzollern zusammen nur 4 Sitze erhalten hat.

In **Württemberg** zeigte sich der Rückgang der Stimmen (es haben nur 88 % aller Wähler abgestimmt gegen 90 % am 12. Januar) vor allem bei den konservativen Parteien, während das Zentrum und insbesondere die Sozialdemokratie einen starken Zuwachs buchen konnten. Ferner hat aus dem Umstand, daß unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbindung der Wahlvorschläge für die Austeilung der Mandate nicht zustande gekommen ist, die Sozialdemokratie direkten Nutzen gezogen und statt den ihr nach den Abstimmungsziffern bei der Wahl am 12. Januar zustehenden 6 Sitzen auch noch einen 7. erhalten. Es wären dann auf die bürgerlichen Parteien 11 statt 10 Sitze gekommen. Dabei hätte — eine Ironie des Schicksals — diesen weiteren (bürgerlichen) Sitz gerade die Partei erhalten, die von Anfang an sich „prinzipiell" gegen eine Wahlvorschlagsverbindung erklärt hatte, nämlich die Deutsche Demokratische Partei. Das **Zentrum** hat mit ganz wenigen und geringfügigen Ausnahmen den Stand vom 12. Januar nicht nur behauptet, sondern sogar noch erheblich vermehrt. Diesen Zuwachs holte es gerade aus seinen **Hochburgen im katholischen Oberschwaben** (es hat ein Mehr von 4827 Stimmen erhalten), teilweise auf Kosten der Sozialdemokraten und Demokraten.

Bezüglich der Stimmenzahl nahm es gegenüber den Reichstagswahlen im Jahre 1912 auch relativ zu; den Besitzstand von 4 Mandaten wahrte es.

Die drei rechtsstehenden Parteien, die Bürgerpartei, der Bauern- und der Weingärtnerbund, die mit einem gemeinsamen Wahlzettel in den Kampf zogen, verloren 33031 Stimmen und erhielten nur 2 Sitze (wie bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912), der erhoffte dritte fiel der Sozialdemokratie zu.

Obwohl die zweitstärkste Partei, hat sich die Demokratische Partei doch mit der gleichen Anzahl Sitze begnügen müssen wie das Zentrum; denn während Volkspartei und Nationalliberale in den alten Reichstag mittels der bekannten Wahlbündniskünste noch 8 Abgeordnete entsenden konnten, haben sie jetzt nur 4 Sitze erhalten, ihr Stimmenrückgang um rund 1100 kam wie derjenige der Rechtsparteien der Sozialdemokratie zugute, die einen Zuwachs von rund 11300 Stimmen erhielt und ihre Mandate von 3 (im Jahre 1912) auf 7 erhöhte.

* * *

Das Präsidium der Landesversammlung wurde entsprechend der Stärke der Parteien gebildet: 1. Präsident Abg. Redakteur Keil, Stuttgart (Soz.); 1. Vizepräsident Abg. Oberbürgermeister Dr. Keck in Göppingen (D.-Dem.), 2. Vizepräsident Abg. Landgerichtsdirektor Walter in Ellwangen (Zentr). Dann gab die Landesversammlung dem Volksstaat Württemberg in der Person des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Blos ein Oberhaupt, den Staatspräsidenten, der seinerseits das Ministerium berief, bzw. die alte provisorische Regierung in ihren Aemtern bestätigte. (Blos ist Badenser von Geburt und soweit es der Spartakusschrecken zuläßt, als ältestes Mitglied des Parlaments von „großväterlicher Jovialität".) Der provisorischen Regierung gehören 4 weitere Sozialdemokraten, (die Minister des Innern, des Kultus, der Arbeitsminister und der Kriegsminister) — ferner je ein Mitglied der D.-Demokratischen Partei (Finanzminister), des Zentrums (Justizminister) und der Nationalliberalen Partei (Ernährungsminister) an.

Es war nicht von allem Anfang an selbstverständlich, daß die provisorische Regierung unverändert blieb: Für das Zentrum handelte es sich ernstlich darum, ob es nicht seinen Vertreter aus der Regierung abberufen solle. Württemberg besitzt nämlich als Minister des Kirchen- und Schulwesens einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der früher dem israelitischen Bekenntnis angehörte, sich jetzt aber als religionslos bezeichnet. Dieser Minister (B. Heymann) ist wohl politisch klüger als sein preußischer Exkollege Hoffmann, unterscheidet sich aber in seinen Endzielen nicht viel von ihm. Aus allen seinen Reden ging deutlich hervor, daß sein Ideal die Entchristlichung der Volksschule ist, die er mit Hilfe der Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei durchzuführen hoffte. Das Zentrum machte daher die weitere Beteiligung an der Regierung davon abhängig, daß von der jetzigen Landesversammlung auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, insbesondere auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens grundlegende Neuerungen (Sozialisierung, Trennung von Staat und Kirche, Entchristlichung der Volksschule) nicht in Angriff genommen werden. Diese grundsätzliche Haltung des Zentrums lohnte sich. Sowohl die Deutsche Demokratische, als auch die sozialdemokratische Partei mußten auf eine Mitwirkung des Zentrums an der Regierung das größte Gewicht legen. Es war keine Frage, daß die Mehrheit dieser beiden Parteien allein für das Zusammenarbeiten in der Landesversammlung sowohl als insbesondere in Rücksicht auf die noch keineswegs konsolidierten Verhältnisse im Land nicht tragfähig genug war. Die Regierung hat sich daher zu einer programmatischen Erklärung verstanden, worin sie versicherte, daß sie über die in ihrer Botschaft vorgesehenen Arbeiten hinaus grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens nicht in Angriff nehmen werde. Nun konnte sich das Zentrum seinerseits bereitfinden lassen, sich auch ferner an der Regierung zu beteiligen, womit nicht gesagt ist, daß die Zentrumspartei nun in allen Fragen mit der Regierung durch dick und dünn gehen müßte, bzw. zu gehen gewillt wäre.

In der Landesversammlung bilden die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Bürgerpartei (einschließlich Bauernbund) die sog. Oppositionsparteien; doch während die Unabhängigen grundsätzliche Opposition machen wegen der „bürgerlich gewordenen" Mehrheitssozialisten, befindet sich die Bürgerpartei zwar auch in Oppositionsstellung, aber sie ist bereit mitzuarbeiten, soweit sich dies mit ihrem Programm vereinbaren läßt. Aus der Haltung der Deutschen Demokratischen Partei, vor allem im Verfassungsausschuß, geht immer deutlicher hervor, daß diese Partei mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen will; sie hat ihren Wählern gegenüber einen außerordentlich schweren Standpunkt, den einen geht sie zu weit, den anderen nicht weit genug.

Die Tätigkeit der württembergischen Landesversammlung spielte sich bis jetzt in der Hauptsache in den Ausschüssen ab, während das Plenum nur zweimal ganz kurz tagte. Nur zwei Gesetzentwürfe wurden im Plenum bisher wirklich erledigt. Das Gemeindenotgesetz betreffend die Abänderung des Gemeindewahlrechts und der Gemeindevertretung beseitigt das bisherige Zweikollegialsystem des Gemeinderats und des Bürgerausschusses; ersterer bleibt allein noch bestehen und übernimmt die Befugnisse des letzteren; ferner wird die Verhältniswahl für alle Gemeinden über 500 Seelen eingeführt und das Wahlalter auf das 20. Lebensjahr festgesetzt. In dem neuen Gemeindesteuergesetz wurde die stärkere Heranziehung des Einkommens zur Gemeindesteuer vorgeschrieben. Die Haupttätigkeit der Landesversammlung bestand bis jetzt in der Beratung des neuen Verfassungsgesetzes im Ausschuß, der jetzt das Gesetz in dritter Lesung beendigt hat. An dieser Stelle interessieren vor allem die Bestimmungen über das Verhältnis von Staat und Kirche und über das Schulwesen. Die Aussichten sind nicht gerade verheißungsvoll. Gewährleistet wird der staatliche Schutz für ungestörte Religionsübung (und zwar für öffentliche und häusliche) und die ungestörte Gewissensfreiheit: niemand darf von Staats wegen zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wurde der Antrag, die Religion zur Privatsache zu erklären, abgelehnt. Den Kirchen wurde das Besteuerungsrecht eingeräumt. In finanzieller Beziehung wurde beiden Kirchen eine unveränderliche Geldrente unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl und der Bedürfnisse zuerkannt. Die kirchlichen Gebäude und Grundstücke, die bisher dem Staat gehörten, gehen ins Eigentum der Kirchen über. Die theologischen Fakultäten in Tübingen bleiben erhalten. Das Schulwesen soll nur dem Staate unterstehen; auch der Religionsunterricht soll vom Staate beaufsichtigt werden. Die sozialdemokratischen Anträge, die Religion überhaupt aus der Schule zu entfernen, wurden von den bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht. Die Religion wird nur ordentliches Lehrfach, nicht Pflichtfach. Die Gründung und Leitung freier Schulen ist unter Wahrung des staatlichen Oberaufsichtsrechts unverwehrt.

Die unruhigen Zeiten bringen es mit sich, daß man über den lauten Ereignissen der Straße Vorgänge übersieht, die sich mehr im Hintergrunde abspielen, die aber zu anderen Zeiten das Interesse weitester Kreise in Anspruch genommen hätten. Schon die alte Regierung vor der Revolution hatte für Württemberg Ordensniederlassungen im Prinzip genehmigt. Nur die Ausführungsbestimmungen zu erlassen, blieb der provisorischen Regierung des Volksstaates überlassen. Sie sind nun erschienen; aber wer auf eine von konfessioneller Engherzigkeit freie Regelung gehofft hatte, sieht sich schwer enttäuscht. Es sind zwar für Weggental (bei Rottenburg), für den Schönenberg (bei Ellwangen) und für Weingarten (bei Ravensburg) je 6 Patres mit der erforderlichen Anzahl Laienbrüder zugelassen; aber man hat um sie herum Schranken gezogen, die von wenig freiheitlicher Voreingenommenheit, von Mißtrauen und Bevormundung zeugen und in Wirklichkeit eine Genehmigung auf Vorbehalt darstellen. Sie unterliegen den Erwerbsbeschränkungen der toten Hand. Die Ordensoberen haben sich zu verpflichten, einen Ordensgeistlichen, der sich „wegen Störung des konfessionellen Friedens mißfällig machen sollte", auf Verlangen des Kultusministeriums aus Württemberg abzuberufen. Das Almosenbegehren der Franziskaner ist nicht gestattet u. ä. Viel ärger hätte wahrlich auch in einem Polizeistaat der Geist kleinlicher und engherziger Aufsicht nicht zum Ausdruck kommen können, als in diesem Mustererlaß der Regierung eines freien Volksstaates (der zudem in Widerspruch steht mit den Grundzügen der Reichsverfassung über die Freiheit der Religionsgesellschaften. Vgl. oben S. 248).

Im ersten Quartal des Jahres 1919 kam es in Württemberg, abgesehen von verschiedenen Fällen, in denen die Preßfreiheit beschränkt wurde, nur ein einzigesmal zu neuen Umsturzversuchen. Am 10. Januar wollten die Spartakusleute nach dem Beispiele Berlins auch in Stuttgart die ihnen mißliebige provisorische Regierung stürzen. Doch gelang es ihnen nicht, die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu bringen, und die

Regierung konnte mit Hilfe der ihr ergebenen Truppen den Aufstand schon im Keime ersticken, nachdem die Haupträdelsführer verhaftet worden waren. Diese wurden auch bisher trotz der immer wiederholten Forderung der Spartakisten und Unabhängigen auf Freilassung in Haft behalten. Noch einmal flammte der Aufstand am letzten Tag des ersten Vierteljahrs, am 31. März, auf. Diesem durch den Terrorismus der Spartakisten den Arbeitern in ihrer großen Mehrzahl aufgenötigten Generalstreik aus politischen Gründen setzte die Bürgerschaft Stuttgarts sofort einen Bürgerlichen Abwehrstreik gegenüber, der zugleich ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Volksstaat und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung sein sollte. Nach kurzer Zeit war die Regierung Herrin der Lage und der Generalstreik zusammengebrochen. Der für den 23. April angekündigte Generalstreik, der sich gegen die Entsendung von württembergischen Truppen nach Bayern richten sollte, ist nicht zur Ausführung gelangt.

Gewaltpakt oder freier Friede?

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Mit größerer Berechtigung könnte man dieses Sprichwort auf die Aussagen als auf die Taten anwenden, besonders wenn Sprachverschiedenheit das Einverständnis erschwert. Sie ist oft der Ausdruck tiefliegender Unterschiede der Volkscharaktere. Wenn traduttore traditore, ein Uebersetzer ein Verräter heißt, so hat das seine Ursache nicht nur darin, daß die Ausdrücke verschiedener Sprachen sich nicht ganz decken, obgleich sie in den Wörterbüchern sich als gleichbedeutend gegenüberstehen, sondern auch weil Denkungsart, Gemüt und Gefühl sich in den verschiedenen Völkern gegenüber Gedanken und Tatsachen nicht gleich verhalten.

Was verstehen die Völker unter „Friede?" Ist es genau dasselbe? Ist der Friede des deutschen Michels identisch mit der pax romana, oder mit den Zwecken des angelsächsischen peace maker?

Pax bedeutete ursprünglich Vertrag, dann Friede, weiter auch Erlaubnis. Das Wort steht in etymologischer Verbindung mit pangere, einfügen und, in übertragenem Sinne, festsetzen, feststellen[1]); mit pacisci, einen Vertrag oder ein Geschäft schließen, woher pactum eigentlich Vertrag heißt. Die formelle, äußerliche Peinlichkeit des altrömischen Rechts kommt in dieser Sinnentwickelung zum Vorschein. Was gemeint wird, steht bisweilen wörtlich auf einem anderen Blatte. So bei Tacitus: „ubi solitudinem faciunt, pacem appellant." In neuester Zeit haben auch Franzosen und Angelsachsen, welche die lateinische Bezeichnung und vielleicht den romanischen Begriff angenommen haben, gegenüber Rothäuten, Iren, Buren und anderen unterjochten Völkern diese römische pax zur Geltung gebracht.

Bei der germanischen Bezeichnung kommt es weniger auf die Form, auf das Instrument, als auf die Gesinnung an. „Friede" steht in Verwandtschaft und Verbindung mit Freude, Freundschaft und Freiheit; Umfriedung bringt Schutz und Ruhe; Befriedigung ist die Folge, und auch Zufriedenheit. Schon im Gotischen heißt gafrithôn versöhnen; friathva Liebe und freidjan schonen. Eigentlich heißt „Friede" Schonung, Befreiung, Freundschafts- und Liebeszustand (vgl. das Kosewort: Friedel). „Seid umschlungen, Millionen" hat bei Schiller und Beethoven ganz gewiß eine andere Tragweite als bei den Kapitalisten, welche die Entente beherrschen. Der deutsche Friedensbegriff hat einen Beigeschmack von Befreiung, von Verzicht auf Macht, von Entsagung, von Liebesdienst im Sinne der alten Ritter. Das russische mir bedeutet nicht nur Friede, sondern, mit einer nur für das Auge berechneten orthographischen Abweichung, auch Welt und Dorfgemeinschaft, die Welt des Bauern. Die Grundbedeutung eines tieferen Zusammenschlusses und eines innigen Einvernehmens scheint auch abzuweichen vom formellstrengen Sinne des äußerlichen römischen Vertrags. Das griechische εἰρήνη soll aus εἴρω (sagen) entstanden sein und also mehr den ausgesprochenen als den innigen Frieden bedeuten, wie das lateinische dictum (Befehl) von dicere einen Diktatfrieden bezeichnen kann. Das keltische hellu soll das Einvernehmen, die Einhelligkeit, betonen. Man könnte auch bemerken, daß der Sinn der germanischen Treue, bei Entlehnung dieses Wortes durch romanische Sprachen, abgeschwächt wurde zu tregua und trêve und nur mehr Unterbrechung der Feindseligkeit bedeutet.

Der germanische Friedensgedanke beschränkt sich nicht auf Worte oder auf Fetzen Papier, was auch Jahrhunderte hindurch die Fehler der Staatsmänner und der Rechtsgelehrten gewesen seien, die durch die Rezeption der römischen Rechtsbegriffe der Volksauffassung widersprachen. Nach innerlichen Kämpfen hatte der Deutsche, wie Prometheus, im sozialen, versöhnenden, friedlich-liebenden Gedanken Wohltaten gespendet und darin Ernst gemacht und Treue gehalten; so mußte er auch im internationalen Wettbewerb Neigung verspüren zu weitergehender Nachgiebigkeit. Er hatte die Gelegenheiten zum Kriege vorübergehen lassen, wo seine Nebenbuhler anderswo beschäftigt waren; mit derselben Innigkeit und Naivität, welche einem Angelsachsen oder Romanen niemals einfallen würde, hatte er auch ein Unrecht zugestanden, Friedensangebote wiederholt und dadurch die innere Front geschwächt, in dem psychologischen Irrtum, den Gegnern zu imponieren und bei ihnen dieselben Gemütserregungen zu erwecken, die er in eigner Seele empfand. Die Scheindemokraten der westlichen Kapitalisten lachten ihn aus.

Mit dieser ehrlichen, wirklich friedlichen Gesinnung steht vor den sogenannten Friedensverhandlungen der Deutsche in Armesündergestalt gegenüber den Vertretern der jahrelang vorbereiteten Einkreisung und Erdrosselung, wie Wetterle sie seit 1911 jedermann für 1916 oder 1917 versprach, der angebliche Pangermanismus gegenüber den Magnaten, von denen Stead schon 1901 bezeugte, daß sie „the americanisation of the world" erstrebten; der Senator Lodge beanspruchte in demselben Jahre „die kommerzielle und ökonomische Suprematie über die ganze Welt." Und Deutschland muß sich verantworten vor Wilson, dem es innerlich zuwider sein muß, der Gewählte von Tammany zu sein, und der 1913 gestand: „Wir haben bis jetzt den Menschenwert nicht genug geschätzt."

Die Machtansprüche und Uebergriffe des Deutschen Reiches kommen zugleich vor den Richterstuhl Englands, das ein Viertel der Welt beherrscht oder knechtet und das sich die Gefährdung seines week-end durch den deutschen Fleiß nicht mehr gefallen ließ. Könnten vielleicht Inder, Iren, Buren und Aegypter als Entlastungszeugen angerufen werden?

Frankreich ist das Land der neuen Barone, Unterpräfekten und Regierungsabgeordneten genannt. Ihre Oligarchie stützt sich auf ein Volk von kleinen Rentnern und kleinen Bodenbesitzern, welche wenig, oder bis zum Alter von 40–50 Jahren, oder gar nicht arbeiten. Nach Kropotkin arbeitet nur jeder vierte Franzose. Er lebt von Renten auf das Ausland und von der Ausbeutung unterworfener Rassen, teilweise indirekt durch das oreiller de paresse du 3% (das Faulheitskopfkissen der Staatsrente). Unter seinen sogenannten sozialistischen Abgeordneten gab es einen, der einem belgischen Minister sagte: „Wissen Sie, ich bin unifizierter Sozialist, aber nur für den Schein: im Grunde bin ich Bonapartist." Es empört dennoch das Blatt dieser Partei, die „Humanité", daß die Saarkohlengruben endgültig in das Eigentum und das Saargebiet für 15 Jahre unter die Fuchtel Frankreichs übergehen sollten: „Wir erwarten mit einem Gefühl von Grauen und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gutheißen soll, falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblick in einer Aufwallung von Empörung fortgerissen wird." Der Allgemeine Arbeiterverband Frankreichs, der fast 2 Millionen Mitglieder zählt, protestiert durch Maueranschläge gegen die „Sabotage am Frieden", gegen jede Blockadepolitik, jeden politischen Druck oder jede bewaffnete Intervention. Er wirft den französischen Diplomaten vor, die feierlich gemachten Zusagen gebrochen zu haben und den Plan eines Völkerbundes vorgelegt zu haben, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist. Er nennt sie Feinde der Menschheit und fordert „einen wahren Frieden, den alle Völker unterschreiben können."

Der „Vorwärts" nennt den aufgezwungenen Vertrag, der 125 Milliarden Frank und 4 Milliarden jährlich hinzu für französische Militärpensionen, die Besetzung der Rheinbrücken und eines 50 Kilometer breiten Abschnittes rechts des Rheines während 15 Jahre fordert, lediglich einen Fetzen Papier, der innerlich zu nichts verpflichtet. Es ist klar, daß ein Gewaltakt,

[1]) Es ist merkwürdig, daß der vulgäre französische Ausdruck: ficher la paix, wieder an die Grundbedeutung von pangere anzuknüpfen scheint; ficher hat materiell denselben Sinn.

daß ein Zwangsvertrag im Gewissen nicht bindet. Da die Saarkohlengruben dem preußischen Staate angehören, kann man sich vorstellen, was die Kapitalistenstaaten der Entente mit sozialisierten deutschen Industrien machen würden, wo sie sie erreichen könnten! Eben dieser Gedanke spielt vielleicht mit bei der Empörung sozialistischer Kreise.

Wilson hatte in seiner Rede vom 27. September 1918 ausgeführt, es sollten nicht zwei Maße und zwei Gewichte walten, es sollte die Auseinandersetzung unparteiisch stattfinden, sowohl für diejenigen, gegen welche man nicht wünscht gerecht oder wohlwollend zu sein, als für diejenigen, denen gegenüber man wünscht es zu sein. Die jetzigen Forderungen der Entente gelten als Sicherungen gegen Deutschland, als ob die Sicherungen der Entwaffnung und erst recht des Völkerbundes mit seiner bleibenden Koalition und seinem Zwang- und Durchzugsrecht, selbst für die Neutralen, nicht genügten. Wo bleiben aber die Sicherungen zugunsten Deutschlands? Meint man, die Rheingelüste Frankreichs würden jemals aufhören? In seiner Geschichte Frankreichs seit 1814 schrieb der katholische französische Historiker Poujoulat, erster Band, S. 143: „Es gibt Politiker, welche über die natürlichen Grenzen spotten: man könnte ebenso den Lauf der Ströme oder die Natur selbst auslachen. Wenn wir aus Frankreich nach Belgien gehen, dann fühlen wir, daß wir unseren Boden wiederfinden jenseits dieser Grenzen, welche durch Verträge gezeichnet wurden; an Hand der Geschichte wissen wir gut, daß wir da im Lande der alten Franken stehen, und wir fühlen uns dahingezogen, wie der Mensch nach dem Ort seiner Wiege hingezogen wird. Das siegreiche Europa tat Unrecht, wenn es uns die belgischen Provinzen nahm: es zwang uns, ihnen immer nachzutrauern, sie immer wieder ergreifen zu wollen; es schuf die Quelle tiefliegender und immerwährender Unruhe. Der Besitz der belgischen Provinzen vollendete unser großes Alles... Europa hätte sowohl im eigenen als in unserem Interesse wohl daran getan, uns unsere Rheinlinie zu lassen."

Frankreich hatte vergessen, daß die „alten Franken" eben die Preußen, die Eroberer jener Zeit, Germanen und Boches waren. Es hätte mit ähnlicher Begründung Würzburg und Bamberg fordern können, wie Napoleon Erfurt und die ganze Nordseeküste nahm. Es hat wenigstens seit 1830, entgegen dem Buchstaben und dem Geiste der Verträge, welche Poujoulat sich gezwungen fühlte wie Papierfetzen zu behandeln, die führenden Kreise Belgiens moralisch (oder auch unmoralisch) und finanziell angegliedert. Es hat seit drei Viertel Jahrhundert vom belgischen Staate die Konzession für zwei in Paris unter französischer staatlicher und militärischer Aufsicht bestehende Gesellschaften für die wichtigsten strategischen Eisenbahnen der Sambre- und Maastäler, welche von Frankreich bis über Lüttich nahe an die deutsche Grenze führen. Es hat diese Eisenbahnen, selbstverständlich mit leitendem französischem Personal auf belgischem Boden, auch dann behalten, als der belgische Staat sämtliche anderen Eisenbahnen verstaatlichte. „Das ist mir neu", rief mir gegenüber ein inzwischen verstorbener Ministerialdirektor im Berliner Auswärtigen Amte aus...

Wo bleibt eine Sicherung für Deutschland gegen die kriegsmäßige Benutzung dieser französischen Bahnen durch Frankreich auf dem belgischen Boden, welchen ernsthafte Franzosen sich gezwungen fühlen immer wieder zurückzufordern?

Auch hatte 1906 der belgische Staat die neuaufgefundenen Kohlenschätze Limburgs, unweit der deutschen Grenze, großenteils an französische Kriegswaffenunternehmen geschenkt und ihnen erleichtert, bei der Kohlenknappheit Frankreichs und der günstigen chemischen Beschaffenheit der neuen Kohlen für die Stahlgewinnung, weite Ländereien in dieser Gegend zu erwerben, so daß es ihnen ein Leichtes werden kann, dort Geschützfabriken und eine militärische Basis zu errichten und dieses flämische, germanische Land zu französieren. Daß belgische Minister, welche für die Vergebung der Bergwerke verantwortlich waren, Mitglieder der Verwaltungsräte dieser Unternehmen wurden oder der Finanzinstitute, welche diese Anstalten begünstigten und zugleich die russische Kriegswaffenindustrie und die strategischen Eisenbahnen Rußlands bis zu zwei Milliarden Frank aus belgischen Geldern unterstützten, beleuchtet noch etwa den Geist der Neutralität, der dabei herrschte. Die belgischen Besitzer der Anteile dieser Kriegsunternehmen sind die „anständigen Leute", welche Genosse Haase im Juli 1918 im Reichstag gegen die flämische Bewegung lobend ausspielte.

Wo bleibt die Sicherung Deutschlands gegen diese Bedrohung an seinem wunden Punkte und gegen diese langjährige, tatkräftige Gegnerschaft belgischer Kreise, welche sich neutral nannten?

Der Geist, der, unbewußt für die meisten, die belgischen Staatslenker beseelte, wird in einem andern Zusammenhange weiter beleuchtet werden. Hier genügt es darauf hinzuweisen, daß auch gegenüber dem belgisch-französischen Expansionismus keine Garantie für das entwaffnete Deutschland vorgesehen wird. Die Politik von zwei Maßen und zwei Gewichten zeigt sich auch in dem Bestreben, Polen und Tschechien Ausgänge nach dem Meere zu sichern, indem man in gleichem Zuge den einzigen Zugang Oesterreichs an die See abschnürt. Wenn auch Sprache und Nationalität für eins erklärt werden zugunsten der Dänen, der Polen, der Tschechen, der Italiener, der Rumänen usw., scheint diese Gleichstellung wegzufallen, wenn es deutsche, auch größere Volksteile gilt, welche unter französischer, polnischer, tschechischer, italienischer und anderer Herrschaft sind, vorläufig in besetzten Gebieten.

Gerechtigkeit und Schonung, Gleichheitsgefühl und Folgerichtigkeit liegen aber nicht im Wesen der pax romana, auch nicht in der französischen Eitelkeit, die immer eine Vorzugsbehandlung des eigenen Volkes als ein Recht beansprucht hat. In 1814—15, nachdem während eines Vierteljahrhunderts die französische ungeschminkte, eingestandene Eroberungssucht und Kriegsfurie ganz Europa verwüstet hatte, erhob noch Talleyrand auf dem Wiener Kongreß die Stimme, um zugunsten Frankreichs eine glimpfliche, ja wohlwollende Behandlung zu fordern. „Il faut que la France soit heureuse!" sagte er. Frankreich mußte glücklich sein, das heißt unbestraft, und sich seiner Missetaten freuen können. Die damaligen Verbündeten gingen in weitgehendem Maße darauf ein. Schon am 4. Juni 1814 konnte der König Ludwig XVIII. bei der feierlichen Ausrufung der neuen Verfassung im Palais Bourbon mit Selbstbewußtsein betonen: „Was Frankreich von seinen Eroberungen nicht behält, muß also nicht angesehen werden als von seiner wirklichen Macht abgezogen." Und weiter: „Die Meisterwerke der Kunst gehören uns fürderhin durch dauerhaftere und geheiligtere Rechte als durch die Rechte des Sieges." Bekanntlich wurden die von den Franzosen geraubten Kunstschätze nur nach Waterloo und dann nur noch teilweise zurückgegeben. Der vorgenannte Historiker Poujoulat ist empört gegen die Ansprüche der Beraubten: „Der übermütige Ausländer stürzte sich auf die Galerien des Louvre; man ließ ihn sich gebärden, wie man einen Missetäter sich gebärden läßt, gegen den man nichts kann, außer vor Gericht zu klagen. Die Geschichte hat vor der Nachkommenschaft Klage geführt, und das Räubertum der Engländer und Preußen wurde verdammt!" Solche Worte bekommt man sogar von gewissenhaften Franzosen, wenn man sein von ihnen geraubtes Gut zurückverlangt. Die deutschen Unterhändler, gutmütig wie so oft, verweigerten dem französischen Konservator Denon, dem Vertreter der Räuber und Hehler, nicht ihre Sympathien angesichts seiner Bestrebungen, soviel wie möglich des Geraubten zu behalten. Wenn heute die Deutschen nichtgeraubte, nur in Sicherheit vor den französischen Geschossen gebrachte Kunstwerke mit der größten Bereitwilligkeit zurückerstatten, dann bekommen sie von den französischen Blättern nur Schimpfworte, und es erheben sich in den Reihen der Entente erneute Forderungen auf Raub deutschen rechtmäßigen Kunstbesitzes. Die Italiener sind zur Tat übergegangen, unter Androhung der Aushungerung Wiens! Und das nennt sich täglich Vertreter der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Wenn es in Deutschland einige Kreise gegeben hat, welche in Siegeszuversicht und im Siegestaumel übertriebene, ungerechtfertigte Forderungen erhoben haben, so hat diese Gesinnung keine weiten Wellen geschlagen. Bei den Galliern dagegen ist sie sehr verbreitet. Nicht nur aus ihrem reichen Boden schöpfen sie ihren Reichtum und ihr leichtes Leben, das sie eben durch den Krieg gegen den Wettbewerb des deutschen Fleißes verteidigen wollten. Kein Volk hat so oft und so unberechtigterweise sich Wohlstand aus Angriffen und aus Beraubung seiner Nachbarn verschafft, besonders auf Kosten Deutschlands, Belgiens und Italiens. Diese Politik der Ausbeutung des Besitzes und der Arbeit von unterlegenen Nachbarn war nicht nur die Politik der Könige und der Napoleonen, sie ist ein anempfundener Naturtrieb der Rasse geworden und zeigt sich schon im Rolandslied. Damals war es, daß die romanisierten Gallier sich auf den Einfall versteiften, das Erbe ihrer germanischen, fränkischen ehemaligen Eroberer zu beanspruchen, und anfingen, sich Franzosen zu nennen, erst dann, wo von Franken im Westlichen Reiche

nicht mehr die Rede war. Die deutschen Könige der beiden sogenannten „ersten“ Dynastien wurden gallromanische Helden im Volksbewußtsein, auch spätere ostfränkische Gestalten; so erklärt Chateaubriand die Asche des Gottfried von Bouillon, des Vertreters und Fahnenträgers des deutschen Kaisers beim ersten Kreuzzuge, als französische Asche. „Welcher Ehrentitel für mein Vaterland!“ ruft er aus in seinem Itinéraire de Paris à Jérusalem. So muß alles, was den „alten Franken“ angehört hat, auch ihr Ruhm, von den Galliern einmal „wieder“ erobert werden, und vor fünfundzwanzig Jahren sagte noch Barthélémy-Saint-Hilaire, der Minister des Auswärtigen Frankreichs gewesen ist: „Europa wird keinen Frieden haben, solange wir die Rheingrenze nicht zurückbekommen haben“.

Man hat gesehen, was sie aus der Rheingrenze gemacht haben: ein Sprungbrett, nicht nur zur Beherrschung Deutschlands durch einen Rheinbund, sondern zur Einverleibung weiterer ausgedehnter deutscher Landstriche. Frankreich ist eben unersättlich, weil diese Politik eines seiner Lebenselemente bildet. Die oft wirklich liebenswürdigen Eigenschaften des französischen Volkes bringen es mit sich, daß es diese räuberischen Forderungen mit den schönsten Phrasen zu umkleiden weiß. Da ist aber kein Geist des Friedens, ebensowenig wie bei den britischen Ansprüchen auf Beherrschung der Meere. Es ist der Geist der pax romana, welcher wiederauftauchte in den sogenannten Frieden, welche England den Iren, den Buren, den Indern und Aegyptern aufzwang, so auch Frankreich durch Ludwig XIV. und Napoleon und später gegen Araber, Indochinesen und Madakassen, Amerika gegen die Rothäute, Spanien gegen Mauren und südamerikanische Eingeborene. Das geflügelte Wort: parcere subjectis et debellare superbos, war selbst oft nicht wahrheitsgetreu. Auch nach Streckung der Waffen mußten noch manche sagen: nos patriae fines et dulcia linquimus arva. Irland verlor nicht nur den Grundbesitz zugunsten fremder Eroberer und Eindringlinge; es sah auch in den siebzig Jahren der größten wirtschaftlichen Entwicklung seine Bevölkerung auf weniger als die Hälfte sinken, trotz seiner Fruchtbarkeit und seiner günstigen Lage am atlantischen Ozean, wo es als mögliches, vor England vorgelagertes Durchfuhrland mit guten Häfen liegt. Im britischen Inselbereich sank selbst das Verhältnis seiner Bevölkerung von 30 auf 10 Prozent in demselben Zeitraume.

Der Geist des jetzigen Friedens ist ebenso grausam gegen Deutschland als derjenige des westfälischen Friedens von 1648 und der napoleonischen Frieden; sie waren auch vom französischen Hasse durchglüht. Bei den teilweisen deutschen Frieden von 1713 und 1815 konnte im Gegenteil das geschlagene Frankreich glimpflich durchkommen. Auch hat die Erfahrung bewiesen, durch die wirtschaftliche Wiederbelebung und den durch Deutschland anfangs begünstigten kolonialen Aufschwung Frankreichs, daß der Friede von 1871 im Wesentlichen Merkmale der Mäßigung an sich trug.

Jetzt will man Deutschland nicht nur politisch, militärisch und moralisch für allemal abtun, sondern selbst seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau unterbinden oder beschränken, in jedem Falle unter Aufsicht legen. Das ist eine blinde Rache, denn das heißt einen Ring aus der Kette der wirtschaftlich hochstehenden Nationen ausschalten und den Siegern selbst durch den Ausfall eines Marktes Schaden zufügen. Jede Monopolstellung trägt übrigens ein Element künftiger Schwäche in sich. Dieselbe blinde Wut ist zu erkennen in der Forderung, das linke Rheinufer auf ewig wehrlos zu lassen, eine solche Maßnahme kann natürlich eine Gefahr hervorrufen, wie die erzwungene Räumung der Ukraine dieses Land des deutschen Schutzes beraubt hat zum größten Schaden eben für die Werte, die Frankreich und Belgien dort milliardenweise angelegt haben.

Es genügt nicht, einen sogenannten Frieden zu dekretieren, ein pactum nach allen formellen Rechtsschnörkeln in schönen Sätzen und mit schweren Ketten des römischen nexus festzustellen, wie ehemals die Bürgschaften oder Fesseln hießen, die auf den Schuldnern lasteten. Der Vertrag, das instrumentum, macht es nicht allein, sogar nur am wenigsten, wenn es auch mit angeblich tausend Artikeln zu einer Art Codex der Welt erhoben werden soll. Die Friedensgesinnung muß mit dabei sein. Sie erschöpft sich aber nicht in Worten und Formeln. Ein wahrer, inniger Einklang der Herzen sollte entstehen, um noch einmal Matthison zu zitieren, und er sollte derart sein, daß er Bestand haben könnte. Wenn die Schranken bald verschwinden, welche die kontradiktorische Beleuchtung der Tatsachen in den Ententeländern unmöglich machten, im Gegensatz zu Deutschland, dann soll der Friede derart sein, daß er vor der besseren Einsicht besteht. Die Aengstlichkeit, mit welcher deutsche Geisteserzeugnisse in besetzten Gebieten wie in Ententeländern bisher abgewehrt wurden, ist ein schlechtes Zeichen für die Ruhe der Gewissen, welche die Verantwortung der Friedensformulierung tragen. Von Versöhnung, Schonung und Liebe ist da jedenfalls keine Rede. Der Deutsche denkt sich augenscheinlich unter Frieden etwas anderes als seine Gegner, und seine Enttäuschung wird Folgen haben. Der deutsche Prometheus wird nicht ewig gefesselt bleiben.

Das fällt alles noch mehr ins Gewicht, wenn ein Friede den Anspruch macht, tiefgreifende Aenderungen in dem Verhältnis der Staaten, ja in dem Charakter der Menschen und der Völker zu verwirklichen oder anzubahnen. Ein goldenes Zeitalter der Annäherung und der innigen Versöhnung der Nationen läßt sich nicht einleiten durch geheime Verabredung unter den Siegern, durch gewaltsame Eroberungen, durch finanzielle Ausbeutungsmaßnahmen, durch Absperrung und Ungleichheit. Je ungerechter der Vertrag, je unerträglicher er sich zeigt, desto gewisser und schneller wird seine Revision sich aufzwingen. Und das De profundis über Deutschland wird eben dadurch einmal in einem Sursum corda ausklingen können.

Der Volksverein für das katholische Deutschland und die neue Zeit.

Von Rechtsrat Dr. Hipp, Regensburg.

Das deutsche Volk ist am Neuaufbau seines Schicksals. Die Grundlagen unseres ganzen Staats- und Wirtschaftslebens müssen neu geschaffen werden. An Stelle des alten Staatsgebildes trat der freie Volksstaat. Volksstaat ist Volksverantwortlichkeit. Die Gesamtheit des Volkes kann aber keine Verantwortlichkeit haben und tragen, wenn sie nicht genügend Wissen hat vom Staat, seinen Aufgaben, seinen Zielen; sie kann ferner keine Verantwortlichkeit haben, wenn zum genügenden Wissen vom Staat nicht noch ein hinreichendes sittliches Gefühl der Verantwortlichkeit hinzutritt. Daß es an beiden in weiten Kreisen unseres Volkes noch gewaltig fehlt, wird kein Einsichtiger bestreiten können; sowohl die Kenntnisse vom modernen Staat und seinem Wesen wie auch das allgemeine Bewußtsein der moralischen Mitverantwortlichkeit als Staatsbürger für die Schicksale des Staates, des Volkes liegen noch sehr im argen. Hier kann nur eines Abhilfe bringen: Volksaufklärung im weitesten Umfang und im edelsten Sinne des Wortes. Unendlich viel gibt es da zu leisten. Es gilt die Massen des Volkes zu unterrichten über das Wesen des Staates überhaupt; über Demokratie und modernes Verfassungswesen; über staatsbürgerliche Freiheit und staatsbürgerliche Pflicht. Es gilt aufzuklären über das Verhältnis des Staates zur Kirche, über das große Problem der Trennung der Kirche vom Staat; es gilt rechtzeitig zu warnen und zu mahnen, der Schulfrage die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Bedeutung und Wichtigkeit der christlichen Schule hervorzuheben; es gilt zu belehren über das gesamte Wirtschaftsleben, das Verhältnis der einzelnen Stände zu einander, über Bauernstand und Arbeiterbewegung, über Sozialisierung und staatliche Finanzpolitik, über Handwerker-, Beamten- und Gewerbefragen; endlich noch über das große Gebiet der eigentlichen sozialen Fürsorge für Kinder, Mütter, Kranke, Arme, Kriegsbeschädigte usw.

Die Notwendigkeit, über all diese Fragen das Volk zu unterrichten und zwar in christlich orientiertem Sinn, kann niemand bestreiten. Aber wie diese Arbeit leisten? Das ist nur möglich im Wege einer allumfassenden Organisation. Eine Million gläubiger Katholiken, die nicht organisiert sind, scheiden heutzutage im Staatsleben praktisch vollständig aus; hunderttausend, straff organisiert, unter einheitlicher Leitung und Führung sind schon eine Macht. Diese Tatsache kann allen gläubigen katholischen Kreisen Deutschlands nicht eindringlich genug immer wieder vor Augen geführt werden.

Eine solche umfassende Organisation ist schon vorhanden als Erbe des genialsten Praktikers unter den deutschen Katholikenführern, Ludwig Windthorsts. Wir haben diese Organisation, wenn wir nur wollen, im Volksverein für das katholische Deutschland. Eine Organisation, wie sie in keinem Staate

der ganzen Welt in ihrer Eigenart und ihren glänzenden Leistungen auch nur annähernd ebenbürtig vorhanden ist. Leider stehen aber viele, allzuviele noch ferne! „Halt, schon wieder ein Verein!“ Damit gehen viele mit einem Achselzucken der Gleichgültigkeit über die Sache hinweg. Nein, der Verein! Im Vergleich mit dem Volksverein für das katholische Deutschland gibt es für andere Vereine im Rahmen der gleich zu erwähnenden selbstverständlichen Einschränkungen keine Gleichstellung, keine Parität! Augen auf für die Not der Zeit! Der Wahrheit ruhig ins Auge geblickt, selbst wenn sie für manche Eigenbrödeleien, lokale Eigenheiten und vielleicht auch hie und da Vereinsmeierei nicht angenehm und bequem ist. Der seiner Pflichten als Staatsbürger und Mitglied seiner Kirche bewußte Katholik gehört heutzutage ausnahmslos und unbedingt in eine Reihe von Organisationen: Als Staatsbürger in die Organisation der politischen Partei und somit in den örtlichen Parteiverein; als Katholik in erster Linie in den Volksverein; als Angehöriger eines bestimmten Berufes in seine Standesorganisation und als Mensch in irgendeine caritative Vereinigung. Als Katholik gehört er unerbittlich und in erster Linie in den Volksverein. Alle örtlichen Vereine, Kasinos, Männervereine u. dgl. haben nur in der Voraussetzung noch ihre volle Berechtigung, daß ihre Mitglieder einzeln oder der Verein als geschlossenes Ganzes dem Volksverein angehören. Die Ziele und Aufgaben der katholischen Bewegung richtig eingeschätzt, dann wird man sich auch nicht in den Mitteln vergreifen! Nicht nur Gleichwertiges, nein, Besseres und Stärkeres muß den Gegnern unserer Weltanschauung entgegengesetzt werden können. Wer sich dagegen stemmt, schädigt die Interessen des katholischen Volkes, der katholischen Kirche; wir brauchen den Verein für die Hunderttausende, wir brauchen die Volkshochschule für das gesamte katholische Deutschland, eine geistige Gewerkschaft der deutschen Katholiken! Man lasse ja das ungeheuer bedeutungsvolle ethische Moment nicht außer acht, das darin liegt, daß in dem Verein der Hunderttausende alle ohne Ausnahme zusammengeschlossen werden vom einfachsten, schlichtesten Bauern und Arbeiter bis zum hochgestellten Beamten und zum geistvollsten Gelehrten.

Aber werden durch den Volksverein nicht andere, ebenso berechtigte Interessen geschädigt oder gehemmt? Nicht im mindesten! Der Volksverein ist in erster Linie eine notwendige Ergänzung der parteipolitischen Organisation. Diese kann und soll nicht durch den Volksverein ersetzt werden. Wir dürfen aber das religiöse, das konfessionelle Moment in der Organisation nicht übersehen. Die politische Partei ist paritätisch; soll und muß es sein; daran ist nicht zu rütteln. Aber diese bloße Organisation in der politischen Partei genügt keineswegs für den gläubigen Katholiken. Das Sentire cum ecclesia, das tiefinnige Fühlen mit der Kirche muß gerade in den Kämpfen der Gegenwart noch mehr und stärker gepflegt werden als bisher; dazu gehört aber unbedingt eine reinkonfessionelle Organisation. An die Spitze des Volksvereins ist neuerdings berufen Geheimrat Marx, der Laienführer in der reinreligiösen eucharistischen Bewegung, der Vertrauensmann des preußischen Episkopates; gewiß ein gutes Anzeichen für die künftige Entwicklung des Volksvereins. Die politische Parteiorganisation erleidet also gewiß keinen Nachteil durch die Werbetätigkeit für den Volksverein. Der Volksverein kann und wird ihr wichtige Teile der Arbeit abnehmen, vor allem auf dem Gebiet der Aufklärung der breitesten Volksmassen im christlichen Sinne. Die Parteiorganisation ihrerseits besorgt mehr die technische Seite, die Vorbereitung auf die Wahlkämpfe, Stärkung und Ergänzung der Parteiorganisation durch Ausbau des Vertrauensmännerwesens; sie trifft die Vorbereitung, daß der ganze parteipolitische Apparat klappt, wenn er zu irgendwelchen Wahlen in Bewegung gesetzt werden muß. Für solche Hauptkampfzeiten ist dann sicher auch der Volksverein am Platz; er wird mit all seinen Kräften auf seinem Gebiet dann die örtlichen Parteiorganisationen unterstützen.

Ein weiteres Bedenken gegen den Volksverein dürfte aus der modernen katholischen Frauenbewegung sich ergeben, allein vollständig zu unrecht. Die Frauen gehören nun einmal hinein in den Volksverein, sonst ist er kein „Volks“-verein. Das wäre die gefährlichste Entwicklung, die der Volksverein nehmen könnte, wenn wir zu einer Zweiteilung kämen in dem Sinne, daß der Volksverein zum Männerverein für das katholische Deutschland würde, dem auf der anderen Seite irgendeine katholische Frauenorganisation gegenüberstände. Nein, Mann und Frau gehören heutzutage in unserem ganzen öffentlichen Leben untrennbar zusammen und daher auch in dieselbe Organisation! Wir brauchen auch die Frauen zur Mitarbeit im Volksverein! Die Frauen sind vielfach nicht so angespannt durch Berufsarbeit wie die Männer. Diese sind durch die Intensität derselben meist so in Anspruch genommen, daß sie beim besten Willen die so dringend erforderliche Agitation nicht mehr leisten können; da müssen diejenigen Frauen eintreten, die noch über mehr freie Zeit verfügen, um einen Teil der Agitationsarbeit zu übernehmen. Sie müssen die Tausende und Abertausende von Männern ersetzen, die dem Volksverein angehört haben und draußen geblieben sind auf dem blutigen Feld der Ehre. Ein heiliges Erbe! Sie können die noch abseits stehenden Männer, ihre Gatten und Söhne, ihre Väter und Brüder hereinbringen in den Volksverein und sie begeistern und erwärmen für dessen Aufgaben.

Ebensowenig wie die Parteiorganisationen werden die eigentlichen Frauenorganisationen durch den Volksverein geschädigt werden. Der Volksverein ist viel weiter und in viel kleineren Orten verbreitet als wie die Frauenvereine. Da können diese nun an die bereits bestehenden Ortsgruppen des Volksvereins anknüpfen in ihrer Werbetätigkeit für ihre eigenen besonderen Organisationen und Bestrebungen. Insbesondere die weiblichen Standesvereine sollen natürlich durch den Volksverein nicht verdrängt oder gehemmt, sondern nur gefördert werden. Der Volksverein ist eine Vorstufe für eine vertiefte Frauenbewegung, die auf ihrem ureigensten Gebiet bleibt und da ihre Stärke sucht und findet. Die Fürsorge für Mütter und Kinder in jeder Form und Art, die Unterweisung und Führung der heranwachsenden Mädchenwelt und ihre Ausbildung in den spezifisch weiblichen Pflichten und Betätigungsgebieten, die caritativen Bestrebungen, all das werden immer Gebiete bleiben, wo die Frauenvereine ganz besonders segensreich werden wirken können, nicht im Gegensatz zum Volksverein und durch ihn beeinträchtigt, sondern mit ihm und durch ihn unterstützt.

Endlich fördert und ersetzt zum Teil der Volksverein noch eine andere Organisation, die unbedingt notwendig ist und der anzugehören Gewissenspflicht eines jeden Katholiken ist: die Schulorganisation. Durch Beschluß des Zentralvorstandes des Volksvereins in Hagen i. W. vom 31. Januar 1919 wurde die notwendige Verbindung des Volksvereins mit der Schulorganisation der deutschen Katholiken hergestellt. (Vergl. „Allgemeine Rundschau“ 1919, Nr. 9.) Ueber die einzigartige Wichtigkeit der Schulfrage noch viel Worte zu verlieren, wäre wohl nahezu eine Beleidigung für alle vernünftigen und klar denkenden Katholiken. Nur an den geradezu prophetischen Ausspruch Windthorst's sei erinnert, der am 14. Oktober 1888 sagte, er habe schon auf früheren Katholikentagen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Seite des Kulturkampfes noch besonders behandelt werden müsse und wahrscheinlich einen Kampf herbeiführen werde, der akuter, nachhaltiger und vielleicht auch länger dauernd sein werde, als der, den wir durchgemacht haben.

Die Schlußfolgerung ist nun ebenso einfach wie unerbittlich. Pflicht eines jeden Katholiken ist es, für die christliche Schule mit allen Kräften einzutreten; möglich ist das nur auf dem Wege der machtvollen Schulorganisation. Diese Seite der Schulorganisation der deutschen Katholiken aber ist der Volksverein für das katholische Deutschland.

Bedauerlicherweise hat gerade in Bayern der Volksverein bisher noch nicht die Beachtung und Bedeutung gewonnen, die ihm gebührt und die er nach der inneren Ueberzeugung weiter Kreise des bayerischen Volkes haben könnte und müßte. Also an die Arbeit! Als nächstes muß allenthalben bis in die kleinsten Orte aufgeklärt werden über die Ziele und Aufgaben des Volksvereins, insbesondere über seine Bedeutung in der Schulfrage; es muß aufgeklärt werden über seine ganz hervorragenden, so überaus billigen literarischen Leistungen auf allen Gebieten des gesamten religiösen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Man beklagt vielfach etwas den Mangel an besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse in den bisherigen Erscheinungen des Volksvereins; gewiß, etwas Wahres mag daran sein; aber täuschen wir uns nicht: nostra maxima culpa! Bei stärkerer Verbreitung in Bayern könnte der Volksverein auch andere Ansprüche an die Zentrale bezüglich der stärkeren Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse stellen und solche Anregungen und Wünsche würden dort gewiß auch gerne

berücksichtigt werden. Aber zuerst Mitarbeiter her und dann Wünsche und Forderungen stellen, nicht umgekehrt! Das zweite wäre der sorgfältigste Ausbau der Vertrauensmänner-organisation und das dritte, aber augenblicklich Vordringlichste, die Bearbeitung der schon bestehenden Vereine. Es müßte mit aller Schärfe und ich möchte fast sagen mit der Gewalttätigkeit eines jeden neuen, großzügigen Gedankens zur Durchführung gebracht werden, daß womöglich alle Mitglieder katholischer Vereinigungen, die dann ruhig weiter bestehen bleiben würden, grundsätzlich auch Mitglieder des Volksvereins werden; sollte das für den Anfang zuviel verlangt sein, so wäre zum mindesten zu fordern, daß alle derartigen katholischen Vereinigungen — abgesehen von den Standes- und rein caritativen Vereinen, sondern die typischen, mehr oder weniger geselligen „Vereine“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes — als solche mit Jahresbeiträgen von etwa 10—50 Mark dem Volksverein beitreten, sich regelmäßig eine Anzahl der Drucksachen desselben besorgen, diese unter ihre Mitglieder verteilen und diese verpflichten, bei besonders wichtigen Anlässen geschlossen an örtlichen Veranstaltungen des Volksvereins sich zu beteiligen. Damit käme eine gewisse Einheitlichkeit in das gesamte katholische Vereinsleben. Vor allem wäre das eine große Ziel damit seiner Verwirklichung wenigstens zum Teil näher gebracht: Vereinigung aller deutschen Katholiken zu einer unüberwindlichen, straffen Organisation! Wer deren unbedingte Notwendigkeit noch nicht erkannt haben sollte, der wäre wahrhaftig blind für die gar nicht ernst genug zu nehmenden ungeheuren Gefahren für die christliche Weltanschauung in den kommenden Zeiten. Um keinen Preis eine Zersplitterung der Kräfte, das muß die Losung sein für alle! Dann, aber auch nur dann können wir ohne Bangen uns wagen zur Fahrt ins neue Glück des deutschen Volkes. Und in der Tat, groß genug sind die Aufgaben der christlichen Idee! Die Geburtswehen einer neuen Zeit gehen über die alte Erde und das Volk, dem am ersten glücklich die Verschmelzung der guten alten Gedanken und Einrichtungen mit dem Guten, was die neue Zeit bringt, gelingt, wird die Führerrolle erringen in der Welt, die Führerrolle beim Werk der Völkerversöhnung. Dieses Volk soll das deutsche sein, trotz allem, was augenblicklich noch so schwer auf uns lastet. Der Idealismus ist da, er braucht nur zur Arbeit zu kommen. Das katholische Volk aber hat um seiner selbst und seiner Kirche willen die heilige Pflicht, nichts zu versäumen, was ihm seinen gebührenden Anteil gibt an Arbeit, aber auch an Erfolg im Ringen um ein neues Werden.

Adventistenvorträge.

Von Dr. J. B. Roetzer, München.

In letzter Zeit wurden wiederholt im Bayerischen Hof in München „öffentliche Vorträge“ von einem „Missionsdirektor“ Schubert gehalten. Große Anschläge haben zum Besuche derselben aufgefordert. Mit keinem Worte aber wird verraten, von welcher Mission Schubert Direktor ist. Brennende religiöse Fragen, die geeignet sind, die Allgemeinheit anzulocken, werden zur Behandlung aufgeworfen, wie z. B. „Gott und unsere Zeit“, „Amerika und der Völkerbund im Lichte der Prophetie“; — „Fortleben nach dem Tode“? 1. Spiritismus — Wiederverkörperung. 2. Geisterwelt — Dämonen — Engel. 3. Kräfte — Zeichen — Wunder. 4. Das Geheimnis enthüllt. „Christus, Kirche, Staat im Lichte der Geschichte und Prophetie.“

So gespannt der Wahrheit-Suchende zu diesen Vorträgen kommt, ebenso enttäuscht verläßt er den Saal. Denn das tatsächlich Gebotene steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Angekündigten. Man muß sich geradezu wundern über die Geduld, mit der die Zuhörer diese „Erbauungsstunden“ absitzen. Wohl sind die meisten Besucher in das Geheimnis der Veranstaltung eingeweiht, aber ein gut Teil derselben ist, wie man aus den fragenden Gesichtern lesen kann, das Opfer der „dunklen Reklame“ geworden. Zur Aufklärung muß darum gesagt werden, daß diese öffentlichen Vorträge des Missionsdirektors Schubert nicht von katholischer und nicht von protestantischer Seite, sondern von der Sekte der Siebententags-Adventisten veranstaltet werden lediglich zu dem Zwecke, Seelen zu fangen. Harmlos, aber sehr zweckdienlich ergeht darum zu Beginn des Vortrages die Aufforderung an die Besucher, ihre Namen in eine Liste einzutragen, die unter irgend einem Vorwand aufgelegt ist (z. B. Aufruf des Reichsverbandes der Kolonial-Deutschen!)

Die Siebententags-Adventisten-Sekte (Seventhday-Adventisten = S.T.A.) ist um 1845 von einem ehemaligen Schiffskapitän Joseph Bates in Amerika gegründet worden. Sie ist eigentlich nur eine Abzweigung der von dem Farmer und Baptisten William Miller um 1840 ins Leben gerufenen Adventgemeinde. Seit den 80er Jahren arbeitet sie auch in Deutschland. Mit den Adventisten lehrt auch sie, daß der Advent (= Ankunft) des Herrn baldigst bevorstehe. Die mathematische Berechnung des Zeitpunktes der Wiederkunft Christi, die den Advent-Rechnungskünstlern viel Enttäuschung und Hohn eingetragen hatte, haben die S.T.A. aufgegeben. Als Adventisten vom siebenten Tag feiern sie den jüdischen Sabbat statt des christlichen Sonntags. Ellen White, welche bei ihnen den Ruf einer Prophetin genießt, sagt von der Sonntagsfeier, „das muß eine schreckliche Sünde sein, welche den Zorn Gottes ohne Gnade herabruft“.

Die Taufe spenden die S.T.A. mit den Baptisten nur Erwachsenen. Dem Abendmahl, das sie in „kalvinischer“ Auffassung mit „alkoholfreiem“ Wein feiern, geht die Fußwaschung voraus. Auch eine „Krankenölung“ kennen sie. Im Jahre 1868 führte der Adventismus, der die rituellen Speiseverbote für seine Anhänger als bindend erachtet, auf Grund einer Vision E. Whites eine Gesundheitsreform ein (Enthaltung von Alkohol- und Tabakgenuß neben vegetarischer Lebenshaltung). Die Lehren der Adventisten wurzeln in der ausschließlichen Anerkennung der Bibel als einziger Glaubensquelle. Dabei sehen sie das Alte und das Neue Testament dem Range nach gleichwertig an, nehmen also nicht wie die christlichen Kirchen mit Christus das Neue Testament als die Erfüllung des Alten Bundes. Die Erblehre wird selbstverständlich verworfen.

Interessant ist die adventistische Bibelforschungsmethode: Man zerstückelt das Alte und das Neue Testament in seine Verse, wirft diese in einen Sack, entnimmt diesem Vers um Vers und setzt sie so aneinander, wie es der Zweck der Beweisführung gerade erheischt. Der evangelische Pfarrer Ehlert[1]) sagt ihnen „eine wahre Kunst in der Schriftverdrehung“ nach, und unbewußt haben die S. T. A. in ihrem Gemeindeblatt[2]) ihre eigene Methode also gegeißelt: „Kein Buch in der Welt wird wohl so viel und so verschiedenfach gelesen und verstanden wie die Bibel.“ Und wiederum[3]): „Jemand hat oder bekommt eine besondere Ansicht über diese oder jene Frage; flugs greift er zur Bibel und sucht nach einer Stelle, welche seine Gedanken unterstützen könnte. Er findet sie auch und ist ganz begeistert darüber. Niemand ist nunmehr imstande, diesen „Forscher“ zu überzeugen, daß er nicht recht habe; denn in der Bibel steht's ja geschrieben.“

Auch die adventistische Geschichtsforschung, die in den Dienst der Bibel gestellt wird, reiht sich würdig der Bibelerklärung an. Man läßt nicht objektive Geschichtsquellen sprechen, sondern arbeitet lediglich mit Ausschnitten aus Tendenzwerken glaubens- und kirchenfeindlicher Geschichtsdeuter. Ein wahres Musterbeispiel hierfür war der Vortrag: „Das Geheimnis enthüllt“, der, nebenbei bemerkt, zum Generalthema „Fortleben nach dem Tode“ wie die Faust aufs Auge paßte. Der eigentliche Titel hätte nämlich lauten müssen: „Der Sabbat der Juden oder der Sonntag der Christen, das Lieblingsthema der judaisierenden Christensekte.“ Daß bei dieser adventistischen Forschungsarbeit die katholische Kirche mit ihrem Oberhaupt schwer unter die Räder kommt, ist nicht zu verwundern.

Die Adventisten suchen ihr Evangelium heute nicht nur in die Städte, sondern auch in das entlegenste Dorf und ins letzte Haus zu tragen. Diesem Zwecke dient ihre großzügige Kolportage. Hamburg ist der Sitz der Internationalen Traktatgesellschaft. In ihren Schriftchen, die die adventistischen Kolporteure geschickt als „gut christliche“ auch in die Hände gläubiger Katholiken und Protestanten zu spielen verstehen, wird der eigentliche Adventgedanke vorsichtig verschwiegen. Die in Bayern kolportierte Zeitschrift nennt sich „Herold der Wahrheit“. (Durchschnittsauflage 125 000 Exemplare.) Diese Kolportage sichert den Adventboten reiche Geldmittel, die durch die Verpflichtung der Mitglieder, den „Zehent des jährlichen Einkommens“ abzuliefern, in Millionen sich steigern. Beschränkten die Adventisten ihre Mission auf ihren Kreis, der allerdings verhältnismäßig klein gezogen ist, so könnte ihr Werk den Anhängern der christlichen Kirchen völlig gleichgültig sein. Dadurch aber, daß sie unter „christlicher Fahne“ segeln und an Katholiken und Protestanten in Wort und Schrift besonders gerne herantreten und hier Verwirrung stiften, müssen auch die christlichen Kirchen durch Aufklärung ihre Mitglieder mit dem Treiben der Adventisten vertraut machen, um sie vor Schaden zu bewahren. Schon allein vom menschlichen Standpunkt aus sollten doch Leute, die stets die Worte „Wahrheit, Licht, Liebe“ im Munde führen, so viel Liebe zu den Seelen besitzen, daß sie auf ihren Einladungszetteln und Schriften wie in ihren Vorträgen die Wahrheit sagen und das wahre Licht leuchten lassen darüber, daß ihre Veranstaltungen und Schriften im „Dunkel der Siebententags-Adventisten“ stehen.

---

1) Ein aufklärendes Wort über die S.T.A. Berlin.

2) „Zionswächter“ 1915 Nr. 14, S. 216.

3) „Zionswächter“ 1916 Nr. 6, S. 96.

Allgemeine Kunstrundschau.

Die Ereignisse des Münchener Kunstlebens (auf dieses muß unsere Betrachtung diesmal in der Hauptsache eingeschränkt bleiben) gewährten in dem notgedrungen langen Zeitraume, der seit dem Erscheinen unserer letzten Kunstrundschau vergehen mußte, den Eindruck eines mit recht ungleichen Kräften vor einem schönen Hintergrunde aufgeführten Schauspiels. Die Tageskritik schenkte im allgemeinen gerade den besten Leistungen die geringste Beachtung, ohne mit diesem Schweigen Zustimmung ausdrücken zu wollen; voll gerecht wurde sie nur dem Hintergrunde, über dessen Bedeutung es freilich Verschiedenheit der Meinungen kaum noch geben kann.

Ihn bildeten Darbietungen der Kunst aus den Zeiten des 19. bis zurück zum 15. Jahrhundert. Die Herrlichkeit des Isenheimer Altares stellte alles übrige in den Schatten. Ein Meister ohnegleichen schuf ihn, ein Begnadeter, der an Tiefe der Empfindung den edelsten Geistern christlichen Glaubens zur Seite zu stellen, als Beherrscher künstlerischer Mittel unerreicht ist. In der Werkstatt eines bescheidenen Handwerksmannes entstand ein paar Jahrzehnte zuvor der geschnitzte und gemalte Klappaltar des fränkischen Dorfes Unterschlauersbach. Das kleine Werk, das infolge seiner beim Bayerischen Landesamte für Denkmalpflege vorbildlich ausgeführten Wiederherstellung kurze Zeit beim Kunstverein ausgestellt war, gab in seiner einfachen ländlichen Sprache Zeugnis davon, mit welcher Glut heiliger Begeisterung und welcher Kraft uralt gefestigten Könnens die Kunst jener Vorzeit durchdrungen war; auch in ihren schlichten, unbefangenen, herzensreinen Erzeugnissen übt sie Wirkungen, klärt, regt an, belebt und erhebt, wie es gar manches umfangreiche und anspruchsvolle Werk heutiger Zeit nimmer fertig bringt. Zu unseren vornehmsten Kulturpflichten wird auch in Zukunft die Pflege unserer alten Kunstdenkmäler gehören. Staat und Kirche sind ihre berufenen Hüter, aber allen gemeinsam gehört dieser kostbare Hort, und wir haben uns seines Besitzes durch eifernd besorgte, jederzeit opferwillige Tatbereitschaft würdig zu zeigen. Die Arbeit der Denkmalpflege hat mit Recht auch der im Dezember in München entstandene „Rat der bildenden Künstler“ unter seine Pläne aufgenommen; er will — und ist damit durchaus auf dem richtigen Wege — dauernd Wertvolles und Unersetzliches sorgfältig erhalten, ohne das brauchbare Neue in seiner Entwicklung zu hindern und ohne durch zu weitgehendes Herstellen die Echtheit des Alten zu verschleiern und zu fälschen. Bayern hat, was Denkmalpflege betrifft, nur nötig, weiter zu arbeiten wie bisher; es steht hiermit ohnehin ganz vornan. Lebhaft anzuerkennen ist auch der Eifer, den man in dieser Beziehung jetzt in Tirol entwickelt. Die dort ausgegebenen (leider nur noch zu seltenen) Heimatsschutzberichte zeugen von zielbewußter, fein verständnisvoller Arbeit, die nicht verfehlt, allmählich ihre guten Wirkungen beim Volke geltend zu machen. Kirchliche und weltliche Kunst, zumal die Architektur, finden hierbei gleichmäßige Berücksichtigung. Uebrigens gibt auch die Entwicklung der politischen Verhältnisse mit der zu vermutenden Abtrennung von Teilen des deutschen Südtirols betreffs des Schicksals der aus diesem Gebiete während des Krieges in Sicherheit gebrachten Kunstwerke, deren Auslieferung sicher verlangt werden würde, zu Besorgnissen keinen Anlaß, da auch die italienische Denkmalpflege, wenn gleich der deutschen und österreichischen nicht ebenbürtig, doch immerhin nicht tatenlos ist.

Was bei uns die Behandlung der aus fürstlichem in Volksbesitz übergehenden Schätze alter Malerei, Bildnerei, Goldschmiedekunst usf. betrifft, so ist sie — Ruhe der Entwicklung vorausgesetzt — keinem Zweifel unterworfen. Nicht wenigen dieser Kunstdenkmäler wird der Wechsel ihrer Besitzer dazu verhelfen, weiteren Kreisen überhaupt erst bekannt zu werden. Ueber dem allen freilich schwebt als Damoklesschwert die bei den Gegnern unter Aufgebot unwissenschaftlicher und unmoralischer Gründe eifrig erörterte gewaltsame Entführung bedeutendster Kostbarkeiten aus den Galerien von Berlin, Dresden, Kassel, München, Köln, Wien usw. Im Rheinlande erscheint außer dem Besitze an alter Malerei auch der an Kostbarkeiten der Edelschmiedekunst bedroht — man denke an den Schatz herrlichster rheinischer Reliquienschreine! Ob es mehr als etwaige Gelegenheitsdiebstähle hindern kann, wenn man diese Sache ins Innere Deutschlands überführt (wie man es mit den besten altkölnischen Bildern schon getan hat), ist billig zu bezweifeln. Wie sehr der Gedanke an diese schmutzige Art sich zu bereichern allen einleuchtet, die es bei moralischem Tiefstande schlecht mit uns meinen und denen auch Dinge, wie z. B. die Verwirrung der Wissenschaft, die Störung der Geisteskultur und dergleichen keinerlei Kopfzerbrechen verursachen, das zeigt der Beifall, den jene Anregung außer in Frankreich auch in Ungarn, Polen, Italien und anderswo gefunden hat. Dezentralisation ist der Erziehung der Völker zur Kunst förderlich, aber diese ihr zugedachte Form muß den Widerspruch nicht nur jedes anständigen, sondern auch jedes vernünftig überlegenden Menschen herausfordern. Und darum möchten wir vielleicht noch nicht alles verloren geben.

Aeltere Kunst, denn unsere Zeit lebt schnell, war es auch, die uns in mehreren Münchener Ausstellungen anregende und erfreuliche Rückblicke auf Leistungen der letzten 60 Jahre gewährte. Einer der ausgezeichnetsten Vertreter der alten ruhmreichen Münchener Landschaftsmalerei, Joseph Wenglein, ist uns Ende Januar durch den Tod hinweggenommen worden. Er war 1845 in München geboren. Als Schüler des vortrefflichen Lier hielt er, bis zu seinem Ende jugendfrisch, feurig und selbständig, von inniger Liebe zur ernsten, hoheitsvollen Natur seiner oberbayerischen Heimat erfüllt, an den Grundsätzen der Ehrlichkeit, Wahrheit und Schönheit fest, denen sein Lehrer und dessen Mitstrebende die Dauer ihrer Erfolge verdankten. Die Bedeutung dieser alten Münchener Landschaftsmalerei, der die neue nicht ebenbürtig ist, wurde gerade um die Wende des Jahres durch drei überaus beachtenswerte Ausstellungen in der Graphischen Sammlung der Münchener Neuen Pinakothek nach allen Richtungen klar gestellt. (Die zweite bot ausschließlich Schöpfungen des großen Stilisten Karl Rottmann, † 1850.) Gleichzeitig brachte die Münchener Verlagsanstalt Braun & Schneider mehrere höchst anziehende Ausstellungen von Originalzeichnungen, deren Nachbildungen Jahrzehnte hindurch in den „Fliegenden Blättern“ erschienen sind. Berühmteste waren unter der großen Schar: Franz Pocci, M. v. Schwind, W. Busch, W. v. Diez, W. Oberländer, F. v. Stuck, C. Becker-Gundahl. Viele verdanken den „Fliegenden“, daß ihr Talent überhaupt entdeckt und zur Geltung gebracht wurde.

So sah der Hintergrund aus, vor dem neue Kunst ungleichartige Leistungen darbot. Von den erziehlichen Kräften der älteren Schulen sucht nur ein Teil des neuen Geschlechtes, der sich der Bedeutung der Tradition bewußt hält, Nutzen zu ziehen. Die übrigen erhoffen Fortschritt und Gedeihen von der Einbildung, Nichtdarstellbares, Uebersinnliches mit sinnlichen Mitteln darstellen zu können, ohne zu begreifen und am Aussehen ihrer Leistungen sich zu überzeugen, daß dergleichen notwendig zur Unvernunft führt. Andere, die sich mit tiefsinnigen Erwägungen nicht abgeben, begnügen sich und finden Anhang bei den Snobs mit den Werken ihrer Zuchtlosigkeit, ihres Nichtkönnens. Die Aussichten der im Juli im Münchener Glaspalast stattfindenden Ausstellung, bei der keine Jury walten soll, sind daher trübe genug. Sie wird kaum dazu dienen, den Ruf der Münchener Kunst im alten Ansehen zu erhalten und damit die Verkäuflichkeit ihrer Erzeugnisse zu fördern. Und doch wäre dies unter den jetzigen Verhältnissen dringender denn je zu wünschen als eine der wenigen Möglichkeiten, mit der übrigen Welt in alter ersprießlicher Art weiter zu verkehren. Gerade die Werke der Tafelmalerei, der Graphik, der Bildnerei haben hier eine Aufgabe zu erfüllen; ihre volkswirtschaftliche und soziale Wichtigkeit ist gar nicht hoch genug anzuschlagen. Diese Erkenntnis spricht sich auch in der Gründung neuer Künstlervereinigungen aus, die, wie der „Feldgraue Bund“ (der eine nicht ausgeglichene, aber in Einzelheiten tüchtige Ausstellung veranstaltete), darauf ausgehen, den vom Kriege heimgekehrten Künstlern neue Daseinsmöglichkeiten zu sichern. Unsere Kunst wird in der neuen Zeit ganz wesentlich auf das Interesse der Privatpersonen angewiesen bleiben, große, wohl gar monumentale Aufgaben nach dem Ausscheiden fürstlicher Aufträge aber nur von der Kirche erhoffen können in den Fällen, wo dieser die nötigen Mittel aus privatem Antriebe zur Verfügung gestellt werden.

Daß jene Kunst, die sich der Gestaltung christlicher Gegenstände widmet, nicht ungeteiltes Vertrauen genießt, das liegt zum Teil daran, daß die Anhänger der neuesten Richtungen gerade sie sich zum Opfer ihrer Ueberspanntheiten, bei denen Form und Inhalt nicht zusammenpassen, auserwählen, Werken, die mit dem christlichen Volksempfinden wie mit den Anforderungen der kirchlichen Möglichkeit nichts zu tun haben, ja zum Teil geradezu blasphemisch sind. Die Ehrlichen unter diesen übermodernen Künstlern suchen nach neuen Wegen der christlichen Kunst. Gefühl und Vernunft sagen aber, daß die jetzt eingeschlagenen verkehrt sind. Ich denke u. a. an die technisch, wie namentlich auch inhaltlich abzulehnenden Malereien des Expressionisten Joseph Eberz. Sie rechtfertigen die ihm zuteil gewordenen harten Urteile.

Dem gegenüber bietet die auf der rechten Ueberlieferung begründete, vom echten christlichen und volkstümlichen Geiste durchdrungene christliche Kunst Leistungen, die schon darum erfreuen, weil in ihnen ersichtlich zukunftfördernde Fähigkeiten sich entwickeln. Die starke Bewegung aufwärts kann kein Sehender und Gutwilliger mehr leugnen wollen. Die Kürze oder das Schweigen einer Tageskritik ändern daran nichts.

Deswegen bleiben doch die Ergebnisse des Wettbewerbes für die Kriegsgedächtniskirche in Nürnberg oder für die Martinskirche in Moosach, oder desjenigen, mit dem die „Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst“ zu Entwürfen für eine Amtskette der Bonner Fleischerinnung anregte, bedeutsam und erfreulich. Zur Ehre gereicht es der Münchener christlichen Kunst auch, daß einer der Ihrigen, der Architekt L. Welzenbacher, beim Wettbewerbe für die Friedenskirche zu Innsbruck Sieger blieb. Groß war die Zahl ausgezeichneter Werke der christlichen Malerei und Bildhauerei. Dabei zeigte sich in erfreulicher Weise die Wirkung des Aufschwunges der Herz Jesu-Verehrung. Einen solchen Altar für Bonn schuf G. Busch; Gemälde dieses Inhaltes waren von G. Kau und K. Schleibner. Einen hl. Kreuzweg von hervorragendsten Eigenschaften malte G. Fugel für Stuttgart. Einen zweiten hochmonumentalen hat X. Dietrich für die Hofkirche zu Dresden begonnen. Schnitzereien von K. Kuolt, Altarmalereien von Becker-Gundahl und von Schleibner, prachtvolle Goldschmiedewerke (Monstranzen) von J. Seitz, freundliche Weihnachtskrippen voll echt deutscher Empfindung von J. Bachlechner im tirolischen Hall reihten sich würdig an. Vieles andere muß hier übergangen werden. Jawohl, trotz allem: Unsere christliche Kunst kann viel und wird noch mehr können. Nur nicht von der Luft leben. Aufträge braucht und verdient sie!

Dr. O. Doering.

Ergebung.

Auf seiner Stirne Furchen tief und krumm,
Ein Dulder ruht im Schlafe still und stumm.
Gleich einer bleichen Hand, wie zugegossen,
Die Wimper hält das Auge festverschlossen,
Als will die Nöten sie der Nacht verhüllen,
Die bis zum Rand bei Tag die Seele füllen.
Nur eine Trän' im Augenwinkel wacht,
Kühlt sich den Gram, den drin sie mitgemacht;
Ist an der Wange dann herabgeronnen
Ganz langsam, hin und her, in sich versonnen,
Zu schauen, ob da drinnen noch nicht heilt
Das Bluten, während sie heroben weilt.
Beim müden Munde schauert sie und steht;
Ein Zucken durch die herben Lippen geht;
Ein Seufzer hebt aus tiefem Seelenschacht
Das Wort, das lange schon da drunten wacht:
„Wie du es willst, soll alles bei mir werden,
Dein Wille sei im Himmel und auf Erden!"

Die Träne küsst den Mund vor Rührung trunken
Und ist aufs weisse Kissen hingesunken.

Martin Mayr.

Ein Vorkämpfer für Volkswohl und Volksgesundheit.

In seinem neuesten, tiefernsten Werke „Geburtenrückgang und Sozialreform" schreibt Prof. Dr. Hitze (Münster i. W.): „Wer es vermöchte, unser Volk zur Nüchternheit zu erziehen, würde ihm einen gewaltigen Zuwachs an Lebenskraft, Wohlstand, Zufriedenheit und Familienglück bringen und eine neue, auch kinderreichere Zukunft unseres Volkes begründen". (S. 14.) Mit allem Nachdruck wird unter den Ursachen, welche in erster Linie zum Niedergang des deutschen Familienlebens beigetragen haben, der Alkoholismus genannt. Bei den Mitteln zur Besserung wird an allererster Stelle auf die „Beschränkung des Alkoholgenusses" (S. 40) hingewiesen.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus arbeitet in Süddeutschland seit 10 Jahren Anton Hessenbach unermüdlich in Wort und Schrift für die Verbreitung des Nüchternheitsgedankens. Als Kemptener Kaplan schrieb er ums Jahr 1912 die Broschüre: „Um der Kinder willen — Vätern und Müttern zu Herz und Gewissen". Kreuzbündnisverlag, Heidhausen, 50. Tausend (10 Pfg.). Das trefflich ausgestattete Schriftchen war als Einführung der Eltern in die Bestrebungen des Schutzengelbundes gedacht. Einleitend weist der Verfasser auf die tiefernste Tatsache hin, daß in Bayern von den 221 000 Kindern, welche in einem Jahre (1910) geboren wurden, über 44 000 an Lebensschwäche oder angeborenen Bildungsfehlern wieder sterben. Von den überlebenden bleiben viele kränklich, so daß bis zu 15 Jahren noch fast 14 000 Kinder sterben müssen. Dieses angeborene Kinderelend sei meistens ein entsetzliches Erbstück vom Vater, wenn er bis zur Eheschließung regelmäßig viel oder öfters zu viel getrunken hat. Oder es ist ein Erbteil von der Mutter, die gerne Bier oder Wein getrunken, besonders in der verantwortungsvollen Zeit, da sie auf ihr liebes Kindchen gehofft und in dem Jahre, da sie es freudevoll selbst genährt hat. So geht seine eindringliche Forderung dahin: die Eltern selber mögen nüchtern sein und möchten auf absolut alkoholfreie Jugenderziehung bedacht sein.

Dabei dachte Hessenbach nicht bloß an die Volksschuljugend, sondern auch an die Jünglinge an den höheren Schulen, die einst Führer des Volkes werden sollen und deshalb (ganz abgesehen von den gesundheitlichen Gründen) aus sozialen Rücksichten den sinnlosen Alkoholgenuß vermeiden sollen. Für diese Mittelschüler also schrieb Hessenbach die flammende Broschüre: „Was fordert die Zeit vom Studenten?" (15 Pfg.). Die Auflageziffer von 50 Tausend besagt uns genug.

Bald darauf trat der Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, Dr. Karl Sonnenschein, an ihn heran mit der Bitte, für die Studierenden an der Hochschule und für die Gebildeten überhaupt eine Broschüre zur Förderung der Nüchternheit zu schreiben. So erschien 1914 Heft 10 der Flugschriften des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, „Anton Hessenbach: Vom Trinken" (15 Pfg.). Des Verfassers Ausführungen gehen dahin: „Es bleibt eine Torheit, sich das Joch des unsinnigen Trinkens aufzuzwingen, sich dadurch seinen Organismus vergiften zu lassen. Und die Folgen? Nervosität, Arbeitsunlust, Arbeitsunfähigkeit, wo Gesunde in der Vollkraft des Mannesalters stehen! Und vielfach welche Nachkommenschaft! . . . Unsere Pflicht ist das: Wir müssen darin unsere Ehre suchen, daß keine Korporation mehr irgend jemand zwinge, Alkohol zu trinken."

Auch an die breiten Schichten des Volkes wußte Hessenbach mit seinen werbenden Gedanken, welche lediglich auf allseitige gesteigerte leibliche wie seelische Wohlfahrt gerichtet waren, heranzukommen. So schrieb er eindrucksvolle, volkstümliche Artikel über die Schäden des Alkohols in dem vielgelesenen „Regensburger Marienkalender". Daneben behandelte er die Alkoholfrage vom pädagogischen Standpunkt aus im „Pharus" (Donauwörth).

Eben im Verlag der Auerschen Buchhandlung (Cassianeum) zu Donauwörth erschien auch 1913 die sehr beachtenswerte Schrift: „Bayerns Stolz und Bayerns Elend. Ein Aufruf an unsere Aerzte, Juristen, Lehrer, Priester und Volksvertreter" (60 Pfg.). Bayerns meistgerühmte Industrie verschulde sein größtes Elend. Unter den Abschnitten „Menschenopfer", „Die armen Kinder" und „Der Frauen heiße Tränen" führt er uns an der Hand der Statistik und der Fürsorgehäuserberichte ein geradezu erschütterndes Tatsachenmaterial vor Augen. In zwei weiteren Abschnitten beantwortet er die Fragen: „Sind die Alkoholgegner Feinde des Vaterlandes?" — „Vernichtet man so die bayerische Landwirtschaft?" — Er bittet die Volksvertreter, auf dem Wege der Gesetzgebung u. a. dahin zu wirken, daß erstens das Volk und namentlich die Jugend über die volksvernichtenden Schäden des Alkoholmißbrauches belehrt werde, zweitens, daß das Schankkonzessionswesen neu geordnet und daß die auf konfessioneller Grundlage errichteten Trinkerheilstätten staatlich unterstützt werden. Auf alle diese Vorschläge ist neuerdings wieder Prof. Dr. Hitze (Geburtenrückgang und Sozialreform) zurückgekommen. In einer Zeit, da auch die Frauen, welche oft (unverschuldet!) am meisten unter den Folgen des Alkoholismus zu leiden haben, an der Gesetzgebung teilnehmen dürfen, möge die genannte Schrift Hessenbachs besonders empfohlen sein!

Im Herbst 1914 wurde dem Kemptener Stadtkaplan ein Benefizium zu Langerringen bei Augsburg übertragen. Gerade von dieser Zeit an leistete er mit seiner fleißigen Feder besonders wertvolle Arbeit. Er schrieb Artikel für den „Quickborn", das Organ der abstinenten Mittelschüler, sowie die vornehm ausgestattete Broschüre „Goldene Freiheit, sei mir gegrüßt! Eine Aussprache mit unseren Akademikern". Verlag von Natur und Kultur, München (40 Pfg.). Bald darauf folgte „Die Front", zwanglose Blätter für die Lehrer und Lehrerinnen des Kreuzbündnisses, Vereins abstinenter Katholiken, Kreuzbündnisverlag, Heidhausen (jährlich 1 M.). — Unterdessen war der Krieg ausgebrochen. Mit seiner weitreichenden Fürsorge und mit seinem Verantwortlichkeitsbewußtsein dachte Hessenbach an die vielen Tausend Burschen und Männer, welche in den Garnisonen und in der Etappe großen Gefahren bezüglich ihrer Ehre, ihrer Gesundheit und ihrer Familien (Geschlechtskrankheiten!) entgegengingen. Für sie schrieb er den ergreifenden Feldbrief „Siegreich und doch geschlagen", Selbstverlag (25 Pfg.) 11. Aufl., 56 Tausend, der mit seinem vornehmen Takt wie mit seiner ernsten Eindringlichkeit vom seelsorgerischen wie vom volkserzieherischen Standpunkt aus als ein Meisterstück anzusprechen ist. Trotz aller Betonung der Nüchternheit tritt uns Hessenbach hier nicht so fast als Abstinenzapostel, denn vielmehr als zielbewußter Förderer des Familienwohles entgegen.

Seine Beschäftigung mit der Alkoholfrage hatte ihm in steigendem Maße wertvolle Fähigkeiten gegeben, im Sinne einer positiven Familienpflege zu arbeiten. Es sei hingewiesen auf seine weitere Schrift: „Sind wir machtlos gegen diesen Völkermord?" Eine nationale Frage an die Völker deutscher Sprache, eine Gewissensfrage an die Brautleute und Eheleute! Huttler, Augsburg (40 Pfg.). In der ev. „Dorfkirche" (Berlin SW 11, Landbuchhandlung) fragt ein Rezensent: „Gibt es wohl eine ähnliche Schrift (gegen den Mißbrauch der Ehe!) aus der Feder eines Protestanten? Wenn nicht, dann muß sie geschrieben werden!"

Einige Zeit darauf wurde A. Hessenbach durch das bischöfliche Ordinariat zum Jugendfürsorgesekretär für die Diözese Augsburg berufen. Bei den vielen Bureauarbeiten und Dienstreisen blieb ihm in dieser Stellung leider nur wenig Zeit für schriftstellerische Arbeiten übrig. Und doch konnte er gerade jetzt das dunkle Geheimnis noch näher kennen lernen, das mit seinen unseligen Auswirkungen wie ein schrecklicher Fluch über so vielen Familien lastet: Den Alkoholismus und die damit verbundene Entfesselung der sinnlichen Triebe. Er erkannte, daß auf diese Weise schon Tausende von Ehen verwüstet wurden und daß so die riesengroße Geheimbruderschaft der kranken und um ihr Familienglück betrogenen Frauen entstanden sei. So legte sich ihm der Gedanke einer zeitgemäßen Ehereform und eines Mutterschutzes im Sinne des Christentums nahe. Kürzlich gab er auf vielseitiges Drängen — der um die Mütterseelsorge und Familienpflege hochverdiente P. Sädler, Leiter des Erzbischöfl. Missionsinstituts Freiburg, erklärte sich mit den Bestrebungen freudig einverstanden — das Werkchen heraus: „De usu matrimonii". Ein Eheideal und sein Segen für Mutter und Kinder" (1.20 M.), Selbstverlag, Augsburg F. 145. Die Schrift, welche auch von positiven christlichen Aerzten, z. B. von Dr. med. Hermann Paull (Karlsruhe) freudig begrüßt wurde, stellt mit ihrem tiefernsten Tatsachenmaterial und ihren hohen idealen Forderungen ohne Zweifel den Höhepunkt der von A. Hessenbach bis jetzt geleisteten Arbeiten dar und enthält sehr beachtenswerte Gedanken

zur Hebung und Neubelebung der deutschen Familie. Hirscher schrieb einmal: „Die Kultur eines Volkes ist genau so wie sein Begriff von der Ehe."

Möge es dem sozialfühlenden Manne möglich sein, in vorbeugender Arbeit Tausende von Menschenkindern vor Sünde und Krankheit, vor Tränen und Jammer zu bewahren! Für den guten Arzt ist es sogar eine größere Kunst, einer Krankheit vorzubeugen, als dieselbe in mühsamer Operation nachträglich langsam wieder zu beseitigen! J. Illerfeld.

Vom Büchertisch.

Paz, Prinzessin Ludwig Ferdinand von Bayern, Infantin von Spanien: **Aus meinem Leben**, Eindrücke. München, Georg Müller. Pr. geb. 4.50 ℳ, Luxusausgabe mit handschriftlichen Namenszügen 50 ℳ. Der Hinterbliebenenfürsorge des bayer. Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 1 gewidmet. — Die hohe Autorin ist als solche in ihrem Vaterlande längst weit bekannt und beliebt. Auch in Deutschland bot sich mehrfach Gelegenheit, den Reiz dieser offenklaren, gemüt- und einsichtsreichen Darstellung voll Beobachtungssicherheit, unbefangener Wahrhaftigkeit und zielfester Herzenswärme kennen zu lernen. Das vorliegende Buch gewinnt nicht zuletzt durch seine vornehme Anspruchslosigkeit, durch seine schlichte Unmittelbarkeit. Besonders die Bayern werden sich des mitten aus persönlichem Leben gegriffenen Inhaltes, der schon die Spanier durch die Glut der darin bekundeten Vaterlandsliebe entzückte, aufrichtig freuen, gewährt er doch auch tiefe Einblicke in der Prinzessin Familienglück, in ihre innigen Beziehungen zur bayerischen, zur deutschen Heimat. So möge denn auch dieses liebe Buch, dem das Bildnis der Verfasserin und eine Reihe anderer Illustrationen beigegeben wurde, die Wahrheit dartun, daß auch auf und ganz nahe dem Throne edle Herzen in vollbewußter Zugehörigkeit zur großen Volkseinheit schlagen. E. M. Hamann.

Karl Bienenstein: Seelen, die heimgefunden. Innsbruck-München, Tyrolia. 217 S., kart. 3 ℳ. — Bienensteins eigene Seele hat „heimgefunden". Ein tüchtiger Erzähler war er immer, aber ihm fehlte die Tiefe christlicher Anschauung. Zu der ist er nun — vielleicht, wie so manche, infolge des Krieges — vorgedrungen, und seine Darstellung zeigt eine Geprägswandlung zu psychologischem Feinsinn, die wir warm begrüßen dürfen. Das Büchlein selbst, von lyrischem Anhauch, gibt sich als verschiedenwertig, immer aber, in den vier Erzählungen: „Heimkehr", „Blühender Lorbeer", „Feldzug der Seele", „Vor dem Christbaum", als dichterisch und ethisch wertvoll. Es leuchtet in Tiefen ewiger Wahrheit wie in Untiefen und Abgründe der „Welt" genannten tyrannischen Unwahrheit. Es zeigt Wege zum Licht, Abwege zur Finsternis. Es ist reich an rückhaltlosem Sich-Versenken in die Größe und Schönheit der Natur- und Menschenseele. Es hat den Gefühlsechten, den wirklich Empfänglichen etwas zu sagen, manchem gewiß viel oder sogar sehr viel. Ich persönlich schaue nun doppelt gespannt aus nach dem „gewandelten" kraftvoll epischen Gestalter Karl Bienenstein. E. M. Hamann.

Joseph Winckler: Ozean. Des deutschen Volkes Meeresgesang. Jena, Eugen Diederichs. Gr. 8° 150 S. 5 ℳ. — Ein in dieser Art noch nie dagewesener Sang des elementaren, gewaltigen Aeußerlichen, das auch elementar-gewaltig wirkt unter der zügelnden, zielbestimmenden Hand des erfindenden und nun um Sein oder Nichtsein kämpfenden Menschen: des Deutschen, des deutschen Volkes, in seinen Söhnen auf dem sturm-, dem kriegggepeitschten Meere. Hinter dem seltsamen Sang steht der seltsame Sänger: in seiner glühenden, wie die Wellen des Meeres hochaufbrandenden Vaterlandsliebe. Nicht alle werden diese Schöpfung lieben können, aber den Eindruck verfehlen wird sie nie, ob so, ob anders — sie steht und lebt —, niemand wird an dem „leben" zweifeln wollen. E. M. Hamann.

Der apostolische Stuhl und der Wiederaufbau des Völkerrechts und Völkerfriedens. Von Dr. Johann Sägmüller, Prof. des Kirchenrechts. 8° VIII u. 120 S. ℳ 3.80. Freiburg, Herder 1919. Im Rahmen der im Auftrag der Kommission für christliches Völkerrecht herausgegebenen Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker muß auch eine Darlegung Platz finden, welche die Stellungnahme des apostolischen Stuhles zur Riesenaufgabe der Erneuerung dieser Grundlage wahrer Völkerwohlfahrt zeigt. Dies um so mehr, als zumal die Friedensbestrebungen Benedikt XV. nicht nur falsche Deutungen, sondern offene gehässige Angriffe auslösten. Sägmüller erweist ihnen gegenüber die juristische Stichhaltigkeit, die völkerrechtliche Bedeutung des Friedensprogramms Benedikt XV. An der Hand zahlreicher wichtiger Belege wird der durch den Weltkrieg heraufbeschworene Zusammenbruch des Völkerrechts beleuchtet, dann zurückgreifend die stets erneuerten Bemühungen der letzten Päpste um eine tragkräftige Grundlage für Völkerrecht und Völkerfrieden dargelegt und endlich in umfassender Weise das Friedensprogramm des apostolischen Stuhles im Zusammenhalt mit anderen Friedensbestrebungen erörtert. Ein ausführliches Verzeichnis zeugt für den reichen Inhalt des Bändchens und erleichtert die Verwertung des dort gebotenen weitschichtigen Stoffes. O. Heinz.

Hirtenbriefe des deutschen Episkopates 1918. 8° VIII u. 257 S. ℳ 3.60. Paderborn, Junfermann. Als achter Band der Sammlung von Hirtenbriefen des deutschen Episkopates liegen die anläßlich der Fastenzeit 1918 erlassenen Hirtenschreiben vor. Erneut sind darin die wichtigsten, das religiöse Leben und seine Grenzgebiete betreffenden Gegenwartsfragen von hoher Warte und mit dem ganzen Gewicht des bischöflichen Amtes behandelt. Einen starken Einschlag bildet der Hinweis auf den jetzt so mannigfach erschütterten Jenseitsglauben; nachdrücklich ist die Erneuerung der christlichen Familie betont, ebenso unsere Pflichten im Kampfe um die Schule, die Gegenwartslage des apostolischen Stuhles; eine willkommene kurze Einführung in das Verständnis des neuen kirchlichen Gesetzbuches ist geboten. Auch der Gesamthirtenbrief der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom Allerheiligenfeste 1917 mit seinen Richtlinien für die Friedensarbeit ist aufgenommen. Wiederum faßt ein ziemlich einläßliches Sachregister den reichen Inhalt dieser oberhirtlichen Kundgebungen zusammen und erleichtert ihre Verwertung. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Mancherlei geplante Neuheiten, die uns angekündigt waren, sind durch die von den allgemeinen Zuständen verursachten theaterlosen Abende zurückgestellt worden. Dafür brachte die Bühne eine gute Aufführung von „Maria Magdalena", die einen starken Eindruck hinterließ. Vielleicht war es die Tragik Meister Antons, der „die Welt nicht mehr versteht", welche den äußeren Anlaß zur Wahl dieses Stückes gegeben hat. Professor Freytag liebt es ja, uns schon eine Reihe von dramatischen Werken aus neue Ideen formenden Zeiten darzubieten. Das bürgerliche Trauerspiel Friedrich Hebbels trägt übrigens die gleiche Jahreszahl, wie der jüngst uraufgeführte „Gelehrte" Gustav Freytags, des älteren, 1844. Was „Maria Magdalena" aber so lebendig erhalten hat, ist, daß es sich, um mit Hebbel selbst zu sprechen, des Scheltens enthält. Der Dichter bleibt der Fabel gegenüber, zu der die Geschehnisse in einem Münchener Handwerkerhause dem literarisch sein Leben mühsam fristenden Studenten „das grobe Garn" geliefert haben, durchaus gestaltender Künstler, ohne mit billigen Tiraden gegen einen starren, väterlichen Autoritätsbegriff, der sich in dem alten Tischlermeister verkörpert, loszuziehen. Man vergleiche das Stück mit ähnlichen, die ihre Tendenz auf der Stirne tragen und die gerade in den Stellen hohl und veraltet klingen, bei denen der Resonanzboden des „Aktuellen" einst ihre Wirkung verstärkt hatte. An guten, ja vortrefflichen Aufführungen dieses Trauerspieles hat es hier nie gefehlt. Die älteren Theaterbesucher erinnern sich noch einer Vorstellung im Schauspielhause, die einst den großen Ruf der gerade „entdeckten" Irene Triesch mitbegründete. Unser Hoftheater hatte zu vielen Zeiten sehr schöne und stilgemäße Aufführungen der „Maria Magdalena"; vor allem ist mir da Schneider und seine Tochter, die beiden früh verstorbenen, als „Anton" und „Klara" in Erinnerung. Das „Neue Theater" unter Schretners tüchtiger Spielleitung hat auch den durch Vergleiche verwöhnteren Zuschauer befriedigen können. Nesselträger, wohl die umfassendste Begabung dieser Bühne, wußte als Meister Anton zu ergreifen und Frl. Holsten verlieh der Titelrolle Züge unmittelbaren Empfindens. Auch die Gestalt des rücksichtslosen, treulos-selbstischen Liebhabers trug Farbe des Lebens, während die Figur des braven, biederen etwas matt blieb. Daß Hebbels Drama kein Kinderstück ist, solche Binsenwahrheiten zu betonen, sollte überflüssig sein. Der aufmerksame Theaterbesucher gewinnt aber den Eindruck, daß beim Publikum der richtige Maßstab immer mehr abhanden kommt.

Uraufführung in den Kammerspielen. „Eifersucht", Drama von M. Artzibaschew, deutsch von E. Schiemann, hatte eine geteilte Aufnahme. Einige zischten, da ihnen der Beifall zu laut war, und dann wieder gab es Applaus, der sichtlich lediglich eine Korrektur gegen das Zischen darstellen sollte. Schriftsteller sind in ihren Büchern viel interessanter als im Leben. Sie sitzen zu viel am Schreibtisch und überlassen ihre Frauen der Langweile. So ungefähr äußert sich die schöne Jelena N. Kalajewna, die deshalb mit allen möglichen Männern flirtet. Während eine andere Dame ihrer Bekanntschaft ihrem Manne fortgesetzt die Treue bricht, spielt sie nur mit ihren Verehrern und peitscht deren Leidenschaften zu hellen Flammen an. Langsam wächst der Argwohn, steigert sich die Eifersucht ihres Mannes, der sich immer wieder beruhigen läßt, weil er wünscht, daß sie unschuldig sei. Am Ende freilich spricht der Augenschein zu deutlich und er erwürgt sie. Wir sind nicht gewohnt, unser Mitleid zu verschenken, sagt Lessing. In der Tat, dieses frivole Spiel mit der Liebe mag unser Mitleid nicht zu wecken, was eine Leidenschaft kann, auch wenn wir sie ethisch mißbilligen. Ida Roland, die als Jelena gastierte, ist eine interessante Schauspielerin, die alle Schwankungen dieses tragisch endenden Flirts mit Meisterschaft zur Erscheinung brachte. Das erschien uns als das Positive dieses Theaterabends. Die Handlung verläuft episch, statt dramatisch. Man raucht, trinkt, philosophiert und lächelt, erst im Kaukasus und dann in Rußland, und wenn man im Publikum über das weibische Heulen unglücklicher Liebhaber lacht, so mag dies „Aestheten" ärgern. Uns freut, daß noch nicht alle Grenzpfähle des Empfindens eingerissen sind.

Theater am Gärtnerplatz. Scribe, der Theaterbeherrscher langer Jahrzehnte, bietet heute noch eine Fundgrube für Textdichter. In der „Frauenlist", der hübschen Oper unseres Münchener Kapellmeisters Röhr, hat sein „Damenkrieg" die textliche Anregung gegeben. Auch in der Operette „Inkognito" ist die Fabel verwendet, in der ein Edelmann, als Kammerdiener verkleidet, durch Frauenlist vor den Verfolgungen der bonapartistischen Häscher geschützt wird. Natürlich fehlt dem Textbuch der Herren R. Kraatz und R. Keßler nicht der derbere Ausputz der Operettenscherze, aber die Handlung ist für dieses Genre doch ganz vernünftig und geschickt geführt. Rud. Nelson schrieb die Musik, besonders Walzer und Märsche, die angenehm klingen, ohne sonderlich originell zu sein; geschickt und wirksam ist die Instrumentierung. Mit Geschmack einstudiert, wird man das Stück mehrere Wochen lang spielen können.

Eröffnung des Schauspielhauses. Fast einen Monat später als geplant, wurde das Schauspielhaus, das nun Hermine Körner, die hervorragende Schauspielerin, leitet, neueröffnet. Die Ungunst der Zeiten ließ die Erneuerungsarbeiten nur langsam gedeihen. Der Charakter der Riemerschmiedschen Innenarchitektur ist gewahrt geblieben, nur hat man ihre herbe Strenge durch wärmere Farben zu mindern

versucht. Wichtiger ist der Einbau des Rundhorizontes, der für das Bühnenbild reichere Möglichkeiten bietet. Als Eröffnungsvorstellung hatte Frau Körner — von Mozarts Zwischenmusik umrahmt — ein Märchenspiel Raimunds, „Die gefesselte Phantasie“ gewählt. Diese Wahl bewies, daß Frau Körner ihre Bühne nicht lediglich der modernen Dichtung dienstbar machen, sondern auch an die Traditionen guter volkstümlicher Kunst anknüpfen will. Die Bühnenbilder, entworfen von L. Henry, besonders diejenigen mit dem Blick ins Weite, waren von hohem malerischem Reiz und vermieden sowohl die verwirrende Fülle von Einzelheiten als anderseits die Nüchternheit der Stilbühne. Auch die Regie Frau Körners trug in der Anordnung der Gruppen diesen malerischen Wirkungen Rechnung. Neben der Eurhythmie des Griechentums, das Frau Körner (Hermione) glanzvoll verkörperte, und der Komik der volkstümlichen Figuren blieb das Märchenhafte vielleicht minder betont. Die Vorstellung stand in diesem Sinne Reinhardt näher, als altwiener Volkskunst. Die Darstellung war dennoch stark genug, das anfänglich von politischen Gerüchten etwas abgelenkte Publikum völlig in das Reich der Phantasie hinüberzuziehen. Neben bewährten Kräften sah man auch verschiedene neue Schauspieler, auf die bei anderen Anlässen noch eingegangen werden soll. Das ausverkaufte Haus feierte Frau Körner durch endlose Hervorrufe. Mögen ihrem künstlerischen Unternehmen günstige Sterne leuchten! L. G. Oberlaender, München.

Requiem von Markus Koch. Der Münchener Bezirkslehrerverein ließ in christlicher Pietät für seine gefallenen Kollegen einen feierlichen Trauergottesdienst abhalten. Der Charakter des Außergewöhnlichen, der dieser Feier an und für sich schon zukam, wurde noch gehoben durch die prächtige Uraufführung eines Werkes des Münchener Lehrerkomponisten M. Koch. Die Zeiten und Kreise, die Rheinberger als unkirchlich ablehnen zu müssen glaubten, sind wohl endgültig dahin. Rheinbergerstil im besten Sinne des Wortes, jedoch die Schritte eines durchaus Selbstständigen und Fortschreitenden. Namentlich was Orgelbehandlung betrifft, die mit den Stimmen selbständig einhergeht und in den blühendsten Melodien sich aussingt. Ihr hat der Meister besondere Sorgfalt angedeihen lassen und sie ist seine stärkste Seite, während ihm den Chören gegenüber die gleiche Gestaltungskraft, Bildschönheit und Ausdrucksfähigkeit versagt ist, namentlich in den Bässen und wo Orgel und Chor im höchsten Affekt sich finden und verbinden sollten. Vielleicht fühlt der Künstler das selbst am besten und es wäre ihm nur ein Männerchor zu wünschen. Zudem wünschte ich noch mehr Straffheit und Konzentration in Auswertung und Fortführung der Motive. Das Gewaltigste und wie mit dem Herzblut des Künstlers bedacht, ist das Dies irae; Ingemisco und Benedictus sind Prachtstellen. Sehr schön finde ich die Idee des Schauerlichen und der Gerichtsschrecken ausgedrückt durch Piano, jedoch hat mich gerade diese Stelle am wenigsten ergriffen, es fehlt ihr die Ueberzeugungskraft und das Packende in Melodie und Rhythmus. Markus Koch ist uns längst bekannt als einer, der Beachtung und Wertschätzung verdient. Dieses Werk hat den Ruf des Meisters nur gerechtfertigt und gefestigt und bestärkt in uns die Hoffnung, er habe uns die reifsten Früchte seines Schaffens noch nicht geschenkt. Möchten wir ihm noch oft begegnen. Es ist nur zu bedauern, daß die Komposition als Männerchorwerk nur wenigen zugänglich sein kann. Jedoch der Meister hat es für einen besonderen Zweck geschrieben und damit auf reicheren Lorbeer verzichtet, das ehrt um so mehr seinen schlichten, pietätvollen Sinn. Guten Männerchören jedoch, die auch über gute Solisten, ein gutes Orgelwerk und einen tüchtigen Organisten verfügen, kann es nur empfohlen werden. Im Konzertsaal sähe es wohl der Komponist selbst am wenigsten gern.

Jos. Straßer, Kaplan, München-Oberföhring.

Da bei Fertigstellung der Nummer der Nachrichtenverkehr noch nicht funktionierte, mußte die Finanz- und Handelsrundschau leider ausfallen.

Schluß des redaktionellen Teiles.





Eine führende Stellung
in der Presse Ostdeutschlands
nimmt die

„Schlesische Volkszeitung“
ein.

Sie ist die größte katholische Zeitung der östlichen Provinzen und zählt die wohlhabenden und gebildeten Kreise zu ihren Lesern.

Täglich **(auch Montags)** zwei Ausgaben, Sonntags eine Ausgabe.

Was bringt die „Schlesische Volkszeitung“? Auf dem Boden der Politik der Zentrumspartei stehend, kämpft sie unentwegt, dem Wahlspruch dieser Partei folgend, für Wahrheit, Freiheit und Recht! — Den Parlamentsverhandlungen wird eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. — Dem Erwerbsleben dienen die Börsen-, Waren- und Marktberichte, Submissionen usw. — Wissenschaft, Kunst und Literatur finden verständnisvolle Pflege. — Der Unterhaltung dienen sorgfältig ausgewählte Romane und ein reichhaltiges Feuilleton, sowie eine hochinteressante

Sonntagsbeilage.

Die sorgfältige und rasche Berichterstattung der Schlesischen Volkszeitung findet in immer weiteren Kreisen ihre Anerkennung.

Die Bezieher der Ausgabe **B** erhalten ferner für den geringen Mehrbetrag von **15** Pfg. pro Monat wöchentlich eine, im Tiefdruckverfahren hergestellte, reichillustrierte Beilage **„Die Welt im Bilde“.**

Bezugspreis: Ausgabe **A** (ohne illustrierte Beilage) viertelj. Mk. 6,30, Ausgabe **B** (mit illustr. Beilage „Die Welt im Bilde“) Mk. 6,75.

Inserate jeder Art finden erfolgversprechende Verbreitung.

Anzeigenpreis: für die Zeile in Petitschrift oder deren Raum für Schlesien und Posen **40** Pfg., sonst **50** Pfg., im Mittagblatt **45** bezw. **55** Pfg. Familienanzeigen **30** Pfg., Stellenangebote **25** Pfg., Stellengesuche **20** Pfg., Wohnungsgesuche und -Angebote **20** Pfg., im **Reklameteil** für Schlesien und Posen **1,25** Mk., sonst **1,50** Mk.

Urteil: „Die Anzeige in der „Schlesischen Volkszeitung“ hat **einen unerwarteten, ja unglaublichen Erfolg gehabt**, so daß es uns oft nicht möglich war, die Aufträge alle zu erledigen. Durch diesen ungeheueren Absatz ist unser Vorrat arg zusammengeschmolzen und bald zu Ende, weshalb wir gezwungen sind, das Annoncieren einzustellen. Infolge dieses Erfolges fühlen wir uns auch verpflichtet, den ganzen Auftrag zu bezahlen. Selbstverständlich werden wir, falls die nächste Ernte wieder gut ausfällt, uns sofort wieder Ihrer Zeitung bedienen.

Mit aller Hochachtung

9. März 1915. **Vereinigte Bienenzüchter Manderfeld** (Kr. Malmedy), Eifel.

Schlesische  Nachrichten

Billigste u. verbreitetste katholische Tageszeitung Mittel- u. Niederschlesiens.

Verbreitungskreis: Mittel- und Arbeiterstand der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.

Bezugspreis: Ausgabe **A** (ohne illustrierte Beilage) viertelj. 2,10 Mk., Ausgabe **B** (mit illustrierter Beilage „Die Welt im Bilde“, 2,55 Mk.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile bei Anzeigen aus Schlesien und Posen **25** Pfg., sonst **30** Pfg. **Reklamezeile** für Schlesien und Posen **1,25**, sonst **1,50** Mk. Familienanzeigen **20** Pfg., Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsgesuche und -Angebote **15** Pfg.

Herders Konversations-Lexikon

Teil eines II. Ergänzungsbandes (Aachen bis Hypothek). Zeitlich reichend bis Sommer 1914. M 7.— Der Band enthält einen so reichen, sonst nirgend erreichbaren Wissensstoff (wovon in den neu zu schaffenden II. Ergänzungsband wegen der übergroßen Stoffülle nur wenig mehr wird übernommen werden können), daß namentlich die Besitzer des Hauptwerkes sich durch den Erwerb dieses Teilbandes einen kaum genug zu schätzenden Vorteil sichern. — Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Paul Keller
Sein Leben u. seine Werke

Eine literarische Würdigung unseres großen Dichters von Paul Kutzer. Mit einem Porträt.

Das Beste, was Kritiker über Paul Keller bis jetzt geschrieben haben!

Diese Abhandlung steht in dem soeben erschienenen neuesten

Schlesischen Musenalmanach

Herausgeber **Wilhelm Wirbitzky**

Bd. III 5. Jahrg. (1919), Preis geb. — mit zahlreichen Noten- und Bilderbeilagen — 4 M. Allen Freunden der Paul Kellerschen Muse sei dieser Band angelegentlichst empfohlen.

Bd. IV schließt den Jahrgang ab, der komplett in 4 Büchern zum Preise von 15 M durch jede Buchhandlung zu beziehen ist.

Aus den Presseurteilen:

„Die Auswahl der einzelnen Dichtungen, Aufsätze, Bilder und Noten ist sehr geschickt getroffen und führt schlesisch-deutsche Kunst in überaus ansprechender Form vor. Der Almanach erscheint bereits im 5. Jahrgang, ein Beweis dafür, daß das Werk sich die Anteilnahme weiterer Kreise zu sichern verstand. Das schöne Werk verdient auch außerhalb Schlesiens Beachtung zu finden.“ Süddeutsche Literaturschau, Stuttgart.

„Die Vierteljahrsbücher, die ein Schein von Heimatsliebe und Schollentreue umwebt, bringen eine Auswahl der einzelnen schlesischen Dichtungen, Aufsätze, Bilder und Noten aus moderner Zeit und können als eine köstliche Gabe für den Geschenktisch angesprochen werden.“

Deutsche Volkszeitung, Hannover.

„Das Buch steht auf einer erfreulichen künstlerischen Höhe. Es bildet zugleich einen Beweis, wie stark deutsche Gesittung und deutsches Gemütsleben in Oberschlesien zu Hause sind und ist deshalb gerade gegenwärtig besonders dankbar zu begrüßen.“ Deutsche Warte.

Verlag Th. Cieplik in Beuthen O/S.

Suchen Sie einen

literar. Berater,

so bestellen Sie bei Ihrer Postanstalt oder Buchhandlung das altbekannte Literaturblatt „Liter. Handweiser“ (viertelj. M 2.50). Dieser kleine Aufwand entschädigt bei Bücheranschaffungen vielfach und bringt Anregung u. Belehrung in reichstem Maße.



Kölner Dom-Weihrauch

Rauchfass-Kohlen Ia Fabrikat

Beste Bezugsquelle für Grossisten.

M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.

Richard Wagnerstrasse 33.

Die gegenwärtige Zeit

veranlasst manchen Freund und Leser unseres Blattes vielleicht umso eher, der schon öfter ausgesprochenen Bitte zu willfahren und uns eine Anzahl

gute Probenummer-Adressen

einzuschicken. Für den einzelnen ist hiermit eine kleine Mühe verbunden, während der gemeinsamen Sache ein grosser Dienst erwiesen wird.

Arterien - Verkalkung!

(Schwindelanfälle, Herzbeklemmungen, Angst- und Schwächezustände).

Kostenlos

erhalt. Sie Prospekte hierüber mit ärztl. chem Vorwort durch

Allgemeine Chemische Gesellschaft

Cöln a. Rh. 312, Mastrichterstr. 49

Graue Haare

erhalten Naturfarbe und Jugendfrische ohne zu färben. Seit 12 Jahren glänz. bewährt. Näheres unentgeltlich.

Santas, Fürth i. B., Flössaustrasse 23.



Eichemeyer's „Edel - Comfrey“

gibt kolos. Massen Ia. Futter u. kann das ganze Jahr auf jed. Boden angebaut werden. Preis d. Steckl. o. Verp. M. 1.50, 2.-, 3.- u. 4.- pr. %₀ Nachn. Bei Abn. von mehr wie 5000 gew. Steckl. a. einmal 50% Rabatt.

A. Eichemeyer Nachfolger, Duderstadt.

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant

Hostienbäckerei

Bischöfl. genehmigt u. beeidigt. Pfarramtlich überwacht.

Miltenberg am Main

(Bayern) Diözese Würzburg.

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.

Miltenberg, 27. Nov. 1914.

Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.

E. Roth, Geistl. Rat.

Dekanats- u. Pfarrsiegel.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann, Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 20

17. Mai
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 20 München, 17. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Gibt es noch eine Rettung aus dieser Not?

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Noch niemals in der Weltgeschichte ist eine Katastrophe von der Größe und Tiefe der jetzt über Deutschland hereingebrochenen zu verzeichnen gewesen, noch niemals ist ein Kulturvolk von der Höhe geistiger und materieller Glanzentfaltung so tief in den Abgrund seelischer und wirtschaftlicher Not hinabgeschleudert worden, wie jetzt das 70 Millionenvolk der Deutschen. Auch der Fall Karthagos, den man als Parallele herangezogen sieht, vermag den Vergleich nicht auszuhalten, weder in der Zahl noch in der moralischen Größe des Unglückes. Die Punier unterlagen und gingen unter im offenen Kampfe, Deutschland soll, nachdem es im Verteidigungskampfe gegen eine ganze Welt ehrenvoll bis zuletzt bestanden, vernichtet werden durch Hinterlist und schmählichsten Mißbrauch seines Vertrauens in die Ehrlichkeit und Gerechtigkeit seiner Gegner.

Daneben aber fällt als seelisch besonders drückend für uns die Tatsache ins Gewicht, daß wir an unserem Unglück zu einem guten Teil *selbst Schuld tragen* durch die aus dem eigenen Lager erfolgte Schwächung und schließlich völlige Lahmlegung unserer militärischen, wirtschaftlichen und sittlichen Widerstandskraft. Was der Krieg mit seinen Verlusten, Fehlern und Mißbräuchen noch nicht erreicht hatte, das vollendete die *Revolution*, indem sie die Reste von Ordnung, Autorität, physischer und moralischer Kraft einriß. Man braucht die der Umsturzbewegung zugrunde liegenden *berechtigten* Ursachen und Ziele keineswegs zu leugnen, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß in ihrem tatsächlichen Verlauf und ihren Wirkungen auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens die Summe des Schlimmen und Verderblichen diejenige des Guten und Nützlichen bei weitem übersteigt, daß die Revolution als Ganzes genommen nach Zeit, Art und Folgen ihrer Durchführung, wenigstens bis heute, sich als ein namenloses *Unglück* für die Nation erwiesen hat. Aber bei der Abmessung der Verantwortlichkeiten wird man, ohne dem Schuldkonto der einzelnen treibenden oder führenden Persönlichkeiten Abbruch zu tun, die *systematische Vorbereitungsarbeit* nicht außer acht lassen dürfen, durch welche in langen Jahren vor dem Kriege bereits die *geistige Grundlage* für den Umsturz geschaffen worden ist, jenen planmäßigen Kampf gegen alles Bestehende, gegen jegliche natürliche und übernatürliche Autorität, aus dessen Folgen allein sich der in den Exzessen der Revolution zu schrecklichem Ausdruck gekommene totale Niederbruch der moralischen Kultur, die vollkommene Verwilderung aller Rechts- und Sittlichkeitsbegriffe erklären läßt. Ohne jene geistige Disposition würde München sicher von dem Terror der letzten Wochen verschont geblieben sein, jedenfalls aber von solch entsetzlichen Ausschreitungen, wie dem schmählichen Geiselmord durch die rote Garde und der Verhaftung und grauenvollen Erschießung von 21 als Spartakisten denunzierten harmlosen, unschuldigen Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins St. Joseph durch sinnlose Regierungstruppen. Speziell dieser letztere Fall von Revolutionspsychose sollte nicht nur, wie bereits geschehen, den Militärbehörden Anlaß geben zu durchgreifenden Maßnahmen bezüglich der Festnahme und Behandlung etwaiger Verdächtiger, sondern auch Grund zum Nachdenken über die Folgen klassenkämpferischer oder konfessioneller Verhetzung; denn es will scheinen, als ob auch das letztere Moment hier eine gewisse Rolle gespielt habe. Auf jeden Fall muß festgestellt werden, daß bei der erwähnten geistigen Vorbereitung der Revolution nicht nur aktiv, sondern auch durch Unterlassung gesündigt worden ist, und darin liegt der Anteil der Schuld des alten Regimes, zugleich der Hinweis auf ein Hauptmittel der Gesundung.

Damit soll das Schuldkonto der Revolutionsmänner keineswegs entlastet werden, vor allem nicht die Verantwortung für die ungeheuren *wirtschaftlichen Schäden*, welche die rücksichtslosen Maßnahmen der Kommunistenherrschaft und die zahlreichen, endlosen Lohnforderungen und Arbeitseinstellungen verursacht haben. Es würde zu weit führen, der zahlenmäßigen Aufstellung dieser Schäden nachzugehen, aber es wird nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man die direkten und indirekten Verluste der deutschen Volkswirtschaft während der letzten Monate auf eine Summe schätzt, mit der man die jetzige vorläufige Entschädigungsforderung der Entente hätte begleichen können. In diesem Hinweis mag auch die *politische* Bedeutung des Umsturzes zum Ausdruck kommen.

Ueberblickt man den bisherigen Verlauf der Revolution, so kann man sich des Empfindens nicht erwehren, daß die sozialistische Arbeiterschaft, wenigstens zu einem sehr großen Teile, den Erwartungen, die ihre Führer auf sie setzten, *nicht entsprochen*, daß sie bei der ersten Gelegenheit, bei der sie ihre *politische Reife* hätte zeigen sollen, *versagt hat*. Das führt, soweit die Lage in Bayern in Betracht kommt, zu der Frage, ob man diesen Kreisen allein oder doch in ausschlaggebendem Maße die Weitergestaltung der Verhältnisse, ob man dem ausschließlich *sozialdemokratischen Ministerium* die Führung der Politik überlassen soll. Vergegenwärtigt man sich die unbestreitbare Tatsache, daß im Gegensatz zu weiten Kreisen des „Proletariats“ das Bürgertum trotz größter Bedrängnis sich musterhaft gehalten, daß, wenn Mittelstand und Beamtenschaft in diesen schweren Zeiten nicht durchgehalten und gearbeitet hätten, während andere streikten, wohl alles drunter und drüber gegangen wäre, berücksichtigt man ferner das zahlenmäßige Verhältnis der Parteien und Berufsstände und weiter den Anteil, den das Bürgertum an der Wiederherstellung der Ordnung in München und an der Garantie künftiger geordneter Verhältnisse durch Beteiligung an der in Bildung begriffenen neuen Wehr- und Sicherheitsmacht hat, so wird man die Forderung nach aktiver Beteiligung des Bürgertums auch an der Führung der politischen Geschäfte, nach Bildung einer *Koalitionsregierung* für berechtigt, eigentlich selbstverständlich erachten müssen, zumal nachdem die Voraussetzung und der Zweck der seinerzeitigen Berufung eines reinsozialistischen Ministeriums durch den Landtag, die Vermeidung des Bürgerkrieges, sich als trügerisch und hinfällig erwiesen hat. Anderseits aber wird man auch einen Standpunkt für diskutabel halten können, der es im Augenblick ablehnt, durch Beteiligung an der Regierung die Mitverantwortung für die Liquidation der Kommunistenherrschaft zu übernehmen, und es der roten Regierung, die ja ohnehin auf ihrem Schein bestehen zu wollen scheint, überläßt, den von ihren knallroten Genossen verfahrenen Karren wieder ins Geleise zu bringen, wobei ihr selbstverständlich jede mögliche Unterstützung gewährt werden soll. Diese Unterstützung wird auch von der Bayerischen Volkspartei in ihrer Proklamation vom 9. April gewährt, allerdings mit der Maßgabe, daß, nachdem die Volkspartei bei der Ausstattung des Ministeriums mit sehr weitgehenden Vollmachten so weit gegangen, wie ihr christliches Gewissen mit Rücksicht auf das Volksganze es nur zuließ, „weitere Opfer von ihr unter keinen Umständen verlangt und gebracht werden können, insbesondere müssen die Grundsätze und christ-

lichen Gedanken ihres Programms über den Aufbau des Staates unangetastet bleiben..... Die Bayerische Volkspartei sieht in der Durchführung des praktischen Christentums die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Schrecken und Verwirrungen dieser Zeit." Das eine steht jedenfalls sicher: nur durch intensivste Arbeit aller Volkskreise kann Bayern aus seiner Not Rettung werden, und für parteipolitische Extratouren und wirtschaftspolitische Experimente ist jetzt kein Raum. Den berechtigten politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Zeit muß und soll in vollstem Maße Rechnung getragen werden, aber unter dem Gesichtspunkt, daß das Wohl Aller oberstes Gesetz sei.

Das gleiche gilt für die Lage im ganzen Reiche. Sie ist ja durch die Forderungen der Entente im Vorfriedensvertrag vor die Entscheidung über Sein oder Nichtsein gerückt. Die Vertragsbedingungen haben die schlimmsten Erwartungen der größten Pessimisten übertroffen. Ihre unveränderte Annahme wäre das politische und wirtschaftliche Todesurteil für Deutschland. Unser nationales Lebensinteresse verbietet die Annahme. Sie widersprechen auch den Abmachungen der Vorverhandlungen zwischen Deutschland und der Entente vom November vorigen Jahres, wonach auch die Alliierten die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für einen Frieden des Rechtes angenommen haben. Unser Rechtsgefühl verbietet daher die Annahme der jetzigen Bedingungen, die einen Vertragsbruch der Entente bedeuten gegenüber der Zusage vom 5. November. Auch unsere Ehre verbietet die Annahme der Ententeforderungen, denn sie fußen auf der Unterstellung, daß Deutschland der allein Schuldige am Kriege und auch allein verantwortlich für alles begangene Unrecht sei. Graf Brockdorff-Rantzau hat bei der Uebergabe der Bedingungen diese Unterstellung bereits zurückgewiesen und die Schuldfrage ins Gleichgewicht zu rücken versucht. Man entziehe dem Entente-Dokument jene unwahre Prämisse, und das ganze Gebäude fällt in sich zusammen, enthüllt in seiner ganzen Nacktheit und Häßlichkeit als der aus französischer Rachsucht und angelsächsischer Habgier geborene Versuch, die 70 Millionen Deutschen als Sklaven und die ganze übrige Welt als Hörige dem kapitalistischen Imperialismus der Entente dienstbar zu machen. Ein Hohn auf die Grundsätze Wilsons nicht nur und auf Recht und Menschlichkeit, sondern auch eine Erniedrigung für die gesamte Menschheit, wie das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" zutreffend sagt. Wenn die deutsche Regierung jetzt in Verhandlungen eingetreten ist, um nach dem Aufrufe des Reichspräsidenten „den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechtes auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens zu beantworten", so wendet sie sich damit gleichzeitig an das Weltgewissen zur Abwehr eines Weltunrechts. Nur vom Boden des Rechts aus wird dieses Unrecht verhütet werden können, nur durch eine Weltbewegung, eine Weltrevolution, aber nicht durch die Weltrevolution des Bolschewismus, sondern durch die Weltrevolution der Gesinnung und die Aufrüttelung der Gewissen, durch die Mobilmachung der Kräfte der Gerechtigkeit und Liebe auf der Grundlage des christlichen Solidarismus gegen die finsteren Mächte der Unterdrückung und des Egoismus.

Welcher Erfolg unseren Unterhändlern beschieden sein wird, müssen wir in Geduld abwarten. Aber auch im günstigsten Falle bleibt auf Deutschland eine so drückende Last liegen, daß sie nur von den vereinten Kräften aller wird getragen werden können. Nur rastloseste Arbeit und zwar produktive Arbeit, die Werte für den heimischen Bedarf und die Ausfuhr schafft, wird uns zu retten vermögen. Wenn die Reichsregierung in ihrem Sozialisierungsgesetz die Arbeit für das Wohl der Gesamtheit jedem Deutschen als sittliche Pflicht auferlegt, so wird sie nicht umhin können, die Erfüllung dieser Pflicht auch durch entsprechende Vorschriften zu sichern und in die richtigen Bahnen zu lenken. Dieses Problem wird aber nicht einseitig gelöst werden können, sondern nur unter Mitwirkung und im Einvernehmen mit den Vertretern aller Volks- und Berufsschichten. Für diese Sozialisierung ist die Entwicklung reif, sie ist das nächste und unumgänglichste Mittel zur Errettung aus unserer furchtbaren Not.

Diese Not umfaßt alle Volksgenossen in gleicher Schärfe, niemand wird sich ihr und ihren Folgen entziehen können. Möge diese Erkenntnis alle Klassen und Schichten durchdringen und einigen in dem Entschlusse, unter Beiseitestellung jeglicher trennenden privaten oder Standesinteressen alle Kraft und alle Mittel zu konzentrieren auf das eine Ziel, die Errettung vor dem Untergang.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unerträglich und unerfüllbar.

Angesichts der entsetzlichen Friedensbedingungen von Versailles ist es kaum möglich, einen Rückblick zu werfen auf den Monat, der die Presse in München lahmlegte. Alle vorgängigen Ereignisse verblassen vor der diabolischen Erscheinung, die aus dem Hexenkessel von Paris aufgestiegen ist.

Was uns da zugemutet wird, übertrifft die allergrößten Befürchtungen und vernichtet auch die allerkleinsten Hoffnungen. Das ist ärger wie Knechtung, schlimmer wie Ausraubung: Deutschland soll ermordet werden durch ein raffiniert ausgeklügeltes Henkersystem von Zerstückelung, Blutabzapfung und Erdrosselung.

Gerade vor diesem Schicksalsschlag glaubten wir ein wenig aufatmen zu können. Die nächste Gefahr für Danzig und Westpreußen, die aus dem geforderten Durchzug der polnischen Armee Haller drohte, wurde abgewendet durch den Eisenbahntransport, den die Entente trotz dem vorgängigen Ultimatum akzeptierte. Der lähmende Streik im Ruhrrevier war erloschen. Die Schreckensherrschaft in München war nach langer Geduldsprobe endlich gebrochen. Auch in Oberschlesien und dem übrigen Reich ging es verhältnismäßig ruhig und vernünftig zu. Auf die erste Einladung nach Versailles errang unsere Regierung sogar einen taktisch-diplomatischen Erfolg, indem sie aus der Karfreitags-Depesche Clemenceaus, die nur von „Empfangnahme" eines Diktatfriedens sprach, die Folgerung zog, daß nur ein Trifolium von besseren Briefträgern abgeschickt zu werden brauche, und dadurch Herrn Clemenceau nötigte, die Behandlung der Vorlage förmlich anzukündigen. Hoffnungsselige Gemüter glaubten auch in dem Zwist zwischen Orlando und Wilson wegen Fiume etwas Ankergrund zu finden, als ob die Phalanx unserer Gegner gebrochen werden könnte.

Auf all diese dürftigen Frühlingsblümchen fiel ein grausiger Reif, als die schrecklichen Friedensbedingungen bekannt wurden. Orlando war wieder auf dem Schaffott, und Präsident Wilson, der einstige Prophet der Gerechtigkeit und Völkerversöhnung, saß neben dem Henker Clemenceau, der das Todesurteil der deutschen Abordnung aushändigte.

Ein halbes Jahr haben die Gegner gebraucht zur Aufstellung dieses Vernichtungsfriedens. Wir haben geklagt über diese Verschleppung, während der man die Blockade fortbestehen ließ. Die Herren sind aber nicht träge gewesen, und sie wußten, was sie tun wollten. Die 440 Artikel mit ihren vielen und umfangreichen Anhängen bilden ein großes und mühsames Stück Arbeit. In all den Artikeln spürt man das ausgeklügelte Bestreben, das besiegte Deutschland nicht nur wehrlos und arm, sondern auch rechtlos, ehrlos und geradezu unfähig zur Erholung und zum Weiterleben zu machen. Ein so kunstvoller Apparat zur sicheren Vernichtung eines Volkes von 70 Millionen ist in der ganzen Weltgeschichte noch niemals errichtet worden und wird schwerlich auch in Zukunft jemals seinesgleichen finden. Entsetzlich sind die Annexionen, entsetzlich sind die Kontributionen; doch das Allertollste ist die berechnete Lähmung des Wirtschaftslebens. Man fordert von den Deutschen Sklavenarbeit und entzieht zugleich diesem fronenden Volk das Arbeitsgerät und die Nahrung.

Was soll Deutschland verlieren? Zunächst an Land und Bevölkerung Elsaß-Lothringen, das Saarbecken, Oberschlesien, Posen, einen großen Teil von Westpreußen, von Ostpreußen und von Schleswig, auch noch die Kreise Malmedy und Eupen zugunsten von Belgien. Damit würden wenigstens 5 Millionen deutscher Sprach- und Stammesgenossen unter fremde Herrschaft kommen; die Arbeitskraft des überlasteten Deutschland würde wesentlich beschnitten; vorwiegend agrarische Bezirke, die wir zur Volksernährung brauchen, würden uns entzogen. Und geradezu verhängnisvoll wäre die Kohlennot. Wenn die Saarkohle und die oberschlesische Kohle uns geraubt wird, bleibt nur das Ruhrgebiet, das allein für unsern Bedarf nicht ausreichen kann. Nun fordert obendrein noch dieser „Friedensplan", daß wir den Gegnern noch Kohle liefern sollen, nicht weniger als 40 Millionen Tonnen für die ersten Jahre. Wenn das durchginge, so würden im Winter nicht nur zahllose Familien erfrieren, sondern ein großer Teil unserer großen und kleinen Werkstätten würden wegen Mangels an Kohle, Gas und elektrischer Betriebkraft stilliegen müssen.

Wir sollen Arbeit leisten, um die Schuldenlast abzutragen. Zur Arbeit brauchen wir auch Rohstoffe; aber deren



Einfuhr aus dem Auslande wird uns aufs äußerste erschwert und beschnitten. Wir brauchen Transportmittel; aber nachdem die Eisenbahnen schon durch den Waffenstillstand arg gelähmt und die große Handelsflotte uns entzogen ist, will man auch noch die mittleren und kleineren Schiffe bis in die Fischereifahrzeuge hinein teils ganz, teils halb, teils zu einem Viertel uns rauben. An Häfen entzieht man uns Danzig und Memel. Unsere Kolonien, die uns einige Rohstoffe liefern könnten, sollen gänzlich verloren gehen. Die deutschen Kaufleute im Auslande werden in berechneter Weise rechtlos und schutzlos gemacht.

Nicht einmal der binnenländische Verkehr soll die Freiheit der Bewegung und Entwicklung haben. Alle bedeutenden Flußwege werden internationalisiert und die deutschen Eisenbahnen werden unter die allmächtige Kontrolle der feindlichen Mächte gestellt.

Das raffinierte System der „Kontrolle" macht keineswegs auf dem Gebiete des Verkehrs Halt. Die ganze Finanzpolitik vom Reich bis zu den Gemeinden herunter wird unter Zwangsaufsicht gestellt; jeder Steuerzettel unterliegt der Kontrolle ebenso wie der gesamte Handel und Wandel. Deutschland soll kein selbständiges Staatswesen bleiben, sondern auf den Stand einer Kolonie unter Zwangsverwaltung herabgedrückt werden.

Sogar im Auslande, wo man uns sonst nicht gewogen ist, hat man die Anmerkung gemacht, eigentlich dürfe man doch dem Huhn, das die goldenen Eier legen soll, den Hals nicht umdrehen. Die Friedenskünstler der Entente sind über solche hausbackene Weisheit erhaben. Sie wollen systematisch Deutschland lebensunfähig machen und verlangen doch von der ausgeplünderten und gelähmten Nation riesige Kontributionen in Geld oder Waren. Wieviel sollen wir an Entschädigungen zahlen? Man nennt uns keine bestimmte Endsumme, auf die wir uns einrichten könnten. Abschlagszahlungen ins Blaue hinein werden uns vorgeschrieben. In diesem und dem folgenden Jahre 20 Milliarden; für die nächsten Jahre 40 Milliarden, dann noch weitere 40 Milliarden mit „Fortsetzung folgt". 100 Milliarden, das macht nach dem jetzigen Valutastand gegen 300 Milliarden. Ist das menschenmöglich? Sicherlich ist es eine blanke Unmöglichkeit, wenn man uns die erforderlichen Rohstoffe, Verkehrsmittel und Nahrungsstoffe vorenthält und nebenbei auch noch die genügende Anzahl von Ordnungstruppen, so daß die geregelte und ungestörte Arbeit unterbunden wird.

Mit Recht sagte der Ministerpräsident Scheidemann, die vorgelegten Bedingungen seien ein befristetes Todesurteil.

Die Psychologie der Gegner ist nicht leicht zu ergründen. Haß, Rachsucht, Neid und Raubgier sind Triebe, die auch auf der von Menschen bewohnten Oberwelt in Kraft sind. Aber hier liegt eine Ausartung in das Unvernünftige vor, weil der wertvolle Sklave zu Tode gequält, also wertlos gemacht wird. Die aufgepeitschten Volksleidenschaften genügen nicht zur Erklärung; denn die Staatsmänner und Fachmänner, die den Winter hindurch diese 440 Artikel ausbrüteten, haben nicht in aufschäumender Wut gehandelt, sondern in raffinierter Berechnung und zäher Henkersarbeit.

Zur Lösung des Rätsels muß man auf die Furcht zurückgreifen.

Die Franzosen haben bei allen Ausbrüchen ihres Größenwahns doch sichtlich Angst vor einem Angriff des mißhandelten Deutschland. Deshalb konnten sie schon beim Waffenstillstand sich nicht genug tun in militärischen Sicherungen und haben seitdem immer weiter nach Maßregeln geschrien, die Deutschland ganz ohnmächtig machen sollten. Die sicherste Ohnmacht ist der Tod.

Die Engländer fürchten keinen militärischen Angriff, aber den Wettbewerb der Deutschen in der Industrie und im Handel. Sie wollen diesen alten Nebenbuhler auf dem Weltmarkt endgültig beseitigen; um so mehr, da die aufsteigende Konkurrenz Amerikas ihnen Sorge macht. Daher der Raub an den deutschen Handelsschiffen, die Abschnürung Deutschlands vom Weltverkehr und die Lähmung der deutschen Produktion. Wichtiger und wertvoller als die geforderten Milliarden erscheint den Engländern die Beseitigung des deutschen Konkurrenten. Daher die ausgeklügelten Bestimmungen, die uns in den Staatsbankrott und den Zerfall unseres Wirtschaftslebens führen sollen.

Und die Amerikaner? Ja, wo sind die geblieben? Auf dem Schlachtfelde haben sie den Ausschlag gegeben, sie waren die wirklichen Sieger. Aber als der Waffenerfolg errungen war, sind sie in den Hintergrund gedrängt worden. Zu dem Waffenstillstand durfte Wilson noch den Grund legen mit der trügerischen Versicherung, daß seine 14 Punkte bis auf zwei Vorbehalte als Basis beiderseits angenommen seien. Das Weitere besorgte zunächst Foch nach seinem Belieben, und dann ließen Clemenceau und Lloyd George das Monstrum von Friedensbedingungen nach ihrem Rezepte ausarbeiten, ohne sich um Wilsons Programm zu kümmern. Wilson kam erst wieder an die Rampe in dem Zwischenspiel von Fiume, das eine kleinliche Nebensächlichkeit in dem Schicksalsdrama der Welt bildete. Und auch in dieser Einzelheit scheint Wilson nachgeben zu müssen. Derselbe Wilson, der einst der arbiter mundi war und jetzt zum gefügigen Assistenten von Clemenceau und Lloyd George geworden ist.

Was haben wir zu hoffen und zu tun?

Die Person Wilsons hat unser Hoffen bitter enttäuscht. Es bleibt aber noch das Programm Wilsons, das uns einen Rechtstitel gibt, weil es durch die Waffenstillstandsnoten von Anfang November den Charakter eines bindenden Vertrags erhalten hat. Von diesem letzten Rettungsanker hat Graf Brockdorff, der Führer unserer Abordnung, in Versailles sofort Gebrauch gemacht, als er in einer würdigen und klugen Rede (in Vorahnung des überreichten, aber noch nicht gelesenen Dokuments) gegen Vorurteil und Vergewaltigung protestierte und den versprochenen Rechtsfrieden mit Völkerversöhnung forderte.

Die Taktik unserer Diplomaten in Versailles muß offenbar dahin gerichtet sein, daß sie bei den kritischen Bedingungen sowohl die Unmöglichkeit als die Unvereinbarkeit mit den allseitig anerkannten Grundsätzen nachweisen und Gegenvorschläge im Geiste Wilsons aufstellen. Ob sie dabei eine wirksame Hilfe an dem Wilson der bisherigen Selbstverleugnung finden, und ob sie die Gegner zu wesentlichen Milderungen bewegen werden, bleibt freilich zweifelhaft. Die Gegner suchen die Verhandlungen, die sie widerwillig zugestehen mußten, möglichst zu beschränken und insbesondere die mündliche Aussprache zu vermeiden. Trotzdem wird es uns wenigstens möglich sein, den Vertragsbruch in seiner ganzen Häßlichkeit und die geplanten Gewalttaten in ihrer ganzen Verderblichkeit vor aller Welt zu beleuchten. Die Aufklärung und Aufrüttelung der öffentlichen Meinung hat doch vielleicht noch praktische Wirkungen, ehe das Vernichtungswerk vollendet ist.

Der Reichspräsident und die Regierung haben einen Aufruf zur Festigkeit, Ruhe und Eintracht erlassen. In der preußischen Landesversammlung und im Friedensausschusse der Nationalversammlung wurden entsprechende Erklärungen gegen die „unerträglichen und unerfüllbaren" Friedensbedingungen erlassen, und zwar unter Zustimmung aller Parteien, auch der unabhängigen Fraktion. Die Nationalversammlung ist alsbald einberufen worden, und zwar nach Berlin, da sich das unmittelbare Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung jetzt als notwendig erweist, und hat am Montag in einer machtvollen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden feierlichst protestiert.

Aus allen Landesteilen, besonders den bedrohten, treffen flammende Proteste ein, die vielfach ein rückhaltloses Unannehmbar aussprechen. In den amtlichen Kundgebungen hat man das letzte Wort von der Verweigerung der Unterschrift vorläufig vermieden und sich auf die Betonung der Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit beschränkt, um erst die diplomatische Aktion in Versailles sich ungestört entwickeln zu lassen. Darauf sollte auch die öffentliche Meinung trotz aller berechtigten Erregung Rücksicht nehmen. Erst warten wir das Endergebnis von Versailles ab, dann wird nach Abwägung aller Umstände gewissenhaft zu entscheiden sein, ob wir das Joch auf uns nehmen können oder in Passivität die Henker über uns kommen lassen.

Die Unabhängigen hoffen auf die Weltrevolution; die Mehrheitssozialisten erwarten Hilfe von den Sozialisten in Frankreich und England. Letztere protestieren freilich auch gegen Härten in den Friedensbedingungen, aber der Ton ist matter, wie er sein sollte, und die Macht der Arbeiterschaft gegenüber den dortigen Diktatoren ist jetzt nicht stärker wie im Kriege. Trotz der schwachen Aussichten müssen wir freilich alles tun, um den menschlich fühlenden und friedfertig denkenden Elementen in den andern Ländern die Klärung, Sammlung und Geltendmachung zu erleichtern.

Unsere Regierung hat eine Trauerwoche in Deutschland angeordnet. Wie richtig haben diejenigen Volksgenossen gehandelt, die schon den ersten Mai als Buß- und Bettag betrachteten! Die Trauerwoche hilft uns auch nicht vorwärts, wenn nicht im ganzen Volk sich die Erkenntnis durchsetzt, daß jetzt aller Eigennutz, aller Eigensinn, alle Quertreiberei aufhören muß, da nichts Geringeres auf dem Spiele steht, als Sein oder Nichtsein der deutschen Nation.

Die Trennung von Staat und Kirche in der Reichsverfassung.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung zu Weimar hat in Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes die Artikel 30, 30a, 31 und 31a erledigt, welche von Kirche und Schule handeln, und dabei für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen.

Wie bei der Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches standen auch bei der Regelung der Grundrechte hinsichtlich Kirche und Schule die Demokraten mit den Sozialdemokraten beider Richtungen zusammen, so daß die Beschlüsse in allen wesentlichen Punkten ihr Werk sind. Artikel 30 setzt für jeden Bewohner des Reiches „volle Glaubens-, Gesinnungs- und Gedankenfreiheit“ fest. Der Staat läßt es also wie bisher jedem Einwohner frei, ob er etwas glauben und was er glauben will, ob er einer Glaubensgesellschaft und welcher er angehören will, und schließt auch für solche, die einer Religionsgesellschaft angehören, jeden äußeren Zwang zur Durchführung ihrer Glaubensgesetze aus. Nach dem Entwurfe sollte wie in den meisten bisherigen Verfassungen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zugesichert werden; der Begriff der Gewissensfreiheit wurde in der Literatur und Rechtsprechung allerdings verschieden ausgelegt, jedoch ist es zum mindesten sehr fraglich, ob die jetzt gewählte Formulierung „Gesinnungs- und Gedankenfreiheit“ alle Zweifel ausschließt. Jedenfalls soll sie weiter gehen als die bisherige „Gewissensfreiheit“, sie soll, wie es in der neueren Literatur mehrfach vertreten wurde, jede Beeinflussung der Gesinnung und Geistesrichtung der Einwohner in religiösen Dingen seitens des Staates ausschließen. Eine Folge dieses Grundsatzes ist die Bestimmung in Artikel 31a, wonach kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichtes gezwungen werden kann; eine weitere Folge ist, daß auch in den übrigen Unterrichtsgegenständen eine religiöse Beeinflussung dieser Kinder nicht erfolgen darf, d. h. wir bekommen eine, abgesehen vom fakultativen Religionsunterricht, religionslose Schule. Allerdings dürfte bei „voller Gesinnungsfreiheit“ auch keine religionsfeindliche Beeinflussung der Kinder in diesen Schulen erfolgen; ob dies der Fall sein wird, ist nach dem Beispiele von Frankreich sehr zu bezweifeln. Eine weitere Frage ist: soll die festgesetzte volle Gesinnungs- und Gedankenfreiheit nur für das religiöse Gebiet gelten, oder auch für das sittliche, das politische usw., und wenn ja, wie läßt es sich erklären und rechtfertigen, daß nur der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler von jeder Verpflichtung losgelöst wird, nicht aber der übrige Gesinnungsunterricht?

Artikel 30 garantiert ferner allen Einwohnern den staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung. Da nach Artikel 30a die Vereinigung zu Religionsgesellschaften völlig freigegeben ist, ist damit volle Freiheit der Religionsübung im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze gewährleistet. Es entfallen deshalb die Beschränkungen auf bloße Hausandacht oder bloßen Privatgottesdienst, die in verschiedenen deutschen Bundesstaaten bisher bestanden und bereits durch § 1 des sogenannten Toleranzantrages vom 23. November 1900 beseitigt werden sollten. Der staatliche Schutz der Religionsübung bemißt sich nach den besonderen hierfür geltenden oder erfolgenden Bestimmungen, z. B. des Reichsstrafgesetzbuches. Eine Folge der Glaubens- und Gesinnungsfreiheit ist, daß im allgemeinen niemand gezwungen ist, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren; eine Ausnahme von dieser Regel besteht aber insofern, als die Behörden das Recht haben, nach der Konfessionszugehörigkeit zu fragen, wenn davon die Erfüllung von Rechten oder die Leistung von Pflichten abhängt oder es sich um eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung handelt. In der weiteren Bestimmung, daß niemand zu einer religiösen Handlung gezwungen werden darf, ist als solche ausdrücklich noch die Benützung einer „religiösen Eidesformel“ genannt; gemeint ist also wohl, daß den Atheisten, wie es bereits 1876 und seitdem öfter beantragt war, die Ablegung eines Eides mit der bloßen Formel „Ich schwöre“ gestattet sein soll. Aber schwören heißt Gott zum Zeugen anrufen, deshalb ist jeder Schwur eine religiöse Handlung, ein Akt der Gottesverehrung, und wenn dabei auf die Atheisten Rücksicht genommen werden soll, so müßte ihnen konsequenterweise der Eid ganz erlassen und durch eine bloße Beteuerung ersetzt werden. Wie frühere Versuche, so kommt auch diese Bestimmung der neuen Reichsverfassung nicht aus dem inneren Widerspruche heraus, der darin besteht, daß der Staat einerseits die Religion als für das bürgerliche Gemeinwesen entbehrlich betrachtet, anderseits aber den Eid als für die bürgerliche Rechtsordnung notwendig anerkennen muß. Dem negativen Satz, daß niemand zu einer religiösen Handlung gezwungen werden darf, hat die neue badische Verfassung (§ 18 Abs. II) zum Schutze der religiös Gesinnten die Bestimmung hinzugefügt, daß auch niemand an der Erfüllung seiner religiösen Pflichten verhindert werden darf. Beides sind an sich selbstverständliche Folgerungen aus dem Grundsatze der Glaubens- und Gesinnungsfreiheit. Wenn man es trotzdem für notwendig erachtet, die erste Folgerung ausdrücklich und bis ins einzelnste festzulegen, so erscheint es bei den heutigen Verhältnissen durchaus nicht überflüssig, auch die den gläubigen Teil der Bevölkerung schützende Folgerung verfassungsmäßig auszusprechen; ein dahingehender Antrag fand aber im Verfassungsausschuß keine Mehrheit.

Im ganzen zielt Artikel 30 auf eine möglichst genaue Festsetzung und restlose Durchführung der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Die Formulierung der einzelnen Bestimmungen läßt dabei erkennen, daß die Mehrheit des Verfassungsausschusses eine Sicherung dieser Freiheiten hauptsächlich zugunsten der Dissidenten für notwendig hielt. Dabei wird aber gern übersehen, daß in verschiedenen kleineren Bundesstaaten die weit zahlreicheren Katholiken ebenfalls erheblichen Einschränkungen unterworfen waren. Nunmehr wird die volle Glaubens- und Religionsfreiheit auch diesen zugute kommen.

Die Bestimmungen des Artikels 30 bedeuten noch keine Trennung von Staat und Kirche. Diese ist erst in dem folgenden Artikel 30a ausgesprochen, der von dem Verfassungsausschuß ganz neu eingefügt wurde. Seine grundlegenden Bestimmungen sind: 1. Es besteht keine Staatskirche. 2. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. 3. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes, insbesondere verleiht sie ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Der erste Satz dieses Trennungsgesetzes, „es besteht keine Staatskirche“, ist aus der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika (Zusatz vom 15. Dezember 1791) herübergenommen, wird aber in der deutschen Verfassung nicht so konsequent durchgeführt wie dort. Er besagt fürs erste, daß keine Religionsgesellschaft aus Staatsmitteln unterhalten werden soll, d. h. daß an keine Religionsgesellschaft freiwillige Zuwendungen aus Staatsmitteln erfolgen sollen. Die staatlichen Kultusbudgets enthielten für die katholische Kirche bisher nur zum geringeren Teile freiwillige Zuwendungen. Zum weitaus größeren Teile handelte es sich um Leistungen, zu denen der Staat verpflichtet war, sei es auf Grund des öffentlichen Rechts, z. B. infolge der Säkularisation durch § 35 des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 (Dotierung der Bistümer und Domkapitel) oder durch Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhle (Bayerisches Konkordat, Zirkumskriptionsbullen für Preußen, Hannover und oberrheinische Kirchenprovinz), sei es auf Grund des Privatrechts, z. B. hinsichtlich der Baulast an den ehemals inkorporierten Kirchen und der Dotation der sogenannten organisierten Pfarreien, welche Verpflichtungen auf dem Vermögen der säkularisierten Klöster ruhten und nunmehr dem Staat als dem Inhaber dieses Vermögens obliegen. Im Absatz V des Artikels 30a ist deshalb ausgesprochen, daß die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden sollen. Bei der derzeitigen Finanzlage des Staates wird das eine schwierige Frage sein; eine Ablösung durch ein entsprechendes Kapital wird kaum möglich sein, man hat deshalb in Württemberg in § 14 der neuen Verfassung eine Abfindung der evangelischen und katholischen Kirche durch eine unveränderliche Geldrente vorgesehen, die unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl beider Kirchen nach ihren bestehenden Bedürfnissen zu bemessen ist; zugleich werden hier die bisher im Eigentum des Staates befindlichen kirchlichen Gebäude und Grundstücke in das Eigentum der Kirchen übertragen. Die in Württemberg gefundene Lösung ist zweifellos ebenso gerecht wie zweckmäßig, und wenn die Grundsätze für die Ablösung, wie es die Verfassung vorsieht, vom Reich aufgestellt werden, sollte das Vorbild von Württemberg

zur allgemeinen Richtschnur genommen werden. Wenn freiwillige Aufwendungen aus staatlichen Mitteln zu religiösen Zwecken ausgeschlossen sind, so sind damit doch nicht, wie in Frankreich solche Leistungen aus anderen öffentlichen Mitteln, z. B. der politischen Gemeinden, verboten; ein derartiges Verbot war im neuen badischen Verfassungsentwurf vorgesehen, wurde aber abgelehnt mit der Begründung, man dürfe doch die Religionsgesellschaften nicht schlechter stellen als Vergnügungs- oder Sportvereine, die aus Kreis- oder Gemeindemitteln Zuschüsse erhalten können.

Daß keine Staatskirche bestehen soll, bedeutet ferner, daß die bisherige Kirchenhoheit des Staates in Wegfall kommt. Es entfällt das jus reformandi des Staates, d. h. sein Recht, zu bestimmen, welche Religionsgesellschaften er zulassen will und unter welchen Voraussetzungen er sie zuläßt. Es wird deshalb die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften ausdrücklich gewährleistet, ebenso unterliegt der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes keinen Beschränkungen. Ferner kommt in Wegfall die bisher vom Staate geübte Aufsicht über die Religionsgesellschaften: es entfällt das landesherrliche oder staatliche Plazet für die Verkündigung kirchlicher Erlasse, es gibt gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden in kirchlichen Angelegenheiten keine Anrufung der Staatsgewalt (recursus ab abusu) mehr. Es entfällt die staatliche Mitwirkung bei Errichtung oder Veränderung von Kirchenämtern, ebenso bei deren Besetzung, so daß hierfür ausschließlich die Bestimmungen des kirchlichen Rechtes gelten: Wahl der Bischöfe durch die Domkapitel ohne Einreichung einer Liste an die Staatsregierung, freie Besetzung der Pfarreien durch den Bischof, soweit nicht Patronatsrechte dritter Personen bestehen usw. Ferner sind beseitigt die staatlichen Bestimmungen über die Ausbildung der Geistlichen, die staatlichen Einschränkungen der Ordensgesellschaften sowie die staatliche Aufsicht über die Verwaltung des kirchlichen Stiftungsvermögens. Die Religionsgesellschaften genießen somit volle Freiheit und Selbständigkeit in der Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten; sie sind dabei nur an die für alle geltenden Gesetze gebunden. Mit der staatlichen Aufsicht kommen aber auch verschiedene Vorrechte in Wegfall, die der Staat bisher den anerkannten Religionsgesellschaften oder einem Teile derselben gewährt hat: es entfällt der besondere Schutz ihres Vermögens, die Hilfe des weltlichen Armes (z. B. in Sachen der religiösen Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen) wird nicht mehr gewährt, ihre Geistlichen gelten nicht mehr als öffentliche Beamte usw.

Eine dritte Wirkung der Trennung pflegt darin zu bestehen, daß die Religionsgesellschaften von den öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Leben ganz oder fast ganz ausgeschlossen werden. Auf dem Gebiete der Ehe und des Begräbniswesens war die Trennung bei uns bisher schon durchgeführt. Welche Wirkungen sie nunmehr auf dem Gebiete der Schule äußern wird, soll in einem eigenen Artikel gezeigt werden; hier sei nur soviel erwähnt, daß die geistliche Schulaufsicht beseitigt wird, daß der Religionsunterricht zwar ordentlicher Lehrgegenstand der öffentlichen Schulen, aber nicht mehr Pflichtfach ist und daß er „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaft" erteilt werden soll; wer über die Einhaltung dieser letzteren Vorschrift zu wachen hat und wer den Religionsunterricht erteilen soll, darüber ist nichts gesagt. Im Gegensatz zu dem Grundsatze der Trennung sollen sodann die theologischen Fakultäten an den Universitäten erhalten bleiben (Artikel 31). Die Seelsorge in den öffentlichen Anstalten soll dadurch ermöglicht werden, daß „soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst besteht", die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen sind; daß dabei jeder Zwang ausgeschlossen sein soll, hat bisher schon gegolten und es war nach der Lage der Dinge kaum notwendig, das eigens zu bemerken. Soweit es sich um gemeindliche Anstalten (Krankenhäuser) handelt, besteht übrigens kein Hindernis, daß die Seelsorge wie bisher durch gemeindlich besoldete Geistliche ausgeübt wird. Der Antrag, die Seelsorge auch in Heer und Marine zuzulassen, wurde im Verfassungsausschusse leider mit Stimmengleichheit abgelehnt. Hoffentlich läßt sich hinsichtlich der Anstalts- und Militärseelsorge in der zweiten Lesung noch eine Verbesserung erzielen. Daß dies unbeschadet der Trennung von Staat und Kirche möglich ist, zeigt das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika: wir haben hier in Heer und Marine von der Union besoldete Geistliche, in den meisten Staaten auch in den öffentlichen Anstalten staatlich besoldete Geistliche.

Ein Einfluß, weniger der Kirchengesellschaften als vielmehr der Religion, zeigt sich sodann in der öffentlichen Beobachtung der Sonntage und christlichen Feiertage: diese sollen, soweit sie bisher staatlich anerkannt waren, auch ferner bestehen bleiben.

Die Trennung von Staat und Kirche kann niemals restlos durchgeführt werden, solange noch ein beträchtlicher Teil der Staatsbürger einer Religionsgesellschaft angehört; ein Mindestmaß von nicht nur tatsächlichen, sondern auch rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Religionsgesellschaften wird immer bestehen. In der Beschränkung auf dieses Mindestmaß liegt letzten Endes das Wesen der Trennung, und die Art und Weise, wie dieses Mindestmaß geregelt wird, pflegt in der Hauptform der Trennung darin zu bestehen, daß alle Religionsgesellschaften gleichmäßig wie beliebige Privatvereine behandelt werden. Dieser Grundsatz ist, wenn auch nicht ganz ausnahmslos, so doch in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durchgeführt. In Deutschland hat man mit gutem Grund sich für eine andere Form entschieden. Man hat sich dem Gedanken nicht verschließen können, daß die Religion im Leben des einzelnen und damit im Leben des Volkes immer noch eine so große Rolle spielt, daß es doch nicht angängig ist, die Religionsgesellschaften unterschiedslos irgendeinem Vergnügungs- oder Sportverein gleichzustellen. Im allgemeinen sollen ja nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften (Orden) die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes erwerben. Aber die großen Religionsgesellschaften, die bisher schon die Rechte einer öffentlichen Körperschaft besaßen, behalten sie ohne weiteres auch in Zukunft, und anderen Religionsgesellschaften sind die gleichen Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestandes und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr für Dauer bieten. Der Hauptvorteil der öffentlichen Körperschaften besteht darin, daß sie des Besteuerungsrechtes fähig sind, und es ist diesen Religionsgesellschaften auch ausdrücklich zugesprochen worden. Das für jedes Steuerrecht notwendige Zwangsmoment wird wie bisher vom Staate geleistet: die Kirchensteuern oder Umlagen sind pflichtgemäß von allen Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft zu entrichten und werden allenfalls durch die staatlichen Organe eingetrieben. Die näheren Bestimmungen darüber hat die Landesgesetzgebung zu treffen. Die Religionsgesellschaften waren bisher schon in stets wachsendem Umfange auf die Besteuerung ihrer Mitglieder angewiesen; wenn nunmehr die staatlichen Verpflichtungen abgelöst werden und den Religionsgesellschaften und kirchlichen Stiftungen ihr Eigentum ausdrücklich gewährleistet wird, könnten sie doch für die Zukunft ohne Besteuerungsrecht ihre Aufgaben sowenig erfüllen wie bisher. Diese Erkenntnis herrschte nicht nur im Verfassungsausschuß zu Weimar, sondern auch in den Verfassungsausschüssen in Württemberg und Baden, die vorher schon den größeren Religionsgesellschaften die Eigenschaft einer öffentlichen Korporation und das Besteuerungsrecht zugesprochen hatten. Wir haben auf diese Weise in Deutschland noch öffentlich-rechtliche Beziehungen zwischen Staat und Kirche, also keine vollständige Trennung wie in den Vereinigten Staaten, sondern eine nur teilweise, wie sie z. B. 1910 in Basel für die reformierte und altkatholische Kirche durchgeführt worden ist.

Nach dem Grundgedanken der Trennung ist die christliche Religion ohne Unterschied des Bekenntnisses für den Staat nur eine Weltanschauung wie die anderen auch. In denjenigen Ländern, in welchen die Religionsgesellschaften sich nur auf Grund des Privatrechtes organisieren können, sind sie an sich schon wie allen anderen Vereinen so auch den anderen Weltanschauungsvereinen gleichgestellt. In Deutschland sollen die größeren Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes sein; damit dies aber nicht als eine Bevorzugung der Religion oder des christlich gesinnten Volksteiles erscheint, hat der Verfassungsausschuß beschlossen, daß den Religionsgesellschaften diejenigen Vereinigungen gleichzustellen sind, welche sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen (z. B. Monistenbund, Gesellschaft für ethische Kultur, Freidenkervereine usw.). Anscheinend ist die Gleichstellung der Weltanschauungsvereine mit den Religionsgesellschaften der Preis, um den für letztere die Eigenschaft einer öffentlichen Korporation erkauft werden mußte.

Bei einer Würdigung des deutschen Trennungsrechtes ist zunächst festzustellen, daß es sich von der gehässigen Kirchenfeind-

lichkeit des französischen fernhält und dem unparteiisch-freiheitlichen Geiste des amerikanischen folgt. Es gibt den Kirchen- und Religionsgesellschaften volle Freiheit und Selbständigkeit in ihren Angelegenheiten und befreit sie damit von längst veralteten Fesseln des Staatskirchentums. Es garantiert den Religionsgesellschaften den Fortbesitz ihres bisherigen Eigentums sowie eine Ablösung der bisherigen staatlichen Verpflichtungen und sichert außerdem ihre Leistungsfähigkeit durch die Beibehaltung der Eigenschaft als öffentliche Körperschaft und des Besteuerungsrechtes. Die Frage der Ablösung enthält zweifellos noch manche Schwierigkeiten, aber bei beiderseitigem guten Willen werden diese, wie das Beispiel Württembergs zeigt, zu überwinden sein. Diesen Vorteilen stehen die allgemeinen Nachteile gegenüber, die sich aus jeder Form der Trennung für das religiöse Leben des Volkes ergeben und die auch bei der deutschen Regelung sich zeigen. Alles in allem wird durch die Reichsverfassung eine Rechtslage geschaffen, auf die sich das Urteil anwenden läßt, das Papst Pius X. in seiner Enzyklika „Gravissimi" vom 10. August 1906 ausgesprochen hat: „Wenn irgendein Staat sich von der Kirche getrennt hat, indem er ihr die Hilfsquelle der allen gemeinsamen Freiheit und die freie Verfügung über ihre Güter gelassen hat, so hat er ohne Zweifel und aus mehr denn einem Grunde ungerecht gehandelt, aber man kann doch nicht behaupten, daß er für die Kirche eine absolut unerträgliche Lage geschaffen hat". Viel wird nun darauf ankommen, wie die in den Grundrechten aufgestellten Grundsätze im einzelnen durch die Reichs- und namentlich durch die Landesgesetzgebung durchgeführt werden. Die neuen Verfassungen von Baden und Württemberg zeigen ja im wesentlichen den gleichen Geist wie die Reichsverfassung und weisen gegenüber letzterer sogar einige Vorzüge auf; in anderen Bundesstaaten aber herrscht ein viel radikalerer Geist, der anscheinend nicht ohne weiteres gewillt ist, die Bestimmungen der Reichsverfassung anzunehmen. Zu der Trennung von Staat und Kirche kommt als deren Folge die Neuregelung der Schulfrage, und die hierfür vorgesehene Lösung schließt noch größere Nachteile und Gefahren für die religiöse Zukunft unseres Volkes in sich als die Trennung von Staat und Kirche.

Der Bolschewismus und seine psychologischen Voraussetzungen.

Von Dr. W. Zapadnik.

Gespannten Blickes sah das deutsche Volk auf das atemraubende Schauspiel des gewaltigen Endringens an der Westfront und achtete nicht des dunklen Gewölkes, das im Osten vor der eben aufgegangenen Friedenssonne heraufzog. Die dumpfen Donner der russischen Revolution schienen in weiter Ferne zu verhallen; um so sicherer fühlte man sich geborgen in unserem dem Siege entgegenschreitenden Vaterlande. Da kam das furchtbare Erwachen des Herbstes 1918. Jeder neue Tag riß ein neues Stück der Binde von den Augen des Volkes. Es suchte Zuflucht in den Armen der Revolution; aber hinter ihr erhob sich riesengroß und drohend der Geist des Bolschewismus. Den einen erschien er als grinsendes Gespenst, das Tod und Verderben vor sich herbreitete, den anderen als Engel der Befreiung aus aller Not des Völkermordens und der Klassenherrschaft.

Das tragische Verhängnis des deutschen Volkes ist es, daß alle seine Teile, gleichviel in welchen politischen Lagern sie stehen, in gleicher Weise von der russischen Fata Morgana genarrt worden sind: denn auf beiden Seiten fehlte und fehlt es unter dem Einfluß des nervenzerstörenden Krieges an der kühlsicheren Beurteilung des Rätsels, das Rußland ist. Aber mehr und mehr tritt das Bedürfnis hervor, den Bolschewismus wissenschaftlich, psychologisch zu erfassen und zu ergründen. Das ist Gewissenspflicht aller Volksgenossen, ob sie nun das neue Evangelium anerkennen oder verwerfen. Auch wir müssen dem russischen Problem ins Weiße des Auges schauen, damit wir dessen wirkliche und vermeintliche Gefahren erkennen. Nur auf der Grundlage gesicherter Erkenntnis unsererseits haben wir das Recht, von den bedingungs- und voraussetzungslosen Anhängern des Bolschewismus gleichfalls ernste Selbstkritik zu verlangen, bevor wir mit ihnen in die Schranken treten.

Was ist Bolschewismus? Bolschewismus ist der mit russischem Geiste und mit russischen Methoden durchgeführte Versuch, den Sozialismus auf dem Wege der Diktatur des Proletariats, also genau nach dem Rezepte des kommunistischen Manifests, zu verwirklichen. Noch niemals im Verlauf der Weltgeschichte ist die Menschheit Zeuge eines in solchen Ausmaßen unternommenen sozialistischen Versuches gewesen. Wir Zeitgenossen, die wir zum ersten Male dieses Schauspiel staunend, hoffend, zweifelnd, ablehnend erleben, besitzen in diesem Fach noch keinerlei Erfahrung und sind infolgedessen leicht der Gefahr ausgesetzt, in der Weise, wie die Verwirklichung des Versuches in Rußland erfolgte, die einzig und allein mögliche Art der Lösung zu erblicken, eine Gefahr, die für gemäßigte und radikale Politiker in gleichem Maße besteht. Will man vom Besonderen zum Allgemeingültigen, von der Schale zum Kern vordringen, so wird es notwendig sein, den marxistischen Kern aus der russischen Schale zu lösen, d. h. an der Hand der gegebenen psychologischen Voraussetzungen den spezifisch russischen, den bolschewistischen Einschlag an dem Unternehmen der Sowjet-Republik festzustellen, wie er sich bei der Masse des Volkes und bei den Führern zeigt.

Das russische Volk stellt sich im Verlauf seiner geschichtlichen Entwicklung als eine ungeheure, ungegliederte Masse von Einzelwesen dar, in welcher der Staatsgedanke sehr wenig und nur so weit entwickelt war, als er in Verbindung stand mit der geheiligten Person des Zaren. Am „Väterchen" Zar hing der russische Bauer mit halb göttlicher, halb kindlicher Verehrung, die durch nichts erschüttert werden konnte, auch nicht durch die ärgsten Bedrückungen von seiten des Grundherrn und des Beamten. Diesen und nur diesen und nicht dem guten Zaren gaben die Bauern Schuld an ihrem Elend. Wäre der Zar nicht von den bösen Beamten in Unkenntnis gehalten über das traurige Los des Volkes, so würde er seinen Kindern sicherlich zu Hilfe eilen, so trösteten sich die leidensgewohnten Muschiks in den Dörfern. Die demokratisch-sozialistische Republik des März 1917 räumte mit dem Zaren auf, zog vor dem einfachen Volke die Kulisse des Staates hinweg und stellte es unvermittelt vor das Antlitz seiner Peiniger und Ausbeuter. Neben den empor-lodernden Klassenhaß trat der immer latent vorhanden gewesene Partikularismus der Regionen und Provinzen, der dem Zentralismus der neuen sozialistischen Machthaber in Petersburg und Moskau schnurstracks zuwiderlief und in den örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten seine üppigsten Blüten trieb. Gerade in einem so zentrifugalen Gefüge, wie das revolutionäre Rußland es darstellt, bedeutete die Schöpfung der lokalen Räte eine ungeheuere Erschwerung für die sozialistische Arbeit der bolschewikischen Staatslenker. Dies zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit in dem Augenblick, als die Lenin und Trotzki die Losung „Nicht mehr niederreißen, sondern aufbauen!" ausgaben. Aufbauen erfordert Arbeit, und Arbeit, beständige disziplinierte Anstrengung, ist dem Russen fremd. Ja, er hat sie hassen gelernt in der jahrhundertelangen Knechtschaft des Frondienstes für den Grundherrn, den Besitzer von so und so viel „Seelen", über die er mit unumschränkter Gewalt gebot. Daher auch die wilden Ausbrüche des Hasses gegenüber den Arbeitsprodukten, den Häusern, Maschinen, Geräten, Pflanzungen; alles fiel der sinnlosen Zerstörungswut der revolutionären Bauern zum Opfer. Die bolschewistische Lehre vom Niederreißen der alten Ordnung und ihrer äußeren Kennzeichen fand im russischen Volk, das den ethischen Wert der Arbeit nicht kennt, eine bereitwillige Aufnahme. Als es aber ans Aufbauen gehen sollte, da versagten die Ortssowjets den Führern die Gefolgschaft, weil sie nicht arbeiten wollten.

Tolstoj hatte mit tiefem Schmerze das Grundübel seines Volkes, die Arbeitsunlust, erkannt und es sich zur Lebensaufgabe gesetzt, durch Lehre und Beispiel die Bauern davon zu überzeugen, daß die körperliche Arbeit etwas Heiliges, den Menschen Adelndes sei, ja daß sie allen sogenannten Kulturgütern und Errungenschaften der Zivilisation überlegen sei. Aber seine Lehre machte auf die Bauern keinen Eindruck und brachte bei den Intellektuellen nur die Wirkung hervor, daß auch sie ihrerseits sich von der Verpflichtung zum geistigen Vorwärtsstreben entbunden fühlten, nachdem sie sich von Tolstoj gerne von der relativen Wertlosigkeit der Kultur hatten überzeugen lassen.

Worin aber Tolstoj mit der allgemeinen Anschauung zusammentraf, das war die im Volk lebendige Ueberzeugung von der geheimnisvollen Macht des einfachen russischen Menschen und der in ihm schlummernden Kräfte; eine Anschauung, die schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts bei den Slawophilen und den Narodniki („Volkstümlern") ihre wissenschaftliche Aus-

prägung gefunden hatte. Auch die altrussische Ueberlieferung der Chroniken läßt diesen Zug zum Volke erkennen: nicht Ritter und Könige stellt das Heldenlied dar, sondern den freien Bauern Ilija von Murom, der für das bedrückte Volk Werke der Befreiung vom Tatarenjoch vollbringt. Diese Grundstimmung findet nun im bolschewistischen Gedankenkreis einen überraschenden Widerhall. Der Aufbau der Räte als der Träger der Gewalt von unten herauf, aus dem Schoße des Volkes, die marxistische Forderung der Diktatur der Massen — zunächst allerdings der Arbeitermassen — wird auf das Bauernproletariat ausgedehnt, das ja in Rußland als Gesamtheit der ländlichen Lohnarbeiter und der „ärmsten Bauern" tatsächlich besteht. So fügte sich die Herrschaft des Volkes, die Demokratie, dem Volksempfinden zwanglos ein. Die Aufgabe der Führer schien sich nur mehr darauf zu beschränken, die aus der geheimnisvollen Tiefe der Massen kommende Stimmung richtig zu deuten und ihr politischen Ausdruck zu verleihen.

Wenden wir uns nun den Führern zu, so finden wir, daß ihr Verhalten gegenüber dem Volke in Wirklichkeit ein ganz anderes ist. Sie sind nicht die Ausleger, sondern die Beherrscher des Volkswillens. Wie ist diese Tatsache zu erklären? Der Bolschewismus ist die Umkehrung des Zarismus. Das russische Volk hat jahrhundertelang unter dem furchtbaren Druck der zarischen Despoten geseufzt; der russische Herr, der „barin", konnte sein Amt des Beherrschers nicht anders denn als Despot ausüben. Die bolschewistischen Führer sind dieser ehrwürdigen Ueberlieferung treu geblieben. Sie bringen die Freiheit im Gewande der Unterdrückung, auch sie fühlen sich noch als „Seelenbesitzer", denen eine unumschränkte Gewalt über die Geister zusteht. Und das Volk der weiten russischen Ebenen fügt sich dem altgewohnten Druck ohne Murren, ja es würde erstaunt und mißtrauisch aufblicken, wenn dem nicht so wäre.

Diese Gewaltsamkeit bei der Verbreitung ihrer Lehre wenden die Verkünder des Bolschewismus nicht nur ihren eigenen Volksgenossen gegenüber an, sondern sie beanspruchen das Recht dazu auch, wenn sie ihre Sendboten über die Grenzen ihres politischen Machtbereichs nach Europa schicken. Hier tritt wieder ein der Psychologie des russischen Geisteslebens eigentümlicher Zug zutage, der Messianismus, die tiefinnere Ueberzeugung von dem Beruf des russischen Volkes, die Welt vom Uebel zu erlösen und ihr das Heil zu bringen. Hatten die Slawophilen unter Chomjakoffs Führung und die Anarchisten um Herzen und Bakunin ihre Sendung als eine europäische betrachtet, so rufen auch Lenin und Trotzki auf der III. Internationale in Moskau dem Weltproletariat zu: „Im Zeichen des Bolschewismus wirst du siegen!" War es vorher die gotterfüllte, im Dulden und Leiden des Uebels beschlossene Religiosität des russischen Bauern gewesen, in deren Nachahmung das Geheimnis der Welterlösung lag, so sollte jetzt der alleinseligmachende sozialistische Kommunismus des Arbeiter- und Bauernproletariers die Menschheit von ihrer Qual befreien. Auch das Christentum war nicht überall ohne Zwang verbreitet worden, der Islam war nicht zurückgeschreckt vor Feuer und Schwert, sollte man da auf die Anwendung von Gewalt verzichten, wenn es galt die neue Religion des Bolschewismus zu verkünden?

Denn nicht bloße Lehrmeinung ist der Bolschewismus seinen russischen Anhängern, sondern ein Glaube, wie denn der Russe leicht geneigt ist, dem religiösen Denken, d. h. dem Glauben, vor dem philosophischen den Vorzug zu geben. So ist ihnen der Marxismus eine Sammlung von Dogmen geworden, um deren richtige Auslegung und unverfälschte Reinhaltung die einzelnen sozialistischen Sekten in Rußland mit mehr aus dem Herzen kommender Leidenschaft als der Denkkraft entstammender Ueberlegung streiten. Daher auch die Heftigkeit der Verfolgung, mit der sich die Bolschewiki gegen ihre Brüder in Marx im Verlaufe der Revolution gewendet haben.

Wo aber das urplötzlich emporlodernde Feuer des Glaubens zu erlöschen, die revolutionäre Energie des Tatwillens zu erliegen drohte — eine Gefahr, welche bei dem kühn anlaufenden aber rasch ermattenden Naturell des Nationalrussen sehr oft eintrat —, da sprang die Zielbewußtheit des jüdischen Denkens und die Zähigkeit des jüdischen Wollens in die Bresche. Dazu wußte der Instinkt der unterdrückten Rasse mit wunderbarem Geschick die verwandten Saiten im Gemüte des zwar rassefremden, aber im Ertragen langer Leiden gleichgestimmten russischen Bruders anzuschlagen und zum revolutionären Kampfe zu stählen. Als furchtbare Waffen in diesem unaufhörlichen unterirdischen Krieg gegen den Staat und seine Organe hatte die jüdische Intelligenz ihre aushöhlende Kritik, ihre immer wieder über sich selbst hinaustreibende Dialektik und ihren über alle Hindernisse hinwegschreitenden Fanatismus einzusetzen.

Wie aber stellte sich die jüdisch-russische Arbeitsgemeinschaft der Bolschewikiführer gegenüber der herrschenden Klasse und ihrer Kultur? Darauf gibt uns der Anarchist Tolstoj die Antwort, dessen verhängnisvollen Einfluß auf die geistigen Schichten Rußlands wir bereits kurz berührten. Er hatte mit seiner Lehre von der Unterwertigkeit der Kultur in ihren Kreisen nur zu willige Schüler gefunden, die jetzt darangingen, die Spitzhacke an den Bau der russischen Kultur zu legen und ihn zu zertrümmern. Und es lag ganz in der Entwicklungsrichtung der Tolstojschen Lehre, wenn die Bolschewiki kein Bedenken trugen, den Wert der geistigen Arbeit demjenigen der körperlichen Betätigung vollständig gleichzusetzen. Die Gleichheit der Klassen sollte herbeigeführt werden nicht durch den Aufstieg des Proletariats, sondern durch das Herabsinken und Herunterzerren des geistigen Arbeiters, dessen kulturschaffende Tätigkeit nach Tolstoj überflüssig und wertlos war. Der Zug ging also auch hier von oben nach unten, genau so wie im wirtschaftlichen Leben das bäuerliche Gemeinwirtschaftssystem des Mir die Leistungen des Tüchtigen und Fleißigen allmählich auf die Ertragsstufe des trägen Gemeindegliedes herabdrückte.

Entfiel aber — schon vor der Revolution — auf geistigem Gebiet der Zwang zu eindringlichem und nachdrücklichem Schaffen, so war jetzt jegliche Hemmung gegen das Phantastentum aufgehoben, so erhob sich der von strenger Selbstkritik ungehinderte Flug der Einbildungskraft in wirklichkeitsferne Höhen und verlor den Zusammenhang mit dem festen Boden der Tatsächlichkeit. Gar mancher der sozialistischen Führer hatte lange Jahre im Gefängnis oder in der Verbannung verbracht und sich in seiner Abgeschiedenheit immer mehr in sein System eingesponnen, ohne die Möglichkeit zu besitzen, an einer lebendigen, praktisch-realen Umwelt sich und seine Gedankengänge orientieren zu können. Wie mächtig mußten auf solche Geister die Theorien des Marxismus wirken, der kühn und gewaltig Forderungen über Forderungen, Folgerungen über Folgerungen türmte, es den Praktikern überlassend, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu suchen. Daß Rußland nicht solche praktische Köpfe, sondern reine Doktrinäre hervorbringen mußte, liegt bei der Eigenart seiner psychologischen Struktur klar zutage.

Gotische Fenster.

Des Münsters Schiffe liegen kühl im Mittagstraum;
Es stämmen rings sich hochgereckt Spitzbogenfenster,
Die Wache stehen um den friedesamen Raum
Und fernehalten, flammenspeerbewehrte Ritter,
Des Himmels Grellheit und der Sonne Goldgeflitter.

Ein weicher Abglanz nur vom blinken Leuchtetag
Wogt durch die farbenlohen Scheiben in die Hallen
Wie müdes Abendrot zu stillem Rosenhag.
Die Leitner, Marmorplatten, zierratreichen Rahmen
Beglänzt ein Blütenhauch von Flieder und Zyklamen.

Das Zwielicht, funkentriefend, rauscht zum Dach empor,
Verströmt auf Streben amethystne Lichtreflexe,
Verblutet sich vor'm herben Vesperbild im Chor.
Und einer alten Doppelfuge Braus und Klingen
Schwebt unter'm Netzgewölb mit weitgedehnten Schwingen.

So hab' um meine Seelenburg ich aufgestellt,
Gleich einem gotisch-feuertrunknen Fensterreigen,
Mir meiner Ideale schmerzbetaute Welt:
Des Alltags Blendwerk und sein heiter lächelnd Winken
Muss vor der Glut des Geistes in das Nichts versinken.

In bunten Tupfen nur des Lebens Widerschein
Verzittert an den Pfeilern ragender Gedanken,
Verlöscht im Gotterleben und im Gottessein.
Im Münster heil'ger Minne sing' ich meine Weisen,
Die mit den Sternen um die ew'ge Schönheit kreisen.

Heinz Göll.



Ein Ausschnitt aus der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft". Kaum hat man jemals in unserem Vaterlande mit solcher Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit sich diesen Besitz und diese Aussicht zu sichern gesucht als in diesen letzten Monaten. Ganz besonders haben die im Dienste der Revolution stehenden Männer es auf die Studierenden abgesehen; sie sollen zum Führertum herangezogen werden. Namentlich hält man für diese Bestrebungen in Bayern die Situation für günstig. Der Sozialdemokratie wurde hier die volle politische Macht abgetreten.

Das höhere Schulwesen wurde in den Strudel des politischen Umsturzes hineingezogen. Ein starker Kampf entstand namentlich zur Zeit der Räterepublik um die Universität. Ein revolutionärer Senat, bestehend zumeist aus einer dem Ganzen gegenüber verschwindenden Gruppe revolutionärer Studenten, erklärte den bisherigen Senat, die Beamten und Professoren für abgesetzt und schloß die Universität. Grundlinien bezeichnen die Richtung, nach welcher die Hochschulen zu revolutionieren seien, damit aus den Klassenhochschulen wirkliche Volkshochschulen würden. „Der politischen Revolution muß eine revolutionäre Umgestaltung des Erziehungs- und Bildungswesens folgen, wenn die Revolution wirklich kulturell fruchtbar werden soll.[1]) Die Gymnasien und ähnlichen Anstalten wollte man, wie es scheint, durch das Rätewesen ersticken. Bisher war an diesen Schulen dem Vorstande der Lehrerrat an die Seite gegeben. Nun wurden eingeführt: 1. Lehrerbeirat (eine Art Betriebsrat), 2. Elternbeirat, 3. eine Lehrervertretung für den Elternbeirat, 4. Schülerrat (genannt Schülerausschuß), 5. Schülervertrauensrat (von den Schülern bestimmte Vertrauensmänner aus dem Lehrerkollegium), 6. Schülerversammlung (Schulgemeinde), 7. der revolutionäre Zentralschülerrat, schließlich 8. tut sich noch auf der „Revolutionäre Lehrerrat".

Die neueste Pädagogik trägt als einen ihrer charakteristischen Züge Verkennung und Mißachtung der bisherigen Bildungs- und Erziehungswerte. In einem Artikel der „Münchener Post" (Nr. 97) aus der Zeit der Zensur des Zentralrates wird „das geistige Niveau der Abiturienten der höheren Lehranstalten als im großen und ganzen erschreckend niedrig" hingestellt. Der Verfasser jener Darlegungen ist der Meinung, daß gute Volksschüler, die noch dazu eine Berufsbildung durchgemacht und eine Fortbildungsschule besucht haben, ein viel geeigneterer Boden für wirklich wissenschaftliche Vorlesungen sein werden, als die bisherigen Universitätsstudenten.

Aufdringlich ist sodann das Bestreben, die religiösen Ideen zu verdrängen und die monistische Weltanschauung zur Herrschaft zu führen, worüber unten weiteres zu sagen ist.

Besonders eifrig treten unter den Reformern hervor Prof. Dr. L. Gurlitt und Dr. Gustav Wyneken.

Gurlitt kam vor wenigen Jahren von Berlin-Teplitz nach München. Er ist bekannt als ein entschiedener Vertreter des Naturalismus in der Erziehung, als ein Lehrer der Emanzipation des Fleisches, in dessen Pädagogik die Verherrlichung des Geschlechtstriebes eine wichtige Rolle spielt. Diese Tatsache findet bei ihm allem Anscheine nach in einem übernormalen persönlichen sexuellen Erleben ihre Erklärung. Gurlitt zeigte sich stetig als ein Kampfpädagoge, der überall, wo er tätig war, gegen alle bestehenden Schulgattungen und deren Vertreter im Streite stand. Nach dem Ausbruche der Revolution stellte er sich, wie er dieses ja „in der Jetztzeit für Pflicht jedermanns" hielt, dem Ministerium für Unterricht und Kultus zur Verfügung und bot zugleich dem Lehrerbeirate für das höhere Schulwesen in Bayern sowie der Vorstandschaft der Standesvereine an den höheren Lehranstalten seine Mitarbeit an. Von den beiden letzten Stellen wurde sein Angebot mit Dank zurückgewiesen. Sogar von dem revolutionären Lehrerrat, der auf sein Betreiben am 11. April ins Leben trat, erhielt er eine einmütige Ablehnung als 1. Vorsitzender. In welcher Beziehung er aber zum genannten Ministerium steht, hat die Oeffentlichkeit nicht sicher erfahren; in einem Aufrufe des Verlags Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin, für die sozialistische pädagogische Zweiwochenschrift „Die Neue Erziehung" ist Gurlitt unterzeichnet „Bayerischer Ministerialdirektor, München". Mit Bestimmtheit kann angenommen werden, daß dieser Mann auf die Neugestaltung der höheren Schulen und der Erziehung ihrer Angehörigen in Bayern keinen geringen Einfluß ausüben möchte. So sind denn auch die „Grundlinien der geplanten Revolutionierung der Hochschulen" von Gurlitt als Vorsitzenden der Gesellschaft für neue Erziehung, Kommissär für Hochschulen unterzeichnet. („Bayer. Kurier" Nr. 100).

Noch ein anderer Mann arbeitet als Führer von ihm ergebenen Jüngern am Umsturz des Unterrichtes und der Erziehung in Bayern. Von der Thüringenschen Regierung von der freien Schulgemeinde Wickersdorf verdrängt, kam Wyneken kurz vor dem Kriege gleichfalls nach München; er ist wie Gurlitt der bisherigen Schulerziehung und der Schule, die nicht nach Wickersdorfer Art arbeitet, selbst höchst feindselig gesinnt. Bekannt ist sein Bestreben, die jungen Leute von Elternhaus und Lehrern zu trennen, um sie dann gänzlich unter seinen Einfluß zu bekommen und für seine Ideen zu gewinnen. Das Zerstörungswerk übte er insbesondere durch die Zeitschrift „Der Anfang". Die Entrüstung und dann auch der Krieg fegten diesen weg. Im „Neuen Anfang" lebte er aber aufs neue auf. (Vergl. Hoffmann, Christliche Jugendkultur oder die freideutsche Wynekens? Donauwörth).

Wyneken ist der Hauptprophet der Theorie von der Selbstbestimmung der Jugend vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit. Ganz anders gestaltet sich sein praktisches Vorgehen. Ellen Key sagte von ihm, er sei ein begabter Despot, er wolle Jünger, nicht Menschen erziehen. Darum kam er noch mit all seinen Freunden in Konflikt. Mit dem Wandervogel führte er einen heftigen Kampf, die freideutsche Jugend zwang ihn, aus ihrer Mitte auszuscheiden; eine nicht geringe Zahl von Pädagogen, die ähnliche Ziele in der Erziehung verfolgten, stehen in Fehde mit ihm, wir nennen Dr. Reisinger und Fr. W. Foerster („Politische Ethik und politische Pädagogik" S. 426 f.). Während des Krieges war auch Wyneken aus der Oeffentlichkeit entwichen, mit der Revolution trat er sofort hervor. Jetzt offenbarte er auch in aller Schärfe seine eigentliche pädagogische Methode: Selbstbestimmung für die Jugend, aber diese Selbstbestimmung muß sich vollziehen in seinem Geiste und Sinne. Schon am 16. November 1918 verkündigte er, man müsse der Jugend auch einmal die Freiheit aufoktroyieren, selbst wenn in ihr gar kein ausgesprochenes Bedürfnis nach dieser Freiheit vorhanden sei. Nach Wynekenschen Grundsätzen mußten an den höheren Lehranstalten Schülerausschüsse gegründet werden, denen die Selbstregierung in vielen Dingen der Schule zugesprochen wurde. („A. R." Nr. 4). Oeffentliche Schülerversammlungen wurden rasch nacheinander in großer Zahl gehalten, in welchen den Jugendlichen die Freiheit in glänzenden Reden dargestellt wurde, die sie nun in Zukunft haben sollten. Wyneken mochte staunen: in München lehnte die größte Zahl der Schüler, teilweise in sehr energischer Weise dieses Wynekensche Geschenk ab. Selbst Mitglieder vom Soldaten- und Arbeiterrat, die in einigen dieser Versammlungen erschienen, konnten es nicht ändern. Unterdessen wurde Wyneken als pädagogischer Berater von Adolf Hoffmann ins Unterrichtsministerium nach Berlin berufen, um auch in Preußen pädagogische Reformen durchzuführen. Er rühmt sich, der Verfasser der bekannten Religionserlasse zu sein; nur hätte er sie gern schärfer gestaltet. Doch bald meldeten die Zeitungen, daß eine anderweitige Verwendung seiner Kraft im Dienste des Staates und der Allgemeinheit vereinbart sei, weil sich gegen seine Wirksamkeit im Unterrichtsministerium eine besonders heftige Opposition geltend mache und man die gegenwärtige gespannte Lage nicht durch öffentliche Kämpfe einer weiteren Belastungsprobe aussetzen wolle. Es war wohl nicht schön von dem preußischen Ministerium, dieses urbi et orbi zu verkündigen. Wyneken wandte sich nun wieder Bayern zu, wo die Menschen nicht so undankbar und unzugänglich sind als im Norden.

In dieser Zeit hatten sich hier mit Billigung des Ministeriums neben den Schülerausschüssen auch Elternräte gebildet. Manche Eltern sind nämlich der allerdings unmodernen Ueberzeugung, für die Erziehung ihrer Kinder nicht nur das Geld beischaffen zu müssen, sondern auch noch ein Wort mitreden zu dürfen. Einzelne Schüler haben indes den Wynekenschen Geist bereits so sehr in sich aufgenommen, daß sie gegen diese Auffassung der Eltern und gegen die Elternwünsche „schärfste

[1]) Sozialistische Vorträge, die im Auditorium Maximum der Universität München von einem Genossen gehalten wurden, bezeichnet man als einen ganz besonderen Erfolg der Revolution.



Opposition" ankündigen. Da mag es ja in der Schule bald traurig aussehen, wenn sie das Kampffeld zwischen Eltern und Söhnen werden wird.

Nun kam in München die zweite Revolution (21. Februar). Unter dem Zwange des Presseausschusses des Zentralrates mußten die bürgerlichen Zeitungen Münchens eine geharnischte Epistel Wynekens an die Studierenden der höheren Lehranstalten bringen, die für die Zukunft ein interessantes Dokument einer „freiheitlichen" Pädagogik sein wird und die zeigt, wie ihr Verfasser die Selbstbestimmung der Jugend versteht. Wyneken klagt die Schüler an, daß sie kein Verständnis für die Revolution und keinen Sinn für die heilige Sache des Volkes hätten, daß sie die ungewöhnlich große Freiheit, welche die Revolution gelassen habe, benutzten, „um dreist, gehässig und höhnisch über die Revolution und ihre führenden Männer abzusprechen — — —." Er fügt die Drohung bei: „Was erreicht ihr damit anders, als daß ihr euch selbst aus der Entwickelung ausschaltet, daß ihr weithin sichtbar euere Unbrauchbarkeit für führende Stellen im Volksleben beweist, und daß ihr das Volk (will heißen: Wyneken und seinen Anhang) geradezu dazu zwingt, schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß ihr, der Nachwuchs des Bürgertums, der jetzt die höheren Bildungsanstalten bevölkert, ersetzt werdet durch eine Schülerschaft aus seinen eigenen Reihen, eine Schülerschaft, von der es erwarten kann, daß sie, wenn sie herangewachsen ist, die neue Ordnung der Dinge verstehen, bejahen und in seinem Sinne verwalten wird." Doch der Mann aus Wickersdorf hat die Hoffnung, daß noch eine „Auslese" der Münchener Studierenden sich bekehren wird; im übrigen erwartet er, daß dem Zustande ein Ende gemacht werde durch Einführung eines Unterrichts über Lehre und Geschichte des Sozialismus.[3])

Damit führt Wyneken eine neue Art Pädagogik in Bayern ein, der man den Namen Erpressungspädagogik geben kann. Sie hat von Charakter, Wert und Heiligkeit innerer Ueberzeugung und Wahrhaftigkeit eigenartige Begriffe! Wenn Wyneken diese Erpressungspädagogik mit der „heiligen Sache des Volkes" rechtfertigen will, so müßte man darin eine gründliche Belehrung dieses Mannes sehen; denn bisher hatten seine Lehren und sein Wirken durchaus keine soziale Richtung und sie standen nur im Dienste seiner Weltanschauung.

Doch hierin erschöpft sich die pädagogische Weisheit Wynekens noch keineswegs. Schon vor der Revolution benützte er in seinem Kampfe gegen Elternhaus und Schule die Denunziation. In dem „Klassenspiegel" des „Anfang" konnten unzufriedene Schüler ihre Lehrer an den Pranger stellen und in Artikeln ihre Eltern dem Gespötte der Kameraden ausliefern. „Der Neue Anfang" setzt diese pädagogische Methode fort. So brachte Wyneken neben der Erpressungspädagogik auch eine Denunziationspädagogik.

Ganz im Geiste dieser Pädagogik liegt es, wenn noch vor Aufrichtung der Räterepublik ein gewisser Theobald Wegele, stud. jur. et rer. pol., München, an die ersten Schriftführer der Schülerausschüsse der bayerischen Lehranstalten einen Fragebogen schickte, der u. a. über folgendes Antwort wünscht: Wie stellen sich die Lehrer zur Revolution? Wie viele Lehrer unterstützen die Bestrebungen der Schüler? Hat sich sonst das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler geändert? Wie nahmen die Schüler die Nachricht auf von der Revolution? Von der Wahl von Ausschüssen? Von dem Attentat auf Eisner? Von der Sprengung des Landtags? Gewann unter den Schülern die Ueberzeugung Raum, daß die Lehrer ihren Einfluß zu gegenrevolutionären Zwecken benützen?

Die Angabe, das Material zu einer Geschichte der Revolution zu benötigen, ist doch nur ein Vorwand und wahrlich das würde eine objektive Geschichte werden, zu der die Unterlage durch Berichterstattung von Schülern über ihre Kameraden und Lehrer gewonnen werden wollte. Eine Gesinnungsschnüffelei in häßlichster Form liegt hier vor. Bisher galt es als höchste Aufgabe der Schule, charaktervolle Männer zu erziehen, da auf solchen die Ehre und die Zukunft des Volkes beruhe. Man hat gesagt, die Schülerausschüsse sollten das Vertrauen zwischen Lehrern und Schülern wiederherstellen und erhalten. Dieses könnte aber nicht mehr vergiftet werden, als wenn der Lehrer das Bewußtsein haben müßte, unter seinen Schülern Denunzianten vor sich zu haben, die seine Worte an irgendeine der Schule feindliche Stelle berichten. Denn es ist männiglich bekannt, wie unzuverlässig die Aussagen junger Leute sind, namentlich dann, wenn sie sich selbst interessiert wähnen. Der Schüler erblicke in dem Lehrer, wurde vielfach erklärt, seinen geborenen Feind. Die Voraussetzung zu einer solchen Annahme war nur in ganz verschwindenden Fällen richtig, in Zukunft aber würde es nicht unberechtigt sein, wenn der Lehrer in dem Schüler seinen aufgehetzten Feind sähe. Wie kann da noch ein Verkehr statthaben, wie er zwischen beiden sein soll? Der Lehrer wird in seinem eigenen Lebensinteresse sich darauf beschränken, die vorgeschriebenen Kenntnisse zu vermitteln. Damit entfällt jede Erziehung, die allerdings auch nach den Anschauungen von Pädagogen wie Gurlitt und Wyneken nicht notwendig ist, wenn nur die jungen Leute in religiöser und sonstiger Hinsicht möglichst radikal werden.

Die dritte Revolution brachte den „Revolutionären Zentralschülerrat", der sicherlich unter Wynekens Einfluß ins Leben trat. Die engere Arbeitsgemeinschaft desselben „erstrebt die Diktatur der Minderheit der Schüler mit revolutionärer sozialistischer Ueberzeugung in den Schulen, entgegen dem im Dünkel oder verwässerten Sozialismus befangenen großen Mehrzahl der Mittelschüler (Zöglingen von höheren Lehranstalten)". Für ihre Aufgaben „setzt sie sich unter Heranziehung des kleinen Kreises revolutionär-sozialistischer Schüler zur Mitarbeit in bewußten Gegensatz zu fast allen Lehrern und Schülern der heutigen Mittelschulen, denen sie offen den Kampf erklärt". (Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Nr. 11.)

Diese modernste Pädagogik sucht naturgemäß den positiven religiösen Unterricht in der Schule zu beseitigen und an seine Stelle die Lehre des Monismus zu setzen. Dem Uneingeweihten mag es auffallen, daß diese Bestrebungen gerade in Bayern, zumeist München, so ungeniert hervortreten. Ein Grund liegt darin, daß die Führer des bayerischen Bauernbundes in die engste Beziehung zu denen der Revolution getreten sind. Damit war der Gegenbewegung viel an Kraft genommen. Einige Momente seien hervorgehoben.

Eine ministerielle Verordnung vom 10. Januar 1919 stellte den freireligiösen Sittenunterricht als „Unterrichtsanstalt" wieder her; ein Erlaß vom 25. des nämlichen Monats befreite die Schüler mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten vom Besuche des Religionsunterrichtes und von der Teilnahme am Schulgottesdienste sowie den übrigen religiösen Betätigungen, zu denen die Schule bisher angeleitet hatte. Diese Lage benützen nun die Freidenkervereine, um mit ihrer Propaganda zur Verdrängung der Religion aus der Jugenderziehung in der Schule einzusetzen. Der Monistenbund insbesondere tritt rührig hervor. So groß auch die Gegensätze bei seinen Angehörigen im einzelnen sind, so besitzt er doch gemeinsame Grundprinzipien, die sich ausschließlich gegen die Offenbarungsreligion richten. Gefordert wird vor allem Verwerfung jeglicher übernatürlicher „Voraussetzung", d. h. Ablehnung der durch das logische Denken verlangten Annahme des persönlichen Gottes und seiner Wirksamkeit; an die Stelle soll treten die „wissenschaftliche Denkweise, daß alles, was ist und geschieht, auf natürliche, diesseitige und erforschbare Ursachen zurückgeführt werden muß", eine „einheitlich wissenschaftlich begründete Weltanschauung und eine auf den Erfahrungen der organischen und sozialen Entwicklung aufzubauende Lebensgestaltung".

Der Monismus verspricht Beseitigung des Dogmas und stellt seinerseits für jedes, das er in der Offenbarungsreligion leugnet, mindestens ein anderes auf. „Die wissenschaftlich begründete Denkweise", welche er in seinen Kundgebungen so aufdringlich in den Vordergrund rückt, ist in Wahrheit nichts weniger als eine solche. Die exakte Wissenschaft vermag ihrer Natur nach gar nicht an die ersten Anfänge der Dinge heranzukommen. Der Substanzbegriff des Monismus, auf dem seine ganze Weltanschauung beruht, setzt voraus, daß die Materie mit Vernunft begabt und von Ewigkeit bewegt sei. Gegen solche Annahmen aber erheben sicher erkannte Naturgesetze Widerspruch. Ehrliche Monisten nehmen deshalb zur Erklärung alles Geschehens Welträtsel an, von denen

[3]) Die Schülerschaften von einer Reihe Münchener höherer Lehranstalten antworteten in einem Offenen Brief an Dr. Wyneken, erklärten in einer Reihe von Punkten dessen Behauptungen als unwahr und bedauerliche Entstellungen und sagten ihm, daß er die bayerischen Verhältnisse gar nicht kenne und daß seine Schlüsse von außerbayerischen Zuständen auf bayerische unzutreffend seien. Die Abschüttelung von dieser Seite in solch' energischer Weise müßte für Dr. Wyneken bitter sein, wenn er nicht an dergleichen Dinge gewöhnt wäre. Nur Wortklauberei ist es, was er hierauf erwiderte.

sie nicht nur das Ignoramus gelten lassen, sondern auch das Ignorabimus hinzufügen, weil sie der Erfahrung, dem vernünftigen Denken und den Resultaten des Experimentes widersprechen. Von dem Bekenntnis zur monistischen Weltanschauung gilt das Wort Paskals: Es ist unglaublich, was man glauben muß, um ungläubig zu sein. Der Monismus enthält bewußt oder unbewußt eine weitgehende Irreführung, namentlich der nicht philosophisch gebildeten Volkskreise.

Der Monistenbund erstrebt nun die Jugenderziehung. Diese aber wird auf jenen Voraussetzungen und daher dem schwankenden Fundamente seiner „wissenschaftlichen Denkweise" aufgebaut. Nach einem in München von Haus zu Haus verteilten Flugblatte will er an der Erhaltung und Ertüchtigung, an der allseitigen Vervollkommnung und geistig-sittlichen Veredlung des Volkes und der Menschheit nach Kräften arbeiten; durch eine solche zielbewußte Erziehung glaubt er, gleiche Hingabe und Begeisterung erwecken zu können, wie „einstens der Ausblick auf Himmelslohn und Höllenstrafen" es tat.

Gurlitt ist es auch, der die Organisation des freireligiösen Sittenunterrichtes in München in die Hand genommen hat, in den alle Eltern ihre Kinder zu schicken eingeladen werden, welche sie im freigeistigen Sinne erziehen lassen wollen. In München besitzt der deutsche Monistenbund die Jugendgruppe „Sonne". Auch diese wendet sich an die Schüler höherer Lehranstalten, um sie für ihre atheistischen Anschauungen zu gewinnen. Zu Vorträgen sollen sie herangezogen werden, und man verspricht, sie in die Entwicklungslehre einzuführen. Nach monistischer Aufmachung aber sucht diese nicht nur den Schöpfer als überflüssig erscheinen zu lassen, sondern sie führt einen direkten Kampf gegen ihn. Der Glaube an die Häckelschen Moneren und den Darwinschen Zufall sind Grunddogmen. Die Rektorate der Schulen werden angegangen, die Ankündigungen und Einladungen des Monistenbundes den Schülern bekannt zu machen. Auch hier kann Gurlitt nicht müßig sein; ein zahlreicher Stab von Gesinnungsgenossen steht ihm zur Seite. So wird zurzeit in Bayerns Hauptstadt ein rücksichtsloser Kampf geführt um die Seelen der Jugend; auch der Ministerpräsident wird als Mitarbeiter bei der ganz radikalen Jugendzeitschrift „Der Föhn" genannt. Unglaube und Freidenkertum suchen den Heranwachsenden ihre Ideen aufzuzwingen. Die Früchte werden sich, wie wir fürchten, bald in der sittlichen Haltung der jungen Generation und weiterhin des Volkes zeigen.

Das Unheil, welches das bisher rühmlichst anerkannte bayerische Unterrichts- und Erziehungswesen erleidet, wird bis an die Wurzel gehen, und wenn nicht bald Hilfe geboten wird, kann die nächste Zukunft den Land und Volk drohenden Schaden kaum mehr wieder gut machen.

Das Judentum im öffentlichen Leben.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Aus unseren bisherigen Darstellungen hat sich in voller Klarheit ergeben, daß ein Teil des modernen Judentums infolge seines sittlichen und physiologischen Niedergangs Eigenschaften für seine Anteilnahme im öffentlichen Leben mitbringt, die auf seine Wirtsvölker erheblich nachteilig wirken. Der moralisch-religiöse und bevölkerungspolitische Niedergang der deutschen Juden, von dem Dr. Theilhaber spricht, im Zusammenhang mit der übergroßen Nervosität und der rastlosen Geschäftigkeit hat dazu beigetragen, einen Radikalismus zu erzeugen, den wir in den Monaten der Revolution am eigenen Leibe mehr als deutlich zu spüren bekamen. Unser gesamtes öffentliches Leben in Wirtschaft — man denke an die judenübersäten Kriegswirtschaften —, in Politik, Presse, Literatur, Kultur ist von modern-jüdischem Geiste durchdrungen und dieser Geist ist für unser deutsches Empfinden, für unsere deutschen seelischen und gemütlichen Eigenschaften kein guter. Auch nicht für unser Wirtschaftsleben. Die Juden haben das kapitalistische Wirtschaftssystem bis auf die Spitze getrieben. Das Prinzip des höchstmöglichen Gewinns war echt jüdischer Grundsatz; deshalb war ihnen der Freihandel ein Dogma und die solidarische Wirtschaftsverfassung ein Greuel. Höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ohne gleichzeitige seelische und kulturelle Vertiefung des Volkes in seiner Arbeit und in seinen Bedürfnissen war den Juden ein Hauptziel, das sie um so eher erreichten, als sie ja die Beherrscher der lukrativsten Wirtschaftszweige sind. Wenn der schrankenlose Erwerbsgeist die tiefere Ursache des Weltkrieges gewesen ist — und wer könnte sich dieser Erkenntnis verschließen —, dann kann der Anteil der Juden hieran nicht geleugnet werden. Man hat davon gesprochen, daß wir den riesigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte zum großen Teile der jüdischen Tatkraft verdanken. Dies muß zugegeben werden. Aber es muß dann auch der Neid, die Eifersucht und der Zorn der anderen Völker, die den Krieg entfachten, auf dasselbe Konto gesetzt werden. Wenn es dem Juden Ballin z. B., einem der ersten Ratgeber des Kaisers, gelang, einen großen Teil der englischen Frachten des Welthandels auf deutsche Schiffe herüberzuziehen, so hat diese Geschäftstätigkeit, die sich noch in tausend anderen Fällen zeigt, mit zur Entzündung des Weltkriegs beigetragen.

Unser ganzes Wirtschaftsleben wäre viel gesünder und solider, wenn nicht jüdische Geschäftsgrundsätze einen so großen Einfluß hätten. Die Skrupellosigkeit ist vielfach leitender Grundsatz. Wie die Kriminalstatistik zeigt, überragen die Juden die Christen in den Delikten des Wuchers, Betruges, der Sonntagsschändung, der Uebertretung gewerbegesetzlicher Bestimmungen, der Nahrungsmittelfälschung usw. Man macht sich keiner unbegründeten Anklage schuldig, wenn man die zahlreichen unreellen Geschäftsmanöver während des Krieges, die Schiebungen, Zurückhaltung der Nahrungsmittel, die Preissteigerung bis ins Aschgraue zum großen Teil der jüdischen Geschäftspraxis zur Last legt. Daß auch christliche Kaufleute ein leichtes Gewissen hatten, ändert nichts an diesen Tatsachen. Die Kriegswirtschaftsgeschichte, wenn eine geschrieben werden sollte, wird ohne Zweifel die fieberhafte Tätigkeit der Juden klar ans Tageslicht fördern, die in der Ausnützung der Konjunkturen und der enormen Bereicherung bestand, während die weniger raffinierten Christen ihre Köpfe vorwiegend draußen auf den Schlachtfeldern hinhalten mußten. Der Tanz ums goldene Kalb, die Sucht nach materiellen Erfolgen um jeden Preis beherrscht das heutige Judentum stärker denn je. Der Erfolg ist vielfach der Anwendung nicht einwandfreier Geschäftsgebarung zuzuschreiben. Ein Beweis für viele. In den pfälzischen Weinstädten haben bekanntlich Dutzende von jüdischen Weinhandlungen ihren Betrieb glatt eingestellt, als seinerzeit das neue Weingesetz mit seinen scharfen Bestimmungen ins Leben trat. Der unreelle Geist im Wirtschaftsleben findet bei den Juden seine Hauptvertreter, jene verderbliche Auffassung, deren Kern darin besteht, daß moralische Grundsätze im Wirtschaftsleben vor der Macht des Erfolges zurücktreten müssen. Das bekannte Buch von Werner Sombart über die Juden im Wirtschaftsleben, das die jüdische Presse totgeschwiegen hat, hat über diesen jüdischen Einfluß ziemlich klaren Wein eingeschenkt.

Die innere Unruhe der modernen Juden, ihr steter Drang nach Neuem, nach Reformen, nach Reklame, nach Umwertung aller Werte, nachdem sie ihre alte Religion und deren strenge Bestimmungen verlassen und keine neue Weltanschauung gefunden haben, dieser Skeptizismus und Kritizismus hat die radikalen Juden auch zu den schlimmsten Feinden des konservativen Staatsgedankens und der positiv christlichen Weltanschauung gemacht. So schrieb das „Berliner Tageblatt" am 8. August 1907: „Wie heute der Gedanke des christlichen Staates, auch in seiner verfeinerten Gestalt, als überwunden zu gelten hat, so ist auch eine Versöhnung der Stände und Parteien um so eher möglich, je mehr die konservativen Rücksichten aus der praktischen Politik ausgeschaltet werden." In ihrer instinktiven Abneigung gegen das Christentum wendet sich namentlich die von Juden geleitete oder beeinflußte Presse bei allen möglichen Anlässen gegen die christlichen Dogmen und die sonstigen Einrichtungen der Kirche. An den hohen Festtagen Weihnachten, Ostern, Pfingsten wird in den Leitartikeln vom Weihnachtsmann, von der winterlichen Schönheit, von der Göttin Ostara, von Mythen und Symbolen geschrieben und das Christentum als überwunden erklärt. Bei der Ueberspannung der Hochschätzung der Wissenschaft und der Anbetung des Erfolges in materieller und wissenschaftlicher Beziehung als dem einzig schätzenswerten Inhalte des Lebens trägt jene Presse sehr oft einen schier unerträglichen Zynismus und Hochmut zur Schau. Der Geschichtsschreiber Treitschke sagt einmal in den „Preußischen Jahrbüchern" (November 1879): „Was jüdische Journalisten in Schmähungen und Witzeleien gegen das Christentum leisten, ist schlechthin empörend und solche Leistungen werden unserem Volke in seiner Sprache als neueste Errungenschaften deutscher Aufklärung feilgeboten." Dabei beansprucht der jüdische Journalismus das Recht der

Zügellosigkeit, namentlich in erotischer Beziehung. Wem diese Behauptung zu kühn erscheint, der möge lesen, wie sich die „Frankfurter Zeitung“ den Geist der Freiheit in der deutschen Literatur und auf der Bühne in der gegenwärtigen Neuordnung der Verhältnisse denkt. Als der unter anderem vom Staatsanwalt wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften vernommene Dramaturg des Düsseldorfer Schauspielhauses, Hans Franck durch unzüchtige Verse starken Widerspruch fand, so daß er infolge der Erregung sogar seitens der Direktion entlassen wurde,[1]) da schrieb die „Frankfurter Zeitung“, die sich als berufenen Anwalt unserer in hohem Maße verjudeten Schauspielerwelt fühlt, in Nr. 297 vom 26. Oktober 1918: „In der Geburtsstadt Heines scheint man noch nicht gehört zu haben, was die Glocke geschlagen hat. Wir wollen es den Herren sagen: Im demokratischen Deutschland wird kein Raum sein für Sittlichkeitsfexe, für Schnüffler, für Denunzianten, für Knebler und Muckermänner! Unser mündig gewordenes Volk will für die Schaffenden freie Bahn und für jeden ihrer ernsthaften Wegbereiter das Recht, künstlerische Absichten respektiert zu sehen! Herrn Francks Sache ist die aller, die für ein neues Deutschland arbeiten.“

Wir wußten schon vor der Revolution, daß das freigeistige Judentum unser Bühnenwesen beherrscht, und mit tiefem Schmerz sah der christlich und deutsch gesinnte Staatsbürger, wie der freche sinnlich-jüdische Geist sich in unheimlicher Weise auf den Brettern des Theaters breit machte. Nun wittert dieses Judentum erst recht Morgenluft; jüdische „Kunst“ soll vollends unsere Bühnen beherrschen; moralische Schranken gehörten ja ohnedies schon in die Rumpelkammer veralteter Anschauungen. Der ungeheure Einfluß, den das Judentum durch seine Presse und seinen Anteil am politischen Leben besitzt, wird leider auch die oben von der „Frankfurter Zeitung“ angedrohten Absichten einer uneingeschränkten Kunstfreiheit verwirklichen lassen, auch wenn sie von Bordelluft durchweht ist. Unter dem Deckmantel der Kunst werden künftig jüdische Literatur und jüdische Theaterstücke sich noch viel größere Freiheiten erlauben als bisher.

[1]) Vgl. „A. R.“ Nr. 46/1918: „Zum Fall „Masken“ am Düsseldorfer Schauspielhaus“.

Vom Büchertisch.

Klara Pölt-Nordheim: Tiroler Nagelen, Erzählungen. Innsbruck, Verlagsanstalt Tyrolia. — Pr. kart. 3,20 M. — „Nagelen“ (Nelken) sind die Volksblumen Tirols. Aus dem Herzen des Tiroler Volkslebens sind diese sehr realistischen G'schichteln herausgewachsen: in urwüchsiger Anschauung, Auffassung, Darstellung, Sprache (Dialekt). — Ob die „Auffassung“ vom lieben Herrgott im Einführungsgedicht der Landessitte, einer hier zweifellos frei-humorvoll zu nehmenden, entspricht, vermag ich nicht zu sagen. Freier Humor durchdringt das Ganze, nicht zügelloser, was ja auch völlig untirolisch wäre. Die Darstellung wirkt durchaus als echt, darum als überzeugend, kraftvoll. Die Sammlung umschließt 28 Einzelstücke. E. M. Hamann.

Beati. Predigten über die acht Seligkeiten. Von J. Kaim, Stadtpfarrer. 8° 106 S. M 2.20. Rottenburg, Bader 1919. Mit herzlichem Freundesgruß lädt Stadtpfarrer Kaim durch vorliegende Gabe die mit ihm 1894 in Rottenburg geweihten Arbeiter im Weinberg des Herrn zur silbernen Jubelfeier ihres Priestertums ein. In sinniger Weise ist diesem Festesgruß eine Reihe Predigten über die acht Seligkeiten angefügt. Der Priester ist ja ganz besonders berufen, dieses Lebensprogramm Jesu in engerer Nachfolge des göttlichen Meisters an sich wahr zu machen; er muß dann unverzagt die Seligkeiten des Herrn predigen auch einer Welt, die vom Geiste Christi weit abgeirrt ist und ihr Glück auf ganz anderen Pfaden sucht. In dem die homiletischen Gaben Kaims auszeichnenden klaren Aufbau und seiner edlen Sprache wird jeweils eine genauere Erklärung der Seligpreisungen des Heilands gegeben, dann wird an praktischen Beispielen ihre Verwirklichung gezeigt. Da die Predigten in den Monaten Juli und August gehalten wurden, wurde das Leben von Heiligen zugrunde gelegt, deren Feste die hl. Kirche in dieser Zeit feiert (Elisabeth von Portugal, Johannes Gualbert, Kaiser Heinrich, Vinzenz von Paula, Maria Magdalena, Ignatius von Loyola, Laurentius und Klara). Diese Predigten sind wie den Priesterjubilaren so allen Mitbrüdern im hl. Priestertum eine willkommene treffliche Gabe. O. Heinz.

Orgelbegleitung zur missa pro defunctis (editio vaticana). Nach den Grundsätzen von Prof. Jos. Renner, ausgearbeitet von seinem Schüler K. Hartmann. Regensburg und Rom 1919, Friedr. Pustet. Der von dem Orgelspiel des bekannten Regensburger Musikers begeisterte Schüler hat diese Begleitung nach den Grundsätzen und unter Billigung seines Lehrers Jos. Renner ausgearbeitet und glaubt dadurch mit vollem Rechte der musica sacra einen kleinen Dienst zu erweisen. Die Arbeit ist in der Tat geeignet, zur Veredelung der Kirchenmusik beizutragen und ein Hinausstreben über routinische Tüchtigkeit zu fördern. O.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Nationaltheater gingen am 30. April auf einen Monat in Ferien. Diese Mitteilung, die in zwölfter Stunde erfolgte, hat das Publikum, das eher an eine Eröffnung des Prinzregententheaters gedacht hätte, überrascht. Der Näherstehende war schon länger von Sorge erfüllt. Der Besuch beider Häuser war zwar immer sehr gut und an rastloser künstlerischer Arbeit hat es nicht gefehlt; durch Sondervorstellungen, umsonst für „Räte“ und billig für „das werktätige Volk“, hat man die Künstler sogar überlastet, aber für das Defizit hat man eben keine Zivilliste mehr ... Ein Kino soll, wie Intendant Schwanneke in einer Vollversammlung der Theatermitglieder mitteilte, dem künstlerischen Unternehmen angegliedert werden, durch dessen Ergebnis das Defizit völlig beseitigt werde. Nach den ausgegebenen Berichten scheinen gegen dieses Projekt vonseiten der Künstlerschaft keinerlei Einwendungen erhoben worden zu sein. Um so schwerere Bedenken hegen die Kunstfreunde. Der Plan stammt aus Wien, dort will Direktor Heine, der als Hofschauspieler in München Steinrücks Vorgänger war, durch Kino und Restauration das ehrwürdige Burgtheater über Wasser halten. Auch dort sind kräftige Proteststimmen laut geworden. Wenn sie in München noch schwach klingen, so liegt das daran, daß es nach dem Sturz der Schreckensherrschaft erst die vitalsten Interessen wahrzunehmen gilt. Durch Verfügung des Finanzministeriums vom 24. April ist bereits genehmigt, daß das Marstallgebäude in ein Lichtspieltheater mit 2160 Plätzen umgewandelt werde. Diese Anordnung des damals amtierenden Banknotenkünstlers bedarf jetzt einer Bestätigung der rechtmäßigen Regierung. Dieselbe hat dadurch Gelegenheit, nachzuprüfen, ob die Verquickung von Kunst und Kintopp einer Kulturstätte würdig ist, die auf anderthalb Jahrhunderte ruhmreicher Traditionen zurückblickt. Gegen die bauliche Veränderung des Marstalles wenden sich auch viele, denen die architektonischen Zeugen einer großen Vergangenheit am Herzen liegen. Es wird Aufgabe der staatlichen Denkmalpflege sein, den klassischen Meisterbau Leo von Klenzes vor „Verschandelung“ zu schützen. In der oben erwähnten Versammlung teilte Herr Schwanneke u. a. mit, daß die Einnahmen des Nationaltheaters sich um 950 000 Mk. vermehrt hätten. Im März seien sogar die höchsten Einnahmen gewesen, die je in einem Monat erreicht worden seien; freilich seien die Ausgaben auch bedeutend gewachsen. 5 Monate gemeinsamen Schaffens hätten bewiesen, daß das Nationaltheater auf genossenschaftlicher Grundlage wohl bestehen könne und in weiter ausbauender Arbeit Besseres denn je leisten werde. Hoffen wir, daß diese optimistischen Anschauungen recht behalten. Wegen Vermehrung des Opernbetriebes werden neue Orchestermitglieder angeworben. Die regelmäßigen Vorstellungen im Prinzregententheater beginnen im Juni. Daß die Lösung der Probleme riesengroß, darüber können und wollen wir uns durch tönende Worte nicht hinwegtäuschen.

Uraufführung in den Kammerspielen. „Der tote Bellmann“, eine wahre Geschichte von Qualle, wurde ohne sonderliche Heftigkeit, aber nachdrücklich abgelehnt. Dieses Stück soll erweisen, daß beim Theater vieles andere mehr Ausschlag gibt, als die Kunst. Das mag als das „wahre“ an der Geschichte gelten. Daß ein sensationell ums Leben gekommener Dichter bessere Aussichten hat, aufgeführt zu werden, als ein lebender unbekannter, mag unter Umständen auch wahr sein. Verleger, die nur auf Gewinn aus sind, deren Frauen und Maitressen, die dank der Macht jener im Theater die ersten Rollen spielen, das sind alles nicht neue, aber nicht unbrauchbare Bühnenfiguren; allein der satirische Schriftsteller, der unter dem Decknamen Qualle sich dramatisch versuchte, vermochte nur blutlose Menschen auf die Bühne zu stellen; eine Charakteristik, die mehr boshaft als humoristisch ist, allein genügt eben nicht. Das Stück beginnt nicht übel als Komödie, wird eine derbe Posse und endigt mit einer Grabbe-Pointe. Scherz, Ironie und tiefere Bedeutung, nur irrt sich der Autor im Ausmaß der „Tiefe“. Die Darstellung hatte manch hübsche Einzelheiten.

Neues Theater. Freytag ist der erste Münchener Bühnenleiter, der des vor Jahresfrist verstorbenen Richard Voß durch die Wiederaufführung eines seiner Stücke gedenkt. Das Drama „Schuldig“ wirkt freilich längst nicht mehr, wie im Jahre 1890. Die Verkettung der Umstände, die zu dem Justizmord führt, erscheint uns heute allzu konstruiert, die Milieukunst durch die Hauptmannschule längst übertroffen und wenn am Ende der schuldlose Zuchthäusler, der seine Frau in schmachvoller Erniedrigung wiederfindet, zum Mörder wird, so empfinden wir diese rasche Tat mehr theatralisch wirksam, als tragisch erschütternd; immerhin zeigt das Werk auch dichterische Züge in dem Wiedererwachen des durch zwanzig Jahre Kerker stumpf Gewordenen, in der Zeichnung des jungen Sohnes, der seine bittere Lebenserfahrung in politischem Radikalismus austobt, in der Tochter, die die Liebe vom Abgrund rettet. Die in den Hauptrollen gut besetzte Aufführung brachte auch diese zarteren Töne zum Erklingen.

Verschiedenes aus aller Welt. Im Berliner Opernhaus wird von manchen — geraucht. Es scheint an energischen Maßnahmen zu

fehlen, um diesen Unfug zu bekämpfen. — Maeterlincks neues Stück „Die Verlobung" hat bei der Uraufführung in **Neuyork** Anerkennung, aber auch Befremden hervorgerufen. Wie im „blauen Vogel" tritt der Held, ein die Liebe suchender Jüngling, eine Fahrt durch Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft an, ohne die Erfüllung seiner Jedale zu finden. — Gemäß einer Anordnung des bayerischen Ministeriums des Innern sollen vom 13—20. Mai in den Theatern nur Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernst dieser schwersten Zeit entsprechen. Auch die anderen deutschen Staaten haben ähnliche Bestimmungen erlassen, welche die bittere Enttäuschung und die Trauer über den uns zugemuteten demütigenden Frieden dokumentieren sollen. — Hans **Pfitzner** beging seinen 50. Geburtstag. Geringere Künstler wurden in friedlichen Zeiten an diesem Lebensabschnitt laut und prunkvoll gefeiert. Jetzt muß ein kurzes Gedenken genügen an den Tondichter, der als Künstler zu den ersten der zeitgenössischen Meister gehört, als Bannerträger des deutschen Idealismus aber an erster Stelle steht.

L. G. **Oberlaender**, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Versailler Friedensvertrags-Entwurf — Die Versklavung des deutschen Volkes — Münchens Schreckenstage, die Wirtschaftsvernichtung — Notstand unserer Industrie.

Die Wucht des niederschmetternden Eindrucks und der Sturm der ungeheuren Entrüstung über den **Versailler Entwurf des Friedensvertrages** hält bei uns auch nach der deutschen Ablehnung an. Dem Wirtschaftschronisten fällt es schwer, das hierin ausgesprochene Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft durch Zerstörung deutscher Arbeit und deutscher Kultur des Näheren zu erläutern. Der Aufruf der deutschen Reichsregierung betont mit Recht die Ententeabsicht „der Zerstückelung und Zerreissung des deutschen Volkes, der Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Sklaverei, der dauernden Fesselung unserer jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente" — ein **Gewaltfriede**, welcher die Unterbindung der Lebensfähigkeit unseres Volkes mit sich bringen müsste. Scheidemanns Wort: Dieser Friedensvertrag bedeutet **die Versklavung des deutschen Volkes**, das befristete Todesurteil, wird in jeder der zahllosen Friedensbedingungen betätigt. Das Ungeheuerliche in diesen durchaus einseitigen Vorschlägen, diktiert trotz Wilsons Völkerbundsideen vom namenlosen franko-britischen Konkurrenzhass, spiegelt sich vornehmlich wieder in den Wirtschaftsforderungen. Die territorialen und finanziellen Klauseln gehen auf die **völlige Verfügungsfreiheit der Entente über die deutsche Finanzwirtschaft**. Unsere Wirtschaftskreise erwarten bei der vollständigen Aussichtslosigkeit der Erfüllung dieser Hunderte von Einzelheiten, von denen jede für sich den Ruin und die Erdrosselung unserer Wirtschaft bedeutet, einen in seiner Tendenz von Grund auf geänderten Friedensabschluss!

Eine allgemeine Nationaltrauer, Börsenschluss für eine Woche kennzeichnen die Welle der Volkserregung. Grosse Schwankungen und Preisabschläge in den **Kriegsanleihen** und am **Devisenmarkt** waren naturgemäss die Folgen, ganz abgesehen von den Nachwirkungen der Unsicherheit unserer innerpolitischen Lage und deren weiteren Entwicklung. Der skandalöse Raubbau an den wirtschaftlichen und finanziellen Kräften Bayerns, namentlich Münchens seitens der landfremden Vollzugsräte während der nunmehr glücklicherweise **weggefegten Räterepublik**, die Folgen der zahlreichen Generalstreiks und Angestelltenbewegungen im ganzen Reiche hatten im übrigen Deutschlands Wirtschaftskraft ohnehin lahmgelegt. Nervosität über die Schreckensherrschaft, welche **Spartakus und Kommunismus in München** ausgeübt haben, vollendet das Bild der wirtschaftlichen Verwüstung der bayerischen Räteregierung, wie dies auch in der Münchener Handelskammer ausführlich dargelegt werden musste. Raub, Plünderung, Produktionsausfall, sinnloses Arbeitsverbot, völlige Lähmung des Wirtschaftslebens durch Postsperre, Stillegung des gesamten Bahnverkehrs, Stornierung von Auftragsbestellung, Unmöglichkeit der Rohstoffbeschaffung und nicht zuletzt die geschäftliche Diskreditierung Münchens sind die Hauptkennzeichen des **Vernichtungswerkes der Spartakusregierung**, von der verschärften Lebensmittelnot ganz abgesehen. Rührigkeit und vermehrte Arbeitsbetätigung in Handel und Gewerbe werden es hoffentlich zuwege bringen, wenigstens einen Teil von alledem in kurzer Zeit wett zu machen. Dringend nötig ist namentlich die Stärkung der deutschen Devisenkurse durch endliche Wiederaufnahme von Warenausfuhr und Arbeitsmehrung auf allen Gebieten! Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben hierbei gleiches Ziel und die gleiche Pflicht: **es geht um die Lebenserhaltung unseres Volkes**, das bei der Undurchsichtigkeit der Entente-Friedensverhandlungen ohnehin geknebelt bleibt. Nach Ueberwindung der dem deutschen Volke aufgezwungenen Arbeitsunlust wird sich auch seine Finanzlage heben. Ob die **einstmals blühende deutsche Volkswirtschaft** jedoch jemals wieder ein für die Weltwirtschaft entscheidender Produktionsfaktor werden wird, muss dahingestellt bleiben. **Unsere Industrie**, einst die blühendste am Erdball, ist aufs schwerste erschüttert. Bestätigt wird dies durch die hohe Zahl von Betrieben, welche mit dauerndem Verlust arbeiten und vor die Frage der Stillegung oder Liquidation, wenn nicht des Konkurses gestellt werden. Die **Sozialisierungsfrage** ist schon dadurch allein ins Hintertreffen gestellt, denn Staat und Gesellschaft haben keinerlei Interesse an der Ueberleitung mit Verlust arbeitender Betriebe in die Gemeinwirtschaft. **Bilanzergebnisse** unserer führenden Grossbanken und Montanunternehmungen, sowie anderer Industriesparten mit durchweg erheblich verminderten Dividendenausschüttungen geben das Exempel auf diese Rechnung.

München. **M. Weber.**

Schluß des redaktionellen Teiles.

Geschäftsjubiläum.

Infolge der Absperrung Münchens erhielten wir leider verspätet Nachricht von dem Jubiläum, welches der Geschäftsteilhaber und Leiter der Herderschen Verlagshandlung, Herr **Philipp Dornreich**, Freiburg, am 23. April cr. begehen konnte. Herr Dornreich sah an diesem Tage auf eine 40jährige Wirksamkeit in dem Welthause Herder zurück. Er wurde am 14. Sept. 1866 zu Unterauurach (bay. Oberfr.) geboren und ging aus bescheidenen Verhältnissen hervor. Unter Benjamin Herder trat er im April 1879 in die Firma ein. Er machte die übliche 6jährige Lehre mit gründlicher Unterweisung in sämtlichen Zweigen des Verlags- und Sortimentsbuchhandels durch. Hieran schloß sich im Herbst 1885 die gutbestandene Einjähr.-Freiw.-Prüfung an. Der Gesichtskreis des Gehilfen wurde erweitert durch Vertretungen in der Leitung der Karlsruher Tochterniederlassung und bei den Inventurarbeiten in Leipzig, durch einen Aufenthalt in Paris und London bei den Firmen Lethielleux und Kegan Paul, wo er einen genauen Einblick in den Betrieb des französischen und des englischen Buchhandels gewann, und namentlich auch durch wiederholte Reisen nach Italien. Im Jahre 1895 wurde er zum Kollektiv-, 1903 zum Einzelprokuristen bestellt und 1913 Teilhaber der Firma. Die Werdejahre des Herderschen Konversations-Lexikons sahen ihn als Leiter und Organisator von dessen technischer Abteilung. Als Präsident des Kath. Kaufm. Vereins „Lätitia", Freiburg, machte er sich in den Jahren 1889/1892 besonders um das kath. Vereinswesen verdient. In seinen Mußestunden beschäftigte er sich gern mit poetischen Gelegenheitsarbeiten. An äußeren Ehrungen ist ihm 1917 vom Kaiser der Rote Adlerorden IV. Kl., vom Großherzog Friedrich II. von Baden das Kriegsverdienstkreuz verliehen worden. Zahlreiche Glückwünsche von Nah und Fern wurden dem Jubilar entboten. Das Haupt des Hauses, Herr Herder, hob bei der Hausfeier insbesondere des Jubilars eisernen Arbeitswillen, seine unversiegliche Arbeitskraft und das selbstlose Interesse, mit dem er seine ungewöhnlichen Gaben in den Dienst des Hauses gestellt und namentlich während der Kriegszeit an dessen Spitze die ganze Last der Verantwortung auf sich genommen, hervor. Ad multos annos!

Wach-Regiment München.

Mit Genehmigung der Regierung wird hier ein Wachregiment zu 5 Bataillonen mit Maschinengewehren, Minenwerfern, Geschützen und Panzerwagen errichtet zur dauernden Gewährleistung der Ordnung in unserer Hauptstadt.

Zum Führer dieses Regiments ernannt, rufe ich Freiwillige al'er Dienstgrade und aller Waffen zum Eintritt auf.

Wer unwandelbar zur Volksregierung steht, wer ein Herz hat für die Not unseres Landes, wer unter vollem Einsatz seiner Person ehrlich mithelfen will, dass die hinter uns liegenden trostlosen Zustände niemals wiederkehren, der melde sich.

Gesinnungslaue, Hetzer, Verräter, warne ich, sich einzuschleichen; bei uns ist kein Boden für volksfeindliche Umtriebe.

Wir wollen eine durch Manneszucht, Ehrgefühl, Kameradschaft und gegenseitiges Vertrauen festgekittete Truppe bilden, unter deren zuverlässigen Schutz unsere Volksregierung ihre schwierigen Aufgaben ungehemmt lösen und jeder Einwohner seinem Tagwerk ruhig nachgehen und nachts sicher ruhen kann.

Wenn später gesicherte Zustände unsere Auflösung oder Ueberführung in die Reichswehr zulassen, dann soll jeder Münchner mit Achtung und Dankbarkeit von uns und unseren Taten sprechen können.

Abzeichen: Münchner Wappen am linken Oberarm.

Bedingungen: Aktive Dienstzeit, körperliche Rüstigkeit, guter Leumund, 14 Tage Probedienstzeit, vierwöchige Kündigung, Gehorsam gegen die militärischen Führer, Anerkennung der Kriegsgesetze, soweit sie noch in Kraft sind.

Gebührnisse: Mobile Löhnung nach dem Dienstgrad, eine Zulage von täglich 3 Mk., Gefahrszulage (bei Kampf), weitere 2 Mk., Zulage für Verheiratete ohne Kinder täglich 1.65 Mk., für jedes weitere Kind 1 Mk., freie Verpflegung (bei Verzicht auf Verpflegung in Natur für Verheiratete ein Verpflegungsgeld von 2.70 Mk., freie Bekleidung und Unterkunft (bei Verheirateten bei Verzicht Mietentschädigung).

Meldungen bei den Polizeiämtern.

Zur Anmeldung geordnete Militärpapiere und neuerstelltes Leumundszeugnis mitbringen.

Färber,
Major z. D. u. Kommandeur des Wach-Regiments.

Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Vermögen	M. ₰
Kassenbestand	1 395 683.86
Guthaben bei Bankhäusern	15 719 925 42
Darlehen gegen Wertpapiere	902 806 57
Wertpapiere	13 748 842.84
Wechsel	5 254 111.87
Verschiedene Debitoren	607 065.20
Hypotheken	582 428 833.61
Hypothekarische Kriegs-Darlehen	51 800.—
Hypotheken-Zinsen und -Annuitäten	8 070 514 91
Grundstücke	2 180 000.—
	630 854 532.82

Verbindlichkeiten	M. ₰
Aktienkapital	31 500 000.—
Reserven	11 000 000.—
Prämien-Reserve	2 608 944.89
Rückstellung für Talonsteuer	368 826.74
Rückstellung für Zinsentschädigungen	645 282.85
Verschiedene Kreditoren	5 124 388.04
Pfandbriefe	563 591 500.—
Pfandbrief-Zinsen	7 111 141.69
Noch nicht erhobene Dividende	54 465.—
Ueberschuß	3 855 084.21
	630 854 532.82

Meiningen, den 1. März 1919.

Deutsche Hypothekenbank.
Paulsen. Hartmann. Dr. Rede.

Bayerische Handelsbank.

Bilanz für den 31. Dezember 1918.

Aktiva.		ℳ ₰
Barbestand, fremde Geldsorten, Zins- und Gewinnanteilscheine sowie Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, Barbestand der Lagerhausabteilung		17,192,528.95
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		354,931,580.44
Eigene Guthaben bei Banken und Bankfirmen		8,133,528.18
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		515,032.49
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		4,225.34
Vorschüsse der Lagerhausabteilung		221,440.39
Eigene Wertpapiere		16,266,414.78
Gemeinschaftsbeteiligungen		2.627.383.18
Debitoren in laufender Rechnung		87,652,914.77
Bürgschaftsdebitoren	ℳ 19,511,479.78	
Hypotheken- und Kommunaldarlehen:		
Hypothekarische Darlehen } sämtlich in die		443.649.053.89
Kommunaldarlehen } Register eingetragen		20.243 237.17
Bankgebäude		5,243,930.94
Anwesen „Börsenbasar" München		2,676,455.42
Grundstücke und Gebäude der Lagerhausabteilung		567,236.48
Sonstiger Grundstücksbesitz		523,261.01
Rückstände der Hypothekenabteilung		1,001.800.32
Wertpapiere der Hypothekenabteilung		1,807,062.10
Reichsstempel, von der Hypothekenabteilung vorausbezahlt		14 875.—
Vortragskonto der Hypothekenabteilung		1.679.095.96
		964,951,056.81

Passiva.		ℳ ₰
Aktienkapital		44,500,000.—
Reservefonds	ℳ 11,413,505.80	
Rücklagen der Hypothekenabteilung	„ 2.385.873.19	13,799,378.99
Rücklage für Zinsbogensteuer		491,720.30
Rücklage für besondere Wohlfahrtszwecke		160 000.—
Kreditoren		430.902.921.19
Akzepte und Schecks		7,229,984.—
Bürgschaftsverpflichtungen	ℳ 19,511,479.78	
Hypothekenpfandbriefe im Umlauf		443,406,300.—
Verloste, noch nicht eingelöste Pfandbriefe		68,700.—
Kommunalschuldverschreibungen im Umlauf		17,088,900.—
Verloste, noch nicht eingelöste Kommunalschuldverschreibungen		3,500.—
Unerhobene Gewinnanteilscheine		25,409.50
Unerhobene Zinsscheine		2,617,550.75
Reingewinn		4,656,692.08
		964,951,056.81

Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. Dezember 1918.

Soll.	ℳ ₰
Unkosten	5,623,268.06
Reingewinn	4,656,692.08
	10,279,960.14

Haben.	ℳ ₰
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1917	353,621.25
Wechsel und Zinsen	5,060,271.73
Wertpapier- und Gemeinschaftsgeschäfte	1,417.508 40
Provisionen	1,367,601.05
Gewinne aus Sorten und Zins- und Gewinnanteilscheinen	114,037.36
Erträgnis der Hypothekenabteilung	1,861,016.60
Erträgnis der Lagerhausabteilung	105,903.75
	10.279,960.14

München, den 24. April 1919.

Die Direktion.

Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

A. Aktiva.	ℳ	₰
1. Einlageverpflichtung der Aktionäre	15,428,571	43
2. Grundbesitz	1,939.000	—
3. Hypotheken	43,696,650	—
4. Wertpapiere	14,892,033	—
5. Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen	6,189,796	50
6. Guthaben bei Bankhäusern und Versicherungsunternehmungen	222,897	55
7. Gestundete Prämien	1,704,471	89
8. Rückständige Zinsen und Mieten	156,479	13
9. Ausstände bei Generalagenten und Agenten	1,016,611	35
10. Barer Kassenbestand	376,058	70
11. Sonstige Aktiva	615.050	—
Gesamtbetrag	86,237,619	55

B. Passiva.	ℳ	₰
1. Aktien- oder Garantiekapital	17,142,857	14
2. Reservefonds	1,714,285	71
3. Prämienreserven und Prämienüberträge	51,057,556	06
4. Reserven für schwebende Versicherungsfälle	2,294,704	22
5. Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung	3,976,286	70
6. Sonstige Reserven	4,851,352	69
7. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	1,311,868	23
8. Barkautionen	85,031	78
9. Sonstige Passiva	2,782,123	82
10. Gewinn	1,021,553	20
Gesamtbetrag	86,237,619	55

Die **Garantiemittel** der Gesellschaft stellen sich wie folgt:

Grundkapital	M.	**17,142,857.14**
Kapital- und ausserordentliche Reserven	„	**4,964,285.71**
Prämien-Reserven und Ueberträge	„	**51,057,556.06**
Sonstige Reserven	„	**5,577,639.39**
Vortrag auf neue Rechnung	„	**289,657.33**
Garantiemittel zusammen	M.	**79,031,995.63**

Bilanz per 31. Dezember 1918

Aktiva. **Passiva.**

Aktiva	M	Pf	Passiva		M	Pf
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (München Dachauer Anlagen)	1 969 302	11	Aktienkapital-Konto		1 200 000	—
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (Olchinger Anlagen)	704 628	14	Reserve-Konto		1 200 000	—
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (Pasinger Anlagen)	885 273	37	Spezial-Reserve-Konto A		272 374	48
Haus Konto (Residenzstrasse)	753 139	04	„ „ „ B		300 000	—
Kommandit-Kapitalkonto	400 000	—	Hypotheken-Konto		3 264 113	82
Debitoren-Konto	3 725 025	81	Hypotheken-Stückzinsen-Konto		28 740	36
Aval Debitoren	15 000	—	Kreditoren-Konto		2 971 209	95
Inventuren	1 798 049	66	Guthaben der Wohltahrtseinrichtungen		102 126	32
Wechsel-Konto	143 118	58	Delkredere-Konto		62 065	67
Kassa-Konto	15 064	11	Aval-Verpflichtung		15 000	—
			Dividenden-Kupon-Konto		1 150	—
			Gewinn- und Verlust-Konto	M 936 546.12		
			Gewinn-Vortrag	„ 55 274 10	991 820	22
	10 408 600	82			10 408 600	82

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918

Soll. **Haben.**

Soll	M	Pf	Haben	M	Pf
An Zinsen-Konto	95 617	04	Per Vortrag vom Vorjahre	55 274	10
„ Steuern- und Abgabenkonto	122 110	68	„ Mieterträgnis-Konto	76 760	24
„ Assekuranz-Konto	101 271	69	„ Konto pro Dubiosa	5 109	55
„ Beiträgen zur Berufsgenossenschaft	40 783	42	„ Betriebs-Konto	1 576 053	40
„ Beiträgen zugunsten der Arbeiter und deren Kassen	34 920	74			
„ Beiträgen zum Beamtenpensionsverein	3 837	67			
„ Lasten- u. Zinsen-Konto (Haus Residenzstrasse)	32 465	65			
„ Abschreibungen	290 370	18			
„ Bilanz-Konto	991 820	22			
	1 713 197	29		1 713 197	29

In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende aus dem Jahre 1918 für unsere 1200 Aktien auf Mk. 210.— für eine Aktie genehmigt, wonach die beiden Dividendenabschnitte 102 und 103 bei den Herren **Merck, Finck & Co.** erhoben werden können.

München, 24. April 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Statt jeder besonderen Mitteilung.



Heute am Abend ihres 52. Geburtstages verschied nach kurzem, sehr schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten meine inniggeliebte Frau, die treue Gefährtin meines Lebens, unsere liebe Tochter und Schwester

Frau Lili Porsch,

geb. Müller-Netscher.

In tiefstem Schmerze

Dr. Felix Porsch,
Geheimer Justizrat.

Breslau, den 4. Mai 1919.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Dienstag, den 20. Mai 1919,

vormittags 8 Uhr, findet im Bankgebäude, Promenadestraße Nr. 10, Zimmer 37, in Gegenwart des Notars, Herrn Justizrats Oskar Schmidt in München, die

109. öffentliche Verlosung

unserer Pfandbriefe statt.

Die Verlosungsliste wird im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.

Die Zahlung der verlosten und gekündigten Summen wird kosten- und spesenfrei geleistet bei unseren Kassen in München, unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen, den sämtlichen Niederlassungen der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., unseren Kommanditen: Karl Schmidt in Hof a. S. mit Niederlassungen und Nikolaus Stark in Abensberg, ferner bei der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Niederlassungen, den Filialen der Bayerischen Notenbank und ihrer Agentur in Lindau, bei den Bankhäusern, Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart und Anton Kohn in Nürnberg der Dresdner Bank in Dresden, der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und der Deutschen Bank Filiale Leipzig.

Verlosungslisten sind bei allen vorbenannten Zahlstellen unentgeltlich zu haben.

München, im Mai 1919

Die Bank-Direktion.

Weingroßhandlung
August Müller, Hoflieferant, Fulda
beeidigter Messwein-Lieferant
Messweine, Tischweine
in allen Preislagen. Preisliste gratis.

Viele vermögende Damen wollen sich schnellstens glücklich **verheiraten.** Herren, auch ohne Vermög., erhalten sof. Ausk. durch **Concordia, Berlin O 34.**

Geld gegen monatliche Rückzhlg. verleiht **R. Calderarow, Hamburg 5. Tüchtige Vermittler gesucht.**

Suchen Sie einen

literar. Berater,

so bestellen Sie bei Ihrer Postanstalt oder Buchhandlung das altbekannte Literaturblatt „Liter. Handweiser" (viertelj. ℳ 2.50). Dieser kleine Aufwand entschädigt bei Bücheranschaffungen vielfach und bringt Anregung u. Belehrung in reichstem Maße.

Soeben erschien unter dem Motto: „Damit sie alle **eins** seien . . ."

Hervorragende Neuheit
für den Herz-Jesu-Monat!

Herz Jesu, unsere Hoffnung
oder
Schatzkammer
des heiligsten Herzens Jesu.
Herz-Jesu-Gebet- u. Gesangbuch

enthaltend:
33 Betrachtungen nebst allen Andachtsübungen u. 33 Liedern zu Ehren des heiligsten Herzens Jesu, 5 Meßandachten, 1 Schulmesse, Beichtandacht mit ausführlichem Beichtspiegel. 5 Kommunionandachten, Gebeten, Andachten und Litaneien für das ganze Kirchenjahr.

Mit kirchlicher Druckerlaubnis herausgegeben von
Pfr. Ad. Pitynek.

Druck u. Verlag: **R. Meyer, Ratibor** i. Schles., 1919.
632 Seiten, von **3.50 ℳ** an (Goldschnitt von **4.20 ℳ** an), je nach Ausführung.

Das Vorwort schrieb H. H. P. Lohmeyer S. J.

Aus der Kritik: H. H. Prof. Dr. B. urteilt: „Das Buch ist Ihnen sehr gut geglückt."

H. H. Pfr. G. K. schreibt: . . . Das vollständigste Herz Jesu-Gebet- und Gesangbuch . . . mit schönen Belehrungen und herrlichen, praktischen 33 ausführlichen Betrachtungen, z. B. über Ursprung, Geschichte, Gegenstand, Bild, Segen der Herz-Jesu-Verehrung oder über Herz-Jesu-Liebe, unsere Gegenliebe, Sühne, Familie, Familienweihe, Kirchenjahr, Deutschland, Protestantismus, Revolution . . . passend für das ganze Kirchenjahr, besonders als Geschenk für Erstkommunikanten, Braut-, Eheleute u. s. w. sehr empfehlenswert.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank
Aktien-Gesellschaft Berlin.

Lebens-, Kinderlebens-, Alters- und Aussteuerversicherung

Billige Prämien! Hohe Dividenden!

Mitarbeiter stets gesucht.

Auskunft durch **Subdirektor Karl Reinecke**
München, Herzogstr. 61/62, Telefon-Ruf 33490.

Dresdner Bank Filiale München
München, Promenadeplatz 6.
Hauptsitze: Dresden-Berlin.

Aktienkapital und Reserven
340 Millionen Mark.

Entgegennahme und Verwaltung offener Depots.

Aufbewahrung geschlossener Depots.

Vermietung von Schrankfächern.

Entgegennahme von Bareinlagen,

— täglich abhebbar, auf feste Verfallzeiten oder gegen Kündigung — zur Verzinsung.

Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Gedruckte Bestimmungen über den Geschäftsverkehr werden auf Wunsch zugesandt oder an unseren Schaltern abgegeben. Auch stehen wir zu sonstigen Auskünften jederzeit zur Verfügung.

Die Bank beobachtet über alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Vermögensangelegenheiten ihrer Kunden strengstes Stillschweigen, auch gegenüber den Rentämtern und anderen Behörden.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 21

24. Mai
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Aufruf!

An alle Feldartilleristen!

Auf höheren Befehl

stellt das 7. bayerische Feldartillerie-Regiment 2 Freiwilligen-Batterien und 1 Flack-Batterie auf, die in die Reichswehr übernommen werden. Es gilt, die vom Volke eingesetzte Regierung zu schützen.

Drum herbei, ihr treubewährten Kameraden aus Nah und Fern, meldet Euch umgehend bei der Annahme-Stelle:

München, Max II-Kaserne, Dienstgebäude
Barbarastrasse, Zimmer 24.

Gebührnisse und Bedingungen der Reichswehr. Neuerstellte Leumundzeugnisse mitbringen. Reisekosten werden ersetzt.

MUENCHEN im Mai 1919.

7. Feldartillerie-Regiment.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 96 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

№ 21. München, 24. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D.
Dr. Georg Mayr, Tutzing.

I.

Die Volkswirtschaft ist ein gesellschaftlicher Organismus, der durch den im Strom der Zeit fortdauernd sich erneuenden Zugang verhältnismäßig kurzfristig wirksamer physischer Personen und daneben durch die Mitwirkung einer verhältnismäßig kleinen Zahl nichtphysischer zumeist langlebiger Personen privater oder öffentlicher Natur fortdauernd sich erneuert und die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der ihm angehörigen physischen und nichtphysischen Personen in mehr oder minder zutreffender Weise besorgt. Dabei ist die Beteiligung der in die Volkswirtschaft einbezogenen Personen einerseits negativer Art, soweit es sich um den Verbrauch der zur Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Güter handelt, und anderseits positiver Art, soweit die Beschaffung der in Frage stehenden Güter in Betracht kommt. Die negative wirtschaftliche Seite des Verbrauchs tritt bei den nichtphysischen Personen des öffentlichen Rechts, so insbesondere bei dem Staatsverbrauch in voller Verselbständigung in die Erscheinung, während die nichtphysischen Personen privaten Charakters überwiegend Individualbedürfnisse des Zuschusses zum Verbrauch physischer Personen in kollektiver Wirtschaftsform befriedigen. Wirtschaftlich aktiv, d. i. mit Güterbeschaffung, sind alle nichtphysischen Personen zur Gewährleistung der ihnen obliegenden Bedürfnisbefriedigung veranlaßt; bei den öffentlichen Wirtschaften ist der Rückhalt an dem haftenden wirtschaftlichen Privaterfolg gegeben, der bei der jetzt zur Erörterung stehenden Vollsozialisierung sogar bis zur Inanspruchnahme aller privaten Wirtschaftserfolge für die Gesamtheit und die darnach einsetzende gleichmäßige Verbrauchsverteilung sich steigern würde. Von den physischen Personen ist allezeit die Gesamtheit in der negativen Rolle des Verbrauchers, und zwar von der Geburt bis zum Tode — wenn man es genau nimmt, ein wenig schon vor der Geburt und auch noch nach dem Tode — beteiligt, während nur ein Bruchteil — und zwar ein erheblicher — von Leistungsfähigen und Leistungswilligen auch aktiv als Güter beschaffend hervortritt. Zu den wirtschaftlich Aktiven in diesem Sinne gehören nicht die Jüngsten und einigermaßen, wenn auch an Zahl viel geringer, die Aeltesten des Volkes, außerdem waltet in der Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der wirtschaftlichen Aktivität ein erheblicher Unterschied. So grenzt sich die zur wirtschaftlichen Aktivität berufene Menschenmasse nach Alter und Geschlecht ab und außerdem ergibt sich als pathologische Erscheinung der Nichtaktivität auch in den an sich leistungsfähigen Altersklassen die rein passive Stellung der Verarmten oder der heutigen „Erwerbslosen" in erkennbarer Weise. Auf dem Bruchteil der Aktiven beruht außer dem individuellen, privaten, wirtschaftlichen Erfolg für die Volkswirtschaft auch der für diese weiter in Betracht kommende kollektive Wirtschaftserfolg der nichtphysischen öffentlichen wie privaten Wirtschaften. Dieser Wirtschaftserfolg wird für die Gesamtheit der Volkswirtschaft in der Bereitstellung der für diese erforderlichen Gütermassen aller Art bewirkt, sei es durch eigene Gütererzeugung im territorialen Gebiet der Volkswirtschaft selbst, sei es durch Herbeischaffung aus anderen wirtschaftlichen Gebieten, wozu aber die Eigenerzeugung der auf die Dauer nicht zu entbehrenden Darbietungen der Gegenwerte an das Ausland erforderlich ist. Gütererzeugung in der Volkswirtschaft, und zwar nützliche, mannigfaltige und geschickt gehandhabte Gütererzeugung, ist hiernach die Grundbedingung des gesamten Wirtschaftslebens.

Damit eine die kulturelle Weiterentwicklung des Gesellschaftslebens, insbesondere auch Ueberschüsse der Werteerzeugung über den Verbrauch sichernde Gestaltung von Erzeugung und Verbrauch von Gütern gewährleistet sei, bedarf der Drang zum Verbrauch wie die Neigung zur Erzeugung der Güter einer gewissen vorschauenden Regelung. Diese Regelung wird, wie nun einmal die menschliche Natur beschaffen ist, namentlich nach der Richtung einsetzen müssen, daß nicht Uebermaß des Verbrauchs und Untermaß der Erzeugung der Güter eintritt. Dabei ist die Sicherstellung der Gütererzeugung von grundlegender Bedeutung, denn auf die Dauer ist Güterbeschaffung für den Verbrauch in jeder Volkswirtschaft nur durch eigene Gütererzeugung, sei es direkt, sei es vermittelt durch Austausch eigenerzeugter Güterwerte gegen fremderzeugte Güter möglich. Bei individueller ungezügelter Menschenwillkür allein kann eine befriedigende Regelung dieser Art automatisch nicht entstehen. Auch bei weitester Verbrauchs- und Erzeugungsfreiheit muß eine Staatsgewalt vorhanden sein, die dafür Normen des öffentlichen wie des privaten Rechtes setzt. In der Friedenszeit überwiegen dabei weitaus die allgemeinen Normen eines gegen rechtswidrigen Eingriff gesicherten Waltens von Verbrauch und Erzeugung; in der Kriegszeit haben wir eine starke Weiterausbildung durch Rechtsnormen geregelter Erzeugungs- und namentlich Verbrauchsgestaltung kennen gelernt.

Sind es aber nur staatlich formulierte Normen des Rechts, die das Wirtschaftsleben der Menschen im Kulturstaat maßgebend beeinflussen; gibt es nicht noch einen anderen bedeutungsvollen Faktor, der neben dem Recht die individuelle Willkür des einzelnen maßgebend, sei es hemmend, sei es fördernd beeinflußt? Neben der formellen äußerlichen Norm, welche das Recht für das gesamte Gesellschaftsleben der Menschen und damit auch für deren Wirtschaftsleben bildet, waltet, teils der rechtlichen Bindung entsprechend, teils über dieselbe noch hinausgreifend, materiell und innerlich das Gebot der **sittlichen Pflicht**. Nicht alles, was rechtlich nicht verboten ist, darf ohne weiteres auch als sittlich erlaubt angesprochen werden. Ich habe über dieses wichtige Problem vor nahezu zwei Jahrzehnten eine kleine Schrift „Die Pflicht im Wirtschaftsleben", Tübingen 1900, H. Laupp, veröffentlicht. In neuester Zeit ist eine, namentlich auch die einschlagende christliche Moral eingehend behandelnde überaus lesenswerte Schrift des hervorragenden Nationalökonomen Heinrich Pesch S.J. erschienen, die in der Einleitung an die von mir eingeflochtene Bemerkung anknüpft, daß die Frage vielleicht töricht erscheine, ob es im Wirtschaftsleben neben den rechtlichen Verpflichtungen auch sittliche Pflichten gebe. Es sei, bemerkte ich in meiner Schrift, doch nicht abzusehen, warum gerade dieses wichtige Stück des Gesellschaftslebens, das wir Wirtschaftsleben nennen, den Geboten der Sitte nicht unterliegen sollte. Und doch, fuhr ich fort, sei die Frage nicht überflüssig; wir sähen, wie die Anhänger materialistischer Auffassung und die Bewunderer namentlich der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen in rücksichtslosem Bestreben, jedes Hindernis einer möglichsten Beschleunigung dieser Entwicklung beiseite zu schieben, nicht davor zurückschreckten, den Erwägungen der Sittlichkeit im Rahmen des Wirtschaftslebens keinen Raum zuzugestehen; konnte ich doch zum Beleg den Ausspruch eines damaligen Breslauer Kollegen (Sombart) anführen, der dahin lautete, daß Sittlichkeit auf Kosten des ökonomischen Fortschrittes seines Erachtens der Anfang vom Ende sei. Bei der Abfassung meiner Schrift hatte ich, wie ich

ausdrücklich hervorhob, nicht die Absicht, das ganze Gebiet des Wirtschaftslebens mit der Leuchte der Pflicht zu erhellen. Ich habe damals nur versucht, solches in kurzen Zügen für einige wichtige Fragen des Güterverbrauchs, weiter namentlich der Gütererzeugung und endlich auch der Güterverteilung zu tun. Im allgemeinen haben meine damaligen Anregungen zunächst bei den nationalökonomischen Kollegen wenig Sympathie gefunden. Zwar hat noch in der Zeit des „Obrigkeitsstaates" die Kollektivpflicht des Staates gegenüber den schutzbedürftigen Schichten der Gesellschaft eine fortschreitend vermehrte Betätigung gefunden, wie mit der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung auch in Deutschland ersichtlich geworden ist. Weniger Anerkennung aber hat die wirtschaftliche Individualpflicht der im Wirtschaftsleben Tätigen sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis der Gesetzgebung und Verwaltung bis in die neueste Zeit gefunden. Schon die Kriegszeit hat hier verschiedene Verwirklichungen besonderer, nicht bloß gesetzlich formulierter, sondern darüber hinaus auch als sittlich anerkannter wirtschaftlicher Verpflichtungen gebracht. In besonders ausgesprochener Weise tritt die gleiche Erscheinung jetzt zutage, da es sich darum handelt, in Anpassung an die durch den Kriegsausgang bedingten Verhältnisse eine neue durch die Revolution wesentlich beeinflußte Ordnung der deutschen Volkswirtschaft einzurichten. Nun macht sich in einer von den mich ehemals bekämpfenden nationalökonomischen Kollegen wohl niemals erwarteten Weise das Bedürfnis der grundsätzlichen Anerkennung auch der wirtschaftlichen Individualpflicht geltend. Wie eine Fanfare solcher Kundgebung ertönt der erste Absatz des § 1 des von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung beschlossenen Sozialisierungsgesetzes, der da lautet: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert." Hier haben wir in der neuesten deutschen Reichsgesetzgebung die feierliche Anerkennung der individuellen sittlichen Pflicht im Wirtschaftsleben für den im übrigen der persönlichen Freiheit sich erfreuenden Deutschen.

Aus dem großen Gesamtgebiet des Wirtschaftslebens möchte ich für diesen Aufsatz jene für die Neuordnung des deutschen Wirtschaftslebens besonders bedeutsame aktive Wirtschaftsleistung herausgreifen, die in der Gütererzeugung gegeben ist. Wie steht es bei dieser mit der wirtschaftlichen Pflicht der daran Beteiligten? Dabei ist zunächst die Vorfrage zu beantworten: Wie steht es überhaupt mit der Beteiligung an der Gütererzeugung? Wer ist dabei beteiligt? Daß zu jeder Gütererzeugung Arbeit notwendig ist, liegt auf der Hand. Aber Arbeit allein tut es nicht; neben der Arbeit ist für den, der Gütererzeugung bewirken soll, auch noch Verfügung über die Gütererzeugung ermöglichenden und fördernden Besitz in Gestalt der Naturgabe Boden und des Menschenwerks Kapital als des durch Vorerzeugung gewonnenen Förderungsmittels der Gütererzeugung notwendig. Und schließlich ist noch die wirtschaftende Persönlichkeit des Unternehmers erforderlich, die zielbewußt die Vereinigung dieser drei Produktionsfaktoren oder Produktionselemente, soweit sie nicht über dieselben — was in kleinen Verhältnissen, z. B. beim kleinen Bauern vorkommt — selbst verfügt, durch Heranziehung von Boden-Kapital und Arbeitsnutzung für den in Frage kommenden konkreten Erzeugungsvorgang bewirkt. In der freien Wirtschaft, die neben mäßiger Einschaltung öffentlich-rechtlich geregelter Gütererzeugung heute noch die Grundlage der gesamten Gütererzeugung ist, kommen neben den in mäßiger Zahl vertretenen Gemeinwesen die Tausende der privaten nichtphysischen Personen und die Millionen der physischen als Unternehmer auftretenden Personen in Betracht. Auch bei der äußersten Vollsozialisierung, wie sie am Horizont der gegenwärtigen Revolutionszeit in Gestalt der Ueberführung alles der Gütererzeugung dienenden Besitzes in das Eigentum der Gesellschaft als Gemeineigentum erscheint, verbliebe für die Durchführung jeglicher Produktion im einzelnen immer noch die Notwendigkeit in gewissem Maße abgegrenzter Verfügung eines die Gütererzeugung bewirkenden physischen oder nichtphysischen Unternehmers — und sei dies auch in weitester Erstreckung der Staatsgesamtheit selbst — über konkrete Boden- und Kapitalstücke und über Arbeit gewisser Menge und Art. An eine absolut zentralisierte Einrichtung der Gütererzeugung auch im meistsozialisierten Zukunftsstaat ist wohl nicht zu denken. Alle Bauern, Handwerker und Kleinhändler, sowie alle Darbieter persönlicher Dienstleistungen körperlicher und geistiger Art der Unternehmereigenschaft ganz zu entkleiden und sie zu Staatsbeauftragten der Gütererzeugung umzuwandeln, davon kann wohl niemals die Rede sein. Gewiß wird die Zukunft nach der revolutionären Umgestaltung, die — soweit wirtschaftliche Besonderheiten in Frage kommen — einigermaßen schon durch weitgehende Bindungen der freien Wirtschaft in der Kriegswirtschaft vorbereitet worden ist, gegenüber der durch privatkapitalistische Machtentfaltung gerade in der dem Krieg vorangegangenen Friedenszeit stark beeinflußten Volkswirtschaft wesentliche Verschiebungen in der gesamten Unternehmungsgestaltung der Gütererzeugung aufweisen. Aber neben verstärkter gebundener Wirtschaftsführung von öffentlichen Unternehmungen wird auch in der Zukunft die private Unternehmung im Wirtschaftsleben nach wie vor eine bedeutende Rolle spielen. Dabei wird neben der Verfügung über Bodenstücke auch der Kapitalbesitz als wesentliches Förderungsmittel der Gütererzeugung in Betracht kommen; ein gesunder Kapitalismus, insbesondere auch die Gewährleistung fortlaufender Kapitalkräftigung der nationalen Volkswirtschaft in Verbindung mit sozialpolitisch wohlbehüteter, nationaler Arbeitskraft ist eine wesentliche Voraussetzung unserer erfolgreichen volkswirtschaftlichen in die weltwirtschaftlichen Beziehungen wohl eingefügten Zukunftsentwicklung.

Wir werden es also auch weiterhin mit zahlreichen selbständigen Unternehmern und mit selbständigen Bodenbesitzern, Kapitalisten und Arbeitern zu tun haben. Als Arbeiter kommen nur physische Personen in Betracht; die Ausstrahlung in das nichtphysische Moment findet sich hier in der Heranziehung der kapitalistisch orientierten Arbeitsbeihilfe, die von alters her im Arbeitsgerät aller Art und neuzeitlich besonders in der Maschine gegeben ist. Als Kapitalbesitzer finden wir neben der physischen Unternehmung sehr stark die nichtphysische private Persönlichkeit neben öffentlichen Gemeinwesen beteiligt. Beim Bodenbesitz, dessen ungleiche tatsächliche Verteilung der Oberflächenzuweisung an die einzelnen Besitzer wohl dazu angetan ist, kommunistische Regungen bei solchen zu erwecken, die im übrigen vom Kommunismus weit entfernt sind, wie das schon in der Friedenszeit bei den speziellen Bodenreformern der Fall war, ist namentlich in Deutschland der öffentliche Besitz nicht unerheblich besonders bei Bergwerks- und Forstbesitz vertreten. Und was endlich das Unternehmertum anlangt, so finden wir solches im kleinen vielfach in Personalunion mit Boden-Kapitalbesitz und selbst mit Arbeit, so beim kleinen Bauern, im großen namentlich mit Boden und Kapital, so beim Großgrundbesitz und der Großindustrie. Der reine „Unternehmer" im engsten Sinn, der nur mit fremdem Boden-Kapital und mit Lohnarbeit Güter erzeugt, ist tatsächlich eine Ausnahme; am meisten tritt er in den modernen privatrechtlichen Unternehmungen nichtphysischer Art, so namentlich z. B. in den Aktiengesellschaften zutage.

Bei allen diesen Trägern der Produktionsfaktoren, Boden, Kapital und Arbeit, und allen diesen Unternehmern physischer und nichtphysischer Art — gerade auch bei den letzteren in Gestalt der Verpflichtung ihrer in der Gütererzeugung wirksamen Organe — waltet neben den formellen Bindungen des Rechts für die tatsächliche Ausgestaltung der von ihnen bewirkten Gütererzeugung auch noch die sittliche Pflicht. Erschöpfend dies darzulegen, fehlt hier der Raum. Wohl aber kann an einzelnen Stichproben dies gezeigt werden, sowohl für den Bodenbesitzer, den Kapitalbesitzer und den Arbeiter, als für den Unternehmer, in deren Zusammenwirken die wirtschaftliche Kraft der Volkswirtschaft zum Ausdruck gelangt. Dies soll in aller Kürze im folgenden geschehen.

Der Bodenbesitzer als Eigentümer eines Stückes der Oberfläche der Mutter Erde oder auch von unter der Oberfläche gelagerten mineralischen Schätzen hat nicht bloß im allgemeinen persönliches wirtschaftliches Interesse daran, daß dieser Boden, soweit er nicht unmittelbar der Befriedigung eigener wirtschaftlicher Gebrauchsbedürfnisse dient, zur Gütererzeugung, sei es durch ihn selbst, sei es durch Ueberlassung an andere, verwendet wird. Er hat — und das ist das Korrelat des durch Rechtsordnung ihm gewährten Sondereigentums — weiter auch im Interesse der gesamten nationalen Volkswirtschaft die sittliche Pflicht, daß der zu seiner Verfügung stehende Boden, abgesehen von gerechtfertigtem eigenem Genußverbrauch, der nationalen Gütererzeugung, und zwar möglichst erfolgreich nach Menge und Art der erzeugten Güter gewidmet wird. Diesen Anspruch an den Boden hat im geordneten Staat das Volk in seiner Gesamtheit; denn aus Volk und Boden besteht der Staat.

Die Erfahrung mit einem wenn auch nicht in staatlicher Konzentration so doch kommunal nach slawischer Sitte vergesellschafteten Boden hatte in Rußland noch vor der Erfindung des Bolschewismus gezeigt, daß das in der Kulturwelt bisher weit verbreitete und immer mehr durchgedrungene Prinzip des Sondereigentums in ganz anderer wirksamer Weise die möglichste Nutzbarmachung des Bodens für die Gütererzeugung insbesondere beim Landwirtschaftsbetrieb gewährleistet. Auch kommt gerade bei der bäuerlichen Bodenbenutzung die durch das Sondereigentum am Boden verstärkte Erhaltung der seßhaften Berufstradition wohl in Betracht. Die später wirtschaftlich tätig werdenden Personen kommen ja nicht plötzlich in eine gewissermaßen amorphisch zusammengesetzte Wirtschaftsgesellschaft, sondern zunächst findet ihr Eintritt in das Leben normalerweise in der Familie statt, in der dann auch in ausgiebigem Maße gerade bei der Bodenbebauung die Umstände, unter denen der Bauernsohn zur Welt gekommen ist, häufig selbstverständlich und ganz zweckmäßig seinen eigenen späteren bäuerlichen Beruf bestimmen.

Das Sondereigentum am Boden, das vom kollektiven Gesichtspunkt der gesamten Volkswirtschaft deren Interessen entspricht, ist und bleibt gleichwohl ein individuelles Vorrecht des Bodenbesitzers, das gerade, weil es ein Vorrecht ist, demselben besondere sittliche Pflichten in seinem Verhalten zu seinem Bodenbesitz auferlegt. Dies gilt vor allem von dem Ausmaß derjenigen Bodenflächen, die überhaupt aus dem für weitere Gütererzeugung in Betracht kommenden Boden ganz ausscheiden, also von jenem Boden, der lediglich als Gebrauchsvermögen des Eigentümers nicht zur Produktion, sondern zum eigenen, der Seinigen und gegebenenfalls auch seiner Freunde Genuß bestimmt ist. Für solche Beschlagnahmen von Bodenflächen — von vielleicht an sich sogar sehr fruchtbaren Bodenflächen — für eigene ausgedehnte Wohnbauten mit anschließenden, weithin sich erstreckenden Ziergärten und Parkanlagen gibt es sittliche Grenzen des darin zum Ausdruck gelangenden Luxus, die selbst durch eine hier eingreifende Luxusbesteuerung nicht ganz aus der Welt geschafft werden können. Auch bei der Bodenverwendung zur Gütererzeugung für die Volkswirtschaft kann das, was der Bodenbesitzer dieser schuldet, unerfüllt bleiben. Dieser Fall ist dann gegeben, wenn bei Latifundien große Flächen, die zu intensiver Bodenkultur wohl geeignet wären, der extensiven Wald- und Jagdwirtschaft gewidmet werden. Schon in meiner oben erwähnten kleinen Schrift habe ich es als die schlimmste Verfehlung gegen die wirtschaftliche Pflicht des Bodenbesitzers bezeichnet, wenn er in einer über das Maß eines berechtigten Luxus hinausgehenden Weise Boden, der zu intensiver Produktion geeignet ist, nur extensiv oder fast gar nicht wirtschaftlich nützt, wie es bei dem Ueberwuchern einer irrationellen Latifundienwirtschaft oder bei Umwandlung fruchtbaren Bodens in Jagdgründe gelegentlich als pathologische Erscheinung einer gegebenen Volkswirtschaft beobachtet werden kann. Man wird überhaupt noch weiter gehen und fragen dürfen, ob nicht bei aller Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutsamkeit des Sondereigentums am Boden, einerseits wegen der Förderung des Eigeninteresses der Besitzer an bester Nutzbarmachung für die Gütererzeugung, anderseits sozialpolitisch wegen der sozialen Verankerung des Besitzes im Boden, sei es in einem Schloß, einem Bauernsitz oder einer einfachen Heimstätte, überhaupt zumal im Hinblick auf zunehmende Bevölkerung und das Besiedelungsproblem doch überhaupt eine gewisse Grenze des Besitzes — etwa 2000 oder vielleicht sogar nur 1000 Hektar — nicht überschritten werden sollte. Jedenfalls ist man wohl heute in nationalökonomischen und sozialpolitischen Kreisen wohl darüber einig, daß das sogen. Bauernlegen zur Entwicklung neuen Großgrundbesitzes unbedingt als sittlich verwerflich anzusprechen ist.

Gewaltige wirtschaftliche Verschiebungen und Umwälzungen wie sie Krieg und Revolution gebracht haben, sind Anlaß für verstärktes Empfinden der weitgehenden sittlichen Verpflichtungen der Bodenbesitzer gegenüber der nationalen Volkswirtschaft geworden. Vorab kommt hier die durch die Ernährungsbedürfnisse bedingte Pflicht nicht nur der Produktion, sondern auch der Ablieferung der erzeugten Güter seitens der Landwirte in Betracht, eine bedeutungsvolle Pflicht, die in verschiedener Art, zum Teil selbst mit Anwendung indirekten Produktionszwanges in der Kriegswirtschaft verwirklicht worden ist. Und nach dem Krieg tritt im Zusammenhang mit den allerdings sehr vielgliederigen und vieldeutigen Sozialisierungstendenzen gerade auch dem Bodenbesitz gegenüber und zwar nicht bloß soweit es sich um Bodenschätze im Inneren der Erde handelt, sondern auch gegenüber dem Flächengroßgrundbesitz der Gedanke einer Ueberführung dieses Besitzes sei es in öffentlichen Staats- oder Gemeindebesitz, sei es in privaten Mittel- und Kleinbesitz, als ein neuzeitliches Gesetzgebungsziel stark hervor. Auf die sehr verwickelten Einzelheiten dieses Problems hier einzugehen, muß ich mir versagen; ich muß aber dasselbe wenigstens erwähnen, denn im Untergrund der Strömungen, welche auf Sozialisierung des Großgrundbesitzes abzielen, waltet die mehr und mehr auch in die Gesetzgebungspolitik eindringende Vorstellung von den wirtschaftlichen Sonderpflichten nicht nur des Bodenbesitzers überhaupt, sondern von den weiteren besonderen Pflichten dieser Art, die auf dem Großgrundbesitz lasten und bis zur Hinnahme der Enteignung aus Anlaß der Sozialisierung solchen Grundbesitzes sich steigern können. Sowohl die sozialrevolutionäre Bewegung der Gegenwart wie die vor dem Krieg wirksame sozialreformatorische Bestrebung der Bodenreformer will nichts anderes als was nach Ansicht der Befürworter der Ausschaltung des Sondereigentums von Grund und Boden überhaupt oder — worüber größere Einhelligkeit von Revolution und Reform besteht — doch von übermäßig ausgedehntem Sondereigentum dieser Art, die Herbeiführung eines befriedigenden Zustandes der Bodenbesitzverhältnisse wäre, die als sittlich geboten erscheint, von der freien Willensbetätigung der Beteiligten aber nicht zu erwarten ist.

Wenn das Problem Bodenbesitz und sittliche Pflicht vollständig erörtert werden soll, muß auch die besondere Gestaltung dieser Pflicht für den städtischen Grund- und Hausbesitz behandelt werden. An dieser Stelle bitte ich mit Rücksicht darauf, daß ich aus räumlichen Rücksichten auf Stichproben des Waltens der sittlichen Pflicht im Wirtschaftsleben mich beschränken muß, davon absehen zu dürfen, obwohl gerade auch hier bei dem Ausblick auf die Versuche, der materiellen sittlichen Pflicht gelegentlich auch noch die Stütze der formellen rechtlichen Norm zu geben, manche bedeutungsvolle Verwachsung wirtschafts- und sozialpolitischer Bestrebungen aufzuzeigen wäre.

Endlich sei abschließend über die sittliche Pflicht der Bodenbesitzer noch hervorgehoben, daß sie nicht nur den Boden mit den vorbezeichneten Ausnahmen für die gesamte volkswirtschaftliche Gütererzeugung zur Verfügung zu stellen und dabei gegebenenfalls zugleich als Unternehmer aktiv einzugreifen haben, sondern daß sie auch, soweit ihr eigenes Eingreifen dabei in Betracht kommt, verpflichtet sind dafür zu sorgen, daß die erzeugten Güter nach Menge und Art den günstigsten Produktionserfolg darstellen. Damit aber wird die Aufmerksamkeit auf denjenigen Bodenbesitz gelenkt, der vom Besitzer in eigener wirtschaftlicher Unternehmung genutzt wird; von den Pflichten des Unternehmers aber wird unten noch besonders die Rede sein. Nur da, wo es sich um Hingabe der Bodennutzung an einen andern handelt, könnte allenfalls die Prüfung des in Aussicht genommenen Benutzungszwecks unter dem Gesichtspunkt seiner wirtschaftlichen Berechtigung auch noch unter ein weit größeres Maß sittlicher Pflicht des Bodeneigentums einbezogen werden. Ein solcher Fall liegt z. B. vor, wenn Verpachtung von Ackerland an einen Großgrundbesitzer zur Ausgestaltung weiter Forst- und Jagdgründe in Frage steht. Ueberwiegend stärker als des Verpächters wird aber in diesem Falle des Pächters sittliche Pflicht des Verzichts auf solches Tun sein. Auch der Gesetzgeber wird wohl in solchem Falle besser durch Gleichstellung der Zupachtung mit dem Eigentumserwerb als mit Verbot gegen den Verpächter vorgehen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Volksbewegung.

Eine Trauerwoche war angesagt; es wurde eine Woche der Entrüstung, des Zornes, des flammenden Protestes. Wenn die deutsche Volkskraft sich im vorigen Herbst so kräftig und geschlossen aufgebäumt hätte, so wäre vielleicht noch die Front bis in den Winter hinein haltbar geblieben. Jetzt, nachdem die Hoffnung auf anständige Behandlung des nachgiebigen Teiles so grausam getäuscht worden ist, kommt der stürmische Ausbruch des nationalen Fühlens

und Wollens leider sehr spät. Ob zu spät, das wird sich erst beim Abschluß dieses unblutigen Ringens zeigen.

Tröstlich ist die Einmütigkeit, die sich bei den Protesten gegen den Vernichtungsfrieden im ganzen Volk bekundet hat. Ueber die besondere Taktik der „Unabhängigen" wird nachher noch ein Wort zu sagen sein; dieser Mißklang wird aber übertönt von der gewaltigen Symphonie, die aus der Gesamtheit des Volkes ohne Unterschied der Stämme, Stände und aller übrigen Parteien erschallt. Sie erinnert an den Aufschwung des deutschen Geistes beim Anfang unseres Verteidigungskrieges. Die begeisterte Entschlossenheit, die sich jetzt überall bekundet, sowohl in den unmittelbar mit Fremdherrschaft bedrohten Landesteilen wie in dem mittelbar bedrohten Rumpf der Nation, ist umso höher zu bewerten, je bitterer die außen- und innerpolitischen Enttäuschungen der letzten Monate waren und je klarer die schweren Opfer hervortreten, die der Widerspruch uns abfordert. Es frägt sich nur, ob es Strohfeuer ist oder nachhaltige Glut auf dem nationalen Herde. Wird der gesunde Sinn des Volkes nicht bloß die Feigheit dauernd überwinden können, sondern auch die Faulheit, die neuerdings sich als Nationallaster einfressen wollte? Wir müssen die Proteste begleiten mit dem festen Entschluß, geduldig zu ertragen, was sich nicht abwenden läßt und pflichtgetreu zu arbeiten, weil uns die Arbeit allein über das Elend hinweghelfen kann.

Das amtliche Rettungswerk.

Wer sonst skeptisch den gegenwärtigen Organen der Reichs- und Staatsgewalt gegenübersteht, wird doch anerkennen müssen, daß die Führer und Vertreter des deutschen Volkes in dieser fatalen Zeit wacker und geschickt alles tun, was zur Beschränkung des Unheils möglich ist. Das gilt von den Volksvertretungen im Reich und in den Einzelstaaten; das gilt auch von den Ministern, die zur Klärung der öffentlichen Meinung und zur Hebung des Volksgeistes trefflich mitgewirkt haben, und es gilt besonders unserer Friedensdelegation in Versailles, die unter der Führung des Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau durch Fleiß und Gewandtheit sich auszeichnet.

Die feindlichen Diktatoren haben zunächst den schriftlichen Meinungsaustausch vorgeschoben. Da standen unsere Vertreter vor der Wahl, entweder den dickleibigen Entwurf der Gegner mit einem ebenso umfangreichen Folianten zu beantworten oder die Kritik und die Gegenvorschläge abschubweise in mehreren Noten geltend zu machen. Sie haben diesen Weg der Stoffverteilung gewählt und damit offenbar das Richtige getroffen. Dadurch wird nicht nur die Erledigung beschleunigt, sondern es wird auch der öffentlichen Meinung die Kenntnisnahme und die Beurteilung wesentlich erleichtert. Die Zusammenfassung in eine Schlußnote ist natürlich vorbehalten. Außer dem grundsätzlichen Hinweis auf den Rechtsanspruch aus den 14 Punkten, den Graf Brockdorff schon in seiner Eröffnungsrede eindrucksvoll betont hatte, ist dann der Reihe nach vorgebracht worden: unser Entwurf für einen ehrlichen Völkerbund, — unser Antrag auf eine durchgreifende internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, — unser Einspruch gegen die Behauptung, daß Deutschland allein die Schuld am Krieg trage, unter Einforderung des angeblichen Beweismaterials, — unsere Kritik des geplanten Länderraubes und unsere Beleuchtung der geradezu vernichtenden wirtschaftlichen Bedingungen.

Für die öffentliche Meinung in der zivilisierten Welt ist besonders die zuletzt erwähnte Note von der größten Bedeutung. Sie liefert kurz und klar den Nachweis, daß diese sog. Friedensbedingungen viele Millionen von Menschen in Deutschland vom Leben zum Tode befördern würden, und klingt aus in die ergreifende Wahrheit: „Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus."

Damit war schon ausgesprochen, daß der feindliche Entwurf in seiner jetzigen Gestalt für uns unannehmbar sei. Die Regierung in Berlin hat ihrerseits in mehreren Kundgebungen dieses Unannehmbar ebenfalls öffentlich festgestellt. Auch die Parlamente der Einzelstaaten, darunter der Bayerische Landtag in Bamberg, haben eindrucksvolle Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden erlassen. Die Gegner wissen also, daß sie mit der Ablehnung und dem Abbruch der Verhandlungen zu rechnen haben, wenn sie nicht die notwendigen Aenderungen zugestehen.

Die Quertreiberei der Unabhängigen.

Bei dieser Sachlage ist es unverantwortlich, daß die kleine, aber unersättlich machthungrige Partei der Unabhängigen das Rettungswerk erschwert durch die frivole Parole: Deutschland muß unbedingt unterzeichnen, auch wenn die Bedingungen nicht abgeändert werden. In der Nationalversammlung drückte sich der Abg. Haase, der Führer dieser Partei, noch etwas reservierter aus, indem er an die scharfe Kritik der Bedingungen nur den Versuch knüpfte, der gegenwärtigen Regierung die Verantwortlichkeit zuzuschieben. In der preußischen Landesversammlung gingen Adolf Hoffmann und seine Genossen viel rücksichtsloser vor, indem sie in einer förmlichen Parteierklärung die unbedingte Unterzeichnung verkündeten, die sie in ihrer Presse schon hatten propagieren lassen. Das ist offenbar eine Einladung an die feindlichen Machthaber, sich jeder Nachgiebigkeit zu enthalten und die Erdrosselung des wehr- und willenlosen Deutschlands vollständig durchzuführen. Die Unabhängigen scheuen vor diesem Verrat am Vaterlande nicht zurück, weil sie um jeden Preis die Macht an sich reißen wollen. Sie erklären die Unterzeichnung für notwendig, aber sie selbst wollen die Unterzeichnung nicht vollziehen. Sie sagen, die gegenwärtige Regierung solle abtreten, aber sie fordern, daß gerade die gegenwärtige Regierung noch unterzeichnen soll. So hofft man die Regierung auf jeden Fall unmöglich zu machen. Unterzeichnet sie, so werden alle Lasten aus dem Friedensvertrag ihr zum Vorwurf gemacht, und unterzeichnet sie nicht, so wird man sagen: Die Ebert-Scheidemann und Genossen haben freventlich die Okkupation mit all ihren Folgen herbeigeführt. So arbeiten diese gewissenlosen Radikalen auf eine neue Revolution des Elends und der Verzweiflung hin, weil sie aus dem Unglück ihre Parteivorteile zu ziehen gedenken.

Dabei wollen sie ihre Anhänger beduseln mit der Ankündigung der „Weltrevolution", die allen Jammer in Glückseligkeit wenden soll. In den feindlichen Ländern zeigen sich aber noch keine Ansätze zur Weltrevolution, und wenn schließlich die sozialpolitische Entwicklung dahin führen sollte, so werden vom deutschen Volk nur armselige Reste übrig sein, da unter den grausigen Friedensbedingungen fast alles verderben und sterben müßte.

Die Taktik der feindlichen Machthaber.

Diese wissen die Seitensprünge der Unabhängigen geschickt auszunützen. In ihrer Presse wird Tag für Tag verkündet: Die Deutschen gestehen selbst, daß sie die Bedingungen annehmen müssen und werden; also sind die Abänderungsanträge nur Bluff.

Wenn einer in Deutschland eine Dummheit macht, erfährt es die ganze Welt. Aber die Note des Grafen Brockdorff und die sonstigen amtlichen Kundgebungen werden nur verstümmelt oder gefälscht, oder mit irreführenden Glossen veröffentlicht. Die Vergiftung der öffentlichen Meinung wird am ärgsten in Frankreich betrieben, wo nicht allein dem gewöhnlichen Volk, sondern auch den Abgeordneten der volle Inhalt der Friedensbedingungen vorenthalten bleibt. In pädagogisch berechneten Auszügen wird aufgetischt, was der französischen Eitelkeit und Habgier schmeichelt. Dabei wird in zahllosen Presseartikeln den Leuten eingepaukt, die Bedingungen seien eigentlich noch zu milde. So wird auch im sozialdemokratischen Lager die Kritik erstickt; dort ist die Zerfahrenheit zusehends größer, die Opposition schwächer geworden. Auf einen baldigen Sturz von Clemenceau und Lloyd George ist nicht zu rechnen. Die Engländer sagen sich ebenso wie die Franzosen: Die Bedingungen bringen uns Gebietszuwachs und Geld und Aussichten auf Verdienst; wenn die Deutschen sie annehmen müssen, so brauchen wir uns ja den Vorteil nicht entgehen zu lassen.

Gegenüber seinen Amerikanern läßt Wilson erklären, der Völkerbund werde alles schon ausgleichen, was an dem Friedensvertrage etwa verfehlt sei. So läßt man die Brandstiftung passieren, weil nächstens eine Löschspritze fabriziert werden könnte.

Die menschlichen Regungen und vernünftigen Erwägungen werden erstickt in dem Siegesrausch und der kurzsichtigen Erwartung von materiellen Vorteilen.

Die eigenen Landsleute werden mit Zuckerbrot verlockt, und Deutschland soll mit der Peitsche gefügig gemacht werden. Man meldet uns Truppenkonzentrationen im besetzten Westgebiet und eine Flottenparade bei Memel; zugleich macht Foch eine demonstrative Rheinfahrt. Als ob wir die Möglichkeit einer weiteren Okkupation nicht schon in unser Kalkul gestellt hätten!

Bange machen gilt nicht. Es kommt nur darauf an, ob wir fest geschlossen und bis zum äußersten entschlossen bleiben. Die schlimmste Gefahr für unseren letzten Selbstrettungsversuch kommt von innen her: aus den freventlichen Hetzereien und der Verblendung ihrer Gefolgschaft.

Frühlingsnacht.

An meinem Fenster lehnt die Frühlingsnacht
Und schaut mich an mit ihren Sternenblicken,
Der Garten prangt in voller Blütenpracht
Und träumeschwer die Fliederdolden nicken.

Berauschend quillt ihr Duft zu mir herein,
Mein müdes Auge kann den Schlaf nicht finden, —
In meine Kammer schlüpft der Mondenschein
Und leise rauscht der Nachtwind in den Linden.

Rings tiefe Ruh. — Nur eine Geige klingt
Und singt ein Lied aus fernen Jugendzeilen,
Das mir wie Feuer in die Seele dringt,
Verhall'ne Sehnsucht schluchzt aus ihren Saiten.

Und zittert leis wie Mondduft durch den Raum,
Wie eines längstentschwund'nen Glückes Grüssen.
Der Schlummer spinnt mich ein — und noch im Traum
Hör' ich den Geigenklang, den seltsam süssen. . . .

Josephine Moos.

Die Lehre der Geschichte.

(Lehrreiches von der sozialen Revolution des 16. Jahrhunderts.)

Von Rechtsanwalt August Nuß.

Im Jahre 1525 erschütterte die große soziale Revolution fast alle Gebiete des damaligen Deutschen Reiches von der Ostsee bis an die Alpen. Es war zwar kein verlorener Krieg vorausgegangen wie in unseren Tagen, aber in verblüffender Uebereinstimmung mit dem Erlebnis von heute war es der damals herrschende Materialismus, der 1525 wie 1918 die geistige Disposition zum gewaltsamen Umsturz und die „sittliche" Revolutionsatmosphäre schuf. Vor mir liegt Johannes Janssens monumentales Werk über die Geschichte des deutschen Volkes, dem ich in dieser Betrachtung folge.[1])

Als „allen Ständen, hoch und niedrig, gemeinstes, mit jedem Jahr böseres Uebel, aus dem Unzufriedenheit mit dem Stand, worin man geboren, Uebervorteilung des Nebenmenschen, Neid, Haß, Ungehorsamkeit, Aufruhr und Empörung" hervorgehen müsse, betrachteten alle ernsten Beobachter der Zeit den wachsenden Luxus, die Genußsucht, die „in offenen Tabernen und auf Festen und Banketten oft wahrhaft viehische Trunkenheit und Schwelgerei". Der Luxus wurde „das fressend Gift in Stadt und Land, unter Edlen, Handwerkern und Bauern". Von den Häuptern ging das Uebel aus. (Seite 413.) Die niederen Stände nahmen sich die höheren zum Muster. „Hantwerker und Bauern, Knecht und Viehmägd wenden ihr Geld an köstlich Kleidung und Geschmuck und wollen als Edelherren und Edelfrauen stolzieren und was sie übrig hant, geet in den Wirtshüsern durch den Hals." „Ich kenne Bauern," schrieb Wimpheling, „die bei der Hochzeit von Söhnen oder Töchtern, oder bei Kindtaufen so viel Aufwand machen, daß man dafür ein Haus und ein Ackergütchen nebst einem kleinen Weinberg kaufen könnte." „Saufen, fressen, geistlich und weltlich Obrigkeit schumphiren ist," wie ein Satiriker des Mittelalters schrieb, „jetzund Sache eines rechten jungen Buren worden . . ."

Die lautesten Klagen über die Verwilderung des Volkes, insbesondere der heranwachsenden Jugend (!) erhob Luther (S. 415). Auch Erasmus klagte 1523 einem Freunde, daß das „neue freche, unbändige Geschlecht" niemand liebe als sich, weder „Gott noch den Bischöfen noch den Fürsten und Obrigkeiten gehorche" und „dem Mammon (!), dem Bauche und der schnöden Lust (!) fröhne".

Aktuell muten folgende Ausführungen Janssens (S. 418) an, da, wo er die allgemeinen Ursachen der sozialen Revolution schildert: „Infolge des in allen Ständen zunehmenden Luxus in Kleidung . . . hatte sich in den Städten immer mehr der Großwucher (!) ausgebildet, den insbesondere die Handelsgesellschaften (!) betrieben. Sie vorzugsweise zogen Nutzen aus dem Grundübel der Zeit, indem sie den Handel . . . fast allein in Händen hatten, die Preise dieser Waren nach Willkür festsetzten und binnen wenigen Jahren auf das Doppelte und noch höher hinauftrieben." Ein von den Ständen auf dem Nürnberger Reichstag vom Jahre 1523 gewählter Ausschuß erklärte: „Wegen der unleidlichen und bösen Beschwerung, so aus den großen Gesellschaften komme, seien in etlichen Städten Empörungen des gemeinen Mannes entstanden und noch größere seien zu besorgen, wenn nicht Abwendung geschehe." Durch die Handels- und Aufkaufsgesellschaften, sagten die Grafen, Herren und Ritter in einer dem Reichstag im Jahre 1523 übergebenen Beschwerdeschrift, gerate das deutsche Volk in Unrat und Verderben. „Es ist offenbar," klagten sie, „wie die großen Kaufmannsgesellschaften in deutscher Nation des heiligen Reiches Unterthanen schier aus allen Ständen bisher hoch und übermäßig beschwert haben mit ihren Monopolien, Verbündnissen, einhelligem Auffsetzen, wie hoch eine jede Ware verkauft werden soll, Niederdrückung der armen, gemeinen Kaufleute, . . . merklichen überschwenglichen Wucher . . ." Luther klagte, in den Kaufmannsgesellschaften sei „Alles grundlos und bodenlos mit eitel Geiz und Unrecht . . . Sie haben alle Waar unter ihren Händen, und machen's damit, wie sie wollen, steigern oder niedrigen sie nach ihrem Gefallen . . ." Die Aufkaufs- und Preissteigerungsgesellschaften drückten (S. 422) durch ihren „Fürkauf" dem „armen Mann" auf dem Lande die Bodenerzeugnisse zu den niedrigsten Preisen ab, häuften die Nahrungsbedürfnisse in großen Massen auf und erhielten eine künstliche Teuerung, während das Geld von Jahr zu Jahr im Werte sank . . . Das Großkapital drückte zugleich auf die kleinen Fabrikanten; „denen, so hiervor mit ihrem Gewerb sich ernährt, wurde Gewerb und Nahrung durch die Gesellschaften entzogen." Vgl. die heutige Klage und Lage unseres Mittelstandes!

Gleichwohl wollten, wie Janssen (S. 423) nachweist, nicht die Ausbeuter der arbeitenden Menschen Schuld tragen an deren Notlage, sondern, wo es anging, gab man — ist es heute anders? — „den Pfaffen" die Schuld.

Was aber „die reichen Kaufleute im Großen, das trieben die geringen Verkäufer im Kleinen durch Fälschung aller Waar, also daß alle Welt darüber" sich beschwerte. Mehrere Flugschriften gaben diesen Beschwerden Ausdruck.

Für die materialistische Verflachung der damaligen — wie der heutigen — Zeit und für die Entgeistigung der führend sein sollenden Intelligenz führe ich aus Janssen (S. 425) an: Je mehr die materialistische, auf Geldgewinn gerichtete Gesinnung zunahm und in Folge davon die höheren Studien in Verfall gerieten, desto größer wurde die Zahl der jungen Leute, welche sich der Kaufmannschaft und einträglichen Gewerben widmeten. „Man will jetzund nur lernen, was Geld einbringt und werden Kaufhäuser, Krämereyen und Tabernen übermäßig an Zahl, nicht allein in Städten, sondern gar in Dörffern . . ."

Am 26. Mai 1524 ging von der fränkischen Stadt Forchheim die erste soziale Erhebung aus. Dort bemächtigte sich die „Gemeine" der Stadtschlüssel, nahm den Rat in Pflicht und stellte gemeinsam mit den Bauern der Umgegend „Artikel" auf über Zinsen und Zehnten und Freiheit von Wasser, Wald und Wild (S. 429). Auch damals gab es schon eine — Kommunistenpartei. „Es gab in Nürnberg Viele, die die Bauern aufwegten und mit den Reichen theilen wollten, denn die Zeit der christlichen Freiheit und Bruderschaft sei gekommen, und mußten die Einen als reich sein, als die Anderen." Die damalige Partei der „gottlosen Maler" verwarf alle weltliche Obrigkeit und verlangte Güterteilung. Diese Bolschewisten des 16. Jahrhunderts proklamierten den Satz: jeder Bürger sei Oberer und Strafvollstrecker.

Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande gab es genug Gründe zur Unzufriedenheit. Das fremde römische Recht, das das christlich-germanische immer mehr verdrängte, gab den Landes- und Gutsherren „rechtliche" Mittel an die Hand, um „die übermüthigen Bauern zu zähmen, damit sie nicht allzu stark ins Kraut schössen". Es waren Mittel zur Einziehung des Gemeinbesitzes der Colonen, sowie zur Erhöhung der Steuern, Abgaben und Fronen.

Vom Juli 1524 an lief dann die soziale Revolution „wie ein Brandfeuer von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf". Merkwürdig zeitgemäß mutet die Feststellung von Clemens Endres an, der am 18. April 1525 schrieb: es sei eine Zeit gekommen, wo man in deutschen Landen glauben mußte, „alles Oberst ging zu Unterst und wäre keine Rettung mehr aus der Herrschaft des Pöbels" (Janssen S. 432).

[1]) Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, Zweiter Band, Zustände des deutschen Volkes seit dem Beginn der politisch-kirchlichen Revolution bis zum Ausgang der sozialen Revolution von 1525, sechster verbesserter Abdruck, Herdersche Verlagshandlung, Freiburg i. Br. 1880.



Die Lehre von der christlichen Bruderliebe wurde verfälscht und in egoistischer Weise ausgelegt. Während die ersten Christen als christliche Kommunisten sagten: „Alles, was mein ist, ist auch dein“, sagten die pseudochristlichen Kommunisten um 1525 genau so wie unsere „modernen“ Kommunisten um 1919: „Alles, was dein ist, ist auch mein!“ —

Ihren gefährlichen Charakter erhielt die damalige Revolution aus der gemeinsamen Erhebung des städtischen, bäuerlichen und adeligen Proletariates. (Janssen gebraucht S. 437 ausdrücklich die Bezeichnung „Proletariat“.) Den Proletariern von 1525 legte man (S. 443) die Worte in den Mund:

„Das Evangelium frone
Kam zu uns Armen her,
Freit uns mit reichem Lone
Von iglicher Beschwer.
Lehrt Rich und Arm sich lieben
Und theilen, was sie hant,
Wir wollen drumb gern es üben
Mit Wollust und Verstand . . .“

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Revolution sollte auch die Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gehen. Zwei Entwürfe waren hierfür von besonderer Bedeutung: Die von den fränkischen Bauern geforderte „Ordnung und Reformation zu Nutz, Frommen und Wohlfahrt aller Christenbrüder“, wonach — wieder ein aktueller Anklang — ein Volksparlament in Heilbronn eine neue Reichsverfassung ins Leben rufen sollte, und die von Michael Geismayr für Tirol entworfene „Landesordnung“. Erstere Ordnung erstrebte — wie aktuell! — die Aufrichtung einer „demokratisch-sozialistischen Republik“ mit einem den Namen Kaiser tragenden Oberhaupt. Geismayr forderte die Aufhebung aller Unterschiede der Stände und „eine ganze Gleichheit.“ (S. 452.)

In der auf den Umsturz aller bestehenden weltlichen Rechtsordnung gerichteten Revolution des Jahres 1525 treten bereits dieselben oder fast dieselben sozialistischen und kommunistischen Tendenzen deutlich hervor, wie sie jetzt im Jahr 1919 von bestimmten linksradikalen Gruppen in so leidenschaftlicher Weise geltend gemacht werden. „Alles schon dagewesen“ kann man auch hier mit Ben Akiba sagen.

„Der tolle, unsinnige, wüthig gemachte Pöbel aus Dörfern und Städten konnte in deutschen Landen mit Beraubung, Ausbrennung, Zerstörung, Verunweihung und Schändung des Heiligsten die unmenschlichsten Dinge verüben . . . Das machte die große Zwietracht in Sachen des christlichen Glaubens . . . Die einen sahen es gern, daß die Geistlichkeit vertilget wurde . . . Viele wollten Theil haben an den Gütern der Geistlichkeit und gedachten, wenn das Spiel gelinge, es fiele ein gut Stück ab für sie; Viele waren so erschrocken, daß sie gar nicht wußten, was zu thun; Viele waren so zagherzig, weil sie fühlten wol, daß sie dem armen Mann Beschwernisse genug auferlegt und die Strafung Gottes jetzo über sie käm“.

Nicht bloß interessant, sondern auch höchst lehrreich sind die Feststellungen des Geschichtsforschers über die Folgen, oder wie es heutzutage heißt, die „Errungenschaften“ der sozialen Revolution. „Die geglaubt hatten, es würd ihnen besser werden durch den Aufruhr und nit zufrieden waren mit irem Stand, und Steuer, Diensten, Zinsen, und wollten Herren sein, dieselbigen wurden nunmehr härter geplagt und arm und elendig“. Die Bauern klagten:

„Das mügent ir wol spüren
Und lugen eben zu,
Daß ir nit werden verlieren
Das Kalb mit der Ku,
Kern, Haber, Hausrath alle,
Das Vich auß ewerm Stalle,
Euch Freud und Mut empfalle,
Weichen von aller Hab
Bis an den Bettelsta[illegible]“. (S. 567.)

Die Bauern selbst wurden jetzt Klagesänger der Bauernnot. In dem Bauernkriege hätte man ihnen Reichtum und Ehren vorgespiegelt, aber sie seien arm geworden durch den Krieg.

„Reich sollten wir wer'n
Und stehn in Ehr'n,
Hielt süß man uns für,
Womit man uns verfür.
Reich wär'n wir wor'n?
O Gott erbarm,
Was wir hatten, das han wirverlor'n,
Nun sint wir arm“. (S. 573.)

Damals „pries“ Sebastian Franck, übrigens ein Gegner der alten Kirche, die „Errungenschaften“ der damaligen Revolution wie folgt: „Sunst im Papstithum ist man viel freier gewesen, die Laster auch der Fürsten und Herren zu strafen, jetzt muß alles gehoffirt sein, oder es ist aufrührisch, so zart ist die lezt Welt worden. Gott erbarms . . . So fällt der gemeine Pöbel ohne allen Grund hin und her; und auch die, welche seine Vorgänger und Bischöfe sein wollen: wes Losung ist, des haben sie Münz.“ (S. 580.)

Der Kampf um die bayerischen Verkehrsanstalten.

Von Dompropst Dr. v. Pichler in Passau.[1])

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Regierungsdirektor Speck, hat in Nr. 14 der „Allgemeinen Rundschau“ einen flammenden Protest erlassen gegen die Vergewaltigung der bayerischen Selbständigkeit, wie sie durch die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung in Weimar droht. Mit Recht schreibt er, daß mit Durchführung dieser Beschlüsse die letzte Stunde Bayerns als eines selbständigen Staatswesens geschlagen haben werde. Die nachfolgenden Zeilen sollen der „Verreichlichung“ des Verkehrswesen, um dieses neugebildete Wort auch hier zu gebrauchen, gewidmet sein.

Artikel 89 des neuen deutschen Verfassungsentwurfes enthielt die Bestimmung: „Aufgabe des Reiches ist es, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung zu übernehmen. Die Uebernahme kann nur im Wege des Vertrages gegen Entschädigung erfolgen.“

Zur Beurteilung der Tragweite dieses Artikels sind noch folgende Bestimmungen besonders zu beachten. Artikel 90: „Hat das Reich innerhalb eines bestimmten Gebiets die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung übernommen, so steht ihm innerhalb dieses Gebiets die Enteignungsbefugnis und die Ausübung der auf das Eisenbahnwesen sich beziehenden Hoheitsrechte zu.“ Artikel 90c bestimmt im letzten Satz: „Die Beamten und die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung sind auf ihren Wunsch im Gebiete ihres Heimatstaates zu beschäftigen, soweit dazu eine Verwendungsmöglichkeit vorliegt und nicht zwingende Rücksichten des Eisenbahnbetriebs dem entgegenstehen.“ Artikel 90d: „Hat das Reich innerhalb eines bestimmten Gebietes die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung übernommen, so können innerhalb dieser Gebiete neue dem allgemeinen Verkehr dienende Eisenbahnen nur vom Reiche oder mit seiner Zustimmung gebaut werden.“

Die bayerische Regierung war bereit, diese Verfassungsbestimmungen anzunehmen. Die genaue Beachtung des Wortlautes zeigt, daß sie bereit war, damit ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des Reiches zu gewähren. Schon in diesen Bestimmungen lag meines Erachtens eine große Gefahr für die Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen und der übrigen bayerischen Verkehrsanstalten, zumal unter dem wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Partei, welche seit langem die Vereinheitlichung des Verkehrswesens auf ihre rote Fahne geschrieben hat. Der Verfassungsausschuß in Weimar ist aber über diese Regierungsvorlage weit hinausgegangen. Nach seinen Beschlüssen soll die Ueberführung aller Eisenbahnen auf das Reich bis zum Jahre 1921 kraft Reichsgesetzes erfolgen, also auch gegen den Willen der Regierung und der Volksvertretung des betreffenden Staates. Der Ausschuß des bayerischen Landtags für auswärtige Angelegenheiten hat am 25. März nach längerer Debatte in einer sehr ernsten Entschließung gegen diese Gewaltpolitik der deutschen Nationalversammlung Verwahrung eingelegt. Abg. Speck hat dabei mit allem Nachdruck betont, daß der ablehnende Standpunkt Bayerns staatsrechtlich unanfechtbar sei. Der Bayerische Landeseisenbahnrat hat in seiner Sitzung vom 31. März mit allen gegen 4 Stimmen sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Leider haben die bayerischen Handelskammern in ihrer überwiegenden Mehrheit eine andere Haltung eingenommen, während der Landesverband des Hansabundes in seiner Hauptversammlung vom 6. April wieder verlangt hat, „daß das durch besondere Verträge Bayern 1871 ein-

[1]) Der Artikel war schon vor Ostern geschrieben, konnte aber wegen der Zustände in München erst jetzt an die Redaktion eingesandt werden.



geräumte Reservatrecht für das Eisenbahnwesen nur mit Zustimmung Bayerns geändert werden darf."

Zur Klarstellung der Sache möchte ich folgende Fragen kurz behandeln:

1. Wie ist die Angelegenheit rechtlich zu beurteilen?
2. Besteht für Bayern eine finanzielle oder wirtschaftliche Notwendigkeit, die Selbständigkeit seiner Verkehrsanstalten aufzugeben?
3. Ist die Vereinheitlichung des ganzen Verkehrswesens eine Lebensnotwendigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Reiches?
4. Ist die sofortige Uebernahme dieser Verkehrsanstalten auf das Reich überhaupt möglich und wünschenswert?

1. Zur rechtlichen Seite der Frage sei folgendes bemerkt: Das Deutsche Reich wurde 1870 gegründet durch Verträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. Die Einleitung zur Reichsverfassung sagt: „Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern ..... schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben . . ." Artikel 1 der Verfassung sagt: „Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachsen . . ." Nach Artikel 11 steht „das Präsidium des Bundes dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt." Die Rechte des Kaisers als des Bundesvorsitzenden sind im einzelnen festgelegt. Durch die Novemberrevolution sind die vertragschließenden Fürsten entfernt, die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesvorsitzenden erloschen. Ist damit auch der von den Fürsten durch Verträge geschlossene Bund aufgelöst oder bestehen diese Versailler Verträge noch fort? Wenn die Bundesverträge nicht mehr fortbestehen, so wäre die weitere Frage: Auf wen ist die Souveränität in den deutschen Gebieten jetzt übergegangen? Durch die im November 1870 zu Versailles geschlossenen Verträge haben Bayern, Württemberg, Baden und Hessen einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität zugunsten des Deutschen Reiches aufgegeben, ihre Souveränität ist auf die in der Reichsverfassung festgelegten Gebiete beschränkt, für Bayern für einzelne weitere Gebiete durch ausdrückliche Reservatrechte gesichert. Wenn diese Verträge und die hierauf beruhenden bayerischen Reservatrechte nicht mehr gelten, so gibt es nur ein Doppeltes: Entweder ist die volle Souveränität auf das ganze deutsche Volk übergegangen oder die einzelnen Bundesstaaten haben ihre volle und unbeschränkte Souveränität wieder zurückgewonnen. Ein Drittes gibt es nicht. Im wechselvollen Gang der letzten Ereignisse hat bekanntlich das Reich Souveränität für sich in Anspruch genommen in der Nationalversammlung, die verschiedenen deutschen Staaten haben die Souveränität ihres Volkes hochgehalten und auf Grund derselben Landtage gewählt, Regierungen ernannt und sind an der Arbeit, ihre Landesangelegenheiten durch eigene Verfassungen zu regeln. Dieses von keiner Seite beanstandete Vorgehen des Reiches und der Einzelnstaaten war nur möglich unter der Voraussetzung, daß weder das Reich noch die Bundesstaaten die ausschließliche Souveränität für sich haben, sondern daß dem Reiche sowohl als auch den einzelnen Staaten souveräne Rechte zustehen, deren gegenseitige Abgrenzung nur durch die alten Verträge gegeben sein kann. Freilich hat die revolutionäre Regierung Bayerns unter Kurt Eisner diesen staatsrechtlichen Standpunkt nicht von Anfang an klar und entschlossen betont und durch ihre Zustimmung zum provisorischen Grundgesetz des Reiches selbst den Boden geebnet, auf dem jetzt in Weimar lustig weitergebaut wird. Die mahnenden und warnenden Stimmen der Bayerischen Volkspartei wurden im Taumel der ersten Revolutionswochen nicht beachtet; jetzt wird von mancher Seite das verhängnisvolle „Zu spät" gesprochen. Meines Erachtens kann aus dem provisorischen Grundgesetz die Konsequenz der vollen und ausschließlichen Souveränität des Reiches und speziell die Konsequenz der Aufgabe von vertragsmäßigen Reservatrechten nicht gezogen werden. Das provisorische Grundgesetz sollte nur den staatsrechtlichen Boden für die Vertretung des Reiches den Feinden gegenüber und für die einstweilige Fortführung der allgemeinen Aufgaben der Reichsverwaltung schaffen, die dauernde Beseitigung von vertragsmäßig festgelegten Rechten der Einzelstaaten hätte ausdrücklich ausgesprochen werden müssen und nur mit Zustimmung der jetzt souveränen Volksvertretung der betreffenden Staaten erfolgen können.

2. Besteht für Bayern eine finanzielle oder wirtschaftliche Notwendigkeit, die Selbständigkeit seiner Verkehrsanstalten aufzugeben?

Von liberaler Seite wird seit Jahren die Preisgabe der Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen und Posten unter Anschluß an eine deutsche Verkehrsgemeinschaft verlangt, aus politisch-nationalen und aus finanziellen Gründen. Zum ersten Punkt wird später ein Wort zu sagen sein. Das Hauptargument bilden immer finanzielle Betrachtungen. Der glänzenden Rente der preußischen Staatseisenbahnen wird der angeblich recht unbefriedigende finanzielle Stand der bayerischen Eisenbahnen gegenübergestellt. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß das finanzielle Erträgnis der bayerischen Eisenbahnen weit zurückbleibt hinter den Ergebnissen der preußisch-hessischen Gemeinschaft. In Bayern sind die Anlagekosten der Eisenbahnen infolge des mehr gebirgigen Terrains erheblich höher als in den norddeutschen Ebenen, die Verkehrseinnahmen sind weit geringer infolge des Mangels an großen Kohlen- und Erzlagern und der infolgedessen viel weniger entwickelten Industrie, ferner infolge der weiten Entfernung von den großen Seehäfen. Die Ausgaben für Kohle und andere notwendige Betriebsstoffe sind bei uns entsprechend höher. Diese Momente würden selbstverständlich auch beim Eintritt in eine Gemeinschaft zuungunsten der bayerischen Finanzen in Rechnung gestellt, Bayern würde einen verhältnismäßig geringeren Anteil an den Ueberschüssen der Gemeinschaftsbahnen erhalten. Ein genau zutreffendes Urteil über die Finanzlage des staatlichen Eisenbahnnetzes darf nicht bloß auf Grund des Rechnungsabschlusses eines oder auch mehrerer einzelner Jahre gefällt werden; es muß dabei eine ganze Reihe von einzelnen Posten in genaue Erwägung gezogen werden. Es kommt z. B. sehr viel darauf an, ob die Ausgaben für Stationserweiterungen, für Schienenverstärkung, für Verbesserung der Signal- und Sicherungseinrichtungen, für Beschaffung von neuen Lokomotiven und Wagen aus laufenden Mitteln bestritten oder auf Anleihe genommen werden. Im ersteren Fall erscheint der einzelne Jahresabschluß als weniger günstig, in Wirklichkeit ist die finanzielle Lage des Unternehmens aber innerlich gesünder und mehr gefestigt.

Die Geschäftsberichte der bayerischen Staatseisenbahnen haben in früheren Jahrzehnten öfter mit Fehlbeträgen abgeschlossen, so daß im betreffenden Jahre ein Teil der Verzinsung der Eisenbahnschuld auf allgemeine Staatsmittel genommen werden mußte. Seit der Konvertierung der Eisenbahnanleihen und seit Durchführung der Neuorganisation, welche eine weittragende Vereinfachung der Dienstgeschäfte und Einsparung von Personal brachte, haben sich stetig steigende Ueberschüsse ergeben, nur die Jahre 1908 und 1909 und das erste Kriegsjahr 1914 haben mit Fehlbeträgen abgeschlossen. Im Jahre 1910 wurde ein Ausgleich- und Tilgungsfonds gebildet, der sich sehr gut entwickelt und die Mittel geboten hat, um ohne Inanspruchnahme von allgemeinen Staatsmitteln und ohne Aufnahme von neuen Anleihen die Kriegsjahre durchzuhalten. Bei Eintritt der November-Revolution war im Ausgleichsfonds ein Betrag von 53 Millionen vorhanden, womit wenigstens ein Teil der Mittel zur allmählichen Deckung der Kriegsschäden gegeben war. Finanziell noch günstiger stand die bayerische Postverwaltung, welche einen Schatz von 86 Millionen in den 4 Kriegsjahren angesammelt hatte, während die große Reichspostverwaltung Jahr für Jahr mit steigenden Fehlbeträgen abschloß — ein Beweis, daß unter Umständen eine kleinere Verwaltung besser zu wirtschaften in der Lage ist als ein großes Unternehmen, das sich plötzlichen Verschiebungen der Verhältnisse nicht so rasch und durchgreifend anschließen kann. Sehr bedauerlich ist, daß in früheren Jahrzehnten der planmäßigen Schuldentilgung bei den bayerischen Verkehrsanstalten zu geringe Aufmerksamkeit zugewendet wurde und daß manche Bauten üppiger ausgeführt wurden als den Zwecken des Verkehrs angemessen war. Es ist ferner den bayerischen Verkehrsanstalten viel zu spät gelungen, sich die finanzielle Selbständigkeit gegenüber der Finanzverwaltung zu erringen. Von großstädtischer Seite wird in der Regel als eine Hauptursache der geringen Rentabilität der bayerischen Eisenbahnen das Lokalbahnsystem angegeben; von den recht beträchtlichen Fehlbeträgen des Vorortsverkehrs der Großstädte wird von dieser Seite nicht gesprochen. Die Lokalbahnen bringen durchschnittlich die Verzinsung der für sie aufgewendeten Staats-

mittel auf, wobei im Geschäftsbericht immer recht erhebliche Beträge für Abschreibung und für Mitbenützung der Einrichtungen der Hauptbahnen angesetzt sind. Für die allgemeine Staatskasse bringen die Lokalbahnen indirekt recht erhebliche Mehreinnahmen durch die Steigerung der Einnahmen aus den staatlichen Forsten und aus den direkten Steuern infolge der wirtschaftlichen Hebung der betreffenden Bezirke.

Freilich infolge der Nachwirkungen der Revolution sind die Finanzen der bayerischen Verkehrsanstalten vollständig zerrüttet. Für die Eisenbahnen hat Minister v. Frauendorfer in der Eisenbahnratssitzung vom 6. Februar einen für das laufende Jahr zu erwartenden Fehlbetrag von 170 Millionen Mark konstatiert, abgesehen von den Hunderten von Millionen, welche auf Wiederherstellung der Kriegsschäden, auf Ausbesserung und Vermehrung der Betriebsmittel verwendet werden müssen. Aber Bayern steht damit nicht allein. Der preußische Finanzminister Dr. Südekum hat am 25. März den Fehlbetrag der preußischen Eisenbahnen für das laufende Rechnungsjahr auf 2222 Millionen Mark veranschlagt, wovon durch die mit 1. April eingetretenen Tariferhöhungen — teilweise bis zu 100 % — nur 1438 Millionen gedeckt werden. Er hat den Satz ausgesprochen: „Das preußische Eisenbahnwesen ist beinahe vollständig zerrüttet" — durch die Revolution! Ob unter solchen Umständen eine günstige Ablösung der Eisenbahnen durch das Reich zu erwarten wäre? Und wenn dies der Fall wäre, so müßten die Einzelstaaten auf der anderen Seite wieder mehr herangezogen werden zur Deckung des größeren Fehlbetrages des Reiches. Württemberg drängt auf Uebernahme seiner Bahnen durch das Reich, weil es Jahr für Jahr Millionen für Deckung der Fehlbeträge aus allgemeinen Staatsmitteln aufzuwenden hat.

Die wirtschaftlichen Erwägungen sprechen entschieden gegen Aufgabe der selbständigen Verkehrseinrichtungen in Eisenbahn und Post. Diese Behauptung kann nicht widerlegt werden durch die Berufung auf die sachkundigen Autoritäten der Handelskammern und des Industriellenverbandes, welche den gegenteiligen Standpunkt einnehmen. Diese Körperschaften gehen zu sehr vom Standpunkte des Großhandels und der Großindustrie aus, deren speziellen Interessen allerdings durch einheitliche deutsche Verkehrseinrichtungen mehr entsprochen wäre. Wenn bei der letzten Sitzung der Handelskammer München der Referent Dr. Jodlbauer nach Bericht der Presse davon gesprochen hat, daß das bayerische Postreservat nur mehr ein Dekorationsstück sei, so muß ich eine solche Aeußerung nur im Interesse des Ansehens einer so bedeutsamen Handelskammer bedauern. Der Referent scheint dabei die allgemein anerkannten Fortschritte der bayerischen Postverwaltung im Automobilverkehr, im automatischen Fernsprechwesen, in der Barfrankierung, die alle anderen Länder übertreffenden weitgehenden Verbindungen für das flache Land ganz vergessen und vom günstigen finanziellen Stand der bayerischen Post am Schluß des Krieges keine Ahnung gehabt zu haben, abgesehen von manchen Tarifvergünstigungen, welche für bayerische Kleinindustrien von hoher Bedeutung sind.

Die Entwicklung des Wirtschaftslebens eines Gebietes ist wesentlich durch die Möglichkeit eines günstigen, sicheren und billigen Verkehrs bedingt. Der Staat hat in den Verkehrseinrichtungen eines der besten und ausschlaggebendsten Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen seines Gebietes zu fördern; er kann dieses ausschlaggebende Mittel nicht einer anderen Regierung überlassen, welcher vielleicht gegenteilige Interessen viel näher stehen. Diese Frage hat gerade jetzt für Bayern eine große Bedeutung, wo das Land vor dem Ausbau seiner Wasserkräfte steht, die für Förderung von Industrie und Landwirtschaft und in weiterer Entwicklung auch für den elektrischen Betrieb der Eisenbahnen in Betracht kommen. In manchen Fällen wird damit eine unliebsame Konkurrenz gegen die norddeutschen Industrien gegeben sein. Was Bayern in dieser Richtung zu erwarten hätte, zeigt ein kleiner Vorfall, der sich bei den Verhandlungen gelegentlich abgespielt hat.

Geheimrat von Völcker hat den Vertretern der Münchener Presse hierüber mitgeteilt, es sei bei den Besprechungen darauf hingewiesen worden, daß Bayern infolge des Ausbaues der Wasserkräfte eine bessere Entwicklung seiner Industrie hoffe. Von norddeutscher Seite wurde darauf erwidert: Die Industrialisierung Deutschlands dürfe keine weiteren Fortschritte machen, wir haben Industrie genug in Deutschland. Sollen Vertretern einer solchen Auffassung die bayerischen Verkehrsmittel ausgeliefert werden?

3. Ist die Vereinheitlichung des Verkehrs eine Lebensnotwendigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Reiches?

Dieser Umstand wird jetzt ganz besonders betont. Ich kann in dieser Beziehung verweisen auf mehrere Artikel, welche in den letzten Wochen hierüber in der „Kölnischen Volkszeitung" erschienen sind. In Nr. 260 des rheinischen Blattes wird „von fachmännischer Seite" ausgeführt, das Reich befinde sich infolge elementarer Gewalt in einer Notlage und appelliere deshalb an seine Gliedstaaten, ihm beizustehen und die zu deren Beseitigung erforderlichen Notstandsmaßnahmen zu treffen. Bei Bayern stehe es also, für die wirtschaftliche Notwendigkeit „Verständnis zu zeigen". Der Fachmann geht von der Meinung aus, daß das Reich aus dieser außerordentlichen Notlage sich nur durch Vereinheitlichung des Verkehrs retten könne; der Beweis für diese Annahme wird mit keinem Satz versucht. Wenn es sich bloß um Beseitigung einer augenblicklichen Notlage handelt, so ist zu sagen, daß solche „Notstandsmaßnahmen" nicht als dauernde Einrichtungen getroffen werden. Bayern anerkennt übrigens die Notlage des Reiches und der deutschen Eisenbahnen insbesondere im vollen Umfang; wir fühlen alle den ganzen Jammer der Tage und sind bereit, auch die Kräfte unseres Volkes wieder in den Dienst des gemeinsamen Vaterlandes zu stellen. Aber wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, daß die auf allen Schlachtfeldern so glänzend bewährte Tapferkeit und Hingebung der Bayern nun mit dem Attentat auf unsere Selbständigkeit und unsere liebgewonnenen Einrichtungen gelohnt werde. Die wirtschaftliche Notlage des Deutschen Reiches wird am leichtesten und schnellsten dadurch wieder gehoben, daß alle Stämme und alle Kräfte des Volkes einträchtig zusammenwirken, daß jeder an seinem Platz in edlem Wetteifer das Seine leistet, nicht aber dadurch, daß man mit Gewalt Stammeseigentümlichkeiten und Volksrechte zu unterdrücken sucht; das einigt nicht, das ermuntert nicht zur nationalen Arbeit, das entzweit und verärgert. Die deutschen Eisenbahnen sind jetzt schon in allen wichtigen Punkten nach gemeinsamen Grundsätzen verwaltet, die durch Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Verwaltungen festgesetzt sind und nach Bedarf auf Grund fast ständig laufender Verhandlungen abgeändert oder ergänzt werden. Dasselbe geschieht in bezug auf die Tarife für den Personen- und Güterverkehr, in bezug auf die Führung der internationalen Schnellzüge und Güterzüge. Man kann sagen: Was im Interesse der Förderung des Verkehrs notwendig ist, ist jetzt schon einheitlich geregelt. Außerdem hat auch Bayern zu weiteren Verhandlungen sich vollständig bereit erklärt, es ist auch bereit, einer verschärften Reichsaufsicht zuzustimmen, durch welche alle gegenseitigen Beschwerden tunlichst rasch beigelegt werden können.

Es ist bekannt, daß während des Krieges von militärischer Seite, besonders von Ludendorff, der stärkste Druck versucht wurde, um die Eisenbahneinheit zu erzwingen. Man hat sich dabei auf die Erfahrungen des Krieges und auf die militärischen Notwendigkeiten gestützt. Die bayerische Verwaltung konnte sich nie im Zweifel sein, daß mit diesem Druck die stärkste Belastungsprobe für ihre bisher ablehnende Haltung gegeben war. Das hat sich gründlich geändert und wenn der „Völkerbund" nicht eine reine Farce zum Betrug der Völker sein soll, so müssen in Zukunft diese Argumente schweigen. Die deutschen Eisenbahnen haben ihre Aufgaben im Kriege voll erfüllt, das ist auch von den verantwortlichen militärischen Stellen dankbar anerkannt worden. Und wo sich Mängel gezeigt haben, so konnten diese in wichtigeren Dingen niemals auf den föderativen Charakter der Verwaltungen zurückgeführt werden. Die Hauptfehler lagen in den militärischen Einrichtungen selbst, namentlich darin, daß die verantwortliche Leitung des Betriebes nicht ausschließlich den praktischen, erfahrenen Verkehrsbeamten übergeben war.

Von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite wird Vereinheitlichung der Verkehrsanstalten aus politisch-nationalen Gründen gefordert. Diese Parteien wollen den deutschen Einheitsstaat herbeiführen und sie haben von diesem Standpunkt aus vollkommen recht, wenn sie die Vereinheitlichung des Verkehrswesens fordern, denn damit ist der beste Weg zum Einheitsstaat gegeben. Wenn den Einzelstaaten die wichtigsten Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihres Volkes genommen sind, so ist damit, wie Minister von Frauendorfer mit vollem Recht sagt, die Axt an die Wurzel ihrer Selbständigkeit gelegt. Alle Gründe, welche für Aufrechterhaltung des auf der deutschen Stammesart begründeten föderativen Charakters des Reiches gelten, können in analoger Weise auch für den föderativen Charakter des Verkehrswesens geltend gemacht werden.

4. Ist die sofortige Uebernahme der Verkehrsanstalten auf das Reich überhaupt möglich und wünschenswert?

Vom Verfassungsausschuß in Weimar ist eine Frist von 2 Jahren gesetzt; die angesehensten leitenden bayerischen Verkehrsbeamten erklären die Durchführung dieser Forderung als unmöglich; namentlich Geheimrat von Völcker hat diese wiederholt mit allem Nachdruck ausgesprochen. In einer Besprechung mit Vertretern der Presse führte Völcker am 22. März aus, daß auch Preußen noch im Februar den Standpunkt vertreten habe, die sofortige Uebernahme der Bahnen auf das Reich sei aus persönlichen und finanziellen Gründen unmöglich. Der preußische Eisenbahnminister habe damals darauf hingewiesen, daß es bei der jetzigen hochgradigen Erregung des Personals ganz ausgeschlossen sei, die 800000 Beamten und Arbeiter der deutschen Eisenbahnen unter einen Hut zu bringen; es würde auch bei großen finanziellen Opfern keine Ruhe unterm Personal aufkommen, es sei zweifelhaft, ob es überhaupt möglich wäre, nur den Betrieb ordnungsmäßig aufrechtzuerhalten. Die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse sind bei den einzelnen Verwaltungen sehr verschieden, die unteren Beamten waren vor dem Krieg in Bayern, die mittleren und höheren Beamten in Preußen besser bezahlt, in Bayern haben wiederum die mittleren Beamten zum Teil bessere Beförderungsaussichten (Oberverwalter in Klasse 13), die Lokomotivführer gehören in Bayern dem unteren, in Sachsen dem mittleren Dienst an, in Bayern stehen alle etatmäßig Angestellten als „Beamte" unterm gleichen Recht, im übrigen Deutschland sind die Angehörigen des niederen Dienstes als „Unterbeamte" von den Beamten geschieden. In Bayern sind im niederen Dienst viel mehr etatmäßige Stellen, die Dienstalterszulagen betragen in Bayern auch in den letzten Klassen der Gehaltsordnung mindestens 100 *M*, in Preußen teilweise 30, 40 und 60 *M*; die Beförderungsmöglichkeiten sind bei den einzelnen Sparten recht verschieden, ebenso sind die Pensionsverhältnisse, die Wohlfahrtseinrichtungen, die Wohnungsfürsorge verschieden gestaltet; dazu kommen die Vereine und Verbände des Personals mit ihren verschiedenen Richtungen und Einrichtungen — damit sind nur einzelne Punkte angedeutet, um die Schwierigkeiten eines Ausgleiches zu zeigen. Eine Vereinheitlichung der Bahnen müßte selbstverständlich eine einheitliche Stellung, gleiche Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse für das ganze Personal zur Folge haben; jeder erfahrene Parlamentarier wird zugeben, daß damit eine starke Beunruhigung des Personals und scharfe Kämpfe zwischen den verschiedenen Sparten desselben gegeben wären, zumal jede Organisation mit allen Mitteln für ihre Leute eintreten würde. Wie erst dann, wenn auch die Eisenbahnen von Deutsch-Oesterreich noch dazu kommen sollten? Und das alles, ich wiederhole dies, in einer Zeit höchster politischer Erregung des ganzen Volkes einschließlich aller Beamten und Angestellten? Ein solcher Wirrwarr soll geschaffen werden in einer Zeit, wo die wirtschaftliche und finanzielle Not die einträchtige Zusammenfassung aller körperlichen und geistigen Kräfte erfordert! Dazu kommt noch ein weiteres psychologisches Moment: Infolge vielfältiger schlimmer Erfahrungen beim Feldeisenbahndienst besteht im bayerischen Personal fast ausnahmslos eine sehr starke Mißstimmung gegen Preußen, hervorgerufen durch die bekannte Berliner Art. Dutzende von Beamten haben mir selbst erklärt, sie wollten von einer Vereinheitlichung nichts mehr wissen, sie hätten die Preußen genügend kennen gelernt.

Minister v. Frauendorfer und Geheimrat v. Völcker haben ebenso entschieden wiederholt betont, daß jetzt eine Vereinheitlichung der Eisenbahnen auch aus finanziellen Gründen unmöglich sei, insbesondere ein so rascher Abschluß, wie er in Weimar verlangt werde, sei gänzlich ausgeschlossen. Die Uebernahme der Bahnen auf das Reich soll durch Ablösung erfolgen. Es ist klar, daß dafür ein einheitlicher Schlüssel gefunden werden muß. Die Ablösungssumme kann dabei berechnet werden nach dem Ertragswert oder nach den Anlagekosten, vielleicht nach einer Kombination von beiden. Die deutschen Eisenbahnen haben ein gleiches Rechnungsschema, aber die Aufstellung der Rechnung zeigt im einzelnen doch wieder die größten Verschiedenheiten: Bei der einen Verwaltung werden die Ausgaben für Bahnhofserweiterungen, für Beschaffung von neuen Betriebsmitteln und Sicherungseinrichtungen u. a. mehr auf den ordentlichen Etat genommen, also als Ausgaben in die Jahresrechnung gestellt, bei einer anderen mehr durch Anleihe aufgebracht, um nur diesen einen Punkt zu erwähnen. Dazu kommt ein weiteres. Die preußischen Eisenbahnen haben in den letzten Jahrzehnten infolge der außerordentlichen Entwicklung der Großindustrie, durch den intensiven Erz- und Kohlenverkehr, durch die Transporte nach den Seehäfen für den stetig steigenden auswärtigen Handel eine glänzende Entwicklung genommen; es steht zu befürchten, daß hierin durch die Abtrennung der lothringischen Erz- und Kohlenlager, auch durch die Gebietsänderungen gegen Polen, durch den Rückgang im überseeischen Handel ein starker Rückgang eintreten wird. Anderseits steht in Süddeutschland, besonders auch in Bayern der Ausbau der großen Wasserkräfte bevor und ist damit Hoffnung auf Entwicklung einer neuen Industrie und die Möglichkeit der seinerzeitigen Elektrifierung der Bahnen gegeben. Wie sollen diese Momente beiderseits bezüglich der Schätzung der künftig zu erwartenden Bahnrente und damit des Wertes der Bahnen in Rechnung gestellt werden? Wenn die bayerische Verwaltung hier ein kategorisches „Unmöglich" spricht, so wird ein objektiv urteilender Kaufmann nicht widersprechen können. „Bisher ist Bayern wirtschaftlich zurückgeblieben. Jetzt wo wir Bayern uns einen Platz an der Sonne erobern könnten, will man das verhindern dadurch, daß man uns die Eisenbahnen nimmt" (Völcker).

In der letzten Sitzung des Eisenbahnrats am 31. März wurden alle diese Momente eingehend erörtert. Vier Vertreter des Großhandels nahmen eine abweichende Stellung ein, ihr Wortführer mußte aber selbst offen zugeben, daß er nicht in der Lage sei, die vorgebrachten schweren Bedenken zu entkräften. Ein angesehenes Mitglied der Münchener Handelskammer sprach sich dabei mit ganz besonders warmen Worten für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen aus. Die Aussichten müssen leider für Bayern ungünstig beurteilt werden angesichts der Haltung der verschiedenen Parteien in Weimar. Sozialdemokraten und Fortschrittler sind geschlossen für Vereinheitlichung, auch vom Zentrum nimmt ein Teil, speziell die Württemberger unter Führung Erzbergers, diese Stellung ein, und damit wird eine große Mehrheit für den „Gewaltfrieden" gegen Bayern gegeben sein. Leider hat auch die preußische Eisenbahnverwaltung unter der neuen Leitung ihren früher durch die Minister Breitenbach, Rheinbaben und Lentze so scharf betonten Widerstand aufgegeben. In letzter Stunde soll aber nochmals der ernste Appell an die Nationalversammlung gerichtet sein, den Weg der Vergewaltigung zu vermeiden und nationale Ziele nur durch friedliche Vereinbarung anzustreben.

Das Erstarken des nationalen Bewußtseins unter den Wenden.

Von M. Raab, Breslau.

Als Anfang des 19. Jahrhunderts die slawischen Völker überall sich zu regen begannen, da ging auch ein Erwachen durch das wendische Volk. Einzelne seiner genialen Söhne sahen ihr Lebenswerk darin, ihr Volk aus dem jahrhundertelangen Dornröschenschlaf aufzuerwecken, es zur Bildung und Kultur emporzuführen. Handrij Zeyler, ein gottbegnadeter Dichter, brachte durch seine einfachen aber innigen Lieder, die bald, meistens von dem Komponisten Kocor vertont, von jung und alt gesungen wurden, einen frischen Zug in das wendische Volksleben. Der eigentliche Erwecker und Organisator des Wendentums ist Johann Ernst Smoler 1816—1884. Er studierte in Breslau evangelische Theologie; dann aber wurde die Slawistik sein Hauptfach. Bald entfaltete er eine seltene rege wissenschaftliche und literarische Tätigkeit, begründete in Bautzen eine wendische Buchdruckerei und einen Verlag. Um die wissenschaftliche und literarische Tätigkeit der wendischen Geistlichen, Lehrer usw. in eine geordnete und für das Volk fruchtbringende Bahn zu lenken, gründete er 1847 mit gleichgesinnten gebildeten Wenden die Macica Serbska, die für das Wendentum gleichsam eine Akademie der Wissenschaften sein und in ihren Abteilungen die verschiedensten Wissensgebiete pflegen sollte. Vor allem setzte sie sich zum Ziele, das Volk mit wissenschaftlicher und unterhaltender Literatur zu versorgen.

Das Wirken Smolers und seiner Zeitgenossen fiel beim Volke nicht auf unfruchtbaren Boden. Ueberall hob sich das na-

[1]) Vgl. Nr. 15: „Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung des Wendenvolkes."



tionale Bewußtsein und schon 1835 erlangten die Wenden in Sachsen, besonders durch die Bemühungen des Rechtsanwalts Dr. Klin in Bautzen, daß das sächsische Schulgesetz ausdrücklich erlaubte, das Wendische beim Lese- und Religionsunterricht zu gebrauchen.

Da kamen die Stürme von 1848 und 1849. Doch die Führer hatten einen festen Plan und mit ihrem weitschauenden Blick erkannten sie, daß auf dem legalen Wege das Meiste zu erreichen ist. Eine Deputation der sächsischen Wenden forderte für die wendische Sprache gleiches Recht mit der deutschen in Schule und Kirche, vor Gericht und Verwaltung. Als 1849 in Dresden unter Beteiligung des Militärs ein Aufstand erfolgte, blieb nur das Regiment dem Königshause treu, in welchem meistens Wenden dienten. Die Treue zum angestammten Herrscherhause ist ja ein herrlicher Charakterzug am wendischen Volke; die Königstreue leuchtet glänzend aus ihren Sprichwörtern und Volksliedern hervor. Aber trotzdem erreichten sie nur Geringes: 1849 wurde ihnen der wendische Lese- und Religionsunterricht neu zugestanden, für die wendischen Schüler auf dem Gymnasium, dem evangelischen und katholischen Lehrerseminar in Bautzen wendischer Unterricht (1—2 Stunden wöchentlich) eingeführt; bei den Gerichten durften Dolmetscher gebraucht werden; aber in die Verwaltung kamen keine Wenden.

Allerorts erblühten gesellige und berufliche Vereine, welche die Stützen des immer mehr erstarkenden Nationalbewußtseins wurden. 1863 entstanden zwei Büchereivereine, ein katholischer und ein evangelischer, die nun die Macica Serbska vielfach entlasteten. Besonders der erstere hat bis jetzt höchst segensreich gewirkt. Es wird am Platze sein, den katholischen Wenden ein besonderes Wort zu widmen. Obwohl sie der weitaus kleinere Teil des Volkes sind — etwa 15000 —, so wurzelt doch gerade bei ihnen das Nationalbewußtsein am tiefsten und haben sie in der Erwachungs- und Erstarkungsperiode die tüchtigsten Gelehrten und Führer gestellt. Aus ihren Reihen gingen hervor die Bischöfe Woski von Bärenstamm und Lok, der als Slawist rühmlich bekannte Bautzener Domherr und Scholastikus Michael Hornik und der vorletzte apostolische Vikar von Sachsen, Bischof Wuschanski. Hornik (1833—1894) war neben Smoler die Seele der Macica und der wissenschaftlichen Bestrebungen unter den Wenden. In den katholischen Schulen und Kirchen wird nicht germanisiert, die katholischen Priester und Lehrer stehen treu zu ihrem Volke. Diese Liebe zum eigenen Volke ist ja ganz nach dem Sinne der katholischen Kirche, die will, daß jedem die frohe Botschaft in seiner Muttersprache verkündigt werde. Erst in neuerer Zeit, in einem Schreiben an die polnischen Bischöfe, wo er das polnische Volk zur erlangten Freiheit beglückwünscht, betonte Papst Benedikt XV. das Recht aller, auch der kleinsten Völker auf ihre Muttersprache und völkische Eigenart. Die katholischen Wenden stehen treu und fest zur hl. Kirche und ein reges religiöses Leben pulsiert in ihren Gemeinden; man ersieht dies aus den so zahlreichen hl. Kommunionen und den vielen Ordens- und Priesterberufen; so z. B. leben jetzt an die 40 wendischen Priester. Für die katholischen Wenden gründete Hornik 1863 den Verein vom hl. Cyrill und Method mit dem Organ „Katholski Posol", zur Pflege der religiösen Interessen. Die allgemeinen nationalen Interessen vertraten die von Smoler redigierten und herausgegebenen „Serbske Nowiny".

1835 und 1849 war den Wenden in Sachsen — Preußen hat nie daran gedacht — der beschränkte Gebrauch der wendischen Sprache in Schule und Kirche zugestanden worden. Aber nur ungern sahen viele Beamte diese geringen Vorrechte. Bald stärkere, bald schwächere Versuche wurden gemacht, sie zu beseitigen oder doch wenigstens illusorisch zu machen. Das neue Schulgesetz von 1873 beschränkte den wendischen Unterricht noch mehr; in vielen Gemeinden wurde er gänzlich beseitigt. Das Gesetz sagt: „Den Kindern wendischer Nation ist sowohl das deutsche als wendische Lesen zu lehren. Es ist darauf zu halten, daß sie Sicherheit und Gewandtheit im schriftlichen wie im mündlichen Gebrauche der deutschen Sprache erlangen. In den oberen Klassen ist in allen Fächern in deutscher Sprache zu unterrichten. Nur der Religionsunterricht ist unter Mitanwendung ihrer Muttersprache zu erteilen, solange regelmäßiger wendischer Gottesdienst für die Gemeinde abgehalten wird." In neuerer Zeit ist es noch schlechter geworden: das Wendische ist zum Wahlfach erniedrigt worden und wird nach dem regulären Unterricht erteilt. Die wendische Sprache hat in der Schule kein Recht mehr, sie wird nur noch aus Gnade geduldet.

Das Gebiet der Kirche und Schule ist es, auf welchem die Wenden fast täglich Klage führen über stets neue Unterdrückung. In vielen, oft noch fast rein wendischen Gemeinden wird nur deutsch oder doch größtenteils deutsch gepredigt, weil der Prediger entweder gar nicht oder sehr schlecht wendisch kann, oder getrennten Gottesdienst für seine zweisprachige Gemeinte nicht halten mag. Bei Bewerbungen um Pfarrstellen werden wendische Kandidaten entweder von der Behörde gar nicht zugelassen oder vom Patronat und den deutschen und deutschgesinnten Kirchenvorstandsmitgliedern deutsche Geistliche gewählt. Ebenso traurig sieht es in den Schulen aus. So wird in überwiegend, ja ganz wendischen Gemeinden in der Schule kein Wort wendisch gelehrt trotz gesetzlicher Erlaubnis und Duldung; in anderen Schulen bedient sich der Lehrer älterer zweisprachiger Kinder als Dolmetscher. Anderswo wieder werden Kinder bestraft, weil sie in der Pause und auf dem Schulwege wendisch sprachen.

Solches ist im „hellen" Sachsen vorgekommen; wie muß es da erst in Preußen aussehen, das ja wegen seiner Behandlung der fremdsprachigen Landeskinder weltbekannt ist. Eine Rücksicht auf die wendische Sprache existiert überhaupt nicht. Schon Friedrich Wilhelm I. drang in verschiedenen Verordnungen auf beschleunigte Verdeutschung. Seit 50 Jahren schon hat man in den wendischen Gemeinden in der Niederlausitz kein wendisches Schulbuch mehr; in der preußischen Oberlausitz wurden 1883 durch einen Erlaß der Regierung in Liegnitz alle wendischen Schulbücher aus den wendischen Schulen entfernt und den Lehrern wurde verboten, mit den Kindern wendisch zu sprechen. Die wendischen Lehrer wurden meistens in deutsche Gegenden versetzt und Deutsche in die Wendei. 1880 hatten sich die wendischen Prediger zu einer alljährlich zu wiederholenden Konferenz zusammengefunden; sie wurde als „inopportun" verboten. Ein Erlaß des Königlichen Konsistoriums in Breslau vom 23. 4. 1885 verbot den wendischen Konfirmanden-Unterricht. 1884 hatten in der Niederlausitz 58 wendische Gemeinden vollkommen deutsche Schulen, in denen die wendische Sprache gar nicht geduldet wurde, und nur in 14 Schulen wurde das Wendische zeitweise zur Hilfe genommen. Die Lehrer entstammen wohl wendischen Familien, doch ihre Ausbildung erfolgt vom zarten Kindesalter an in deutschem Sinne; die Seminare ersehen ihre Aufgabe darin, gut deutsch und preußisch bzw. sächsisch gesinnte Lehrer heranzuziehen. Fast alle Schulräte und Schulinspektoren haben bis jetzt ihre Hauptaufgabe darin gesehen, die wendischen Gemeinden möglichst bald zu verdeutschen.

Das sind die Hauptanklagen der Wenden in einigen Zügen dargestellt: Fortwährende Unterdrückung und Entnationalisierung in Kirche und Schule; daneben gehen mannigfache Beschwerden über Beeinträchtigung und Zurücksetzung in der Verwaltung. Wo ist ein Wende in seiner Heimat in irgendeinem höheren Amt? Nicht einmal in die niederen wird er hereingelassen. Und doch haben die Wenden genügend anerkannt tüchtige Juristen und Schulmänner. Trotz aller offenen und heimlichen Germanisierung hat sich aber bei ihnen das Nationalbewußtsein nicht unterdrücken lassen. Als die Fesseln durch die Revolution gesprengt waren, da loderte es in hellen Flammen auf und kräftigt sich von Tag zu Tag.

Das Studium der fremden Volksseele.

Von Rechtsanwalt Dr. Bartmann, Dortmund.

Wie aus Rußland berichtet wurde, hat Maxim Gorki im vorigen Jahre im Auftrage des Volkskommissars für Volksaufklärung, des kunstbegeisterten Lunatscharski, die Herausgabe eines großen Sammelwerkes „Die Weltliteratur" unternommen. Dieses ist berechnet auf die Riesenzahl von 8000 Bänden mit Zeichnungen bedeutender Künstler und soll in Uebersetzungen die beste Literatur aller Völker aus dem 18. und 19. Jahrhundert bringen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, jedes Volk in seiner Eigenart und seinen Gewohnheiten zu Wort kommen zu lassen.

Mag dieser Plan auch allzu phantastisch erscheinen, zeigt er doch, daß die Erkenntnis immer weiter um sich greift, wie wichtig es für jeden Staat ist, die Psyche der anderen Völker — befreundeter, feindlicher und neutraler — ungeschminkt kennen zu lernen. Dabei ist Gorki trotz seiner international-sozialistischen Gesinnung im russischen Volke verwurzelt wie wenige. Man lese nur seine eigene Lebensbeschreibung, von der bislang zwei Bände in deutscher Uebersetzung erschienen.[1])

[1]) „Aus meiner Kindheit" und „Unter fremden Menschen" (Ullstein).



Wir Deutsche haben es stets als einen Ruhmestitel betrachtet, auch fremdes Wesen zu verstehen, selbst seitdem das durch die Reichseinheit gestärkte nationale Gefühl ein gesundes Gegengewicht gegen allzu starkes Hinneigen zu ausländischer Kultur bildete. Es gibt wohl kein Volk auf der Welt, das so viel fremde Werke übersetzt und dadurch manchmal erst für die eigenen Landsleute des Autors in ihrer ganzen Tiefe entdeckt hat — de Coster als Beispiel — wie das deutsche. Und doch ist noch viel zu schaffen, wenn wir die fremden Völker durch ihre Literatur so gut wie möglich kennen lernen wollen.[2]) Denn es sind nicht immer die größten und besten Werke, welche die Volksseele am getreuesten widerspiegeln. Manche Schichten, wie die der Arbeiter und Kleinbauern, haben erst in letzter Zeit begonnen, sich literarisch zu betätigen.

Da ist es denn gewiß ein reizvolles Unternehmen, wie es der Verlag E. Diederichs unter dem Titel „Der Bauernspiegel" versucht, die literarische Darstellung eines einzelnen Standes durch die verschiedenen Nationen hindurch zu verfolgen. Zu dem ersten Werk der Sammlung, der zweibändigen Epopoe „Die polnischen Bauern" von W. S. Reymont, sind während des Krieges zwei weitere getreten: „Ein Dorfwinkel" von dem französisch schreibenden Vlamen Camille Lemonnier und „Ein Kampf um die Scholle" von Emile Guillaumin. Der Titel des letzteren Buches ist vielleicht nicht ganz zutreffend gewählt. Es führt uns in die Welt der nordfranzösischen Kleinpächter und landwirtschaftlichen Tagelöhner, die Welt von Millets „Aehrenleserinnen", die der deutsche Soldat im Kriege zur Genüge kennen gelernt hat. Denn wem wären nicht in jedem französischen Dorf die kleinen Gassen mit den zusammengedrängten Häuschen aufgefallen, die in so schreiendem Gegensatz stehen zu den breit an der Hauptstraße hingelagerten großen Höfen? Wie der Uebersetzer, J. P. v. Ardeschah, in seiner Einleitung mitteilt, gehört zu den Großbetrieben über 40 ha, welche nur 2½ Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, fast ebensoviel Land wie zu den gesamten Kleinbetrieben. Dabei sind letztere so zahlreich, daß sie 85 Prozent der Gesamtzahl ausmachen, und häufig so zwerghaft, daß fast die Hälfte von ihnen weniger als 1 ha Land umfaßt. Diesen schroffen Gegensatz schildert uns der Verfasser, der selbst zu den Kleinpächtern gehört. Er ist Sozialist, studiert und beschreibt das Leben der Bauern im Laufe der Jahrhunderte, ihre Unterdrückung durch die Machthaber und kommt am Ende zu dem Schluß, daß „die große Revolution, die die Bourgeoisie zu ungunsten des Adels bevorzugte, die Volkslage gar nicht gebessert habe", daß es immer noch zu viel „Sklaven" gebe, d. h. nach einer Definition des P. Lacordaire solche „Wesen, die weder eigenen Grund und Boden noch Arbeit haben, die sie ihr eigen nennen können." Vom Studium zur Tat war für den Verfasser nur ein Schritt. Er versucht, durch Gründung eines Syndikats der Kleinpächter und Tagelöhner bessere wirtschaftliche Bedingungen zu ertrotzen, doch sein Vorhaben zerbricht daran, daß auch diese, die bisweilen in Abhängigkeit von einander stehen, sich gegenseitig mißtrauen, daß die Großbauern und seine eigene Familie wie auch die Verständnislosigkeit der Genossen seine Pläne zuschanden machen. Still resignierend schließt das Buch, das um so weniger erhebend wirkt, als auch die religiöse Gleichgültigkeit keine seelische Befreiung gestattet.

Gegenüber diesen matten Herbstfarben wirken doppelt erquickend die kräftigen Tinten des Buches von Lemonnier. Frisch wie die belgischen Weiden sind seine Menschen, voll Lebenskraft, Humor, Freude an gutem Essen und Trinken und blitzsauberer Wohnung. Hierzu kontrastiert nicht so sehr die Armut als vielmehr der Geiz, die Bauernschlauheit, die Neigung zum Gruseligen. Wohl nichts ist für den Gegensatz zu Guillaumin bezeichnender als der Schluß, der mit einer fröhlichen, echt Brabanter Doppelhochzeit endet. — Ein Gegenstück zu Reymonts Werk bildet Stejn Strenvels' Buch „Der Flachsacker",[3]) indem es uns wie jenes im breiten Zuge bäuerlichen Lebens durch die Jahreszeiten begleitet.

Schwieriger, aber vielleicht auch fruchtbringender als durch die Dichtung ist es, auf dem Wege der Analyse der fremden Volksseele beizukommen. E. Diederichs hat deshalb eine Schriftenreihe „Zum Verständnis der Völker" herausgegeben, aus der wir besonders erwähnen möchten die Hefte von Stan. Przybyszewski, „Von Polens Seele", Alex. Barwinsky, „Das ukrainische Volk in seiner Dichtung", Willy Haas, „Die Seele des Orients", Karl Nötzel, „Der französische und der deutsche Geist". Letzterer schrieb auch die „Einführung in das heutige Rußland"[4]) und als deren Fortsetzung „Tolstojs Meisterjahre"; den „russischen Menschen" analysiert Maria Maresch, „Die Seele Spaniens" R. Lothar.[4]) In einer besonderen „Polnischen Bibliothek"[4]) sind bislang zwei Bände erschienen: W. Lozinski, „Polnisches Leben in vergangenen Zeiten" und Viktor Gomulicki, „Warschau". Mitten in die Höhle des Löwen, d. h. in die politische Welt unserer erbittertsten Gegner und in ihre Auffassung vom Volksstaate führen uns einige Bände der „Politischen Bibliothek" des Diederichschen Verlages, die bereits vor dem Kriege erschienen sind. Es seien hier nur genannt: Lloyd George, „Bessere Zeiten", Gustav F. Steffen, „Die Demokratie in England", J. Ramsay Mac Donald, „Sozialismus und Regierung".

Das Studium fremder Eigenart wird uns immer wieder zur eigenen Volksseele als dem Quell aller nationalen Kraft zurückführen, besonders in den jetzigen und den kommenden schweren Zeiten. „Wenn alles zu stürzen droht, worauf das Vertrauen der Menschen sich erbaut, dann ist es Zeit, an die innere Wiedergeburt und Erneuerung des Geisteslebens zu denken" (Martin Deutinger).[5]) Dabei werden uns die deutschen Dichter und Denker aus Deutschlands schwerster Zeit willkommene Führer sein. Wie ein Hölderlin[6]) unter äußerst ungünstigen materiellen Verhältnissen seine Seele immer mehr zum Charakter formte, wie er uns dabei die herrlichsten und reifsten Früchte seines Dichtergenius schenkte, so wird auch die deutsche Volksseele selbst unter ungünstigen äußeren Bedingungen nicht verkümmern, sondern, wenn auch eng gefaßt, doch hoch und herrlich emporsprudeln.

[2]) Wer amerikanische politische Phrasenhaftigkeit kurzweilig karrikiert lesen will, der greife zu Dickens „Martin Chuzzlewit". (Reclam.)

[3]) Inselverlag.

[4]) Verlag G. Müller, München.

[5]) „Ueber das Verhältnis der Poesie zur Religion", Samml. Kösel, Bd. 80, S. 35.

[6]) Sehr gut ist „Hölderlins Leben in seinen Dichtungen und Briefen" (Deutsche Bibliothek, Berlin), eine fünfbändige Ausgabe erscheint im Inselverlag.

Vom Büchertisch.

N. Fabri de Fabris: Zerstörtes Glück, Erzählung. Saarlouis, Hausens Bücherei. Pr. geb. 1 M. — Ein warm und gut geschriebenes, sittlich eindrücklich gehaltenes Buch für das Volk, die Geschichte einer jähen Liebe, einer zerstörten Ehe, eines vernichteten Glücks infolge Kurzsichtigkeit und innerer Wurzellosigkeit, wie sie der Leidenschaft zum Trunk gewöhnlich eignet. E. M. Hamann.

„Benzigers Brachzeit-Bücher. Ins Feld und für Daheim" setzen sich mit Erfolg weiter durch. Kraft ihrer Billigkeit (je kart. 20—45 Pf.), ihrer guten, dauerhaften Ausstattung und des von bewährten Autoren gestellten Inhaltes ernster und heiterer Art. Mir liegen eben vier neue Bändchen vor: **Hanns Gisbert: Auf der Winterrauh** und andere Kriegserzählungen; **Der Hasenfuß.** Eine Episode aus dem Osten und andere Kriegserzählungen; **Elise Miller: Die geheimnisvolle Stimme.** Ein seltsames Erlebnis und andere Kriegserzählungen; **Richard Rieß: Die Huberin.** Irrfahrten einer Braven und andere Kriegserzählungen. E. M. Hamann.

Wilhelm Müller-Rudersdorff: Schmied' uns, Leben! Spruchgedichte. München, Fr. Seybold. Pr. geb. 1,80 M. — Der Verfasser der von mir hier früher angezeigten Spruchreihe „Des Glückes Brücke" bietet abermals eine vollgewichtige Sammlung, die viel tief Durchdachtes gewiß als Lebensergebnis umschließt und daher den Eindruck einer ungewöhnlich lauteren Beispielskraft macht. Das Buch, nicht immer leicht zu lesen, aber stets dem ernsten Denken reichen Aufschluß gewährend, verdient weite Verbreitung. E. M. Hamann.

Friedrich Klimke S. J., **Schule und Religion. Was ist von der religionslosen Schule zu halten?** Innsbruck, Tyrolia. 84 S. Das Schriftchen behandelt die durch die kirchenpolitischen Verhältnisse in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückte Sache für weite Volkskreise in populärer Form. Alles Notwendige ist gesagt und mit autoritativen Zeugnissen, namentlich über die religionslose Laienschule Frankreichs, belegt. Darum findet der Leser eine gedrängte, verlässige Orientierung. Die Abhandlung ist in die fünf Kapitel eingeteilt: Worin besteht die religionslose Schule? Was bezweckt die religionslose Schule? Woher kommt die religionslose Schule? Wohin führt die religionslose Schule? Warum ist die religionslose Schule zu verwerfen? Dr. Jak. Hoffmann.

Vom Frieden Gottes. 8° 110 S. M 2. M.Gladbach, Sekretariat sozialer Studentenarbeit. „Ein Buch für alle, die nach Gott und seinem Frieden suchen", will vorliegende Sammlung kurzer Friedensmahnungen sein. Kernige Weckrufe muntern auf zum Streben nach Frieden mit und in Gott, durch Läuterung und zähen Kampf mit den der eigenen Seele drohenden Feinden, im rechten Einklang mit den Mitmenschen und Auseinandersetzung mit den unser Leben tief berührenden Geschehnissen. Im Auftakt werden die Grundtöne angegeben fürs ganze Werkchen in den prächtigen Skizzen über die deutschen Mystiker, Meister Eckhart, Heinrich Seuse und Tauler. Gebührende Würdigung erfahren die Geheimnisse der Erlösung als Friedensquellen, zumal in ihrer steten Wiederkehr in den Festfeiern des Kirchenjahres, die ewigen Wahrheiten, wie sie der hl. Glaube lehrt als feste Stützen eines unerschütterten Friedens und nicht zuletzt das Beispiel der Friedenshelden, der Heiligen Gottes, die ja auch nach dem Frieden hart ringen mußten. Ein inhaltstiefes Büchlein, das den Frieden nicht nur als kostbare Gottesgabe wertet, sondern gebührend zum rechten Friedensstreite aufruft. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Der liebevollen Beschäftigung mit der stammverwandten Literatur der Flamen, zu der der Krieg den äußeren Anstoß gegeben hatte, ist u. a. die Verdeutschung des Mirakelspieles

„Mariechen von Nymwegen“ von Friedr. Markus Huebner zu danken, durch die die altflämische Dichtung aus dem Jahre 1518, von der nur ein einziges, der Münchener Staatsbibliothek gehörendes Exemplar vorhanden ist, der Allgemeinheit zugängig wurde. Man hat das Stück irgendwo draußen in einem Fronttheater gespielt. Die Uraufführung auf deutschem Boden verdanken wir Prof. Freytag. Es war eine sehr schöne Vorstellung, nicht nur relativ in Berücksichtigung der schmalen Bühne, die Volksszenen ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, als auch durch stilistische Sicherheit, mit der Ton und Umriß der primitiven Dichtung getroffen wurden. Man hat eine dreiteilige Bühne gewählt, die abgesehen von dem technischen Vorteil des raschen Szenenwechsels durch ihre sich auf Andeutungen beschränkende Szenerie alle stilfremden Naturalismen ausschloß. An der einen Seite im Vordergrunde stand ein Lesepult; hier saß ein würdiger Mönch, der uns aus einer alten Chronik die Geschichte Mariechens las, bis das Spiel anhebt; dann erlosch die Lampe und die Gestalt tauchte in der Dämmerung unter, um später neue Szenen in ähnlicher Weise einzuleiten. Aehnlichkeiten der Motive mit der Faustsage sind nicht zu verkennen, auch hier ist es der Drang nach Wissen, der zu dem Bunde mit dem Teufel führt. (Man verlange freilich keine psychologische Ausdeutung von der Höhe der Goetheschen Weltdichtung!) Auch dieser Teufel ist „ein Kavalier“ und in der Wirtshausszene, die in der Anordnung der Gruppen und in der Beleuchtung ein Bild von großer Schönheit bot, mag man eine Parallele zu Auerbachs Keller erblicken. Manches Jahr wandelt „Mariechen“ die Bahn des Schlechten, bis sich leise die Sehnsucht nach Heimat und Familie in ihr meldet. Ungern willigt der Teufel in die Reise; ist doch ihr Oheim ein Pfarrer, und nichts fürchtet der Böse mehr als die Macht der Kirche. Da treffen sie zufällig auf ihrer Fahrt einen Theaterkarren. Man bietet ein geistlich Spiel. Maskeron ein Anwalt des Höllenfürsten, streitet wider Gott, wird aber von Christi und Marias Worten besiegt. Mariechen ist erschüttert: sie findet den Weg zur Buße und wandert nach Rom zum Papste. Vergebung ihrer Sünden kann sie nur erlangen, wenn drei eiserne Ringe, die er um ihren Körper legt, zerspringen. So scheint sie verdammt, aber im Kloster geschieht dies Wunder himmlischer Gnade. Am Schlusse erhebt sich der Mönch; aus dem Chronikerzähler wird der Priester, der mahnende Worte an die Zuschauer richtet. Man sieht der kirchliche Ursprung der Schaubühne ist hier noch deutlich. Harmoniummusik nach alten Motiven untermalte die mystischen Stellen der Dichtung. Ruth Nesch gab die Titelrolle mit schlichter Empfindung, der Teufel Günther Starks, Nesselträgers Mönch und selbst die kleineren Partien zeigten einprägsame Gestalten. Die Vorstellung hinterließ beim gutbesetzten Hause starke Eindrücke.

Schauspielhaus. „Und das Licht scheinet in der Finsternis“, Leos Tolstojs nachgelassenes Drama haben wir an gleicher Stelle vor sieben Jahren gesehen. In leicht durchsichtiger Umhüllung zeigt der Dichter die Konflikte, in die er bei dem Versuche, seine Lehre in die Wirklichkeit umzusetzen, mit seiner Umwelt und der herrschenden russischen Kirche geriet. Er, der die Welt neuen Zielen zuführen möchte, vermag selbst seiner Familie nur Schmerz und Kummer zu bereiten. Man muß die Gerechtigkeit bewundern, mit der dieser Kämpfer seine eigenen Widersacher zu schildern weiß, wie dieser Fanatiker der Idee doch sich eine schöne Menschlichkeit bewahrte, die einsieht, daß eine seelische Umformung sich nicht dekretieren läßt. Wilhelm Dieterle verzichtete auf die Tolstoj-Maske, die vormals Kayßler angelegt hatte, er formte den starken Geist, den reinen Willen und die weltfremde Kindlichkeit des Schwärmers zu einer überzeugenden Einheit. Die Gattin gab Elisabeth Huch fesselnd, aber ihre Leistung war mehr „Theater“, als diejenige Dieterles. Die Regie Fran Körners hatte alle Stimmungswerte des Stückes fein herausgearbeitet und zeigte ein intimeres Zusammenspiel, als man unter der alten Leitung im Schauspielhause in der letzten Zeit gewohnt gewesen.

Volkstheater. „Paul und Pauline“ von A. Möller und M. Paulik ist ein munterer Schwank, der dank seiner hübschen Rollen gefiel und sehr belacht wurde. Paulinchen will nicht den Mann, den man ihr aufdrängt, sie rennt davon und lernt dann im Magdkleide einen Paul kennen, der sich um ihretwillen als Knecht verdingt hat. So kommen die Leutchen doch zu einander. Frl. Meingast und Koutensky spielen die Beiden sehr hübsch und mehr bedarf es nicht für ein paar heitere Stunden.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Brest-Litowsk, gegen Versailles ein Kinderspiel — „Wiedergutmachungen“ — Kriegsanleihe und Devisenkurse — Zukunft unseres Handels.

Eindrucksvollste Massenkundgebungen im ganzen Reich. Demonstrationsproteste der politischen und wirtschaftlichen Organisationen Deutschlands, Vermittlungsversuche der Arbeiter-Internationale, Entrüstungsworte der neutralen Presse und selbst einzelne Ententestimmen unterstreichen gleichlautend die von unseren Regierungskreisen ausgesprochenen Worte über die Versailler Friedensbedingungen: „Unannehmbar, weil unerfüllbar“. Der Aufruf der deutschen Gewerkschaften an die organisierten Arbeiter aller Länder bezeichnet dieses Friedensmachwerk als „eine Verhöhnung aller Arbeiter-Organisationen und als ein Trutzbündnis gegen den internationalen Arbeiterschutz“. In einem russischen Funkspruch wird „Brest-Litowsk“ ein Kinderspiel gegen „Versailles“ genannt, vornehmlich weil „Deutschland einen Blankowechsel unterzeichnen soll, welchen die Verbündeten dann nach ihrem Belieben ausfüllen werden. Solch einen brutalen, imperialistischen Raub hat die Geschichte noch nicht gekannt“. Die deutsche Eisenindustrie hat in ihrer Kundgebung besonders betont, dass, „nachdem Elsass-Lothringen, das alte deutsche Land mit seinen reichen Eisenerzschätzen und gewaltigen Eisenwerken, das Saarkohlengebiet, der Versorger Süddeutschlands, Oberschlesiens wertvolle Kohle und Industrie uns entrissen werden sollen, das rege, werktätige Volk des linksrheinischen Gebietes auf lange Jahre, wenn nicht für ganz in feindliche Fronarbeit gehen soll — die deutsche Eisenindustrie die Hälfte der Werksanlagen, Dreiviertel der Eisenerzvorkommen und Zwei-Drittel seines Kohlenbesitzes verlieren würde. Das hiesse ein neuerliches, schnelles Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit und des Elendes“. Reichsfinanzminister Dernburg hat in der Sitzung des Staatenausschusses die vielen Einzelpunkte, welche auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebieten die vollkommene Abdrosselung und Hinschlachtung unseres Volkes bedeuten, gekennzeichnet und deutlich bewiesen, dass durch all die ungeheuerlichen Forderungen die Entente die erste Hypothek auf die Gesamteinnahmen des Reiches und der Bundesstaaten, sowie auf alle unsere natürlichen Hilfsquellen erhält. Deutschlands Finanzgebahren und Steuerpolitik wird der Kontrolle der Alliierten unterstellt. Durch Aufrechnung unserer Auslandsforderungen, durch unser Gold, durch Naturalleistungen in unerhörtem Umfang — landwirtschaftliche Wiedergutmachungen, Lieferungen von Arbeitsmaschinen und Kohlen — Ausfolgung unserer Handelsflotte, der Kabel und der Überseebilfsmittel, durch Wegnahme deutscher Urheberrechte, Patente, Annullierung internationaler Abkommen und Verträge ist die ganze Brutalität des Hasses und der Vernichtungswut unserer Feinde ausgedrückt. Französischer Chauvinismus und angelsächsischer Imperialismus lockt mit Zuckerbrot und droht mit der Peitsche im Falle der Nichtunterzeichnung: Vermehrte Lieferung von Lebensmitteln und Zuführung deutscher Waren über Holland und die Schweiz an die Quelle des Weltmarktes werden bejahenden Falles versprochen: Ausfuhrverbot für Rohstoffe und Industrie-Erzeugnisse, verschärfte Blockade mit militärischen Massnahmen andernfalls in Aussicht gestellt!

Unsere Bank- und Industriekreise stehen naturgemäss nach wie vor unter dem Eindruck der alles beherrschenden Friedensbedingungen, die neben der wirtschaftlichen Lahmlegung und dem territorialen Verlust an den Ost- und Westgrenzen, der Kolonien und des gesamten Ueberseehandels, die Abwanderung von Millionen werktätiger Deutschen zur Folge haben müssen, ganz abgesehen von den heute noch ganz unabsehbaren Wirkungen der finanziellen Versklavung. Die in den vielen Einzelheiten gar nicht restlos zu benennenden Vergewaltigungen veranlassten selbstverständlich eine grosse Verstimmung unserer Börsen. Ausgesprochene Paniken sind zwar angesichts der grossen Geschäftseinschränkungnicht zu verzeichnen, immerhin bilden empfindsame Kursabschläge, namentlich der hochnotierten Industriepapiere, die Regel. Vor allem verstimmt der fortgesetzte Tiefstand der heimischen Staatsrenten, namentlich der Kriegsanleihen, welche zeitweise 25% unter Ausgabekurs in grossen Posten an den Markt geworfen wurden. Auch die scharfen Schwankungen der Devisenkurse mit einer neuerlichen Entwertung der Reichsmarkvaluta im neutralen Auslande blieben begreiflicherweise der Hauptgesprächsstoff, umsomehr als verschiedentliche Ansätze des Warenaustausches unverkennbar sind. Die Regulierung der Nahrungsmittel

und Rohstoff-Einfuhr konnte in befriedigender Weise — in gewissem Masse — durch deutsche Industrie-Erzeugnisse betätigt werden. Langsam, wenn überhaupt möglich, verflachen sich die ungeheuren volkswirtschaftlichen Verluste aus den Spartakus- und Streikwochen! Durch einen Reichskommissar zur Beschaffung von Zahlungsmitteln soll die weitere Finanzierung der Lebensmittelversorgung in die Wege geleitet werden. Reichswirtschaftsminister Wissel hat auch über die Zukunft unseres Handels in der Hamburger Handelskammer gesprochen. Eine Aussenhandelskontrolle wird auch fernerhin die Einsparung im Konsum, Hebung der Ersatzstoffwirtschaft, Kontrolle des freien Handels bedingen. Die nunmehr beruhigtere Auffassung der deutschen Regierungskreise hinsichtlich der Sozialisierungspläne spielen ebenfalls mit.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Todes-  Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser langjähriges Zentralratsmitglied und unsern hochverdienten Direktor

den Hochwürdigsten Herrn Domkapitular

Sebastian Kirchberger

Päpstlicher Hausprälat,

Diözesan- und Zentralpräses der kath. Gesellenvereine Bayerns,

Inhaber des k. b. Verdienstordens vom hl. Michael IV. Klasse, des Ordenskreuzes pro Ecclesia et Pontifice, Komtur des Ordens vom hl. Grabe mit Stern usw.

gestern, den 16. Mai, abends 1/212 Uhr nach längerem, schwerem, geduldig ertragenem Leiden und wiederholtem Empfange der hl. Sterbsakramente zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Indem wir diese schmerzliche Trauerkunde allen Missionsfreunden und Bekannten des Verstorbenen zur Kenntnis bringen, empfehlen wir den lieben Mitbruder und Mitarbeiter dem Gebete und Gedenken beim hl. Messopfer.

München, 17. Mai 1919.

Der Zentralrat des Ludwig-Missionsvereins in Bayern.

Aufruf
des Wachregiments!

1) Soldaten!

Trotz starken Zudranges genügen die Anmeldungen noch nicht. Insbesondere sind an Minenwerfern und Maschinengewehren ausgebildete Leute benötigt.

Erwägt nicht zu lange! Ihr findet beim Regiment einen ehrenvollen Beruf und gesicherte Zukunft.

2) Einwohner Münchens!

Ich will für meine Soldaten wohnliche Quartiere schaffen. Es fehlt aber in den Schulhäusern, Kasernen und Kellern an den nötigen Einrichtungsstücken. Darum gebt mir überflüssigen Hausrat, wie Tische, Stühle, Bänke, Gartenmöbel, Kästen, Bilder, Aschenbecher usw. Sammelstelle und Anmeldestelle St. Annaschule.

Um Bedürftige meines Regiments unterstützen, besondere Leistungen belohnen zu können, benötige ich Geldmittel; gebt reichlich und rasch für die Leute, die sich für Eure Sicherheit zur Verfügung stellen. Einzahlung auf Postscheckkonto Nr. 16410. Ueber diese Geldmittel verfüge ich nur im Einverständnis mit den gewählten Vertrauensleuten des Regiments.

Faerber,
Major z. D. und Kommandeur
des Wachregiments.







DEUTSCHE BANK.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am **4. Juni 1919 11 Uhr vormittags** in unserem Bankgebäude, Eingang Kanonierstr. 22, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen. Aktionäre, welche ihr Stimmrecht nach Massgabe § 23 der Satzungen ausüben wollen, müssen ihre Aktien (oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank) mit einem der Zahlenreihe nach geordneten doppelten Nummernverzeichnis **spätestens am 31. Mai d. J.**

in Berlin	bei der	**Effektenkasse der Deutschen Bank, Behrenstr. 11** (für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots auch bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins),
„ Breslau	„ dem	**Schlesischen Bankverein Filiale der Deutschen Bank,**
„ Elberfeld	„ der	**Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank,**

„ Aachen, Augsburg, Barmen, Bremen, Chemnitz, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Görlitz, Hamburg, Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Leipzig, München, Nürnberg, Posen, Saarbrücken, Stettin, Trier, Wiesbaden

bei den Filialen und Zweigstellen der Deutschen Bank,

ausserdem:

in Düsseldorf	bei dem	**Bankhause C. G. Trinkaus,**
„ Essen a. d. Ruhr	„ der	**Essener Credit-Anstalt,**
„ Frankfurt a. M.	„ „	**Deutschen Vereinsbank,**
	„ dem	**Bankhause L. Speyer Ellissen,**
	„ „ „	**Jacob S. H. Stern,**
	„ „ „	**Gebrüder Sulzbach,**
„ Hannover	„ der	**Hannoverschen Bank,**
„ Ludwigshafen a. Rh.	„ „	**Pfälzischen Bank,**
„ Mannheim	„ „	**Rheinischen Creditbank,**
	„ „	**Süddeutschen Bank Abteilung der Pfälzischen Bank,**
„ Stuttgart	„ „	**Württembergischen Vereinsbank**
	„ dem	**Bankhause G. H. Keller's Söhne**

oder bei einem deutschen Notar hinterlegen und bis nach der Generalversammlung belassen. Stimmkarten werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Geschäfte der Gesellschaft.
2. Die Rechnungsablage mit dem Bericht des Aufsichtsrats.
3. Beschlussfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, die Gewinnverteilung, sowie über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat unter Festsetzung der Zahl seiner Mitglieder.

Berlin, den 12. Mai 1919.

DEUTSCHE BANK

Mankiewitz. Heinemann.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann, Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen



16. Jahrgang
Nr. 22

31. Mai
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 22. München, 31. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Die Religion als soziale Tatsache und der Sozialismus.

Von Benefiziat Ludwig Heilmaier, München.

Die „Münchener Post" klagte am 1. Mai 1919 darüber, daß während doch „die Menschenliebe der seelische Atem des Sozialismus" sei, der Haß seit der Revolution sich gesteigert habe. „Die Sonne der Menschen- und Bruderliebe ist verdunkelt, die Epoche des maienhaften Sozialismus, den wir in früheren Tagen erhofften heraufsteigen zu sehen, geht blutig rot auf... Seien wir ernst und nachdenklich. Wir haben allen Grund, in diesen Maientagen alle in uns zu gehen, uns zu prüfen, ob wir noch Sozialisten sind... Denn der Sozialismus ist nicht das Evangelium der Gewalt, sondern der Gerechtigkeit." In der gleichen Nummer 100 wies Wissell im Epilog zum Rätekongreß, von der allgemeinen Sozialisierung des Bankrotts sprechend, an der Hand von Kautskys Referat „besonders darauf hin, daß eine Klasse, die sicher und dauernd ihre Herrschaft in den breiten Massen des Volkes fundieren will, nicht nur an die eigenen Interessen, sondern auch an die Interessen der Gesamtheit denken muß". Dies sei vielfach übersehen worden und schaffe die großen Schwierigkeiten, die einer Sozialisierung entgegenstehen.

Hat die „Münchener Post" Grund zu klagen über den Mangel an Menschenliebe, Gerechtigkeit und Gemeingefühl, über den Klassenindividualismus unter den Genossen? Nein. Ohne ein höheres Sittengesetz, das sie ablehnt, gelangen wir heute nicht mehr zum gemeinschaftlichen Wiederaufbau des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, sondern von einem Bruderkampf und Chaos zum andern. Nur die Religion, das Christentum, indem es zuerst Geist und Herz reformiert, kann die wahre Reform bringen in den gegenwärtigen Fragen und die Arbeitermasse zu einem gerechten und erfolgreichen Kampf befähigen gegen jenen entchristlichten, gemeingefährlichen Kapitalismus, dessen Symbol die Nilpferdpeitsche und abgehauene Hände armer Kongoneger sind und der, unersättlich, aus dem Todesröcheln von Millionen die Macht seiner Ringe und Trusts ins Unermeßliche steigern wollte. Hätte man die ethischen Grundsätze des Christentums befolgt in Familie, Staat und Wirtschaftsleben, dann wäre uns der Weltkrieg erspart geblieben samt seinen grauenvollen Nachwirkungen und es gäbe keinen Krieg mehr. Seit vielen Jahrzehnten aber haben die sozialistischen Organe und Vereine die Massen belehrt, daß „Christentum und Sozialismus sich gegenüberstehen wie Wasser und Feuer", immer unbekannter wurde es dem organisierten Arbeiter, welch unermeßlichen, aus der Tiefe des Herzens heraus reformierenden Einfluß das Christentum ausübt auf alle sozialen Verhältnisse, wie es Sklaven zu freien Männern machte, das erniedrigte Weib erhob, der Menschheit den Geist wahrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vermittelte.

„Wir müssen uns prüfen, ob wir noch Sozialisten sind!" Prüfet euch, ob ihr jemals wahre Sozialisten waret! Ob das, was ihr Sozialismus nennet, überhaupt Menschlichkeit und uneigennütziges Gefühl für das Gesamtwohl in den Massen zu verankern vermag. Jetzt ist die Zeit der Selbstbesinnung gekommen. Muß es nicht einen ernsten Sozialisten zu aufmerksamstem Studium der Urkunden und Wirkungen des Christentums reizen, wenn ein Mann, wie Schmoller, für den es kein göttliches Sittengesetz gibt, zu folgendem Urteil gezwungen ist: „Es entstand mit der christlichen Hingabe an Gott eine Selbstbeherrschung, die bis zum moralischen Heroismus ging, eine Seelenreinheit und Selbstlosigkeit, ein sich opfern für ideale Zwecke wurde möglich, wie man es früher nie gekannt hat, die Idee der Bruderliebe, der Nächsten- und Menschenliebe begann alle Lebensverhältnisse zu durchdringen und erzeugte eine Erweichung des harten Eigentumsbegriffes, den Sieg der gesellschaftlichen und Gattungsinteressen über die egoistischen Individual-, Klassen- und nationalen Interessen, eine Sorge für die Armen und Schwachen, die man im Altertum vergeblich suchte. Die Idee der Gleichheit vor Gott trat den bestehenden harten Gesellschaftsunterschieden versöhnend und mildernd zur Seite. In jedem, selbst dem Niedrigsten, wurde die Würde des Menschen anerkannt" (Grundriß der allg. Wirtschaftslehre 1, 1908, S. 79, siehe Pesch S. J., Ethik und Volkswirtschaft, Herder 1918). „Wir müssen uns prüfen!" — „Das einzige Schutz- und Heilmittel gegen zerstörenden Sozialismus ist jener aufbauende Sozialismus, der alle Menschen als Brüder, als Kinder des himmlischen Vaters betrachtet.. Wie eine echte und allgemein verbreitete Religiosität uns vor jeder unerträglichen Ausartung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse bewahrt hätte, so ist auch unter allen bisher vorgeschlagenen Reformen keine einzige, die zu ihrer überhaupt nur haltbaren Durchführung nicht eine wesentliche Steigerung und Verallgemeinerung echter Religiosität voraussetzte" (Roscher, Geschichte der Nationalökonomie 1874, 1024). Auch die internationale Volkskirche vermag den Unterschied zwischen Reich und Arm nie zu verwischen, wohl aber, in Verbindung mit der materiellen Kultur, zu innerlicher Vereinigung und aufrichtiger allgemeiner Verbrüderung zu führen. „Wo jedermann das Erdenleben als eine Vorstufe der Ewigkeit betrachtet, da verlieren die Vermögensunterschiede ihre aufreizende, demoralisierende Kraft. Dagegen wird der Atheist und Materialist nur zu leicht Mammonist und der arme Mammonist gerät nur zu leicht in jene Verzweiflung, welche die Welt in Brand stecken möchte, um dabei entweder zu plündern oder unterzugehen, während der reiche Mammonist gar oft durch die Unsittlichkeit seines Erwerbs und Genusses allen Reichtum überhaupt verdächtig macht" (Roscher). Oder hören wir noch, was der Nationalökonom Baudrillart vom Christentum schreibt: „Es führte die Großen dieser Welt zur Demut durch das Gefühl der Gleichheit in der Sünde und die Niedrigen zum Bewußtsein ihrer Würde durch Gleichheit in der Erlösung. Der Atheismus aber autorisiert den Starken zur Unterdrückung des Schwachen ohne jeden Skrupel, führt jeden dazu, nur Rücksicht auf seinen eigenen Genuß zu nehmen, allein sich selbst anzubeten. Nehmen wir an, der Ruf des irreligiösen Fanatismus sei verwirklicht: Gott, ziehe dich zurück! In diesem großen Schiffbruch würde die Ordnung in der Volkswirtschaft, die Gerechtigkeit in den Verträgen, die Liebe, welche alle Beziehungen verklärt, die Tugenden, die zu Wohlstand führen oder den Mißerfolg mit Geduld ertragen lehren, tiefe und unheilbare Wunden empfangen. Wahrhaft große Toren sind es also, die nach so vielen Erfahrungen meinen, mit Negationen den Völkern die Freiheit, der Gesellschaft den Fortschritt verleihen zu können." (Des rapports de la morale et de l'économie politique 1883, 148).

Ist es nicht traurig, daß wir mit dem Schicksal Münchens erst wiederum diese Erfahrungen am eigenen Leibe verspüren mußten? Gewiß wirkt auch in den vernünftigen, organisierten Massen der Sozialdemokratie, denen die Religion als eine im sozialen Leben entbehrliche Privatsache gilt, der Geist des Christen-

tums noch fort. Wie stark jedoch dieser Geist in ihren Reihen geschwunden ist infolge der bereits durch Generationen gepflegten religiösen Irreführung,[1] zeigt gerade im Fall München die Tatsache, daß sich Zehntausende sonst vernünftiger Männer ohne weiteres durch fanatische Führer zu einem Wirtschaftssystem des allgemeinen Bankrotts und der brutalen Vergewaltigung aller anderen Gesellschaftsklassen begeistern ließen. Mit Schrecken überschaut u. a. die „Metallarbeiterzeitung", Stuttgart, 5. April, „Terror und Maßregelung im deutschen Metallarbeiterverband", die Erfolge der „Diktatur des Proletariats": „Auflösung jeder Ordnung und Selbstzucht innerhalb der Organisation, eine Gesinnungsverfolgung, wie sie schlimmer auch nicht vom Kapitalismus verübt wurde, radikale Zertrümmerung des Bestehenden mit Verleumdung, Haß und nackte Gewalt, Anarchismus, Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, nicht Fortschritt und Freiheit, sondern Demoralisation, Verwilderung der Sitten und der Rechtsbegriffe, grenzenloses Elend". Die wahrhaft kannibalische Ermordung und Verstümmelung der gefangenen bürgerlichen Geiseln bildete zu all diesem den würdigen Abschluß. Sind die, welche zu solcher Ernte die Saat bestellten, etwa nur auf seiten des Kapitalismus zu suchen? Wir sind durch einen Beweis reicher geworden für die Tatsache, daß *dem Sozialismus die so oft verheißene Völkerverbrüderung ohne die Kräfte aus einer höheren Welt, ohne die übernatürliche Bindung der Gewissen nicht gelingen kann.*

„Seien wir nachdenklich, wir haben allen Grund in diesen Maientagen alle in uns zu gehen, uns zu prüfen, ob wir noch Sozialisten sind!" Möchte in dieser Selbsteinkehr die Betrachtung über das Christentum nicht fehlen, ohne welches noch kein Volk bis heute den niederen Klassen Gerechtigkeit und Liebe verwiesen hat, das in seiner kirchlichen Organisation erst die Einheit und Zusammengehörigkeit des Menschengeschlechtes zur Geltung brachte. Durch Anleitung zu wirksamer Regelung der niederen Triebe machte es erst den Menschen zum Menschen, veredelte den gemeinsamen Kulturfortschritt als allgemeine Teilnahme an der göttlichen Herrschaft über die äußere Welt. Es heiligt und festigt die Familie, diese Urzelle und Urquelle allen Opfersinns und Gemeingeistes. Erst aus seinem Hauptgebote, Gott über alles zu lieben, schöpfen wir die Kraft, das Ganze mehr zu lieben als uns selbst, sonst zerfallen Volk und Staat in die Summe der einzelnen, denn „warum soll der einzelne sein Selbst für das Wohlergehen vieler anderer opfern, die doch nichts anderes sind als er selbst?" (Pesch). Stets bekämpfte das Christentum die Unkultur im Genuß, den prunkhaften Egoismus, forderte eine der jeweiligen Kulturhöhe entsprechende menschenwürdige Existenz aller, es versagt und verargt in keiner Weise den Arbeitern eine Hebung des Selbstbewußtseins und Kräftigung durch soziale Verbindung der Arbeitsgenossen, gibt nur zu bedenken, daß eine Besserstellung des Arbeiters, eine Blüte der Volkswirtschaft nur resultieren kann aus einer *wirklich konstitutionellen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses*, nicht aus grundsätzlicher Feindschaft gegen das Unternehmertum. Das Christentum hat erst der Menschheit die *allgemeine Pflicht der Arbeit gelehrt*, die Arbeit zu Ehren gebracht, sie frei gemacht; es hat zuerst in seiner Organisation das „Freie Bahn dem Tüchtigen" längst verwirklicht usw. Die Erwägung solcher Tatsachen müßte dazu führen, den christlichen Kern im Sozialismus von dem Wuste irriger Vorstellungen zu befreien.

Zu diesen gehört vorzüglich die Erklärung der Sozialisten, daß sie die Religion als soziale Tatsache vollauf anerkennen; *im Sozialismus sei erst das wahre Christentum erschienen*; so kann ein Mann, der mit dem Christentum in unserem Sinn völlig gebrochen hat, Joh. Bacmeister, ausrufen: „Christlich kann niemand sein, ohne auch sozial zu sein!" (Soziale Wiedergeburt, Stuttgart, Kohlstadt, 1913.) Wir müssen dabei an den Einfluß von Comte und Spencer denken und ihrer Soziologie. Ueberall stieß diese Sozialphilosophie im Leben der Völker auf den mächtigen Einfluß der Religion, trat deren sozialer Charakter so zutage, daß man schließlich im sozialen Element den Träger des Göttlichen sah. Typisch für solche in sozialistischen Kreisen kursierende Literatur ist z. B. das Buch des Freisinnigen Kalthoff „Das Christusproblem, Grundlinien zu einer Sozialtheologie," Diederichs, 1903. Man übersah völlig, daß das *zentrale Moment der Religion die Gottesidee ist*, daß der religiöse Mensch aufgeht in der Verherrlichung des göttlichen Wesens, ihm, so er sich schuldig weiß, das Beste, was er hat, zum Opfer bringt; bei keinem Volk läßt sich eine Spur finden, daß seine Religion sozialen Ursprungs sei. Wohl aber zeigt sich, daß die *Religion einen starken gemeinschaftsbildenden Charakter* in sich verborgen trägt, daß sie, wie der Katholizismus bewies, eine internationale Massenorganisation zu bilden und im sozialen Leben der Völker wahre Umwälzungen hervorzubringen vermag. Doch den Antrieb empfing die Religion nicht von sozialen Mächten, sie ging eben nicht aus der Gesellschaft hervor. Jene Ueberschätzung des Sozialen in der Religion führte also zur Verkennung der religiösen Tatsache in ihrem Ursprung und Wesen. Die *Religion ist kein sozialer Typus*, immerhin eine *soziale Tatsache*. Ihr Urgrund liegt darin, daß durch unsern Ursprung aus Gott eine durchgehende Gemeinschaft besteht zwischen Gott und dem einigen Menschengeschlecht. Darum, weil alles, was Mensch heißt, eins ist in Ursprung, Aufgabe und Ziel, strömt aus der Gottesidee das Streben nach all umfassender Gemeinschaft, der Trieb zur *Solidarität*, gipfelt in der Gottesidee alle Kultur und geht mit ihr zugrunde. Ohne diese soziale, gemeinschaftsbildende Macht der Religion hätte sich die Menschheit längst im Kampf aller gegen alle vernichtet, Ansätze zu solcher Selbstzerfleischung brachte in der Geschichte immer wieder der Ruf: Gott, ziehe dich zurück! Vor allem in unserm komplizierten Gesellschaftsleben mit seiner unaufhaltsam fortschreitenden Sozialisierung vermag nur die Religion der Solidarität den unerläßlichen ethischen Charakter zu geben. Wie das Christentum, die einzig wahre Religion, als die Lebenssonne, Licht und Wärme über das einzelne Individuum ausgießt, so faßt es die vielen Individuen in wahrer Solidarität zusammen, so daß sich die Sonderinteressen mit denen der Gemeinschaft harmonisch verbinden. Mit der innerlichen Entfremdung gegen Gott, den gemeinsamen Vater, büßt die Solidarität ihren ethischen Charakter ein, artet aus, die Sozialisten werden irre an sich selbst: wir müssen uns prüfen, ob wir noch Sozialisten sind, ob wir es je waren. Die Religion gehört nun einmal zur menschlichen Natur; unsere Seele ist von Natur aus eine anima christiana, durch die gewaltsame Zurückdrängung des Einflusses des religiösen Elementes mußte deshalb unser soziales Leben, mußte der Sozialismus der unheilbaren Erkrankung verfallen. Das Christentum allein trägt in sich die *Gerechtigkeit* als Gegengewicht gegen die Gefahr des Individualismus, es verbürgt auch die gesunde Entfaltung des neuesten sozialen Typus, der Sozialisierung, wie bisher gerade unter seinem Einfluß hohe soziale Typen entstanden.

Zu jener Verkennung der menschlichen Natur und der Menschen, wie sie sind, konnte der jetzige Sozialismus nur kommen durch Ableugnung der Tatsache des Sündenfalles, der *Sünde*, die zwar nicht zu unserer Natur gehört, aber den gemäß dem ursprünglichen Wesen des Menschen zwischen der Gottheit und Menschheit bestehenden Gleichklang zerriß, eine tiefe Kluft schuf zwischen Ideal und Wirklichkeit. Je komplizierter die ökonomischen Interessen werden, desto verhängnisvoller gärt der Sauerteig der Sünde in den Tiefen der Herzen als Egoismus, Klassenhaß. Um so schneller würde sich bei uns der Rückfall in die Barbarei vollziehen, falls das Christentum mit brutaler Gewalt vernichtet würde. Der Zustand der sogenannten *Naturvölker* zeigt, wie furchtbar die Menschen gerade im *sozialen Leben degenerieren können*, wenn sie nach dem Wort des hl. Paulus das Bild des unvergänglichen Gottes mit dem Bilde des Menschen vertauschen (H. Visscher, Utrecht, Religion und soziales Leben bei den Naturvölkern, 1, Bonn 1911). Nach den Aussprüchen

[1] Man vergleiche die beiden Artikel der „Münchener Post" „Christentum und anderes" (Nr. 104, 105, 5. u. 6. Mai 1919). Nach dem ersten ist „seine (des Christentums) Geschichte ein einziger grauenvoller Strom von Blut und Trauer" und „eine neue Kirche ist im Entstehen, die abermals Liebe predigt." Nach dem 2. Artikel brauchen wir „nicht bis auf die Zeit des Mittelalters zurückzugehen, um den gewaltigen geistigen Einfluß des Christentums auf die sozialen Ideenrichtungen der Zeit nachzuweisen." Am Schluß heißt es: „Wir verstehen wohl, daß viele unserer ethisch gerichteten Volksgenossen an dem Christentum irre geworden sind, die mit tiefem Schmerz die Stellung großer Gruppen der Geistlichen zu den Problemen des Weltkrieges verfolgten; aber diese ganz unchristliche Stellungnahme *darf uns nicht zu ungerechten Urteilen über das geschichtliche, kulturelle und sozial-ethische Wirken des Christentums überhaupt verleiten.*" Das ist es ja, was so viele Genossen irre werden ließ, daß die sozialistische Presse nie klar unterschied zwischen dem Christentum als Institution und seinen menschlichen Trägern, von denen manche freilich bisweilen die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstanden. Vielmehr hat sie jegliche Gebrechlichkeit, die sie ausfindig machte, dem Christentum und der Kirche an sich aufgehalst. Wie wäre aber solches objektive klare Urteilen möglich bei ihrem Doppelgesicht, wenn sie meint, zwei Herren dienen zu können, wenn sie heute gegen das Christentum in einer Art schreibt, die sich an Unwahrheit und Gehässigkeit nicht mehr überbieten läßt, und morgen wieder meint, daß diese Ausführungen „*nach Berichtigung schreien*".

der Nationalökonomen zeigt die ganze Entwicklung der europäischen Völker starken degenerativen Charakter, die Gründe sind uns Christen nur zu bekannt. Wenn die Völker rettungslos dem Untergang zusteuern, trifft die Großmacht des entchristlichten Sozialismus eine sehr große Schuld. Jetzt ist der Augenblick der Selbstbesinnung gekommen, wo er sich losreißen soll aus dem unheimlichen Bannkreis eines Häckel und der Soziologen, um wieder zu verstehen, daß der Mensch nicht ausschließlich ein soziales Wesen, sondern auch ein geistiges, einer höheren Ordnung dienendes Wesen ist. Der Mensch wurde letzteres im edelsten Sinn des Wortes aber erst, als der göttliche Logos in der Fülle der Zeit im Weltprozeß aufflammte, durch Sammlung aller noch vorhandenen Wahrheitselemente die Menschheit zurückführte zur Einheit mit Gott, so daß im Christentum die Menschheit die höchstdenkbare Entfaltung des Geistes und der Persönlichkeit erlebte.

Kein Geringerer als Eucken, der übrigens dem kirchlichen Leben ganz fern steht, zeigt in unseren Tagen dem Sozialismus, wohin die von ihm angestrebte einseitige Sozialkultur führt. Ausführlich legt er dar, wie durch den Versuch die Hoffnung zu verwirklichen, daß die gesellschaftliche Lebensführung das menschliche Dasein ganz ausfüllt und alle irdischen Wünsche möglichst befriedigt werden, die einzige Stelle, wo das Leben letzthin ursprünglich quillt, nämlich das Individuum, schwer geschädigt wird in seiner Selbständigkeit. Im Rahmen der sozialen Lebensführung, die sich wesentlich mit der Besserung der äußeren Verhältnisse befaßt, gilt alle geistige Tätigkeit nicht mehr als Selbstzweck, sondern lediglich noch als Mittel zur Förderung des allgemeinen Wohlbefindens. Dieser Utilitarismus bringt in seinem Widerspruch zu aller echten Geisteskultur nichts Neues mehr hervor, bringt dem Menschen auch keine innere Erlösung, macht ihn vielmehr zum Sklaven seiner selbst. Eine solche bloße Menschenkultur, die sich ganz an das unmittelbare Dasein hält, nur das Diesseits schmückt und ziert und als Himmel einrichtet, da ja der Glaube an den jenseitigen Himmel längst aufgegeben ist, wird nach den Ausführungen Euckens in ihrer Leere und Unzulänglichkeit scheitern müssen. Denn sie macht unvermeidlich die Masse zum Hauptträger des Lebens, das Individuum zum bloßen Werkzeug der Gesellschaft, strebt nach möglichster Gleichheit. „Auf solchem Wege der Gleichmacherei muß die Kultur immer tiefer sinken, sie wird alle kräftige Art und ausgeprägte Individualität zu einem Uebel und Unrecht stempeln." Wenn man dem Menschen alles Wertvolle nehme, vor allem sein Verhältnis zu Gott zerstöre, dann bleibe „nur mehr eine zoologische Größe. Aber wie man von der Verbindung derartiger Wesen Großes erwarten könnte, das läßt sich in keiner Weise erfahren". Gegenüber der schablonenhaften Kultur des sozialistischen Staates, welcher das Individuum zu einem bloßen Stück in seinem Räderwerk mache und den Untergang der Kultur überhaupt bedeute, stellt nun Eucken die Religion als soziale Tatsache. Ein gesundes Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaftsleben sei einzig zu erreichen durch die für unsere Zeit unbedingt erforderliche gründliche Erneuerung des Christentums, dessen Stärke in der Ueberwindung der Widerstände und Hemmungen liege. Der Aufbau einer neuen Welt sei seine weltgeschichtliche Leistung. Diese Kraft habe sich keineswegs ausgelebt, es schlummern in ihm noch unermeßliche Kräfte, die imstande sind, die Menschheit in neue Bahnen zu lenken. (Geistesprobleme und Lebensfragen, Reclam, 5993–5995, S. 145 u. 184)

Der heutige Wendepunkt im Menschheitsprozeß stellt den Sozialismus vor die folgenschwerste Entscheidung. Das in der Kirche international organisierte Christentum ist nach seinem Wesen und Beruf und dem Beispiel seines göttlichen Stifters von Anfang an auf die Seite der Enterbten, Bedrängten getreten. Es will und darf nicht Partei sein im Wirtschaftskampf, es kann weder eine Stütze sein für den entarteten Kapitalismus, noch die rote Fahne des Umsturzes vorantragen. Aber es reicht den vernünftigen Massen des organisierten Sozialismus aufrichtig die Hand. Vom Geiste Christi getragen, wäre nach dem fluchwürdigen Verbrechen des Weltkrieges die solidarische Erhebung der gesamten Arbeiterschaft zweifellos eine der segensreichsten Reformationen der Weltgeschichte geworden.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Wie steht es um das Friedenswerk?

Als günstige Zeichen kann man betrachten: 1. die Verlängerung der Notenfrist um 8 Tage, 2. die in der feindlichen Presse immer deutlicher zutage tretende Furcht vor dem deutschen Unannehmbar, 3. die Auflehnung von neun amerikanischen Delegierten gegen den Gewaltfrieden.

Auf der Gegenseite ist zu buchen, daß sich in den bisherigen Antwortnoten der Entente außer dem formalen Zugeständnis der Fristverlängerung kein faßbares Entgegenkommen bekundet und das grundlegende Prinzip der Gegenseitigkeit ausdrücklich abgelehnt wird, sogar hinsichtlich der Behandlung der Gefangenen.

Für die Fristverlängerung brauchen wir kein Danklied anzustimmen, denn die Gegner hätten sich vor aller Welt in das offensichtliche Unrecht gesetzt, wenn sie mit dem Glockenschlage des 15. Tags jede Beleuchtung ihres Elaborats von 6 Monaten hätten abschneiden wollen. Da Graf Brockdorff noch sechs Noten mit praktischen Vorschlägen über die wichtigsten Punkte und außerdem eine Zusammenfassung der gesamten deutschen Gegenvorschläge in Aussicht gestellt hatte, lag es auf der Hand, daß die wenigen Tage auch bei rastloser Arbeit zur Aufstellung, Uebersetzung und Vervielfältigung dieser Schriftstücke unmöglich ausreichen konnten. Das Fallbeil des ersten Termins hätte Deutschland zum sofortigen Rückzug in die passive Resistenz genötigt.

Trotz aller Prahlereien in ihrer Presse fürchten die feindlichen Machthaber das deutsche Nein. Nicht aus Mitleid oder aus Rücksicht auf die sog. Internationale, sondern aus der Erkenntnis, daß die weitere Okkupation und die sonstigen Zwangsmaßregeln ihren Völkern neue persönliche und materielle Kriegslasten auferlegen würden, die sie nicht mehr tragen wollen. In dieser Verlegenheit sucht man sonderbare Auswege. So erörtert der „Temps", das Pariser Regierungsblatt, sehr ausführlich, daß man bei der Widerspenstigkeit der Berliner Regierung mit den einzelnen Gliedstaaten Deutschlands Frieden schließen könnte, und zwar nicht nur mit den schon bestehenden Gliedstaaten, sondern auch mit neuen, die sich aus den Trümmern des gefürchteten „Preußen" bilden ließen. Bezeichnend ist die Bemerkung, daß man den gefügigen Teilen „ökonomische Vorteile" bieten könnte. Diese Spekulation auf die Uneinigkeit und den Eigennutz hat weder im Verfassungsrecht noch in der Volksstimmung eine Stütze. Sie lehrt uns aber, daß in der gegenwärtigen Lage alle separatistischen Bestrebungen aufgegeben oder wenigstens zurückgestellt werden müssen, weil man damit den Feinden in die Hand arbeitet und die Lebensbedingungen der ganzen Nation aufs Spiel setzt. Das gilt nicht allein für die Landesverräter in der Pfalz, die glücklicherweise nur eine winzige Gruppe bilden. Auch die Welfen in Hannover sollten in dieser Schicksalsstunde sich zurückhalten. Bei der „unabhängigen" Partei wird freilich ein Appell an das nationale Gewissen wohl versagen. Deren bedauerliche Quertreiberei muß durch den gesunden Sinn der überwältigenden Mehrheit des Volkes ausgeglichen werden.

Wenn wir den ungemilderten Gewaltfrieden unterzeichnen wollten, so würde der Vertrag von dem englischen und dem französischen Parlament gewiß sanktioniert werden. Ob auch vom Kongreß der Vereinigten Staaten, das ist nach den Berichten aus Amerika noch zweifelhaft. Doch könnte auch dort trotz aller persönlichen und parteipolitischen Gegensätze schließlich die Erwägung ausschlaggebend sein: Wenn Deutschland den Frieden angenommen hat, warum sollen wir die Beruhigung der Welt stören? Viel bessere Aussichten hat Deutschland, wenn es die Ablehnung riskiert, falls nicht den Wilsonschen Punkten im wesentlichen Rechnung getragen wird. Bleiben wir fest, so finden wir eine starke Stütze in dem Protest, der sich aus der Mitte der amerikanischen Friedensdelegation heraus erhoben hat. 9 Mitglieder wollen nicht mehr mittun an dem Werk des Hasses und der Beutegier. Drei sind schon zurückgetreten, die andern warten auf die Milderungen der Bedingungen. Bullitts, einer der zurückgetreten, hat einen Absagebrief an Wilson gerichtet, der die verfehlte Politik des Präsidenten an den Pranger stellt. Kurz, klar und kräftig setzt er auseinander, daß statt des versprochenen Dauerfriedens der Welt jetzt ein neues Jahrhundert des Krieges beschert werden soll. „Ungerechte Entschlüsse, wie die über Shantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarbecken, und die Preisgabe wichtiger Freiheiten führen un-

vermeidlich zu neuen Konflikten." Dann hält er Wilson vor: „Wenn Sie den Kampf (mit Clemenceau und Genossen), anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu führen, offen ausgefochten hätten, wäre die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen und hätte Sie in die Lage versetzt, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen, und eine neue Weltordnung auf der breiten Grundlage allgemein gültiger Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu erreichen." Diese wuchtige Kritik aus dem Munde des amerikanischen Staatsmannes kommt etwas spät, aber noch nicht zu spät, so lange wir den Nacken noch nicht unter das geplante Joch gebeugt haben.

Von den allgemein gültigen Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, die der Amerikaner anruft, ist leider in den bisherigen Antwortnoten der verbündeten Regierungen nichts zu spüren. Die von uns beanspruchte Gegenseitigkeit lehnt Herr Clemenceau im Namen seiner Kampfgenossen ab. Nicht nur in der Praxis, da er die Erlösung der deutschen Kriegsgefangenen verweigert, obschon wir sofort nach Abschluß des Waffenstillstands der Entente sämtliche Kriegsgefangenen, auch die strafrechtlich verurteilten, haben zurückgeben müssen. Auch grundsätzlich wird die Gegenseitigkeit verweigert unter dem hohlen Vorwande, es sei „keinerlei Vergleich möglich" zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten. Der Vergleich ist nicht bloß möglich, sondern in zahlreichen beeidigten Zeugenaussagen schon angebahnt, wobei sich die bessere Behandlung der Gefangenen in Deutschland klar ergeben hat. Die Sache hat aber eine allgemeine Bedeutung. Der ganze unerträgliche Friedensvertrag basiert auf der Verleugnung der Gegenseitigkeit. Daher stellt Graf Brockdorff jetzt mit Recht diese Frage sowie die Klärung der Schuld- und Schadenersatzfrage in den Vordergrund.

Im übrigen geht aus der Note Clemenceaus deutlich hervor, daß die Entente unsere Kriegsgefangenen als Pressionsmittel benutzen will, um uns zur Unterzeichnung zu bewegen. Es werden Erleichterungen in Aussicht gestellt und auch die Bildung von Kommissionen zur Heimbeförderung, aber immer erst von dem Zeitpunkt ab, wo der Friede unterzeichnet oder wenigstens die Absicht der Unterzeichnung angekündigt ist. Die offensichtliche Furcht vor der Nichtunterzeichnung läßt noch eine gewisse Hoffnung auf Milderungen zu.

Die Geheimdiplomatie.

Der oben erwähnte Protest des amerikanischen Delegierten Bullitts weist auf den schreienden Widerspruch hin, der sich zwischen den Worten und den Taten des ehemaligen arbiter mundi ergibt. Er wollte angeblich die Geheimdiplomatie abschaffen und hat doch den Winter hindurch sich an den entscheidenden Friedensberatungen beteiligt, die in einer Heimlichkeit betrieben wurden, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr erhört worden war. Der Rat der Vier (oder zeitweilig der Drei) schloß sich krampfhaft von der Oeffentlichkeit ab. Diese Scheu vor Licht und Luft trat schließlich in geradezu krankhafter Weise hervor; denn die angeblich „demokratischen" Staatsmänner wollen sogar das Ergebnis ihrer Geheimdiplomatie, den Friedensvertrag selbst, ihren Völkern nach Möglichkeit vorenthalten. Die Mitteilung an die deutschen Gegner ließ sich zu ihrem Bedauern nicht vermeiden; aber man stellte eine unhaltbar kurze Frist für die Gegenerklärungen und verwies sie auf den schriftlichen Weg, da bei mündlicher Aussprache zu leicht ein Wort zuviel dem Gehege der Zähne entfliehen kann. So ergab sich das groteske Schauspiel, daß die öffentliche Meinung in Frankreich, England und Amerika auf die Brosamen angewiesen war, die vom deutschen Pressetisch fielen. Sogar dem Budgetausschuß der französischen Kammer, der den Friedensvertrag als Grundlage zu seinen Etatsbeschlüssen verlangte, hat Clemenceau die Bekanntgabe verweigert. Die sozialistisch-radikale Kammergruppe hat sich dem Verlangen nach Information jetzt angeschlossen, aber mit der charakteristischen Bescheidenheit, daß man wenigstens offiziöse Bekanntgabe verlangt. Das deutsche Volk dagegen ist so schnell und so gründlich aufgeklärt worden, wie es überhaupt möglich war. Das war gut und klug; denn daraus ergab sich die imposante Bekundung des Volkswillens, die zu unserer Diplomatie in Versailles den kräftigsten Rückhalt bildet.

Der bayerische Landtag

ist in Bamberg am 21. Mai endlich wieder zu Plenarsitzungen zusammengetreten. Zunächst wurden Anfragen aus dem Hause verhandelt, unter denen die Interpellation Funke (Bayer. Volkspartei) über den Schutz der Koalitionsfreiheit von größerem Interesse für die Oeffentlichkeit ist, da sie ein gewaltiges Material zutage förderte für den brutalen Terror, mit dem die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die christlichen Gewerkschaften zu vergewaltigen und zu unterdrücken suchen. Es bleibt abzuwarten, wieweit die Regierung ihr Versprechen, die Koalitionsfreiheit schützen und jeden Terror anders Organisierter verhindern zu wollen, in die Tat umsetzen und ihre bisherige schwächliche Haltung gegenüber der roten Gewaltherrschaft korrigieren wird. Die Interpellation Schrepfer (Dem.) über die Lebensmittelversorgung enthüllte die Größe des durch die revolutionäre Wirtschaft geschaffenen Ernährungselends. Der bauernbündlerische Landwirtschaftsminister Steiner fand zustimmenden Widerhall mit der Betonung, daß alle Strafen gegen den Schleichhandel versagen, wenn nicht die bessere Einsicht einkehrt und die durch die Uebergriffe der A.-Räte beschnittene Autorität in vollem Umfange wieder hergestellt wird, desgleichen mit der Erklärung, daß, wenn die Zustände in München nicht besser würden, es dahin kommen könnte, daß die Bauern sich zusammenscharen und selbst für Abhilfe sorgen.

Unter den wichtigen Aufgaben, die den Landtag in der nächsten Zeit beschäftigen werden, nimmt der Entwurf der bayerischen Verfassung einen hervorragenden Platz ein. Aus den bis jetzt bekannt gewordenen Bestimmungen interessieren vor allem die ziemlich weitgehende Ausgestaltung des Volksvorschlagsrechts (Initiative) und der Volksabstimmung (Referendum) sowie die Festlegung der Souveränität des Landtags als Träger der Staatsgewalt im unmittelbaren Auftrag des Volkes. Demgemäß wird das Rätesystem in der Form einer berufsständischen parallelen Kammer abgelehnt und bestimmt: „Zur Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Aufgaben werden durch Gesetz Vertretungen der schaffenden Kreise des Volkes auf berufsständischer Grundlage geschaffen, denen auf den ihnen zugewiesenen Gebieten auch Ueberwachungs- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden können. Sie sind berechtigt, in Gegenständen der Gesetzgebung an den Landtag, in den übrigen Angelegenheiten ihres Wirkungskreises Anträge an die staatlichen und gemeindlichen Behörden zu stellen. Ueber die Anträge muß Entscheidung getroffen und den Antragstellern Mitteilung gemacht werden." Dagegen wird in der Sozialisierungsfrage dem sozialistischen Standpunkt eine weitgehende Konzession gemacht, indem die „Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stand ihrer Entwicklung" als Aufgabe des Volksstaates erklärt wird. Zu dieser, wie manchen anderen Bestimmungen, auch aus dem Gebiete der Kirche und Schule, die zu ernsten Debatten im Landtag und zu Aenderungen und Ergänzungen führen werden, wird noch Stellung zu nehmen sein, sobald der Wortlaut des Entwurfs vorliegt.

Eine spontane Kundgebung des Landtags rief am 23. Mai die Mitteilung des Ministerpräsidenten von dem Putschversuch in der Pfalz hervor. Nach der Darstellung des Regierungsorgans „Der Freistaat" hatte sich dort aus 21 Kriegsgewinnlern und ähnlichen Leuten unter heimlicher Beteiligung französischer Offiziere eine Bewegung gebildet, welche die Bildung eines selbständigen neutralen Staates unter wirtschaftlichem Anschluß an das Saargebiet anstrebte. Am 17. Mai erschien eine Abordnung beim Regierungspräsidenten in Speyer und verlangte von ihm die Proklamierung dieses neuen Staates. Der Regierungspräsident erklärte, daß er die eigentlichen Vertreter des pfälzischen Volkes auf den folgenden Tag eingeladen habe, um aus deren Munde die Wünsche des Volkes zu vernehmen. Diese, die Vertreter der verschiedenen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen betonten in einer einhelligen Entschließung die unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland und die Hoffnung, daß die Friedensbedingungen grundsätzlich geändert, wesentlich gemildert werden und besonders die Bildung eines neutralen, das Saargebiet und lebenswichtige Teile der Pfalz umfassenden Staates vermieden wird; die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt sein solle oder nicht, sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die erst nach Abschluß des Friedensvertrags und auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassung entschieden werden könne. Damit wäre die Angelegenheit politisch erledigt gewesen, wenn nicht die französische Militärgewalt eingegriffen und nicht nur die Freilassung der verhafteten vier Rädelsführer (bei dem Führer, Chemiker Dr. Haas war der Wortlaut einer Proklamation der pfälzischen Republik gefunden worden) erzwungen, sondern nun ihrerseits die Festnahme der Gerichtsbeamten verfügt hätte, die jene Verhaftung vorgenommen hatten. Gegen diesen Gewaltakt



legte der Ministerpräsident unter einmütiger Zustimmung des Landtages schärfsten Protest ein und sprach der wackeren pfälzischen Bevölkerung und den treuen Beamten Dank, den Verrätern an Volk und Land Verachtung aus. Die Franzosen lassen sich allerdings durch die Entrüstungskundgebungen, die durch das bayerische Land gehen, in ihren geheimen und offenen Bestrebungen, die Pfalz zum Abfall zu bringen, nicht stören. Der französische Oberbefehlshaber Gerard versichert in einem Erlaß die Hochverräter seines Schutzes und seiner Förderung und nennt ihre Verfolgung durch die pflichttreuen Beamten „einen Mißbrauch der Amtsbefugnis, einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch und eine Inkorrektheit dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich gegenüber". Der Regierungspräsident v. Winterstein ist zwangsweise über den Rhein abgeschoben worden und die Beamten sollen zum Treueid gegenüber der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz gezwungen werden. Die würdige Praxis des Geistes von Versailles. Reichsminister Erzberger hat sofort im Namen der deutschen Regierung eine Protestnote überreichen lassen, in der die Abberufung Gerards und die Rückgängigmachung seiner Anordnungen erwartet wird.

Zu diesen hochpolitischen Sorgen kommt für die bayerische Regierung der lastende Druck der innerpolitischen Lage. Der Erkenntnis, daß das einseitig sozialistische Ministerium auf die Dauer dieser Last nicht gewachsen ist, konnte man sich auch in dessen eigenen Reihen nicht mehr verschließen und man sah sich nach Hilfe von bürgerlicher Seite um. Doch wollte man zunächst das Ergebnis des Parteitages der Mehrheitssozialisten abwarten, der am 25. Mai in Nürnberg tagte. Er hat mit 217 gegen 41 Stimmen der Bildung eines Koalitionsministeriums zugestimmt, in welchem die Sozialdemokraten die Hälfte der Portefeuilles (fünf einschließlich des Ministerpräsidenten), die Bayerische Volkspartei und die Demokraten je zwei Posten erhalten und das Verkehrsministerium Frauendorfer verbleiben soll. Nach Bildung des Kabinetts wird in der nächsten Nummer eine eingehende Würdigung erfolgen.

Christentum und Friedensgedanke.

Von Domkapitular Dr. Eberle, Augsburg.

Bentham sagt in seinen Grundsätzen des internationalen Rechtes: „Krieg ist Unheil im größten Maßstabe."

Von dieser empirischen Wahrheit ausgehend, hat es während des Krieges und besonders nach dem für uns tragischen Schluß des Waffenganges nicht an Stimmen gefehlt, welche behauptet haben, das Christentum habe versagt, weil es den Krieg gepredigt habe. Aber dieser Vorwurf geht von völlig falschen Prämissen aus. Das Christentum lehrt mit keinem Worte den Krieg; es verteidigt nur den Notwehrkrieg.

Christi Lehre vom Krieg kann nicht atomistisch betrachtet werden unter Loslösung aller Schrifttexte vom nährenden Mutterboden der Liebesgesinnung. Wo mit und nach Jesus die Nächstenachtung und die Nächstenliebe als die lex regalis (Jac. 2, 8), als die Zusammenfassung christlich sittlicher Forderungen (Röm. 13, 8) gesehen wird, da ist das Urteil über den Krieg schon gesprochen. Er ist ein Uebel, eine Abirrung vom Königsgesetz. Es hieße aber Christus zu einem weltfernen Schwärmer machen, wollte man verkennen, daß er überall zwar die menschlichen Schwächen verwirft, aber damit rechnet.

Das Problem der sittlichen Erlaubtheit des Krieges zeigt sich in der altchristlichen Kirche.[1]

Wo die Herrschsucht und die Eroberungslust die Dominante sind, auf welche das Kriegslied gestimmt ist, kann man nach Augustinus nur mehr von Raubmord reden (de civ. Dei lib. 4 cap. 6. M. 41, 116). Damit steht der Bischof von Hippo auf einer Linie mit Ambrosius (lib. 1 Off. cap. 29) und Johannes Chrysostomus (hom. 2 sup. 2 ad Cor. in Morali). Nicht anders die Scholastik (Thom. v. Aqu. S. th. II. II. qu. 40 op. omn. Rom. 1895 VIII p. 312. Sel. Antonin von Florenz, Summa p. II tit. I cap. 12 und andere).

Der katholischen Moral ist der Krieg naturrechtlich, wie positivrechtlich nur mit seiner absoluten Notwendigkeit zu decken (c. 3 C. XXIII qu. I). Dabei ist zu betonen, daß die Notwendigkeit nicht etwa utilitaristisch gefaßt werden darf, sondern ausschließlich im Sinne der Rechtskränkung.

Aus der Lehre vom Kriege ergibt sich die christliche Lehre vom Frieden.

Es gibt in der Friedensfrage viele Utopien. Aber es ist keine Utopie, zu verlangen, daß der christliche Geist wieder mehr die Völker durchdringe; dieser christliche Geist ist der Geist des Friedens. Wären die Völker wahrhaft christlich, dann gäbe es keine Kriege. Es ist wahr, es ist überall Kampf im Leben. Aber es ist irreführend, daraus ein Recht ableiten zu wollen. Es ist ebenso wahr, daß überall die Sünde ihre Macht behauptet, und dennoch wird kein verständiger Christ sagen, daraus sei ein Recht für sie herzuleiten. Der christliche Gedanke muß unter der Devise des betlehemitischen Wortes stehen: „Friede den Menschen auf Erden." Freilich nur denen, die eines guten Willens sind. Und daran mangelt es unserer Zeit. Der Satz aus Eccl. 38,8: „Friede Gottes über das Angesicht der Erde", heißt in der Sprache des neuen Testamentes: „Laßt uns dem nachtrachten, was den Frieden fördert" (Röm. 14,19). Das Wort Christi: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Mt. 10,34) steht damit nicht in Widerspruch, da es sich ja zusammenhanggemäß und nach der verbürgten Auffassung der Exegese auf den Widerspruch bezieht, den die Lehre Christi in allen Kreisen finden wird. Wer die ganze Lehre Jesu Christi in ihren großen und tiefen inneren Gedankengängen und in ihrer nachhaltigen Bedeutung für die Menschheitsgeschichte betrachtet, kann sich des Gedankens nicht entschlagen, daß sie Liebe und Friede zur Grundlage hat und zur Wirkung. Sie will nicht einen faulen Frieden, der das Gerechtigkeitsmoment ausschaltet. Zugleich aber wirkt sie darauf hin, daß die Liebesgesinnung unter den Völkern ihres Zepters wachse, bis der Friede wird. „Habt Salz in euch und Friede unter euch!" (Mc 9,49). Durch das Salz der Weisheit und Heiligkeit wird Friede, denn diese schließen die Menschen enger aneinander. Das Salz ist ja in der Schrift öfter das Bild der Verbindung (3. Mos. 2,13; 4. Mos. 18,19 usw.). Die Weisheit ist nach Jacobus (3,17) friedsam, liebt und gibt Frieden.

Bei aller vernünftigen Würdigung des erlaubten gerechten Krieges, bei aller Abweisung weltferner Schwärmereien muß das Christentum, will es sich seiner Tragweite bewußt bleiben, auf die friedliche Gestaltung der Dinge dringen, denn wo Friede, da ist Christus (Ambr. lib. 10 op. 82 ad Vercellens. eccl.). Uns ist und bleibt im Gegensatze zu der alten an Hobbes sich anschließenden Naturrechtslehre nicht der Krieg, sondern der Friede der Normalzustand, wie der natura integra, so der natura lapsa. Friede ist Basis, Grund, Anfang und Ende der Menschheitsgeschichte.

Die Friedensidee ist so alt wie das Christentum. Besonders Augustinus hat den Frieden im Staatsganzen zu verwirklichen gesucht. Alle Staaten, betont er, sollen erkennen, daß ihr Glück nicht gleichbedeutend sei mit Ausdehnung und Eroberung. Er hat gegenüber der Glorifizierung staatlichen Machthungers und skrupelloser Erfolgspolitik die notwendig präponderierende Stellung der Gerechtigkeit im Staatsganzen nachgewiesen und „das christliche Ideal des Völkerfriedens" gezeichnet (lib. 3 de civ. Dei c. 9 und 4 c. 4 M 41,84). Das ist auch die Auffassung eines Gregor des Großen (p. 3 Past. cap. 1. ad mon. 23. — ep. 31 ad Felic. episc. Sicil.), eines Gregor von Nazianz (or. 20. — ep. 2 ad Clidon.) und vieler anderer. Eine vernünftige Friedensidee durchläuft auch die ganze Scholastik von Bonaventura und Thomas von Aquin bis Gabriel Biel.

Auch müßte hier die mittelalterliche „trenga Dei" erwähnt werden, wie sie Reginbald von Arles, die Bischöfe von Avignon und Nizza und Odilo von Cluny empfohlen hatten. War damit auch nicht viel erreicht, so leuchtet doch der Gedanke durch, daß der Unfriede, die Fehde, etwas dem christlich-sittlichen Ideal Peripheres ist.

Kräftige Ansätze einer Friedensidee im weiteren Sinne finden sich bei Suarez, dem „Doctor eximius" aus der Gesellschaft Jesu (op. Paris 1858 XII tr. 3 disp. 13 praeamb. — XII tr. 3 disp. 13 sect. 1 und 3).

Wir müssen uns immer mehr bewußt sein, daß das Christentum nicht nur für den privaten Gebrauch vorhanden ist, sondern daß es sich betätigen muß im großen Völkerleben, in den Verhältnissen der Völker untereinander (siehe: Görres, die hl. Allianz und die Völker . . . pol. Schr. V p. 47). Darum hat auch Leo XIII. dem 7. Friedenskongreß zu Budapest 1896 sein volles Einver-

---

[1]) Siehe meine Schrift: Frz. Xav. Eberle „Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral". Stuttgart (Kohlhammer) 1914 (in den Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung: Heft 15).

ständnis mit der Friedensidee bekunden lassen. Wie sehr Benedikt XV. sich um den Frieden bemüht hat, ist in aller Erinnerung und wurde widerspruchslos auch von antikirchlicher Seite anerkannt. Der um den Frieden und die Völkerbundsidee verdiente Abgeordnete, Reichsminister Erzberger hat am 2. November 1916 im Deutschen Reichstag eine Zusammenstellung der Bemühungen Benedikts XV. um den Weltfrieden bekanntgegeben. Diese, wie die ganze Geschichte des fürchterlichen Krieges 1914—1918 zeigt, daß der Versöhnungsgedanke keinen konsequenteren Träger hatte, als den Papst. Wie man aber den römischen Stuhl zur Haager Konferenz von 1899 nicht zugelassen hat, was schon damals als eine Beiseitestellung der katholischen Weltanschauung beklagt wurde, so wurden auch die Friedensrufe Benedikts XV. überhört.

Träte an die Stelle der politisch-nationalen Gleichgewichtssysteme, die im Grunde doch nur Egoismussysteme sind, eine christlich-religiöse Unterlage, träte an die Stelle eines völkerverhetzenden Chauvinismus jener wahre Patriotismus, der sein Auge fest auf die Hebung der inneren Wohlfahrt, auf die echten Kulturwerte gerichtet hat, dann stünde zu hoffen, daß bald der Bogen zerbrochen und das Schwert in eine Pflugschar verwandelt wird (Js. 2, 4, Mich. 4, 3).

Aber, wieweit unser Auge reicht, nirgends zeigen sich auch nur Ansätze einer inneren geistigen Umkehr, einer Vertiefung des Christentums, einer Verankerung desselben in das Rechtsleben der Völker, in das Gangliensystem völkischen Daseins. Ja, wir gewahren vielmehr, daß man Papst und Kirche immer noch auszuschalten bemüht ist, daß in unserem eigenen weiteren und engeren Vaterland dem religiösen Leben immer mehr Boden entzogen werden will. Fassen wir die Friedensbedingungen ins Auge, welche die Entente uns auferlegen will, so können wir nur mit tiefem Schmerze gestehen, daß die Aussichten für eine wahre Völkerverständigung, eine Völkerversöhnung, eine Völkerverbrüderung betrübend gering sind.

Obwohl Deutschland im Vertrauen auf die Idee der 14 Punkte Wilsons einen Völkerbund anzustreben bemüht ist und in diesem Sinne den Alliierten einen Völkerbundsentwurf unterbreitet, welcher ehrliche Abrüstung (§§ 40—42 des Entwurfes) und obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren (§§ 30—33) vorsieht, hat der sogenannte „Ausschuß der Gesellschaft der Nationen" diesen Friedensanträgen eine negative Antwort zuteil werden lassen. Wo der Geist des Christentums nicht lebendig ist und wirksam, da wird das Wort vom Weltfrieden und vom Völkerbund immer eine Ideologie darstellen. Die Stimme eines englischen Warners gegen den von der Entente diktierten Gewaltfrieden, des Feldmarschalls Sir Haig, scheint den rechten Ton zu finden, wenn Haig bei Uebernahme des Rektorats der St. Andrews-Universität dieser Tage sagte, „nur die helfende Aktion von Religion und Kirche" könne eine Beseitigung der Konfliktstoffe zeitigen und „nur auf dem Boden des praktischen Christentums könne die Lösung des so schwierigen Weltfriedensproblems gefunden werden". Darum erfreut es die katholische Welt Deutschlands zu hören, daß Papst Benedikt XV. laut Bericht der „Tribuna" auf eine diesbezügliche Bitte der Bischöfe in Deutschland bereits geantwortet hat, „er werde Gott bitten, die Staatsleiter, die in diesem Augenblicke die Geschicke Europas in der Hand haben, zu erleuchten". Die „Tribuna" berichtet auch, daß der Papst bereits auf diplomatischem Wege mit den führenden alliierten Regierungskreisen verhandeln lasse.

Losgelöst vom christlichen Gedanken, wird der Welt Anteil immer Krieg und Zerfleischung sein. Die alte Zeit hat wirklich Bankerott gemacht. Der alte Geist war vielerorten der Geist des Materialismus, der immer letzten Endes zur Völkerentzweiung und zur Volkszersetzung führt. Der neue Geist ist in der Hülle des Idealismus und des Freiheitsdranges wiederum doch der Materialismus. Auch in der neuen Gestalt wird er flügellahm im Elend landen und wird die Enttäuschten mit wunden Händen, mit wirrem Kopf, mit kaltem Herzen zurücklassen.

Die Menschen sind Kinder Gottes, nur in ihm können sie Brüder werden. Starke Seelen sind immer verankert in einer großen Idee. Und diese Idee heißt in der Sprache des Christentums: Liebe. Christus und seine Kirche: das ist das Weltumspannende, das ist das Völkerverbindende, das ist der Friede. Gott ist, wie Paulus sagt (2. Cor. 13, 11), der Gott des Friedens. Zurück zu Gott, zurück zu Christus, zurück zur Kirche! Darin liegen die fruchtbarsten Antriebe zum Völkerbund, zum Frieden. „Die Frucht der Gerechtigkeit wird in Friede gesäet denen, die Frieden halten" (Jac. 3, 18).

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D. Dr. Georg Mayr, Tutzing.

II.

Wenn wir des Kapitalbesitzers wirtschaftliche Pflicht untersuchen wollen, müssen wir vor allem das Wesen des Kapitals uns vergegenwärtigen, was um so mehr veranlaßt ist, als gerade in der Gegenwart der Gegensatz zwischen „Kapital" und „Arbeit" besonders zugespitzt wird und bei der Bekämpfung des „Kapitalismus" ganz allgemein ohne Unterscheidung von Gebrauch und Mißbrauch des Kapitals die hohe Bedeutung der Kapitalausrüstung der Volkswirtschaft vielfach ganz übersehen wird. Alles Kapital — Naturalkapital wie Geldkapital — ist überkommener, mehr oder minder dauerbar erhaltener Bestand an Werterfolgen vorangegangener menschlicher Gütererzeugung, der nun selbst zur Förderung weiterer Gütererzeugung dienlich ist. Es stellt recht eigentlich — wie ich in meiner mehrfach erwähnten kleinen Schrift bemerkt habe — die Kristallisation der Kulturentwicklung der ganzen vorhergegangenen Zeit in ihrem Nutzeffekt für die Wirtschaftslage der Gegenwart dar. Ohne Kapital und zwar ohne reichlich gestaltetes und ausgegliedertes Kapital ist ein erfolgreiches Wirtschaftsleben überhaupt nicht möglich. Dabei ist im besonderen, was die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit anlangt, wohl zu beachten, daß ebenso wie die Arbeit das Kapital, so anderseits auch das Kapital die Arbeit befruchtet und deren Gesamtleistungserfolg wesentlich steigert. An sich sind — abgesehen von besonderen wirtschaftspathologischen Zuständen — Kapital und Arbeit durchaus befreundet, nicht verfeindet. Auch ist — was gewöhnlich ganz übersehen wird — wohl zu beachten, daß beim Mittelstand, insbesondere beim Bauern und Handwerker, wie auch bei den Mittelstandsschichten der freien Berufe in weiter Verbreitung die Personalunion eigenen bescheidenen Kapitals mit eigener wirtschaftlicher Kopf- und Handarbeit vorhanden. Man erfaßt den Begriff der Arbeit zu eng, wenn man nur die Lohnarbeit im Sinn einer für fremde Gütererzeugung wirksamen Arbeitsbetätigung erfaßt. Ein wichtiger — auch wenig beachteter — Unterschied im Wesen der Darbietung von Kapital einerseits und von Arbeit anderseits liegt auch darin, daß im allgemeinen — abgesehen von anders geregelten förmlichen Dienstverhältnissen, namentlich der Beamten — die Widmung von Kapital zu fremder Gütererzeugung, sei dabei ein Natural- oder ein Geldkapital verliehen, mehr oder minder als Dauerwidmung für kürzere oder längere Zeitstrecken sich darstellt, während die Widmung von Arbeit für fremde Gütererzeugung, insbesondere soweit die Betätigung der Arbeiterschaft im engeren Sinn in Frage kommt, eine volle nicht weiter verbindliche, aber doch nur auf kurze Kündigungsfrist hin erfolgende Augenblickswidmung ist. Schon darum sind — abgesehen von anderen maßgebenden Einflüssen — die Bedingungen für einen Streik der Arbeiter weit günstiger gelagert, als für einen Streik der Kapitalisten.

Ein Kampf allgemein gegen das „Kapital" ist hiernach ein wirtschaftlicher Unsinn. Was als speziell umgrenzter „Kapitalismus" im Sinn gemeinschädlicher Auswüchse konzentrierter Anhäufung von Privatkapital, die zum Staat im Staat werden kann, als bekämpfenswert sich darstellt, das ist nicht das Kapital an sich, sondern dessen gemeingefährlich gesteigerte Ueberaneignung von Wirtschaftserfolgen der Produktion mit Schädigung insbesondere der Beteiligung des Produktionsfaktors Arbeit an diesen Erfolgen. Solche pathologische Zustände entwickeln sich namentlich dann, wenn beim Vordringen einer anderen Art von neuzeitlichem „Kapitalismus" das gewinnreiche Verwendung suchende Kapital nicht einem schon bestehenden Unternehmer sich zur Verfügung stellt, sondern selbst ein wirksamer Erreger für das Reifen eines bestimmten neuen Unternehmungsentschlusses, namentlich auf dem Gebiet der Industrie und des Handels wird, eine kapitalistische Unternehmungszeugung, die — wie ich an mehrfach erwähntem Ort hervorgehoben habe — ebenso fördernd wie schädigend auf eine gegebene Volkswirtschaft wirken kann. Werden dadurch neue wirtschaftliche Kräfte, die bisher latent waren, entwickelt, dann ist dieser Kapitalismus von segensreicher Wirkung. Fährt er aber wie ein schädigendes Elementarereignis zerstörend in eine friedliche Gruppe wirtschaftlicher Organisationen, die bisher den Zwecken der nationalen Gütererzeugung in sachgemäßer Weise gedient haben, dann kann er zum Schaden werden, und zwar nicht bloß vorübergehend,



sondern dauernd. Darum gibt es auch hier Grenzen des sittlich Zulässigen, deren Ueberschreitung in schweren Fällen die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung durch Schaffung öffentlich-rechtlich formulierter Hindernisse zu verhüten veranlaßt sein kann.

Zu der Gestaltung der sittlichen Pflicht der einzelnen Kapitalbesitzer sei in Kürze noch folgendes bemerkt. Erhaltung und Mehrung der nationalen Kapitalkraft ist ein Grundgebot des Wirtschaftslebens. Dabei ist auch Neuzugang von Kapitalbesitzern durch erfolgreiche Ausgestaltung von Boden- und Arbeitsertrag erwünscht, in der Hauptsache aber fällt diese volkswirtschaftliche Aufgabe den schon vorhandenen Kapitalbesitzern zu. Dabei handelt es sich nun im normalen Fall nicht um eine dem Kapitalbesitzer auferlegte Last, sondern um etwas, was ihm so sehr Lust ist, daß man fast zögern möchte, es noch ausdrücklich zum Ausdruck zu bringen, daß die nutzbare Verwendung des Kapitals vom Standpunkt der Interessen der Volkswirtschaft auch eine sittliche Pflicht des Kapitalbesitzers sei. Und doch muß auch dieses Wirtschaftsgebot ausgesprochen werden. Dabei aber ergibt sich für den Produktionsfaktor Kapital noch eine in der nationalen Wirtschaft sehr bedeutungsvolle Verschiedenheit von den beiden anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit. Das Kapital leistet nämlich in weitem Umfang, zumal in Zeiten der höchsten Anspannung der staatlichen Finanzkraft, wie wir sie jetzt leider erleben müssen, wirtschaftliche Dienste nicht bloß als Förderer der Gütererzeugung, sondern auch in Gestalt der Ermöglichung eines gewaltig gesteigerten wirtschaftlichen Verbrauches als Leihkapital für solche Zwecke, deren Haupttyp die Milliarden der neuzeitlichen Kriegsanleihen sind. Daraus folgt, daß in solchen Zeiten neben den Friedenspflichten des Kapitalisten als Förderer der nationalen Gütererzeugung auch noch die besonderen wirtschaftspatriotischen Pflichten des Darleihers bei staatlichen Schuldaufnahmen in verstärktem Maße treten, während auch schon in der Friedenszeit neben den Darlehen an öffentliche Gemeinwesen zu gütererzeugenden Zwecken, wie z. B. für Eisenbahnbau oder -Kauf auch solche zur Schaffung des Gutes zweiten Grades, das in der nationalen Sicherung durch Heer und Flotte gegeben ist, eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Es möge mir gestattet sein, hier von den Pflichten des Kapitalisten, an nationalen Anleihen, welche die Existenz des Staates erheischt, und die allen übrigen Pflichten desselben vorangehen, sich zu beteiligen, nicht weiter zu handeln unter Beifügung nur des kurzen Hinweises darauf, daß in solchen Zeiten der Begehr der normalen Friedensproduktion an Kapitalgewährung erheblich zurückgeht, so daß dem Kapitalisten auch vom Sonderstandpunkt seiner persönlichen Erwerbsinteressen die Beteiligung an der konsumtiven öffentlichen Anleihe wesentlich erleichtert wird.

Hier haben wir uns nun abschließend nur mit den sittlichen Pflichten des Kapitalisten zu beschäftigen, wie ihm solche als Darbieter von Kapital an einen gütererzeugenden Unternehmer erwachsen. Bei der Verwendung von eigenem Kapital in der eigenen Unternehmung kommen soziale Pflichten speziell dieser Kapitalverwendung nicht in Frage; hier bildet die Kapitaldarbietung nur einen Bestandteil der gesamten rationellen und dem Sittengebote entsprechenden Ausgestaltung der Unternehmertätigkeit.

Hiernach haben wir noch kurz zu betrachten, was an sittlicher Pflicht in der Richtung besteht, daß, wie und wo der Kapitalbesitzer sein Kapital als Element der Gütererzeugung gegen Entgelt darbietet.

Daß der Gütererzeugung reichlich Kapital und zwar sowohl eigenes des Unternehmers selbst wie auch fremdes ihm Dargeliehenes zur Verfügung steht, ist ein objektives Erfordernis günstig gestalteter Volkswirtschaft. Damit stimmt aber das subjektive Verlangen des Kapitalbesitzers überein, dessen Eigeninteresse dahin geht, Kapital, dessen Nutzung er nicht auf dem Wege des Darlehens zu Verbrauchszwecken insbesondere mittelst Beteiligung an den Anleihen öffentlicher Gemeinwesen erstrebt, der Gütererzeugung unmittelbar oder mittelbar in Erwartung reichlicher Verzinsung zur Verfügung zu stellen. In typisch bedeutsamer Weise tritt dabei der Kapitalbesitzer namentlich als Aktionär auf. Nur selten wird man Anlaß haben, über Verletzung dieser elementaren Pflicht des Kapitalbesitzers wegen Vernachlässigung angemessener Kapitalwidmung für die Gütererzeugung zu klagen.

Anders steht die Sache, wenn man danach aussieht, wie die Kapitalwidmung erfolgt. Hier kommen nach alter und neuer Erfahrung zwei Arten bedeutungsvoller Grenzen des berechtigten Eigeninteresses des Kapitalbesitzers in Betracht. Wenn der Kapitalbesitzer offen oder versteckt einen Entgelt für die Kapitalgewährung durchsetzt, der unter den Begriff sei es voll der strafbaren oder doch der nach positivem Recht gegebenenfalls noch nicht strafbaren, aber an sie heranreichenden Bewucherung fällt, so liegt die Verletzung einer sittlichen Pflicht des Kapitalbesitzers vor. In diesem Fall ist der Unternehmer, dem Kapital zu Wucherzinsen geliehen worden ist, der Geschädigte. Es kann aber auch die Kapitalanlage in großkapitalistisch organisierter Unternehmung zur Schädigung breiter Massen, sei es von Güterverbrauchern, sei es von den in der Gütererzeugung tätigen Arbeitern, werden, wenn die Macht des Großkapitals, namentlich des koalierten Großkapitals, ungerechtfertigte, einen tatsächlichen Wucherzins enthaltende Verteuerung der erzeugten Güter für den Verbraucher durchsetzt, oder wenn die Kapitalkraft zum Schaden der Arbeiter unter Lohndruck dazu führt, daß ein übermäßiger Betrag des Produktionserfolges dem Kapital und ein untermäßiger Betrag der Arbeit zufällt. In dem einen wie in dem andern Fall liegt eine Verletzung sittlicher Pflicht vor, deren ernstlich formelle Ahndung nur teilweise gelingt, am meisten noch bei der vorerwähnten Wuchererscheinung, die man namentlich in der Kriegswirtschaft, wenn auch nicht mit durchgreifendem Erfolg mit erweiterten Normen strafrechtlich zu erfassen versucht hat. Die zweite vorerwähnte Art der Verletzung sittlicher Pflicht durch die andere Kreise schädigende Erwerbsvordringlichkeit des Großkapitalismus — wie man diese besondere großkapitalistische Erscheinung wohl nennen darf — bereitet der Bekämpfung durch Rechtsnormen erhebliche Schwierigkeiten. Gleichwohl wird die Gesetzgebung gerade der nächsten Zeit nicht umhin können, sich ernstlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Wenn man der Ansicht ist, daß der Bodenbesitz in der besonderen Erscheinung als Latifundienbesitz wirtschafts- und sozialpolitisch besonders zu behandeln sei, wird man geneigt sein, gleiches auch für eine gewisse große Kapitalkonzentration zu befürworten. Allerdings ist hier nicht so leicht die Grenze zu ziehen, bei der die freie Wirtschaft in eine mehr oder minder gebundene übergehen sollte, wie bei den Latifundien, für die eine bestimmte Hektarenzahl zu Grunde gelegt werden könnte. Das Kapital liegt auch nicht so offen erkennbar da, wie der Grundbesitz. Eine besondere Großkapitalpolitik ist darum sehr viel schwieriger als eine besondere Großgrundbesitzpolitik. Man wird deshalb nicht umhin können, auf eine besondere selbständige Großkapitalpolitik zu verzichten und den Ersatz dafür durch eine angemessene Unternehmungspolitik, welche die großkapitalistische Ausrüstung der Unternehmer in Behandlung nimmt, zu suchen.

Was den Kapitalbesitz anlangt, so erübrigt nur mehr die Frage, wo der Kapitalbesitzer zur Förderung der Gütererzeugung Kapital widmen soll. Diese Frage hat keine Bedeutung für das fixe, nicht räumlich verschiebbare Kapital, wohl aber für das flüssige, insbesondere das Geldkapital. Für dieses war meines Erachtens zu der Zeit, als ich meine mehrfach erwähnte kleine Schrift schrieb, die Antwort sehr einfach, wenn auch dem ausgesprochenen Freihändler oder — wie man ihn auch nennen kann — dem reinen Weltwirtschaftler wenig sympathisch. Die Antwort lautete: in erster Linie ist die heimische Gütererzeugung zu berücksichtigen, direkt sittlich tadelnswert ist Kapitaldarbietung an einen ausländischen Erwerbszweig, der einen Zweig der nationalen Produktion bekämpft. Weiter konnte ich als positive Ehrenpflicht es bezeichnen, das flüssige Kapital in den Dienst der heimischen Produktion in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zu stellen, mit besonderer Berücksichtigung auch unserer Kolonialgebiete. Heute ist diese Sonderfrage im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen, dem Kriegsausgang und den dadurch eingetretenen, wie namentlich auch infolge der Friedensbedingungen noch eintretenden gewaltigen Kapitalverschiebungen ein Sonderproblem der schwersten Art geworden, das augenblicklich, da die endgültigen Friedensbedingungen und die Art ihrer Erfüllung noch nicht feststehen, vollständig noch gar nicht erörtert werden kann. So viel aber kann heute für den Zweck der hier dem Leser unterbreiteten Untersuchung über die Wirkung flüssigen Kapitals in der deutschen Volkswirtschaft wohl unbedingt hervorgehoben werden, daß diese Volkswirtschaft nach den Schlägen, die sie getroffen haben, zum Wiederaufbau unbedingt die Wirkung des uns noch zur Verfügung bleibenden Kapitals zugunsten der heimischen Gütererzeugung dringend bedarf; denn nur durch reichgestaltete Produktion mit nutzbringender Verwertung der drei Produktionselemente Boden, Kapital und — last not least — der Arbeit, dem wir jetzt uns zuwenden, können die Schläge überwunden werden, die das deutsche Wirtschaftsleben seit dem Kriegsausgang erlitten hat und noch jetzt fortdauernd erleidet.

Strasse am Abend.

Wie den Strom aus tiefen Bergesgründen,
Der, befreit von dunkler Mächte Drang,
Aufjauchzt in umschäumtem Donnergang,
Seh' ich nun die Strasse sich entzünden.

Alles rennt, des Abends Lust zu künden.
Lichtglanz rauscht und sorglos lacht Gesang.
Aus den Kinos lockt der Walzerklang.
Es erwachen Millionen Sünden ...

Oben droht in wilden Wolkenrissen
Schwarzer Himmel. Was bringt wohl die Nacht?
Wird das All aus seinen Bahnen fliegen?

Da ruft einsam aus dem Ungewissen
Hoch das Goldkreuz auf des Domes Pracht:
„Nur in meinem Zeichen wirst du siegen!"

Theodor Seidenfaden.

Frankreichs Annäherung an den Hl. Stuhl.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Seit durch die Beendigung des Krieges für den Hl. Stuhl die Voraussetzung zu der auf Kriegsdauer eingenommenen Neutralität gefallen ist, hat der Vatikan den Schwerpunkt der eigenen Politik mit allem Nachdrucke nach der französischen Seite hin verschoben. Er setzt augenblicklich alles daran, um die französische Regierung zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu bewegen und die letzten Hindernisse hinwegzuräumen. Und es sind wirklich letzte Hindernisse, denn das, worauf es tatsächlich ankommt, das Prinzip, ist bereits gefallen. Dieses überraschende Ereignis reicht jedoch bis in das Jahr 1914 zurück; nur hat die Oeffentlichkeit erst in diesen Tagen davon Kenntnis erhalten. Gleichzeitig sind auch von der Gegenseite her starke Kräfte emsig am Werke des Abbaues, während das Uebrige die Macht der weltgeschichtlichen Tatsachen selbst besorgt. Wir haben jüngst gezeigt[1]), wie die Wandlungen der politischen Verhältnisse im Oriente Frankreich mehr und mehr gegen den Hl. Stuhl hindrängen; inzwischen ist noch die Frage der Besetzung der bischöflichen Stühle von Straßburg und Metz, auf die noch näher einzugehen sein wird, dazu gekommen und hat einen weiteren Sieg über die antiklerikale Verbohrtheit Clemenceaus davongetragen.

De Monzie, der Verfasser des Buches „Rome sans Canossa", mit dem ich mich in der Allg. Rundschau Nr. 45 des vergangenen Jahres beschäftigt habe, hat in diesen Tagen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft im Saale der Sociétés Savantes die in jenem Buche gemachten Andeutungen in höchst beachtenswerter Weise erweitert und ergänzt und man kann mit Recht von sensationellen Enthüllungen sprechen. Während er früher nur vermuten ließ, die Errichtung der britischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle stütze sich möglicherweise auf mehr als nur auf die Zustimmung der französischen Regierung und die Gesandtschaft sei möglicherweise auch mehr als nur die Vertreterin der britischen Interessen, gibt er nunmehr offen zu, daß die Initiative direkt von Frankreich ausging. Der Ausbruch des Krieges, so führte er aus, habe dazu beigetragen, Leute, die dem Vatikan vollkommen ferne standen, von der Notwendigkeit zu überzeugen, diesem von neuem die Hand darzubieten. Ermächtigt von Viviani erklärte er, daß dieser in seiner damaligen Eigenschaft als Ministerpräsident und Minister des Aeußeren am 29. Dezember 1914 nicht anstand, England nahezulegen, einen offiziellen Vertreter zum Hl. Stuhle nach Rom zu entsenden, um dort die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Gleichzeitig und unter dem Zwange der inner- und parteipolitischen Verhältnisse ernannte Frankreich in der Person Charles Loiseaus einen geheimen, offiziösen Vertreter beim Hl. Stuhle. Die Tätigkeit dieses Agenten konnte natürlich auf die Dauer nicht ganz verborgen bleiben und so hat man vor einigen Monaten, da man die wahre Bedeutung nicht einzugestehen wagte, ihn als den künftigen diplomatischen Vertreter Griechenlands beim Vatikan bezeichnet. Clemenceau selbst hat Loiseau für seine Verdienste zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Worin diese Verdienste während einer Zeit, die ganz von dem Gegensatze zwischen Entente und Mittelmächten beherrscht wurde, bestanden, ist heute noch nicht bekannt.

Die bisher zutage getretenen Bemühungen des Hl. Stuhles aus jüngster Zeit seien hier in Kürze zusammengestellt. Das Attentat Cottins auf Clemenceau veranlaßte den Papst, durch Vermittlung Kardinal Amettes in auffallend herzlicher und zuvorkommender Weise seine Glückwünsche auszusprechen. In der elsaß-lothringischen Bischofsfrage war es Kardinal Gasparri, der der französischen Regierung nahelegte, dem Papste seine Kandidaten zu benennen und nach dem Konkordate die Ernennung vorzunehmen. In den ersten Apriltagen äußerte der Kardinalstaatssekretär in der dem „Petit Parisien" gewährten Unterredung, es sei Sache der französischen Regierung, darüber zu befinden, was ihres Interesses sei. Was den Vatikan anlange, habe er es nicht nötig, seine Wünsche zu äußern; jedes Wort in dieser Hinsicht wäre unnütz. Frankreich sei es sich selbst schuldig, direkt und nicht auf der Dienstbotentreppe seinen Einzug zu halten. Am 9. März ist es Benedikt XV. selbst, der bei einer Seligsprechungsfeierlichkeit ausspricht: „Weshalb sollten Wir nicht beifügen, daß Wir Gott danken, daß er Uns eine weitere Gelegenheit geboten hat, Frankreich die Versicherungen Unseres wohlwollenden Interesses zu geben, was sein Glück und seinen Ruhm betrifft?"[2]) Und am 6. April unterstrich er diese Worte noch, indem er sagte, er bedauere es, nur dem Herzen nach Franzose zu sein. Mit dem Franzosen von Geburt harmoniere derjenige, der Franzose dem Herzen nach sei, um Frankreich noch mehr Ruhm und Glück zu wünschen. Man begreift daher, wenn unsere Tagespresse von einer Schwenkung der vatikanischen Politik, von einer Neuorientierung spricht.

Daß Frankreich sich auf dem Wege nach Canossa befindet — trotz De Monzies Theorie —, läßt sich heute nicht mehr leugnen. Ich habe früher einmal warnend ausgesprochen, daß es nicht angeht, in der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Frankreich oder umgekehrt allein schon einen sich gegen uns richtenden Akt zu erblicken, denn der normale Zustand wäre doch jedenfalls, wenn die ganze Welt, d. h. jeder Staat seine eigene Vertretung beim Papste besäße. Erst die Art ihrer Verwendung wäre das Entscheidende.

Nachdem es durch das soeben veröffentlichte Schreiben des Papstes an den Reichspräsidenten Ebert feststeht, daß auch Deutschland im Begriffe steht, in eigene direkte Beziehung zum Hl. Stuhle zu treten, fordert die Lage gebieterisch ein Doppeltes. Erstens, daß nur ein in catholicis, mit der Organisation der Kirche, ihrem Rechtsgebäude wie ihrer Lehre durchaus und gründlichst vertrauter Vertreter bestellt werde, und das kann nur ein Katholik sein. Und zweitens, daß er von Anfang an mit dem vollen Gewichte der Würde aufzutreten vermöge und entsprechend ausgestattet werde, daß es ein Botschafter sei.

[1]) „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 15, S. 218.

[2]) „Osservatore Romano" vom 10. März 1919.

Rückwärts — aufwärts!

Gedanken zum VII. Kath. Frauentag in Bayern (1. Juni 1919).
Von Ina Neundörfer.

Das Erleben der Gegenwart ist so furchtbar schwer, der Ausblick in die Zukunft dicht verhangen mit grauen Schleiern, daß man versucht ist, die Sinne abzustumpfen gegen das Schicksal und die Augen geschlossen zu halten. Aber das wäre nicht deutsche Art, die offen die Gefahr anblickt und ihr entgegentritt. Das wäre nicht Frauenart, die mit Liebeskraft und der ganzen verfeinerten Empfindungsstärke edler Seelen auch unter allerschwerstem Kreuze zu gehen bereit ist.

Vorwärts schreiten müssen wir; das ist das Naturgesetz allen Lebens und aller Hoffnung. Wir müssen mitschreiten mit der Zeit, selbst wenn ihr Schritt allen Zeichen nach vorwärts-niederwärts geht; wir können sie nicht wie einen Fremden an uns vorübergleiten lassen, ohne daß sie uns, wenigstens äußerlich, berührt. Aber innerlich unserer persönlichen Entwicklung eine aufwärtige Richtung geben, das ist möglich.

Es ist ein Segen des Lenkers der Geschicke, daß das äußerliche Abwärtsschreiten eines Volkes doch nicht letzten Endes sein



Ziel und sein Schicksal unrettbar bestimmt. Dahin, wohin es sich mit den Kräften seiner Seele wendet, dahin wird es gelangen durch die Kraft des Opfers und der Hoffnung.

Ein solcher geistig-innerlicher Schritt soll Deutschland — und in erster Vorkampflinie Deutschlands, Bayerns Frauen — rückwärts-aufwärts führen. Die Negation, die in dieser Zielrichtung liegt, ist nur eine scheinbare. Es darf allerdings kein Rückwärts im Sinne sittlicher und kultureller Verzichte sein, vielmehr ein Rückwärtsschauen auf Zeiten und Vorbilder der Vergangenheit, die, auch unter Prüfungen gebeugt, all jene Kräfte in sich aufgebracht haben, die aus dem Dunkel wieder zum Licht, aus der Tiefe wieder zur Höhe, die aufwärts geführt haben. Ein solcher Blick tut uns heute not; er gibt uns das, was wir jetzt am notwendigsten brauchen: Kraft und Hoffnung.

Kraft und Hoffnung braucht vor allem das Frauengeschlecht. Ihm ist durch die natürlichen Mutter- und Erziehungspflichten von jeher ein wesentlicher Teil der inneren Aufbauarbeit der Völker zugewiesen, — allerstillste, allerverborgenste Aufbauarbeit, aber zugleich auch eine sichere und solide, eine unendlich hoffnungsreiche.

Aus solchen Erwägungen heraus bestimmte der Kath. Frauenbund in Bayern den Leitgedanken seines diesjährigen Frauentages. Ein Ideal, tausendfach gelebt von dem Heer katholischer Frauen, soll zur Erneuerung und zum Wiederaufbau der verlorenen und bedrohten Heimatgüter Baustein an Baustein setzen. „Frauenleben im Geist der ersten Christen". Eine Reihe heldenhafter, tugendstarker Frauengestalten zeigt dieser rückwärtige Blick. Alles was groß und kraftvoll, was an Heroismus und aufbauenden positiven Kräften im Leben dieser ersten Christinnen war, müssen wir Frauen der Gegenwart in unsere Zeit hereinholen. Solchen Besitz zu erwerben kann kein Feind verbieten, kann keine Diktatur unterbinden. Geistige und sittliche Werte stehen außerhalb des Bereiches von Rachedurst und brutaler Gewalt. Hierin bleibt selbst ein besiegtes, tief gedemütigtes Volk noch frei und unabhängig. Gerade hier sind auch die Keime des Wiederaufrichtens aus Knechtung und Korruption.

Wir deutsche Frauen als gleichberechtigte Bürger des neu sich bildenden Staatswesens sind mitverantwortlich für jede Form der Aufbauarbeit. Gemäß der Eigenart unserer Psyche und unserer Kraft tragen wir mit herzu an den Bausteinen unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, unserer nationalen Existenz. An die Quader der Fundamente jedoch wollen wir selbst uns mit hinein in die Tiefe stellen. Auf der Kraft unserer Schultern, der Treue unserer Herzen, der Dienstbarkeit unserer Hände und der Reinheit und Opferstärke unseres Frauentums sollen Heimat und Vaterland, Kirche und Familie geistig neu erstehen.

Zu diesem aufwärtigen Ziele schauen wir rückwärts auf leuchtende und auf schlichte Vorbilder unseres Geschlechtes: auf die Seelengröße und Leidensstärke Mariä, der Mutter unseres Herrn, auf Seelen voll Liebesglut und heiligender Reue wie Magdalena, auf Gattinnen wie Claudia Procula und Schmerzensmütter wie Monika; wir sehen Ideale der Witwenschaft in Thabita, Heldinnen des Glaubens und der Reinheit in Agnes und Cäcilia; wir bewundern in Priszilla eine Freundin voll Großmut und Treue, demütige Dienerinnen des Heiligtums in Lydia und Phöbe, in Katharina von Alexandrien die Meisterin der Wissenschaft, in Pudentia, Praxedis, Domitilla Vorkämpferinnen des sozialen Ausgleichs u. a.

Indem wir mit diesem rückwärtigen Blick unsere Ideale und Vorbilder für die Aufgaben der Gegenwart suchen, finden wir Gelegenheit, urchristliches Leben kennen zu lernen und uns eingehender mit ihm zu beschäftigen. Und dies Vertrautwerden mit den Persönlichkeiten und dem Geist des christlichen Altertums soll mit eine Anregung und eine Frucht des diesjährigen Frauentages sein. Jene Frauen konnten als die Ersten unseres durch Christus erlösten Geschlechtes die bis dahin gefesselten Kräfte regen, ihre Talente entfalten und alle Schätze von Frauengüte weiter ausstrahlen. Die freie und gleichgeachtete Christin hatte andere Lebensziele und Möglichkeiten als die Sklavin, als die niedrig gewertete Knechtin des Mannes.

Wir Frauen der Gegenwart haben um dieser unserer besonderen Erlösung durch Christus willen gerade in der Jetztzeit eine schwerverpflichtende Dankesschuld abzutragen. Unsere Glaubensinnigkeit, unsere Sittenstärke und unser Apostelgeist sollen als ein machtvolles Bollwerk sich dem Neu-Heidentum entgegenstemmen, in das die Welt mehr und mehr versinkt. Wir müssen mit den Zinsen jenes Talentes wuchern, das der Herr uns geschenkt.

Ein Leben im Geist der ersten Christen würde die Frauenwelt zurückführen zu Schlichtheit der äußeren Lebensformen, zu bescheidenen Ansprüchen an Lebensgenuß und Sinnesfreude, zu Pflichttreue und christlichem Gemeinschaftssinn, zu Nächstenliebe und Glaubensmut. Und dies bedeutete Rettung und Aufstieg für unsere Zeit der Schwäche und des Niedergangs. Der Blick nach rückwärts würde aufwärts führen.

Eine Zentenarerinnerung der deutschen Missionsgeschichte.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Iroschottische Mönche waren seit dem 7. Jahrhundert nach dem europäischen Festlande gekommen zur Missionierung der heidnischen germanischen Völker. Größerer Erfolg als ihnen war ihren angelsächsischen Mitbrüdern beschieden, die den größten Missionar unter den germanischen Völkern als den ihrigen rühmen dürfen, Wynfreth, den edlen Angelsachsen aus Kirton im südwestlichen Wessex, zwischen 672 und 680 geboren, in den Benediktinerklöstern Adescancastre (Exeter) und Nhutscelle (Nhutshalling) erzogen. Von heiligem Glaubenseifer beseelt, vertauscht er, ein echter Sohn der angelsächsischen Rasse, seine Tätigkeit als Vorsteher der dortigen wissenschaftlichen Klosterschule (unter dem gelehrten Abt Wynberth) mit der Missionsarbeit. Im Frühjahr 716, also in der Vollkraft seines Mannesalters, beginnt er das Werk bei den Friesen; doch deren Fürst Radbod zeigte wenig Liebe; Herbst 716 oder im folgenden Jahre kehrt Wynfreth nach Nhutscelle zurück, doch nicht um von dem Missionswerk für immer Abschied zu nehmen, dies vielmehr auf tiefere, stärkere Grundlage zu bauen. Mit einem Empfehlungsschreiben des Bischofs Daniel von Winchester begibt er sich Spätherbst 718 nach Rom. In seinem Glaubens- und Sittenleben wohlbewährt und einer hohen Aufgabe für würdig befunden, bestellt ihn Papst Gregor II. mit Sendschreiben vom 15. Mai 719 zum Glaubensprediger bei den Heiden. Die Urkunde lautet:

„Gregor, Knecht der Knechte Gottes an den frommen Priester Bonifatius.[1])

Der uns wohlbekannte Eifer deines frommen Vorhabens, das mit Christus heilig in dir lodert, und die erprobte und zuverlässig verbürgte Kunde von deinem reinen Glauben bestimmt uns, dich in der Ausspendung des Wortes Gottes, deren Fürsorge uns durch Gottes Gnade obliegt, zum Gehilfen anzunehmen. Wir haben ja in Erfahrung gebracht, daß du von Kindheit an für den geistlichen Stand erzogen wurdest[2]) und heranreifend deine gute Anlage in Vermehrung des dir vom Himmel anvertrauten Talents[3]) in stetem Aufblick zur Liebe Gottes dahin ausweitest, die Gnade der Erkenntnis des Wortes Gottes zur Uebung heilbringender Predigt in eifrigem Wagen zu nützen, ungläubigen Völkern das Geheimnis unseres Glaubens zu verkünden. So freuen wir uns denn deiner Glaubensstärke und wünschen, Förderer der dir verliehenen Gnade zu werden.

Du hast den frommen Drang deines Vorhabens in vorsichtigem Bescheiden dem Ratschlusse des Apostolischen Stuhls unterbreitet, um als Glied vom Gliede[4]) deine gute Gesinnung zu bewähren, während du das Haupt des eigenen Körpers suchst und in demütiger Unterwerfung unter das Urteil dieses Hauptes und treuer Befolgung seiner Weisung die festgefügte Zusammengehörigkeit zu ihm zu erhärten. Deshalb haben wir im Namen der unteilbaren Dreieinigkeit und kraft unverbrüchlicher Vollmacht des heiligen Apostelfürsten Petrus, dessen Lehre wir hüten und verwalten und dessen heiligen Sitz wir einnehmen, deine bescheidene Ergebenheit berufen und beauftragen dich: Wohin du immer mit dem Worte der Gnade Gottes und dem heilbringenden Feuer, das in dir lodert, das zu spenden der Herr auf Erden gewandelt ist[5]), in Gottes Geleit kommen magst, zu Völkern, die noch im Banne des Unglaubens festgehalten sind, dort den Dienst des Reiches Gottes in Anrufung des Namens unseres Herrn Jesus Christus durch Verkündigung der Wahrheit auszuüben und im Geiste der Tugend, Liebe und Mäßigung die Heilslehre des alten und neuen Testamentes in einer den unbelehrten Gemütern angepaßten Weise zu verkünden.

Es ist unser Wille, daß du darauf bedacht seiest, die Spendung des Sakraments zur Aufnahme derer, die mit Gottes Hilfe sich bekehren

[1]) Vgl. S. Bonifatii et Lulli epistolae, ed. M. Tangl, Berlin 1916, S. 17; die Briefe des hl. Bonifatius in Auswahl übersetzt und erläutert von M. Tangl, Leipzig 1912, S. 6. — Der Name Bonifatius begegnet uns in diesem Sendschreiben zum ersten Male, vielleicht in Anlehnung an den Heiligen des vorhergehenden Tages (14. Mai Bonifatius M.)

[2]) Vgl. 2. Tim. 3, 15. Vgl. die Lebensbeschreibung des Heiligen, verfaßt von Willibald.

[3]) Vgl. Mt 25, 15.

[4]) Vgl. 1. Cor. 12, 27.

[5]) Vgl. Lc. 12, 49.



sollten, genau nach Vorschrift und Uebung des heiligen apostolischen Stuhles, in der du schon unterwiesen bist, vorzunehmen. Wenn du sehen solltest, daß dir an deinem begonnenen Werke irgend etwas gebricht, wirst du Sorge tragen, es nach bestem Vermögen uns zu melden. Lebe wohl!

Gegeben an den Iden des Mai im dritten Jahre der Herrschaft Leos[6]), des frommen, erhabenen, von Gott gekrönten, großen Kaisers, im dritten Jahr nach seinem Konsulat, in der zweiten Indiktion."

Was Bonifatius klar erkannt, daß nur ein mit der römischen Mutterkirche eng verknüpftes Missionswerk dauernden Erfolg bringen kann, bleibt jetzt das Ziel seines Lebenswerkes. In Thüringen, bei den Friesen, Ober- und Niederhessen arbeitet er nun, das Christentum teils zu vertiefen, teils erst zu begründen (719—32), mutig fällt er bei Geismar die Donarseiche, um aus ihrem Holz ein Kirchlein zu Ehren des hl. Petrus zu zimmern. Am 30. November 722 in Rom zum Missionsbischof (mit Ablegung des Gehorsamseides gegen den römischen Stuhl) geweiht, wird er 732 zum Missionserzbischof, gleichfalls ohne festen Sitz, 739 zum Legaten des römischen Stuhls für Deutschland ernannt, erhält er 747 einen festen Sitz in Mainz.

Die Periode seines Lebens von 732—47 widmet er im Auftrage des Papstes der Organisation der bayerischen (Bistümer Passau, Regensburg, Salzburg, Freising), thüringisch-hessischen (Bünaburg, Würzburg, Erfurt) und fränkischen Kirche, und der Reformation des Kirchenwesens von den Fehlern der iroschottischen Mission (zu starke Betonung des klosterhaft-asketischen Charakters ohne größere Organisation einer geordneten bischöflichen Verfassung und den der Kirchenvorschrift widersprechenden Mißständen des fränkischen Kirchentums (Duldung der Priesterehe, Verweltlichung der Kirchengüter) (742 das concilium germanicum, 743 Synode zu Estiennes für Austrien (Karlmann), 744 zu Soissons für Neustrien (Pippin), 745 und 747 Synoden für beide Reichshälften.)

Trübe Erfahrungen, mehr noch wohl innere wahrste Berufserfassung bestimmte den 80jährigen Greis, Pippin und Stefan um Enthebung vom bischöflichen Amte in Mainz zu bitten. Hatte 717 sein Missionseifer die Wahl zum Abt als Nachfolger Wynberths, später die Nachfolgeschaft Willibrords auf dem bischöflichen Stuhle zu Utrecht ausgeschlagen, so führte ihn dieser heilige Missionseifer nochmals zum Friesenland, wo er am 5. Juni 754 mit 52 seiner Gefährten den Missionsmartyrertod erleiden sollte.

Als wahrer Missionär und großer Organisator hatte Bonifatius seinem Missionswerk in den Klöstern Amöneburg, Ohrdruff, Fritzlar, Tauberbischofsheim, Kissingen, Ochsenfurt, Fulda (12. 3. 744 gegründet), Heidenheim, in Bayern Altaich und Benediktbeuern dauernde Stützpunkte, in seinen angelsächsischen Mönchen und Nonnen (Lul, Denehard, Burchard, Wigbert, Sola, Witta, Wunibald, Willibald, Eobean, Lioba, Chunihild, Chunitrud, Berthgit, Walburgis, Thekla), dem Franken Gregor, dem Bayern Sturm treueste Mitarbeiter gegeben. Sein eigenes Lebensbild tritt uns als ausgereifte christliche Persönlichkeit, beseelt von heiligem Glaubenseifer und glühender Heimatsliebe, von treuester Fürsorge für sein Missionswerk aus seinen Briefen entgegen.

Möge diese Zentenarerinnerung aus dem Leben des größten angelsächsisch-deutschen Missionars aller Zeiten die Glaubensfreude und Liebe derer stärken, die sein Lebenswerk, das Christentum Deutschlands, heute in den Stürmen der Revolution einer Neuordnung seiner äußeren Lebensbedingungen entgegengehen schauen.

[6]) Leo der Isaurier, 25. März 717 bis 18. Juni 741 (üblicher formelhafter Kanzleistil bei der Datierung päpstlicher Urkunden).

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg.

Um Mitternacht saßen die Wahrheit, der gesunde Menschenverstand, die Freiheit, die Gerechtigkeit und andere Schemen bei Sumego und veranlaßten ihn, die Beobachtungen in München während der letzten Wochen zu erzählen.

Ehe er begann, drückte er sein Beileid aus, denn die Astralleiber der Fragenden befanden sich in einem schauerlichen Zustand. Besonders die Freiheit und die Menschlichkeit waren böse zugerichtet, denn, wie es schien, hatten sie fortwährend Peitschenhiebe ins Antlitz erhalten. Der Gerechtigkeit waren die Arme verstümmelt und dem gesunden Menschenverstand fehlte der Kopf.

Du hast also gar nicht vorausgesehen, daß eine vierte Revolution, die in Isar-Athen die Kommune errichten wollte, ausbrechen würde? fragte die alte, bis zur Unkenntlichkeit zerschundene Moral.

O, doch! Zwar nicht politisch berechnend, aber als ein entsetzter Zeuge, erwiderte Sumego und teilte mit: Als ich acht Tage vor Ausbruch dieser letzten Revolution vormittags aus der Herzogsspitalkirche trat, gingen zwei Bürschlein in Uniform vorüber und der eine rief gegen das den Münchenern so teuere Heiligtum gewendet im frechsten Ton: Die nächst' Woch' machen wir da draus a —![1]) Das Lachen des anderen ungefähr 18jährigen Bengels war unbeschreibbar zynisch. — Warum gerade in der nächsten Woche? fragte ich mich und dachte weiter: Sollte in der sich etwas ereignen, was ähnlich vertierte Menschen ersehnten? Trotz der unglaublichen Roheit klang dennoch eine wilde Energie aus diesen Stimmen. Viele Menschen hatten neben mir die Kirche verlassen und sie hatten anscheinend nichts gehört. Waren sie vielleicht in dem ehemals so kunststolzen Isar-Athen an dergleichen Roheiten schon gewöhnt? Ich betrachtete die Mienen und brummte „Stumpfsinn" vor mich hin.

Nun warf der gesunde Menschenverstand ein: Daß dich solches doch wundert? Erinnere dich, daß die Gattin eines sehr berühmten Deutschen, wenn sie Freitags Abstinenz üben sollte, vor ihren Dienstboten ärgerlich sagte: Ach — wegen eines Juden! — Der Jude war aber Christus! Erinnere dich, daß ein früher bekannter Maler sich einst vergaß, als du meintest, es sei morgen Feiertag, und er dich fragte: Feiertag? Ach ja — wegen einer alten Jüdin! Die alte Jüdin war aber die Mutter Gottes! Und du wunderst dich über die Roheit eines Spartakistenjünglings und hast doch Jahre hindurch die Blasphemien von Gebildeten anhören müssen! Sollte man nicht an Sittenvergiftung von oben nach unten glauben?

In der Geschichte sind umgehende Bestrafungen der Blasphemien verzeichnet. Man rechnet sie jetzt zu den Sagen, nahm Sumego das Wort und erzählte: Ein auf dem Fuße folgendes Strafgericht trat einst in Salzburg ein, das mir Augenzeugen noch vor wenigen Jahren bestätigt haben. Als das Dogma der unbefleckten Empfängnis verkündet worden war, erging sich beim Wein in den „Alliierten"[2]) ein verärgerter reicher sogenannter Gebildeter in unerhörten Schmähungen. Darauf bestieg er sein Pferd und ritt im Schritt nach dem Nonntal. Dort steht eine Säule, die nach Janusart zwei Pietas trägt. Ohne jeden Anlaß machte das sonst fromme Pferd plötzlich einen Satz und warf seinen Reiter so gegen das Steingebilde, daß er an ihm mit dem Kopfe anschlug und einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Stände das im Plutarch, die Leute würden es vielleicht glauben, allem aber, was nur im geringsten zur Religion Beziehung hat, versagen sie den Glauben.

Nun warf die Wahrheit ein: Und hast du nicht früher mitangehört, was Spiritisten, was Okkultisten für glaubwürdig erklären? Hast du nicht Augenzeugen, Mitanwesende gesprochen, die dir unerklärbare Vorkommnisse mitteilten? Die Wunder Jesu deuteln sie aber in ärztliche Kenntnisse um und einen Antonius verkleistern sie mit dem Sarkasmus kirchenfeindlicher Spötter. Weil der Latinismus der heißblütigen Italiener beim Anrufen unserer Heiligen Fetischbitten für irdische Wohltaten lallt, wird absichtlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und Spott und Unglaube feiern Orgien. Niemand denkt an die Lästerworte des Schächers zur Linken. Als Lausbuben vornehmer Eltern in einem Institut eine geweihte Hostie verunehrten, sprach man verächtlich von einer Oblate und ersah den Beweis, daß Mehl eben Mehl sei und Mehl sich nicht zu rächen verstehe. Dennoch hat sich das göttliche Mehl gerächt, nur sprach man nicht darüber, weil die Indifferenten die Schandtat längst vergessen hatten. Gott ist eben ein langsamer Zahler. Jetzt — da der Großteil der Fürsten Land und Thron verloren hat, tauchen die Erinnerungen an das Fluchbelastete in der Geschichte der Dynastien auf. Nicht an Rasputin, an andere Wahrsager sollte man denken, man müßte den Tatsachen nachgehen, die in sich selbst den Fluch enthielten.

Ehre Vater und Mutter! rief nun die Gerechtigkeit und nahm das Wort: Hat nicht Schiller in den „Räubern" das Beispiel eines verworfenen Sohnes gezeichnet? Es gab auch Giftmischer und Meineidige. Hat nicht ein Hohenzoller dem sterbenden Vater geschworen, daß er dem alten Glauben treu bleiben wolle, und wie hat er kurz darauf gehandelt? Mußte sich nicht der Segen des sterbenden Vaters in Fluch verwandeln — in einen Fluch, der erst im Jenseits sich gebar? Und betrachtet die Geschichte der englischen Könige. In der Familie der Tetrarchen findet man kaum so viele Mörder am eigenen Blute! Und wie das Raubtier im Menschen zur Zeit der Zäsaren Orgien feierte, wütete es später im mildscheinenden Mantel fortschreitender Kultur fort. Mensch bleibt eben Mensch und Kultur allein ist höchstens äußerer Lack. Was haben die Erfinder, die Techniker, die Künstler seit der Schreckensherrschaft von 1789 nicht alles geleistet und blieb sich das Volk im einzelnen Individuum nicht gleich? Sehet nach Rußland, nach Ungarn, sehet in den letzten Tagen nach München! Die gleiche Raubgier, die gleiche grausame Mordlust! Sind das die Errungenschaften, die uns der von der Loge verheißene Fortschritt brachte? Die Politur des Materiellen schreitet fort, der Mensch bleibt stets der gleiche Egoist, wenn ihn nicht ein höheres Ziel veredelt. Es ist wahr, daß seit Jahrhunderten eine psychische Schlackenkruste die ganze Menschheit zu begraben schien. Wenige waren und sind auserwählt und, wenn sie von Zeit zu Zeit ihr „Zurück zu Gott!" erschallen ließen, wurden sie und sind sie verspottet! Gott ist eine abgetane Sache, riefen jetzt sogar pflügende Landleute, die doch Gott

[1]) Bordell mit der gemeinsten Bezeichnung war gemeint.

[2]) Damals erstes Hotel in Salzburg.

aus jeder fruchtbringenden Scholle, aus jedem segnenden Sonnenstrahl, aus jedem Hagelsturm erkennen könnten.

Es trat eine Pause ein und nun fragte Sumego: Was haltet ihr dafür: kann Deutschland je wieder gehoben werden?

Betet und arbeitet! gab der gesunde Menschenverstand barsch zurück.

Da erhob sich die verstümmelte Gerechtigkeit, trat an ein Fenster und öffnete es. Am Dache des Hauses, in dem Sumego wohnt, ist eine Telegraphenleitung angebracht und soeben wurden der Schriftleitung einer Tageszeitung die in Versailles festgesetzten Friedensbedingungen depeschiert. Die Schemen lasen die Funken ab und verstanden sie, was natürlich Sumego versagt blieb. Besorgt blickte er auf seine nächtlichen Gäste, die Entsetzliches zu vernehmen schienen.

Wehe dir — ein Deutscher zu sein! rief der gesunde Menschenverstand und vor den Augen Sumegos zerstob er in Milliarden von Nullen, die wie Seifenblasen barsten.

Ward je ein Volk so bestraft? Ward je ein Volk so versklavt?

Wehe mir — im Munde Wilsons zu sein! schrie die Freiheit und zerfloß wie Eis an der Sonne.

Während die Gerechtigkeit in sich selbst versank, ächzte sie: Wehe dem Nachwuchs jetzt tanzender Deutschen! Imperialisten und russische Peitschen hat er zur Wahl — hat er zur Qual!

Wahnsinn — wo bist du? Irrsinn — wo bleibst du? rief Sumego, der sich nun allein sah.

Der? — Er hat in Versailles wichtige Geschäfte, kreischte eine am Fenster vorübersurrende feurige Fledermaus und Sumego erkannte in ihr den Satan der Rachsucht und des Hasses.

Doch am nächtlichen Himmel glitzerte in der Ferne ein Stern. Aus seinen feinen Strahlen wob sich ein goldenes Band mit der Inschrift Zurück zu Gott! Dann kehrt auch Sankt Michael wieder!

Vom Büchertisch.

Dr. **Friedrich Wichtl**, Nationalrat, **Freimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik.** Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges. J. F. Lehmanns Verlag, München 1919, 204 S., geh. 5 M und 10 Proz. Teuerungszuschlag. „Die Klerikalen haben wahrlich genug getan auf diesem Gebiete, um die Bevölkerung (über die Freimaurerei) aufzuklären; wenn ihnen nicht geglaubt wurde, ist es zum großen Teil unsere eigene Schuld" (S. 188). Nun mußte ein Buch geschrieben werden „von einem deutschbewußten Politiker, nicht von einer Seite, die man als „klerikal", „ultramontan" oder „jesuitisch angehaucht" verdächtigen kann", sagt W. zur Begründung der Veröffentlichung seiner Arbeit. Wir begrüßen diese Schrift, indem wir hoffen, daß sie auch dort gelesen wird, wohin Bücher von katholischen Autoren und Verlegern keinen Zutritt haben. Der Verfasser, der sich allerdings erst seit kurzem mit diesem Thema beschäftigt, auch die Literatur nicht streng systematisch vorbereiten konnte, gibt dennoch eine verläßliche Einführung in die Verbreitung, Ziele und Tätigkeit der Logen der gesamten Welt. Die Darlegung hat zu ihrem Mittelpunkte den Nachweis, daß die Freimaurerei, die ja den Sturz von Monarchie und Religion und die Aufrichtung einer atheistischen Weltrepublik erstrebe, schon lange gegen die monarchischen und im allgemeinen konservativen Mittelmächte zum Kriege hinarbeitete, und als dieser da war, immer mehr Feinde gegen uns geführt hat. Als besonders interessante Punkte seien herausgegriffen: Einfluß des Judentums in der Loge, die weltumspannende politische Betätigung des Geheimbundes, Charakteristik der englischen Maurerei, welche nach echt angelsächsischem Geiste die Welt ihrem Vaterlande dienstbar zu machen bestrebt ist, ausschlaggebende Bedeutung der Loge in Nordamerika, das Streben, die Sozialdemokratie als Hilfstruppe zu gebrauchen, die schwankende, zweifelnde und unsichere Haltung der deutschen Maurerei. Wir halten die Ausführungen und Schlußfolgerungen des Buches für beweisend, auch die Annahme als gesichert, daß der unter Mitwirkung oder auf Anstiftung des Großorients in Paris vollzogene Mord des Erzherzogs Franz Ferdinand vor der Ausführung Kohn, dem jüdischen Großmeister der Elektiker und Geschäftsführer aller deutschen Maurer, bekannt gewesen ist. Unbedacht ist wohl die Bemerkung auf S. 47, die gewissermaßen eine Erklärung für den Satansdienst italienischer Logen darin sieht, „wenn die Vernunft, wenn die Ergebnisse freier Forschung und Wissenschaft als Teufelswerk verschrien werden." Sollte hier die nach dem Texte naheliegende Beziehung auf die katholische Kirche gemacht werden wollen, so ist zu sagen, daß diese niemals, auch nicht im entferntesten, auf diesem Standpunkt gestanden ist. Das ganze Buch legt Zeugnis dafür ab, wie die Loge gerade die katholische Kirche, insbesondere das Papsttum, bekämpfte, wie aber auch diese die übernatürliche Religion schützen, während die Maurerei „in ihren Reihen eine große Zahl protestantischer Geistlicher besitzt, die in führender Stellung, als Stuhlmeister usw., tätig sind" (S. 41). Wir empfehlen die Schrift gerade für die Jetztzeit, wo auch Deutsche sich gleichsam überbieten, die ganze Schuld am Weltkriege dem eigenen Volke und seinen früheren Fürsten aufzubürden.

Dr. J. Hoffmann.

Beiträge zur Philosophie und Paedagogia perennis. Festgabe zum 80. Geburtstage von Otto Willmann. Gewidmet von seinen Freunden und Verehrern J. Albrecht, Th. Czermak, J. Donat, J. A. Endres, M. Grabmann, G. Grunwald, C. Hohenlohe, R. Hornich, W. Kammel, F. Krus, A. Pichler, E. Rolfes, J. Schindler, J. B. Seidenberger, E. Seydl, J Stiglmayr, W. Toischer, Chr. Willems, J. J. Wolff. Herausgegeben von Dr. Wenzel Pohl. 8° 304 S. Mit einem Bildnis O. Willmanns. M 24, geb. M 26. Freiburg, Herder 1919. Im Geleitwort zu dieser Festgabe erinnert Bischof Groß von Leitmeritz an die Worte Graf Hertlings: „Ein wissenschaftlich gebildeter Mann, der seinen Glauben kennt und bekennt, wirkt mehr als viele Bände Apologetik." Willmanns Leben und Schaffen bestätigt es. Eine kurzgefaßte Uebersicht samt gründlicher Zusammenstellung seiner Werke bietet der Aufsatz des Herausgebers S. 299 ff. In den Rahmen der Zeitgeschichte wird Willmanns Tätigkeit eingefügt durch die prächtigen Ausführungen Professor Pohles über „Drei Jubiläen": Vierzig Jahre seit dem Erscheinen der Enzyklika „Aeterni Patris". Fünfundzwanzig Jahre seit dem Erscheinen des grundlegenden Bandes von Willmanns „Geschichte des Idealismus". Achtzigster Geburtstag Willmanns. Die weiteren Beiträge über Einzelfragen der philosophia und paedagogia perennis beleuchten die Bedeutung der von Willmann mit seltenem Eifer gepflegten Wissensgebiete und würdigen zugleich die hohen Verdienste des im begnadeten Alter noch immer rastlos tätigen Forschers.

O. Heinz.

Herz Jesu, unsere Hoffnung. Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuch. Herausgegeben von Pfr. Adolf Pitynek. Mit kirchl. Druckerlaubnis. Ratibor 1919. Reinhard Meyer, Katholische Verlagsanstalt. Mehr als je erfordern die heutigen zerfahrenen und traurigen Zeitverhältnisse die Einigkeit aller jener, die guten Willens sind. Diese Einigkeit vermag aber gewiß Jener herbeizuführen, der einst zum Vater aller Menschen so innig gebetet hat, daß „alle eins seien" — Christus unser Herr. Dieser Gedanke bewog den Verfasser zur Herausgabe seines Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuches. Ich kann unbedenklich erklären, daß dies das vollständigste Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuch ist von allen, die mir je zu Gesicht gekommen. Es enthält 33 gehaltvolle, belehrende und erbauende Betrachtungen über die Herz-Jesu-Verehrung (ebenso geeignet zu Lesungen für den Monat Juni als verwendbar zu gediegenen Herz-Jesu-Predigten), viele innige und kernige Gebete, teils alte aus den Schriften der Heiligen, teils neue, wohl die Früchte eigener Betrachtungsstunden; es sind ferner darin zu finden die Familienweihe ans heiligste Herz Jesu, die Ehrenwache des heiligsten Herzens, Herz-Jesu-Bruderschafts-Andachten samt Belehrungen, Novenen, 33 Herz-Jesu-Lieder usw., kurz alle Andachten, die ein Verehrer des göttlichen Herzens Jesu sich nur wünschen kann. Trotzdem ist „Herz-Jesu, unsere Hoffnung" kein Spezial-Buch bloß für Herz-Jesu-Verehrer, im Gegenteil: da dieses Buch eine reiche und praktische Auswahl von Gebeten, Andachten, Liedern usw. für das ganze Kirchenjahr bringt, wird es zu einem überaus praktischen Gebetbuch für jeden Stand und jedes Alter und eignet sich darum sehr gut zu Geschenkzwecken, z. B. für Erstkommunikanten, Firmlinge, Brautleute usw

Pfr. Kirchner.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. Die Direktorin folgt dem Rate ihres Kollegen im Vorspiel des Faust. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Nach Raimund und Tolstoi nun Molière und ein zeitgenössischer Italiener. (Gegen den klassischen Lustspieldichter Frankreichs wird niemand etwas einwenden wollen, dagegen erscheint es, um dies nebenbei zu erwähnen, als ein beschämender Mangel an nationalem Taktgefühl, wenn man just in diesem Augenblicke auf einer Varietébühne, auf der man aus unbekannten Gründen in letzter Zeit Komödie spielt, einen verwegenen französischen Schwank gibt und, nach den zahlreichen Wiederholungen zu schließen, damit den Geschmack vieler trifft!) Wie in seinen ersten Gaben zeigte auch bei Molière das Theater der Körner eine szenische Ausstattung, die künstlerisch befriedigen durfte und sympathisch berührende Einfachheit des Bühnenbildes mit farbigem Reiz verband. Man gab „Die Allzufeinen" in einer auf eine strengere sprachliche Formung verzichtenden Verdeutschung von L. Wolde. Das Publikum unterhielt sich vortrefflich, schien sich jedoch mehr an die äußere Komik des als galanten Marquis verkleideten Dieners zu halten, als daß es sich mit den historischen Voraussetzungen der Satire in allen Einzelheiten vertraut gezeigt hätte. Herr Koch erwies sich als eine komische Begabung. Die preziösen Damen hielten sich auf mittlerer Linie; die Art und

Weise aber, wie die eine die Röcke hebt, um dem Publikum ihre — Beine zu zeigen, ist man selbst in der Operette nicht gewohnt. Das „Haus Molières“ und die Kabaretts des Montmartre liegen weit auseinander. Man sollte die Grenzen nicht verwischen! Ein Beispiel, wie man selbst Pikantes in den Formen guten Geschmackes spielt, gab Frau Körner in der Hauptrolle von Roberto Braccos Komödie „Untreu“. Sie spielte mit viel Anmut und „mondänem“ Reiz und holte aus dieser Partie alle Möglichkeiten ihrer nüancenreichen Kunst heraus. Das Stück des Italieners hat man schon vor fünfzehn Jahren etwa hier gegeben. Die schöne Gräfin spielt mit dem Ehebruch, wie man derlei auf der Bühne oftmals gesehen. Die Pointe ist, daß nicht der Ehemann, sondern der Hausfreund der gefoppte ist. Wie enge und klein ist doch trotz des Aufwands feuilletonstischen Geistes diese Bretterwelt. Frau Körners schauspielerische Begabung weist auf die Aufgaben wahrhaft großer Kunst. Sollte die Direktorin gerade diese meiden wollen?

Theater am Gärtnerplatz. „Der fidele Bauer“ gehört zu den erfolgreichsten Operetten Leo Falls. Seine reizvolle, gefällige Musik dient hier einem Textbuch (von Viktor Léon), das gute Ansätze zum Volksstück hat, die in der jetzigen Wiedergabe stärker hervorgehoben wurden. Gespielt wird gut, da und dort ließe sich ein dicker Farbenauftrag mildern, ohne daß die Wirkung geschmälert würde, im Gegenteil. Es hat sich gelohnt, diese Operette wieder hervorgesucht zu haben.

Aus den Konzertsälen. C. F. Adler, der im Odeon als Orchesterleiter mit dem Tonkörper des Konzertvereins an die Oeffentlichkeit trat, zeigte Temperament und Können. Er bot Bruckners „siebte“ und „Macbeth“ von Strauß in tüchtiger, ansprechender Wiedergabe. Als Solist des Abends bewährte sich W. Ruoff als ausgezeichneter Lisztspieler. Er wirkte auch als Begleiter auf dem Liederabend einer jungen Sängerin, die erstmalig vor unser Münchener Publikum trat. Klara Iblagger besitzt einen stattlichen, wohlgebildeten Sopran von edlem Klang und einem bemerkenswert schönen Piano von Weichheit und Tonfülle. Ein sehr liebenswürdiges Vortragstalent unterstützte ihre gutgewählten Liedergaben von Rob. Franz, Schubert, Trunk und Strauß. Die junge Künstlerin fand sehr starken, herzlichen Beifall. Auch einige Klavierabende sollen Erwähnung finden. W. Backhaus glänzendes Können ist bekannt. Sein rhythmisch reich nuanciertes Spiel hinterließ wieder starken Eindruck. Martha Dillenius besitzt eine schöne Technik und reizvollen Anschlag. Ihr Spiel bekundet starkes Gefühl und Gestaltungskraft. — W. Renner hatte ausschließlich Werke von Zeitgenossen ausgewählt; vieles reichte über die Grenze des lediglich interessanten nicht hinaus. Renner ist ein Künstler von feinem Gefühl, Geschmack und Können, der nicht zu blenden sucht. J. Hegar bot ihm seine hervorragende Mitwirkung in einer eigenen Sonate für Violoncello und Klavier, die sehr sympathische Aufnahme fand.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Trotz Versailles Zuversicht unserer Börsen — Denkschrift: Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft — Bayerns Finanz- und Industrielage.

Dass die deutschen Effektenmärkte ihre frühere Eigenschaft als getreues Spiegelbild unseres Wirtschaftslebens völlig eingebüsst haben, bekundet der plötzliche und durchaus unbegründete Stimmungswechsel, der bei grossen Kurssteigerungen namhafte Rück- und Meinungskäufe am Industrieaktienmarkt erbringen konnte. Selbst wenn die Friedensbedingungen im Wege der Verhandlungen eine, und hoffentlich starke Abminderung erfahren sollten, ist für geraume Zeit kein Platz für Haussestimmungen und Spekulationsbetätigung an unseren Börsen. Auch in **Kriegsanleihen**, deren Aufnahmekurs seitens der Reichsbank von 87½% auf 80% herabgesetzt wurde, erfolgten umfangreiche Deckungskäufe, dies vornehmlich auf die von der Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung eingebrachte Anfrage: welche schleunige Massnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um eine weitere Entwertung der Kriegsanleihen und damit eine Erschütterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten? Die Besserung der deutschen Marknotierungen im neutralen Auslande war zurückzuführen auf die Meldung von Bestrebungen hinsichtlich einer Stabilisierung dieser Notizen, namentlich durch Stützung der deutschen Valuta seitens Amerika. Auch die fortgesetzten Bemühungen einer vermehrten Exporttätigkeit machen sich bemerkbar. Erwähnt sei im Zusammenhang damit die unter Leitung des bayerischen Handelsministeriums in Angriff genommene Anbahnung des deutsch-italienischen Güteraustausches, für welche Zwecke in München die „Itala“ als Vermittlungsstelle für Bayern ins Leben gerufen wurde. Der Zuführung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit gilt nach wie vor das Hauptaugenmerk unserer Wirtschaftskreise. Die vom deutschen Reichswirtschaftsamt dem Gesamtkabinett eingereichte Denkschrift über die **Neuordnung der deutschen Wirtschaft** bietet auch nach dieser Richtung hin wichtige Richtlinien. Den Wert der Mengen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, welche Deutschland in den ersten zwei Jahren nach Friedensschluss unbedingt wird einführen müssen, schätzt der Reichswirtschaftsminister in dieser hochbedeutsamen Denkschrift auf 40 bis 50 Milliarden Mark. Leitsätze werden ausserdem aufgestellt hinsichtlich der aktiven Wirtschaftspolitik der Räteorganisation, der Bildung von fachlichen Selbstverwaltungskörpern, der gemeinwirtschaftlichen Regelung in der Kohlen-, Kali-, Elektrosparte und der Getreidemühlen, des Arbeitsfriedens, der Lohnbewegung, der zweckmässigen Ausgestaltung der Vermögensbesteuerung und Bildung einer besonderen Reichsvermögensbank zwecks Verwaltung aller auf die gemeinwirtschaftliche Beteiligung des Reiches bezüglichen Faktoren.

Begreiflicherweise wurden unsere Wirtschaftsgebiete in unvermindertem Masse beherrscht von den Einzelheiten der Versailler Friedenstagung. Ueber das Schicksal des deutschen Verlangens nach der Versailler Arbeiterkonferenz und des entschiedenen Einspruches gegen die beabsichtigte Beschlagnahme des deutschen Privateigentums im Auslande, sowie der Aufforderung zur Beendigung des Wirtschaftskrieges wird man nach den seitherigen Ententetendenzen kaum mehr im Unklaren sein. „**Rechtlos, arbeitslos, brotlos,**“ mit diesen Worten kennzeichnet die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und -nehmer Deutschlands die Wirkung der Versailler Friedensbedingungen für uns. „Vor uns liegt das Todesurteil für das deutsche Wirtschafts- und Volksleben.“ Der bekannte Grossindustrielle Thyssen, fachwissenschaftlicher Beirat der deutschen Friedensdelegation in Versailles, hat u. a. die Friedensbedingungen der Entente charakterisiert, „dass dieselben, abgesehen von den politischen Folgen schlimmster Art, die Lage auf dem Arbeitsmarkt geradezu verzweifelt werden lassen. Die Durchführung der geplanten Massnahmen würde eine Einschränkung unseres Handels und unserer Industrie bis zu einem Drittel des Friedensstandes bedeuten, wodurch naturgemäss die Zahl der Arbeiter und Angestellten auch auf ein Drittel herabgemindert werden müsste. Der Rest hätte die Auswanderung, wenn die Entente eine solche überhaupt gestattet, oder den Hunger zu erwarten.“ — Keineswegs eine Stütze für die derzeitige Börsenstimmung sind ausserdem die in der Bamberger Landtagssitzung amtlicherseits gebrachten Einzelheiten des äusserst trüben Bildes der Finanzlage Bayerns. An Stelle der seit Jahrzehnten aufgespeicherten Ausgleich- und Tilgungsfonds der bayerischen Staatsbahnen mit ihren Millionen von Jahresüberschüssen rechnet man jetzt schon mit Fehlbeträgen von 330 Millionen Mark bei den Staatsbahnen und mit einer in Aussicht stehenden Gesamtverschuldung für das Jahr 1919 von rund 800 Millionen Mark. Dass ein Steuerprogramm in der doppelten und mehrfachen Höhe der seitherigen Steuerziffern hier, wie auch anderwärts die Folge ist, erscheint um so klarer, als auch die Lage der bayerischen Industrie, laut Bamberger Landtagsauslassungen schon im Hinblick auf die durch die Räterepublik angerichteten schwersten Schäden fast ausnahmslos trostlos bleibt. Die Münchener Gemeindeumlage für das Jahr 1919 benötigen beispielsweise eine Steuerumlage-Erhöhung von 178% auf 260%.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.



Literarischer Handweiser

Begründet von
Franz Hülskamp und Hermann Rump.

In neuer Folge herausgegeben von
Lateinschulrektor a. D. Ernst M. Roloff
zu Freiburg i. Br.

55. Jahrgang — 1919. Jährlich 12 Nummern M. 10.—

Schwäbische Donauzeitung. Dillingen 1918, Nr. 235: „Der weite Blick, der Großzügigkeit verbürgt, dabei aber doch Sorgfaltsarbeit, wie sie bibliographisches Schaffen nötig hat, war bei dem Herausgeber zu erwarten und bewährt sich nun in vortrefflicher Weise. Es ist ein Genuß, diese literarischen Referate (z. B. von Mumbauer, Flaskamp, Grisar, Froberger, Drerup) zu lesen, wo man sonst bei ähnlichen Aufgaben nicht selten dürrem Aufzählen und abgegriffenen Urteilen begegnet.... Die Einzelbesprechungen sind knapp und sagen vor allem dem Leser deutlich, was er von dem Buch zu erwarten hat. Meisterhaft ist der Nachrichten- und kleine Anzeigenteil. Da zeigt sich Roloffs technisches Genie für solche Arbeit, eine bewundernswerte Raumökonomie...."
(Franz Weigl, München-Harlaching.)

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg i. Br.
Durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten beziehbar.

Vereins-Bücher!

Mitglieder-Verzeichnis:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier für 400 Mitglieder, solid geb. . . M. 4.—
für 200 Mitgl. brosch. „ 3.—

Kassen-Buch:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier, 100 Seiten, gebunden . . . . M. 4.50
200 Seiten, gebunden „ 6.—

Protokoll-Buch:
Kanzlei-Folio, bestes (Friedens-) Schreibpapier liniert, je nach Stärke solid gebdn.
M. 4.—, 5.—, 6.—.
Alle übrigen Vereinsdrucksachen sauber und preiswert.

Kostenvoranschläge bereitwilligst.

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer, Landsberg a. L.

Aus Island

Erlebnisse und Erinnerungen von Jón Svensson (Nonni). Geb. M. 1.50.

„Wenn ‚Nonni' von Island erzählt, da horcht eine weite Gemeinde, jung und alt, gespannt auf, denn sie weiß: Hier spricht ein Sohn der altberühmten Sagainsel, den nicht nur die sehnende Liebe zum fernen Eiland, den auch Begabung zum Dichter machte. Dies Bändchen ist wiederum eines der köstlichen Nonnibücher, aus denen so viel klarer, liebenswürdiger Geist wie reines, tiefes Gemüt spricht und die zugleich ein außerordentlich gewinnendes, anmutiges Erzähltalent bekunden. Es sei besonders zur gemeinsamen Familienlektüre herzl. empf." E. M. Hamann.

Vom gleichen Verfasser:

Nonni. Erlebnisse eines jungen Isländers, von ihm selbst erzählt. 5. u. 6. Aufl. Geb. M. 5.60.

Sonnentage. Nonni's Jugenderlebnisse auf Island. 3. u. 4. Aufl. Geb. M. 5.40.

Verlag Herder, Freiburg i. B.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6
übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Haselmayer's Einjährig-Freiwill.-Institut in Würzburg
(staatlich genehmigt).
Gewissenhafteste Vorbereitung für die Einj.-Freiw.-Prüfungen, bes. auch für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.
— Eintritt jederzeit. —
Näheres durch die Direktion.

Berlin-Lichterfelde-W.
Vorbereitungs-Anstalt
Major a. D. Meyer, Weddigenweg 70.
Vorbereitung f. Einjährig.-, Prim.- u. Reife-Prüfung. Christl. relig. Erziehung — Prosp frei. - Fernspr. 890.

Darmstädter Pädagogium.
Privatschule mit dem Lehrplan des Gymnasiums, Realgymnasiums u. der Oberrealschule, Sexta bis Oberprima — Vorbereitung auf alle Schulprüfungen. Vorzügl. geleitetes Internat. M. Elias.

Atemgymnastik Stimmbildung
für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::
Berlin S 14, Sebastianstr. 44/45 I
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Sitz-Auflagen aus Filz Filztuche
Cölner Filzwarenfabrik Ferd. Müller, Köln a. Rh.
Friesenwall 67.

Herzenswunsch.

Akadem. kath., Ende der 30er, i. Großst. Bayerns, mit Einkommen von ca. 15000 M., ruhig ernst. Charakters, **sucht zwecks baldiger Heirat** Bekanntsch. einer Dame im Alter von 26–30 Jahren, am liebst. Waise oder sonst unabhäng. Dame. Bedingung: Streng kath., gesund, tadelloser Ruf, gute Herzens- u. Geistesbildung, Erfahrg. in allen häusl. Angelegenheiten, häusl., heiterer Sinn, Freude an Natur, musikalisch.
Gefl. Anfr. mit Bild erbitte an Geschäftsst. der Allg. Rundschau unt. L. M. 19350.
Strengste Verschwiegenheit zugesichert und erbeten.

Weimarer Schriftsteller-Zeitung

das fortschrittlichste und größte Organ für die freien Schriftsteller erscheint wöchentlich. Beilagen: „Arbeitsmarkt" (Nachweis v. Bedarf usw) wöchentl.; „Literarische Rundschau" vierzehntägl.; „Der Vortrag" monatl.; „Schriftsteller-Recht" monatl.
Großer Anzeigenteil.
Bezugspreis: Vierteljahr durch die Post M. 5.—; unter Streifband oder im Buchhandel M. 6.—; älterer Probemonat (4 Nummern) M. 1.50 Postscheck Leipzig 29993
Verlags-Abteilung: „Hilfsbücher für die Praxis des Schriftstellers" (20 Bände); „Handbücher der Presse" (Band 1: Die Mitarbeiter der Presse / Schriftsteller-Adressbuch / in Vorbereitung); Einzelwerke aus allen beruflichen Gebieten. **Versand-Buchhandlung:** Bücherlisten über Fachliteratur frei.
Weimarer Schriftsteller-Zeitung, Weimar 140.

Progymnasium zu Erkelenz.

Von U III an mit realgymnasialer Abteilung. Mit der Schule ist verbunden das städtische **St. Antonius-Alumnat** unter geistlicher Leitung.
Anmeldungen nimmt entgegen
Direktor Junker.

Volksbibliothek
500 Bände gebd., bestempfohlene Romane, Erzählungen u. Humoresken von Achleitner, Artbauer, Brackel, Coloma, Driggeberger, Ekensteen, Herbert, Hennig, Schmidt, Schott, Shehan usw. billig auch zur Auswahl und gegen Teilzahlung.
Jos. Habbel, Regensburg.

Der Sozialismus
Eine Untersuchung s. Grundlagen u. s. Durchführbark. von **Viktor Cathrein S. J.**
24. u. 25. Tausend. Kart. M 10.40.
„Unter den zahlreichen Werken über den Sozialismus nimmt das von Cathrein unstreitig den ersten Rang ein ..." (Kreis- u. Gemeindeverwltg., Berlin 1911, Nr. 2.)
Vom gleichen Verfasser: **Sozialdemokratie u. Christentum oder Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein?** 6.—16. Tausend. 90 Pf.
Verlag v. Herder, Freiburg i. B.



In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich
HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.
HARMONIUM auch von Jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.
Prachtkatalog umsonst.
Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Graue Haare
erhalten Naturfarbe und Jugendfrische ohne zu färben. Seit 12 Jahren glänz. bewährt. Näheres unentgeltlich.
Sanitas, Fürth i. B., Flössaustrasse 23.

Priesterkragen
aus feinstem Leinen:
4 cm hoch M. 61.50 pro Dutzend
4½ cm hoch M. 62.- pro Dutzend
5 cm hoch M. 62.50 pro Dutzend
ferner Strümpfe u. Socken versendet
C. Höflich
Trikotagen und Wäschekonfektion, Breyell (Rhpr.).

Kurheim Villa Teresa, Solbad Frankenhausen
am Kyffhäuser. Nur 12 Patienten. 15—22 M. Behaglich. Gute Verpflegung.
Dr. med. Wolthaus.

Fahrradreifen
kaufen Sie billig bei
E. Geitz, Berlin W. 35.
Verlang. Sie gratis Prosp. Nr. 19.

Rauchfaßkohlen
rund gepreßt liefert als Spezialität
August Hamacher & Co. Trier.
Wiederverkäuf. erh. Rabatt.

Interessante Bücher
Verlangen Sie kostenlose Prospekte v. Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla

Gute Probenummer-Adressen sind der Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau in diesen Zeiten besonders willkommen.

Verkaufe Herd. Lexikon
9 Bde., Halbfrz., ungebraucht. Angeb. unter „A. F. 19383" an die Geschäftsstelle d. „Allg. Rdsch.", München.



Eichemeyer's „Edel-Comfrey"
gibt kolos. Massen Ia. Futter u. kann das ganze Jahr auf jed. Boden angebaut werden. Preis d. Steckl. o. Verp. M. 1.50, 2.-, 3.- u. 4.- pr. % Nachn. Bei Abn. von mehr wie 8000 gew. Steckl. a. einmal 50% Rabatt.
H. Eichemeyer Nachfolger, Duderstadt.

Deutsche Bank.

Geschäftsbericht für das Jahr 1918.

Das neunundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank, über das wir berichten, brachte das für unser Vaterland überaus traurige Ende des Weltkrieges.

Es ist hier nicht am Platze, die Gründe für diesen unglücklichen Ausgang zu erörtern. Das deutsche Volk hat es jedenfalls nicht verdient, daß ihm Friedensbedingungen auferlegt werden, die die innersten Wurzeln seines nationalen und materiellen Daseins vernichten. Während politische Neugruppierungen und Neubildungen von Staaten vor sich gehen, denen von vornherein wirtschaftliche Möglichkeiten gesichert werden, sollen uns unter Lostrennung von Gebietsteilen, die wichtige Bodenschätze unserer Industrie bergen und für die Volksernährung unentbehrlich sind, unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten genommen werden. Deutschland ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Blockade von allen Vorräten entblößt und der Kräfte beraubt, die zum Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft und zur Ordnung seines Staatshaushaltes notwendig sind. Wir können nur mit unserer Arbeit zahlen. Um aber diese Arbeit zu beginnen und ertragsfähig zu machen, brauchen wir ausländischen Kredit, Rohstoffe und Lebensmittel. Die Forderungen unserer Gegner sind unerfüllbar. Möge es der Umsicht unserer Unterhändler gelingen, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundlagen für uns erträglich sind.

Die Gegner behaupten, die deutschen Finanzleute hätten von dem bevorstehenden Kriegsausbruch gewußt. Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, beweisen die in London veröffentlichten Berichte des von den britischen Behörden eingesetzten Comptrollers der Londoner Filialen deutscher Banken. Wir zitieren daraus wörtlich:

„Thus it is shown that whilst England on the 27th July prepared to attract gold, Germany and Austria at the same time, and at least up to the 31st July 1914 made shipments of gold to London and Paris."

Auch die Vorbereitung für die Ausgabe der Darlehnskassenscheine, die uns vorgeworfen wird, war eine Maßregel ganz allgemeiner Natur für den Kriegsfall. Die englische Regierung hatte in ganz gleicher Weise die Ausgabe der kleinen Currency Notes von langer Hand sorgfältig vorbereitet, denn die Herstellung vieler Millionen kleiner Wertzeichen innerhalb weniger Tage war eine Unmöglichkeit. Durch Verwendung besonderen Papiers und besseren Drucks war die Anfertigung der englischen Currency Notes sogar zeitraubender als die der deutschen Wertzeichen.

An der Hoffnung, daß der Weltfrieden trotz der drohenden Haltung Rußlands erhalten bleiben möge, haben wir bis zum letzten Augenblick festgehalten und noch Ende Juli unmittelbar vor Verkündung der russischen Mobilmachung größere, an Kündigung geknüpfte Guthaben der Russischen Staatsbank auf deren Ansuchen ausbezahlt.

Die Zunahme der Umsätze unserer Bank von 188 Milliarden Mk. im Vorjahre auf 243 Milliarden spiegelt die Geldentwertung einerseits und die Steigerung aller Löhne und Preise anderseits deutlich genug wider.

Der katastrophale Rückgang der meisten Börsenkurse hat uns wenig getroffen, da wir andere Wertpapiere als kurzbefristete Schatzscheine, wie unseren Jahresberichten zu entnehmen war, nur in bescheidenem Maße besitzen. Um diesen unvermeidbaren Rückgang im allgemeinen Interesse in geordneten Bahnen zu halten, hat sich, als das Waffenstillstands-Angebot erfolgte, eine Aufnahmegemeinschaft der Banken und großen Bankfirmen des Platzes gebildet. Unser Anteil ist auf Effekten-Konto verbucht; er wird demnächst von der neugegründeten Bank für industrielle Börsenwerte übernommen werden.

Die Bilanzzahlen unserer ausländischen, durch die Kriegsereignisse von uns abgetrennten Filialen haben wir nach deren letzten vorhandenen Ausweisen in unseren Abschluß unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt.

Die Zahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen ist von 530,767 im Vorjahr auf 573,367 gestiegen.

Die uns anvertrauten Gelder, Kreditoren und Depositeneinlagen, haben sich neuerdings um 1071 Millionen vermehrt. Dementsprechend sind unsere flüssigen Anlagen, die naturgemäß zum bei weitem größten Teil aus Reichsschatzanweisungen bestehen, von 5033 Millionen auf 6290 Millionen gestiegen; unsere Liquidität beträgt 91,68 % gegen 86,98 %.

Unsere eigenen Verpflichtungen zeigen einen großen Rückgang, da wir für eigene Rechnung keine Kredite in Anspruch genommen haben. Dagegen erscheint, nachdem das Ende des Krieges den Ausweis gestattet, auf beiden Seiten unserer Bilanz gesondert und erkennbar ein Betrag von M 432,320,233.60, Verpflichtungen, die wir für Rechnung des Deutschen Reichs und der Reichsbank im Auslande eingegangen sind. Namentlich durch die Steigerung der Wechselkurse hat sich dieser Betrag während des Berichtsjahres stark vermehrt.

Ein Gleiches ist der Fall bei dem an Stelle des Akzeptenkontos von unserer Kundschaft stark in Anspruch genommenen Avalkonto, das ebenfalls infolge der Steigerung der Wechselkurse sich erheblich vergrößert hat.

Unsere Zweiganstalten haben sich, unter zeitweise sehr schwierigen Verhältnissen, ohne Ausnahme bewährt.

Mehr als jemals haben wir für nötig erachtet, alle Ausgaben für Neueinrichtungen, Abnutzung und bauliche Anpassung unserer Bankgebäude vollständig abzuschreiben.

Die Zahl der Beamten der Deutschen Bank einschließlich der Vorstandsmitglieder betrug am Jahresschluß 13 529 gegen 13 322 Ende 1917. Wiederum geben wir als Anlage zu diesem Bericht ein Verzeichnis der Tapferen aus unserem Kreise, die ihr Leben für das Vaterland lassen mußten.

Der Bau des im vorigen Bericht unseres Aufsichtsrats erwähnten Arthur von Gwinner Erholungsheims für die Beamten konnte bei der jetzigen Lage des Baumarktes noch nicht in Angriff genommen werden. Um so willkommener ergriffen wir eine sich bietende Gelegenheit, ein fertiges Kurhaus „Johannaberg" bei Detmold im Teutoburgerwald als Erholungsheim für unsere Beamten zu erwerben. Die Inbetriebnahme verzögert sich leider durch die Unmöglichkeit, die nötigen Lebensmittel zu beschaffen.

Als außerordentliche Wirtschaftsbeihilfen haben wir unserer Beamtenschaft M 9,000,000 bewilligt, von welchen
M 6,000,000 dem Vortrag aus 1917 entnommen sind und
M 3,000,000 dem diesjährigen Reingewinn entnommen werden sollen. Hierzu erbitten wir die Genehmigung der Generalversammlung. Die Aufteilung der M 6,000,000 ist zu Beginn 1919 erfolgt, während die M 3,000,000 nach ihrer Bewilligung verteilt werden sollen.

Wir verkennen nicht, daß die andauernde Steigerung der Ansprüche der Beamtenschaft in gewissem Umfange durch die allgemeine Teuerung der Lebensverhältnisse begründet ist, müssen aber unter Bedauern feststellen, daß die Forderungen übertrieben sind und daß auf ihre dauernde Einwirkung auf das Geschäftsergebnis keine Rücksicht genommen wird. Wir haben uns stets zur Pflicht gemacht, ohne Druck und Anregung von seiten der Beamtenschaft aus eigener freier Entschließung die Einkommensbezüge den Lebensverhältnissen anzupassen, und demgemäß insbesondere auch während der Kriegszeit nicht nur Gehaltssteigerungen eintreten zu lassen, sondern auch durch Schaffung der Teuerungszulage zu den Gehältern bis M 12,000 eine laufende prozentuale, außerdem mehrfach besondere Beihilfen, so im Jahre 1918 M 2,500,000 und letzthin die oben erwähnten M 9,000,000, zu gewähren. Außerdem ist den Beamten mit Gehältern bis zu M 8000 mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab eine allgemeine außerordentliche Gehaltserhöhung, für die unteren Sätze in Höhe von 25 % bewilligt, die sich für die größeren Gehälter bis zu 5 % abstuft. Unter Berücksichtigung der oben erwähnten 9 Millionen hat die Deutsche Bank für ihre Beamten, über die festen Gehälter und Weihnachtszuwendungen hinaus, eine Summe von nicht weniger als M 34,471,983 getragen. Es beziffern sich die gesamten persönlichen Aufwendungen für die Beamtenschaft auf 60,7 Millionen gegen 41,9 Millionen im Vorjahre. Für 1919 kommt noch eine außerordentliche Gehaltszulage hinzu, die erst nach Abschluß des Geschäftsjahres in Kraft getreten ist.

All dieses hat die Deutsche Bank nicht vor einem Streik ihrer Beamtenschaft bewahren können. Zwar können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Beamten der Deutschen Bank bei der Abstimmung in ihrer Mehrheit sich gegen den Streik ausgesprochen haben; trotzdem mußten wir angesichts der von den Streikenden getroffenen Maßnahmen aus Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der Arbeitswilligen diesen Fernbleiben von ihrer Arbeit anheimgeben. Der Streik fand für die sieben mit Streik überzogenen Großbanken Berlins seinen Abschluß durch einen Schiedsspruch, der sich im wesentlichen auf die Schaffung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschränkte, im übrigen aber die Erledigung der materiellen Ansprüche Tarifverhandlungen vorbehielt. Von diesen haben die Banken trotz der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft eine weitere Belastung zu erwarten.

Unsere gesamten Handlungsunkosten erreichen, ohne die Steuern und Abgaben, den ungeheuren Betrag von M 69,068,648.77, gegenüber einer Vergleichszahl im letzten Friedensjahr 1913 von M 27,227,217.74 und gegenüber einem Bruttogewinn von M 68,307,136.53 vor dem Kriege. Auf das seit Ende 1913 hinzugezogene westliche und östliche Filialnetz entfallen von der Gesamtsumme rund 21 %, während anderseits die sehr bedeutenden Unkosten der Londoner Filiale in der diesjährigen Gesamtzahl nicht enthalten sind. Wohl ist das unheimliche Anwachsen der Handlungsunkosten veranlaßt durch die Entwertung der Währung und die allgemeine Teuerung, im wesentlichen aber auch durch die Ansprüche des Personals bei verringerter Arbeitsleistung und kürzerer Arbeitszeit.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschließlich der Rücklage für verdoppelte Zinsbogensteuer und der Geldumsatzsteuer (erstmalig vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918) ℳ 14,203,502.69 zu erlegen, gegen ℳ 7,133,648.97 im Vorjahr.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen" und Kommanditen enthält die für 1917 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Vereinsbank (6½ %)	(für 1918	6 %)
der Essener Credit-Anstalt (9 %)	(„	9 %)
der Hannoverschen Bank (8 %)	(„	8 %)
der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15 %)	(„	15 %)
der Niederlausitzer Bank A.-G. (8 %)	(„	8 %)
der Oldenburgischen Spar- u. Leih-Bank 12½ %)	(„	10 %)
der Pfälzischen Bank (7 %)	(„	6 %)
der Privatbank zu Gotha (7 %)	(„	6½ %)
der Rheinischen Creditbank (7 %)	(„	5 %)
der Württembergischen Vereinsbank (7 %)	(„	7 %)
und der Deutschen Treuhandgesellschaft (15 %)	(„	15 %)

Alle diese Institute haben sich auch im fünften Kriegsjahr bewährt. Die Deutsche Ueberseeische Bank konnte die Abschlußpapiere ihrer überseeischen Niederlassungen bis jetzt nicht erhalten und war dadurch verhindert, eine Bilanz aufzustellen. In der gleichen Lage befand sich die Deutsch-Ueberseeische Elektricitäts-Gesellschaft.

Die Anatolischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn befinden sich in Feindeshand; ebenso die Steaua Romana A.-G. für Petroleum-Industrie in Bukarest. Die Deutsche Petroleum A.-G. verteilte wiederum 8 % Dividende. Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin konnte ihre Dividende auf 5½ % erhöhen: eine Tariferhöhung brachte dem Unternehmen die Rettung vor völliger Ertrāgnislosigkeit, nachdem die Steigerung der Löhne und Materialkosten alle Einnahmen aus dem kaum zu bewältigenden Verkehr aufzehrte.

Die Bayerische Stickstoff-Werke A.-G. hatte unter niedrigem Wasserstand und Mangel an Zufuhr von Rohstoffen zu leiden, konnte aber 11 % Dividende verteilen. Bei Ausbruch des Krieges verfügte Deutschland über Salpeter und andere Stickstoffvorräte nur für wenige Wochen. Auch darin liegt einer der zahlreichen Beweise, daß Deutschland den Krieg weder vorbereitet noch gewollt hat. Erst durch die Not sind die gewaltigen Anlagen zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft entstanden, deren Erzeugnis die Kriegführung möglich gemacht hat. Es war nicht die Schuld der Bayerischen Stickstoff-Werke, daß die von ihnen im ersten Kriegsjahr erbauten großen Reichswerke zur Gewinnung von Kalkstickstoff nicht genügend mit Kohle, Kalk und elektrischer Energie versorgt wurden; wäre dies geschehen, so war die Not an Nahrungsmitteln jedenfalls teilweise zu vermeiden.

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung
der Universum-Film A.-G.,

Kapitalerhöhungen
der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation,
der Anhaltischen Kohlenwerke,
der Elektricitäts A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co.,

Einführung von Aktien der
„Vaterländischen" und „Rhenania" Vereinigten Versicherungs-Gesellschaften, der Königsberger Walzmühle A.-G., der Wickingschen Portland-Cement- und Wasserkalk-Werke, der Bergisch-Märkischen Industrie-Gesellschaft, der Bedburger Wollindustrie-A.-G., der Eisenhüttenwerk Thale A.-G., der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke A.-G. und der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen.

Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein A.-G., Aktien der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., der Badischen Anilin- & Sodafabrik, der A.-G. für Anilinfabrikation, der R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug, und Maschinenfabrik A.-G., der Breslauer Spritfabrik A.-G., der Maschinenfabrik Schieß A.-G., der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., der Mannesmannröhren-Werke, der Deutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Meißen, der Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, der Rheinisch-Westfälischen Elektricitäts-Werke A.-G., der Niederlausitzer Kohlenwerke, der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., der Aschersleberer Maschinenfabrik A.-G., der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken, der Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., der Deutschen Maschinenfabrik A.-G., und Kuxe der Gewerkschaft „Glückauf" Sondershausen; ferner von Aktien der Farbwerke vormals Meister Lucius & Brüning, der Chemischen Fabrik Rhenania, der Rütgerswerke A.-G., der Hansa Lloyd Werke A.-G., der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft, der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, der Rombacher Hüttenwerke, der Linke-Hofmann Werke A.-G., der Vereinigten Faßfabriken A.-G. in Cassel und der Görlitzer A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial.

Unsere **Konsortial-Rechnung** enthielt am Jahresschlusse

Beteiligungen an festverzinslichen Werten	ℳ 1,994,719.99
„ an Aktien von Banken, sowie Eisenbahnen und anderen Transport-Unternehmungen	„ 4,829,626.70
„ an Grundstücks-Geschäften	„ 2,966,054.99
„ an industriellen und verschiedenen anderen Unternehmungen	„ 13,480,317.71
„ an Kriegskreditbanken und Kriegsgesellschaften	„ 574,928.70
im Buchwerte von	ℳ 23,845,648.09

Den über 4 Prozent Geldzinsen (welche in die Zinsenrechnung geflossen sind) erzielten Gewinn auf Gemeinschafts-Unternehmungen haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen verwendet.

Der **Bestand eigener Wertpapiere** gliedert sich wie folgt:

Staats- und Kommunal-Papiere, sowie deutsche Pfandbriefe	ℳ 18,835,520.98
Eisenbahn- und Industrie-Obligationen	„ 10,197,537.34
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien	„ 14,787,464.30
Verschiedene kleine Bestände	„ 1,763,118.30
zusammen	ℳ 45,583,640.92

Wir haben alle Vermögensteile der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Gefahren bewertet, die der Ausgang des Krieges geschaffen oder verschärft hat. Unsere gesamten Bestände an Wertpapieren und Unternehmungen und Beteiligungen in der Türkei stehen mit weniger als 5 Millionen Mark zu Buch.

Am 31. März d. Js. ist Herr Arthur v. Gwinner aus dem Vorstande der Deutschen Bank ausgeschieden, nachdem er am Beginn dieses Jahres den Tag seines fünfundzwanzigjährigen Wirkens in der Leitung unserer Bank begangen hatte. Als hervorragender Kenner der internationalen Finanzverhältnisse und der wirtschaftlichen Grundlagen der Länder, nach denen sich unsere geschäftlichen Beziehungen erstrecken, und als ein Mann von eindringendem Urteil, das sich auf reiche Erfahrungen und Kenntnisse sowohl auf seinem eigenen beruflichen als auch auf anderen Gebieten stützt, ist er der Schöpfer vieler Unternehmungen gewesen, deren Ausbau und Entwicklung zu den Erfolgen unserer Bank in hohem Grade beigetragen haben. Wir bedauern sehr, daß uns künftig in unserem Vorstande seine Kraft und Mitwirkung fehlen. Seine Wahl in den Aufsichtsrat unserer Bank, die wir zum nächstzulässigen Termin vorschlagen werden, gibt die Möglichkeit, uns seinen Rat auch weiter zu erhalten. Mit dem Dank, den die Bank dem Wirken des Herrn v. Gwinner schuldet, verbinden wir den Ausdruck der Freude darüber, daß er in der Verwaltung einer Reihe von Unternehmungen die Interessen unserer Bank nach wie vor vertreten wird, und den Wunsch, daß die in fünfundzwanzigjähriger Mitarbeit geknüpften persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihm und uns noch recht lange andauern mögen.

In den Aufsichtsrat wurden in der letzten ordentlichen Generalversammlung neu gewählt:

Herr Aron Hirsch, Direktor der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin.

Herr Dr. Franz Oppenheimer, Mitinhaber der Firma Emanuel Friedlaender & Co. in Berlin.

Durch den Tod verloren wir zu unserem schmerzlichen Bedauern die Herren:

Senator Otto E. Westphal, Hamburg, Mitglied unseres Aufsichtsrats seit 1899 und Mitarbeiter unserer Hamburger Filiale in deren Lokalausschuß.

Senator Emil Possehl, Lübeck, der unserem Aufsichtsrat seit 1911 angehört hatte.

Unsere Ortsausschüsse verloren durch den Tod die nachstehenden Mitglieder:

der Ausschuß für unsere rheinisch-westfälischen Filialen Herrn Paul the Losen,
der Ortsausschuß in Stettin Herrn Kommerzienrat Otto Tetzlaff,
der Ortsausschuß in Kattowitz Herrn Wilhelm Heuer
und der Beirat unserer Filiale in Posen Herrn Joseph Kantorowicz.

Allen diesen aus dem Leben geschiedenen Freunden und Mitarbeitern bleibt in unserem Kreise ein dankbares und ehrendes Andenken gesichert.

Neu gewählt wurden in den Ausschuß für die rheinisch-westfälischen Filialen die Herren Fabrikbesitzer Luitwin von Boch in Mettlach a. d. Saar, Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen in Trier, Oberforstmeister Franz Ewers, Präsident der Herzoglich Arenbergischen Hof- und Rentkammer in Düsseldorf, Fabrikbesitzer, Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Karl Niemann in Bielefeld.

In den Ortsausschuß in Stettin wurde neu gewählt Herr Carl Wenzel, Mitinhaber der Firma Tetzlaff & Wenzel in Stettin.

Herrn Maximilian von Rapp, langjährigem Direktor unserer Londoner Filiale, wurde im Berichtsjahr die Ausreise aus England gestattet. Er hat in seinem Heimatlande den ebenso wichtigen wie schwierigen Posten des Generalsekretärs der Oesterreichisch-

Ungarischen Bank in Wien übernommen und bleibt nach so vielen Jahren gemeinsamen Arbeitens mit uns in Freundschaft verbunden.

Herr Dr. iur. Alfred Wolff, dessen Ernennung zum Direktor der Brüsseler Filiale wir in unserem vorjährigen Bericht anzeigten, hat vorgezogen, in Deutschland zu bleiben; er vertritt uns im Aufsichtsrat verschiedener Gesellschaften.

Neu ernannt, und zwar durchweg durch Beförderung, wurden die folgenden Mitarbeiter:

in Berlin: Herr Otto Sperber zum stellvertretenden Direktor, die Herren Julius Borchardt, August Eikmann, Alfred Fuhrmeister, Hans Jgen, Johannes Koenig, Carl Neumann, Emil Scheid, Gustav Schmidt, Georg Schmidt, Fritz Wintermantel zu Abteilungsdirektoren;
in Augsburg: Herr Theodor Heymann (München) zum Direktor der Filiale, Herr Arnold Maser zum stellvertretenden Direktor;
in Aachen: Herr Rechtsanwalt Max Warlimont zum Direktor;
in Bremen: Herr Wilhelm Meyer zum stellvertretenden Direktor;
in Brüssel: Herr Max Uhlenhaut zum Direktor, Herr Felix Aschert zum stellvertretenden Direktor — die Genannten sind, ebenso wie andere durch die Kriegsverhältnisse vertriebene Herren aus Konstantinopel, Sofia und Bukarest, gegenwärtig unsere Mitarbeiter in Berlin —;
in München: Herr Max Böttiger und Herr Dr. Adolf von Grafenstein zu stellvertretenden Direktoren;
in Paderborn: Herr Dr. Friedrich Buchbinder zum stellvertretenden Direktor;
in Remscheid: Herr Hans Schilling zum Direktor;
in Solingen: Herr Albert Lüdecke, vordem Prokurist in Elberfeld, zum Direktor der Zweigstelle Solingen.

Ausgeschieden sind:
in Berlin: Herr Abteilungsdirektor Otto Reichhard durch Eintritt in den verdienten Ruhestand nach 38jähriger Tätigkeit im Dienst der Deutschen Bank;
in Bromberg verlor unsere Filiale ihren Direktor, Herrn Franz Brandstädter, der auf dem Felde der Ehre gefallen ist;
in Elberfeld verstarb der Syndikus unserer Filiale Herr Richard Rohland;
in Köln ist der stellvertretende Direktor Herr Max Zimmermann, nach 32jähriger Arbeit in den Ruhestand getreten;
in Trier hat sich mit Ende des Berichtjahres Herr Justizrat Dr. Lorenz Hey, früher Mitinhaber der von uns übernommenen, altangesehenen Firma Reverchon & Co., aus dem aktiven Geschäftsleben zurückgezogen; seine Zuwahl in den Ausschuß der rheinisch-westfälischen Filialen wird beantragt.

Zu dem Reingewinn des Jahres von .	ℳ 43,152,564.12
tritt der Vortrag aus 1917 mit	„ 6,423,569.74
zusammen	ℳ 49,576,133.86

Wir beantragen:

1. die aus dem Vortrag zugunsten der Beamtenschaft vorgenommene Entnahme von . . . . zu genehmigen,	ℳ 6,000,000.—
2. für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen . .	„ 4,500,000.—
3. eine **Dividende von 12 Prozent** auf ℳ 275,000,000 Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen	„ 33,000,000.—
4. dem Aufsichtsrat den satzungsgemäßen Gewinnanteil (7 vom Hundert nach 6½ Prozent Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen) zu überweisen	„ 1,138,440.86
5. statt einer Zuwendung an die freie Rücklage vielmehr als weitere besondere Beihilfe für die Beamten zu gewähren	„ 3,000,000.—
6. und den Rest von . . . . auf neue Rechnung vorzutragen.	„ 1,937,693.—
zusammen	ℳ 49,576,133.86

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit unverändert ℳ **505,000,000.**

Berlin, im Mai 1919.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

**C. Heinemann P. M. Herrmann P. Mankiewitz C. Michalowsky
O. Schlitter G. Schröter E. G. v. Stauß O. Wassermann.**

Bitte des Wehrregiments

Ausser Einrichtungsgegenständen zur Wohnlichmachung der verwüsteten Quartiere benötige ich noch: Schachspiele, Dominospiele, Halma, Tischkegelbahnen, Kartenspiele, überhaupt Unterhaltungsspiele jeder Art für 25 Kompagnien und Batterien; ferner für Bewegungsspiele: Faustbälle, Fußbälle, Schleuderbälle, Taburins usw. Ich beabsichtige, mich mit Mannschaften des Regiments an Leichtathletik-Wettkämpfen zu beteiligen.

Ich bitte jeden Einwohner, Firmen u. Vereine, mich durch Gaben zu unterstützen in dem Bestreben, den Mannschaften die Bereitschaftsstunden durch Spiele zu verkürzen.

Schließlich wäre ich für Schenkung von Rauchwaren und Unterhaltungslektüre (Bücher, illustr. Zeitschriften) besonders dankbar.

Anmelde- und Sammelstelle: St. Annaschule.

Faerber
Major z. D., Kommandeur.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 23

7. Juni
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 3.90
Einzelnummer
35 Pfg.

Der persönliche Führer zum Erfolg

Wer Erfolge erringen oder dieselben vergrössern will, muss vor Beginn der Arbeit das nötige und beste Werkzeug dazu haben. Er muss seine Geisteskräfte zu grösster Leistungsfähigkeit erziehen, was ihm am schnellsten und sichersten an der Hand eines erfahrenen Führers gelingt, der ihn persönlich unterrichtet. Was nützt ihm ein Buch, in dem er sich, so gut es geht, zurechtfinden muss? Versteht er etwas nicht, oder sieht er die praktische Anwendung nicht, so kann er nicht tragen. Die Berufe und Fächer menschlichen Wissens sind aber so zahlreich, dass kein Buch alle Anwendungen zeigen kann; es würde sonst zu dick und zeitraubend.

Wie ganz anders der persönliche Führer, von dem wir stets Rat und Auskunft erholen können. Dieser Führer ist Poehlmann in München, der in der Anleitung von Menschen zum Erfolg eine 25jährige, praktische Erfahrung hat und unter seinen Schülern alle Standesklassen vom Taglöhner bis zum Minister zählt. Niemand anders kann nur annähernd solche Erfahrung nachweisen. Tausende verdanken diesem Führer ihre heutige Stellung. Seine Geistesschulung und Gedächtnislehre enthält die Richtlinien für die Ausbildung aller Geisteskräfte, eines festen Charakters und andauernden Willens, aber dieser Kurs ist nur der Leitfaden für die persönliche Anleitung, welche brieflich oder mündlich erfolgt, bei welcher auf alle individuellen Bedürfnisse eingegangen wird. Die einzigartige Erfahrung dieses persönlichen Führers und das volle Eingehen auf die Individualität allein verbürgen den Erfolg. Nur das Beste ist gut genug, wollen wir Sieger sein im Kampfe ums Dasein.

Auszüge aus Zeugnissen: „Ich bin durch Ihre Lehre um „vieles“ reicher geworden an Körper und Geist. A. Sch.“ — „In Ihrer Geistesschulung habe ich einen Brunnen gefunden, dessen Gaben in meinem geistigen Leben viel Licht und Kraft geweckt haben. H. H.“ — „Mit Hilfe Ihrer Anweisungen bin ich nach achtmonatigem Arbeiten im neuen Beruf zum Disponenten aufgerückt. K. M. (Kriegsbeschädigter).“

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. POEHLMANN, Amalienstr. 3, MÜNCHEN C 130.

Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank

München

Promenadestrasse 10 :: Theatinerstrasse 11

Gegründet im Jahre 1835.

Aktienkapital u. Reserven 141000000 Mk.

Zweigstellen in München:

Zenettistr. 3a am Schlacht- u. Viehhof (Viehmarktbank), im Tal (Sparkassenstr. 2), in der Grossmarkthalle und in Schwabing (Leopoldstr. 21).

Auswärtige Niederlassungen:

Babenhausen, Bad Aibling, Bad Tölz, Burghausen, Dachau, Dillingen, Freilassing, Gundelfingen, Höchstadt a. D., Krumbach, Landsberg a. L., Landshut, Laufen, Lauingen, Markt Oberdorf, Miesbach, Mindelheim, Moosburg, Mühldorf a. I., Pasing, Rosenheim, Simbach, Starnberg, Thannhausen, Tittmoning, Traunstein, Vilsbiburg und Wasserburg.

Besorgung aller in das Bankwesen einschlagenden Geschäfte.

Unverbrüchlichstes Stillschweigen über alle Vermögensangelegenheiten.

= Reglements stehen kostenfrei zur Verfügung. =

BAD KISSINGEN

als Heilbad hat vollen Kurbetrieb

Ueber Zugsverkehr telegraphische Auskunft kostenlos, auch sonstige Auskünfte und Badewerbeschriften durch den **Kurverein.**

Kurheim Villa Teresa, Solbad Frankenhausen am Kyffhäuser, Nur 12 Patienten. 15—22 M. Behaglich. Gute Verpflegung.

Dr. med. **Wolthaus.**

Geld gegen monatliche Rückzhlg. verleiht R. Calderarow, Hamburg 5. Tüchtige Vermittler gesucht.

Dr. Wigger's Kurheim, Partenkirchen

Sanatorium

für innere, Stoffwechsel-, Nervenkranke und Erholungsbedürftige.

Schönster Sommeraufenthalt / Gute zeitgemässe Verpflegung / Auskunftsbuch

◆ ◆ ◆ **Ungestörter Dauerbetrieb** ◆ ◆ ◆

Das **Immobilienbüro Andersch & Co.**

Karlstrasse 50 MUENCHEN Ecke Augustenstr.

besorgt **An- u. Verkäufe von Häusern u. Grundstücken**

beschafft **Hypotheken** und übernimmt **Hausverwaltungen.**

Geschäftszeit: 9—1, 3—6, Samstag 9—2. Telefon 8423.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

Für unsere Gefangenen.

1. **Seelsorgerbriefe** zum Versenden durch den Heimatseelsorger in die Gefangenschaft. Ausgabe A für Verheiratete Ausgabe B für Ledige. Preis f. d. Stück 10 Pfg.
2. **Begrüßungsheft: „Willkommen daheim“** zum Verteilen an die heimkehrenden Gefangenen durch den Heimatseelsorger. Preis 20 Pfg.

Kirchliche Kriegshilfe Paderborn.



Kaufe Lexikon's

Herder, Meyer, Brockhaus, Wetzer & Welte, Kirchenlexikon; Weiß Weltgeschichte, Salzer, Literaturgeschichte u. a. größere Werke. Offerten mit näh. Angaben (Bandzahl, Jahrgang, Preis etc.) erbittet

Ludwig, Neisse Breslauerstr. 24

Vogelfutter-Mischung

für Kanarienvögel in Packung zu 1.— Mk. versenden geg. Nachn. bei Mindestabnahme von 5 Paketen. **Gebrüder Hambrecht,** Samenhandlung, **Freiburg im Breisgau** beim Münsterplatz.

: Druckarbeiten, Buchbinderarbeiten :

jeder Art

sowie allen Schreibedarf liefert vorteilhaft für Behörden, Handel und Industrie und für Private Bayerische Geschäftsbücherfabrik und Buchdruckerei

Dietz & Lüchtrath K. G. München W 39 Telefon 60 251 : Trivastr. 15 :

Wir bereiten vor: **Handbücher der Presse Band 1:**

Die Mitarbeiter der Presse

Die Mitarbeiter der Tages- und Zeitschriften-Presse übersichtlich nach den von ihnen bearbeiteten Stoffgebieten geordnet, meist mit näheren Angaben über regelmäßige Mitarbeiterschaft usw. / **Schriftsteller, Mitarbeiter der Presse, bitten wir Fragebogen zur Aufnahme in das Buch zu verlangen.** / Preis bei Vorbestellung geheftet Mk. 1.10, gebunden Mk. 2.50. / Lieferung postfrei nach Erscheinen. Postscheck Leipzig 29993

Weimarer Schriftsteller-Zeitung Verlags-Abt. Weimar 140.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 8.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 23. München, 7. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Revolution der Seele.

Pfingstgedanken von Dr. Friedrich Zoepfl, Mindelheim.

Als ein Revolutionär trat Simon Petrus in der Morgenfrühe des Pfingsttages vor das staunende Judenvolk. „Die letzten Tage sind gekommen", das war der siegessichere Grundton seiner ersten großen Rede an das Volk (Apg. 2, 14—36), der Grundton aller seiner folgenden Reden, „der alte sinaitische Bund mit seinen Gesetzen, Opfern, Riten hat sein Recht verloren; durch Christus, den Gekreuzigten und Erhöhten, ist die Menschheit in ein neues Verhältnis zu Gott getreten. Der Messias ist in seine Königsrechte eingesetzt". Doch nicht wie andere Revolutionäre rief Simon Petrus nun die Menschen zu den Waffen, nicht führte er sie gegen das altehrwürdige Tempelhaus, nicht hieß er sie das Synedrium stürzen. Nein, die ihn erschüttert nach dem Wege zu diesem neuen Segensreiche fragten, die mahnte er mit herbem Tadel zur Umkehr, zu einer Abwendung „von diesem verkehrten Geschlechte", zu entsagungsbereiter Unterwerfung unter das Sittengesetz Jesu Christi. „Wer den Namen des Herrn anruft", sagte er, „wer seine Seele löst aus den Fesseln der Weltlichkeit und sie an Gott hingibt, der wird gerettet werden und hilft so das neue Reich bauen" (vgl. Apg. 2, 37—41). Eine Revolution der einzelnen Seele oder christlich ausgedrückt eine Umschaffung, eine Neugeburt aus dem Geiste Gottes, das bezeichnete Petrus als Grundlage für das werdende Friedensreich auf Erden. „Von Gott handelte seine erste Predigt", bemerkt treffend der Jesuit Heinrich Venedien (um 1730) in einer Pfingstansprache[1]), „nicht von den Dingen und Angelegenheiten der Welt". Und so wie Petrus dachten und handelten alle, die gleich ihm damals als Sendlinge des neuen Zeitalters in die Welt zogen, Matthäus, Johannes, Paulus. In der Kraft der Gedanken, in der Form des Ausdruckes verschieden, aber im Geiste eins, lautete ihre Grundforderung: Umschaffung des inneren Menschen, Wiedergeburt aus Gott, Revolution der Seele; dann wird Gottes Friedensreich kommen, ja dann ist es schon da. Die Welt staunte über diese neue Weisheit, jedes neue Reich hatte sich bisher nur durch die Gewalt der Waffen oder des Mammons in die Welt gesetzt. Woher hatten die unbekannten galiläischen Handwerker und Fischer diese neue Idee? In der Schule ihres Meisters Jesus hatten sie solche Weisheit gelernt. Von Sozialisten wird Jesus gerne als Anwalt ihrer Ideen, als sozialer Revolutionär in Anspruch genommen. Gewiß, Jesus verwarf eine Gesellschaftsordnung des Unrechtes und des Kapitalismus. Gewiß, Jesus war ein Revolutionär, ja der größte Revolutionär, der je in diese Welt eintrat. Aber er rief nicht zum bewaffneten Kampfe gegen Zäsaren und Hierarchen. „Stecke dein Schwert in die Scheide", gebot er in entscheidender Stunde, „wer das Schwert anruft, kommt durch das Schwert um". „Gebet dem Kaiser, was ihr dem Kaiser schuldig seid", hatte er den Versuchern geantwortet. Sein Weg zum Reiche der Gerechtigkeit und des Friedens war ein anderer als der der Sozialisten; er predigte und verlangte eine Revolution der einzelnen Seele.[2]) Ein Bußprediger in härenem Gewande ward darum als sein Vorläufer gesandt. Jesu erstes und letztes Wort war das: Ihr müßt wiedergeboren werden. Ihr müßt Gotteskinder werden. Den Reinen, den Selbstlosen, den Barmherzigen, den Friedfertigen — den innerlich Umgewandelten nur kann Seligkeit und Glück zuteil werden.

Ganz entgegengesetzt haben die Revolutionäre unserer Tage gehandelt. Ausgehend von der kraß materialistischen Auffassung des kommunistischen Manifestes, daß der Mensch nur das Produkt der äußeren Verhältnisse sei, zerbrachen sie die äußere Form des Staates und glaubten damit das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit gegründet. Was hatten sie dem armen, erschöpften Volke alles verheißen in jenen schicksalsschweren Novembertagen 1918! Der Kriegszustand wird, nachdem der Kaiser und mit ihm der Militarismus gestürzt ist, ein rasches Ende haben; freudig werden die bisherigen Feinde das deutsche Volk in ihren Kreis aufnehmen; Brot werden sie uns senden und Rohstoffe; kein Krieg wird mehr sein und kein Blutvergießen; jeder wird Gelegenheit zur Arbeit und Zeit zur Freude haben; das Zeitalter der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, nach dem die Menschheit so lange harrend ausgeschaut — siehe, es ist gekommen! — Monate sind seitdem dahingegangen; doch was sie uns mit lockendem Worte verkündet, es hat sich nicht erfüllt. Friede — kampfbereit, rachegierig stehen die alten Feinde an des Reiches Grenzen, ja auf des Reiches Boden. Völkerverbrüderung — die Feinde wollen mit uns keine Gemeinschaft. Selbstbestimmung — Sklavenketten, drückend, erdrückend werden uns angelegt. Freiheit — das Gespenst einer blutigen Diktatur des Proletariates ist da und dort aufgetaucht und Bruderblut ist geflossen. Brot, Arbeit, Freude — wohin man schaut, unerfüllte Prophezeiungen. Schwerer denn an anderen Tagen lastet heute am Pfingsttage, am Hochfeste der Liebe, der Geistesfreiheit, des Tröstergeistes das Leid unseres Landes, das Leid der ganzen Welt auf unserer Seele und glühender denn sonst sehnt sich jedes Herz nach Friede, Freiheit, Recht und Ordnung.

Vielen, die anfänglich hoffnungsvoll das Haupt erhoben und ehrlich an die Kraft der Revolution, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, geglaubt, dämmert bereits die Erkenntnis auf, daß diese Revolution uns eigentlich tiefer in das Elend hineingeführt hat, ja daß sie eigentlich das Gegenteil von dem erreicht hat, was sie erstrebte: der Mammonismus herrscht wilder denn je; an die Seite der hundert alten Kapitalisten sind tausend neue getreten. Mit einem Gefühle des Ekels stellen sie fest, daß die große Bewegung der Novembertage in einen jämmerlichen Streit um Fideikommisse und Lohnerhöhungen, um Arbeitseinschränkung und fettere Weideplätze, in einen glatten, selbstsüchtigen Wettlauf um den Mammon ausgeartet sei; ja vielleicht niemals etwas anderes gewesen ist.[3]) Irre geworden an ihrem Glauben beginnen sie zu erkennen, daß keine Revolution ihr Ziel, das Glück der Menschen, erreichen kann, wenn ihr nicht vorausgeht eine „Revolution der Gedanken" (Hegel). Sehnsuchtslaut erhebt sich darum bereits da und dort der Schrei nach einer Revolution der Seelen.[4])

Revolution der Seelen! Ja, wir nehmen den Ruf auf und stimmen begeistert ein. Möchte er doch anschwellen zu einem gewaltigen Pfingstorkan und alle, alle Herzen erfassen! Revolution der Seelen! Nicht das alte System, das an sich tote System war schuld an den Schäden der Vergangenheit, sondern

---

[1]) J. Kehrein, Geschichte der Katholischen Kanzelberedsamkeit der Deutschen I (Regensburg 1843), 119.

[2]) Vgl. hierzu die trefflichen Ausführungen von F. Gerlich, Der Bolschewismus als Konsequenz des Marxismus; in: „Süddeutsche Monatshefte" 1919, Januarheft, S. 235—253.

[3]) Vgl. „Die christliche Welt" XXXIII (1919), 288.

[4]) Vgl. z. B. die Ausführungen von Konrad Haenisch im „Vorwärts" vom 20. April 1919. Auch Rosa Luxemburg wußte, daß nur Arbeiter mit geistiger Reife und sittlichem Ernst, Proletarier, die eine ganze innere Wiedergeburt durchgemacht haben, im kommunistischen Staate brauchbar sind; vgl. „M. Neueste Nachrichten" vom 12. April 1919.

die Menschen, die Seelen. Soll die Zukunft besser werden, dann müssen wir die Seelen lösen aus den Fesseln des Mammonismus, die Seelen alle; die Seelen müssen erfüllt werden mit Ehrfurcht vor einem jeden, der Menschenantlitz trägt, mit Ehrfurcht vor jedem Rechte und jeder Freiheit; müssen erfüllt werden mit dem Gefühle der Verantwortlichkeit und der Nächstenliebe — mit Gottes heiligem Geiste. Erst wenn die Seelen aller erfüllt sind mit Reinheit, Gerechtigkeit, Liebe, erst dann werden sie fähig und stark sein, die Ideale zu verwirklichen, die da heißen: Völkerfriede, Sozialismus, Kommunismus. Es sind Ideale, ohne Zweifel, aber ihre Verwirklichung steht am Ende einer Entwicklung, und zwar einer ethischen Entwicklung, nicht am Anfange. Erst als die Jünger durch Jesu Schule gegangen waren, erst als sie erfüllt waren mit dem Heiligen Geiste, hatten sie alle Erdengüter gemeinsam und nun ohne Zwang und Gewalt, freiwillig. Doch wehe, wenn man unreinen Händen den heiligen Gral anvertrauen will! Wehe, wenn man Unheiligen des Lichtes Himmelsfackel leiht!

Zagend steht wohl mancher still und sagt: Ja, wenn das der einzige Weg zu Frieden und Glück ist, dann werden wir wohl vergeblich darauf hoffen. Das Auge schaut hin auf das erschreckend große geistige Elend unseres Volkes, auf die Gleichgültigkeit und Müdigkeit, auf die Sittenlosigkeit und Gewissensroheit, die nicht nur in Halle, Dresden, München, nein auch im fernsten Dörflein die scheußlichsten Taten vollbringt. Dem gegenüber, meinen viele verzagt, sei Menschentun machtlos; da müßte schon noch einmal ein Pfingststurm durchs Land brausen, da müßte schon noch einmal der Geist Gottes in Feuerflammen durch die Seelen wehen. Christen, kein Zagen, kein Verzagen an dem Tage, da die Jünger des Herrn so lebensmutig und tatenfroh in die Welt traten! Nein, der Geist Gottes braucht nicht von neuem in die Welt einzutreten; wir brauchen ihm nur die Herzen zu öffnen. Wir brauchen nur Menschen, die froh und mutig in den Dienst des Gottesgeistes sich stellen und von seinem Flammenlicht ihr Herz entflammen lassen. Brennende Herzen, glühend in Lauterkeit, Rechtlichkeit und Liebe! Ein einziger solcher Mensch in einem Hause, in einer Straße, in einem Dorfe, er wird unvermerkt zum Apostel, zum Lebenwecker; eine einzige solche Mutter, sie wird zur Erneuerin eines ganzen Geschlechtes. Was der alte fast vergessene Prediger Johann Thomas Vogt (geb. 1766) in starkem Glauben gesagt, es muß auch unser Glaube sein: „Reines Christentum findet immer Herzen, welche dasselbe, eben weil es so rein und gut ist, voll bereitwilliger Freude aufnehmen und dadurch besser und ruhiger oder zufriedener werden“.[5])

Brennende Herzen braucht die arme, kranke Welt. Brüder, Christen! Laßt uns am Pfingstfeste der Mahnung unseres Meisters gedenken: „Ihr seid das Licht der Welt! Lasset euer Licht leuchten!“ Lasset uns glühen in Gerechtigkeit und Liebe! An unserem Feuer sollen sich die Herzen der anderen wieder entzünden. Von uns soll die Revolution der Seelen ausgehen und diese Revolution wird uns das bringen, was wir heute trauernd nur in weiter Ferne sehen: Friede, Ruhe, Seligkeit.

[5]) Vgl. Kehrein I, 253.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unsere Gegenvorschläge.

Pünktlich zum angesetzten Termin hat unsere Delegation die umfangreiche Denkschrift überreicht, die genau angibt, was wir von den Friedensbedingungen der Feinde annehmen können, was wir ablehnen müssen und auf welchem Wege wir einen erträglichen Frieden für möglich halten.

Das war ein Stück Arbeit, das Dank und Hochschätzung verdient, — wegen des Fleißes und der Klugheit, besonders aber auch wegen des Mutes, der in den Angeboten bewiesen ist. In der neutralen Presse ist sogar das Wort „Opfermut“ der Deutschen geprägt worden. Mit Recht, denn wir bieten Opfer an, die bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen und deren Höhe sogar bei manchen Deutschen Erschrecken und Zweifel hervorgerufen hat. Das weiteste Entgegenkommen war aber offenbar taktisch richtig und zur Verhütung von neuen Gewalttaten notwendig. Das sieht man jetzt schon bestätigt durch die Sprache der meisten englischen und französischen Blätter. Ueber die 14 Punkte Wilsons und die sonstigen Grundsätze der Gerechtigkeit, die unsere Denkschrift anruft, springt man dort mit souveräner Geringschätzung hinweg. Nur die positiven Gegenvorschläge Deutschlands werden als eindrucksfähig betrachtet. Jetzt müssen die Chauvinisten doch wenigstens sich bemühen, um die öffentliche Meinung weiter auf ihrer Seite zu behalten, und in einem Teile der französischen und englischen Presse kommt schon deutlich zum Ausdruck, daß das Entgegenkommen Deutschlands doch von gutem Willen zeuge und eine ernstliche Prüfung verdiene. Insbesondere hat unser „Opfermut“ in Amerika sichtlich eine klärende Wirkung. Die dort schon hervorgetretene Unzufriedenheit über die harten Bedingungen des Gewaltfriedens gewinnt allem Anschein nach an Umfang und Kraft. Aus der jüngsten Gelegenheitsrede Wilsons kann man sogar heraushören, daß ihm bei den Versailler Bedingungen nicht wohl zumute ist.

Unsere ausführlichen Gegenvorschläge sind von einer kurzen und kräftigen „Mantelnote“ begleitet, die alle Kernpunkte von der Ja- und von der Nein-Seite zusammenfaßt und in der Forderung von mündlichen Verhandlungen, von offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch gipfelt. (Wilson hat auch soeben wieder gegen die Geheimdiplomatie gesprochen, aber nur in foro externo.)

Was wir verweigern als undurchführbar und unerträglich, ist kurz folgendes: 1. Die Abtretung von Danzig und den deutschen Teilen von Westpreußen, 2. die Abtretung und Beschneidung von Ostpreußen, 3. die Abtretung von Oberschlesien, 4. den Verlust des Saargebiets, 5. die andauernde Besetzung des rheinischen Gebiets; 6. die unbegrenzte Ausdehnung der Entschädigungspflicht nach einseitiger Willkür der Alliierten; 7. die Auslieferung der Handelsflotte und aller Auslandwerte sowie der sämtlichen Kolonien; 8. die Aufgabe unseres Selbstbestimmungsrechtes auf dem Verkehrsgebiete, dem Wirtschafts- und Finanzgebiete bis in das Kulturleben hinein.

Demgegenüber bieten wir an: 1. Entwaffnung bis auf 100 000 Mann Ordnungstruppen und sogar Auslieferung des Restes der Schlachtschiffe unter Belassung der Handelsflotte und unter sofortiger Aufnahme in den Völkerbund; 2. Verzicht auf Elsaß-Lothringen und die unbestreitbar polnischen Teile von Posen, dazu Freihäfen für die Polen in Danzig, Königsberg und Memel; 3. Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark, davon 20 Milliarden bis 1926, den Rest in Jahresraten ohne Zinsaufschlag; 4. Mitarbeit bei den Wiederherstellungen in Belgien und Nordfrankreich, Lieferungen von Kohlen, Benzol, Farbstoffen und Arzneimitteln; 5. Einbringung des deutschen Handelsschiffraumes in einen Weltpool; 6. Ersatz für vernichtete Flußschiffe aus dem deutschen Bestand; 7. Ueberlassung von industriellen Beteiligungen an Kohlengruben; 8. Internationales Arbeiterrecht im Friedensvertrage; 9. Neutrale Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Ausbruch und die Führung des Krieges.

Unter den Angeboten erregt die Summe von 100 Milliarden die größte Aufmerksamkeit und auf unserer Seite auch vielfaches Bedenken. Diese Sache wird nicht überall richtig verstanden. Wir wollen uns nicht etwa verpflichten, diese Summe unbedingt und in barem Golde (nach dem jetzigen Valutastand etwa 300 Milliarden) auszuzahlen, sondern die 100 Milliarden sind als Höchstgrenze der gesamten Entschädigungslast zu betrachten. Die Friedensbedingungen der Alliierten wollten keine Grenze nach oben ziehen, sondern die Aufrechnung vollständig einer Kommission aus ihrer Mitte freigeben. Demgegenüber fordern wir, daß die Aufrechnung der Schäden unter Beteiligung von deutschen Kommissionen erfolgt, wobei in Streitfällen ein neutraler Schiedsspruch entscheidet, und daß im ungünstigsten Falle nicht mehr als 100 Milliarden uns auferlegt werden können. Von der Gesamtsumme gehen nun zunächst alle Werte ab, die wir den Gegnern schon geliefert haben oder noch in Natura liefern werden, also die Lokomotiven, Wagen, Schiffe, Maschinen, Arbeitskräfte usw., der Rest ist in bar zu leisten. Eine bedeutende Erleichterung ist der Wegfall der Zinsen für die späteren Jahresleistungen. Von entscheidender Bedeutung ist die Bedingung, an die sich unser Zahlungsangebot knüpft, nämlich die Erhaltung unseres territorialen Besitzstandes, die Ermöglichung der schaffenden Arbeit durch Zulassung von Rohstoffen und Schonung unserer Kohlengruben sowie die Freiheit für den deutschen Welthandel. Wenn das erfüllt wird, dürfte die deutsche Valuta bald wieder steigen. Dann darf man die Schuldenlasten, angemessen verteilt auf zwei Menschenalter, wohl für erträglich halten. Natürlich unter der Voraussetzung, daß unser Volk von der ge-



retteten Arbeitsfreiheit wirklich Gebrauch macht. Würden die Streiks und Tumulte fortdauern, so wären wir allerdings verloren. Dieses Lösegeld ist das letzte Mittel, um unsere Selbständigkeit und die nationale Zukunft zu retten.

Die Abtrennungsbestrebungen im Westen mit dem Ziele der Bildung einer selbständigen rheinischen bzw. westdeutschen Republik waren der Gegenstand eingehender Debatten in der preußischen Landesversammlung. Die Träger der Bewegung, die in mißlungenen Versuchen zur Ausrufung dieser Republik und in der Fahrt der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff sowie des Redakteurs Froberger zum General Mangin nach Mainz ihren Höhepunkt erreicht hatte, machen eine Reihe außen- und innerpolitischer Gründe geltend, deren Gewichtigkeit auch der sich nicht zu entziehen vermag, der das Ziel der Bewegung mißbilligt. Näheres darüber war in diesen Blättern in Nr. 8/1919 und Nr. 50 und 51/1918 zu lesen und die Ausführungen der Abgg. Herold und Heß in der preußischen Landesversammlung vom 28. Mai brachten besonders wertvolle Ergänzungen nach der inner- und kulturpolitischen Seite durch die Hinweise auf die schweren Versündigungen der Berliner Regierung gegenüber den Rheinländern. Die Loyalität der genannten drei Zentrumsmitglieder erscheint außer Zweifel, nachdem sie nachgewiesen haben, daß sie über ihre Informationsreise nach Mainz vorher und nachher die Regierung auf amtlichem Wege über alles in Kenntnis gesetzt und insbesondere ausdrücklich betont haben, daß von einer Errichtung einer rheinischen Republik nur im Einverständnis und unter Mitwirkung der Reichsregierung und der gewählten Vertreter des Volkes die Rede sein könne. Darin deckt sich ihr Standpunkt mit der Erklärung der preußischen Zentrumsfraktion, die allerdings aus der Erwägung, daß die endgültige Gestaltung des Reiches und der Gliedstaaten den allein zuständigen verfassunggebenden Instanzen im Einverständnis mit den Regierungen vorbehalten bleiben müsse, sowie daß angesichts der Friedensbedingungen des Feindes uns nur noch vollste Entschlossenheit und Einmütigkeit nach innen und außen retten kann, zu einer Mißbilligung des Vorgehens einzelner Persönlichkeiten oder Gruppen gelangte. Im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei brachten die beiden Abgeordneten das Opfer ihrer Mandatsniederlegung, abermals ein Beweis ihrer Loyalität. Darf jetzt erwartet werden, daß die Frage damit geklärt und in das richtige Geleise gebracht ist, so kann man sich andererseits des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Aufregung und Verwirrung vermieden worden wäre, wenn die Berliner Stellen von Anfang an korrekt gehandelt hätten, daß also, wenn von Schuldigen die Rede ist, diese zunächst dort zu suchen sind; womit natürlich die Putsche in Wiesbaden, Speyer u. dergl. keineswegs entschuldigt werden.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Pfingstsonne.

Es stirbt die Kriegsnacht mit dem schwarzen Jammern.
An Erkern und in Gassen sich verklammern
Die letzten Schleier noch von Blut und Sorgen.
Im Osten goldet auf ein fremder Morgen,
Und frohe Scheitel, Giebel, Gipfel tauchen
Aus dem versunk'nen Spuk von rotem Rauchen.
Doch vollberauscht die Augen erst sich laben
Am Schimmer und am Zauber dort des Knaben
In prangendweissen Falten, milden Locken.
Wo sie ihn seh'n, da wachen auf die Glocken.
„Der Friede! Seht!" raunt es von Mund zu Mund.
Die Falten glätten sich im Erdenrund.

Da schüttet aus dem glühen Himmelstor
Die Pfingstensonne ihre Pracht hervor,
Dies Licht der Liebe, wenn's die Erde küsst,
Aus jeder Pore neues Leben grüsst,
Dies Licht der Wahrheit, das aus scheuer Schlucht
Und dünnstem Spalt das Dunkel zerrt und sucht,
Das mit dem Morgenglüh'n die Berge alle
Durchleuchtet wie die gläsernen Krystalle,
Das ganz zum Meeresgrund hinuntersteigt,
Der ewigen Nacht die tiefste Welle zeigt.

Das schöne Kind starrt rot zur Erde nieder.
Es zieht umsonst den Mantel um die Glieder,
Sein gold'nes Wams ums Herz, das steinernkalte,
Und um den Mordstahl in der weissen Falte.

Martin Mayr.

Von der Diktatur zur Demokratie?

Von M. Geßner, München.

Die bayerischen Regierungen seit der Revolution haben Freiheit und Demokratie, in deren Namen die Revolution gemacht wurde und die in der ersten Freude über das Gelingen der Umwälzung noch einmal — unvorsichtigerweise, wird mancher später gedacht haben — versprochen worden waren, teils überhaupt nicht gewollt, teils recht subjektiv und relativ aufgefaßt, sicher aber ihre Verwirklichung sehr lässig und wenig zweckmäßig betrieben. Namentlich haben sie es an Sorge für eine entsprechende Autorität fehlen lassen. Die Träger der Autorität im „Freistaat" sind andere als in der Monarchie, aber ohne Autorität ist der „Freistaat" so wenig fest zu begründen wie die Monarchie. Eigentlich braucht der Freistaat den Schutz der Autorität in höherem Maße, denn Freiheit und Autorität müssen sich die Wage halten. Weil das entweder nicht begriffen wurde oder weil die Entwicklung seit der Revolution vielfach entscheidend durch Faktoren bestimmt wurde, die die Freiheit nur für sich selbst in Anspruch nahmen, die Autorität, wie sie sie verstanden, aber nur den anderen gegenüber aufrichteten, kam es zu den mancherlei Wirren, angesichts deren man es schließlich noch als eine Errungenschaft glaubte ansehen zu müssen, daß wir die, wie sie sich selbst nannte, sozialistische Regierung Hoffmann bekamen. Ueber Sinn und Zweck dieser Regierung waren die Auffassungen allerdings keineswegs einheitlich. Die einen stellten sich vor, nach Eintritt einer gewissen Beruhigung werde die Demokratie in Gestalt einer parlamentarischen Regierung in ihr Recht treten. Andere dagegen schienen zu glauben, die Hauptsache sei, daß sie zur Macht gelangt waren, das übrige werde sich mit der Zeit schon finden. Ob die Regierung Hoffmann selbst der letzteren Ansicht war, ist schwer zu sagen, denn man weiß nicht recht, „an wen der glaubt", daß aber weite Kreise der Partei, auf die sie sich vor allem stützte, so dachten, ging aus Auslassungen maßgebender Blätter dieser Partei deutlich genug hervor. Jedenfalls aber tat die Regierung nichts oder mindestens nicht genug, um wenigstens diesen möglichen Keim einer Demokratie mit der nötigen Autorität und dem unerläßlichen militärischen Schutz zu umgeben. Die Hauptschuld daran wird dem Militärminister Schneppenhorst zugeschrieben, der, von jeher auf dem linken Flügel der Partei stehend, eigene Stimmungen zu überwinden und erst recht auf die Stimmungen von Freunden und Anhängern Rücksicht zu nehmen hatte. Es mag aber zugegeben sein, daß nach all' dem, was unter Eisner versäumt und verdorben worden war, seine Aufgabe in der Zeit, in der es notwendig gewesen wäre, vielleicht überhaupt nicht mehr zu lösen war.

Nicht in gleichem Maße kann die Regierung Hoffmann sich auf mildernde Umstände berufen dafür, daß, nachdem sie die Hoffnung, die allein die Anerkennung der nichtsozialdemokratischen Parteien rechtfertigen konnte, die Hoffnung, sie werde den Ausbruch der Anarchie verhindern, enttäuscht hatte, auch die Befreiung Münchens so spät erfolgte. Sie wollte die Sache mit der Sozialdemokratie allein machen. Und doch bedurfte man zur Befreiung der Hauptstadt aller Bayern, die dafür auf die Beine zu bringen waren, und obendrein noch ansehnlicher Reichshilfe. Um diese Kraftentfaltung in der Stunde höchster Not noch halbwegs rechtzeitig durchzusetzen, mußten die nichtsozialdemokratischen Parteien die Entschlüsse der Regierung ebenso entscheidend beeinflussen, wie bürgerliche Kreise dann die militärische Tat. Diejenigen, die an sich ein Recht auf Gleichberechtigung im demokratischen Staate hatten, haben sich durch diese Leistungen dieses Recht auf's neue erkauft. Sie haben zugleich bewiesen, daß es ohne sie nicht nur nicht besser ging, sondern daß es überhaupt nicht ging, und das bedeutete natürlich auch eine bedeutsame Veränderung der politischen Lage. Daß man das auf sozialdemokratischer Seite anscheinend gar nicht begriff, ist einigermaßen auffallend. Mannigfache Erörterungen in bürgerlichen Blättern im Sinne eines Koalitionsministeriums wurden in sozialdemokratischen Zeitungen zunächst verständnislos zurückgewiesen. Und als dann der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg doch der Umbildung der Regierung zu einer Art Koalitionsregierung zustimmte, begründeten die führenden Parteiorgane das nicht etwa mit dem demokratischen Prinzip, von dem man doch einmal ausgegangen war, sondern mit dem harten Frieden und der schweren Verantwortung und taten obendrein so, als hätten sich die übrigen Parteien

einfach auf ein sozialdemokratisches Mindestprogramm zu verpflichten. Für die bürgerlichen Parteien kann es sich in diesem Augenblick weniger als je um Herrschsucht, Personalienwahrung u. dgl. handeln, wenn sie in die Regierung eintreten. Aus guten Gründen konnte man der Meinung sein, der Sozialdemokratie müsse möglichst viel Zeit und Gelegenheit geboten werden, zu zeigen, was sie aus sich allein kann und nicht kann. Aber das ist ja nun ziemlich ausreichend der Fall gewesen und das Ergebnis der Probezeit läßt es verständlich erscheinen, daß die nichtsozialdemokratischen Elemente im Lande nicht länger Lust haben, im „freien Volksstaat" lediglich Objekt der Regierungskunst einer Minderheit zu sein. Denn so stellten sich manche Leute die Sache vor. Anscheinend auch die „Frankfurter Zeitung", als sie in Nr. 383 vom 25. Mai meinte, durch ein Koalitionsministerium, an dem auch das „Zentrum" beteiligt wäre, würde dieses „wieder zu einem Machtfaktor im Staate werden". Was natürlich nicht angängig sei, war der Sinn. Das ist eine „Demokratie", die immer nur gegen etwas ist, sie ist also eine negative Sache, von der positive Früchte kaum zu erwarten sind.

Die am 31. Mai erfolgte Neubildung der Regierung war denn doch etwas mehr durch die Rücksicht auf die Wirklichkeit beeinflußt. Von den 10 Ministerposten behält die Sozialdemokratie fünf (Präsidium und Kultus, Inneres, Militär und soziale Fürsorge) mit den bisherigen Vertretern, wobei nur zwischen dem bisherigen Inhaber des Innern, Segitz, und dem Minister für soziale Fürsorge, Endres, ein anscheinend zweckmäßiger Tausch stattfindet. Die Bayerische Volkspartei stellt in Regierungsdirektor Speck den Finanzminister und in Baron Freyberg den Landwirtschaftsminister. Die Demokraten besetzen das Justizministerium mit Dr. Müller-Meiningen und das Handelsministerium mit dem bisherigen Regierungsrat Hamm. Das Verkehrsministerium bleibt bei Frauendorfer. Die vier neuen Minister, von denen Speck und Dr. Müller in den letzten Tagen vor der Revolution die gleichen Ämter erhalten sollten, gelten alle als gediegene Fachleute für ihre Posten, ihre Berufung bedeutet daher in sachlicher Beziehung einen ebenso erfreulichen Fortschritt wie in politischer Hinsicht einen Schritt auf dem Wege demokratischer Entwicklung. Zu den neuen Ministern kommen noch zehn Staatsräte. Davon werden von der Bayerischen Volkspartei vier gestellt in den Abgeordneten Giehrl (Handel) Oswald (Soziales), Dauer (Verkehr) und Münsterer (Inneres). Von einem Staatsrat für das Kultusministerium hört man befremdlicherweise nichts, und doch wäre die Berufung eines solchen um so mehr angebracht gewesen, als die Präponderanz der Sozialdemokratie im Gesamtministerium dadurch besonders unangenehm verstärkt wird, daß einer der ihren gerade das Gebiet zu verwalten hat, auf dem ihr Gegensatz zur christlich gesinnten Bevölkerung, der Mehrheit, am deutlichsten hervortritt.

Wichtiger fast als die bloße Umbildung der Regierung ist vom demokratischen Standpunkt aus etwas anderes: Bei Einsetzung der Regierung Hoffmann wurde das Recht des Landtags zwiefach beschränkt: Einmal durch Uebertragung weitgehender Vollmachten an die Regierung, dann aber auch durch den Druck, unter dem der Landtag die über seinen Kopf hinweg eingesetzte Regierung anerkannte. Ministerpräsident Hoffmann hat, als er am 31. Mai sein Mandat zurückgab, um es von dem in sein volles Recht wieder eingesetzten Landtag von neuem zu erhalten, von diesem Druck nicht gesprochen, aber vielleicht daran gedacht. Mit diesem Schritt, der den Auftakt zu einer bisher nicht sensationell verlaufenen Debatte bildete, war der Rätezauber endgültig gelöst, und das war der tiefere Sinn dieser Szene. In dem zwischen den Parteien vereinbarten gemeinsamen Programm berührt am angenehmsten das allerdings selbstverständliche Bekenntnis zu der Aufgabe, Ordnung in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu bringen, namentlich in die Staatsfinanzen, und dieser Aufgabe muß man von Herzen die bestmögliche Lösung wünschen. Die Einzelpunkte des Programms bringen wenig Neues und bedeuten gerade im wesentlichsten eine Festlegung auf Einzelheiten des doch erst noch zu beratenden Verfassungsentwurfes, von dem weiter unten die Rede ist. Neben manchem, dem man zustimmen muß, enthält die Vereinbarung auch bedenklichere Punkte, die von unserem Standpunkt aus nur eine Mitarbeit ermöglichen in der Erwägung, daß es Schlimmeres zu verhüten gilt. Im ganzen mutet das Programm nüchtern an wie ein Kompromiß. Es erhebt sich nicht über das Technische hinaus zu einer großzügigen, fortreißenden einheitlichen Idee.

Die Schwierigkeiten, wie sie in Bayern zu überwinden waren, ehe wir zu einer der parlamentarischen Lage auch nur einigermaßen entsprechenden Regierung kommen konnten, waren nur möglich, weil wir immer noch ohne Staatsverfassung sind. Jetzt liegt wenigstens einmal ein definitiver Entwurf einer solchen vor. Grundlage des Entwurfes ist, wie einer seiner Autoren, Geheimrat Dr. Graßmann, in der „Bayer. Staatsztg." es ausdrückt, die repräsentative Demokratie, die das Schwergewicht in den Landtag verlegt, dessen Macht durch Einführung des parlamentarischen Regierungssystems „fast ins Ungemessene" verstärkt wird. Graßmann sagt auch: „Der Mahnung Montesquieus, „um einen Mißbrauch der Machtbefugnisse zu verhüten, muß dafür gesorgt werden, daß eine Gewalt die andere hemmt", hat der Entwurf nicht durch Sicherung der vollziehenden Gewalt Rechnung getragen, nur die Unabhängigkeit der Rechtspflege ist aus dem alten Recht übernommen worden." Die Gefahren dieser Freiheit könne nur ein politisch reifes Volk überwinden. Das hieße also, daß wir noch allerlei zu lernen haben, denn die Geschichte der letzten sieben Monate haben Bayern nicht gerade auf der Höhe politischer Reife gezeigt, und zwar gerade in Kreisen, die sich diesen Schatz sonst gern allein zuzuschreiben pflegten. Mit diesen allgemeinen Andeutungen und Bemerkungen kann dieser Teil hier zunächst um so mehr als erledigt gelten, als wir ähnliche Verfassungsbestimmungen ja auch im Reich und in anderen Staaten haben. Zwei besondere Fragen, die gerade in Bayern außergewöhnliche Bedeutung erlangt und zu den Wirren der letzten Zeit so viel beigetragen haben, betreffen die „Räte" und die „Sozialisierung". Das, was bisher Rätewesen hieß, sucht der Entwurf, der die russische Bezeichnung fallen läßt, in einer Weise zu regeln, von der man sagen kann, daß sie dem Problem die politische Schärfe in der Hauptsache genommen hat. Ueber die „Sozialisierung" sagt Paragraph 24 Abs. III: „Die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Freistaates. Zur Ueberführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft ist ein Gesetz erforderlich". Was im ersten dieser beiden Sätze behauptet wird, wäre eigentlich erst einmal zu beweisen. Da aber gesetzliche Regelung für jedes Einzelgebiet verlangt wird, ist immerhin den phantastischen Unsinnigkeiten und den Gewalttaten eingebildeter Größe nach Art des Treibens des verflossenen Präsidenten des Zentralwirtschaftsamtes, des Herrn Dr. Neurath aus Wien, ein Riegel vorgeschoben. Mit „Sozialisierung" hat das, was der Entwurf sagt, wohl kaum etwas zu tun. Die erwähnte Vereinbarung der Parteien spricht im einzelnen von der Ueberführung der Bergwerke und der Wasserkräfte und außerdem der Apotheken in die Gemeinwirtschaft. Die Hereinziehung der Apotheken in diesen Zusammenhang mutet etwas gezwungen an. Im übrigen liest man da von manchen schönen Einzelaufgaben, von der Sorge für die Ernährung, für Kleidung und Wohnung, Bekämpfung der Bodenspekulation, Förderung der Landessiedelung, aber all das wird nur dann etwas bedeuten, wenn das ganze Gebiet von einem belebenden und erwärmenden Gedanken durchdrungen, von einem einheitlichen sozialen Zug beherrscht wird, der deshalb nicht sozialistisch im Parteisinne zu sein braucht. Die „Vergesellschaftung" allein tuts nicht. Ob durch sie der Stand der sozialen Frage überhaupt günstig zu beeinflussen ist, ist nicht einmal wahrscheinlich. So ruinös die Vergesellschaftung auch wirken kann, derjenige, der an eine wirkliche Sozialisierung des Lebens gedacht hat, muß schon sagen: Wenn das alles sein soll, ist wieder einmal aus einer großen Wolke wenig Regen gekommen.

Vom katholischen Standpunkt aus interessiert an dem Verfassungsentwurf besonders die Regelung der Kapitel Staat und Kirche, und Staat, Kirche und Schule. Es werden in dieser Hinsicht „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" und allen Glaubensgesellschaften „gleiche Rechte und gleicher Schutz" zugesichert, aber die „Durchführung bleibt der Gesetzgebung vorbehalten". Die Volksschule soll an den Staat übergehen, der die ganze öffentliche Erziehung für sich beansprucht. Die Sorge für den Religionsunterricht ist Sache der Glaubensgesellschaften, aber: „Die Erteilung und Ueberwachung des Religionsunterrichts an staatlichen und staatlich beaufsichtigten Schulen erfolgt nach verordnungsmäßigen Anordnungen des Staates".

Das Programm der neuen Regierung enthält einige Festlegungen, die teils als Ergänzung, teils als Milderung des kulturpolitischen Teils des Verfassungsentwurfs anzusehen sind. So, daß Abmeldungen vom Religionsunterricht auch bei dem Pfarrer zu erfolgen haben, daß Eigentumsrechte der

Glaubensgesellschaften und Verpflichtungen des Staates ihnen gegenüber nur durch Gesetz gelöst werden können, daß konfessionelle Schulen gegen den Willen der Mehrheit der Erziehungsberechtigten nicht in Simultanschulen umgewandelt werden können. Derartige Milderungen und Ergänzungen, denen man den Kompromißcharakter deutlich anmerkt, sollen wohl auch in die Verfassung aufgenommen werden. Es sind das jedoch nicht nur Zugeständnisse, zugleich wird dadurch auch die Hauptrichtung angezeigt, die gegangen werden soll, werden Ziele verraten, denen zugesteuert werden soll: Trennung von Kirche und Staat, Degradierung der Religion in der Oeffentlichkeit, Entfremdung zwischen Volk und Kirche. Wenngleich die Rücksichtslosigkeit nicht bis zum äußersten getrieben werden soll. Bedeuten die Bestimmungen im Ganzen doch, daß über die Rechte der Kirche ohne Verhandlung mit ihr zur Tagesordnung geschritten werden soll. Der Staat stellt sich auf den Standpunkt der Allmacht, der von sich aus alles Recht bestimmt. Das ist der Ausfluß einer durch und durch antichristlichen Staatsauffassung, die auch bisher schon zahlreiche Vertreter hatte und jetzt zum herrschenden Grundsatz gemacht werden soll. Die Art, wie in den erwähnten Bestimmungen des Verfassungsentwurfs die Kirche degradiert und ihr Einfluß auf die Schule weiter beschränkt werden soll, ist ein schweres Unrecht gegen Gott und die Kirche, ist, soweit es auf den Staat ankommt, eine bewußte Benachteiligung der religiösen Erziehung der Jugend und überhaupt der ganzen Erziehung, eine Schädigung aber auch des Staates selbst, der sich durch die eigenmächtige Aenderung seiner Beziehungen zur Kirche und seiner Stellung zur Religion — auch wenn hier einstweilen noch der Ausdruck äußerster Feindseligkeit vermieden werden soll — selbst seiner festesten sittlichen Grundlage beraubt. Der Staat hat eine sittliche Aufgabe am Menschen zu erfüllen, eine wesentlich verschiedene und höhere sittliche Aufgabe am Menschen fällt der Kirche zu. Nur in einträchtigem Zusammenwirken von Kirche und Staat ist eine gedeihliche Lösung der doppelten Aufgabe und eine harmonische Einwirkung auf den ganzen Menschen möglich, denn die Arbeit der einen Macht beeinflußt die Arbeit der anderen. Ein Gegeneinander der beiden Mächte gefährdet daher die Wirksamkeit beider, und schon ein bloßes Aneinandervorbeigehen wird oft genug zu einem Gegeneinander führen. Es ist ja richtig, daß die bisherige Verbindung zwischen Kirche und Staat in deutschen Landen wie auch anderswo manches zu wünschen übrig ließ, aber das beweist höchstens, daß man die Mängel der Verbindung beseitigen muß, nicht aber die Verbindung selbst.

Von dieser großen Streitfrage ist in letzter Zeit in der „Allgemeinen Rundschau" so oft die Rede gewesen, daß hier auf weitere Erörterungen darüber zunächst verzichtet werden kann. Es steht ja eigentlich auch nicht die einzelne Frage an sich zur Debatte, sondern es handelt sich um den ganzen Gegensatz zwischen der christlichen und der nicht- und antichristlichen Staatsauffassung. Dabei verschlägt es wenig, ob die antichristliche Auffassung sich etwas mehr oder weniger radikal und gewaltsam durchzusetzen sucht. Das Ziel bleibt dasselbe, wie auch das katholische Prinzip in dem einen wie in dem anderen Falle klar betont werden muß. Ueber das Prinzipielle unterrichtet vorzüglich ein bei Herder erschienenes ausgezeichnetes Buch: „Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat, nach den prinzipiellen Grundlagen dargestellt" von Dr. Heinrich Schrörs, Professor der katholischen Theologie in Bonn. Dieser Schrift ist um so mehr weiteste Verbreitung und gründlichstes Studium zu wünschen, als darin leider mit Recht festgestellt werden muß, daß auch in katholischen Kreisen, in wissenschaftlichen wie in politischen, die Gesichtspunkte und Grundsätze katholischer Staatsauffassung zu wenig gekannt und bewußt und durch einen gewissen Opportunismus verdunkelt sind. Nicht die Freude am Gegensatz, sondern der welthistorische Augenblick fordert, daß hier Versäumtes nachgeholt wird. Wir durchleben jetzt eine Katastrophe, die durch die Irrtümer von Jahrhunderten verursacht ist. Eine aufwärts führende Entwicklung kann nur angebahnt werden, wenn gründlich aufgeräumt und über Ziel und Weg vollste Klarheit hergestellt ist. Auch dann ist gewiß nicht im Handumdrehen die Welt zu beglücken, wie es Leute versprechen und glauben, die über Sümpfen Irrlichtern nachlaufen, aber es wird wenigstens nicht mehr weiter abwärts gehen, wir werden wieder einen Halt finden, und das übrige ist Sache christlicher Weisheit und Klugheit und vor allem christlicher Liebe, Treue und Beharrlichkeit in der Arbeit für den ganzen Menschen, für seine leiblichen wie geistigen Interessen.

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D. Dr. Georg Mayr, Tutzing.

III.

Außer der Verfügung über Boden und Kapital ist für jede Gütererzeugung die Verfügung über Arbeitsleistung notwendig. Die Arbeit ist nicht das einzige Wert gebende Element der Produktion, denn ohne die Möglichkeit ihrer Verbindung mit Boden- und Kapitalnutzung wäre sie in der Hauptsache eine erfolglose menschliche Anstrengung. Wohl aber ist sie dasjenige Element der Produktion, das bei jeder Gütererzeugung gewissermaßen endgültig erst die Schöpfung des neuen volkswirtschaftlichen Wertes des erzeugten Gutes auslöst. Die ganze Untersuchung über Wesen und Gestaltung der menschlichen Arbeit wie auch über die dabei eingreifende Stellungnahme der öffentlichen Gewalt zum Arbeitsproblem wird mehr und mehr Aufgabe der sich neu bildenden besonderen Arbeitswissenschaft mit ihren zwei Hauptbestandteilen, der Arbeitslehre und der Arbeitspolitik, worüber ich mich kürzlich in einem knappen Aufsatz „Der Ausbau der Arbeitswissenschaft" in Nr. 40 von „Der Sammler", Beilage der München-Augsburger Abendzeitung vom 8. April 1919, ausgesprochen habe.

Hier in diesem Aufsatz, da ich mich mit der Pflicht zur Arbeit zu beschäftigen habe, muß ich mir versagen, auch das Problem des Rechtes zur Arbeit zu erörtern. Ich muß auch weiter darauf verzichten, jene wirtschaftlichen gerade bei dem Bauern- und Handwerkerstand, einigermaßen auch bei freien Berufsarten weit verbreiteten Mischgebilde in Sonderbetrachtung zu nehmen, bei denen Arbeitsleistung nicht für eine fremde, sondern für die eigene Unternehmung geleistet wird, also gewissermassen Personalunion von Arbeiter und Unternehmer vorliegt. Des weiteren soll hier nur der andere in der neuzeitlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens immer stärker hervortretende Fall in Betracht gezogen werden, daß der Arbeiter seine Arbeit für fremde Unternehmung gegen Lohn zur Verfügung stellt, also der Fall der Lohnarbeit. Hier bringt der Arbeiter zur Gütererzeugung nur eines von den dazu erforderlichen Faktoren oder Elementen bei; er ist nicht Unternehmer dieser Gütererzeugung, überhaupt nicht Unternehmer, sowenig der Kapitaldarleiher oder Bodendarbieter für fremde Gütererzeugung in dieser selbst als Unternehmer anzusprechen ist. Die Arbeit ist nicht eine vom Arbeiter als Unternehmer erzeugte „Ware", sondern sie ist eine aus der um des Fortlebens willen aufrechterhaltenen Lebenskraft erfließende Leistungsmöglichkeit, die in den Dienst der Volkswirtschaft als ein dem Unternehmer unentbehrliches Element gestellt wird. (Auf den darüber bestehenden Schulstreit der Meinungen, den ich in meiner Schrift, die Pflicht im Wirtschaftsleben eingehend behandelt habe, will ich hier nicht eingehen; ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch unser hervorragender bayerischer Nationalökonom F. B. W. von Hermann in seinen Staatswirtschaftlichen Untersuchungen ausdrücklich betont, daß die Arbeit nur Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, nicht Zweck des Lebens, nur Mittel zum Leben ist.)

Was hier, da es sich um die Untersuchung der Pflicht der Arbeit handelt, vor allem zu betonen ist, das ist die Tatsache, daß es sich hier um dasjenige Element der Produktion handelt, das zwar auch nur ein Stück zum Produktionserfolg und Produktionswert zu liefern vermag — gleich dem Boden und dem Kapital —, das aber doch ob der Eigenart seines Wesens als Widmung lebendiger Menschenkraft für den Produktionsprozeß hervorragende Bedeutung gerade vom Standpunkt sittlicher Erwägungen gewinnt.

Nicht das gesamte Gebiet des hiernach für das Walten der Arbeit im menschlichen Wirtschaftsleben sich ergebenden Probleme, die ein großes Stück der gesamten Sozialpolitik ausmachen, steht hier zur Erörterung. Hier handelt es sich um die eine große Frage: Ist Arbeit sittliche Pflicht? Diese Frage ist mit Ja zu beantworten, wenn auch in der Art und der Dringlichkeit dieser Pflicht noch mancherlei Unterschied besteht, wenn das auch nur stichprobeweise angedeutet werden kann. Was die Art der Arbeitspflicht anlangt, so verbietet die persönliche Freiheit, deren Hochhaltung gerade jetzt in allen politischen Programmen ganz besonders betont wird, jede dauernde Zwangsverpflichtung zu bestimmter Arbeit für den freien Menschen. Auch die Entscheidung, ob der Arbeiter im einzelnen Fall seine Arbeit einem

gegebenen Produktionsprozeß widmen will oder nicht, muß — wenigstens grundsätzlich — seiner freien Entscheidung anheimgestellt bleiben und die öffentliche Gewalt empfindet in fortdauernd steigendem Maße ihrerseits die sittliche Pflicht, durch Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises dem Arbeiter die möglichste Auswahl unter den verschiedenen sich ihm darbietenden Arbeitsgelegenheiten zu eröffnen. Aber die Freiheit des Entschlusses geht für den Arbeiter, der nach seiner wirtschaftlichen Lage nicht selbst als Unternehmer aufzutreten vermag und der hiernach als Arbeiter bei einem anderen Unternehmer volkswirtschaftlich mitwirken muß, nicht so weit, daß er trotz Arbeitsgelegenheit befugt wäre, nicht zu arbeiten und zu Lasten der Gesamtheit einer genußreichen Arbeitslosigkeit sich zu erfreuen, wozu bekanntlich gerade in jüngster Zeit manche bedenkliche Ansätze sich ergeben haben, obwohl auch hier gewiß manche ungerechtfertigte Uebertreibung in Verkennung der wirklichen Notlage weit verbreiteter wirklicher, unabweisbarer Arbeitslosigkeit sich ergeben haben mag. Alle Leistungsfähigen im Volke sind berufen, bei dem Weitergang der Volkswirtschaft nach Maßgabe ihrer körperlichen und — wohlverstanden — auch geistigen Kräfte, wie auch im Sozialisierungsgesetze und zwar sogar an erster Stelle, zu lesen ist! — mitzuwirken. Das zu tun, ist ihre sittliche Pflicht. Wer also nach der Lage, in die ihn Abstammung und weiteres eigenes Geschick gebracht haben, nur durch körperliche — oder richtig gesagt „überwiegend körperliche" — Arbeit seinen Lebensunterhalt zu gewinnen vermag, ist in dringlichster Weise sittlich zu solcher Arbeit verpflichtet, ebenso der geistige Arbeiter zu geistiger Arbeit. Für den Unternehmer stellt sich die vorwiegend geistige Anstrengung der vollen oder auch der durch bezahlte Arbeit ihm teilweise abgenommenen Unternehmungsleitung als Zuschlag von Unternehmerarbeit zur Unternehmungsverantwortung und Gefahr dar. Ob die reinen Bodenbesitzer und Kapitalisten, die nicht selbst gleichzeitig Unternehmer sind, der allgemeinen Arbeitspflicht durch die bloße Mühe der richtigen Auswahl von Unternehmungen, denen sie ihre wirtschaftliche Kraft zuwenden, ganz genügen, ist wohl am zweifelhaftesten. Sie werden sittlich richtig und zugleich vorsichtig handeln, wenn sie ihre persönliche, geistige und körperliche Arbeitskraft in angemessener Weise, so namentlich zur Entfaltung gemeinnütziger Tätigkeit auf dem Gebiete der mannigfaltig öffentlich wie privat geregelten Fürsorgetätigkeit verwerten, womit zugleich auch ein volkswirtschaftlich bedeutsamer Effekt erzielt wird.

Auf die der Arbeitspflicht des Arbeiters gegenüberstehenden Pflichten des Arbeitgebers und weiter der öffentlichen Gewalt im einzelnen einzugehen, muß ich mir versagen. Nur kurz sei, abgesehen von dem, was unten bei der Unternehmerpflicht zur Sprache kommt, bemerkt, daß es des Arbeitgebers sittliche Pflicht ist, den Arbeiter als eine ihm gleichberechtigte Persönlichkeit anzuerkennen zu der er in einem Vertragsverhältnisse, aber nicht in einem Herrschaftsverhältnisse steht. Die treue Pflichterfüllung des Arbeiters bei seiner Arbeitsleistung, an der ja der Arbeitgeber im höchsten Maße persönlich interessiert ist, hat er anzuerkennen, und in jeder Hinsicht den Arbeiter sozial zu behandeln. Sein Recht auf beruflichen Zusammenschluß ist gleichfalls vom Arbeitgeber wie von der öffentlichen Gewalt voll anzuerkennen, mit grundsätzlicher Anerkennung auch des Streikrechts. Bei der Handhabung dieser Kriegswaffe des Wirtschaftslebens aber sind gerade auch wie bei der Handhabung der Aussperrung durch die Unternehmer in vollem Maße sittliche Pflichten zu erfüllen. Zumal für eine darniederliegende Volkswirtschaft, die des Aufbaues durch vollste Anspannung aller produktiven Kräfte bedarf, wird da sorgsamste Prüfung der Berechtigung des Eintretens in Streik wie in Aussperrung schwerste sittliche Pflicht. Wenn nur Arbeit uns retten kann — und daß dem so ist, kann ein ernsthaft Denkender nicht bezweifeln — dann ist über jedes beabsichtigte Nichtarbeiten, namentlich der breiten Arbeiterschichten, sei es aus rein wirtschaftlichen, sei es aus allgemeinen politischen Demonstrationsabsichten mit Hinarbeiten auf möglichste Vermeidung des Ausfalles an volkswirtschaftlicher Errungenschaft sorgsamste Erwägung anzustellen, als eine der bedeutsamsten wirtschaftlichen Pflichten.

Was schließlich die bereits gestreifte Ausgestaltung der sittlichen Pflicht der öffentlichen Gewalt gegenüber der Anerkennung der sittlichen Pflicht zur Arbeit anlangt, so sei nur noch aus dem Gebiet der hier einschlagenden Sozialpolitik speziell die Ausgestaltung der öffentlich-rechtlich geregelten Arbeitslosenversicherung besonders erwähnt. Wird die Pflicht zur Arbeit anerkannt, so muß dem, der dieser Pflicht entsprechend arbeiten will, aber trotz seiner Arbeitswilligkeit in nachweisbarer Weise Arbeit nicht finden kann, auch aus öffentlich-rechtlich geregelter Mittelbeschaffung Ersatz für seinen Lohnentgang gewährt werden.

Die konzentrierte Verantwortung für den Fortgang der in der Volkswirtschaft gebotenen Gütererzeugung liegt bei dem Unternehmer, der, sei es als physische oder als nichtphysische Person öffentlichen oder privaten Rechts die zur Erreichung des Produktionserfolges erforderliche Vereinigung der Produktionselemente unter Uebernahme des Wagnisses eines Mißerfolges bewerkstelligt. Die tatsächliche Gestaltung der fortlaufend in der Volkswirtschaft einsetzenden Entschlüsse zur Uebernahme der Unternehmerrolle ist sehr wesentlich durch die fortlaufende geschichtliche Entwicklung der Berufsverhältnisse und die vielfach durch Abstammung bedingte, gewissermaßen automatisch sich vollziehende Berufswahl bedingt. Es ist nicht so, daß die Gesamtheit der zur Uebernahme der Unternehmerrolle Berufenen oder auch nur ein erheblicher Bruchteil derselben alltäglich neu zu überlegen hätte, welcher Art von Produktion man sich etwa nach rein spekulativen Erwägungen zuzuwenden hätte. Die beruflich nach früherer freier Wahl oder überkommener Tradition geregelte Unternehmertätigkeit überwiegt. Daneben ist allerdings auch die Minorität der Fälle, zumal insoweit es sich dabei um großkapitalistische Unternehmungen handelt, in denen ein gewisses Unternehmen spekulativ eingerichtet wird, volkswirtschaftlich von erheblicher Bedeutung, und gerade solche Unternehmungen sind es, bei denen zumal bei frei entwickeltem Produktionsrecht auch sittliche Ausgestaltungen der Produktionspflicht sich ergeben in der Richtung, daß überhaupt und in welcher Art die für die Volkswirtschaft bedeutsame Produktion durchgeführt wird.

Vom Standpunkt der besonderen Betrachtungen, die uns in der gegenwärtigen Studie interessieren, werden wir gut tun, dabei die zwei grundverschiedenen Systeme, der freien und der öffentlich-rechtlich gebundenen Wirtschaft zu unterscheiden, von denen das erstere in der Hauptsache bis zum Kriegsbeginn in der Kulturwelt waltete, während die gebundene Wirtschaft in der Kriegszeit allmählich Fortschritte gemacht hat und in der am Horizont der Zukunft erscheinenden Vollsozialisierung ihre grundsätzliche Vollverwirklichung finden würde, wie schon in den einleitenden Darlegungen dieser Studie hervorzuheben war.

Wenden wir uns zunächst zur Erwägung der Lage, wie es bei der freien Wirtschaft gegenüber dem freien Produktionsrecht mit der Gestaltung der Produktionspflichten bei dem Unternehmer steht, so müssen wir dreierlei unterscheiden. Erstens: Was bürgt dafür, daß überhaupt gütererzeugende Unternehmer (Produzenten im engeren Sinne) in der erforderlichen Menge und Art freiwillig in der Volkswirtschaft sich zusammenfinden? Zweitens: Was bürgt dafür, daß diese die begonnene Produktion weiterführen, oder falls sie solche aufgeben, soweit es geboten ist, Ersatz finden? Drittens: Wie gestalten sich dabei die sittlichen Rücksichten auf die Gesamtheit der an der Produktion Beteiligten und weiter auch auf die Abnehmer der Produkte?

Daß überhaupt fortdauernd Unternehmer in großer Zahl freiwillig in die Volkswirtschaft eintreten, ist nach der geschichtlichen Entwicklung unserer vor der Revolution bestandenen Rechts- und Gesellschaftsordnung namentlich dadurch bedingt, daß die im Laufe der Zeit entstandene und beispielsweise in unseren großen Aktiengesellschaften verwirklichte Großunternehmung, die als „verselbständigte" Unternehmung nur mit fremdem Kapital, fremder Arbeit und fremdem Boden wirtschaftet, der Zahl nach sehr zurücksteht gegen die Massen der nicht voll verselbständigten, sondern mit eigenem Boden, Kapital und auch eigener Arbeit, die fertiges Genußgut ist, wirtschaftenden Unternehmungen. Der Bauer, der Handwerker, der Darbieter genußbereiter persönlicher Dienstleistungen körperlicher oder geistiger Art ist zur Uebernahme der Unternehmerrolle, in der er zugleich nutzbringende Verwertung eigenen Bodens, eigenen Kapitals und eigener Arbeit erzielt, durch sein unmittelbares Eigeninteresse veranlaßt. Es bedarf dazu in normalen Zeiten — in der Kriegszeit war es zum Teil anders — keines besonderen Zwanges; die freie Wirtschaft paßt sich automatisch — wenn auch mit gewissen Regelungen des internationalen Verkehrs der einzelnen Volkswirtschaften — den volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Bedürfnissen an. Und in die noch verbleibenden Lücken schiebt sich in neuzeitlich steigender Entwicklung die verselbständigte Unternehmung als Großindustrie und Großhandel ein, bei der eine nichtphysische Person mit fremdem Boden, Kapital und Arbeit wirtschaftet und dabei namentlich für das solche Unternehmungen ermöglichende

Kapital ein auch für die engere und weitere Unternehmungsleitung gewinnreicheres Entgelt erstrebt. Auch solche für die Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft bedeutsame Unternehmungen werden nicht befohlen, sie sind freie Neubildungen und zwar solche, bei denen, wie schon im bisherigen gelegentlich gestreift worden ist und wie unten noch zusammenfassend hervorzuheben sein wird, der Kreis der sittlichen Erwägungen über die Art der in Frage kommenden Wirtschaftsführung sich wesentlich erweitert.

Daß fortlaufend neue Unternehmerentschlüsse gefaßt werden, ist zur Aufrechterhaltung der Gütererzeugung in der Volkswirtschaft nötig; aber das genügt nicht. Es ist weiter geboten, daß die begonnene Unternehmung auch in normaler Weise weitergeführt werde. Auch dafür sorgt in der freien Wirtschaft in erster Linie das Eigeninteresse des Unternehmers, des verselbständigten wie des nicht verselbständigten. Auf der normalen Weiterführung der Unternehmungen, die übrigens durch Rechtsnormen verschiedener Art, für die Unternehmungen physischer Personen namentlich auch durch das Erbrecht gesichert ist, beruht die Stabilität der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung. Ausscheidende Unternehmungen werden, soweit deren Ersatz als rationell und aussichtsreich sich darstellt und hiernach volkswirtschaftlich geboten ist, durch neu eintretende Unternehmer ersetzt. Wenn eine sittliche Pflicht zur Fassung eines Unternehmungsentschlusses wohl im allgemeinen nur selten als gegeben zu erachten sein wird, muß wohl für die Fortsetzung der normalen Unternehmungstätigkeit, die volkswirtschaftlich sich lohnt, neben dem maßgebenden Eigeninteresse des Unternehmers auch dessen sittliche Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit der an der Fortsetzung des Unternehmens Interessierten und insbesondere der unmittelbar dabei in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterschaft anerkannt werden. Dies führt zu der abschließenden, oben bereits bezeichneten dritten Betrachtung über die Unternehmungsgestaltung und die sittliche Pflicht im Rahmen der freien Wirtschaft.

Welche sittlichen Rücksichten auf die Gesamtheit der bei der Gütererzeugung Beteiligten ergeben sich für den Unternehmer? Soweit es sich um die einfachste Art der unverselbständigten Unternehmung, nämlich der physischen Unternehmer der Darbietung eigener körperlicher oder geistiger genußbereiter Dienstleistungen handelt, kommen andere Beteiligte als der Unternehmer selbst überhaupt nicht in Frage. Hier kann nur etwa von dem Sittengebote der Selbsterhaltung und Selbstschonung die Rede sein, das zugleich auch dem wohlverstandenen Eigeninteresse solcher Unternehmer entspricht. Bei der Leistung des Kapitalbesitzers, der lediglich Kapital gegen Zins ausleiht, kommt eine sittliche Pflicht gegen die Darlehensempfänger insoweit in Frage, als — wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben worden ist — wucherische Ausbeutung jeglicher Art als sittlich verwerflich anzusprechen ist; doch liegt in diesem Fall, wenn der einzelne Kapitalbesitzer nur zu fremder Unternehmung Kapital leiht, eine Unternehmung in volkswirtschaftlichem Sinn bei demselben überhaupt nicht vor. Bei großindustrieller Ausgestaltung des Darleihegeschäftes zu verselbständigter Unternehmung insbesondere auch im Bankbetrieb, wird auch die sittliche Pflicht der Zuweisung entsprechenden Entgeltes an geistige und körperliche Hilfsarbeit in Frage kommen. Weitverbreitet ist auch bei dem unverselbständigten Unternehmertum des Bodenbesitzers — abgesehen von dem ohne bezahlte Hilfskraft wirtschaftenden Kleinbauern — die Inanspruchnahme von Lohnarbeitern; hier erwächst die sittliche Pflicht des deren Leistung angemessenen Lohnes, insbesondere eines steigenden Lohnes bei steigendem Produktionserfolg. Ganz besonders steigert sich die sittliche Verpflichtung des vollkommen verselbständigten Unternehmers bei den nichtphysischen Unternehmungen auf großkapitalistischer Unterlage, bei denen ein gerechter Ausgleich des Anteils der Produktionsleistung des Kapitals und insbesondere auch der Arbeiterschaft am Produktionserfolg eines der bedeutendsten sittlichen Postulate der Gütererzeugung ist; unverkennbar war schon der Obrigkeitsstaat ehrlich und mit Erfolg bemüht, durch eine reich entfaltete Sozialpolitik, deren weitere Entwicklung nach dem Krieg sowohl national wie international in Sicht stand, diesem Sittengebote zu entsprechen. Nach den revolutionären Anschauungen aber muß es als zweifelhaft bezeichnet werden, ob von der großkapitalistischen Unternehmung in deren freier Entwicklung die volle Erfüllung der sittlichen Anforderungen erwartet werden darf. Die Nichterfolge der gesetzgeberischen Versuche verschiedener Länder gegen die gemeinschädlichen Folgen des Trust- und Kartellwesens zeigen, daß der Versuch, unter voller Belassung der freien Wirtschaft mit sozialpolitischem staatlichem Eingreifen die Benachteiligungen des Produktionselements Arbeit zu verhüten, großen Schwierigkeiten begegnet. Eine solche gemeinschädliche Machtentfaltung großkapitalistischer Industrie- und Handelsunternehmungen ist weiter geeignet, auch weite Kreise der Verbraucher in ihrer Warenversorgung zu schädigen. Darum greifen mehr und mehr auch bei solchen Wirtschafts- und Sozialpolitikern, die im übrigen für ferneres Walten der Unternehmertätigkeit jeder Art grundsätzlich gestimmt sind, gegen die freie wirtschaftliche Betätigung solcher großkapitalistischer Industrie- und Handelsunternehmungen die nämlichen Bedenken platz, wie die bereits früher erwähnten Bedenken gegen die übermäßige Konzentration von Großgrundbesitz, als der Grundlage eines die freie wirtschaftliche Benützung des Bodens in wirtschaftlich unerwünschter Weise beschränkenden Machtgebotes.

Zweifellos leben wir jetzt — und darauf muß zum Abschluß dieser Studie hingewiesen werden — in dem gewaltigsten wirtschaftlichen Gärungsprozeß, der durch das Aufeinanderstoßen zweier grundverschiedener Weltanschauungen über Pflicht im Wirtschaftsleben entstanden ist. Die ältere liberalistische Auffassung, welche die Ethik aus dem Gesamtgebiet der Volkswirtschaft überhaupt ausweisen wollte, kann als heute überwunden angesehen werden. Auch die konservative Anschauung, die grundsätzlich der freien Unternehmerbetätigung weitesten Spielraum gestatten will, erkennt das dabei gebotene Walten sittlicher Pflicht namentlich gegenüber den bei der Gütererzeugung mitwirkenden Arbeitern an und befürwortet einen weitgehenden Ausbau der staatlichen Politik zur Sicherstellung dieser Pflichterfüllung, insbesondere auch soweit das Verhalten übermächtiger Großunternehmungen in Betracht kommt; sie steht deshalb auch dem event. Ausschalten solcher Großunternehmungen aus der ungebundenen freien Privatwirtschaft und deren Ueberführung in vollverstaatlichte oder doch staatlich beschränkte und kontrollierte Unternehmungen, also dem, was man eine partielle Sozialisierung von Unternehmungen nennen kann, sympathisch gegenüber. Die radikale fortgeschrittenste Weltanschauung verzweifelt grundsätzlich — trotz gelegentlicher opportunistischer Konzessionen, z. B. an den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb — an der erfolgreichen Verwirklichung der sittlichen Pflichten, namentlich gegenüber dem Arbeiterstand bei Fortdauer der freien Wirtschaft und befürwortet die sogenannte Vollsozialisierung, die grundsätzliche Beseitigung der freien Unternehmer-Initiative und die zentralisierte, staatlich geleitete und organisierte Gütererzeugung und Güterverteilung in der Hoffnung, daß in diesem neuen die bisherigen Ansprüche des Besitzes im wesentlichen beseitigenden Zukunftsgebilde einer neuen Volkswirtschaft alle Beteiligten unter Beiseitesetzung alter egoistischer Strebungen ihre sittliche Pflicht im Wirtschaftsleben durch bereitwillige Anwendung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte auf dem ihnen von der zentralen Leitung und deren Unterorganen angewiesenen Gebieten betätigen werden.

Die Leser werden in der allernächsten Zeit Gelegenheit haben, der Weiterentwicklung dieses Kampfes zwischen einem außerordentlichen Optimismus der Beurteilung der durch die Revolution geläuterten Menschennatur und der nüchternen Auffassung zu verfolgen, die der gewiß sehr beachtenswerten Ansicht Rechnung trägt, daß das Ziel der weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung unseres Vaterlandes nicht im Extrem der Beseitigung aller seiner wirtschaftlichen Initiativen, sondern in deren möglichst ausgedehntem erfolgreichen Wirken besteht, soweit nicht, wie im Vorstehenden kurz angedeutet, zur Wahrung der Pflichterfüllung im Wirtschaftsleben eine Aenderung des bisherigen Systems und dabei im besondern neben ausgiebiger Sorge für sozialpolitische Kontrolle des freien Unternehmerbetriebs auch partielle Ueberführung insbesondere gewisser Großunternehmungen in staatlich geleiteten oder eingehend beschränkten und kontrollierten Privatbetrieb veranlaßt ist. Auf die Einzelheiten der großen Frage der Sozialisierung, unter welchem Begriff sich sehr verschiedene Arten der öffentlichen und selbst privaten und gleichzeitig auch öffentlich kontrollierten Vergesellschaftungen von Unternehmungen zusammenfinden, mich hier zu äußern, muß ich unterlassen. Das müßte den Gegenstand einer eingehenden selbständigen Untersuchung bilden. Hier aber beim Abschluß der Studie über die Pflicht im Wirtschaftsleben durfte ich doch die „Sozialisierung" nicht totschweigen; denn sie ist ein und zwar das neueste und gewaltigste wirtschaftliche Gebilde, dessen Entstehung im Zusammenhang mit Vorstellungen über die Pflicht im Wirtschaftsleben steht.

Religionsfreier Moralunterricht und Gewissensfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

So sehr das rein pädagogische Denken, zumal das christlich-pädagogische Denken es schmerzlich empfindet, das schulpolitische Denken muß bei der gegenwärtigen politischen bzw. kulturellen, religiösen Lage sich darein finden, daß in der öffentlichen Schule der Religionsunterricht einstweilen d. h. auf zunächst unabsehbare Zeit der freien Entscheidung der Eltern anheimgestellt bleibt. Wenn es gut geht, wird der Staat die Freiheit der Schulorganisation nach dem Prinzip der Gewissenseinigkeit, also freie Konfessionsschulen, aber auch freireligiöse Schulen zugestehen, mit Vorbehalt einer gewissen Staatsaufsicht. Für den in der Oeffentlichkeit bis jetzt fast ausschließlich ins Auge gefaßten erstgenannten Fall wird von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben, daß alle Kinder, welche nicht mehr einen Religionsunterricht besuchen, in einen konfessionslosen (recte religionslosen) Moralunterricht genommen (gezwungen?) werden. In diesem Sinne soll sich schon vor längerer Zeit der preußische Kultusminister geäußert haben (vergl. „Zeit und Schule" 1919, S. 39). In diesem Sinne hat jüngst der Münchener Bezirkslehrerverein bzw. ein unentwegter Rest desselben („Bayer. Kurier" 1919, Nr. 79) sich resolviert. In dieser Richtung läuft eine Verfügung der Münchener Schulbehörde (vergl. „Oberbayer. Schulzeitung" Nr. 15/16). In diesem Sinne arbeitet auch die „Gesellschaft für neue Erziehung". Das Gleiche fordert jetzt ein „Provisorischer Rat bayer. Mittelschullehrer" (vergl. „Münchener Post" 1919, Nr. 100, S. 4). Dieser Forderung liegt die Auffassung zugrunde, daß solche Kinder sonst ohne ethische Belehrung aufwachsen und sittlich verwahrlosen würden. Der bisherige Gesinnungsunterricht in den sog. Gesinnungsfächern scheint also diesen Pädagogen nichts zu bedeuten.

Wie soll man sich stellen zu der Alternative: Pflichtmäßiger Moralunterricht für alle Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, oder Freigabe der Stunden, während welcher für die übrigen Religionsunterricht trifft? Die Frage soll hier nicht rein theoretisch, sondern auch in ihren ganz konkreten Konsequenzen zur Ueberlegung gegeben werden.

Theoretisch wäre die Antwort verhältnismäßig noch einfach, wenn man nur einmal wüßte, was unter der Etikette freireligiöser Moralunterricht geboten werden soll. Sieht man sich die bisherigen einschlägigen Schriften (z. B. von Förster [Jugendlehre,] Horneffer, Georg Schneider, Wolfsdorf, Wille) durch, so findet man, daß es sich durchaus nicht bei allen um bloßen Moralunterricht, sondern bei den meisten auch um einen Weltanschauungsunterricht, bei manchen um einen ganz systematisch angelegten monistischen, entwicklungstheoretisch-atheistischen Weltanschauungsunterricht handelt. Jedenfalls werden die Verantwortlichen hier nicht, wie es in der bayerischen Kultusministerialentschließung vom 10. Januar 1919 (den freireligiösen Unterricht betreffend) geboten ist, „auf Prüfung des Lehrinhaltes" verzichten können, müssen vielmehr ganz entschieden sich denselben genau ansehen. Stellt sich heraus, daß das Angebotene nicht bloß sittliche Unterweisung ist, sondern direkter oder indirekter, etwa geschichtlich referierender Weltanschauungsunterricht, also Stellungnahme zu religiösen Fragen in positivem oder negativem Sinne, so schließt das Grundgesetz der Gewissensfreiheit unter allen Umständen jeglichen Zwang zum Besuch eines solchen Unterrichtes aus. Mir scheint aber auch ein reiner Moralunterricht, der ja doch die Gewissen beeinflussen will, mit der „Gewissensfreiheit" in Beziehung zu stehen. In den älteren Verfassungen, so auch in der bayerischen, war dieser Begriff freilich wesentlich im religiösen Sinn verstanden, nämlich im Sinne von Freiheit der religiösen Ueberzeugung und privater Betätigung derselben, sowie Freiheit von Zwang zu Betätigungen, die mit jener Ueberzeugung unvereinbar sind. Aber wenn man an die neuesten Errungenschaften der modernen Ethik im Gebiete der Familienmoral (Verhältnis der Kinder zu den Eltern), wie sie etwa in der freideutschen und sozialistischen Jugendbewegung propagiert werden, im Gebiet der sexuellen Moral, der Eigentumsmoral denkt, dann wird man im Namen der Gewissensfreiheit auch die Forderung stellen dürfen, daß der Geist der Schulerziehung mit dem der Familie nicht in Widerspruch liegen darf. Ich bin mir, wenn ich das sage, durchaus klar, daß hiervon sofort auch der Gesinnungsunterricht betroffen wird, und daß dies letzlich zur Forderung der Gewissenseinigkeit (Konfessionalität) fast des ganzen Schulunterrichtes führt. Aber jedenfalls liegt die Sache offen bezüglich eines eigentlichen und reinen Moralunterrichtes. So wird man sagen müssen, ein Zwang zum Besuch eines Moralunterrichtes kann nicht gesetzlich werden, wo immer das Prinzip der Gewissensfreiheit hochgehalten werden will. Dessen Besuch muß ebenso der freien Entscheidung der Eltern anheimgegeben werden wie der Besuch des Religionsunterrichtes.

Wie wird sich die eingangs gestellte Alternative praktisch auswirken? Lassen wir den Fall unberücksichtigt, daß nur eine verschwindende Minderzahl von religionsbefreiten Kindern (die Abbreviatur sei gestattet) in Betracht kommt und nehmen wir einmal an, es steigt die Zahl solcher Kinder in einer Klasse an bis zur Hälfte oder auch nur zu einem Drittel der Gesamtzahl. Es besteht kein Zwang zum Besuche eines freireligiösen Moralunterrichtes. Wohin mit diesen Kindern, wenn der Religionsunterricht auf eine innere Schulstunde fällt, nicht auf eine Anfangs- oder Schlußstunde? Ich besorge, man wird sehr geneigt sein, den Religionsunterricht auf äußere Stunden zu verlegen. Das bringt in Großstädten kaum zu bewältigende Schwierigkeiten mit sich bezüglich der Besetzung der Stunden mit Katecheten, auch wenn man da und dort Klassen zusammenlegen kann; denn die Berufskatecheten waren bisher, wo nur Katechismusunterricht durch sie zu erteilen war, häufig den ganzen Tag, d. h. durch alle Schulstunden tätig. Aber noch bedenklicher erscheint mir eine andere Folge zu sein. Kinder sind Kinder, noch nicht reife Menschen, sie werden von Ideen gewiß rasch begeistert, aber noch nicht so nachhaltig, daß sie lange Zeit hindurch dafür Opfer zu bringen vermögen; jedenfalls gilt dies für den Durchschnitt. Sie müssen nun wöchentlich wenigstens zweimal, wenn der Bibelunterricht im gleichen Umfang wie bisher festgehalten wird, sogar viermal eine Stunde früher kommen oder eine Stunde länger bleiben als die religionsfreien. Das wird in Familien, die religiös nicht fest sind und schwach gegen schwache, wankelmütige Kinder, sicherlich zu immer weiteren Absplitterungen führen, insbesondere wenn es bei der pädagogisch einfach unerhörten Praxis bleibt, daß bezüglich des Religionsunterrichts gestattet sein soll, was für kein anderes fakultatives Gebiet je zugestanden wurde, daß nämlich einfache Abmeldung zu jeder Zeit des Schuljahres erlaubt sein soll. Man entgegne nicht: Das ist ein gesunder Läuterungsprozeß. Jedenfalls Kinder dürfen wir nicht mit dem bekannten Wort von den dürren Aesten leichthin ziehen lassen. Aber auch bezüglich der Erwachsenen muß uns das Heilandswort vom glimmenden Docht zur Bedachtsamkeit mahnen. Die hiermit angedeuteten Schwierigkeiten entfallen, wenn die religionsbefreiten Kinder gleichzeitig in einen Ersatzunterricht genommen werden. Das könnte dann natürlich nach dem vorher Ausgeführten höchstens ein wirklicher Moralunterricht sein, über dessen Inhalt die Schulbehörde bzw. die dieser Neuorganisation zustimmende Volksvertretung durchaus sich gewisse Sicherungen verschaffen müßte. Daß hiermit alle Bedenken ausgeräumt wären, behaupte ich nun freilich keineswegs. Religiöse bzw. weltanschauliche Neutralität in einem erziehlichen Unterricht, gar in einem etwas tiefer gehenden Gesinnungs- und Sittenunterricht ist so schwer, ist fast — ist wohl ganz unmöglich. „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich", ich fürchte, dieses Wort des Herrn gilt auch für dieses Gebiet. Die Tieferen auf der Gegenseite gestehen dies ganz unumwunden zu. Ernst Horneffer hat es längst mit wünschenswerter Deutlichkeit bekannt: „Nur aus der Schätzung und Wertung des gesamten Lebens, nur aus einem unerschütterlichen Glauben an den Sinn und die Bedeutung des Daseins kann der Wille seine Kraft schöpfen, unter den stärksten Anstürmen des Schicksals und der Versuchungen auszuharren und standzuhalten in der Bewährung des Ideals. Auch in diesem Punkte muß ich den reformatorischen Eiferern der jüngeren Zeit widersprechen, daß Sittlichkeit völlig losgelöst von der Religion bestehen könne, daß auch ohne das Fundament einer gefestigten Weltanschauung die Sittlichkeit lediglich aus sich selbst den Menschen beherrschen und zur Erfüllung aller seiner Aufgaben bestimmen könnte." (Konfessionsloser Moralunterricht der freireligiösen Gemeinde in München. Leipzig, Verlag: Die Tat, 1918, S. 21.) F. W. Försters Bekenntnisse dieser Art in fast all seinen Schriften von der „Jugendlehre" an sind bekannt.

Ein befreiender Ausweg aus diesem Für und Wider scheint mir, ich komme nicht darüber weg, nur die wirklich gewissensfreie, auf dem Prinzip der Gewissenseinigkeit gegründete Freischule an Stelle der Staatszwangsschule zu sein.



Der Boykott der deutschen Missionsgesellschaften durch die Entente.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Das schwere Los, das die blühenden deutschen Missionen beider Konfessionen in unseren überseeischen Besitzungen während des unseligen Weltkrieges getroffen, hat sich von Tag zu Tag verschlimmert. In fast allen deutschen Schutzgebieten mußten unsere Missionäre bald nach der „Eroberung" des Landes durch unsere übermächtigen Feinde ihre Stationen verlassen, um in Gefangenenlager konzentriert, im günstigsten Falle über England oder Frankreich in die Heimat abtransportiert zu werden. Es sei nur erinnert an die Steyler und Bremer (norddeutsche M. G.) in Togo, die Pallottiner und Baseler in Kamerun, die Sittarder und die Väter vom hl. Geist in Neu-Kamerun, die Benediktiner von St. Ottilien, manche der Väter vom hl. Geist und der Weißen Väter in Ostafrika, die Hiltruper Missionäre vom hl. Herzen Jesu auf den Marschallinseln, die rheinisch-westfälischen Kapuziner und die Liebenzeller auf den Karolinen und Marianen (seit 1916) usw. Die einst blühenden Stationen sind großenteils verwaist, soweit nicht französische Glaubensboten (wie in Togo, Kamerun, Ostafrika) oder Missionäre aus neutralen Ländern das Erbe antraten, die sich bildenden Gemeinden ohne Hirten zerstreut, die Außenstationen, viele Schulen und Waisenhäuser geschlossen, zum Teil sogar der Plünderung durch unsere Feinde zum Opfer gefallen (wie bei den Pallottinern in Kamerun). Das Missionswerk, einst reich an berechtigten Hoffnungen, gleicht heute traurigen Ruinen. Zeigten auch viele eingeborene Christen große Anhänglichkeit und Treue an ihre vertriebenen deutschen Väter, so lebte doch auch der Fetischdienst in verschiedenen Bezirken wieder auf, begann vor allem der Islam eine bedrohliche Werbetätigkeit (wie in Fumban, wo der König Ndschoja zum Islam übertrat und die kleine Christenschar hat bedrängte).

Ahmednagar, Sihdi Bishr, Golkonda[1]) und andere Konzentrationslager sind nur allzuberedte Zeugen der entbehrungsreichen Internierung unserer Missionäre.

In nur wenigen einst deutschen Missionsgebieten durften die deutschen Glaubensboten auch seit der feindlichen Okkupation ihre Arbeit weiterführen, so die Oblaten vom hl. Franz v. Sales und von der unbefleckten Jungfrau wie die Barmer (rheinischen) Missionäre in Südwestafrika (seit Uebergabe unserer Kolonie Sommer 1915), die Steyler, die rheinischen und Neudettelsauer in Neuguinea, die Maristen auf den Nordsalomonen und Samoa, die Hiltruper in Neupommern, die Steyler und Berliner in Tsingtau und Kiautschou. In stillem bescheidenem Wirken haben sie den dortigen Eingeborenen ihre Dienste geweiht, ohne der besetzenden Macht Schwierigkeiten zu bereiten.

All die blühenden Stationen, all der Erfolg jahrzehntelanger mühsamer Arbeit, all die zum größten Teil mit deutschem Gelde dort geschaffenen Missionsbauten (Kirchen, Schulen, Waisenhäuser mit ihren wirtschaftlichen Unternehmungen) sollen nun unseren Missionsgesellschaften verloren gehen.

Der 4. Teil des Friedensvertrages[2]) (Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands) bestimmt in Art. 118: „Außerhalb seiner europäischen Grenzen, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt werden, verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Titel oder jedwede Privilegien über oder in Bezug auf alle Gebiete, die ihm oder seinen Verbündeten gehörten und auf alle wie auch immer gearteten Rechte, Titel oder Privilegien, die ihm gegenüber den verbündeten und associierten Mächten zustanden.

Deutschland verpflichtet sich, die Maßnahmen, welche von den verbündeten und associierten Handelsmächten, wenn nötig im Benehmen mit dritten Mächten, jetzt oder in Zukunft zum Zwecke der Regelung der Folgen der vorausgehenden Bestimmung getroffen sind oder werden, sofort anzuerkennen und anzunehmen.

Insbesondere erklärt Deutschland die Annahme der Bestimmungen der folgenden Artikel, die sich auf bestimmte einzelne Gegenstände beziehen:

1. Abschnitt, Deutsche Kolonien, Art. 119: Deutschland verzichtet zugunsten der verbündeten und associierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Titel in bezug auf seine überseeischen Besitzungen.

Art. 120. Alles bewegliche und unbewegliche Eigentum des Deutschen Reiches oder irgendeines deutschen Staates in diesen Gebieten geht unter den in Art. 257 des Teiles IX (finanzielle Klauseln) des gegenwärtigen Vertrages festgesetzten Bedingungen auf die Regierung über, die die Verwaltung in diesen Gebieten ausübt. Wenn Meinungsverschiedenheiten über die Natur dieser Rechte entstehen, so entscheiden darüber die örtlichen Gerichte endgültig.

Art. 122. Die Regierung, die die Verwaltung in diesen Gebieten ausübt, kann die ihr notwendig scheinenden Verfügungen treffen hinsichtlich der Heimschaffung der dort befindlichen deutschen Staatsangehörigen und der Bedingungen, unter denen die deutschen Staatsangehörigen europäischer Abstammung dort sich niederlassen, Eigentum erwerben, Handel treiben oder ein Gewerbe ausüben dürfen oder nicht."

Mit der Annahme dieser Bedingungen würden die deutschen Missionsgesellschaften nicht bloß des größten Teiles ihres Arbeitsfeldes beraubt, würden sie gewaltige finanzielle Verluste erleiden noch dazu zu einer Zeit, in der ihre heimatlichen Besitzungen infolge der Entwertung des deutschen Geldes im Auslande bei der finanziellen Erschütterung des Reiches und der drohenden Trennung von Staat und Kirche mit großen Sorgen belastet sind.

Doch nicht genug der Vergewaltigung! Auch aus nichtdeutschen, britischen und französischen Kolonialgebieten wurden die deutschen Missionäre vielfach ausgewiesen, wie die Sudan-Pionier-Missionäre, die Marianhiller aus Natal, die Steyler aus Mozambik, die Jesuiten aus Bombay-Poona, die Milhiller aus Madras, die Salvatorianer aus Assam, die Tiroler Kapuziner aus Bettiah-Nepal, die Baseler von der Goldküste, die Leipziger aus brit. Ostafrika usw.

In anderen Gebieten hingegen konnten sie ihre Arbeiten, wenn auch unter Kontrolle usw. fortführen, so die Jesuiten in Rhodesia, die Serviten in Swasiland, die deutschen Mitglieder der Väter vom hl. Geiste in Westafrika, die Milhiller auf brit. Borneo, die Berliner, Baseler und Barmer in Südchina, die Steyler im südlichen, die sächsischen Franziskaner im nördlichen Schantung, die Dominikaner in Fukien, die Jesuiten in Tokio, die Steyler in Njigata, die thüringischen Franziskaner auf Hokkaido, die Weimarer evang. prot. Missionäre in Japan, die Benediktiner in Korea, die Steyler auf den Philippinen, die Pallottiner in Australien, die Oblaten und Steyler in Nordamerika u. a.

Doch auch diese Vergünstigung soll nunmehr endgültig entzogen werden. Nachdem die Steyler — erst nach Abschluß des Waffenstillstandes — aus den Philippinen und aus China ausgewiesen wurden, verlangt der 15. Teil (Verschiedene Bestimmungen [Klauseln]) der Friedensbedingungen[3]) in Art. 438:

„Die alliierten und associierten Mächte kommen überein, daß, wo christliche religiöse Missionen von deutschen Gesellschaften oder Personen in Gebieten unterhalten werden, die, gemäß dem gegenwärtigen Vertrage, ihnen gehören oder ihrer Regierung anvertraut sind, das Eigentum dieser Missionen oder Missionsgesellschaften einschließlich des Eigentums der Handelsgesellschaften, deren Gewinn zum Unterhalt der Missionen bestimmt ist, ihre Bestimmung als Missionen beibehalten sollen. Um die richtige Ausführung dieser Bestimmung zu gewährleisten, werden die alliierten und associierten Regierungen das genannte Eigentum Verwaltungsbehörden überweisen, welche von den Regierungen ernannt oder anerkannt werden und sich aus Personen zusammensetzen, welche der christlichen Religion angehören. Diese Verwaltungsräte werden damit beauftragt, darüber zu wachen, daß das Eigentum dauernd seine Missionsbestimmung beibehält.

Diese Verpflichtungen, welche in der gegenwärtigen Verfügung durch die alliierten und associierten Regierungen getroffen wurden, werden in keiner Weise das Kontrollrecht oder die Autorität der genannten Regierungen gegenüber den Personen berühren, von denen diese Missionen geleitet werden.

Indem Deutschland von den obenstehenden Bestimmungen Kenntnis nimmt, erklärt es alle bisherigen und künftigen Maßnahmen der verbündeten und vereinigten Regierungen für die Weiterführung des Werkes der genannten Missionen oder Handelsgesellchaften zu billigen und enthält sich aller Beschwerden zu ihren Gunsten."

Gegen diese Vergewaltigung der deutschen Missionsgesellschaften erhebt die deutsche Christenheit auch im Namen der christlichen wie nichtchristlichen Eingeborenen feierlichen Einspruch nicht bloß als unvereinbar mit dem Rechtsfrieden, den wir auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte erwarten konnten, vor allem vom Gesichtspunkte der internationalen Abmachungen und des übervölkischen Charakters der christlichen Weltmission, wie der christlichen Zivilisation überhaupt. In der Entscheidungsstunde der Weltmission kann diese der Mitarbeit von Missionsgesellschaften, hinter denen 50 Millionen evangelischer und 25 Millionen katholischer Christen stehen, unmöglich entbehren. In einer Zeit, in der einerseits China und Japan ihre nationalen Kulte staatlich aufs neue wieder zu beleben und zu stärken versuchen, eine japanische Verordnung seit 1915 für Korea die Religion aus der Schule ver-

[1]) Vgl. A. Oepke, Ahmednagar und Golkonda. Ein Beitrag zur Erörterung der Missionsprobleme des Weltkrieges. Leipzig 1918.

[2]) Die Friedensbedingungen der alliierten und associierten Regierungen mit Einleitung, Antrag und Sachregister, Berlin 1919, S. 277 f.

[3]) Die Friedensbedingungen a. a. O. S. 237 f.

bannt, die Missionspropaganda unter scharfe Kontrolle stellt, der Islam gewaltige Fortschritte anstrebt, die Independentenbewegung in Südindien und anderwärts weite Kreise zieht, anderseits aus Westafrika von den Lyoner, aus dem Kongo und der Mongolei von den Scheutvelder Missionären, aus Peking von den Lazaristen, aus Indien von protestantischen Glaubenspredigern eine mächtige Bewegung zum Christentum gemeldet wird, bleibt dieser Boykott der deutschen Missionsgesellschaften vom allgemein christlichen Standpunkt aus um so bedauerlicher, als sich die feindlichen Missionsgesellschaften und -Ausschüsse mit der Vergewaltigung ihrer deutschen Amtsbrüder ruhig abfinden. Wo bleibt da das allgemein christliche Rechtsempfinden, die Anerkennung des Herrenwortes an seine Glaubensboten aus allen Nationen: „Gehet hinaus in alle Welt . . .“

In erfreulicher Weise ist die deutsche Gegennote über die Missionen vom Geiste wahrster Versöhnlichkeit und Wertschätzung christlicher Missionsarbeit überhaupt, aber auch vom Gedanken berechtigter wirkungsvoller Ablehnung einer unerhörten Vergewaltigung beseelt. Sie lautet:

„Seit mehr als zweihundert Jahren haben deutsche Missionare beider christlichen Konfessionen in allen Erdteilen sich der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung der Bevölkerung gewidmet. Ihre Tätigkeit ist mit reicherem Erfolg gekrönt worden, als sie sich auf ihre erzieherische Aufgabe beschränkten und so, neben dem Vertrauen der Regierungen, die Dankbarkeit der Bevölkerung ihrer Arbeitsgebiete erworben haben. Diese vielversprechende Entwicklung will man jäh abbrechen. In der Tat, wenn der Artikel 438 zur Ausführung gelangen sollte, so würden die deutschen Missionen aus allen ihren Arbeitsfeldern mit Ausnahme des niederländischen Kolonialreichs gewaltsam verdrängt. Sie würden ihrer wohlerworbenen Rechte beraubt, indem ihnen das Eigentum entzogen würde, das durch Missionsalmosen der heimatlichen Christenheit erworben und ihnen zur Verwaltung anvertraut ist. Die Missionare würden aus ihrer Wirksamkeit gestoßen, für die sie sich besonders vorbereitet und ausgebildet haben.

Aber es steht mehr auf dem Spiel, als das Eigentum und die Berufstätigkeit der deutschen Missionare. Mehr als anderthalb Millionen Taufbewerber und Schüler aller Rassen würden ihre geistigen Führer verlieren und in die Gefahr des Rückfalls geraten. Die Persönlichkeiten, die etwa durch Missionsgesellschaften anderer Nationalitäten als Ersatz in die verwaisten Arbeitsstellen gesandt würden, würden dem Zwecke schon deshalb nicht entsprechen, weil sie der Zahl nach nicht genügen könnten. Ueberdies würden sie weder der Sprache und des Landes kundig sein, noch das Vertrauen der Bevölkerung besitzen. Diese Vorteile werden nur durch eine hingebende, viele Jahre fortgesetzte Arbeit erworben, wie sie die deutschen Missionare geleistet haben.

Der Ausschluß der deutschen Mission würde als letzte Maßregel des Weltkrieges einen besonders gehässigen Charakter haben. In dieser Zeit, die von berufener Seite als die Entscheidungsstunde der Weltmission bezeichnet worden ist, würde das Heer der christlichen Mission einer unentbehrlichen Hilfskraft beraubt, die Christenheit würde in der Erfüllung ihrer hohen Aufgabe behindert und der Aufstieg der Völker gehemmt werden. Vergleicht man den Artikel 438 des Friedensentwurfs mit den Bestimmungen der Kongoakte, die den Schutz und die Freiheit der Missionen gewährleisten, so erkennt man mit Bestürzung, in welchem Grade die Rechtslage der christlichen Mission verschlechtert und das Vertrauen in ihre Tätigkeit vermindert wird, wenn man aus politischen Gründen ihren supranationalen Charakter antastet. Auf dem hier eingeschlagenen Wege würde man nicht nur die deutsche, sondern die christliche Mission überhaupt in eine Abhängigkeit von der politischen Macht bringen, die ihrem Wesen und ihren Methoden widerspricht.

Die Missionen der Völker, die von den alliierten und associierten Regierungen vertreten werden, haben, wie die deutsche Delegation gern anerkennt, Hervorragendes und Vorbildliches geleistet. Die deutsche Delegation vermag daher nicht zu glauben, daß diese Regierungen sich der depravierenden Folgen bewußt sind, die der Artikel 438 nach sich ziehen müßte. Jedenfalls findet die deutsche Regierung die Zumutung, den Artikel ihrerseits anzunehmen, mit ihrer Würde nicht vereinbar. Wenn sie ihm zustimmte, käme sie in Widerstreit zu den freiheitlichen Grundsätzen, mit deren Wahrung sie das deutsche Volk beauftragt hat. Sie würde aber auch die heiligsten Ueberzeugungen aller christlichen Volkskreise empfindlich kränken.

In dem Friedensentwurf gibt es eine Anzahl Bedingungen, die den Eindruck machen könnten, als seien sie dazu bestimmt, die Wiederaussöhnung der Völker viel mehr zu verhindern als anzubahnen. Zu diesen gehört der Artikel 438, dessen unheilvolle Folgen noch viele Jahre zu spüren sein würden. Um dies zu verhüten, empfiehlt die deutsche Delegation, einen gemischten Ausschuß von Sachverständigen einzusetzen, der den Auftrag hätte, mündlich zu erörtern, in welcher Weise die Wirkungen des Weltkrieges auf die christliche Mission am zweckmäßigsten geregelt würden.“

Die bestimmte Bitte und Erwartung der deutschen Katholiken, durch Vermittlung des Apostolischen Stuhles, der ja durch die Propaganda die Verteilung der einzelnen Missionsfelder als ureigenstes Recht sich stets vorbehalten, eine Milderung der Friedensbestimmungen zu erwirken, darf vielleicht auf Erfüllung hoffen; nach Blättermeldungen ist der Substitut des Kardinal-Staatssekretärs, Msgr. Ceretti, in dieser Angelegenheit nach Paris abgereist. Möchten auch die Vorstellungen der evangelischen deutschen Christenheit bei dem die Edinburger Weltmissionskonferenz fortsetzenden Komitee von Erfolg sein zur Beeinflussung der angelsächsisch-amerikanischen Staatsmänner.

Die Deutschen Westungarns.

Von Stephan Eisenstadt, Kismarton (Ungarn).

Einer der wenigen Lichtblicke in der tieftraurigen Waffenstillstandszeit war das Wiedererwachen deutschen Selbstbewußtseins in Ungarn. Kaum hätte jemand mehr gehofft, daß es viele Germanen im Lande gäbe, die sich noch als solche fühlten. Jedes Jahr fielen eine große Anzahl Abtrünniger ab, änderten sogar gegen Erlag von einer Krone den alten Familiennamen und legten hilfreiche Hand an, wenn es galt, die Stammesgenossen zu bedrücken. Außer in Siebenbürgen gab es nirgends mehr deutsche Schulen, während sich Serben und Rumänen einer verhältnismäßig noch erheblichen Anzahl von Lehranstalten erfreuen konnten. Die Knebelung der Deutschen trieb oft köstliche Blüten. So bat zum Beispiel ein Bauer, Briefe an ihn nicht mit Johann Mayer, sondern mit „Mayer János“ zu adressieren, da ihm sonst die Post die Briefe nicht zustelle, mit der Begründung, es gäbe im Orte niemanden, der den Familiennamen Johann und den Taufnamen Mayer trage. Die Ungarn setzen den Taufnamen nach.

Seit dem Ausbruche der Revolution rührten sich die ungarischen Deutschen selbst in solchen abgelegenen Winkeln, in denen man kaum mehr einen sich zum Germanentum bekennenden Mann vermutet hätte. Leider bilden nur die westungarischen Deutschen eine geschlossene Masse, in der nur wenige kroatische Ansiedlungen eingesprengt sind. Der nördlichste Punkt dieses Gebietes ist die Stadt Preßburg, die aber den Tschechen von der Entente entgegen den Grundsätzen der Selbstbestimmung zugesprochen wurde.

Die Deutschen Westungarns gliedern sich in die Stämme der Heanzen und Heidbauern. Die ersteren bewohnen die Bezirke Oedenburg, Eisenstadt, Eisenburg, Güns, St. Gotthard und Riedling und zählen fast eine Viertelmillion Seelen, die ihr Ländchen auch die Heanzerei zu nennen pflegen, welche schon in uralten Zeiten dicht besiedelt war, was aufgefundene Kulturstätten beweisen. Bei Oedenburg auf dem Burgstall-Berge deckte man eine der größten Ansiedlungen aus der sogenannten Hallstätter Zeitepoche auf. Wenige Jahrzehnte vor Christi drangen die Römer ein, fünf Jahrhunderte später die Hunnen, die aber nach wenigen Jahren den Ostgoten weichen mußten, worauf hundert Jahre später die Longobarden erschienen, aber schon im Jahre 568 von den Avaren verdrängt wurden. Als diese Ende des achten Jahrhunderts von den Franken besiegt wurden, begann eine neue Aera für das Land, das nun samt dem Gebiete des heutigen Niederösterreichs zur Ostmark wurde. Karl der Große verpflanzte zahlreiche Familien aus Franken und Bayern hierher, die in dem reichen Lande bald zu Wohlstand gelangten. Alte Urkunden haben uns so manchen Namen der damaligen deutschen Kulturträger erhalten, darunter Wellehelm, Erimbert, Albgar, Deotpald, Gunther, Amalrich, Odolrich, Megingoz, Arfried, Helmwin, Berchtold u. a. Zu den ältesten Ortschaften zählen Oedenburg, Güns, Kobersdorf, Pinkafeld, Gaas, deren alte Namen Odinburch, Guntio, Kumpoldesdorf, Peinikaha und Kais lauteten. In den letzten Jahrzehnten war es nicht gestattet, die deutschen Namen zu gebrauchen, und die gebildeten Deutschen selbst benützen sie nicht einmal mehr untereinander, ja nach und nach gewöhnten sich selbst die Deutschen Oesterreichs nur mehr von Sopron, Köszeg, Kismarton, d. i. Oedenburg, Güns, Eisenstadt, zu sprechen.

Die Herrschaft der Franken machte sich in ihren Nachwirkungen bis auf die Gegenwart bemerkbar, z. B. in der Art der Pflege der obsttragenden Sträucher und Bäume, die noch nach uralten Gesetzen behandelt werden.

Als die Ungarn ins Land einbrachen, zogen sich die Heanzen aus den Ebenen ins Bergland zurück, das sowohl die berittenen Scharen der asiatischen Horden mieden, als auch die öfter in Ungarn einrückenden kaiserlichen Heere. Aus dem benachbarten Deutschen Reiche blieben Einwanderer nie aus und vor allem kamen solche zu Anfang des elften und Mitte des zwölften Jahrhunderts während der Regierungszeit der Könige Stephan und Geysa und unter Béla ins Land, als die Mongolen im Jahre 1241 das Reich arg verwüstet hatten. Der gewaltige Zustrom von Deutschen in der Zeit von 1740 bis 1790 unter der Regierung Maria Theresias und Josephs II. richtete sich fast gänzlich nach Südostungarn. Während des Zeitraumes von 1074 bis 1655 gehorchten die Lande sechsmal der Oberherrschaft Niederösterreichs und Steiermarks. Die Türkennot schlug der Heimat unserer Heanzen wohl schwere Wunden, aber als echte Deutsche hielten sie durch bis auf unsere Tage, die ihnen nach tausendjährigem schweren Druck ein Wiedererwachen in geistiger Beziehung bringen dürfte. Materiell waren sie

nie schlecht gestellt; der fette Boden und das milde Klima gestatteten reiche Ernten. Seit den Einfällen der Osmanen, die sich namentlich an den Mauern von Güns derart die Schädel einrannten, daß sie die geplante Belagerung Wiens aufgaben, hatten die Heanzen an Feinden nur im Jahre 1809 die Franzosen im Lande gesehen und 1849 rauften dort ein wenig Bruder Ungar und Schwoob.[1]) Bei Sankt Gotthard ward 1664 jener berühmte Sieg über die Osmanen erfochten, an den das Gebet des schneidigen Generals Spork erinnert: „Herr, wenn du uns Christen nicht helfen willst, so hilf wenigstens den Türkenhunden nicht und du sollst deine Freud' haben."

Ueber die Herkunft des Namens Heanzen sind die Ansichten der Historiker geteilt. Die einen glauben, daß er nach dem mächtigen Grafen Heinrich (Heinz) von Güssing so lautet, der lange Zeit die Gegend beherrschte, oder nach Henzo dem Herrn von Schladming, nach welchem der Bezirk Henconia geheißen haben soll. Geschichtsforscher Schwicker meint, daß der Name von Kaiser Heinrich III. stammt, der von 1042—1045 dreimal gegen die Ungarn kämpfte. Andere wieder versichern, Heanz mahne an „jetzt", das hier hiazat oder hiaz heißt. Es existiert eine scherzhafte Sage, daß die aufgebotenen Landstürmler des Kreises Oedenburg und Eisenburg ihren Abmarsch zur Schlacht von St. Gotthard absichtlich verzögerten und erst als die Sache schon glücklich verlaufen war, ankamen und ihr Anführer meldete „hianz sei me do".

Hinz soll angeblich im Mittelalter „Grenzbewohner" bedeutet haben, aber Johannes Ebenspanger will beweisen, daß „Hanse", als damalige Bezeichnung für ein Trutz- und Schutzbündnis, mit Heanz zu vergleichen sei, da die Bewohner gezwungen waren, zur gegenseitigen Unterstützung einen Bund zu schließen. Bei der Aufnahme in eine solche Vereinigung wurden die Neuaufgenommenen bei fröhlichem Gelage gehänselt, also gehanzt, weshalb solche Neulinge Hanser, Hänzer oder Hinzer hießen. In einem Nestroyschen Stücke kommt der Ausdruck aushienzen vor in der Bedeutung necken, verspotten. Heinz heißt auch der Aufzug in Bergwerken und Heinzlbank eine Vorrichtung für den Böttcher, ebenso werden Waldbienen Heinzen genannt, endlich wären noch die Heinzlmännchen zu nennen. Am richtigsten dürfte die Ableitung von dem erwähnten Henzo von Güssing sein, der Westungarn Mitte des dreizehnten Jahrhunderts fast wie ein souveräner Herrscher regierte und auch die Stadt Güns gründete; da mag man alle seine Untertanen Henzos, d. h. Heinzens Leute genannt haben. Die Umwohner von Güns nennt man scherzweise Pummheanzen und sie sollen die unverfälschten wahren Heanzen sein. Zwischen Oedenburg und dem Neusiedler See sitzen die Spiegelheanzen, weil sie angeblich die Aermel anstatt des Sacktuches gebrauchen, wovon das Kleidungsstück einen verdächtigen Glanz erhält. In der Umgebung des Pinkaflusses findet man die Geduldheanzen, die angeblich gute Kerle sein sollen, dagegen die kotzengroben St. Gottharder und Güssinger als Kotzenheanzen bekannt sind. Westlich von Oedenburg hausen die Repetierheanzen, weil sie während des Sprechens akzentuierte Worte gern wiederholen.

Die Heanzen haben manchen berühmten Mann hervorgebracht, darunter den Komponisten Josef Haydn, der an der Grenze im niederösterreichischen Dorfe Rohrau zur Welt kam und im heanzischen Eisenstadt als Hofmusiker des Fürsten Eszterházy einen großen Teil seines Lebens verbrachte und auch dort begraben ist. Franz Liszt, der weltbekannte Komponist, stammt aus dem Dorfe Raiding bei Oedenburg. Der Historien- und Porträtmaler Heinrich von Angeli aus Oedenburg durfte den Kaiser Wilhelm und die Königin Viktoria von England abkonterfeien. Die medizinische Koryphäe Josef Hyrtl wurde 1811 Am Berg, einer Nachbargemeinde von Eisenstadt, geboren und gilt als der bedeutendste deutsche Anatom. Die Autoren Wilhelm Fischer und Leopold Petz, der Maler Dorfmeister, der Naturforscher Kitaibel, der Jurist Paul Hoffmann, die Prediger Johann Michael Schwarz und Weinhofer sind Heanzen. Der tapfere Feldzeugmeister Benedek, der durch sein Schlachtenunglück bei Königgrätz zu trauriger Berühmtheit gelangte, ist ein Oedenburger Kind. Im dortigen Museum werden auch seine 1866 an seine Frau gesendeten, seine verzweifelte Stimmung widerspiegelnden Feldpostbriefe verwahrt.

Die Heanzen geben einen derben Menschenschlag ab, der sich durch körperliche Vorzüge gerade nicht auszeichnet, was man am meisten an den Frauen beobachten kann. Blonder und brünetter Typus dürften sich bei den Heanzen die Wage halten. Die Frauen arbeiten schwer und altern rasch. Die Männer huldigen viel zu eifrig dem Weingenusse, den leider auch die Frauen nicht verschmähen. Während des Krieges hörte man immer wieder den Trost: „Ein Glück noch, daß wir genug Wein haben," doch fehlte es den Bauern an nichts; die Grenzbewohner wurden zu waghalsigen Schmugglern, um ihre Lebensmittel in Wien im Schleichhandel zu verwerten. Eine gute Eigenschaft hatten sie aber doch, sie pantschten die Milch nicht und verfälschten nicht die Lebensmittel. In Oedenburg waren die Auslagefenster der Wursthändler stets gespickt voll, wie es überhaupt in Ungarn keinen Mangel, wohl aber grenzenlose Teuerung gab und der Handel in Judenhänden vereinigt ist.

(**Schluß** folgt.)

[1]) Spottende Bezeichnung für den Deutschen in Ungarn.

Vom Büchertisch.

Heinrich Federers sechs letzten Herderbändchen: Der Fürchtemacher, Das Wunder in Holzschuhen, Patria!, Eine Nacht in den Abruzzen, In Franzens Poetenstube, Gebt mir meine Wildnis wieder!, hat der Verlag eine neue vornehme Aufmachung zuteil werden lassen, indem er die schmuck in Leinwand gebundenen Büchelchen einem starken Kartonkasten mit dem Bildnis des Verfassers (Plakette) einordnete — gewiß für viele eine gern zu Geschenkzwecken auszuwertende willkommene Gabe. E. M. Hamann.

M. Herbert. Skizze von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken. Druck und Verlag von Joseph Habbel in Regensburg. Preis 20 Pf. In der Einleitung sagt die Verfasserin, über M. Herbert schreiben, sei schwer, weil man mit dieser Reichbegnadeten wenigstens in etwa wesensverwandt sein müßte, um sie einigermaßen zureichend würdigen zu können. Nachdem aber bei der Verfasserin diese Voraussetzung nicht nur „in etwa" vorliegt, sondern in einem Maße, die sie befähigte, den künstlerischen Entwicklungsgang der Dichterin als persönliche Freundin miterleben, so wird man dieser Führerin um so williger und mit um so größerem geistigen Gewinn folgen. Auch die zahlreichen Mitglieder der Herbert-Gemeinde, denen die Skizze rückerinnernd die Schönheit und Größe der Herbertschen Dichtungen erneut zum Bewußtsein und Genuß und vielleicht zu tieferem Verstehen bringt. Namentlich aber die vielen, noch allzuvielen, welchen durch diese eindringliche, überzeugende Würdigung des Lebensganges und des Gesamtschaffens M. Herberts der Eintritt in ihre Gemeinde vermittelt werden soll. Ihnen allen sei das Schriftchen empfohlen; denn M. Herbert hat uns so vieles geschenkt, ja, sie hat uns mehr gegeben, als die meisten wissen und ahnen. Dieser Feststellung der Verfasserin mögen die deutschen Katholiken tatbereit eingedenk sein, wenn sie der Dichterin zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 20. Juni ihre Glückwünsche darbringen. Dr. L. Ernst.

Oskar Döring: Das Tagebuch des Königs. Universal-Verlag München. geb 8.20 M. — Der „König" ist Ludwig II. von Bayern, in dessen Seele und ganzes inneres Leben der Verfasser sich, selbstverständlich gestützt auf geschichtliche und biographische Tatsächlichkeit, mit feinster psychologischer Kunst versenkte. Warum das Buch, das nun innerhalb sehr kurzer Zeit die 12. Auflage erreichte, von der Presse-Zensur während des Krieges beschlagnahmt wurde, ist schwer verständlich, denn es zeugt ganz und gar von edlem Takt umsichtiger Zurückhaltung. Kein Wunder wahrlich, daß gerade jetzt Tausende von Händen verlangend darnach greifen, spricht doch aus der Darstellung ein echter Versteher, ein zartsinniger Dichter und Menschenliebhaber, ein Lebenskenner und darum Lebenbejaher, dem es vorbehalten war, in die letzten Tiefen eines hochbegabten, aber kranken und durch ungezählte Vorbedingungen mählich einem erschütternden Schicksal ausgelieferten Geistes zu dringen. Die Widmung: „In Verehrung für ihn geschrieben, seinem Gedächtnis geweiht!" gibt dem Buche von vornherein jenen schwingenden Ton, den es bis ans Ende festzuhalten weiß und dem kein Mitfühlender wird widerstehen mögen. E. M. Hamann.

Meine Werke dem König. Opera mea Regi. Ps. 44. Betrachtungspunkte zur Heiligung des Tagewerkes im Schimmer des ewigen Lichtes. I. Band. Tag um Tag. In Verbindung mit einer Anzahl Welt- und Ordensgeistlichen herausgegeben von Oskar Gageur. 12 Hefte. Preis des Einzelheftes 30 Pf. mit übl. Teuerungszuschlag. In eleg. Karton 5.50 M. Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger, Mergentheim. Durch die Herausgabe dieses trefflichen Werkes hat Gageur, Stadtpfarrer in Mergentheim, eine Lücke in der aszetischen Literatur ausgefüllt. Schon längst vermißte man ein Betrachtungsbuch, das in übersichtlicher Anordnung kernige Betrachtungspunkte mit kurzen Erläuterungen herausstellt. Der vorliegende erste Band besteht aus 12 Einzelheften mit je etwa 30/40 Seiten. Für die einzelnen Wochentage finden sich 4—5 Seiten Betrachtungsstoff in jedem Heft. Die Wahl der Themata steht in engster Beziehung zu den Forderungen und Bedürfnissen des religiös-sittlichen Lebens der Gegenwart. Die einzelnen Abschnitte des Werkes behandeln folgende Stoffe: Beten und Arbeiten — Du und die anderen — Wind und Wetter — Ruhen und Rasten — Freud und Leid. Durch ihr bequemes Format eignen sich die Hefte gut zum Einlegen ins Gebetbuch. Auf Filialgängen, Reisen, Spaziergängen geben sie manche Anregung. Für Geistliche empfehlen sich die Hefte als kurze Predigtskizzen, zum Verschenken bei bestimmten Anlässen und zu bestimmten Zwecken: z. B. als „Besuchungsbüchlein" Heft 1, für zarte Gemüter Heft 7 und 8, für die Ferien- und Reisezeit Heft 9 und 10, für Trauerfälle Heft 12. Heft 2 redet in prächtiger Weise vom Gebetsleben. Heft 3 und 4 stellen die Berufsarbeit in das Licht der Ewigkeit, Heft 6 singt das Hohelied der duldenden Liebe, Heft 11 das der Freude. Heft 5 und 10 mögen den Jüngling oder die Jungfrau auf dem Gang in die Fremde begleiten. Wie der Verlag ankündigt, soll das Werk fortgesetzt werden und in der gleichen Weise in kurzer bündiger Form das Kirchenjahr behandeln. „Glück auf!" Es wird viel Segen stiften bei Geistlichen und Laien, denn jedes Einzelheft ist ein lauter Aufruf zur Tat. Stadtpf. Schmid.

Der Katholizismus und die neue Zeit. Von P. Sigismund Brettle O. M. C. 8° 24 S. M —.50. Karlsruhe, Badenia 1919. Dem Broschürchen liegen zwei Vorträge zugrunde, die der Verfasser in Karlsruhe und Mannheim gehalten hat. In skizzenhafter Form wird eine Beantwortung brennender Zeitfragen geboten, wie z. B. die Stellung der Kirche zur jeweiligen Staatsform; die Aufgaben der Kirche in der Stütze der Autorität, des Gehorsams, der Disziplin; einläßlich wird die Stellungnahme der Kirche zum Sozialismus beleuchtet — unter Hervorhebung der in Baden obwaltenden Verhältnisse. Die Bedeutung der Kirche für unser gesamtes Leben erörtert der Verfasser, indem er sie zeigt als Lehrerin der Wahrheit, als Verkünderin festgefügter Normen des sittlichen Handelns, als Trägerin eines tiefinnerlichen Gemeinschaftsbewußtseins und Erweckerin eines gesunden Lebensidealismus. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Ferien, deren Verlegung durch die politischen Zustände in der ehemaligen Räterepublik notwendig geworden, sind vorüber und mit dem „Freischütz" hat das Nationaltheater seine künstlerische Tätigkeit wieder aufgenommen. Das auch von uns bekämpfte Projekt eines Riesenkinos als geldschaffenden Nebenbetriebs hat so viele Gegner gefunden, daß seine Verwirklichung nicht sehr wahrscheinlich erscheint. Daß Erfrischungsräume und Garten des Prinzregententheaters zu einem ständigen Restaurationsbetrieb ausgestaltet wurden, braucht der Kunst keinen Eintrag zu tun. Nun hat sich auch der Landtag mit der Zukunft der ehemaligen Hofbühnen beschäftigt und dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Betrieb durch Pachtung des Prinzregententheaters auf das ganze Jahr zu erweitern unter der Voraussetzung, daß die Stadt München außer dem schon zugesicherten Zuschuß von 61 000 Mark zur Pachtsumme und den Kosten der Feuerwache noch die Haftung für einen etwaigen Fehlbetrag von 100 000 Mark übernimmt. Der Antrag fand einstimmige Annahme. In der Aussprache hoben die Sprecher der verschiedenen Parteien hervor, daß mehr als früher den breitesten Schichten des Volkes die wertvolle Theaterkunst zu billigen Preisen geboten werden müsse. Die Regierung habe die Pflege der Bühne, die eine alte Tradition der Wittelsbacher gewesen, zu übernehmen. Eindringlich wurde betont, daß hier mitzuwirken eine besondere Pflicht der Stadt München sei, die durch die hohen Leistungen der früheren Zivilliste seither von den Theaterlasten anderer Großstädte befreit gewesen. Klassische Kunst müsse zu Worte kommen, ohne daß die Modernen ausgeschaltet werden sollen. Dem Landtage müsse der Einfluß gewahrt bleiben, forderte der Abg. Stang (Bayer. Volksp.), während hierin Abg. Roßhaupter (Mehrh.-Soz.) die Wiedereinführung einer Zensur sah und dies als in die Zuständigkeit des Künstlerrates fallend betrachtete. Hierzu wäre zu bemerken, daß es sich wohl nur um Feststellung von allgemeinen Richtlinien handeln dürfte. Im großen Haus (ehem. Hoftheater) sollen täglich Opern gegeben werden, im kleinen (Residenztheater) wöchentlich fünfmal modernes Drama und Lustspiel, zweimal Spieloper (Mozart u. a.), im Prinzregententheater soll das große Drama (etwa 200 Vorstellungen für Minderbemittelte) gepflegt werden und aus Gründen der Rentabilität (?) sommerliche Festspiele für Oper und Schauspiel stattfinden. Gegen Festspiele sprechen die Fremdenverkehrsverhältnisse, deren Besserung noch nicht abzusehen ist. Es steht zu hoffen, daß die akustischen Schwierigkeiten, die sich beim Wortdrama auf der Wagnerbühne des Prinzregententheaters früher ergaben, behoben sind. Jedenfalls sind jetzt die Grundlagen gesichert. Der Eintritt ruhigerer Verhältnisse und eine kraftvolle Leitung können uns den Ausblick in eine gesunde Fortentwicklung eröffnen.

Kammerspiele. Ein etwas stilloser Abend: eine japanisch herausgeputzte Harlekinade eines deutschen Aestheten, eine französische Satire in Simplizissimusmanier und Nestroyscher Ulk in vormärzlicher Harmlosigkeit. Man denkt fast an die Zeiten, da Direktor Falckenberg mit den anderen „Elfscharfrichtern" das Brettl „veredelte". Das ist längst vorbei, glücklicherweise! „Die Buße" von Medardus (aus dem Zaubertheater des Herrn Frz. Blei) ist ein ganz netter Situationsscherz, man trippelte recht komisch und der japanische Rahmen gab hübsche Bilder. Die tragische Posse von Courteline hat man vor Jahren im Schauspielhaus gesehen. Marlé, Forster-Larrinaga, Martini fanden die gallische Leichtigkeit, die der Pariser Gerichtsszene früher fehlte. Ein Verteidiger wird mitten im Prozeß zum Staatsanwalt ernannt und in aalglatter Verwandlungsfähigkeit verdammt er, was er früher verteidigt. Eine bitterböse Satire auf das hohle Pathos einer gesinnungslosen Advokatenrabulistik, auf eine Rechtspflege, die teils verrostet in einem erstarrten Formalismus, teils beeinflußt ist von dem augenblicklichen Stand der politischen Wetterfahne. Gegen diese ätzende Schärfe wirkt wie zahmes Geplänkel Nestroys Satire „Die schlimmen Buben", die zeigt, wie ein Schulmeister aus Angst vor dem Brotherrn den unfähigsten Schüler mit einem Preise bedenkt; und der Rest ist biedermeierliche „Posse mit Gesang".

Verschiedenes aus aller Welt. Der in München verstorbene Stiftspropst von Hecher hat auch als Dichter eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Durch die Neudichtung der „Kreuzesschule" hat er ein Werk geschaffen, das auf der Passionsbühne von Oberammergau Eindrücke hinterließ, die an Stärke hinter denjenigen des eigentlichen altehrwürdigen Passionsspieles kaum zurückstanden. Ein Weihnachtsspiel „Die ägyptischen Königstöchter", ein Krippenspiel „Hirten und Könige", sowie Sonette, geistliche Lieder und Erzählungen zeigen ihn als Meister der Form und Dichter von Gefühlstiefe. — Die Gemeinde Erl in Tirol hat mit den Vorbereitungen zu ihren 1922 stattfindenden Passionsspielen bereits begonnen, ein besonderes Übungstheater und eine Musikschule eingerichtet. — Die deutsch-österreichische Regierung hat die Betriebskosten für das Wiener Burgtheater und die Oper übernommen. — Die Stadt Stuttgart trägt ein Drittel, der Staat zwei Drittel des 750,000 ℳ betragenden Durchschnittsdefizits des Landestheaters. — Zu Frankfurt a. M. wurde ein Volksbühnenbund gegründet. Er bezweckt die Förderung der Bühnenkunst und Dichtung im Sinne volkstümlich deutscher Kultur und christlicher Weltauffassung. Als seine nächsten Aufgaben betrachtet er die Organisation der christlichen Theaterbesucher, die Erziehung weiter Volkskreise zum Verständnis der dramatischen Kunst und die Förderung aller schöpferischen Kräfte, die in der christlichen Weltanschauung wurzeln. Dem Theaterkulturverband trat der neue Bund als korporatives Mitglied bei. — In Aachen schlossen sich Kreise der Bürgerschaft zusammen, die mit dem bestehenden Zustande der dortigen Bühne und des Publikums unzufrieden waren. Die Vereinigung erstrebt die Erziehung eines für ein künstlerisches Theater aufnahmefähigen Publikums sowie die Bereitung einer würdigen Kunststätte durch Verstadtlichung der Aachener Bühne. Ein uns vorliegendes Heft der von dem Verbande herausgegebenen Halbmonatsschrift zeugt von dem künstlerischen Ernste der dortigen Kunstfreunde. — In Essen wurde neben dem Stadttheater eine Volksbühne eröffnet. Ein gleiches Unternehmen wird in Köln geplant. — Im ehemaligen Wiesbadener Hoftheater, dessen Maifestspiele einst so glanzvoll verliefen, gastiert die Truppe der Sarah Bernhard mit der „Kameliendame". — Opernfestspiele unter Nikischs Leitung finden im Juni in Cassel statt. — Geplant wird die Übernahme der Truppe des Posener Stadttheaters für den Fall der Polonisierung durch Frankfurt a. O. — „Der Himmelsschneider", ein Märchenspiel von M. Jungnickel, wurde in Leipzig gegeben. Die zarte, weiche Lyrik und die Dürftigkeit der liebenswürdigen Idee versagten. — In Leipzig hatte die Tragikomödie „Kleine Sklavin" von Dietzenschmidt mittleren Erfolg. Namhafte Kritiker beurteilen das Werk, das in einer „Dramatischen Bibliothek unserer Jüngsten" erschienen ist, vorwiegend ungünstig. In naturalistischer Schilderung sehen wir, wie ein junges Mädchen von 14 Jahren von einer Kupplerin in ein schlechtes Haus verschleppt wird, an die „jüngste" Dichtung erinnern lediglich die kraftlosen Versuche, welche ein ekstatischer Jüngling mit Hilfe einer ungeschickten Polizei zur Rettung unternimmt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Unsere Gegenvorschläge in Versailles — Das Programm der neuen bayerischen Regierung — Gestaltung der heimischen Grossindustrie.

Die schweren Besorgnisse und Bedenken der deutschen Finanz- und Wirtschaftskreise gegenüber den **deutschen Gegenvorschlägen** auf den Friedensvertragsentwurf bleiben unvermindert gross, namentlich die Befürchtung, dass hierbei die Grenzen der Möglichkeiten, vornehmlich in finanzieller Hinsicht überschritten sind. Das Zugeständnis von **100 Milliarden Mark in Gold** bedeutet sicherlich eine Ueberraschung, wenn wir uns klar sind, dass dieser Betrag, gemessen nach dem jetzigen Kursstand der deutschen Markwährung, den Gegenwert von 400—500 Milliarden Mark Papiergeld darstellt. Dabei bleibt ungeklärt, ob und wie weit die Entente ihre tausendfachen Wirtschaftsforderungen Deutschland gegenüber ermässigen wird. Unser Verlangen, das Meistbegünstigungssystem auf die Basis der Gegenseitigkeit zu stellen, ferner die versuchten Aktionen gegen unsere binnenländischen Verkehrswege, die Rechte des deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande, besonders im Ueberseeverkehr, die Gültigkeitsdauer der Patente, die Naturallieferungen von Kohle, Chemikalien, die vollständige Auslieferung des Luft- und Kabelwesens, um nur einzelne der zahllosen „Todesurteile des deutschen Wirtschaftslebens" herauszugreifen — dieses alles bleibt ungeklärt. Clemenceaus Antwort auf die bezüglich der Wirtschaftsbedingungen deutscherseits eingereichten Noten übertrifft an Zynismus

alles, was seither einem Kulturvolk geboten wurde. Ohne Widerhall blieb bis jetzt das ziffernmässig belegte Wort des deutschen Finanzkommissars und Friedensbevollmächtigten, Grossindustriellen Arnhold: „Lässt man uns arbeiten, versorgt man uns mit Geldmitteln und Rohstoffen, so werden wir in ungefähr fünfzig Jahren unsere Schuld auf Heller und Pfennig abtragen". Vielleicht bringen doch noch in zwölfter Stunde die mündlichen Verhandlungen das zuwege, was der Notenwechsel nicht erreichte. Die Ententedemonstrationen zur weiteren Besetzung des deutschen Gebietes wurden an den Börsen weniger beachtet, als die neuerlichen Blokade-Einschränkungen. Zu diesen zählt die Aufhebung der bisher von der Entente, sogar von Frankreich begünstigten Einfuhr französischer und elsässischer Waren; neben Lebensmitteln auch Textil- und Fabrikationsprodukte der verschiedenen Sparten.

Neben den schweren Bedenken gegen das 100 Milliarden-Goldangebot und den Zweifeln über Verständigungsmöglichkeit in der Friedensfrage überhaupt beeinflussten unsere Effektenmärkte die weiteren Rückgänge des Markkurses im Auslande und die Loslösungsbestrebungen in Hannover, der Pfalz und im Rheinlande. Immerhin konnte sich der stark abgeschwächte Kurs für Kriegsanleihe prozentweise erhöhen, namentlich nachdem es der Reichsbank gelungen ist, durch natürliche Massnahmen über Stückelieferung, Aufnahmekonsortium und dergleichen dem Markt der Kriegsanleihen die schon längst notwendige erhöhte Beachtung zu schenken. Auch die inländischen Werte, so die bayerischen Anleihen erfuhren gegenüber dem Vormonat empfindsame Rückgänge, vornehmlich unter der Nachwirkung der jetzt ziffernmässig belegten grossen finanziellen Schäden aus der Zeit der Räterepublik und der Spartakusherrschaft. Besteht auch nach Auslassungen des offiziellen Bamberger Organes der Staatsregierung kein Anlass, die bayerischen Finanzverhältnisse ungünstiger als die der anderen Bundesstaaten zu beurteilen, so wird man die scharfen Massnahmen verstehen, welche notwendig bleiben, um durch ernstliche und intensive Wiederaufnahme der werktätigen Arbeit, bei ununterbrochener Ruhe und Ordnung einigermassen aus diesem Wirtschaftszerfall herauszukommen. Aus diesem Grunde verfolgt man das von der neuen bayerischen Regierung aufgestellte Programm der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit besonderem Interesse. Namentlich die Pläne der Inangriffnahme der Gemeinwirtschaft für die im bayerischen Staatsgebiet gelegenen Bergwerke und zur Herstellung von elektrischer Energie dienenden Wasserkräfte — zum Ausbau des Walchensee-Kraftwerkes und des Bayernwerkes wurde bereits ein Kredit von 250 Millionen Mark bewilligt — verdienen hierbei Erwähnung. Das allseitige Vertrauen in die neuen Leiter der hierbei in Betracht kommenden Ministerien: für Finanzen, der namentlich den Lesern der „A. R." wohlbekannte seitherige Regierungsdirektor Speck, für Handel und Industrie der vorzügliche Organisator Regierungsrat Hamm, berechtigt auch zu guten Erwartungen.

Dass jedoch zu keinerlei Optimismus in diesen Tagen Anlass besteht, bekundet ausser dem charakteristischen Verlauf der Ententeverhandlungen mit den seitherigen österreich-ungarischen Staaten vor allem die Gestaltung unserer Gesamtindustrie, welche infolge der Rohstoffnot und Arbeiterschwierigkeiten zu fortgesetzten Stillegungen oder zu ruinösem, verlustbringendem Weitervegetieren verurteilt ist: Daimler Motoren, Friedrich Krupp, Deutsch-Luxemburger Bergwerk, Donnersmarckhütte sind einzelne solcher Beispiele.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Aktiva.

Inventar		M. 100.—
Kasse, Reichs und Notenbank		„ 795,395 21
Wechsel		„ 5,662,361.10
Wertpapiere und Schuldbuch-Eintragungen		„ 16,113,475.27
Schuldner		
Guthaben bei Banken	M. 19,442,551.59	
Zins- und Annuitätenrückstände	„ 685,792.67	
Zinsen und Annuitäten fällig am 1. Januar 1919	„ 5,059,034.04	„ 25,187,378.30
Hypotheken-Darlehen		„ 474,433,006.26
Hiervon im Hypotheken-Register eingetragen M. 473,300,963.91		
Kommunal-Darlehen, sämtlich im Kommunal-Darlehensregister eingetragen		„ 8,846,127.78
Hierzu M. 50 000.— Ersatzdeckung.		
Bankgebäude		„ 560,000.—
Wertpapiere und Schuldbuchforderungen des Beamten-Fürsorgefonds		„ 1,540,527.88
der Erben von Clemm-Stiftung		„ 40,625.—
der Reiss-Stiftung		„ 27,062 50
Reichsstempel auf erstmalig noch nicht ausgegebene Hypothekenpfandbriefe		„ 29,675.—
Zinsen aus Darlehen, berechnet bis 31. Dez. 1918		„ 1,556,046.76
		M. 534,731,781.06

Passiva.

Aktien-Kapital		M. 19,000,000.—
Hypothekenpfandbriefe zu 3½% M. 209,677,100.— verloste M. 17,100.—	M. 209,694,200.—	
zu 4% M. 261,296,800.— verloste M. 3,700.—	M. 261,300,500.—	„ 470,994,700.—
Kommunal-Obligationen zu 4%		„ 8,854,300.—
Kapital-Reservefonds		„ 7,920,300.—
Reservefonds II		„ 6,300,000.—
Ausserordentliche Reserve		„ 2,500,000.—
Bau Reserve		„ 200,000.—
Rückstellungs-Konto		„ 315,635.34
Talons-Steuer-Reserve		„ 827,558.40
Provisions- und Zinsen-Reserve		„ 1,502,959.36
Disagio-Reserve		
a) Agiovorträge	M. 25,713.55	
b) Disagiovorträge	„ 3,641,815.35	„ 3,667,528.90
Konto für gemeinnützige Zwecke		„ 154,330.46
Beamten-Fürsorgefonds		„ 1,594,283.48
Erben von Clemm-Stiftung		„ 47,251.80
Reiss-Stiftung		„ 32,197.70
Gläubiger		„ 1,805,973.69
Unerhobene Gewinnanteilscheine		„ 11,070.—
Unerhobene Zinsscheine		„ 4,039,840.—
Hypothekenpfandbrief- u. Komm.-Oblig.-Zinsen, berechnet bis 31. Dezember 1918		„ 1,688,486.27
Gewinn:		
Vortrag von 1917	M. 398,072.34	
Gewinn in 1918	„ 3,382,593.32	„ 3,780,665.66
		M. 534,731,781.06

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.

Geschäftskosten		
Allgemeine Unkosten		M. 683,561 68
Steuern und Umlagen		„ 677,591.44
Kosten des Pfandbrief-Geschäfts		
a) Reichsstempelabgaben	M. 48,706.20	
b) Sonstige	„ 77,027.97	„ 125,734.17
Abschreibung auf Wertpapiere		„ 534,080 21
Hypothekenpfandbrief-Zinsen		„ 17,778,371.12
Kommunal-Obligationen-Zinsen		„ 327,143.90
Gewinn		„ 3,780,665.66
		M. 23,907,148.18

Haben.

Vortrag aus dem Jahre 1917	M. 398,072 34
Wechsel- u. Wertpapiere-Zinsen	„ 1,222,194.42
Zinsen aus laufender Rechnung	„ 533,046.06
Hypotheken-Darlehens-Zinsen	„ 21,198,010 40
Kommunal-Darlehens-Zinsen	„ 375,158.73
Provisionen (Beiträge zu den Geldbeschaffungskosten)	„ 180,666.23
	M. 23,907,148 18

Ludwigshafen a. Rh., den 12. April 1919. **Pfälzische Hypothekenbank.**

In der heutigen Generalversammlung wurde die **Dividende** für das Jahr 1918 auf **9% = M. 90.— für jede Aktie** festgesetzt, welche sofort ausbezahlt werden.

Ludwigshafen a. Rh., den 28. April 1919. **Die Direktion.**

Sendet der „Allgemeinen Rundschau“ gute Probenummer-Adressen.

Bitte des Wehrregiments

Ausser Einrichtungsgegenständen zur Wohnlichmachung der verwüsteten Quartiere benötige ich noch: Schachspiele, Dominospiele, Halma, Tischkegelbahnen, Kartenspiele, überhaupt Unterhaltungsspiele jeder Art für 25 Kompagnien und Batterien; ferner für Bewegungsspiele: Faustbälle, Fußbälle, Schleuderbälle, Taburins usw. Ich beabsichtige, mich mit Mannschaften des Regiments an Leichtathletik-Wettkämpfen zu beteiligen.

Ich bitte jeden Einwohner, Firmen u. Vereine, mich durch Gaben zu unterstützen in dem Bestreben, den Mannschaften die Bereitschaftsstunden durch Spiele zu verkürzen.

Schließlich wäre ich für Schenkung von Rauchwaren und Unterhaltungslektüre (Bücher, illustr. Zeitschriften) besonders dankbar.

Anmelde- und Sammelstelle: St. Annaschule.

Faerber
Major z. D., Kommandeur.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 24

14. Juni
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 4.50
Einzelnummer
40 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München.
Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 93 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 24. München, 14. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Die katholische Studentenschaft der Gegenwart.

Von Univ.-Prof. Dr. M. Meinertz, Münster i. W.

Große Bewegungen, die durch das Volk gehen, lassen auch die Studentenschaft naturgemäß nicht unberührt; ja man kann fast sagen, daß die Stärke des Pendelausschlags in der Studentenschaft einen Gradmesser für die Gesamtbewegung darstellt. Es ist bekannt, wie gewaltig die nationale Begeisterung 1813 die deutschen Studenten entflammte. Ebenso machten sich die Bestrebungen des Jahres 1848 bei ihnen geltend, und es ist höchst lehrreich in der Rektoratsrede v. Grauerts (Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Gedanken an deutschen Universitäten, München 1917) zu lesen, welche Wellen das unruhige Jahr in diesen Kreisen geschlagen hat. Die gewaltige patriotische Hochflut von 1914 und die über alle Maßen heldenhafte Verteidigung des Vaterlandes im großen Trauerspiel der letzten Jahre erinnerten an 1813. Und was sich seit den Novembertagen des vorigen Jahres ereignet hat, läßt den Vergleich mit 1848 zu, wenn ja auch in vielem die psychische Einstellung jetzt und damals ganz verschieden ist.

Seit einigen Jahrzehnten ist die *katholische Studentenschaft* in ihrer Eigenart und Geschlossenheit mehr und mehr erstarkt — ein Gutteil des Verdienstes, den Anstoß dazu gegeben zu haben, fällt übrigens dem unvergeßlichen Grafen *von Hertling* zu. Es versteht sich von selbst, daß die moderne Studentenbewegung sich auch in der katholischen Studentenschaft bemerkbar macht. Zum Teil — vor allem, was die Entschlossenheit zum Schutz von Vaterland und Heimat sowie die Hilfsbereitschaft in allen ihren Bedürfnissen betrifft — deckt sie sich mit den edlen Regungen innerhalb der Gesamtstudentenschaft; zum Teil kommt in ihr der ganze Idealismus des für das erhabene katholische Glaubensgut begeisterten reifenden Mannes und Mädchens zum Ausdruck. Natürlich ist in einer so aufgeregten und grundstürzenden Zeit, wie wir sie durchleben, noch manches ungeklärt; durch die lange Kriegszeit mit ihren mannigfaltigen Eindrücken und Einflüssen sind manche Köpfe etwas verwirrt oder gar nach einer abwegigen Richtung gewendet. Aber man hat doch den guten Willen, man will zur Klarheit durchdringen, man sucht darnach, wie die kristallklaren und ewigen *katholischen Grundsätze ihre beste Anwendung in der Gegenwart finden.* Gerade in dem Wirrwarr, der allenthalben herrscht, und bei der Notwendigkeit, aus dem Chaos wieder zum Kosmos zu gelangen, tut der Hinblick auf die katholische Welt- und Lebensanschauung not. Das liegt im höchsten seelischen Interesse des einzelnen, das kommt dem Vaterland zugute, das solche aufbauenden und im edelsten Sinne des Wortes fortschrittlichen Kräfte braucht, das befördert die Lebensinteressen des deutschen Katholizismus und damit der katholischen Kirche als solcher. Die katholische Studentenschaft empfindet das fast instinktiv, und da sie zum Geschlechte derer gehört, die einst die geistigen Führer des Volkes werden sollen, ist es doppelt notwendig, daß ihr die ganze Größe dieser Wahrheit zum Bewußtsein kommt und sich auch praktisch auswirkt.

Einen ganz neuen Gedanken für die deutsche Studentenschaft bedeutete der *Eintritt ins politische Leben.* Die Mehrzahl der männlichen wie der weiblichen Studierenden besitzt jetzt das Wahlrecht, und der Rest steht jedenfalls an der Schwelle des Lebensalters, das zur Ausübung dieses wichtigen Rechtes befähigt. Das Geschenk kam über Nacht und in zwei bedeutungsvollen Wahlen sollte gleich davon Gebrauch gemacht werden. An politischer Vorbildung fehlte es, vor allem war von parteipolitischer Schulung keine Rede. Und doch kann praktische Politik nur im Anschluß an eine Partei getrieben werden. Politische Aufklärung begann nun sofort in mannigfachster Form. Um den katholischen Studierenden behilflich zu sein, nahm z. B. in Münster sehr bald nach der Revolution der Neunerausschuß der Philisterien der drei großen Studentenverbände die Sache in die Hand und begründete einen *Ausschuß zur politischen Schulung der katholischen Studentenschaft.* Damit war er als erster an der Universität auf dem Plan. Von eigentlicher Parteipolitik wurde dabei abgesehen, es sollten durch Vorträge die Grundsätze herausgestellt werden, die für einen gläubigen katholischen Studenten maßgebend sein müßten und nach denen er sich dann die Partei aussuchen sollte, in der er die Verwirklichung dieser Grundsätze am besten fände. (Die vom Ausschuß veranstalteten Vorträge bilden übrigens die Grundlage der Sammlung „Politische Bildung", die bei Aschendorff in Münster ins Leben gerufen wurde und in zwanglosen Heften erscheint). Der Ausschuß hat für die Wahlen zur Nationalversammlung arbeiten wollen. Dann konnte er sich auflösen, zumal sich allmählich eigentliche *Parteigruppen* unter der Studentenschaft bildeten. Es ist ja zweifellos, daß die Ideale der katholischen Studenten am besten in der Zentrumspartei vertreten werden, und darum ist die Förderung der studentischen Zentrumsgruppen eine dringende Notwendigkeit. Gleichwohl wird es sich nicht empfehlen, daß die Korporationen als solche sich parteipolitisch festlegen. Der einzelne Korporationsstudent mag und soll sich in den Zentrumsgeist hineinleben und für die Partei wirken; aber die Korporation bleibe politisch neutral, wenn ja auch negativ Grenzlinien sich von selbst verstehen.

Dagegen steht nichts im Wege, daß die *soziale Frage* von *Korporationsseite* gepflegt wird. Das soziale Studententum breitete sich schon vor dem Kriege immer weiter aus, und daß der Boden dafür jetzt wie nie bereitet ist, unterliegt keinem Zweifel. Den Bestrebungen des unermüdlichen Dr. *Sonnenschein* ist ganz gewiß eine weitere Blüte sicher.

Aber die soziale Interessierung ist doch nur *eine* Seite aus dem reichen Programm, das sich der katholischen Studentenschaft darbietet. Vor allem gehört die Vertiefung, Erweiterung und Befestigung der *Welt- und Lebensanschauung* nach allen Richtungen dazu in theoretischer Hinsicht sowohl wie in ihrer praktischen Betätigung. Es sei nur an folgendes erinnert: Akademischer Bonifatiusverein, Missionsverein, Marianische Kongregation, apologetische Vorträge, Studentengottesdienst. Der eigentlichen Studentenseelsorge wird auch immer mehr Aufmerksamkeit zugewandt, und die Anstellung eigener Studentenseelsorger wird nach Möglichkeit durchgeführt. Daneben besteht an fast allen Universitäten, namentlich dort, wo theologische Fakultäten vorhanden sind, ein ganzer Kranz von Veranstaltungen, die dem genannten Zwecke dienen. Wie auf allen anderen Gebieten gilt aber auch hier das Wort: *Organisation.* Ein irgendwie gearteter Zusammenschluß ist unbedingt notwendig, wenn nicht Zersplitterung, Kraftvergeudung, Auseinander- oder gar Gegeneinanderarbeiten entstehen soll. Freilich ist hier ein Extrem zu vermeiden, dessen Gefährlichkeit sich auf vielen Gebieten im deutschen Vaterlande klar erwiesen hat: Man hüte sich vor Ueberorganisation und allzu straffer Zentralisierung. Es läßt sich aber in der Tat ein gesunder Mittelweg finden, und die beste Form liegt in der Richtung der *katholischen Akademikerausschüsse,* wie sie Privatdozent Dr. *Benz* (München) in dem

Aufsatz „Das Studentenwesen" unseres großen Werkes „Deutschland und der Katholizismus" (Bd. I, Freiburg 1918, S. 313—332) eindrucksvoll geschildert hat. In München wirkt ein solcher Ausschuß schon längst, auch in Münster hat er seine Arbeiten bereits aufgenommen. Nach und nach entstehen an den übrigen Universitäten diese Ausschüsse, und es wird hoffentlich bald die Zeit kommen, da sie sich zu einem Gesamtverbande zusammentun und in einer Zeitschrift für ihre Ideale werben können. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß diese Ausschüsse dem allgemeinen Studentenausschuß natürlich in keiner Weise ins Gehege kommen werden. An letzterem arbeiten die katholischen Studenten ebenso mit wie jeder andere Akademiker; so weit es an ihnen liegt, wird die Einheit der gesamten Studentenschaft ganz gewiß nicht gestört. Das hindert aber nicht, daß in einer gesonderten Organisation die spezifisch katholischen Interessen wahrgenommen werden. Es wird in Zukunft vielleicht häufiger von Wichtigkeit sein, daß die gläubige katholische Studentenschaft öffentlich zu Lebensfragen des deutschen Katholizismus Stellung nimmt — man denke augenblicklich an die christliche Schule —, um so ihre Einheit mit dem gesamten katholischen Volke zu bekunden und notwendigen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. Für solche Kundgebungen ist der Akademikerausschuß das gegebene aber auch notwendige Organ. Von ihm können Vorträge veranlaßt und so die akademische Jugend mit führenden Persönlichkeiten im katholischen Leben bekanntgemacht werden. Auch ist durch ihn Förderung von Veranstaltungen einzelner Vereine möglich. Zu diesem Zwecke ist es sehr erwünscht, wenn von ihm eine Zentrale (womöglich mit eigenem schwarzen Brett in der Universität) geschaffen wird, bei der alle Vorträge und sonstigen Einrichtungen für die katholischen Studierenden gemeldet werden, die auch für einen Ausgleich im Fall irgendwelcher Kollision sorgt und einen gedruckten „Führer" herausgibt, der am Anfang des Semesters jedem katholischen Studenten und jeder Studentin zugestellt wird.

Die schwierigste Aufgabe liegt darin, die Nichtinkorporierten für die Zwecke des Akademikerausschusses zu interessieren. Ihre Zahl ist sehr groß, und eben darum sind sie mit besonderem Eifer heranzuziehen; aber der einzelne ist viel schwerer zu erreichen als der Korporationsstudent. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Korporationen von der Bedeutung des Ausschusses sofort zu überzeugen sind und ihm geschlossen beitreten. Damit ist auch die erfreuliche Tatsache gegeben, daß hier endlich einmal ein neutraler Boden gefunden ist, auf dem sämtliche katholische Gruppen einträchtig zusammenarbeiten können. Dieser neutrale Boden ist übrigens auch völlig ausreichend. Ich würde davor warnen, noch weiter gehen zu wollen und etwa den vollen Zusammenschluß der großen Studentenverbände zu versuchen. Solche Vorschläge sind zweifellos gut gemeint, aber ihre Begründung ist nicht stichhaltig, und die Gefahr wird heraufbeschworen, daß Gegensätze aufgetan werden, die bei einem Schiedlich-Friedlich bedeutungslos sind. —

Das Studententum der heutigen Zeit hat ein stark verändertes Angesicht gegenüber vergangenen Tagen. Nicht nur, daß die Studentin als ebenbürtig mit dem akademischen Bürgerrecht bedacht worden ist; auch das Studentenleben ist vielfach ein anderes geworden. Die romantische Studentenzeit der alten Form ist wohl für immer begraben; der Ernst des Lebens ist größer geworden. Aber auch der Interessenkreis des modernen Studenten ist größer geworden; die Studentenschaft fühlt sich, namentlich seitdem sie am aktiven politischen Leben teil hat, als eine selbständige Macht. Gleichwohl wird jeder, der es mit den Studenten gut meint, zweierlei betont wissen wollen: Einmal, daß unter dem Ernst des Lebens der studentische Frohsinn nicht leiden möge. Wohl wird man gerne manche Formen des früheren Studentenlebens in der Versenkung verschwinden sehen; aber Gott behüte uns davor, daß unsere Studenten Kopfhänger werden und das fröhliche Lied verlernen! Das andere — es klingt fast sonderbar, daß man darauf hinweisen muß — ist dieses: Der Name „Student" kommt von dem Zeitworte „Studieren". Die erste und wichtigste Aufgabe des Studenten ist und bleibt nun einmal das Studium. Gerade die politische Betätigung kann leicht jugendliche Gemüter so stark in ihren Bann ziehen, daß das Berufsstudium darunter leidet. Das darf und soll aber nicht sein. Vielseitigkeit ist gut, aber nicht, wenn sie in Oberflächlichkeit ausartet. Eine gründliche Ausbildung in seinem Berufe wird auch in Zukunft — trotz mancher Erfahrungen der Gegenwart! — auf die Dauer niemand entbehren können. Wer seinem Berufsstudium mit Eifer nachgeht, der mag dann seine Allgemeinbildung soweit ausdehnen, als es ihm möglich ist.

Und für den gläubigen katholischen Studenten gehört dazu eben vor allem die Vertiefung seiner Welt- und Lebensanschauung. Theoretisch und praktisch im Christentum Fortschritte zu machen, ist seine Ehrenpflicht. Aber alle diejenigen, die es angeht, haben ihrerseits eine heilige Verpflichtung, der studierenden Jugend dazu behilflich zu sein. Das Ideal des katholischen Studenten hat der ausgezeichnete Dominikanerpater Bonaventura, der unvergeßliche Seelsorger der Berliner Studenten, in einer seiner glänzenden Predigten u. a. mit den Worten gezeichnet (bei Donders, P. Bonaventura, Freiburg 1918, 254): „Katholische Studenten sollen ‚Persönlichkeiten', d. h. Männer sein, die anstatt die akademische Freiheit zügellos zu genießen, in ernster, anstrengender Arbeit vorwärts und aufwärts streben, um den großen Aufgaben, die Kirche und Vaterland an sie stellen werden, gewachsen zu sein, die aber auch an der Ausbildung der sittlichen Freiheit arbeiten, die wahren Geistesadel und sittliche Größe verleiht. Solch ein Student sein, heißt nicht zur Finsternis und Freudlosigkeit verurteilt sein, sondern der wahren, aus dem inneren Frieden dank der höheren Weltanschauung fließenden Freude zu leben, jener Freude, die ‚ein unerschöpflicher Schatz von Heiligkeit' ist."

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Das Possenspiel im Schicksalsdrama.

Wirkt die Lächerlichkeit tötlich? Dann dürfen wir wohl die Gefahr des Landesverrats im Westen für erledigt halten. Die „Gründung" einer Rheinischen Republik auf dem Wege eines anonymen Plakates in Mainz und Wiesbaden, die verspätete und gescheiterte Visite des „Präsidenten" Dorten und zweier Zukunftsminister im Wiesbadener Regierungspräsidium, die Prügelstrafe als Lynchjustiz und der Abtransport der neuen Regierung im schnellfahrenden Auto, — das ist alles sehr komisch, wenn es auch tragisch sein sollte. Der Putsch war eine politische Hochstapelei, die sich nur erklären läßt aus einer krankhaften Selbstüberschätzung der Handvoll Abenteurer und aus einer erstaunlichen Verkennung der Volksstimmung vonseiten der französischen Okkupationsbehörden.

Der Hochverrat bleibt abscheulich, wenn auch seine groteske Inszenierung und sein klägliches Scheitern Gelächter auslöst. Hoffen wir, daß diese Posse ernüchternd und abschreckend genug wirkt, um ernsteren Versuchen der Ruhestörung vorzubeugen.

Zwei günstige Folgen haben sich schon gezeigt. Einerseits das kräftige Bekenntnis der Bevölkerung zum nationalen Gedanken, andererseits die nachträgliche Neutralitäts-Erklärung der französischen Okkupanten.

An der lebhaften Entrüstung der rheinischen Bevölkerung gefällt uns freilich weniger die Form des Streiks, die vielfach von den Arbeiterkreisen in der leider jetzt landesüblichen Weise der Demonstration gewählt wurde. In der Sache selbst war die Protestbewegung sehr erfreulich. Darum wollen wir auch nachsichtig urteilen über die Mißgriffe, die sich einzelne Zentrumsfeinde gestatteten, indem sie von „Pfaffenrepublik" oder Zentrumstreibereien redeten, obschon doch klar zutage lag, daß der „Präsident" Dr. Dorten aus Berlin und seine wenigen Mitläufer mit den „Pfaffen" und der Zentrumspartei gar keinen Zusammenhang hatten. Die Zentrumshetzer am Rhein sind vermutlich verführt worden durch das schlechte Beispiel jener Abgeordneten in Berlin, die ungerecht und unklug genug waren, für die ganze Bewegung am Rhein die große Zentrumspartei verantwortlich zu machen und so den Mißgriffen einzelner Persönlichkeiten eine Bedeutung zu geben, die ihnen gar nicht zukam. Zur vollen Klärung hat die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung alsbald eine Kundgebung beschlossen und zwar einstimmig, in der es heißt: „Es gibt zurzeit kein größeres Verbrechen am deutschen Volk, als durch Unterstützung und unter Mitwirkung des Feindes auf die Trennung von Landesteilen vom Ganzen hinzuarbeiten." Es wird dann programmatisch ausgeführt, daß das Zentrum den begründeten Bestrebungen auf Anerkennung der landsmännischen Eigenart volle Rechnung tragen und auf den Schadenersatz für das besetzte Gebiet hinarbeiten wird. Dann heißt es zum Schluß mit vollster Deutlichkeit: „Die Anerkennung

der landsmännischen Eigenart der Verwirklichung entgegenzuführen, ist eine reine innerpolitische deutsche Aufgabe, die unter keinen Umständen in Verbindung mit dem Gegner angestrebt oder durchgeführt werden darf. Die Zentrumspartei sieht daher jeden, der sich an solchen Bestrebungen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an." Das ist nicht nur die entschiedenste Verurteilung aller Putschisten von Mainz, Wiesbaden oder Speyer, sondern schließt auch in sich eine neue Mißbilligung des Besuches von Froberger und Genossen beim General Mangin, der gewiß in guter Absicht unternommen, aber doch nach Lage der Außen- und Innenpolitik nicht angebracht war.

Auf den rechten Weg ist die Angelegenheit dadurch gebracht, daß berufene Kenner und Vertrauensmänner der rheinischen Bevölkerung nach Versailles zu unserer Friedensdeputation gereist sind und die letztere mit den geistlichen und weltlichen Autoritäten in Köln gehörige Fühlung genommen hat. Der Zwischenfall von Wiesbaden wird warnend und mäßigend wirken nach der rheinischen Seite und anspornend zur Reformarbeit auf der Berliner Seite, wo man durch Berufung von volkstümlichen Regierungspräsidenten schon den Anfang gemacht hat zu einer vernünftigen Behandlung der Rheinlande.

Sehr beachtenswert ist der Rückzug der französischen Machthaber. Die ganze Plakatrepublik des Dr. Dorten war französische Machenschaft. Unter französischem Geleit kamen er und seine Zukunftsminister nach Wiesbaden. General Mangin hatte amtlich erklärt, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter seinen Schützlingen stehe. Als nun das lächerliche Fiasko zutage trat, ließ er seine Mohren fallen und verkündete die Neutralität, die von Anfang an seine Pflicht gewesen wäre. Vermutlich ist die Anweisung zu diesem Rückzug von Paris aus erfolgt. Um so mehr Bedeutung hat sie. Durch einiges und kräftiges Auftreten können wir auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch etwas erreichen. Durch Liebedienerei nur verlieren!

Die Friedensaussichten.

Sie blieben noch im Dunkeln während der Fertigstellung dieser Nummer. Aber gerade die Verzögerung weist auf einen gewissen Erfolg unserer Taktik hin. In dem hohen Rat der Gegner hat sich die Absicht, den deutschen Einspruch mit einem schroffen Ultimatum abzutun, nicht durchzusetzen vermocht. Die vermeintlichen Herren der Welt müssen prüfen und verhandeln, um ihre Eintracht zu flicken und statt des absoluten Nein einige Zugeständnisse zu formulieren.

Leider werden die letzteren wohl ungenügend sein. Auch die erbetene mündliche Verhandlung ist noch keineswegs in Sicht. Doch ist immerhin eine Bresche gelegt in das System des unantastbaren Diktatfriedens. Wenn wir schließlich doch die Unterschrift verweigern müssen, so haben wir immerhin eine wesentlich verbesserte Position. Den Gegnern ist die neue Anwendung von Gewalt erschwert worden, seitdem ihre Völker wissen, zu welch großen und wertvollen Zugeständnissen Deutschland sich erboten hat.

In Frankreich ist eine beträchtliche Streikbewegung ausgebrochen. Wir dürfen sie mit Aufmerksamkeit verfolgen, wenn wir uns vor Ueberschätzung und voreiligen Hoffnungen hüten. Die französische Arbeiterschaft hat bisher weder Klarheit noch Kraft bewiesen. Die jetzige Streikbewegung, sowie die Meuterei in einem Toulouser Regiment darf man höchstens als Zeichen betrachten, daß die Erkenntnis und der Widerspruch gegenüber den Lasten und Leiden der Clemenceau'schen Politik zu dämmern beginnen. Sollte es zum neuen Krieg kommen, so würde vermutlich das jetzt glimmende Feuer bald in hellen Flammen schlagen.

Die Gesamtlage berechtigt uns zu der Ansicht, daß wir im Falle der Ablehnung eines unerträglichen Friedensvertrages eine zwar schwere, aber nur kurze Leidenszeit durchzumachen hätten. Wenn wir aber irgend etwas unterzeichnen, so helfen uns alle Vorbehalte und alle Versprechungen garnichts; dann werden schonungslos alle wirklichen oder angeblichen Verpflichtungen, die wir übernommen hätten, von uns eingetrieben werden. Auch die 200 Milliarden, die man uns in der feindlichen Presse jetzt als Entschädigungslast ankündigen läßt. Dabei würden wir in ewiger Lohnsklaverei verbleiben müssen.

Die Verweigerung der Unterschrift ist die letzte Waffe der Abwehr, die wir haben. Es gilt fest zu bleiben, sowohl den Leiden gegenüber, wie den Drohungen.

Der Proteststreik wegen der Hinrichtung Levinés.

Die bayerische Rechtspflege geht die Berliner und die Hamburger eigentlich garnichts an. In dem vorliegenden Falle erst recht nicht, da die Reichsleitung für die schnelle Vollstreckung des Todesurteils auch nicht mittelbar verantwortlich gemacht werden kann, da sie sogar in einem persönlichen Telegramm des Ministerpräsidenten Scheidemann Aufschub angeraten hatte. Trotzdem haben die Unabhängigen und die Kommunisten in Berlin und Hamburg eine Demonstration durchgesetzt, deren Spitze sich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann richtete. In Berlin ein eintägiger Proteststreik mit Verkehrsstörung, aber ohne Ruhestörung; in Hamburg ein dort nicht mehr ungewöhnlicher Krawall. In München selbst, wo man die Taten des Verurteilten empfunden hat, wurde bezeichnenderweise nicht gestreikt.

Der Mißbrauch des Streiks zu politischen Zwecken war um so bedenklicher, als es auch im Ruhrgebiet wieder gährt wegen des Belagerungszustandes. Zum Glück scheint auch dort die Ruhe wiederhergestellt zu sein. Wenn nur die feindlichen Machthaber aus diesen Zwischenfällen nicht neue Hoffnungen schöpfen! Die nächste Nutzanwendung ist, daß die Regierungen und die Parlamente alles vorläufig vermeiden müssen, was den radikalen Volksverhetzern Wasser auf die Mühlen führen kann. Bis zur Erledigung der Schicksalsfrage von Versailles muß alles andere zurücktreten, so berechtigt es an sich sein mag.

Der dynamische Verlauf der russischen Revolution 1917.

Von Dr. W. Zapadnik.

In der Revolution von 1905 war der Zar noch einmal Sieger geblieben über seine beiden Gegner, den Bourgeois und den Proletarier; beide sahen sich in ihren gemeinsam genährten Hoffnungen, deren Endziele freilich himmelweit auseinanderlagen, aufs grausamste getäuscht. Aber jene revolutionäre Bewegung hatte doch im Spiel der einstweilen noch ungeordneten Kräfte Möglichkeiten ahnen lassen, die den Arbeitsmann mit Vertrauen, den Bürger mit einer geheimen Scheu vor der Macht des vierten Standes erfüllen mußten. Die Hauptprobe des Herbstes 1905 hatte diesem sehr zu seinem Mißvergnügen gezeigt, was für unheimlich kräftige Fäuste der Bundesgenosse im Arbeitskittel besaß, dem er zum Kampf gegen die Autokratie aufgerufen hatte. Er sah den Augenblick kommen, wo nicht bloß der Zar, sondern auch er selbst mit diesen Fäusten Bekanntschaft machen würde, und schloß unter Preisgebung des proletarischen Helfers mit dem Zaren Frieden, der ihm diesen Schritt durch ein demokratisches Butterbrot erleichterte. Die Revolution der Straße brach unter den Maschinengewehren der Gardetruppen und den Peitschen der Kosaken zusammen. Das aus dem revolutionären Rausch längst ernüchterte Bürgertum atmete erleichtert auf und gelobte, so bald keine Revolution mehr zu machen; denn man fühlte wohl, und Miljukoff, der Führer der Kadetten, sprach es damals offen aus: „Die nächste Revolution geht gegen den guten Rock".

Die liberalen Kreise Rußlands hatten denn auch während des folgenden Jahrzehntes an ganz andere Dinge zu denken, an die Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte des Vaterlandes, die dann im heiligen Kriege gegen das verhaßte Deutschland zusammengefaßt werden und der Verwirklichung der imperialistischen Ziele des zaristisch-bürgerlichen Rußlands dienen sollten. Hindenburgs gutes Schwert räumte mit diesen hochfliegenden Plänen einigermaßen auf und erweckte sogar in Nikolaus und seinen Ministern Stürmer und Protopopoff gewisse Friedensneigungen. Davon wollten aber die russischen Liberalen und ihre Ententefreunde nichts wissen. So gingen sie denn in die Opposition und riefen nach einem Ministerium des allgemeinen Vertrauens. Als der Zar hartnäckig taub blieb und seine Minister beibehielt, da suchten die Bürgerlichen, denen sich diesmal auch starke Teile des Adels anschlossen, ihre alten Revolutionsrequisiten wieder hervor; aber diesmal ging es nicht bloß um konstitutionelle Freiheiten, sondern um die Person des Zaren selbst, der mit seinen deutschfreundlichen Anhängern einem anderen, gefügigeren Sprossen des Hauses Romanoff und einem jusquauboutistischen Ministerium Platz machen sollte. Aber indem die Bourgeoisie auf dieses Ziel starrte, vergaß sie der Lehre von 1905 und der starken Fäuste des Proletariats. Dieses hatte in der Hauptprobe von 1905 mehr gelernt: es hatte seine Kraft gespürt und harrte mit grimmiger Entschlossenheit dem Tage entgegen, wo es seine Revolution machen würde, ohne vom Bürgertum dazu herangepfiffen worden zu sein.

Der Tag kam im Spätwinter 1917, als Autokratie und Bourgeoisie zum entscheidenden Endkampf antraten. In den Kreisen des Bürgertums war man wohl gerüstet; man hatte in zahlreichen Zusammenkünften Heerschau gehalten über die liberalen Organisationen, die Zemstwos, die Kommunalvereinigungen, die Kriegskomitees, die mit Geldern reichlich versehen waren. In der Armee waren die Offiziere für den Gedanken der liberalen Umwälzung gewonnen. Auch die Entente hatte, wenn auch schweren Herzens, durch ihren Wortführer, den englischen Gesandten Buchanan, ihren Segen dazugegeben, nachdem auch Lord Milner, den das aus dynastischen Bedenken immer noch zögernde England zu einer letzten energischen Vorstellung zum Zaren entsandt hatte, unverrichteter Dinge zurückgekehrt war.

Die Heimsendung der vierten Duma durch kaiserlichen Befehl brachte die Lawine in Bewegung. Die Duma protestierte, beschwor und drohte; ihr Präsident Rodsjanko schickte eine Drahtung um die andere ins Hauptquartier, aber zu einer entscheidenden Tat schwang man sich doch nicht auf. Da handelte das Volk, weil es hungerte. Durch den krisenhaften Brotmangel aufs äußerste erbittert, ging es auf die Straße. Die Armee in Petersburg trat nach einigem Schwanken zu ihm über und entschied dadurch das Schicksal der Revolution. Am 12. März war die Hauptstadt in den Händen des Proletariats; am gleichen Tag schuf es sich in dem Arbeiter- und Soldatenrat die Organprojektion seines revolutionären Willens. Die bürgerlichen Parteien erkannten jetzt, wohin die Reise ging, und trachteten danach, den Anschluß nicht zu versäumen. Die Fäden nach rechts, zum Zartum, hatten sie selbst durchschnitten, also blieb nur der Ruck nach links übrig, der Exekutivausschuß der Duma — auch die Bürgerlichen hatten sich im Verein mit dem fortschrittlich gesinnten Teil des Adels ihr revolutionäres Organ gebildet — suchte und fand Fühlung mit dem Petrograder A.- u. S.-Rat.

So zeichnen sich dem schärfer Zusehenden auf dem Hintergrunde der russischen Umwälzung von 1917 zwei Revolutionen ab, eine bourgeois-politische und eine proletarisch-soziale, wobei die erstere die allerdings unfreiwillige Schrittmacherin für die zweite abgibt, obwohl sie ganz andere Ziele verfolgt. Sie wollte auf dem Wege eines unblutigen Umsturzes die Einführung der konstitutionell-parlamentarischen Monarchie nach englischem Muster unter Beibehaltung der alten Duma, die Reorganisation der Armee und des Hinterlandes und die siegreiche Beendigung des Krieges; die zweite Revolution dagegen erstrebte, wenn nötig auch durch blutigen Klassenkampf, die „demokratische" Republik mit einer aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Konstituante, als Ersatz der auf Grund eines beschränkten, parteiischen Wahlrechtes berufenen Duma. Die republikanische Regierung sollte „Brot und Frieden" schaffen, d. h. die Ernährung des hungernden Volkes sicherstellen und dem Krieg durch einen allgemeinen Frieden „ohne Entschädigungen und ohne Annexionen" schnellstens ein Ziel setzen; sie sollte auch, und zwar sofort und aufrichtig, die großen sozialen Reformen durchführen, vor allem den Achtstundentag und die Agrarreform.

So standen sich die beiden Lager mit ihren Forderungen und Zielen mißtrauisch gegenüber, in ihrer Kraftanspannung nur solange gleichgerichtet, als es gegen den gemeinsamen Feind, die Autokratie und die reaktionäre Regierung ging. Zur Durchführung dieses Kampfes hatten sich die Proletarier in den Revolutionswagen der Bourgeoisie gesetzt und sich bis zu diesem Ziele fahren lassen; dort angelangt, wollten sie aber die vom bürgerlichen Block der Duma gewünschte Fahrtrichtung nicht mehr einhalten, jedoch auch nicht aussteigen, sondern sie streckten selbst die Hand nach der Steuerung aus, wobei ihre bürgerlichen Reisegefährten natürlich nicht ruhig zusahen. Dieser Kampf um das Lenkrad, das nach der wechselnden Kraft der Lenker bald nach rechts bald nach links gedreht wurde, füllt den größeren Teil des Jahres 1917 aus, bis dann der unterwegs zugestiegene Lenin im November Bürger und „Sozialverräter" hinauswirft und den Staatswagen in den bolschewistischen Schuppen steuert.

Lehrreich und lockend wäre ein vergleichender Seitenblick auf die Entwicklung der deutschen Revolution, die sich, bis jetzt wenigstens, in ähnlichen Abschnitten, aber in umgekehrtem Sinne vollzogen hat. Sie begann am radikalen Flügel und schickte die Unabhängigen als Schrittmacher vor, während die Mehrheitssozialisten als die Nutznießer der Revolution — dieser Vorwurf stammt von der U. S. P. — sich auf die Ministerstühle setzten, welche die Radikalen von den Vertretern der alten Herrschaftsordnung reingefegt hatten. Und eine weitere Parallelbewegung, mit umgekehrtem Vorzeichen: wie in Rußland der bürgerliche Block den Anschluß nach rechts, an die Autokratie aufgegeben hat und bei Gefahr der Vereinsamung nach links sondieren muß, so geht in Deutschland und in Bayern den Mehrheitssozialisten die Fühlung nach links zu den Unabhängigen verloren, so daß sie gezwungen sind, sich nach rechts an die bürgerlichen Parteien anzulehnen. Gerade die jüngste politische Entwicklung in Bayern hat hier diesen Annäherungsprozeß zum Abschluß gebracht. Ob nicht auch hier ein Lenin den Steuerhebel schließlich in die Hand nimmt, hängt lediglich von der Widerstandskraft des deutschen Bürgertums ab, die auf Grund von dessen politischer und kultureller Vergangenheit doch ungleich höher einzuschätzen ist als diejenige der russischen Bourgeoisie.

Allerdings zunächst schien es, als ob diese das Heft in der Hand hätte. So durfte man wenigstens nach der Zusammensetzung der ersten vorläufigen Regierung annehmen, die am 14. März von dem Fürsten Lwoff, dem fortschrittlichen Organisator der großen ländlichen Selbstverwaltungskörper, der Zemstwos, gebildet wurde und außer dem als Bindestrich zu der Linken dienenden sozialistisch-revolutionären Trudowiki[1])-Führer Kerenski lauter Bürgerliche umfaßte. Sämtliche Parteien des fortschrittlich-oppositionellen Dumablocks waren in den neuen Ministern vertreten, die linksliberalen Kadetten — die Bezeichnung ist gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Worte „Konstitutionelle Demokraten" — mit Miljukoff, dem Minister des Aeußern, an der Spitze; die rechtsliberalen Oktobristen — sie bekennen sich zum kaiserlichen Konstitutionsmanifest vom Oktober 1905 — unter der Führung des Kriegsministers Gutschkoff; die politisch zwischen Oktobristen und Kadetten stehenden Progressisten waren durch den Ministerpräsidenten Fürsten Lwoff vertreten. Diese glänzende Phalanx der besten Männer, welche die russische Bourgeoisie aufzuweisen hatte, sollte schon einen Tag nach der Kabinettsbildung, am 15. März, in der Frage des Zarenersatzes ihre erste Kraftprobe gegenüber dem radikalen Petrograder A.- und S.-R. bestehen — und unterlag. Der von den Bürgerlichen als Nachfolger seines Bruders in Aussicht genommene Großfürst Michael mußte unter dem Druck der Linken am 16. März erklären, daß er nur aus den Händen der schnellstens einzuberufenden Konstituante, die über die endgültige Staatsform zu bestimmen habe, sein Amt entgegennehmen werde. Dieselbe Anschauung machte sich der Aufruf zu eigen, mit welchem sich die neue Regierung am gleichen Tage, am 16. März, dem Volke vorstellte; damit gaben die Liberalen ihre alte Forderung einer parlamentarischen Monarchie ohne weiteres preis. Auch die meisten übrigen Programmpunkte der Regierungserklärung waren sozusagen nach dem Diktat des A.- u. S.-Rates geschrieben, so z. B. die allgemeine Amnestie für terroristische Handlungen, für Militärrevolten und „Agrarverbrechen", d. h. durch die Bauern eigenmächtig vorgenommene Enteignungen des Großgrundbesitzes.

Der bürgerliche Block hatte also einen Pyrrhussieg errungen, dessen Bedeutung noch dadurch unterstrichen wurde, daß die Proletarier sich nur in der Friedensfrage zu einem Zugeständnis bereitfanden und zunächst in die Fortsetzung des Krieges einwilligten. Bald zeigte es sich jedoch, daß die Linke diese Abmachung, welche die viel umstrittene Frage der Kriegsziele aufs engste berührte, äußerst ungern einhielt. Kein Wunder, daß sie zum Ausgangs- und Mittelpunkt der politischen Kämpfe wurde, die im April und Mai zwischen den beiden Lagern entbrannten und an Heftigkeit immer mehr zunahmen, nicht zuletzt unter dem Einfluß der aus dem Ausland und aus der Verbannung zurückströmenden Revolutionäre von Klasse und Fach, unter ihnen Nikolaj Iljitsch Uljanoff-Lenin, der am 16. April in Petrograd eintraf. Auch hatte sich das Proletariat nach innen immer mehr gefestigt und sich am 11. April auf dem 1. allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte — die Provinz hatte inzwischen ebenfalls ihre Räte gewählt und so der Revolution auch im Lande zum Durchbruch verholfen — ein oberstes Machtorgan durch Wahl des Zentralexekutivausschusses geschaffen.

Anfangs Mai kam der Streit offen zum Austrag, als Miljukoff seine imperialistische Erklärung über die Fortsetzung des Krieges bis zum Siegfrieden abgab, dessen Preis die Gewinnung der Dardanellen sein sollte. Er platzte damit mitten

[1]) „Arbeitspartei".



in die sozialistische Maifeier hinein; die Folge waren gewaltige Friedensdemonstrationen der Arbeitermassen und geharnischte Gegenerklärungen der Sowjets.

Der zweite Abschnitt der Revolution beginnt mit dem Rücktritt Miljukoffs, der am 15. Mai dem Druck der erbitterten Volksstimmmng weichen mußte. Fürst Lwoff schritt am 17. Mai zur Neubildung der Regierung; Kerenski übernahm das Kriegsministerium, der Sozialist-Revolutionär Tschernoff, einer der besten Kenner der Agrarfrage, den Ackerbau; außerdem traten noch vier gemäßigte Sozialdemokraten in diese „erste Koalitionsregierung" ein, zu deren Beschickung sich das Exekutivkomitee der Sowjets erst nach vielen Redekämpfen und wechselnden Abstimmungen entschlossen hatte. Damit war die einstweilige Einigung zwischen Bourgeoisie und proletarischer Demokratie vollzogen, während sie vorher in der Regierung einerseits und in den Sowjets andererseits als selbständige Kräfte neben- und gegeneinander gewirkt hatten. Der Ruck nach links gab sich auch in der Regierungserklärung vom 19. Mai kund, die nunmehr für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigungen und ohne Annexionen, also unter Aufgabe des Miljukoff-Programms, eintrat. Doch war man auch jetzt noch für die Fortsetzung des Krieges und bezeichnete die Verstärkung der Offensiv- und Defensivkraft des Heeres (das im übrigen weitgehend demokratisiert werden sollte!) als die Hauptaufgabe der Regierung. Die Frage einer neuen großen Offensive war damit in den Vordergrund der politischen Bühne getreten, auf der jetzt Kerenski, der neue Kriegsminister und redegewaltige Reorganisator der Front, als Hauptschauspieler vor dem Ententeparkett erschien.

Hatten sich Bourgeoisie und die Mehrheit des Proletariats (der „Demokratie" nach russischer Ausdrucksweise) in dieser Frage zusammengefunden, so verschärften sich im Streit um die Offensive die ohnehin schon bestehenden Gegensätze innerhalb der radikalen Parteien nur um so mehr. Im Petrograder Sowjet waren die Sozialdemokraten, hinter denen zumeist die Arbeiter der großen Industriemittelpunkte standen, schon über der Frage des Eintritts in die Koalitionsregierung aneinandergeraten. Der gemäßigte Flügel, die Menschewiki, die besonders in den Räten der Provinz und im Zentralrat einen starken Rückhalt hatten, glaubten bei dem augenblicklichen Stand der russischen Arbeiterbewegung auf die Mitwirkung der Bourgeoisie noch nicht verzichten zu können und wollten mit ihr in einer bürgerlich-demokratischen Republik zusammenarbeiten. Der radikale Flügel dagegen, der sich vor allem auf die Arbeiter der Petrograder und Moskauer Großbetriebe stützte, die Gruppe der Bolschewiki unter Lenins Führung, glaubte die Stunde für die Diktatur der klassenbewußten Arbeiter und Bauern gekommen und lehnte das „sozialverräterische" Zusammengehen mit der Bourgeoisie, der Trägerin des Kapitalismus, für immer ab. „Die ganze Macht den Räten!" so predigten die Bolschewiki, denen sich jetzt in der Stellungnahme zur Offensive, d. h. in der bedingungslosen Ablehnung derselben, auch die Internationalisten, der linke Flügel der Menschewiki, anschlossen. Den Bolschewiki hatten sich in den Sowjets noch die Linksstehenden der Sozialisten-Revolutionäre zugesellt, jener zweiten großen „demokratischen" Partei, die vorwiegend in den breiten Volksmassen des flachen Landes, den Bauern und Kleinbürgern, wurzelt, aber auch aus den Kreisen der Intellektuellen starken Zulauf hat.

Die Offensive brach am 1. Juli unter Brussiloffs Oberbefehl „planmäßig" los und endete nach anfänglichen Erfolgen mit einer schweren Niederlage. Die inneren Schwierigkeiten wuchsen, die Stellung der Regierung war erschüttert. Die bürgerlichen Minister drohten mit Rücktritt, die sozialistischen Kollegen suchten sie durch weitere Zugeständnisse zu halten. Die Bolschewiken gingen in der Hoffnung, aus dem allgemeinen Wirrwarr Nutzen ziehen zu können, zu bewaffneten Straßenkundgebungen über, um den Sowjet zu schärferem Vorgehen gegen die Bourgeoisie zu zwingen. Der Vollzugsrat ließ den Aufstand durch die Kosaken niederknütteln. Proletarier hatten das Blut von Proletariern vergossen, die Bolschewiki hatten ihre Kraft überschätzt und sahen das Proletariat geschwächt und gedemütigt, die Bourgeoisie triumphierend.

Gestärkt hielt diese ihren Einzug in die zweite Koalitionsregierung, an deren Spitze an Stelle des Fürsten Lwoff der nunmehrige Ministerpräsident Kerenski trat. Mit dem 23. Juli, dem Geburtstag des ersten Kerenski-Kabinetts, beginnt die dritte Phase der Revolution, die im Zeichen der Bolschewikenverfolgung steht. Kerenski, durchaus nicht der gewaltige Diktator, als den ihn damals die Ententepresse verherrlichte, sondern ein schaukelnder Opportunist, folgte willig dem Zuge nach rechts, trat scharf gegen die Bolschewiken auf, sperrte ihre Führer ein, unterdrückte ihre Presse, führte an der Front wieder die Todesstrafe ein und wollte vom Frieden nichts wissen.

Aber schon Mitte August erholt sich das Proletariat wieder von seiner Julíniederlage. Die Lenin-Leute fassen wieder Mut, besonders da sie sehen, daß die Massen, wenn nicht ihnen, so doch ihren Freunden, den Internationalisten, immer mehr zuströmen. Der Zug nach links ist unverkennbar, und sofort wechselt Kerenski von rechts herüber. Eine vom 25.—29. August zur Besprechung der Lage von ihm nach Moskau einberufene Tagung aller maßgebenden Kreise des Reiches, die Sowjets inbegriffen, endet in Unzufriedenheit und allgemeinem Mißtrauen. Ein Bolschewikenblatt kennzeichnete damals die Lage treffend folgendermaßen: „Die Kadetten haben einen günstigen Eindruck gemacht mit ihrem reichen Bestand an guten Talenten und Köpfen, aber es fehlt ihnen das Wichtigste, das Vertrauen der Massen. Es sind Führer ohne Truppen. Das Gegenteil ist bei den Sowjets der Fall: sie haben die Massen hinter sich, aber keine Führer."

In diese allgemeine Unentschlossenheit fiel der Staatsstreich des Generalissimus Korniloff wie eine Bombe. Aber sein Versuch, durch den Marsch auf Petrograd eine Diktatur zu errichten, mißlang infolge der Gehorsamsverweigerung seiner vom Petrograder Sowjet bearbeiteten Soldaten. Das war der Anfang vom Ende; die Regierung verfiel einer schleichenden Krisis.

Die Mitte September einsetzende vierte Entwicklungsstufe der Revolution ist gekennzeichnet durch das stetige Anwachsen des Einflusses der radikalsten Linken. Der Schwerpunkt der politischen Aktion wurde mehr und mehr von der Regierung in den Zentralrat der Sowjets verlegt; aber schon mußte sich dieser seinerseits gegen den unter Lenins Führung immer bolschewistischer sich geberdenden Petrograder Sowjet wehren. Anfangs Oktober hatte sich die Lage so zugespitzt, daß es der Zentralrat für notwendig hielt, an das Land zu appellieren; eine Tagung aller demokratischen Organisationen Rußlands (der Sowjets, Kooperativen, Gewerkschaften usw.) sollte über die Frage entscheiden,

Ueber den Berg

werden wir voraussichtlich kommen, aber das deutsche Volk wird zur Erfüllung der schliesslich endgültig festgelegten Friedensbedingungen hart, sehr hart arbeiten müssen, auch um in der Welt wieder zu Ansehen, einiger Macht und Einfluss zu gelangen. Eine wichtige Aufgabe wird hier der grossen führenden Presse zufallen, die das Deutschtum im Inland und Ausland neu pflegen und festigen und all die abgerissenen Fäden für ein geordnetes und geregeltes Leben wieder anknüpfen muss. Die Presse unserer Richtung hat dabei die christlichen Ideale hochzuhalten und die Interessen aller Volkskreise zu vertreten.

Jeder Leser und jede Leserin, die sich davon überzeugt hat, wieviel positive Arbeit die „Allgemeine Rundschau" auf diesem Gebiete schon in den letzten Monaten geleistet hat, wird ihren Wert für die Zukunft richtig einzuschätzen wissen und nicht nur beim bevorstehenden Quartalswechsel das eigene Abonnement rechtzeitig erneuern, sondern auch noch Bekannte und Freunde für unsere Sache und als Bezieher der „A. R." zu gewinnen suchen.

Es ist eine unausbleibliche Folge der immer noch gewaltig steigenden Unkosten, sowohl in der Druckherstellung, wie in der Papierbeschaffung usw., wenn sich auch die „Allgemeine Rundschau" vor die Notwendigkeit gestellt sieht, den Abonnementspreis in ähnlichem Verhältnis, wie es die übrige deutsche Presse getan hat, zu erhöhen. Die vierteljährliche Bezugsgebühr beträgt vom 1. Juli 1919 an M. 4.50.

ob die zukünftige Regierung mit oder ohne die Bourgeoisie arbeiten solle. Die Mehrheit des Kongresses entschied sich nach einigen verworrenen Vorabstimmungen für eine Koalition, worauf die bolschewistische Fraktion unter Protest die Versammlung verließ. Diesen letzten Sieg hatte die Bourgeoisie dem Kleinbürgertum zu verdanken, das in seiner Angst vor Lenin für die Koalition stimmte. Das am 7. Oktober von dem Verlegenheitsnothelfer Kerenski aus einer bürgerlichen Mehrheit und den rechtsstehenden Radikalen gebildete 3. Koalitionsministerium erhielt ein Kontrollorgan in Gestalt eines aus der demokratischen Konferenz herausgewählten Vorparlaments, des „Provisorischen Rates der russischen Republik" mit 305 Sitzen, von denen 120 den nichtdemokratischen Parteien und 66 den Bolschewiki zugedacht waren.

Auf dem Regierungsprogramm stand an allererster Stelle die Schaffung einer starken und disziplinierten Armee. Aber zu spät! Die immer unverhüllter betriebene bolschewistische Propaganda hatte den ganzen Heeresbau ausgehöhlt; auf die Soldaten und selbst die Kosaken war kein Verlaß mehr. Die Zeichen mehrten sich, daß das „unterirdische Rußland" sich anschickte, auf dem Kraftfeld dynamisch aufzutreten. Trotzki übernahm am 7. Oktober den Vorsitz im Petrograder A.- und S.-Rat; da und dort flackerten Streiks auf, Ende Oktober verteilten die Bolschewiken Waffen an die großen Fabriken in der Hauptstadt und beraumten unter den Augen Kerenskis, des ewig Unschlüssigen, den 2. allrussischen Rätekongreß auf Anfang November an. Am 25. Oktober bildete der Petrograder Sowjet einen revolutionären Kriegsausschuß, der am 5. November die Kontrolle über die Befehlsgewalt des Generalstabes beanspruchte. Die Regierung schlug in letzter Stunde einen Kompromiß vor, unterdrückte aber gleichzeitig die bolschewistische Presse. Am folgenden Tage rief der revolutionäre Kriegsausschuß die hauptstädtische Garnison zu den Waffen, am Abend besetzten Matrosen das Haupttelegraphenamt. Am 7. November trat der Rätekongreß zusammen, der am 8. den „Rat der Volksbeauftragten" einsetzte und ihm die Regierungsgewalt übertrug. Lenin hielt mit der Armee die tatsächliche Macht in den Händen, er hatte das Spiel der Kräfte gewonnen. Bourgeoisie und „Demokratie", die beiden gemäßigten Komponenten, wurden von der bolschewistischen Resultante endgültig ausgeschaltet.

Deutschlands Zukunft.

Betrachtungen bei der Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft. Von Dr. Hans Traugott Schorn.

„Revolution und deutsche Jugend" lautete das Thema eines Vortrages, den Professor Alfred Weber Ende März im neuen Kollegienhause zu Heidelberg hielt. Es war der erste Vortrag, dem ich bei meiner Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft in Deutschland beiwohnte. „We shall shut you out from this world for a little while,"[1]) hatten mir am 17. Dez. 1914, dem Tage meiner Internierung, die Polizisten der Homesroadpolizeistation von Kentishtown im Nordwesten Londons zugerufen. Was dieser Ausschluß aus der Welt für meinen politischen Denkprozeß bedeutete, belehrten mich die Ausführungen des Redners über so manche Dinge, die mir begrifflich vollständig fremd waren, wie Spartakismus, Einheitsschule, Arbeiter- und sonstige Räte. In einem Punkte aber verstand ich ihn aus innerster Ueberzeugung wie vielleicht Niemand in der Versammlung, nämlich in der Darlegung des furchtbaren Ernstes der Zeit, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein deutschen Wesens, um wirtschaftliche und nationale Freiheit oder Sklaverei, ja, um den Untergang des größten und edelsten Kulturvolks der Weltgeschichte handelt. Mit Recht durfte Redner ausführen, daß die zu Sklaven gewordenen Trojer und Agrigenter ein wirtschaftlich angenehmeres Leben führen konnten, als dasjenige sein wird, das uns die Entente beim bevorstehenden Friedensschluß gestatten wird.

Drei Jahre vor Ausbruch des Krieges wohnte ich einem englischen Vortrag des Münchener Professors Sieper in der Westminsterhall zu London bei, dem der Lordkanzler Lord Loreburn präsidierte. Es war ein überzeugender Beweis von Ehrlichkeit, Biedersinn und weltdurchdringender Liebe für ein fremdes Volk, der alle Zuhörer ergriff, die in Zwischenrufen die eigene Presse unehrlicher Handlungsweise beschuldigten. Fast beschämt gestand Lord Loreburn in seinem Schlußwort: „Wer von uns könnte in Deutschland so reden, wie hier Professor Sieper?"

Zu gleicher Zeit wurde in der Zeitschrift „Vortrupp" in der Januarnummer ausgeführt, daß das wahre Mannesideal in der Kulturgeschichte nur die Griechen und Engländer erreicht hätten. Hätte je ein Engländer, Franzose oder Amerikaner die eigene Mißachtung soweit getrieben? Professor Dr. Ludwig Stein aber schrieb unter Berufung auf Stimmen führender englischer Politiker über politische Legendenbildung, durch die man in Deutschland geflissentlich die ehrliche englische Friedenspolitik zu stören und zu hemmen suchte. So dachte und sann idealer, friedlicher Weltbürgersinn, während England immer fester die Zügel der Weltregierung in die Hand nahm, mit Frankreich, Rußland und Japan Abkommen traf, in Belgien und Italien konspirierte und zu gleicher Zeit deutsche Journalisten, Studenten, Arbeiterverbände, Bürgermeister, Juristen usw. nach seiner Hauptstadt lud, um in ihren Augen so meisterhaft die Friedensrolle zu spielen wie Rom im Kampfe mit Ariovist, der mit Geschenken überhäuft und römischer Bürger wurde, nachdem man sich längst auf dem Kapitol über den bevorstehenden Krieg schlüssig geworden war. Ich riet damals schriftlich und mündlich dem liberalen Abgeordneten J. G. Gooch, eine Austauschreise von Parlamentariern beider Länder zwecks Aussprache und Verständigung zu arrangieren. Er meinte jedoch gelegentlich einer Besprechung mit mir im House of Commons: „That would only do harm!"[2]) Allerdings würde ein derartiges Zusammenkommen nicht die Friedensidee, sondern die englische Intrigenpolitik empfindlich gestört haben, wenn man deutscherseits auf praktischen Garantien und nicht auf der Erzeugung eines sinnverwirrenden Nebeldunstes bestanden hätte. Ließ doch England damals für einen Augenblick die Maske fallen, als man dem Reichskanzler Bethmann Hollweg erklärte, man könne nicht das Versprechen abgeben, an einem Angriffskriege gegen Deutschland sich nicht zu beteiligen.

Wohl am ehrlichsten aber sprach sich noch in meiner Gegenwart über die bestehende Lage der verstorbene Sir Herbert Tree aus, der zur Zeit des Agadirvorfalles nach einer Aufführung der „Lustigen Weiber von Windsor" im His Majesty-Theater in einer in seinem Ankleideraum stattgefundenen Unterredung mit Dr. K. Peters und mir bezüglich der politischen Lage bemerkte: „They are all great blackguards![3]) Ironie und Zufall wollten es, daß er in seiner Falstaffmaske diese Aeußerung machte.

Inzwischen hat die Weltgeschichte selbst gesprochen. Sie hat auch dem begeistertsten Englandfreunde die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß die geistige und politische Geschichte mit dem zeitenüberlebenden Grundbestande eines Volkes zu eng verknüpft ist, um die übliche Spießbürgerbemerkung: „Ja, das war einmal früher so!" als völlig sinn- und haltlos abzufertigen. England ist sich in der Neuzeit in Geistesleben und Politik völlig treu geblieben. Wer Englands Weltbetrachtung richtig verstehen will, der lese nur die Gesellschafts- und Wirtschaftslehren Lockes (1632—1704) und Adam Smiths (1723—1790), worin der Erstere neben das göttliche und bürgerliche Gesetz die Macht der öffentlichen Meinung stellt, die nach seinen Worten der Tugend am nächsten kommt. Wer die durch die Tätigkeit der Jingopresse künstlich erzeugte öffentliche Meinung in England im Verlaufe des Weltkrieges sich vergegenwärtigt, erkennt hier leicht den sklavischen Zwang der gesellschaftlichen Bindung, der in einer solchen Lebensbetrachtung enthalten ist. Ebenso kennt Adam Smith nur eine äußere, keine innere, d. h. eine moralische und intellektuelle Freiheit. Ein inneres Sichfreuen über die Arbeit, ein inneres Wachsen und Sichvollenden durch ihr Gelingen ist seiner Auffassung unbekannt. Alles wird unter den Gesichtspunkt des äußeren Vorwärtskommens und Erwerbs gestellt. Religion, Wissenschaft und Erziehung sind keine selbstständigen Kräfte, sondern dienende Werkzeuge einer rein äußeren Weltbetrachtung.

Locke und Smith überbietet jedoch in der Auffassung vom äußeren Erfolg und seiner öffentlichen Rechtfertigung ein Timeskorrespondent, der im Juli 1918 in einer Zuschrift über christlichen Imperialismus ausführte, daß der Erfolg der englischen Politik die Wahrheit des Satzes der Bergpredigt bestätige: „Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen!" So wagt ein Angehöriger eines Volkes zu sprechen,

[1]) Wir werden euch für einige Zeit von dieser Welt ausschließen.

[2]) Das würde nur Unheil (Schaden) anrichten.
[3]) Sie sind alle große Lumpen!



das nach Ruskins Worten in blinder Anbetung des Mammons seinem Gott das Evangelium geradezu ins Angesicht geworfen hat.

Wer aber die großbritannische Politik aus Englands Geschichte nach Gebühr würdigen will, der mache sich mit der harten Normannenpolitik Wilhelms des Eroberers vertraut, der Politik jener Normannen, die auf dem Boden der einstigen römischen Provinzen altrömische Politik so erfolgreich gelernt wie die im alten Gallien seßhaft gewordenen Franken. Der harten, grausamen Staatskunst der in England angesiedelten französischen Normannen hat sich das alteingesessene Britentum und die in Kirche und Schule tätige Sachsenart bei jeder großen politischen Entscheidung willenlos gefügt. Ihr hat nie Moral in der äußeren und inneren Politik etwas gegolten. Sie benutzte die Rachsucht eines ehebrecherischen irischen Großen, der sich dem Schiedsspruch seines Landtags fügen mußte, dazu, Irland im Jahre 1171 zu erobern, wo noch heute die von Robert Fitzstephen erbaute Ferrycarrruine an der Mündung des Slaney in der Nähe von Wexford die „Sanftmut" der großbritannischen Weltbesitzer verkündet. 300 Jahre später finden wir dieselbe Politik wieder bei dem Kronprätendenten der weißen Rose, Richard III., dem Shakespeare die Worte in den Mund legt:

„Gewissen ist ein Wort, das Memmen brauchen,
Ersonnen nur als Zügel für den Starken.
Uns heiß' allein die blanke Wehr Gewissen,
Das Schwert Gesetz!"

Sie offenbart sich in der Heiratspolitik des Tudorkönigs Heinrich VIII, in seinem Bruch mit Rom, in der gewaltsamen Unterdrückung der Katholiken bis zur Zeit Pitts sowie in den Blockadebestimmungen zur Zeit der napoleonischen Kriege, worüber Henrik Ibsen in seiner Dichtung „Terje Wigen" sich also äußert:

„Der Engländer, will das Schicksal, darf
Frei plündern Norwegens Meer.
Für seine Tränen ein Lächeln nur,
Statt Erhörung eisiger Hohn.
Es weht von Ost, nach Westen fuhr
Des stolzen Albion Sohn."

Sie offenbart sich in dem Banditeneinfall des Dr. Jameson in Transvaal, in dem gewalttätigen Burenkriege, wovon noch den kommenden Zeiten das den unglücklichen Frauen und Kindern gesetzte Denkmal in Bloemfontein zeugt, sowie in der Einkreisungspolitik des lasterhaften Königs Eduard VII.

Das englische Gedankenleben wie die englische Politik hätten wir damit berührt. Man weiß jetzt wohl allgemein, daß England, das vielgepriesene Bollwerk der Freiheit, sich in diesem Kriege innerlich und äußerlich als eine Trutzburg schlimmster Tyrannei bewiesen hat. „J am ashamed of beeing British"[4]) konnten die Polizeiinspektoren tagtäglich an den einzelnen Distrikthöfen seitens englischer Frauen von internierten Deutschen hören, die entrüstet über die Vorgänge daheim in vielen Fällen nach dem ausgehungerten Deutschland in die Fremde sich begaben.

Schon Friedrich der Große hat die Briten richtig erkannt, wie seine Worte bekunden: „Die Engländer kommen immer mit ihrem ewigen Kehrreim, daß man Frankreichs Ehrgeiz brechen müsse und seine Sucht, überall zu herrschen. Aber ich bitte Sie, wer will das mehr und hochmütiger als die Engländer selbst."

Wir aber sollen heute aus unserer eigenen Geschichte etwas lernen im Sinne der Mahnung von Professor Dahlmann, dem Freunde Kleists: „Die glücklichen Zeiten bedeuten etwas für sich selbst, die unglücklichen etwas im Zusammenhang mit der Geschichte." Unsere Lage ist bedrängter und kritischer als die der Deutschen zur Zeit vor der Schlacht im Teutoburger Walde oder dem Ringen bei Leipzig. Besinnen wir uns vor allem auf unsere eigene Art, auf das, worin wir gefehlt, auf unseren Mangel eines lebenbeherrschenden Erziehungsideals, unsere Loslösung von dem jahrtausendalten Grundgefüge unseres Volkstums, auf unsere Preisgabe des lebenerhöhenden und vertiefenden Ewigen im Dienste des flüchtigen Augenblicks. Der Besitz seelischer Güter zeigt uns auch im Unglück groß und erhaben. Erfolgt eine innere Gesundung des ganzen Volkskörpers, eine geistige und moralische Wiedergeburt, stellen sich die breiten Massen wieder in den Dienst der Gesamtheit und bringt die Empfindung durch, daß nach den Worten Eichendorffs auch die Masse nur eine Idee ist, die, wenn sie wie das Königtum oder die Freiheit wirklich ins Leben treten soll, individuell und persönlich werden muß, — dann wird auch einmal wieder ein äußerer politischer Sieg, eine äußere politische Befreiung die innere Entknechtung bestätigen, — dann werden wir nie „das Arbeitsvolk des syndizierten Weltimperiums werden, dessen Exekutivausschuß der Völkerbund darstellt" (Alfred Weber), — dann werden wir klar und deutlich unsere Stellung im Weltganzen verstehen und im welterlösenden Aufgehen in unserer eigenen Natur unser deutsches Mannesideal erkennen, — dann wird ein Sozialismus der Gesinnung innere Einheit und Einmütigkeit schaffen. Wir sind mehr als ein gleichgültiges Stück eines seelenlosen Naturmechanismus. Wir sind Träger und Mitarbeiter einer neuen Welt, die sich selbst ihr Schicksal und ihre Zukunft formen. Wenn die Einzelseele wieder mit der Volksseele sich vereint, wenn die Kraft des Gemüts uns wieder für Ideen und ideale Güter begeistert, dann werden wir auch politisch weiter leben. Bleiben wir uns selbst treu, dann werden nicht nur die Anschläge unserer Feinde zu Schanden werden, sondern wir werden vielleicht noch die Stunde erleben, wo das am 18. November 1777 vom Earl of Chatam, dem älteren Pitt im Hause der Lords gesprochene Wort aufs neue zur Wahrheit wird:

„But yesterday . .
And England might have stood against the world,
Now none so poor to do her reverence."[5])

[4]) Ich schäme mich ein Brite zu sein.

[5]) Aber gestern . .
Und England könnte gegen eine ganze Welt gestanden haben.
Jetzt keiner ist so arm ihm Ehrerbietung zu zeigen.

Die Besetzung der Bischofsstühle von Metz und Straßburg.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Die Besetzung der Bischofsstühle von Metz und Straßburg mit französischen Prälaten hat in der deutschen Tagespresse zu Erörterungen geführt, die nicht in einem einheitlichen Urteile abschließen. Umstritten ist die Frage, ob, falls die Ernennung wirklich erfolgt ist, eine Verletzung der zurzeit dort gültigen Hoheitsrechte vorliegt und wem diese Verletzung gegebenenfalls zur Last fällt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" glaubt eine solche feststellen zu können und schreibt, die Ernennung der beiden neuen Bischöfe stelle einen Akt der französischen Staatsoberhoheit über Elsaß-Lothringen und ihre Anerkennung durch die Kurie dar. Dem gegenüber vermeint die „Germania" dafür eintreten zu können, daß nach dem Kirchenrecht die Ernennung nur durch den Papst vollzogen werde und werden könne, daß aber im vorliegenden Falle die vollzogene Ernennung noch nicht genügend beglaubigt sei, da nur eine Havasmeldung vorliege. Eine möglichst getreue Rekonstruktion der gesamten Vorgänge nach vorliegenden und unwidersprochenen Meldungen dürfte von selbst ergeben, welche Auffassung die zutreffende ist.

Am 5. März berichtete die Wiener „Reichspost" (Nr. 111) aus Lausanne, ein regierungsfreundliches Pariser Blatt habe darauf hingewiesen, „daß die Bischöfe von Metz und Straßburg deutscher Abkunft seien und daß der Vatikan durch ihre Abberufung Gelegenheit hätte, zu zeigen, daß er volles Verständnis für die Gefühle Frankreichs besitze". Was man sich in Paris von diesem sehr eindeutigen Winke erwartete, ist klar; trotzdem scheint er aber in Rom nicht die erwartete Wirkung getan zu haben. Man stand im Vatikan auf dem Standpunkte, den ja jüngst noch Bischof Touchet von Orleans im „Corriere d'Italia" ausgeplaudert hat: „Frankreich braucht den Papst", also möge es selbst zum Papste kommen und den letzten Schritt tun, aus seiner offiziösen Vertretung durch Mr. Charles Loiseau[1]) eine offizielle Vertretung zu machen. „Da die Gesinnung der Elsaß-Lothringer — schreibt eine Pariser Korrespondenz des „Momento" vom 4. Mai — es nicht ratsam erscheinen ließ, durch einen einfachen Regierungsukas einfach die beiden deutschen Bischöfe zu beseitigen" und da außerdem durch das Trennungsgesetz die Ernennung der Bischöfe wieder ausschließlich in die Hände des Papstes gelegt war, dieser aber, wie gesagt, keine Miene machte, dem Pariser Winke ohne weiteres zu entsprechen, anderseits aber die französische Regierung die beiden deutschen Bischöfe um jeden Preis los sein wollte, schien eben doch kein anderer Ausweg übrig zu bleiben, als der nach Rom-Canossa.

Um jedoch sich möglichst aus der Schlinge zu ziehen, versuchte man es noch einmal mit einer offiziösen Mission und da

[1]) S. „Allgemeine Rundschau" Nr. 22 vom 31. Mai 1919.

sich Denys Cochin schon vergangenes Jahr zu einer solchen Sendung hergegeben hatte, ließ Clemenceau diesem Politiker nahelegen, er möge dem Papste die Abberufung der beiden Bischöfe empfehlen. Wohl durch die damalige Aufnahme im Vatikan gewitzigt, wo man sich verwundert haben mag, daß ein sich katholisch nennender Politiker zu einer solchen Durchkreuzung der Anknüpfungsbestrebungen des Hl. Stuhles und einer Knebelung seiner Rechte sich hergab, erwiderte Cochin dem Lyoner „Nouvelliste“ zufolge, die Regierung solle ehrlicherweise einen solchen Schritt selbst ausführen, wobei sie die beste Gelegenheit hätte, die offiziellen Beziehungen Frankreichs mit dem Vatikan wieder aufzunehmen, worauf Clemenceau entgegnete: Niemals! Die Regierung, ob dieses Korbes verschnupft, pürschte sich nun an Kardinal Amette heran und dürfte dabei wohl auf dessen Eitelkeit gezählt haben; möglicherweise dürfte der Kardinal bezüglich des Kommenden auch „privat“ unterrichtet worden sein, denn es ist allzu auffallend, wie alles Weitere förmlich nach dem Schnürchen ging. Als nämlich der Kardinal vor seiner Abreise nach Rom am 12. März Clemenceau besuchte, äußerte dieser der erwähnten Pariser Korrespondenz zufolge, er sei erfreut, den Kardinal zu sehen. Der Klerus habe sich während des Krieges wahrhaft bewundernswert benommen. Er, Clemenceau, sei sogar bereit, seine Gefühle der Bewunderung durch irgendeinen positiven Akt auszudrücken, vorausgesetzt daß man nicht zu viel von ihm verlange. Darauf sprach Kardinal Amette (wohl instruktionsgemäß) den Wunsch aus, ermächtigt zu werden, in Rom über die Ernennung französischer Bischöfe für Metz und Straßburg zu verhandeln. Clemenceau war (natürlich) einverstanden.

Der Bericht fährt dann fort: Nun bestand aber noch eine Schwierigkeit. Die beiden Provinzen stehen noch unter dem Konkordate. Clemenceau widerstrebte es, sich direkt an Benedikt XV. zu wenden, um die Abberufung der beiden deutschen Bischöfe zu verlangen, worauf der Papst selbst den Weg ebnete, indem er offiziell der französischen Regierung die ihm von den beiden Bischöfen zugekommene Demission mitteilte. Daraufhin wurden die Namen der beiden Kandidaten der französischen Regierung amtlich dem Vatikan bekannt gegeben, und Kardinal Amette brachte sodann die Zustimmung des Vatikans mit nach Paris, so daß am 25. April eine Havasmeldung, die sich jedoch ausdrücklich als „amtlich“ bezeichnete, mitteilen konnte, daß die Ernennung der Bischöfe Ruch und Pelt durch den Präsidenten vollzogen sei, gemäß dem immer noch auf Elsaß-Lothringen anzuwendenden Konkordate vom Jahre 1801, das die Ernennung der Bischöfe der Zivilgewalt in Uebereinstimmung mit dem Hl. Stuhle überträgt.

Bekanntlich hat auch Kardinal Gasparri in seinem dem „Petit Parisien“ gewährten Interview sich auf den Standpunkt gestellt, daß für den Fall, daß die deutschen Bischöfe ihre Entlassung gäben, Elsaß-Lothringen provisorisch unter dem Regime des Konkordates stehe. Zugegeben; aber die Uebertragung der Hoheitsrechte an die französische Regierung, wie sie das Konkordat vorsieht, hat zur Voraussetzung, daß Frankreich in Elsaß-Lothringen überhaupt Hoheitsrechte besitzen kann, daß Elsaß-Lothringen Frankreich einverleibt ist und also der okkupationsrechtliche Zustand ein Ende gefunden hat. Das hat er aber de facto nicht.

Was nun die Demission der beiden deutschen Bischöfe betrifft, so erwähnen alle diesbezüglichen Meldungen ausdrücklich, daß es sich nicht um die Demission selbst dabei handle, sondern nur um das Angebot einer solchen; die Bischöfe haben dem Hl. Stuhle ihr Amt zur Verfügung gestellt und dieser kann nun Gebrauch machen, wenn er will. In diesem Falle trägt er allerdings allein die Verantwortung für die Abberufung. Es wird daher an der Darstellung nichts zu ändern sein, daß tatsächlich die französische Regierung im vollkommenen Einverständnisse mit dem Hl. Stuhle „so vorgeht, als ob das Land bereits der französischen Republik einverleibt sei, während es doch tatsächlich nur okkupiert ist und erst der Friedensvertrag die staatsrechtliche Entscheidung bringen kann“. Die französische Regierung hat auch den Bischofswechsel in einer rechtlich unzulässigen Weise erzwungen, soweit allerdings überhaupt von einem Zwange gesprochen werden kann, während die deutsche Regierung im Jahre 1871 die beiden französischen Bischöfe ruhig weiter amtieren ließ.

Die Neutralität des Hl. Stuhles während des Weltkrieges mit dieser Frage in Verbindung zu bringen, geht nicht an. Mit dem Ende des Krieges fällt auch die Voraussetzung für die Neutralität weg, denn sie war nur für die Dauer des Weltkrieges und nur diesem selbst gegenüber ausgesprochen. Der Vatikan hat nunmehr wieder freie Hand und macht sichtlich davon Gebrauch.

Die Schwalbe.

Du kleine Schwalbe, die du an dem First
Des Hauses aufbaust deiner Zukunft Leben,
Ob du auch meinem Heim und Schicksal wirst
Ein trautes Zeichen deiner Freundschaft geben?

Der Sommer kommt und öffnet deiner Brut
Ins freie Meer der Luft die höchsten Wege.
Sie ahnt noch nicht Gefahr, nichts von der Glut
Der Sonne und den Schlingen falscher Stege.

Trägt auch der Herbst dich fort in schnellem Flug,
Weil dir der Winter nicht vergönnt zu bleiben,
Wir hoffen: Wenn die erste Lerche schlug,
Wird dich die Sehnsucht nach der Heimat treiben.

Denn alle, die dein Kommen froh begrüsst,
Wie sie voll Trauer nur dein Scheiden sahen,
Sie wissen all', dass aus den Knospen spriesst
Ein neuer Frühling stets mit deinem Nahen.

Heribert Schneider.

M. Herbert: Frau Therese Keiter.

Zum 20. Juni 1919.

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

„Ehre, dem Ehre gebühret!“ Es ist eine Freude und ein Stolz, das biblische Wort an ihr erfüllt zu sehen, die am 20. Juni d. J. auf eine 60jährige Lebensstrecke und auf die mehr als 40jährige Ausübung ihres hohen Berufes zurückblicken kann. Eine Freude, weil es ein Köstliches bedeutet, die Arbeit und Mühe eines auf den Leuchter gestellten Lebens durch äußere Anerkennung und, mehr noch, durch inneren Glanz persönlicher und künstlerischer Würde gekrönt zu sehen. Ein Stolz, weil diese große und gute Frau, deren Künstler- und Menschentum wir seit lange zu Tausenden ehren, zu uns gehört und sich immer als „Bekennerin“ zu uns gesellt hat. Immer erachtete sie es als beglückende Auszeichnung, den Trägern der katholischen Dichtung zugerechnet zu werden. Und immer galt ihr die Kunst selbst in erster Linie als Mission. Welcher Art, sagt uns u. a. eine bemerkenswerte Stelle ihres Romans „Prinz Spiro Maria“. Etwas Herrliches, Schöpferisches, Gottverwandtes, heißt es dort, sei es um jedes wirkliche Können. Namenlose Feinheiten der Seele, des Herzens, der fünf Sinne, rückhaltlose Hingabe eines starken Menschen an seine besondere Aufgabe seien die notwendigen Bedingungen wahrer Künstlerschaft. Nie aber dürften wir vergessen: Gottes Kunsttheorie sei nicht die gemeinhin menschliche. Er fordere auch im Künstler vor allem die große Seele — den großen Heiligen. Heilige seien Menschen, die über ihr kleines Leben hinaus in das Leben Gottes hineinwachsen, die Gottes Eigenschaften sichtbar machen auf Erden. Daher das göttliche Gebot an den Künstler, in erster Linie das eigene Leben zum möglichst vollkommenen Kunstwerk zu gestalten. Die Liebe aber sei es (im Heilandssinne), die den Menschen, also auch den Künstler, auf die letzte Stufe emporhebe.

Es bereitet eine tiefe Genugtuung, von diesem Gesichtspunkte M. Herberts aus deren eigenes Leben und Schaffen zu betrachten, sehen wir doch darin Theorie und Praxis dieser Erkenntnislehre zu schöner Einheit verschmolzen, verkörpert. In M. Herbert lebt der Künstler den Menschen, der Mensch den Künstler. Eben deshalb wirken bei ihr jene Werke gebundener und ungebundener Rede — es sind selbstverständlich ihre besten —, in denen die Tendenz durchaus künstlerisch ausgelöst erscheint, dichterisch so packend überzeugend, ethisch so eindringlich vorbildlich. Zwar bedarf es einer sehr genauen persönlichen Kenntnis M. Herberts, um solch schwerwiegendes Zeugnis der Wahrheit ablegen zu können. Gerade darum stehe ich ein für das meine.

Nicht immer fand M. Herberts Kunst die Würdigung, die sie verdiente, auch nicht auf katholischer Seite; es gab eine Zeit, da die Neigung, an ihr schärfste Kritik zu üben, fast als Sport auftrat. M. Herbert hat dies überlebt, überwunden — niedergelebt, niedergerungen. Aber die eigentliche Zeit für ihre Dichtung soll doch erst kommen, wird kommen in jenen hoffentlich nicht mehr allzu fernen Tagen, da das christliche Kunstideal

wieder anfängt, sich allgemeiner durchzusetzen, von neuem volle, reife Wirklichkeit zu werden.

Die „Allgemeine Rundschau" hat immer zu M. Herbert gestanden, bis zur heutigen Stunde. Der hochverdiente Begründer brach mehr als eine Lanze für diese reine, edle Kunst, deren stolze Herbe er liebte, ohne für sie die Möglichkeit einer wünschenswerten Weiterentwicklung ablehnen zu wollen. Im Gegenteil, wußte er doch, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. So begrüßte er denn mit Freuden jeden ersichtlichen Fortschritt in dem tatsächlich ständig sich fortsetzenden Aufstieg der Dichterin, nicht zuletzt in der Lyrik, die — wir wissen es nachgerade alle — das Gewichtigste, Tiefste, Vollendetste ihrer Kunst ausmacht.

Schauen wir auf Umfang und Gehalt des bisher von M. Herbert Geleisteten, so faßt uns ein Staunen, denn bekanntlich war auch der äußere Lebensweg dieser künstlerischen Kraft kein leichter, hemmungsloser. Schon in der Jugend, die sie vorwiegend in dem hessischen Heimatstädtchen Melsungen verlebte, trat — bei vieler günstiger Anregung zum auffällig frühen Erwachen ihres eigenartig ernsten Talents durch Natur und sonstige Umgebung — der schwere Ernst des Lebens, das Leid an sie heran, um ihr von da an treu zu bleiben. Seit der Kindheit floß ihr der lyrische Quell leicht und ständig, ohne daß sie des daraus Geschöpften sonderlich geachtet hätte; nur ein kleiner Bruchteil der zahlreich hingekritzelten Gedichte wurde von zweiter Hand aufbewahrt, und erst seit 1899 erfolgte, auf Veranlassung anderer, die bisher zu einem Dutzend Bände gediehene Veröffentlichung der Gedichtsammlungen M. Herberts. Das Jahr 1883 brachte die erste Novelle, 1884 den ersten Roman der Dichterin in Buchform. Heute liegen über 50 Erzählbände von ihr vor. Die meisten entstanden in ihrer zweiten Heimat Regensburg, wohin sie 1888 als Gattin des bereits 1898 verstorbenen Literarhistorikers und Hausschatz-Schriftleiters Heinrich Keiter übergesiedelt war.

Der allzu frühe Tod des Gatten legte ihr die Sorge und die alles und jedes umfassende Fürsorge für die Ihren auf: Sohn und Tochter und die ebenfalls verwitwete Mutter, die jetzt noch ihr Heim teilt. So lernte sie den Zwang des Lebens kennen, der aber für Begnadete Segen zur Freiheit umschließt: zur inneren Freiheit jener in vollkommener Hingabe geübten Selbstüberwindung, die immer mehr Liebe zeitigt und verliehene Gaben immer reicher entfaltet. Derart wurde die ein oft schwerlastendes Arbeits- und Sorgenerz in lauteres Gold der Güte umsetzende Mutter der Ihren eine Mutter der Armen, eine Freundin und unermüdliche Helferin der Hilfsbedürftigen aller Art, eine wundervolle Versteherin der Kreuz- und Dornenkronträger, nicht zuletzt derer im Reiche des Talents, des Genies. Das beweist ihr häufiges schützendes und förderndes persönliches Einstehen für aufstrebende Begabte, das beweist ihre von genialer Einfühlung zeugende Dichtung über Großes und Größen in Literatur und Kunst (die Droste, Michelangelo, Vittoria Colonna, Lionardo da Vinci usw.).

Hier ist nicht Raum, um näher auf M. Herberts Lebenswerk im einzelnen einzugehen. Uns allen ist wohl auch ziemlich bewußt, was wir an ihr haben: einen echten Menschen von zarter, hochsinniger Fraulichkeit und edelster christkatholischer Gesinnung; einen echten Dichter von außerordentlich umfassender und tiefdringender Menschenkenntnis; von einer Gottinnigkeit, der, gerade in ihrer Unaufdringlichkeit, starke Werbekraft für den Weinberg des Herrn innewohnt; von einer Glut der Menschenliebe, die Tausenden lösend und führend ins Innerste gedrungen ist; von einer Wahrhaftigkeit, einer Kühnheit und konzessionslosen Gerechtigkeit, die erschütternd ans Gewissen der Gesellschaft und des Einzelnen zu pochen vermag und ganz geeignet ist, sogar in verzweifelten Fällen den Reue- und Sühnegeist zu wecken; von einem hohen Ernst, den ein goldener Humor aufs sonnigste zu mildern versteht.

Das alles gilt von der geist- und gemütvollen Erzählerin, die das von ihr Geschaute, Erfahrene anschaulich vor uns hinstellt mit wachen, mannigfachen Einblicken in Menschen und Menschentum, in Leben und Weben des Alltags und der Zeit, in die Zusammenhänge von Jetzt und Einst, von Künftigem und Ewigem. Und die Lyrikerin mit den einfachen großen Mitteln des Ausdrucks und der unmittelbaren Wiedergabe von eigenem verborgenstem Leben, von seiner Berührung mit der Seele des Bruders in der gottzugewiesenen engeren und weiteren Umgebung, mit der Seele des Volkes, der Natur, der Geschichte, der Kunst und alles Göttlichen? Hier kann ich nur raten: Geh hin und lies! Nimm von dem überströmend Dargebotenen — und vergiß nicht des Dankes gegen die so groß und gütig Gebende — und gegen Ihn, der uns sie selber gegeben hat.

Die Deutschen Westungarns.

Von Stephan Eisenstadt, Kismarton (Ungarn).

(Schluß.)

Der bäuerische Heanze hält fest am deutschen Wesen, obwohl ihm schon seit Jahrzehnten selbst die Volksschulen vorenthalten wurden. Die Heanzen in den Städten sind aber zum großen Teile vom Deutschtum abgefallen, was nicht zu verwundern ist, da jene Kinder, die auch die Mittelschulen besuchen, kaum mehr in die Lage kommen, richtig deutsch zu sprechen.

Ein gastfreundlich liebenswürdiges Benehmen zeigt der Heanze nicht, selbst ein Gastwirt überfließt nicht in Höflichkeit gegen seine Gäste. Er ist mißtrauisch gegen Fremde, aber sagt recht offen die Wahrheit ins Gesicht. Auf luxuriöse oder nette Ausstattung seines Wohnhauses und Hofes hält er nicht viel, darin wird er von den benachbarten Kroaten übertroffen. Auch die Intensität der Bearbeitung des vorzüglichen Ackerbodens läßt zu wünschen, edles Obst gibt es wenig. Eine Volkstracht gibt es längst nicht mehr, dunkle Farbe herrscht bei den Kleidern vor. Bunter Flitter gilt bei den Bauern als Leichtfertigkeit. Frommer Sinn hat auch im kleinsten Dorfe Kirchen entstehen lassen und für zahlreiche Kapellen, Bildstöcke und Wegkreuze gesorgt, deren Jahreszahlen an längst vergangene Zeiten mahnen. Verbrechen kommen nach den Aussagen der Gerichtspersonen selten vor. Auch als Handeltreibende und Handwerker genossen die Heanzen stets einen guten Ruf. Als Soldaten zeichneten sie sich in allen Kriegen aus, doch schwer genug war es ihnen, bei der ungarischen Honvéd zu dienen, da die Offiziere, meist Stockungarn, bestrebt waren, magyarisierend zu wirken.

Die Kunst fand bei den Heanzen seit jeher Pflege, was sich schon an vielen uralten, recht kunstvoll verzierten Steinsäulen zeigt. Die Ziegenkirche in Oedenburg, dann die Gotteshäuser in Pinkafeld, Mariasdorf, Hannersdorf und Eisenstadt sind anerkennenswerte Bauten; die Wallfahrtskirche in Eisenstadt ein ganz origineller Rundbau. Gefördert durch das reiche Fürstengeschlecht der Eszterházy entstanden großartige Schloßbauten, und auch andere adelige Familien sorgten für Belebung der Kunst. Das Steinmetzgewerbe hat seine Tätigkeit auf dem protestantischen Friedhofe zu Oedenburg verewigt, der zu einer Sehenswürdigkeit geworden ist. Unter dem früheren deutschen Adel errichteten vor allem die Familien Lichtenburg, Baumkirchner, Stubenberg, Stotzingen, Elderbach, Weißpriach, Zinsendorf, Puchheim, Grafeneck u. v. a. schöne Burgen, so daß man sich in den lieblichen Gegenden nach irgendeinem bayerischen oder württembergischen Gau versetzt fühlen könnte, würden uns nicht überall die ungarischen — aber nur ungarischen — Straßen-, Warnungs- und Ankündigungstafeln gar so fremd anmuten. Da wird z. B. in ein kerndeutsches Dorf ein stockungarischer Notar versetzt. Diese, förmlich berüchtigten, Leute haben in Ungarn einen großen Einfluß und es ist für einen solchen Machthaber eine leichte Sache, die Bauern zu überreden, in dem weltabgeschiedenen Dorfe rein ungarische Gassenaufschriften anzubringen, die nach den Namen irgendwelcher berühmter Ungarn und Deutschenfresser, die den Dörflern gänzlich unbekannt sind, benannt werden.

Oedenburg war nach Preßburg die nächste Stadt, die bereits vor 130 Jahren ein ständiges Theatergebäude als Steinbau erbauen ließ, und besitzt auch die älteste Turnhalle Ungarns. Nach den napoleonischen Kriegen gründete der Oedenburger Frauenverein eine noch heute segensreich wirkende Erziehungsstätte für Töchter von gefallenen Offizieren. (In Oesterreich hatten Offizierswitwen erst seit 1886 Anspruch auf eine Pension.)

Der Dialekt der Heanzen ist kein wohlklingender und die Sprachforscher sind sich noch im unklaren, ob er fränkischer oder österreichisch-bayerischer Abstammung ist. Es mag den Leser interessieren, daß der Heanze statt mit „Sie" oder „Ihnen" mit „Sei" anredet, auch anstatt der dritten Einzahlperson „ihr" oder „ihm" dieses „sei" gebraucht. Statt „dann" wird das steirische „aft" gesprochen. Als Beispiel heanzerischer Mundart mag hier ein ungarisches, vom Lehrer Ebenspanger übersetztes Gedicht folgen.

s'Aonschmülzn.	(Das Anrauchen.)
Mei Pfeifn aonschmülzn Bin i in di Kuchl gaongan. Na jo, wonn s nit preinnt had, Häds hold hianz aongfaongan.	Meine Pfeife anrauchen Bin ich in die Küche gegangen. Nun ja, wenn's nicht gebrannt hat, Hätt's halt jetzt angefangen.
Mei Pfeifn hot eh gschmülzt, Mia kaon si vareidn. Wißts, wos mi hod hinzaogn? A scheins Diandl is s gwein.	Meine Pfeife hat ja schon geraucht, Man kann es vereiden. Wißt's, wohin es mich hat hingezogen? Ein schönes Mädchen ist es gewesen.
s Diandl hod aonghoazt. Wia weid d Flaomman reicht! Owa hold iahre Aigln! Dei hobm eascht gleicht.	Das Mädchen hat eingeheizt. Wie weit die Flamme reichet! Aber halt ihre Aeuglein! Die haben erst geleuchtet.
Wiari eini pin gaongan, Hobs mi vaherzt, deis lia Kind. Mei Pfeifn is ausgaongan, Owa mei Herz, nao das prinnt.	Wie ich hinein bin gegangen, Hat es mich verherzt, dies liebe Kind. Meine Pfeife ist ausgegangen, Aber mein Herz, nun das brennt.

Das Heanzenland könnte bei richtiger Bewirtschaftung ein Garten Gottes werden und da es für die Verproviantierung Wiens große Wichtigkeit besitzt, so würde sich der Wohlstand seiner kernigen Bevölkerung, die trotz tausendjährigem Kampfe gegen allerlei Drangsale deutsch blieb, vervielfachen, obwohl die Judenschaft am Marke des Landes zehrt.

Der zweite deutsche Volksstamm in Westungarn, eng verwandt mit den Heanzen, sind die sogenannten Heidebauern, die südwärts von Preßburg und zu beiden Seiten des Neusiedler-Sees wohnen; doch kann man auch die genannte Stadt samt nächster Umgebung hinzurechnen und dieses deutsche Völkchen auf die Stärke von 110 000 Seelen schätzen. Hier hatten Goten, Heruler, Turogen, Rugier, Longobarden und andere Völker für kürzere oder längere Zeiten ihre Wohnsitze aufgeschlagen und aufgefundene Antiquitäten mit eingeritzten altgermanischen Namen sind sichere Beweise, daß diese Gegenden seit uralten Zeiten von unseren Vorfahren besiedelt sind. Die keltischen Bojer wurden in diesen Gegenden von römischen Truppen unter dem späteren Kaiser Augustus zu Anfang unserer Zeitrechnung angegriffen. Da Bojer auch Peien genannt wurden, so mag der damalige Name des Neusiedler Sees „Peiso“ von ihnen stammen, der wohl auch Pei- See lautete, auch gaben uns im Jahre 1855 viele bei Deutsch-Jarndorf ausgegrabene Silbermünzen mit den Namen von nicht weniger als acht Bojerfürsten sicheres Zeugnis, daß jener Germanenstamm dort hauste. Wie überall, so bewährte sich auch hier das Kolonialsystem der Römer; nach ihnen scheinen auch die Goten nicht schlecht gewirtschaftet zu haben. Unweit des Westufers des Sees wurde eine Mithrasgrotte aufgedeckt, deren Skulpturen vor etwa 2000 Jahren gemeißelt wurden.

Ueber die Heidebauern wurden öfter recht falsche Berichte veröffentlicht, unter anderem auch, daß sie bei ihren Tanzunterhaltungen den ungarischen Csardas tanzen. Dies mögen wohl die Städter tun, der echte Heidebauer aber nie. Auch sind die Meinungen über ihre Herkunft und Abstammung so verschieden. Man weiß eben nicht genau, woher ihre Urväter kamen. Der Heidebauerndialekt unterscheidet sich von dem der Heanzen in so manchem und ist wohlklingender. Als nach den Goten die Longobarden ins Land kamen, war dies kein Vorteil für dasselbe und noch größeres Unheil brachten die Avaren, die aber bald von Karl dem Großen zurückgejagt wurden. Man nannte jene Gegenden Avaria, besiedelte sie mit Franken, und als sie den Salzburger Erzbischöfen unterstellt wurden, sandten diese aus ihrer Diözese gleichfalls Ansiedler, auch aus dem Passauer Bistum trafen zahlreiche Familien ein, denn die Donau und der Inn erleichterten die Reise. Während des dreißigjährigen Krieges erfuhr die Bewohnerzahl durch protestantische Flüchtlinge aus der Gegend des Bodensees eine Vermehrung. Die Ankömmlinge erhielten Wohnsitze am Südufer des Neusiedler-Sees zugewiesen, wo die Gegend der Seewinkel heißt und von den ungezählten Tümpeln des Hanság-(Hanschaag) Sumpfes bedeckt ist. Vornehmlich in Apetlon, Ilmitz, Pamhagen und Walla ließen sich die Eingewanderten nieder und man kann nachweisen, daß sie zum größten Teile aus Isny, Wangen, Ravensburg und Lindau gekommen waren. Im Laufe der Zeit erhielten sie von den altgesessenen Heidebauern den Spitznamen Graonschla, wegen der etwas abweichenden Aussprache des dortigen Dialekts. Von späteren Einwanderern sind nur noch die Ende des achtzehnten Jahrhunderts am linken Donauufer angesiedelten Waldarbeiter aus Steiermark zu erwähnen. Auch die Heidebauern bemühen sich, die einstige Kaiserstadt mit Lebensmitteln zu versorgen und des Heidebodens wird immer weniger. Das Ende des stehenden Heeres wird auch das Ende der Parndorfer und Zurndorfer Heide bringen, man braucht keine Manöverfelder mehr. Das Aeußere des Heidbauers ähnelt jenem der Heanzen, man findet den blonden Typus aber seltener als bei letzteren. Die Bauern sind stolz auf ihren Besitz und achten den Beamten nicht sehr hoch. Sie sind fleißig und eines ihrer Sprichwörter lautet: „Friah auf und spat niedar, iß gschwind und geh wiedar.“ Vom Beamtendienst sagt er: „Herrendienst und ein Fäßchen Wein, rinnen über Nacht aus.“ Einer ungarischen höheren Gerichtsperson sagte ein Dorfrichter: „Auch wenn ich nicht mehr Dorfrichter, bin ich auch dann noch immer ein Herr, aber Er ist ohne Amt nichts.“ Dem Heidebauer wird die üble Eigenschaft vorgeworfen, mehr scheinen zu wollen als er ist und die Frauen sollen putzsüchtig sein, doch dürfte letzteres ein zu strenges Urteil sein, aber die Sucht, mit seinem Vermögen zu protzen und der Tochter die reichste Mitgift zu geben, soll schon manchen Grundbesitzer ruiniert haben. Der Heidebauer hält zähe an alten Gewohnheiten und verfügt über eine Menge von Sprüchen, Erzählungen und Liedern. Auch die Heidebauern haben manch tüchtigen Mann der Welt geschenkt. Da ist z. B. der Maler Adam Oeser, der Wolfgang v. Goethe das Zeichnen lehrte. Der Bildhauer Tilgner, Schauspieler Kainz, Musikdirigent Hans Richter, der Violinvirtuose Josef Joachim, der Komponist Johann Hummel, Kanzelredner Josef Albach, Chemiker Alexander Bauer, der Goetheforscher Julius Schröer, Geschichtsforscher Tobias Schröer, die Schriftsteller Feßler und Lübeck.

Obwohl die Stadt Preßburg politisch zum tchechischen Staate gehören wird, ist sie doch ein Teil des Heidebauerngebietes und soll hier mit einigen Worten erwähnt werden. Ihre Bewohner werden scherzweise Kraxlhuber genannt und sprechen einen Dialekt, der die Urwiener Mundart an oft drolliger Eigentümlichkeit noch übertrifft. Preßburg, eine schöne Stadt von fast 100 000 Einwohnern, liegt am Fuße des Ausläufers der waldreichen Karpathen, überhöht vom ruinengekrönten Schloßberg, um dessen Lehnen sich eines der malerischsten Judenviertel Europas gruppiert hat. Hoch ragt über das Häusermeer der gotische Turm der Domkirche empor, dessen Abschluß ein goldenes Kissen mit darauf ruhender Krone bildet. Ein sehr interessantes Landschaftsbild bietet der Neusiedler See, der sich am Ostufer der Leithaberge als seichtes, zum Teile schilfbewachsenes Gewässer in 35 Kilometer Länge ausbreitet und höchstens 4 Meter Tiefe erreicht. An seinen Ufern liegen zahlreiche Ortschaften, darunter der Markt Neusiedel und die ehemalige königliche Freistadt Ruszt. Seit man den See abzuleiten begonnen hat, sind die Ufer bedeutend zurückgetreten und eine fette, doch noch für lange Jahre als Ackerland ungeeignete Fläche blieb zurück, deren stark salzhaltiger Boden „Zick“ genannt wird. Der See ist nicht nur fischreich, sondern bietet ebenso reiche Geflügeljagd wie die ostwärts sich ausbreitenden Hanság-Sümpfe, die von den Deutschen „Der Waasen“ genannt werden. Der See ist schon wiederholt, zuletzt in den sechziger Jahren, zum größeren Teile ausgetrocknet, so daß man das zutage getretene Land in Wiesen zu verwandeln trachtete und Wirtschaftsgebäude erbaute, doch begann sich der See neuerdings zu füllen. Den Heidebauern ist die Austrocknung des Sees nicht erwünscht.

Ob die neue Epoche den Deutschen Westungarns dauernde Vorteile in kultureller Beziehung bringen wird, ist noch nicht abzusehen. Hoffen wir, daß die ihnen von den Ungarn gemachten Zusagen auch gehalten werden. Vielleicht ist der Zeitpunkt gar nicht zu ferne, daß sie wieder in den Bereich des Deutschen Reiches gelangen, zu dem sie früher gehört hatten.

Vom Büchertisch.

Hans Schrott-Fiechtl: Wettertannen. Tiroler Roman aus der Gegenwart. Köln, J. P. Bachem, Pr. geb. 5 *M*. — Ein köstlich spannendes, packendes und dabei reich vertieftes Buch im echten und rechten Kling-Klangschritt eines überaus lebhaften und doch in sich kernhaften Vortrags. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine Frau, Sproß eines uralten tirolischen Bauerngeschlechts, Gattin eines auch seelisch vornehmen gelehrten Adeligen, Mutter eines Sohnes und einer Tochter mit eigengeprägten Charakteren, die vor allem sie wundervoll für das Leben erzieht. Alles lebt an der Darstellung, lebt befruchtend, weckend, anregend, Tief- und Weitschau gebend für den von Anfang bis Ende gefesselten Leser, vor dessen Augen die Saat schlimmer Zeit, in Oesterreich wie im gegenwärtigen Leben überhaupt, erschreckend aufgeht, während zugleich führendes Sonnenlicht fällt auf Mittel und Wege zu besserer einzelpersönlicher und allgemeiner Kulturernte. Das sind die rechten Träger der Heilsbotschaft für jede gefährdete menschliche Gemeinschaft, die den Abgrund zeigen und die sichere Art, ihn zu meiden oder doch aus ihm herauszukommen. Schrott-Fiechtl gehört zu ihnen, ein glaubens- und kunstfester Bewährter, der nur das Gute will und diesem in seiner eigenen Weise die rechte Gestaltung zu geben versteht. E. M. Hamann.

Sozialismus und Religion. Von Dr. F. X. Kiefl. 8° 134 S. *M* 3.20. Regensburg, Manz 1919. Ein überaus zeitgemäßes Buch! Einläßlich wird vor allem die Grundlage des über uns hereingebrochenen Umsturzes erörtert und nachdrücklich darauf hingewiesen, wie die Rettung der Menschheit nur möglich ist, wenn mit dem Kapitalismus zugleich seine atheistische Weltanschauungsgrundlage aufgegeben wird. Dann werden im einzelnen die Aufstellungen des Sozialismus geprüft, seine allgemeine Stellungnahme zur Religion, die angebliche Erklärung der Religion zur Privatsache. Wir finden weiterhin die ewigen Wahrheiten des Christentums im Lichte der Marxistischen Geschichtsauffassung beleuchtet und die religiös-sittliche Gedankenwelt unserer Industriearbeiter genauer untersucht. Die Gegenüberstellung des urchristlichen und des sozialistischen Kommunismus zeigt die tiefgreifenden hier obwaltenden Unterschiede. Wertvoll ist zumal die gründliche Behandlung der Frage „Christentum und kapitalistische Gesellschaftsordnung“. Den Abschluß des Buches bildet ein warmer Aufruf zu einmütiger opferfreudiger Lösung der Zukunftsaufgaben, die durch die Erkenntnis der S. 134 betonten Tatsachen bedingt ist: die erschütterndste Lehre des heutigen nationalen Zusammenbruches ist diese, daß mit der Religion alle höheren geistigen Kulturideale stehen und fallen. Nur entschlossene Rückkehr zu einem lebendigen, tatkräftigen Christentum kann unser Volk retten. O. Heinz.

Erzbischof Dr. Michael von Faulhaber: Das Schwert des Geistes. Diese in Verbindung mit Bischof Dr. Paul Wilhelm von Keppler und Domprediger Dr. Adolf Donders herausgegebene bedeutende Sammlung von Feldpredigten der drei genannten und anderer Autoren hat bereits ihre dritte und vierte, unveränderte Auflage erfahren. Des Herausgebers schnell beliebt gewordene „Gesammelte Kriegsreden“ **Waffen des Lichts** die fünfte, vermehrte Auflage (beide bei Herder, jenes geb. 8.20 *M*, dieses kart. 3.— *M*). Die zwei Werke eignen sich vorzüglich, als hervorragende literarische Zeitdokumente in unsere Friedensbüchereien hinübergenommen zu werden.

E. M. Hamann.

Wilhelm Weitzel: „Herz-Jesu-Lieder“ für ein-, zwei- und dreistimmigen Frauenchor mit Orgel. Opus 6. Karlsruhe 1918, Badenia-Verlag. Lieder von einer Zartheit und Innigkeit der Empfindung [illegible] sinnig gewählten Texten, leicht im Ohre haftend und doch gewählt [illegible] Ausdruck.

O.

Georg Schächtl: XIV „Adjuva nos“ für 1—5 Singstimmen, [illegible] IV „Tantum ergo“ für 1—4 Singstimmen mit Orgel. Opus 8. Regensburg, Rom, Wien, Friedrich Pustet. Durch seine klangschöne [illegible] die klare Gliederung seines Aufbaues weiß der Komponist starke Wirkungen zu erzielen. Er schreibt schlicht, warm, sanglich dankbar und [illegible] größere Schwierigkeiten.

O.

Christliche Kunstblätter. Wichtiger denn je ist jetzt und bleibt [illegible] die Zukunft die eifrigste, hingebendste Pflege des christlichen Gefühles [illegible] Gedankens, und höher denn je ist die Pflicht, beides bei unserer so schwer bedrohten Jugend aufrechtzuerhalten. Mit noch größerem Danke, noch lebhafterer Anerkennung ist daher alles zu begrüßen, was in jener Rich-

tung Erfolge verspricht. Hierzu gehören in besonderem Maße die Bemühungen der bekannten Kunst- und Verlagsanstalt B. Kühlen in M.-Gladbach. Der von ihr herausgegebene Osterkatalog 1919 bringt wieder Anzeigen und Abbildungen einer großen Anzahl außerordentlich billiger, dabei künstlerisch wertvoller, von tiefster Religiosität erfüllter Kommunionandenken. Man sieht darunter Nachbildungen von Werken erster moderner Meister; ich nenne nur Namen wie H. Nüttgens, v. Felsburg, J. Wahl, H. Commans, Deger, Emonds-Alt. Von letzterem bringt der Kühlensche Verlag neuestens ein in reichen Farben ausgeführtes Blatt heraus, das zugleich als Kommunion- und Herz-Jesubild dient und sicher allseitig begrüßt werden wird. Eine Tiefe der göttlichen Liebe spricht besonders aus dem Blicke des Heilandes, wie sie nur wenigen Werken des trefflichen Künstlers eigen ist. Ein zweites Kommunionandenken zeigt die farbenschöne Nachbildung eines von Perugino stammenden Kreuzigungsbildes (mit einem Sockelbilde, das die Einsetzung der hl. Eucharistie darstellt). In dem alten wie in jenem modernen Blatte verkündet sich der Geist des wahren Gottesfriedens, nach dem unsere schwer geprüfte Zeit sich sehnt. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Professor Freytag nimmt sich gerne der Stiefkinder der Musen an und sucht durch eine wohldurchdachte und abgewogene Spielleitung die Vorurteile zu zerstreuen, die sich gegen manches Stück turmhoch angehäuft haben. „Die beiden Veroneser" sind ein Jugendwerk Shakespeares. Manche halten es für apokryph, andere möchten wenigstens die spielerische Psychologie des Schlusses einer verstümmelten Textüberlieferung zuschreiben. Beweise hierfür fehlen durchaus. Shakespeare trat gar nicht wie unsere Saisongenies mit dem Anspruch auf, noch nicht Dagewesenes zu bieten, er begann durchaus in den Konventionen des Zeitgeschmackes, die er später überwand, eben weil er ein Genie war. In dem selten gespielten Lustspiele sehen wir schon manches Motiv auftauchen, das er später zur Vollendung führte; noch ist der Humor ein wenig breit für die Oekonomie des Ganzen; es fehlt noch jene spielerische Grazie, die uns an die Frage der Wahrscheinlichkeit nicht denken läßt. Die anmutigen Mädchengestalten der Shakespeareschen Komödienwelt, eine Viola, eine Porzia finden hier ihr bescheidenes Urbild. Vielleicht wollte das Neue Theater bei dem ersten Schritt in die Bühnenwelt des großen Briten Vergleiche vermeiden und wählte deshalb die verschollenen Veroneser. Nun, der Versuch ist gelungen; das Theater darf sich jetzt schon an eine der Komödien von tieferer unverblaßter Poesie wagen; zwar ist keine schauspielerische Leistung von überragender Bedeutung zu nennen, aber die geschmackvolle und feinabgestimmte Regie Freytags sicherte einen sehr angenehmen Gesamteindruck. Auf einer schmucklosen Shakespearebühne, die sich in der Hauptsache mit den Hintergründen neutraler Vorhänge begnügte und doch manches farbige Bild von internem Reiz bot, spielten sich die fünf Akte leichtflüssig ab, von dem gutbesetzten Hause mit herzlicher Dankbarkeit aufgenommen.

Kammerspiele. In der Erstaufführung von R. Goerings Schauspiel „Der Erste" soll es für den Dichter lebhaften Beifall und einigen Widerspruch gegeben haben, die zweite Aufführung, die ich besuchte, bot ein völlig verändertes Bild. Man ließ das Stück apathisch über sich ergehen und ging dann stumm, ohne das leiseste Dankeszeichen von dannen. Ich kann nicht sagen, daß die Leute am Premièrenabend die höhere Einsicht gezeigt hätten. Goering ist durch die „Seeschlacht" bekannt geworden, jene kraße U-boottragödie, in der Matrosen mit dem Gedanken an Meutern spielen, aber durch die eiserne Notwendigkeit als Helden sterben. Es wurden in dem Stücke Stimmungen laut, die man damals noch zu den Unmöglichkeiten rechnete. Man kann heute sagen, „poeta vates" oder Aestethentum ohne Verantwortungsgefühl, je nachdem! Im „Ersten" hat sich Goering ganz dem „Aktuellen" abgewendet und zeigt uns in den Formen oder Unformen des Expressionismus mit Kinowirkungen und spitzfindigen Sentenzen Liebesraserei, Mord, Meineid und Selbstmord eines Priesters. Warum der Mann ein Priester sein muß, ist nicht zu erklären. Er leistet in der Bewältigung eines Stieres, im Düngerfahren und dergleichen kraftvollen Betätigungen Nützliches, aber Priesterliches ist vor und nach seinem Falle nichts an ihm. Was er in einer kurzen Belehrung der Kinder, die durch Geistererscheinungen gestört wird, vorbringt, kann man etwa religionslosen Moralunterricht nennen, auch wird uns berichtet, daß er alle paar Wochen eine neue Bibel brauche, weil er Seiten, deren Inhalt ihm nicht paßt, einfach herausreißt. Also dieser Antonio zieht ein Mädchen aus dem Wasser, das sich aus unbekannten Gründen ertränken wollte, da wird der starke Mann schwach und gerät ganz in den Bann dieser Dirne. Szenen jeder geistigen Beziehungen baren brutalen Erotik ziehen an uns vorüber, bis schließlich diese wilde Leidenschaft in Haß umschlägt und Antonio das Mädchen erwürgt. Eine subtile psychologische Begründung solcher ungewöhnlicher Vorgänge war das Problem einer Kunst, die der Expressionist „überwunden" hat und verachtet. Just in dem Augenblicke, als das Mädchen tot ist, kommt ein Fährmann, der auf den Priester eifersüchtig ist, mit geschwungenem Beil hereingestürzt und spaltet Paulas Schädel. Der Priester läßt ihn kalten Herzens festnehmen; Antonios Mord bliebe unentdeckt und der andere stürbe am Galgen, wenn er stark bleiben könnte, aber das Gewissen rührt sich sehr gegen seinen Willen doch, besonders bei der Todesangst des Delinquenten. Der Priester spricht dem Verurteilten Mut zu, aber es nützt nichts. Entkleiden wir die priesterlichen Worte ihrer Pathetik, so lautet der Trost etwa so: Das Hängen tut nicht sehr wehe und ist bald vorüber. Angesichts des Galgens entringt sich dem Priester doch das Geständnis seiner Schuld und er hängt sich dann selbst auf. Diese Geschehnisse können uns nicht erschüttern, der Tod kann auch nicht als Sühne gelten; daß Antonio nicht „stark" bleiben konnte, soll wohl als „Schwäche" empfunden werden. Das Stück ist ebenso künstlerisch anfechtbar, wie es ethisch problematisch und abstoßend ist. Eine lose, psychologisch mangelhaft verknüpfte Bilderreihe, eine hohle Pathetik. Momber, Faber und Frl. Binder taten außerordentlich viel für das Stück, in dem „hysterische Schwäche" sich als kraftvolle Höhenkunst drapieren möchte. Die Regie ließ die Szenen wie Schattenbilder einer oft reizvoll japonisierender Flächenkunst an uns vorüberziehen. Sie konnte das müde Aesthetenspiel nicht retten.

Theater am Gärtnerplatz. Franz Lehárs neue Operette „Wo die Lerche singt" ist ernster gehalten, als es sonst dieses Genres Art ist; am Ende stehen Tränen. So war der äußere Erfolg nach dem zweiten Akte weit lauter, da gab es die zahlreichen Hervorrufe und die immer bombastischer werdenden Blumenkörbe, die noch kein untrügliches Zeichen dafür bieten, ob man eine Operette eine Woche, einen Monat, ein Vierteljahr lang spielt. Ich glaube, daß ungefähr einen Monat lang die Lerche singt. Lehár hat einige sentimentale Lieder geschrieben, die wirksam sind und dem Ohre schmeicheln, besonders das mehrmals auftauchende Lied des alten Großvaters und ein paar glutvolle Liebeszwiegesänge; natürlich fehlen nicht fesche Tanzszenen, wie sie nun einmal die Operettenkonvention „fordert". Die Textdichtung von Willner und Reichert nach einem Entwurfe von Martos zeigt uns gelegentlich etwas breit die Liebesgeschichte eines Malers und einer Dorfschönen, beide vergessen über ihre Leidenschaft frühere Herzensbeziehungen; aber in der Stadt weiß die Dame das auf unsicherem Boden tastende Bauernkind nach und nach wieder auszustechen, nach Mißverständnissen, Zögern und Scheiden gesellt sich wieder gleich zu gleich. Die Damen Weißmann und Hellina, Graf und vor allem die köstliche Bauernfigur, die Seibold mit feinem Humor schuf, unterhielten das sehr zahlreich erschienene Publikum aufs beste.

Münchener Schauspielhaus. Seit 1893 besitzen wir „Hanneles Himmelfahrt". Erst sahen wir Hauptmanns Dichtung im Hoftheater, dann im Künstlertheater, wo Fritz v. Uhde seine moderne religiöse Malerei in den Dienst der Traumwelt stellte, und jetzt im Schauspielhaus in einer liebevollen Ausfeilung, die die Regiekunst Hermine Körners so sympathisch macht. Die Wirkung war nicht geringer als früher. Nur hier ist es dem Naturalisten gelungen, über die Welt des Greif- und Meßbaren hinauszufassen. Grau in grau malt der Dichter die Szenen im Armenhause. Dorthin wird das aus dem Wasser gezogene Hannele gebracht, das mißhandelte Kind eines Trunkenboldes, das aus Angst und Verzweiflung in den Teich gesprungen. Fieberphantasien umgaukeln das Hannele. Man sehe, wie auch hier Hauptmann durchaus Realist bleibt. Die Gestalt des Vaters, vor dem Hannele davongelaufen, taucht erschreckend auf; sie weckt von neuem die Sehnsucht nach der Mutter, die ihr die Tote in verklärten Zügen malt, und nun hebt sich ihre Phantasie immer freier von dem Elend, die Züge des geliebten Lehrers gehen in die Gestalt Christi über, all die unterdrückten Regungen ihres kindlichfrommen Gemütes werden wach, Märchenmotive klingen in ihre naive Vorstellung des Himmels, und was immer in dem armen verschlossenen Kinderherzen an Sehnsucht nach Glück und Schimmer verborgen lag, wird traumhafte Erfüllung. Der gläserne Sarg, die komische Figur des Dorfschneiders, der Todesengel, alles bleibt durchaus in der Gefühlswelt des armen Proletarierkindes. Nur in den letzten Augenblicken der Sterbenden wächst die Christusgestalt über das Fassungsvermögen der Kleinen hinaus; die Phantasmagorien einer Fieberkranken werden zum Symbol; das traurige Schicksal der armen Maurerstochter wird zum Gleichnis tieferer Erkenntnisse. „Nun du tot bist, blühst du erst so lieblich auf", sagt Gottwald, der Lehrer. — Es ist nicht leicht, diese in den Träumen zu Christus werdende Gestalt zu geben. Herr Dieterle fand die richtige Mischung von Schlichtheit und Würde. Frl. Thiedemanns „Hannele" hatte echte Herzenstöne, die kaum vermissen ließen, was etwa andere Darstellerinnen an Kindlichkeit im Aussehen voraus haben. Die Traumbilder bieten schwierige Probleme. Die Wiedergabe war im ganzen recht ansprechend. Man sollte jedoch wie früher auf eine die Träume zerschneidende Pause verzichten und Traum und Wirklichkeit noch schärfer voneinander abstufen. Der Beifall war ungemein herzlich.

Verschiedenes aus aller Welt. In Coburg starb Professor Brückner, der langjährige Bühnenmaler des Bayreuther Festspielhauses. — F. Eisenlohrs Legende der Marquise de Croisset hatte in Frankfurt a. Main geteilte Aufnahme. Sie ist nach Berichten ein Werk unklaren Expressionismus, trotz der Gebärde souveräner Mondänität blieb alles kalt und unverständlich. — In Wien wird „Das Palasthotel", das Lustspiel einer bis jetzt unbekannten Dichterin Baronin Hatvanij gegeben. Die Dame soll der besten Budapester Gesellschaft angehören; um so mehr wundert man sich, wenn als durchaus maßvoll bekannte Kritiker behaupten, viele Unflätigkeiten wirkten geradezu widerlich und alle Frauen gingen in dem Stücke halbnackt herum. Wir befinden uns in dem Lustspiele in einem Schweizer Hotel, in dem sich die mondäne Welt während des Krieges vergnügt und politische Fäden spinnt, deren Gewebe dem Zuschauer nicht recht klar wird.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz — Mehrung der Kohlenförderung — Wirtschaftslage der österreichisch-ungarischen Staaten — Bankgewerbe und Schwerindustrie im Zeichen der Entente-Willkür.

Zur Stärkung der an unseren Börsen überwiegend vorherrschenden zuversichtlichen Grundstimmung trug vor allem die Ueberzeugung bei, dass nach dem Eindruck der deutschen Gegenvorschläge in Versailles, vermehrt durch deren günstigen Widerhall bei den Neutralen und selbst bei der Entente, der heimischen Wirtschaft in erster Linie die Freiheit der Weiterentwicklung nicht unterbunden wird. Die Ansicht, dass diese Grundlage politisch und materiell allzu teuer erkauft werden muss, ist natürlich in diesen Kreisen fast allgemein. Auch die Nachwirkung der grossen Streikbewegungen in Italien, vor allem in Frankreich, hält an. Von den verschiedenen günstigen Wirtschaftsmeldungen, welchen unsere Finanz- und Handelskreise grosse Bedeutung beilegten, verdient vor allem Erwähnung das abgeschlossene neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, gültig auf die Dauer von sechs Monaten. Demzufolge sichert Deutschland der Schweiz unter anderem monatlich 50000 bis 60000 Tonnen Ruhrkohle, 230 Waggons Kalisalze und nur 25 Waggons Thomas-Salz zu; die Gegenlieferungen bestehen in der Hauptsache in Lebensmitteln. Auch die Wiederaufnahme der seit dem Beginn des Waffenstillstands unterbrochenen schwedischen Erzeinfuhr bedeutet für unsere Industrie eine neue Grundlage in ihrem Wiederaufbau und eine Neuanregung für die Belebung des Valutenaustausches. Namentlich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriegebieten, auch in Bayern, die Besserung der Verkehrslage im Ruhrrevier durch eine erhöhte Wagengestellung, wodurch namentlich eine sichtbare Mehrung in der Kohlenförderung zu verzeichnen ist, weisen auf eine Hebung unserer Industrielage hin. Die Regelung der zum Zwecke der Einfuhr von Rohstoffen oder Nahrungsmitteln vom Auslande erforderlichen Zahlungsmittel beginnt dadurch vor allem geordnete Bahnen einzuschlagen, wenn auch die noch unklar bleibende Entwicklung der Arbeiter- und Betriebsausgaben-Fragen bei den einzelnen Industrien durchaus schwierig und unverändert ernst bleibt. Zur Regelung der Devisenfragen sind seit kurzem seitens des Reichswirtschaftsministeriums ausser in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. nunmehr auch in Bremen, Köln, Leipzig, Mannheim und München, hier bei den Mitgliedern der Bankenvereinigung, neue Devisenstellen errichtet.

Trotz der Fesselung unseres Erwerbslebens ist die unvermindert rege Erfindertätigkeit im Industrie- und Handelsgebiet ein Zeichen des deutschen Unternehmungsgeistes. So betragen laut „Vossische Zeitung" die Patentanmeldungen beim zuständigen Reichsamt in den ersten vier Monaten 12290 gegen 10160 in der gleichen Vorjahrszeit und 17700 in der Parallelzeit des letzten Friedensjahres 1914. Aehnlich verhält es sich mit der Anmeldung von Gebrauchsmustern.

Dass trotz solcher Lichtblicke unsere Zukunftslage im ganzen ungünstig bleibt, beweist u. a. die Gesamtgestaltung in den Gebietsteilen des früheren österreich-ungarischen Doppelstaates. Zu den Wirtschaftsschwierigkeiten der ungarischen Regierung, den einschneidenden Nachwirkungen der dortselbst vorgenommenen Gesamtsozialisierung gewisser Kreise gesellen sich die von der Entente beabsichtigten Entschädigungsforderungen an Deutsch-Österreich. Dieser schwergeprüfte Staat, der die Teilnahme der übrigen Nationalstaaten am Zahlungsdienst der seitherigen österreich-ungarischen Staatsschuld nicht herbeiführen konnte, hat die Einlösung der sogenannten alten Staatsschuld — Anleihen vor dem Kriege — abgelehnt und beschränkt sich vorerst auf eine begrenzte Honorierung solcher Fälligkeiten. Die Mitteilungen des preussischen Verkehrsministers über die trübe Lage der preussischen Staatsbahnen, sowie die polnischen Vorbereitungen in Oberschlesien und Posen hinderten zeitweise das Börsengeschäft ebenfalls an grösserem Geschäftsumfang Auch die Auslassungen führender Wirtschaftskreise über die unerfreuliche Gestaltung namentlich der Schwerindustrie fanden gebührende Aufmerksamkeit. Das Anwachsen der Löhne und Gehälter, die Zerrütung des Kohlenbergbaues unter den jetzigen Arbeitsverhältnissen und die Ansammlung von Bankkrediten und anderen Schuldenlasten an Stelle der aufgezehrten grossen Bankguthaben bezeugen den Ernst der Lage. Auch die Ungewissheit über das Schicksal des Saarkohlengebietes und der wertvolle Bodenschätze enthaltenden oberschlesischen Bezirke wirkt lähmend. Betriebsstillegungen in der Kali-Industrie und anderen Sparten sind neuerdings bekannt. Von der Lage des Bankgewerbes gab die Aussprache bei der Generalversammlung der Deutschen Bank deutlich Zeugnis: „Die Verwaltung dieses Unternehmens wisse angesichts der immer mehr steigenden Ausgaben, der verminderten Tätigkeit im internationalen Geschäft heute noch nicht, ob für das laufende Jahr die bekanntlich von 14% auf 12% ermässigte Dividende weiter wird beibehalten werden können, ja ob sie in der Lage sei, hierfür überhaupt eine Dividende zu bezahlen." Auch die fortgesetzte Schraube ohne Ende in der Verteuerung aller Bedarfsartikel und die hierdurch klar gekennzeichnete ungeheure Entwertung unseres Geldes behindert dauernd Wirtschaftsleben und Arbeitszunahme.

München. **M. Weber.**

In der Generalversammlung der **Kommerz- und Diskontobank, Berlin-Hamburg** wurde die auch im Vorjahre zur Verteilung gelangte Dividende von 7% genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat wurden u. a. gewählt: Kommerzienrat Stinnes, Kommerzienrat Klöckner, beide in Duisburg, Rittergutsbesitzer Bischoff, Gelsenkirchen, Kommerzienrat Weihenmeyer, Mülheim. Der uns vorliegende Geschäftsbericht für 1918 erbringt das auch bei den übrigen deutschen Grossbanken charakteristische Bild bedeutender Mehrung der Gewinne aus Zinsen und Provisionen und anderseits die ebenfalls erhebliche Steigerung des Unkostenkontos. Der Reingewinn beträgt einschliesslich des Vortrages 9,38 Millionen Mark.

Die Generalversammlung der **Bayerischen Versicherungs-A.-G. vorm. Versicherungsanstalten der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München** genehmigte die Gewinnverteilung aus dem Reingewinn von ℳ 1,425 Millionen gegen ℳ 1,733 Millionen. Die Dividende von ℳ 800000 (im Vorjahre ℳ 1 Million) fällt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank als einziger Aktionärin zu.

M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4½% Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab,
für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Am 20. Mai 1919 fand die

109. öffentliche Verlosung unserer Pfandbriefe statt.

Verlosungslisten sind bei unseren Zahlstellen unentgeltlich zu haben.

Die Erhebung des Nennwertes der gezogenen Nummern erfolgt gegen Rückgabe der abquittierten Pfandbriefe und der nicht verfallenen Coupons nebst Talons und kann unter entsprechender Stückzinsausgleichung schon von jetzt an geschehen. **Die couponsmässige Verzinsung endet mit 30. Juni dieses Jahres.** Verspäteten Erhebungen wird ein einprozentiger Depositalzins zugestanden.

Die Zahlung der verlosten und gekündigten Summen wird kosten- und spesenfrei geleistet bei unseren Kassen in München, unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen, den sämtlichen Niederlassungen der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., unseren Kommanditen: Karl Schmidt in Hof a. S. mit Niederlassungen und Nicolaus Stark in Abensberg, ferner bei der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Niederlassungen, den Filialen der Bayerischen Notenbank und ihrer Agentur in Lindau, bei den Bankhäusern Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart und Anton Kohn in Nürnberg, der Dresdner Bank in Dresden, der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und der Deutschen Bank Filiale Leipzig.

MÜNCHEN, im Mai 1919.

Die Bank-Direktion.

DRESDNER BANK

Aktiva. **Bilanz per 31. Dezember 1918.** **Passiva.**

Aktiva

		M.	Pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken		891 588 164	70
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		2 871 830 415	—
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 2 871 830 415 —		
b) eigene Akzepte	M. —		
c) eigene Ziehungen	M. —		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	M. —		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		104 414 427	55
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		320 176 391	50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		13 399 722	85
davon am Bilanztage gedeckt			
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	M. 8 196 270 85		
b) durch andere Sicherheiten	M. 258 759 45		
Eigene Wertpapiere		148 724 325	40
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 112 050 320 95		
(davon M 86 876 809.65 verzinsliche Schatzanweisungen)			
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	M. 2 650 796 90		
c) sonstig. börsengängige Wertpapiere	M. 27 776 452 60		
d) sonstige Wertpapiere	M. 6 246 754 95		
Konsortialbeteiligungen		56 532 421	80
Dauernde Beteiligungen bei andern Banken und Bankfirmen		67 387 914	55
Schuldner in laufender Rechnung		1 048 128 661	30
a) gedeckte	M. 686 963 454 05		
b) ungedeckte	M. 361 165 207 25		
ausserdem Aval- und Bürgschaftsschuldner	M. 456 516 390 55		
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank	M. 152 926 762.50		
Bankgebäude		42 997 817	65
Sonstige Immobilien		8 923 136	95
Mobilien-Konto		1 019 409	35
Pensions-Fonds-Effekten-Konto		5 584 386	10
Effekten-Konto d. König Friedrich-Aug.-Stiftung		95 205	—
Effekten-Konto der Georg Arnstaedt-Stiftung		122 250	—
Saldo d. Zentrale u. auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London		20 126 165	80
		4 596 000 815	—

Passiva

		M.	Pf.
Aktien-Kapital-Konto		260 000 000	—
Rücklage A		51 000 000	—
Rücklage B		29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto		684 536	—
Gläubiger			
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen)		39 096 650	25
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		1 797 981	05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		218 330 504	25
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung		1 384 823 741	30
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 622 656 716 70		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 433 659 239 65		
3. nach 3 Monaten fällig	M. 328 507 784 95		
e) sonstige Gläubiger		2 506 767 499	05
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 1 465 497 329 85		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 919 386 269 95		
3. nach 3 Monaten fällig	M. 121 883 899 25		
Akzepte und Schecks		63 699 907	75
a) Akzepte	M. 50 587 060 15		
b) noch nicht eingelöste Schecks	M. 13 112 847 60		
Ausserdem Aval u. Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. d. f. Reich und Reichsbank übernommenen)	M. 456 516 390 55		
Eigene Ziehungen	„ —		
dav. f. Rechn. Dritter	„ —		
Weiterbegebene Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	„ —		
Dividenden-Konto		426 360	—
Pensions-Fonds-Konto		5 528 170	25
König-Friedrich-August-Stiftung		118 908	50
Georg Arnstaedt-Stiftung		152 272	35
Uebergangsposten der Zentrale u. Filialen untereinander		371 405	05
Reingewinn		34 202 879	20
		4 596 000 815	—

Dresden, den 31. Dezember 1918. **DRESDNER BANK.**

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann.

2 neue Bändchen der Bibliotheca ascetica

herausgegeben von Franz Brehm, Geistl. Rat

IX.

Idea theologiae asceticae

scientiam Sanctorum exhibens,

P. Francisci Neumayr S. J.

opus posthumum, cui accedit Appendicis instar, P. Gasparis Druzbicki S. J. Lapis lydius boni spiritus 24° 392 S. 1919

Broschiert Mk. 3.60 ::: Gebunden Mk. 4.80

X.

Scintillae Ignatianae

sive S. Ignatii de Loyola

Sententiae et Effata sacra, quae per singulos anni dies distribuit

P. Gabriel Hevenesi S. J.

Cum Appendice continente Sententias S. Philippi Nerii :: 24° :; 482 S. :: 1919

Broschiert Mk. 3.60 :: Gebunden Mk. 4.80

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag von Hermann Rauch, Wiesbaden

Von P. Epiphanius Böschen, Volksmissionar aus dem Franziskanerorden:

Stations-Andacht zu Ehren der sieben Schmerzen der seligsten Jungfrau Maria, nebst einigen anderen Gebeten zur schmerzhaften Mutter. 35 S. Geh. 60 Pf., geb. 90 Pf.

Zum Herz-Jesu-Fest am 7. Juni: **Herz-Jesu-Freitag** (5 Andachten zum göttlichen Herzen Jesu). 48 S. Geh. 40 Pf., karton. 60 Pf.

Litanei zum Heiligsten Herzen Jesu in Noten. Exemplar 10 Pf., bei 100 Exemplaren 8 Pf.

Die neun Dienstage zu Ehren des hl. Antonius von Padua (13. Juni). 172 S. Karton. 1.25 M., geb. 1.90 M.

Von P. Raphael Hüfner, Volksmissionar aus dem Franziskanerorden:

Drei Tage bei Jesus im Altarsakrament oder: Das Eucharistische Triduum. Erster Teil: Betrachtungen über das heiligste Altarsakrament. Zweiter Teil: Andachtsübungen vor dem heiligsten Sakrament des Altares. Gebetbuch, 2. Aufl., 297 S. Karton. 2.— M., geb. 3.— M.

Zum Portiunkulafest am 2. August:

Der große Portiunkula-Ablaß nach den neuesten Bestimmungen, nebst 25 Andachten zur Gewinnung des vollkommenen Ablasses. 54 S. Geh. 40 Pf., geb. 75 Pf.

Höhere Mädchenschule mit Frauenschule von Emma Küspert

München, Bürkleinstr. 13-15, Straßenbahn 2, 4, 12, 30

Aufgenommen werden katholische Schülerinnen, welche sich zur Beteiligung am Religionsbesuch verpflichten. Eintritt in die I. Klasse der Höhern Mädchenschule nach der IV. Volksschulklasse; in die Frauenschule mit dem Reifezeugnis der VI. Klasse einer Höh. Mädchenschule.

Prospekt und nähere Auskunft durch das

Rufnummer 27203. **Direktorat.**

DEUTSCHE BANK.

Abschluss am 31. Dezember 1918.

Besitz.

Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken . . .			468,432,112	—
Guthaben bei Banken und Bankfirmen			282,706,977	96
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			4,616,847,660	47
Verzinsl. Deutsche Schatzanweisungen			196,818,813	11
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere			624,101,552	38
(darunter 515 Millionen an Städte und sonstige Körperschaften)				
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			56,000,451	64
(dav. am Abschlusstage durch Waren, Verschiffungs-Papiere usw. gedeckt 54 Millionen)				
Eigene Wertpapiere Gesamtbestand M 45,583,640.92				
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten			18,835,520	98
			6,263,743,088	54
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	10,197,537	34		
sonstige börsengängige Wertpapiere	14,787,464	30		
nicht notierte Wertpapiere . . .	1,763,118	30	26,748,119	94
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen			23,845,648	09
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Firmen			39,676,414	30
Schuldner in laufender Rechnung				
gedeckte	825,876,250	67		
ungedeckte	180,830,269	07	1,006,706,519	74
(ausserdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 482 Millionen)				
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verbindlichkeiten . . .			432 320,233	60
Bankgebäude			40,000,000	—
Sonstiger Grundbesitz			1	—
Verschiedenes			1	—
Mark			7,833,010,026	21

Verbindlichkeiten.

Grundvermögen			275,000,000	—
Rücklagen				
gesetzlich vorgeschriebene . . .	173,388,031	30		
freie	56.611,968	70	230,000,000	—
			505,000,000	—
Gläubiger in laufender Rechnung				
Verpflichtungen für eig. Rechnung (darunter M. 3,311,991.66 noch nicht ablösbare Hypotheken auf unsern Grundbesitz)	3,835,441	26		
seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	22,583,007	75		
Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	320,211,955	32		
Einlag. a. gebührenfreier Rechnung innerhalb 7 Tagen fällig . M 2,490,325,382.09				
darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . M 1,227,540,810.58				
nach 3 Monaten fällig . . M 531,808,405 38	4,249,674,598	05		
sonstige Gläubiger innerhalb 7 Tagen fällig . M 1,599,010,838.82				
darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M 24,209,282.59				
nach 3 Monaten fällig . . M 520,671,571.23	2,143,891,692	64	6,740,196,695	02
Akzepte				
eigentliche	38,912,387	64		
noch nicht eingelöste Schecks . .	32,495,335	20	71,407,722	84
(ausserdem: geleistete Bürgschaften 482 Millionen)				
Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten			432,320,233	60
Sonstige Verbindlichkeiten				
Unerhobene Dividende	2,076,857	—		
Dr. Georg von Siemens-Fond für die Beamten	9,523,106	02		
Rückstellung für Zinsbogensteuer	2,600,000	—		
Uebergangsposten der eigenen Stellen untereinander	20,339,277	87	34,539,240	89
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss			49,576,133	86
Mark			7,833,040,026	21

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Ausgaben.

Gehälter an Vorstand und Beamte, Bezüge der Filialdirektionen, Weihnacht-Zuwendungen an die Beamten und allgemeine Unkosten	46,414,447	94		
Kriegsfürsorge für die Beamten . . . . M 16,129,805.53				
Wohlfahrtseinrichtung. für d. Beamten (Klub, Kantinen, Erholungsheim) . . . . „ 1,734,137.25				
Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein . . . . . „ 2,497.464.40	20,361,407	18		
Steuern und Abgaben	12,628,502	69		
Zinsbogensteuer.	1,575,000	—		
Gewinnbeteiligung an den Vorstand, Stellvertreter und andere Tantièmeberechtigte in Berlin (48 Personen) . . .	2,292,793	65	83,272,151	46
Abschreibungen auf Einrichtung . .	1,332,684	90		
„ „ Bankgebäude . .	2,815,179	01	4,147,863	91
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss			49,576,133	86
Mark			136,996,149	23

Einnahmen.

Vortrag aus 1917			6,423,569	74
Gewinn auf Zinsen und Wechsel .	88,411,624	5[illegible]		
„ „ Sorten, Zinsscheine usw.	1,463,544	38		
„ „ Wertpapiere	—	—		
„ „ Gebühren	37,659,903	—		
„ „ Dauernde Beteiligung.	3,037,507	60	130,572,579	49
Mark			136,996,149	23

Bayerische Versicherungsbank, Aktiengesellschaft, vormals Versicherungsanstalten der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

A. Aktiva.

	ℳ	₰
I. Forderung auf nicht eingezahltes Aktienkapital	7'500,000	—
II. Grundbesitz und Hypotheken	68'038,999	10
III. Wertpapiere	20'706,846	44
IV. Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen sowie Kautionsdarlehen an versicherte Beamte	4'591,846	43
V. Guthaben bei Bankhäusern u. bei anderen Versicherungsunternehmungen	13'980,032	35
VI. Gestundete Prämien, rückständige Zinsen und Mieten	3'036,202	40
VII. Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten und Rückstände der Versicherten	1'616,373	82
VIII. Barer Kassenbestand	155,700	63
IX. Inventar und Drucksachen	1	—
X. Sonstige Aktiva	43'169,986	85
Gesamtbetrag	162'795,989	02

B. Passiva.

	ℳ	₰	ℳ	₰
I. Aktienkapital			10'000,000	—
II. Gesetzl. Rücklage (§ 37 V.A.G., § 262 H.G.B.)			1'000,000	—
III. Prämienrücklagen u. Prämienüberträge für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	6'051,335	81		
2. Lebensversicherungen	116'407,707	72		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	502,710	23	122'961,753	76
IV. Rücklage f. schwebende Versicherungsfälle für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	3'390,158	46		
2. Lebensversicherungen	951,350	55		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	309,415	20	4'650,924	21
V. Gewinnrücklage der mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung			7'894,280	62
VI. Rücklage f. Kriegsschäden			500,000	—
VII. Sonstige Rücklagen und zwar:				
1. Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung	3'890,000	—		
2. Lebensversicherung	515,184	79		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherung	762,000	—		
4. Fond für Wohlfahrtszwecke	483,671	89	5'650,856	68
VIII. Sonstige Passiva			8'712,467	86
IX. Gewinn			1'425,705	89
Gesamtbetrag			162'795,989	02

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 25

21. Juni
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 4.50
Einzelnummer
40 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 25. München, 21. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Die Stunde der Entscheidung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

In Versailles, in Berlin und in Weimar werden in diesen Tagen Entscheidungen getroffen, die das Schicksal Deutschlands, Europas, der ganzen Welt auf unabsehbare Zeit hinaus bestimmen. Ein Wendepunkt in der Weltgeschichte, wie er noch niemals zu verzeichnen gewesen ist. Aber auch eine Verantwortung, wie sie noch niemals auf den Schultern und den Gewissen von Staatsmännern und Parlamentariern gelastet hat. Mit höchster Spannung verfolgt die ganze Welt seit Wochen das gewaltige Ringen in Versailles, je nach dem Stande der Verhandlungen wechselt die Stimmung in den nächstbeteiligten Ländern und Völkern. Wenn wir als die Unterlegenen im Weltkriege über den Ernst der Lage und die Schwere unseres Schicksals uns von vornherein nicht den geringsten Illusionen hingegeben haben — von gewissen Ausnahmeerscheinungen wird noch die Rede sein —, so hatten wir doch von vorneherein die stärkende und tröstliche Gewißheit, daß unsere Sache bei unseren Unterhändlern in Versailles in guten Händen lag; und wenn der Ausgang der Verhandlungen nicht den Erwartungen entsprechen sollte, die man nach dem Gang der Entwicklung unsererseits glaubte hegen zu dürfen, so liegt die Schuld gewiß nicht bei unseren wackeren Delegierten, die das Menschenmögliche geleistet haben, um einen einigermaßen erträglichen Frieden zu erreichen.

Die Entscheidung liegt im Augenblick, wo diese Zeilen in die Presse gehen, in Weimar. Sie wird bekannt sein, wenn dieses Heft den Lesern zu Gesicht kommt. Allein sie mag ausfallen wie immer sie will, angenommen, der Friedensvertrag sei so beschaffen, daß er von uns unterzeichnet werden kann und muß, angenommen sogar die relativ günstigste Gestaltung der Vertragsbestimmungen — die Tatsache bleibt bestehen, daß unsere Lage auch in Zukunft die allerschwierigste bleiben wird, daß wir auf Jahrzehnte hinaus zu einem Leben härtester Arbeit und größter Opfer verurteilt sein werden. Nicht allein deshalb, weil wir dem Auslande gegenüber Lasten zu tragen haben, die bis an die Grenze des Erträglichen gehen, sondern auch deshalb, weil das politische, wirtschaftliche und geistige Niveau unserer inneren Zustände so beklagenswert tief gesunken ist, daß es der gewaltigen Belastung kaum mehr gewachsen ist. Wir haben durch den Krieg und mehr noch durch den revolutionären Umsturz den festen Boden unter den Füßen verloren, wir haben den Felsengrund der Autorität, der Arbeit und der guten Sitte verlassen und sind in den Abgrund, den Sand und den Sumpf der Zügellosigkeit, der Arbeitsunlust und der moralischen Verwilderung hinabgeglitten.

Es ist durch die Weltgeschichte klar erwiesen, daß selbst die wirtschaftlich tüchtigsten und körperlich gesündesten Völker nur dann ihre Selbständigkeit und nationale Geltung bewahren konnten, wenn sie zugleich ihre geistige und moralische Gesundheit zu erhalten wußten. War das schon in normalen Zeitläufen der Fall, um so mehr in Zeiten schwerster Krisen. Betrachtet man aber unter diesem Gesichtspunkt die augenblickliche Gesamtlage Deutschlands, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß jenes Haupterfordernis für die Erhaltung bzw. Wiedererneuerung unseres Volks- und Staatslebens, nämlich die gesunde geistig-sittliche Grundlage in weiten Kreisen fehlt. Was sind denn alle die schlimmen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen, die fortgesetzten Unterwühlungen und Bedrohungen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die ununterbrochenen Arbeitsstörungen und wilden Streikbewegungen anders als Zeichen fehlenden politischen Verantwortlichkeitsgefühles, mangelnder wirtschaftspolitischer Einsicht und Reife, was sind die während des Krieges wie auch heute noch in so ärgerniserregender Weise auftretenden Aeußerungen schamloser Gewinnsucht und rücksichtslosen Egoismusses anders als wirtschaftliche und sittliche Verfallserscheinungen? Und wenn Deutschland in den Tagen tiefster nationaler Erniedrigung tanzt und ein großer Teil der Weiblichkeit in Kostümen dahergeht, die jedes Anstandsgefühl beleidigen, wenn zu einer Zeit, da das wirtschaftliche Leben auf den Tod darniederliegt, in Berlin und zahlreichen anderen Städten Spielhöllen wie Pilze emporschießen, in denen an einem Tage Millionen im Glücksspiel verpulvert werden, so offenbart das eine moralische Fäulnis, die den Zweifel nahelegt, ob unser Vaterland noch die sittliche Kraft zur Wiedererholung besitzt.

Jedenfalls erhellt aus diesen Andeutungen, daß die Wiedergeburt Deutschlands nicht allein eine Frage der Politik und der Volkswirtschaft, sondern auch, und zwar in der Hauptsache eine Frage der Kultur, der Ethik ist. Politische Umwälzungen und wirtschaftliche Neuerungen allein werden uns nicht retten, wenn sie nicht vom rechten Geiste getragen, durchdrungen und veredelt sind. Deshalb wird der Sozialismus ebensowenig das Heil bringen, wie der ökonomische Liberalismus es vermocht hat, weil sie beide im Materialismus fußen und übersinnliche, ethische Kräfte und Bindungen ablehnen. Und da andererseits die Ethik ihren Quellgrund und ihre verpflichtende Kraft nur in der Religion hat, so ist unsere Zukunfts- und Schicksalsfrage letzten Endes eine Frage der Weltanschauung und demgemäß das Mühen und Arbeiten am Auf- und Neubau unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ein Ringen, eine Konkurrenz der Weltanschauungen, die hier ihren Eigenwert und ihre Bedeutung für das Volksganze zu erweisen haben.

Auf diese Zusammenhänge kann gerade in diesen Tagen der furchtbar schwersten Entscheidung nicht oft und eindringlich genug hingewiesen werden. Die „Allgemeine Rundschau“ hat vom ersten Tage ihres Bestehens an in der Aufklärung über diese Dinge und in der Uebertragung dieser Erkenntnisse auf das politische und kulturelle Leben eine ihrer Hauptaufgaben erblickt. Daher ihre unentwegte Verteidigung der Rechte und Interessen der Kirche und der christlichen Schule, daher ihr freimütiger Kampf gegen die Auswüchse und Schädlinge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem auf dem der öffentlichen Moral, daher ihre positive Arbeit an der Hebung und Veredlung der Kultur- und Wirtschaftslage unseres Volkes. Sie konnte sich bei diesem mühevollen aber auch erfolgreichen Werk auf ihre große Mitarbeiter- und Lesergemeinde stützen, die ihr in guten und bösen Tagen die Treue hielt. Möge es auch in den gegenwärtigen und den kommenden schweren Zeiten immer so bleiben!

Die Scheidung der Geister nach rechts und links, die mit der Novemberrevolution einsetzte, ist seitdem rapide vorwärtsgeschritten. Ein Vergleich der Wahlen aus der ersten Revolutionsepoche mit den bayerischen Kommunalwahlen vom letzten Sonntag, die ein Bild der augenblicklichen Parteikonstellation bieten, zeigt deutlich Linie und Ziel der Entwicklung. Ein Trost, daß gegenüber dem Abwärtsgleiten großer Massen nach links der Block der auf positiver, christlicher Weltanschauung stehenden Volkskreise unerschüttert steht. Sorgen wir alle dafür, daß er an Festigkeit, Breite und Höhe zunehme, damit an seinem Granit sich die Wogen des Umsturzes brechen!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer noch warten!

Ehemals, als es noch wirkliche Monarchen gab, sagte man, die Pünktlichkeit sei die Höflichkeit der Könige. Die feindlichen Machthaber sind nicht gekrönt, aber sie wollen noch mehr sein, als einzelstaatliche Monarchen, nämlich die Herren der Welt. Die Pünktlichkeit haben sie jedoch nicht übernommen. Zu Anfang Mai, als das erste Friedensdiktat angesagt war, mußten unsere dringlich eingeladenen Vertreter warten, weil die Herren mit ihrem Elaborat noch nicht fertig waren. Jetzt wiederholte sich dieselbe Geduldprobe bei der Antwort auf unsere Gegenvorschläge. Es wurde immer noch ein Tag zugelegt, und aus den Tagen wurden Wochen. Präsident Fehrenbach glaubte nun wenigstens für Mitte der letzten Woche die Nationalversammlung mobil machen zu müssen; aber der Hohe Rat war immer noch nicht fertig. Es kam sogar die Nachricht, daß sich die Tetrarchie der Welt in eine Pentarchie ausgestaltet habe, da Japans Vertreter nachträglich in den Viererrat eingetreten sei, was eine neue Durchsicht der ganzen Aktenstücke notwendig mache. Diese Erweiterung gehört auch zu den verschleierten Dingen der modernen Geheimdiplomatie. Warum und wozu ist Japan bisher abseits geblieben und jetzt vor Toresschluß noch in Reih und Glied gesprungen? Hängt das bloß mit den russischen Spezialfragen zusammen, vielleicht mit der Anerkennung des vom Japan protegierten Generals Koltschak, oder wollte eine Partei im Viererrat Japan in der Hauptfrage mitsprechen lassen? Ist der nachträgliche Eintritt die Ursache der weiteren Verzögerung oder nur die Bemäntelung? Wir wissen es nicht, und die Völker da drüben, die sich für siegreich halten, wissen es auch nicht.

Dabei hatte der Hohe Rat alle Veranlassung, die Sache zu beschleunigen. Nicht etwa aus Höflichkeit, was nicht modern wäre, aber aus Rücksicht auf die wachsende Ungeduld in seinen eigenen Kreisen, die sich vom amerikanischen Senat herunter bis in die Streikausschüsse in Frankreich und Italien bemerkbar machte. Wenn trotzdem die Sache sich verschleppte, so ist das ein Zeichen von Uneinigkeit und Unsicherheit.

Am Montag, 16. Juni abends, ist endlich die Antwort der Entente der deutschen Friedensdelegation übergeben worden mit siebentägiger Aeußerungsfrist. Nach dem, was bis jetzt verlautet, enthält sie keine bedeutenden Erleichterungen und soll in einem außerordentlich groben und überhebenden Tone gehalten sein. Nun haben Regierung und Parlament in Weimar das Wort.

Deutsch-Oesterreich als Schicksalsgenosse.

Die Vereinigung der Deutsch-Oesterreicher mit dem deutschen Reiche zu verhindern, war die Absicht der Gegner, vor allem der Franzosen. Als taktisches Mittel hätte eine differenzielle Behandlung der beiden Teile nahegelegen. Wenn man das Berliner Reich grausam behandeln wollte, so konnte man dem Wiener Staatswesen soviel Gnade erweisen, daß es die Lust zum Eintritt in das Sklavenreich verlor. Aber nein. Was der Wiener Abordnung nach der üblichen Wartezeit in St. Germain vorgelegt wurde, ist das ebenbürtige Seitenstück zu dem Diktat, das uns im Mai beschert worden ist: dieselbe rücksichtslose Vergewaltigung mit grausamen Amputationen, mit finanzieller Auspressung, mit volkswirtschaftlicher Lähmung, ein wahrer Vernichtungsfrieden. Die Mißhandlung wirkt dort sogar noch ärger. Denn wenn z. B. das deutsche Vermögen im Auslande beschlagnahmt und liquidiert werden soll, so ist das noch nicht ganz so schlimm, als wenn die Deutsch-Oesterreicher das Vermögen verlieren, das sie als die wirtschaftlich führende Nation investiert haben in den ehemals mit ihnen verbundenen Kronländern und zwar zum Vorteil der Tschechen, Polen, Südslaven und Rumänen, die jetzt die deutschen Aktiven beschlagnahmen und vor den gemeinsamen Passiven, der Reichsschuld, sich vorbeidrücken wollen.

Ein solcher „Friede" hat nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn man es auf die Vernichtung des anderen Teils abgesehen hat. Gerade wie bei den uns zugemuteten Bedingungen. Wird aber Deutsch-Oesterreich erdrosselt, so ist der Staatsbankerott für das ganze ehemals habsburgische Gebiet unvermeidlich. Die dortigen Schützlinge der Entente würden in den Strudel mitgezogen, ebenso wie die Entente den erhofften Vorteil verliert, wenn sie Deutschland erwerbslos und zahlungsunfähig macht. Wenn Deutsch-Oesterreich ebenso wie das deutsche Reich die unerträglichen Forderungen ablehnen muß, so sind die Gegner zu einem neuen Kriegszuge genötigt, und zwar nicht allein in Richtung Berlin, sondern auch in Richtung Wien. Können die vermeintlichen Herren der Welt diese neue Belastung ihren Völkern auch zumuten?

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Deutsch-Oesterreich steht noch aus, aber die Schicksalsgemeinschaft ist schon da. Den Verzweiflungskampf der deutschen Nation auf Tod und Leben müssen wir zusammen bestehen und wir schöpfen aus dem Gang der Dinge immer noch die Hoffnung, daß wir doch noch unser Leben retten. Denn schließlich wird die Vernunft den Gegnern sagen, daß sie mit der bisherigen Vernichtungspolitik sich in das eigene Fleisch schneiden.

Der sozialistische Parteitag.

Diese Veranstaltung hat eine besondere Bedeutung, da die Mehrheitssozialisten zum ersten Male zusammentrafen nach der Revolution, die sie zur eigentlichen Regierungspartei gemacht hat, und weil die Tagung in die Zeit der schärfsten politischen Krisis fiel.

In das Kapitel der Krisis rechnen wir nicht allein die hochpolitische Spannung wegen des Friedens, sondern auch die Gefahr eines inneren Umsturzes im Zusammenhang mit jener Spannung. Es hatte sich schon bisher nur zu deutlich gezeigt, daß die Unabhängigen mit ihrem kommunistischen Anhang Terrain gewinnen auf Kosten der erschlafften Mehrheitspartei. Die Not und Verwirrung, die sich aus der Friedensfrage ergeben, wollen die Radikalen benutzen, um die Macht an sich zu reißen. Wer das noch nicht gemerkt hat, konnte es jetzt erfahren durch die Enthüllung des Reichswehrministers Noske, daß Führer der Unabhängigen an die Freiwilligenkorps herangetreten sind, um sie zum Uebertritt an die Seite der neuen Regierung zu bewegen. Die Verführer scheinen dort freilich noch keinen Anklang gefunden zu haben; aber die Propaganda der Radikalen in den verblendeten Massen ist und bleibt bedenklich.

Nun hat der Ministerpräsident Scheidemann als Genosse auf dem Parteitage eine treffliche Rede gehalten, die eindringlich feststellte, daß die Durchführung der Demokratie und nicht die einseitige Klassenherrschaft zum Parteiprogramm gehöre, und ebenso die Sozialisierung von innen heraus ohne verderbliche Ueberstürzung. Stürmischer Beifall wird berichtet. Es muß sich aber erst noch zeigen bei den weiteren Verhandlungen über die Organisation der Partei, ob der rhetorische Erfolg ausreichen wird, um die Zerfahrenheit und Schlaffheit in der Mehrheitspartei zu überwinden.

Anerkennung verdient der angeblich „einstimmige" Beschluß zur äußeren Politik, der den Gewaltfrieden entschieden verwirft. In der Diskussion gab es freilich eine Entgleisung, aber das Ganze wird doch zur Rückenstärkung der Regierung in der Friedensfrage dienen.

Auch zur inneren Politik wurde den regierenden Genossen volles Vertrauen ausgesprochen, freilich mit dem Zusatz, daß Mißgriffe und Versäumnisse vorlägen infolge der ungünstigen Verhältnisse. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in der Partei eine oppositionelle Linke besteht, die nicht zahlenmäßig groß, aber rührig ist und offenbar zum Anschluß an eine neue Regierung der Unabhängigen bereitsteht. Dem weiteren Abfall nach links hin muß vorgebeugt werden durch die Neubelebung des Parteigeistes und eine energische Belehrung der Genossen.

Welche praktischen Folgen die in einem Beschlusse des Weimarer Parteitages zum Ausdruck gelangende Einigungsbereitschaft der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen zeitigen wird, muß sich bald zeigen, insbesondere auch, ob die am letzten Sonntag getätigten

bayerischen Kommunalwahlen

einen Einfluß in Richtung einer „sozialistischen Einheitsfront" ausüben werden. Das hervorstechendste Merkmal dieser Stadtrats-, Bezirks- und Kreisratswahlen, wozu noch die Wahl der ersten bürgerlichen Bürgermeister kam, ist nämlich die stellenweise geradezu katastrophale Niederlage der Mehrheitssozialisten, deren Erbschaft die Unabhängigen angetreten haben. Am krassesten tritt dieser Umschwung in München in die Erscheinung. Hier sind die Mehrheitssozialisten gegenüber der Landtagswahl im Januar von 117 363 (43 Prozent) auf 45 559 (19 Prozent) Stimmen gesunken und die Unabhängigen von 18 331 (5 Prozent) auf 77 284 (32 Prozent) Stimmen und damit zur stärksten Partei im Stadtrat (16 Sitze) emporgeschnellt, während die Mehrheitspartei, bisher die stärkste Fraktion, mit 10 Sitzen an die dritte Stelle gerückt ist. Die mehrheits-



sozialistische „M. Post" tröstet sich mit der Vorstellung, daß die Unabhängigen ihren „Sieg" den Jugendlichen, den Frauen, der skrupellosen Demagogie und den Begleiterscheinungen der Befreiung Münchens von der Spartakistenherrschaft zu danken hätten und die 116000 Nichtwähler verärgerte Genossen seien, die durch Nichtgebrauch des Stimmzettels gegen die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft hätten demonstrieren wollen. Bisher ist es aber nicht Genossenart gewesen, durch Passivität zu demonstrieren; das überließen sie den gutmütigen Bürgerlichen, auf deren Konto auch diesmal das Gros der Nichtwähler zu setzen sein wird. Es mag aber dem sozialdemokratischen Blatt schwer werden, die in dem Wahlergebnis zum Ausdruck kommende, durch das Wesen und die Agitation der Sozialdemokratie bedingte und geförderte logische Entwicklung der Tatsachen anzuerkennen, die mit Naturnotwendigkeit zur Radikalisierung und zur Scheidung nach links und nach rechts führt. Daher auch der Rückgang der Demokraten, die nur die Hälfte ihrer Landtagswahlstimmen und nur 7 Stadtratssitze erhielten. Daher andererseits die erfreuliche Stärkung der rechtsstehenden Parteien, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, die überall im Lande sehr gut abgeschnitten hat und in München mit ihren 67522 Stimmen und 15 Sitzen die zweitstärkste Fraktion im Stadtrat ist, ihren Stimmenprozentsatz von 26 auf 28 erhöht und auf ihren Bürgermeisterkandidaten, den früheren Kultusminister Dr. Knilling sogar die relative höchste Stimmenzahl (78469) vereinigt hat. Trotzdem ist das Gesamtergebnis beklagenswert, da es den beiden sozialdemokratischen Gruppen zusammen die Mehrheit im Stadtrat (26 gegen 24 Sitze) verschaffte, was auch auf die von dem Stadtrat vorzunehmende endgültige Bürgermeisterwahl, da keiner der Kandidaten bei der Urwahl die absolute Mehrheit erhalten hat, von Einfluß sein wird. München wird in den nächsten 5 Jahren unter roter Herrschaft stehen; was das vor allem in kultureller Hinsicht bedeutet, wird jedermann klar sein.

Die Kirche und der moderne Staat. Eine Gegenüberstellung.

Von Institutslehrer Joh. Westermayr, München.

Papst Pius X. hat am 2. November 1913 an den Kardinal Dubillard in Chambery, den Gründer und Direktor der Priestervereinigung „Für Papst und Kirche", ein Schreiben gerichtet mit der folgenden bedeutsamen Mahnung: „Bei der großen Unwissenheit, in der heutzutage zahlreiche, sonst selbst gebildete Gläubige über das sich befinden, was das Wesen, die Würde und die Rechte der Kirche betrifft, und bei den sehr groben Irrtümern und Vorurteilen, die tagtäglich über diesen Gegenstand durch Zeitungen und durch andere Schriften verbreitet und in Versammlungen, Schulen nnd Universitäten offen angepriesen werden, besonders hinsichtlich politischer Fragen, ist es unbedingt zu wünschen, daß alle Mitglieder der Liga „Für Papst und Kirche" ihre Bemühungen auf folgendes richten: Sie mögen dafür Sorge tragen, die Gläubigen bei passender Gelegenheit eingehend über das Wesen der katholischen Kirche als einer vollkommenen, von unserm Herrn Jesus Christus eingesetzten Gesellschaft, über ihre übernatürliche Würde, ihre absolute Notwendigkeit und ihre Rechte zu belehren. Ferner mögen sie auf Kongressen, in Zeitungen oder durch sonstige, durch Wissenschaft und Gelehrsamkeit ausgezeichnete Werke so eindringlich sprechen, daß alle hauptsächlich den einen Punkt fassen, daß die katholische Kirche vom Staat gänzlich unabhängig sein muß, da sie so sehr erhaben dasteht, weit über jeder bürgerlichen, auch noch so vollkommenen Gesellschaft, wie die übernatürliche Ordnung die natürliche endlos überragt." Diese Aufforderung von höchster kirchlicher Stelle verdient besondere Beherzigung in unseren Tagen, wo die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche auch in Deutschland wohl mehr wie je aufs äußerste gefährdet ist, und zwar vor allem durch die drohende Trennung von Kirche und Staat, die nach den Erfahrungen in Frankreich nicht etwa eine Befreiung der Kirche aus staatlicher Bevormundung, sondern im Gegenteil eine noch ärgere Knechtung und Entrechtung befürchten läßt, ferner durch den Sozialismus, wie er als die Weltanschauung des gottlosen Materialismus von seinen Begründern und maßgebenden Vertretern zur Durchführung gebracht werden will. Von zeitgemäßer Bedeutung mag daher folgende Gegenüberstellung sein, die einerseits die Rechte, die die Kirche für ihre ungehemmte Wirksamkeit innerhalb der einzelnen Staaten für sich in Anspruch nimmt und im neuen Kirchenrecht fixiert hat, anderseits die Gefahren, die diesen Rechten der Kirche von seiten der neuen, besonders sozialistischen Staatstheorie und -entwicklung drohen, zu würdigen sucht.

I. Kanon 100, § 1 des neuen Kirchenrechtes: „Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben den Charakter einer juristischen Person (moralis personae rationem) auf Grund unmittelbarer göttlicher Einsetzung." Aus diesem und verwandten Kanones ergibt sich, daß die Kirche, weil ihren Ursprung nicht auf Menschen oder auf den Staat, sondern unmittelbar auf Gott zurückführend, auch gegenüber dem Staate selbständig, eine vollkommene, unabhängige Gesellschaft ist mit dem Recht der „Selbstbestimmung" gegenüber irdischen Gewalten; der Papst als gottbestelltes Oberhaupt dieser selbständigen, unabhängigen Kirche und Inhaber ihrer gesamten Gewalt (vergl. Kan. 218!) souverän ist und volle politische Unabhängigkeit beanspruchen muß.

Diesem Anspruch der Kirche auf volle Unabhängigkeit und deren Anerkennung steht gegenüber das Rechtsmonopol des modernen Staates, womit man bezeichnen kann seinen Anspruch, alleinige Quelle aller Rechte zu sein und somit keine außerstaatliche unabhängige Gesellschaft dulden oder auch nur z. B. durch eigene Verträge (Konkordate) als ihm koordiniert anerkennen zu müssen; dieses Rechtsmonopol des Staates läßt die Kirche nur als eine Privatgesellschaft neben anderen im Staate gelten, den Papst nur als Vorsteher dieses internationalen Vereins, nicht als souverän, ja bedroht überhaupt das Existenzrecht von Vereinigungen mit über- und außerstaatlichen Zwecken.

II. Kanon 1322 § 2: „Die Kirche hat, unabhängig von jeglicher staatlichen Gewalt, das Recht und die Pflicht, alle Völker in der evangelischen Lehre zu unterweisen; diese aber anzuerkennen und in die Kirche Gottes einzutreten, sind alle durch göttliches Gesetz verpflichtet." Aus diesem Kanon ergibt sich der Anspruch der Kirche auf die Lehr- und Preßfreiheit im Umfang ihrer Aufgabe, ferner auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit vom Staate bezüglich der Erfüllung ihrer Bestimmung, die Menschen zur ewigen Seligkeit zu führen, bezüglich der Anwendung der hiezu notwendigen Mittel und bezüglich der Verpflichtung der Menschen zum Eintritt in ihre Gemeinschaft.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche auf ungehemmte Erfüllung ihrer christlichen Kulturaufgabe steht gegenüber das Kulturmonopol des modernen „Kultur"-Staates, womit man bezeichnen kann seinen Anspruch, allein und ausschließlich oberster Träger sowohl der Kulturarbeit und -organisation als auch alleinige Instanz in der Frage nach dem wahren Kulturideal zu sein unter Ausschluß anderer selbständiger Kulturmächte und -ideale. Unter Berufung auf dieses staatliche Kulturmonopol maßt sich speziell der sozialistische Staat das Recht an, den Untertanen sein antichristliches und antiindividualistisches Kulturideal aufzunötigen (das Volk zu „sozialisieren") unter Abweisung einer jenseitigen Kulturauffassung; dadurch wird nicht nur die persönliche Freiheit und das unveräußerliche Recht des einzelnen, sein ewiges Ziel durch die entsprechenden Mittel zu erstreben, z. B. durch Empfang der hl. Sakramente, Gottesdienst, religiöse Belehrung, sondern vor allem die Freiheit der Kirche in Erfüllung ihrer Kulturmission gefährdet, speziell insoferne ihr Kulturideal nicht nur bloß geduldet, sondern, weil dem des (sozialistischen) Staates entgegengesetzt, künstlich niedergehalten wird (z. B. in der religionslosen Staatsschule, siehe unten) und ihre Kulturorganisation und -arbeit gehindert oder ganz unmöglich gemacht wird (z. B. durch Verbot eigener Schulen, der Klöster usw. Siehe die folgenden Nummern).

III. Kanon 1372 § 1: „Alle Gläubigen sind von Kindheit auf so zu unterrichten, daß nicht nur nichts gelehrt wird, was der katholischen Religion und den guten Sitten zuwiderläuft, sondern die religiöse und sittliche Unterweisung den ersten Platz einnimmt." K. 1374: „Die katholischen Kinder dürfen akatholische, neutrale, gemischte (Simultan-)Schulen, die nämlich auch Nichtkatholiken offen stehen, nicht besuchen" (Ausnahmen kann nur der Bischof gestatten). K. 1375: „Die Kirche hat das Recht, für jedes beliebige Fach eigene Schulen und zwar nicht nur Volks-, sondern auch Mittel- und höhere Schulen zu gründen." K. 1381 § 1: „Die religiöse Unterweisung der Jugend untersteht in allen Schulen der Autorität und Aufsicht der Kirche"; § 2: „Der Bischof hat das Recht und die Pflicht darüber zu wachen, daß in sämtlichen Schulen des Sprengels nichts gegen den

Glauben und die guten Sitten gelehrt werde oder geschehe." § 3: „Ihm kommt auch das Recht zu, die Religionslehrer und -bücher zu approbieren, ebenso im Interesse der Religion und der guten Sitten die Entfernung von Lehrern und Büchern zu fordern." K. 1382: „Der Bischof kann sämtliche Schulen in bezug auf die religiöse und sittliche Unterweisung visitieren." Aus diesen Kanones ergibt sich das vom Staate unabhängige Selbstbestimmungsrecht der Kirche hinsichtlich der religiös-sittlichen Unterweisung und das Recht ihres Einflusses auf die Schulen, speziell ihr Recht auf die von ihr selbst geregelte, vorgenommene und beaufsichtigte religiös-sittliche Unterweisung der Jugend, auf die Forderung eines nicht religions- und sittengefährdenden Geistes im gesamten Schulunterricht, auf selbständige Errichtung eigener (konfessioneller Privat-)Schulen als gleichberechtigten Ersatzes für die Staatsschulen, auf die der Visitation auch der nichtkirchlichen Schulen (also auch der Staatsschulen) bezüglich der religiös-sittlichen Unterweisung.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht gegenüber das *Bildungs- und Schulmonopol* des modernen Staates, insoferne dieser nicht nur den Lern- und Schulzwang, sondern auch den Zwang zum allgemeinen Besuch seiner Staatsschulen unter Verbot von Privatschulen (staatliches Schulmonopol) einführt, dem konfessionellen Unterricht in Religion und Sittenlehre durch ungünstige Ansetzung der Religionsstunde oder gar durch Ausschluß aus den Schulräumen große äußere Hindernisse bereitet, in seinen Schulen entweder überhaupt keinen oder nur einen gottlosen Moralunterricht, den Unterricht in den weltlichen Fächern ebenfalls im unchristlichen Geiste erteilt, der Kirche jeglichen Einfluß auf seine Schule unterbindet, z. B. auf die Sicherstellung eines entsprechenden religiös-sittlichen Unterrichtes und Geistes der Lehrpersonen und Lehrmittel.

IV. K. 684: „Es ist lobenswert, wenn die Gläubigen in von der Kirche errichtete oder empfohlene Vereinigungen (III. Orden, Bruderschaften, fromme Vereinigungen) eintreten; sie sollen sich aber hüten vor geheimen, verurteilten, revolutionären Vereinigungen oder solchen, die sich der kirchlichen Aufsicht entziehen wollen." K. 1489: § 1: „Hospitäler, Waisenhäuser und andere ähnliche für Zwecke der Religion oder der geistigen oder leiblichen Caritas bestimmte Institute können vom Bischof errichtet werden." K. 487: „Der Ordensstand oder die festgeregelte gemeinschaftliche Lebensweise, worin die Gläubigen außer den allgemeinen Geboten auch noch die Beobachtung der evangelischen Räte durch die Gelübde des Gehorsams, der Keuschheit und Armut auf sich nehmen, ist von allen in Ehren zu halten." Aus diesen und verwandten Kanones ergibt sich das Selbstbestimmungsrecht der Kirche hinsichtlich der Organisationstätigkeit und Vereinsgründung für kirchliche, aszetische und karitative Zwecke, speziell hinsichtlich der Gründung und Erhaltung von Orden, Klöstern und Kongregationen.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht gegenüber das *Vereinsmonopol* des modernen Staates, insoferne er die Bildung von Vereinen namentlich mit dem Rechte E. V. von seiner Zustimmung abhängig macht, das Recht des Verbotes von selbständigen Vereinen religiöser und caritativer Art (z. B. der Orden und Klöster, marianischen Kongregationen) sich anmaßt und die Wohlfahrtspflege, Jugendpflege usw. monopolisieren will.

V. Kanon 1495, § 1: „Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben das ursprüngliche Recht, frei und unabhängig von der staatlichen Gewalt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben zeitliche Güter zu erwerben und zu verwalten"; § 2: „Auch die einzelnen Kirchen und anderen moralischen Personen, die von der kirchlichen Behörde zu juristischen Personen erhoben worden sind, haben das Recht, zeitliche Güter zu erwerben und zu verwerten." K. 1496: „Die Kirche hat das Recht, unabhängig von der staatlichen Gewalt, von den Gläubigen zu verlangen, was notwendig ist zum Gottesdienst, zum würdigen Unterhalt der Priester und anderen Kirchendiener und für ihre sonstigen Aufgaben." K. 1497; § 1: „Die zeitlichen Güter, bewegliche und unbewegliche, die der Kirche oder dem Apostolischen Stuhl oder einer anderen moralischen Person in der Kirche gehören, sind kirchliche Güter." Aus diesen Kanones ergibt sich das Recht und der Anspruch der Kirche auf zeitlichen Besitz an beweglichen und unbeweglichen Gütern, auf selbständige Verwaltung ihres Vermögens und auf Sammlung von Geldmitteln (z. B. Besteuerung der Gläubigen).

Diesem ihrem Recht und Anspruch steht gegenüber das *Besitz- und Finanzmonopol* des modernen, besonders sozialistischen Staates, insoferne dieser, das Privateigentum an Produktionsmitteln (also auch das kirchliche Eigentum an kirchlichen Gebäuden, Grund und Boden usw.) aufheben will und der Kirche und den religiösen Vereinigungen das Erwerbs- und Erbrecht, das Recht der Selbstbesteuerung oder auch der Geldsammlung absprechen will.

VI. Aus den Kanones, die die kirchliche Hierarchie, die Kleriker und Ordensleute betreffen, speziell aus dem K. 121 („Alle Kleriker sind vom Militärdienst und von staatlichen Aemtern und Diensten, die sich für ihren Stand nicht ziemen, frei") ergibt sich das Recht und der Anspruch der Kirche, aus den Gläubigen d. h. aus den Untertanen der einzelnen Staaten geeignete Personen dem ausschließlichen hauptberuflichen Dienste ihrer überstaatlichen Aufgaben zu weihen und zu verpflichten und so dem unmittelbaren Dienst des Staates zu entziehen.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht entgegen das *Arbeitsmonopol* des modernen, besonders sozialistischen Staates, insoferne dieser als die große Produktivgesellschaft sämtliche Untertanen, unter Aufhebung des individuellen Rechtes auf berufliche Selbstbestimmung, seinem hauptberuflichen Dienste, dem unmittelbaren Dienste der Gesellschaft, der „produktiven" Arbeit verpflichten, für außerstaatliche Aufgaben aber nur im Nebenamte (während der freien Zeit) freigeben will und unter Berufung auf dieses sein Arbeitsmonopol und sein utilitaristisches, materialistisches nationalökonomisches Prinzip das der Welt und irdischen Kultur abgekehrte Leben im Ordensstand und die hauptberufliche Tätigkeit im Priesterstand unmöglich zu machen droht. (Bebel in seinem Buch: Die Frau S. 320: „Um zu leben, muß der Priester in der Gesellschaft arbeiten, und da er auch dabei lernt, so kommt auch für ihn die Zeit, wo er einsieht, daß das Höchste zu sein ist: Ein Mensch zu sein.") — —

Die in den vorstehenden grundsätzlichen Ausführungen zum Ausdruck kommenden Besorgnisse wegen der Ansprüche des sozialistischen Staatsgedankens sind durch die *Ereignisse* der letzten Zeit nicht widerlegt, sondern wenigstens zum Teil bestätigt worden, leider gerade durch den *bayerischen Verfassungsentwurf*. Es mag vorerst genügen, nur einzelne, besonders bedenkliche Bestimmungen herauszuheben und mit den sechs Punkten der Gegenüberstellung in Parallele zu setzen.

I. Der bayerische Verfassungsentwurf kennt keinen *öffentlich-rechtlichen Charakter der beiden christlichen Glaubensgesellschaften* und stellt sie, ohne Rücksicht selbst auf den Mehrheitswillen des zum allergrößten Teil christgläubigen und denkenden Volkes den sonstigen Glaubensgesellschaften vollständig gleich (§ 13 II); zugleich gefährdet er das elementarste *Selbstbestimmungsrecht der Kirche* durch die außerordentlich mißbräuchliche Bestimmung: „Verfügungen von Glaubensgesellschaften, die staatlichen Vorschriften (NB. Nicht nur Gesetzen!) widerstreiten, sind für den Staatsbereich nichtig" (§ 13 III); wer leistet dagegen Gewähr, daß nicht Vorschriften erlassen werden gerade in der Absicht, unter Berufung auf diesen Paragraphen Kompetenzkonflikte mit der Kirche herbeizuführen?

II. Der bayerische Verfassungsentwurf gewährleistet zwar die „Freiheit der Kunst und der Wissenschaften" (§ 15 II), die „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" (§ 12 I), bekennt sich aber ausgesprochen zu einem die kirchlichen Rechte gefährdenden staatlichen *Kulturmonopol* in der ebenfalls überaus mißbräuchlichen Bestimmung, daß das Volksschulwesen, öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen „Angelegenheiten (nicht wenigstens auch der Familien, Gemeinden, des Volkes, sondern nur) des Staates" sind (§ 15 I).

III. Der bayerische Verfassungsentwurf bietet nicht nur keine positive Gewähr gegen antichristliche Beeinflussung der Jugend in der Schule, sondern bekennt sich vorbehaltlos zum staatlichen *Volksschulmonopol* (§ 15 IV) und faktisch zum staatlichen Monopol über das ganze Erziehungswesen („Genehmigung und Ueberwachung des privaten Unterrichts usw. sind Angelegenheiten des Staates" § 15 I); ja selbst die „Erteilung und Ueberwachung des Religionsunterrichtes" macht er abhängig von „verordnungsmäßigen Anordnungen des Staates" (§ 15 III).

IV. Der bayerische Verfassungsentwurf gewährleistet zwar die „Freigabe der Vereinigung von Glaubensgenossen zu öffentlichen Kulthandlungen, .. geistlichen Gesellschaften", sichert sich aber doch wieder maßgebenden Einfluß durch die ungemein bedenkliche Bestimmung: „Es bleibt vorbehalten, ein besonderes Gesetz über das Stiftungswesen zu erlassen. Hierin sind auch Grundsätze über die Abänderung des Zweckes von Stiftungen auf-



zustellen" (§ 28 II). Besonders schmerzlich und eigentümlich muß auch die vollständige Ignorierung der Interessen der kirchlichen und privaten Wohlfahrtspflege (Jugendfürsorge usw.) berühren; geradezu auffallend ist, daß im schon erwähnten Abs. I des § 13 die Vereinigung von Glaubensgenossen zwar zu Kulthandlungen, aber nicht zu organisierter Ausübung der Caritas „freigegeben" ist.

V. Der bayerische Verfassungsentwurf kennt kein Selbstbesteuerungsrecht der Glaubensgesellschaften, ja maßt sich selbst eine finanzielle Bevormundung der Kirche an in dem schon angeführten § 28 II, der inhaltlich dem Staate das Recht der vollen Säkularisation des Kirchengutes ausliefert.

VI. Der bayerische Verfassungsentwurf gibt auch hinsichtlich der hauptberuflichen Ausübung der seelsorglichen und sonstigen geistlichen Aemter zu Befürchtungen Anlaß durch den schon zitierten § 13 III und die Möglichkeit einer übelwollenden Auslegung des § 17 I, zumal da die Anerkennung der seelsorgerlichen und geistlichen Arbeit als einer gemeinnützigen Leistung im Verfassungsentwurf keinerlei Stütze findet.

So sind denn tatsächlich die in der Gegenüberstellung ausgesprochenen Besorgnisse durch die innerpolitische Entwicklung namentlich in Bayern gerechtfertigt worden. Wenn sich auch nicht alle Befürchtungen verwirklicht haben, so ist das nicht grundsätzlicher Auffassung des Sozialismus, sondern Rücksichten politischer Klugheit zu danken. Die immanente Tendenz des sozialistischen Staatsbegriffes wollte und will sich jedenfalls in der besagten Richtung auswirken; gewisse Vorgänge (Uebergriffe in die Rechtssphäre der Münchener Universität, amtliche Volksaufklärung im sozialistischen Sinne, die neueste sächsische Schulgesetzgebung usw.) sprechen eine zu deutliche Sprache. Es ist daher geradezu providentiell, daß die Kirche eben vor dem Eintritt in die „neue Zeit" in ihrem neuen Gesetzbuch ihre Rechte und Ansprüche abermals geltend gemacht und präzisiert hat. Wenn sie aber auch in der neuen Zeit und gegenüber den neuen Staaten an ihren traditionellen Ansprüchen festhält, so tut sie das keineswegs aus „klerikaler Herrschsucht", sondern aus Pflicht und Liebe, nämlich im Auftrag ihres göttlichen Stifters, d. h. in pflichtmäßiger Wahrung des Charakters, der Verfassung und der Freiheiten, die schon von Christus für seine Kirche grundgelegt wurden, aber ebenso sehr aus Liebe zu den unsterblichen Seelen, zu deren ihr anvertrauten Sorge sie die ungehinderte Ausübung ihres Lehr-, Priester- und Hirtenamtes eben durch ihre unveräußerlichen Rechtsansprüche sicherstellen will. Ja durch Betonung und Verteidigung der unveräußerlichen Rechte des zur persönlichen ewigen Seligkeit bestimmten Einzelmenschen, durch Schutz des religiös geadelten Familienlebens, durch Pflege überzeitlicher und immaterieller Ideale und Güter, durch Zurückweisung unberechtigter Ansprüche des Staates und ihren Widerstand gegen die Ueberspannung des modernen Staatsbegriffes mit seinen alle außerstaatliche Bewegungsfreiheit bedrohenden Monopolen wird gerade die Kirche zum Hort der wahren Freiheit und jener idealen Kultur, die sie, wie einst gegenüber der Barbarei und dem Islam, so auch heute gegenüber einer aller überirdischen Ideale entkleideten Welt- und Staatsauffassung zu retten hat. Eine weltgeschichtliche Mission also ist es, zu deren Erfüllung die Kirche auch heute ihre Selbständigkeit und ihr Eigenleben sich sichern will und muß, zu deren Erfüllung aber auch die politischen Vertreter der christlichen Weltanschauung im Reiche und Lande vor wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben gestellt sind und zugleich Gelegenheit haben, das vom christlichen Volke auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl, ihre Weisheit, Intelligenz und Festigkeit gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und zu belohnen. Speziell die katholischen Eltern Bayerns, die nach dem Gesagten nur zuviel Grund haben, um ihre heiligsten Rechte, um ihre Rechte auf die eigenen Kinder zu bangen, werden dem bayerischen Episkopat nicht genug danken können, daß er, in Erfüllung seiner hohen Mission und im Sinne der kirchenrechtlichen Bestimmungen, in diesen Tagen mit Freimut seine Stimme erhoben hat gegen die durch den bayerischen Verfassungsentwurf drohende Entchristlichung der Schule und Entrechtung der Eltern, daß er mit rückhaltloser Entschiedenheit für die unveräußerlichen Grundsätze der Kirche und Christenheit im Kulturstaat eingetreten ist, für Konfessionalität der Schulen, Beibehaltung des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes und das Mitaufsichtsrecht der Kirche über die „gesamte religiös-sittliche Erziehung in der Schule."

„Kommet alle . . . !"

(Matth. 11, 28.)

Im Menschenstrom, der die Strassen durchrinnt,
Ein finsterer Grübler steht und sinnt:
Wie die bittere Not, Verzweiflung und Hass
Sie doch alle peitscht, an den Kehlen fasst!
Nur manchmal unter Hunderten schreitet
Ein Froher, den nicht die Unrast begleitet.

Er bohrt den Finger ins Hirn mit den Rissen;
„Woher die Frohen?"
Er will es wissen.
Drückt den Schlapphut tief in die fragenden Falten,
Folgt hart den Fersen der stillen Gestalten
Vorbei am Genuss, der aus Ecken lockt,
Hinter dunklen Fenstern, in Buden hockt,
Durch die schillernden Strassen und Gassen und Wege,
Ueber rauschende Plätze und schmutzige Stege.
Wie aus den Katakomben hervor
Die Glücklichen kommen bei Maria Maggior,
Und lächeln durchs Tor, begrüsst vom Glanz
Der vorne glitzernden goldnen Monstranz.

Am Speisegitter, beim hellen Altar
Sinkt hin die selige Beterschaar,
Bis in Haar und Gewänder die Silberbirken
Und der Weihrauch den zaubrischen Atem wirken,
Bis die bleichen Lippen vom Weine rot,
Und die Wangen prangen vom weissen Brot,
Bis das Gold an dem Kelche, an Leuchtern und Wänden,
An Gesimsen und Säulen und Engelshänden,
Und der Gott hinterm spiegelnden Glas und die Kerzen
Ihre Wunder schütten in die Augen und Herzen.

Wo der Menschenstrom durch die Strassen geht,
Mit dem Schlapphut der Grübler rufend steht:
„Tragt die Schwermut, den Hunger, den Hass, das Gebreste
Nach Santa Maggior zum Fronleichnamsfeste!"

Martin Mayr.

Nichtzensiertes aus Belgien.

Von Franz Tippel, Brüssel.

Wer da glauben würde, daß in den Ententeländern und namentlich in dem kleinen Belgien alles rosig wäre, seitdem die „Zivilisation" über die „Barbarei" gesiegt hat, wäre arg im Irrtum. Darauf, daß sie vermeintlich gesiegt haben, tun sich die Belgier selbstverständlich etwas zugute und ein weiteres Mal bewahrheitet sich die Fabel von dem Frosch, der sich aufbläht, um so groß zu werden wie der Ochse.

Noch hatten am 18. November die deutschen Truppen die Mauern Brüssels nicht verlassen, als auch die Jagd auf alles Deutsche in einer geradezu unerhörten Weise losging. Schmähbilder gegen Deutschland wurden an den Mauern der Stadt angeschlagen. Die wieder erscheinenden früheren Zeitungen zeigten eine nie gesehene Gehässigkeit, und hier hat sich leider neben dem parteilosen „Soir" auch die katholische Presse durch eine bedauerlich traurige Rolle ausgezeichnet. Alle, auch die harmlosesten Deutschen wurden „interniert", d. i., da Internierungslager nicht vorhanden waren, mit gemeinen Verbrechern in die Gefängnisse gestopft. Belgier, die mit Deutschen irgendwie in Verbindung getreten waren, seien es nun Großindustrielle oder gewöhnliche Arbeiter, wurden eingesperrt. Ein anonymer Brief an den Staatsanwalt genügte, um den Angegebenen den Gendarmen auszuliefern. Die Räume der großen Zeitung „La Belgique" wurden als staatsgefährlich geschlossen und die Leiter und belgischen Redakteure des Blattes sitzen immer noch in Untersuchungshaft wegen „Untergrabung des Vertrauens des Volkes in die Nation und den König". Die Flamenführer, welche nicht zeitig genug ins Ausland geflüchtet waren, wurden zu schweren Gefängnisstrafen, einer sogar zum Tode verurteilt, in

Ausführung der Thronrede, in der es hieß, daß es für die Aktivisten keinen Pardon gäbe. Daß die deutschen Soldaten, die als zersprengt zurückgeblieben waren, in der Brüsseler Kavallerie-Kaserne mitten im Winter auf dem Sande der Reitbahn ohne jegliche Decke bei sechs Zwieback und kaltem Wasser ihr Leben fristen mußten, gehört ebenso zu der Entente-Zivilisation wie das Einsperren kleiner Kinder ins Gefängnis. Weil seine Mutter eine Deutsche war, wurde ein fünfjähriges Bübchen von zwei Gendarmen im Zellenwagen in seiner Wohnung abgeholt und blieb mehrere Wochen im Gefängnis zu Vorst bei Brüssel. Ein 18jähriger Pariser wurde von der Polizei als verdächtig verhaftet, weil er einen „deutschen" (!) Schlapphut trug. Im Internierungslager in Adinkerke, das unterdessen eingerichtet wurde, steckte man unbescholtene mit Deutschen verheiratete belgische Frauen, die nicht wünschten, ihre Ehe scheiden zu lassen, einfach zusammen mit französischen Prostituierten, welche sich nicht schämten, ihr trauriges Handwerk mit belgischen Soldaten vor den Augen unschuldiger Kinder zu betreiben. In der Vagabundenanstalt Merxplat wurden deutsche Männer, Frauen und Kinder genau so wie die beherbergten Landstreicher und Zuhälter behandelt.

Das alles geschah mit Duldung des sozialistischen Führers **Vandervelde**, der als Justizminister das Internierungswesen in Händen hat. Daß ein so demokratischer Minister und zudem Vorsitzender der Internationale sich zu solchen Verfolgungen der Deutschen hergeben konnte, erklärt sich nur dadurch, daß man durch den Kampf gegen das Deutschtum und die Aufhetzung des Nationalismus glaubt sich über die **bestehenden Schwierigkeiten hinwegsetzen zu können**. Unverantwortliche Elemente hatten nämlich seit Jahr und Tag dem Volke eine glänzende Zukunft vorgemalt für den Augenblick, wo die verhaßten Boches weg wären. Leider war es weit von den Lippen zum Kelchesrand. Obschon die Deutschen weg waren, blieb noch monatelang alles ebenso teuer und unerschwinglich wie unter der Besatzung und auch heute, sechs Monate nach dem Waffenstillstand, ist inländische Butter noch nirgends zu haben. Als aber die Ententetauben den Belgiern nicht sofort gebraten in den Mund flogen, war des Murrens kein Ende mehr. Gleichzeitig steckten sämtliche belgische Gefängnisse voller fahnenflüchtiger und anderer belgischer Soldaten — Offiziere nicht ausgeschlossen —, die auf die Demobilisation warteten und deren Familien nicht genügend unterstützt wurden, und wenn man uns heute glauben machen möchte, die belgischen Legionen wären bereit, über den Rhein zu kommen, so ist das eitel Bluff, genau wie die amerikanischen Automobilfahrten durch Koblenz.

Der feierliche Einzug des **Königs Albert** und seiner deutsch-bayerischen Gemahlin in Brüssel war also eher offizielle Mache als wirkliche Begeisterung und in der richtigen Ueberzeugung, daß die Beruhigung des Volkes mit der Stillung des Magens beginnt, sorgte der Verpflegungsminister dafür, daß Nahrungsmittel ins Land kamen, um die Menge zu beschwichtigen. Das Kartensystem wurde abgeschafft und die Lebensmittel wurden billiger. Hier einige Preise am 10. Mai 1919: Weizenbrot 40 Centimes das Pfund, Weizenmehl 90, Kartoffeln 15, Margarine 3 Franken, Kaffee 3 Franken, Schmalz 3.25 Franken, Speck 5 Franken, Nudeln 1.20 Franken, Bohnen 75 Centimes, Erbsen 80. Schuhe werden auch zu annehmbaren Preisen angeboten; französische und englische Stoffe stehen zu sehr hohen Preisen in den Schaufenstern und Herrenhüte sind ebenso teuer wie im unbesetzten Deutschland. Selbstverständlich wurden diese Waren sehr teuer an England und Amerika bezahlt mit für Belgien sehr ungünstigem Wechselkurs: 118 Franken für 4 Pfund Sterling und 126.50 Franken für 20 Dollars. Die Angelsachsen übervorteilen Belgien auch noch auf andere Weise. Sie liefern Nahrungsmittel aber keine Rohstoffe und Maschinen und obwohl in den Städten der Siegestaumel fortdauert, liegt die Industrie brach und 700000 Arbeiter leben immer noch von den öffentlichen Wohlfahrtsausschüssen. Was Belgien noch an eigenem Gewerbe blieb, wird von den Alliierten unterdrückt, wie z. B. die Tabakfabrikation; sie wird von englischen Zigaretten und amerikanischem Tabak kaltgestellt; es gehört eben zum guten Ton, aus reinem Patriotismus ausländischen Tabak zu rauchen und belgisches „Kraut" zu verschmähen. Wie mit dem Tabak geht es mit einer Reihe anderer Landeserzeugnisse.

Vernünftige Belgier beginnen denn auch dieser **Bevormundung und Ausbeutung durch die Angelsachsen** überdrüssig zu werden und einem Brüsseler Finanzblatt schreibt man aus London: „Lord Northcliffe sieht sehr gut, was in dem Ruine Belgiens die Interessen der britischen Fabrikanten und Kaufleute fördern kann." Diese Stimme steht keineswegs vereinzelt da. Ein Sturm der Entrüstung bemächtigte sich übrigens aller Belgier, als die Friedensbedingungen bekannt wurden, die da weit entfernt sind, den gehegten Hoffnungen entgegenzukommen. Die Wut war nachgerade so groß, daß sich das bedeutende katholische Blatt „Vingtième Siècle" folgendermaßen ausdrückt: „Das Aergerlichste ist, daß, wenn die Defaitisten uns vorhalten, wir hätten 1914 die Preußen durchziehen lassen sollen, wir ihnen antworten müssen: Wenn's nochmals zu tun wäre, würden wir es machen." Soweit ist die Liebe für die Entente schon gediehen und man versteht deshalb auch, daß die sozialistische Presse in Belgien energisch gegen die Deutschland zugemuteten Friedensbedingungen Protest erhebt. Ernste Zeitungen aller Parteien verlangen denn auch schon, daß Belgien, da es von seinen Verbündeten übervorteilt wird, sobald wie möglich die Geschäftsverbindungen mit Deutschland wieder aufnehme.

So steht es momentan mit Belgiens äußeren Beziehungen. Innerpolitisch hat sich Belgien unter einem außerparlamentarischen Vorsitzenden ein **Koalitionsministerium** der drei Parteien: katholisch, liberal und sozialistisch gegeben und auch die Parteipolitik beansprucht wieder ihre Rechte. Die Parteien der Linken verlangen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Die Katholiken, die noch die parlamentarische Mehrheit haben, sind nicht abgeneigt, diesbezüglich Zugeständnisse zu machen, falls endlich die freien katholischen Schulen mit der öffentlichen Schule gleichgestellt werden. Ueber diese beiden großen politischen Fragen dürften die kommenden Wahlen entscheiden.

Klarheit über die Sozialisierungsfrage!

Von Benefiziat L. Heilmaier, München.

Der Aktionsausschuß der nichtsozialistischen Parteien und des Bürgerrates München hat auf Grund von Vorstellungen aus Kreisen der Münchener Industrie in einer Entschließung erklärt: Die „**allgemeine Unklarheit in der Sozialisierung** lähmt die Unternehmungslust". Niemand wisse, welche Gewerbe, wann und unter welchen Umständen sie sozialisiert werden sollen. Man könne es keinem Unternehmer zumuten, z. B. Fabrikbauten aufzuführen, wenn diese dann durch Sozialisierung enteignet werden könnten ohne Entschädigung. „Wir sind der Meinung, daß die **Frage der Sozialisierung mit größter Beschleunigung einer Klärung zuzuführen ist**, . . und daß unter allen Umständen vor Erlaß einschlägiger Gesetze sowohl Arbeitnehmer als Arbeitgeber gehört werden müssen." Jene andauernde Unklarheit ist in der Tat geeignet, der darniederliegenden Industrie den letzten Rest ihres Mutes zu nehmen und sie so zum Zusammenbruch zu führen. Mit tiefer Trauer liest jeder deutsche Mann die Nachrichten über die Lage der Bochumer Bergwerks A.-G., der Krupp A.-G., der Gerresheimer Glashüttenwerke, die rasch wachsende Zahl der Betriebe, die bereits mit dauernden Verlusten arbeiten, nicht zuletzt infolge der maßlosen Forderungen der Arbeiterschaft und der Angestellten. Es ist erklärlich, wenn die Regierung den Arbeitern der vor der Liquidation stehenden Reinecker A.-G. Chemnitz zu verstehen gab: **Von der Sozialisierung eines Betriebes, der nicht mehr lukrativ sei, könne keine Rede sein.** Von Bedeutung war auch die Zusicherung, welche Minister Segitz am 11. Mai den führenden Männern der bayerischen Industrie geben konnte: **Die bayerische Regierung lehne jedes partikularistische Vorgehen in der Sozialisierung und utopische Sozialisierungspläne entschieden ab.** Jene Gruppe von Industriellen machte u. a. auch geltend, daß die als notwendig anerkannten **Betriebsräte** die verantwortlich individuelle Leitung des Unternehmers nicht erschweren sollen, daß der Stand der **Lohnbewegung** ohne schweren Schaden für die nationale Wirtschaft nicht mehr überstiegen werden könne.

Die Frage nach der Sozialisierung ist eigentlich für die nächste Zukunft sehr klar. Bei einer großen Zahl von Betrieben, die der Stillegung, der Liquidation, wenn nicht dem Konkurs nahestehen, ist eine Ueberführung in die Gemeinwirtschaft ausgeschlossen, **von unseren Industrien**, einst die blühendsten auf dem Erdball und heute aufs schwerste erschüttert, **erscheint kaum eine für die Sozialisierung „reif"**. Fürs zweite hätte die Sozialdemokratie die Verpflichtung, mit aller Schärfe

ihren Anhängern beizubringen, daß selbst bei blühendem Stand unserer Industrien jetzt nichts sozialisiert werden dürfte, da wir nur willkommene Faustpfänder für den Feind schaffen würden. Wir wissen ja garnicht, was uns eventuell die Entente noch läßt von unseren Betrieben. Fürs dritte hat das Bürgertum angesichts des Versagens eines so gewaltigen Teils der sozialistischen Arbeiterschaft alles Recht, in der Sozialisierungsfrage dem sozialistischen Ministerium mit einmütiger Festigkeit gegenüberzutreten und vor allem die Arbeit als sittliche Pflicht zu betonen, da doch nach dem Wort des Reichspräsidenten Ebert „die Arbeit die Religion des Sozialismus ist“.

Wenn wir über die sozialistische Forderung Klarheit gewinnen wollen, müssen wir uns zunächst den Satz des Erfurter Programms vergegenwärtigen: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Bergwerken, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen und Verkehrsmitteln — in gesellschaftliches Eigentum, nur die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß die großen Betriebe und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde“. Wir können da zwei Randbemerkungen nicht unterdrücken: einmal betreff des „Elendes“ marschierte Deutschland bisher in der Hebung des Arbeiterstandes durch mustergültige Gesetze und Versicherungen weitaus an der Spitze aller Völker. Und wegen der Ausbeutung, auf welche als auf eine allumfassenden Tatsache bekanntlich die Saint-Simonisten ihr geistig-philosophisches System aufbauten, wissen die Sozialisten sehr gut, daß sie mit Erstarkung ihrer Organisation wiederum die Ausbeuter der Kapitalisten wurden, indem sie jede Hebung der Industrie mit höheren Lohnansprüchen beantworteten und damit dem Volk die Ware verteuerten. Bei dieser gegenseitigen Ausbeutung ist es ein natürliches Verlangen, daß die für die öffentliche Wohlfahrt unentbehrlichen Betriebe durch kluge Vergesellschaftung den Arbeitskämpfen wie der ungerechten Steigerung der Lohn- und Gehaltsansprüche entzogen werden.

Die Sozialisten und Kommunisten aller Jahrtausende haben sich berauscht an dem großen Gedanken der Sozialisierung, der sich in der Theorie so schön ausnahm, aber, wie die Geschichte zeigt, stets mit einem jammervollen Zusammenbruch endete, weil man immer die durch die Natur gezogenen Grenzen überschritt. Eine Sozialisierung der Landwirtschaft wie des Handwerks z. B. wäre, wenn denkbar, doch unsinnig, weil einem gesunden Sozialismus nur darum zu tun sein kann, die schroffsten Gegensätze zwischen arm und reich und damit die eigentliche Armut zu beseitigen. Darum wollte auch Rousseau die kleinen Betriebe und mäßiges Privateigentum beibehalten wissen. Freilich, die Idee der Zusammensetzung eines Volkes aus lauter gleichen kleinen Besitzern mußte, nachdem er noch dem contract civil 1762 vorschwebte, erblassen infolge der einsetzenden Industrialisierung mit ihren großen Kapitalien, ohne welche wir die wirtschaftlichen Fortschritte eines Jahrhunderts preisgeben müßten. Da vernünftige Sozialisten dies nicht wünschen können, bleibt für sie nur das eine: die Produktion eines Volkes der Gesamtheit zu übertragen.

Es ist unnötig, auf vorchristliche Versuche zurückzugreifen, wir haben ja aus den letzten Tagen die anschaulichsten Beispiele. Aus dem Experiment des russischen Bolschewismus hören wir u. a. von sieben ehedem blühenden, nun verstaatlichten Großbetrieben. Für Waren, die der Regierung selbst vier Millionen Rubel gekostet hatten aus diesen Betrieben, nahm sie eineinhalb Millionen ein. (Amtliche Meldung der „Prawda“). Zu welch rapider und enormer Verschuldung die Schwerfälligkeit vergesellschafteter Betriebe gegenüber dem Privatbetrieb führt, zeigt glänzend der Munizipalsozialismus, der schon den Römern bekannt war und in vielen englischen Städten verwirklicht wurde (M. A. Cilleuls, Le socialisme municipal à travers les siècles, Paris, 1905). Jede Sozialisierung erfordert eben gerade deshalb die äußerste Klugheit, weil die Gefahr der Bürokratisierung im Zusammenhang mit dem Wegfall des Anreizes, reich zu werden, der persönlichen Initiative den Todesstoß versetzt. Bei Schiffahrt und Fischerei z. B., überhaupt bei Betrieben, in welchen es auf Wagemut ankommt, wäre Vergesellschaftung gleichbedeutend mit schwerer Schädigung der Volkswirtschaft. Minderertrag und Rückgang der Produktion ist zu fürchten, mag in der Theorie noch so schön das Gegenteil behauptet sein.

Seit 1903 wandte die Staatsregierung ihr Interesse den Kartellen zu, diesen in ihrem Gebiete den Markt immer mehr beherrschenden Organisationen. 1905 wurden 385 Verbände für 20 Industrien festgestellt: Kohlen 19, Eisen 62, Elektrizität 2, chemische Ind. 46. Doch das bloße Verstaatlichen ist nicht nach marxistischem Sinn, Staatssozialismus wird nur begrüßt als vorbereitende Uebergangsform. Sollen nun die Arbeiter, die Angestellten selbst den Gemeinbesitz übernehmen? Der klardenkende Sozialist sagt sich, daß dann das Volk, die Konsumenten, von hundert Unternehmern statt von einem ausgenützt werden. Also bestmögliche Bewirtschaftung im Interesse der Allgemeinheit, Ausschaltung der Ausbeutung von Arbeitern wie Konsumenten. Die Entwickelung fügte es in unseren Tagen, daß es ein sozialistisches Reichsministerium war, von welchem in der steigenden revolutionären Gährung die Arbeiter- und Soldatenräte, die Wirtschaftsreformer der Unabhängigen mit Ungestüm die sofortige, restlose Einlösung des seit Jahrzehnten gegebenen Sozialisierungsversprechens heischten. Der Sozialisierung, diesem echten „Kind der Sozialdemokratie“, sollte nun von deren Führern befehlsmäßig zum Leben verholfen werden. Wahrhaft eine tragische Situation, wenn man bedenkt, daß bei diesem gefährlichen Experiment unsere ohnehin erschütterte und erschöpfte Volkswirtschaft klaftertief im Sumpf versinken, die ganze Sache zum Verhängnis für den Sozialismus und seine Partei werden konnte. „Ob dieser Sturm (dieser sozialistischen Idee) die weiten Lande befruchten und den Boden für schöneres und reicheres Wachstum vorbereiten oder ob er unsere Heimat in ein Trümmerfeld verwandeln wird, in dessen Chaos jedwedes menschenwürdige Leben unmöglich ist, das wissen wir nicht“ (Reichsminister Wissel, Weimar 7. März). Wer will überhaupt entscheiden können, ob ein Betrieb, ein ganzer Industriezweig „reif“ ist für Sozialisierung? Und wenn nur wir sozialisieren, während die ganze Welt die Nachfolge verweigert, muß das nicht zu einer unabsehbaren Niederlage führen? Doch es war nicht Zeit zum Ueberlegen. Der mit unheimlicher Gewalt ihr soziales Recht fordernden Demagogie nachgebend unterbreitete man der National-

versammlung am 4. März die beiden Vorlagen über die Sozialisierung im allgemeinen und die Kohlenwirtschaft im besonderen. Die sozialistische Regierung folgte hierbei keineswegs der Mehrheitskommission, welche die Verstaatlichung verwarf, vielmehr Ausschaltung des Kapitals als gebietender Macht, durchgreifende Demokratisierung, eigene Anteilnahme auch des letzten Arbeiters am Erfolg des gemeinsamen Werkes verlangte, sie hielt sich, auf eine Erwerbung der Kohlenbergwerke verzichtend, mit der Minderheitskommission an die konkrete Lage. Die Schilderung der Umwandlung ist sehr bestechend: es gibt keine Beamten mehr, sondern nur einen hundertköpfigen Kohlenrat, die Entlohnung aller geschieht nach der individuellen Leistung, eine Beteiligung am Ertrag findet statt in gewissen das Gesamtinteresse wahrenden Grenzen. Wesentliches Kennzeichen ist die Mitwirkung des Staates, dem die Ueberschüsse zufallen.

Wir wollen abwarten. Vorsichtig tasten wir uns in eine neue Phase unserer Kulturgeschichte hinein, für die vielleicht die Sozialisierung ein wichtiges Moment darstellt. Eine ungeheure Verantwortung übernimmt der Sozialismus. Von Herzen wünschen wir der Arbeiterschaft volles Lebensglück; wir behalten uns aber das Recht vor, die aufsteigenden Bedenken gegen die Sozialisierung zu prüfen, um Klarheit zu gewinnen.

Wenn wir von höherem Standpunkt den Beginn der Sozialisierung betrachten, können wir ein großes Bedenken nicht los werden: stehen wir nicht vor einem unermeßlichen Prozeß der Mechanisierung, welche den Anfang der Erstarrung unserer Geisteskultur bedeutet, in Jahrhunderten vielleicht, doch umso sicherer? „Die abendländische Kultur ist in ihr Greisenalter eingetreten, eine skeptische, altkluge, energischkalte Welt, ... in diesem Zusammenhang gesehen ist auch die Sozialdemokratie eine Alterserscheinung, sie ist ein hervorragender Träger der Mechanisierung" (Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, „Die neue Rundschau", April 1919). Wenn wir unser armes Vaterland lieben, müssen wir uns fragen: besitzen wir gegenüber dieser Riesengefahr auch die nötigen Gegengewichte? Weisen insbesondere die sozialdemokratischen Massen, die sich so gewaltige äußere Umwälzungen zutrauen, auch die zur Lösung solcher Fragen unentbehrlichen innerlichen Bedingungen auf? „Jene Ahnung von praktischem Idealismus, wie sie im demokratischen Gemeinwesen auch die Massen brauchen, wird man ohne Christentum nicht erzeugen" („Die Grenzboten", Voraussetzungen der Demokratie, Dr. Buchheim, N. 14 1919). Also nicht allein die Bayerische Volkspartei sieht in der Durchführung des praktischen Christentums die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Schrecken und Verwirrung dieser Zeit. Keine Gruppe der Bevölkerung gewinnt durch die Rückkehr zu den Grundsätzen der christlichen Moral mehr als gerade die Arbeiterschaft. Nur unter dm Einfluß des Christentums läßt sich jene unmoralische Verirrung überwinden, nach welcher lange genug der Arbeiter und seine Kraft eine auf dem Arbeitsmarkt möglichst billig einzukaufende Ware gewesen ist, während doch seine Arbeit als bedeutsame Leistung gelten soll wie die des Unternehmers innerhalb einer solidarischen Vertretung beider. Nur wenn der Arbeiterstand selbst auch die entsprechenden ethischen Werte mitbringt, wird er sich leicht als gesellschaftlich wertvoller, geachteter, gleichberechtigter Stand der Gesellschaftsordnung einfügen. Darüber möge sich der Arbeiter klar sein, daß unsere Gesellschaftsordnung an der durch natürliches und göttliches Gesetz errichteten Privateigentumsinstitution festhalten, daß im Volksganzen die Sozialisierung immer eine Teilerscheinung bleiben wird. Wenn die Arbeiterschaft jene Ideologie der revolutionären Klassendiktatur völlig abgestreift haben wird, die unter möglichst geringer Leistung, unter Umständen durch Arbeitseinstellung möglichst hohen Lohn erpressen will, wenn sie sich der Pflege der eigenen Persönlichkeit widmet, wie sie durch das Christentum gewährleistet ist, wird sie sicherer zum erstrebten Ziel gelangen. Der Arbeiter „trägt nicht die Gefahr des Unternehmens, ist aber an den Erfolgen desselben interessiert und wird um so freudiger und kraftvoller zu diesen Erfolgen beitragen, wenn er im Lohn, unter Umständen vielleicht noch in Verbindung mit einer Beteiligung am Unternehmergewinn, die volle Wiedervergeltung seiner Leistung und darin zugleich den Ersatz für alle Aufwendungen findet, die ihn für solche Leistungen befähigen. Gewerbliche Solidarität, Interesse des Arbeiters an der Blüte des Geschäftes ist nur unter dieser Voraussetzung zu erreichen" (H. Pesch S. J. Ethik und Volkswirtschaft, 1918, 68).

Zu M. Herberts 60. Geburtstag

(20. Juni 1919).

Einsam, aber nicht vereinsamt
Schreitest du durchs wirre Leben,
Fest in deinem Gott verankert,
In dein Schicksal fromm ergeben.

Deine Seheraugen schweiften
Gern ins Hohe, Grosse, Weite,
Wo Vittoria Colonna
Stand an Michelangelos Seite.

Die du liebtest schlugen scheidend
Deinem Herzen tiefe Wunden —
In dem Reich der Kunst, der heitern,
Hast du linden Trost gefunden.

Gerne liessest du dich nieder
Zu den Kleinen, zu den Armen;
Den Verlassnen, den Enterbten
Galt dein Mitleid, dein Erbarmen.

Und so sah'n wir lieblich spriessen
An den Quellen deiner Güte
Einen Flor, der voll und voller
Stets und herrlicher erblühte.

Kluge Sappho, Rosen streuen
Wir dir an des Alters Schwelle,
Kränze winden um dein Haupt wir:
Lorbeer, Palm und Immortelle.

Mögst im Herbst, im wolkenlosen,
Du der Früchte Fülle pflücken,
Bis der Herr sein „Euge, Euge"
Spricht, dich endlos zu beglücken!

Leo van Heemstede.

Hindurch!

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

„Hindurch"? Der zweifelnden Frage ein eisernes Ja! Denn auch jetzt, in aller Not und Gefahr, hält Gott selbst für uns ein leuchtendes Erfüllungs-Ja in Bereitschaft. Nur müssen wir es uns verdienen, nur müssen wir beschließen und durchführen: Hinweg jetzt, gerade jetzt, mit der erschlaffenden Bedrückung, die seit Monaten alle Schichten unseres Volkes überschlich, bis plötzlich dieses Volk, trotz allem gesund noch im Kern, aufstand in jähem, einstimmigem „Nein!" gegen den Vernichtungsspruch brutaler Vergewaltigung.

So bewahrheitete sich wieder einmal das alte Wort: „Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten." Denn Göttliches war es, das da aus dem flammenden Protest zum Feinde sprach. — Nun aber gilt es, das andere Wort wahr zu machen: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!" Wie die Selbsthilfe heißt? Standhalten, arbeiten, vertrauen.

Standhalten! Sollen wir uns wegschwemmen lassen wie loses Geröll vom Wildwasser des Wahnwitzes, der Niedertracht, der Tyrannei, der — Feigheit? Wenn es denn schicksalsbestimmt ist, daß der trübe Strom über uns hinweggehe — möge er! Aber bleiben wir nur selber fest, blutsgeeint als beseeltes Ganzes, das sich nicht vernichten läßt. Was immer von dem über uns hintosenden Wirbel haften bleiben möge: vergessen wir nicht, auch im Schlamm lebt Befruchtungskeim, wenn man ihn sichtend auswertet. Das für später. — Einstweilen aber: standhalten! Wie sagt Strobl im Vorwort des soeben erschienenen Schlußbandes seiner Bismarck-Romantrilogie? „Nur das Volk, das sich selbst aufgibt, ist verloren". Und unmittelbar zuvor, hinsichtlich der Schicksalsbestimmung Deutschlands: „Mag dieses Schicksalssinnes Deutung jetzt durch Not und Unglück verdunkelt sein — Krankheit, Trunkenheit und Wahnwitz ändern nur die Aeußerungen des Wesens, nicht das Wesen selbst, dessen

Charakter im Urgrund aller Erscheinungen verwurzelt ist". Eben darum muß es weiter heißen:

Arbeiten! Arbeiten zunächst an sich selber, ein jeder für sich, dann gemeinsam mit anderen für andere und für alle, daß der Krankheitsstoff hinausgeschafft werde aus dem Volkskörper, damit dieser neue Kraft sammle für ein neues Sein und Werden im einzelnen und im ganzen. Arbeiten! Gar viele haben es verlernt in seiner rechten, tiefen, umfassenden Voll- und Zielbedeutung während der fünf Kriegsjahre „draußen" wie auch „drinnen" und mehr noch während des hinter dem Kriege daherbrausenden verfehlten Revolutionssturmes: verfehlt in Geburt und Wesensart. Nun aber kommt die Zeit, da sie wiederum, und besser denn je, erkennen können, was echtes Arbeiten wirkt: heiligenden Segen für das neu zu bestellende Erntefeld unseres Volkes und, so Gott will, aller Völker. Wie weit eben dieses Ziel noch in der Ferne liege: erreichen sollen und können wir es daher auch. Nicht zuletzt durch das Arbeiten im Sinne göttlichen Pflichtgebotes, als sicherstes Heilverfahren zur gemeinsamen Erstarkung, zum gemeinsamen Wiederaufbau für die gemeinsame Zukunft. „An seine Stelle jeder Mann!" Auf seinen Posten ein jeder, der seine Seele bewußt in sich trägt! Entbehrlich ist da keiner für Deutschlands Bestimmung, die sich der Menschheit Bestimmung einbeschließt: in Sein und Werden des großen Reiches, in dem nicht Mammon, noch äußere Macht mehr die Herrschaft üben wird, sondern Gewalt der Seele — das Wesentliche des Göttlichen, das der Mensch aus der Hand des Schöpfers empfing. Empfing, um es nur zu oft zu verkennen, zu verzerren und dadurch sich selbst zu erniedrigen, nicht selten hinab bis unter das Tier.

Doch in all' den Wirren, dem Aufruhr der letzten Jahre und der letzten Tage erhob sich ein stilles Wehen des Geistes, eine zarte Stimme aus oberen Höhen, ein geheimer Zug von Mensch zu Mensch, von Seele zu Seele. Das war der leise Ruf aus Seelenland, jener Oase in der Wüste, auf der die Pilger zueinander verlangen und auch zueinander kommen: die Wenigen unter den Vielen, jene, welche die Notwendigkeit einer allgemeinen Wandlung von innen heraus erkannten und nun in währender Treue sich bereit halten und andere bereit machen möchten für die große Gemeinschaft des Reiches der Kinder Gottes. Nur wenige unter ihnen wissen sich auserwählt zur Führerschaft, aber alle fühlen sich berufen zur Zugehörigkeit dieses Reiches, in dem ein nie vergehendes Leben sproßt: das Leben der alles verstehenden, alles ausgleichenden, befreienden, erlösenden Liebe. Eben deshalb und einzig deshalb, weil diese Verbindung der Herde des göttlichen Hirten unter uns besteht und stetig zunimmt, gilt auch das Dritte für uns:

Vertrauen! Vertrauen auf das Gute, das, ob noch so verborgen, da ist unter uns, Vertrauen auf den reinen, erglühenden Willen so vieler Seelen zum tatkräftigen Schaffen, zum Verwirklichen des Ideals nach der Lehre Jesu. Vertrauen auf unser Volk, das sich bewährte, das auch irrte — was am schlimmsten, am schmählichsten irrte, war nicht „unser" Volk — und dem Gott es vorbehielt, sich aufzuraffen, aufzuerstehen aus tiefem Falle. Vertrauen auch auf das eigene Wollen zum Guten und Besten, Vertrauen auf den deutschen Bruder, dessen Auge uns klar und ehrlich anschauen kann und dessen Hand sich ballt angesichts fremder Unbill, schnöden Unrechtes — und der dennoch nie seiner Gefolgschaft des großen Friedenbringers vergessen möchte. Vertrauen auf den Herrgott, der unser heißgeliebtes Vaterland unter das Zeichen des Kalvarienberges stellte; der unser teures deutsches Volk wert erachtet, seinen Weg durch die große adelnde Schule des Leidens zu finden: vom Kreuz zur Krone; der uns allen, da wir uns zu verlieren drohten, sein göttliches „Was schlafet ihr? Stehet auf und wachet!" in die Seele rief; der die tröstliche Verheißung seines Propheten auch für uns bestehen läßt: „Der Herr Zebaoth wird die Hülle zerreißen, mit der alle Völker verhüllt sind. Er wird den Tod verschlingen. Und der Herr wird die Tränen von allen Gesichtern abwischen und wird aufheben die Schmach seines Volkes in allen Landen; denn der Herr hat's gesagt."

So wird wieder ein lichter Morgen für uns tagen und die Sonne der Erfüllung wird für uns aufgehen, wenn wir jetzt unsere heilige Pflicht tun, uns auf uns selbst, auf das Beste in uns besinnen, dieses Beste einsetzen und umsetzen in Kraft und Tat, ein jeder aus sich und in Gemeinschaft jener, die, wie er, Gottes sein und bleiben wollen. Jetzt, von dieser Stunde ab und hinfort für alle Zeiten, im Vertrauen auf den ewigen Schicksalslenker, unter dessen Hand wir geloben und leben: „Standhalten, arbeiten, vertrauen!"

Das Wachstum der Klöster.

Von P. Erhard Schlund, O.F.M.

Viele unserer Mitbürger glauben ein ständiges Zunehmen der Orden wahrzunehmen und sind deswegen dem Ordensstand und den Klöstern ungünstig gesinnt. Sie setzen an den katholischen Orden aus, daß sie, einmal zugelassen, sich viel zu schnell vermehren, ja daß sie überwuchern.

Dieser Vorwurf wurde schon erhoben im Jahre 1828 im bayerischen Landtag, als die Orden nach den Stürmen der Säkularisation eben erst aufzuwachen begannen. Von da ab kam er regelmäßig wieder bei der Beratung des Kultusetats. Besonders die liberale Partei wiederholte ihn immer wieder.

Auch in katholischen Kreisen warf man den Orden ein übermäßiges Wachstum vor und leitete Schäden für das religiöse Leben daraus ab. So brachte Dr. Joseph Müllers „Renaissance" im Oktober 1902 einen viel beachteten Artikel, der das Wachstum der Orden angriff und ganz falsche Schlüsse daraus zog. Die Orden sollten die Zunahme der katholischen Bevölkerung verhindern, der Beschaffung von Seelsorgspriestern im Wege stehen, weder für die einheimischen noch für die auswärtigen Missionen von Bedeutung sein, und überhaupt nicht in unsere Zeit passen, da die Beschaulichkeit, „für die doch das Kloster da sei", unserer Zeit ferner liege als früheren Perioden. Die Anwürfe wurden glänzend widerlegt durch die „Hist.-politischen Blätter" 131 (1903), 180 ff. (Vgl. auch den Aufsehen erregenden Artikel in der „Germania" 1894, Nr. 260 vom 11. November.)

Für die Feinde der katholischen Kirche ist es freilich ebenso beängstigend wie es für ihre Freunde erfreulich ist von dem stetigen Wachstum der Orden zu lesen. Wer es mit der Religion überhaupt gut meint, der kann sich nur darüber freuen. Die Orden waren immer noch die Blüte der Religion und ein Beweis dafür, daß wirklich noch Religion im Volke ist. Wenn immer mehr junge Leute der Welt entsagen und ihrem Gott und dem Volke im Kloster dienen wollen, so zeigt das, daß noch wahrer Idealismus im Volke steckt, namentlich heutzutage, wo die äußeren Versorgungsgründe wegen der Armut der Orden wegfallen. Denn heute ist das Ordensleben wirklich ein Opferleben. Und man sollte doch froh sein, wenn es in unserer so materialistisch gesinnten Zeit noch so viel Idealismus gibt.

Wie anderwärts, so wird sich auch auf dem Gebiete des Ordenslebens Angebot und Nachfrage von selber regeln. Wenn mehr katholische Jünglinge und Jungfrauen ins Kloster gehen, so ist das eben ein Zeichen, daß das religiöse Bedürfnis im Volke quantitativ und qualitativ wächst. Und warum soll man gerade diese hindern, ihre Lebenswünsche zu erfüllen? Läßt man doch einen jeden werden, was er will. Und wenn nach freidenkerischen Grundsätzen jeder nach seiner Fasson selig werden soll, warum gerade bei den katholischen Ordensleuten eine Ausnahme machen? Auch wenn die Klöster selber mehr Leute aufnehmen als früher, so ist das ein Zeichen, daß auch bei ihnen die Nachfrage, der Bedarf gewachsen ist und sie mehr Kräfte im Interesse des Volkes beschäftigen können. Uebrigens ist der Bedarf der Klöster und an Klöstern trotz der großen Zahl immer noch nicht gedeckt, weil, je mehr Kandidaten aufgenommen werden, immer auch die Verpflichtungen und das Angebot wachsen. Die Ordensleute sind in ihrer caritativen Tätigkeit immer noch überanstrengt und könnten noch viel mehr Leute brauchen, wenn sie allen Angeboten für Niederlassungen nachkommen wollten. Mit der fortschreitenden äußeren Kultur werden eben auch die Kulturschäden größer und damit wachsen auch die sozialen und caritativen Aufgaben. Am besten werden aber caritative Aufgaben (Krankenpflege!) immer noch von Ordensleuten gelöst. Uebrigens sind auch die staatlichen und kirchlichen Behörden da, die ein übermäßiges Wachstum schon zu verhindern wüßten. Namentlich die staatlichen Behörden prüfen sehr lange und mit bureaukratischer Genauigkeit die Bedürfnisfrage. Hier eine kleine Frage: Warum ist man gerade bei den katholischen Orden so peinlich? In Preußen brauchen nur katholische Schwestern staatliche Genehmigung, protestantische Diakonissen aber nicht. Warum sagt man nichts von der Zunahme der Diakonissen, die sich seit 1888 gut verdreifacht haben?

Doch schauen wir uns die Zahlen an! Zahlen belehren am besten. Im Jahre 1918 gab es in ganz Deutschland 338 Männerklöster mit 7183 Mitgliedern und 6655 Frauenklöster mit 65 898 Mitgliedern. Es treffen also auf ein Männerkloster

71 706,82 Katholiken, resp. 192 088,79 Einwohner; auf einen Mönch 3374,20 resp. 9038,83; auf eine weibliche Niederlassung 3641,91 resp. 9756,98; auf eine Schwester 367,79 resp. 985,25 Katholiken bezw. Einwohner. In Bayern liegen die Verhältnisse günstiger: Bayern zählt 119 Männerklöster mit 2267 Mitgliedern und 1598 Frauenniederlassungen mit 16 280 Mitgliedern. Es treffen auf ein Männerkloster 50 755,08 Katholiken und 57 876,38 Einwohner, auf einen Ordensmann 2143,74 resp. 3038,06; auf ein Frauenkloster 3034,32 resp. 4309,94, auf eine Schwester 297,90 resp. 423,05 Katholiken bzw. Einwohner. Es ist aber nicht richtig, wenn man so oft sagt, in Bayern seien die Orden am dichtesten; nicht einmal innerhalb des Deutschen Reiches hat Bayern die größte Dichtigkeit. Verhältnismäßig am meisten Ordensleute hat das protestantische Württemberg. Dort gibt es zwar keine Männerorden, aber schon auf 1833,36 Katholiken trifft eine weibliche Niederlassung und auf 237,98 Katholiken eine Schwester. Am günstigsten liegen die Verhältnisse, abgesehen von Hohenzollern-Sigmaringen, wo ganz eigenartige Umstände obwalten, in Elsaß-Lothringen. In der Beurteilung der großen Zahl weiblicher Ordensniederlassungen darf man nicht übersehen, daß in Deutschland die „Klöster" meistens nur aus zwei oder drei Schwestern bestehen, die in einem Krankenhause, einer Waisenanstalt usw. Dienste tun.

Um festzustellen, ob in Bayern und Deutschland die Klöster wirklich zu dicht sind, muß man die Verhältnisse in den anderen Ländern zum Vergleiche heranziehen. Dabei kann natürlich die Zahl der Ordensleute nur in Beziehung gesetzt werden zur Zahl der Katholiken; denn die Ordensleute gehören doch zur katholischen Religion und dienen, selbstverständlich nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie den Katholiken. Im Anfang des 20. Jahrhunderts trafen auf 10 000 Katholiken in Holland 95 Ordensleute, in England 69, in den Vereinigten Staaten 56, in Frankreich 54, in Belgien 47, erst an 6. Stelle in Bayern 28, in der Schweiz 20, im Deutschen Reich 19, in Oesterreich 12, in Ungarn 8. Für Spanien und Italien konnte der Verfasser keine genaue Statistik aufstellen; beide Länder sind aber sicherlich vor Bayern einzureihen. Der Durchschnitt für Europa ist 20 auf 10 000 Katholiken. Daß in Bayern im Verhältnis mehr Ordensleute sich befinden als im Reichsdurchschnitt, ist darauf zurückzuführen, daß Bayern neben Elsaß-Lothringen der einzige Bundesstaat ist, in welchem Ordensfrauen an staatlichen Volksschulen lehren dürfen und mit Bezahlung angestellt sind (in Bayern 1506 Lehrerinnen ohne die Hilfsschwestern). Die Zahl der katholischen Ordensleute im Deutschen Reich entspricht also im Verhältnisse dem europäischen Durchschnitt und steht sehr weit zurück hinter den protestantischen Ländern Holland, England, Nordamerika, in welchen die katholische Kirche frei ist und nicht gesetzlich so beschränkt wie in unserem „paritätischen" Vaterland.

Interessieren wird auch noch die geschichtliche Entwicklung. Hier ist freilich festzustellen, daß sich die Orden im Laufe des Jahrhunderts stark vermehrt haben. Allein das ist eine Folge der Säkularisation. Wenn die Säkularisation alle Klöster in Deutschland aufgehoben hat, so war das ein unnatürlicher Zustand, der eben behoben werden mußte. Die deutschen Katholiken kranken ja heute noch wirtschaftlich und kulturell an den Folgen der Säkularisation. Es darf also die rasche Vermehrung in Deutschland nicht verglichen werden mit dem Wachstum in anderen Ländern, in welchen eine Säkularisation nicht stattgefunden hat. In Bayern treffen auf 10 000 Katholiken im Jahre 1840: 3,08 Ordensleute; 1860: 14,57; 1884: 18,66; 1899: 27,95; 1912: 38,66. In Preußen (der Reichsdurchschnitt würde wegen des Kulturkampfes kein richtiges Bild geben; zudem fehlt für Elsaß-Lothringen in den ersten 10 Jahren jede Möglichkeit zur Aufstellung einer Statistik) treffen auf 10 000 Katholiken 1872: 10,94; 1886: 7,44 (Kulturkampf!); 1890: 10,94; 1899: 17,25; 1912: 24,54. Daß in Preußen verhältnismäßig weniger Ordensleute sind als in Bayern, ist zum Teil zurückzuführen auf die Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung, die mit allen Mitteln das Erstarken des Katholizismus im Osten, in den polnischen Provinzen, zu verhindern suchte. Man vergleiche nur das preußische Gesetz, betr. das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer vom 26. Mai 1909. In den überwiegend katholischen Gegenden, in Rheinland und Westfalen, entspricht das Verhältnis der Ordensleute zu den Katholiken ungefähr dem in Bayern.

Wir Katholiken freuen uns über diese Entwicklung, weil sie uns zeigt, daß unsere katholische Religion wirklich noch lebendig ist im Volke, weil sie uns zeigt, daß der Baum der katholischen Religion noch reichliche Blüten und Früchte bringt, und „an ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen!" Allein auch jene, die zwar kein unmittelbares Interesse haben an der Religion, denen aber am Wohle des Volkes und an der sozialen Förderung gelegen ist, sollten sich freuen. Denn der Hauptteil des Zuwachses trifft auf Orden mit vorwiegend sozialer Tätigkeit. Im Jahre 1840 waren in Bayern 45,34 % der Ordensfrauen sozial-caritativ tätig, 45,78 % in Unterricht und 8,84 % widmeten sich dem beschaulichen Leben, 1880 waren die Zahlen 38,52 %, 57,33 %, 4,15 %. (Die Zunahme der Schulorden erklärt sich aus der Gründung verschiedener größerer Töchterinstitute und der Uebernahme vieler Landschulen durch Ordensfrauen in den siebziger Jahren.) 1915 aber waren die Zahlen: 63,43 %, 31,54 %, 5,93 %. Auch in den letzten Jahren weist die erste Gruppe, die der sozial-caritativ tätigen Ordensfrauen ein größeres Wachstum auf zum Besten der Armen im Volke.

Das Wachstum der Orden bildet keine Gefahr für unser Volk. Im Gegenteil! Das Volk wird nur Nutzen ziehen aus einem blühenden Ordensstande im Land, namentlich die untersten Schichten des Volkes, diejenigen, die der Fürsorge am meisten bedürfen. Möchten doch alle Volksgenossen einsehen, daß wir Ordensleute nichts anderes suchen, als neben Gottes Ehre und unserem Seelenheil das Wohl unserer Mitmenschen! Möchten sie uns doch arbeiten lassen ohne Beschränkung und ohne Hindernis! Wir werden, wie wir bisher getan, auch in Zukunft erst recht unsere ganze Kraft schenken unserem armen lieben Volke.

Das Ueberwuchern der materiellen Belange und die Geburtenverhütung.[1]

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Der Wunsch nach tunlichst ungehindertem Geschlechtsverkehr innerhalb und außerhalb der Ehe bemächtigte sich der verschiedenen empfängnisverhütenden oder -wieder beseitigenden Methoden natürlich mit größter Begeisterung; denn was konnte der Betätigung dieses Wunsches förderlicher sein als Mittel, jenem Verkehr seine natürlichen Folgen zu nehmen?

In gleicher Richtung wirkte sodann ganz besonders der geradezu ins Maßlose gesteigerte wirtschaftliche Sinn. Einerseits erklärten immer mehr Leute, nicht genug Geld zu haben, um eine größere Kinderschar aufzuziehen; andere begnügten sich mit der Behauptung, sie dürften ihre Kinder nicht unter schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen zurücklassen, als in welchen sie selbst gelebt hatten; dann aber: Wie viel Geld ließe sich nicht sparen, wenn die Kinderzahl ganz klein blieb! Gehalt, Lohn und sonstiger Arbeitsverdienst würde nicht so stark geteilt, auch nicht das Erbe; je weniger Kinder da wären, desto mehr könnte für jedes aufgewandt werden, desto reicher würde es. Dabei fielen die Kosten für Geburten weg und die Ausfälle am Verdienen der Frau gelegentlich der Schwangerschaft. Dadurch steigerten sich die Möglichkeiten der besseren Ausbildung der wenigen Kinder, des sozialen Höherkommens und die Heiratsaussichten, zumal der Mädchen. Gleichzeitig stiegen auch die Möglichkeiten eines besseren Wohnens, eines behaglicheren Lebens, einer günstigeren und verfeinerten Ernährung und sonstiger Lebensgenüsse und -vorteile. Damit haben wir schon das Gebiet der Gesundheitlichkeit und der übrigen materiellen Vorteile erreicht, insoweit diese durch kräftigere Ernährung, besseres Wohnen und gehobene Lebenshaltung gefördert wird. Doch noch weitere gesundheitliche Vorteile wurden der Kleinhaltung der Familie nachgerühmt: eine Verminderung von Schwächung, Krankheit und Sterben der Frauen durch Verseltenerung der Schwangerschaften und Wochenbette, desgleichen eine Kräftigung und Herabsetzung von Kränklichkeit und Sterblichkeit bei den Kindern; „Qualität, nicht Quantität" — das wurde das Schlagwort, um die Kinderzahlbeschränkung zu rechtfertigen.

Auch hier leistete die Wissenschaft den Wünschen der Allgemeinheit Vorspanndienste. Medizin und Statistik „bewiesen", daß Schwangerschaft und Wochenbett die Tuberkulose höchst ungünstig beeinflussen, desgleichen Blutarmut, und daß zumal häufigere Schwangerschaften derartige Krankheitszustände, ebenso auch Nervosität, Unterernährung, Schwäche, Frauenleiden, ja, den Tod herbeizuführen geeignet seien, also vermieden werden müßten; immer größer wurde die Zahl der Krankheitszustände, die angeblich die Mutterschaft ausschließen. Ebenso sollte die Säuglingssterblichkeit im direkten Verhältnis zum

[1]) Vgl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650, 1919 Nr. 1, S. 6.



Kinderreichtum stehen, mithin am größten sein in kinderreichen Gegenden und Familien; tabellarisch glaubte man ermittelt zu haben, daß die Aussicht, am Leben zu bleiben, mit der Reihenfolge der Kinder mehr und mehr schwinde. Immer häufiger hielten sich daher Aerzte für berechtigt, eine Schwangerschaft zu verhüten oder auch zu beseitigen. Wo nichts Krankhaftes nachgewiesen werden konnte, da mußte schließlich die sogenannte „soziale Indikation" herhalten, d. h. die Meinung der Eltern bzw. des Arztes, daß unter den gegebenen sozialen Verhältnissen die Vergrößerung der Familie nicht geduldet werden dürfe, weil sie den bestehenden Nahrungszustand beeinträchtigen würde.

So erklärte z. B. der schon erwähnte Arzt Dr. Rohleder auf dem Kongreß für Neumalthusianismus 1911 frank und frei: „Jeder Armenrechtler, also jeder, der nicht genügend für sich bzw. seine schon bestehende Familie, Subsidien, Nahrungsmittel schaffen kann, hat — keine Berechtigung, noch weitere Kinder in die Welt zu setzen. Mit dem Momente, wo er Armenunterstützung empfängt, hat der Betreffende das Recht zur Zeugung (wohlgemerkt nicht das Recht auf Sexualgenuß) verloren. Auch diesbezüglich hätte der Staat dafür zu sorgen, — Neomalthusianismus ärztlich zu verordnen. Denn in solchen Fällen dafür zu sorgen, daß bei diesen Leuten das soziale Elend nicht vergrößert wird und damit die soziale staatliche Unterstützung weiterer Kinder, das zu verhüten ist Pflicht des Staates." Also: Der Staat soll hiernach Armenhäuslern empfängnisverhütende Mittel ärztlich liefern lassen und sie zwingen, nur mit deren Anwendung ihren Eheverkehr zu unterhalten, damit keine neuen Kinder entstehen, für die der Staat zu sorgen hat! Und der Frauenarzt Max Hirsch will bei wirtschaftlicher Not sogar die Abtreibung angewandt wissen. „Es ist unlogisch und ungerecht, die überall sonst geduldete und geübte soziale Indikation beim therapeutischen Abort zu verleugnen; sie kann — auch für sich allein dastehen. Der wirtschaftliche Notstand kann die einzige Anzeige sein." „Durch übermäßigen Zuwachs wird der Bestand der Familie gefährdet: Nahrungsmangel, Wohnungselend, Kleidungsnot, körperliche und sittliche Verelendung sind die Folgen." „Das sind die sittlichen Fundamente der absoluten sittlichen Indikation" („Deutsche medizinische Wochenschrift" Nr. 5, 1918, S. 127). Also Abtötung des keimenden Menschen zugunsten der besseren Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Eltern und Geschwister!

Aehnlich dachten und handelten bzw. handeln auch andere Aerzte, wobei der Begriff des wirtschaftlichen wie auch des gesundheitlichen Bedürfnisses naturgemäß verschieden weit gefaßt wurde. Aeltere Aerzte waren demgemäß oft geradezu entsetzt, wie häufig sie z. B. ganz kräftige Frauen des Arbeiterstandes operativ entweibt oder mit empfängnisverhütenden Apparaten versehen oder auch zur Abtreibung gebracht sahen.

Doch die ärztliche Wissenschaft blieb keineswegs allein in dieser Anschauung; auch die Rassenhygiene, die Soziologie, die Volkswirtschaft und die Rechtswissenschaft hatten Reichliches für diese Grundsätze übrig. So erklärte z. B. der Volkswirtschaftler Reinhold („Die bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft"): „daß eine kleine, aber glückliche und vor Lebensnot gesicherte, individuell entwickelte Volksmenge wünschenswerter ist als eine große, unermeßlich wachsende, in der Konkurrenz um das Dasein der Lebensfreude und Ruhe beraubte und nach Köpfen gezählte Masse." Und der bekannte Schmoller hat einmal gemeint, es sei „vor Gott und den Menschen verdienstvoller, wohlgefälliger und richtiger, weniger Nachkommen zu zeugen und auf deren Erhaltung und Erziehung größere Sorgfalt und materielle Opfer zu verwenden, als eine große Anzahl einem baldigen Eingehen in erhöhtem Maße auszusetzen."

Ebenso erklärte der Staatsanwalt Dr. Bechmann („Zentralblatt für Gynäkologie" Nr. 50 von 1910, S. 1625/28), die dauernde Unfruchtbarmachung einer Frau aus sozialen Gründen trage nicht den Charakter des Unsittlichen, wenn die betreffende Person das selbst wolle. Und der Jurist Binding meint (Lehrbuch des gem. deutschen Strafrechts 1902, S. 217), empfängnisverhütende Gummiartikel dürften nicht als zum unsittlichen Gebrauch bestimmt angesehen werden, „denn sie finden auch zur Verminderung des Familienelendes durch eine Ueberzahl der Kinder Verwendung". Schickelé (Strafrecht und Frauenheilkunde, Wiesbaden, bei Bergmann, 1909) spricht vom „Kinderüberfluß" bei offenbarer Armut und der hierdurch beeinflußten Abtreibung, und der Amtsgerichtsrat B. Wilhelm meint, in solchem Falle brauche der Arzt durch die Vornahme der Abtreibung nicht unmoralisch zu handeln („Deutsche medizinische Wochenschrift" Nr. 7, 1918, S. 186/87). Daß dieser Autor seine Hoffnung gleichzeitig auf eine „Aera des allgemeinen Völkerbundes, des Schiedsgerichts und der Abrüstung" setzt, läßt sein Urteil allerdings nicht wertvoller erscheinen. Alle aber vergessen sie in ihrer Sucht nach „Wirtschaftlichkeit", daß sie ihre Menschenfreundlichkeit durch Vernichtung eines keimenden Menschen betätigen wollen.

So groß ist bereits die Begriffsverwirrung.

Dabei wird nicht nur der angeblichen Vorteile des Geburtenverhütens für den Einzelnen gedacht, sondern oft auch für die Allgemeinheit: Durch die Kinderzahlbeschränkung sollte sich die Zahl der Insassen von Armenhäusern, Krankenhäusern, Irrenanstalten, Gefängnissen, auch der Schulkinder, vermindern, demgemäß auch die Kosten für den Bau und den Betrieb aller dieser Anstalten, desgleichen für Heer und Flotte erniedrigen lassen; daher sei die künstliche Beschränkung zu fördern. So konzentrierte sich die allgemeine Anschauung immer mehr dahin, Kinder in erster Linie als wirtschaftliche Last — sowohl für das einzelne Ehepaar als auch für das Volksganze — zu werten.

Die Sucht nach materiellen Vorteilen unter völliger Beiseitesetzung sittlicher und ideeller Gesichtspunkte hatte die Köpfe der Menschheit tatsächlich bereits so verwirrt, daß die Kritik nahezu ausgeschaltet erschien und man mit der künstlichen Kinderbeschränkung so etwa den Stein der Weisen oder das Allheilmittel auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und „sozialem" Gebiete gefunden zu haben glaubte. Daß in dieses seichte Fahrwasser der materialistisch geleiteten Kritikarmut die heutzutage so einflußreichen Kräfte der Kurpfuscherei und der „Naturheilkunde", desgleichen der sozialen Demokratie und des doktrinären Liberalismus, weiter ein gut Teil offizieller Frauenbewegung und demgemäß der Presse und Literatur und infolge davon schließlich der öffentlichen Meinung einbogen, darf nicht weiter Wunder nehmen.

So war man denn in weiten Kreisen unseres Volkes immer mehr dahin gekommen, die Frage des Geburtenbeschränkens lediglich vom Standpunkte des materiell Vorteilhaften, dem Geschäftlichen ähnlich, zu betrachten, und da diese Frage unbedingt bejahenswert erschien, so gelangte man, da eben kräftige sittliche Hemmungen fehlten, ganz naturgemäß dazu, dieses künstliche Geburtenverhüten selbst ausgiebig zu üben, den Nachkommen und anderen eindringlich zu empfehlen und diejenigen, die es nicht taten, für dumm, minderwertig, zurückgeblieben und rückständig zu betrachten und zu behandeln, sich selbst aber als höherstehend, aufgeklärt, weitblickend zu verherrlichen. So ist eine tatsächliche Verdrehung der Wertschätzung entstanden. In einer Zeit, in der man sich so gern mit Perversem beschäftigt, sind die Ansichten selbst pervers geworden.

Es gehört nicht zur eigentlichen Aufgabe dieser Arbeit, zu prüfen, inwieweit die Anschauungen und Behauptungen über die Vorteilhaftigkeit des Geburtenbeschränkens wirklich zutreffen, denn was unsittlich ist, das ist eben niemals erlaubt, und wenn es noch so nutzbringend erscheint; der Vollständigkeit halber mag aber doch gesagt werden: Tatsächlich sind die Behauptungen über die Zweckmäßigkeit des Geburtenverhütens teils unzutreffend, teils übertrieben, teils nur scheinbar richtig.

Wenn gesagt wird, wirtschaftliche Not sei die Quelle des Geburtenverhütens, so ist zu fragen: Wo hat denn das moderne allgemeine Kinderbeschränken begonnen? In dem reichen Lande Frankreich, dem „Bankier der Welt". Wo hat es bei uns zuerst Fuß gefaßt? In den wohlhabenden Klassen. Und wann ist es auf die Volksmassen übergesprungen? Als es diesen Menschen so gut erging wie wohl noch nie in der Weltgeschichte. Deutschland war ein schwer reiches Land geworden. Auch in den unteren Kreisen mangelte es wahrlich nicht an Geld und wirtschaftlicher Sicherheit (Sozialversicherung) zur Kinderaufziehung. Und die glücklicherweise immer noch zahlreichen Familien mit vielen Kindern, die auch heute durchkommen, sind ein schlagender Beweis dafür, daß das eben ganz gut möglich ist.

Auch die Behauptung, daß es wirtschaftlich vorteilhafter sei, weniger Kinder zu haben, ist von recht zweifelhafter Gültigkeit. Natürlich kosten Kinder zunächst Geld, um so mehr, je zahlreicher sie sind. Sie bringen aber auch später, wenn sie in Stellungen sind, mehr ein, je mehr sie sind, die Kinder sind eben „wandelnde Sparpfennige". Dazu kommt, daß die Anwesenheit von Kindern die Eltern weit mehr antreibt, alle ihre Kräfte zum Verdienen und Sparen einzusetzen, unnötige Ausgaben für allerhand zweifelhafte Genüsse aber zu unterlassen, als das bei kinderlosen oder kinderarmen Ehegatten der Fall ist. Würde man hierüber einmal Statistiken aufmachen, so würde man, wie das kleine bearbeitete Gebiete bereits vermuten lassen, wohl sicher deutlich erkennen, daß kinderreiche Eltern es im Durchschnitt tatsächlich wirtschaftlich und geldlich weiter bringen als andere. Dasselbe wird vom sozialen Hochkommen gelten, durch das sich durchaus nicht kinderlose und kinderarme Eltern auszuzeichnen pflegen, sondern oft gerade kinderreiche und Abkömmlinge aus solchen — wie auch nur kinderreiche Völker vorwärts kommen — nicht aber Völker mit abnehmender Kinderzahl.

Gleiches gilt vom Erziehen. Natürlich kostet das Erziehen von Kindern Mühen und Sorgen. Daß die Mühen des Erziehens aber proportional mit der Zahl der Kinder steigen, ist ein Trugschluß. Grade Einzelkinder erfordern besonders viele Mühen beim Erziehen und gedeihen, wie Erfahrung und Statistik zeigen, keineswegs besonders gut, während mehr Kinder sich gegenseitig erziehen; die älteren Geschwister geben das von den Eltern Anerzogene unbewußt weiter, alle schleifen sich aneinander ab, lernen sich schicken wie durchsetzen und vor allen Dingen gewöhnen sich die beiden Geschlechter aneinander; es wird bei ihnen die Lüsternheit nicht so leicht aufkommen wie zum Beispiel bei Einzelsöhnen.

Und nicht anders ist es schließlich mit der Gesundheit. Schwangerschaft und Gebären sind nicht, wie es gewisse Sozialpolitiker und Hygieniker gern hinstellen möchten, etwas Krankhaftes, sondern etwas durchaus Natürliches, völlig natürliche Zustände für das erwachsene Weib, das doch gewiß nicht dafür während 30 Jahre fruchtbar geschaffen ist, um einem, höchstens zwei Kindern das Leben zu geben, im übrigen aber den Geschlechtstrieb lediglich zu seinem eigenen und anderer Vergnügen auszunutzen. Das Unnatürliche ist durchaus die Kinderlosigkeit und Kinderarmut. Demgemäß haften der Schwangerschaft und dem Wochenbett auch gar nicht die Benachteiligungen und Schädigungen an, die eine allgemeine wehleidige

Gemütsverfassung heute ihnen nachsagt. Freilich stirbt alljährlich eine gewisse Zahl von Frauen an der Entbindung, in Deutschland sind es vielleicht 7000. Das ist traurig genug. Aber was will das besagen gegen die vielleicht 20000 Männer (gegen vielleicht 5300 Frauen), die jährlich infolge von — meist gewerblichen — Unglücksfällen und Gewalteinwirkungen das Leben einbüßen? Verlangt man deswegen Einstellung der Arbeit? Und wie kommt es doch, daß die Todesfälle im Kindbett bei weitem am meisten dort vorkommen, wo die **wenigsten** Kinder geboren werden? Im allgemeinen ist die **Kindbettsterblichkeit** in den letzten Jahren in Deutschland zurückgegangen; **gestiegen** und hoch ist sie aber im kinderarmen Berlin (1,82 ‰ im Jahrsechst 1910/15), im kinderarmen Regierungsbezirk Potsdam (1,04 ‰), dagegen gering in den kinderreicheren Bezirken Gumbinnen (0,53 ‰), Münster (0,76 ‰).

Also grade dort macht sich die Kindbettsterblichkeit besonders geltend, wo die Geburten durch allerlei üble Machenschaften absichtlich hintertrieben werden. Sehr erklärlich! Sagte doch ein erfahrener Essener Frauenarzt, Dr. Gammert, mit vollem Rechte: „Die Frauen erkranken weit mehr an den Kindern, die sie **nicht** haben, als an denen, die sie haben.“ Und verschiedene Umfragen haben das bestätigt. Ließ sich doch zum Beispiel nachweisen, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet binnen 5 Jahren allein in der Praxis einer begrenzten Zahl von Aerzten etwa 125 Frauen an den Folgen der kinderverhütenden Machenschaften zugrunde gegangen waren! Wieviele mögen es wohl im **ganzen** gewesen sein? Und dazu die zahllosen, oft lange und selbst lebenslänglich währenden schweren Frauenleiden! Wie manche Fälle sind nicht schon bekannt geworden, in denen der Ehemann die Frau, die er am Morgen kerngesund verlassen hatte, am Mittag tot wiederfand, die unselige Spritze neben sich! Nein, das Kinderverhüten wirkt keineswegs lebensverlängernd und krankheitsverhütend.

Und wie mit den Müttern, so ist es mit den **Kindern**. Es ist einfach nicht wahr, daß Kinderreichtum naturgemäß zur größeren Säuglingssterblichkeit führe, daß die späteren Kinder leichter zugrunde gehen als die früheren, schwächlicher seien und weniger taugten, daß die Kinder sich gegenseitig „erdrücken“, wie eine gewisse Tendenzwissenschaft uns glauben machen möchte. Wir wissen längst, daß die Säuglingssterblichkeit davon abhängt, wieviele Mütter selbst stillen, und wie hoch die Säuglingsfürsorge entwickelt ist. **Köppe** zu Gießen hat in langen, genauen Untersuchungen ermittelt, daß zum mindesten bis zum 8. Kinde Kräftigkeit und Tüchtigkeit der Kinder nicht abnimmt, und daß kein Grund vorliegt, solches bei späteren Kindern anzunehmen. „Sie werden immer besser“, wie er sich ausdrückt.

Und welche **Qualitätsmenschen** stammen nicht aus kinderreichen Familien! Fichte war das älteste Kind unter 8 eines armen Leinenwebers, Fraunhofer das letzte unter 10 eines unbemittelten Glasermeisters, Werner von Siemens war der älteste unter 14 Geschwistern, Hans Memmling das 6. unter 18, Albrecht Dürer und Peter Cornelius die 2. unter 6 bzw. 7 Brüdern, Haendel das letzte unter 10 Kindern, Overbeck das 5. unter 6, Haydn eines unter 12, Mozart unter 7, der erste Napoleon das 2. unter 14, Geibel das 7., Franklin das 17. einer armen Handwerkerfamilie, Katharina von Siena das 20. unter 24, Ignaz von Loyola das 10. von 11, Cervantes das 4., Gellert eines unter 13, Lessing das 13., Freiherr von Stein das 3., Bismarck das 4. unter 6, Blücher das 7, der erfolgreiche Fliegerleutnant Baldamus (18 Siege) das 8. und Hindenburgs Vater das 13. unter 14 Kindern. Wie sähe die Welt, wie sähe insbesondere Deutschland aus ohne diese Söhne kinderfroher Eltern!

Nun wird gesagt werden können: Das mag alles wahr sein; es läßt sich aber nicht leugnen, daß eine größere Kinderschar viele Schwierigkeiten und Mühen schafft, die kinderarme Eltern nicht haben, so in bezug auf Geldbeschaffung, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Stellung, Abhängigkeit vom Arbeitgeber und Hauswirt und manches andere; wer sich Kinder fernhält, handelt deswegen nicht besonders materiell oder gar unsittlich, er paßt sich eben nur den Zeitumständen an; das Zusammendrängen der Menschen in die Städte, die Industrialisierung, die Teuerheit von Grund und Boden in solchen Gegenden, die immer höheren Ansprüche an die Vorbildung Heranwachsender usw. haben eben kinderfeindliche Verhältnisse geschaffen, und Staat und Gesellschaft haben nicht das Nötige getan, um diese Folgen zu mildern und zu verhüten; man hat die kinderreichen Leute eben so schlecht behandelt, daß die Menschen nun nicht mehr viele Kinder haben wollen. Es kann nicht geleugnet werden, daß in solchen Worten manches Wahre liegt. Aber sind es denn nicht immer wieder nur gewinnsüchtige Motive, welche diesem Gebaren zugrunde liegen? welche den Kinderreichen vom Wohnungsmarkt geradezu ausschließen, in den Mietverträgen den Familienzuwachs tatsächlich verbieten, die angestellten Gärtner, Pförtner, Diener ausschalten oder zur Entlassung bringen, sobald sie Kinder haben oder bekommen u. dgl. m.? Ob der Materialismus lediglich bei den Kinderbeschränkern selbst ausgeprägt ist oder den Zeitgeist beherrscht, das ist schließlich einerlei; das Maßgebliche ist, daß der Materialismus und Nationalismus in der Richtung der Kinderbeschränkung wirkt. Und es bleibt ferner immer die Tatsache bestehen: mag der Kinderreichtum noch so manche Unannehmlichkeiten und Nachteile und das Kinderbeschränken noch so viele Augenblicksvorteile bringen — als ausgesprochen **unsittliche Handlung** ist diese Maßnahme **nie** erlaubt. Und daß das Leben auch auf dem Boden des Festhaltens an Sittlichkeit erfolgreich durchgeführt werden kann, das lehren eben immer wieder jene zahlreichen kinderreichen Familien, die es noch in Deutschland gibt.

Joseph Seeber †.

Ein kleines Gedenkblatt.

Am Karsamstag ist Joseph Seeber, Akademiepfarrer i. R. in Enns (Oberösterreich) gestorben. Sein erstes — und wohl auch sein bedeutendstes Werk ist das wuchtige, farbenglühende tiefe Jamben-Epos „**Der ewige Jude**“. Formvollendet und mit wundervoller Plastik behandelt er darin die Sage Ahasvers. Und sein **letztes** Werk, das er erst während des Weltkrieges der Oeffentlichkeit übergab, ist wieder ein Epos: „**Christus**“. Eine neue Messiade, die unwillkürlich an die Klopstocks erinnert, nur ist Seebers Werk von tieferer religiöser Wirkung. Auch hier zeigt sich der Dichter als ein Meister der Sprache und Gestaltung. Zwischen diesen beiden Monumentalwerken erschienen die poesievolle Legende „St. Elisabeth von Thüringen“ und eine hübsche Anzahl kleinerer Erzählungen. Einzelnes (z. B. „Saulus“, „Antoinette“) blieb leider unvollendet oder wurde vom Dichter selbst vernichtet. Auch auf dramatischem Gebiet versuchte sich Seeber mit Erfolg. „Spinges“, 1897 anläßlich der 100 Jahrfeier in Tirol gedichtet, mehr noch aber die fünfaktige kraftvolle Tragödie „Judas“ (1887) zeugen von großem Können und seiner Gestaltungskraft. Selbst ein Bändchen lyrischer Gedichte „Ein fliegend Blatt“ schenkte er uns, die aber hinter den anderen Dichtungen weit zurückstehen. Als Literarhistoriker erwarb sich Seeber besonders durch die Neubearbeitung und Fortsetzung von Lindemanns Literaturgeschichte ebenfalls einen klangvollen Namen.

Wenn nun auch all seine Werke im Wandel der Zeiten trotz ihrer Größe in Vergessenheit geraten sollten, so wird sich eines seiner Lieder doch ewig erhalten. Wie das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ am Weihnachtsabend überall, wo Deutsche leben, gesungen wird, so wird, gilt es eine katholische Feier — zumal im Monat Juni — auch stets das Lied „Auf zum Schwure Volk und Land, heb' zum Himmel Herz und Hand“, das **Herz-Jesu-Bundeslied** gesungen werden, dessen Verse von Joseph Seeber gedichtet und von Propst Mitterer vertont wurden. Es ist das schönste, aber auch unvergänglichste Denkmal, das sich der Tirolerpoet in den Herzen der deutschen Katholiken setzte. Den Anlaß zu diesem Lied gab die hundertjährige Gedenkfeier des religiösen Bundes der Tiroler im Jahre 1897. Von da nahm es seinen Siegeslauf um den Erdball. Der ursprüngliche Text dieses ebenso erhebenden wie kraftvollen Kirchenliedes, das eigentlich nur für Tirol bestimmt war, lautete: „Auf zum Schwur Tirolerland . . . . .“, wurde aber bald so volkstümlich, daß der Wortlaut der ersten Verszeile in die jetzige Form umgewandelt wurde.

Nun noch einige biographische Daten. Joseph Seeber wurde am 4. März 1856 zu Bruneck in Tirol geboren, studierte in Brixen und Innsbruck und erhielt 1878 die Priesterweihe. Nach einigen Jahren Seelsorge wurde er Gymnasialprofessor, 1881 in Brixen, 1887 an der Militär-Oberrealschule in Mähr.-Weißkirchen und 1903 an der militärtechnischen Akademie in Mödling, von wo er 1915 als Akademiepfarrer in den Ruhestand trat. Seit fast 25 Jahren schwer leidend — er war halb erblindet — übte er dennoch sein ihm so lieb gewordenes Amt stets mit unermüdlichem Eifer aus.

Nun ist sein Auge gebrochen, ein edles Tirolerherz steht still; sein Andenken aber wird fortleben in seinen Werken, besonders im Herz-Jesu-Bundesliede, dessen Verse wir gerade in unseren Tagen stets eingedenk sein sollen.

Fest und stark zu unserem Gott,
Stehen wir trotz Hohn und Spott;
Fest am Glauben halten wir,
Unseres Volkes schönster Zier.

Hans Wogme, Wien.

Vom Büchertisch.

Im hohen Norden. Reiseskizzen aus Schottland, Island, Skandinavien und St. Petersburg. Von Alexander **Baumgartner** S. J. Freiburg 1919, **Herdersche** Verlagshandlung. VIII u. 240 S. 8°. Preis geb. ℳ 6.—. Das mit zehn interessanten Abbildungen geschmückte Buch gehört zu der vom Herderschen Verlage herausgegebenen Reihe „Aus aller Welt. Eine neue Bücherei der Länder- und Völkerkunde“. Als verkürzte Volksausgabe des von dem als Literarhistoriker und Reiseschilderer berühmten Verfasser stammenden dreibändigen Werkes „Nordische Fahrten“ (1884—90) stellt es eine Anzahl der fesselndsten Abschnitte jener mehr für den Gelehrten bestimmten Arbeit, entlastet von weitschichtigen Untersuchungen, für einen größeren Leserkreis zusammen. Den wichtigsten Teil bilden Schilderungen aus dem fernen, sagenumkränzten Island. Einige Beschreibungen aus Schottland, Schweden, Norwegen und St. Petersburg steigern den Reichtum des Inhaltes. In der Malerei prächtiger Sprache ziehen die Bilder der nordischen Landschaft, des Kultur- und Volkslebens vorüber, erklingen Sagen und Mären, schimmert der stille Glanz einer echt germanischen, ursprünglich und schlicht verbliebenen Kunst. Zu den schönsten Abschnitten gehören die über einen Besuch im Arbeiterviertel zu Glasgow, die Schilderung des Geysir, des Hardangerfjordes; über das katholische Island des Mittelalters. Alles ist mit Begeisterung für die Herrlichkeit der Natur, mit scharfem, hellem Blicke gesehen, mit warmem Herzen empfunden und verkündet die rege, verständnistiefe Anteilnahme des Verfassers an jenen sozialen Fragen, die gerade heute jedermann in Anspruch nehmen. Was dem Buche besonderen Wert verleiht, sind seine

Nachrichten über das katholische Glaubensleben im Norden. Trotz der kraftvoll persönlichen Auffassung, die sich überall kundgibt, ist das Buch ruhig, objektiv; gerade auf dieser Eigenschaft beruht die ihm innewohnende Stimmung; mit tiefstem Ernste mischt sich oft ein wohltuender Humor. So bietet diese Volksausgabe des berühmten großen Werkes nicht nur wahre Belehrung, sondern auch eine Fülle des Unterhaltsamen und eignet sich daher ganz besonders für Familien, Volks- und Jugendbüchereien. Dr. O. Doering.

Empor zum Licht. Gedichte von Stella Maris. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. 72 S. M 2.40.

„Was ich wage hier zu bieten —
Nehmt es auf als Erstlingswerk!
Prüft die Worte nicht und Verse
Mit zu klüglichem Verstand!
Nur zum Herzen wollt' ich sprechen,
Wie im Herzen ich's empfand. —"

Mit dieser Bitte um ein nachsichtiges Urteil entwindet die fromme Sängerin dem Kritiker das scharfe Instrument. Es sei drum. Das Büchlein enthält viele gute Gedanken und schlägt Töne an, die bei gleichgestimmten frommen Seelen Anklang finden werden. Es spricht ein Herz daraus, das sich durch bangen Zweifel und bitteres Leid zum beseligenden Glauben, zur Ergebung in Gottes Willen, ja zum freudigen Danke für die erlösende Gnadengabe des Leides emporgerungen hat. Nur hätte der Strauß ein besseres Gefäß verdient. Wer ein feinfühliges Ohr hat, wird sich vielfach an den rhythmischen Unebenheiten und der Vernachlässigung des Reimes stoßen. Das Dithyrambische, das nicht an Reim und Maß gebunden ist, liegt der Dichterin am besten. Es sei ihr aber doch ans Herz gelegt, mehr auf die Form zu achten und sich Goethes Wort „Ein Gedicht soll entweder vortrefflich sein oder gar nicht existieren" zu merken. Leo van Heemstede.

Biblische Erziehungsbilder. Ein Büchlein für christliche Eltern. Von Anton David, S. J. 8° 120 S. M 2.80. Regensburg, Pustet. 1919. Das Buch der Bücher erweist sich immer wieder als bester Ratgeber für den Gesamtumfang unserer Lebensfragen. Im vorliegenden Büchlein wird in enger Anlehnung an die Hl. Schrift ein dort oft berührtes Thema ausführlicher und im Zusammenhang behandelt, die Erziehungsfrage, zumal nach der praktischen Seite. An wirksamen Beispielen aus dem Alten Bund von Erziehern und Zöglingen, Erziehungsfrüchten und -mißerfolgen wird das Amt der Erziehung in seiner Gewichtigkeit dargetan, die dabei unterlaufenden Fehler finden sich beleuchtet und damit sind zugleich praktische Fingerzeige zur fruchtbaren Ausübung des verantwortungsvollen Erzieherberufes gegeben. In einer Zeit eifriger Erörterung der Jugendbildungsfrage, die so tiefgehende Gegensätze zeigt, ist eine Darlegung der altbewährten Erziehungsgrundsätze im Lichte der Hl. Schrift ganz besonders am Platze. O. Heinz.

Dr. theol. Joh. Albani, Pfarrer in Bad Lausick, **Du bist Petrus!** Zur Begründung der hochkirchlichen Vereinigung. Siegen 1919, Verlag der Buchhandlung der Evang. Missions-Gesellschaft. 24 S. M 1.—. Auch in deutschen protestantischen Kirchen haben sich in der „Hochkirchlichen Vereinigung" Männer zusammengetan, die nach dem Vorbilde der Anglikanischen Hochkirche das bischöfliche Amt und eine reichere Gliederung und Ausstattung des Gottesdienstes wünschen. Die vorliegende Schrift führt in einem Vortrage die Grundsätze dieser Vereinigung näher aus. Gewiß ein auch für den Katholiken interessantes Thema! Die Verhältnisse der Neuzeit, die zu einer Lösung der protestantischen Kirche Deutschlands von den Landesobrigkeiten geführt haben, lassen die Hoffnung zu, daß auf dem eingeschlagenen Wege ein großer Schritt vorwärts getan werden kann. Die Ausführungen Albanis muten uns Katholiken wie ein Gruß an, den ein Wanderer aus noch ziemlicher Ferne an das gesuchte, jedoch nur erst unklar gesehene Ziel seiner Wanderschaft richtet. Dieses Ziel ist die katholische Kirche: sie schwebt dem Vortragenden stets vor, wird indes namentlich in ihrem Innern noch nicht mit sicherem Blick geschaut. Der Grundgedanke des Vortrages ist: die von Gott gewollte Vollständigkeit und Katholizität der kirchlichen Organisation fordert für einzelne Bezirke ein vom Staate unabhängiges bischöfliches Amt und für die ganze Kirche einen obersten Hirten. Es herrschen aber Gegenständlichkeit, Selbständigkeit und Vollständigkeit zumeist in der katholischen Kirche. Der Wanderer ist indes vom Ziel noch weitab: Von Christus wird in Worten gesprochen, die erkennen lassen, daß der Glaube an seine Gottheit fehlt, die kirchlichen Aemter werden nur hergeleitet aus dem kurz angegebenen Begriff von der Kirche, nicht aus einer übernatürlichen Ausstattung der Apostel und ihrer Nachfolger. Die Macht, das Bußsakrament zu spenden, wird auch dem Laien zuerkannt, dem Papst möchte man Jerusalem zur Residenz zuweisen, Kirchensprache solle das Englische werden, das Gebot des Zölibats soll wegfallen usw. Die Ausführungen verdienen volle Beachtung. Geistl. Rat Dr. Hoffmann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Mit einer geschlossenen Vorstellung des „Parsifal" für das werktätige Volk wurde das Prinzregententheater wieder eröffnet, tags darauf begannen die Schauspielvorstellungen, mit denen das Festspielhaus nunmehr in den regelmäßigen Betrieb tritt. Man begann mit „Torquato Tasso" in der vor kürzerer Zeit im großen Haus des Nationaltheaters gebotenen, hier besprochenen Besetzung. Der Besuch dieses ersten Schauspielabends war ziemlich schwach, die Wahl der Goetheschen Dichtung war keine sehr glückliche. So sehr wir uns auch damals über eine Neueinstudierung dieses Werkes freuten, so wenig eignet es sich für ein volkstümliches Publikum, das an die Geistesschätze unserer Nationalliteratur erst herangeführt werden soll. Ist doch gerade der Tasso von seinem Erscheinen an mehr mißverstanden als verstanden worden. Der Mangel an einer äußeren Handlung hat vielen den Blick doch nicht auf die innere gelenkt. Man lese die Meinungen der Zeitgenossen, der beiden Schlegel u. a. und man wird es nicht als Bildungshochmut auslegen, wenn man zweifelt, ob diese persönlichste Auseinandersetzung des dichterischen Genius mit der Umwelt im Rahmen einer vollendeten Kultur der Form und des Geistes gerade zu Fernerstehenden deutlich sprechen wird, hat doch noch ein Hettner aus Tasso einen (heute noch suspekter gewordenen) Sieg der höfischen Etikette über die Menschenrechte herausgelesen. Die Neueinstudierung der „Räuber" wird uns Gelegenheit geben, uns eingehender mit der Eignung der Wagnerbühne zum gesprochenen Wort zu beschäftigen. — „Der Revisor" von Nik. Gogol (1809—1852) ist über das spezifisch Russische der Satire hinaus ein Lustspiel von köstlichem Humor, der ihm stets ein Daseinsrecht auch auf unseren Brettern sichert. Es erscheint fast unglaublich, daß der gleiche Schriftsteller die Posse „Heirat", die sich eine ganz unglaubliche Geschichte nennt, geschrieben hat. Jedenfalls ist die Einstudierung im „Kleinen Hause" lediglich eine Folge der unbegreiflichen und unzeitgemäßen russischen Mode, die nicht nur hier an unseren Bühnen herrscht. Der Witz ist sehr dürftig und die Drastik der schlechten Manieren entspricht besser dem Geschmack eines Vorstadttheaters. Das Publikum, das schon lachte, als sein Liebling Waldau spuckte, gurgelte und die Stube kehrte, war mit dem vom Intendanten grotesk inszenierten Schwank recht zufrieden. Der besagte von Waldau dargestellte Junggeselle dünkt uns ein Hausknecht, bis wir erfahren, daß er ein Hofrat mit Oberstenrang sei. Also dieser Herr wird durch eine Heiratsvermittlerin einem jungen Fräulein, das ein Haus besitzt, zugeführt. Es treffen gleichzeitig noch andere Bewerber ein, ein merkwürdiges Sammelsurium von Idioten und Flegeln; das erschwert die Situation. Schließlich heiratet das Mädchen den Hofrat, der durchs Fenster geflohen und zwangsweise in Agafias Arme zurückgebracht wird. Waldau tut an Humor das Möglichste und Frln. Pricken ist sehr niedlich. Es bedarf bei diesen Russen keines Kratzens, daß der Tatare herausschaut

Neues Theater. Mit „Hedda Gabler" hatte das Neue Theater wieder einen sehr schönen Darstellungserfolg. Dieses einst viel umstrittene Ibsendrama ist in 29 Jahren lebendiger geblieben, als viele spätere, die uns moralisch ungehemmte Hysterie in viel grelleren Farben malten. Hedda Gabler ist der Typus der Egoistin, die nur zu fordern, nichts zu geben vermag. Innerlich ist ihr die aufopfernde Liebe der Tante des Gatten so unverständlich, wie die geistigen Werte des Löwborgschen Manuskriptes, das sie zerstört, lediglich um niederzureißen, was eine andere aufgebaut hat. Dieser Löwborg war der einzige, den sie geliebt hat; aber diesen Gefühlen zu folgen, verbot ihr ihre Klugheit. Der genialische Mann mit dem schwachen Willen versank in seiner Trinkerleidenschaft, bis es der helfenden Liebe der Frau Elwsted gelingt, ihn aus den Klauen des Alkoholismus zu retten und seinen geistigen Aufgaben zuzuführen. Hedda hat unterdessen einen harmlosen Gelehrten geheiratet, an dessen Seite sie gelangweilt und durch finanzielle Beengung unbefriedigt lebt. Die ungewollte Aussicht auf Mutterschaft steigert ihre Reizbarkeit. Aus Eifersucht auf Frau Elwsted lockt Hedda Löwborg auf die abschüssige Bahn, die ihn dem Trunk wieder zuführt; dem durch seinen Fall und den Verlust des Manuskriptes Verzweifelten drückt sie die Waffe in die Hand. Es ist Heddas Pistole, die man bei dem Toten findet. Diese hat nun die Wahl zwischen einem Skandal oder der Abhängigkeit von der Diskretion eines eigennützigen Hausfreundes. Ihr Stolz läßt sie einen dritten Weg wählen, sie erschießt sich. Frau Raße-Rohwolt als Gast gab die Titelrolle packend; das Pathologische nur maßvoll streifend, gab sie diese durch Erscheinung und Geist schillernde, aber an Gefühlswerten leere Frau mit viel fesselnden Einzelzügen, die durch ihre hemmungslosen Instinkte gleichsam spielerisch immer mehr dem Bösen zutreibt. Sehr fein zeichnet Ibsen, als Gegenstück zu Hedda, die spießbürgerliche Tante, die durch die Aufopferungsfähigkeit ihres großen Herzens die blendende Außenkultur Heddas mit ihrem Ästhetenspiel vom Sterben in Schönheit so hell überstrahlt. Die meisten Darsteller hielten sich sehr genau in ihrem Äußern an die ziemlich eingehenden Ibsenschen Vorschriften und trafen auch im Ton ihre Gestalten sehr überzeugend; ganz besonders Staufen, auch Kulisch, die Damen Wendt und Hoffmann. Die Figur des Löwborg glich einem mittleren Hofschauspieler in Zivil, die Dämonie des genialen Säufers ward nicht fühlbar. Das Publikum schien gefesselt und spendete nach allen Aktschlüssen lebhaften Beifall.

Kammerspiele. Gg. Kaiser schreibt Stück um Stück. Daß die psychologischen Merkwürdigkeiten seiner Gestalten mehr ersonnen als plastisch gesehen sind, daß auch in Szenen der Leidenschaft nicht der heiße Atem des Gefühles uns anweht, sondern die geistreichelnde Sprache eines „Intellektuellen" uns ernüchtert, tritt jetzt vielleicht stärker hervor; zum mindesten wird jetzt mehr und öfter betont, was uns von allem Anfang an diesem Dichter gegenüber bedenklich gestimmt hat. Ziegel und Mirjam Horwitz, die man immer wieder gerne an der Stätte begrüßt, wo sie in schöneren Tagen erfolgreich gewirkt haben, begannen ihr Gastspiel mit Kaisers Nachstück „Der Brand im Opernhaus." Ein Kavalier aus den Tagen Ludwigs XV. wurde vom Ekel erfaßt ob seines liederlichen Lebens und er hat sich in einem Waisenhaus ein hübsches, reines Mädchen aussuchen lassen und dieses kurz entschlossen geheiratet. Die junge Frau lebt nun in Glanz und Fülle, aber abgeschlossen von der äußeren Welt. Wenn der Vorhang aufgeht, sehen wir „Herrn von . . ." Anstalten treffen, die un-

sauberen Geister der Vergangenheit, die in dem Schlosse spuken, noch besser zu bannen, wobei uns dann gleich recht breit Rokoko-Anekdötchen erzählt werden, natürlich nur damit wir von der Notwendigkeit des sittlichen Reinemachens überzeugt werden. Dem Palais gegenüber in der Pariser Oper, in der gerade einer der Bälle abgehalten wird, deren Ruf nicht gerade gut ist, entsteht ein Brand, bei dem viele umkommen. Durch einen glücklichen Zufall wird die junge Frau gerettet, die ihr Gatte schlafend glaubte. Sie hat ihn also belogen, mehr als dies; in der wilden Freude, daß sie ihr schon verloren geglaubtes Leben gleichsam wiedergewonnen, bekennt sie sich zur Lebensfreude, was leider in der Literatur unserer Tage so viel bedeutet, als recht dirnenhaft sich ausgelebt zu haben. Das Experiment mit dem Waisenmädchen ist also mißglückt. Der Gatte tut als sähe er sie nicht; eilt hinüber nach dem brennenden Hause, stürzt in die Flammen und kehrt mit einer verkohlten Leiche zurück, von der er behauptet, daß sie seine Frau sei und die er trauernd aufbahrt. Diese Tat erschüttert den Tenor der großen Oper so, daß er kommt, um den Gatten seiner toten Geliebten um Verzeihung zu bitten. Er trifft mit der lebenden zusammen, die nun, um ihren Mann durch Eifersucht zurückzugewinnen, sich dem Sänger an den Hals wirft und erotische Erinnerungen mit einer Brutalität ausspricht, die abstößt. Daß das Ehepaar sich gegenseitig tief liebt, das wird den beiden allmählich klar, und während die Oper drüben weiterbrennt, brennt hüben die Liebe. Erst stößt er sie fort, später sie ihn und am Schlusse wirft sie sich in die Flammen. An der verkohlten Leiche, die ihr Gatte geborgen, hat sie einen Ring entdeckt, der die Sängerin als Maitresse des Königs dokumentiert. Diesen Ring hat sie sich an den Finger gesteckt. Während die wirkliche Favoritin als die tote Gattin des Kavaliers eingesegnet wird, wird Yvettes Leiche als angebliche Maitresse geborgen. Nun, die moralische Qualität ist nicht sehr verschieden. Diese erklügelten Vorgänge wirken nur theatralisch. Die Gäste spielten gut, ohne ihre besondere Eigenart entwickeln zu können. Der Beifall wurde erst stark, als sich etwas Widerspruch zeigte.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Im Zeichen der Versailler Bedingungen — Wirtschaftsausblicke — Anfänge im deutschen Handelsverkehr — Unklarheiten unseres Finanzwesens.

Deutschlands Finanz- und Handelskreise erwarten atemanhaltend **die Entschliessungen der Entente** und sind im voraus auf alles gefasst. Ob die vielfach ausgedrückte Hoffnung des ausgleichenden und eindämmenden Einflusses der politischen Streiks in Italien und vor allem in Frankreich, der vielseitigen Uneinigkeit zwischen den einzelnen Führern unserer Feinde und neuerdings der auftauchenden „japanischen Gefahr“ sich schliesslich doch in einer Zersetzung des drakonischen Tenors des Clemenceau-Friedens bemerkbar machen muss, bleibt im derzeitigen Augenblick mehr als fraglich. Unsere Industriefaktoren rechnen in der Mehrheit mit dem anhaltenden Stillstand der Wirtschaftsmaschine, wie er namentlich unter den Zuckungen der Spartakustage hier und dort unheimliche Formen zeigt. Sind auch vielfach einige Ansätze von beruhigenderen Berichten über Arbeitsbestand, Verdienstmöglichkeit und Ausdehnungsfähigkeit gemeldet, so fehlt doch allenthalben der Elan einer beginnenden neuen Epoche des Wiederauflebens. Unsicherheit in der Versorgung mit den unbedingt notwendigen Rohstoffen, vor allem die unaufhörliche Entwertung unserer Reichsmarkvaluta im neutralen Ausland kennzeichnen allein schon die schwierige Wirtschaftsgestaltung. Dazu kommt die ungelöste Frage des Schicksals der im Saargebiet und in Oberschlesien befindlichen deutschen Industriezentralen, vor allem der ausschlaggebenden Schwerindustrie dortselbst und dadurch im gesamten Deutschland. Dass britisch-amerikanische Finanzgruppen grosszügige Vorbereitungen getroffen haben, im erheblichen Masse Einfluss auf unsere lukrativsten Handels- und Bankgruppen zu gewinnen — eine französische Bank hat in Mainz eine Filiale eröffnet —, bedeutet für unser Wirtschaftsleben eine schwere Hemmung der selbsttätigen Entwicklung. Dazu die Schraube ohne Ende der durch die Lebensverteuerung immer wieder emporgetriebenen Preisteuerungen auf allen Gebieten. Lohnforderungen, Streiks, Arbeitseinschränkungen bedingen naturgemäss neuerliche Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens, verhindern jedwede durchgreifende Festigkeit der deutschen Handelskonkurrenz. Die neuerliche, diesmal besonders empfindliche Preiserhöhung des reinisch-westfälischen Kohlensyndikates hat im neutralen Ausland schon im Hinblick auf die dadurch schwieriger denn je gewordene Exportmöglichkeit der deutschen Kohle offensichtlich verstimmt.

Zum guten Teil ist auf solche Taktik auch jene Art von Gleichgültigkeit der heimischen Wirtschaftsinteressenten zurückzuführen, die den sichtbaren **Anfängen des Handelsverkehres** der neutralen Angrenzer mit unseren Importkreisen entgegengebracht wird. Man spricht zwar hierbei von den gewaltigen, an den Grenzen aufgestapelten Waren für Deutschlands Versorgung, aber man erwartet doch keinerlei Preisabbau — wenigstens für die nächsten Monate — in den Artikeln des täglichen Bedarfes. Und doch bedeuteten Sensation: sowohl die Nachricht von dem Eintreffen des seit Kriegsdauer erstmaligen Chigagoer Kabeltelegramms, das eine Offerte auf beträchtliche Mengen von Getreide enthielt, als auch das Einlaufen des ersten Baumwolldampfers in den Hamburger Hafen aus New-Orleans. Solche Schwalben machen zwar noch keinen Sommer; auf Hoffnungen baut sich jedoch jeder kaufmännischer Anfang auf und wir wollen, werden und — müssen eben wieder von vorne beginnen! Dazu bedarf es naturgemäss in erster Linie der Ordnung und Ruhe „im eigenen Hause“, auch eine Ordnung im Steuerprogramm. Dieses ist wieder abhängig von der Grösse der Ententeforderungen, dann auch von der heute noch vollkommen unklaren Entwicklung unseres Wirtschaftsaufbaues. Schon die Zweifel an der ernsten Durchführung der nunmehr bis 30. Juni hinausgeschobenen „Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses“ kennzeichnen die mangelnde Einheitsfront in Wirtschaftsfragen. Versuche, Reformen im Notenumlaufwesen, in der Hebung des Staatskredites z. B. heute anzuregen, wären wohl, wenigstens solange die Entente jede Freiheit unseres Handels und Wandels nach Willkür zu korrigieren vermag, zur Unfruchtbarkeit verurteilt, bald abgetan. Und doch sollten wir heute, gerade heute, Klarheit im deutschen Finanzwesen erkennen, zum mindesten aber vorzubereiten versuchen. Vielleicht bringt die von verschiedenen politischen Parteien bei der Nationalversammlung in Weimar eingebrachte Interpellation über die Abwanderung des deutschen Vermögens in das Ausland — Steuerflucht! — einige Grundlagen hierzu.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer
Dr. Armin Kausen

16. Jahrgang
Nr. 26

28. Juni
1919

Inhaltsangabe:

Vierteljährlich
Mk. 4.50
Einzelnummer
40 Pfg.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M. 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 26. München, 28. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Unterhandelt Deutschland mit den gegnerischen Völkern oder mit unverantwortlichen Ententeregierungen?

Gedanken zum Friedensschluß.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Die Entente hat bekanntlich im Oktober 1918 als Vorbedingung des Waffenstillstandes und des Eintritts in die Friedensunterhandlungen gefordert, daß die Mittelmächte eine in aller Augen verantwortliche Regierung besitzen sollten. Diese Forderung ist nicht ohne Einfluß auf die inneren Verhältnisse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gewesen. Die Entente fordert auch, anscheinend in demselben Sinne, im Artikel 1 des Friedensvorschlages, daß nur die sich selbst verwaltenden Staaten, Dominien oder Kolonien, außer den schon teilnehmenden oder eingeladenen Nationen, unter gewissen weiteren Voraussetzungen Mitglieder des Völkerbundes werden können.

Die Frage ist nun, ob die Ententemächte selbst, in betreff ihrer eigenen Friedensvorschläge, bisher eine verantwortliche Regierung gehabt haben, ob sie, in dieser grundlegenden Angelegenheit des Lebens ihrer Völker diesen die Mitentscheidung und die gepriesene Selbstverwaltung überließen, oder ob sie die eigenen Bürger bzw. Untertanen nicht vielmehr in die Zwangslage versetzen wollten, den von einer internationalen Kapitalistengruppe diktierten Vorschlag anzunehmen oder den Krieg weiter zu führen?

Um zu diesem Vorschlag zu kommen, haben die alliierten und assoziierten Mächte anerkanntermaßen eine Vereinbarung unter sich getroffen. Diese Vereinbarung und der Vertragsentwurf selbst wurden vorläufig aber den Völkern der Entente nicht mitgeteilt, selbst nicht ihren parlamentarischen Vertretern. Der amerikanische Senat hat sich den Vorschlag „im Schleichhandel" oder durch Schmuggel verschaffen müssen. Der Präsident Wilson hat ja mit Verfolgungen gegen den Vermittler gedroht. Doch hat der Senat durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß das weltgeschichtliche Dokument seinen Mitgliedern ausgehändigt. Während der ganzen entscheidenden Zeit haben die französischen und englischen Parlamente und die Presse, trotz aller Proteste, kaum mehr erfahren oder mitteilen können, als sie in deutschen oder neutralen Zeitungen gefunden haben.

Dieses Verfahren hat offenbar gegen die Grundlagen der Friedensverhandlungen und gegen die Grundsätze des Vertragsentwurfs selbst verstoßen und gibt Deutschland einen neuen Anlaß, auch nachträglich zu protestieren, die irregeführte öffentliche Meinung der Völker der Entente aufzuklären und von ihnen die Revision des Werkes ihrer Machthaber zu fordern. In der Einleitung „Teil I, Völkerbundvertrag", vor dem Artikel 1, wird ausgeführt, „daß es zur Förderung der gemeinsamen Arbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten, auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen in aller Oeffentlichkeit zu unterhalten." Wo blieb diese Oeffentlichkeit bei den Alliierten, wo die Verantwortlichkeit gegenüber ihren Parlamenten? Man wollte sie augenscheinlich vor eine vollzogene Tatsache stellen. Oder meinte vielleicht ein Teil der vertragschließenden Staatsmänner, die internationalen Beziehungen, welche man eingehen wollte, beruhten nicht auf Gerechtigkeit und Ehre und unterständen daher nicht der Bedingung der Oeffentlichkeit?

Art. 18 sagt auch: „Jeder Vertrag oder jede internationale Verpflichtung, die ein Bundesmitglied künftig eingeht, soll unverzüglich beim Sekretariat eingetragen und sobald wie möglich von ihm veröffentlicht werden. Keiner dieser Verträge und keine dieser internationalen Verpflichtungen sind vor dieser Eintragung rechtsverbindlich." Sind demnach die Alliierten gegenseitig an ihre geheimen Abmachungen gebunden, oder sollen nur die künftigen Verträge, um rechtsverbindlich zu sein, unverzüglich veröffentlicht werden? Es ist das ein trauriges Zeugnis für die grundlegende Vereinbarung, auf der die gegenseitigen Verpflichtungen der Alliierten und Assoziierten beruhen. Was würde man von einer Gesetzgebung denken, deren Verfassung heimlich von einigen Vertretern der Mehrheitsparteien festgesetzt und aufgezwungen wäre, ohne daß die Mitglieder dieser Parteien im Parlamente und die breite Oeffentlichkeit, ihre Anhänger, vor der Annahme über die Einzelheiten unterrichtet würden, wenn sie vielmehr auf Aussagen oder Veröffentlichungen ihrer Gegner angewiesen wären? Welchen Wert würde solch ein Grundgesetz, welchen Wert würden die künftigen Gesetze haben, wenn sie sich auf eine Verfassung stützen müßten, die bei ihrem Entstehen die Gewährleistung der Oeffentlichkeit nicht geboten hätte, die ausdrücklich als wesentlich für eine gedeihliche Mitarbeit und Rechtssicherheit erklärt wurde! Wo blieben bei einem solchen geheimen Techtelmechtel die Bürgschaften der Gerechtigkeit und Ehre?

Es hat den Anschein, als seien die Alliierten nur durch die Empörung und den Eingriff des amerikanischen Senats von ihrer Geheimniskrämerei abgebracht und gezwungen worden, einen zum Scheine wenigstens abgeänderten und diesmal begründeten Vorschlag zu veröffentlichen.

Es ist übrigens merkwürdig, daß die Bedingung der verantwortlichen Regierung, der Selbstverwaltung im Artikel 1 des Vorschlages für den Eintritt in den Völkerbund nur solchen Staaten oder Bildungen auferlegt ist, welche nicht schon von vornherein als Mitglieder angegeben oder eingeladen sind. Nicht aufgefordert zum Eintritt in den Völkerbund wurden der Heilige Stuhl, Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Bulgarien, die Türkei, Ungarn, Finnland, Georgien und auch nicht außer Polen die anderen auf ehemaligem russischem Gebiete entstandenen Neubildungen; auch merkwürdigerweise nicht Luxemburg; Montenegro gilt wohl als abgetan; das von seinen Nachbarn in jeder Hinsicht so verschiedene Albanien bleibt dennoch unbeachtet und wird wohl, trotz angeblichem Selbstbestimmungsrecht, wie Luxemburg und Montenegro, sich der Entscheidung der Entente fügen müssen. Die Miniaturstaaten Liechtenstein, San Marino, Andorra und Monako werden auch übergangen, doch verlautet, daß der letztere Spielhöllestaat doch berücksichtigt werden soll. Außer Europa bleiben Mexiko, Costa-Rica und San Domingo übergangen oder übersehen wie auch Afghanistan und Abessinien.

Unter den britischen Dominions wird Indien aufgeführt als von rechtswegen Mitglied des Bundes und ist vertreten durch „Seine Hoheit den Generalmajor Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja von Bikaner" usw. Dieser Maharaja oder „Großfürst" ist ein sogenannter regierender Herrscher; er gilt aber in Großbritannien nur als „Sir", das heißt: „Baronet". Dies redet Bände. Ob aber Indien ernstlich als sich selbst verwaltendes Land angesehen werden kann?

Irland wird natürlich nicht aufgeführt. Der amerikanische Senat soll neuerdings, mit allen Stimmen gegen eine, sich für seine Selbständigkeit und Anerkennung ausgesprochen und sogar den Wunsch ausgedrückt haben, es durch Herrn de Valera, den

Führer der Sinn-Feiner, vertreten zu sehen! Sind aber China, Hedschas, Siam und sogar Japan und Rumänien sich selbstverwaltende Völker? Es gibt amerikanische Republiken, welchen man viel Ehre antut, wenn man sie ohne Bedingungen oder Vorbehalt aufnimmt: Bolivien, Brasilien (sogar Mitglied des Rats des Bundes!), Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Peru, Uruguay; ebenso die Neger-Republiken Haiti und Liberia, welche schwerlich etwas voraus gegenüber ihrer Schwester San Domingo haben. Cuba und Panama stehen in dem Rufe, besondere Beziehungen zur amerikanischen Union zu haben.

Nur eingeladen sind die Neutralen Argentinien, Chile, Kolumbien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Paraguay, Niederlande, Persien, Salvador, Schweden, Schweiz und ... Venezuela. Es bleibt dahingestellt, ob jeder dieser Staaten wirklich mehr Berücksichtigung verdient, als alle die oben aufgeführten, bisher beiseite gelassenen Nationen. Die spanischen Oppositionsparteien z. B. bestreiten regelmäßig, daß die Wahlen dort frei sind. Der „Caciquismus" ist eben eine der „cosas de España".

Bernard Shaw hat übrigens Unrecht, wenn er alle lateinisch-amerikanischen Staaten in einen Topf wirft. Die ausschließlich weißen Staaten des Südens stehen gewiß den europäischen Völkern viel näher als die Mischlingsnationen der Tropen. Wenn er weiter mehr Vertrauen hat in die Folgerichtigkeit und die Vertragstreue von Republiken und parlamentarischen Königreichen als von absoluten Monarchien, dann kann ihm mit einem Schreiben des belgischen Ministeriums des Aeußeren vom 12. Januar 1901 geantwortet werden: „Man verbündet sich nicht mit England, dessen auswärtige Politik Veränderungen bloßgestellt ist, wie die Mehrheit des Parlaments, und nichts bleibendes hat!"

Seine Auffassung der Selbstverwaltung der Vereinigten Staaten selbst verdient in diesem Zusammenhange wiedergegeben zu werden: „Es hat sich gezeigt, daß es selbst in Kriegszeiten sicherer war, unter den Hohenzollern ein offener Hochverräter (wie Liebknecht) zu sein, als in den Vereinigten Staaten von Amerika ein konservativer Interventionsgegner. Und Mr. Wilson weiß sehr wohl, daß, wenn es auf der Friedenskonferenz zu Auseinandersetzungen käme über die Lage der Massen, die Gerechtigkeit der nationalen Einkommensverteilung, die Ausbeutung der Kinderarbeit, über Lynchgewohnheiten, über Toleranz gegen oppositionelle und regierungsfeindliche Ansichten (selbst unter Mr. Wilsons eignem Regime), über den allgemeinen Kulturzustand, die Grausamkeit der Strafgesetze, die Sicherung der Rechtspflege, die Ehrlichkeit der Polizei, die Unbestechlichkeit der kommunalen und der Landespolitik, daß dann Amerika den konstitutionellen Monarchien gegenüber sehr schlecht abschneiden würde. So ungünstig fiele der Vergleich aus, daß es Mr. Wilson verdammt schwer fiele, die Rolle des moralischen Diktators zu spielen, der der Welt die höheren politischen Formen Amerikas aufzwingen will. Junker sind nicht so viel schlechter als Fleischmagnaten, und Könige aus dem Hause Hohenzollern oder Habsburg sind nicht so viel übler als Eisenbahn- und Petroleumkönige, daß es als ein Beitrag zur Befreiung des Menschengeschlechts gelten könnte, wenn man die einen durch die andern ersetzte. Das überzeugendste demokratische Argument, das er vorzuweisen hat, ist er selbst; doch wird es ihm wohl peinlich sein, das hervorzuheben". Erst recht jetzt nach seiner schlappen Haltung, wird mancher hinzufügen!

Von Frankreich ist bekannt, daß seine Selbstverwaltung von Millerand mitunter als régime abject bezeichnet wurde. Es nimmt nicht das ganze Unrecht gegenüber Belgien weg, wenn man daran erinnert, wie dieses sich selbstverwaltende und neutrale Land seine strategischen Eisenbahnen französischen Gesellschaften überließ, während es sein übriges Netz verstaatlichte. Es schenkte neue Kohlenschätze französischen Kriegsvorbereitungsgesellschaften. Eine zu große Anzahl seiner Minister und Parlamentarier wurden, nachdem sie dieses System geschaffen oder gutgeheißen, Mitglieder der Verwaltungsräte solcher finanziellen und industriellen Unternehmen, welche das neutrale Volk veranlaßten, einen so großen Anteil an der Erbauung der russischen strategischen Bahnen und an der Entwicklung der russischen Kriegsindustrie zu nehmen. Durch Brief vom 20. September 1901 hatte das vorgenannte belgische Ministerium des Aeußeren seinem Gesandten in Berlin ausdrücklich bestätigt, daß der deutschfeindliche Angriffszweck der russischen Anleihen ihm vollkommen klar war und ihm von Paris aus bejaht wurde.

Unter einer solchen Selbstverwaltung drohen gewisse Elemente der Ententevölker lieber mit Revolution, anstatt Verbesserung durch allmähliche Aufklärung zu erstreben. Im Gesamtinteresse der Weltwirtschaft, des Wiederaufbaues und der Erholung der Völker ist aber eine gewaltsame Lösung nicht wünschenswert. Wohl schrieb am 6. November 1840 schon der französische König Louis Philippe seinem Schwiegersohne Leopold, König der Belgier, merkwürdigerweise auf englisch, daß ein Weltkrieg schrecklich sein würde: „Die Sieger werden so schwierig zu behandeln sein als die Besiegten; der Zustand aller menschlichen Köpfe wird sich mit nichts zufrieden geben, und wird alles umstürzen, und die Welt wird entkönigt sein (the world shall be unkinged): dem Kriege würde ein vervollkommnetes 93 folgen." Der französische Ministerpräsident Guizot sagte aber am 13. März 1846 in der Kammer anläßlich einer Interpellation über Bauernunruhen in Polen: „Einen sozialen Umsturz herbeiführen, um sich gegen eine politische Gefahr zu verteidigen, wäre verbrecherisch. Die Revolutionären tun ja so; regelmäßige Regierungen können es sich nicht erlauben." Und er erinnerte an die durch Preußen in Posen und durch Oesterreich in Galizien getroffenen Maßnahmen, um die Lage der polnischen Bauern zu verbessern.

Auch jetzt wird ein allgemeiner Umsturz von denjenigen nicht gewünscht, welche Verschleuderungen, Verteuerung, Aushungerung, neue Kriege, allgemeinen Ruin und Kulturniedergang als Folgen solcher Wagnisse vorausgesehen oder kennen gelernt haben. Die wechselseitigen wirtschaftlichen Bedürfnisse und die allgemeine Zusammengehörigkeit bringen hoffentlich mit der Zeit und der Wiedereinführung des Weltverkehrs das notwendige Einsehen. Zwar hatte Norman Angell vor dem Weltbrand die Macht dieser Verhältnisse in seinem „großen Wahn" überschätzt und darum den Krieg als unmöglich bezeichnet. Die Ereignisse haben ihm leider Unrecht gegeben. Aber eine freigegebene Aufklärung der öffentlichen Meinung der Welt kann vielleicht, nach den Erfahrungen der letzten fünf Jahre, doch etwas erreichen. Voraussetzung ist jedenfalls die allgemeine Flucht in die Oeffentlichkeit. Zur Schuldfrage z. B. wäre der Rede die größte Verbreitung zu wünschen, welche der jetzige sozialdemokratische belgische Justiz- und Kultusminister Vandervelde am 5. Juli 1913 im Grand Orient zu Paris hielt: Nach dem offiziellen Freimaurerblatt „L'Acacia" vom Oktober desselben Jahres ließ er dort wissen, daß im Kriegsfalle England den Einmarsch der Deutschen in Belgien nicht abwarten würde: „L'Angleterre prendra les devants." (England wird zuerst einmarschieren.) Die gleichlautenden Erklärungen des britischen Militärattachés an den belgischen General Jungbluth (L'Angleterre entrera en Belgique en tout état de cause) waren also schon Mitte 1913 einem damaligen Führer der Opposition bekannt.

Insbesondere ist es nötig, daß den Völkern der Entente die Einwendungen der Mittelstaaten zugänglich gemacht werden. Während mehr als fünf Monaten haben diese Nationen die Bedingungen ihrer eigenen Regierungen nur mangelhaft erfahren und würdigen können, weil man die Verantwortlichkeit vor dem Volke auf unbestimmte Zeit hat zurückstellen wollen, obgleich man eine verantwortliche Regierung von Deutschland gefordert hatte. Deutschland hat Wort gehalten und seinen Bürgern die Vorschläge und Aeußerungen seiner Feinde leicht zugänglich gemacht, welche diese den eigenen Völkern vorenthielten. Ihnen obliegt eine Wiedergutmachung auf diesem Gebiete zugunsten der eigenen friedensdurstigen Bevölkerung, wollen sie den Ausbruch der Volkswut vermeiden, welche dann sicher die Staatsmänner für die Folgen der Geheimtuerei und der Irreführung verantwortlich machen wird. Vorläufig muß das deutsche Volk, übrigens vorläufig nur, mit geheimen Kabinettsregierungen unterhandeln, nicht mit gleichwertig unterrichteten und frei entscheidenden Nationen. Immerhin hängt die Aufnahme in den Völkerbund nicht von der einmütigen Zustimmung aller Mitglieder ab: die Zulassung muß nur von zwei Dritteln der Versammlung angenommen werden. Eine merkwürdigerweise von Versailles am 17. Juni datierte Mitteilung ist also unrichtig, wenn sie ausführt: „Nun schreibt aber das Statut des Völkerbundes, daß die Aufnahme der Staaten, die nicht zu den Gründerstaaten des Bundes gehören, nur dann erfolgen könne, wenn sich kein Widerspruch dagegen erhebt." Das liberum veto Frankreichs oder einer der anderen bevorzugten, im Rate des Bundes vertretenen Mächte wird nur durch Art. 26 für die Aenderungen der Satzungen des Völkerbundes vorgesehen, wie ich schon in meinem Artikel in Nr. 13 vom 29. März dieser Wochenschrift dargelegt habe.



Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

ie Woche der Entsagung.

Am Montag (16. Juni) wurde uns das Ultimatum der ieger überreicht. Die folgenden Tage (zum Teil auch die Nächte) aren den eifrigsten Beratungen der Volksvertreter und der inister gewidmet. Am Schluß der Woche hatten wir ein neues inisterium, und zwar mit dem Programm der Unterzeich- ung. Die Sitzung der Nationalversammlung, die auf Sonn- g mittag anberaumt war, hatte die Vollmacht zur Unter- ichnung auszustellen und die Form der Verwahrung gegenüber m Schuldbekenntnis und der Auslieferung von Angeschuldigten, e man uns zumutet, zu finden.

Diese Entwicklung wird viele, die mit dem passiven Wider- and gegen die grausamen Bedingungen gerechnet hatten, sehr ttäuscht haben. Sie werden vielleicht sagen, jetzt sei Deutsch- nd gewogen und zu leicht befunden worden. Das stimmt insofern, s wir nicht mehr über so viel Gewicht verfügten, um die Schale r Schicksalswage zu unseren Gunsten weiter sinken zu lassen.

Die Zugeständnisse, die uns die Gegner schließlich gemacht atten, waren verhältnismäßig gering und zumeist unsicher. Wir itten also zur Verweigerung der Unterschrift das volle Recht habt. Es stellte sich aber heraus, daß uns die Fähigkeit m Durchhalten dieser äußersten Kraftprobe abging.

Die unbedingt notwendige Voraussetzung wäre gewesen, ß die Masse des Volkes einmütig und in opferwilliger Ent- hlossenheit festgehalten hätte an der Parole, die sich beim Be- nntwerden des ersten „Friedensvertrages“ mit elementarer raft geltend machte: Lieber das Aeußerste dulden, als so etwas terschreiben! Als nun in der letzten Woche die Frage brennend urde, stellte sich mehr und mehr heraus, daß die frische Farbe r kühnen Entschließung von des Gedankens Bläſſe angekränkelt urde. Sowohl bei den Ministern, wie bei den Volksvertretern nd in den Volkskreisen auch. Das soll kein Vorwurf sein, denn gebührt sich, daß man vor einem folgenschweren Entschluß noch nmal gründlich und unbefangen abwägt, was dafür und was igegen spricht und was in dem einen oder dem anderen Fall erwarten ist. Nach genauerer Prüfung seine erste Ansicht zu vidieren, erfordert oft mehr Mut, als das zähe Beharren.

In mancher Zeit- und Streitfrage hat sich schon der alte at bewährt, man soll von zwei Uebeln das kleinere wählen. m vorliegenden Falle waren aber die beiden Uebel so groß, e schlimmen Folgen der Unterzeichnung und die schlimmen olgen der Nichtunterzeichnung so erschreckend, daß man beim bwägen leicht in Verwirrung und Zweifel geraten konnte. s hat ja keinen praktischen Zweck mehr, nach getroffener Ent- heidung nachträglich zwei lange Register der Gründe aufzu- ellen, die für und gegen die Unterschreibung sprechen. Es sei ur darauf hingewiesen, daß in den kritischen Tagen der Zwang r Nachgiebigkeit sich immer stärker geltend machte. Aus einer oppelten Wahrnehmung: die feindliche Front erwies sich berraschend fest, und die deutsche Front ließ von Tag zu ag mehr Risse und Breschen erkennen.

Im Schlußakt dieses Krieges machen wir noch einmal die rfahrung, daß die feindlichen Machthaber, so divergierend auch nst ihre Ansichten und Interessen sein mögen, doch in den tscheidenden Augenblicken ihre ganze Kraft und Kunst restlos nzentrieren gegenüber Deutschland. So haben sie auch die egensätze, die sich in den letzten Wochen zeigten, zu überwinden rmocht, um sich in dem schroffen Ultimatum zu einigen. Auch e Streiks und die sonstigen Demonstrationen in den Volks- eisen haben zumeist die Machthaber nicht schlaffer gestimmt. m Gegenteil, allem Anschein nach sie angetrieben, recht rück- htslos eine kurze Frist zu setzen, um alsbald mit der vollendeten atsache ihren Völkern imponieren zu können. Soweit man bisher hen kann, haben sie die Psyche ihrer Leute richtig eingeschätzt; sozialistische und pazifistische Bewegung in England und rankreich (Italien ist Nebensache) bringt dem gequälten Deutsch- nd keine Hilfe.

Man möchte hinzufügen, daß die feindlichen Machthaber bei er Taktik der kleinen Zugeständnisse und der großen Schärfe h den Stimmungen und Verhältnissen in Deutschland in auer Weise Rechnung getragen haben. Vielleicht hat dabei Heer der Spione wesentlich mitgewirkt. Jedenfalls ist es Feinden nicht verborgen geblieben, daß sich in Deutschland genüber der Taktik der Nichtunterzeichnung immer mehr Zweifel und Bedenken geltend machten. Die vorlaute Agitation der Unabhängigen für die unbedingte Unterzeichnung mußte ja geradezu die Beobachtung dieser Strömung herausfordern. Es kam nun hiezu, daß die Bedenken sich nicht in den parteipolitischen Rahmen hielten, sondern daß auch unter den Staaten und Stämmen sich Meinungsverschiedenheiten zeigten. Im preußischen Osten, im bayerischen Süden und im rheinischen Westen waren und sind die Ansichten und Wünsche nicht gleich, da auch die Ueberlieferungen, die Temperamente und die zu erwartenden Schicksale nicht gleich sind. Zu der Furcht vor revolutionären Putschen und Verzweiflungstumulten bei Kohlen- und Hungersnot gesellt sich die Sorge um den Zerfall der Reichseinheit.

Beim Auftauchen von soviel Zweifel und Bedenken schien die Widerstandskraft des Volkes gegen das Ultimatum immer unzuverlässiger. Die vorläufige Unterwerfung, die weniger Heroismus erfordert, empfahl sich als Notbehelf. Es wurde eine Woche der Entsagung.

Wie man nun auch den seelischen Prozeß beurteilen mag, es blieb nach der Entscheidung nichts anderes übrig, als die Pflicht, die eingeschlagene Taktik zu unterstützen. Denn wir können auf dem einen oder anderen Wege überhaupt nur etwas retten, wenn wir in gemeinsamer Arbeit verharren.

Keine Zerfahrenheit!

Das wäre die Vollendung des Unheils.

Den Unabhängigen, die durch ihre Parole der unbedingten Annahme so viel verdorben haben, braucht man keine Moralpredigt zu halten, da sie an dem bösen Willen abprallt. Der „Demokratischen Fraktion“ aber gebührt ein moralischer Rippenstoß. Sie hatte sich in die eigensinnige Schwärmerei für die heroische Nichtunterzeichnung so verbissen, daß sie die Koalition mit Zentrum und Sozialdemokratie, die Grundlage der bisherigen Regierung, dadurch sprengte. Ihre Minister wurden abberufen und auch denjenigen Mitgliedern der Fraktion, die dazu bereit und befähigt waren, wurde der Eintritt in das neue Kabinett durch Fraktionsbeschluß verboten. Das war nicht schön und nicht heilsam. Denn man hätte nicht vergessen dürfen, daß auf jeden Fall Deutschland eine feste Regierung notwendig haben wird. Jede Meinungsverschiedenheit muß schließlich in der gemeinsamen Arbeit für die Zukunft des Reiches und des Volkes ihre Ausgleichung finden. Bei der Obstruktion der demokratischen Partei blieb der Sozialdemokratie und dem Zentrum die schwere Aufgabe, aus sich allein die Regierung zu bilden.

Die neue Regierung.

Der Ministerpräsident Scheidemann glaubte zurücktreten zu müssen, weil er sich für das Unannehmbar sehr scharf und laut eingesetzt hatte. An seine Stelle ist der Sozialist Hermann Bauer, der bisherige Arbeitsminister, getreten. Das Auswärtige hat für den enttäuschten Brockdorff der Sozialist Hermann Müller übernommen. Vom Zentrum sind Erzberger, Giesberts und Bell im Kabinett verblieben, und Mayer (Kaufbeuren), der in Finanz- und Wirtschaftsfragen sich vielfach schon bewährt hat, übernahm das Reichsschatzamt. Das neue Ministerium macht in persönlicher Hinsicht einen guten Eindruck. Die parlamentarische Basis ist freilich schmäler geworden, aber sie reicht doch immer noch aus, da 163 Sozialdemokraten und 90 Zentrumsleute die sichere Mehrheit in der Nationalversammlung darstellen.

Die Tage der Entscheidung.

Die neue Regierung hat noch einmal den Versuch unternommen, wenigstens für die unsere nationale Ehre und Würde verletzenden Bedingungen eine Aenderung zu erreichen. Sie hat in einer am 22. Juni der Entente übermittelten Note ihre Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Forderungen der Alliierten ausgedrückt unter nachstehenden Vorbehalten: Rückgabe sämtlicher Gefangenen vom 1. Juli ab; Ablehnung jeder Verantwortung gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung treten würde; Nachprüfung des Vertrages innerhalb zwei Jahren durch einen „Hohen Rat der Mächte“, wie er vom Völkerbund nach Art. 4 eingesetzt werden soll; dieser Rat, vor dem die deutschen Bevollmächtigten gleiche Rechte und Vorrechte wie die der Alliierten genießen sollen, soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrags entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte und wirtschaftliche Entfaltung



Deutschlands behindert wird; endlich wird das alleinige Schuldbekenntnis und die Auslieferung der „Schuldigen" abgelehnt mit der Formel: „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Art. 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

Die Nationalversammlung hatte am gleichen Tage unter Billigung dieses Standpunktes mit 237 gegen 138 Stimmen sich mit der Unterzeichnung einverstanden erklärt und mit 235 gegen 89 Stimmen bei 69 Enthaltungen dem Kabinett ein Vertrauensvotum ausgestellt. Aber alle Mühe war umsonst. Die Alliierten erklärten in ihrer Antwort, „daß die Zeit der Verhandlungen vorbei ist. Sie können keine Modifikation oder Vorbehalt annehmen, oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen und ihn im ganzen Umfang anzunehmen, oder die Unterzeichnung und Annahme zu verweigern. Nach der Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen seinen Bestimmungen verantwortlich machen."

Die Schnelligkeit der Antwort zeigt, daß der Entschluß der Alliierten von vornherein feststand, wenn auch ihre Stimmung nicht unbeeinflußt geblieben sein mag durch die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in der Scapabucht seitens ihrer deutschen Mannschaft, eine Tat, die vom Standpunkt der deutschen Seeleute verständlich, politisch eine Torheit war. Der Regierung und dem Parlament blieb nichts übrig als die bedingungslose Annahme des Gewalt- und Schmachfriedens.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Seit dem 7. November ist Bayern Republik. In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 erfolgte bekanntlich der Umsturz. Es war ein tiefer Fall aus der Höhe staatlicher Wohlfahrt in einen dunklen Abgrund, in dem das Land nun herumirrt, ohne daß es bis jetzt den sicheren Pfad zum Aufstieg gefunden hätte. Bayern ist der Sozialdemokratie überantwortet, welche weder persönlich noch sachlich geeignet ist, die Staatsleitung zu führen. Die Folge sind fortgesetzte Erschütterungen, in deren Strudel zuletzt die sogenannte „Mehrheitssozialdemokratie", die politisch, kulturell und selbst wirtschaftlich in den ausgefahrenen Geleisen des Liberalismus fortgewandelt ist, gerissen ward. Denn die bayerischen Gemeindewahlen vom 15. Juni haben für die Mehrheitssozialdemokratie einen katastrophalen Ausgang genommen. Rücksichtslos in der Kritik, überschwänglich im Versprechen, unfähig zu positivem staatlichem Schaffen und zur Staatsleitung — so steht die Sozialdemokratie in Bayern da.

Als in München die Räterepublik zusammengebrochen und die Regierungstruppen einmarschiert waren, da konnte man bei den allenthalben in den Straßen sich bildenden Gruppen nicht selten geschäftige Semiten auftauchen sehen, die den Volkskreisen zuredeten, jetzt gebe es keine Parteien mehr, alle müßten den Mehrheitssozialisten beitreten. Nach all den Erfahrungen, die man gerade mit der Partei der Mehrheitssozialisten gemacht hat, ist just dieser Lehrsatz, daß man sich auf den Boden der Mehrheitssozialisten stellen müsse, um zu geordneten, sicheren innerstaatlichen Verhältnissen zu gelangen, eine doch eigentlich jedem in die Augen springende — Ungereimtheit.

Die bayerische Sozialdemokratie ist zu scheiden in den nordbayerischen und südbayerischen Teil. Der nordbayerische Teil ist anders geartet und nicht so obenhin dem Meinungswechsel unterworfen wie die Sozialdemokratie in Südbayern, namentlich jene in München-Capua. Der altbayerische Volksstamm ist von Haus aus dem politischen Widerstreit leichter zugänglich. Der Unterschied in der politischen Veranlagung zwischen den Pfälzern-Franken und den in Kunst und Wissenschaft so tüchtigen Altbayern ist ungefähr ebenso groß wie der zwischen Engländern und Deutschen. Es wird der Altbayer eher geneigt sein, den Empfindungen Spielraum in seinen politischen Erwägungen zu geben. Das kann ein Vorzug, aber auch ein Nachteil sein. Daneben spielen die Verhältnisse in München eine besondere Rolle. Man spricht von einer „Hungerpsychose" der Bevölkerung. In München herrscht sie sicherlich, in der Stadt des Fremdenverkehrs mit seiner Leichtlebigkeit, seiner ausgeprägten Genußsucht und dem müheloseren und dem sichereren Erwerb aller arbeitenden Stände. Im Kriege ist das alles anders geworden. An Stelle des Wohllebens ist die Not getreten und die Genüsse im Essen und Trinken und die Vergnügungen sind nur wenigen zugänglich, die aber dann allen anderen ein schlechtes Beispiel geben. All dem ist auch die Sozialdemokratie unterworfen; Bebel selbst hat ja zur Kennzeichnung der ihm nicht zusagenden Politik der südbayerischen Sozialdemokratie die Stadt München als Capua bezeichnet und gesagt, er fürchte, wenn er dort sein müßte, würde er geradeso werden. Die sozialdemokratischen Preßverhältnisse sind dementsprechend. Die nordbayerischen Sozialdemokraten sind grundsätzlich und tatsächlich in den politischen Fragen besser unterrichtet als die südbayerischen. Jene haben in der „Fränkischen Tagespost" (Nürnberg) ein sachlich gehaltenes, ernstes, allseitig belehrendes, ganz vortrefflich geleitetes Organ, während die „Münchener Post" mehr dem genius loci Rechnung trägt, der tieferen Betrachtung der Tagesfragen die leichtere Art der politischen Behandlung vorzieht und im Kampfe gerne die persönliche Seite hervorkehrt. Noch am 14. Juni hat dies Organ die Münchener Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Gemeindewahl in persönlicher Weise bekämpft, welche am 15. Juni den Sieg davontrugen, mit denen die eine Minderheit gewordene „Mehrheitssozialdemokratie" jetzt paktieren muß. Der Uebermut und die Großmannssucht haben hier eine noch nicht leicht dagewesene Entblößung erfahren. Die südbayerische Sozialdemokratie hat außer Vollmar nicht einen einzigen Sozialdemokraten hervorgebracht von den Qualitäten dieses leider von Siechtum heimgesuchten hervorragenden Mannes. Die in Südbayern führend hervorgetretenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten sind Franken, Süddeutsche aus Nachbarstaaten und Norddeutsche.

Gleichwohl hat auch die bayerische Sozialdemokratie als Ganzes einen empfindlichen Mangel an regierungsfähigen Politikern und führenden Männern. Wenn der norddeutsche Einschlag nicht wäre, dann würde das Niveau in dieser Hinsicht noch tiefer sein. Die bayerische Sozialdemokratie hatte früher in Vollmar, Grillenberger und Erhart ein Trifolium von Führern bodenständiger Art, die imstande gewesen wären, den Staat Bayern mit der Hilfe von Führern zweiter Garnitur und bei sorgfältigem Zusammenwirken mit dem Beamtentum in normalen Zeiten anständig und vielleicht in ihrem Sinne zuträglich zu führen — vom Grundsätzlichen abgesehen. Die Nachfolger dieser Männer haben die Befähigung zum Regieren nicht erbringen können. Adolf Müller ist deutscher Gesandter in Bern, er kommt nicht mehr in Betracht; Müller galt als staatspolitisch veranlagt, allein er war nichtbayerischer Herkunft. Dr. Frhr. v. Haller ist als Finanzpolitiker mehr einseitiger Spezialist und als protestantischer Franke ohne Einfluß auf altbayerisches Wesen. Als Fachminister würde er vermutlich seinen Mann stellen, jedoch ist er in eine Zeit hineingeraten, in der er in Blitzesschnelle schwer verbraucht in das Alltagdasein zurücksinken würde, wenn er als Minister die Leitung der bayerischen Finanzen übernähme, welche seine Partei zugrunde gerichtet hat. Bleiben noch Dr. Süßheim und Dr. Sänger als sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle, welche die Sozialdemokratie hinausstellen könnte. Auch der Minister Endres kann ihnen zugezählt werden. Dann hat die kleine Reihe keine Fortsetzung mehr. Die roten Minister Segitz und Schneppenhorst sind durch zeugeneidliche Aussagen bei Standgerichten als der Räterepublik zugeneigt bezeichnet worden, deren Rädelsführer jetzt wegen Hochverrats verfolgt werden, und haben als Politiker und Regierungsmänner so stark eingebüßt, daß sie ohne gründliche Reinigungsprozesse nicht mehr aufrecht stehen können. Die Minister Auer, Roßhaupter und Timm sind, zurzeit wenigstens, verbraucht und werden nach grundsätzlicher Umgestaltung der bayerischen Sozialdemokratie in ein linkssozialistisches, kommunistisches Parteiwesen erst dann wieder in die Höhe kommen, wenn sie sich ohne Vorbehalt unterwerfen.

In der Demokratie geht alles ins Breite und nicht in die Tiefe. Alle Parteien tragen mehr oder minder die Spuren dieser demokratischen Entwicklung an sich. In Bayern aber tritt bei der Sozialdemokratie der Mangel an Intellektuellen besonders scharf hervor. Darum die sonderbare Erscheinung, daß unter der bayerischen Sozialdemokratie das Juden- und Ausländertum sich so breit machen konnte. Der Berliner Jude Eisner,

welcher in Bayern, nicht ohne schwere Versäumnisse der Regierenden, die Revolution gemacht hat, brachte einen ganzen Schwarm von Juden und Ausländern nach München. Die Levien, Levins, Axelrod, Toller und wie sie alle hießen, welche die wüste Zeit der Räterepublik in München herbeigeführt haben, waren ausnahmslos Juden und Fremdlinge, die sich anmaßten, Bayern zu regieren. Das war nur möglich, weil die bayerische Sozialdemokratie in ihren Reihen keine Intellektuelle in nennenswerter Anzahl besitzt. Die heutigen Führer der bayerischen Sozialdemokratie sind die Juden Dr. Süßheim und Dr. Sänger. Auch der Staatskommissär für Südbayern Dr. Ewinger ist ein Jude, der erst 1913 die juristische Staatsprüfung gemacht hat. So ist es denn auch gekommen, daß es Minister gab wie Unterleitner und Simon, deren Sachwissen und politische Erfahrung in umgekehrtem Verhältnis zu den wichtigen Aufgaben ihres Amtes (Sozialfürsorge und Wirtschaftspolitik) stand.

Es hat sich an der Sozialdemokratie schwer gerächt, daß sie durch die Ereignisse zur Regierung gedrängt wurde, die sie nicht führen konnte, weil ihr die Fähigkeit und Kraft dazu fehlte. Eisner hatte, wie früher dargestellt, keine Ahnung von dem Aussehen Bayerns, von seinen Gesetzen und seiner Staatsverwaltung. Aber er war geistig allen seinen sozialdemokratischen Ministerkollegen überlegen. Er, der Anhänger der roten Internationale, dem die deutsche Einheitsrepublik das Sprungbrett zum sozialdemokratischen Weltstaat sein mußte, hat sich in Bayern als wütender Partikularist gebärdet und es ganz vortrefflich verstanden, die bayerische Sozialdemokratie zu zermürben. „Durch die kluge Lavierungstaktik Eisners konnten in München die Kommunisten ihre aufrüttelnde Tätigkeit gegen die ihrem Wesen nach konterevolutionären S.P.D. und U.S.P. entfalten, ohne durch Provokation von seiten der mehrheitssozialistischen Führer zu vorzeitigem Losschlagen gezwungen zu sein", schrieb die linkssozialistische „Neue Zeitung" in München (Nr. 98 vom 28. April 1919). Darin liegt das ganze Geheimnis des Abwirtschaftens der Mehrheitssozialdemokratie, die bei den Januarwahlen die zweitstärkste Partei geworden war und jetzt nach den Gemeindewahlen sich in München und Hof von den U.S.P. weit überflügelt und sonst im ganzen Land von dieser nahezu eingeholt sieht, obwohl im Januar die Unabhängige Sozialdemokratie in Bayern eine vollendete Niederlage erlitten hatte und von der mehrheitssozialistischen Presse mit Spott und Hohn übergossen wurde. Auf dem letzten Rätekongreß in Berlin (7.—15. April) haben die zwei mehrheitssozialistischen Führer Kaliski und Cohen ihr den Spiegel vorgehalten. Kaliski machte den roten Reichsministern den Vorwurf, daß sie die Armee hätten „verludern" lassen, ohne daß sie eine Volkswehr gegründet hätten, und daß die Sozialdemokratie aller Richtungen und ihre führenden Persönlichkeiten lediglich durch die Angst voreinander geleitet würden. Einer hat Angst vor dem anderen, keiner traut dem anderen. Infolgedessen ist nichts vorwärts gekommen, alles ist stecken geblieben; die schöpferische Kraft fehlt überall. Der Mehrheitssozialist Cohen warf der Sozialdemokratie vor, die deutsche Sozialdemokratie habe in ihrer 50 jährigen Geschichte viele Fehler gemacht, sie sei in der öffentlichen Kritik viel weiter gegangen, als sie in kleinem Kreise als berechtigt zugestanden habe. Sie habe übertrieben, kein gutes Haar an den anderen gelassen, die Menschen für ein System verantwortlich gemacht, ohne die sachlichen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Sie habe ihren Anhängern das Paradies versprochen, ihnen einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, den sie jetzt nicht einlösen könne. Diese Skizzierung der sozialdemokratischen Regierungs- und Parteipolitik entspricht den gemachten Erfahrungen. An den Folgen dieser schweren politischen Sünden leidet die Sozialdemokratie. Hierin ist die Ursache zu erblicken, daß die Sozialdemokratie als Regierungspartei sich so außerordentlich hart tut. Das Hinüberwechseln von der Stellung der absoluten Oppositionspartei, wie auf dem Rätekongreß die Sozialdemokratie geschildert worden ist, zur Regierungspartei ist ihr außerordentlich schlecht bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler präsentieren jetzt die auf die Zukunft ausgestellten Wechsel, die nicht honoriert werden können. So ist alles nach links hinübergegangen bei den bayerischen Gemeindewahlen; aber nicht das allein, die Wähler haben in Massen die Sozialdemokratie überhaupt verlassen, sodaß die beiden sich streitenden roten Parteigruppen zusammen viele Tausende von Wählern weniger zählen, als sie bei den Januarwahlen hatten.

Die Dinge sind für die Sozialdemokratie so ungünstig geworden, daß der Stand der mehrheitssozialistischen Minister in der bayerischen Koalitionsregierung tief erschüttert ist. Die Sozialdemokratie wird über kurz oder lang genötigt sein, einige ihrer Regierungsmänner gegen U.S.P.-Leute auszuwechseln. Außerdem ist die ziffernmäßige Verteilung der Ministerposten (5 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche nebst 1 Fachminister), welche schon auf Grund der Januarwahlen ganz falsch war, durch die bei den Gemeindewahlen erfolgte starke Schwächung der Sozialdemokratie nicht mehr haltbar. Neuerdings hört man, Verkehrsminister Frauendorfer trete zurück und werde durch den Eisenbahnpräsidenten Frank in München ersetzt, welcher der Bayerischen Volkspartei angehört, sodaß die bürgerlichen Parteien 5 Ministerposten besäßen.

Namentlich der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann wird gut daran tun, die Regierungssorgen auf einen Nachfolger zu übertragen. Hoffmann hat sich selber am 2. Juni im Landtag zu Bamberg als „Staatsmann" bezeichnet. Ist er einer? Die geistig hochstehenden Bureaukraten, welche als Minister den Staat regierten, wurden ebenfalls Staatsmänner genannt. Schon das war bei den meisten von ihnen die verkehrte Anwendung des Begriffs. Denn auch der tüchtigste und hervorragendste Verwaltungsbeamte, selbst wenn er sich noch so gut auskennt auf dem Boden des Parlamentarismus, wird über Nacht nicht darum ein Staatsmann, weil er Minister geworden ist. Staatsmann ist nur, wer eine Macht der Persönlichkeit ist und die Staatskunst zu üben versteht. Staatskunst und Staatsklugheit erzeugen erst die Staatspolitik, welche die Auswahl der Mittel trifft, durch welche der Staatszweck erreicht

Ueber die Tragweite

des Entschlusses, den jetzt die Vertreter des deutschen Volkes gefasst haben, müssen wir uns klar sein, um zu wissen, welche Forderungen die Zukunft an uns stellen wird. Schier übermenschliche Kräfte scheinen notwendig zu sein, diese Friedensbedingungen erfüllen zu können. Sobald die Waffen endgültig zur Ruhe gekommen sind, wird der Kampf der Geister sicher in nie gekannter Schärfe einsetzen. Die führende Stellung fällt hier der grossen, einflussreichen Presse zu. Ueberaus wichtig und verantwortungsvoll ist die Aufgabe der Presse unserer Richtung, welche an erster Stelle die Ideale des Christentums zu wahren hat. Jeder gebildete Katholik, der hier keine Mühen und Opfer scheut, unsere Presse zu noch immer weiterer Verbreitung, zu steigendem Einflusse und Ansehen zu verhelfen, erwirbt sich grosse Verdienste, nicht zuletzt um das aus allen Wunden blutende Vaterland. Freimütig und stark sei die deutsche Presse der Zukunft, doppelt stark die christliche und katholische Presse!

Welche Gelegenheit wäre günstiger als der jetzige Quartalswechsel, um z. B. auch der „Allgemeinen Rundschau" neue Bezieher aus Freundes- und Bekanntenkreisen zu werben. Ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft ist in massgebenden, führenden Kreisen längst anerkannt. Solche Organe brauchen wir, damit in den Kämpfen der Zukunft auch die Katholiken in ihren Rechten nicht zu kurz kommen.

Alle Leser und Leserinnen, welche das Abonnement für das neue Quartal Juli-September noch nicht erneuert haben, bitten wir dringend, dieses jetzt unverzüglich zu tun, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Für die Postbezieher, welche die Bestellung bisher bei der Post selbst bewirkten, lag der letzten Nummer der Postbestellzettel zu freundlicher Benützung bei.

Unter dem Drucke des Ernstes der Stunde stehend, hoffen wir zuversichtlich, dass uns nicht nur alle bisherigen Leser treu bleiben werden, sondern dass sich durch deren gütige Mitwirkung der Abonnentenkreis im neuen Vierteljahre noch bedeutend erweitern möge.

wird. Wer im Besitze dieser hohen Gaben sich befindet, ist ein Staatsmann. Niemand wird behaupten wollen, daß der bayerische Ministerpräsident ein Staatsmann, oder daß die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Verfassung fähig sei, Staatspolitik zu treiben. Was wir vor uns sehen, ist ein hilfloses Dahintreiben der sozialdemokratischen Parteimänner in ministerieller Aufmachung, die Vermengung sozialdemokratischer Parteibestrebungen mit dem Staatszweck. Staatspolitik und Staatskunst sind da ausgeschaltet.

Der Kampf der beiden sozialdemokratischen Richtungen bestimmte bisher den ganzen Inhalt Hoffmannscher Regierungsweisheit. Schwankenden Rohren gleich lassen Hoffmann und seine roten Ministerkollegen jedwede feste Haltung, jede sichere Zielrichtung, jeden gebundenen Willen vermissen, welche allein aus dem Wirrsaal dieser traurigen Zeiten herausführen könnten.

„Deutschland braucht eine Regierung, die regieren kann, mit einer auf dem demokratischen Vertrauen des Volkes begründeten Autorität," ließ sich die republikanische „Frankfurter Zeitung" im Dezember vernehmen, welche glückselig war, als die alte Ordnung niedergerissen wurde. Natürlich braucht Deutschland wie jedes Land eine Regierung, die regieren kann. Das ist eine Binsenwahrheit. Bayern merkt es im eigenen Hause; es hat eine rote Regierungsmehrheit, die unfähig ist, zu regieren. Die Befähigung zum Regieren ist die allererste Voraussetzung. Auch das „demokratische Vertrauen des Volkes" gehört dazu. Es ist die Grundlage des Regierens bei jeder Staatsform. Daß Bayern unter König Max II., unter König Ludwig II. und dann während der Regentschaft des Prinzregenten Luitpold von Regierungen geleitet wurde, die gegen das Volk regierten oder doch das Volksvertrauen nicht besaßen, hat schwere Folgen gezeitigt. Allein Fähigkeit und Volksvertrauen, die notwendigen Voraussetzungen jedweder Regierungsweise, sind ohnmächtig, wenn nicht die innere Gesinnung des Volkes geschlossen und fest ist und wenn die Regierungsgewalt fehlt, welche die erforderlichen Machtmittel besitzt, die Kundgebungen des Volkswillens und die darauf begründeten Gesetze und ihren Vollzug durchzusetzen gegenüber den unfügsamen und umstürzlerischen Elementen, die im modernen Staate eine so drohende Rolle spielen.

Dafür müssen die bürgerlichen Parteien sorgen durch Einsetzen ihrer ganzen Kraft, durch eine zielbewußte und entschiedene Politik im Landtag, die noch nicht in allem sichtbar geworden ist. Bei den Gemeindewahlen ist auch der Liberalismus der Deutschdemokraten zusammengebrochen und in seinen früheren Hochburgen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Der ziellose Radikalismus des Bayerischen Bauernbundes ist zurückgetreten, der bei den Januarwahlen in die Halme geschossen war. Die Bayerische Volkspartei hat sich als fester Hort in der Erscheinungen Flucht erwiesen. Ihre Aufgabe wird es sein, den Bauernbund und alle jene an sich zu ziehen, welche dem Liberalismus und der Sozialdemokratie den Rücken kehrten.

Johannes der Täufer.

Johannes, heilig und gerecht, Prophet
Der Tiefe, stark in Gottes Geist wie keiner,
Der, eine Insel, leuchtend vor uns steht
Im Strom der Menschenwogen, Hoher, Reiner . . .

Vor dessen Hauch der Seele Spreu verweht,
Der mit der Axt das Lustgezweige kleiner
Und kleiner schlägt: Durch deine Rufe geht
Ein Wunderhall, du Büsser, Menscheneiner!

Lass ehern deine Worte wieder klingen.
Wir sind so krank. Die Welt ist morsch. So rollt'
Noch nie der Zeit gespenstisch Flammenrad.

Hilf du uns den Erlöser wiederbringen,
Uns kann nur retten seiner Liebe Gold.
Du zeigst allein den Weg der neuen Saat.

Theodor Seidenfaden.

Zur Abwehr in Sachen des Rheinischen Gliedstaates.

Von Studienrat Kuckhoff, Köln.

Es scheint allmählich, nachdem der erste Sturm vorüber ist, in der öffentlichen Meinung der Wille aufzukommen, sich über die Vorgänge im Rheinlande objektiv unterrichten zu lassen. Es sei mir gestattet, auch an dieser Stelle, an der ich in guten und bösen Tagen seit so vielen Jahren meine Ansichten habe sagen dürfen, zur Abwehr der gegen meinen Freund Kastert und mich erhobenen Anklage in aller Ruhe und wahrheitsgemäß einige Worte zu sagen.

Seit den Tagen der Revolution ist in ganz Deutschland der Gedanke nicht zur Ruhe gekommen, daß nur durch eine territoriale Neuordnung unseres Vaterlandes und insbesondere Preußens der Neubau des Reiches möglich sei. Der Gedanke ist gerade am Rhein besonders gefördert worden, weil hier die durchaus begründete Besorgnis obwaltete, daß durch Annexion oder durch langjährige feindliche Besetzung das Deutschtum dieser Landesteile gefährdet sei. Man glaubte dieser Gefahr durch einen selbständigen Rheinischen Bundesstaat begegnen zu können, weil so die Franzosen vor allem zu der Ueberzeugung kommen müßten, daß eine Gefahr seitens eines Deutschland beherrschenden Großpreußen in Zukunft beseitigt sei. Alle Bemühungen in dieser Sache blieben erfolglos, und die preußische Regierung mit dem preußischen Parlament sprachen sich in ihrer Mehrheit entschieden gegen eine Zerstückelung Preußens aus. Die besonnenen rheinischen Kreise haben deshalb die Angelegenheit ruhen lassen, indem sie den maßgebenden Stellen die Verantwortung für das, was kommen müsse, überließen. Da kamen die Friedensbedingungen mit ihrer vernichtenden Wirkung, in denen das Rheinland einer ganz unsicheren Zukunft überantwortet werden sollte. Zugleich aber wurde klar, daß auf dieser Grundlage gar kein gesicherter Friede zustande kommen könne. Dann aber mußte in jedem Falle das Rheinland der leidende Teil sein. Einen Ausweg gab es offenbar nicht. Da wurde Herrn Kastert und mir mitgeteilt, und zwar in der zuverlässigsten Form, daß es doch vielleicht noch einen Wege gebe, und zwar über die Bildung eines Rheinischen Bundesstaates, oder in französischer Mentalität ausgesprochen durch Aufhören der erdrückenden Vormachtstellung Preußens im Reiche. Gegen dieses Opfer Preußens sei Frankreich bereit, auf eine vollständige Revision der Friedensbedingungen im Verbande hinzuwirken. Zur Klärung dieser Angelegenheit sei eine Aussprache mit General Mangin in Mainz notwendig. Entgegen unseren Bedenken wurde erklärt, daß es sich keinesfalls um Verhandlungen handele, sondern daß lediglich durch eine Besprechung Klarheit über die Möglichkeiten geschaffen werden müsse.

Berlin, Spa und Versailles waren unterdessen am 13. Mai bereits über die geplante Besprechung, die erst am 17. stattfand, verständigt worden. Denn wir mußten uns ja unbedingt gegen den Vorwurf schützen, daß wir ohne Wissen der Reichsregierung zu solchen Besprechungen gefahren seien. Heute leugnet ja auch die Regierung in Berlin — seitens der Delegation in Versailles ist immer zugestanden worden, daß sie rechtzeitig die Berichte bekommen habe — nicht mehr, daß sie stets rechtzeitig Nachricht bekommen hat. Sie hat das in einer Besprechung aller beteiligten Kreise in Berlin am 31. Mai zugegeben. Man hätte von ihrer Loyalität erwarten dürfen, daß sie das Zugeständnis auch öffentlich gemacht hätte, nachdem sie uns zuerst „frechen Schwindel" vorgeworfen hatte. Im übrigen hätte man in Berlin Zeit genug gehabt, zwischen dem 13. und 17. Mai nach Köln Nachricht zu geben, wenn man die Besprechung in Mainz nicht wünschte. Wir aber mußten im Gegenteil annehmen, daß sie gegen die Reise zum mindesten keine Bedenken habe. Wir erklärten uns also als Abgeordnete bereit, nach Mainz zu fahren, um dann gegebenenfalls persönlich sofort in Berlin zu berichten, nämlich in dem Falle, daß seitens der Alliierten die verbindliche Zusage gegeben würde, in eine vollständige Revision der Friedensbedingungen einzutreten, wenn die deutsche und preußische Regierung in die Errichtung eines Rheinischen Gliedstaates ganz konform den anderen deutschen Bundesstaaten einwillige.

In Mainz zeigte sich aber, daß wir nicht genau unterrichtet waren. Die Franzosen ließen vielmehr erkennen, daß ihr Ziel die Errichtung eines in ziemlich losem Zusammenhang

stehenden Rheinischen Staates anstrebte. Wir überzeugten den General Mangin davon, daß eine solche Lösung ganz unmöglich sei. Er bekam ein klares Bild von dem Willen der überwiegenden Mehrheit des rheinischen Volkes. Ich hoffe, daß auf diese Weise für immer die Pläne der Franzosen erledigt sind, vielleicht auch für den Fall, daß der Friede nicht unterzeichnet wird. Jedoch wurde die Möglichkeit, durch Verhandlungen zu einem guten Ende zu gelangen, durchaus offen gelassen. Ein Bericht über die Besprechung ging sofort wieder an die drei oben genannten Stellen, eine persönliche Rücksprache mit der Regierung war freilich vor der Hand nicht dringend. Der Gebrauch aber, den die Regierung mit den ihr zugegangenen Berichten machte, war der, daß sie davon ihrem parteigenössischen Organ Mitteilung machte, der „Rheinischen Ztg.", die sofort das Aktenstück veröffentlichte, allerdings in ganz unzureichender Form. Das ist die Diplomatie der deutschen Regierung. Da wurde nun sofort die Meute auf die „Hochverräter" losgelassen, man erklärte: Kastert und Kuckhoff haben mit Hilfe der Franzosen die Rheinische Republik ausrufen wollen. Und die Regierung ließ die Oeffentlichkeit ruhig in dem Glauben, obwohl sie wohl wußte, daß wir ihr nur einen Weg hatten zeigen wollen, um Deutschland aus der Not zu retten. Die eigene Fraktion attestierte uns allerdings den guten Glauben, mißbilligte aber unser Vorgehen aufs entschiedenste. Dabei ist zu merken, daß die Mehrheit der Fraktion niemals den Gedanken der Rheinischen Republik gebilligt hatte. Wohl aber stehen die rheinischen Zentrumsabgeordneten bis auf wenige heute noch zu der Sache. Zur Zeit der Wahlen im Januar hat niemand im Zentrum dagegen zu reden unternommen. Die rheinischen Zentrumsanhänger haben für die Stellungnahme der Fraktion kein rechtes Verständnis, wie denn ja die rheinische Zentrumspresse fast ohne Ausnahme nicht nur den Gedanken der Rheinischen Republik im Verbande des Reiches vertritt, sondern mit wenigen Ausnahmen auch weit davon entfernt ist, Kastert und Kuckhoff zu verurteilen. Auf eine Gewaltprobe innerhalb der Partei durfte man es freilich in diesen Zeiten nicht ankommen lassen und deshalb legten wir, von niemandem gezwungen oder aufgefordert, unsere Mandate nieder, um die Einigkeit in der Partei, so viel an uns lag, nicht zu stören.

An dem, was nachher noch von Dr. Dorten und seinen Anhängern in Wiesbaden geschehen ist, haben wir keinen Anteil, im Gegenteil, wir haben, so weit wir Kenntnis davon erhielten, Unheil zu verhindern gesucht. Für das, was wir getan haben, dafür tragen wir allein die Verantwortung, wir können das Urteil über uns ruhig einer späteren Zukunft überlassen. Sie wird klar beweisen, daß die sozialistische Parteiregierung in Preußen den Interessen des Reiches in keiner Weise gerecht worden ist. Deutschland wird zu einem Großpreußen werden, wenn der Gedanke eines wirklichen Föderativstaates nicht energischer von Süddeutschland aus vertreten wird. Man sollte dort die Hilfe des Rheinlandes warm begrüßen.

Kommilitonen, die Augen auf!

Von Rechtsanwalt Aug. Ruß[1]).

Dieser Artikel soll Alarm schlagen. Kein Reaktionär hat ihn geschrieben, sondern einer, der mit beiden Füßen auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse steht.

Seuchengefahr an den Hochschulen Deutschlands! Die geistige Epidemie des zügellosen, destruktiven Radikalismus greift unter der deutschen Studentenschaft bedenklich um sich. Die Periode des geistigen Kritizismus und „wissenschaftlich" begründeten Materialismus ging voraus und bereitete den Boden. Heute, im Zeitalter der Revolution, erhebt der wohlorganisierte politische Radikalismus an Deutschlands hohen Schulen kühn sein Haupt. Demgegenüber mutet der alte Statutensatz: „Politische Bestrebungen liegen uns fern" furchtbar naiv und hausbacken an.

Abgesehen von der Gründung mehrheitssozialistischer studentischer Ortsgruppen an vielen deutschen Hochschulen, werden in letzter Zeit auch von der U.S.P. (den Unabhängigen), ja sogar von den Kommunisten Versuche gemacht, ihren Ideen bei den Studenten eine organisatorisch feste Form zu geben. Und diese Versuche haben vielfach Erfolg. So weiß ich, daß der Kommunist Bezirkssekretär Schnellbacher aus Hanau deutsche (insbesondere süddeutsche) Universitätsstädte bereiste und dort — kommunistische Ortsgruppen gründete. Bis jetzt sollen nahezu dreißig solche Ortsgruppen bestehen! Besonders stolz scheint Schnellbacher auf das badische Musterländle zu sein. In Heidelberg zählt nach meinen Informationen die kommunistische Ortsgruppe etwa 280 Mitglieder. Schnellbacher ist gelernter Buchdrucker, war früher Parteisekretär der Unabhängigen und ist seit kurzem zu den Kommunisten gegangen. Seine Erfolge sind um so auffallender, als bekanntlich die junge akademische Welt gegenüber Beeinflussungs- und Belehrungsversuchen durch außenstehende Nichtakademiker ziemlich mißtrauisch und unzugänglich ist. Wie mir mitgeteilt wird, sind hauptsächlich jüdische Studenten die willfährigsten Schüler der kommunistischen Lehre.

Der geistige Vater dieser neuzeitlichen anarcho-revolutionären Strömungen ist die religions- und morallose, auf Stoff und Kraft aufgebaute „Kultur"-Anschauung der Modernen. Der Idealismus der Kommunisten und Spartakisten ist, so sehr er auch im rein Materiellen und Wirtschaftlichen verstrickt ist, eine Seite der großen geistigen Bewegung, die jetzt in Zentraleuropa um die Herrschaft ringt, allerdings nur eine negative Seite. Mit Faustrecht und Waffengewalt, mit Handgranaten und Maschinengewehren läßt sich diese Bewegung nicht an der Wurzel packen und unschädlich machen. Nur mit den Waffen des Geistes und einer absolut überlegenen Moral können diese radikalen Zeitströmungen langsam, aber sicher überwunden werden.

Die Gefahr erkennen und ihr ins Auge sehen! Das ist das erste, was die positiv gerichtete Studentenschaft Deutschlands tun muß, um der Krankheit des politischen und sozialen Radikalismus Herr zu werden. Mit Halbheiten und Glacéhandschuhen kann man solchen mit rücksichtslosem Fanatismus zu Werke gehenden Bewegungen nicht zu Leibe rücken. Da muß ganze und mutige politisch-soziale Aufklärungsarbeit geleistet werden. Mit rein theoretischen oder „informierenden" Vorträgen, die auf das Leitmotiv gestimmt sind: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" ist der gebieterischen Forderung der Stunde nicht gedient. Diese Forderung aber lautet: Klarheit und entschiedene Stellungnahme auch in der Politik! So gut der zwanzigjährige Fabrikarbeiter und Bauer oder das zwanzigjährige Dienstmädchen sich politisch für eine bestimmte Partei entscheiden muß und entscheidet, ebenso gut, ja noch besser, kann und muß ein zwanzigjähriger Student oder eine gleichalterige Studentin wissen, wo politisch in diesen „aufgeklärten" demokratischen Zeiten ihr Platz sich befindet. Politische Neutralität ist heutzutage ein Zeichen mangelnder Logik und mangelnden Mutes.

Das zweite ist: Weltanschauung gegen Weltanschauung! Die studentischen Gruppen, die auf unserer Seite stehen, also auf dem Standpunkt der katholischen Weltanschauung, sind vor allen anderen dazu berufen und befähigt, dem hemmungslosen Radikalismus einen Damm entgegenzusetzen. Die katholischen Studentenverbindungen und Studentenvereine, die Angehörigen des Unitasverbandes, die „Hochländer", die Mitglieder der weiblichen katholischen Studentenkorporationen, die Anhänger des Sekretariates sozialer Studentenarbeit, die katholischen Freistudenten und alle anderen bewußt katholischen Kommilitonen, sie alle bilden die Sturm- und Kerntruppen im geistig-sittlichen Kampfe gegen die Offensive des entfesselten politisch-sozialen Radikalismus von links. Nicht im Sinne eines einseitigen reaktionären, gegenrevolutionären Beginnens von rechts, aber im Sinne einer vernünftigen, der ausgleichenden Gerechtigkeit dienenden Demokratie auf der bewährten mittleren Linie! Unser Kompaß ist und bleibt unser katholischer Glaube mit seiner Sittenlehre. Er wird uns in allen Stürmen durch die wildesten Wogen in den sicheren Hafen führen. Wir müssen aber auch alle Heils- und Kraftquellen gebrauchen, die uns der Katholizismus zur Verfügung stellt. Darum mehr Studentenseelsorge! Größere Vertiefung des religiösen und sittlichen Gedankens, der den hehren Idealen der katholischen Studentenschaft zugrunde liegt. Jeder fange damit bei sich selber an!

Es ist ein Grundirrtum des politisch-sozialen Radikalismus, daß er die Verhältnisse von Grund aus ändern will, ohne daran zu denken, daß erst einmal die Menschen geändert werden müssen. Wir rufen den revolutionären Welt-

[1]) Abdruck dieses Artikels mit genauer Quellenangabe in den katholischen Studentenzeitschriften erwünscht. D. Verf.

verbesserern zu: Bessert erst einmal die Menschen, dann werden sich die Verhältnisse schon von selbst bessern! — Darum wird die Ueberlegenheit für die katholische Studentenwelt gegenüber der anderen darin bestehen, daß sie gemäß ihrer Weltanschauung infolge übernatürlicher Gewissensbindungen wahre Seelen-, Herzens-, Charakterkultur, also echte Menschheitskultur zu treiben verpflichtet ist. Von Mensch zu Mensch, von Persönlichkeit zu Persönlichkeit! Das ist der allein richtige Weg, der zur Besserung der Menschheit und damit der Zeitverhältnisse führt. Nach dieser Erkenntnis sollten alle katholischen Kommilitonen handeln.

Und dann sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen. Und mit allen Positiven, ob katholisch oder nicht, eine fruchtbare Arbeitsgemeinschaft bilden, die schöpferisch wirkt für den akademischen Stand wie für die Gesamtheit. In der Tatsache, daß die junge Studentenschaft nicht nur für sich leben und arbeiten will, sondern für das ganze Volk und Vaterland, daß sie also dem akademischen Egoismus entsagt und positiv altruistisch wird, liegt die Existenzberechtigung für sie in einer Zeit, die den demokratischen Gedanken zum Führer erkoren hat. Hierin liegt aber auch eine Hauptwaffe gegen den politischen und sozialen Radikalismus, der jetzt an den Toren der alma mater ungestüm um Einlaß rüttelt und der trotz aller Phrase von der freien „Selbstlosigkeit im Dienste des Ganzen" dem Egoismus des Proletariates in Kadavergehorsam ergeben ist. Wenn sich die katholische studentische Jungmannschaft zu positiver Arbeit mit allen Kommilitonen zusammenfindet, die ähnlichen Ideen huldigen, dann wird die neuzeitliche Welle der Radikalen, insbesondere der Unabhängigen und Kommunisten, trotz ihrer kühn entfesselten Kraft nicht das ganze Gebiet der civitas academica überschwemmen können, sondern sich auf ihre Ausgangspunkte im großen und ganzen beschränken.

Aber: Kommilitonen, die Augen auf!

„Religion ist Privatsache" in der sozialdemokratischen Jugenderziehung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Schwer ist für unser Vaterland die Not der Zeit. Ungezählte, tiefe Wunden, welche der Krieg und die Revolution verursacht haben, klaffen am Volkskörper. Ein, wie es scheinen möchte, unheilbarer Riß geht durch denselben. Wahrlich, es bedürfte einer ungewöhnlichen Klugheit und Energie seitens derjenigen, die an der Spitze des Gemeinwesens stehen, wenn es gelingen soll, das Staatsschiff durch die Fluten und Klippen hindurchzusteuern, ohne daß es völlig zerschellt. Die Sozialdemokratie hat im Reiche und in den Gliedstaaten die Macht in der Hand; auf ihr lastet darum der Hauptteil der Verantwortung.

Da möchte es fast befremden, daß die sozialdemokratischen Regierungen es als eine ihrer eiligsten Aufgaben betrachten, gegen die bisherige religiöse Erziehung der Jugend Sturm zu laufen und die Schule zu verweltlichen; dieses erscheint noch vordringlicher als die Durchführung ihres wirtschaftlichen Programms, nämlich die Sozialisierung des Privatbesitzes. Der Weltanschauungskampf wird dem wirtschaftlichen vorausgesetzt. Solche Eile hatte man, daß prinzipielle Verordnungen überhastet wurden, und man, wie es in Preußen geschah, sie zurücknehmen mußte. Mit diesen Maßnahmen soll, so wird wenigstens versichert, der alte sozialdemokratische Grundsatz: „Religion ist Privatsache", verwirklicht werden. Wir wollen hier nicht über die Berechtigung dieses Axioms diskutieren; es sei nur dargetan, daß die Sozialdemokratie in der Jugenderziehung nur wenig darnach handelt.

Auf dem Erfurter Parteitag 1891 wurde unter den als Satz 7 bis heute im offiziellen sozialdemokratischen Programm stehenden Punkten auch folgendes zum Beschlusse erhoben: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen". Wilhelm Liebknecht gab eine Erläuterung und führte aus: „Der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist obligatorisch. In diese weltlichen Schulen, in denen keine Religion gelehrt wird, muß von den Eltern oder Verwandten jedes Kind geschickt werden; aber den Eltern bleibt es kraft des Grundsatzes: Die Religion ist Privatsache, unbenommen, ihre Kinder in der Religion, die sie haben, selbst zu unterrichten oder unterrichten zu lassen". Liebknecht war scheinbar überzeugt, mit der Erlaubnis, daß die Eltern außerhalb der Schule ihre Kinder in der Religion unterrichten dürften, ein großes Zugeständnis gemacht zu haben. Doch hebt er eigens hervor: „Wir dürfen der Geistlichkeit keine Handhabe bieten, vermittels derer sie in die Schulen hereinkommen kann". Der Religionsunterricht ist demnach aus dem ordentlichen Lehrplan der öffentlichen Schulen, neben denen überhaupt keine anderen zugelassen werden, ausgeschieden. Der Anordnung Liebknechts entsprechend dürfte er auch privat nicht in den Räumen der Schule erteilt werden. Aber „die Sozialdemokratie als solche hat mit der Religion absolut nichts zu tun. Jeder Mensch hat das Recht, zu denken, zu glauben, was er will, und niemand hat das Recht, jemanden in seinem Denken und Glauben zu behelligen, einzuschränken, ihm sein Denken und Glauben zu einem Nachteile irgendwelcher Art gereichen zu lassen", sagt der nämliche sozialdemokratische Führer. Die innere Gesinnung gegenüber dem Religionsunterricht, die in der Sozialdemokratie herrscht, gibt einer ihrer anerkanntesten Parteipädagogen, Schulz, an; er sagt u. a.: „Es ist eine schnöde Vergewaltigung des Kindes, wenn es von früh an in religiöse Fesseln geschlagen wird, aus denen es sich Zeit seines Lebens gar nicht oder nur mit Mühe zu befreien vermag. Und die Vergewaltigung wird um so grausamer dadurch, daß man sich nicht mit allgemeinen religiösen Normen und Formen begnügt, in die das Kind gezwungen wird, sondern daß man es in die noch viel engeren und härteren Fesseln irgendeiner besonderen Konfession schlägt" (Die Schulreform der Sozialdemokratie, 1911, S. 92). Bei dieser Einschätzung der Religion liegt es an sich schon nahe, daß man keine Neutralität wahrt, sondern die Fesseln nach Möglichkeit von dem Kinde fernhält, mindestens sie sobald als möglich wieder löst oder doch lockert. Die staatliche Schule, welche religionslos sein muß, ist nach entschiedenem sozialdemokratischen Grundsatze obligatorisch, d. h. alle Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, die Kinder in dieselbe zu schicken. Privatschulen werden nicht zugelassen.

So war es bisher Theorie. Nun hat die Sozialdemokratie mit Unterstützung anderer gleichgesinnter Parteien es in der Hand, sie in die Praxis umzusetzen. Die Regierungsvorlage an die Nationalversammlung in Weimar versucht dieses Ziel zu erreichen; ein großer Teil der Gliedstaaten ist daran, die Situation noch zu verschärfen.

Nun ist es aber eine Tatsache, daß namentlich in der Neuzeit die Erziehung der Jugend im Elternhause nicht abgeschlossen wird, daß die Schule sie fortsetzen und vollenden muß. Die religiöse Erziehung erschöpft sich auch nicht darin, daß wöchentlich 1—2 Stunden Religionsunterricht stattfinden. Dieser bleibt wirkungslos, wenn der übrige Unterricht nicht darauf Bezug nimmt und in demselben Geiste erteilt wird; dieses ist um so mehr der Fall, wenn in diesem Unterricht die Religion bekämpft, wenn der religiös-sittlichen Einwirkung eine materialistische entgegengestellt würde, wenn die Anleitung zur Betätigung der Religion Widerstreben, vielleicht sogar Verhöhnung durch die Schule fände. Den Eltern, die eine positiv gerichtete religiöse Erziehung nicht wünschen, ist die Möglichkeit geboten, den Grundsatz, daß Religion Privatsache sei, zu verwirklichen. Wenn nun aber andere es als eine Gewissenspflicht ansehen, ihren Kindern eine volle religiöse Erziehung zu bieten, dann müßte es auch in ihre Entscheidung gegeben sein, diese Gewissenspflicht in der von ihnen als richtig erkannten Weise zu betätigen. Ihnen aber ist diese Möglichkeit genommen, sie müssen handeln, wie es der Staat anordnet, und ihre Kinder gegen ihre religiöse Ueberzeugung in eine religionslose Schule schicken. Wie sonst im sozialdemokratischen Staate wird auch hier die Freiheit zu denken und handeln nur denen gewährt, die sozialdemokratisch denken und handeln. Religion ist keine Privatsache mehr. In der Denkschrift der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns über das Schulwesen wird auch für christliche Eltern die Freiheit in der Erziehung ihrer Kinder nach diesem Grundsatze handeln zu dürfen gefordert. „Eine unerträgliche Gewissenstyrannei, der sich kein Katholik freiwillig unterwerfen könnte," wird ihre Verweigerung genannt.

In einem Vortrag, den der preußische Kultusminister Konrad Haenisch am 3. Februar 1919 in der Handelshochschule zu Berlin hielt, sagte er u. a.: „Solange wir also eine solche sozial fundierte und sozial betonte neue Ethik noch nicht haben, solange sind auch die starken sittlichen und religiösen Antriebe

der Vergangenheit nicht zu entbehren bei der sittlichen Erziehung unseres Volkes. Und da komme ich wieder auf das, was ich eingangs sagte: es ist nicht die Aufgabe und kann nicht die Aufgabe des Sozialismus sein, diese Antriebe zu zerschlagen, sie zu negieren, es muß seine Aufgabe sein, diese sittlichen Antriebe nutzbar zu machen, einzuspannen in den Dienst des gesamten Volkes, der großen einheitlichen Nation." Wir vermögen nicht zu beurteilen, wie weit in dieser Rede der Diplomat spricht; sicher ist, daß auch schon andere Sozialdemokraten sehr schön von der Religion gesprochen haben; doch ihre Stellungnahme zu dieser ist nach dem amerikanischen Pragmatismus bestimmt, gemäß dem Nutzen für die äußere und innere Lebensführung des Menschen. Wenn übrigens Haenisch die Religion in der Jugenderziehung dulden will, bis *eine von ihr losgelöste soziale Ethik* ihre Stelle auch nur nach der günstigen gesellschaftlichen Wirkung einnehmen kann, dann brauchen wir für die Zukunft nicht zu bangen, die Ereignisse der letzten Tage geben uns da Vertrauen.

Die Sozialdemokratie verhindert in der Schule den Parteigrundsatz: „Religion ist Privatsache" durchzuführen, *sie trägt vielmehr kein Bedenken, ihn nach der negativen Seite hin direkt zu verletzen.* Sie ist ja in ihrem Wesen religionslos, atheistisch. Sie hat den absterbenden theoretischen Materialismus übernommen und durch eine ihm entsprechende Entwickelungslehre zu galvanisieren versucht. Darum ist es ganz psychologisch und konsequent, wenn sie ihre religionslose Parteiweltanschauung auch der Jugend zu vermitteln trachtet. „Sammelt man vielleicht Trauben von den Dornen oder Feigen von den Disteln?" Deshalb trachtet die Sozialdemokratie darnach, durch Verdrängung des Religionsunterrichtes den Kindern die Möglichkeit zu nehmen, wenigstens doch zu schmälern, dem angeborenen Zuge entsprechend sich vielleicht eine positive religiöse Ueberzeugung zu verschaffen. Soll an dessen Stelle überhaupt etwas Positives treten, dann will man religionslose Ethik oder Religionskunde gewähren. Es liegt nun aber einmal in der Natur des Un- und Irrglaubens, viel intoleranter als die Wahrheit zu sein; dieses zeigt sich auch hier; so nimmt dieser Unterricht eine feindselige Haltung an gegen die christliche Religion (vergl. „A. R." Nr. 13 und 16/17) und damit gegen die religiöse Ueberzeugung, welche das Kind vom Elternhause mitgebracht hat und welche in den meisten Fällen auch die Eltern nicht zerstört haben möchten. Die weltliche Schule in Frankreich liefert krasse Beispiele; wird die deutsche besser werden?

Abgesehen von dem Unterrichte in der Schule *findet die Religion der Jugend eine starke Förderung oder schlimme Schädigung durch die Lektüre.* Da entfaltet die Sozialdemokratie eine eifrige, aber zerstörende Tätigkeit. Der Hauptvorkämpfer für die Einheitsschule, Tews, der gewiß für die positive Religion nicht viel übrig hat, gibt in seiner Schrift „Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen" (Langensalza 1919) Proben dieser Jugendliteratur und kann nicht umhin, seinen Unmut zum Ausdruck zu bringen. *Diese Jugendliteratur hält sich in religiöser Hinsicht ebenfalls nicht neutral, sondern bekämpft Religion und Christentum aufs entschiedenste.* Auf dem bereits genannten Erfurter Parteitage wurde zur Schaffung eines solchen Schrifttums die Anregung gegeben; so erschien ein „Lesebuch für Kinder aufgeklärter Eltern". Dieses bezeichnet in der Vorrede als Plan, „zunächst jeden Keim zu religiösem Fanatismus und religiöser Unduldsamkeit in den Kinderherzen auszumerzen — —. Sind die einseitigen religiösen Anschauungen im Kinde beseitigt, dann schreiten wir allmählich zur festeren Begründung von Lebens- und Weltanschauungen empor — —. Der alte Geist, der Geist der Herrschsucht und Vergewaltigung soll auf das Kind zuerst in seinen abschreckenden Zügen wirken, es soll mit Entsetzen gegen allen Fanatismus erfüllt werden — —". Mit Recht sagt Tews: „Das Bedenkliche des Buches liegt in seiner atheistischen Tendenz, die zwar nicht so plump hervortritt, wie in mehreren anderen Schriften dieser Art, aber doch dahin führen muß, daß der jugendliche Leser mißtrauisch wird gegen die Lehren der Religion in der Schule und damit des Segens beraubt wird, den ein mit Wärme erteilter und unbefangen aufgenommener Religionsunterricht unter allen Umständen hat" (S. 30). Aehnlich steht es mit den übrigen sozialdemokratischen Jugendbüchern. Es sei noch hingewiesen auf das „Lehrbuch für den Jugendunterricht freier Gemeinden" von Dr. Bruno Wille, der einige Zeit als der Generalschulmeister der Berliner Sozialdemokratie galt. Von dem ersten Teile, der Gedichte, Lieder und Sprüche umfaßt, fällt Tews das Urteil, daß er „auch Stoffe enthalte, die darauf ausgehen, in dem Kinde Haß und Verachtung gegen die Kirche und ihre Vertreter zu erzeugen" (S. 32). „Fast ebenso widerwärtig wie die sittlichen Roheiten, berühren die dichterischen Barbareien und künstlerischen Geschmacklosigkeiten" (S. 34). Nur eine Probe (Der Freidenker):

„Er regt sich emsig, um mit Mut ein neues Haus zu schaffen,
Ein Haus, befreit vom Geistesdruck, befreit vom Druck der Pfaffen.
— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —
Kein Pfaffe darf mit Glaubenszwang die Kinder ihm verziehen;
Er pflegt die Herzen, daß sie einst für Edles nur erglühen."

Dieser zerstörende Einfluß auf den religiösen Sinn wird fortgesetzt in der Jugendpflege der Heranwachsenden. Die Jugendzeitschrift „Arbeiter-Jugend", die vor Beginn des Weltkrieges viel mehr als 100,000 Bezieher hatte, strotzt in jeder ihrer Nummern von Gehässigkeiten und Anwürfen gegen die Religion. Sie gibt den Geist wieder, in dem die sozialdemokratische Jugendbewegung sich bewegt; Jauch sagt von ihr, daß sie antireligiös, antichristlich und antikirchlich bis auf die Knochen gewesen sei (Moderne Jugendpflege, 1915, S. 247). Auch die Turn-, Sport-, Wander- und Geselligkeitsvereine mit sozialdemokratischer Tendenz machen im allgemeinen von ihrer Religions- und Kirchenfeindlichkeit und ihrem klerikalen Haß kein Hehl. An christlichen Festen, wie Weihnachten, nimmt er besonderen Anlaß, hervorzutreten.

Würde die Sozialdemokratie wirklich den Grundsatz befolgen wollen, nach dem Religion Privatsache ist, *dann dürfte sie den religiösen Zug der Jugend nicht so schroff verletzen und vernichten lassen, sie müßte sogar die Gelegenheit schaffen, daß auch diejenigen, die eine positiv religiöse Erziehung suchen, sie erhalten können, sie müßte christliche Ueberzeugung mit atheistischer gleich behandeln:* dieses wäre objektive Anerkennung, daß Religion Privatsache sei, wenn jeder die Möglichkeit erhielte, sie ungehindert sich anzueignen und zu betätigen oder nicht. Der unglückliche Ausgang des Krieges und die Revolution haben der Sozialdemokratie in Deutschland auch in den kulturellen Fragen die Vormacht in die Hand gegeben. Sie hat bereits mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß *sie diese auszunützen entschlossen ist zur Verdrängung jeglicher positiven Religion aus der Jugenderziehung.* Sie tut dieses in Rücksicht auf die Weltanschauung und aus natürlichem Instinkte, daß auf der Religionslosigkeit der Massen ihre Herrschaft beruht. Bezeichnend ist der Ausspruch, den der spätere sozialdemokratische Kultusminister Ad. Hoffmann am Revolutionstage auf dem Schloßplatze zu Berlin tat: „Jetzt haben wir die Gewalt. Wir brauchen keinen Vater, keinen Sohn und keinen heiligen Geist mehr" („Schule und Erziehung" März 1919, S. 6).

Zur Neuordnung der Jugendkräfte.

Erwägungen anläßlich des bayer. Jugendsonntages, 29. Juni 1919.

Von Jugendsekretär Dr. Ludwig *Schiela*, München.

„Es ist das Charakteristische unserer Zeit, daß ihr Geist bestimmt wird von denen, die bisher gegängelt wurden: von den Arbeitern, von den Frauen und von den Jugendlichen." Dieses Wort eines geistigen Arbeiters der Münchener Hochschule mag als übertrieben und darum unzutreffend angesehen werden, im letzten Teil dürfte es der Wahrheit immerhin am nächsten kommen. Vielleicht hat überhaupt nur die Jugend, wenn auch im weitesten Sinne, Revolution gemacht und steht dabei heute vor einem schrecklichen Trümmerhaufen, den nur wieder sie wegzuräumen berufen ist. Sie hat noch das Leben vor sich, sie muß sich jetzt den Staat bauen, das Volk organisieren, die Wirtschaft beleben, das eigene Glück sich schmieden und damit auch das Glück des schwer geprüften Vaterlandes. Hat die Jugend dazu den *Willen* und die *Kraft*?

Was hat eigentlich die Jugend in den letzten Jahren so in Erregung gebracht? Warum so viel Auflehnung und Trotz, Widerspenstigkeit und Gegenarbeit? War es wirklich immer nur einfältige Bosheit, dummdreister Stolz? Bislang glaubten doch meist nur (und zwar mit einer gewissen Steifnackigkeit) die Erwachsenen, *sie* hätten den Ton anzugeben, *sie* müßten von ihrem abgeklärten und ernüchterten Standpunkt auch der Jugend

die Lebensart und die Arbeitsform geben und eine Diskussion über diese Fragen sei überhaupt nicht möglich. Nun wollte aber der Gegenpart der heutigen Kultur mit der gleichen Hartnäckigkeit seine Art und Form, den Jugendstil aufdrücken, und das Jugendproblem in seinem innersten Kern wurde nichts anderes als der Kampf der Alten mit den Jungen um die Vorherrschaft. Ein stiller Krieg ging da durch so manche Familie, so oft durchs ganze deutsche Haus, nicht zum Segen des Volkes, nicht zum Wohle der Jugend. — Soll nicht auch auf dieser Walstatt jetzt endlich ein Friede der Verständigung geschlossen werden? Kein Machtfriede, sondern ein Friede der Gerechtigkeit, ja der Liebe des erwachsenen Volkes zum jungen Volke? Soll nicht endlich auch hier eine Brücke geschlagen werden zwischen den gealterten, lebensmüden Seelen und den jungen, stürmischen, lebensfrohen? Eine Brücke von Mutter zu Tochter, vom Vater zu Sohn, vom Lehrer zu den Kindern, von jedem Staatsbürger zum jungen Standesgenossen im ganzen Volke?

Was ist Jugend? Glauben wir denn wirklich, daß ein Mann von 50 Jahren, von welchen man 30 Jahre wegnimmt, Jugend wäre? Ist Jugend überhaupt an Jahre gebunden? Und kann selbst eine bejahrte Frau, die an ihre „Jugend" sich zurückerinnert, das jugendtümliche Element der Jugend von heute erfassen, nicht nur wissenschaftlich, nicht nur psychologisch — nein unmittelbar, impulsiv, naturwüchsig, mit allem Drum und Dran, wie nun einmal die Jugend ist? Das aber ist Jugend. Nicht darum aber handelt es sich heute bei der Indienststellung der Jugendkräfte im Leben der Gegenwart, technisch und mathematisch das Kräfteparallelogramm zwischen Alter und Jugend zu konstruieren; vielmehr muß das Leben der Jugend organisch dem Volkskörper eingegliedert werden und diesem das neue, frische, warme, dampfende Blut einströmen lassen, Jugendideen in ihrer Eigenart der Kultur, dem gesellschaftlichen Leben zuführen, Jugendtaten gelten lassen, wenn sie wertvoll ebenso wie Männer- oder Frauenerfolge, und nicht sie verachten, nur weil sie eben von der Jugend stammen. Das verächtliche Lächeln über alles Jugendliche, das Achselzucken über Jugendstreben und Jugendleben soll verschwinden: die Jugend soll fest zur Mitarbeit in allem herangezogen werden, in ihrer Eigenart soll sie die schwersten Aufgaben mitzulösen versuchen, es soll ihr Verantwortlichkeit, Pflichtbewußtsein in die Seele gesenkt werden, sie soll wissen, was Großes man von ihr erwartet, welche Hoffnungen das deutsche Volk, das ganze Vaterland auf sie setzt.

Werden wir Kräfte aus der Jugend gewinnen, zum Aufbau, zur positiven Arbeit? Oder werden wir enttäuscht werden? Die katholische Münchener Jugend hat mehr als einmal die Zweifelnden und an ihr Verzweifelnden gründlich Lügen gestraft. Kurt Eisner hat für die Münchener Jugend nicht immer gerade Lobsprüche gefunden; er wurde von ihr mehr als einmal enttäuscht. Noch in diesem Monat hat sich die katholische Jugend im Festsaale des Hofbräuhauses — wo die Räte so oft und so stürmisch getagt — ein Stelldichein gegeben; die Jugend selbst hatte das Arrangement getroffen und zwar bis aufs letzte — ein Präses glaubte an der Protestresolution gegen den Schmachfrieden eine Kleinigkeit korrigieren zu müssen, es wurde ihm nicht zugestanden „aus Gründen der inneren Wahrhaftigkeit". — Aber wie waren die drei Referate der Jugendlichen über die „Jugendbewegung", die „Religion" und die „Freiheit" — jugendtümlich, ursprünglich, kräftig und begeistert. Nichts Gemachtes, nichts Affektiertes, nichts stilistisch Aufgeputztes, klar und bestimmt, aber so tapfer und so treu, so fest im Grundsätzlichen und so freiheitlich in Nebensächlichem und so liebenswürdig in der Aufmachung — im Felde sagte einst ein Ueberschwenglicher: „Die Jugend ist zum Küssen."

Könnten wir doch diese Jugendkräfte so sprudelnd und so froh wie ein kristallheller Bergquell fassen und organisieren, zusammenlegen und auf ihnen den deutschen Bau im neuen Stil aufrichten! In Dorf und Stadt, Land- und Industriejugend, für Staat und Kirche, jede Kraft muß einorganisiert werden ins Ganze, jedes Jugendherz, jede Jugendseele mit ihrem Feuer, mit ihren Idealen einorganisiert in die Jugendpflege, in den sozialen und wirtschaftlichen Organismus, ins Vereinsleben der Gegenwart, in die politische Organisation, in den Volksstaat — was würde an aufbauender Arbeit geleistet von diesen frischen, unverbrauchten Kräften für jedes Land und für das ganze Reich!

Wer hilft mit? Der bayerische Jugendsonntag ruft das katholische Volk zu dieser Arbeit auf; möchte dieses heute mehr als je im Interesse der Kirche, des katholischen Glaubens, der christlichen Schule und Erziehung das Seinige tun: Unterstützung geben an Jugendpflege und Jugendverein, zur Mitarbeit sich anbieten und den Jugendschutz und die Jugendhilfe an seinem Platz und für seinen Kreis betätigen. Doch müssen alle Freunde der Jugend an des Volkes Zukunft denken und auch ihrerseits als Testament den eigenen vaterländischen Geist, wirtschaftlichen Sinn, soziales Bewußtsein in die Jugendseele einhauchen und in friedlicher und freudiger Jugendarbeit alle Kräfte zusammenlegen, alte und junge, vom Alter die Besinnlichkeit, von der Jugend die stürmische Kraft, damit es auch in den deutschen Landen bald wieder einen guten Klang gebe,

Wenn das Harte mit dem Weichen
Sich vereint zum guten Zeichen!

Sommerausstellung der Neuen Sezession.

Im äußeren Umfange ist die heurige Ausstellung der Neuen Sezession ihren Vorgängerinnen gleich, in ihrer Beschaffenheit tritt sie fühlbar hinter jenen zurück, was immer etwas bedeuten will, nachdem es schon ehemals von diesen Ausstellungen nichts Erfreuliches zu melden gab. Ob die auffallende äußere und innere Aermlichkeit davon stammt, daß nicht-münchnerische Teilnehmer sich wegen der mancherlei Schwierigkeiten der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse fern halten mußten, ist billig zu bezweifeln. Man möchte es ja auch schließlich den Münchnern nicht antun, einer solchen Auffassung Raum zu geben. Und doch erfordert die Wahrheit das Eingeständnis, daß die Münchener Kunst im allgemeinen in bedenklichem Rückgange begriffen und die Zahl der wirklich bedeutenden Künstler, solcher, die fähig sind, wahrhaft Großes zu leisten, beklagenswert gering ist. Um bei den Persönlichkeiten zu bleiben, die ihre Werke in der hier zu würdigenden Ausstellung darbieten, so fehlt eine solche überragende, mit irgend welcher wirklichen Originalität begabte Erscheinung unter ihnen völlig. Dementsprechend mangelt es an jeglichem Merkzeichen einer Entwicklung, außer der mehrfach zu beobachtenden rückläufigen. Man sieht sie, um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, bei den Malereien und Radierungen von A. Schinnerer, bei den Bildnissen von G. Jagerspacher, die an Kraft der Charakteristik wie an der früheren Fülle und Leuchtkraft der Farbe verloren haben. Auch unter den Landschaften von R. Sieck befindet sich eine, die Krankheitszeichen aufweist. Es wäre schade, wenn auch die beiden letzteren Künstler sich auf verkehrte Bahn begeben wollten. Was die übrigen fast ausnahmslos betrifft, so verharren sie dabei, auf dem Wege fortzutrotten, den nicht sie entdeckt haben. Denn so große Scheu sie tragen, der älteren Ueberlieferung zu folgen, viele unbewußt, wohl auch bewußt, so lassen sie es, trotz ihrer stark beteuerten Selbständigkeit doch geschehen, daß sich bei ihnen selbst, und zwar mit bedeutsamer Schnelligkeit, eine Ueberlieferung herausgebildet hat, die man, zur Vermeidung unfreundlicher deutscher Worte, Schematismus nennen darf. Am meisten Ueberlieferung steckt noch in der Graphik. Man spürt Rembrandt in ihr, stark auch, zumal im Holzschnitte, die Gotik, gelegentlich spätes Barock. Gegenständlichkeit macht sich geltend, ist freilich oft bis fast zur Unkenntlichkeit stilisiert, geht aber nur ausnahmsweise über die Grenzen des gesunden Menschenverstandes. Anders die Malerei und Bildnerei. Ihre künstlerische Anarchie sucht ihren Ausdruck in ermüdender Wiederkehr farbiger Grellheiten, Verschwommenheiten und Mißklänge, in Linienführungen, deren Wirrsal durch angebliche geheime Gesetze regiert werden soll, in Formen, die der Natur und aller Vernunft zuwider laufen, überdies jeder sachlichen Begründung entbehren. Gruppenweise ahmen diese Maler und Bildhauer fortwährend einander gegenseitig nach — sehr viele von ihnen sind längst nichts anderes mehr, als Bilderfabrikanten —, von den gewöhnlichen Kitschmalern oder Selbstkopisten unterscheiden sie sich nur dadurch, daß sie die innere Leere ihrer Erzeugnisse unter unerhörten, widerwärtigen, gesucht unmöglichen Außenseiten zu verbergen suchen.

Doch ist es mit dieser modernsten Erscheinung, die sich für ihre Zwecke einiger äußerer Mittel der Kunst bedient, wie mit anderen revolutionären Dingen: sie besitzt Eigenschaften, die beachtet und nicht verachtet werden dürfen. Nur eine Anzahl von Mitläufern sind übler Meinung. Andere sind schwärmerische Theoretiker, Leute, die Hohes, ja Höchstes wollen, Idealisten, die wir als unerschrockene Streiter gegen Oberflächlichkeit, Aeußerlichkeit und den Materialismus der heutigen Kultur begrüßen müßten, wenn sie nicht durch Ueberspanntheit und Unklarheit, wie durch die Verkehrtheit ihrer Mittel den Sieg ihrer hohen Absichten selbst vereiteln würden. Das darf man dieser neuesten Kunst vorweg hoch anrechnen, daß sie sich von Libertinismus fern

hält, daß Unsittlichkeit und Niedrigkeit ihr fremd sind. Sie sucht nicht das Ding, sondern dessen Begriff, dessen Seele, auch beim toten Gegenstande, sowie bei Pflanze und Tier. Sie sucht sich der Wirklichkeit durch Flucht in das Reich der Träume zu entziehen. Sie haßt das Vielfältige und gräbt nach den Wurzeln der Einfachheit. Carl Caspar hat diesmal ein Bild ausgestellt, das die nächtliche Unterredung zwischen Jesus und Nikodemus andeutet. Darin liegt ein Grundgedanke dieser Richtung ausgesprochen: die Rückkehr zur Kindschaft, zur Ursprünglichkeit in Schlichtheit und Wahrheit. Kein Zweifel, daß diese Künstler im Grunde nach Idealen echt christlicher Art streben. Und doch erreichen sie ihr Ziel nicht, weil der christliche Geist fehlt, auch bei solchen, die sich geradezu mit christlichen Thematen beschäftigen, jener Geist der Klarheit, der die Kunst der Vergangenheit erleuchtete und in ihren Werken die Überzeugung zur Tatsache werden ließ, daß nicht Eigenwille, Trotz und Auflehnung, sondern Strenge der Selbstzucht allem Streben, also auch dem der Kunst, zur Voraussetzung des wahren, bleibenden, vorbildlichen Erfolges dient.

Der Geist der Klarheit, dessen Fehlen in den Ereignissen der Gegenwart sich so vielfach verhängnisvoll geltend macht, müßte den Künstlern auch die Lehre geben, daß gänzliche Loslösung vom Realen eine Unmöglichkeit ist, daß Versuche solcher Art nur zur Selbsttäuschung und Selbstwiderlegung führen. Durchmustert man diese Ausstellungen, so lehren sie, nicht nur die heurige, daß es doch schließlich immer wieder der Gegenstand ist, an den man sich hält und dessen man als Grundlage, auch für verzerrte Darstellungen, bedarf. Selbst der abstrakteste von allen, Paul Klee, hat bei seinen Kritzeleien und Klecksen gewisse reale Vorstellungen und gibt ihnen durch Bildunterschriften Ausdruck. Diesen Stilisten gegenüber stehen diejenigen, die mit gegenständlicher Absicht Erzählungen, Lebensausschnitte, Bildnisse, Landschaften, Stillleben und dergleichen malen und sich, wie etwa W. Püttner oder R. Sieck, kaum in einzelnen Aeußerlichkeiten von den Naturalisten alten Schlages unterscheiden.

Sie kommen daher auch nicht in Betracht, wenn es die Frage zu beantworten gilt: Was sagt und gibt jene allermodernste Kunst dem Volke? Oder, um zeitgemäß politisch zu reden: Welches ist an ihr das demokratische Element? Diese Frage wäre am besten durch das Volk selbst zu beantworten. Es hat auch bereits darauf geantwortet. Nicht aus Anlaß einer Ausstellung der Neuen Sezession, denn dergleichen bekommt der einfache Mann oder gar seine Frau nicht zu sehen, aber als die Räteregierung die Zeitungen nötigte, Bilder allerneuester Art zu bringen. Die Idee war an sich klug, die Kunst hätte zur furchtbaren Waffe werden können. Aber angesichts dieser Erzeugnisse lief der Erfolg dem von den Unternehmern erwarteten geradewegs zuwider und mag bei den Vernünftigen stark dazu beigetragen haben, jener Regierung Abbruch zu tun. Dem gesunden Verstande des Volkes widerstrebt alles Unnatürliche, Gesuchte, Gemachte, die Unmöglichkeit der sinnlichen Erscheinung verhindert die Wirkung des übersinnlichen Gehaltes. Wie anders stehen die Werke eines Fra Angelico, eines Botticelli, eines Van Eyck, eines Grünewald und anderer geistesverwandter Meister da, die ihre unergründliche geistige Tiefe in das Gewand wahrer Schönheit kleideten. Niemals werden sie aufhören zu wirken und Seelen dem Ziele ewiger Wahrheit und Herrlichkeit näher zu führen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Robert Hugh Benson: Der Herr der Welt, Roman. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von H. M. von Lama. Mit dem Bilde des Verfassers und einer Einleitung. Regensburg, Friedrich Pustet. 8° 516 S. Preis geb. 8 M. — In dritter Auflage geht nun dies hochinteressante, wuchtige und in seiner Art auch tiefe Werk des berühmten Konvertiten, Sohnes des verstorbenen anglikanischen Erzbischofs Primas von Canterbury, hinaus in die deutsche Leserwelt. Wer es vor einem Jahrzehnt las, sollte es wieder lesen, um zu erfahren, mit welchem Scharfblick der (inzwischen ebenfalls dahingeschiedene) Verfasser viele der kommenden Dinge vorausgeschaut hat, von denen sich nicht wenige bereits erfüllten, andere zu erfüllen beginnen. Kein bloßes Ereignis phantastischer Einbildungskraft, sondern ein Ergebnis schärfster Durchdringung von Vergangenem und Gegenwärtigem auf vom Heiland selbst verkündetes Zukünftiges hin: das ist „Der Herr der Welt", zugleich ein erschütternder Weck- und Mahnruf in unsere gegenwärtigen Wirren hinein.

E. M. Hamann.

Prof. Dr. Aem. Schoepfer: „Monarchie oder Republik? Freimaurerei und Kirche über die Staatsform. Ein Wort zeitgemäßer Aufklärung zum Umsturz in Mittel-Europa. Mit einem Anhang: Die Wühlarbeit der Freimaurerei gegen die habsburgische Monarchie." Innsbruck-München, Verlagsanstalt Tyrolia. 6.—10. Tausend. 8° 77 S. Pr. 1.70 M. — „Klein aber fein!" gilt von diesem inhaltlich schwerwiegenden Bändchen. Wer es liest und in sich aufnimmt, hat Entscheidendes an Klarheit neubestätigter oder neuerworbener Ueberzeugung gewonnen. Die Aufführung der Themen möge zeigen, um wie Hochwichtiges es sich handelt: „Die Freimaurerei ist gegen die monarchische Staatsform. — Die Kirche ist nicht gegen die Republik. — Grund dieser verschiedenen Stellungnahme: Warum die Kirche für keine bestimmte Staatsform ist; Warum die Freimaurerei nur für die Republik ist; Unterschied zwischen der christlichen und der Freimaurer-Republik. — Aufgaben der christlichen Staatsbürger in der Gegenwart." An Schärfe der Denkkraft, der auf den Grund greifenden Logik läßt das Büchlein nichts zu wünschen übrig. Auch nicht an Mut. Und just das ist es, was wir heute notwendiger denn je brauchen: Klarheit, Tapferkeit, Tiefe. — Wer sich selbst und andere zum Licht führen möchte, greife zu dem Büchlein.

E. M. Hamann.

Der hl. Kolumban, sein Leben und seine Schriften. Von Johann Joseph Laux. Mit 7 Bildern. Freiburg 1919, Herdersche Verlagshandlung. XVI und 219 S. 8°. Preis kart 7.80 M. Zu den bedeutendsten der irischen Glaubensboten aus dem frühen Mittelalter gehörte der hl. Kolumbanus. Er stammte aus Leinster, machte sich gegen Ende des 6. Jahrhunderts mit 12 Gefährten vom Kloster Benchuir aus auf den Weg ins Frankenreich und predigte allenthalben mit solcher Kraft und Begeisterung, daß er das Staunen des Volkes und die Bewunderung der Könige erregte. In den Vogesen gründete er das Kloster Luxeuil. Wegen der Unabhängigkeit seiner geistlichen Anschauungen und der Kühnheit seines Auftretens erregte er jedoch das Mißfallen der herrschenden Klassen und wurde 610 durch die Königin Brunhilde vertrieben. Er wandte sich dann nach Alamannien, blieb drei Jahre lang in Bregenz und ging schließlich, um die Reste des Arianismus auszurotten, in das Reich der Langobarden. Dort stiftete er das Kloster Bobio und starb daselbst am 21. November, wahrscheinlich 615. Seine Lebensbeschreibung, trotz ihres italienisch-schwülstigen Tones eine der geschichtlich wichtigsten und einflußreichsten Schriften jener frühen Zeiten, verfaßte der bald darnach aus Susa nach Bobio gekommene dortige Abt Jonas. — An einer brauchbaren, kritisch verfaßten Schrift über den Heiligen hat es in der neueren Literatur gefehlt. Um so verdienstlicher ist das vorliegende Buch. Es beruht auf sorgfältigem Quellenstudium, ist objektiv und unparteiisch und schafft so ein klares, höchst fesselndes Bild von den Ereignissen und Kulturzuständen, zumal des im Verfalle befindlichen Merowingerreiches. Die Uebersichtlichkeit hätte vielleicht noch gewonnen, wenn die zahlreichen Legenden, vom übrigen abgesondert, in einem eigenen Kapitel gesammelt worden wären. Dankenswert sind die literarischen Beigaben: Die Mönchsregel des hl. Kolumban (man vergleiche über sie auch die „Ztschrft. f. hist. Theol." 1875, III, 396 ff.), Das Bußbuch, Kolumbans Briefe und Gedichte; ferner die Erläuterungen und Quellenangaben des Anhanges. Willkommen sind auch die sieben Bilderbeilagen nach zeitgenössischen Kunstwerken.

Dr O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Das Gastspiel einer Heroine, das nicht sonderlich erfolgreich verlief, könnte unerwähnt bleiben, wenn nicht dabei eine „Anstellung" beabsichtigt gewesen wäre. Da fragt es sich, ob wir für eine weitere Heroine Verwendung haben. Zwei Künstlerinnen von Rang Emma Berndl und Magda Lena haben bis vor kurzem sehr, sehr wenig zu tun gehabt, bis Frau Durieux sich entschloß, nicht mehr aufzutreten, bevor ihre politischen Angelegenheiten klargestellt sind. Ich habe es seither vermieden, von diesen mit der Räterepublik zusammenhängenden Dingen zu reden, denn die Wahrheit hier zu suchen, ist keine kunstrichterliche Aufgabe und ich unterlasse es auch heute. Das Gastspiel veranlaßt nur zu der Frage, gedenkt Frau Durieux zurückzutreten oder ist an den „Ersatz" für eine andere im Fach der Heroinen tätige Künstlerin gedacht? Im letzteren Falle wäre die Dringlichkeits- und Notwendigkeitsfrage sehr zu erwägen. Man versucht jetzt im Prinzregententheater auch Stückchen, wie die „Medaille" und „Die Lokalbahn" L. Thomas zu geben. Das mag praktisch sein, aber es widerstrebt dem einst so sorgsam gepflegten Stilgefühl, Kleinigkeiten auf die die große Linie erfordernde Festspielbühne zu versetzen; spielt man doch andererseits auch nicht Wagner im kleinen Rokokohaus. — Mit tiefem Bedauern, ja mit Schmerz verzeichnet der Chronist: Festsaal des Prinzregententheaters „Sommernachtsball". Im Augenblick, da sich die Weltschicksalsfrage entscheidet, ob wir uns unseren Feinden unterwerfen, tanzt man und noch dazu in diesem Festspielhause, das der deutschen Kunst geweiht ist. Man sage nicht, das tat der Wirt, nicht die Leitung; dann hätte man eben die Rechte des Cafetiers enger begrenzen sollen. Es wird mir auch versichert, daß neulich im „Parsifal" einige bei offener Szene Bier tranken und schwätzten, und heute: „Sommernachtsball". Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!!

Schauspielhaus. Hermine Körner hat uns eine Enttäuschung bereitet. Sie war tastend auf dem Wege, einen gepflegten Spielplan aufzubauen, und nun hatte sie den fatalen Ehrgeiz, uns die erste öffentliche Aufführung von Wedekinds Tragödie „Die Büchse der Pandora" zu bieten. Die Zensur ist tot, da kann man es sich ja leisten. Er hat die Tage der „Freiheit" nicht mehr erlebt dieser — Dichter. Ich zweifle, ob die Aufhebung der Zensur ihn im innersten Herzen gefreut hätte, denn außer seinen erotomanischen Problemen war es doch der Kampf mit der Zensur, der seinen halbweltumspannenden Geist ausfüllte. Ein Kritiker, der für die angeblichen Qualitäten der Wedekindschen Dramatik immer mit Überzeugung eintrat, wünscht doch, daß wenigstens nicht über das Alltagspublikum der „ekle Inhalt dieser infernalischen Büchse entleert" werde, und meint, die Theaterleiter müßten durch eine Art stillschweigender Übereinkunft endlich selbst so weit sein, daß sie auf die öffentliche Aufführung solcher absoluter Unmöglichkeiten verzichten. Wir nehmen von diesem Bekenntnis mit gewisser Befriedigung Notiz. Da es aus dem Lager der Wedekindfreunde kommt, ist es doppelt wertvoll. Die „Büchse der Pandora" ist vor Geladenen mehrmals gegeben worden und war aus diesem Grunde zu verschiedenen Zeiten an dieser Stelle Gegenstand der Besprechung, die immer eine Verdammung sein mußte, da wir in dieser perversen Dramatik stets eine Gefahr für die Volksgesundheit sehen mußten. Das Stück, daran sei kurz erinnert, ist eine Fortsetzung des „Erdgeistes"; wir sehen darin, wie es Lulu weiter erging, wie sie in immer rascherem Tempo die Männer wechselt, immer tiefer in den Rinnstein der Moral hinabsinkt, vom Gefängnis in die Choleradaracke,

in immer ekelerregendere Gesellschaft ihrer Zuhälter, Erpresser und der schon in der Tragödie erstem Teil in sie verliebten Nymphomanien. So sinkt Lulu bis zur untersten Stufe des Dirnentums, bis sie durch einen Lustmord ums Leben kommt. Die üble Phantasie von Kolportageromanen letzter Geltung breitet sich ethisch verantwortungslos in den drei Akten aus, eine durchaus verluderte Welt von Dirnen, Abenteurern, Betrügern und Psychopathen, von denen selbst der relativ beste noch nicht so viel innere Kraft besitzt, die auch nur für eine einzige Stunde Arbeit nötig wäre. Bei der ersten Aufführung kam es zwischen Klatschern und Zischern zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, bei der zweiten fand sich niemand veranlaßt, dieses Niedergangsprodukt zu besubeln. Frau Körner hatte sich mit der Regie wieder viel Mühe gegeben und die ganze Rolle der Entgleisten kam plastisch greifbar zur Anschauung.

Kammerspiele. Shaws Komödie „Der Arzt am Scheidewege“ hat man vor manchem Jahre schon im Schauspielhause gesehen, das Stück fesselte auch in den Kammerspielen, die ihm die Unterstützung einer Aufführung zu teil werden ließen, die durch Stilisierung den ironisch skeptischen Grundton festhielt, ohne in Uebertreibung der grotesken Ansätze zu verfallen. Ziegel und Frau Horwitz, die Gäste, machten sich hier besonders verdient. Das Stück selbst ist eine Satire auf die Aerzte, die in verschiedenen modernen Typen nicht mit Humor, sondern mit überspitztem Witz geschildert werden. Die Haupthandlung zeigt einen berühmten Arzt, der die Frau seines Patienten liebt. Er überträgt die Behandlung einer anderen ärztlichen Autorität, von der er überzeugt ist, daß sie den Kranken sterben läßt, was auch prompt eintrifft. Diese Todesszene in ironischer Beleuchtung ist Geschmacksache. Man kann rein verstandesgemäß erkennen, daß die Satire zeigen soll, wie der englische Arzt durch äußeres korrektes Handeln sein Gewissen völlig beruhigt, und das Ganze doch recht unsympathisch finden. Als der Arzt dann um die Witwe Gewordene freien will, hat sie bereits einen anderen. Die idealistischen Vorkämpfer der „neogälischen Renaissance“ wollen von ihrem lediglich spottenden Landsmann nicht viel wissen und die Engländer sind zu sehr Zielscheibe seines Spottes, um den Iren leiden zu können. Es sind wieder einmal Deutsche, die das fremde Verdienst schätzen und — überschätzen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Nochmals Gesetzergänzung gegen die Steuerflucht — Kapitalzuwachssteuer — Alles im Zeichen des Friedensvertrages — Was wird noch kommen?

Ein der Nationalversammlung zugegangener Gesetzentwurf zur **Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht** bringt — spät aber doch — endlich die schon längst angekündigten verschärften Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung des deutschen Vermögens in das Ausland. Die Oeffentlichkeit, namentlich die Fachpresse hat schon seit Monaten auf die Unzulänglichkeiten der bisherigen Bestimmungen, welche auch die neuerlichen Ergänzungen nur in ganz geringem Umfange und so überaus spät beseitigen oder verringern, hingewiesen. Die Sicherheitsleistung des nach dem Auslande abwandernden Steuerpflichtigen wird von 20% auf 50% erhöht. Mit den auswärtigen Regierungen sollen ausserdem Uebereinkommen wegen gegenseitiger Rechtshilfe bei der Festellung der im Ausland befindlichen Kapitalien von im Inland wohnenden Personen abgeschlossen werden. Erstere Bestimmung wird — wie die Praxis lehrt — nur in den wenigeren Fällen nutzbringend sein; auch über Besserung der mangelhaften Grenzkontrolle und der einschlägigen Devisen-Abwanderungs-Verordnungen ist nichts bekannt. Was die **zweite vorgeschlagene Massnahme** betrifft, so kennt man in Bankkreisen den gewaltigen Unterschied der in die Milliarden gehenden deutschen Gelder in den neutralen Ländern und anderseits der verhältnismässig nur geringfügigen Auslandsguthaben bei uns. Viel Besserung werden auch aus anderen Gründen diese Gesetzesvorschläge nicht bringen. Ebenso reichlich spät, in der Wirkung daher schon aus diesem Grunde gering ist die Verfügung, dass beim Erwerb von Heeresgut oder Teilen der Kriegsgesellschaften **Zahlungen in Kriegsanleihen zum Nennwert** nur von solchen Käufern angenommen werden, welche diese Titel seinerzeit im Zeichnungswege erworben haben. Welch ungeheuren Schaden und betrügerische Manipulationen die seitherige laxe Kontrolle verursacht hatte, ist nur zu bekannt!

Die nunmehr erschienenen Einzelheiten, namentlich die **Steuerabstufungen bei der Kapitalzuwachs-Abgabe** — ist dies die kleine, oder die ganz kleine Vermögensabgabe? — bringen keine sonderlichen Ueberraschungen. Hängt doch auch hierbei vieles, ja alles von den wirtschaftlichen, namentlich den finanziellen Folgen des Entente Gewaltfriedens ab. Die Börsen stehen dabei in ruhiger, abwartender Haltung den unausbleiblichen Wirtschaftsfolgen gegenüber. Es bleibt unseren Finanz- und Handels-Kreisen einstweilen nichts anderes übrig, als die Zukunftsaussichten auf heute noch nicht bekannte Zufälligkeiten oder uns etwa günstig gelagerte Ereignisse potitischer Natur einzustellen. Auch der überall vorherrschende Vergnügungstaumel und das übermässige „Geldausgeben um jeden Preis“ sind die ungesunden Aeusserungen solcher Anschauungen. Ein grelles Licht auf die Wirtschaftsgestaltung bei uns wirft die Mitteilung der Betriebsverwaltung der Bayerischen Geschützwerke Friedrich Krupp München, von einer Wiedereröffnung dieses einst mit gewaltigen Mitteln ausgestatteten, die Kriegsindustrie stolz repräsentierenden Unternehmens abzusehen und zu liquidieren.

Begreiflicherweise hielt die Frage der **Friedensunterzeichnung**, über die in Weimar jetzt eine Verständigung erzielt ist, alles in Atem. Jedes andere, auch sonst wichtig erscheinende Wirtschaftsereignis blieb unbetrachtet. Die Antwort der Reichsregierung auf die Preiserhöhung des Kohlensyndikates — durch Erlass neuer Höchstpreise wird nur die Hälfte der geplanten Preiserhöhungen bestätigt — wurde ebensowenig kommentiert, wie die gewiss bedeutsamen Details des Rahmengesetzes für die Kommunalisierung, wodurch den Gemeinden eine Reihe von hochwichtigen Befugnissen eingeräumt wird. Auch die Veröffentlichung des inzwischen ratifizierten Abkommens über den Warenaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz wurde trotz der darin erfreulicherweise für die heimische Wirtschaft erzielten Erfolge nur nebensächlich behandelt.

Und doch — es wird, es muss doch **bald neues Leben aus den Ruinen wiedererblühen!** Schaffensfreude, Unternehmungslust, rastlose Betätigung bleibt naturgemäss **unbedingte Voraussetzung**. Dann werden wir es schon wieder schaffen! M. Weber, München.

An die deutschen Zeitungsleser!

Das deutsche Zeitungsgewerbe hat in den letzten Monaten weiter die schwersten Belastungen erfahren. Zu der Erhöhung der Buchdruckerlöhne, der Angestelltengehälter u. s. f. sind weitere sehr wesentliche Verteuerungen der Materialien getreten. Unter solchen Verhältnissen kann die deutsche Presse ihre Aufgaben fernerhin nur dann erfüllen, wenn ein auch nur teilweiser Ausgleich für die verteuerten Herstellungskosten gefunden wird. Nach eingehenden Beratungen ist der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine allgemeine weitere Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise zu diesem Zwecke nicht zu umgehen ist.

Magdeburg, 16. Juni 1919. **Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger e. V.**

Vom Büchermarkt.

Die goldene Brücke. Hausen-Almanach auf das Jahr 1919. M 2.—. (Saarlouis, Hausen.)
Politik und Geschichte der Zentrumspartei. Von Dr. Karl Bachem. Kart. M 6.—. (Köln, J. P. Bachem.)
Christentum und soziales Leben. Von Dr. Albert Franz. Kleine Staatskunde. Gemeinverständliche Schriften zur Einführung in die Politik. Herausgeg. von Dr. Franz Wetzel. 2. Bändchen 64 S. 75 Pf. (Regensburg u. Wien, Jos. Habbel.)
Auferstehung. Ein Wegweiser durch den Weltumsturz zur deutschen Menschwerdung. Von F. Schrönghamer-Heimdal. M 1.—. (Augsburg, Haas & Grabherr.)
Trennung von Staat und Kirche. Von Univ.-Prof. Dr. Karl Lux. (Politische Bildung, Heft 4.) Geh. M 1.20. (Münster i. W., Aschendorff.)
Präsident Wilson: Der Krieg. — Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden. Vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. 112 S. 8°. M 4.50. — **Die Leistungen der deutschen Flotte im Weltkrieg.** Von Dr. Ernst Bischoff. M 4.—. — **Der Weltkrieg und die Schweizer.** Von S. Zurlinden. Brosch. M 3.—, geb. M 4.—. — **Deutschland sein eigener Richter.** Antwort eines kosmopoliten Schweizers auf die deutsche Propaganda zum Weltkrieg 1914. Von H. J. Suter-Lerch. Frcs. 1.50. — **Deutsche Schuld am Kriege.** Ein Mahnwort an das deutsche Volk, ein Versuch, zum Frieden zu helfen. Von Hartwig Schubart, k. preuß. Hauptmann a. D. 42 S. 8°. M 1.20. — **Die Verheerung Europas.** Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten. Von Wilhelm Muehlon. 144 S. 8°. Frcs. 8.50. (Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli.)
Ein neues Völkerrechtsprinzip. Von Rechtsanwalt Dr. A. M. M. Montijn. (Haag, Gebr. Belinfante.)
Das bolschewistische Rußland. Von Hans Vorst. Geh. M 5.—. — **Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen.** Von Prof. Emil Lederer. Geh. M 1.20.—. **Nationalismus.** Von Rabindranath Tagorn. Geh. M 3.—, gebd. M 5.—. (Leipzig. Der Neue Geist-Verlag.)
Der gute Christ. Ein Lehr- und Andachtsbuch für alle katholische Christen. Von P. Ambros Zürcher. IX u. 576 S. 77 : 129 mm. In Einbänden zu M 3.75 und höher. (Köln, Waldshut, Verlagsanstalt Benziger & Co. A.-G.)
Wilhelm II. und die Schwarzseher. 9. Aufl. (Nachdruck von „Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen. Von einem Schwarzseher.") (Freiburg, Paul Waetzel.)
Im Gefolge Jesu. Erwägungen für Lehrerinnen. Von Otto Cohausz S. J. (Warendorf i. W., J. Schnell.)
Die religiöse Krise und die Lehren der Geschichte. Von P. Maumus. Uebersetzt von Prof. Val. Holzer. 2. Aufl. (Augsburg, Hieron. Mühlberger.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	Pf.	M.	Pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			26 744 752	81
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			742 265 724	93
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			63 605 600	20
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			160 399 603	44
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			2 719 467	77
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine . . . M. 2 409 585.82				
b) durch andere Sicherheiten . . . „ 309 710.85				
Eigene Wertpapiere:				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	48 470 879	97		
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	2 131 219	41		
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere	20 844 309	02		
d) Sonstige Wertpapiere	2 832 940	01	74 279 348	41
Konsortialbeteiligungen			20 833 486	99
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			12 332 040	—
Debitoren in laufender Rechnung:				
a) gedeckte	224 394 655	34		
b) ungedeckte	142 322 273	63	366 716 928	97
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren . . . M. 78 849 322.27				
Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig, Altenburg, Gelsenkirchen, Wattenscheid u. Guben			6 828 829	25
Sonstige Immobilien	8 856 635	95		
abzüglich Hypotheken	4 146 414	28	4 710 221	67
			1481 436 004	44

Passiva.	M.	Pf.	M.	Pf.
Aktienkapital			85 000 000	—
Reservefonds I			8 500 000	—
Reservefonds II			8 500 000	—
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds			1 528 513	50
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen	59 106 002	02		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	2 946 693	11		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	62 696 489	10		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
1. innerhalb 7 Tagen fällig . . . M. 303 876 161.82				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . . M. 226 445 996.90				
3. nach 3 Monaten fällig . . . M. 34 395 373.52	564 717 532	24		
e) sonstige Kreditoren				
1. innerhalb 7 Tagen fällig . . . M. 441 021 138.71				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . . M. 149 087 216.90				
3. nach 3 Monaten fällig . . . M. 38 289 380.95	628 397 736	56	1317 864 453	03
Akzepte und Schecks:				
a) Akzepte	44 816 062	96		
b) noch nicht eingelöste Schecks	5 792 414	69	50 608 477	65
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 78 849 322.27				
Dividenden-Rückstände			106 173	50
Reingewinn			9 328 886	76
			1481 436 004	44

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1918.

Ausgabe.	M.	Pf.
Unkosten	11 082 207	76
Steuern einschl. Rückstellung f. Habenzinsensteuer 1918	1 409 917	—
Verlust auf Wertpapiere	1 976 914	53
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	430 022	61
Reingewinn	9 328 886	76
	24 227 448	66

Einnahme.	M.	Pf.
Gewinnvortrag von 1917	550 492	38
Zinsen	16 182 352	62
Provision	7 327 131	01
Gewinn auf Sorten und Zinsscheine	217 472	65
	24 227 448	66

Die Dividendenscheine für das Geschäftsjahr 1918 werden vom 5. d. Mts. an und zwar
Nr. 47 mit M. 21.— per Stück von Aktien über M. 300.—
Nr. 21 mit M. 70.— per Stück von Aktien über M. 1000.—
in Berlin an unseren Kassen und bei den Herren S. Kaufmann & Co.,
in Hamburg an unseren Kassen,
in Altenburg (S.-A.), Altona, Brandenburg a. H., Cottbus, Dortmund, Forst i. L., Fürth, Gelsenkirchen, Guben, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mülheim a. R., Nürnberg, Oberhausen i. Rhld., Recklinghausen, Sterkrade, Stettin, Wanne, Wattenscheid an den Kassen unserer Filialen,
in Barmen beim Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Comp.,
in Chemnitz beim Chemnitzer Bankverein,
in Dresden beim Chemnitzer Bankverein, bei der Mitteldeutschen Privatbank A.-G.,
in Falkenstein bei der Vogtländischen Credit-Anstalt,
in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co.,
in Köln bei Herrn J. H. Stein,
in Löbau bei der Löbauer Bank,
in Magdeburg bei der Mitteldeutschen Privatbank A.-G.,
in **München** bei Herrn **Alfred Lerchenthal**,
bei der Bayerischen Vereinsbank
bezahlt.

Hamburg, den 4. Juni 1919. **Der Vorstand.**

Billige Bücher

Restauflagen und unbenützte antiquarische Werke.
Druck und Papier in Friedensausstattung.

Heinrich Heine Briefe. 4 Teile in 2 Bdn. 1599 S. Hamburg. Hoffmann & Campe. Hübsch geb. **12.—**

Geschichte der Deutschen Literatur v. O. v. Leixner. Neu bearb. u. bis zur Gegenwart fortgeführt v. Dr. E. Friedländer. Mit 486 Textabbild. u. 56 teils mehrfarb. Beilagen. 1098 S. Leipzig 1916. Eleg. gebd. . . . statt 27.50 **21.50**

Geschichte der Fremden Literaturen v. O. v. Leixner. 2. Aufl. Mit 375 Textabbildg. u. 20 teils mehrfarb. Beilagen. 1070 S. Eleg. gebd. . . statt 29.80 jetzt **24.—**

Weltgeschichte der Literatur v. O. Hauser. 2 Bde. in 1 Bd. gebd. Mit 32 teils farb. Tafeln. 1007 S. Leipzig 1910. Hübsch gebunden statt 24.— jetzt **19.50**

Geschichte der italienischen Literatur bis zur Gegenwart v. Dr. B. Wiese u. Prof. Dr. E. Percopo. Mit 158 Textabbildungen u. 39 teils farb. Taf. 639 S. Lpz. 1910. Hübsch gbd. statt 18.— jetzt **15.—**

Das Deutsche Volkstum. Unter Mitarbeit v. Dr. H Helmolt, Prof. Dr. A. Kirchhoff, Prof. Dr. H. A. Köstlin, Prof. Dr. H. Thode u. and. hrsg. v. Prof. Dr. H. Meyer. 2. vermehrte Aufl. Mit 1 Karte u. 43 teils farb. Tafeln. 840 S. Hübsch geb. statt 21.— **15.50**

Deutsche Geschichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. 3. Aufl. 2 Bde. Mit 494 Textbildern und 6 Karten. 1648 S. Leipzig 1911. Hübsch geb. . statt 29.80 **24.—**

Das Deutsche Kolonialreich. Eine Länderkunde d. deutschen Schutzgebiete. Unter Mitarbeit v. Prof. Dr. S. Passarge, Prof. Dr. L. Schultze, Prof Dr. W. Sievers u. Dr. G. Wegener, herausg. v. Prof. Dr. H. Meyer. 2 Bde. Mit 12 farb. Tafeln, 66 Doppeltafeln, 55 farb. Kartenbeil. u. 159 Textkarten etc. 1176 S. Leipzig 1914. Hübsch geb. statt 30.— **22.50**

Die Entstehung des modernen Frankreich von H. Taine Autor. deutsche Ausgabe. 3. Aufl in 6 Bdn. gebd. früher 65.— **55.—**

Amundsen, R., Die Eroberung des Südpoles. Einzig berechtigte Uebersetzung. Mit 300 Abbild., 8 Vierfarbendrucken und 15 Karten und Plänen. Schweizer Ausgabe auf besonders gutem Papier gedruckt. 2 Bde geb. . . statt 22.— **12.50**

Amundsen, Die Nordwest-Passage. Mit 140 Karten u. 3 Bildern. Einzig berechtigte Uebersetzung. Hübsch gebd. . . . . statt 11.— **6.—**

Das Leben Mariae. Mit sehr vielen farbigen künstlerischen Bildern von Ph. Schumacher und Text von V. Kolb. S. J. Querfolio. Eleg. gebunden . . früher 20.— **9.50**

Illustrierte Kunstgeschichte von Dr. Jos. Neuwirth. 2 Bände mit 1367 Textabbild. und 61 teils farb. Tafeln. 1072 S. Hübsch geb. statt 40.— jetzt **33.—**

Seydlitz, W. v., Monumentalmalerei. Mit 64 Abbildungen, früher 3.— jetzt **1.95**

Chodowiecki et Lichtenberg. Les tailles-douces des mois de Daniel Chodowiecki dans l'almanac de Goettingue avec les explications de G. Chr. Lichtenberg. Publiées par R. Focke 1778—1783, früher 4.50 jetzt **3.—**

Ausgewählte Ornament-Schnitzwerke des XV. bis XVIII. Jahrhunderts von A. Roepér und H. Bösch. 50 Tafeln in Lichtdruck in Foliomappe, früher 24.— **19.50**

Kunstgewerbe-Entwürfe von Bruno v. Wahl, Lehrer a. d. städtischen Gewerbeschule in München. 72 Tafeln mit Text. Folioformat. Eleg. Leinenmappe **3.50**

Hirths Formenschatz. Sammelbände. Jeder Band zirka 95 Tafeln enthaltend . . . **4.25**

Die Grundlagen der Zeichnung von W. Crane. Mit zahlreichen Abbildungen. 399 S. Hübsch. geb. früher 14.— **6.75**

Linie und Form von W. Crane. Mit zahlreichen Abbildungen. 296 S. Hübsch gebunden, früher 12.— **6.75**

Ars nova. Reproduction par l'héliogravure des tableaux et sculptures les plus remarquables de l'année 1901. Avec 45 héliogravures. In eleg. Tuchtenledermappe mit Schutzkarton . . . . **185.—**

Das Gleiche, 1902. Deutsche Ausgabe. Mit 45 Heliogravüren. In eleg. Leinenmappe . . . . **75.—**

Moderne französische Maler. Mit 78 Mattkunstdruckbildern, 145 Tondruckbildern, 5 Vierfarbentafeln und 3 Gravüren. Luxusausgabe. Eleg. gebunden mit breitem Lederrücken und Künstlerleinendecken. In Schutzkarton . . . . **21.—**

Englische und japanische Kunst. Mit 6 Vierfarbentafeln, 145 Mattkunstdruck-, 68 Tondruckbildern und 5 Gravüren. Luxusausgabe. Eleg. geb. m. breitem Lederrücken u. Leinendecken **21.—**

Die Reden des Buddha aus der „Angereihten Sammlung" — Anguthara Nikayo — des Pali Kanon. Uebersetzt u. erläutert von Bhikku Nyanatiloka: Das Viererbuch (Catukka-Nipato) früher 16.— **8.50**

Das Wort und das Kreuz im alten Indien. Von Svami Abhedananda. **—.20 Pf.**

Die Uttara Gîtâ oder die Initiative Arjunas durch Sri Krishna in Yoga und Jnâna. Aus dem Sanskrit. Deutsche Ausgabe v. E. A. Kernwart . . . . —**20 Pf.**

Einleitung in das Studium der Anthropologie und Civilisation von Dr. E. B. Tylor. Deutsche autor. Ausgabe früher 10.— **8.75**

Die Kunstschätze Italiens geschildert v. C. v. Lützow. Mit 50 Radierungen von Böttcher, Groh, L. H. Fischer, Halm, Hoch, Krauskopf, L. Kühn, D. Raab, K. v. Siegl, W. Unger und W. Woernle und zahlreiche Textillustrationen, Autotypien und Holzschnitten. 2. vermehrte Aufl. Eleg. Folioprachtband mit Goldschnitt . . . . . früher 60.— jetzt **50.—**

Nordamerika 3. Aufl. von Prof. Dr. E. Deckert. Mit 86 Abbild. 13 Kartenbeilag., 27 Doppeltafeln u. 10 farb. Tafeln. 612 Seiten. Leipzig 1913. Hübsch gebunden, statt 20.— **15.50**

Europa. 2. Aufl., bearbeitet von Prof. Dr. A. Philippson. Mit 144 Abbild., 14 Karten und 22 teils farbigen Tafeln. 761 Seiten. Leipzig 1906. Hübsch gebunden, statt 20.— **15.50**

Süd- und Mittelamerika. 3. Aufl. von Prof. Dr. W. Sievers. Mit 54 Abb., 9 Kartenbeilagen, 20 Doppeltafeln u. 6 farb. Tafeln. 567 S. Leipzig 1914 Hübsch geb., statt 20.— **15.50**

Australien, Ozeanien und Polarländer. 2. Aufl. von Prof. Dr. W. Sievers u. Prof. Dr. W. Kückenthal. Mit 198 Textabb., 14 Karten u. 24 teils farb. Tafeln 640 S. Leipzig 1910 Hübsch gebund., statt 20.— **15.50**

Die moderne Erzeugung und Verwendung der elektrisch. Energie von J. Spennrath. Mit 113 Abbildungen früher 4.50 jetzt **2.85**

Die Elektrizität, ihre Erzeugung und ihre Anwendung in Industrie und Gewerbe von A. Wilke. 6. Aufl. Mit 2 Tafeln u. 629 Textabbild. Leipzig 1914. Orig. gebd. früher 17.60 jetzt **13.75**

Des Handwerks goldener Boden. Zeitgemäss. Selbstbelehrungs-, Fortbildungs- und Nachschlagewerk zur Einführung in den modernen Geschäfts- u. Verkehrsgeist v. Handelsschuldirekt. J. Mertig. 3 Leinenbde. mit vielen Illustr. statt 24.— **9.75**

Der Weltverkehr und seine Mittel. Mit einer Uebersicht üb. Welthandel und Weltwirtschaft. Bearbeitet von Ing. C. Merckel, Geh. Oberpostrat Münch, Marine-Oberbaurat Schwarz, Eisenbahnbauinspektor Prof. L. Troske u. and. 10. Aufl. Mit 859 Textabbild., 14 teils farb. Tafeln u. e. Verkehrskarte. 981 S. Leipzig 1913 statt 19.80 . **15.50**

Die Wunder der Sternenwelt. Ein Ausflug in den Himmelsraum v. Dr. O. Ule. 4. Aufl. hrsg. v. Prof. Dr. H. J. Klein. Mit 121 Textabbildgn. u. 4 Tafeln. Orig. gebdn früher 8.50 jetzt **4.85**

Semiotik oder die Lehre von den Krankheitszeichen. Eine gemeinverständliche Diagnostik und Prognostik v. A. A. Michaelis. 792 S. früher 12.— jetzt **7.—**

Dr. Lampes Bienenzucht enth.: Anatomie, Zucht, Pflege u. sämtl. Krankheit. d. Bienen. Mit 69 Illustr. u. 2 zerlegbaren Modellen. Orig. geb. früher 7.20 jetzt **2.95**

Dr. Lampes Fischzucht enth.: Anatomie, Zucht, Arten Pflege u sämtl. Krankheiten der Fische. Mit 336 Illustr. u. e. zerlegbaren Modell. Orig geb. . . . . statt 7.20 **2.95**

Die Fischzucht u. Fischhaltung in Gewässern aller Art und Grösse, besonders in Teichen. Mit einem Kapitel über Krebszucht v. Fritz Taucke . . . . Geb. **3.50**

Illustriertes Muster-Enten-Buch enth. das Gesamte der Zucht und Pflege der domestizierten Entenschläge und der zur Domestikation geeigneten Wildenten-Arten und Zierenten v. Dr. A. Maas. Mit 40 naturgetreuen Abbild. in Farbendruck u. vielen Textabbild. von Chr. Förster. Eleg. Leinenquartbd. früher 28.— jetzt **12.—**

Der Obstbau für Landwirte, Obstzüchter, Gartenbesitzer u. Volksschullehrer v. Jul. Jablanzy. 3. vermehrte Aufl. mit 148 Abb. geb. **3.50**

Prompter Versand nach auswärts. Verkauf 2. Stock.

HERMANN TIETZ :: MUENCHEN

Besuchen Sie die Gemälde-Ausstellung im 1. Stock unseres Hauses. Geöffnet von 1/2 9–6 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Vermögensaufstellung

für den 31. Dezember 1918.

Vermögen

1. Forderungen an die Aktionäre	1 500 000.—
2. Guthaben bei Banken, anderen Versicherungsunternehmungen und anderen	1 186 842.53
3. Kassenbestand	15 509.20
4. Wertpapiere	72 128.50
5. Beitragsüberträge in Händen der übertragenden Gesellschaften	536 023 05
6. Mobiliar	15 900.—
	3 326 403.28

Verbindlichkeiten

1. Aktienkapital		2 000 000.—
2. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		432 367.54
3. Rücklagen für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung		281 190.54
4. Beitragsrückstellungen		3 550 10
5. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen und verschiedener		356 827.34
6. Organisationsfonds		220 555.89
7. Gewinn und dessen Verwendung:		
a) an die gesetzliche Rücklage	1 600.—	
b) für Zinsscheinsteuer-Rücklage	1 000.—	
c) Gewinnanteil der Aktionäre	27 500.—	
d) Uebertrag auf neue Rechnung	1 811 87	31 911.87
		3 326 403 28

Berlin, den 10. Mai 1919.

„Adler“

Transport- und Rückversicherungs-Akt.-Ges.

Vermögensaufstellung

für den 31. Dezember 1918.

Vermögen.

1. Forderungen an die Aktionäre	3 000 000.—
2. Guthaben bei Banken, anderen Versicherungsunternehmungen und anderen	4 359 076.62
3. Kassenbestand	1 500.27
4. Wertpapiere	164 710.—
5. Beitragsüberträge in Händen der übertragenden Gesellschaften	2 655 884.58
6. Mobiliar	32 200.—
7. Grundstück	1 106 148.55
	11 319 520.02

Verbindlichkeiten.

1. Aktienkapital		4 000 000.—
2. Gesetzliche Rücklage		9 000.—
3. Zinsscheinsteuer-Rücklage		1 500.—
4. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		1 054 157.88
5. Beitragsrückstellungen für eigene Rechnung		7 100.23
6. Guthaben für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung		559 009 79
7. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen und verschiedener		2 025 473.09
8. Guthaben der eigenen Rückversicherer für einbehaltene Beitragsüberträge		2 269 565.26
9. Organisationsfonds		351 861.99
10. Hypotheken		970 000.—
11. Gewinn und dessen Verwendung:		
a) an die gesetzliche Rücklage	4 000.—	
b) für Zinsscheinsteuer-Rücklage	1 000.—	
c) Gewinnanteil der Aktionäre	55 000.—	
d) Uebertrag auf neue Rechnung	11 851.78	71 851.78
		11 319 520.02

BERLIN, den 10. Mai 1919.

„Vaterland“

Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Vermögens-Aufstellung

für den 31. Dezember 1918.

Vermögen

1.	Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	3 750 000.—
2.	Guthaben bei Vertretern, Versicherten, Banken, anderen Versicherungsunternehmungen und anderen	3 083 902.77
3.	Kassenbestand	2 508.72
4.	Kapitalanlagen in Hypotheken, Kommunal-Darlehen und Wertpapieren	1 280 450.—
5.	Mobiliar	20 100.—
6.	Sonstiges Vermögen	5 271.06
		8 142 232.55

Verbindlichkeiten

1.	Aktienkapital		5 000 000.—
2.	Ueberträge auf das nächste Jahr nach Abzug des Anteils der Rückversicherer:		
	a) für noch nicht verdiente Beiträge (Beitragsüberträge)		828 601.36
	b) für angemeldete, aber noch nicht bezahlte Schäden (Schadenrückstellungen)		531 835.03
3.	Beitragsrückstellungen		51 223.29
4.	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen, von Hauptvertretern und anderen		1 427 945.58
5.	Organisationsfonds		199 434.78
6.	Gesetzliche Rücklage		7 000.—
7.	Zinsscheinsteuerrücklage 1917		1 000.—
8.	Nicht erhobene Dividende 1915/17		8 102.50
9.	Gewinn und dessen Verwendung:		
	a) an die gesetzliche Rücklage	4 400.—	
	b) an die Aktionäre	68 750.—	
	c) an die Zinsscheinsteuer-Rücklage	3 000.—	
	d) Vortrag auf neue Rechnung	10 940.01	87 090.01
			8 142 232.55

BERLIN, den 10. Mai 1919.

„Hohenzollern"
Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, A.-G., sämtliche in München



